Tage des Wahnsinns

Bebra und Rotenburg als Vorreiter bei den November-Pogromen 1938



Und was davor und danach geschah

– Heinrich Nuhn –





Die Bebraer Synagoge beim Abriss 1972 – nach Schändung und Zerstörung im November 1938.

links: Die Bebraer Synagoge 1924.

Am 7. November 1938 schoss der 17-jährige Jude Herschel Grynszpan in Paris aus Empörung und Verzweiflung über die Abschiebung und Misshandlung seiner Familie auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath.

Daraufhin wurden in der Nacht vom 7. zum 8. November 1938 die jüdischen Familien in Bebra und Rotenburg unter dem Kommando der SA brutal überfallen, nachdem es im Laufe des 7. November in Kassel schon zu Exzessen gegen die dortigen Juden gekommen war.

„In jedem Fall handelte es sich um eine regionale ‚Initiative', die nicht von Berlin aus in Gang gesetzt, sondern ‚vor Ort' entstanden war. Hätte es dieses Vorpreschen im Gau Kurhessen nicht gegeben – wer weiß, ob der Pogrom so, wie er dann reichsweit organisiert wurde, durchgeführt worden wäre."
(Dietfrid Krause-Vilmar, Univ. Kassel)

Der Ablauf der Pogrome in Bebra und Rotenburg und die Folgen für die hiesigen Juden werden umfassend dargestellt, ebenso die Rolle der Täter und die juristische Aufarbeitung nach 1945.

„Besonders war die Menge nicht mehr zu halten vor der Zerstörung der Synagoge. Nichts blieb übrig. Die Einrichtungen flogen auf die Straße; Bundeslade und Ewiges Licht wurden vernichtet und im Steinweg wurden die Gebetsrollen dem Feuer übergeben."
(Rotenburger Tageblatt vom 8. November 1938)

Geschildert und analysiert wird auch, was seit 1933 und nach den Pogromen 1938 geschah, ebenso der Umgang mit dem Thema nach 1945.

Vorwort: Hans-Ulrich Thamer, Univ. Münster
Nachwort zur 2. Auflage: Kurt Meyer

Verlag Spurensuche
Rotenburg an der Fulda
ISBN 978-3-933734-20-4 | 25 €
2. verb. u. erw. Auflage 2026

Heinrich Nuhn

Tage des Wahnsinns

Bebra und Rotenburg an der Fulda
als Vorreiter
bei den Novemberpogromen 1938
Und was davor und danach geschah

Verlag AG Spurensuche - Rotenburg an der Fulda
2026

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://d-nb.de abrufbar.

Sofern es überhaupt ein „Bewältigen" der Vergangenheit gibt, besteht es in dem Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat; aber auch dies Nacherzählen, das Geschichte formt, löst keine Probleme und beschwichtigt kein Leiden, es bewältigt nicht endgültig. Hannah Arendt, 1960

Herausgegeben von





Magistrat der Stadt Bebra und **Magistrat der Stadt Rotenburg a. d. Fulda**

Verlag AG Spurensuche, Dr. Heinrich Nuhn
Lärchenweg 2, 36199 Rotenburg an der Fulda

www.hassia-judaica.de

Vertrieb: Inge Nuhn, Lärchenweg 2, 36199 Rotenburg, Tel. 066232482/ inge-nuhn@gmx.de

Texte, Gestaltung & **Satz**: Dr. Heinrich Nuhn, mit technischer Unterstützung von Markus Pfannstiel

Titelbild: Wandbehang in der Jakobikirche Rotenburg a.d.F. von Mai 1935 bis März 1945, seit 2010 als Exponat im Deutschen Historischen Museum Berlin

Druck: Druckwerkstatt Rotenburg a.d.F.

© Dr. Heinrich Nuhn

ISBN 978-3-933734-20-4

Inhalt

Geleitwort der Herausgeber: Bürgermeister St. Knoche (Bebra) u. M. Weber (Rotenburg) 5

Vorwort von Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Historisches Seminar Universität Münster 7

Geleitwort von Landrat Torsten Warnecke 10

Inhaltsübersicht 11

A. Einführender Überblick 17

B. Tage des Wahnsinns Die Novemberpogromen 1938 in Bebra und Rotenburg 31

C. Die Jahre 1933 bis 1938 147

D. Rotenburg und Bebra nach den Pogromen 331

E. Mord an den jüdischen Behinderten 378

F. Deportation und Vernichtung der noch hier gebliebenen Juden 385

G. Deportationen aus anderen Orten von Jüdinnen und Juden, die aus Bebra und Rotenburg stammten 419

H. 1945 und danach 487

I. Anhang 597

K. Benutzte Literatur 629

L. Archivalien und Quellen 645

M. Personenregister 651

Mein herzliches Dankeschön 667

Nachwort zur 2. Auflage: Kurt Meyer, 2026 669

Gewidmet den verfolgten, geflüchteten, vertriebenen und den ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürgern aus Bebra und Rotenburg an der Fulda

„Ich habe oft und überall gesagt, dass jegliche Instrumentalisierung oder Trivialisierung der Vernichtung der Juden, jegliches Vergessen der Millionen anderer Opfer sich an den Opfern selbst vergeht.
Man ehrt die Opfer eher mit dem Versuch, die Welt, der sie entrissen wurden und die meist mit ihnen zu Grunde ging, in historischer Forschung zu rekonstruieren und so im kollektiven Gedächtnis aufzuheben - und gerade dieser Aufgabe wird im heutigen Deutschland in bemerkenswerter Weise nachgegangen.
Unvermeidlich aber, dass Auschwitz für alle Zeiten als ein Ort deutscher Unmenschlichkeit, des unvorstellbar Bösen bleiben wird."

So der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern in seiner Dankesrede im Oktober 1999 bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche; er musste 1933 als Jude aus Deutschland fliehen.

Geleitwort der Herausgeber

„Nie wieder ist jetzt!“

Mit diesem Buch erinnern wir an eine der dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte: die Novemberpogrome im Jahr 1938, mit denen das nationalsozialistische Unrechtsregime die jüdischen Deutschen terrorisierte.

Was in jenen Tagen und Nächten – bereits am 7. November 1938 vor Ort – geschah, ist und bleibt unfassbar. Überall in Deutschland brannten Synagogen, jüdische Beträume, Friedhofskapellen, Geschäfte und Wohnungen wurden verwüstet und geplündert. Jüdische Männer und Frauen wurden tätlich angegriffen, verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt.

Die Gräueltaten im Dritten Reich sind zwar den meisten bekannt, doch erscheinen sie oft unvorstellbar und dadurch schwer greifbar. Umso eher lässt sich ein besonderer Bezug herstellen, wenn aufgezeigt wird, dass sich diese grausamen Taten nicht fernab jeglicher Zivilisation abgespielt haben, sondern auch in unseren beiden Städten – und dies in besonderer Weise. Es geht dabei nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Verantwortlichkeiten und um das Verständnis der Zusammenhänge, damit wir daraus Folgerungen ziehen können.

Das Buch von Dr. Heinrich Nuhn liefert uns eine verlässliche Grundlage, um die Vorgeschichte, die Ereignisse und die Nachwirkungen der Novemberpogrome in Rotenburg und Bebra zu verstehen. Es zeigt die allgemeinen Rahmenbedingungen, die Vor- und Nachgeschichte auf anschauliche Weise auf. Durch die vielfältigen Quellen – amtliche und private Berichte, behördliche Korrespondenz, gerichtliche Feststellungen sowie zahlreiche Fotos, Aktenstücke und Erinnerungen, auch aus internationalen Archiven – entsteht ein eindrückliches Bild der Zerstörungen, des Verhaltens und der Motive der Beteiligten sowie des Schicksals der Betroffenen.

Der Autor verbindet die Vorgeschichte und die Ereignisse der Pogrome mit den Folgen und Nachwirkungen, inklusive der Versuche der Aufarbeitung und Ahndung nach 1945. Dabei wird auch die Erinnerungskultur und Gedenkarbeit der jüngeren Zeit beleuchtet, denn der November 1938 stellt einen entscheidenden Kristallisationspunkt im kollektiven Gedächtnis an die NS-Verbrechen dar.

Neben der Schilderung der Geschehnisse in vergangenen Zeiten erinnert das Buch an jene, die damals den Verbrechen des Regimes und seinen Mitläufern zum Opfer fielen. Die Vielfalt der recherchierten Quellen ist beachtlich, und die Arbeit des Autors trägt dazu bei, die Erinnerung an die Verantwortung unserer Städte für die Verfolgung, Diskriminierung, Vertreibung und Ermordung lebendig zu halten.

Die Beschäftigung mit diesen dunklen Kapiteln unserer Geschichte ist von höchster Bedeutung, um Wiederholungen zu verhindern. Nur durch das bewusste Verstehen der Hintergründe und Zusammenhänge können wir Folgerungen für unser heutiges Handeln ziehen. Die Bereitschaft, sich der Vergangenheit zu stellen, hat sich in Deutschland nur langsam entwickelt. Auch Rotenburg und Bebra sind heute bestrebt, die Erinnerung an die einst blühenden jüdischen Gemeinden wachzuhalten.

Geleitwort der Herausgeber

Die Beschäftigung mit der NS-Zeit zeigt uns deutlich, dass die Grundlagen unserer Zivilisation nur gewahrt bleiben, wenn wir sie stets achten und für sie eintreten. Es ist unsere Verantwortung, diese Erinnerung wachzuhalten, um aus der Vergangenheit zu lernen und das Bewusstsein für Toleranz, Menschlichkeit und Demokratie zu stärken.

Im Namen der Magistrate der Städte Rotenburg und Bebra möchten wir unseren herzlichen Dank an Dr. Heinrich Nuhn aussprechen. Mit seinem Buch leistet er einen wichtigen Beitrag, um das Gedenken lebendig zu halten und die dunklen Kapitel unserer Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Möge dieses Werk uns alle dazu ermutigen, wachsam zu bleiben und für eine offene, gerechte Gesellschaft einzutreten.

Denn „Nie wieder ist jetzt!“

Für den Magistrat der Stadt Bebra

Stefan Knoche

Stefan Knoche,
Bürgermeister der Stadt Bebra

Für den Magistrat der Stadt Rotenburg a. d. Fulda

Marcus Weber

Marcus Weber,
Bürgermeister der Stadt Rotenburg a. d. Fulda

Vorwort Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer

Historisches Seminar der Universität Münster

Vom Wert der Lokalgeschichte

Wenn in der historischen Forschung wie in der öffentlichen Erinnerungskultur von den Novemberpogromen des Jahres 1938 die Rede ist, dann stehen meistens die Gewalt- und Verfolgungsaktionen vom 9. und 10. November 1938 im Mittelpunkt der Betrachtungen bzw. des Gedenkens. Das hat sicherlich seinen Grund in den reichsweiten Dimensionen der Zerstörung von jüdischen Geschäften, Wohnungen und vor allem Synagogen wie auch der anschließenden Inhaftierungen und Verfolgungen jüdischer Bürger.

Die massive Wucht und die Gleichförmigkeit im Ablauf der gewaltsamen Aktionen haben von Anfang den Verdacht einer zentralen Lenkung der Pogrome aufkommen lassen, obwohl sie von der NS-Führung als Ausdruck eines angeblichen spontanen „Volkszornes“ gerechtfertigt worden waren.

Die auch in späteren Gerichtsverfahren bestätigte Schuldzuweisung, dass es einen Befehl von „oben“, und zwar von Propagandaminister Goebbels gegeben habe, hat es den lokalen NS-Aktivisten aus SA und NSDAP, auch noch in der Nachkriegszeit, leicht gemacht, alle Mitschuld von sich zu weisen.

Der lange übliche Begriff der „Reichskristallnacht“ hat es Mittätern und Gaffern überdies erlaubt, die Vorfälle auf ein paar zerbrochene Fensterscheiben herunterzuspielen und die Zerstörungen und Vernichtungen von Leib und Leben geflissentlich zu übersehen oder auf den Vandalismus einiger brutaler SA-Schläger zurückzuführen.

Auch wenn es seit den späten 1960er Jahren eine immer intensivere historische Forschung zu den Novemberpogromen von 1938 gab, wie diese Radikalisierung der Judenverfolgung nun zutreffender genannt wurde, blieben die lokalen pogromartigen Gewaltaktionen vom 7. und 8. November, die vor allem im NS-Gau Kurhessen, nur wenige Stunden nach dem Eintreffen der Nachricht vom Attentat des jüdischen jungen Mannes Herschel Grynszpan auf den Legationssekretär Ernst vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris ausgebrochen waren, kaum beachtet.

Wenn sie gelegentlich erwähnt wurden, dann nur als Ausdruck lokaler Zerstörungswut von einzelnen NS-Aktivisten, die von einer geltungsbedürftigen Gauführung aufgehetzt worden waren; ein Vorspiel also nur oder allenfalls ein „Pilot-Projekt“ für die reichsweiten Pogrome der Nacht vom 9. November, nachdem bekannt geworden war, dass der Legationssekretär seinen Verletzungen erlegen war und Goebbels den verklausulierten Einsatzbefehl gegeben hatte.

Die genauen Abläufe der lokalen Aktionen in Nordhessen blieben damit ungeklärt und auch ihre Bedeutung für die Ingangsetzung der Pogrome in unzähligen Städten und Dörfern des Reiches blieben unbeachtet.

Das korrigiert nun Heinrich Nuhn mit seiner materialreichen und anschaulichen, vor allem aber argumentativ überzeugenden Untersuchung der frühen Pogrome vom 7. November in den beiden nordhessischen Nachbarstädten Rotenburg und Bebra, beides Hochburgen der NSDAP und des Antisemitismus.

Der Verfasser kann durch aufwändige Archivstudien eindringlich nachweisen, dass der Auslöser der nächtlichen antijüdischen Gewalt die NS-Gauführung bzw. der Gaupropagandaleiter in Kassel war, der über alte Verbindungen zu dem NS-Kreisleiter in Rotenburg und Bebra verfügte und diese, während der Gauführer zusammen mit der NS-Prominenz zu dem jährlichen Treffen der „Alten Kämpfer“ zur Erinnerung an den Hitler-Putsch vom November 1923 in München weilte, auf die Nachrichten aus Paris eigenständig aktivierte.

Dass sich der Propagandaleiter auf seine Rotenburger und Bebraner Aktivisten verlassen konnte, hatte vor allem damit zu tun, dass in beiden Städten genügend radikale Antisemiten lebten und vor allem als SA-Kämpfer nach Jahren der Zurücksetzung in der NS-Hierarchie nur darauf warteten, ihren Einsatzwillen und ihre Gefolgschaftstreue unter Beweis zu stellen.

Die Vorbereitung der nächtlichen Pogrome ließ sich schnell organisieren, da die lokalen Parteiführer und Aktivisten in beiden Städten ihre Treffunkte in den einschlägigen Gaststätten als improvisierte „Kommandozentralen“ nutzen konnten.

Dass die Zerstörungswut, die mit den Einsatzbefehlen ausgelöst worden war, auch am folgenden Tag, dem 8. November, noch weiterging und die regionalen Verantwortlichen sogar zu einem vorübergehenden Stopp-Befehl veranlasste, unterstreicht noch einmal die eigenständige Initiative lokaler Nationalsozialisten, die sich erst mit den abendlichen Befehlen des 9. November, die von Goebbels ausgingen und über alle Gauleitungen telefonisch verbreitet wurden, als Vorbild bestätigt und bestärkt fühlen konnten.

Nun brannten fast überall die Synagogen, wurden jüdische Nachbarn in ihren Häusern und Wohnungen überfallen, herausgezerrt, gedemütigt und gequält, wurde ihr Hab und Gut zerstört oder geplündert.

Mehr als hundert jüdische Bürger fanden den Tod, über 30.000 jüdische Männer wurden am Tag danach in Konzentrationslager verschleppt. Die beispiellose Welle der Gewalt und Zerstörung sollte sich bald als „Katastrophe vor der Katastrophe“ (Raphael Gross) erweisen, als eine entscheidende Etappe in der stufenweisen Verfolgung und Vernichtung von Millionen deutscher und europäischer Juden.

Mit der präzisen Beschreibung der lokalen Gewaltaktionen in zwei nordhessischen Städten hat Heinrich Nuhn einen überzeugenden Beleg für die Verschränkung lokaler Gewalt „von unten“ mit zentralen Verfolgungsaktionen und Entscheidungen „von oben“ geliefert, wie dies auch in anderen Radikalisierungssituationen nationalsozialistischer Verfolgungspolitik zu beobachten ist.

Indem er die Novemberpogrome in Bezug zur Vorgeschichte seit der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung von 1933 stellt und auch die weiteren Stationen der Verfolgung und

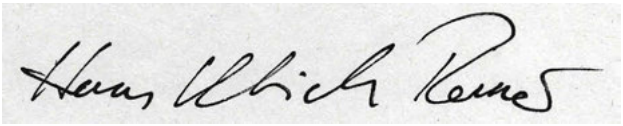
Ermordung jüdischer Bürger der beiden Städte bis 1945 sowie ihre geringen Überlebensmöglichkeiten in der Emigration beschreibt, gibt er ein bewegendes Bild jüdischen Lebens und Alltagskultur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wie es dies für die Lokalgeschichte der beiden Städte bisher noch nicht gab.

Mit dem Ende des „Dritten Reiches“ waren die Spuren der nationalsozialistischen Herrschaft, die sich auf Zustimmung und Gewalt stützte, noch lange nicht verschwunden. Vielerorts waren etwa die Ruinen zerstörter jüdischer Synagogen und Friedhöfe zu erkennen, wenn man sie denn sehen wollte.

In Rotenburg war über viele Jahre in dicker schwarzer Ölfarbe an einer Hauswand in der Breitenstraße, einer der Hauptstraßen, die diffamierende Inschrift zu lesen: „Jüdischer Mackler“. Für viele Bürger war die orthographische Schwäche des „Schreibers“ allenfalls ein Beweis für die Rohheit der SA-Schläger, mit denen man nichts zu tun gehabt hätte.

Auch wir Schüler gingen achtlos daran vorbei, bis unser Latein- und Geschichtslehrer uns auf den Zusammenhang der Inschrift mit der „Kristallnacht“ aufmerksam machte.

Dass Heinrich Nuhn in seiner großen Studie diese und viele andere Zusammenhänge mit der Lokalgeschichte aufgedeckt hat, ist eine große Leistung, die ein Stück verschwiegener Geschichte erhellt und die vielen Jahrzehnte kollektiven Schweigens über die nationalsozialistische Diktatur durch die Aufbereitung historischen Wissens beendet.



Hans-Ulrich Thamer

Geleitwort von Landrat Torsten Warnecke

Liebe Leserinnen und Leser,

die Geschichte des jüdischen Lebens reicht in unserem Landkreis viele Jahrhunderte zurück. Besonders einschneidend waren die Pogrome im November 1938. Die NSDAP konnte mit ihren Schergen weitgehend ungehindert ein weltweites Zeichen für Diktatur, Unterdrückung und Unrechtsstaat setzen. Der Holocaust, die Massenvernichtung- und -schlächterei bleiben ein immerwährendes Signal wider die Menschlichkeit.

Das neueste Werk des Historikers Dr. Heinrich Nuhn widerlegt die Propaganda, wonach es sich um eine „spontane“ Empörungswelle gegen Jüdinnen und Juden gehandelt habe. Ausgerechnet in unserem Landkreis, in Bebra und Rotenburg, begannen bereits zwei Tage vorher die schrecklichen Taten.

Mit diesem Buch werden fundierte und neue Erkenntnisse, die durch bisher unbekannte Quellen erschlossen werden konnten, offengelegt. Die Geschichte unserer Region, wird um ein trauriges Kapitel aus dieser Zeit erweitert.

Das Werk von Dr. Heinrich Nuhn unterstreicht die Notwendigkeit, die schrecklichen Verbrechen an Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus nicht zu vergessen. Mit der Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer deutschen Geschichte wenden wir uns gegen einen Rückfall in derlei grausame Zeiten. Bedauerlicher- und empörender Weise nehmen dennoch antisemitische Vorfälle auch in Deutschland zu.

Einen besonderen Dank gilt es an Herrn Dr. Heinrich Nuhn zu richten. Unermüdlich und versiert setzt er sich seit Jahren engagiert für die Erforschung des Judentums in unserer Region ein. Die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus in unserem Landkreis findet in Dr. Nuhns Arbeiten einen klugen und unermüdlichen faktenbasierten Aufklärer.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich erkenntnisreiche Lesestunden,



Ihr Torsten Warnecke

Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

A. Einführender Überblick 17
Authentische Dokumente für beide Städte 17, Neue Erkenntnisse durch Goebbels-Tagebücher 17, kein Pilot-Pogrom 18, Anrufe aus dem Kasseler Propagandaamt 19, Unterschiedlich gedeuteter Befehl 19, Kassel, Bebra, Rotenburg als Vorreiter 21, Alfred Kamprath erkannte Gernand 21, Gernands frühere Rolle in Bebra u. Fulda 22, Enge Absprache mit Gaupropagandaamt 23, Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand als angeblicher Regimekritiker 23, Einwirken auf die Presseberichterstattung 24, „Dem Führer entgegenarbeiten" 25, Zur Wahl des Titels „Tage des Wahnsinns" 25, Zur fehlenden Periodisierung 25, Zur Gliederung des Buches 27, Warum Bebra und Rotenburg zusammen in einem Buch? 27, „Reichskristallnacht" oder „Novemberpogrom" 28, Anmerkungen zum Editorischen 29, Warum 2025 - 80 Jahre nach Ende der NS-Herrschaft - ein solches Buch? 30

B. Tage des Wahnsinns. Die Novemberpogrome 1938 in Bebra und Rotenburg 31
Herschel Grynszpan sinnt auf Rache 31, Historischer Hintergrund 32, Völkischer Beobachter zeigt die Richtung 32, Dreispaltig in den hiesigen Lokalzeitungen 32, Rotenburger Tageblatt vom 8. November 1938 33, Schwerste Folgen für die Juden in Deutschland 36, Vergleich des Rotenburger mit dem Bebraer Tageblatt 37, Bebraer Tageblatt vom 8. November 1938 38, Kurhessische Landeszeitung vom 8. November 1938 40, Rotenburger Tageblatt v. 8. November 1938/Aufruf an das Weltjudentum 41, Der 7. November 1938 in der Stadt Kassel 42, Eine regionale Initiative 36, Beteiligung von NS-Einheiten aus Arolsen 43, Sitzordnung beim Kameradschaftstreffen am 9. November 1938 44, Gaupropagandaleiter H. Gernand 44, Aufstieg zum SS-Obersturmbannführer 45, Bezüge zur Stadt Fulda 45, Dispute zwischen Kreisleiter und Landrat 46, Anweisungen aus Kassel 46, Zeitzeuge Alfred Kamprath 46, Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand 47, Gernand 1933 als NS-Kreisleiter in Fulda 47, Kein Erfüllungsgehilfe von Goebbels 49, Zur Rolle der NS-Gaupropagandaleiter 50, Den Marodeuren entgegengetreten 50, Ergänzendes zu Heinrich Gernand 51, Die Nacht vom 7. zum 8. November 1938 56, Rechtsfreier Raum 56, Stoppbefehle 57, Pfarrer Fr. Grebe im Gaupropagandaamt 58, Bericht in der Rotenburger Stadtchronik 59, Henny Rothschilds Brief aus Vlissingen 60, Brief von Gerda Kappes vom 11. Nov. 1938, Teil 1 62, Landkreis Rotenburg prescht vor 64, NS-Kameradschaftsabend in München 65, Fiktion vom spontanen Volkszorn 66, Die Kommandos kamen aus München 66, Wie ein großes Geschenk des Schicksals 67, Es geschah vor aller Augen 67, Gedenkveranstaltungen zum 9. Nov. 1938 68 Bebraer Tageblatt v. 11. Nov. 1938 70, „Spontaner Ausdruck der Empörung" 71, Ordnung und Disziplin wahren 72, Landgerichtsurteil vom 17. Dez. 1946 betr. Bebra 73, Gerda Kappes' Brief v. 11. Nov. 1938, Teil 2 73, Ergänzungen durch Ehemann W. Kappes 76, Aussagekraft des Briefes von Gerda Kappes 76, „In Rotenburg war es genau dasselbe 76, „Synagogen entzündeten sich von selbst" 77, Presse-Richtlinien 77, Bericht von Stadtinspektor Finke, Teil 2 78, Befehl an alle kommunalen Stellen v. 10.11.1938 79, Ordnung und Disziplin wahren 80, Zwischenstation Hohenzollernkaserne Kassel 81, Liste vom 11. Nov. 1938 der sechs In Rotenburg Verhafteten 82, Effekten- und Geldkarte von Fritz Falkenstein 83, Befehlskette von NS-Parteiführung zur SA 84, Das Toben der SA 84, Kreisleiter Braun gab das Kommando 85, SA-Scharführer Gustav Dörr Haupttäter 85, Rotenburger SA auch in Heinebach „aktiv" 86, Details zu Heinebach 86, Aus der Spruchkammerakte Dörr 86, Ehemalige Heinebacher Synagoge 87, Zeitzeuge Jakob Häger aus Heinebach 88, Rotenburger SA agiert auch in Baumbach 88, Elektriker schaltet Dorfbeleuchtung aus 88, Gedenktafel in Baumbach 89, Bericht von Lehrer Simon Brückheimer 90, Missbräuchliches Blasen des Schofars 90, Ein Fall von „Rassenschande" 91, Flucht von Rotenburg nach Göttingen 93, Rotenburg-Besuch galt nur den Brandaus 93, Leiter des Internats lässt Brote schmieren 94, Fanny Linz berichtet ihrer Tochter Sophie 94, Unterschiedliche Reaktionen 96, Ein besonderes Beispiel für Zivilcourage 96, Eleonore von Trott: strenge Missbilligung 97, War die Bevölkerung einverstanden? 97, Beteiligung von Kindern u. Jugendlichen 97, „Die es wollten" waren in der Minderheit 98 Kritik an der Zerstörung von Sachwerten 99, Andere Sorgen als das Schicksal der Juden 99, Zur geäußerten Kritik an dem Geschehen 100, Neugier bringt Menschen auf die Straße 100, Der Stellenwert in der Verfolgungsbilanz 101, Zu den Rundgängen zu Tatorten in Rotenburg u. Bebra im Nov. 1938 101

Ein Rundgang zu Rotenburger Tatorten im November 1938 102
Ein Rundgang zu Bebraer Tatorten im November 1938 116

C. Die Jahre 1933 bis 1938

C. 1 Der Weg zur Macht 148
Früher NS-Durchbruch an den Wahlurnen 148, In Bebra 1930 fast jeder Zweite für die NSDAP 148, Bebraer NSDAP-Ortsgruppe schon 1925 149, Diagramm Landkreis Rotenburg: Wahlen 1919-1933 149, NSDAP-Stim-menanteile 1928 bis 1933 150, NS-Kreisleiter aus Bebra, NS-Kreisleitung mit Sitz in Rotenburg 150, Ende der kommunalen Selbstverwaltung 151, Landkreis Rotenburg: führend bei NS-Mitgliedschaft 151, NSDAP-Organisation in Kurhessen 1930 (Tabelle) 152, NSDAP-Organisation in Kurhessen 1930 (Grafiken) 153, Überragende Wahlerfolge der NSDAP 154, Gleichschaltung der Jakob-Grimm-Schule 154, Rotenburger Rathaus 1933 155, Reaktionen 156, Der Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten) 158, Mitwirkung „Gutbürgerlicher" 158, Liebeswerben um die Kirchen 159, Erinnerungen an Exzesse 160

C. 2 Juden in Rotenburg und Bebra 161
Die Entwicklung seit dem Mittelalter 161, Kurhessen: Kernland des Antisemitismus 162, Widersprüchliche Verfolgungsstrategie 163

C. 3 Festigung und Konsolidierung der Macht 164
Terror und Schutzhaft 164, Missliebige werden verhaftet 164, Notverordnung und Ermächtigungsgesetz 164, Juden als politische Gegner 165, Polizei als Instrument der Unterdrückung 166, Zum Start ins „Dritte Reich" 166, Übergriffigkeit der SA 169, Kommunalwahl vom 12. März 1933 170, Dr. med. dent. Richard Donnevert 170, Neue Namen für Straßen und Plätze 171, Ehrenbürgerschaft an Adolf Hitler 172, Angebliche „Abwehrmaßnahme" 173, Antisemitismus als Kern der NS-Ideologie 173, Boykott-Aufruf der NSDAP 174, Heinz Rothschild erinnert sich an 1. April 1933 175, Ilse Abraham-Friedmanns Erinnerungen 175, Angeblich „Kein Haar gekrümmt"-176, Misshandlungen und Konsequenzen 177, Diskriminierung auf lokaler Ebene 178, Verbot des Schächtens 180, Bevölkerung spielt nur begrenzt mit 182, Einvernehmliche Geschäftsübernahme? 183, Letzte öffentliche Ankündigungen 184, Letzte Haushaltspläne 185, 1. Mai und Gewerkschaften 186, Gewerkschaften werden zerschlagen 187, „Kauft nicht bei Juden" 189, Der Gewerbliche Mittelstand formiert sich 192, NS-Veranstaltungen im Alltag 192, Militarisierung des Alltags 193, Gleichschaltung auf allen Ebenen 193, Wahl u. Volksabstimmung vom 12. Nov. 1933 195, Nahezu völlige Zustimmung 195, Wahlen und Abstimmungen im Einparteienstaat 197

C. 4 Zur Schule im Dritten Reich 198
Schulunterricht in der NS-Zeit 198, Lehrer/Hauptmann Neumann 1940 an seine Schulklasse in Bebra 202, Überptüfung des Lese- und Lerngutes 203, Erinnerungen an Schulzeit 205, Die Jakob-Grimm-Schule als Schule der „Systemzeit" abgewertet 207, Alfred Katz sitzt abseits 208, Als jüdischer Schüler geschmäht 208, Besuch vom Schulamt 208, Judenkinder nach hinten 2093, „Es war mehr als ärgern" 210

C. 5 Unterschiedliche Aspekte der NS-Herrschaft vor Ort 211
Nationalsozialistische Privilegien 211, Noch Grenzen zwischen Partei und Staat? 21206, Bebras Bürgermeister Otto Kraffke 213, Antrag auf Ehrenbürgerwürde für Adolf Hitler 1932 214, NS-Kreisleiter Erich Braun 215, Ehrentafel von 1935: NSDAP Bebra 217, Versuchte Gegenwehr 218, Unterschiedliche Verhaltensweisen 219, Sie waren doch Frontsoldaten gewesen 220, Das Für und Wider eines Wegzugs 221, Zwei Rotenburger jüdische Familien gehen schon 1933 weg 222, Aus Bebra 1933 noch keine Familie weg 223, Auswanderungsprobleme 224, Grafik zur jüdischen Bevölkerung in Bebra und Rotenburg 227, Ilse Abrahams Erinnerungen 228, Erinnerungen an die Jugendjahre 228, Es gab auch Hilfe 229, Ausgrenzung vor Ort 229, Aufkeimende Hoffnung 1934 230, Wiederaufleben jüdischen Landhandels? 230, Erfassung der gesamten Gesellschaft 231

C. 6 Kirche zwischen Jubel und Resistenz 232
Choräle mit Nähe zur NS-Ideologie 232, Auch Bebras Pfarrer feiert den Umschwung 233, In den Bahnen der Amtsbrüder 234, Kirchen- oder innerkirchlicher Kampf? 234, Landeskirchenausschuss 1935 235, Kein politischer Widerstand 236, Regelmäßige Zusammenkünfte 236, Kritik am Landeskirchenamt 237, Kritik am Bruderrat der Bekennenden Kirche 237, Verweigerte Eidesleistung auf Hitler 238, Kreispfarrer Steinweg: Verehrer Stoeckers 240, „Ariernachweis" im Pfarramt u. Selbstkritik 241, K. Müller-Osten: Begeisterung gewichen 242

C. 7 Unterschiedliches aus den Jahren 1934/35 243
Reaktion auf Ausschaltung der SA-Führer 243, Hitler jetzt Alleinherrscher 244, Bombastische Hitlerverehrung 245, Vertrauen in jüdische Handelspartner 252, „Beste Geschäfte mit den Juden“ 1935? 253, Wirtschaftliche Interessengemeinschaft 253, Angeblicher Pferdehandel am Sonntag 254, Schilderung 1947 vor der Spruchkammer 255, Konflikt um wirtschaftliche Betätigung: Das Beispiel Katz, Bebra 256, Umsatzentwicklung 259, Ende des jüdischen Viehhandels 261, Jüdischer Handwerker als Heereslieferant 261, Besserung der wirtschaftlichen Lage 262, Allgemeine Klagen 262

C. 8 Rotenburger Kirchenteppich - Ein Zeitzeugnis der besonderen Art 263
Rotenburger Kirchenteppich 263, Kooperation Evangelische Frauenhilfe mit NS-Frauenschaft 265, Wolf-Dietrich Stein: Propagandist der NS-Kunst 266, Als Exponat im Deutschen Historischen Museum Berlin 267

C. 9 Stürmerkästen und Spott-Figuren aus Bebraer Werkstatt 270
Appell an die niedersten Instinkte 271, Selbsternannte Stürmer-Korrespondenten 272 Selbst Totenbestattung angefeindet 272, Spottfiguren aus Bebraer Werkstatt 273, Hiesige Spottfiguren im *Stürmer* 274 . Wirksamkeit öffentlicher Propaganda 275, Finanzierung aus Rotenburgs Stadtkasse 275, Spottfigur seit 2009 in Rotenburgs Jüdischem Museum 277, Exkurs: Fotos von weiteren judenfeindlichen Schildern aus Nordhessen 278

C. 10 Zwei Pfarrer wegen des *Stürmers* in Bedrängnis 280
Meldung im Rotenburger Tageblatt v. 7. August 1935 280, Der Stürmer, Nr. 28, Juli 1935 (Titelblatt) 281, Pfarrer Vockenberg in Schutzhaft 282, Strafantrag gegen NS-Kreisleiter Braun 283, NS-Kreisleiter Braun begünstigt Gottesdienst-Störung 284, Pfarrer Kurt Müller-Osten wird provoziert 285, Der Stürmer, Nr. 44, Oktober 1936 (Titelblatt) 286, Müller-Ostens Bekenntnis im August 1937 287

C. 11 Rotenburgs Bürgermeister Gustav Kilian 288

C. 12 Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 und danach 295
Kein Zurückstehen bei Diskriminierung 295, Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ 295, Schaubild „Nürnberger Rassegesetze“ 296, Breiter antisemitischer Konsens 297, Gewisse Erleichterung? 297, Doppelstrategie 297, Auswirkungen im Raum Bebra/Rotenburg 298, Wiederaufnahme des Wandergewerbes 298, Bessere Chancen in „SPD-Gemeinden“? 298, Besitzer von Wandergewerbescheinen 300, Wohnortwechsel und Firmenlöschungen 301, Meisterbrief Erich Döllefeld 303, Geschäftsanzeigen Bebraer jüdischer Firmen 304, „Kapitalistenzertifikat“ für Julius Abraham, Bebra 305, Besuch 2024 von Bella Abrahams Sohn u. Enkelin 306, Leben von der Substanz oder der Wohlfahrt 307, Jüdischer Viehhandel endgültig am Ende 307, Bebraer Juden nehmen Englischunterricht 307, „Versagung“ des Viehhandels für Honet Kaufmann, Rotenburg 308, Verschärfung der NS-Judenpolitik 309, Was den Gewaltmaßnahmen im November 1938 noch vorausging 309

C. 13 Was aus dem jüdischen Besitz wurde 311
Selmar Oppenheim, Nürnberger Str. 38 311, „Doppelbezahlung“ wird 1969 entschädigt 312, Häuserfront der Nürnberger Str. Nr. 16 bis Nr. 38 313, Entschädigung nach dem Reparationsschädengesetz 314, Aspekte der „Arisierung“ 315, Oppenheim contra Falkenthal, Nürnberger Str. 34 316, Wolf Levi, Nürnberger Str. 54 318, Übereinkunft zwischen den Familien Apfel und Witzel, Nürnberger Str. 39 321, Verkauf von Synagoge und Jüdischer Schule in Bebra 323, Verkauf von Synagoge und Jüdischer Schule in Rotenburg 324, Die Stadt Bebra erwirbt jüdische Immobilien und Grundstücke 325, Vor oder nach dem 15. September 1935 326, Reparations-Schädengesetz von 1969 326, Besitzerwechsel von Immobilien jüdischer Familien in Bebra (Tabelle) 328
Besitzerwechsel von Immobilien jüdischer Familien in Rotenburg (Tabelle) 329

D. Rotenburg und Bebra nach den Pogromen

D. 1 Konsequenzen für die jüdische Bevölkerung 331
Verschärfung der staatlichen Maßnahmen 331, Völkischer Beobachter 14. Nov. 1938 332, Verordnungen v. 12. Nov. 1938 333 , Verordnung v. 3. Dez. 1938 334, Leben in Armut und Angst 335, „Keinem zur Last fallen“ 338, Verkauf der Immobilien 338, Die letzten jüdischen Händler 339

D. 2 Aspekte jüdischen Lebens in der Region 340
Einschränkungen für die Gemeinden 340, Verpflichtung zur Zwangsarbeit 340, Schutz durch Bebras Bürgermeister 343, Verschärfung nach Kriegsausbruch 343

D. 3 Rettung durch Auswanderung/ Flucht 345
Bürgschaft für Betti Oppenheim 345, Staatsziel: „Judenfreies“ Deutschland 346, Umschulung und Qualifizierung 346, Auswanderung wird zur Flucht 347, Alfred Döllefeld: gerettet als Lagerinsasse 1941 350, Enttäuschte Hoffnungen 351, Auswanderung nach Kriegsbeginn 353, Einstimmung auf die „Endlösung“ 354, Hugo Oppenheims Freitod 354

D. 4 Die Situation der am Ort Gebliebenen 356
Freitod als Selbstbehauptung 356, Stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit 356, Kennzeichnung durch den Judenstern 358, In Bebra 21 Sternträger 358, In Rotenburg acht Sternträger 358, Enteignung wird „vereinfacht“ 359, Gesuch Jeanette Wallachs 360, Curt Döllefelds Rettungsversuch 361, Keine Friseurbedienung 362, Pfarrstraße 21 (Johanna Oppenheim) in Bebra wird Ghettohaus 363, Demütigung in der Anrede 363, Auffor--derung an Johanna Oppenheim zur „Vorbereitung von Maßnahmen“ 364, Zwang zur Kleiderspende 365, Willy Oppenheim Obmann 366, Verbundenheit unter den Familien 366, Vertrauen zu Bebraer Familien 367, Entlastung bei der Spruchkammer 367, Pakete aus Bebra ins Ghetto Theresienstadt 368

D. 5 Umgang mit Immobilien aus jüdischem Besitz 369
Jüdischer Besitz geht an die Stadt 369, Rückendeckung für die Stadt 370, Haus Levi wird Eigentum der Stadt Bebra 372, Diebstahl im Haus Levi 372,

D. 6 Anmerkungen zu Bebras Bürgermeister Werner Schwichtenberg 373
Bürgermeister Werner Schwichtenberg 373, Brief von Levi Oppenheim v. 26. Aug. 1949 374, Gute Erinnerungen an Bebraner 375, Verbindungen zum Widerstand? 375, Eingabe an das KZ Buchenwald v. 19.11.1938 377

E. Ermordung der jüdischen Behinderten

..... 378
Das Mordprogramm „Aktion T 4“ 378, Moritz Oppenheim (Rotenburg) 378, Johanna und Alfred Katzenstein, (Rotenburg) , Mordanstalt Brandenburg an der Havel 045, Täuschung der Familien und Standesämter 047, Ludwig Apfel (Bebra) 047, Ablauf des Mordens in Brandenburg 047, Fiktives Standesamt 049, Lucie Meyer-Warschauer (Rotenburg) 080

F. Deportation und Vernichtung der letzten noch verbliebenen Jüdinnen und Juden

F. 1 Deportation ab Kassel nach Riga am 7. Dezember 1941 385
„Umsiedlung“ oder „Evakuierung“? 386, M. Löwenbergs Bericht 386, Bericht von Lilly Strauß (Hünfeld) 386
F. 2 Deportation ab Kassel nach Majdanek-Lublin am 1. Juni 1942 387
Vorbereitungen ab März 1942 388, Konsequente Beraubung 388, Gestapo-Schreiben v. 20.03.1942 389 Verbleib jüdischen Besitzes 391, Betty Levi: zurück nach Bebra zur Deportation 391, Abschiednahme 392, Komplett organisiert 393, Letztes Lebenszeichen 393, Rücksichtsloser Umgang mit den verbliebenen Juden 394, Vernichtung durch Arbeit oder Gas 395, Ein Überlebender berichtet 395, Qualvoller Erstickungstod 397, Beim 1. Massentransport zurückgeblieben 398, Tägliche Schulfahrt nach Kassel 399,
F. 3 Deportation ab Kassel ins Ghetto Theresienstadt am 7. September 1942 401
Cläre Döllefeld-Stiebel: Rotenburg/Schmalkalden 402, Fahrplan 6. September 1942 403, Zeitzeugin Selma Hamerschlag 404, Salomon u. Louise Abraham 405, Jenny Oppenheim geb. Grunsfeld 491, Johanna Oppenheim

und ihre Familie 409, Leopold u. Selma Alexander 411, Elka Kaufmann 411, Joseph Döllefeld 412, Josef Abraham 413, Mathilde Lindau 413, Honet Kaufmann I 414, Max Kaufmann 414, Henriette Mayer 414, Eduard Heß 415, Rosa Blumenbaum-Katzenstein 415, Vorgetäuschter Alterssitz 416, Das wahre Gesicht von There-sienstadt 416, Heimeinkaufvertrag Leopold u. Martha Oppenheim 417, Ab 6. September 1942 „judenfrei“ 418

G. Deportationen aus anderen Orten von Jüdinnen und Juden, die aus Bebra und Rotenburg stammten 419

22. u. 30. Okt. 1941: Von Köln ins Ghetto Lodz-Litzmannstadt: Walter, Reni u. Alfred Katz, Roni Rothfels/ alle aus Bebra - Tessy Therese Apt/ aus Rotenburg 419

25. Oktober 1941: Von Hamburg ins Ghetto Lodz-Litzmannstadt: Ruth Neuhaus/ aus Bebra 420

8. November 1941: Von Hamburg ins Ghetto Minsk: Isidor Rothfels/ aus Bebra 421

11./12. Nov. 1941: Von Frankfurt/Main ins Ghetto Minsk Adolf u. Meta Oppenheim/ aus Bebra 422

27. Nov. 1941: Von Berlin ins Ghetto Riga: Selma Winterfeldt geb. Linz/ aus Rotenburg 423

27. Nov. 1941: Von Bamberg über Nürnberg ins Ghetto Riga: Sally Brandes/ aus Rotenburg 424

7. Dez. 1941: Von Köln ins Ghetto Riga: Willy, Paula, Ruth u. Ernst Gans/ aus Rotenburg 425

9. Dez. 1941: Von Kassel ins Ghetto Riga: Paula Katzenstein, Jeanette u. Theo Werthan, Theo, Rosa und Dina Döllefeld/ aus Rotenburg – Max Moses und Hedwig Levi/ aus Bebra 425

11. Dezember 1941: Von Krefeld ins Ghetto Riga: Hans, Gretel u. Margit Goldschmidt/ aus Rotenburg 427

21. Januar 1942: Von Leipzig ins Ghetto Riga: Paula Flörsheim geb. Katzenstein/ aus Rotenburg 429

27. Januar 1942: Von Dortmund ins Ghetto Riga: Moritz Linz/ aus Rotenburg 430

24. März 1942: Von Darmstadt ins Ghetto Riga: Betty Gans-Speier/ aus Rotenburg 430

31. März 1942: Von Hannover ins Ghetto Warschau: Johanna Gans /aus Rotenburg 431

30. April 1942: Von Bochum ins Ghetto Zamosc: Moritz Lindau/ aus Bebra 431

9./10. Mai 1942: Von Eisenach/Erfurt ins Ghetto Belzyce: Julius, Elsa, Werner u. Rosel Rothfels/ aus Bebra 432

1. Juni 1942: Von Halle ins Vernichtungslager Sobibór: Frieda Redelmeier geb. Apfel/ aus Bebra 433

15. Juli 1942: Von Hamburg ins Ghetto Theresienstadt: Alfred u. Julie Hochfeld geb. Linz/ aus Rotenburg Johanna Wehl geb. Döllefeld, Rosa Bauer geb. Flörsheim/ alle aus Rotenburg 434

23. Juli 1942: Von Hannover ins Ghetto Theresienstadt: Karoline Piterson geb. Rosenthal, Jonas Blumen baum/ Rosalie u. Wally Sommer, Emma Wolff geb. Nussbaum/alle aus Rotenburg 437

25. Juli 1942: Von Aachen/Düsseldorf ins Ghetto Theresienstadt: Ida Abraham geb. Fackenheim, Leo u. Lieselotte Abraham/ Rosa Horn geb. Oppenheim/ alle aus Bebra 440

29. Juli 1942: Von Dortmund ins Ghetto Theresienstadt: Paula Brandes/ aus Rotenburg Paula Pauline Goldschmidt/ aus Bebra 443

18. August 1942: Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt: Julius Katzenstein, Dr. Leopold Neuhaus u. Minna Neuhaus geb. Oppenheim/ alle aus Rotenburg - Leopold Abraham/ aus Bebra 445

1. Sept. 1942: Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt: Leopold, Martha, H. u.. K. Oppenheim/ aus Bebra Josef Linz/ aus Rotenburg 452

11. Sept. 1942: Von Bamberg ins Ghetto Theresienstadt: Meta Brandes/ aus Rotenburg 456

15. Sept. 1942: Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt: Josef Stern u. Ida Blaut geb. Stern/ aus Bebra, Karl Meyer, Hertha Meyer, Hermann u. Fanny Linz, Jettchen Gans, Manfred Jakob Gans, Adolf u. Berni Speier geb. Oppenheim/ alle aus Rotenburg 457

Zeitzeugenbericht Ferdinand Levi 464

20. Sept. 1942: Von Weimar ins Ghetto Theresienstadt: Louis u. Frieda Lindau / aus Bebra 466

27. Sept. 1942: Von Darmstadt ins Ghetto Theresienstadt: Leopold Katzenstein, Jenny Mendelsohn geb. Nußbaum/ alle aus Rotenburg 466

3. Oktober 1942: Von Berlin ins Ghetto Theresienstadt: Kathinka Goldschmidt-Stein/ aus Bebra 467

26. 0ktober 1942: Vom Transitlager Westerbork nach Auschwitz: Julie Knorringa geb. Falkenstein u. Ruth Doris Knorringa/ alle aus Rotenburg 469

31. Oktober 1942: Vom Transitlager Mechelen nach Auschwitz: Hugo Rothschild/ aus Rotenburg 471
29. Nov. 1942: Von Berlin nach Auschwitz: Manfred Katzenstein/ aus Rotenburg 473
29. Januar 1943: Von Berlin ins Ghetto Theresienstadt: Jenny Oppenheim-Mielzynski/ aus Bebra 474
3. März 1943: Von Berlin nach Auschwitz: Simon Katz/ aus Rotenburg 475
6. April 1943: Vom Transitlager Westerbork nach Auschwitz: Erich Levi/ aus Rotenburg 476
19. April 1943: Von Berlin ins Ghetto Theresienstadt: Else Wertheim-Joschkowitz/ aus Rotenburg 478
25. Mai 1943: Vom Transitlager Westerbork nach Sobibór: Alex. u. Recha Döllefeld/ aus Rotenburg 480
31. Juli 1943: Vom Transitlager Mechelen nach Auschwitz: Berthold Linz/ aus Rotenburg 482
25. Januar 1944: Vom Transitlager Westerbork nach Auschwitz: Karl Katzenstein/ aus Rotenburg 484
8. Februar 1944: Vom Transitlager Westerbork nach Auschwitz: Berni Katzenstein-Polak/ aus Rotenburg 485

H. 1945 und danach 487

H. 1 Erste Nachkriegszeit
US-Militärregierung als höchste Gewalt 006, Jakob-Grimm-Schule als Offiziers-Kriegsgefangenenlager 1939 bis März 1945 008, Eigene Bedrängnis im Vordergrund 011, Amtliche Verlautbarungen 487

H. 2 Jüdische Nachkriegsgemeinde in Bebra 500

H. 3 Rückkehr kaum möglich 507

H. 4 Wieder- und Neugründung politischer Parteien 510
Parteigründungen und Erste Wahlen 023, Tod nach KZ-Aufenthalt: Karl Gebhardt 024, Nichtjüdische KZ-Häftlinge/ Bedrohung und Zusammenhalt der Sozialdemokraten im Dritten Reich 026

H. 5 Wolfgang Nowack: Erschossen am 4. Mai 1945 wegen „Wehrkraftzersetzung“ 514

H. 6 Spruchkammer für den Landkreis Rotenburg 518
Anmerkungen zu Erich Brauns Herabstufung vom Hauptschuldigen zum Minderbelasteten 038, Zur Anklage der Erschießung von drei Zwangsarbeitern 040, Brauns Rolle als NS-Kreisleiter 041, Abschlussbilanz der hessischen-Spruchkammern 044, Zur Kritik an den Spruchkammern 044, „Persilscheine“ aus unterschiedlichen Lagern 048

H. 7 Landgerichtsprozesse 1946 bis 1949 541
Landgerichtsprozess gegen acht Bebraner 053, Landgerichtsverfahren gegen fünf Rotenburger 058, Straffreiheit für Haupttäter Gustav Dörr 059, Zu den Freisprüchen von Lehrer Karl Keim und Schuhmachermeister Oskar Heckeroth 060, Vier Monate Gefängnis für Oskar Heckeroth 060, Freispruch für Willi Gesemann 062
Keine Zustimmung bei der Bevölkerung 062, Pogrom-Aktivisten: Statistischer Vergleich 063

H. 8 Sechs Jahre als „U-Boot“ in Rotenburg 554

H. 9 Über zwei Jahrzehnte in Bebra untergetaucht 556

H. 10 Phase des Schweigens – Wende ab 1970er Jahre 558

H. 11 Rückbesinnung wird mehrheitsfähig 565

H. 12 Erinnern und gedenken vor Ort: Die beiden letzten Jahrzehnte 577

I. Anhang: Berichte von jüdischen Opfern 597

1. Henny Rothschild geb. Löwenstein: Brief v. 18. Oktober über die Novemberpogrome in Rotenburg 598

2. Siegfried Oppenheim (1879-1952): Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald bis zu meiner Rückkehr am 14. November 1938..... 612

3. Walter C. Frank: Nach Buchenwald – ein Weg in die Hölle und zurück 623

K. Benutzte Literatur 629

L. Archivalien und Quellen 645

M. Personenregister 651

Mein herzliches Dankeschön 667

Nachwort zur 2. Auflage: Kurt Meyer, 2026 669

A. Einführender Überblick

Die Historiker haben die kausale Verbindung zwischen den lokalen antijüdischen Tumulten des 7. und 8. November und dem nationalen Pogrom, der am Abend des 9. November begann, bisher nicht ausreichend gewürdigt." So Alan Steinweis in der Einleitung zu seiner 2011 erschienenen und vielbeachteten Publikation „Kristallnacht 1938: ein deutscher Pogrom" (2009 auf Englisch unter dem Titel „Kristallnacht").

Authentische Dokumente für beide Städte

Die hier vorgelegte Darstellung der Geschehnisse am 7. und 8. November in Bebra und Rotenburg und in den Tagen danach versteht sich als ein Beitrag, das von Steinweis benannte Defizit zu minimieren. Ich kann mich dabei u. a. auch auf zwei neu erschlossene, aussagekräftige Quellen stützen.
Bezogen auf Bebra ist dies ein am 11. November 1938 geschriebener Brief an ein vorübergehend abwesendes Familienmitglied einer hochangesehenen christlichen Familie. Die hier zum Ausdruck gebrachte Empörung und das Erschrecken über den vor ihren Augen und Ohren in Bebra sich ereignenden Ausbruch von Gewalt und Zerstörung bei gleichzeitig begrenzter Empathie für die Opfer macht dieses Schriftstück zu einem außerordentlich authentischen Zeitdokument.
Bezüglich der vorauseilenden Ereignisse in Rotenburg kann ich auf einen detaillierten Bericht zurückgreifen, den Henny Rothschild am 18. Oktober 1939 verfasste. Dieser Bericht ist auch dadurch von besonderer Aussagekraft, dass er aus der sonst nur spärlich vertretenen Perspektive der jüdischen Opfer kommt und Zeugnis ablegt über die Gefühle und Gedanken der Betroffenen angesichts des Einbruchs des bis dahin nicht vorstellbaren Terrors.
Diese Dokumente stützen die von dem Wiesbadener Historiker Arno Kropat, ehemals Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs, bereits 1988 vorgetragene Beschreibung des Anteils, den die kurhessischen Kleinstädte Bebra und Rotenburg neben der Stadt Kassel an dem Ausbruch des antijüdischen Terrors im November 1938 hatten. (Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938, Band X der Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen.)

In meiner Darstellung wird das vorauseilende Geschehen nicht als Umsetzung von Direktiven gesehen, die von Propagandachef Goebbels ausgingen, wie dies jedoch Kropat annahm. Meine Darstellung sieht dagegen das Vorpreschen im Landkreis Rotenburg als das Resultat des Agierens lokaler und regionaler Funktionäre unter Stabführung des kurhessischen Gauamtes für Propaganda unter dessen Amtsleiter, SS-Sturmbannführer Heinrich Gernand; er war in Bebra aufgewachsen und dort auch politisch sozialisiert, als wirkmächtiger NS-Aktivist blieb er seiner Heimatstadt stark verbunden.

Neue Erkenntnisse durch Goebbels-Tagebücher

Das Belegmaterial für die Abläufe der Geschehnisse im November 1938 in Bebra und Rotenburg basiert auf Gerichtsakten, Polizeiberichten, Aufzeichnungen lokaler Behörden und Institutionen sowie mündlichen und schriftlichen Erinnerungen von Zeitzeugen, auch solchen der jüdischen Opfer.
Nach vollständiger Veröffentlichung der Goebbels-Tagebücher 2006 und Analyse seiner Einträge vom November 1938 durch Angela Hermann (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2008, H. 4) ist nicht davon auszugehen, dass die Instruktionen aus dem Kasseler Gaupropagandaamt sich auf Weisungen von Goebbels bzw. seinem Ministerium gründeten, wie Kropat geschlussfolgert hatte.
Wohl aber ist vorstellbar, dass Gernand bzw. seine Kasseler Mitarbeiter solches vorgaben oder aber diesen Eindruck bei ihren osthessischen Adressaten erweckt hatten.
Wie auch Angela Hermann in ihrer Publikation von 2011 „Der Weg in den Krieg 1938/39" herausstellt, erwähnte Goebbels das Attentat des 17-jährigen deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan auf den in der deutschen Botschaft in Paris tätigen Ernst vom Rath nicht schon in seinem Eintrag über den 7. November, sondern erst in der Notiz über den 8. November. Hermann erklärt den verspäteten Tagebucheintrag damit, dass Goebbels *„von dieser Tat entweder am 7. November 1938 noch keine Kenntnis (hatte) oder, was wahrscheinlicher ist, sich angesichts seiner eigenen Sorgen nicht für*

die Körperverletzung eines unbedeutenden Beamten interessierte", als der sich der Botschaftssekretär Ernst vom Rath für ihn wohl darstellte. In seinem Eintrag vom Morgen des 9. November, der sich auf den zurückliegenden Tag, also den 8. November bezieht, notierte Goebbels erstmals die Tat Herschel Grynszpans und nannte auch ein Motiv für Grynszpans Schüsse: *„Aus Rache für die Juden."* (Hermann 2011: 329).

Der hochangesehene Historiker und Holocaustüberlebende Saul Friedländer (1998: 293) macht darauf aufmerksam, dass Hitler und Goebbels die späten Abendstunden des 8. November gemeinsam verbracht hatten. Das Fehlen jedweden unmittelbaren Tagebucheintrags von Goebbels über die Schüsse von Paris erklärt Friedländer damit, dass Goebbels und Hitler bei ihrem Zusammensein vereinbart hatten, den Tod des schwerverletzten Botschaftssekretärs abzuwarten, ehe eine Aktion erfolgen sollte. *„Ihr ungewöhnliches Schweigen war das sicherste Zeichen für Pläne, die auf einen ‚spontanen Ausbruch des Volkszorns' zielten, der sich ohne jedes Anzeichen einer Beteiligung Hitlers abspielen sollte. Und in seiner Rede zum Gedenken an den Putschversuch von 1923 am Abend desselben 8. November enthielt sich Hitler jeder Anspielung auf das Ereignis von Paris."*

In Goebbels' Tagebucheintrag für den 8. November 1938, den er am Morgen des 9. November schrieb, steht dann:

„In Paris hat ein polnischer Jude Grynszpan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath in der Botschaft geschossen und ihn schwer verletzt. … Nun aber schreit die deutsche Presse auf. Jetzt wollen wir Fraktur reden. In Hessen große antisemitische Kundgebungen. Wenn man jetzt den Volkszorn einmal loslassen könnte." (zit. n. Hermann 2011: 331)

Kein Pilot-Pogrom

Dazu vermerkt der Historiker Raphael Gross (2013: 43): *„Der Konjunktiv im letzten Satz lässt vermuten, dass Goebbels zu diesem frühen Zeitpunkt selbst noch gar nicht aktiv geworden war."* Wenn Goebbels, so Gross, einen „Pilot-Pogrom" im Sinn gehabt hätte, wäre es naheliegend gewesen, ihn in Berlin durchführen zu lassen, wo er selbst Gauleiter war und „erfolgreich" antijüdische Sonderaktionen organisiert hatte.

Die gleiche Schlussfolgerung aus dem Tagebucheintrag von Goebbels für den 8. November 1938 zieht Hermann (2011: 331): *„Goebbels wünschte also, den ‚Volkszorn' in Form von gelenkter, gewalttätiger Empörung von NS-Anhängern loslassen zu können, was darauf hindeutet, dass er selbst dies bis dahin nicht getan hatte und es noch keine zentral gesteuerte antisemitische Aktion gab."*

Kurhessens Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand folgte bei seinem Handeln also nicht Befehlen oder direkt an ihn herangetragenen Wünschen seines Chefs Josef Goebbels, er agierte vielmehr aufgrund eigener Vorstellungen. Wobei er sich wohl darauf verlassen konnte, dass diese auch in Goebbels' Sinne waren, vor allem aber dem übergeordneten Ziel dienten, als tüchtiger Nationalsozialist *„dem Führer entgegenzuarbeiten"* (Kershaw).

Über lange Zeit ist jedoch der frühe Ausbruch der Pogrome im November 1938 als ein vom Hitlerregime organisierter und gelenkter Test auf die zu erwartende Reaktion der deutschen Bevölkerung interpretiert worden. Die Publikationen von Kropat von 1988 und eine erweiterte Fassung von 1997 schienen dafür ein verlässlicher Nachweis zu sein.

Auch die von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung geförderte Publikation von Walter Mühlhausen aus dem Jahr 2013 („Als die Synagogen brannten. Die Novemberpogrome 1938 in Hessen") reiht sich in diese Sichtweise ein:

„Diese ersten Pogrome in Nordhessen vom 7. November fanden wohl mit Wissen, wenn nicht gar auf Initiative des Reichspropagandaministeriums statt." (Mühlhausen 2013: 7)

Unabhängig von der Diskussion in der Geschichtswissenschaft wurde der frühe Ausbruch der Novemberpogrome in weiten Kreisen der Öffentlichkeit als Ergebnis der Anstiftung durch Reichspropagandaleiter Goebbels gesehen. Man unterstellte diesem, die frühen Ausschreitungen in Kurhessen als Pilotprojekt gestartet zu haben, um so einen Erkenntnisgewinn im Hinblick auf reichsweite Erfolgschancen zu erzielen.

Wie bereits ausgeführt, trugen die Veröffentlichungen von Arno Kropat bzw. deren Weitergabe durch die allgemeinen Medien erheblich zu der Festigung dieser Sichtweise bei. Und zwar sah und sieht man hier auch eine Parallele zu den bis auf den heutigen Tag noch immer offenen Fragen zur Brandstiftung des Deutschen Reichstags am 27. Februar 1933. Beide Geschehnisse kamen schließlich den NS-Machthabern wie gerufen zur Durchsetzung ihrer machtpolitischen Ziele.

Anrufe aus dem Kasseler Propagandaamt

Beide NS-Kreisleiter, Karl Ehser in Fulda und Erich Braun in Rotenburg (mit Familienwohnsitz und Firmensitz in Bebra), beziehen sich bei den Vernehmungen, denen sie sich nach Kriegsende stellen mussten, auf Anrufe aus dem Gaupropagandaamt in Kassel, in denen sie zu „antijüdischen Maßnahmen" aufgefordert wurden. Fuldas damaliger Bürgermeister und NS-Kreisleiter Ehser berief sich am 27. Mai 1947 bei einer Vernehmung durch die Kriminalpolizei darauf, dass Propagandaamtschef Gernand am Vormittag des 9. November 1938 mit der direkten Aufforderung am Apparat gewesen sei, endlich für die Zerstörung der Fuldaer Synagoge zu sorgen.

Für die Anrufe aus Kassel am späten Abend des 7. November nannte Ehser keine Namen: *„Bereits am 7. November 1938 erreichte mich ein Anruf von Kassel und zwar, wenn ich mich recht entsinne, zur Nachtzeit, denn ich lag schon zu Bett, als der Anruf kam. Die Gaupropagandaleitung in Kassel verständigte mich über die Vorgänge, die in Kassel und anderen Orten des Gaugebietes anlässlich der Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath in Paris sich zugetragen hatten. … Anderen Tages wiederholte sich seitens der Gaupropagandaleitung Kassel der Anruf mit der gleichen Aufforderung, nur mit schärferer Betonung."* (zit. n. Kropat 1997: 208f.)

Auch der Rotenburger Kreisleiter Erich Braun bestand darauf, dass er aufgrund von Anweisungen aus Kassel gehandelt habe. Bei der Rückkehr von einer Dienstreise am Abend des 7. November 1938 habe ihm seine Frau von einem Anruf aus der Gauleitung in Kassel berichtet, dem zufolge *„am gleichen Abend noch eine Aktion gegen die Juden durchgeführt werden solle. Sie habe nicht verstanden, was im Einzelnen geschehen solle."*

Beim Rückruf erhielt Braun *„von dort aus den Bescheid, dass auch im Kreis Rotenburg die Judenhäuser sofort auf zersetzendes Schriftmaterial, nazifeindliches Propagandamaterial und Schwarzsender durchsucht werden sollten, außerdem sollten die Geschäftsführer* [gemeint ist wohl: Geschäftsbücher, H.N.] *sichergestellt werden. Von irgendwelchen Plünderungen oder Misshandlungen, Anstecken von Synagogen usw. war nicht die Rede."*

Er (Braun) *„begab sich auf diese Anweisung hin in die Wirtschaft Röse, Bebra, da er von dort aus die Aktion in Gang bringen wollte. Er besprach mit dort anwesenden Parteimitgliedern die zu ergreifenden Maßnahmen."* (HHStAW 520/22, Nr. 15321. v.a. Bl. 74, 140, 146)

Ebenso wie für den Fuldaer waren auch für den Rotenburger Kreisleiter die aus Kassel an ihn herangetragenen Erwartungen die Basis für sein Handeln. So konnte nach über einem Jahr der Verhandlungen vor der Spruchkammer der öffentliche Kläger am 20. November 1948 auf den Revisionsantrag von NS-Kreisleiter Erich Braun hin festhalten: *„Für die Judenaktion im Kreis Rotenburg … hat der Betroffene, wie er selbst zugibt, von der Gauleitung den Befehl zur Durchführung erhalten und diesen Befehl alsdann an die ihm unterstellten Ortsgruppen weitergeleitet."*

Unterschiedlich gedeuteter Befehl

Hier wird zwar nicht die Gaupropagandaleitung direkt genannt, aber deren Chef Heinrich Gernand war in jenen Tagen der Ranghöchste in der Führung des NS-Gaues Kurhessen. Zu dieser Erkenntnis bin ich durch ein Dokument im Stadtarchiv München gekommen, nämlich durch die Einsichtnahme in die Teilnehmerliste und Sitzordnung der Kameradschaftsfeier zum 15. Jubiläum des Marsches auf die Feldherrnhalle. (Abdruck in Teil B dieses Buches)

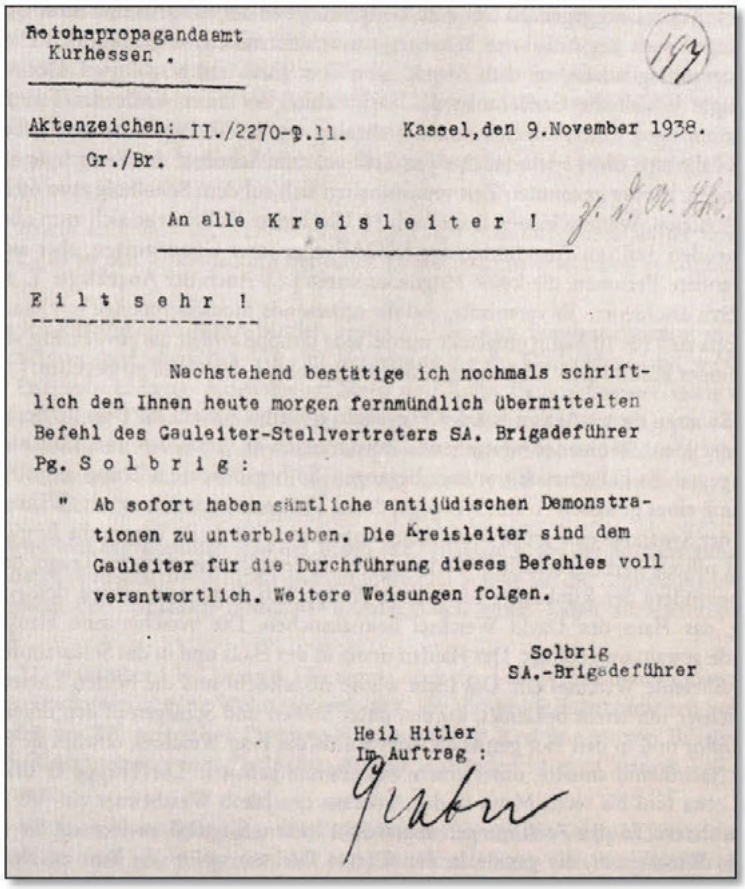
Die Liste verzeichnet neben Gauleiter Weinrich und Josias Prinz zu Waldeck auch den Namen des stellvertretenden Gauleiters Max Solbrig. Aufgrund der Teilnahme der Genannten an den Feiern zum Gedenken an den Putschversuch vom 9. November 1923 war Heinrich Gernand als Gau-Propagandaleiter in jenen Novembertagen 1938 die Nr. 1 in der Parteizentrale der kurhessischen NSDAP in Kassel. Gernand war so in die Lage versetzt, über seinen engeren Zuständigkeitsbereich hinaus in Aktion zu treten.

In den bisherigen Publikationen, die sich mit dem frühen Ausbruch von Gewaltaktionen in Kurhessen im Anschluss an das Pariser Attentat vom 7. November 1938 beschäftigen, ist diese besondere Konstellation nicht erkannt bzw. nicht berücksichtigt worden. So spricht auch Angela Hermann von einer Ablehnung der ersten Ausschreitungen im November 1938 in Kurhessen durch deren Gauleitung.

In der Tat gibt es ein Telegramm *„An alle Kreisleiter"* mit dem Befehl des Gauleiter-Stellvertreters und SA-Brigadeführers Max Solbrig vom 9. November 1938 mit der Aufforderung:

„Ab sofort haben sämtliche antijüdischen Demonstrationen zu unterbleiben. Die Kreisleiter sind dem Gauleiter für die Durchführung dieses Befehles voll

*verantwortlich. Weitere Weisungen folgen." (*s. Abbildung in der rechten Spalte)
Diese Anweisung war am Morgen des 9. November 1938 vom stellvertretenden kurhessischen Gauleiter Max Solbrig telefonisch aus München übermittelt worden.
Was bei der Zuordnung des Befehls vom 9. November betr. Unterbleibens *„sämtlicher antijüdischer Demonstrationen"* offensichtlich nicht erkannt wurde: Die Anweisung mit dem Datum vom 9. November ist nachweislich der Kopfzeile („Reichspropagandaamt Kurhessen") und der handschriftlichen Unterschrift von (Friedrich) Grebe, dem damaligen Stellvertreter von Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand, eine Anordnung, die nicht im Widerspruch, sondern im Einvernehmen des Reichspropagandaamtes mit der Gauleitung erfolgte: SA-Brigadeführer Solbrig hatte zugleich auch das Amt des stellvertretenden Gauleiters.
Nach Abgleich des Namenzugs auf diesem Dokument unter der „Heil Hitler"-Grußformel mit anderen aus dieser Zeit stammenden Dokumenten konnte ich die hier nur schwer entzifferbare handschriftliche Signatur (Friedrich) Grebe zuordnen, dem Stellvertreter von Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand. Diese Zuordnung der handschriftlichen Unterschrift auf diesem Dokument konnte ich aufgrund meiner Recherchen zu Friedrich Grebes Weg von seinem kurhessischen Pastorendienst zur hauptamtlichen Mitarbeit in NS-Leitungsgremien treffen. Seit 1936 war er im kurhessischen Gaupropagandaamt als Stellvertreter Gernands tätig. (HHStA Wiesbaden, Best 483, Nr. 2948)
Meine Erklärung geht dahin, dass die kurhessische Gaupropagandaleitung, in Übereinstimmung mit der zu diesem Zeitpunkt in München weilenden Gauleitung, von dem tatsächlichen Ausmaß des Gewaltausbruchs am Abend des 7. November und in der darauffolgenden Nacht überrascht und nicht willens war, die „Judenaktion" ohne Rückendeckung von „ganz oben" weiterzuführen.
Man war vielmehr bestrebt, die Geister, die man gerufen hatte, wieder unter Kontrolle zu bringen. Möglicherweise hatte das Ausmaß der Verwüstungen die Erwartungen der politischen Urheber überschritten.
Wie sich jedoch schon einen Tag später zeigte, war der im Verlauf des 9. November ergangene Stoppbefehl durch das Ableben Ernst vom Raths hinfällig geworden.



Reichspropagandaamt
Kurhessen .

197

Aktenzeichen: II./2270-9.11. Kassel, den 9. November 1938.
Gr./Br.

An alle Kreisleiter ! z. d. Akten

Eilt sehr !

Nachstehend bestätige ich nochmals schriftlich den Ihnen heute morgen fernmündlich übermittelten Befehl des Gauleiter-Stellvertreters SA. Brigadeführer Pg. Solbrig:

" Ab sofort haben sämtliche antijüdischen Demonstrationen zu unterbleiben. Die Kreisleiter sind dem Gauleiter für die Durchführung dieses Befehles voll verantwortlich. Weitere Weisungen folgen.

Solbrig
SA.-Brigadeführer

Heil Hitler
Im Auftrag :
Grebe

*Mitteilung des stellvertretenden kurhessischen Gauleiters und **SA-Brigadeführers Solbrig** (z. Zt. München) mit der Aufforderung zur Unterlassung „sämtlicher antijüdischer Demonstrationen". Weitergeleitet „An alle Kreisleiter" durch das Reichspropagandaamt Kurhessen mit dem Zusatz „Eilt sehr!" und mit der Unterschrift des stellvertretenden kurhessischen Gaupropagandaleiters Friedrich Grebe.*

Der am Morgen des 9. November 1938 ergangene Befehl zur Einstellung der Ausschreitungen (schönfärberisch als „antijüdische Demonstrationen" benannt) erfolgte über das Büro der Gaupropagandaleitung, die in ihrer Doppelfunktion eine Abteilung der NS-Gauleitung verkörperte wie auch die regionale Vertretung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda darstellte.
Dieser Befehl ist aus den genannten Gründen nicht als Nachweis für gegenteilige Positionen innerhalb der kurhessischen Gauleitung zu verstehen. Bekanntlich war Gauleiter Weinrich sehr bald nach den Novemberpogromen stolz darauf, dass in seinem Zuständigkeitsbereich „Pionierarbeit" geleistet worden war. Man muss hier nur an seinen Ausspruch erinnern: *„In Kassel flog der erste Stein."*
Dass die Anweisung vom 9. November an das Propagandaamt in Kassel nicht von Gauleiter Weinrich, sondern von seinem Stellvertreter Solbrig kam, hat m. E. keine inhaltlichen Gründe.

Kassel, Bebra, Rotenburg als Vorreiter

Auf der Basis von Angela Hermanns Analyse der Goebbelstagebücher ist davon auszugehen, dass Goebbels seine Hetzrede am Abend des 9. November 1938 im Alten Rathaus in München in enger Absprache mit Hitler vortrug, die Pogrome des 7. und 8. November aber ohne sein Zutun abliefen.

Als Hauptargument gilt dabei das vollständige Fehlen irgendeines Vermerks oder Hinweises auf seinen kurhessischen Statthalter Heinrich Gernand. Wie bereits erwähnt, hatte Goebbels am Morgen des 9. November in seinem Tagebuch eine Notiz betreffend *„große antisemitische Kundgebungen"* in Kurhessen und *„Synagogen werden niedergebrannt"* eingetragen und daran die Überlegung geknüpft*: „Wenn man jetzt den Volkszorn einmal loslassen könnte!"*

Nochmals: Es gab also bis zum Ableben vom Raths gegen Mittag des 9. November keine reichsweit zentral gesteuerte Aktion. Wohl aber hoffte Reichspropagandaleiter Goebbels jetzt darauf, gewalttätige Aktionen deutschlandweit in Gang setzen zu können, wie dies dann ja auch geschah.

Entgegen der Annahme von Kropat und in dessen Gefolge von vielen Zeitgeschichtsforschern und der allgemeinen Publizistik übernommen, gab es vor dem 9. November 1938 weder von Goebbels noch von anderen außerhessischen NS-Führungsspitzen Anweisungen für das, was sich am Abend des 7. November und in der Nacht zum 8. November in Kassel, Bebra und Rotenburg sowie auch in Sontra sowie im Verlauf des 8. November 1938 in einer Reihe weiterer Orte im Hessischen und im Gau Magdeburg-Anhalt zutrug.

Was den Ausbruch der antijüdischen Exzesse in der kurhessischen Hauptstadt Kassel im Verlauf des 7. November 1938 angeht, gelten noch immer die Erkenntnisse, die Wolfgang Prinz 1987 vorgelegt hat und die durch die Forschungen von Dietfrid Krause-Vilmar bestätigt wurden. Demnach waren es in der Gauhauptstadt Angehörige der SS-Verfügungstruppe aus Arolsen bzw. SS-Einheiten in Kassel und hier tätige Gestapoleute, die sich als erste dazu „berufen" fühlten, eine Antwort auf „die Schüsse von Paris" zu geben.

Gestützt auf Beobachtungen von Zeitzeugen in Kassel und in umliegenden Ortschaften, hielt Wolfgang Prinz als Ergebnis seiner langjährigen Studien fest: *„Die Verantwortung der Gauleitung in Kassel für die Novemberpogrome kann nach den vorhandenen Dokumenten nicht abschließend beurteilt werden. Sicher ist jedoch die aktive Beteiligung von Gestapobeamten und SS-Männern an den Ausschreitungen."* (Prinz 1987: 195)

Alfred Kamprath erkannte Gernand

Eine entscheidende Grundlage in der Beweisführung für Gernands Rolle beim Ausbruch der antijüdischen Maßnahmen in Bebra und Umgebung ist die bisher kaum beachtete Zeugenaussage des Heilpraktikers Alfred Kamprath. Dieser hatte gegenüber Landjäger Steffek am 10. März 1946 eine Erklärung abgegeben, die wegen ihrer Bedeutsamkeit bereits



Hersfelder Synagoge in Flammen

Die spontane Quittung für das Pariser Attentat / Empörung in Kassel hielt an

Wie schon in der gestrigen Ausgabe eingehend berichtet wurde, nahm die kurhessische Bevölkerung in einem spontanen Demonstrationswillen Stellung gegen das viehische Pariser Attentat des polnischen Juden. Wir konnten gestern schon über die Kundgebungen der Bevölkerung in der Kurhessenhauptstadt und im Kreise Rotenburg berichten, wo die Volksgenossen durch Zerstören der Synagogen und anderer jüdischer Einrichtungen und durch Zertrümmerung jüdischer Läden Juda die Antwort auf die Pariser Mordtat gaben.

klärlich. Die Gelegenheit gab einigen dunklen Elementen den Versuch ein, im Trüben zu fischen. Sie wollten sich an dem ergaunerten Eigentum der Juden bereichern. Wie es ganz selbstverständlich ist, schritt die Polizei sofort gegen derartige Elemente ein.

*Die **Kurhessische Landeszeitung**, das Parteiorgan der regionalen NSDAP, bestätigte in ihrer **Ausgabe vom 9. November** 1938 (oben Ausschnitt), die bereits am Vortage gemeldeten „Kundgebungen" gegen die jüdische Bevölkerung in Kassel und im Kreis Rotenburg und dokumentierte so deren Vorreiterrolle für den Ausbruch der Pogrome im November 1938.*

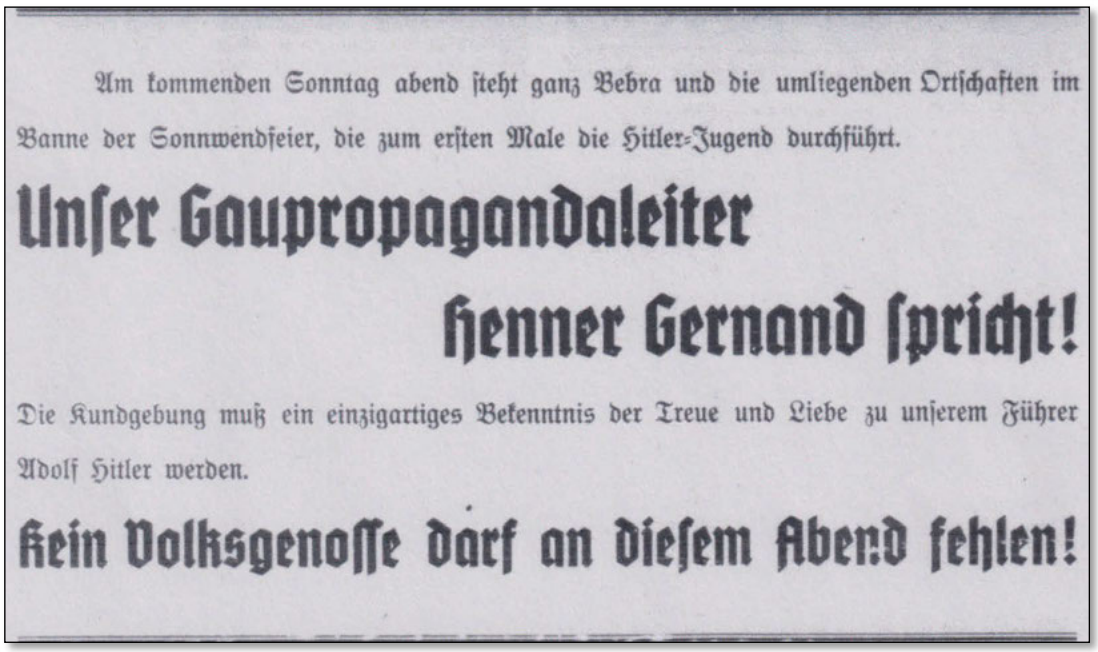
in diesem einführenden Überblick auszugsweise wörtlich zitiert werden soll.
Alfred Kamprath, geb. am 13. August 1912 in Bebra und 1938 auch in seiner Geburtsstadt wohnhaft, führte bei seiner Vernehmung zu den Vorgängen am Abend des 7. November 1938 aus:
„Erschien ich um ca. 20.00 Uhr im Gasthaus Röse. Dort saß ich mit Musiklehrer Hermann Hoffmann, [Eisenacherstraße 29, H.N.] *in der Kutscherstube allein an einem Tisch, da wir an diesem Abend kegeln wollten. Ich sah dort im Nebenraum Erich Braun, Heinrich Gernand, Propagandaleiter, und andere Herren aus Kassel, die mir nicht bekannt waren.*
Ich konnte aus dem Benehmen der Herren schließen, dass irgendeine Aktion im Gange sei. Kurze Zeit darauf füllte sich der ganze Restaurationsraum von Männern in braunen Uniformen. Ich konnte aus dieser Menge nur den Boedeker in seiner Uniform erkennen. Spengler [NS-Kreisgeschäftsführer, H.N.] *erkannte ich ebenfalls unter der Menge, welcher als Aktivist dort tätig war.“*



*SS-Obersturmbannführer **Heinrich Gernand** 1941: Das Foto findet sich in dem Beitrag von Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand mit dem Titel „Kurhessenland im Kriege“ in dem Landvolk-Kalender für Kurhessen und Waldeck 1942 (S. 31), mit der Bildunterschrift: „Aus Trümmern und Schutt einer zusammenbrechenden europäischen Zivilisation wird hervorgehen die große Kultur des bäuerlichen Menschen nordischer Rasse.“*

Gernands frühere Rolle in Bebra und Fulda

Wichtig scheint mir auch danach zu fragen, warum Gernand gerade die NS-Kreisleiter in Rotenburg und Fulda für sein Vorhaben aktivierte. Wäre es nicht leichter und vor allem schneller und zielführender gewesen, die entsprechenden Aktionen im Landkreis Kassel oder in den unmittelbar benachbarten Landkreisen zu starten?



Am kommenden Sonntag abend ſteht ganz Bebra und die umliegenden Ortſchaften im Banne der Sonnwendfeier, die zum erſten Male die Hitler-Jugend durchführt.

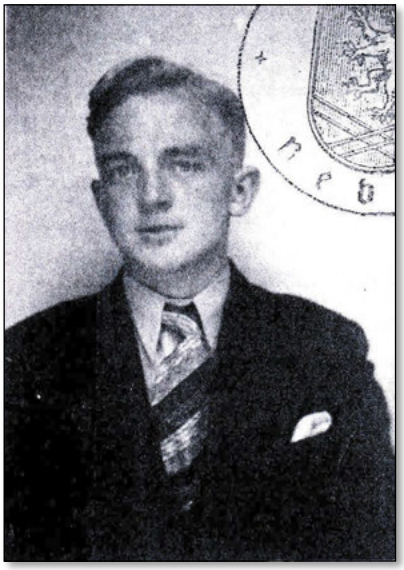
Unſer Gaupropagandaleiter

henner Gernand ſpricht!

Die Kundgebung muß ein einzigartiges Bekenntnis der Treue und Liebe zu unſerem Führer Adolf Hitler werden.

Kein Volksgenoſſe darf an dieſem Abend fehlen!

***Bebraer Tageblatt** v. 20. Juni 1935 - auffällig die Nennung des Vornamens in der lokalen Variante als „Henner“ und die Ankündigung des Redners als „unser“ Gaupropagandaleiter. Im Zeitraum Mai 1933 bis Mai 1934 berichtete das Tageblatt von vier öffentlichen Auftritten Gernands in Bebra.*



„Kronzeuge" Alfred Kamprath *(Passbild, Stadtarchiv Bebra).*

Dazu Folgendes: Vor seiner Tätigkeit in Kassel hatte Gernand mit beiden NS-Kreisleitern engen Kontakt. Das galt für Bebra ebenso wie für Fulda. In Bebra, seiner Heimatstadt, galt Heinrich Gernand neben Erich Braun als entscheidender Vorkämpfer der lokalen NSDAP, die sich hier schon vor der NS-Machtübernahme weit überdurchschnittlicher Organisations- und Wahlerfolge erfreuen konnte, so bei der Reichstagswahl im Juli 1932 mit einem Stimmenanteil von 66,5 Prozent (gegenüber 57,5 in der Nachbarstadt Rotenburg und 37,3 Prozent im Deutschen Reich). Schon bei der Reichstagswahl im September 1930 hatte fast jeder zweite Wähler in Bebra die Hitlerpartei gewählt (46,4 v. H. gegenüber 29,4 v. H. im benachbarten Rotenburg). Bei der Reichspräsidentenwahl im April 1932 wünschten sich zwei von drei Bebranern Adolf Hitler als neues Staatsoberhaupt (65,3 v. H. gegenüber 55,0 v. H. in Rotenburg).

In Fulda hatte Gernand von Dezember 1932 bis September 1933 als NSDAP-Kreisleiter gewirkt. Seine dortige Tätigkeit war von enger und für die NSDAP sehr erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem NS-Ortsgruppenleiter Karl Ehser geprägt. Innerhalb weniger Monate gelang den beiden die weitgehende Gleichschaltung der Fuldaer Kommunalparlamente und die überraschend schnelle Verdrängung der Zentrumspartei aus der lokalen Vorherrschaft.

Es hat von daher für Gernand gute und nachvollziehbare Gründe gegeben, seine Initiative dort anzusetzen, wo er auf ein vertrautes Umfeld zurückgreifen konnte. Deshalb wäre nochmals zu fragen: Wäre es, insbesondere unter dem Zeitfaktor, nicht vorteilhafter gewesen, die zu seinem Dienstsitz Kassel näher gelegenen Landkreise zu aktivieren?

Wie stark Heinrich Gernand in seiner Heimatstadt Bebra verankert war, gibt die Wortwahl zu erkennen, mit der für die Kundgebung zur Sonnwendfeier im Juni 1935 geworben wurde: *„Unser Gaupropagandaleiter Henner Gernand spricht!". (s. vorige Seite)*

Enge Absprache mit Gaupropagandaamt

Offen muss die Frage bleiben, wieweit die aus Kassel an diesem Abend in Bebra Gesichteten an der Schändung und Verwüstung der Synagoge, der Zerstörung der jüdischen Schule und dem Einschlagen von Fenstern und Türen jüdischer Privathäuser und Geschäfte sowie der Misshandlung jüdischer Bebraner unmittelbar beteiligt waren und erste Hand anlegten.

In den zahlreichen Aussagen der Zeugen und Angeklagten bei den Vernehmungen anlässlich der Prozesse vor dem Kasseler Landgericht und Oberlandesgericht von 1946 bis 1949 erscheinen die „Besucher" aus Kassel eher Anstifter gewesen zu sein, als dass sie persönlich an den Ausschreitungen beteiligt waren.

Auch in den Polizeiberichten finden auswärtige Teilnehmer an den Ausschreitungen keine Erwähnung. Wohl aber ist davon auszugehen, dass die Bebraer Partei- und SA-Leitung in enger Absprache mit Gaupropagandaleiter Gernand und seinen Gehilfen agierte.

Der Ausbruch offener Gewalt überraschte offenbar die NS-Oberen auf Gauebene. Was als systemstützende Maßnahme avisiert worden war, drohte außer Kontrolle zu geraten. Oder anders formuliert: das Pogrom hatte sich vor Ort zu einer Mischung aus Inszenierung und Kontrollverlust entwickelt. Und man wusste noch nicht, wie sich die Parteioberen in Berlin bzw. in diesen Tagen in München weilenden Parteigranden dazu stellen würden.

Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand als angeblicher Regimekritiker

Was Gernand als den zentralen Akteur jener Tage und Wochen angeht: Er wurde erst im März 1948 aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er war aber zunächst nicht in seinen früheren nordhessischen Wirkungsbereich zurückgekehrt, auch nicht nach Bonn, wo seine Familie wohnte, sondern hatte sich im Bergischen Kreis angemeldet.

In dem Dörfchen Hommerich suchte er zunächst eine Beschäftigung als landwirtschaftlicher Gehilfe, ab Juli 1948 arbeitete er als Schlosser in seinem erlernten Beruf. Im Frühjahr 1949 entschied er sich dazu, sich der Spruchkammer in seinem ehemaligen Wirkungsort Kassel zu stellen. So kam es am 6. Juni 1949 zur Anklageerhebung, mit Urteilsspruch am 12. August 1949. In dem Verfahren gelang es ihm, in die Rolle eines Regimekritikers zu schlüpfen.

Gernand musste erst zu einem Zeitpunkt Rechenschaft über seine Rolle im Hitlerreich ablegen, als das Interesse der Öffentlichkeit dafür nur noch rudimentär vorhanden war und seine schließliche Spruchkammer-Einstufung in die Gruppe 3 der Minderbelasteten keine öffentlichen Reaktionen auslöste. Dazu hier der Kommentar seines Cousins Martin Gernand vom 12. November 2008: *„Er wartete erst einmal in seinem Mauseloch Hommerich die Entwicklung ab und hatte dann genügend Zeit und Möglichkeiten, sich auf eine geschickte Verteidigung mit geeigneten Entlastungszeugen vorzubereiten. Bei seiner zweifellos beachtlichen Intelligenz sowie vielleicht auch durch Unterstützung alter Seilschaften gelang ihm das letztlich auch geradezu glänzend."*

In dem an seinem früheren Dienstort Kassel durchgeführten Verfahren vor der Spruchkammer berief sich Heinrich Gernand - in Abwesenheit von Belastungszeugen jedweder Art - auf persönliche Interventionen zur Verhinderung von Gewaltanwendung an seinem Dienstort Kassel. Wie bereits angesprochen, kam Gernand dabei zugute, dass spätestens am Morgen des 9. November, also vor dem Ableben des Attentatsopfers vom Rath, von verschiedenen Seiten viel darauf gesetzt worden war, die unkontrollierbar gewordenen Gewaltexzesse unter Kontrolle zu bekommen.
Was als „Denkzettel" gedacht war, aber binnen weniger Stunden zu einem wilden Gewaltausbruch führte, hatte eine Kehrtwende opportun erscheinen lassen.
Spätestens ab dem frühen Morgen des 9. November 1938 gab es Stoppbefehle. Wobei anzumerken ist, dass es nicht überall gelang, diese konsequent wirksam werden zu lassen. Die heraufbeschworenen Geister wurde man nicht so ohne weiteres wieder los, auch wenn dies diejenigen, die nach ihnen gerufen hatten, es so wollten.

So registrierte das Landratsamt in Rotenburg im Laufe des Vormittags des 9. November 1938 einen Funkspruch des Regierungspräsidenten, der von hier aus um 13.10 Uhr an die Bürgermeister weitergeleitet wurde:
„Ersuche mit sofortiger Wirkung unter Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte jegliche Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden."
Ergänzend wurde mitgeteilt: *„Kreisleiter haben vom Gauleiter ebenfalls entsprechende Anweisung erhalten."* (HHStAW 483, Nr. 10026)

Gernand wurde in den Folgejahren so wenig wahrgenommen, dass selbst der Landeshistoriker Gerhard Menk (Marburg/ Gießen) nicht ihn, Gernand, sondern den stellvertretenden Gauleiter Max Solbrig als verantwortlichen kurhessischen Gaupropagandaleiter benannte. (Menk 2010: 141f.)

Einwirken auf die Presseberichterstattung

Gewaltsame Aktionen einzelner SA- und HJ-Trupps hatten in den zurückliegenden Jahren bei den Parteioberen keine Gegenliebe gefunden und waren als „Einzelaktionen" von der nationalsozialistisch gesteuerten Presse in der Regel ignoriert worden. Als Leiter der Gaupropagandastelle konnte Gernand starken Einfluss auf die kurhessische Presselandschaft nehmen, so auch auf die Berichterstattung über die Pogrome in der Nacht vom 7. zum 8. November.
Nur so ist es zu verstehen, dass die *Kurhessische Landeszeitung*, das amtliche Parteiorgan, die antijüdischen Ausschreitungen in dem von ihm politisch zu indoktrinierenden Territorium in so großer Aufmachung thematisierte - und dies auf der ersten Seite, gleich neben der mehrspaltig verbreiteten Nachricht über das Geschehen in Paris.

„Dass die kurhessischen Zeitungen jetzt über antisemitische Terrorakte so ausführlich berichteten, war bei der straff gelenkten Presse unter der NS-Diktatur nur möglich, wenn das Reichspropagandaministerium bzw. das zuständige Gaupropagandaamt dies ausdrücklich verlangte oder billigte." (Kropat 1997: 60)
Hilfreich ist dabei sicherlich auch der Hinweis, dass Gernand ein freundschaftliches Verhältnis zu Hans Schlitzberger hatte, dem Presse-Gauamtsleiter und Verlagsleiter des NS-Sprachrohrs *Kurhessische Landeszeitung.* (Döhn 1987: 72)

„Dem Führer entgegenarbeiten“

Abschließend: Bei den Ausschreitungen noch am 7. November 1938 handelte es sich tatsächlich um spontane Gewaltexzesse, allerdings nicht im Sinne des von der reichsweiten NS-Propaganda beschworenen ominösen „Volkszorns“. Für die Geschehnisse in den kurhessischen Kleinstädten Bebra und Rotenburg sehe ich den seinerzeitigen Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand als Auslöser, der dem Willen seines Führers „entgegenarbeiten“ wollte und insofern sich spontan betätigte.

In meiner Darstellung wird der kurhessische Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand zu einer Figur, die nicht durch Ausführen von Befehlen oder Wünschen übergeordneter Stellen, sondern durch selbstbestimmtes Agieren das Rad der Geschichte über eine kurze, aber für den Gesamtverlauf des Dritten Reiches nicht unbedeutende Strecke bewegt hat. Und zwar als ein unmittelbar Beteiligter auf dem Weg in „die Katastrophe vor der Katastrophe“, wie Raphael Gross im Untertitel seine Publikation von 2013 über den „November 1938“ genannt hat.

Rückblickend waren die Geschehnisse des November 1938 „ein Vorspiel nur“ (Heine); in der Wahrnehmung der Zeitgenossen stellten sie aber alles in den Schatten, was bis dahin bereits an Terror gegen Juden und andere Minderheiten geschehen war. Die traurige Realität dessen, was wir in unseren Tagen in den Bildern und Texten der Berichterstattung in Fernsehen und Presse wahrnehmen, offenbart uns, wie aktuell der November 1938 uns geblieben ist.

Zur Wahl des Titels „Tage des Wahnsinns“

Aufgrund der bedeutsamen Rolle, die Bebra und Rotenburg deutschlandweit als Vorreiter für den Ausbruch der Novemberpogrome hatten, soll dieses Kapitel am Anfang stehen, auf das sich auch der Titel des Buches bezieht: **„Tage des Wahnsinns“**.

Zu dieser Titelwahl bin ich durch einen Kommentar von Dieter Obst gekommen, den dieser in seiner umfänglichen Abhandlung von 1991 („Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, S. 223) formuliert hat. Obst nimmt darin Stellung zu einer im November 1938 gemachten Äußerung eines Rotenburger Hauptaktivisten.

Dieser war, mit langem weißen Totenhemd und schwarzem Zylinder bekleidet, in einer Pferdekutsche vor Wohnhäuser jüdischer Familien in Rotenburg gefahren, um diese mit „Thoralesungen“ zu verhöhnen.

Der Besagte hatte auf Vorhaltungen des lokalen Führers der SA, der *„diesen Unfug als unwürdig“* bezeichnet hatte, zur Antwort gegeben, *„daß bei dem heutigen Festtag das auch erlaubt sein müßte“* (Zitat aus dem Landgerichtsverfahren von 1948: HStAM, 3 KLs 24/47).

Dazu dann der Kommentar von Obst, dass *„gerade das groteske, das heißt zugleich lächerliche und grausige Verhalten dieser kafkaesken Figuren im Grunde … ein demaskierendes Symbol für diese in allen ihren Erscheinungsformen irrsinnige Judenaktion“* war. Obst spricht dann - unter Anspielung auf den Rechtfertigungsversuch des Rotenburger Aktivisten - von dem damaligen grausigen Geschehen als einem *„Festtag des Wahnsinns“.* Daraus habe ich dann als Buchtitel „Tage des Wahnsinns“ abgeleitet.

Mit dieser Titelwahl für mein Buch sehe ich auch eine Nähe zu der Charakterisierung der Pogrome vom November 1938 durch den deutsch-amerikanischen Historiker und Psychoanalytiker Peter Loewenberg (1987: 313f.); dieser sieht die Vorgänge im November 1938 in ihrem konkreten Ablauf vielfach als öffentliches Erniedrigungsritual gekennzeichnet (*public degradation*), das die Opfer ihrer Würde als Menschen beraubte und so ihre physische Auslöschung erleichterte.

Zur fehlenden Periodisierung

Michael Wildt, der durch seine Analysen zur Rolle von Gewalt im Nationalsozialismus bekannt geworden ist, hat vor einigen Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass es in der Forschungsliteratur zur Verfolgung der Juden üblich geworden ist, der nationalsozialistischen Politik eine zielgerichtete Entwicklung zu unterstellen, die in klaren, abgrenzbaren und eindeutigen Phasen verlief: von der Diskriminierung und Ausgrenzung über den Entzug der materiellen Existenzgrundlage zur Entfernung aus ihrem Lebensumfeld und schließlichen Ausrottung in den Vernichtungsstätten.

Diese Sichtweise mit dem Blick „von oben“, in der die Verfolgung der Juden als eine sich systematisch

steigernde Abfolge von staatlichen Repressionen beschrieben wird, habe dazu geführt, so Wildt, dass der Antisemitismus vor Ort und dessen praktiziertes Gewaltpotential vielfach aus dem Blick geraten seien. (Wildt 1997: 59f.)
„Antisemitische Politik“, so auch der Historiker Ludolf Herbst (1995), *„war nicht auf zentrale Regierungsinitiativen angewiesen, sondern ein Basisphänomen. Es reichte, wenn die Regierung ihr die Schleusen öffnete bzw. ihr nicht entgegentrat.“*

Der amerikanische Ethnologe William S. Allen (1965) hat bereits Anfang der 1960er Jahre die lokalen Zusammenhänge der nationalsozialistischen Machteroberung zu der entscheidenden Voraussetzung für die Errichtung der totalitären Staatsform erklärt. Die tatsächliche Machtergreifung im Frühjahr 1933 geschah überwiegend von unten. Adolf Hitler, so Allen, erreichte den Gipfel der Macht, weil seine Anhänger auf der untersten Ebene erfolgreich waren.
Der Historiker Wolf Gruner (2000a: 120) macht darüber hinaus deutlich: *„Nach dem ersten großen Boykott und den ersten antijüdischen Gesetzen wurden aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen seit Sommer 1933 viele antisemitische Aktivitäten bewusst an die regionale Ebene delegiert, was die Forschung immer wieder mit einem Abebben der Verfolgung verwechselt hat.“*

Eines der mit meiner Publikation verfolgten Ziele besteht eben darin, die an den beiden untersuchten Orten praktizierte originäre antijüdische Gewalt sichtbar zu machen. Deshalb erfolgt in meiner Darstellung auch keine scharfe chronologische Periodisierung, etwa in die Jahre 1933 bis 1935 (Von der Machtübernahme bis zu den Nürnberger Gesetzen) und 1935 bis 1938 (Von den Nürnberger Gesetzen zu den Novemberpogromen).

Gruner (2019: 25f.) weist außerdem darauf hin, dass bei der Darstellung der Geschehnisse im November 1938 weitgehend versäumt wurde, die Zerstörung von jüdischen Wohnungen und Wohnhäusern in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.
Das Hauptaugenmerk lag, so Gruner, eher auf der Schilderung von Synagogenschändungen und der Plünderung und Zerstörung jüdischer Geschäfte. Das habe zu einer mangelnden Analyse der Effekte geführt, die das Pogromgeschehen auf die jüdische Bevölkerung unmittelbar in ihrem privaten und persönlichen Lebensbereich hatte.
Für die jüdischen Menschen, so Gruner, seien die persönlich erlittenen Schäden psychischer und auch materieller Art, das Erleben von Gewalt und Erniedrigung, vor allem aber der damit verbundene endgültige Verlust des bis dahin gepflegten Selbstbildes, bedeutsamer gewesen als das, was in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stand.
Gruner stützt sich dabei auf die Erkenntnisse, die er bei der systematischen Betrachtung der Interviews von Augenzeugen gewinnen konnte, die von *der Shoa Foundation* gemacht wurden und ihm als Hochschullehrer an der *University of Southern California* in vollem Umfang zur Verfügung standen.

Die systematischen Rundgänge durch Bebra und Rotenburg in diesem Buch (in Kap. B) verstehen sich so als Versuch, der von Gruner formulierten Position gerecht zu werden und diese beispiellosen Tage im November 1938 heute, nach fast neun Jahrzehnten, wenn schon nicht begreifbar, dann aber zumindest besser vorstellbar zu machen.
Die starke Fixierung bei Betrachtung des Pogromgeschehens auf die Zerstörung öffentlicher jüdischer Einrichtungen sieht Harald Schmid (2013: 889) in der schon bald nach Kriegsende verbreiteten Wendung *„Als die Synagogen brannten“,* die mehrfach als Titel von Ausstellungen und Publikationen diente. Schmid: *„So trug der Topos mit dazu bei, ein insbesondere moralisch verkürztes Bild scheinbar anonym entzündeter Synagogen im kollektiven Gedächtnis zu festigen.“* Und:
„Eine ursprünglich bloß abkürzende Überschrift konnte im Laufe der Zeit zum Inhalt gerinnen.“ Von der Gewalt gegen Menschen, von den Morden und Tätern sei so weniger die Rede gewesen.
Und in der Tat hat die erste größere Anstrengung in Rotenburg und Bebra, das Thema mit einer breit angelegten Ausstellung darzustellen, unter dieser Kennzeichnung stattgefunden:
„Die Nacht, in der die Synagogen brannten“ war auch der Titel der lokal ausgerichteten Ausstellung, die im November 1993 über mehrere Wochen in der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg, dann 1994 in der Rotenburger Verwaltungsfachhochschule (jetzt Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz), darauf in der Bebraer Brüder-Grimm-Schule gezeigt wurde und auf ein breites öffentliches Interesse stieß. Wobei die Initiatoren, zu denen auch der Autor dieses Buches gehörte, die „brennenden Synagogen“ im metaphorischen Sinne verstanden wissen wollten.

Zur Gliederung des Buches

Nach **Grußworten** und dem **Einführenden Überblick (Kapitel A)** werden in **Kapitel B** die **Novemberpogrome 1938 in Bebra und Rotenburg** dargestellt. Einiges von dem in Kapitel A Dargestellten wird hier noch einmal aufgegriffen. Um die Novemberpogrome 1938 in Bebra und Rotenburg in ihrer deutschlandweiten Bedeutung herauszustellen, werden sie in diesem Buch chronologisch vor den Geschehnissen in den Jahren **1933 bis 1938 (Kapitel C)** behandelt.

Darauf folgen dann in **Kapitel D: Rotenburg und Bebra nach den Pogromen** die weiteren Etappen der NS-Judenpolitik mit ihren Auswirkungen vor Ort bis zum Jahr 1942: vollständige Ausplünderung, totaler Ausschluss aus dem wirtschaftliche Leben sowie radikale soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung der wenigen noch verbliebenen jüdischen Menschen. Als **Kapitel E** wird die **Ermordung der jüdischen Behinderten** dargestellt, darauf folgt als **Kapitel F** die **Deportation** und Vernichtung der noch **bis 1942 hier gebliebenen jüdischen Menschen.**

In **Kapitel G** werden die **Schicksale jüdischer Menschen** erfasst, für die **Bebra und Rotenburg als Heimatorte** anzusehen sind, die aber in den Jahren der NS-Herrschaft zum Teil nicht mehr hier lebten.

Mit der Zuordnung der Holocaustopfer, die aus Bebra und Rotenburg stammten, zu den Orten, von denen aus sie in die Vernichtung verschleppt wurden, kann deutlich werden, wie sehr die hiesigen jüdischen Menschen zugleich Teil einer größeren, deutschlandweiten Gemeinschaft waren.

Die knappen Biogramme in den Kapiteln E, F und G sollen meiner Publikation in gewisser Weise auch den Charakter eines Gedenkbuches verleihen. Ich verfolge hier das Ziel, die Lebenswege aller jüdischen Menschen zu erfassen, die gewaltsam ihr Leben verloren und für die Bebra oder Rotenburg die Heimatstadt war. So soll das reine Opferbild einer Gruppe vermieden werden, die ohne Tradition und Geschichte dasteht.

Im **Kapitel H** (**Nach 1945**) finden sich relevante lokale Vorgänge in den ersten Nachkriegsjahren und daran anschließend der Umgang vor Ort mit dem belastenden Erbe des 3. Reiches. Denn: Eine Darstellung der Jahre 1933 bis 1945 kann nicht gelingen, wenn sie nicht den unsensiblen Umgang mit den Verbrechen des NS-Regimes in den Jahren nach dessen Untergang genauer in den Blick nimmt. Daran schließen sich **Kapitel I** und **K** an:

Benutzte Literatur und **Archivmaterial.** Danach werden im **Anhang** (**L**) drei Texte in knapper Kommentierung abgedruckt.

Das ist zum einen der Brief, den **Henny Rothschild**, geb. Löwenstein, im Oktober 1939 über die Rotenburger Novemberpogrome 1938 geschrieben hat, dem ich den Titel ***„Anblicke, die einem nie wieder in Vergessenheit kommen werden"*** gegeben habe. Dieser gemeinsam mit der US-amerikanischen Linguistin Judith Levi ins Englische übersetzte und von mir kommentierte Text ist 2015 auch im *Yearbook* des Leo-Baeck-Instituts veröffentlicht worden. Zum anderen kommen im Anhang zwei Schilderungen zum Abdruck, welche die Erlebnisse und Erfahrungen von jüdischen Menschen aus unserer Region wiedergeben, die im Gefolge der Novemberpogrome 1938 in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert wurden:

1. Der Bericht von **Siegfried Oppenheim** (1879-1952), Bruder von Levi Oppenheim, des Bebraer Buchbinders, Buchhändlers und letzten Vorstehers der dortigen Synagogengemeinde. Siegfried Oppenheim war im März 1938 als Lehrer an die Jüdische Bezirksschule in Bad Nauheim gekommen, von wo er nach Buchenwald deportiert wurde. Oppenheim gab seiner Schilderung den Titel ***„Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald bis zu meiner Rückkehr am 14. Dezember 1938".***

2. Die Übersetzung aus dem Englischen eines Teils der Erinnerungen von **Walter C. Frank** alias Fackenheim („People, Events, Stories. A Personal History 1920-1947"). Franks Familie (Fackenheim) stammte aus Bebra, seinen hier erstmals in deutscher Sprache veröffentlichten Texten habe ich die Überschrift gegeben: ***„Nach Buchenwald – ein Weg in die Hölle und zurück".***

Daran schließt sich ein umfängliches Personenregister (**M**) an, das auch die Namen der zitierten Autorinnen und Autoren nennt.

Warum Bebra und Rotenburg zusammen in einem Buch?

Die Begründung ergibt sich aus inhaltlichen wie auch aus pragmatischen Gründen. Der Fabrikant Erich Braun, als die für den damaligen Landkreis Rotenburg bestimmende Figur, war ab Januar 1934 als Kreisleiter der NSDAP mit seinem Dienstsitz in der Kreisstadt Rotenburg und seiner privaten und beruflichen Verankerung in Bebra Garant für eine

sich weitgehend im Gleichtakt bewegende lokale Herrschaft der NSDAP als Staatspartei. Das für eine Darstellung der lokalen Situation in den Jahren des Dritten Reiches überlieferte Aktenmaterial weist große Lücken auf, die in den jeweiligen Stadtarchiven aber unterschiedliche Bereiche betreffen. Was für die Darstellung einer bestimmten Thematik aufgrund der Materiallage für den einen Ort in gewissem Umfang möglich ist, gilt nicht für den anderen Ort - und umgekehrt.

Das Schriftgut der NSDAP und ihrer Organisationen und angeschlossenen Verbände ging bei Kriegsende weitgehend verloren oder wurde ganz gezielt aus Furcht vor persönlicher bzw. institutioneller Belastung vernichtet - auch noch Jahre später.

„In der Stadt rauchten alle Schornsteine, es wurde alles verbrannt, was auf Zugehörigkeit zur NSDAP wies“ - so Lilli Möller, Jg. 1918, in einer lokalgeschichtlichen Publikation zu Rotenburg (2000: 81).

„Reichskristallnacht“ oder „Novemberpogrom“

Die gewaltsamen Ausschreitungen gegen die jüdische Minderheit in Deutschland im November 1938 sind als Begriff der Zeitgeschichte mit „Kristallnacht“ oder „Reichskristallnacht“ in Geschichtsbücher, Lexika und vor allem in die Schulbücher eingegangen, obgleich zerbrochene (Schau-)Fensterscheiben nicht das entscheidende Merkmal gewesen sind.

Dieser Wortgebrauch gilt in besonderer Weise für den internationalen Sprachraum, in dem die genannten Begriffe oft zu den wenigen Übernahmen aus der deutschen Sprache zählen. Auch neuere fremdsprachliche Publikationen zu den Geschehnissen im November 1938 verwenden „Kristallnacht“, durchaus auch für die Titelgebung von Büchern.

Seit den Bemühungen in den 1970er Jahren um eine Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reiches wurden die Begriffe Kristallnacht bzw. Reichskristallnacht im deutschen Sprachraum aber als verharmlosend empfunden, obwohl sie ihre Entstehung, vor allem in der Formulierung als „Reichskristallnacht“, einer grimmig-politischen Intention verdanken und als eine Verhöhnung gemeint waren, welche die Urheber der schlimmen Geschehnisse enttarnen sollte.

Die zitierten Bezeichnungen sollen ihren Ursprung im Sprachgebrauch des kessen und systemkritischen Berliners gehabt haben. Insbesondere mit der Erweiterung der *Kristallnacht* zur *Reichs-Kristallnacht,* so die entsprechende Interpretation, sollte die Lüge vom spontanen Volkszorn enthüllt und zugleich die Titelsucht der hohen NS-Chargen (etwa z. B. Göring als Reichs-Marschall, ebenso als Reichs-Jägermeister) dem Spott preisgegeben werden.

Für Sebastian Haffner deutet sich in den Ausdrücken *Kristallnacht* und *Reichskristallnacht „genau die Verlegenheit an, in der sich der Durchschnittsdeutsche angesichts der Untaten vom November 1938 befand: einerseits Spott und Ablehnung, andererseits der ängstliche Wunsch, die eigentlichen Greuel nicht wahrzunehmen und das Ganze auf zerbrochene Fensterscheiben herunterzuspielen“.* (zit. n. Schmid 2001: 81)

Ähnlich sieht H.-U. Thamer (1987: 397) in der Bezeichnung *Reichskristallnacht „teils Ablehnung des Vorgefallenen, teils Verlegenheit“* und den Wunsch, *„das Ganze herunterzuspielen, als ginge es bloß um zerbrochene Fensterscheiben“.*

Aus der zeitlichen Distanz wurde dann jedoch der Hinweis auf zerbrochenes Glas, also die Zerstörung von materiellem Gut, als Ausblenden des in jenen Tagen sich vollziehenden Terrors gegenüber Menschen empfunden. So hat sich im deutschen Sprachraum - zumindest im öffentlichen Gebrauch - der Begriff ***Pogrom***, stärker noch ***Novemberpogrom*** durchgesetzt, meist in der Pluralform ***Novemberpogrome***, die für unseren geographischen Bereich besonders zutreffende Bezeichnung.

Streng genommen ist auch diese Wortwahl nicht unproblematisch. Der aus dem Russischen stammende Begriff bezeichnet in seiner ursprünglichen Bedeutung nämlich spontane Gewaltausbrüche von Bevölkerungsgruppen gegenüber Minderheiten, die allenfalls von staatlicher Seite geduldet wurden, die aber keine von Staatsorganen (Polizei, Gestapo) oder halbamtlichen Handlangern (SA, SS, NSDAP) initiierte und von diesen durchgeführte Aktionen waren.

Was die Täter und NS-Organe incl. der damaligen Presse angeht: Diese benutzten die neutralisierenden oder propagandistisch gefärbten Ausdrücke „Judenaktion“, „Novemberaktion“, „Rath-Aktion“ und sogar auch „Kundgebungen“.

Nach meinen persönlichen Beobachtungen werden die schrecklichen Geschehnisse im November 1938 in der Alltagssprache weiterhin dominierend mit „Kristallnacht“ benannt, in der Regel aber in ironisch-distanzierender Tonlage.

Anmerkungen zum Editorischen

Dieses Buch entstand unter Nutzung von *Microsoft Publisher* als Seitengestaltungsprogramm. Dieses hat eine begrenzte Komplexität, erlaubt aber auch Personen mit begrenzten EDV-Kenntnissen und bescheidenen Fähigkeiten im Umgang mit Grafikprogrammen, wie das für meine Person zutrifft, eine weitgehend selbstständige Text- und Bildgestaltung.
Unter Mithilfe des erfahrenen Informatikers Markus Pfannstiel, ohne dessen Unterstützung das Vorhaben in der vorliegenden Form nicht hätte gelingen können und dem ich schon an dieser Stelle ein großes Dankeschön sage, konnte ich so die Druckvorlage für dieses Buch in Eigenleistung erstellen.
Dies und zahlreiche Geldzuwendungen von einer Reihe von Personen und Institutionen ermöglichten es, diese Publikation zu einem sehr mäßigen Preis anzubieten und so einem breiten Leserkreis zugänglich zu machen. Nur ein Teil der tatsächlichen Herstellungskosten sind in den Verkaufspreis eingeflossen. (Dank mit Nennung der Sponsoren am Buchende.)

Das Seitengestaltungsprogramm *Microsoft Publisher* bietet keine klassische Textgestaltung mit Fuß- oder Endnoten. Deshalb wurde für Quellenangaben und Anmerkungen die „amerikanische“ bzw. Harvard-Methode benutzt. Danach werden Autorenname, Titel- und Seitenangaben im Telegrammstil unmittelbar in den Textfluss eingefügt.
Ergänzend habe ich auch das jeweilige Erscheinungsjahr der zitierten Veröffentlichungen angegeben, um so auch meine Vertrautheit mit dem aktuellen Forschungsstand kenntlich zu machen. Im Literaturverzeichnis (Kapitel I) sind neben den zitierten Quellen auch die zur grundlegenden Information herangezogenen Publikationen aufgelistet.
Übrigens, das Fehlen von klassischen Fußnoten hat sich angesichts des großen Umfangs der verwendeten Bilder und Dokumente hilfreich für ein harmonisches Layout der einzelnen Seiten erwiesen.
In den Texten sind die weiblichen und männlichen Formen prinzipiell gleichgestellt. Aus Gründen der Vereinfachung und besseren Lesbarkeit wird die weibliche grammatische Form daher nicht konsequent ergänzend verwendet.
Berichtigungen wurden in eckige Klammern gesetzt, ebenfalls kommentierende Einfügungen. Einfache Klammern wurden verwendet bei Ergänzungen zum besseren und korrekten Textverständnis.
Auslassungen bei Zitaten sind in der Regel durch drei Punkte gekennzeichnet.
Das verwendete Bildmaterial stammt zu einem erheblichen Teil aus den Beständen des Jüdischen Museums Rotenburg bzw. dessen Internetseiten als *Hassia-Judaica* sowie dem in meinem Besitz befindlichen reichhaltigen Schatz an Fotos, Bildern und Dokumenten.
Ansonsten ist die Herkunft der Bilddokumente unmittelbar am Ort ihrer Verwendung genannt, zum Teil mit dem Urheberrechtssymbol gekennzeichnet. Wenn dies bei der Vielzahl der Bilder und Dokumente da oder dort nicht geschehen sein sollte, manchmal auch im Nichtwissen der Herkunft, bitte ich um Benachrichtigung durch Anspruchsberechtigte, damit dies in einer Neuauflage nachgeholt und eine einvernehmliche Regelung getroffen werden kann.
Meine ursprüngliche Publikationsabsicht war die Darstellung der besonderen Rolle und Bedeutung der beiden Kleinstädte Rotenburg an der Fulda und Bebra für den Ausbruch der Novemberpogrome 1938. Bei der intensiven Beschäftigung mit den Geschehnissen in diesen beiden Städten in den Jahren ab 1933 und dem, was hier auf den November 1938 folgte, kam dann die vorgelegte Publikation zustande, die auch das zu erfassen versucht, was den Pogromen vorausging und was darauf erfolgte.

Was die Nennung von Namen angeht: hier sehe ich mich in Einklang mit der konsequenten Praxis, der Dieter Vaupel (2001: 25) bei der Publikation über die Vorgänge in der Nachbarstadt Spangenberg gefolgt ist, nämlich alle Personen, deren Namen aus den mittlerweile ohne Sperrfristen zugänglichen Dokumenten oder Presseverlautbarungen zu entnehmen sind, ungekürzt zu nennen. Unter den genannten Personen befindet sich niemand, der nach 1925 geboren wurde, sodass sich auch eine Anonymisierung der Namen aufgrund des Persönlichkeitsschutzes erübrigt.

Es ist vielfach bemängelt worden, dass zwar durchgängig die Namen von Opfern bei der Darstellung der Jahre des Dritten Reiches erscheinen, die Täter aber weitgehend im Dunklen bleiben. Ich folge Dieter Vaupels Annahme (2021: 25): „*Nachkommen von Tätern haben sich sicher mit dem, was ihre Vorfahren damals den Menschen angetan haben, die politisch anders dachten oder die dem jüdischen Glauben angehörten, kritisch auseinandergesetzt.“*

Und ich teile auch Vaupels Maxime, wie sie auch von hohen Repräsentanten unseres Staates und von prominenten Repräsentanten der Opfergruppen formuliert wurde:
Die Nachkommen von Tätern können nicht für das Verhalten ihrer Eltern oder Großeltern verantwortlich gemacht werden. So, wie wir alle nicht die Verantwortung für das damals Geschehene tragen. Aber, so der damalige Bundespräsident Weizsäcker am 8. Mai 1985 in seiner bahnbrechenden Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes: Wir *„sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird".*
Vorher war es Weizsäcker um eine Klarstellung gegangen: *„Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren."* Jahrzehntelang sind diese Worte bei den unterschiedlichsten Anlässen zitiert worden und bis gestern weitgehend als zwar grundsätzlich richtig aufgenommen worden - aber in der stillen Überzeugung von der Immunisierung des überwältigenden Teils unserer Gesellschaft gegenüber inakzeptablen politischen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen.

Warum 2025, 80 Jahre nach Ende des NS-Regimes, ein solches Buch?

Nach dem vorhin Formulierten muss diese Frage eigentlich nicht explizit gestellt werden. Warum soll man sich im Jahr 2025 und darüber hinaus noch so intensiv mit einer Minderheit und deren gewaltsamem Verschwinden beschäftigen?
Ist es nicht das Versäumnis der ersten und zweiten Generation gewesen, schon in der frühen Bundesrepublik das Gedenken zu wahren?

Volkhard Knigge, der frühere Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, gibt darauf eine überzeugende Antwort. Moderne Erinnerungskultur beschränkt sich demnach nicht auf die schlichte Erinnerungsweitergabe, sondern darauf, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. *„Geschichtsbewusstsein in diesem Sinne begreift die extreme Geschichte des 20. Jahrhunderts als unermessliches Reservoir für eine ebenso plastische wie konkrete Auseinandersetzung mit allen Formen politisch, gesellschaftlich und kulturell verursachter Menschenfeindlichkeit, ihren Keimformen und ihren Folgen."* (Knigge 2010: 14)
Für mich hat die vorliegende Veröffentlichung neben der reinen Geschichtsschreibung den tieferen Sinn, uns, den Nachgeborenen, klar zu machen, wohin Intoleranz, Hass oder auch nur das Schweigen über Unrecht führen kann.
Wir reden davon, dass es eine gemeinsame Verantwortung für die Vergangenheit gibt. Das Tragen dieser Verantwortung setzt jedoch Wissen um diese Vergangenheit und die Erinnerung daran voraus.

Lange Zeit wurde die Geschichte des Dritten Reiches beinahe ausschließlich „von oben" her gesehen, aus der Perspektive der personellen und institutionellen Machtträger in den Zentren der nationalen Politik.
In der folgenden Abhandlung soll aber das historische Geschehen an der Basis, auf der untersten Ebene der Gesellschaft, in den Vordergrund der Betrachtung rücken. Lokalgeschichte kann dazu beitragen, noch in die Gegenwart hineinreichende oder wirksame Ereignisse, Prozesse, Strukturen sichtbar werden zu lassen, um daraus vielleicht sogar Lehren zu ziehen.

Die Stimmen, die nach einem „Schlussstrich" rufen, gab es schon bald nach Kriegsende. So kam es dann auch, dass bald nach 1945 nicht mehr die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Mittelpunkt stand. Wenn sich Geschehnisse wie in den Jahren des Hitlerregimes nicht wiederholen sollen und wenn verhindert werden soll, dass wir durch Nichtstun oder Schweigen mitverantwortlich für Unrecht werden, sollten wir uns die damaligen Ereignisse jedoch bewusst machen, ihre Hintergründe und Zusammenhänge beleuchten, damit wir Folgerungen für uns selbst ziehen können.
Es ist nur ein geringer Trost festzustellen, dass es nicht nur den meisten Menschen in Bebra und Rotenburg an einem echten Unrechtsbewusstsein nach 1945 fehlte, sondern dass sie sich mit diesem Verhalten nicht von den übrigen Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Land unterschieden.

Möge die hier vorgelegte Darstellung über Bebra und Rotenburg in den Jahren 1933 bis 1945 als Beitrag zur dauerhaften Überwindung dieser Verweigerung dienen.

B. Tage des Wahnsinns

Die Novemberpogrome 1938 in Bebra und Rotenburg

Am 31. Oktober 1938 schickte Berta/ Beile Grynszpan aus der polnischen Grenzstadt Zbaszyn (Benschen) eine Postkarte an ihren Bruder Herschel/ Hermann in Paris, die dieser am 3. November 1938 erhielt. So erfuhr der 17-Jährige von der Vertreibung seiner Familienangehörigen aus Hannover und deren Notsituation:

„Lieber Hermann, von unserem großen Unglück hast du sicherlich gehört. Ich will dir genau schildern, wie das vorgegangen ist. Donnerstagabend hat man rumgesprochen, dass man alle polnischen Juden in einer Stadt ausgewiesen hat. Jedoch wollten wir das nicht glauben. Donnerstagabend um 9 Uhr ist ein Sipo [Sicherheitspolizist, H.N.] zu uns gekommen und sagte wir müssen zur Polizei und die Pässe mitbringen. … Man hat uns nicht mehr nach Hause gelassen. Ich habe gebettelt man soll mich nach Hause lassen, wenigstens etwas Zeug zu holen. Bin dann mit einem Sipo gegangen und habe in einem Koffer die nötigsten Kleidungsstücke gepackt. Und das ist alles, was ich gerettet habe. Wir sind ohne Pfennig Geld.“ (zit. n. Döscher 1988: 55)

Herschel Grynszpan sinnt auf Rache

Von da an ist Herschel von dem Gedanken besessen, sich an den Deutschen zu rächen. Noch quälender wird dieser Gedanke, als er im *Pariser Haint*,



*Nach Polen ausgewiesene jüdische Menschen in der **Grenzstadt Zbonszyn/Benschen** in der ersten Novemberwoche 1938.*



*Der 17-jährige Herschel **Grynszpan** kurz vor seinem Attentat in Paris.*

einer jiddischen Zeitung, am 4. November 1938 folgenden Bericht liest: *„Schreckliche Lage der aus Deutschland ausgewiesenen polnischen Juden. Über 8000 von einem auf den anderen Tag staatenlos gewordene Menschen wurden festgenommen und ins deutsch-polnische Niemandsland, hauptsächlich von Zbonszyn, deportiert. Die Aufenthaltsbedingungen sind besonders unerträglich und deprimierend. 1200 dieser Menschen sind bereits erkrankt, mehrere Hundert sind obdachlos. … Man meldet einige Fälle geistiger Störungen und Selbstmord.“* So berichten es Rita Thalmann und Emmanuel Feinermann (1988: 49)

Historischer Hintergrund

Anfang Oktober 1938 hatte die polnische Regierung angeordnet, diejenigen polnischen Juden, die länger als fünf Jahre außer Landes lebten, müssten bis zum 29. Oktober ihre Pässe erneuern lassen. Andernfalls würden sie zu Staatenlosen erklärt. Die polnische Regierung wollte mit dieser schikanösen Vorschrift verhindern, dass Juden polnischer Herkunft in großer Zahl in ihr früheres Heimatland zurückkehrten. Daraufhin beschloss die deutsche Reichsregierung ohne Absprache mit Warschau, diesen Teil der in Deutschland lebenden jüdischen Minderheit gewaltsam nach Polen abzuschieben.

Am 7. November, gegen 9.30 Uhr, erschien Herschel Grynszpan vor der Deutschen Botschaft in der *rue de Lille*, nachdem er sich auf dem Weg dorthin einen Revolver gekauft hatte. Mit der von ihm geäußerten Absicht, ein wichtiges Dokument abgeben zu wollen, gelangte er in das Dienstzimmer des Legationssekretärs Ernst vom Rath, der ihn mit den Worten empfangen haben soll: *„Sie haben mir ein wichtiges Dokument zu übergeben?“* Worauf Grynszpan den Revolver aus der Tasche zog und schrie: „Sie sind ein *sale boche!“* [Schimpfwort für ‚*dreckiger Deutscher*‘, H.N.], *hier ist das Dokument, im Namen der 12000 verfolgten Juden!“* (Thalmann/Feinermann 1988: 52)

Völkischer Beobachter zeigt die Richtung

Was die deutschen Juden nun erwartete, konnten sie bereits tags darauf, am 8. November 1938, im Parteiorgan der NSDAP, dem *Völkischen Beobachter*, lesen: *„Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ausländische Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen.“*

Den *Völkischen Beobachter* vom 8. November 1938 haben die Juden in Rotenburg und Bebra mit Sicherheit nicht gelesen. Aber was sie in der lokalen Presse zu lesen bekamen, hatte einen ähnlich bedrohlichen Charakter.

Dreispaltig in den hiesigen Lokalzeitungen

In großem Schriftgrad und in Fettdruck wurde ihnen im *Rotenburger Tageblatt* angekündigt: *„Abrechnung mit den Kindern Israels“.* Und diese grundsätzliche Konsequenz aus Herschel Grynszpans Tat, die in dem Parteiblatt aus dem Geschehen in Paris gezogen wurde, formulierte auch die lokale Presse, indem sie deutlich die Drohung bestätigte, dass das *„Pariser Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland“* haben würde. Und vor Ort hatte dies schon am 8. November nicht nur den Charakter einer Ankündigung und Drohung, sondern war bereits schreckliche Realität geworden, bei der die lokalen Akteure *„den Zügeln ihrer Empörung freien Lauf“* gelassen hatten.



Berliner Ausgabe

312. Ausg. / 51. Jahrg. / Einzelpreis 15 Pf. / Auswärts 20 Pf.

Berliner Ausgabe

Berlin, Dienstag, 8. November 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ein neuer Fall Gustloff

Jüdischer Mordanschlag in Paris

Mitglied der Deutschen Botschaft durch Schüsse lebensgefährlich verletzt

Der Mordbube ein 17jähriger Jude

Paris, 7. November.

Der Zustand des Verletzten sehr ernst

Verbrecher am Frieden Europas

Von Wolfgang Diewerge

London: „Eine heimtückische

Rotenburger Tageblatt

Rotenburger Kreisblatt — **Rotenburger Zeitung**

Erscheint an jedem Werktag. Der Bezugspreis beträgt 1.50 RM. u. 30 ₰ Zustellgebühr und ist im Voraus zu entrichten. Erfüllungsort für den gesamten Geschäftsverkehr ist Rotenburg (Fulda). Bei Betriebsstörung wird kein Schadenersatz geleistet. Annahmeschluß für den Erscheinungstag morgens 8 Uhr.

Gegründet 1857

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 5 Reichspfennig. Ermäßigte Grundpreise für Amtliche Anzeigen, Vereins- und Kino-Anzeigen laut Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 92 mm Spaltenbreite 15 Reichspfennig. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig. Fernruf 290. Postscheckkonto Frankfurt a. M. 26778.

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Kreis Rotenburg bestehend aus den Amtsgerichtsbezirken Rotenburg und Sontra

Nr. 262 — Rotenburg (Fulda), Dienstag, den 8. November 1938 — 82. Jahrg.

Deutscher Diplomat niedergeschossen

Frecher jüdischer Ueberfall in der Deutschen Botschaft in Paris.

Auf den Legationssekretär an der Deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, wurde in seinem Dienstzimmer ein Revolverattentat verübt. Als Täter wurde später der jüdische polnische Staatsangehörige Herschel Seibel Grynszpan festgestellt.

Wie ergänzend mitgeteilt wird, hat sich der Täter bei einem Amtsgehilfen der Botschaft angemeldet; er verlangte einen der Legationssekretäre zu sprechen. Er wurde darauf zu Legationssekretär vom Rath geführt. Gleich darauf fielen in dem Zimmer des Herrn vom Rath Schüsse, und der soeben erst gemeldete Fremde versuchte zu flüchten. Der Amtsgehilfe der Botschaft veranlaßte daraufhin die sofortige Festnahme des Täters durch den vor dem Botschaftsgebäude stehenden französischen Polizeibeamten, der den Täter dem nächsten Polizeikommissariat zuführte.

Bei der sofort durchgeführten Vernehmung erklärte der Täter, er habe das Attentat verübt, um seine jüdischen Rassegenossen zu rächen.

Die Botschaft hat beim französischen Außenministerium strengste Durchführung der Untersuchung verlangt und zugesagt erhalten. Legationssekretär vom Rath ist in ein Krankenhaus übergeführt und in ärztliche Pflege genommen worden.

*

Der freche Ueberfall, der in der Deutschen Botschaft in Paris von einem jüdischen Emigranten auf den Legationssekretär vom Rath, der hoffentlich bald von seiner Verletzung genesen wird, verübt worden ist, zeigt, wie recht die französische Regierung daran getan hat, energische Maßnahmen gegen die Emigranten zu beschließen. Dieses jüdische Gesindel ist für alle Länder zu einer Gefahr geworden. Die internationalen Beziehungen können daher nur dadurch gewinnen, wenn man verbrecherischen Naturen dieser Art die Tür verschließt und sie so hindert, die ihnen gewährte Gastfreundschaft zu mißbrauchen.

Wohlüberlegte Tat

Der Täter, ein 17jähriger Jude, besitzt einen von dem Pariser polnischen Generalkonsulat ausgestellten Paß. Es handelt sich bei ihm nicht um einen Geisteskranken, sondern er macht einen durchaus normalen Eindruck und hat seine Tat offensichtlich wohl überlegt. Der Täter Grynszpan hatte bis zum 15. August d. J. bei seinem Onkel in Paris gewohnt. An diesem Tage zog er dort aus. Seitdem war sein Aufenthalt unbekannt. Der jüdische Täter weigert sich, anzugeben, wo er sich seitdem aufgehalten hat. Dieser auffällige Tatbestand gibt der Vermutung Raum, daß Grynszpan keineswegs allein hinter dem Verbrechen steckt. Es muß vor allem aufgeklärt werden, von welcher Seite er die neue Pistole erhalten hat.

Der Kauf der Mordwaffe

Der Polizei ist es gelungen, den Waffenhändler ausfindig zu machen, der dem Judenbengel den Revolver verkauft hat. Der Waffenhändler Carpe ist von der Polizei verhört worden und hat erklärt, daß Herschel Seibel Grynszpan ihm sehr ruhig erschienen sei und über die Gründe für den Revolverkauf gesagt habe, er trage des öfteren größere Geldbeträge bei sich. Der Jude habe zunächst zwischen einem automatischen Revolver und einem Trommelrevolver in seiner Wahl gezögert. Auf Anraten des Waffenhändlers kaufte er dann den Tommelrevolver, Kaliber 6,35.

Ueber seine Existenzmittel verhört, erklärte Herschel Seibel Grynszpan, er habe vor etwa 14 Tagen von seiner Familie rund 3000 Franken erhalten.

*

Für das Attentat des 17jährigen Juden polnischer Nationalität Grynspan in Paris ist die ganze internationale jüdische Clique verantwortlich, die wieder einmal zum Revolver gegriffen hat, um durch Schüsse auf einen Deutschen ihre Rassegenossen zu rächen. Es ist noch nicht lange her, daß in der Schweiz der Jude David Frankfurter als Agent der internationalen jüdischen Kriegshetzerclique den Landesstellenleiter der Organisation der NSDAP. in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, ermordete. Damals schon wurde offenbar, daß die jüdischen Kriegshetzer die Welt in neue Verwirrungen bringen möchten. Nun fielen die Revolverschüsse in Paris. Wollte die internationale Kriegshetzerclique durch das gemeine Revolverattentat Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich heraufbeschwören? Ein jüdischer Verbrecher wurde in die deutsche Botschaft, also auf den Boden des Reiches, geschickt und beging seine verbrecherische Tat. Es ist das Glück der Völker, wenn diese gemeine Tat keine furchtbaren Folgen für die Völker tragen soll. Und es steht wahrlich zu hoffen, daß man jetzt überall in der Welt erkennt, was das jüdische Verbrechertum beabsichtigt, und daß man deshalb ihm das verdiente Schicksal zuteil werden läßt, nämlich die völlige Brachlegung des jüdischen Einflusses und die völlige Unterbindung der Hetze der jüdischen Emigranten.

Wenn in Paris die verantwortlichen Kreise ernstlich den Frieden wollen, so werden sich aus den Schüssen in Paris keine ernsten europäischen Verwicklungen ergeben. Insofern, das muß man annehmen, wird das jüdische Revolverattentat keine Folgen haben. Deutschland muß sich aber gegen den gemeinen Haß des internationalen Judentums schützen — jeder deutsche Volksgenosse im Ausland hat Anspruch auf den Schutz des Reiches —, und so haben es sich die Juden selbst zuzuschreiben, wenn das Pariser Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland, und zwar auch für die ausländischen Juden, zeitigen dürfte. Das deutsche Volk wendet sich voller Empörung von dem feigen jüdischen Verbrecher ab, der genau wie Frankfurter in Davos als Bittsteller kam und dann die verbrecherischen Schüsse abgab.

Der französische Ministerpräsident Daladier hat dem deutschen Botschafter in Paris gegenüber seine herzliche Anteilnahme an dem Befinden des deutschen Legationssekretärs vom Rath bekundet. Daladier, der sich in München so tatkräftig für die Wahrung des europäischen Friedens eingesetzt hat und der als ehrlicher ehemaliger Frontsoldat die Verständigung der europäischen Völker will, wird jetzt klar erkennen müssen, daß die jüdische Gefahr eine Weltgefahr ist. Das Judentum in der Welt will in seinem Haß gegen die „autoritären Staaten" die Völker in das Verderben eines Weltkrieges führen. Das Wohl der Völker erfordert es aber, daß diese jüdische Weltgefahr gebannt wird und bleibt.

Von Frankreich aber muß das deutsche Volk verlangen, daß eine saubere Gerechtigkeit bei der Untersuchung dieser Mordtat und bei dem Urteil gegen den Mordbuben walte.

Vom Raths Zustand sehr ernst

Ueber die Verletzungen, die Legationssekretär vom Rath bei dem feigen jüdischen Revolverüberfall in der Deutschen Botschaft in Paris erlitt, verlauten von zuständiger Stelle noch folgende Einzelheiten:

Eine der beiden Kugeln, die der Jude Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär abschoß, streifte die Haut und drang in die Schulter ein. Die dadurch hervorgerufene Verletzung ist nicht gefährlich. Die zweite Kugel dagegen drang in die Seite ein und durchschlug die Milz, weiter verletzte sie die Magenwand an zwei Stellen. Glücklicherweise ist die Wirbelsäule nicht getroffen worden.

Es erwies sich als notwendig, die Milz zu entfernen. Die Verwundungen am Magen wurden genäht. Die Operation war infolge der Art und der Stellen der Verletzungen außerordentlich schwierig, sie ist jedoch gut verlaufen. Der Zustand des Verletzten bleibt, ohne zu unmittelbaren Befürchtungen Anlaß zu geben, sehr ernst.

Daladiers Anteilnahme

Der feige Anschlag hat in Paris größtes Aufsehen erregt. Die Presse berichtet ausführlich über den Anschlag und die Verhaftung des Verbrechers. Ministerpräsident Daladier hat dem deutschen Botschafter seine persönliche Anteilnahme sowie die Anteilnahme der Regierung übermittelt. Desgleichen haben sich zahlreiche politische Persönlichkeiten auf der Botschaft nach dem Befinden des Legationssekretärs vom Rath erkundigt.

Der „Intransigeant" schreibt, das bedauerliche Attentat habe in Paris große Erregung hervorgerufen. Es rolle aufs neue die Frage der unliebsamen Ausländer auf, die nach Frankreich kämen, um sich ihren unkontrollierbaren Machenschaften hinzugeben.

Abrechnung mit den Kindern Israels

Als gestern Abend der Draht den feigen Ueberfall auf den deutschen Legationssekretär vom Rath in Paris meldete, bemächtigte sich der Rotenburger Bevölkerung eine ungeheure Empörung, die aus dem tiefsten Herzen kam und löste gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen spontane Kundgebungen hervor.

In Demonstrationszügen zogen die Volksgenossen unter Sprechchören **„Rache für die Schüsse von Paris"** von einem jüdischen Haus zum anderen und ließen den Zügeln ihrer Empörung freien Lauf und schlugen die Fensterscheiben ein und gaben den jüdischen Einrichtungen einen Denkzettel für die Bluttat von Paris. Besonders war die Menge nicht mehr zu halten vor der Zerstörung der Synagoge. Nichts blieb übrig. Die Einrichtungen flogen auf die Straße; Bundeslade und ewiges Licht wurden vernichtet und im Steinweg wurden die Gebetsrollen dem Feuer übergeben. Das gleiche Bild zeigte sich auch in Baumbach, Bebra und den umliegenden Ortschaften, wo ganze Arbeit geleistet wurde.

Wie frech sich die jüdische Pest bei uns zeigte und ihr Haupt empor trug, geht aus der Antwort hervor, die ein jüdischer Händler auf einem deutschen Bauernhof in Mündershausen äußerte, als ihm das Betreten des Hofes verboten wurde: „Ihr seid froh, wenn ich in 14 Tagen Euren Hof wieder betrete".

Dieser Ausspruch ist Zeuge von der gemeinen und frechen Ueberhebung, die sich die jüdischen Söldlinge im Kampfe gegen das wahre Deutschtum erlauben.

Kampf gegen den Weltfeind

Erster Jahrestag des Beitritts Italiens zum Antikominternpakt.

Aus Anlaß des ersten Jahrestages des Beitritts Italiens zum Antikominternabkommen zwischen Deutschland und Japan veranstalteten die Deutsch-Italienische und die Deutsch-Japanische Gesellschaft im „Kaiserhof" in Berlin einen Empfang, zu dem sich mehr als 400 deutsche, italienische und japanische Persönlichkeiten aus Staat, Partei, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft eingefunden hatten.

So waren von italienischer Seite u. a. Botschafter Attolico, Botschaftsrat Graf Magistrati, der Militär- und der Marineattaché erschienen. Unter den zahlreich anwesenden Japanern sah man den neuen japanischen Botschafter in Berlin, Generalleutnant Oschima, und Marineattaché Kojima. Von deutscher Seite wohnten u. a. dem Empfang bei: als Vertreter des Auswärtigen Amtes Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker und der Chef des Protokolls, Freiherr von Dörnberg, vom Propagandaministerium Ministerialdirigent Hasenöhrl, ferner Vertreter des Reichsinnen-, Wirtschafts- und Arbeitsministeriums. Man sah weiter den Chef des Generalstabes der Luftstreitkräfte, General Stumpff, Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes, der Dienststelle Ribbentrop, der Auslandsorganisation der NSDAP. und der Antikomintern.

Der Präsident der Deutsch-Japanischen Gesellschaft, Admiral a. D. Förster, empfing die Gäste, die sich im Zeichen der erfolgreichen Bekämpfung der verhängnisvollen Politik der kommunistischen Internationale zusammengefunden hatten.

Großer Empfang in Tokio

In Tokio veranstaltete die italienische Botschaft einen Empfang, an dem das Prinzenpaar Tschitschibu in Vertretung des Kaisers, Fürst Konoye und mehrere andere Minister, sowie der Präsident des Staatsrates und die Botschafter Deutschlands, Spaniens, Mandschukuo sowie zahlreiche andere Gäste teilnahmen.

Brandmarkung der Hetzer

Starkes Interesse, aber noch wenig Verständnis

Die aufrüttelnde Rede des Führers auf dem Gautag in Weimar, in der als Vorbedingung für eine wirksame Rüstungsbegrenzung die Abrüstung der Kriegshetze gefordert wurde, und in der Adolf Hitler den Hetzern vom Schlage eines Churchill und eines Greenwood eine scharfe Abfuhr erteilte, haben im Auslande ein starkes Echo ausgelöst. Bezeichnend für die Beachtung, die dieser Appell gefunden hat, ist, daß die Londoner Zeitungen sie am Sonntag durch Extrablätter verbreiteten. Es gehört zu den großen Seltenheiten der englischen Presse, daß sie noch Sonntagabends Extrablätter ausgibt. Bedauerlich ist nur, daß ein großer Teil der Kommentare der englischen und französischen Zeitungen das notwendige Verständnis dafür vermissen läßt, daß es im Interesse der



Rotenburger Tageblatt

Rotenburger Kreisblatt

Rotenburger Zeitung

Erscheint an jedem Werktag. Der Bezugspreis beträgt 1.50 RM u. 30 ₰ Zustellgebühr und ist im Voraus zu entrichten. Erfüllungsort für den gesamten Geschäftsverkehr ist Rotenburg (Fulda). Bei Betriebsstörung wird kein Schadenersatz geleistet. Annahmeschluß für den Erscheinungstag morgens 8 Uhr.

Gegründet 1857

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 5 Reichspfennig. Ermäßigte Grundpreise für Amtliche Anzeigen, Vereins- und Kino-Anzeigen laut Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 92 mm Spaltenbreite 15 Reichspfennig. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig. Fernruf 290. Postscheckkonto Frankfurt a. M. 26778.

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Kreis Rotenburg bestehend aus den Amtsgerichtsbezirken Rotenburg und Sontra

Nr. 262 Rotenburg (Fulda), Dienstag, den 8. November 1938 32. Jahrg.

„Deutscher Diplomat niedergeschossen“ titelte das *Rotenburger Tageblatt* am 8. November 1938 auf Seite 1 über alle drei Spalten hinweg.

„Frecher jüdischer Überfall in der Deutschen Botschaft in Paris“ lautete der anschließende Untertitel. Im Folgenden der vollständige Text in transkribierter Form:

„Auf den Legationssekretär an der Deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, wurde in seinem Dienstzimmer ein Revolverattentat verübt. Als Täter wurde später der jüdische polnische Staatsangehörige Herschel Seibel Grynszpan festgestellt.

Wie ergänzend mitgeteilt wird, hat sich der Täter bei einem Amtsgehilfen der Botschaft angemeldet; er verlangte, einen der Legationssekretäre zu sprechen. Er wurde darauf zu Legationssekretär vom Rath geführt. Gleich darauf fielen in dem Zimmer des Herrn vom Rath Schüsse, und der soeben erst gemeldete Fremde versuchte zu flüchten. Der Amtsgehilfe der Botschaft veranlaßte daraufhin die sofortige Festnahme des Täters durch den vor dem Botschaftsgebäude stehenden französischen Polizeibeamten, der den Täter dem nächsten Polizeikommissariat zuführte.

Bei der sofort durchgeführten Vernehmung erklärte der Täter, er habe das Attentat verübt, um seine jüdischen Rassegenossen zu rächen.

Die Botschaft hat beim französischen Außenministerium strengste Durchführung der Untersuchung verlangt und zugesagt erhalten. Legationssekretär vom Rath ist in ein Krankenhaus übergeführt und in ärztliche Pflege genommen worden.

Der freche Überfall, der in der Deutschen Botschaft von einem jüdischen Emigranten auf den Legationssekretär vom Rath, der hoffentlich bald von seiner Verletzung genesen wird, verübt worden ist, zeigt, wie recht die französische Regierung daran getan hat, energische Maßnahmen gegen die Emigranten zu beschließen. Dieses jüdische Gesindel ist für alle Länder zu einer Gefahr geworden. Die internationalen Beziehungen können daher nur dadurch gesunden, wenn man verbrecherischen Naturen dieser Art die Tür verschließt und sie so hindert, die ihnen gewährte Gastfreundschaft zu mißbrauchen.

Wohlüberlegte Tat

Der Täter, ein 17jährige Jude, besitzt einen von dem Pariser polnischen Generalkonsulat ausgestellten Paß. Es handelt sich bei ihm nicht um einen Geisteskranken, sondern er macht einen durchaus normalen Eindruck und hat seine Tat offensichtlich wohl überlegt. Der Täter Grynszpan hatte bis zum 15. August d. J. bei seinem Onkel in Paris gewohnt. An diesem Tage zog er dort aus. Seitdem war sein Aufenthalt unbekannt. Der junge Täter weigert sich, anzugeben, wo er sich seitdem aufgehalten hat. Dieser auffällige Tatbestand gibt der Vermutung Raum, das Grynszpan keineswegs allein hinter dem Verbrechen steckt. Es muß vor allem aufgeklärt werden, von welcher Seite er die neue Pistole erhalten hat.

Der Kauf der Mordwaffe

Der Polizei ist es gelungen, den Waffenhändler ausfindig zu machen, der dem Judenbengel den Revolver verkauft hat. Der Waffenhändler Carge ist von der Polizei verhört worden und hat erklärt, daß Henschel Seibel Grynszpan ihm sehr ruhig erschienen sei und über die Gründe für den Revolverkauf gesagt habe, er trage des öfteren größere Geldbeträge bei sich. Der Jude habe zunächst zwischen einem automatischen Revolver und einem Trommelrevolver gezögert. Auf Anraten des Waffenhändlers kaufte er dann den Trommelrevolver, Kaliber 6,35.

Über seine Existenzmittel verhört, erklärte Herschel Seibel Grynszpan, er habe vor etwa 14 Tagen von seiner Familie rund 3000 Franken erhalten.

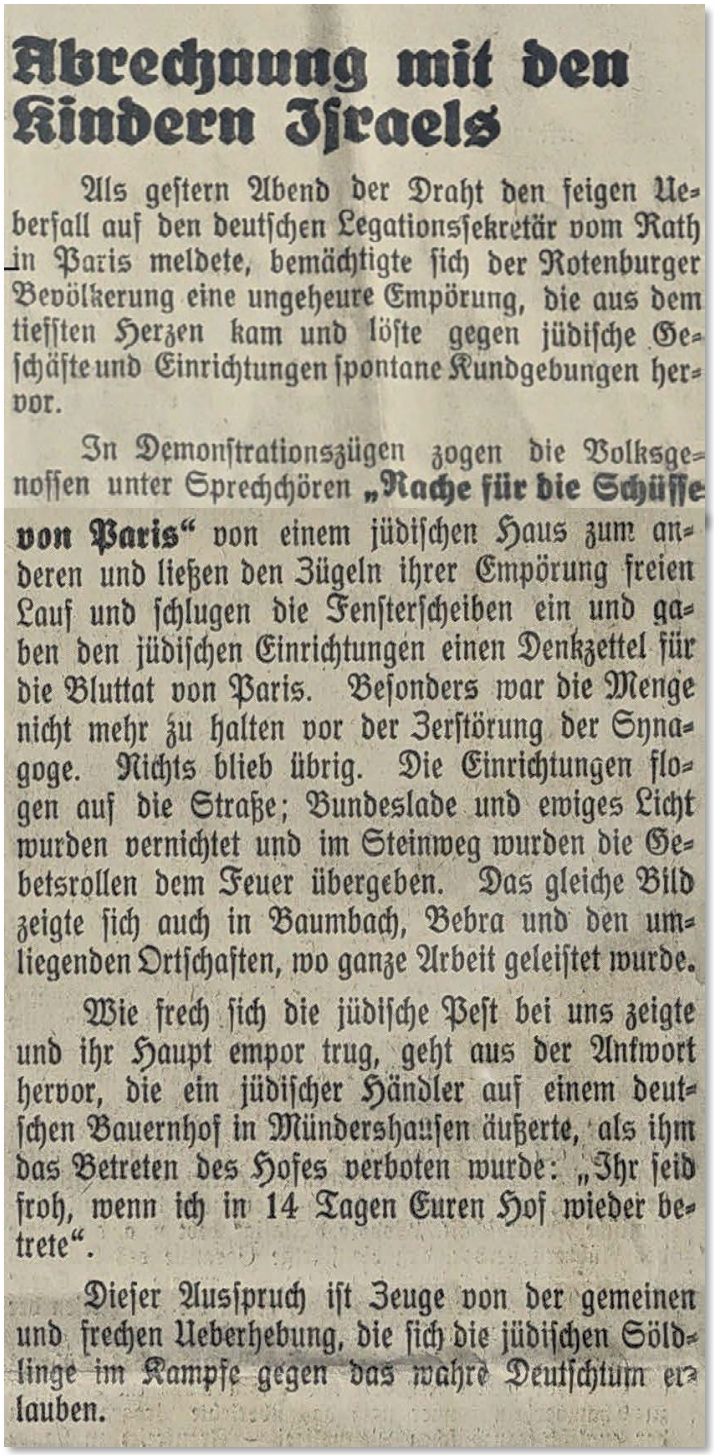
Für das Attentat des 17jährigen Juden polnischer Nationalität Grynszpan in Paris ist die ganze internationale Clique verantwortlich, die wieder einmal zum Revolver gegriffen hat, um durch Schüsse auf einen Deutschen ihre Rassegenossen zu rächen. Es ist noch nicht lange her, daß in der Schweiz der Jude David Frankfurter als Agent der internationalen Kriegstreiberclique den Landesstellenleiter der Organisation der NSDAP in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, ermordete.
Damals schon wurde offenbar, daß die jüdischen Kriegshetzer die Welt in neue Verwirrungen bringen möchten. Nun fielen die Revolverschüsse in Paris. Wollte die internationale Kriegshetzerclique durch das gemeine Revolverattentat Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich heraufbeschwören? Ein jüdischer Verbrecher wurde in die deutschen Botschaft, also auf den Boden des Reiches, geschickt und beging seine verbrecherische Tat.
Es ist das Glück der Völker, wenn diese gemeine Tat keine furchtbaren Folgen für die Völker tragen soll. Und es steht wahrlich zu hoffen, daß man jetzt überall in der Welt erkennt, was das jüdische Verbrechertum beabsichtigt, und daß man deshalb ihm das verdiente Schicksal zuteil werden läßt, nämlich die völlige Brachlegung des jüdischen Einflusses und die völlige Unterbindung der Hetze der jüdischen Emigranten.
Wenn in Paris die verbrecherischen Kreise ernstlich den Frieden wollen, so werden sich allerdings aus den Schüssen in Paris keine ernsten europäischen Verwicklungen ergeben. Insofern, das muß man annehmen, wird das jüdische Revolverattentat keine Folgen haben. Deutschland muß sich aber gegen den gemeinen Haß des internationalen Judentums schützen – jeder deutsche Volksgenosse im Ausland hat Anspruch auf den Schutz des Reiches — , und so haben es sich die Juden selbst zuzuschreiben, wenn das Pariser Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland, und zwar auch für die ausländischen Juden, zeitigen dürfte. Das deutsche Volk wendet sich voller Empörung von dem feigen jüdischen Verbrecher ab, der genau wie Frankfurter in Davos als Bittsteller kam und dann die verbrecherischen Schüsse abgab.
Der französische Ministerpräsident Daladier hat dem deutschen Botschafter in Paris gegenüber seine herzliche Anteilnahme an dem Befinden des deutschen Legationssekretärs vom Rath bekundet. Daladier, der sich in München so tatkräftig für die Wahrung des europäischen Friedens eingesetzt hat und der als ehrlicher ehemaliger Frontsoldat die Verständigung der europäischen Völker will, wird jetzt klar erkennen müssen, daß die jüdische Gefahr eine Weltgefahr ist.
Das Judentum in der Welt will in seinem Haß gegen die „autoritären Staaten" die Völker in das Verderben eines Weltkrieges stürzen. Das Wohl der Völker erfordert es aber, daß diese jüdische Weltgefahr gebannt wird und bleibt.
Von Frankreich aber muß das deutsche Volk verlangen, daß eine saubere Gerechtigkeit bei der Untersuchung dieser Mordtat und bei dem Urteil gegen den Mordbuben walte.

Vom Raths Zustand sehr ernst

Über die Verletzungen, die Legationssekretär vom Rath bei dem feigen Revolverüberfall in der Deutschen Botschaft in Paris erlitt, verlauten von zuständiger Stelle noch folgende Einzelheiten:
Eine der beiden Kugeln, die der Jude Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär abschoß, streifte die Haut und drang in die Schulter ein. Die dadurch hervorgerufene Verletzung ist nicht gefährlich. Die zweite Kugel dagegen drang in die Seite ein und durchschlug die Milz, weiter verletzte sie die Magenwand an zwei Stellen. Glücklicherweise ist die Wirbelsäule nicht getroffen worden.
Es erwies sich als notwendig, die Milz zu entfernen. Die Verwundungen am Magen wurden genäht. Die Operation war infolge der Art und der Stellen der Verletzungen außerordentlich schwierig, sie ist jedoch gut verlaufen. Der Zustand des Verletzten bleibt, ohne zu unmittelbaren Befürchtungen Anlaß zu geben, sehr ernst.

Daladiers Anteilnahme

Der feige Anschlag hat in Paris größtes Aufsehen erregt. Die Presse berichtet ausführlich über den Anschlag und die Verhaftung des Verbrechers. Ministerpräsident Daladier hat dem deutschen Botschafter seine persönliche Anteilnahme sowie die Anteilnahme der Regierung übermittelt. Desgleichen haben sich zahlreiche politische Persönlichkeiten auf der Botschaft nach dem Befinden des Legationssekretärs vom Rath erkundigt.
Der L'Intransigeant schreibt, das bedauerliche Attentat habe in Paris große Erregung hervorgerufen. Es rolle aufs Neue die Frage der unliebsamen



Abrechnung mit den Kindern Israels

Als gestern Abend der Draht den feigen Ueberfall auf den deutschen Legationssekretär vom Rath in Paris meldete, bemächtigte sich der Rotenburger Bevölkerung eine ungeheure Empörung, die aus dem tiefsten Herzen kam und löste gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen spontane Kundgebungen hervor.

In Demonstrationszügen zogen die Volksgenossen unter Sprechchören **„Rache für die Schüsse von Paris“** von einem jüdischen Haus zum anderen und ließen den Zügeln ihrer Empörung freien Lauf und schlugen die Fensterscheiben ein und gaben den jüdischen Einrichtungen einen Denkzettel für die Bluttat von Paris. Besonders war die Menge nicht mehr zu halten vor der Zerstörung der Synagoge. Nichts blieb übrig. Die Einrichtungen flogen auf die Straße; Bundeslade und ewiges Licht wurden vernichtet und im Steinweg wurden die Gebetsrollen dem Feuer übergeben. Das gleiche Bild zeigte sich auch in Baumbach, Bebra und den umliegenden Ortschaften, wo ganze Arbeit geleistet wurde.

Wie frech sich die jüdische Pest bei uns zeigte und ihr Haupt empor trug, geht aus der Antwort hervor, die ein jüdischer Händler auf einem deutschen Bauernhof in Mündershausen äußerte, als ihm das Betreten des Hofes verboten wurde: „Ihr seid froh, wenn ich in 14 Tagen Euren Hof wieder betrete“.

Dieser Ausspruch ist Zeuge von der gemeinen und frechen Ueberhebung, die sich die jüdischen Söldlinge im Kampfe gegen das wahre Deutschtum erlauben.

Ausländer auf, die nach Frankreich kämen, um sich ihren unliebsamen Machenschaften hinzugeben.

Abrechnung mit den Kindern Israels

Als gestern Abend der Draht den feigen Überfall auf den deutschen Legationssekretär vom Rath in Paris meldete, bemächtigte sich der Rotenburger Bevölkerung eine ungeheure Empörung, die aus dem tiefsten Herzen kam und löste gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen spontane Kundgebungen hervor.

*In Demonstrationszügen zogen die Volksgenossen unter Sprechchören **„Rache für die Schüsse von Paris“** von einem jüdischen Haus zum anderen und ließen den Zügeln ihrer Empörung freien Lauf und schlugen die Fensterscheiben ein und gaben den jüdischen Einrichtungen einen Denkzettel für die Bluttat von Paris. Besonders war die Menge nicht mehr zu halten vor der Zerstörung der Synagoge. Nichts blieb übrig. Die Einrichtungen flogen auf die Straße; Bundeslade und ewiges Licht wurden vernichtet und im Steinweg wurden die Gebetsrollen dem Feuer übergeben. Das gleiche Bild zeigte sich auch in Baumbach, Bebra und den umliegenden Ortschaften, wo ganze Arbeit geleistet wurde.*

Wie frech sich die jüdische Pest bei uns zeigte und ihr Haupt empor trug, geht aus der Antwort hervor, die ein jüdischer Händler auf einem deutschen Bauernhof in Mündershausen äußerte, als ihm das Betreten des Hofes verboten wurde: „Ihr seid froh, wenn ich in 14 Tagen Euren Hof wieder betrete.“

Dieser Ausspruch ist Zeuge von der gemeinen und frechen Ueberhebung, die sich die jüdischen Söldlinge im Kampfe gegen das wahre Deutschtum erlauben.

*Text von Seite 1, Spalte 2/3, im **Rotenburger Tageblatt vom 8.11.1938** (Montage und Vergrößerung).*
Auf dem grauen Feld rechts die Transkription des Textes.

Schwerste Folgen für die Juden in Deutschland

Unter der Schlagzeile *„Jude überfiel deutschen Botschaftssekretär“* platzierte auch das Bebraer Tageblatt das Pariser Geschehen auf seiner Titelseite - leicht gekürzt gegenüber der Darstellung im *Rotenburger Tageblatt*. Damit folgte man auch in Bebra den Weisungen des staatlichen Deutschen Nachrichtenbüros (DNB), das diese Linie bereits im Laufe des 7. November allen Presseorganen vorgegeben hatte: *„Die Nachricht muß die erste Seite voll beherrschen.“* Darüber hinaus war die Aufforderung an die Redaktionen vor Ort ergangen, in eigenen Beiträgen deutlich zu machen, *„daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß“. (zit. n. Benz 2018: 53)*

So heißt es dann auch in beiden Lokalblättern:
„So haben es sich die Juden selbst zuzuschreiben, wenn das Pariser Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland zeitigen dürfte."
Im parteiamtlichen Völkischen Beobachter war zu diesem Zeitpunkt eine noch deutlichere Position formuliert worden, der zufolge die Schüsse in Paris *„den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage" markieren. Die Stimmung schürend, ergänzte die Kurhessische Landeszeitung, das Parteiorgan des Gaues Kurhessen der NSDAP: „Unsere Antwort wird hart sein!"*

Die *„Schüsse von Paris",* in Wahrheit die Verzweiflungstat eines Halbwüchsigen, missbrauchte die NS-Propaganda als ein Beispiel für die *„Verschwörung des Weltjudentums",* als Kriegserklärung des *„internationalen Judentums"* an das Deutsche Reich. So ist auch die Bezugnahme auf das Attentat des jüdischen Studenten David Frankfurter am 4. Februar 1936 in Davos auf den NS-Führer Wilhelm Gustloff in der Presseanweisung vom 7. November 1938 zu verstehen. Der Öffentlichkeit sollte suggeriert werden, beide Attentate seien Teil einer organisierten Verschwörung des angeblich existenten „Weltjudentums".

Mit Rücksicht auf den angestrebten diplomatischen Erfolg durch die Olympischen Winterspiele hatte der NS-Staat im Februar 1936 darauf verzichtet, ähnliche Reaktionen wie auf Herschel Grynszpans Tat zu inszenieren. Nachdem das Münchner Abkommen im September 1938 dem Dritten Reich de facto die Eroberung des Sudetenlandes legitimiert hatte, war das Pariser Attentat ein willkommener Vorwand für die intensivere Verfolgung der deutschen Juden.

Konkret bedeutete dies die bereits zitierte Presseanweisung, die das Pariser Attentat zur alles dominierenden Zeitungsmeldung vom 8. November machte. Selten ist wohl dem NS-Regime eine Nachricht gelegener gekommen als die vom Attentat Herschel Grynszpans.
„Der kleine Grünspan war der verlängerte Arm überstaatlicher Mächte, der Mord von langer Hand vorbereitet und das Opfer stellvertretend für die gesamte NS-Führerschaft. Diese Lesart wurde als für deutsche Kommentare verbindlich angeordnet." (Heiber 1957: 159)

Vergleich des Rotenburger mit dem Bebraer Tageblatt

Die Leser des Bebraer Tageblatts vom 8. November 1938 fanden die Meldung über die lokalen Ausschreitungen auf Seite 3 in der vertrauten Rubrik „Aus Bebra und Umgebung" unter der Überschrift „Kundgebungen des Volkes gegen die Schüsse von Paris":
„In Bebra konzentrierte sich die spontane Wut vor allem gegen die Synagoge und gegen die Geschäftshäuser jüdischer Hetzer und Treiber, die jahrelang die Bevölkerung auszuplündern verstanden."

Auch das Bebraer Blatt betont den „spontanen" Charakter der lokalen „Demonstrationen". Weniger prominent platziert als im *Rotenburger Tageblatt* fanden die Bebraner die Meldung über die Vorgänge in der eigenen Stadt nicht bereits auf der Titelseite, und auch nicht durch größeren Schriftgrad hervorgehoben, sondern ohne aufreizende Schlagzeile in den Text eingefügt, der sich im Wesentlichen mit den Auswirkungen der „Schüsse von Paris" in anderen Orten beschäftigte.

Das Bebraer Blatt nahm der Lokalmeldung in gewisser Weise auch dadurch etwas von ihrer Brisanz, dass zunächst von „spontanen Kundgebungen" in anderen kurhessischen Orten, in erster Linie in Kassel, die Rede war. Von den 48 Zeilen entfallen so lediglich vier explizit auf Bebra.

Unabhängig von dem unterschiedlichen Umfang und der Platzierung der Berichterstattung über die Geschehnisse vor Ort in den beiden Lokalblättern waren diese sehr dazu angetan, eine Fortsetzung des Terrors zu begünstigen, wenn es beispielsweise wortgleich hieß, dass *„das Pariser Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland"* haben werde.
Während die Presseberichte über den lokalen Terror unterschiedlich prominent platziert waren und auch in der Wortwahl nicht den gleichen Ton anschlugen, bezeugten sie ein Ausmaß von unvorstellbarem Barbarentum in beiden Städten.

Über die Geschehnisse in den anderen „Judenorten" im damaligen Landkreis Rotenburg (Sontra, Diemerode, Nentershausen, Richelsdorf und Baumbach) liegen keine frühen Presse- oder Polizeiberichte vor.

Bebraer Tageblatt

Obersuhler Tageblatt Bebraer — Contraer Tageszeitung Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 1 mm hohe und 45 mm breite Zeile oder deren Raum 5 Rpf., die 1 mm hohe und 90 mm breite Textzeile 15 Rpf. Bei Wiederholungen oder Mengenabschlüssen Nachlaß laut Anzeigenpreisliste. In Fällen von Konkurs oder Zwangsvergleich wird der etwa bewilligte Nachlaß hinfällig. Geschäftsstelle: Bebra, Nürnberger Str. 60. Fernruf 148 Bebra. Annahmestelle in Obersuhl: Georg Weyh III.

Amtsanzeiger Hauptanzeiger des Kreises Rotenburg Alleiniges amtliches Ankündigungsblatt der Stadtverwaltung Bebra

Das Bebraer Tageblatt erscheint an jedem Werktag. Beilagen: Unterhaltungsblatt „Am Abend", „Landmanns Sonntagsblatt", „Der Kreis Rotenburg", „Zum Wochenende". Bezugspreis: monatlich 1.40 Reichsmark zuzüglich 20 Reichspfennig Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Rpf. — Im Falle höherer Gewalt, technische Betriebsstörung usw., im Betrieb, mit Lieferanten besteht für Anzeigen-Auftraggeber und Bezieher kein Schadenersatzanspruch.

Nummer 262 — Dienstag, den 8. November 1938 — 33. Jahrgang

Jude überfiel deutschen Botschaftssekretär

Revolverattentat in der Deutschen Botschaft in Paris

Auf den Legationssekretär an der Deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, wurde in seinem Dienstzimmer ein Revolverattentat verübt. Als Täter wurde später der jüdische polnische Staatsangehörige Herschel Seibel Grynszpan festgestellt.

Der Täter meldete sich bei einem Amtsgehilfen der Botschaft und verlangte einen der Legationssekretäre zu sprechen. Er wurde darauf zu Legationssekretär vom Rath geführt. Gleich darauf fielen in dem Zimmer des Herrn vom Rath Schüsse, und der Fremde versuchte zu flüchten. Der Amtsgehilfe der Botschaft veranlaßte daraufhin die sofortige Festnahme des Täters durch den vor dem Botschaftsgebäude stehenden französischen Polizeibeamten, der den Täter dem nächsten Polizeikommissariat zuführte.

Bei der Vernehmung erklärte der Täter, er habe das Attentat verübt, um seine jüdischen Rassegenossen zu rächen.

Die Botschaft hat beim französischen Außenministerium strengste Durchführung der Untersuchung verlangt und zugesagt erhalten.

Legationssekretär vom Rath ist in ein Krankenhaus übergeführt und in ärztliche Pflege genommen worden.

Zustand des Legationssekretärs sehr ernst

Ueber die Verletzungen, die Legationssekretär vom Rath bei dem feigen jüdischen Revolverüberfall in der deutschen Botschaft in Paris erlitt, erfährt man von zuständiger Stelle noch folgende Einzelheiten.

Eine der beiden Kugeln, die der Jude Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär abschoß, streifte die Haut und drang in die Schulter ein. Die dadurch hervorgerufene Verletzung ist nicht gefährlich. Die zweite Kugel dagegen drang in die Seite ein und durchschlug die Milz, weiter verletzte sie die Magenwand an zwei Stellen. Glücklicherweise ist die Wirbelsäule nicht getroffen worden. Es erwies sich als notwendig, die Milz zu entfernen. Die Verwundungen am Magen wurden genäht. Die Operation war infolge der Art und der Stellen der Verletzungen außerordentlich schwierig, sie ist jedoch gut verlaufen. Der Zustand des Verletzten bleibt, ohne zu unmittelbaren Befürchtungen Anlaß zu geben, sehr ernst.

Wohl überlegte Tat

Wie der Täter bei seiner Vernehmung vor der Pariser Polizei erklärte, habe er das Attentat verübt, um seine jüdischen Rassegenossen zu rächen. Der Täter, ein 17jähriger Jude, besitzt einen von dem Pariser polnischen Generalkonsulat ausgestellten Paß. Es handelt sich bei ihm nicht um einen Geisteskranken, er macht vielmehr einen durchaus normalen Eindruck und hat seine Tat offensichtlich wohl überlegt. Der Täter Grynszpan hatte bis zum 15. August d. J. bei seinem Onkel Abraham Grynszpan in Paris gewohnt. An diesem Tage zog er dort aus. Seitdem war sein Aufenthalt unbekannt. Der jüdische Täter weigert sich, anzugeben, wo er sich seitdem aufgehalten hat. Dieser auffällige Tatbestand gibt der Vermutung Raum, daß Grynszpan keineswegs allein hinter dem Verbrechen steckt. Es muß vor allem aufgeklärt werden, von welcher Seite er die neue Pistole erhalten hat.

Daladier übermittelte seine Anteilnahme

Der französische Ministerpräsident Daladier sprach dem deutschen Botschafter in Paris in eigenem Namen und in dem Namen der französischen Regierung wärmste Anteilnahme zu der Verletzung des Legationssekretärs vom Rath aus und bat, diese Anteilnahme auch der deutschen Regierung zu übermitteln.

Desgleichen haben sich zahlreiche politische Persönlichkeiten auf der Botschaft nach dem Befinden des Legationssekretärs vom Rath erkundigt.

Der „Intransigeant" schreibt, das bedauerliche Attentat habe in Paris große Erregung hervorgerufen. Es rolle aufs neue die Frage der unliebsamen Ausländer auf, die nach Frankreich kämen, um sich ihren unkontrollierbaren Machenschaften hinzugeben.

*

Der französische Ministerpräsident Daladier hat dem deutschen Botschafter in Paris gegenüber seine herzliche Anteilnahme an dem Befinden des deutschen Legationssekretärs Dr. vom Rath bekundet. Ihm und allen ernsthaften Menschen in Frankreich werden durch das gemeine und hinterlistige jüdische Revolverattentat die Augen über die internationale jüdische Gefahr geöffnet worden sein. Daladier, der sich in München so tatkräftig für die Wahrung des europäischen Friedens eingesetzt hat und der als ehrlicher ehemaliger Frontsoldat die Verständigung der europäischen Völker will, wird jetzt klar erkennen müssen, daß die jüdische Gefahr eine Weltgefahr ist. Das Judentum in der Welt will in seinem Haß gegen die „autoritären Staaten" die Völker in das Verderben eines Weltkrieges stürzen. Das Wohl der Völker erfordert es aber, daß diese jüdische Weltgefahr gebannt wird und bleibt.



Legationssekretär vom Rath. (Scherl-Bilderdienst-M.)

Es ist noch nicht lange her, daß in der Schweiz der Jude David Frankfurter als Agent der internationalen jüdischen Kriegshetzer-Clique den Landesstellenleiter der Organisation der NSDAP. in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, ermordete. Damals schon wurde offenbar, daß die jüdischen Kriegshetzer die Welt in neue Verwirrungen bringen möchten. Nun fielen die Revolverschüsse in Paris. Wollte die internationale Kriegshetzer-Clique durch das gemeine Revolverattentat Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich heraufbeschwören? Ein jüdischer Verbrecher wurde in die deutsche Botschaft, also auf den Boden des Reiches, geschickt, und beging seine verbrecherische Tat. Es ist das Glück der Völker, wenn diese gemeine Tat keine furchtbaren Folgen für die Völker tragen soll. Und es steht wahrlich zu hoffen, daß man jetzt überall in der Welt erkennt, was das jüdische Verbrechertum beabsichtigt, und daß man deshalb ihm das verdiente Schicksal zuteil werden läßt, nämlich die völlige Brachlegung des jüdischen Einflusses und die völlige Unterbindung der Hetze der jüdischen Emigranten.

Wenn in Paris die verantwortlichen Kreise ernstlich den Frieden wollen, so werden sich allerdings aus den Schüssen in Paris keine ernsten europäischen Verwicklungen ergeben. Deutschland muß sich aber gegen den gemeinen Haß des internationalen Judentums schützen — jeder deutsche Volksgenosse im Ausland hat Anspruch auf den Schutz des Reiches —, und so haben es sich die Juden selbst zuzuschreiben, wenn das Pariser Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland, und zwar auch für die ausländischen Juden, zeitigen dürfte. Das deutsche Volk wendet sich voller Empörung von dem jüdischen Verbrecher, der in Paris die verderblichen Schüsse abgab, ab. Aber vor aller Welt muß festgestellt werden, daß die jüdische internationale Emigranten-Clique, die schon David Frankfurter den Revolver in die Hand drückte, auch für dieses ungeheuerliche Verbrechen verantwortlich ist. Die Folgen dieser Tat wird das Judentum tragen müssen.

Von Frankreich aber muß das deutsche Volk verlangen, daß eine saubere Gerechtigkeit bei der Untersuchung dieser Mordtat und bei dem Urteil gegen den Mordbuben waltet. Die heutige französische Regierung hat, wie bekannt ist, die Absicht, das Verbrechergesindel, das sich in Paris eingenistet hat, auszuweisen. Möge sie bei denen beginnen, die mit der Mordwaffe in der Hand für den jüdischen Bolschewismus arbeiten.

Der große Befehl

„Wir aber sind Geist von ihrem Geist.
Die Idee ihres Sterbens ist zugleich
die Idee unseres Lebens,
ihr Kampf ist unser Schicksal."

Baldur von Schirach.

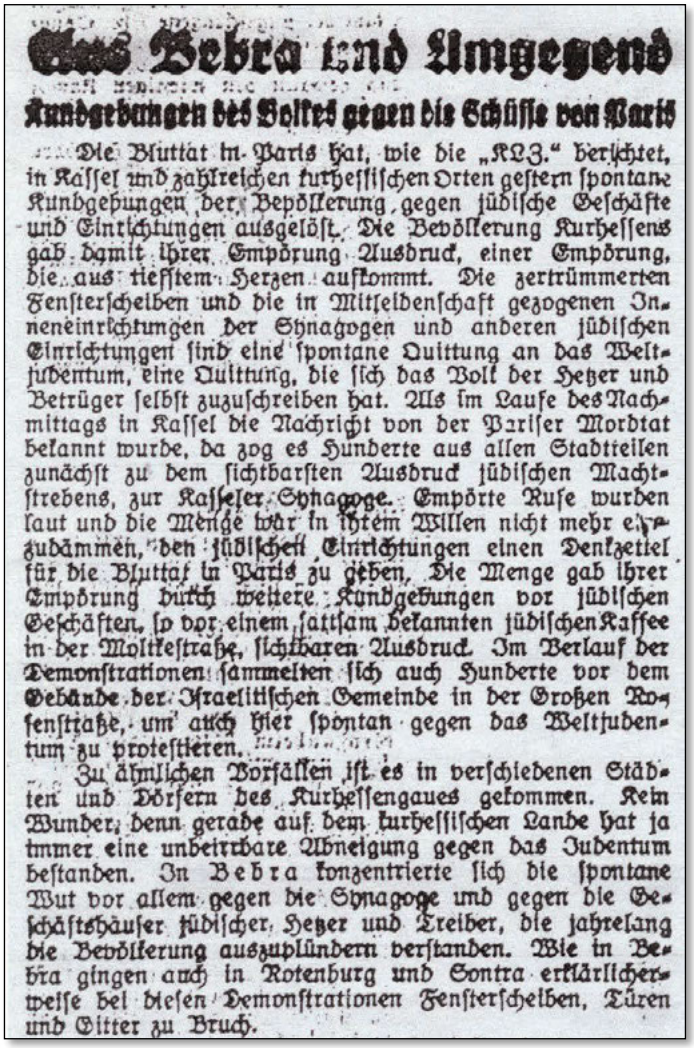
Zum 15. Male kehrt der 9. November wieder, aus dem unser Großdeutschland wurde. Die Woge des unerschütterlichen Glaubens an das Vaterland, die an jenem 9. November 1923 in München auf die tückische Mauer der Verräter traf, brach sich wohl daran, aber sie zerbrach nicht, sie wuchs zur Sturmflut, die jedes Hindernis auf ihrem Weg hinwegfegte. Das Blut der 16 Opfer breitete sich aus wie eine fruchtbare Saat. Wohl mußten noch Hunderte dem Opferweg der 16 folgen, aber ihre niemals welkende Saat gedieh und überwand die Vernichtung. Die Fahne, für die sie in den Opfertod gingen, sie wurde von der deutschen Jugend ergriffen. Stolz weht sie heute über dem mächtigen, nationalsozialistischen Deutschen Reich, das durch den Opfersinn der Nachfolgenden und durch die Tat des Führers nach der Wiedervereinigung der Ostmark und des Sudetenlandes mit der deutschen Heimat zum Großdeutschen Vaterland wurde.

Das nationalsozialistische deutsche Volk tritt am 9. November, wenn der Führer und seine alten Mitstreiter von einst den Erinnerungsmarsch zu den Ehrentempeln auf dem Königlichen Platz wieder aufnehmen, zugleich in Gedanken eine Wallfahrt zu sich selbst an. Nicht nur die Deutschen in der Heimat, sondern die Deutschen in aller Welt senken zu dieser Stunde die Fahnen und gehen in jedem Jahr den Weg mit, wie ihn die Toten des 9. November selbst zu ihrem letzten Appell gingen. Und jedes Jahr führt uns dieser Weg ein Stück weiter. So schritten wir zur Wehrhaftigkeit, zur Freiheit, zur Ehre, zum Großdeutschen Reich.

Seit die Schüsse vor der Feldherrnhalle gefallen sind, seit die 16 Kämpfer ihre Treue mit dem Tode besiegelt und der Glaube der 16 Freiheitshelden durch das Opfer ihres Lebens heilig bestätigt wurde, sind sie, die im Leben und Sterben ihrem inneren Befehl treu blieben, der große Befehl für die geworden, die haltlos waren und nun zum Volk fanden. Sie gaben uns als Vorbilder des Deutschseins das Kommando „Deutschland!" Die 16 von der Feldherrnhalle und die Hunderte, die ihnen verblutend folgten, sind für uns gefallen und haben für uns im Tode gesiegt. Wenn wir ihnen würdig und wahr in Bekenntnis und Leistung tagtäglich nacheifern und uns stets nicht nur der Schicksalsgröße ihrer Tat, sondern unserer persönlichen Verpflichtung der Fahne und der Bewegung gegenüber bewußt sind, dann haben wir das Recht, uns ihre Kameraden zu nennen. Denn ihr Vermächtnis ist nicht allein das glückliche, freie, starke Deutschland, das aus ihrem Blut zu unserer neuen Heimat wurde, sondern vor allem die Forderung, diesem Deutschland zu dienen, und die Pflicht, aus eigenem Drang und steter Bereitschaft für dieses Volk Aufgaben zu übernehmen und in Treue abzuleisten.

Klar und stolz treten die alten Kämpfer auch an diesem 9. November den Erinnerungsmarsch an den Tag vor 15 Jahren an. Sie haben die Jahre des Kampfes und des Erfolges die Fahne fest umfaßt und haben treu zum Führer gestanden. Wenn wieder wie damals hinter der Blutfahne mit ihnen der Führer marschiert, dann wissen sie: Wir sind der Block, der einst in Ordnung und Disziplin aus der Dämmerung des Kriegsendes und der Revolte heraufkam. Wir sind der Block, der einst den Marschtritt angegeben hat, und hinter uns marschieren im gleichen Marschtritt die Kader der Bewegung im selben Braunhemd, das wir als unser kostbarstes Gut aus der Kampfzeit der Partei nach dem 9. November 1923 tragen.

Hinter ihnen aber marschiert das im Nationalsozialismus geeinte großdeutsche Volk. Es tritt mit an zum Appell vor der Ewigen Wache. Es ist an diesem großen Gedenktage des Nationalsozialismus in dem Empfinden geeint, daß die 16 Kränze, mit denen der Führer die zweimal acht Sarkophage auf dem Königlichen



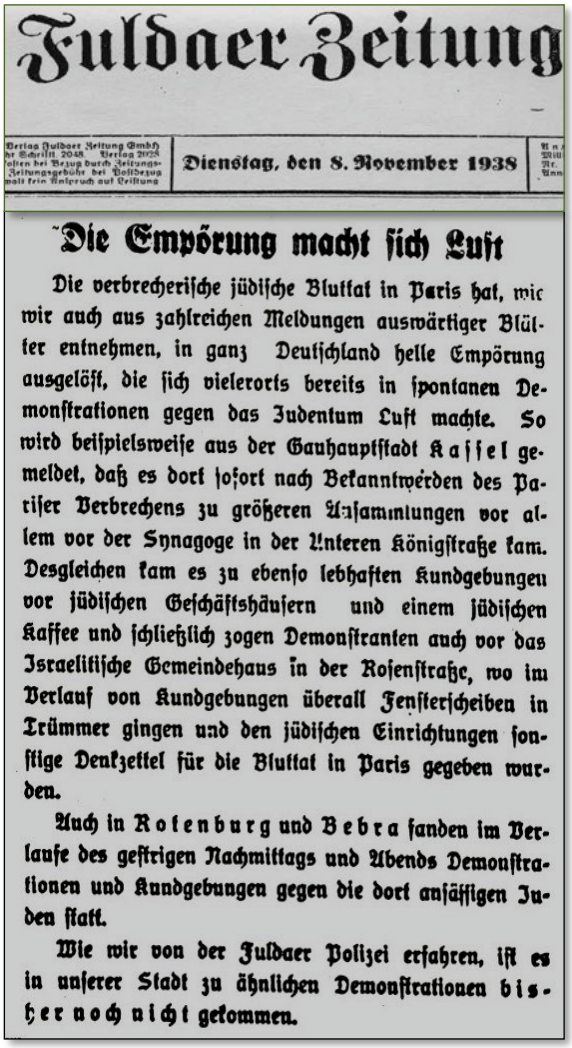
Aus Bebra und Umgegend

Kundgebungen des Volkes gegen die Schüsse von Paris

Die Bluttat in Paris hat, wie die „KLZ." berichtet, in Kassel und zahlreichen kurhessischen Orten gestern spontane Kundgebungen der Bevölkerung gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen ausgelöst. Die Bevölkerung Kurhessens gab damit ihrer Empörung Ausdruck, einer Empörung, die aus tiefstem Herzen aufkommt. Die zertrümmerten Fensterscheiben und die in Mitleidenschaft gezogenen Inneneinrichtungen der Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen sind eine spontane Quittung an das Weltjudentum, eine Quittung, die sich das Volk der Hetzer und Betrüger selbst zuzuschreiben hat. Als im Laufe des Nachmittags in Kassel die Nachricht von der Pariser Mordtat bekannt wurde, da zog es Hunderte aus allen Stadtteilen zunächst zu dem sichtbarsten Ausdruck jüdischen Machtstrebens, zur Kasseler Synagoge. Empörte Rufe wurden laut und die Menge war in ihrem Willen nicht mehr einzudämmen, den jüdischen Einrichtungen einen Denkzettel für die Bluttat in Paris zu geben. Die Menge gab ihrer Empörung durch weitere Kundgebungen vor jüdischen Geschäften, so vor einem sattsam bekannten jüdischen Kaffee in der Moltkestraße, sichtbaren Ausdruck. Im Verlauf der Demonstrationen sammelten sich auch Hunderte vor dem Gebäude der Israelitischen Gemeinde in der Großen Rosenstraße, um auch hier spontan gegen das Weltjudentum zu protestieren.

Zu ähnlichen Vorfällen ist es in verschiedenen Städten und Dörfern des Kurhessengaues gekommen. Kein Wunder, denn gerade auf dem kurhessischen Lande hat ja immer eine unbeirrbare Abneigung gegen das Judentum bestanden. In Bebra konzentrierte sich die spontane Wut vor allem gegen die Synagoge und gegen die Geschäftshäuser jüdischer Hetzer und Treiber, die jahrelang die Bevölkerung auszuplündern verstanden. Wie in Bebra gingen auch in Rotenburg und Sontra erklärlicherweise bei diesen Demonstrationen Fensterscheiben, Türen und Gitter zu Bruch.

Bebraer Tageblatt *vom 8.11.1938, S. 4 (unten transkribiert).*



Fuldaer Zeitung

Dienstag, den 8. November 1938

Die Empörung macht sich Luft

Die verbrecherische jüdische Bluttat in Paris hat, wie wir auch aus zahlreichen Meldungen auswärtiger Blätter entnehmen, in ganz Deutschland helle Empörung ausgelöst, die sich vielerorts bereits in spontanen Demonstrationen gegen das Judentum Luft machte. So wird beispielsweise aus der Gauhauptstadt Kassel gemeldet, daß es dort sofort nach Bekanntwerden des Pariser Verbrechens zu größeren Ansammlungen vor allem vor der Synagoge in der Unteren Königstraße kam. Desgleichen kam es zu ebenso lebhaften Kundgebungen vor jüdischen Geschäftshäusern und einem jüdischen Kaffee und schließlich zogen Demonstranten auch vor das Israelitische Gemeindehaus in der Rosenstraße, wo im Verlauf von Kundgebungen überall Fensterscheiben in Trümmer gingen und den jüdischen Einrichtungen sonstige Denkzettel für die Bluttat in Paris gegeben wurden.

Auch in Rotenburg und Bebra fanden im Verlaufe des gestrigen Nachmittags und Abends Demonstrationen und Kundgebungen gegen die dort ansässigen Juden statt.

Wie wir von der Fuldaer Polizei erfahren, ist es in unserer Stadt zu ähnlichen Demonstrationen bisher noch nicht gekommen.

Fuldaer Zeitung *vom 8. November 1938 (Collage)*

Kundgebungen des Volkes gegen die Schüsse von Paris

„Die Bluttat von Paris hat, wie die „KLZ" berichtet, in Kassel und zahlreichen kurhessischen Orten gestern spontane Kundgebungen der Bevölkerung gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen ausgelöst. Die Bevölkerung Kurhessens gab damit ihrer Empörung Ausdruck, einer Empörung, die aus tiefstem Herzen aufkommt. Die zertrümmerten Fensterscheiben und die in Mitleidenschaft gezogenen Inneneinrichtungen der Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen sind eine spontane Quittung an das Weltjudentum, eine Quittung, die sich das Volk der Hetzer und Betrüger selbst zuzuschreiben hat. Als im Laufe des Nachmittags in Kassel die Nachricht von der Pariser Mordtat bekannt wurde, da zog es Hunderte aus allen Stadtteilen zunächst zu dem sichtbarsten Ausdruck jüdischen Machtstrebens, zur Kasseler Synagoge. Empörte Rufe wurden laut und die Menge war in ihrem Willen nicht mehr einzudämmen, den jüdischen Einrichtungen einen Denkzettel für die Bluttat in Paris zu geben. Die Menge gab ihrer Empörung durch weitere Kundgebungen vor jüdischen Geschäften, so vor einem sattsam bekannten jüdischen Kaffee in der Moltkestraße, sichtbaren Ausdruck. Im Verlauf der Demonstrationen sammelten sich auch Hunderte vor dem Gebäude der Israelitischen Gemeinde in der Großen Rosenstraße, um auch hier spontan gegen das Weltjudentum zu protestieren.

Zu ähnlichen Vorfällen ist es in verschiedenen Städten und Dörfern des Kurhessengaues gekommen. Kein Wunder, denn gerade auf dem kurhessischen Lande hat ja immer eine unbeirrbare Abneigung gegen das Judentum bestanden. In Bebra konzentrierte sich die spontane Wut vor allem gegen die Synagoge und gegen die Geschäftshäuser jüdischer Hetzer und Treiber, die jahrelang die Bevölkerung auszuplündern verstanden. Wie in Bebra gingen auch in Rotenburg und Sontra erklärlicherweise bei diesen Demonstrationen Fensterscheiben, Türen und Gitter zu Bruch "



Niedersächsische Tageszeitung

Hannover

Antwort auf die jüdische Mordtat

Spontane Demonstrationen in Kurhessen

Berlin, 8. November.

Als Antwort auf die Provokation von Paris, die feige jüdische Mordtat, ist es in Kurhessen zu erheblichen spontanen Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Juden gekommen.

Nicht nur durch die Fuldaer Zeitung vom 8. November 1938, deutschlandweit wurden die frühen antijüdischen Ausschreitungen über die Presse bekannt. Hier das Beispiel der ***Niedersächsichen Tageszeitung*** *vom 8.11.1938. (Collage)*

In diesem Kontext gewinnt die Aussage der am 8. 11. 1938 aus Rotenburg geflüchteten Henny Rothschild besondere Bedeutung: „… überall hin, wo man kam, man als Rotenburger Jude mit besonderem Rachmones [jiddisch für Mitgefühl] *aufgenommen wurde."* (Details dazu im Anhang)

Einzelpreis 10 Pfg.

Kurhessische Landeszeitung

Parteiamtliche Tageszeitung Gau Kurhessen der NSDAP

Hessische Volkswacht — Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Gauorgan der DAF Kurhessen — Amtsblatt der Stadt Kassel

Nr. 262 • Kassel, Dienstag, 8. November 1938 • 9. Jahrgang

Judenüberfall auf deutsche Botschaft

Legationssekretär wurde in Paris durch Schüsse schwer verletzt / Mordbandit durch Polizei verhaftet

Paris, 7. November.

Auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, wurde heute morgen in seinem Dienstzimmer ein Attentat verübt. Als Täter wurde später der jüdische polnische Staatsangehörige Herschel Grynszpan festgestellt.

Im einzelnen spielte sich der Vorfall wie folgt ab: Der Täter meldete sich bei einem Angestellten der Botschaft und verlangte einen der Legationssekretäre zu sprechen. Er wurde daraufhin zu Legationssekretär vom Rath geführt. Gleich darauf fielen in dem Zimmer des Herrn vom Rath Schüsse, und der soeben erst gemeldete Fremde verließ zu flüchten. Der Amtsgehilfe der Botschaft veranlaßte daraufhin die sofortige Festnahme des Täters durch den vor dem Botschaftsgebäude stehenden französischen Polizeibeamten, der den Täter dem nächsten Polizeikommissariat zuführte.

Bei der sofort durchgeführten Vernehmung erklärte der Täter, er habe das Attentat verübt, um seine jüdischen Rassengenossen zu rächen. Die Botschaft hat beim französischen Außenministerium sofortige Durchführung der Untersuchung verlangt und zugesagt erhalten. Legationssekretär vom Rath ist in ein Krankenhaus überführt und in ärztliche Pflege genommen worden.

Ernstes Befinden des Verletzten

Paris, 7. November.

Ueber die Verletzungen, die Legationssekretär vom Rath bei dem heutigen jüdischen Revolverüberfall in der deutschen Botschaft in Paris erlitt, erfahren jetzt von zuständiger Seite noch folgende Einzelheiten: Drei der beiden Kugeln, die der Jude Grynszpan [illegible] deutschen Legationssekretär abfeuerte, trafen ihn Hand und drangen in die Schulter ein. Die [illegible] verursachte Verletzung ist nicht gefährlich. Die zweite Kugel drang tiefer in den Körper ein und durchschlug die Milz, welche operativ [illegible] Wegen der [illegible] konnte bisher [illegible] nicht gestellt werden.

Die heute vorgenommene Operation, die Professor Baumgartner von der Klinik Tenon durchführte, dauerte bis kurz vor 16 Uhr. Es erwies sich als notwendig, die Milz zu entfernen. Die Verletzungen am Magen wurden genäht. Die Operation war infolge der Art und Lage der Verletzungen außerordentlich schwierig, sie ist jedoch gut verlaufen. Der Zustand des Verletzten bessert sich, ohne zu unmittelbaren Befürchtungen Anlaß zu geben, sehr rasch.

Wärmste Anteilnahme Daladiers

Der französische Ministerpräsident Daladier sprach dem deutschen Botschafter in Paris in eigenem Namen und im Namen der französischen Regierung seine wärmste Anteilnahme zu der Verletzung des Legationssekretärs vom Rath aus und bat, diese Anteilnahme auch der deutschen Regierung zu übermitteln.

Der „Temps" berichtet zu dem feigen Mordanschlag des Juden Grynszpan, der Mörder habe beim Verlassen seines Hotels [illegible] Er [illegible] Ein Polizeibeamter habe dazu festgestellt, daß der Mörder wohl bei seinem Onkel gewohnt habe, daß er Paris aber am 15. August verlassen habe mit dem Ziel, die er dem letzten Male, bei [illegible] aufgehalten habe.

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 6)

„Wir nehmen die Kampfansagen auf!"

Die Schüsse in Paris und ein Führerwort am Grabe Wilhelm Gustloffs

F. H. Kassel, 7. November.

Das [illegible] Gebiet, auf dem die Gebäude der deutschen Botschaft in Paris stehen, dieses Viertel [illegible] zwischen der Seine gegen Aus de Lille und dem linken Seineufer, ist zum Schauplatz eines politischen Attentats geworden, eines politischen Attentats, bei dem ein deutscher Diplomat unter den Kugeln eines jüdischen Mordschützen zusammenbrach. Sinnwandrei ist die jüdische Rassengenossenschaft des Täters durch die Pariser Polizei festgestellt worden, und ebenso einwandfrei dürfen auch die eigenen Angaben des jüdischen Schützen über Beweggründe zu der schändlichen Tat sein. Dieser polnische Jude wollte in dem deutschen Legationssekretär Deutschland treffen. Er wollte auf diese Weise dem Haß Ausdruck verleihen gegen das nationalsozialistische Regime, gegen das sich die Judenschaft der ganzen Welt in blinder Raserei verschworen hat.

Am 28. Februar 1936 hat der nationalsozialistische Pg. [illegible] in Wilhelm Gustloff einen Ihrer [illegible] fen noch inmitten Kämpfer [illegible], da hatte das internationale Judentum seine erste blutige Rache [illegible] gegen auf die Maßnahmen, die in Deutschland [illegible] gezwungenermaßen durch die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus ausgelöst wurden. Nach dem Willen des Judentums sollte Davos ein blutiges Fanal für die Wehrung der menschenverächtlichen Instinkte der gesamten Judenschaft der Welt gegen das neue Deutschland sein. Damals war der Täter ein Jude David Frankfurter. Im Laufe der Untersuchungen konnte einwandfrei der Beweis dafür erbracht werden, daß David Frankfurter nur ausführendes Organ war. Daß die wirklich Schuldigen, die Drahtzieher, Anstifter und Hetzer, im Hintergrund saßen und ohne Gefahr davonkamen. Das internationale Judentum hatte 1936 seinen Racheengel in Frankfurter die Pistole in die Hand gedrückt. Die Schuld der Empörung gelte durch das nationalsozialistische Deutschland, und der Führer selbst gab dem toten Kameraden das letzte Geleit.

Damals haben wohl die Juden einen unserer besten Männer erwartet, aber aus seinem Blut erstand der Wille zu noch stärkerem Zusammenhalt aller Auslandsdeutschen, deren erster Blutzeuge Wilhelm Gustloff wurde. Und

Spontane Kurhessen-Demonstration

Kundgebungen des Volkes gegen die [illegible] / Zertrümmerte Fenster

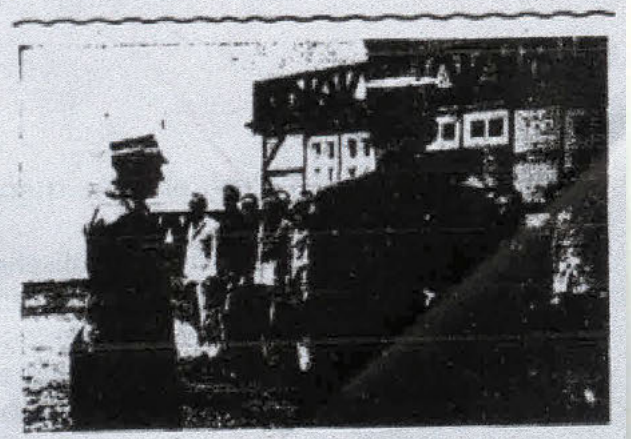
—nn. Kassel, 7. November.

Die Bluttat in Paris hat in Kassel und zahlreichen kurhessischen Orten spontane Kundgebungen der Bevölkerung gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen ausgelöst. Die Bevölkerung Kurhessens gab damit ihrer Empörung Ausdruck, einer Empörung, die aus tiefstem Herzen aufkommt. Die zertrümmerten Fensterscheiben und die in Mitleidenschaft gezogenen Inneneinrichtungen der Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen sind eine spontane Quittung an das Weltjudentum, eine Quittung, die sich das Volk der Hetzer und Betrüger selbst zuzuschreiben hat.

Als im Laufe des Nachmittags in Kassel die Nachricht von der Pariser Mordtat bekannt wurde, da zog es hunderte aus allen Stadtteilen zunächst zu dem sichtbarsten Ausdruck jüdischen Machtstrebens, zur Kasseler Synagoge Ecke Untere Königstraße/Bremer Straße. Empörte Rufe wurden laut und die Menge war in ihrem Willen nicht mehr einzudämmen, den jüdischen Einrichtungen einen Denkzettel für die Bluttat in Paris zu geben.

Die Menge gab ihrer Empörung durch weitere Kundgebungen vor jüdischen Geschäften, so vor einem sattsam bekannten jüdischen Kaffee in der Moltkestraße, sichtbaren Ausdruck. Im Verlauf der Demonstrationen sammelten sich auch Hunderte vor dem Gebäude der Israelitischen Gemeinde in der Großen Rosenstraße, um auch hier spontan gegen das Weltjudentum zu protestieren. Daß es auch hier zu zertrümmerten Fensterscheiben und ähnlichem kam, kann man ebenso wie die Demonstration als solche mit dem tiefen Eindruck erklären, den die Schüsse von Paris auslösten.

Kurhessische Landeszeitung, 8. 11. 1938



Korpsführer Christiansen in Eschwege und auf dem Meißner

Am Montag vormittag weilte der Korpsführer des NSFK, Generalleutnant Christiansen, in unserem Gau. Er besichtigte das neue Einsatzstandlokal der Gruppe 8 (Kassel) in Eschwege, um dann von dort aus der Segelflugwettbewerbe auf dem Meißner einen Besuch abzustatten. Auf unserem Bild sehen wir die augenblicklichen Teilnehmer am Lehrgang der Reichssegelflugschule auf dem Meißner zur Begrüßung des Korpsführers angetreten. Bericht und weitere Bilder im Innenblatt. (Archivnummer: 8857)

Rotenburger Tageblatt
Rotenburger Kreisblatt — Rotenburger Zeitung
Erscheint an jedem Werktag. Der Bezugspreis beträgt 1.50 RM u. 30 ₰ Zustellgebühr und ist im Voraus zu entrichten. Erfüllungsort für den gesamten Geschäftsverkehr ist Rotenburg (Fulda). Bei Betriebsstörung wird kein Schadenersatz geleistet. Annahmeschluß für den Erscheinungstag morgens 8 Uhr.
Gegründet 1857
Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 5 Reichspfennig. Ermäßigte Grundpreise für Amtliche Anzeigen, Vereins- und Kino-Anzeigen laut Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 92 mm Spaltenbreite 15 Reichspfennig. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig. Fernruf 290. Postscheckkonto Frankfurt a. M. 26778.
Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Kreis Rotenburg bestehend aus den Amtsgerichtsbezirken Rotenburg und Sontra
Nr. 262 Rotenburg (Fulda), Dienstag, den 8. November 1938 32. Jahrg.

Aufruf
an das Weltjudentum!

Nach dem feigen Ueberfall auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris richte ich als Glaubensgenosse an das Weltjudentum die dringende Bitte **die Boykotthetze gegen Deutschland und das gesamte Deutschtum im Ausland zu unterlassen.**

Das Deutschland von heute hat nichts mehr mit dem von 1918 und 1932 zu tun. Höchste Zeit ist es, daß das Weltjudentum seine Hetze einstellt zum Wohle des Friedens der Völker.

Obigen Aufruf erlasse ich an das Weltjudentum.

Baumbach, den 8. November 1938.

Felix Neuhaus.

*Rotenburger Tageblatt vom **8. November** 1938, S. 8.*



***Felix Neuhaus** 1928 bei der Feier der Goldenen Hochzeit seiner Eltern Moses und Jettchen Neuhaus in Alheim-Baumbach (Ausschnitt).*

Neben Bebra und Rotenburg wird in einigen Verlautbarungen auch Baumbach, 5 km von Rotenburg entfernt, als einer der Orte genannt, an denen es bereits am 7. November zu schweren Ausschreitungen gegen die jüdische Minderheit kam. Möglicherweise hat die mit dem Namen des Baumbacher Viehhändlers Felix Neuhaus im *Rotenburger Tageblatt* vom 8. November 1938 geschaltete Textanzeige zu der Annahme geführt, dass Baumbach zeitgleich mit Bebra und Rotenburg noch am 7. November Schauplatz gewaltsamer Aktionen war. Es ist bekannt, dass jüdische Organisationen, aber auch Einzelpersonen Zeitungsannoncen der vorliegenden Art drucken ließen, um gegen sie gerichteten Gewaltaktionen die Schärfe zu nehmen, sie vielleicht sogar zu verschonen. In dem Spruchkammerverfahren gegen NS-Kreisleiter Braun im November 1947 wurde durch eine eidesstattliche Erklärung des ehemaligen NS-Kreisgeschäftsführers Heinrich Spengler bekannt, dass Felix Neuhaus zur Ausstellung eines Schecks, *„lautend über einige hundert oder tausend Mark“,* gezwungen worden war, und zwar *„zu Gunsten der Kreisleitung“.* Spengler verstand seine Aussage als Entlastung für den angeklagten Ex-Kreisleiter Erich Braun, weil dieser *„damals sofort veranlasste, dass dieser Scheck nicht der Kreissparkasse zur Einlösung vorgelegt, sondern vernichtet wurde.“* Wie weit Spenglers Aussage der Wahrheit entspricht, sei dahingestellt. Dass auf Felix Neuhaus massiver Druck ausgeübt worden war, kann aber wohl als sicher gelten.
Felix Neuhaus wurde ebenso wie seine Ehefrau Selma und Tochter Brigitte Opfer des Holocaust, ihr Weg führte am 1. Juni 1942 über Kassel in die Vernichtung nach Lublin–Majdanek bzw. Lublin-Sobibor.

Der 7. November 1938 in der Stadt Kassel

Ehe Details über den antijüdischen Terror in Bebra und Rotenburg dargestellt werden, soll der Blick auf die Gauhauptstadt Kassel gerichtet werden, wo die „Judenaktion“ [damaliger Standardausdruck, H.N.] ihren Ausgang nahm, sodass sich die NS-Gauleitung zwei Jahre später in ihrem Selbstporträt rühmen konnte, dass *„im November des Jahres 1938 die Kasseler Synagoge im ganzen Reich der erste Stein traf“.* (Hülsmeyer 1940: 11)

Unter Anlehnung an Wolfgang Prinz‘ Zeitzeugenbefragungen hier die Geschehnisse in der Gauhauptstadt Kassel am Abend des 7. November:

„Zunächst wurde die Eingangstür der Großen Synagoge aufgebrochen. Teile der Bestuhlung, Thorarollen, Gebetsmäntel und andere Kultusgegenstände wurden auf den Bürgersteig geworfen. Dann wurde Feuer gelegt. Auch im Inneren der Synagoge wurden Einrichtungsstücke zusammengetragen und entzündet.

Der anwesende Direktor der Kasseler Feuerwehr ließ zwei C-Schläuche legen, und die Brände erstickten im Keim. … Von der Hauptsynagoge zog die Menge zum Schul- und Verwaltungsgebäude der jüdischen Gemeinde in der Großen Rosenstraße. Die am Rande liegenden Geschäfte jüdischer Inhaber wurden beschädigt und teilweise geplündert.

Das Café Heinemann in der Moltkestraße wurde vollständig demoliert. In der Großen Rosenstraße wurde die Einrichtung der Schulräume zerbrochen und teilweise aus dem Fenster geworfen. Menschen wurden aus den Wohnungen gezerrt und misshandelt. … Gegen 22.00 Uhr endeten die Ausschreitungen, und die Menschen gingen in ihre Wohnungen.“ (Prinz 1987: 193f.)

Wer für den Ausbruch der Gewalt am 7. November 1938 in der kurhessischen Gauhauptstadt Kassel verantwortlich zu machen ist: Darauf gibt es bisher keine völlig zufriedenstellende Antwort. Das hängt auch damit zusammen, dass es in Kassel nach 1945 keine juristische Aufarbeitung gab.

Die seinerzeitigen lokalen und regionalen Machthaber haben es verstanden, sich nach dem Krieg systematischen gerichtlichen Ermittlungsverfahren zu entziehen. Und die jeweiligen Spruchkammerverfahren waren nicht dazu angetan, die tatsächlichen Abläufe im November 1938 bis ins Letzte aufzudecken.

Eine regionale Initiative

So musste Dietfrid Krause-Vilmar zuletzt 2013 festhalten: *„Die entscheidende Frage nach den Tätern in Kassel ist nicht beantwortet, sodass wir hier auf Vermutungen und Hypothesen angewiesen sind. Eine polizeiliche Identifizierung der Straftäter in Kassel ist nicht überliefert, Anklageerhebung und Ermittlungs- bzw. Gerichtsverfahren nach 1945 waren nicht ermittelbar. Es gibt einige fragmentarische Zeugnisse, die in eine eindeutige Richtung weisen. Berichtet wird von einem Zeitzeugen, dass SS-Leute aus Arolsen beteiligt gewesen seien. … Ein verhafteter Pfarrer, der am Folgetag von der Gestapo verhört wurde, berichtet davon, dass Gestapoangehörige sich mit der Zerstörung der Synagoge gebrüstet hätten.“*

Unter Hinweis auf diese 1987 von Wolfgang Prinz gewonnenen Erkenntnisse fasst Krause-Vilmar zusammen: *„Diese Zeugnisse legen den Verdacht nahe, dass von der Kasseler SS aus diese judenfeindlichen Pogrome veranstaltet worden sind. Auf jeden Fall handelte es sich um eine regionale „Initiative“, die nicht von Berlin aus in Gang gesetzt, sondern „vor Ort“ entstanden war. Hätte es dieses Vorpreschen im Gau Kurhessen und an anderen Orten nicht gegeben – wer weiß, ob der Pogrom so, wie er dann reichsweit organisiert wurde, durchgeführt worden wäre.*“ (Krause-Vilmar 2012/13: 211f.)



*Die **Kasseler Synagoge** am 8. November 1938 nach den Verwüstungen in der vorangegangenen Nacht.*



*Erbprinz **Josias von Waldeck**, SS-Obergruppenführer 1936-1942.*



***Max Solbrig**, stellv. Gauleiter in Kurhessen 1935-1939 und SA-Brigadeführer.*

Beteiligung von SS-Einheiten aus Arolsen

Gezielt zur Rolle der SS bei der Auslösung der Krawalle am 7. und 8. November 1938 hat sich 2010 Gerhard Menk zu Wort gemeldet, langjähriger Sachbearbeiter für Waldeck im Staatsarchiv Marburg und ausgewiesener Kenner der Landesgeschichte des ehemaligen Fürstentums Waldeck.

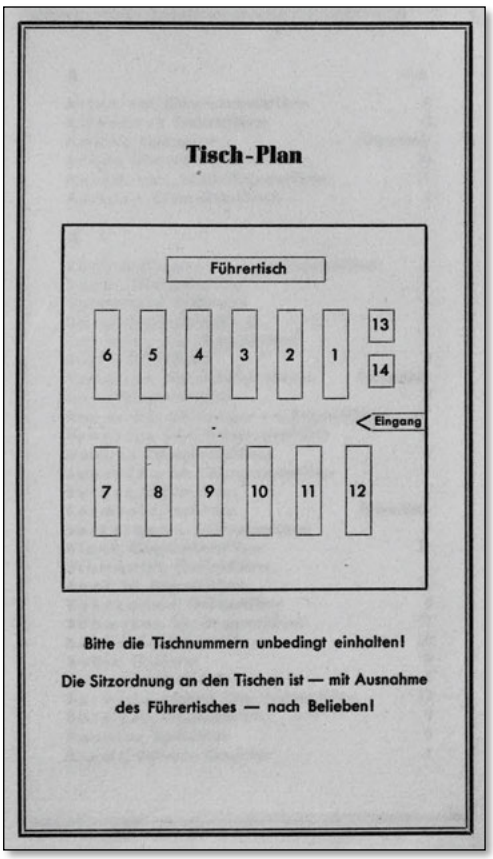
Für Menk war Erbprinz Josias als Führer des SS-Oberabschnitts Fulda-Werra einer der entscheidenden Hintermänner des November-Geschehens in Nordhessen. Und dies trotz Josias' räumlicher Abwesenheit vom 7. bis 9. November 1938 aufgrund der Feierlichkeiten in München zum 15. Jahrestag des „Marsches auf die Feldherrnhalle".

Wie Karl Weinrich als kurhessischer Gauleiter gehörte auch Erbprinz Josias zu den NS-Größen, die in jenen Tagen zur Feier des Putschversuchs von 1923 nach München gereist waren. Aufbauend auf die Kenntnisse der Machtausübung, wie sie SS-Führer Erbprinz Josias über die Jahre hin in seinem Herrschaftsbereich praktizierte, ist sich Menk sicher, dass Josias nach dem Pariser Attentat seine SS-Untergebenen in Kassel und Arolsen von München aus fernsteuerte. *„Josias zog von München aus nach allen Regeln der Kunst die organisatorischen Strippen."* (Menk 2010: 156)

In Arolsen hatte Josias mit der 800-köpfigen SS-Verfügungstruppe „Germania" jederzeit abrufbereite Einsatzkräfte zur Verfügung, zu deren zielgerichteter Aktivierung eine von ihm fernmündlich gegebene Anweisung vollständig ausreichte, so Menk, der davon ausgeht, *„dass die Telefondrähte in den Tagen vom 7. zum 9. November zwischen München und Arolsen geglüht haben müssen*." (Menk 2010: 141)

Menk unterläuft jedoch in seiner folgenden Darstellung ein bedeutsamer Irrtum. Er berichtet zwar von Weinrichs und Josias' Abreise nach München am Morgen des 7. November, ist aber offensichtlich in Unkenntnis der Teilnahme auch des stellvertretenden Gauleiters Max Solbrig, dem er eine zentrale Rolle in jenen schicksalsschweren Novembertagen zuschreibt.

Die Teilnahme des genannten nordhessischen Trios an den Feierlichkeiten in München ist durch die Sitzordnung belegt: Gauleiter Weinrich saß an Tisch 1, sein Stellvertreter Solbrig an Tisch 12 und Josias Prinz zu Waldeck an Tisch 3.



Tisch-Plan

Führertisch

6 5 4 3 2 1 13 14

Eingang

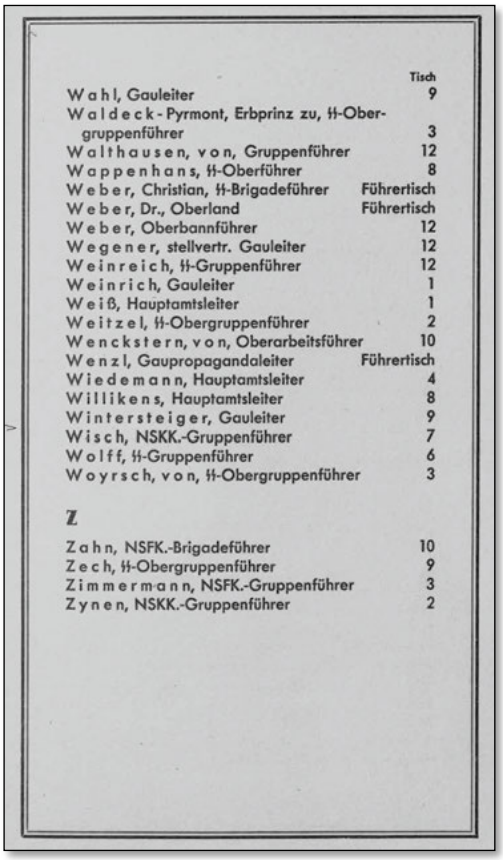
7 8 9 10 11 12

Bitte die Tischnummern unbedingt einhalten!

Die Sitzordnung an den Tischen ist — mit Ausnahme des Führertisches — nach Belieben!



	Tisch
Schulenburg, von der, ⸸-Gruppenführer	12
Schulte, Hauptbannführer	8
Schultes, Stoßtrupp	12
Schultze, Dr., ⸸-Brigadeführer	3
Schwarz, Reichsleiter	Führertisch
Schwede-Coburg, Gauleiter	3
Schwerdtel, Dr., Stoßtrupp	9
Seidel, Hauptamtsleiter	2
Selzner, Hauptamtsleiter	5
Seydel, NSKK.-Obergruppenführer	4
Seyß-Inquart, Reichsstatthalter	Führertisch
Siekmeier, stellvertr. Gauleiter	6
Siebert, Ministerpräsident	Führertisch
Sieh, stellvertr. Gauleiter	2
Siehler, NSFK.-Gruppenführer	7
Simmer, NSFK.-Oberführer	12
Simon, Gustav, Gauleiter	12
Simon, Paul, stellvertr. Gauleiter	9
Simon, Heinrich, Hauptamtsleiter	4
Simon, Karl, Generalarbeitsführer	4
Solbrig, stellvertr. Gauleiter	12
Sommer, Hauptamtsleiter	7
Sommerfeld, Bannführer	12
Sporleder, NSFK.-Gruppenführer	2
Sprenger, Gauleiter	6
Stadler, Hauptbannführer	12
Städtler, Ritter v., NSKK.-Obergruppenführer	6
Stangier, stellvertr. Gauleiter	6
Stellrecht, Obergebietsführer	6
Stenger, Hauptamtsleiter	4
Stifft, NSKK.-Brigadeführer	11
Stoll, Oberarbeitsführer	12
Streicher, Gauleiter	Führertisch
Striewe, Oberbannführer	12
Stürtz, Gauleiter	9
Sundermann, Gebietsführer	6



	Tisch
Wahl, Gauleiter	9
Waldeck-Pyrmont, Erbprinz zu, ⸸-Obergruppenführer	3
Walthausen, von, Gruppenführer	12
Wappenhans, ⸸-Oberführer	8
Weber, Christian, ⸸-Brigadeführer	Führertisch
Weber, Dr., Oberland	Führertisch
Weber, Oberbannführer	12
Wegener, stellvertr. Gauleiter	12
Weinreich, ⸸-Gruppenführer	12
Weinrich, Gauleiter	1
Weiß, Hauptamtsleiter	1
Weitzel, ⸸-Obergruppenführer	2
Wenckstern, von, Oberarbeitsführer	10
Wenzl, Gaupropagandaleiter	Führertisch
Wiedemann, Hauptamtsleiter	4
Willikens, Hauptamtsleiter	8
Wintersteiger, Gauleiter	9
Wisch, NSKK.-Gruppenführer	7
Wolff, ⸸-Gruppenführer	6
Woyrsch, von, ⸸-Obergruppenführer	3
Z	
Zahn, NSFK.-Brigadeführer	10
Zech, ⸸-Obergruppenführer	9
Zimmermann, NSFK.-Gruppenführer	3
Zynen, NSKK.-Gruppenführer	2

***Sitzordnung** beim Kameradschaftstreffen im Alten Rathaus München, 9. November 1938 ab 18 Uhr. Stellv. Kurhessischer NS-Gauleiter Solbrig an Tisch 12, Gauleiter Weinrich an Tisch 9, Josias, Erbprinz zu Waldeck-Pyrmont und SS-Obergruppenführer an Tisch 3.*

© *Stadtarchiv München*

Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand

Ein weiterer Irrtum Menks besteht darin, dass er Solbrig in der Funktion des Gaupropagandaleiters sieht, der *„die Dinge seit dem Nachmittag des gleichen Tages … in der Hand“* hielt. Gaupropagandaleiter war aber seit September 1934 niemand anderes als Heinrich Gernand, der dieses Amt von dem späteren Gauleiter Karl Gerland übernommen hatte. Gernand blieb bis zum August 1941 auf diesem Posten, als er in die Niederlande versetzt wurde, wo ihm als SS-Sturmbannführer das Amt eines Leiters der Kulturpolitik der von der deutschen Besatzungsmacht ausgeübten Zivilverwaltung übertragen wurde. Man traute ihm also eine effektive Rolle bei der Indoktrination der Niederländer mit NS-Gedankengut zu. Laut Zeugnis der SS-Gruppenführung hat er *„in einer unerhört sturen, geraden Form, ohne Rücksicht auf seine Person, die Linie der SS in der Aktiv-Propaganda beim Reichskommissar gehalten.“*
Außerdem wurde ihm in dem an SS-Reichsführer Heinrich Himmler gerichteten Beförderungsantrag vom 28. September 1942 bescheinigt, er sei *„einer der besten Redner Hollands gewesen“.*



***Heinrich Gernand**, Kurhessischer NS-Gaupropagandaleiter 1934-1941.*

© *Berlin Document Center*


N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Rotenburg a. F.
Freitag, den 18. Mai, 20.15 Uhr im „Engel"
Große öffentliche Kundgebung
„An den Galgen mit den Miesmachern"
Redner: Gauamtsleiter Pg. Gernand.

*Für den 18. Mai 1934 wurde **Gernands Auftritt** als Gauamtsleiter in Rotenburg unter dem aggressiven Thema „An den Galgen mit den Miesmachern" angekündigt.*

Aufstieg zum SS-Obersturmbannführer

Gernand hatte also die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt, schließlich wurde er bei seiner Abberufung und Versetzung ins Reichspropagandaministerium in Berlin im Oktober 1942 zum SS-Obersturmbannführer befördert. In jenen Novembertagen 1938 war Heinrich Gernand als Propagandaleiter der ranghöchste Vertreter der Kasseler NS-Gauleitung. Wie noch im Detail gezeigt werden kann, war er es, der noch am Abend des 7. November die Brandfackel in die Provinz trug. Zu dieser Erkenntnis war W. A. Kropat schon 1988 gekommen: *„Es ist vor allem der Gaupropagandaleiter Gernand, der von Kassel aus die Kreisleiter und SA-Trupps bis in den Fuldaer Raum hinein anstiftete, antijüdische Aktionen zu organisieren, deren erstes Ziel jeweils die Zerstörung oder Brandlegung der Synagogen war."* (Kropat 1988: 76)

Kropat hatte Gernands vorauseilendes Handeln (Kershaw: „Dem Führer entgegenarbeiten") jedoch als Umsetzung von Direktiven gesehen, die von Propagandachef Goebbels ausgingen. Meine Darstellung sieht dagegen das Vorpreschen im Landkreis Rotenburg als das Resultat des Agierens lokaler und regionaler Funktionäre unter Stabführung des kurhessischen Gauamtes für Propaganda unter dessen Amtsleiter Heinrich Gernand, aufgewachsen in Bebra und dort auch politisch sozialisiert.

Bezüge zur Stadt Fulda

Bei der Suche nach Erklärungen für den Ablauf der Novemberpogrome 1938 in Nord- und Osthessen erscheint es hilfreich, vor allem auch die Dokumente und Erkenntnisse mit heranzuziehen, welche die Stadt Fulda betreffen. Deren seinerzeitiger Bürgermeister und NS-Kreisleiter Karl Ehser und der Rotenburger NS-Kreisleiter Erich Braun sind die Personen, die in den gerichtlichen Aufklärungsbemühungen nach 1945 vielfach im Fokus standen.

Fuldas ehemaliger NS-Kreisleiter und Bürgermeister Ehser berief sich 1948 in seinen Verfahren vor der Spruchkammer und der Strafkammer des Landgerichts darauf, Propagandaamtschef Gernand sei am Vormittag des 9. November 1938 persönlich mit der direkten Aufforderung am Apparat gewesen, endlich für die Zerstörung der Fuldaer Synagoge zu sorgen. Bereits am späten Abend des 7. November 1938 seien diesbezügliche Anrufe aus dem Gaupropagandaamt gekommen.

Ebenso bezieht sich Rotenburgs NS-Kreisleiter Braun bei den Vernehmungen, denen er sich nach Kriegsende stellen musste, auf Anrufe aus dem Gaupropagandaamt in Kassel, in denen er zu „antijüdischen Maßnahmen" aufgefordert worden sei. Die Anrufer aus Kassel hätten sich dabei auf Anweisungen aus dem von Goebbels geleiteten Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Berlin berufen.

Mit beiden Kreisleitern hatte Gaupropagandaleiter Gernand vor seiner Tätigkeit in Kassel engen Kontakt. In Bebra, seiner Heimatstadt, galt er neben Erich Braun als entscheidender Vorkämpfer der lokalen NSDAP, die sich hier schon vor der NS-Machtübernahme weit überdurchschnittlicher Organisations- und Wahlerfolge erfreuen konnte, etwa bei der Reichstagswahl im Juli 1932 mit einem Stimmenanteil von 66,5 Prozent (gegenüber 57,5 in Rotenburg und 37,3 Prozent im Deutschen Reich). Schon bei der Reichstagswahl im September 1930 hatte fast jeder Zweite in Bebra die Hitlerpartei gewählt (46,4 gegenüber 29,4 v. H. in Rotenburg). Bei der Reichspräsidentenwahl im April 1932 wünschten sich zwei von drei Bebranern Adolf Hitler als neues Staatsoberhaupt (65,3 gegenüber 55,0 v. H. in Rotenburg).



***Erich Braun**, NSDAP-Kreisleiter für den Landkreis Rotenburg 1934-1945*

Dispute zwischen Kreisleiter und Landrat

Um die ständigen Querelen zwischen Kreisleiter Erich Braun und Landrat von Kruse zu beenden, hatte Gauleiter Weinrich für den 3. November 1939 ein Versöhnungsgespräch anberaumt, in dessen Verlauf Braun die besondere Rolle Bebras bei der NS-Machteroberung herausstellte, dass nämlich, so Braun, *„Bebra es war, von dem aus, und das darf ich wohl ohne Überhebung sagen, die Eroberung des Kreises Rotenburg in erster Linie durchgeführt wurde, ganz davon zu schweigen, dass in Bebra die ältesten Parteigenossen des Kreises saßen“.* Ohne dass Heinrich Gernand, genannt Henner, in der Bebraer Ortsgruppe ein Amt bekleidete, kann er als die neben Erich Braun dominierende Figur der NSDAP vor Ort gesehen werden. So lassen sich sogar ihn entlastende Zeugenaussagen in seinem Spruchkammerverfahren von 1949 verstehen, mehr aber noch die Erinnerung von überlebenden Bebraer Juden. Am 3. Juli 1947 (Poststempel) schrieb der Ende August 1938 in die USA geflüchtete Dankmar Abraham wegen seiner Entschädigungsansprüche einen Brief an seinen Anwalt, in dem er ironisierend Bezug nahm auf die Notlage und Wehrlosigkeit seiner Eltern in den letzten Jahren ihres Aufenthaltes in Bebra: *„Bei wem wollten sie sich schon beschweren – beim Brauns Erich oder Gernands Henner?“*

Anweisungen aus Kassel

Wie schon erwähnt, bestand der Rotenburger NS-Kreisleiter Erich Braun bei der Darstellung seiner Rolle beim Ausbruch des Terrors in seinem Zuständigkeitsbereich darauf, aufgrund von Anweisungen aus Kassel gehandelt zu haben. Bei der Rückkehr von einer Dienstreise am Abend des 7. November 1938 habe ihm seine Frau von einem Anruf aus der Gauleitung in Kassel berichtet, der zufolge *„am gleichen Abend noch eine Aktion gegen die Juden durchgeführt werden solle. Sie habe nicht verstanden, was im einzelnen geschehen solle.“* Beim Rückruf an die Gauleitung erfuhr er, *„dass auch im Kreis Rotenburg die Judenhäuser sofort auf zersetzendes Schriftmaterial, nazifeindliches Propagandamaterial und Schwarzsender durchsucht werden sollten, außerdem sollten die Geschäftsführer* [sic – gemeint ist wohl: Geschäftsbücher, H.N.] *sichergestellt werden. Von irgendwelchen Plünderungen oder Misshandlungen, Anstecken von Synagogen usw. war nicht die Rede.“* Kreisleiter Braun begab sich, nach eigener Aussage, auf diese Anweisung hin in die Gastwirtschaft Röse, *„da er von dort aus die Aktion in Gang bringen wolle.“* (Spruchkammer akte Braun HHStAW 520/22, Nr. 15321, v. a. Bl. 74, 140, 146)

Zeitzeuge Alfred Kamprath

Diese Darstellung wird gestützt durch die Zeugenaussage des Heilpraktikers A. K. [Alfred Kamprath, geb. 13.08.1912, Bebra, Bismarckstr. 10, H.N.], die







oben: ***Gasthaus Röse****, Bebra, Hersfelder Str. 1, ca.* ***1930***
Mitte: Gasthaus/Hotel ***Röse ca. 1960***
unten: ***Gastraum im Hotel/Gasthaus Röse***

dieser bereits am 6. März 1946 gegenüber dem Landjäger Steffek betr. 7. November 1938 gemacht hatte:

„Erschien ich um ca. 20.00 Uhr im Gasthaus Röse. Dort saß ich mit H. H. [Musiklehrer Hermann Hoffmann, Eisenacher Straße 20, H.N.] *in der Kutscherstube allein an einem Tisch, da wir an diesem Abend kegeln wollten. Ich sah dort im Nebenraum Erich Braun, Heinrich Gernand, Propagandaleiter, und andere Herren aus Kassel, die mir nicht bekannt waren. Ich konnte aus dem Benehmen der Herren schließen, dass irgendeine Aktion im Gange sei. Kurze Zeit darauf füllte sich der ganze Restaurationsraum von Männern in braunen Uniformen."*

Offen muss die Frage bleiben, wieweit die aus Kassel an diesem Abend in Bebra Gesichteten bei der Schändung und Verwüstung der Synagoge, der Zerstörung der jüdischen Schule und dem Einschlagen von Fenstern und Türen jüdischer Geschäfte und Privathäuser sowie der groben Misshandlung jüdischer Mitbürger unmittelbar beteiligt waren und Hand anlegten. In den Aussagen der Zeugen und Angeklagten bei den Vernehmungen vor der Spruchkammer und bei den Landgerichtsprozessen 1946/47 gegen jeweils mehrere Angeklagte aus Bebra und Rotenburg erscheinen die „Besucher" aus Kassel eher Anstifter gewesen zu sein, als dass sie persönlich an den Ausschreitungen beteiligt waren. Auch in den Polizeiberichten finden auswärtige Teilnehmer an den Ausschreitungen keine Erwähnung. Zweifelsfrei scheint jedoch, dass die Bebraer Parteileitung in enger Absprache mit der Gaupropagandaleitung agierte, hatte man doch mit deren Chef Heinrich Gernand wenige Jahre zuvor einen gemeinsamen Kampf um die Macht im Staate geführt.

Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand

Mit Heinrich Gernand war im September 1934 ein Mann zum Leiter des Gaupropagandaamtes in Kassel berufen worden, der fest in der Region verwurzelt war. In Bebra aufgewachsen, hatte er das Gymnasium in Hersfeld besucht, das er 1927 mit der Primareife (Versetzung in die Klasse 12) verließ, um sich an der Ingenieurschule in Köthen (Sachsen-Anhalt) zum Maschinenbauingenieur ausbilden zu lassen. 1929 trat er in den NS-Studentenbund ein, in das Jahr seines Studienabschlusses (1931) fällt auch sein Eintritt in die Hitlerpartei und die Anstellung als Geschäftsführer der Partei in den waldeckischen Landkreisen. Im Dezember 1932 trat er sein Amt als Kreisleiter in Fulda an, das er bis November 1933 ausübte.

Nach zwischenzeitlicher Tätigkeit für den Gauwirtschaftsberater avancierte er am 1. September 1934 zum Chef des NS-Gaupropagandaamtes Kurhessen mit Gauleiter Karl Weinrich als seinem Dienstvorgesetzten. Parallel dazu wurde er Leiter der kurhessischen Dienststelle des von Goebbels geleiteten Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Berlin.

Als Gaupropagandaleiter gehörte er zugleich zum Führungsstab der nach Gauen gegliederten NSDAP. Er war also in Kassel in Personalunion Repräsentant der NSDAP wie auch des von Goebbels geleiteten Ministeriums für Propaganda und Volksaufklärung. Diese Doppelfunktion kommentierte der am 11. Juni 1949 vernommene Arno Methner, ein ehemaliger Mitarbeiter in der NS-Gauleitung, mit der Feststellung: *„Er saß also manchmal zwischen zwei Stühlen."*

In dem ab Juni 1949 gegen ihn laufenden Spruchkammerverfahren gelang es Gernand, die aus dieser Doppelfunktion resultierenden Konflikte als Folge seiner systemkritischen Einstellung darzustellen. Für den Zeugen Methner galt jedoch: *„Dass er überzeugter Nationalsozialist war, darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen."* Bei Kriegsende war er als Wehrmachtsangehöriger in französische Gefangenschaft geraten, aus der er erst im Februar 1948 zurückkehrte.

Gernand 1933 als NS-Kreisleiter in Fulda

Gernands Tätigkeit als Kreisleiter für Stadt und Landkreis Fulda von Dezember 1932 bis November 1933 war von enger und für die NSDAP sehr erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Ortsgruppenleiter Karl Ehser geprägt. Innerhalb weniger Monate gelang den beiden die weitgehende Gleichschaltung der Fuldaer Kommunalparlamente und die Verdrängung des Zentrums aus der lokalen Vorherrschaft.

In kaum einer anderen Stadt im Deutschen Reich hatte die Zentrumspartei über eine derart dominierende Stellung verfügt, wie dies für Fulda galt. Die Selbstauflösung der Zentrumspartei auf Reichsebene fand ohne zeitliche Verzögerung im Juli 1933 in Fulda ihre lokale Bestätigung.



Fuldaer Zeitung

Anzeiger für die Stadt Fulda und den Landkreis Fulda. Amtliches Kreisblatt

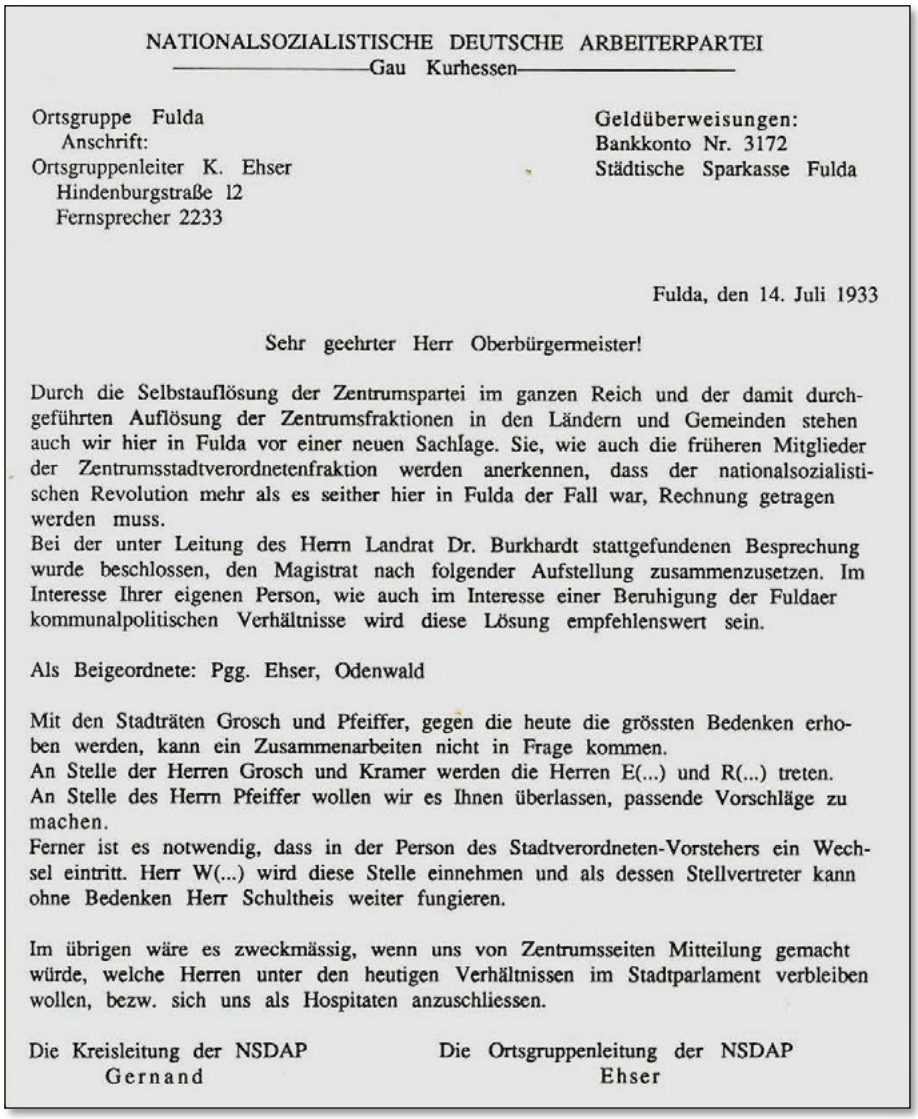
Nr. 71 | Samstag, 25. März 1933. | Jahrg. 60.

Auch der Fuldaer Kreisleiter der NSDAP., H. Gernand, kündigt in einem Aufruf an die Bevölkerung Fuldas den Abwehr-Boykott gegen die tendenziöse Auslandspropaganda an. Die zu boykottierenden Geschäfte sollen von SA- und SS-Leuten besetzt werden. In Flugblättern werden die Geschäfte, die in Betracht kommen, bekannt gegeben. Nach der Ankündigung soll der Boykott ein Abwehr-Kampf gegen die antideutsche Auslands-Hetze sein. Es heißt in dem Aufruf weiter:

„Kein Fuldaer betritt ab Samstag ein jüdisches Geschäft. Solange werden wir sie geschäftlich boykottieren bis die Verleumder ihre Gemeinheiten im Ausland widerrufen haben. Wer für die Dauer des Boykotts sich auf die Seite der jüdischen Vaterlandsfeinde stellt, ist ein Verräter an der Sache des deutschen Volkes und wird auch danach behandelt. Beherrscht und diszipliniert, eisern und entschlossen muß dieser Kampf geführt werden für die Ehre des deutschen Namens. Die Sendlinge Galiziens sollen spüren, daß die Zeiten vorbei sind, da Deutschland sich willenlos verhöhnen ließ."

*Als Beispiel für das Wirken von Heinrich **Gernand als Fuldaer NS-Kreisleiter**: hier der von ihm verfasste antijüdische Boykottaufruf für den 1. April 1933, in dem es u. a. heißt: „Kein Fuldaer betritt ab Samstag ein jüdisches Geschäft. … Die Sendlinge Galiziens sollen spüren, daß die Zeiten vorbei sind, da Deutschland sich willenlos verhöhnen ließ."*

Auch nach dem Wechsel nach Kassel in das Amt des Gaupropagandaleiters im September 1934 widmete sich Gernand intensiv den Verhältnissen im Fuldaer Raum. Laut Landratsbericht an den Regierungspräsidenten vom 28. Oktober 1935 sah sich der Fuldaer Bischof zu einem Hirtenbrief veranlasst, in dem er Anschuldigungen von Gernand zurückwies, die dieser bei Großkundgebungen im Fuldaer Land gemacht hatte.



NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Gau Kurhessen

Ortsgruppe Fulda
Anschrift:
Ortsgruppenleiter K. Ehser
Hindenburgstraße 12
Fernsprecher 2233

Geldüberweisungen:
Bankkonto Nr. 3172
Städtische Sparkasse Fulda

Fulda, den 14. Juli 1933

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Durch die Selbstauflösung der Zentrumspartei im ganzen Reich und der damit durchgeführten Auflösung der Zentrumsfraktionen in den Ländern und Gemeinden stehen auch wir hier in Fulda vor einer neuen Sachlage. Sie, wie auch die früheren Mitglieder der Zentrumsstadtverordnetenfraktion werden anerkennen, dass der nationalsozialistischen Revolution mehr als es seither hier in Fulda der Fall war, Rechnung getragen werden muss.
Bei der unter Leitung des Herrn Landrat Dr. Burkhardt stattgefundenen Besprechung wurde beschlossen, den Magistrat nach folgender Aufstellung zusammenzusetzen. Im Interesse Ihrer eigenen Person, wie auch im Interesse einer Beruhigung der Fuldaer kommunalpolitischen Verhältnisse wird diese Lösung empfehlenswert sein.

Als Beigeordnete: Pgg. Ehser, Odenwald

Mit den Stadträten Grosch und Pfeiffer, gegen die heute die grössten Bedenken erhoben werden, kann ein Zusammenarbeiten nicht in Frage kommen.
An Stelle der Herren Grosch und Kramer werden die Herren E(...) und R(...) treten.
An Stelle des Herrn Pfeiffer wollen wir es Ihnen überlassen, passende Vorschläge zu machen.
Ferner ist es notwendig, dass in der Person des Stadtverordneten-Vorstehers ein Wechsel eintritt. Herr W(...) wird diese Stelle einnehmen und als dessen Stellvertreter kann ohne Bedenken Herr Schultheis weiter fungieren.

Im übrigen wäre es zweckmässig, wenn uns von Zentrumsseiten Mitteilung gemacht würde, welche Herren unter den heutigen Verhältnissen im Stadtparlament verbleiben wollen, bezw. sich uns als Hospitaten anzuschliessen.

Die Kreisleitung der NSDAP
Gernand

Die Ortsgruppenleitung der NSDAP
Ehser

*Der **Brief vom 14. Juli 1933**, vier Monate nach der Kommunalwahl vom 12. März 1933 verfasst von Gernand als Kreisleiter der NSDAP und Ehser als Ortsgruppenleiter, dokumentiert die skrupellose und konsequente Machteroberungspolitik in Fulda, der Hochburg des politischen Katholizismus.*
Trotz deutlichem Wahlsieg der Zentrumspartei am 12. März 1933 beanspruchte die NSDAP die Besetzung der kommunalen Posten nach ihren Vorstellungen.
Elmar Schick (2002: 16) präsentiert dieses Schriftstück mit dem Kommentar: „Der nachstehende Brief der Fuldaer Parteigenossen Gernand und Ehser an OB Dr. Danzebrink zeigt die ganze Rigorosität der Fuldaer NS-Diktatoren."

Obwohl das Zentrum am 12. März 1933 in Fulda bei der Kommunalwahl 19 der 32 Stadtverordnetensitze gewonnen hatte, gegenüber acht Nationalsozialisten, bestimmten Gernand als NS-Kreisleiter und Ehser als Fuldaer Ortsgruppenleiter am 14. Juli 1933 in einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber Oberbürgermeister Dr. Danzenbrink, wer von den gewählten Parlamentariern zukünftig noch „ohne Bedenken“ fungieren könne und wer für ein Zusammenarbeiten nicht in Frage komme.
Der Oberbürgermeister zollte den beiden NS-Führern seine Reverenz, als er ihnen anlässlich des Besuchs des neuen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Prinz Philipp von Hessen, seinen Dank abstattete *„für die taktvolle und verständnisvolle Haltung, die Sie gegenüber den besonders gelagerten Verhältnissen in der Stadt Fulda gezeigt haben.“* (*Fuldaer Zeitung*, 2.8.1933, S. 3)
Gernands Berufung als Propagandaleiter in das Gauamt in Kassel kann als Anerkennung seiner Arbeit als Kreisleiter in einem für die NSDAP äußerst schwierigen Umfeld gesehen werden. Dass sich Gernand im November 1938 die Gemeinsamkeiten mit seinen Kampfgenossen in Bebra und Fulda zu Nutze machte, ist also etwas absolut Naheliegendes. Man kannte sich sehr gut und konnte an überaus erfolgreiche gemeinsame Tätigkeit anknüpfen.



*Das **Alte Rathaus in München**. Hier fand am 9. November 1938 ab 18.00 Uhr die Feier zum 15. Jahrestag des Putschversuchs von Adolf Hitler statt.*

kein Erfüllungsgehilfe von Goebbels

Wolf-Arno Kropat, ehemaliger Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden, der bereits 1988 (Neubearbeitung und Erweiterung 1997) eine vielbeachtete Publikation zu den Geschehnissen im November 1938 vorlegte, schilderte den kurhessischen Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand als Erfüllungsgehilfen von Reichspropagandaleiter Goebbels, der das Pariser Attentat für militante antijüdische Aktionen nutzen wollte

Nach der 2009 von Angela Hermann vorgelegten sorgfältigen quellenkritischen Analyse der Tagebücher von Reichspropagandaleiter Goebbels muss man aber davon ausgehen, dass dieser seine Hetzrede am Abend des 9. November 1938 im Alten Rathaus in München in enger Absprache mit Hitler vortrug, die Pogrome des 7. und 8. November aber ohne das Zutun des Reichspropagandaleiters abgelaufen waren. Als Hauptargument gilt dabei das vollständige Fehlen von irgendeinem Vermerk oder Hinweis in Goebbels‘ akribisch geführten Tagebüchern auf seinen kurhessischen Statthalter Heinrich Gernand. In dem Tagebucheintrag vom 9. November notierte Goebbels: *„Ich gehe zum Parteiempfang im Alten Rathaus. Riesenbetrieb. Ich trage dem Führer die Angelegenheit vor. Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen, Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu spüren bekommen. Das ist richtig. Ich gebe entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telefone. Nun wird das Volk handeln. Einige Laumänner machen schlapp. Aber ich reiße immer wieder alles hoch. Diesen feigen Mord dürfen wir nicht unbeantwortet lassen. Der Stoßtrupp Hitler geht gleich los, um in München aufzuräumen.“* (Fröhlich 1998, Bd. 6)
Entgegen den Annahmen von Kropat, und in dessen Gefolge von vielen Zeitgeschichtsforschern übernommen, gab es also vor dem 9. November weder von Goebbels noch von anderen NS-Führungsleuten auf Reichsebene irgendwelche Anweisungen für das, was sich in der Nacht vom 7. zum 8. November in Kassel, Bebra und Rotenburg sowie im Verlauf des 8. November 1938 in einer Reihe von Orten im Hessischen und in Magdeburg-Anhalt zutrug.

Angesichts der Fokussierung auf die hervorstechende Rolle des im Ministerrang agierenden Propagandachefs Goebbels ist die einflussreiche Position, welche die Gaupropagandaleiter in den Jahren vor Kriegsausbruch hatten, nicht ausreichend wahrgenommen worden. Zu diesem Ergebnis kommen neuere Studien, die im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Pogrome im Nordhessischen von besonderem Interesse sind, zumal der kurhessische Gaupropagandaleiter mit dem Amtssitz in Kassel seit den ersten wissenschaftlichen Forschungen zu diesem Thema als zentrale Figur gilt.

Zur Rolle der NS-Gaupropagandaleiter

Daniel Mühlenfeld sieht die Aufgabe der Gaupropagandaleiter nicht so sehr darin, vorformulierte Propagandabotschaften zu verbreiten, sondern unaufhörlich vor Ort und in der Region durch Aufmärsche und Aktionen an der Stärkung der „Volksgemeinschaft“ zu arbeiten. Von den Gaupropagandaleitern wurden außerdem, so Mühlenfeld, Ideen und Maßnahmen zur Bekämpfung derjenigen erwartet, die nicht zu der vielbeschworenen Volksgemeinschaft gehörten. Als zahlenmäßig größte Gruppe war dies die jüdische Minderheit. *„Das beste Beispiel ist die Rolle, die sie* [die Propagandaleiter, H.N.] *bei der Auslösung der Novemberpogrome 1938 spielten.“* (Mühlenfeld 2010: 184)

Grundsätzlich, so Mühlenfeld, sahen sich die Gaupropagandaleiter als Auserwählte, sie zählten sich zu den wichtigsten Funktionsträgern des Naziregimes, denen eine Mission aufgetragen war. (Mühlenfeld 2010: 189) Als Leiter der Gaupropagandastelle war Gernand auch für die demonstrative Berichterstattung über die Pogrome in der Nacht vom 7. zum 8. November in der kurhessischen Presse verantwortlich. Nur so ist es zu verstehen, *„daß die amtliche Parteizeitung, die Kurhessische Landeszeitung, über die antijüdischen Ausschreitungen so plakativ auf der ersten Seite gleich neben der groß aufgemachten Meldung über das Pariser Attentat berichtete. Waren doch die bisherigen ‚Einzelaktionen‘, die SA- und HJ-Trupps in kurhessischen Städten und Dörfern gegen Juden durchgeführt hatten, von der nationalsozialistischen Presse im Allgemeinen verschwiegen worden. Und selbst über die furchtbaren Ereignisse vom 10. November, als in ganz Deutschland Synagogen in Brand gesteckt und Tausende von jüdischen Geschäften und Wohnungen zerstört werden, wird in der Tagespresse auf Weisung des Reichspropagandaministeriums weit kürzer und unauffälliger berichtet werden. Dass die kurhessischen Zeitungen jetzt über antisemitische Terrorakte so ausführlich berichteten, war bei der straff gelenkten Presse unter der NS-Diktatur nur möglich, wenn das Reichspropagandaministerium bzw. das zuständige Gaupropagandaamt dies ausdrücklich verlangte oder billigte.“* (Kropat 1997: 60)

Was Gernand als einen der wichtigsten Akteure jener Tage und Wochen angeht: In dem gegen ihn durchgeführten Spruchkammerverfahren (Anklageerhebung am 6. Juni 1949, Urteilsspruch am 12. August 1949) gelang es ihm, in die Rolle eines Regimekritikers zu schlüpfen. In Abwesenheit von Belastungszeugen jedweder Art berief er sich auf persönliche Interventionen zur Verhinderung der Geschehnisse an seinem Dienstort Kassel.

Ihm kam dabei zugute, dass spätestens am Morgen des 9. November, also vor dem Ableben des Attentatsopfers vom Rath, die Kasseler Gauleitung ebenso wie die staatlichen Behörden alles darangesetzt hatten, die unkontrollierbar gewordenen Gewaltexzesse zu beenden. Was als „Denkzettel“ gedacht war, der durchaus die gezielte Zerstörung von religiösen Einrichtungen der jüdischen Minderheit einschloss, war binnen weniger Stunden in einer Weise eskaliert, die eine Kehrtwende opportun erscheinen ließ. Man wusste ja (noch) nicht, wie Hitler und seine unmittelbare Umgebung reagieren würden.

Den Marodeuren entgegengetreten

Wenn einzelne Anstifter der Exzesse vom 7. und 8. November 1938 nach Kriegsende glaubhaft machen konnten, dass sie Marodeuren entgegengetreten seien, hat dies m. E. für die Ergründung der Faktoren, die zu den frühen Gewaltexzessen führten, keine unmittelbare Bedeutung. Denn spätestens ab dem frühen Morgen des 9. November 1938 gab es den zwischenzeitlichen Stoppbefehl. Dabei ist anzumerken, dass es nicht überall gelang, ihn wirksam werden zu lassen, denn die heraufbeschworenen Geister wurde man nicht so ohne weiteres wieder los, auch wenn dies diejenigen, die nach ihnen gerufen hatten, so wollten.

Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand machte am 12.08.1949 in seinem Spruchkammerverfahren geltend, er sei mit der Pistole bedroht worden, als er sich schützend vor zusammengetriebene Juden stellte und ihre Freilassung forderte. *„Man schrie mir nach, ich bekam die Juden aber heraus.“*

Ergänzendes zu Heinrich Gernand

Für den Ankläger vor der Spruchkammer waren Gernands schriftliche Dokumentationen von 1941 Nachweis für dessen weitgehende Identität mit dem im Mai 1945 untergegangenen verbrecherischen Herrschaftssystem. Demzufolge hieß es auch in der Anklageschrift: *„Seine äusserst positive und fanatische Einstellung zum Nationalsozialismus geht ferner aus den der Verfahrensakte beigefügten, von dem Betroffenen in der damaligen Gauzeitung erschienenen Artikeln, eindeutig hervor."*

Die für das Verfahren in Kassel zuständige Kammer II der Spruchkammer unter Vorsitz von Georg Rothermel war sich bewusst, dass Gernand im Prinzip auf Grund seines Parteiamtes und seines Dienstranges antragsgemäß in die Gruppe 1, also als Hauptschuldiger einzustufen sei.

Man kam jedoch mit der Einstufung in Gruppe III („Minderbelastete") zu einer für Gernand wesentlich freundlicheren Beurteilung, indem man weitgehend der von ihm vorgetragenen Selbstcharakterisierung seiner Rolle im Nationalsozialismus folgte, *„dass er bereits seit 1935/36 sich selbst Rechenschaft über die Entwicklung der Partei gegeben und diese sehr kritisch verfolgt habe. Im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung ähnlicher Revolutionen habe er jedoch im guten Glauben an einen guten Ausgang stets als reiner Tor zum Nationalsozialismus zurück gefunden und gehofft, dass das gute Element in der Bewegung dann die Oberhand gewinnen würde."* (HHStAW 520, K-Z, Nr. 536)

Gernands Selbsteinschätzung zu folgen war der Kammer dadurch erleichtert, dass zum damaligen Zeitpunkt keinerlei belastende Zeugenaussagen vorlagen. Ein Problem hatte man jedoch damit, die vom Ankläger beigebrachten Zeitungskommentare Gernands mit seinen Unschuldsbeteuerungen in Einklang zu bringen (siehe Beispiele auf der folgenden Seite). Im „Beweisergebnis" hieß es dann lediglich: *„Außer einigen Zeitungsartikeln des Betroffenen aus dem Jahr 1941 ... wurde jedoch keine materielle Belastung bekannt."*

In der Verhandlung waren Gernands Texte als „vom Stil der Zeit geprägt" eingestuft worden. Gernands im November 1941 geäußerte Überzeugung, *„der Kampf gegen das Judentum ist kein billiger Antisemitismus, sondern heute zu einer Pflicht Europas geworden"* (s. *Deutsche Zeitung in den Niederlanden*), war für die Kammer durchaus eine „materielle Belastung" Gernands. Jedoch beschränkte man sich auf ein nachträgliches „Erstaunen" über die von Gernand seinerzeit vertretenen Positionen, denn, so die Kammer , bei der *„glaubwürdig bekundeten Haltung des Betroffenen mutet es seltsam an, die Zeitungsartikel … kritisch durchzulesen."*

Man gab sich mit Gernands Erklärung zufrieden, er habe „diese Artikel auf Anweisung hin" geschrieben. *„Neben der üblichen Phraseologie würden sie ein Ergebnis widerspiegeln, zu dem er sich nach einer Periode innerer Kämpfe durchgerungen habe."*

Auf die Ausschreitungen in Kassel am Tag des Pariser Attentats (7. November) und der darauf folgenden Nacht geht die Kammer überhaupt nicht ein, sondern nimmt Gernands Schilderung hin, wonach er erst am Abend des 8. November 1938 telefonisch erfahren habe, *„dass ein Menschenauflauf im Begriffe stehe, die Synagoge in Kassel anzuzünden"*.

Wusste die Kammer nichts von der Vorreiterrolle Kassels und anderer nordhessischer Ortschaften bei den Gewaltaktionen gegen die jüdische Minderheit?

Im Oktober 1941 sah man in Gernand die geeignete Person für die Mitwirkung bei der propagandistischen Eroberung der niederländischen Bevölkerung, sodass man ihn als Leiter der Hauptabteilung „Volksaufklärung und Propaganda" einsetzte. Diese Filialen des Propagandaministeriums hatten dessen Presseanweisungen durchzusetzen, vor allem auch Stimmungs- und Wirkungsanalysen zu liefern.
(Friedel 2010: 63)

Ob man Gernands Ernennung zum Leiter der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda (mit spezieller Zuständigkeit für Kultur) als Karrieresprung bezeichnen kann, möchte ich offen lassen. Auf jeden Fall zeigt sein Einsatz in den Niederlanden, dass man ihm von Seiten der Staatsspitze einiges zutraute. *„Die Erfahrungen, die die Reichspropaganda-Amt-Mitarbeiter in der Durchsetzung der NS-Lenkungsmechanismen im gesamten Medienbereich sammelten, qualifizierte auch für andere Arbeitsbereiche des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und nicht zuletzt für eine den Aufgaben des RPA ähnelnde Funktion, nämlich der Mitarbeit in den aufzubauenden Propagandaapparaten der besetzten Gebiete."*
(Friedel 2010: 82)

Im Oktober 1942 wurde Gernand in Den Haag von Himmler zum SS-Obersturmbannführer befördert,

nachdem er in dem Konflikt unter den deutschen Besatzern über die richtige Propagandastrategie eindeutig die Position der SS vertreten hatte, sodass es zur Begründung seiner Beförderung hieß: *„Er hat sich hier im Gegensatz zum Generalkommissar z.b.V. in einer radikalen, grossgermanischen Form auf die Seite der SS gestellt. Er ist einer der besten Redner Hollands gewesen und hat in einer unerhört sturen geraden Form, ohne Rücksicht auf seine Person, die Linie der SS in der Aktiv-Propaganda beim Reichskommissar gehalten."*

Im Rahmen seiner anschließenden Tätigkeit an der deutschen Botschaft in Kopenhagen will Gernand nach eigener Darstellung Kontakte mit den Verschwörern des 20. Juli 1944 gehabt haben, namentlich mit dem im August 1944 hingerichteten Adam von Trott zu Solz.

Dazu schrieb Benigna von Krusenstjern, die Biographin von Adam von Trott, am 26.10.2021, nachdem sie um eine Stellungnahme zu Gernands Behauptungen gebeten worden war:

*„Bei solchen Angaben ist die **höchste Vorsicht** geboten, denn nach dem Krieg hat man Adam von Trott für die eigene Reinwaschung wiederholt missbraucht. Auf den Namen Gernand bin ich nicht gestoßen und kenne auch keinen Beleg für seine Behauptung. Welches Motiv sollte Trott denn gehabt haben, diesen Herrn aufzusuchen? Wenn er aus Bebra kam, hätte Trott ja genau gewusst, um wen es sich da handelte. Er war wohl einmal sehr kurz in Kopenhagen, aber in ganz anderer Mission. … Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass Gernand damals von Trotts Reiseunterbrechung in Kopenhagen Wind bekommen hat bzw. er dort beobachtet worden ist. Es gab schließlich überall Spione."*

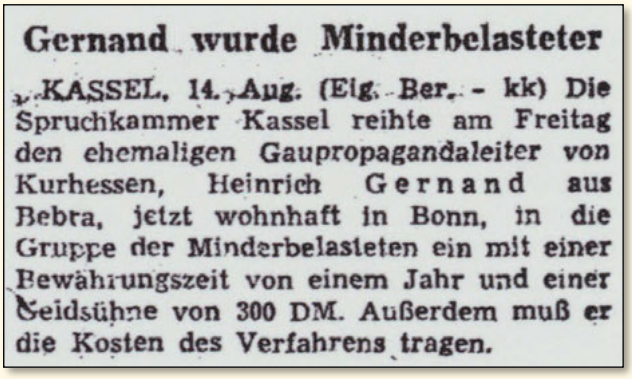
Nicht nur bei dem Spruchkammerverfahren vom 6. Juni bis 12. August 1949 entwickelte Gernand einiges an Widersprüchlichem. Bei einer Bewerbung um eine Anstellung stellte er sich mit dem Titel eines Dipl. Ing. vor, während er tatsächlich sein Studium als Maschinenbauingenieur an der Gewerbe-Hochschule in Köthen (Sachsen-Anhalt) absolviert hatte.

Gernands Aufgabe, der niederländischen Bevölkerung die Besetzung ihres Landes irgendwie plausibel zu machen und die Loyalität zu den exilierten staatlichen Instanzen zu brechen, endete zur Jahresmitte 1943, nach knapp zwei Jahren.

Gernands Kasseler Stellvertreter Friedrich Grebe wirkte von Dezember 1941 bis zum Kriegsende als Leiter der Propagandaabteilung dabei mit, das besetzte Norwegen für die Eingliederung in ein Großgermanisches Reich und die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen. Nach zweijähriger Internierung in Norwegen konnte Grebe 1947 seine 1934 unterbrochene Pfarrertätigkeit wieder aufnehmen. Im Gegensatz dazu war Gernands beruflicher Weg nach seiner Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft im Februar 1948 von Unsicherheiten bestimmt.

Laut Friedel (2010: 60) waren die jeweiligen Gaupropagandaleiter dort an eigenständigem Wirken gehindert, wo die Gauleiter Hitlers und Goebbels' Wertschätzung genossen; dies habe für Jakob Sprenger als Gauleiter in Hessen-Nassau gegolten. Demzufolge müsste Heinrich Gernand einen verhältnismäßig großen Freiraum gegenüber Gauleiter Karl Weinrich gehabt haben, da diesem eine schwache Position innerhalb der NS-Führungsschicht nachgesagt wird, was dann auch in seiner Entfernung aus dem Amt im Dezember 1943 seinen Niederschlag fand.

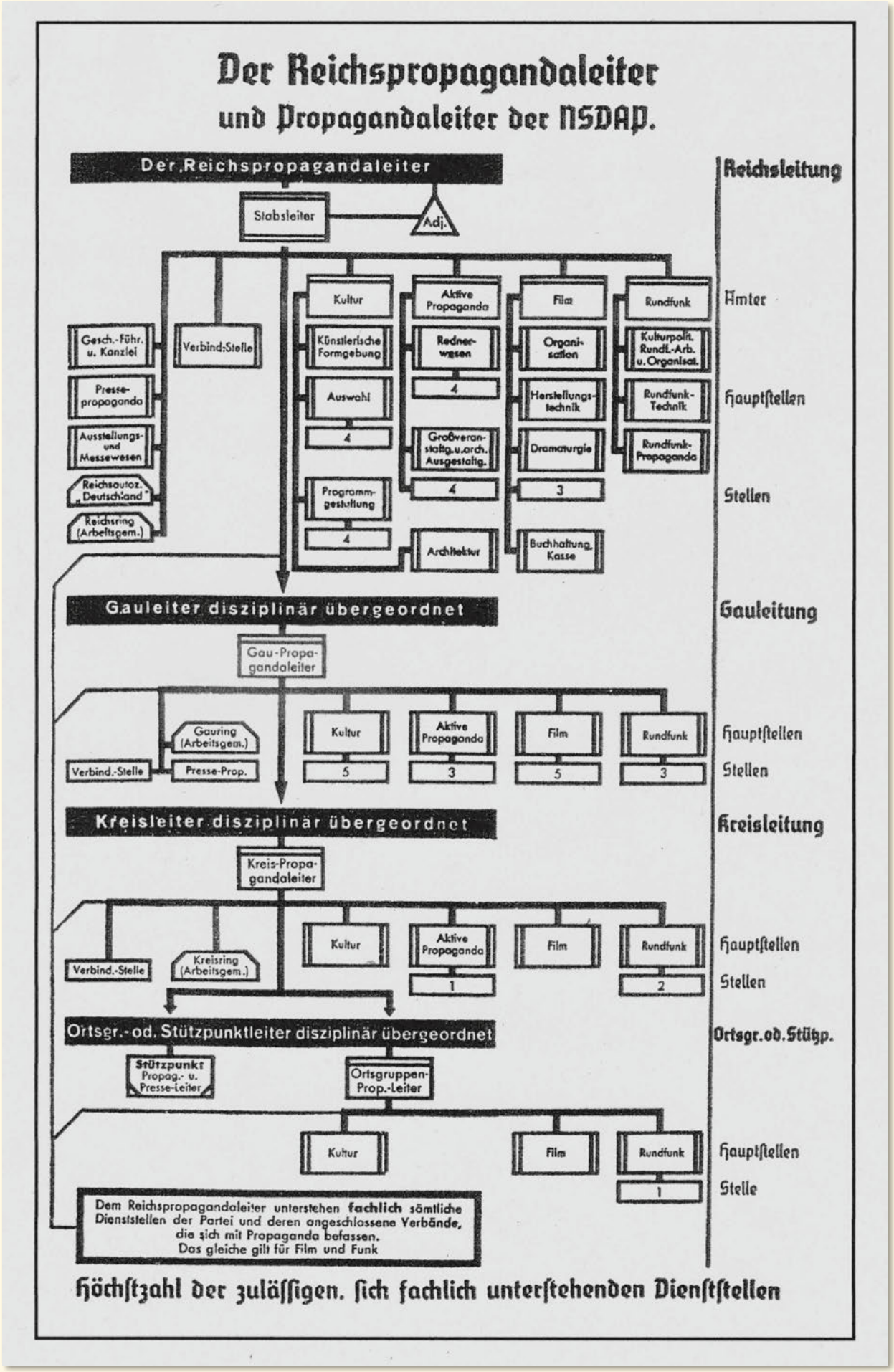
Dass Gernands Position in der „Judenfrage" festgegründet war, zeigte sich bei seinem öffentlichen Agieren als Gaupropagandaleiter. So berichtete die *Waldeckische Landeszeitung (WLZ)* von seinem Auftritt am 15. Mai 1934 in der „überfüllten Turnhalle" in Arolsen, bei dem er *„die Befreiung des Volkskörpers von allem Fehlerhaften und Schädlingen"* propagiert hatte. Dieses Ziel konkretisierte er dann laut WLZ mit der Notwendigkeit der *„Säuberung des Deutschtums von allem Jüdischen" . Und wer dies „nicht verstehen wolle, habe keine Ahnung von der Bedeutung der Artreinheit eines Volkes".*
(WLZ zit. n. Winkelmann 1992: 176)



Gernand wurde Minderbelasteter

KASSEL, 14. Aug. (Eig. Ber. - kk) Die Spruchkammer Kassel reihte am Freitag den ehemaligen Gaupropagandaleiter von Kurhessen, Heinrich Gernand aus Bebra, jetzt wohnhaft in Bonn, in die Gruppe der Minderbelasteten ein mit einer Bewährungszeit von einem Jahr und einer Geldsühne von 300 DM. Außerdem muß er die Kosten des Verfahrens tragen.

***Hessische Nachrichten** v. 15.08.1949*


Der Reichspropagandaleiter
und Propagandaleiter der NSDAP.
Der Reichspropagandaleiter
Stabsleiter
Adj.
Reichsleitung
Kultur
Aktive Propaganda
Film
Rundfunk
Ämter
Gesch.-Führ. u. Kanzlei
Verbind.-Stelle
Künstlerische Formgebung
Redner-wesen
Organi-sation
Kulturpolit. Rundf.-Arb. u. Organisat.
Presse-propaganda
Auswahl
4
Herstellungs-technik
Rundfunk-Technik
Hauptstellen
Ausstellungs- und Messewesen
Großveran-staltg. u. arch. Ausgestaltg.
Dramaturgie
Rundfunk-Propaganda
Reichsautoz. „Deutschland"
Reichsring (Arbeitsgem.)
Programm-gestaltung
4
3
Stellen
Architektur
Buchhaltung, Kasse
Gauleiter disziplinär übergeordnet
Gauleitung
Gau-Propa-gandaleiter
Gauring (Arbeitsgem.)
Kultur
Aktive Propaganda
Film
Rundfunk
Hauptstellen
Verbind.-Stelle
Presse-Prop.
5
3
5
3
Stellen
Kreisleiter disziplinär übergeordnet
Kreisleitung
Kreis-Propa-gandaleiter
Kultur
Aktive Propaganda
Film
Rundfunk
Hauptstellen
Verbind.-Stelle
Kreisring (Arbeitsgem.)
1
2
Stellen
Ortsgr.-od. Stützpunktleiter disziplinär übergeordnet
Ortsgr.od.Stützp.
Stützpunkt Propag.- u. Presse-Leiter
Ortsgruppen-Prop.-Leiter
Kultur
Film
Rundfunk
Hauptstellen
1
Stelle
Dem Reichspropagandaleiter unterstehen fachlich sämtliche Dienststellen der Partei und deren angeschlossene Verbände, die sich mit Propaganda befassen.
Das gleiche gilt für Film und Funk
Höchstzahl der zulässigen, sich fachlich unterstehenden Dienststellen

Exkurs: Gaupropagandaämter sollen bestimmen

Zum Verständnis der wichtigen Rolle, die den Propagandaämtern im November 1938 zukam, erscheint es mir angebracht, die eidesstattliche Erklärung heranzuziehen, die SS-Hauptsturmführer Luitpold Schallermeier vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg machte. Schallermeier war als persönlicher Referent des SS-Gruppenführers Wolff am 9. und 10. November 1938 in München dabei, als SS- und Polizeichef Himmler den folgenden Befehl formulierte, den SS-Gruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei Heydrich am 10. November 1938 um 1.20 Uhr weiterleitete:
„Die Staatspolizei-Leitstellen haben sich nach den Wünschen der Propaganda-Ämter zu richten, vornehmlich Plünderungen zu verhüten und für Schutz der Personen und Sicherung des jüdischen Vermögens zu sorgen.“

Protokollant Schallermeier ergänzte dann in einer eidesstattlichen Erklärung, der Reichsführer-SS habe in diesem Befehl für alle Staatspolizei-Leitstellen betont, *„dass die Gaupropagandaämter federführend in dieser Aktion seien und, dass die Staatspolizeistellen nur Schutzaufgaben wahrzunehmen hätten. Gegen Plünderungen solle nachdrücklichst und unnachsichtlich eingeschritten werden.“* (Internat. Militärtribunal, Band 42, S. 510f.)

Graml (1988: 21) interpretiert die von Himmler den Propagandaämtern zugeschriebene Rolle auch dahingehend, dass so die Verantwortlichkeit von Reichspropagandaminister Goebbels eindeutig festgehalten werden sollte; schließlich habe Himmler die „Judenaktion“ nicht in allen Details gebilligt.

Die hier den Gaupropagandaämtern zugesprochene Rolle ist zwar keine nachträgliche Ermächtigung zu den antijüdischen Aktionen des 7. und 8. November, sie kann aber dem besseren Verständnis der Aufgaben dienen, die den Gaupropagandaämtern von den obersten Repräsentanten von Partei und Staat zugedacht war.

Kurhessens Propagandaleiter Heinrich Gernand brauchte sich keine Sorgen über die Weiterführung seines Amtes zu machen. Sein Handeln in jenen Tagen entsprach dem inzwischen zum Standard gewordenen handlungsleitenden Prinzip, nämlich „dem Führer entgegenarbeiten“ (Kershaw). Das bedeutete für die Funktionäre von Partei und Staat, man müsse sein Handeln auf der Basis einer Ahnung von Hitlers Wollen aufbauen, sodass ein konkreter „Führerbefehl“ gar nicht erforderlich wird.



DEUTSCHE ZEITUNG
in den Niederlanden
Amsterdam, Sonntag, 16. November 1941

Das deutsche Buch der Gegenwart

Von Heinrich Gernand
Leiter der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda

Den Haag, 15. November.

IN den Jahren vor dem Weltkriege zog aus einem stillen Weserdorf ein Mann nach

Die Juden kannten aus ihrer zersetzenden Geschichte zu gut den Weg, den sie gehen mussten, um die gesunde Volkskraft innerlich zu unterhöhlen, darum haben ihre Literaten an diesen Kanälen gesessen und Schmutz und Verderbtheit in unser Volk, und darüber hinaus in die Völker Europas hineingepumpt. […] Der Kampf gegen das Judentum ist kein billiger Antisemitismus, sondern heute zu einer Pflicht Europas geworden, um die gesunde Kraft des Abendlandes zu erhalten. Wer das nicht sehen und wissen will, wird hier zum Hehler einer Verbrecherclique.

*Auszüge (oben, rechte Spalte) aus einem Beitrag **Gernands in der Deutschen Zeitung** in den Niederlanden vom **14.11.1941**, wenige Tage nach seinem Dienstantritt. Dieser Artikel lag der Spruchkammer nicht vor, wohl aber kannte sie die Beiträge in der Kurhessischen Landeszeitung vom 25. Januar sowie vom 20. und 24. April 1941*. (s. unten)

Unter dem Titel „**Wir brechen die Tyrannei**“ ließ sich Gernand am **25. Januar 1941** in der ***Kurhessischen Landeszeitung*** vernehmen: „Auch der Letzte wird ergriffen sein von der Größe des Kampfes und von der entscheidungsvollen Stunde, in der sich unser Volk befindet.“ Um dann weiter zuzuspitzen: „Es ist nicht damit getan, daß wir die besten Waffen haben, es muß auch dazu kommen, daß hier die mutigsten und entschlossensten Herzen schlagen. So muß die Versammlungswelle in dieser Zeit dazu beitragen, eine gläubige und bis zum letzten entschlossene Front der Heimat zu schaffen.“
Wenige Wochen später, am **20. April 1941**, zollte er dem „Führer“ zu dessen 52. Geburtstag seine Reverenz unter der Überschrift „**Unser Dank**“, indem er in ihm einen der großen Männer im geschichtlichen Verlauf erkannte: „Die aus den Fugen geratene Zeit ordneten sie wieder, zwangen dem Leben ihre neuen Gesetze auf, gaben allem einen neuen Sinn und brannten mit unerbittlicher Härte alles Charakterlose, alles Degenerierte, alles Morsche aus.“
Hier wurde nichts Abstraktes avisiert, die reale Umsetzung manifestierte sich schon bald im Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion: „Der Führer forderte für uns den notwendigen Lebensraum, den das deutsche Volk einfach braucht, um seine Lebens- und Ernährungsgrundlage sicher zu stellen, wir verlangen den Besitz, der einmal unseren Vätern gehört hatte, den sie in mühevoller Arbeit für ihre Kinder und Enkel kolonisiert hatten. Wir alle erlebten, wie der Führer klar und fest seine Ansprüche an die Welt stellte und mit seinem guten Recht forderte. Wir wissen, dass seine Sprache der Wahrheit und des Rechts nicht verstanden wurde, und wie dann die Sprache der Kanonen eindringlich zu reden begann.“
Vier Tage danach, am **24. April 1941**, ließ sich Gernand unter der Schlagzeile „**Deines Schicksals Sterne**“ vernehmen:
„Die Aufgabe der Heimatfront ist so klar gestellt: sie heißt arbeiten und vertrauen, wir können uns sicher fühlen im Glauben und im Vertrauen auf den Führer. Was hat er in diesen neun Jahren aus dem deutschen Volke gemacht, er hat uns wieder neue Möglichkeiten und Lebensbedingungen geschaffen.“
Das Bekenntnis zum „Führer“ krönt Gernand dann abschließend mit einem sinngemäßen Goethezitat:
„Wer in schwankenden Zeiten auch schwankend gesinnt ist, der vergrößert das Übel. Wer aber fest auf dem Sinne beharrt, der bildet sie Welt sich.“

Die Nacht vom 7. zum 8. November in Bebra

Über die Vorgänge in Bebra am Abend des 7. November und bis zum übernächsten Tag, dem 9. November, sind wir durch einen schon am 9. November 1938 von Polizeihauptwachtmeister Wilhelm Rex angefertigten amtlichen Bericht informiert; Landrat von Kruse hatte diesen Bericht angefordert:

„Nach Bekanntwerden der näheren Umstände zu den Attentaten eines Juden auf einen Beamten der Deutschen Botschaft in Paris durch den drahtlosen Nachrichtendienst am 7.11.1938 gegen 22 Uhr bemächtigte sich der Bevölkerung größte Erregung und Empörung gegen die Juden. Diese Erregung löste sich dahin aus, dass eine aufs Höchste erregte Menge durch die Straßen zog und die Fenster und Türen von jüdischen Häusern und Wohnungen zertrümmerte und das Innere der Synagoge zerstörte. Im Verlaufe der Nacht bildeten sich wiederholt Trupps, die die Zerstörungen fortsetzten. Ein Trupp, der sich gegen 3 Uhr gebildet hatte, zerstörte auch die Wohnungseinrichtungen der Judenwohnungen, hierbei ist es auch zu Diebstählen gekommen, soweit die erstatteten Anzeigen von Juden glaubhaft erscheinen. Bei den Zerstörungen wurden auch Grundstücke betroffen, die erst kürzlich in den Besitz von Ariern übergegangen waren. Die Zerstörungen wurden dann bis Tagesgrauen fortgesetzt. Als bei Tagesgrauen Wahrnehmungen gemacht wurden, dass von den offenliegenden Warenbeständen gestohlen wurde, wurde polizeilich eingeschritten. Das Betreten der Judengrundstücke wurde durch Anschrift an die Häuser untersagt und es wurden Vorkehrungen getroffen, dass Plünderungen nicht mehr vorgenommen werden konnten. Am 8.11.38 gegen 10 Uhr war der polizeimäßige Zustand wieder hergestellt. Es kam wohl zu großen Ansammlungen vor den Judengrundstücken, doch hatten diese Ansammlungen keinen demonstrativen Charakter mehr, sondern bestanden aus Neugierigen und aus Jugendlichen und Kindern. Kinder und Jugendliche, die sinnlos die offenliegenden Warenbestände vernichteten und verschleppten, wurden aus den Häusern verwiesen und die Warenbestände wurden gesichert. Die hier ansässigen Juden verließen im Laufe des 8.11.38 den Ort.

Um Plünderungen in der folgenden Nacht zu verhüten, wurde durch Einsatz des verstärkten Polizeischutzes während der Nacht ein verstärkter Posten- und Streifendienst durchgeführt.

Im Verlaufe des 9.11.38 wurden die Zugänge zu den jüdischen Häusern notdürftig mit Brettern zugesperrt. Trotzdem wurde zur Verhütung von Diebstählen nochmals der verstärkte Polizeischutz eingesetzt. Der entstandene Schaden ohne Synagoge wird auf 80.000 - 100.000 RM geschätzt. Während der Demonstrationen gegen die Juden wurde nur Sachschaden verursacht, zu Misshandlungen von Juden ist es in keinem Falle gekommen.“ (HHStAW Abt. 483, Nr.10026)

Der genannte Sachschaden macht das ungeheure Ausmaß deutlich, welches die Ausschreitungen in Bebra hatten. Eine Vergleichszahl betreffend Hersfeld: für den hier in der Nacht vom 8. zum 9. November 1938 angerichteten Schaden wurde vom dortigen Stadtbauamt ein Schaden von 45.000 RM angegeben (HStAM 180 LA Hersfeld, Nr. 9698).



*Hauptwachtmeister **Wilhelm Rex**, Bebra 1935*

Rechtsfreier Raum

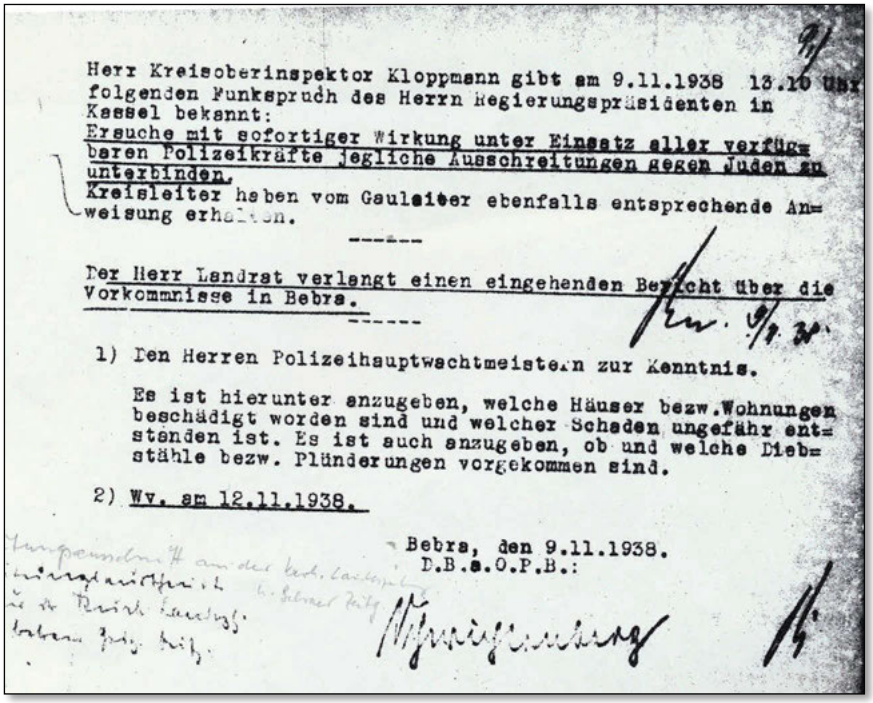
Dass es in Bebra in keinem Falle zu Misshandlungen gekommen sei, wird durch erdrückende Zeugenaussagen widerlegt, wie an späterer Stelle ausgeführt wird. Auch für Rotenburg gibt es Belege für Misshandlungen jüdischer Menschen. Auch die untersagten Plünderungen sind für beide Orte nachgewiesen.

Was die Übeltäter nicht wissen konnten: Sie hatten wenig oder gar nichts zu befürchten, sie hatten sich in einem weitgehend rechtsfreien Raum bewegt. *„Weiter ersucht das Reichsjustizministerium, zunächst in keinem Fall Haftbefehle gegen Personen zu beantragen, die etwa im Zuge der Aktionen festgenommen worden sind. Schließlich hat das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte angewiesen, keine Ermittlungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen.“* (Adam 1988: 79)

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass oberste Repräsentanten des Regimes im damaligen Kurhessen bei den „spontanen“ Aktionen am 7. und 8. November 1938 in starkem Maße die Fäden zogen. Erleichtert wurde dies im Nordhessischen auch dadurch, dass es hier keine Abstimmungsprobleme zwischen Parteileitung und der Führungsspitze der SA gab, denn deren oberster Repräsentant, Brigadeführer Max Solbrig, war zugleich auch stellvertretender NSDAP-Gauleiter.

Stoppbefehle

Wie bereits erwähnt, waren die nordhessischen Kommando- und Kontrollinstanzen offenbar von dem Ausmaß des Straßenterrors überrascht und versuchten schon im Tagesverlauf des 8. November gegenzusteuern. Am Nachmittag des 8. November ging eine Anordnung des Regierungspräsidenten in Kassel an die Ortspolizeibehörden und Polizeidienststellen mit folgendem Wortlaut:
„Die aus Anlaß des feigen Überfalls durch Juden auf den deutschen Legationssekretär bei der Botschaft in Paris hier und da aufgeflackerten Demonstrationen gegen Juden persönlich und ihre Sachen sind sofort einzustellen. Wenn derartige Demonstrationen vorgekommen sind, so ist das sofort fernmündlich dem Polizeibüro bei der Regierung zu melden. Fehlanzeige erforderlich. Meldung soll auch erfolgen, wenn sich nach Bekanntgabe dieser Anordnung noch Vorkommnisse ereignen.“ Von der Polizeidienststelle Hersfeld wurde diese Botschaft am 8. November um 16.35 Uhr aufgenommen. (Kropat 1997: 207)
Im Laufe des Vormittags des 9. November 1938 registrierte das Landratsamt in Rotenburg einen Funkspruch des Regierungspräsidenten, der um 13.10 Uhr an die Bürgermeister weitergeleitet wurde*: „Ersuche mit sofortiger Wirkung unter Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte jegliche Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden.“*
Ergänzend wurde mitgeteilt: „Kreisleiter haben vom Gauleiter ebenfalls entsprechende Anweisung erhalten.“ Dieses Dokument enthält auch die Anweisung von Bürgermeister Schwichtenberg vom 9.11.1938 an den Bebraer Polizeihauptwachtmeister (Rex) betr. den vom Landrat verlangten *„eingehenden Bericht über die Vorkommnisse in Bebra.“*
Er forderte Angabe darüber, *„welche Häuser bzw. Wohnungen beschädigt worden sind und welcher Schaden ungefähr entstanden ist. Es ist auch anzugeben, ob und welche Diebstähle bezw. Plünderungen vorgekommen sind.“*
(HHStAW 483, Nr. 10026).



Herr Kreisoberinspektor Kloppmann gibt am 9.11.1938 13.10 Uhr folgenden Funkspruch des Herrn Regierungspräsidenten in Kassel bekannt:
Ersuche mit sofortiger Wirkung unter Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte jegliche Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden.
Kreisleiter haben vom Gauleiter ebenfalls entsprechende Anweisung erhalten.

Der Herr Landrat verlangt einen eingehenden Bericht über die Vorkommnisse in Bebra.

---

1) Den Herren Polizeihauptwachtmeistern zur Kenntnis.

Es ist hierunter anzugeben, welche Häuser bezw. Wohnungen beschädigt worden sind und welcher Schaden ungefähr entstanden ist. Es ist auch anzugeben, ob und welche Diebstähle bezw. Plünderungen vorgekommen sind.

2) Wv. am 12.11.1938.

Bebra, den 9.11.1938.
D.B.a.O.P.B.:

Funkspruch *des Regierungspräsidenten vom 9. Nov. 1938, 13.10Uhr, „unter Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte jegliche Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden“. Zugleich Aufforderung des Landrats zur Erstellung eines „eingehenden Berichts über die Vorkommnisse in Bebra“.*



Werner Schwichtenberg*, Bürgermeister in Bebra von April 1937 bis Dez. 1941.*

Und auch der stellvertretende Gauleiter, SA-Brigadeführer Max Solbrig, sandte aus München einen Stoppbefehl nach Kurhessen „für sämtliche antijüdischen Demonstrationen“. Mit der Bekräftigung „Eilt sehr!“ ließ das von Heinrich Gernand geleitete „Reichspropagandaamt Kurhessen“ am 9. November diesen Befehl den NSDAP-Kreisleitern per Fernschreiben zustellen.

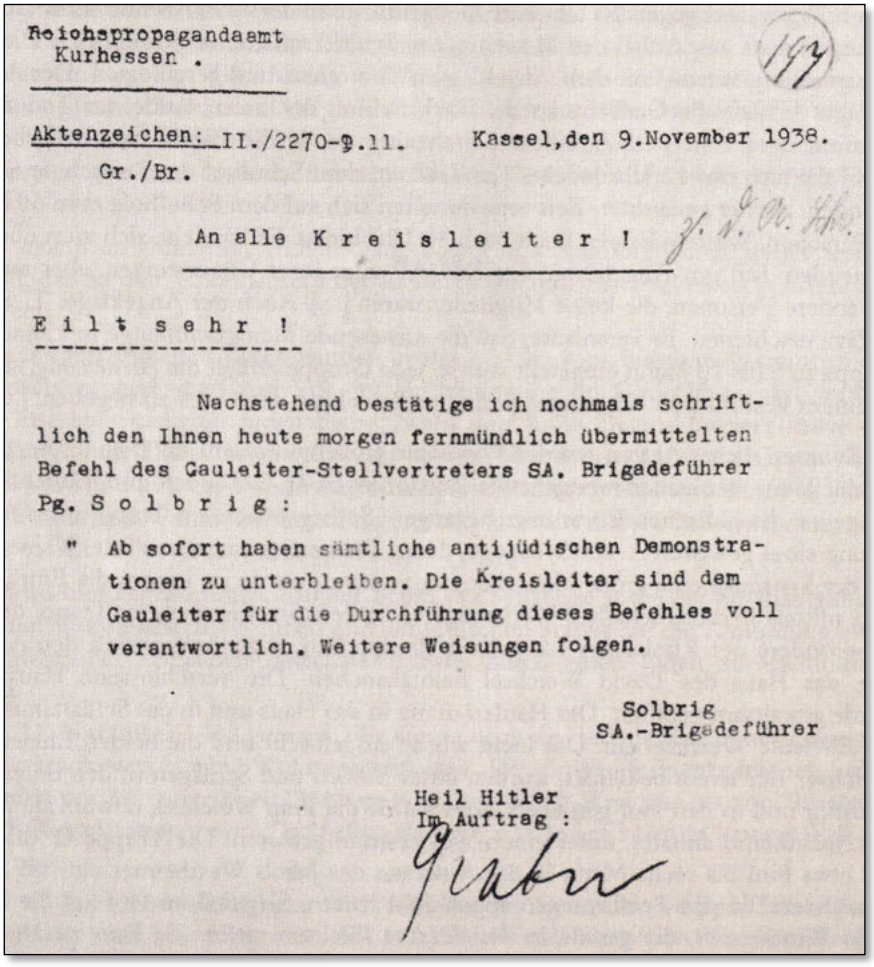
Pfarrer Fr. Grebe Im Gaupropaganda-Amt

Dabei ist zu beachten: Unterschrieben war die Anweisung von (Friedrich) Grebe, d. h. von Gernands Stellvertreter und Referenten im Kasseler Gaupropagandaamt. Der Stoppbefehl ging also unmittelbar von Gernands Amt aus, auf jeden Fall war er unter Beteiligung des Gaupropagandaamts erlassen worden. Friedrich Grebe hatte 1936 als *Deutscher Christ* seinen Pastorendienst zugunsten einer Anstellung im Gaupropagandaamt aufgegeben. (HHStAW 483, Nr. 2948)

Nicht nur mit dieser Anweisung , sondern parallel dazu gab es am 9. November 1938 mit der Anordnung durch den Regierungspräsidenten in Kurhessen Befehle zum Stopp der antijüdischen Ausschreitungen. Allerdings gelang es nicht überall, diese Befehle konsequent wirksam werden zu lassen, die heraufbeschworenen Geister wurde man, wie bereits ausgeführt, nicht so ohne weiteres wieder los.

Was gegenüber Diktator Hitler als vorauseilender Gehorsam (*„dem Führer entgegenarbeiten“*, Kershaw) gesehen werden kann und als „Denkzettel“ gedacht war, der die gezielte Beschädigung von religiösen Einrichtungen und die Zertrümmerung von Schaufensterfronten, Geschäftseinrichtungen und Privatwohnungen einschloss, war binnen weniger Stunden eskaliert und außer Kontrolle geraten.

Bei den nach Kriegsende durchgeführten Verfahren vor der Spruchkammer bzw. dem Landgericht wurden die in Bebra und Rotenburg durchgeführten bzw. versuchten Umsetzungen dieser Stopp-Anordnungen von einzelnen Beschuldigten als Nachweis ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das Pogromgeschehen ins Feld geführt. Teilweise nahmen die Beschuldigten für sich sogar in Anspruch, eine Beschützerrolle ausgeübt zu haben, indem sie die Befehlsausführungen zu eigenen Entscheidungen uminterpretierten.



Reichspropagandaamt
Kurhessen .

Aktenzeichen: II./2270-P.11. Kassel, den 9. November 1938.
Gr./Br.

An alle K r e i s l e i t e r !

E i l t s e h r !

Nachstehend bestätige ich nochmals schriftlich den Ihnen heute morgen fernmündlich übermittelten Befehl des Gauleiter-Stellvertreters SA. Brigadeführer Pg. S o l b r i g :

" Ab sofort haben sämtliche antijüdischen Demonstrationen zu unterbleiben. Die Kreisleiter sind dem Gauleiter für die Durchführung dieses Befehles voll verantwortlich. Weitere Weisungen folgen.

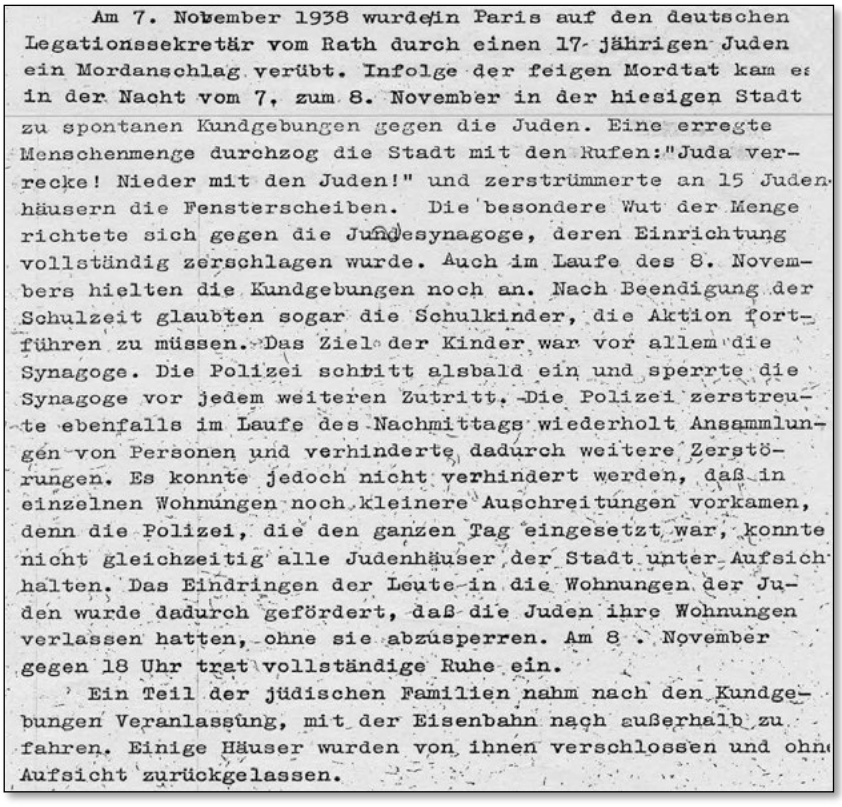
Solbrig
SA.-Brigadeführer

Heil Hitler
Im Auftrag :
Grebe

Mitteilung des stellvertretenden kurhessischen Gauleiters und SA-Brigadeführers Solbrig (z. Zt. München) mit der Aufforderung zur Unterlassung „sämtlicher antijüdischer Demonstrationen“. Weitergeleitet „An alle Kreisleiter“ durch das Reichspropagandaamt Kurhessen mit dem Zusatz „Eilt sehr!“ und mit der Unterschrift des stellvertretenden kurhessischen Gaupropagandaleiters ***Friedrich Grebe****.*

Bericht in der Rotenburger Stadtchronik

Wie bereits dargestellt, hatte Bebras Bürgermeister Schwichtenberg vom obersten Polizeibeamten der Stadt einen Bericht über die Geschehnisse vom 7. und 8. November 1938 anfertigen lassen.
Für Rotenburg fehlt ein entsprechender zeitgenössischer Bericht einer Amtsperson über die Geschehnisse vom 7. und 8. November 1938.
Der Verfasser des Rotenburger quasi-amtlichen Berichts, der Wochen später in der Stadtchronik seinen Platz fand, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, indem er das Fazit zog:
„Die erhoffte vollständige Ausräucherung der Juden aus Rotenburg ist doch noch nicht gelungen. Vor der Aktion zählte Rotenburg noch 72 Juden. Am 1. Januar 1939 waren 31 Juden in Rotenburg ansässig.“
Autor des Berichts war der damalige Büroleiter im Rotenburger Rathaus, Karl Finke, der auch für die Eintragungen in der Stadtchronik zuständig war. Was er außerdem, bezogen auf den 7. November 1938, in die Stadtchronik schrieb, gibt im Detail zu erkennen, wie er die Geschehnisse einordnete:
„Am 7. November 1938 wurde in Paris auf den deutschen Legationssekretär vom Rath durch einen 17-jährigen Juden ein Mordanschlag verübt. Infolge der feigen Mordtat kam es zu spontanen Kundgebungen gegen die Juden. Eine erregte Menschenmenge durchzog die Stadt mit den Rufen: 'Juda verrecke! Nieder mit den Juden!' und zertrümmerte an 15 Judenhäusern die Fensterscheiben. Die besondere Wut der Menge richtete sich gegen die Judensynagoge, deren Einrichtung vollständig zerschlagen wurde.
Auch im Laufe des 8. Novembers hielten die Kundgebungen noch an. Nach Beendigung der Schulzeit glaubten sogar die Schulkinder, die Aktion fortführen zu müssen. Das Ziel der Kinder war vor allem die Synagoge. Die Polizei schritt alsbald ein und sperrte die Synagoge vor jedem weiteren Zutritt. Die Polizei zerstreute ebenfalls im Laufe des Nachmittags wiederholt Ansammlungen von Personen und verhinderte dadurch weitere Zerstörungen. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß in einzelnen Wohnungen noch kleinere Ausschreitungen vorkamen, denn die Polizei, die den ganzen Tag eingesetzt war, konnte nicht gleichzeitig alle Judenhäuser der Stadt unter Aufsicht halten. Das Eindringen der Leute in die Wohnungen der Juden wurde dadurch gefördert, daß die Juden ihre Wohnungen verlassen hatten, ohne sie abzusperren. Am 8. November gegen 18 Uhr trat vollständige Ruhe ein. Ein Teil der jüdischen Familien nahm nach den Kundgebungen Veranlassung, mit der Eisenbahn nach außerhalb zu fahren. Einige Häuser wurden von ihnen verschlossen und ohne Aufsicht zurückgelassen.“



Am 7. November 1938 wurde in Paris auf den deutschen Legationssekretär vom Rath durch einen 17-jährigen Juden ein Mordanschlag verübt. Infolge der feigen Mordtat kam es in der Nacht vom 7. zum 8. November in der hiesigen Stadt zu spontanen Kundgebungen gegen die Juden. Eine erregte Menschenmenge durchzog die Stadt mit den Rufen: "Juda verrecke! Nieder mit den Juden!" und zertrümmerte an 15 Judenhäusern die Fensterscheiben. Die besondere Wut der Menge richtete sich gegen die Judensynagoge, deren Einrichtung vollständig zerschlagen wurde. Auch im Laufe des 8. Novembers hielten die Kundgebungen noch an. Nach Beendigung der Schulzeit glaubten sogar die Schulkinder, die Aktion fortführen zu müssen. Das Ziel der Kinder war vor allem die Synagoge. Die Polizei schritt alsbald ein und sperrte die Synagoge vor jedem weiteren Zutritt. Die Polizei zerstreute ebenfalls im Laufe des Nachmittags wiederholt Ansammlungen von Personen und verhinderte dadurch weitere Zerstörungen. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß in einzelnen Wohnungen noch kleinere Ausschreitungen vorkamen, denn die Polizei, die den ganzen Tag eingesetzt war, konnte nicht gleichzeitig alle Judenhäuser der Stadt unter Aufsicht halten. Das Eindringen der Leute in die Wohnungen der Juden wurde dadurch gefördert, daß die Juden ihre Wohnungen verlassen hatten, ohne sie abzusperren. Am 8. November gegen 18 Uhr trat vollständige Ruhe ein.
Ein Teil der jüdischen Familien nahm nach den Kundgebungen Veranlassung, mit der Eisenbahn nach außerhalb zu fahren. Einige Häuser wurden von ihnen verschlossen und ohne Aufsicht zurückgelassen.

*Eintrag von Stadtinspektor Finke in der Rotenburger **Stadtchronik** betr. November 1938 (Teil 1)*

Henny Rothschilds Brief aus Vlissingen

Hier ein Auszug aus dem Brief, den Henny Rothschild geb. Löwenstein am 19. Oktober 1939 von Vlissingen bei Rotterdam über die Ereignisse in Rotenburg an ihren Schwager in Los Angeles und ihre Schwägerin in Ramot Haschavim im damaligen Palästina schickte:

„Genau um 12 Uhr nachts [7.11.1938, H.N.] schon fing es bei uns an; die Fenster wurden eingeschlagen bis oben im Speisezimmer vermittels Feuerwehrleitern, unten Parterre die angeschraubten Schaltern mit Äxten zerhauen, Pflastersteine flogen in unsere Betten, aus denen wir nur noch mit Mühe & Not im allerletzten Augenblick herauskamen, solch eine Nacht möchte ich nie wieder erleben, Josefchen schrie, wir waren fast unfähig uns zu rühren, flüchteten mit dem Kind rauf in Rechas Schlafzimmer, die ¼ Stunde, wo dieses Zerstörungswerk vorgenommen wurde, dünkte uns eine Ewigkeit. Als die Bande abzog, hatten wir keine ganze Scheibe und kein ganzes Fensterkreuz mehr an der Vorderfront des Hauses, und immer hörten wir das Klirren & Einschlagen in der Stadt.
Was soll ich mehr sagen, es blieb nicht ein Haus verschont, wo nicht eingeschlagen wurde, ebenso in Bebra & in Baumbach, das geschah auf Kommando eines [Unterstreichung im Original] Kreisleiters, wie anderen Tages auch im übrigen Hessen, das sich im November besonders unsterblich gemacht hat. Dienstag Morgens, nach dieser Schreckensnacht, kam Alex schon um 7 Uhr & kurze Zeit später das Honnetchen vom Rasen heulend, ich werde das nie vergessen & erzählte uns, dass nachts alle Sefers bei Küllmers auf dem Steinweg verbrannt wurden, Frau Werthans Wohnung demoliert sei & auch in der Synagoge hätten sie alles durcheinander geworfen. Das Verbrennen der Sefers traf uns alle wie ein Schlag, das war uns das Ärgste. Etwa eine Stunde später kam der Bohlen (aber in welchem Ton), alle Scherben vor unserem Haus müssten weggeschafft werden & Meinhold hätte zu sorgen, dass in ¼ Stunde auf dem Steinweg das Zeug (die Asche) weggeschafft sei. Was wir alle empfanden, ich kann es Euch nicht sagen. Viktor, David und Alex schafften die Asche aufs Gutort, begruben sie, während von allen Schülern (sie hatten an dem Tag schulfrei) die Synagoge vollends demoliert wurde, es war vor Menschen nicht in die Brotgasse zu kommen. Wir hatten unsere Arbeit, die Scherben vor dem Haus & in den Zimmern wegzuschaffen, überall waren [unleserlich] & die ganze Stadt auf den Beinen, um die zerstörten Judenhäuser anzusehen, ich hätte sie alle morden mögen. Wir waren alle mehr wie verstört & uns grauste vor der Nacht, gegen 3 Uhr kam Lotte und erzählte uns Gustav Dörr sei bei Tante Lina gewesen & habe sie erpressen wollen – jetzt sei er bei Viktor. Zu Tante Lina kam er gerade, als sie essen wollten und verlangte ihren Schmuck & Geld, sie wiesen ihn natürlich ab & da warf er den Tisch mitsamt Geschirr & Essen um. Was soll ich lang alle Schrecken erwähnen, die wir hatten, wir entschlossen uns wegzufahren, um das Schlamassel nicht noch mal zu erleben, um 5 Uhr mit dem Eilzug fuhren wir bis Bebra, dort trafen Löwensteins, Alex, Recha, Rosa & Familie und Kinder & so furchtbar viel Glaubensgenossen aus der Gegend. Ihr könnt Euch davon keinen Begriff machen, alle verstört & wie gehetztes Wild.“

Der Brief von Henny Rothschild ist vollständig und mit Anmerkungen in diesem Buch im Anhang abgedruckt. (S. 1 des Briefes auf der nächsten Seite)



Henny Rothschild, Meinhold Rothschild *(links) und Sohn* ***Joseph*** *(Mitte) ca. 1960 in den USA. Meinhold und Henny Rothschild und ihre Angehörigen wohnten am Rande von Rotenburgs Innenstadt in dem Haus Markt 9. Allem Anschein nach hatten sie von den ersten Randalen zunächst nichts mitbekommen und waren wie gewohnt spät abends zu Bett gegangen, wie Henny Rothschild berichtete.*

Vlissingen (Holland) Hotel Zeeland, 18/Okt 1939

Meine lieben, lieben Geschwister, Ihr lieben Kinder, heute früh erhalten wir das erste Lebenszeichen von Euch, eine Karte vom 5. Sept. von L. Linz nachher nachgesandt, ich kann Euch nicht sagen, was uns Beide bewegte, als wir von Sorge um uns so quälenden Zeilen lasen. Habt alle innigen Dank für jedes Wort der Fürsorge und Anteilnahme, für das man in so schweren Lebenslagen doppelt dankbar und doppelt empfänglich ist. Es liegt so unendlich viel seit unserer Abreise hinter uns, das wir nie gedacht hätten erleben zu müssen und ertragen zu können und doch hat uns der l. G'tt immer und immer wieder Kraft gegeben und uns in der größten Bedrängnis seine Hilfe spüren lassen. Ich setze voraus dass Ihr all unsere Post ab hier in der Zwischenzeit erhalten habt und so will ich beginnen Euch zu erzählen, was sich Alles seit unserem Weggehen ereignete.

Ihr wisst, wie unendlich schwer es immer jeden Einzelnen in der kleinen Gemeinde traf, wenn eine Familie auswanderte, nun weggehen war, wie Ihr selbst wisst, für uns ein großer Verlust (wir sind lange Zeit nicht rauf in unsre Wohnung gegangen) wir waren glücklich, als auf Anfrage bei meiner Kusine in New York sofort Bürgschaften für alle Löwensteins und uns dazu gestellt wurden, damit glaubten wir doch auch recht bald, in absehbarer Zeit nach Amerika zu können. In der Woche unseres Weggehen waren M. + ich, wie Ihr Euch noch entsinnen könnt in Frankfurt, um uns Ausweispapiere zu machen und dort hörten wir zufällig, dass man sich beim Stuttgarter Konsulat registrieren lassen muss, da der Andrang dort sehr groß sei & die Aufrufung von der Höhe der Registriernummer abhängig sei. Wir beschafften uns solche sofort & hatten dadurch das Glück die verhältnismäßig niedere Nummer 8072 zu bekommen. Wir alle waren des Glaubens dass wenige Wochen unsere Aufforderung zum Konsulat später erfolgen würde. Ihr wisst nun sicher durch Fridel + Adi was sich

Brief von Gerda Kappes vom 11. Nov. 1938

Der Bericht von Henny Rothschild vermittelt ein erschreckendes Bild von dem, was sich in der Nacht vom 7. zum 8. November und in der ersten Tageshälfte des 8. November 1938 in Rotenburg zutrug. Was in dieser Zeitspanne (7./8. November) u. a. in Bebra passierte, veranschaulicht der ausführliche Bericht, den Gerda Kappes drei Tage danach in einem Brief an ihre in diesen Tagen verreiste Schwiegermutter Clara Kappes schrieb. Gerda Kappes wohnte mit ihrer Familie in dem Haus Nürnberger Straße 49, etwa 300 m von dem „Tatort" Hersfelder Straße 7 entfernt, dem stattlichen Wohn- und Geschäftshaus der jüdischen Familie Emanuel. Dort hatte Gerda Kappes in der oberen Etage eine Mietwohnung.

„Liebe Mutter! Wir hätten auch längst geschrieben, aber wir wollten erstmal zur Ruhe kommen, damit unser Bericht vom letzten Ereignis nicht so drastisch wird und Du nicht so einen Schrecken bekommst. Anläßlich des Attentats auf Legationsrat vom Rath sind hier große Judenverfolgungen gewesen. In der Nacht vom Montag auf den Dienstag sind verschiedene Fanatiker der Partei in die Judenhäuser eingedrungen, haben die Juden aus den Betten geholt und alles kurz und klein geschlagen. Alle Möbel umgekippt, Porzellan, Glas, Fensterscheiben, überhaupt alles Erreichbare umgekippt und kaputt geschlagen. Vorhänge abgerissen, Stoffe und auch zum Teil Lebensmittel umhergeworfen, elektrische Lampen und Birnen, sogar die Lichtleitung kaputt geschlagen, bei Emanuels eingebaute Waschbecken, Badewanne, sogar die Mettlauer Platten sind hinüber. Wir hörten die ganze Nacht Spektakel und Klirren von Glas, dachten aber nicht anders, als es sei ein großes Autounglück geschehen.

Wir schliefen die ganze Nacht nicht, konnten aber bei der Dunkelheit auch auf der Straße nichts erkennen als nur viele Menschen, ich glaube die Hälfte der Bewohner Bebras waren die Nacht auf den Beinen. Am anderen Morgen erzählte uns nun Lisbeth, was geschehen war. Wir sind dann gleich zu Dir in die Wohnung gegangen, um zu sehen, ob noch alles in Ordnung wäre. Wir fanden auch Deine Wohnung tipp topp im Schuß, sogar unsere Würstekämmerchen, Dein Klosett und Deine Kellerräume waren unversehrt, alles andere ein großer Trümmerhaufen. Der Jud Emanuel stand inmitten der Trümmer, kein Fensterkreuz mehr im Haus, keine Türe mehr, sogar die schwere eichene Haustür ist nicht mehr vorhanden, ein Bild des Entsetzens und großen Jammers. Nachmittags sind dann die Juden alle von hier weg, sie mußten wohl auch, denn sie konnten sich ja nirgends aufhalten, noch nicht einmal ein Bett war ja noch ganz. Die andere Nacht war Ruhe. Dann am Mittwoch auf den Donnerstag gings wieder los, denn am Mittwoch war Herr vom Rath doch gestorben. Als Rache hierfür kam die zweite Aktion."

Es war wohl kein Zufall, daß das Anwesen der Emanuels in besonderer Weise zum Angriffsziel wurde. Besser als alle anderen jüdischen Familien in Bebra hatten die Emanuels dem wirtschaftlichen Druck seit der NS-Machtübernahme standhalten können. Dies wird durch einen Blick in die bei der Rotenburger Sparkasse überlieferten Kontostände des Jahres 1938 ersichtlich. Auf Konten der Bebraer jüdischen Familien waren 1938 insgesamt 115.189 RM verzeichnet, über 100.000 RM liefen auf den Namen Emanuel.

[**Anmerkung** H.N.: zu **7)** es muss heißen: Emanuel, Manfred; zu **8)** es muss heißen: Emanuel, Baruch.]

Kreissparkasse Rotenburg a.d.Fulda

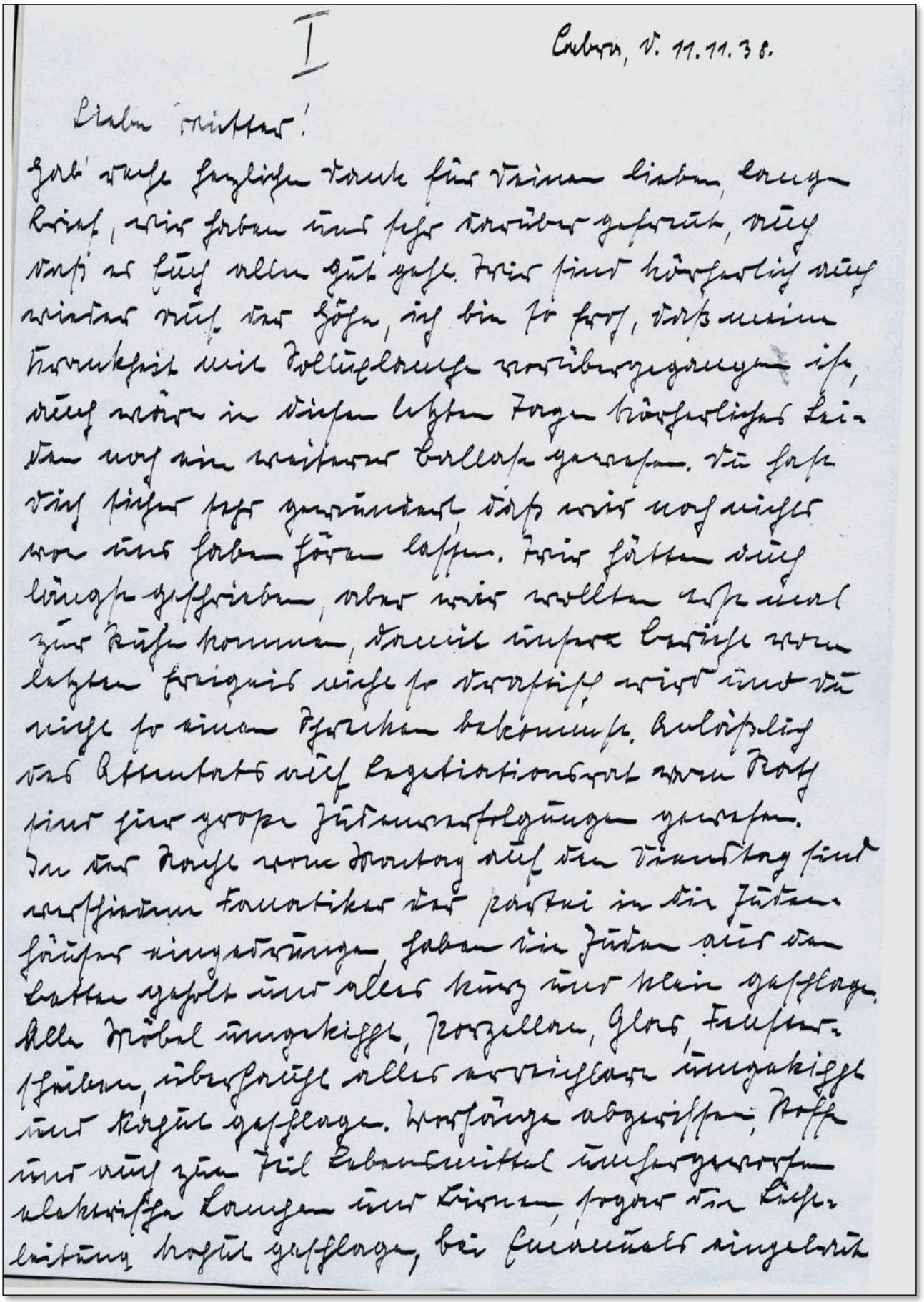
Zusammenstellung der bei der Hauptstelle Rotenburg a.d.Fulda bestehenden jüdischen Depotkonten (Stand 8.Dez.1938)

	Depot-Inhaber		Depot-Nr.	Kurswert RM
1)	Israel.Gemeinde Neuenhausen		1286	81,25
2)	dieselbe,	Diemerode	1301	32500
3)	B.Seelig's Erben,	Solz	1343	322810
4)	Sommer, Mally,	Rotenburg a.d.F.	1356	20300
5)	Sommer, Abraham I,	Heinebach	1389	242340
6)	Wallach, Julius,	Heinebach	1548	16250
7)	Manfred, Emanuel,	Bebra	1700	7362350
8)	Manfred, Baruch,	"	1701	364760
9)	Eichholz, Frau Isidor geb.Emanuel,	Bebra	1702	610000
10)	Oppenheim, Selmar,	Bebra	1703	248265
			Summe:	11519940=



Konten bei der Kreissparkasse *Rotenburg Dez. 1938*

Bebra, ehem. Haus ***Emanuel****, Hersfelder Str. 7. ca. 1995.*



I

Bebra, d. 11.11.38.

Liebe Mutter!

Gerade noch herzliche Grüße für Deinen lieben, langen Brief, wir haben uns sehr darüber gefreut, daß Du noch an Euch allen Gut hast. Hier sind hoffentlich alle wieder auf den Beinen, ich bin so froh, daß meine Krankheit mit Vollständigkeit vorübergegangen ist, daß wir in diesen letzten Tagen hoffentlich Frieden vor uns haben werden. Die Hetze ging hier sehr gewaltig, daß wir uns gar nicht mehr auf die Straße trauen durften. Wir hätten Euch längst geschrieben, aber wir wollten nicht eher, bis unsere Briefe von letzten Freitag nicht so verspätet wird und die nicht so einen Zensurstempel bekommt. Aufhetzung und Attentat auf Legationsrat vom Rath sind eine große Judenverfolgungen gewesen. In der Nacht von Donnerstag auf den Freitag sind nationalsozialistische und politische in die Juden Häuser eingedrungen haben die Juden aus den Betten geholt und alles kurz und klein geschlagen. Alle Möbel zerschlagen, Porzellan, Glas, Lampen, Gardinen, überhaupt alles vernichtet zerschlagen und stehen gelassen. Wohnungen abgeschlossen, Koffer und was sie für Lebensmittel vorgefunden, alle Betten, elektrische Lampen und Uhren, sogar die Kleidung, Wäsche gestohlen, die Juden sind eingesperrt

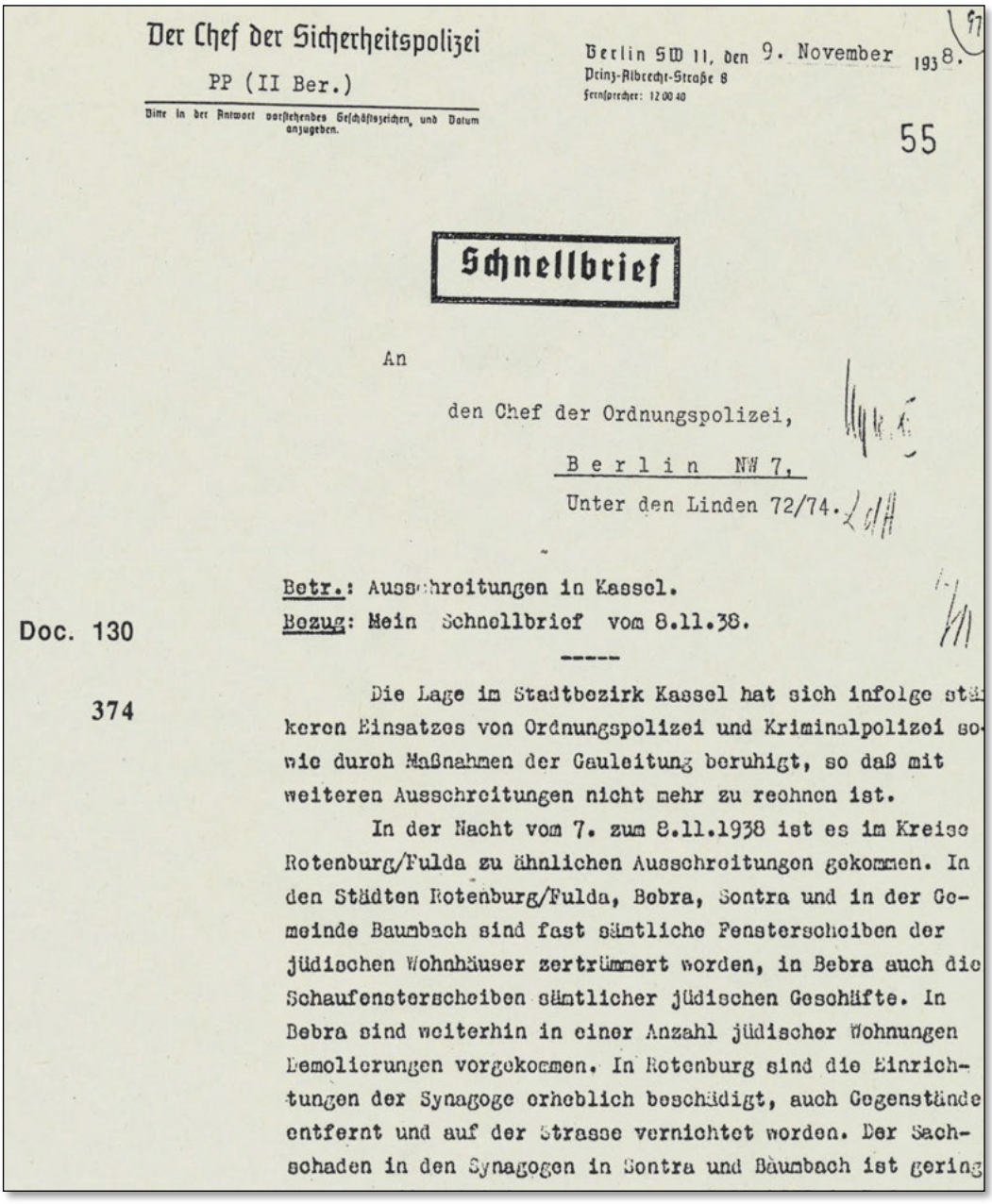
Seite 1 des Briefes, den Gerda Kappes *aus Bebra am 11. November 1938 an ihre Schwiegermutter schrieb, dankenswerter Weise von der Familie zur Verfügung gestellt. Abdruck auch in Band 2 als DOK. 123 in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 2, 2009.*

Landkreis Rotenburg prescht vor

Per Schnellbrief (s. Dokument) ließ die Führung der Sicherheitspolizei in Berlin die Ordnungspolizei wissen, dass die Lage sich auf Grund des *„stärkeren Einsatzes von Ordnungspolizei und Kriminalpolizei sowie durch Maßnahmen der Gauleitung“* so weit beruhigt hat, *„daß mit weiteren Ausschreitungen nicht mehr zu rechnen ist“.*

Das Dokument bestätigt meine Einschätzung, dass es am 7. November 1938 außer im Stadtbezirk Kassel nur im Landkreis Rotenburg zu antijüdischen Ausschreitungen kam. Betreffend Sontra ist festzuhalten, dass die bekannt gewordenen Details im Wesentlichen aus einem Interview stammen, das Dr. Ulrich Schneider am 12. Mai 1982 mit Julius Katz, dem letzten Vorsteher der Sontraer Jüdischen Gemeinde geführt hat. Demzufolge begannen die Ausschreitungen in Sontra noch nicht am 7. November 1938, wohl aber bald nach der Mitternacht zum 8. November. Es ist fraglich, ob die im *Rotenburger Tageblatt* vom 8. November 1938 veröffentlichte Erklärung von Felix Neuhaus (s. S. 41) als Nachweis für Gewaltanwendung in Baumbach schon am 7. November zu werten ist.

Im übrigen ist festzuhalten: Der geringe Sachschaden in und an den Synagogen in Sontra und Baumbach erklärt sich daraus, dass die Gebäude schon einige Zeit vor dem November 1938 nicht mehr für gottesdienstliche Zwecke genutzt wurden.



Der Chef der Sicherheitspolizei

PP (II Ber.)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen, und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 9. November 1938.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

55

Schnellbrief

An

den Chef der Ordnungspolizei,

Berlin NW 7,

Unter den Linden 72/74.

Betr.: Ausschreitungen in Kassel.
Bezug: Mein Schnellbrief vom 8.11.38.

Doc. 130

374

Die Lage im Stadtbezirk Kassel hat sich infolge stärkeren Einsatzes von Ordnungspolizei und Kriminalpolizei sowie durch Maßnahmen der Gauleitung beruhigt, so daß mit weiteren Ausschreitungen nicht mehr zu rechnen ist.

In der Nacht vom 7. zum 8.11.1938 ist es im Kreise Rotenburg/Fulda zu ähnlichen Ausschreitungen gekommen. In den Städten Rotenburg/Fulda, Bebra, Sontra und in der Gemeinde Baumbach sind fast sämtliche Fensterscheiben der jüdischen Wohnhäuser zertrümmert worden, in Bebra auch die Schaufensterscheiben sämtlicher jüdischen Geschäfte. In Bebra sind weiterhin in einer Anzahl jüdischer Wohnungen Demolierungen vorgekommen. In Rotenburg sind die Einrichtungen der Synagoge erheblich beschädigt, auch Gegenstände entfernt und auf der Strasse vernichtet worden. Der Sachschaden in den Synagogen in Sontra und Baumbach ist gering

Schnellbrief der Sicherheitspolizei v. 9.11.1938 *(Bundesarchiv Berlin, Archiv des Holocaust, Bd. 20, Dokument Nr. 374).*

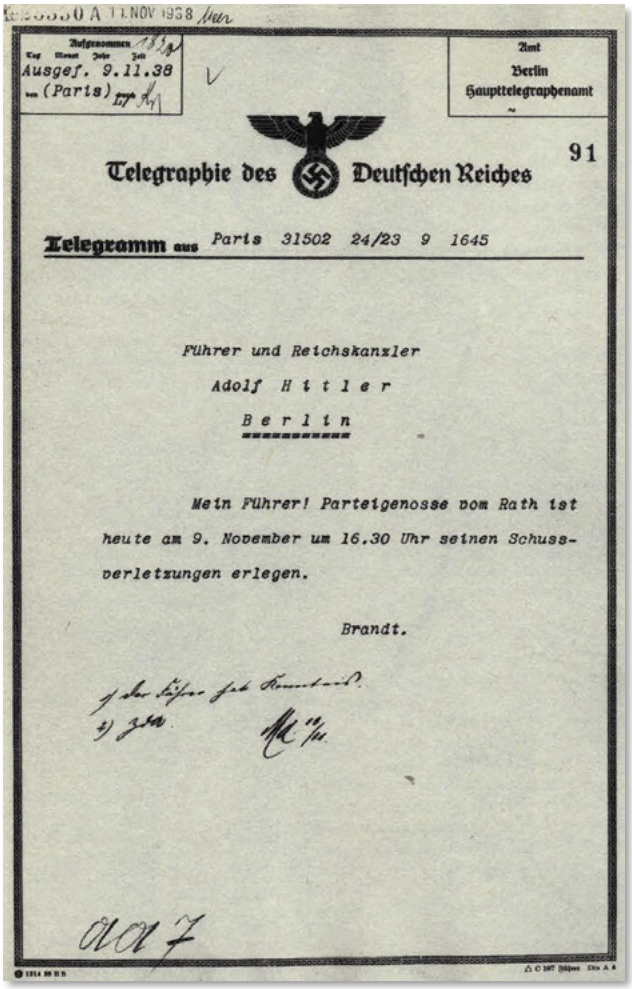
NS-Kameradschaftsabend in München

Wie bereits erwähnt: Am Abend des 9. November waren die führenden Personen der NSDAP im Alten Rathaus in München versammelt. Es galt, den 15. Jahrestag von Hitlers Putschversuch (Marsch auf die Feldherrnhalle am 9. November 1923) in Erinnerung zu rufen und gebührend zu feiern. Goebbels vermeldete gegen 21 Uhr den dort Versammelten den Tod vom Raths und nutzte die Gelegenheit zu einer wilden Hetzrede, in deren Verlauf er ausdrücklich die angeblich „spontanen" antijüdischen Aktionen in Kurhessen (und Magdeburg-Anhalt) lobte. Der „Führer" habe entschieden, so Goebbels, dass „derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten".

Für die versammelten hohen SS-, SA- und Parteifunktionäre ließ sich aus Goebbels' verschlüsselter Botschaft unmissverständlich entnehmen, dass wilde Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung durchgeführt werden sollten. Die anwesenden Gauleiter und SA-Führer verstanden dies durchweg als unmissverständliche Aufforderung zum Handeln. Der Pogrom sollte als spontaner Ausbruch des „Volkszorns" erscheinen, die eigentlichen Drahtzieher aber, allen voran Hitler selbst, im Verborgenen bleiben. Nach einem kurzen Gespräch unter vier Augen mit Goebbels hatte er die Versammlung im Alten Rathaus verlassen.

Wenn Hitler angeblich erst bei dem Festakt im Alten Rathaus die Todesnachricht vom Raths überbracht wurde und er sich dabei „stärkstens beeindruckt" zeigte, dürfte es sich hierbei „um eine theatralische Inszenierung des nationalsozialistischen Führungszirkels" gehandelt haben. (Longerich 1998: 199)

Hitler war bestimmt längst über den Tod vom Raths informiert, als er im Alten Rathaus erschien. Denn zwischen vom Raths Tod und der abendlichen Veranstaltung lag eine Zeitspanne von mehreren Stunden. So wird es auch von Goebbels dokumentiert: *„Nachmittags wird der Tod des deutschen Diplomaten vom Rath gemeldet. Nun aber ist es gut. Ich gehe zum Parteiempfang im alten Rat-*



Aufgenommen Ausgef. 9.11.38 (Paris)

Amt Berlin HauptTelegraphenamt

91

Telegraphie des Deutschen Reiches

Telegramm aus Paris 31502 24/23 9 1645

Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler
Berlin

Mein Führer! Parteigenosse vom Rath ist heute am 9. November um 16.30 Uhr seinen Schussverletzungen erlegen.

Brandt.



oben: *Telegramm aus Paris an Hitler von seinem Leibarzt Dr. Brandt über das Ableben von Ernst vom Rath am 9. 11.1938 (Quelle: Döscher 1988: 74)*
unten: *Ernst vom Rath (Quelle: Döscher 1988: 75)*

haus. Riesenbetrieb. Ich trage dem Führer die Angelegenheit vor. Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen." (zit. n. Longerich 1998: 199)

Fiktion vom spontanen Volkszorn

„Erneut war Hitler dem mittlerweile vertrauten Muster gefolgt, nach dem er während der Dreißiger Jahre durchgängig verfahren war. Insgeheim erteilte er die Befehle oder bestätigte sie; nach außen hin sollte sein Name in keiner Weise mit der Brutalität verknüpft sein. Die Fiktion eines spontanen Ausbruchs des Volkszorns gebot Schweigen." (Friedländer 1998: 300)

Die in Bebra und Rotenburg im Tagesverlauf des 8. November und bis zum späten Abend des 9. November 1938 durch entsprechende Maßnahmen der örtlichen Parteigliederungen und der Polizei unterbrochenen antijüdischen Aktionen konnten jetzt ihren Fortgang nehmen.

Im Februar 1939 bestätigte der geheime Abschlussbericht von Walter Buch, dem obersten Parteirichter, dass die ausführenden Täter auf Befehl von Goebbels und der ihm untergebenen versammelten SA-Führer am Abend des 9. November gehandelt hatten und deshalb weitgehend entlastet waren. *„Auch die Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, daß politische Aktionen wie die des 9. November 1938 von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei."* (zit. n. Benz 2018: 89)

Die Kommandos kamen aus München

Noch vor Mitternacht (23.55 Uhr) am 9. November erging die Anordnung des Gestapochefs Müller an alle Gestapostellen im Reich:

„Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können. … Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 - 30000 Juden im Reich. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht." (zit. n. Kropat 1997: 214)

Eine gute Stunde später, um 1.20 Uhr, erfolgten genauere Anweisungen durch Sicherheitspolizei-Chef Reinhard Heydrich.

In seinem Blitz-Fernschreiben hieß es:

„Aufgrund des Attentats gegen den Legations-Sekretär vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht - 9. auf 10. November 1938 - im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten.

Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

1. Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bereich zuständigen politischen Leitungen, Gauleitung oder Kreisleitung, fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren ... In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, daß die Deutsche Polizei vom Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei die folgende Weisung erhalten hat:

- a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z. B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist).

- b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.

- c) In Geschäftsstraßen ist insbesondere darauf zu achten, daß nichtjüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden.

- d) Ausländische Staatsangehörige dürfen - auch wenn sie Juden sind - nicht belästigt werden.

2. Unter der Voraussetzung, daß die unter 1. angegebenen Richtlinien eingehalten werden, sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen.

3. Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird. …

4. Die Leitung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen hinsichtlich der Demonstrationen gegen Juden

liegt bei den Staatspolizeistellen, soweit nicht die Inspekteure der Sicherheitspolizei Weisungen erteilen. ...

5. Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zuläßt, sind in allen Bezirken so viele Juden - insbesondere wohlhabende - festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die aufgrund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht mißhandelt werden.

6. Der Inhalt dieses Befehls ist an die zuständigen Inspekteure und Kommandeure der Ordnungspolizei und an die SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte weiterzugeben mit dem Zusatz, daß der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei diese polizeiliche Maßnahme angeordnet hat. Der Chef der Ordnungspolizei hat für die Ordnungspolizei einschließlich der Feuerlöschpolizei entsprechende Weisungen erteilt. In der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist engstes Einvernehmen zwischen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu wahren." (zit. n. Kropat 1997: 214-216).

Das Fernschreiben des Gestapo-Amts, das kurz vor Mitternacht über den Äther ging, hatte nur ganz allgemein von „Aktionen gegen Juden" gesprochen. Erst das Telegramm, das Heydrich gegen 1.20 Uhr an alle Staatspolizeistellen sandte, präzisierte die Form der „Demonstrationen gegen Juden in der heutigen Nacht". Er überließ darin zwar den örtlichen Stellen die „Durchführung der Demonstrationen" auf einer nächtlichen Besprechung zu vereinbaren, legte jedoch explizit „Synagogenbrände" nahe, ebenso die Zerstörung von „Wohnungen und Geschäften von Juden".

Wie ein Grosses Geschenk des Schicksals

Mit der wörtlichen Wiedergabe der zu nächtlicher Stunde formulierten „Regieanweisung" durch die Staatsspitze soll die Frage aufgeworfen werden, wieweit das durch das Attentat auf vom Rath im November 1938 ausgelöste Szenario in seinen Grundzügen nicht bereits schon vorher durchbuchstabiert worden war.

Wie an anderer Stelle bereits angemerkt, kam den NS-Machthabern die Verzweiflungstat des 17-jährigen Grynszpan wie gerufen, geradezu wie ein Geschenk des Schicksals, sodass von Anfang an Vermutungen geäußert wurden, bei dem Attentäter könne es sich um einen *agent provocateur* gehandelt haben, *„einen von den Nazis gedungenen Mordbuben, der seinen Hintermännern einen Vorwand für die längst geplante Kristallnacht und Verschärfung der Judengesetzgebung zu liefern hatte".* (Heiber 1957: 140)

Unter dem Eindruck der Schrecken des Holocaust kommt Heiber (1957: 172) zu dem Resümee: *„Selbst die damals längst vorbereiteten Maßnahmen vom November 1938, für die Grünspans Tat als Vorwand hatte herhalten müssen …, sind heute kaum mehr als Anfangsglieder in einer Kette, erste Stationen auf dem Wege einer bislang beispiellosen Entartung von Mensch und Menschlichkeit."*

Es geschah *vor* aller Augen

Heibers Gesamtbilanz ist prinzipiell kaum zu widersprechen. Zu bedenken ist jedoch, dass sich die unvorstellbaren Schrecken der Ausrottung eines großen Teils der jüdischen Minderheit für die Mehrheitsbevölkerung irgendwo „fern im Osten" abspielte. Was dagegen im November 1938 geschah, ist unmittelbarer Teil der Geschichte unserer Heimat, der Stadtgeschichte von Rotenburg, der Stadtgeschichte Bebras und der Geschichte aller anderen Ortschaften, die Heimat für jüdische Familien waren. Was im November 1938 geschah, war für alle hier Lebenden sichtbar, für viele sogar hörbar: „Es geschah vor aller Augen", wie es die Ausstellung als Titel führte, die 2009 in Bebra unter Einbindung lokaler Exponate gezeigt wurde.

Die Aktionen des 9. November liefen im ganzen Reich relativ einheitlich ab. Die erste Befehlswelle war zwischen 22 und 0 Uhr zu verzeichnen. In dieser Zeit informierten die Gauleiter und Propagandaleiter der NSDAP telefonisch ihre heimischen Dienststellen. Hiermit wurde der gesamte Apparat in Bewegung gesetzt. Die Anweisungen reichten von klaren Befehlen bis, in seltenen Fällen, zu bloßen Appellen. Die einzelnen Stäbe der Gaue gaben, soweit erreichbar, die jeweiligen Anweisungen an die Kreisleiter weiter, diese informierten wiederum die einzelnen Ortsgruppen.

Gedenkveranstaltungen zum 9. November

Kehren wir zu den Schauplätzen zurück, für die die Tage des November 1938 „Tage des Wahnsinns“ wurden.

Anlässlich des 15. Jahrestages des Hitler-Marsches auf die Feldherrnhalle fanden am 9. November 1938 überall in Deutschland Gedenkveranstaltungen statt. So auch in Bebra, wo die Kundgebung, laut Bebraer Tageblatt, am 9. November 1938 für 20.30 Uhr in der Turnhalle angesetzt war. Diese Einladung war an die gesamte Bevölkerung gegangen.

Eine zusätzliche Einladung ging an die „dienstfreien Beamten“, die in der NS-Ortsgruppe der Beamten organisiert waren.

Einladender war Lokomotivführer Wilhelm Gernand, Vater von Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand. Zur „Gemeinschaftsfeier des 9. November“ ließ BDM-Führerin Gerda Schlott ihre Gefolgschaft, den „Bund Deutscher Mädel“, Gruppe 16/290, 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn am nahen Sportplatz antreten.

Schon um 20 Uhr versammelte sich der NS-Motorsturm 32/M 47 vor seiner Geschäftsstelle.

Soweit die Ankündigungen des Bebraer Tageblatts vom 8. November. Am 9. November waren auf dem Schwarzen Brett der NSDAP im *Bebraer Tageblatt* drei weitere Einladungen abgedruckt:

- durch Obersturmführer Neumann vom SA-Sturm 24/234, Trupp Bebra, schon für 19.00 Uhr.
- Der Führer der Hitlerjugend, Gefolgschaft Bebra (16/289) ordnete zur Sammlung auf dem Adolf-Hitler-Platz um 19.45 Uhr an: „Erscheinen Aller ist Pflicht“.
- Dorthin wurde bereits für 19.00 Uhr der Jungbannfanfarenzug von seinem Führer bestellt, und zwar „in tadelloser Uniform und mit anständig geputztem Instrument“. Den jungen Musikern war wohl eine wichtige Rolle bei der Veranstaltung zugedacht, der Führer drohte nämlich: „Unentschuldigtes Fehlen werde ich strengstens bestrafen.“

Neben der NS-Frauenschaft gab es in Bebra auch das von der NSDAP gelenkte Deutsche Frauenwerk. Auch seine Mitglieder wurde am 9. November (20 Uhr) in der Turnhalle erwartet.

Es gab wohl kaum eine Veranstaltung im NS-Festkalender, an der die Mitglieder der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände in solcher Geschlossenheit zusammenkamen.



Bebra, „Hotel Hessischer Hof“

Heute 20.30 Uhr:

Feierstunde des 9. Nov.

in der Turnhalle zu Bebra

Schwarzes Brett der NSDAP.

SA. Sturm 24/234.
Trupp Bebra
Mittwoch, 9. November 1938, 19 Uhr, in der Turnhalle.
Neumann, Obersturmführer.

Hitler-Jugend, Gefolgschaft Bebra (16/289).
Heute abend, 9. November 1938, tritt die gesamte Gefolgschaft um 19.45 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz zur Teilnahme an den Feierlichkeiten des 9. November an. Erscheinen Aller ist Pflicht.
Der Führer der Gefolgschaft Bebra: gez. Gerlach.

Jungbannfanfarenzug III/289.
Der gesamte Jungbannfanfarenzug 3 tritt heute, Mittwoch, den 9. November, um 19 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz an. Wir nehmen an der Feierstunde des 9. November teil. Ich erwarte aus diesem Grunde einen jeden Jgg. in tadelloser Uniform und mit anständig geputztem Instrument. Unentschuldigtes Fehlen werde ich strengstens bestrafen.
Der Führer des Jungbannfanfarenzuges.

Schwarzes Brett der NSDAP.

Motorsturm 32/M 47.
Antreten zur Feier des 9. November am Mittwoch, dem 9. 11., 20 Uhr vor der Sturmgeschäftsstelle. Großer Dienstanzug ohne Mantel.
Hilgers, Sturmführer.

NSDAP, Amt für Beamte, Ortsgruppe Bebra.
Die dienstfreien Beamten werden gebeten, sich an der am 9. 11. um 20.30 Uhr in der Turnhalle in Bebra stattfindenden Feier des 9. November zu beteiligen.
gez. Gernand.

BDM. Gruppe 16/289.
Die gesamte Gruppe tritt zur Gemeinschaftsfeier des 9. November um 20.15 Uhr am Sportplatz an.
Die Führerin der BDM-Gruppe: Gerda Schlott.

Hierdurch fordere ich alle Mitglieder der
NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerks
unserer Ortsgruppe auf, sich an der Feier des 9. November zu beteiligen.
20 Uhr in der Turnhalle.
gez. H. Schulz, Ortsgr.-Frauenschaftsleiterin.

Ausschneiden! Mitbringen!

Lieder zur Feier des 9. November 1938

20 Uhr in der Turnhalle zu Bebra.

1. Nur der Freiheit gehört unser Leben.
Laßt die Fahnen dem Wind.
Einer stehet dem andern daneben,
aufgeboten wir sind.
Freiheit ist das Feuer, ist der helle Schein,
solang sie noch lodert, ist die Welt nicht klein.

2. Daß die Aecker zum Erntegang reifen,
darum bleiben wir wach,
bis die Sensen die Halme ergreifen,
hüten wir sie vor Schmach.
Freiheit ist das Feuer usw.

3. Daß die Heimat den Frieden soll finden,
suchen wir nach dem Feind,
keiner soll seine Garbe hier binden,
der es falsch mit uns meint.
Freiheit ist das Feuer usw.

4. Daß dem Lande die Sorgen verschwinden,
darum stehen wir auf,
unsere Helme das Morgenrot trinken,
eure Herzen reißt auf.
Freiheit ist das Feuer usw.

1. Nun laßt die Fahnen fliegen
in das große Morgenrot,
das uns zu neuen Siegen
leuchtet oder brennt zum Tod.

2. Denn: mögen wir auch fallen,
wie ein Dom steht unser Staat.
Ein Volk hat hundert Ernten
und geht hundertmal zur Saat.

3. Deutschlands, sieh uns, wir weihen
dir den Tod als kleinste Tat,
grüßt er einst unsre Reihen,
werden wir die große Saat.

4. Drum laßt die Fahnen fliegen
in das große Morgenrot,
das uns zu neuen Siegen
leuchtet oder brennt zum Tod.

H. Baumann.



SA-Obersturmführer Hans Neumann *hatte die Feierstunde am Abend des 9. November in der Bebraer Turnhalle mit den Worten eingeleitet: „Wäre der 9. November nicht gewesen, so wäre nie das Reich gekommen.“*
Neumann verlas „die Namen der Toten der Bewegung des deutschen Freiheitskampfes“.

*Im **Bebraer Tageblatt vom 7.November 1938** wurden diese beiden Liedtexte des NS-Barden Hans Baumann abgedruckt:*
zum Ausschneiden und Mitbringen zur Feier des 15. Jahrestages des Marsches auf die Feldherrnhalle, Hitlers missglücktem Putschversuch vom 09.11.1923.

blatt **Bebraer Tageblatt** Sontraer Tageszeitung Jahrgang 1938

„Unsere Ehre heißt Deutschland, unser Glaube Adolf Hitler!"

Feierstunde zum Gedenken des 9. November 1923

In einer wahrhaft großen Zeit der Geschichte unseres Volkes begingen wir in diesem Jahr den 9. November, jenen Tag, der vor 15 Jahren zum ersten großen Opfertag der nationalsozialistischen Idee für das deutsche Volk wurde. Im Sturmlauf des Geschehens hielten wir einen Augenblick inne, um die Blicke rückwärts zu lenken auf eine Zeit, die uns schon so unendlich fern scheint, obwohl erst eineinhalb Jahrzehnt seitdem vergangen sind. Viele unter uns haben im Hochgefühl innerer Einigkeit und äußerer Macht, das uns die letzten 5 Jahre gaben, fast vergessen, wie verzweifelt und trostlos die Lage des Reiches an jenem 9. November 1923 war, und die junge Generation hat diese Zeit ja noch gar nicht bewußt miterlebt. Das legt uns die Verpflichtung auf, gerade an diesem Tag eine besonders eingehende Rückschau zu halten, damit wir nie vergessen, daß nur durch Opfer und Einsatzbereitschaft das deutsche Volk aus Not und Schmach in einem unentwegten Kampf hinaufgeführt worden ist zu den lichten Höhen der Freiheit und Stärke, zu dem Gipfelpunkt einer Weltmacht in Europa, auf die die Erde mit Bewunderung schaut. In einer Zeit, da ein Volk in seiner Schmach versank, kündete sich das andere, das wahre und ewige Deutschland an. Als das Elend seinen Höhepunkt erreichte und der Zerfall des Reiches drohte, bewies der Marsch zur Feldherrnhalle, daß in diesem Volk noch Kräfte lebten, die entschlossen waren, an die Stelle des Phrasenschwalles von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eine neue politische und soziale Rechtsordnung zu setzen. Heute steht mit ehernen Lettern über dem Opfertod der 16 Deutschen, die vor 15 Jahren ihr Leben ließen, jener Satz, der bei der gestrigen Feierstunde die Stirnseite der Turnhalle überspannte und den wir heute voller Ueberzeugung und im Bewußtsein unserer Kraft immer wieder aussprechen dürfen: „Und ihr habt doch gesiegt!"

Unsere Stadt hatte den Tag wieder in der gewohnten würdigen Weise begangen. Die Häuserfronten zeigten reichen Flaggenschmuck und abends fand in der festlich mit Blumen, Lebensbäumen und Fahnen geschmückten Turnhalle eine Feierstunde statt, zu der sämtliche politische Formationen aufmarschiert und die hiesigen Partei- und Volksgenossen in stattlicher Zahl erschienen waren. Ortsgruppenleiter Spengler begrüßte die Erschienenen. Er mußte hierbei den Versammelten die schmerzerfüllte Mitteilung machen, daß der von feiger jüdischer Mörderhand getroffene Legationsrat vom Rath im Laufe des Nachmittags seinen schweren Verletzungen erlegen sei. Die Fahnen wurden gesenkt und die Erschienenen erhoben sich von den Plätzen und verharrten im stillen Gedenken.

Mit einem Wort Hans Schemms leitete sodann Obersturmführer Neumann die Feierstunde ein: „... Wäre der 9. November nicht gewesen, so wäre nie das Reich gekommen. Es war kein Sterben im üblichen Sinne, es war ein Säen des Lebens". Fanfarenklänge des Jungvolks erfüllten den weiten Raum und Sprecher der SA. kündeten vom sieghaften Geist der Revolution, vom Opfergang des 9. November und vom gläubigen Sterben eines deutschen Helden.

Ortsgruppenleiter Spengler feierte in einer Ansprache den 9. November als den Tag einer stolzen Erinnerung, als den Tag stillen Gedenkens, aber auch als den Tag stolzer Freude. In einer Zeit, da alles verloren schien, scharrte sich ein stolzes Kämpfertum um den Führer, um für Deutschland zu marschieren und, wenn es sein muß — zu sterben. Wie ein leuchtendes Fanal brach es in der Zeit des Niederganges hervor; in einer Zeit, da das deutsche Volk mit Riesenschritten seinem Untergang entgegenging. Alles lag darnieder; Hunger, Not und Verzweiflung bedrückte das Volk und keiner hatte mehr den Glauben an eine aufbauende Zukunft. Da wurden durch den Tod der 16 Helden an der Feldherrnhalle zu München die andern aufgerüttelt. Unaufhörlich erschallte nunmehr der alte Schlachtruf: Deutschland erwache!

Unzählige haben ihr Leben für den Führer gegeben. Ihr Heldentum zu achten und weiter zu pflanzen in unsere Kinder ist unsere große heilige Pflicht. Wie ungeheuer wichtig das Zusammenstehen ist, das haben gerade die letzten Jahre jedem einzelnen ganz besonders gezeigt. Das deutsche Staatsschiff bekam seine Bewegungsfreiheit zurück. Und kaum können wir es fassen, was in dieser kurzen Zeit seitdem geleistet worden ist. Der Ortsgruppenleiter erinnerte hierbei vor allem an die gewaltigen Bauten und den industriellen Aufschwung, die beide in kurzer Zeit dem Deutschen Reich ein ganz neues Antlitz gegeben haben. Auf der andern Seite aber hat sich dieses aufbauende Deutschland auch erneut Feinde zugezogen. Gab es eine Zeit, da das Wort Deutschland nichts mehr galt, so ist es heute ganz anders. Die Welt muß mit Deutschland rechnen. Und wenn die Welt auch den Deutschen nicht liebt, so hat sie ihn aber zu mindestens fürchten gelernt. Es gelang, eine unvergleichlich starke Wehrmacht zu schaffen. Sie allein in Verbindung mit der großen deutschen Volksgemeinschaft ist stark genug, und das bewiesen uns die letzten Wochen — der Welt den Frieden zu erhalten. Wer Deutschland angreift, wer seine Ehre angreift, den wird Deutschland vernichten. Den Helden gegenüber, die für diese Idee ihr Leben gaben, haben wir die heilige Verpflichtung: Zusammenzuhalten, Disziplin zu üben und weiter zu arbeiten.

Hierbei konnte der Ortsgruppenleiter nicht umhin, auch ein Ereignis zu streifen, das sich in der Nacht zum Dienstag in unserer Stadt abspielte. Wenn Judenhand glaube, deutsche Männer, die fern der Heimat für Volk und Reich ihre Pflicht erfüllen, vernichten zu können, dann ist das für uns eine Kampfansage! Was sich hier in Vebra zutrug, war der spontane Ausdruck der Empörung und Erregung, den der feige jüdische Revolverüberfall auf den Legationsrat vom Rath bei der Bevölkerung ausgelöst hatte. Die Aktion sei vorüber, und er ermahnte eindringlich Disziplin zu halten.

Das letzte Jahr war reich an Erfolgen. Wenn wir jetzt in ein neues Jahr des Nationalsozialismus hineingehen, dann stehe auch hier wieder am Anfang des Beginnens das Gelöbnis: Treu zusammen zu stehen und nie vergessen, was wir unserm Führer schuldig sind. Nie wollen wir vergessen, daß er es war, der uns die Ehre wiedergab. Und er schloß seine Ansprache mit den Worten: „Unsere Ehre heißt Deutschland, unser Glaube Adolf Hitler!"

Obersturmführer Neumann verlas nunmehr die Namen der Toten der Bewegung des deutschen Freiheitskampfes, gedachte der gefallenen Helden des großen Krieges und der Freiheitskämpfer im Sudetenland. Leise intonierte die SA-Kapelle das Lied vom guten Kameraden und die Versammelten erhoben die Hand zum Deutschen Gruß. Noch einmal traten die Einzelsprecher hervor, Fanfarenklänge und gemeinsame Gesänge umrahmten die Gedenkstunde und mit den an den Anfang der Feier gestellte Worten Hans Schemms: „.... Es war ein Säen des Lebens" ließ Obersturmführer Neumann die Feierstunde ausklingen.

Der Führergruß und gemeinsame Gesang der Nationallieder beendeten eine schlichte, erhebende Feierstunde.

Um 12 Uhr nachts fand im Bahnhofshotel bei der Uebertragung der Münchener Vereidigungsfeierlichkeiten auch die Vereidigung der hiesigen SS-Anwärter statt. kj.

Die Stirnseite der „festlich mit Blumen, Lebensbäumen und Fahnen geschmückten Turnhalle“ überspannte der Satz „Und ihr habt doch gesiegt“, der den 16 NS-Aktivisten gewidmet war, die bei dem gescheiterten Putschversuch am 9. November 1923 den „Opfertod“ erlitten hatten. Und schon der Weg zum Festsaal war dazu angetan, die Teilnehmer in Stimmung zu bringen, denn nicht erst der Festsaal, sondern auch „die Häuserfronten zeigten reichen Flaggenschmuck“.

Die intensive Vorbereitung der „Feierstunde des 9. November“ vermag eine Vorstellung davon zu vermitteln, welche Bedeutung die NS-Oberen dieser Veranstaltung beimaßen und wie viele Menschen an diesem Abend unterwegs waren. So ist es wohl auch zu erklären, auf welches breite Echo die zu später Stunde einlaufenden Appelle zur „Rache für Paris“ stießen.

Wir *„saßen nachher noch im Hessischen Hof gemütlich zusammen“,* erinnerte sich der Angeklagte Rehs am 17. Dez. 1946 vor der Strafkammer des Landgerichts Kassel. Dort hörte er, *„die Judenaktion sei im Gange“* und es ginge darum, *„Vergeltung üben, Fenster einschmeißen“.* Den Befehl, sich an der *„Judenaktion“* zu beteiligen, habe er so aufgefasst, dass die Fenster in jüdischen Häusern zertrümmert werden sollten. *„Ich habe dementsprechend bei Levi Fenster eingeworfen.“* Die entwaffnende Offenheit, mit der sich der Angeklagte zu seiner damaligen Schandtat bekannte, erweckt den Eindruck, dass er noch immer keine Einsicht in den kriminellen Charakter seines Handelns hatte.

„Spontaner Ausdruck der Empörung“

Der Bericht im Bebraer *Tageblatt* vom 10.11.1938 unter der Schlagzeile „Unsere Ehre heißt Deutschland, unser Glaube Adolf Hitler“ nimmt nur schwachen Bezug auf die lokalen Geschehnisse nach dem Ableben des inzwischen zum Legationsrat 1. Klasse beförderten vom Rath. Und auch der Terror gegen die jüdischen Bewohner der Stadt in der Nacht vom 7. zum 8. 11. wird eher beiläufig erwähnt, wenn es heißt:

„Hierbei konnte der Ortsgruppenleiter nicht umhin, auch ein Ereignis zu streifen, das sich in der Nacht zum Dienstag in unserer Stadt abspielte. Wenn Judenhand glaube, deutsche Männer, die fern der Heimat für Volk und Reich ihre Pflicht erfüllen, vernichten zu können, dann ist das für uns eine Kampfansage! Was sich hier in Bebra zutrug, war der spontane Ausdruck der Empörung und Erregung, den der feige jüdische Revolverüberfall auf den Legationsrat vom Rath bei der Bevölkerung ausgelöst hatte. Die Aktion sei vorüber, und er ermahne eindringlich Disziplin zu halten.“



***Postkarte** aus dem Jahr 1938.*

Wie schon erwähnt, geht der Artikel nicht auf die unmittelbar vorher in der Nacht vom 9. auf den 10. November stattgefundenen Gewaltaktionen ein, die durch die Botschaften aus München und Berlin mit dem Segen der NS-Reichführung ausgestattet waren.
Vielmehr wird der Ortsgruppenleiter mit der Feststellung zitiert, „die Aktion sei vorüber, und er ermahne eindringlich Disziplin zu halten.“

Nachzutragen wäre noch, dass die Veranstalter der Gedenkfeier in Bebra alle Register gezogen hatten, um der Veranstaltung den gewünschten Verlauf zu geben.
So ließen sie im *Bebraer Tageblatt* vom 8. November auch zwei Liedtexte des Hitler-Barden Hans Baumann abdrucken, die gesungen werden sollten.
Wie bereits dargestellt, hatten Gauleitung und Regierungspräsidium sich bemüht, die im Verlauf des 8. und 9. November erfolgten Gewaltausbrüche unter Kontrolle zu bringen. Noch war es unklar, wie die Staatsspitze mit den eigenmächtigen regio-

nalen Heißspornen und deren „Einzelaktionen“ umgehen würde.
Denn spätestens nach Liquidierung der SA-Führung im Juni 1934 legte der NS-Staat großen Wert auf die Umsetzung von Hitlers Vorstellungen eines „Antisemitismus der Vernunft“. Seit Beginn seines politischen Agierens war es Hitler darum gegangen, die Juden völlig aus der deutschen Gesellschaft auszusondern. Verlässlich ging dies für ihn aber am besten über Gesetze und Verordnungen, nicht aber vermittels eines „gefühlsmäßigen Antisemitismus“, der sich über Pogrome artikuliert und keine Dauerhaftigkeit bewirkt.

Was man vor Ort (noch) nicht wissen konnte: Im Unterschied zu früheren lokalen „wilden“ Ausschreitungen sanktionierte die Staats- und Parteispitze diesmal den offenen Terror der SA- und SS-Leute, die Plünderungen, Brandschatzungen und Misshandlungen nachträglich und offiziell als berechtigte, durch das Volk begangene „Vergeltungsaktion“.

Ordnung und Disziplin wahren

Offensichtlich überrascht von dem Ausmaß des Straßenterrors im Bereich ihres Gaues sah man sich genötigt, unter dem Aspekt von Wahrung von Ordnung und Disziplin zu intervenieren. Für den Autor des Berichts im *Bebraer Tageblatt* schien es klar zu sein, dass seine Darstellung diesem strategischen Ziel zu folgen habe und es galt, die Leser eindringlich zu ermahnen, „Disziplin zu halten“.
Angesichts der strengen Presselenkung ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, dass die Gewaltakte der 2. Welle, die Ausschreitungen in der Nacht auf den 10. November und in der 1. Tageshälfte des 10. November, nicht Gegenstand einer Berichterstattung in der lokalen Presse wurden. Wohl aber druckte das *Bebraer Tageblatt* die von Goebbels am 10. November angeordnete Beendigung des Terrors ab, der seinen Zweck inzwischen erfüllt hatte:

Nach den Erfahrungen des sich angeblich austobenden Volkszorns konnte man darauf setzen, dass die jetzt eingeleiteten gesetzlichen Maßnahmen von der großen Mehrheit positiver aufgenommen würden als die für jeden sichtbar von Willkür und Menschenverachtung geprägten Aktionen.
Was im *Tageblatt* vom 10.11.1938 abschließend erwähnt wird, ist die Vereidigung der SS-Anwärter zu mitternächtlicher Stunde: *„Um 12 Uhr nachts fand im Bahnhofshotel bei der Übertragung der Münchener Vereidigungsfeierlichkeiten auch die Vereidigung der hiesigen SS-Anwärter statt.“*

Es waren also nicht nur die Teilnehmer der Veranstaltung in der Turnhalle, die danach noch „gemütlich zusammen saßen“, sondern auch die durch ihre Aufnahme in die SS in Stimmung gebrachten jungen Männer, die für den Überfall auf die jüdische Minderheit in ihrer Stadt in die entsprechende Verfassung kamen, sodass sie die an sie gerichteten Erwartungen erfüllen konnten.

Da die meisten Bebraer jüdischen Familien nach außerhalb geflüchtet waren, konnte das Zerstörungswerk jetzt ohne die Konfrontation mit den vielleicht hemmenden Blicken der Opfer seinen Lauf nehmen.



*Zu mitternächtlicher Stunde wurden am **9. November 1938** im Bahnhofshotel die SS-Anwärter aus Bebra feierlich in die SS aufgenommen.*

Landgerichtsurteil vom 17. Dezember 1946

Hier der Ablauf des Geschehens in Bebra laut dem am 17. Dezember 1946 verkündeten Urteil des Kasseler Landgerichts gegen acht an den Pogromen in Bebra Beteiligte:

„In der Nacht vom 7./8. und in der Nacht vom 9./10. November 1938 haben in Bebra Judenverfolgungen stattgefunden. Während in der ersten Nacht unkontrollierbare Mengen durch die Straße zogen und lärmend vor den ihnen bekannten Judenwohnungen sich zusammenfanden, war es in der zweiten Nacht in erster Linie ein systematisches Durchsuchen der Wohnungen jüdischer Bürger, wozu seitens der damaligen örtlichen Parteileitung die SA-Männer herangezogen worden waren. Bei der Parteiversammlung, die am Abend des 7. November im Hessischen Hof stattfand, hatte der stellvertretende Kreisleiter die Judenaktion angekündigt und zur Vergeltung aufgefordert.

Um dieser sogenannten Vergeltungsaktion die gewünschte Richtung und das erstrebte Ausmaß zu geben, hatte die Parteileitung auswärtige Einsatztrupps herangezogen, die die Bebraer Bürger aufputschen sollten. So hatte der als Zeuge vernommene Schuhmachermeister Hardt [gemeint ist Johannes Heerdt, H.N.], der seinerzeit nach Feierabend als Hilfspolizist Dienst machte, am Abend des 7. November bei seinem Rundgang ein von außerhalb Bebra stammendes Auto mit SS-Leuten festgestellt. Er, der an seiner Armbinde als diensttuender Hilfspolizist kenntlich war, wurde von einem der Insassen aufgefordert, „zu verschwinden“. Am 9. November, nachdem die Vergeltungsaktionen von Parteiseite abgeblasen worden waren, wurden die SA-Männer in Trupps zu 8 Mann eingeteilt und in die ihnen namentlich benannten Judenwohnungen vom Standartenführer geschickt, um dort nach Geschäftsbüchern und angeblichen Geheimakten zu suchen.

An diesem Abend wurden auch jüdische Bürger aus ihren Wohnungen geholt und einem sogenannten parteiamtlichen Verhör unterzogen. Während dieses zweiten Teils wurden auch die in der ersten Phase dieser Verfolgungsaktion bei den Juden beschädigten bzw. zerstörten Möbel und sonstigen Sachen aus den Wohnungen geholt und auf dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, jetzt Am Anger, verbrannt.“ (Kropat 1988:35**)**

Gerda Kappes‘ Brief vom 11.11.1938, Teil 2

Gerda Kappes hatte den ersten Teil ihres Briefes vom 11. November an ihre Schwiegermutter mit der Bemerkung abgeschlossen *„Dann am Mittwoch auf den Donnerstag* [d. h. vom 9. auf den 10. November, H.N.] *ging es wieder los, denn am Mittwoch war Herr vom Rath doch gestorben. Als Rache hierfür kam die zweite Aktion. “*

Im Folgenden die Schilderung des weiteren Verlaufs der Verfolgung der Bebraer Juden am 9./10. November aus Gerda Kappes‘ Feder (mit leichten Kürzungen):

„Wir hörten wieder ein furchtbares Getöse und schliefen in dieser Nacht wieder nicht, denn in der Nacht hören sich Axtschläge so sehr unheimlich an.

Dieses Mal sind alle Möbel, überhaupt jegliches Inventar aus den Judenwohnungen geholt worden und auf dem Adolf-Hitler-Platz aufgestapelt und verbrannt worden. Silber, Schmuck, die großen Warenlager und die unheimlich vielen gehamsterten Lebensmittel und natürlich auch Geld sind von der Polizei beschlagnahmt und sichergestellt worden. …

Herr Ellenberg(er), der SS-Führer, hat sich bei mir nach allem erkundigt, was Dir sei, auch war der Rex [Leiter der Bebraer Polizeistation, H.N.] schon hier, um sich genau zu orientieren, denn Dir soll auf keinen Fall etwas wegkommen, wurde mir schon von allen leitenden Stellen versichert, man geht da sehr genau vor. …

Es ist nichts mehr in der Judenwohnung, außer 2 cm hoch Glasscherben. Man kann jetzt so richtig verstehen, was Schiller in der Glocke sagt „und in den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen“. …

Das Warenlager ist längst weg, Emanuel soll Sachen, nur Stoffe, im Werte von 50.000 M. gehabt haben, auch haben sie Devisen bei allen Juden in beträchtlichen Mengen gefunden, auch eine Gemeinheit und viel Geld. Die Geschäftsbücher sind alle sichergestellt worden. Der Emanuel soll in diesem Jahr bis jetzt einen Umsatz von <u>76.000 M.</u> [Unterstreichungen im Original, H.N.] gehabt haben, kann man so etwas glauben? …

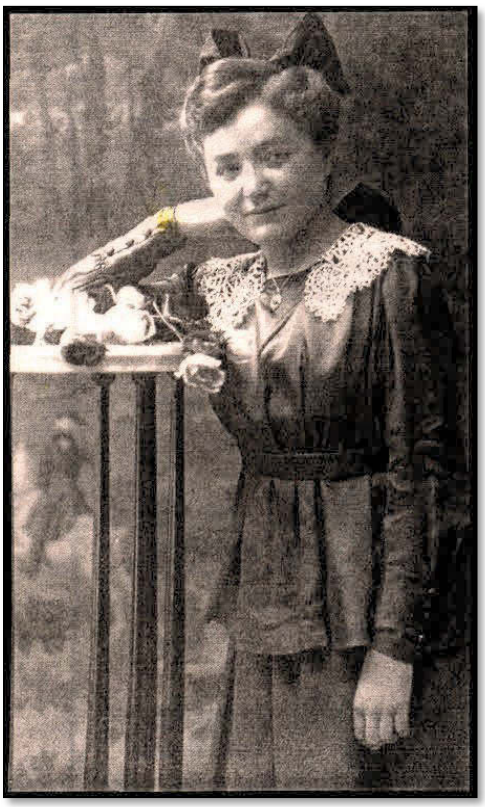
Emanuels ihre Vorräte waren auch ausgestellt, sie waren auch sehr sehenswert und sehr bezeichnend für die ängstlichen Leute, die wahrscheinlich Angst hatten, sie müßten Hungers sterben. Denk mal, 120 Büchsen Konserven, unendliche Gläser mit dem feinsten Geflügel, Gänse, Täubchen, Hähnchen usw.



***Clara Kappes**, die Adressatin von Gerda Kappes' Brief vom 11.11.1938, bewohnte die obere Etage des Hauses Hersfelder Straße 7 in Bebra. Das Haus gehörte der jüdischen Familie Emanuel, die einen Textilgroßhandel betrieb.*

200 Eier, 1/2 Zentner Butter, 1/2 Zentner Margarine, dann Rindsfett große Steintöpfe voll, unzähliges Palmin, 20 Liter Salatöl, wohl 4 Waschkörbe voll Äpfel, sehr viel Marmelade, Gelee usw., ich kann gar nicht alles aufzählen. Herr Ellenberger hat mir alles gezeigt, ich hatte so etwas von Vorräten noch nie gesehen. Und bei der Fettknappheit so zu hamstern, zudem wäre doch sicher die Hälfte schlecht geworden, dieses alles war ja eine große Gemeinheit. Die anderen hatten sich auch alle gut eingedeckt, aber dieses war doch das meiste. …

Die Stadt hat jetzt unendlich viel zu tun. Heute sind den ganzen Tag Läger und Speisekammern aufgelöst worden, ich glaube kaum, daß sie schon fertig sind, denn alle Juden haben sehr große Stoff- und Wäschelager, das hat man doch so gar nicht mehr gewußt. Nun sind die Juden endgültig fort, was mit den Häusern wird, weiß kein Mensch. Du kannst wenigstens noch bei Dir die Treppe rauf gehen, in den anderen Häusern sind sogar die auch weg, sie haben wohl alle nur das nackte Leben vorläufig gerettet, es weiß kein Mensch, wo sie alle hin sind,



Martha Levi *geb. Frank*

man vermutet, daß sie alle bis zur endgültigen Lösung in Konzentrationslager stecken.

Verschiedene Judenfrauen sind irrsinnig geworden, die junge Frau Levi hat sich die Pulsadern aufgeschnitten. Ich habe nur Emanuels ehemalige Wohnung gesehen, aber alle anderen sind genauso zugerichtet, die Synagoge ist natürlich auch ein Schutthaufen, die Gebetbücher fliegen auf der Straße rum. …

Alle Menschen laufen im Hause herum, da ist ein Betrieb vom Boden bis zum Keller, so viele Menschen hat das Haus noch nicht gesehen. …

Herr Röse aus der Gastwirtschaft nebenan will das Haus kaufen, er fragte uns nach Emanuels Adresse, die wir natürlich nicht haben. Nun wird hoffentlich Werner den Rest der Judenhäuser verkaufen, weil die ja nichts mehr zu melden haben, denn die anderen sind doch größten Teils in Rotenburg verkauft auf Drängen der Juden, worüber ich mich immer so geärgert habe. Du kannst Gott danken, daß Du nicht hier warst, Du konntest einen Herzschlag kriegen, die Nachbarschaft hat uns versichert daß es furchtbar gedröhnt hat. Frau N. [gemeint ist die 58-jährige Bertha Neuhaus, H.N.] ist ganz fertig, ihr laufen die Tränen, wenn man mit ihr spricht. …

Die beiden folgenden Tage konnten wir das Haus nicht betreten, die Polizei hatte alles mit dicken Brettern zugenagelt, jetzt ist alles offen. Minna braucht die Treppe so bald nicht wieder zu wischen, es ist alles bis oben hin weiß von zertretenem Mehl, eine ganz furchtbare Schweinerei drin und draußen. Man hat sogar die Spaliere, wo die schönen blauen Blumen dran emporrankten, nicht geschont, auch die Steinpfosten liegen um, die sämtlichen Gitter, die Garage aufgerissen, das Auto umgestülpt und kurz und klein geschlagen, auch ein großer Trümmerhaufen. Nun kannst Du Dir ein ungefähres Bild davon machen, richtig begreifst Du erst alles, wenn Du es gesehen hast. Hoffentlich ist bald alles wieder in Ordnung, man schätzt, daß 3.000 M. nötig sind, um alles wieder herzustellen, allein nur bei Emanuels. Es sollen vorsichtig geschätzt etwa für 30.000 M. Sachwerte verbrannt worden sein. Nun weißt Du auch, warum wir so sehr froh und dankbar sind, daß Du dort in Kiel bist, dieses ist bestimmt eine göttliche Fügung. Nun will ich aufhören, ich bin ganz erhitzt, so regt das alles immer noch auf, ich könnte ein Buch schreiben. Meine Mutter war am Mittwoch hier bei mir, in Rotenburg war genau dasselbe, mein Vater [Amtsgerichtsrat Wenderoth, 1867-1939, H.N.] sei ganz daneben, erzählte sie mir. …
Sei Du recht herzlich gegrüßt und reg Dich nicht auf, denn es ist alles in Ordnung bei Dir, gar kein Grund zur Aufregung, herzlichst Deine Gerda



Bertha Neuhaus *geb. Lindau*

Ergänzungen durch Ehemann W. Kappes

Auf getrenntem Blatt teilte Gerdas Ehemann Werner Kappes seiner Mutter einige Ergänzungen mit:

Wenn Du und Paula [Werner Kappes' Schwester in Kiel, H.N.] und Arnold [Werner Kappes' Schwager] Gerdas Brief lest, werdet Ihr sicher denken, es sei nicht wahr, sondern nur ein schrecklicher Traum. Es ist aber tatsächliche, grausame Wirklichkeit. Die Häuser sehen grauenhaft aus, das Emanuelsche [in dessen oberer Etage die Mutter als Mieterin wohnte, H. N.] hat auch einen rechten Treff abbekommen. Unten keine Tür, keine Fenster, alles verwüstet und leere nackte Wände mit Schmutz und Scherben. Deine Wohnung ist ganz unversehrt, es ist auch nicht ein Fliegenbein weggekommen. … Ist es denn in Kiel auch so gewesen? Hier war es wirklich schlimm und was Gerda geschrieben hat, ist nicht übertrieben, sondern entspricht den Tatsachen. Nun hoffen wir, daß sich die Gemüter, die über den feigen, gemeinen Mord von Raths sehr erregt waren, sich wieder beruhigen und alles wieder in Ordnung kommt.
Für heute ist's nun genug, rege Dich nicht auf, es ist kein Grund vorhanden und Euch allen, bes. Dir, viele herzliche Grüße, Dein Werner.

Aussagekraft des Briefes von Gerda Kappes

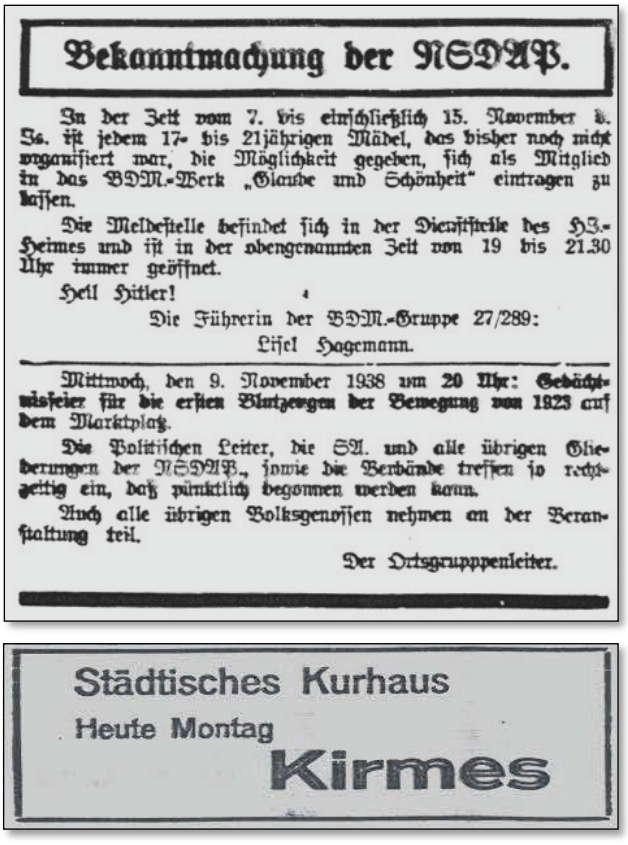
Gerda Kappes' Brief vom 11. November 1938 ist in mehrerer Hinsicht aussagekräftig. Zum einen dadurch, dass er noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Geschehnisse verfasst wurde. Es handelt sich hier also nicht um eine Darstellung, die in ihrem Wesensgehalt durch zwischenzeitliche Stellungnahmen von dritter Seite beeinflusst worden ist.
Zum anderen konnte die Verfasserin fest davon ausgehen, dass ihre Einlassungen nicht an die Öffentlichkeit dringen würden, sodass sie unverblümt, und ohne Nachteile zu befürchten, schreiben konnte.
Für Gerda Kappes ist das Geschehen so schrecklich, weil es mit Tumulten verbunden ist, weil materielle Werte zerstört wurden. Fast scheint es, als ob sie für das Wüten der Täter Verständnis aufbringt und die jüdischen Bebraner dem Ganzen Vorschub geleistet hätten.
Gerda und Werner Kappes können als repräsentativ für den Teil der lokalen Bevölkerung gelten, der zwar zu dem Gewaltausbruch eine Distanz hatte, die aber nicht verbunden war mit nennenswerter Empathie für die Opfer.

„In Rotenburg war es genau dasselbe"

„In Rotenburg war genau dasselbe", schrieb Gerda Kappes. Das *Rotenburger Tageblatt* hatte zwar ausführlicher über die erste Welle der Ausschreitungen am 7./8. November berichtet, für die Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Hitlerputsch vom 9. November 1923 [„Gedächtnisfeier für die ersten Blutzeugen der Bewegung von 1923", H.N.] kam sie jedoch mit weniger Platz aus.

Die Einladung in der Ausgabe des *Rotenburger Tageblatts* vom 7. November trug auch nicht die Namen der verschiedenen lokalen NS-Repräsentanten, als Einladender zeichnete unpersönlich *„Der Ortsgruppenleiter".*

In der Ausgabe vom 8. November gab es im *Rotenburger Tageblatt* dann noch eine weitere Einladung an *„Alle Jugendorganisationen der NSDAP", verbunden* mit der Aufforderung zur *„Generalprobe anlässlich des 9. November im Schlosshof"* zu kommen.



Bekanntmachung der NSDAP.

In der Zeit vom 7. bis einschließlich 15. November d. Js. ist jedem 17- bis 21jährigen Mädel, das bisher noch nicht organisiert war, die Möglichkeit gegeben, sich als Mitglied in das BDM.-Werk „Glaube und Schönheit" eintragen zu lassen.

Die Meldestelle befindet sich in der Dienststelle des HJ.-Heimes und ist in der obengenannten Zeit von 19 bis 21.30 Uhr immer geöffnet.

Heil Hitler!

Die Führerin der BDM.-Gruppe 27/289:
Lisel Hagemann.

Mittwoch, den 9. November 1938 um **20 Uhr: Gedächtnisfeier für die ersten Blutzeugen der Bewegung von 1923** auf dem Marktplatz.

Die Politischen Leiter, die SA. und alle übrigen Gliederungen der NSDAP., sowie die Verbände treffen so rechtzeitig ein, daß pünktlich begonnen werden kann.

Auch alle übrigen Volksgenossen nehmen an der Veranstaltung teil.

Der Ortsgruppenleiter.

Städtisches Kurhaus
Heute Montag
Kirmes

Rotenburger Tageblatt vom 7. November 1938

In Rotenburg hatte man bis zum 7. November (Montag) noch Kirmes gefeiert - war das der Grund für die bescheidenere Planung der Feier zum 9. November? Oder war der Einsatzwille der Rotenburger NS-Führer weniger ausgeprägt als der ihrer Parteigenossen in Bebra?

Bekannt ist, dass weder der Rotenburger NS-Ortsgruppenleiter, Karl Walper, noch der ranghöchste SA-Mann in Rotenburg, Sturmführer Georg Schellhase, eine größere Rolle bei den Novemberpogromen spielten.
Möglicherweise liegt hier eine Erklärung für die gedämpftere Feierlaune in der Kreisstadt.

Mit dem geringeren Planungsaufwand korrespondiert dann auch die fehlende Berichterstattung über den Verlauf der Feierlichkeiten in Rotenburg am Abend des 9. November. Allerdings bedeutete dies keinen Unterschied in der Heftigkeit, mit der die jüdische Bevölkerung in den beiden Städten am 7./8. und zwei Tage später, am 9./10. November 1938, drangsaliert wurde.

„Synagogen entzündeten sich von selbst“

Die zurückhaltende Darstellung im *Rotenburger Tageblatt* vom 10. November findet andererseits auch eine Erklärung in der Strategie des Reichspropagandaministeriums, das gesamte Ausmaß der nächtlichen Gewaltexplosion in der Presseberichterstattung nur zurückhaltend darzustellen.
Nach einer am Morgen des 10. November gegebenen Anweisung an die Redaktionen, die die Berichterstattung über Vergeltungsmaßnahmen an die Verlautbarungen des Deutschen Nachrichtenbüros band, ließ das Propagandaministerium im weiteren Verlauf des Tages lakonisch verlauten:
„Hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden. Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen.“

Die Berichte sollten laut Anweisung *„nicht allzu groß aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorläufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es könne berichtet werden, dass auch im Reich ähnliche Aktionen durchgeführt worden seien.“* (Longerich 2006: 125)

Presse-Richtlinien

Diese von der Presse ganz überwiegend befolgte Richtlinie des Propagandaministeriums, das Gesamtausmaß der Ausschreitungen und Zerstörungen (von Misshandlungen und Morden ganz zu schweigen) zu ignorieren, lässt sich auf die Strategie zurückführen, die Ergebnisse des 9. und 10. November nicht in vollem Umfang öffentlich zu machen; genauer gesagt, nicht zuzulassen, dass sie in der nationalsozialistisch dirigierten Öffentlichkeit einen besonderen Stellenwert erhielten.

Wären die Zeitungen voll von Fotos zerstörter Geschäfte und rauchender Synagogenruinen gewesen, hätten sie die Ausschreitungen aufgelistet, die Schäden zusammengerechnet, über Verhaftungen, Körperverletzungen und Todesfälle berichtet, dann wären auf diese Weise Probleme auf die Tagesordnung gekommen, zu denen das Regime unter Umständen öffentlich hätte Stellung nehmen müssen: etwa, was mit den 30.000 jüdischen ‚Schutzhäftlingen‘ geschehen solle, ob und wie Plünderer oder Mörder bestraft oder wie der gesamtwirtschaftliche Schaden zu beziffern und zu regulieren sei. So aber hatte der Pogrom zwar auf örtlicher Ebene für jedermann sichtbar stattgefunden, blieb aber in seinen nationalen Ausmaßen nur in Umrissen erkennbar.

In der offiziellen Sprachregelung existierten die Ereignisse vom 9. und 10. November fortan so gut wie nicht mehr; sie waren jeder öffentlichen Diskussion entzogen, sie waren etwas, worüber man nicht sprach.

„Es gab nicht einmal eine offizielle Bezeichnung für die Ausschreitungen. Noch am 10. November ging das Regime daran, die notwendigen Schritte zu einer ‚positiven‘ Ausrichtung der Öffentlichkeit über den Pogrom einzuleiten. Zunächst wurden die Zeitungen angewiesen, eine Erklärung des Propagandaministers zu veröffentlichen, der zufolge die Gewalttätigkeiten, auch wenn sie eine ‚berechtigte und verständliche *‚Empörung‘ zum Ausdruck brachten, nun einzustellen seien. Die ‚Vergeltung‘ werde auf ‚gesetzlichem Wege‘ erfolgen. Die angekündigte Ablösung ‚spontaner‘ Gewaltakte durch ‚geordnete‘ staatliche Maßnahmen folgte dem Muster, das bereits bei den ersten beiden antisemitischen Wellen von 1933 und 1935 angewendet worden war.“* (Longerich 2006: 127f.)

Bericht von Stadtinspektor Finke, Teil 2

Als Zusammenfassung des Geschehens in Rotenburg in der 2. Welle der Verfolgung (9./10. November) soll zunächst der Rotenburger Stadtchronist Finke zitiert werden, als Fortsetzung dessen, was er über die Geschehnisse des 7./8. November notiert hatte:

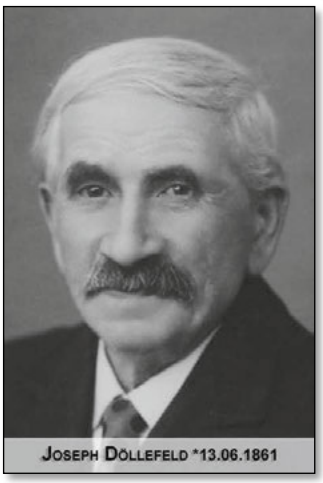
„In den frühen Morgenstunden des 10. November wurde nach dem Ableben des deutschen Diplomaten in Paris erneut eine Aktion durchgeführt. In den jüdischen Häusern wurden erneut Möbelstücke zertrümmert und durch die Fenster auf die Straße geworfen. Auch Fensterrahmen wurden aus einem Teil der Häuser herausgerissen. Bei Beginn der Aktion stellten sich sämtliche Juden und Jüdinnen unter den Schutz der Polizei. Sie wurden zunächst im Rathauskeller untergebracht. In den Morgenstunden drängten die jüdischen Frauen darauf nach außerhalb abfahren zu dürfen. Diesem Wunsch wurde stattgegeben.

Die 7 männlichen Juden wurden weiter in Haft behalten und gemeinsam im Obdachlosenasyl untergebracht. Am 11. November wurden sie dann auf Anordnung der Kreispolizeibehörde von dem Polizeihauptwachtmeister Bohlen in Kassel abgeliefert, nachdem der älteste von ihnen, Döllefeld, im Alter von 76 Jahren am Bahnhof freigelassen worden war und sich eine Fahrkarte nach Kassel gelöst hatte.

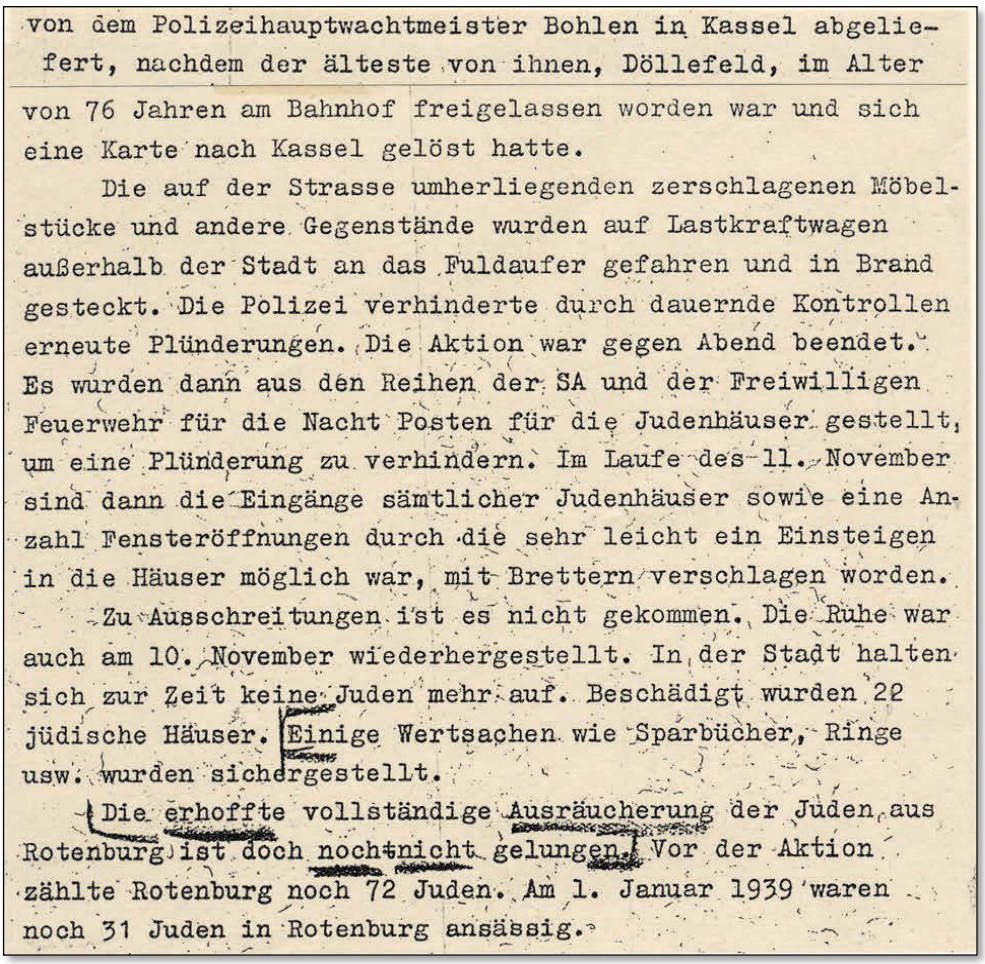
Die auf der Straße umherliegenden zerschlagenen Möbelstücke und andere Gegenstände wurden auf Lastkraftwagen außerhalb der Stadt an das Fuldaufer gefahren und in Brand gesteckt. Die Polizei verhinderte durch dauernde Kontrollen erneute Plünderungen. Die Aktion war gegen Abend beendet. Es wurden dann aus den Reihen der SA und der Freiwilligen Feuerwehr für die Nacht Posten für die Judenhäuser gestellt, um eine Plünderung zu verhindern. Im Laufe des 11. November sind dann die Eingänge sämtlicher Judenhäuser sowie eine Anzahl Fensteröffnungen durch die sehr leicht ein Einsteigen in die Häuser möglich war, mit Brettern verschlagen worden.

Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen. Die Ruhe war auch am 10. November wiederhergestellt. In der Stadt halten sich zur Zeit keine Juden mehr auf. Beschädigt wurden 22 jüdische Häuser. Einige Wertsachen wie Sparbücher, Ringe usw. wurden sichergestellt.

Die erhoffte vollständige Ausräucherung der Juden aus Rotenburg ist doch noch nicht gelungen. Vor der Aktion zählte Rotenburg noch 72 Juden. Am 1. Januar 1939 waren noch 31 Juden in Rotenburg ansässig.“



Joseph Döllefeld *(Rotenburg) wurde im November 1938 verhaftet, aufgrund seines hohen Alters (77) blieb er aber vor der Verschleppung ins KZ Buchenwald verschont. Sein Leben endete am 4. Dezember 1942 im Ghetto Theresienstadt.*

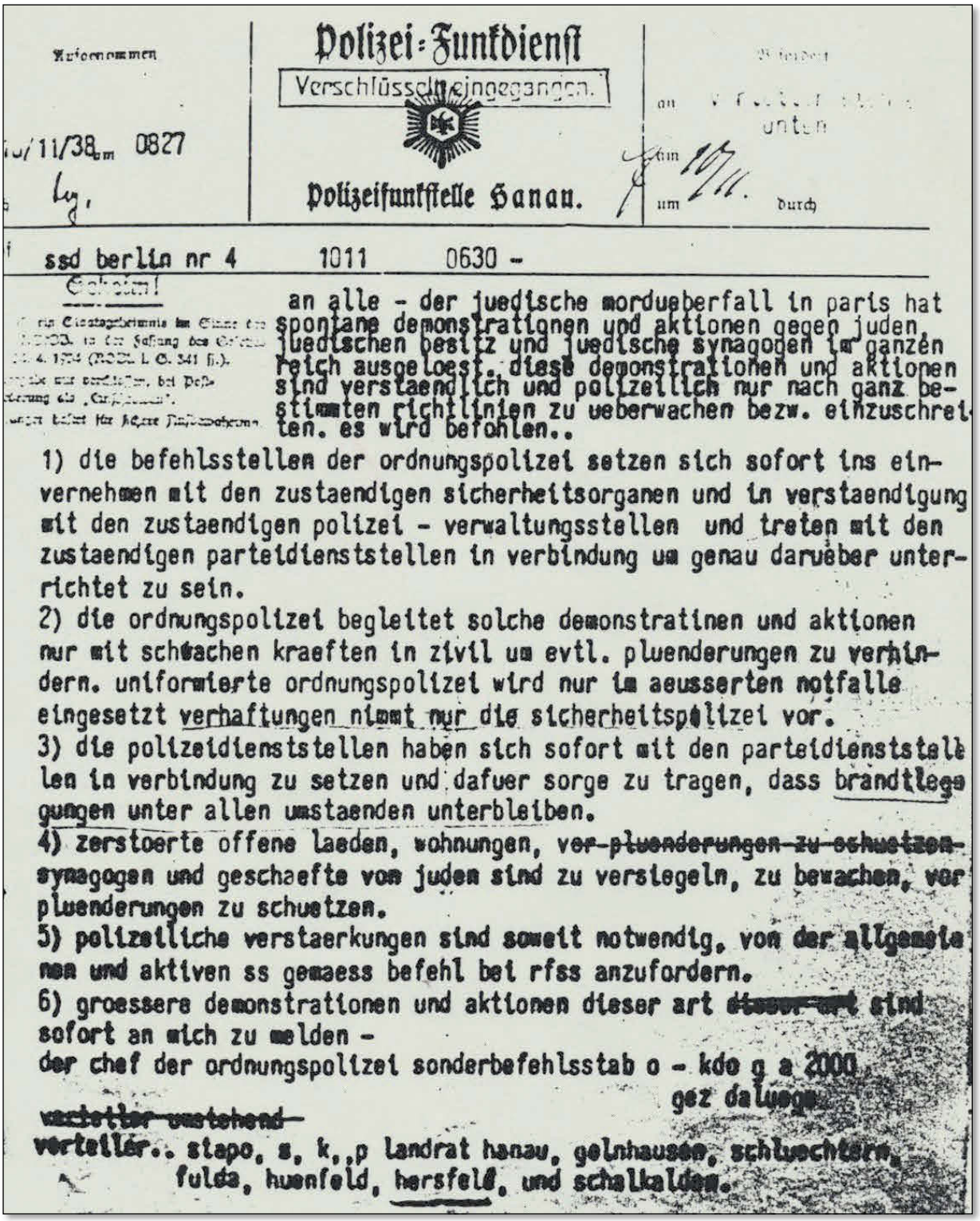

von dem Polizeihauptwachtmeister Bohlen in Kassel abgeliefert, nachdem der älteste von ihnen, Döllefeld, im Alter von 76 Jahren am Bahnhof freigelassen worden war und sich eine Karte nach Kassel gelöst hatte.

Die auf der Strasse umherliegenden zerschlagenen Möbelstücke und andere Gegenstände wurden auf Lastkraftwagen außerhalb der Stadt an das Fuldaufer gefahren und in Brand gesteckt. Die Polizei verhinderte durch dauernde Kontrollen erneute Plünderungen. Die Aktion war gegen Abend beendet. Es wurden dann aus den Reihen der SA und der Freiwilligen Feuerwehr für die Nacht Posten für die Judenhäuser gestellt, um eine Plünderung zu verhindern. Im Laufe des 11. November sind dann die Eingänge sämtlicher Judenhäuser sowie eine Anzahl Fensteröffnungen durch die sehr leicht ein Einsteigen in die Häuser möglich war, mit Brettern verschlagen worden.

Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen. Die Ruhe war auch am 10. November wiederhergestellt. In der Stadt halten sich zur Zeit keine Juden mehr auf. Beschädigt wurden 22 jüdische Häuser. Einige Wertsachen wie Sparbücher, Ringe usw. wurden sichergestellt.

Die erhoffte vollständige Ausräucherung der Juden aus Rotenburg ist doch noch nicht gelungen. Vor der Aktion zählte Rotenburg noch 72 Juden. Am 1. Januar 1939 waren noch 31 Juden in Rotenburg ansässig.

Teil 2 des Berichts *von Rotenburgs Stadtinspektor Finke über die Geschehnisse im November 1938. Der zu Jahresbeginn 1939 verfasste Text liefert in den beiden Schlussabsätzen sich widersprechende Feststellungen, insofern es im vorletzten Absatz heißt: „In der Stadt halten sich zur Zeit keine Juden mehr auf“, im letzten Absatz jedoch bedauernd registriert wird: „Die erhoffte vollständige Ausräucherung der Juden aus Rotenburg ist doch noch nicht gelungen.“ Die Zahl der am 1. Januar 1939 noch in Rotenburg ansässigen Juden reduzierte sich in den folgenden Jahren kontinuierlich, bis am 6. September 1942 Viktor und Hanna Falkenstein als Letzte nach Theresienstadt verschleppt wurden.*



Polizei-Funkdienst

Verschlüsselt eingegangen.

Polizeifunkstelle Hanau.

aufgenommen

10/11/38 um 0827 Uhr

ssd berlin nr 4 1011 0630 -

Geheim!

an alle - der juedische mordueberfall in paris hat spontane demonstrationen und aktionen gegen juden, juedischen besitz und juedische synagogen im ganzen reich ausgeloest. diese demonstrationen und aktionen sind verstaendlich und polizeilich nur nach ganz bestimmten richtlinien zu ueberwachen bezw. einzuschreiten. es wird befohlen..

1) die befehlsstellen der ordnungspolizei setzen sich sofort ins einvernehmen mit den zustaendigen sicherheitsorganen und in verstaendigung mit den zustaendigen polizei - verwaltungsstellen und treten mit den zustaendigen parteidienststellen in verbindung um genau daruber unterrichtet zu sein.

2) die ordnungspolizei begleitet solche demonstratinen und aktionen nur mit schwachen kraeften in zivil um evtl. plwenderungen zu verhindern. uniformierte ordnungspolizei wird nur im aeusserten notfalle eingesetzt verhaftungen nimmt nur die sicherheitspolizei vor.

3) die polizeidienststellen haben sich sofort mit den parteidienststellen in verbindung zu setzen und dafuer sorge zu tragen, dass brandlegungen unter allen umstaenden unterbleiben.

4) zerstoerte offene laeden, wohnungen, ~~vor plwenderungen zu schuetzen~~ synagogen und geschaefte von juden sind zu versiegeln, zu bewachen, vor plwenderungen zu schuetzen.

5) polizeiliche verstaerkungen sind soweit notwendig, von der allgemeinen und aktiven ss gemaess befehl bei rfss anzufordern.

6) groessere demonstrationen und aktionen dieser art ~~dieser art~~ sind sofort an mich zu melden -

der chef der ordnungspolizei sonderbefehlsstab o - kdo g a 2000

gez daluege

~~verteiler unstehend~~

verteiler.. stapo, s, k,,p landrat hanau, gelnhausen, schluechtern, fulda, huenfeld, hersfeld, und schalkalden.

*Per Funk aus Berlin übermittelter Befehl des **Chefs der Ordnungspolizei Daluege** an alle kommunalen Stellen, aufgezeichnet in Hanau am Morgen des 10. November um 6.30 Uhr.* (StAM 180 LA Hersfeld)

Was die Menschen, die eine gewisse Distanz zum NS-Regime hatten, nicht verstehen konnten, war der offenkundige Verstoß gegen die noch geltende dienstliche Verpflichtung der Polizei, gegen Gesetzesübertreter vorzugehen und die hier lebenden Menschen unabhängig von deren Status vor Übergriffen zu beschützen.

Die unmissverständliche Antwort gibt das oben abgedruckte Dokument: *„diese demonstrationen und aktionen sind verstaendlich und polizeilich nur nach ganz bestimmten richtlinien zu ueberwachen bezw. einzuschreiten.“* (Z. 4-7) Die Rechtsordnung war also im ganzen Deutschen Reich völlig außer Kraft gesetzt.

Plünderungen. Die Aktion war gegen Abend beendet. Es wurden dann aus den Reihen der SA und der Freiwilligen Feuerwehr für die Nacht Posten vor die Judenhäuser gestellt, um eine Plünderung zu verhindern. Im Lauf des 11. November sind dann die Eingänge sämtlicher Judenhäuser sowie eine Anzahl Fensteröffnungen, durch die sehr leicht ein Einsteigen in die Häuser möglich war, mit Brettern verschlagen worden. Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen. Die Ruhe war auch am 10. November wiederhergestellt. In der Stadt halten sich zur Zeit keine Juden mehr auf.
Beschädigt wurden 22 jüdische Häuser. Einige Wertsachen wie Sparbücher, Ringe usw. wurden sichergestellt. Die erhoffte vollständige Ausräucherung der Juden aus Rotenburg ist doch noch nicht gelungen. Vor der Aktion zählte Rotenburg noch 72 Juden. Am 1. Januar 1939 waren noch 31 Juden in Rotenburg ansässig."



*Die ehemalige **Stadtwache**, später als Obdachlosenasyl genutzt, wurde im November 1938 zum Zwangsaufenthalt für verhaftete jüdische Männer.*
(Stadtarchiv Rotenburg)

Ordnung und Disziplin wahren

Offensichtlich überrascht von dem Ausmaß des Straßenterrors im Bereich ihres Gaues sah man sich genötigt, unter dem Aspekt von Wahrung von Ordnung und Disziplin zu intervenieren. Für den Autor des Berichts im *Bebraer Tageblatt* schien es klar zu sein, dass seine Darstellung diesem strategischen Ziel zu folgen habe und es galt, die Leser eindringlich zu ermahnen, „Disziplin zu halten".

Angesichts der strengen Presselenkung ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, dass die Gewaltakte der 2. Welle, die Ausschreitungen in der Nacht auf den 10. November und in der 1. Tageshälfte des 10. November, nicht Gegenstand einer Berichterstattung in der lokalen Presse wurden. Wohl aber druckte das *Bebraer Tageblatt* die von Goebbels am 10. November angeordnete Beendigung des Terrors ab, der seinen Zweck inzwischen erfüllt hatte:

Nach den Erfahrungen des sich angeblich austobenden Volkszorns konnte man darauf setzen, dass die jetzt eingeleiteten gesetzlichen Maßnahmen von der großen Mehrheit positiver aufgenommen würden als die für jeden sichtbar von Willkür und Menschenverachtung geprägten Aktionen.

Was im *Tageblatt* vom 10.11.1938 abschließend erwähnt wird, ist die Vereidigung der SS-Anwärter zu mitternächtlicher Stunde: *„Um 12 Uhr nachts fand im Bahnhofshotel bei der Übertragung der Münchener Vereidigungsfeierlichkeiten auch die Vereidigung der hiesigen SS-Anwärter statt."*

Es waren also nicht nur die Teilnehmer der Veranstaltung in der Turnhalle, die danach noch „gemütlich zusammensaßen", sondern auch die durch ihre Aufnahme in die SS in Stimmung gebrachten jungen Männer, die für den Überfall auf die jüdische Minderheit in ihrer Stadt in die entsprechende Verfassung kamen, sodass sie die an sie gerichtete Erwartungen erfüllen konnten.

Da die meisten Bebraer jüdischen Familien nach außerhalb geflüchtet waren, konnte das Zerstörungswerk jetzt ohne die Konfrontation mit den vielleicht hemmenden Blicken der Opfer seinen Lauf nehmen.

Ob es der Stadtchronist nicht besser wusste? Aus den Vernehmungsprotokollen der Angeklagten vor der Spruchkammer und den von 1946 bis 1948 geführten Landgerichtsverfahren geht eindeutig hervor, dass die noch verbliebenen jüdischen Men-



Aufruf an die Bevölkerung

Demonstrationen einstellen, gesetzgeberische Maßnahmen abwarten

Reichsminister Dr. Goebbels gibt unter dem 10. November bekannt:

„Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden."

Juden fliehen aus Paris

Regierung will säubern

Die marxistisch-jüdischen Kreise der französischen Hauptstadt wenden sich gegen die von der Regierung teils schon ergriffenen, teils in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Befreiung der Stadt Paris von unerwünschten Elementen, bekanntlich

Rotenburger Tageblatt v. 11. November 1938 mit der **Bekanntgabe durch Reichsminister Dr. Goebbels**: Demonstrationen einstellen, gesetzliche Maßnahmen abwarten. *„Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord am deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden."*

schen nicht den Polizeischutz suchten, sondern von SA-Männern, die sich als Hilfspolizisten verstanden, gewaltsam aus ihren Wohnungen geholt wurden. Das gilt für Rotenburg wie für Bebra.

Nachdem Propagandaminister Goebbels im Verlauf des 10. November über den Rundfunk bereits mehrfach zur Beendigung der „Judenaktion" aufgefordert hatte, fanden die Leser der Tageszeitungen diese Anordnung am 11. November 1938 in schriftlicher Form.

Ob die jüdische Bevölkerung sich schon zu diesem Termin eine Vorstellung davon machen konnte, was die Ankündigung von Goebbels bedeutete, die da lautete:

„Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden."

Doch darüber später mehr.

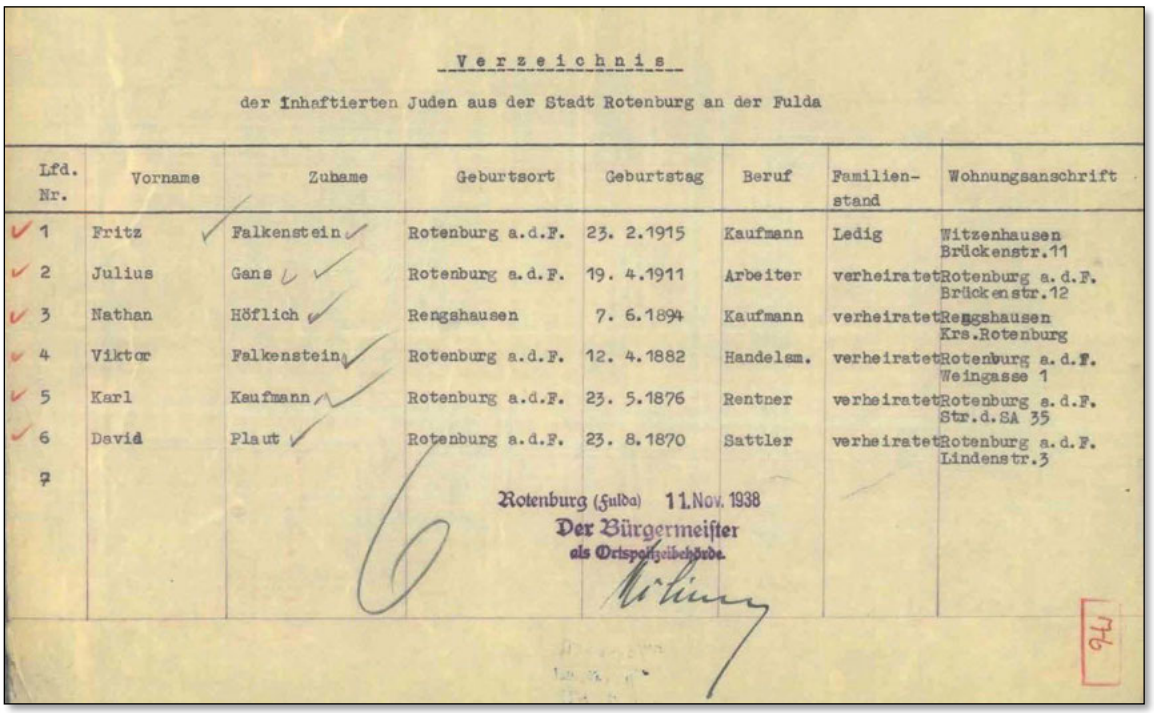
Zwischenstation Hohenzollernkaserne Kassel

Gemäß Funkspruch der Staatspolizeistelle Kassel an alle Landräte vom 10. November 1938 waren die männlichen Juden des Kreisgebiets in die Hohenzollernkaserne in Kassel zu schaffen, um sie von dort ins Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar zu befördern.

695 Personen waren es insgesamt, die von Kassel aus bzw. über Kassel am 11. und 12. November 1938 nach Buchenwald verschleppt wurden. Die Zahl der hierfür in Frage kommenden Personen war in Rotenburg und Bebra begrenzt. Wie bereits dargestellt, waren fast alle jüdischen Familien im Verlauf der Pogrome aus ihren Heimatstädten geflüchtet, sodass nur eine geringe Zahl jüdischer Männer von hier in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt werden konnte.

Aus Bebra war dies Ludwig Levi. Leopold Levi kam im November 1938 aus Eisenach nach Buchenwald, Leo Oppenheim aus Frankfurt.

(Fortsetzung drei Seiten weiter)



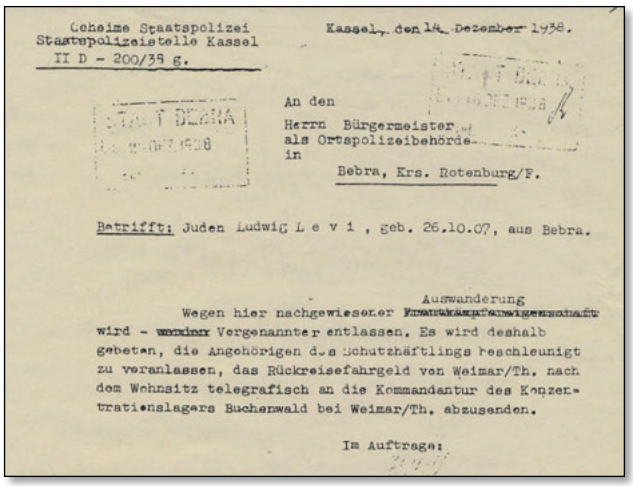
Verzeichnis

der inhaftierten Juden aus der Stadt Rotenburg an der Fulda

Lfd. Nr.	Vorname	Zuname	Geburtsort	Geburtstag	Beruf	Familien-stand	Wohnungsanschrift
1	Fritz	Falkenstein	Rotenburg a.d.F.	23. 2.1915	Kaufmann	Ledig	Witzenhausen Brückenstr.11
2	Julius	Gans	Rotenburg a.d.F.	19. 4.1911	Arbeiter	verheiratet	Rotenburg a.d.F. Brückenstr.12
3	Nathan	Höflich	Rengshausen	7. 6.1894	Kaufmann	verheiratet	Rengshausen Krs.Rotenburg
4	Viktor	Falkenstein	Rotenburg a.d.F.	12. 4.1882	Handelsm.	verheiratet	Rotenburg a.d.F. Weingasse 1
5	Karl	Kaufmann	Rotenburg a.d.F.	23. 5.1876	Rentner	verheiratet	Rotenburg a.d.F. Str.d.SA 35
6	David	Plaut	Rotenburg a.d.F.	23. 8.1870	Sattler	verheiratet	Rotenburg a.d.F. Lindenstr.3
7							

Rotenburg (Fulda) 11.Nov. 1938
Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde.

__Liste vom 11. November 1938__ der sechs jüdischen Männer im Alter von 23 bis 68 Jahren, die ins Rotenburger Obdachlosenasyl gebracht worden waren, ehe sie über Kassel ins KZ-Sonderlager Buchenwald verschleppt wurden: Fritz Falkenstein, Julius Gans, Nathan Höflich, Viktor Falkenstein, Karl Kaufmann und David Plaut. Nathan Höflich war vor der Verfolgung in seinem Heimatort Rengshausen nach Rotenburg geflüchtet, wo seine Schwester Hanna mit ihrem Ehemann Viktor Falkenstein, deren Sohn Fritz und Tochter Margarethe in dem Haus Weingasse 1 wohnte.
Wie Stadtinspektor Finke vermerkte, war der 7. Person, dem 76-jährigen (Joseph) Döllefeld, die Einlieferung ins KZ Buchenwald erspart worden. (Archiv Buchenwald)



Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
II D - 200/39 g.

Kassel, den 14. Dezember 1938.

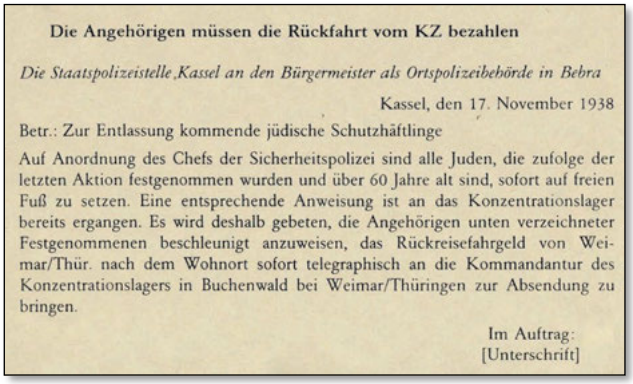
An den
Herrn Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde
in
Bebra, Krs. Rotenburg/F.

Betrifft: Juden Ludwig L e v i , geb. 26.10.07, aus Bebra.

Auswanderung
Wegen hier nachgewiesener ~~Krankenhausbehandlung~~ wird ~~der~~ Vorgenannter entlassen. Es wird deshalb gebeten, die Angehörigen des Schutzhäftlings beschleunigt zu veranlassen, das Rückreisefahrgeld von Weimar/Th. nach dem Wohnsitz telegrafisch an die Kommandantur des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar/Th. abzusenden.

Im Auftrage:

*Aufforderung zur **Zahlung der Reisekosten** von Weimar nach Bebra v. 14.12.1938, nachdem Ludwig Levi seine baldige Ausreise nachweisen konnte. (Archiv Buchenwald)*



Die Angehörigen müssen die Rückfahrt vom KZ bezahlen

Die Staatspolizeistelle Kassel an den Bürgermeister als Ortspolizeibehörde in Bebra

Kassel, den 17. November 1938

Betr.: Zur Entlassung kommende jüdische Schutzhäftlinge

Auf Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei sind alle Juden, die zufolge der letzten Aktion festgenommen wurden und über 60 Jahre alt sind, sofort auf freien Fuß zu setzen. Eine entsprechende Anweisung ist an das Konzentrationslager bereits ergangen. Es wird deshalb gebeten, die Angehörigen unten verzeichneter Festgenommenen beschleunigt anzuweisen, das Rückreisefahrgeld von Weimar/Thür. nach dem Wohnort sofort telegraphisch an die Kommandantur des Konzentrationslagers in Buchenwald bei Weimar/Thüringen zur Absendung zu bringen.

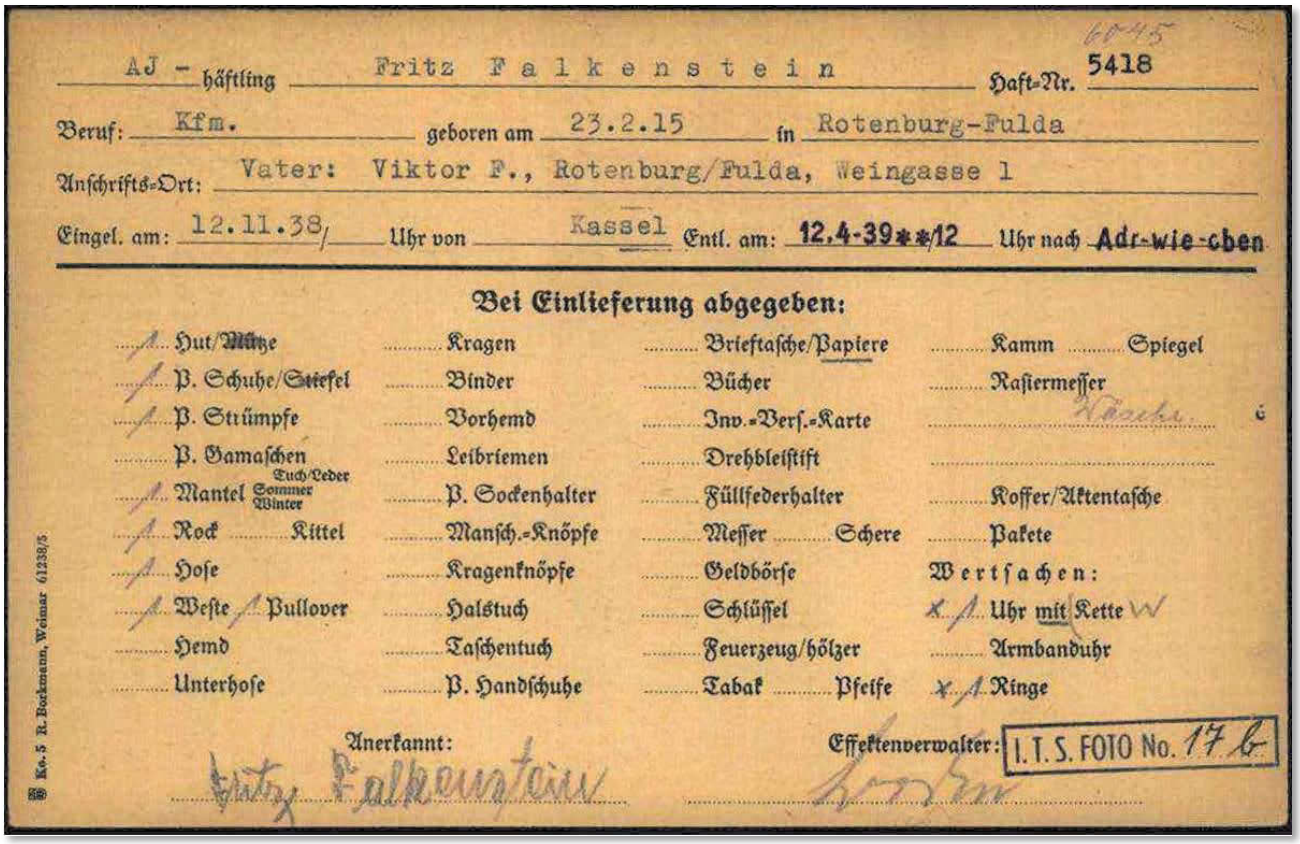
Im Auftrag:
[Unterschrift]

*Anweisung v. 17.11.1938 zur **Entlassung aller über 60**-jährigen nach Buchenwald Verschleppten. (Abschrift)*

Erinnerungen an das Konzentrationslager Buchenwald

In separaten Kapiteln werden im Anhang zwei Erinnerungen von jüdischen Männern auf ihrem Weg ins Konzentrationslager Buchenwald und ihre dortige Leidenszeit abgedruckt:

1. Buchenwald-Bericht von Siegfried Oppenheim, geb. 1879 in Nentershausen, aufgewachsen in Bebra
2. Bericht von Walter Fackenheim-Frank, dessen Familie aus Bebra stammte.



AJ – häftling Fritz Falkenstein Haft-Nr. 6045 5418

Beruf: Kfm. geboren am 23.2.15 in Rotenburg-Fulda

Anschrifts-Ort: Vater: Viktor F., Rotenburg/Fulda, Weingasse 1

Eingel. am: 12.11.38 Uhr von Kassel Entl. am: 12.4-39**/12 Uhr nach Adr-wie-oben

Bei Einlieferung abgegeben:

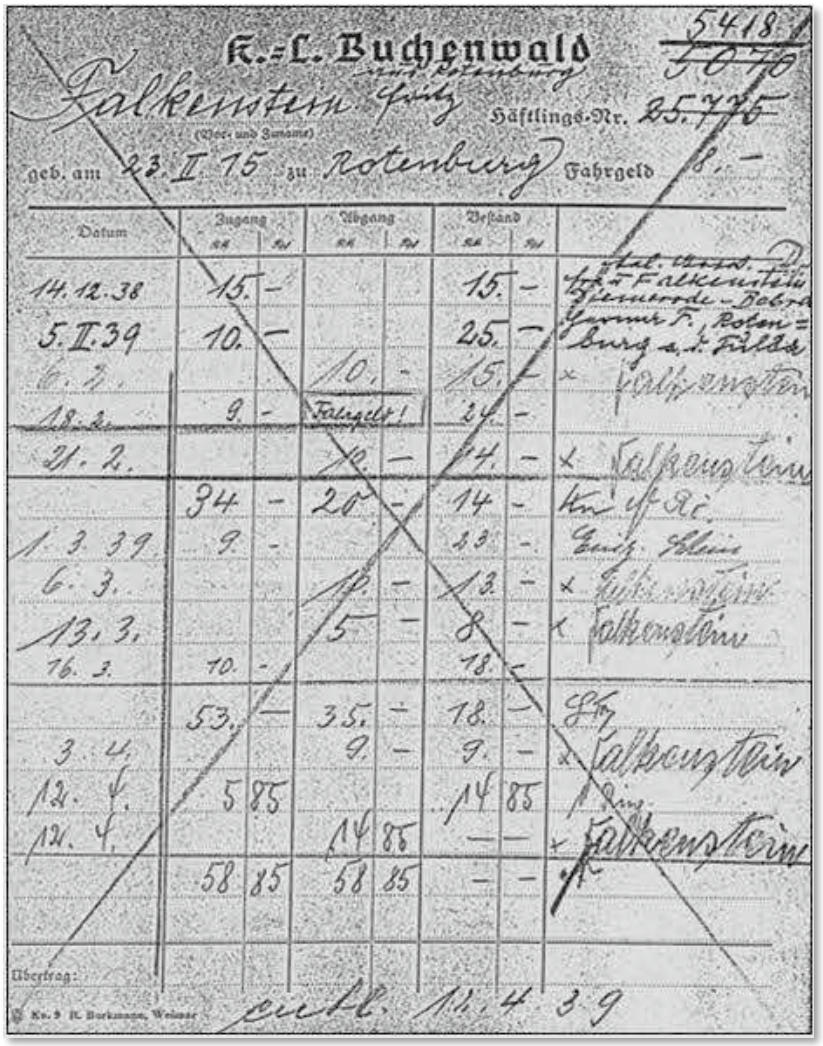
1 Hut/Mütze	Kragen	Brieftasche/Papiere	Kamm Spiegel
1 P. Schuhe/Stiefel	Binder	Bücher	Rasiermesser
1 P. Strümpfe	Vorhemd	Inv.-Vers.-Karte	Rasierz.
P. Gamaschen	Leibriemen	Drehbleistift	
1 Mantel Tuch/Leder Sommer/Winter	P. Sockenhalter	Füllfederhalter	Koffer/Aktentasche
1 Rock Kittel	Mansch.-Knöpfe	Messer Schere	Pakete
1 Hose	Kragenknöpfe	Geldbörse	Wertsachen:
1 Weste 1 Pullover	Halstuch	Schlüssel	x 1 Uhr mit Kette W
Hemd	Taschentuch	Feuerzeug/hölzer	Armbanduhr
Unterhose	P. Handschuhe	Tabak Pfeife	x 1 Ringe

Anerkannt: Fritz Falkenstein

Effektenverwalter: I. T. S. FOTO No. 17 b

Ko. 5 R. Borkmann, Weimar 61238/3

__Effektenkarte von Fritz Falkenstein__, Rotenburg, der vom 12. November 1938 bis zum 12. April 1939 Häftling im Konzentrationslager Buchenwald war. (Archiv Buchenwald)



K.-L. Buchenwald (aus Rotenburg) 5418 / 5070

Falkenstein Fritz Häftlings-Nr. 25.776

(Vor- und Zuname)

geb. am 23. II. 15 zu Rotenburg Fahrgeld 8.–

Datum	Zugang RM	Rpf	Abgang RM	Rpf	Bestand RM	Rpf	
14.12.38	15.	–			15.	–	Kal. Unterst. P. f. Falkenstein Hermann-Göring-Siedlung Hermann F., Rotenburg a. d. Fulda
5.II.39	10.	–			25.	–	
6.2.			10.	–	15.	–	x Falkenstein
18.2.	9.	–	Fahrgeld		24.	–	
21.2.			10.	–	14.	–	x Falkenstein
	34	–	20.	–	14	–	Kn. f. R.
1.3.39.	9.	–			23.	–	Entl. Klein
6.3.			10.	–	13.	–	x Falkenstein
13.3.			5	–	8	–	x Falkenstein
16.3.	10.	–			18.	–	
	53.	–	35.	–	18.	–	Gef.
3.4.			9.	–	9.	–	x Falkenstein
12.4.	5	85			14	85	1 Ring
12.4.			14	85	—	—	x Falkenstein
	58	85	58	85	–	–	

Übertrag:

Ko. 9 R. Borkmann, Weimar

entl. 12.4.39

__Geldkarte__ von Fritz Falkenstein, geb. 23.02.1915, Häftling im Konzentrationslager Buchenwald vom 12.11.1938 bis 12.04.1939. (Archiv Buchenwald)



*Im **Gasthaus Stöltzing** in der Brückengasse 9 gab es die Kommandos an die Rotenburger SA.*

Die Namen der Rotenburger Juden, die am 11. November 1938 aus ihrem Zwangsaufenthalt im Obdachlosenasyl am Marktplatz von dem Polizisten Bohlen *„in Kassel abgeliefert wurden“,* stehen auf einem Verzeichnis, das am 11. November 1938 angefertigt wurde. (s. vorige Seite) Wie der Stadtchronist berichtet hatte, war der 77-jährige (Joseph) Döllefeld beim Transport nach Kassel aus der Polizeiaufsicht entlassen worden, sodass er nicht mit der Gruppe der Verhafteten von Kassel aus die Reise ins KZ Buchenwald antreten musste.

Befehlskette von NS-Parteiführung zur SA

Während der Pogrome im November 1938, so Peter Longerich (1988: 233), *„kam es erneut zu jener ‚bewährten' Arbeitsteilung zwischen Parteiführung und SA, zwischen zentraler Befehlsgebung und örtlicher Spontaneität, wie sie vor allem die Machtergreifungsphase gekennzeichnet hatte. Die politische Führung gab eine allgemein gehaltene Aufforderung zum aggressiven Vorgehen, in diesem Rahmen hatte sich dann die Eigeninitiative der örtlichen SA-Einheiten zu bewähren.“*

So kommt es auch in den Gerichtsurteilen von 1946 und 1947 in den Verfahren zum Ausdruck, die gegen acht Bebraner und fünf Rotenburger Aktivisten geführt wurden. In der Urteilsbegründung des Landgerichts Kassel vom 2. Oktober 1947 für die Rotenburger Angeklagten heißt es demgemäß:

„In der Nacht vom 7. auf den 8. November wurde der Angeschuldigte Mainz nachts gegen 2 Uhr durch den damaligen Kreisgeschäftsführer der NSDAP Spengler geweckt und zu einer Besprechung durch den Kreisleiter in die Gastwirtschaft Stöltzing in Rotenburg geladen. Der damalige Kreisleiter Braun unterrichtete Mainz über den Mord an dem Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, und darüber, dass daraufhin Maßnahmen gegen die Juden erfolgen müssen. Mainz bekam auch Alarmbefehl für den von ihm geführten SA-Sturm. Er veranlasste darauf, dass die erreichbaren SA-Angehörigen geweckt und im SA-Heim versammelt wurden. Er teilte in den frühen Morgenstunden zwischen 6 und 7 Uhr die versammelten SA-Männer, zu denen sich auch die angeschuldigten Dörr und Gesemann gesellt hatten, in einzelne Trupps auf, unterrichtete diese von der Anweisung und den Erklärungen des Kreisleiters und gab Befehl, sämtliche jüdischen Einwohner festzunehmen und auf dem Rathaus zu versammeln, die Häuser zu ‚untersuchen' und die Synagoge zu zerstören.“

Das Toben der SA

„Sie [die Angeklagten ehem. SA-Leute“, H.N.) sind in zahlreiche Häuser und Wohnungen von jüdischen Einwohnern Rotenburgs eingedrungen, haben alle Angehörigen jüdischer Familien ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht verhaftet und unter Bedeckung zum Rathaus gebracht, sind danach in die Wohnungen der Juden zurückgekehrt und haben dort in gerichtsbekannter Weise gehaust. Sie haben Möbel mit Äxten und sonstigen Gerätschaften zertrümmert und durch Fenster und über Treppen auf die Straße hinausgeworfen, haben Hausrat zerstört und Wäschestücke abtransportiert, die später in unbekannte Kanäle geflossen sind und sie haben Schaufensterscheiben zertrümmert und die in den Geschäften aufgefundenen Waren geplündert oder durch Zivilisten plündern lassen. Sie haben schließlich … Gerätschaften aus der Synagoge entfernt oder zerstört. Mit Kultgegenständen haben sie groben Unfug getrieben und in lächerlicher Weise zur Schau getragen. Am Abend und in der Nacht vom 8. auf den 9. November haben sie die auf der Straße zusammengetragenen Trümmer und Gegenstände aus jüdischen Wohnungen an die Fulda geschafft und dort in einem öffentlichen Schaugepränge ver-



Hohenzollernkaserne *in Kassel, das zentrale Auffanglager für die im November 1938 ins KZ Buchenwald verschleppten 695 jüdischen Männer aus dem Regierungsbezirk Kassel.*

brannt. … Dörr ist u.a. am Abend auf einem seiner Fuhrwerke durch die Straßen der Stadt Rotenburg gefahren und war mit Kultusgegenständen aus der Synagoge, mit dem Totenhemd und 1 Zylinder bekleidet und hat durch diese Aufführung bei allen rechtdenkenden Rotenburger Einwohnern Empörung hervorgerufen. Dörr und Gesemann haben auch ihre Fuhrwerke zum Abfahren von Möbelstücken und Einrichtungsgegenständen aus den jüdischen Wohnungen zur Verfügung gestellt." (gez. Borbein)

Kreisleiter Braun gab das Kommando

Deutlicher noch als in dem hier zitierten Landgerichtsurteil vom 2. Oktober 1947 wird der Ablauf der Geschehnisse im November 1938 als Befehlserteilung von Parteiseite und deren Umsetzung durch die SA in einer Erklärung vom 28. Oktober 1947 vor dem Landgericht Kassel nachweisbar. Horst Mainz, als stellvertretender Sturmführer der ranghöchste angeklagte Rotenburger SA-Mann, schilderte zu diesem Gerichtstermin, er habe seinerzeit Kreisleiter Braun gegenüber erklärt, er könne die gegebenen Befehle nicht ausführen, weil dieser nicht sein Vorgesetzter sei und er eine so große Verantwortung nicht übernehmen könne und wolle; Braun solle warten, bis der Sturmführer [Schellhase, H.N.] komme. Daraufhin, so Mainz, entgegnete ihm Braun: *„Er, als Kreisleiter, sei der höchste politische Führer und ihm unterstehe … auch die SA."* Nach langem Hin und Her, so Mainz, habe er sich Braun gegenüber bereiterklärt, die SA zu alarmieren.

SA-Scharführer Gustav Dörr Haupttäter

Am 9. März 1946 hatte der damalige SA-Scharführer Gustav Dörr durch seinen Anwalt beantragt, ihn gegen eine Sicherheitsleistung von 2.000 RM aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Amtsgerichtsrat Dr. Hollenbach, Vorsitzender der Rotenburger Spruchkammer, hatte den Antrag von Gustav Dörrs Anwalt auf Haftentlassung seines Mandanten mit der Begründung abgelehnt, dieser sei *„Haupttäter bei dem Landfriedensbruch gegen die jüdischen Einwohner von Rotenburg, Baumbach und Heinebach. … Er hat in vielen Fällen bei der Zerstörung jüdischer Häuser und Wohnungen und deren Synagogen geradezu viehisch gehaust und den Abscheu selbst seiner Mittäter erregt. Er ist der Gewalttaten gegen jüdische Einwohner teilweise überführt, teilweise dringend verdächtig. Seine Verteidigung, im Alkoholzustand überraschend zu den Ausschreitungen zugezogen worden zu sein, ist als unwahr widerlegt. Seine landfriedensbrecherische Tätigkeit erstreckt sich auf eine ganze Reihe von Tagen. Er hat durch einen Umzug im Wagen durch die Straßen Rotenburgs in der Vermummung der aus der Synagoge entwendeten gottesdienstlichen Bekleidung die jüdischen Glaubensgebräuche verhöhnt. Er steht in dem dringenden Verdacht, sich und seine Angehörigen aus jüdischem Eigentum bereichert zu haben. Seine*

Mutter hat ihn in einem Falle zu den Zerstörungen angefeuert . …“

Im Folgenden soll der Berechtigung von Hollenbachs Entscheidung nachgegangen werden. Eine wichtige Erkenntnis liegt dabei in der Feststellung, dass sich die „Tätigkeit“ von SA-Scharführer Dörr auf „eine ganze Reihe von Tagen“ erstreckte und so erst das Ausmaß seiner Beteiligung an den Gewalttaten vorstellbar und nachvollziehbar wird.

Rotenburger SA auch in Heinebach „aktiv“

Was genau wurde über die Novemberpogrome im benachbarten Heinebach bekannt? Lokale Zeitzeugen sprachen gegenüber der Heinebacher Lehrerin Sabine Häde davon, dass „Fremde“ oder „SA-Männer aus Rotenburg“ kamen, die furchtbare Verwüstungen anrichteten:
„Sie warfen ‚Buchrollen‘ aus den Fenstern der Synagoge und machten in der Nähe der Synagoge an der Gabelung von Eisfeldstraße und Bossenstraße ein großes Feuer. Der damals gegenüber wohnende vierjährige W. B. erinnert sich noch an den großen zurückbleibenden Schutthaufen und daran, dass er gesagt haben soll: ‚Das waren aber ‚beese Liere‘ (böse Leute), die das gemacht haben‘. Später wurden auf einer Müllhalde außerhalb des Dorfes noch ‚Prismengläser‘ (wahrscheinlich geschliffene Gläser des Kronleuchters) aus der Synagoge gesehen.“

Was die Zeitzeugen als ‚Buchrollen‘ bezeichneten, waren die Thorarollen. Mit ihrer Zerstörung wurde der Synagogengemeinde nicht nur materiell, sondern auch kultisch das Wertvollste genommen, und weitere Gottesdienste wurden unmöglich gemacht.

In der Entschädigungsakte der Jüdischen Gemeinde Heinebach (HHStAW Abt. 518, Nr. 1331/1-2) heißt es weiter, dass
„im Zuge der judenfeindlichen Ausschreitungen im November 1938 … große Teile des inneren Ausbaus der Synagoge wie Fenster, Verglasung, Türen, Wandputz, Fußboden und Installationen beschädigt“ wurden.
Dabei wurde der Gebäudeschaden auf 4.896 DM, die Zerstörung der Inneneinrichtung wie Gestühl, Thoraschrein und Predigtpulte auf 32.725 DM und der Verlust der Kultgeräte und allen Zubehörs auf 143.495 DM festgesetzt.

Details zu Heinebach

Die Heinebacher Lehrerin Sabine Häde (in einer Mitteilung an den Autor) ist der Frage nachgegangen, ob wirklich nur Ortsfremde an den Schandtaten im November 1938 in Heinebach beteiligt waren und führt dazu aus:
„Mir liegt eine Fotografie vor, auf der 37 Uniformierte und 7 Männer in Zivil zu sehen sind, die zur Heinebacher Ortsgruppe der SA gehörten und sich mündlicher Überlieferung nach in den Tagen nach der Pogromnacht ablichten ließen.
Das Bild hängt in einem Partykeller eines Nachbardorfes und trägt die Bildunterschrift: ‚Zur Erinnerung an die NS-Revolution‘.
Ein Zeitzeuge, dem ich das Bild vorlegte, erkannte viele der Männer und erinnerte sich, dass einer von ihnen geäußert hatte: „In zehn Jahren wird nur noch Hitler angebetet.“
Sabine Häde weiter: *„Was nun im November 1938 wirklich geschehen ist, kann nicht vollständig geklärt werden. Es stellt sich aber die Frage, ob ‚Fremde‘ und ‚SA-Männer aus Rotenburg‘ allein den Weg zur Synagoge und den jüdischen Wohnhäusern gefunden haben, die nicht etwa nahe beieinander standen, sondern über das ganze Dorf verteilt lagen inmitten christlicher Nachbarschaft.“*
Zwei Fälle sind bekannt, nach denen beherzte Nachbarn versuchten, die SA-Männer am Betreten der Häuser zu hindern, was jedoch nur in einem Fall Erfolg hatte.

Aus der Spruchkammerakte Dörr

In der Spruchkammerakte für Gustav Dörr (HHStAW Best. 520, Nr. 13765) sind einige erschreckende Details über die Geschehnisse jener Tage festgehalten.
In der Begründung der Spruchkammer vom 28.08.1947 zur Einstufung Gustav Dörrs in die Gruppe 1 als Hauptschuldiger führte Vorsitzender Rosengarth im Zusammenhang mit Dörrs Beteiligung an den Ausschreitungen in Heinebach u. a. aus: *„Daß der Betroffene dabei von Hab- und Gewinnsucht nicht frei war und selbst die Judenaktion zu seinem Vorteil ausschlachtete, erhellt folgender Vorfall in Heinebach:*
Die Ehefrau des Juden Julius Wallach in Heinebach, die krank zu Bett lag, bot ihm einen Betrag von RM 50.- an, um ihr Haus zu verschonen. Dörr nahm das Geld an, gebot seinen Helfershelfern Ruhe und ließ das Haus verschont.“



Deckengemälde *der ehem. Heinebacher Synagoge, Foto ca. 2000*



*Ehemalige **Heinebacher Synagoge** (rechte Gebäudeseite). Die linke Gebäudeseite beherbergte die ehemalige jüdische Volksschule (bis 1933). Im November 1938 wurde die Heinebacher Synagoge ein Ort der Verwüstung und Zerstörung. Zeitzeuge Jakob Häger: „Dann ging es weiter zur Synagoge, wo sie alles herausgeholt und zerstört haben." Foto ca. 2015*

Dem 1. Öffentlichen Kläger Lingelbach war die im August 1947 gegen Dörr verhängte Bestrafung mit drei Jahren Arbeitslager *„bei der schweren Belastung des Betroffenen eine zu milde Entscheidung“.* Dabei bezog sich Lingelbach in seiner Anfechtungsklage vom 17.10.1947 ausdrücklich auch auf die Rolle, die Dörr über Rotenburg hinaus in anderen Orten in jenen Schreckenstagen spielte:
„Durch die Ausschreitungen in Rotenburg/F. nicht befriedigt, fuhr der Betroffene in die Nachbargemeinden Baumbach und Heinebach, um sich auch dort an den gleichen Ausschreitungen zu beteiligen. Zumindest im Falle Heinebach ist der Betroffene als Urheber und Organisator des Pogroms anzusehen.“

Zeitzeuge Jakob Häger aus Heinebach

Steinmetzmeister Jakob Häger, Jg. 1902, 1. Nachkriegsbürgermeister Heinebachs, sagte im Spruchkammerverfahren gegen Gustav Dörr im September 1947 wie folgt aus:
„Dörr ist mit 2 Mann, die ich nicht kenne, nach Heinebach gekommen und hat in dem ersten Judenhause die Türen eingeschlagen. In dem Zweiten haben sie alles kaputtgeschlagen. Dann ging es weiter zur Synagoge, wo sie alles herausgeholt und verbrannt haben. Auf dem Vorplatz hat sich der Betroffene hingestellt und eine Rede mit den schlimmsten und widrigsten Worten gehalten. … Wäre jedenfalls Dörr mit seinen Männern nicht zu uns gekommen, so wäre alles verschont geblieben.“

Bei seiner 1. Vernehmung am 22. Januar 1946 hatte sich Jakob Häger im Spruchkammerverfahren gegen Gustav Dörr wie folgt erinnert:
„Gegen Abend, es war schon dunkel, an einem Novembertage 1938 (an den genauen Tag kann ich mich nicht erinnern) hörte ich in meiner Nachbarschaft des Juden Abraham Sommer I lautes Gelärme und Getose. Ich ging zu dem Hause hin, um nach der Ursache des Lärmes zu sehen. Vor dem Hause standen Gustav Dörr aus Rotenburg, der mir von früher bekannt war, mit noch zwei mir aber unbekannten Personen nebst einigen Jungen aus Heinebach. Von dort zogen sie von einem jüdischen Haus zum anderen und schlugen in den Häusern die Einrichtungsgegenstände mit Äxten und Hämmern zusammen. Der Gustav Dörr war überall der erste, der mit Gewalt in die Häuser eindrang.“

Rotenburger SA agiert auch in Baumbach

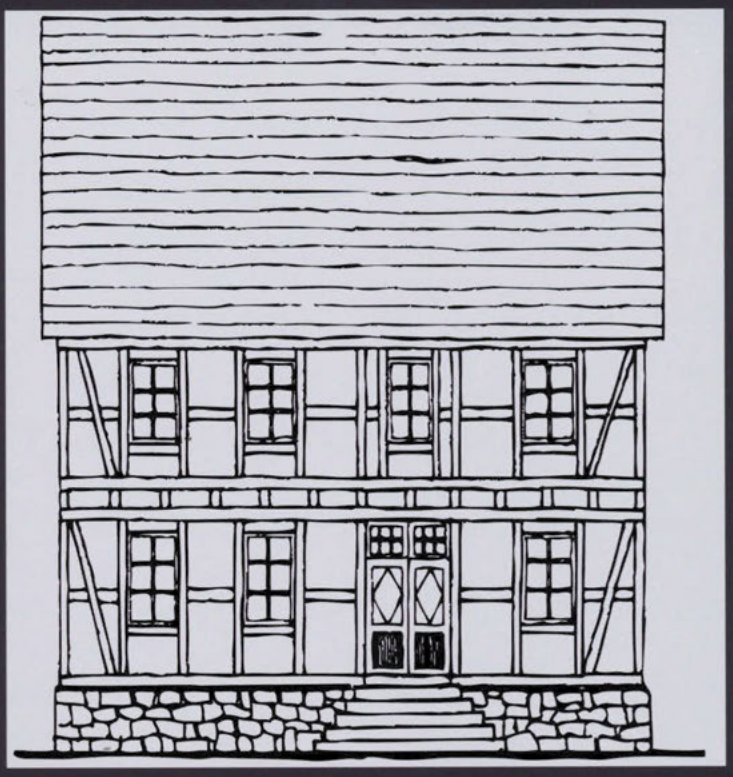
Als Ergebnis ihrer Recherchen zur Rolle von Gustav Dörr bei den Novemberausschreitungen im benachbarten Baumbach kam die Spruchkammer zu folgendem Ergebnis:
„Auf Verabredung, sozusagen Bestellung des Ortsgruppenleiters (Arthur) Stückrath, erschien der Betroffene [gemeint ist Gustav Dörr, H.N.] am 8. oder 9. November 1938 im Kraftwagen in Baumbach, um mit einigen mitgebrachten SA-Männern und Unterstützung Stückraths und der örtlichen SA dieselbe Verwüstung der jüdischen Häuser und Misshandlung jüdischer Einwohner vorzunehmen.
Um schlagartig und möglichst unerkannt auftreten zu können, wurde vorher die Beleuchtung des Ortes abgeschaltet. Auch in Baumbach war der Betroffene der brutalste Haupttäter.
Als Zeugen wurden vernommen: Elektriker Johannes Wilhelm, Baumbach, Gast- und Landwirt Arthur Stückrath, jetzt Internierungslager Darmstadt, früherer Lehrer Kurt Oetzel, Baumbach. Die beiden Letztgenannten waren Mittäter.“

Elektriker schaltet Dorfbeleuchtung aus

Hier die Aussage von Elektriker Johann-Georg Wilhelm, Jg. 1872, vor der Spruchkammer:
„Ich kenne den Betroffenen (Gustav Dörr) nicht. Ich habe es nur in Gesprächen gehört, daß er in Baumbach mit dabei war. Ich hatte auf höheren Befehl das Licht ausmachen müssen und erst, als man mit allem fertig war, durfte ich es wieder anschalten.“

Ein Baumbacher Zeitzeuge schilderte ein besonderes Geschehen, an dem Gustav Dörr und weitere Mitglieder der Rotenburger SA beteiligt waren:
„Das Gelände hinter dem Haus Jägerhof 1 (ehemals Familie Julius Neuhaus) führt Treibsand. Bei der Novemberaktion 1938, der Kristallnacht, zertrümmerten Rotenburger SA-Männer die Mauer hinter dem Haus, welche das Haus vor diesem Treibsand schützen sollte. Dieser Teil des Grundstücks ist von der Straße aus nicht zu sehen. Offensichtlich traute man sich nicht, das Haus vor aller Augen zu demolieren, das Zerstörungswerk sollte wohl nach einer natürlichen Erdbewegung aussehen. An der Mauer hinter dem Haus lassen sich noch heute Spuren der damaligen Beschädigung erkennen.“

Das Gebäude wurde 1838 von der jüdischen Gemeinde Baumbach erworben und bis 1934 als Synagoge und Schule mit Lehrerwohnung genutzt. Der Synagogensaal befand sich im linken Teil des Hauses, ging über beide Stockwerke und hatte auf drei Seiten eine Empore für die Frauen. Die Decke war als Sternenhimmel gestaltet. Die Abbildung zeigt die Frontseite nach der Renovierung im Jahr 1931. Später erfolgte ein Umbau des gesamten Gebäudes zum Wohnhaus.



Seit ca. 1700 lebten Juden in Baumbach, zeitweilig bis zu 80 Personen. 1933 waren es noch 39. Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus wurden sie vertrieben. Viele wurden Opfer des Holocaust.

Die Bürger Baumbachs gedenken der Opfer des Rassenwahns:

Jeanette Neuhaus geb. Emmerich
Frieda Neuhaus
Isaak Neuhaus
Leopold Neuhaus
Paula Neuhaus geb. Wallach

Felix Neuhaus
Selma Neuhaus geb. Schwab
Brunhilde Neuhaus

Leo Ludwig Neuhaus

Julius Neuhaus
Selma Neuhaus geb. Hamburger
Hannelore Neuhaus

Markus Max Neuhaus
Sofie Neuhaus geb. Herz

Ella Rosenbaum geb. Sommer

Abraham Tannenberg
Malchen Jettchen Tannenberg
geb. Wallach

Der Ortsbeirat Alheim-Baumbach, Juni 2009

*„Die Bürger Baumbachs gedenken der Opfer des Rassenwahns“ heißt es auf der **Tafel,** die im **Juni 2009** am Gebäude der ehemaligen Synagoge in der Lindenstraße angebracht wurde - im Original mit hellem Farbhintergrund. Auf der Tafel stehen die Namen der 17 Holocaustopfer aus Baumbach (jetzt Ortsteil von Alheim). Zur Einweihung der Tafel waren Nachfahren ehemals Baumbacher jüdischer Familien aus den USA angereist.*

Bericht von Lehrer Simon Brückheimer

Augen- und Ohrenzeugenberichte sind die Grundlage für eine Darstellung der Novemberpogrome 1938, die von dem jüdischen Lehrer Simon Brückheimer (1889-1950) zusammengestellt wurden. Er war 1939 von Marktbreit/Unterfranken nach London geflüchtet und hatte seine Aufzeichnungen unter dem Pseudonym Lassikuel veröffentlicht. Dem unmittelbar nach den Ausschreitungen des November 1938 angefertigten Manuskript gab er den Titel „Der 10. November 1938. Die Zerstörung der Jüdischen Gemeinden in Deutschland".
1985 wurden diese Berichte von dem Theologen Dr. Herbert Schultheis in Buchform unter dem Titel „Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten" herausgegeben. Brückheimers Aufzeichnungen sind inzwischen auch online zugänglich, und zwar über das Leo-Baeck-Institut in New York. (Location MS 35–LBIJMB MF 158)

Grundsätzlich nannte der Autor keine Namen, um die Betreffenden nicht in zusätzliche Gefahr zu bringen. Die Geschehnisse in Rotenburg finden keine Erwähnung, wohl aber enthält der Bericht über Bebra einiges an Brisantem, z. B. *„Schulkinder stahlen das Schofar und haben in den Straßen darauf geblasen."* (Schultheiß 1985: 255)

Der Brückheimer-Bericht spricht von schweren Misshandlungen der Bebraer jüdischen Männer, *„die meisten suchten ihr Heil in der Flucht. So kam Y mit blutigem Gesicht zu seinen Verwandten nach Wiesbaden."* (Schultheiß 1985: 255)

Wen meinte Brückheimer mit der Tarn-Bezeichnung „Y"? Mit großer Wahrscheinlichkeit war dies der



Geschäfts-Eröffnung!

Den geehrten Einwohnern von Bebra und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage aus der Firma Gebr. Abraham ausgeschieden bin und im Hause des Herrn S. Katz ein

Manufaktur- und Modewaren-Geschäft

eröffnet habe.

Ich bitte um gütigen Zuspruch und werde bemüht sein, meine werte Kundschaft reell und gut zu bedienen.

Siegfried Abraham.

Kein Laden. — 1. Stock.

Bebra, den 17. Januar 1920.

Annonce im ***Bebraer Tageblatt*** *v. 17.01.1920*



Siegfried Abraham *(1875-1939)*

1875 geborene Bebraer Textilhändler Siegfried Abraham, der mit Ida geb. Fackenheim verheiratet war, der Schwester von Dr. med. Willy Fackenheim. Dieser hatte in Wiesbaden, Friedrichstr. 6, eine Arztpraxis, zuletzt unter der aufgezwungenen Bezeichnung „Krankenbehandler" nur noch für jüdische Patienten. Willy war der Sohn des 1934 verstorbenen Bebraer Gastwirts Isidor Fackenheim. Nach kurzem Aufenthalt in der Familie seines Schwagers in Wiesbaden ging der 63-jährige Siegfried Abraham nach Frankfurt, wo er bereits am 8. Januar 1939 verstarb.

Missbräuchliches Blasen des Schofars

Mit der Verfolgungssituation im Hitlerreich - stärker als in den davorliegenden Jahrzehnten - verstand sich die große Mehrzahl der kleinstädtischen Juden wieder zunehmend als eine ihren religiösen Traditionen verbundene Gemeinschaft. Daher musste die missbräuchliche Nutzung des Schofarhorns einen Akt der Demütigung und größter Respektlosigkeit bedeuten. Denn das Schofar war und ist kein zu beliebigen Anlässen zu verwendendes Instrument, sondern ist aufs Engste mit der Feier des Versöhnungsfestes (Jom Kippur) und den traditionellen Bußzeremonien verbunden. Weiter bestätigt Brückheimers Bericht die „gründliche" Demolierung der jüdischen Häuser und der Synagoge. Die in der Synagoge unter Trümmer geratenen Thorarollen wurden von Gemeindemitgliedern herausgezogen und *„dann teilweise an das Vorsteheramt in Kassel und teilweise an die Mitglieder selbst abgegeben".*

Ein Fall von „Rassenschande“

Einen anderen Bebraer Juden anonymisierte Brückheimer mit dem Buchstaben X. Diesen, so Brückheimer *„schleppte man in das Wirtshaus, wo man ihn zwang, auf einem Tische zu singen und zu tanzen“.* (Schultheiß 1985: 255) Mit dem mit dem Buchstaben X bezeichneten Bebraer Juden muss Leopold Levi, ehemals Nürnberger Str. 54, gemeint sein. Brückheimer berichtet über diesen weiter: *„Seine Frau aber wurde vergewaltigt und hat sich aus Verzweiflung die Pulsadern aufgeschnitten. Sie wurde ins Krankenhaus nach Eisenach gebracht und dort wieder hergestellt.“*

Dazu Folgendes:
Leopold Levis Frau Martha war eine geborene Frank aus Eppingen. Die ihr im November 1938 widerfahrene Gewalt ist mehrfach durch Zeitzeugen belegt und auch gewissenhaft im Protokoll von Bebras damaligem Polizeihauptwachtmeister Wilhelm Rex festgehalten. Mit ihrem Ehemann Leopold ging Martha Levi nach dessen Entlassung aus dem KZ Buchenwald nach Mannheim, von wo aus die beiden zwei Jahre später in das Internierungslager Gurs in den französischen Pyrenäen verschleppt wurden. Von hier führte ihr Weg im August 1942 in die Gaskammern von Auschwitz. Marthas Neffe Werner L. Frank folgte ihren Spuren in seinem Buch „The Curse of Gurs“.

Martha Levis Peiniger hatte durch das Vergehen an einer „Nichtarierin“ eine im Hitlerreich als Todsünde geltende Tat begangen, nämlich „Rassenschande“. Und bei allem Verständnis für die Hyperaktivisten in der NSDAP, die gegen das Verbot von Raub, Erpressung, Misshandlung, Mord und Totschlag verstoßen hatten, war die Notzucht einer Jüdin ein unverzeihliches Vergehen für einen „arischen“ Mann, das den Täter außerhalb der „Bewegung“ stellte, zumal Bödeker als Blockwart nicht irgendein Parteigenosse war.

So wurde Lokomotivführer und Blockwart Wilhelm Bödeker Empfänger einer geladenen Pistole; Absender war die NSDAP-Ortsgruppe Bebra, wie es sich bald herumsprach. Im Bahntunnel bei Hönebach nahm er sich das Leben. Am 16. November meldeten seine Angehörigen per Zeitungsannonce sein Ableben. Tags darauf, am 17. November, schaltete die NS-Ortsgruppe Bebra im lokalen *Tageblatt* die hier abgebildete Traueranzeige, in der sie das *„tragische Geschick“* ihres *„jäh aus dem Leben gerissenen Kameraden“* beklagte. Und: *„Er war einer der treuesten Mitarbeiter unserer Ortsgruppe. In unerschütterlichem Glauben an unseren Führer hat er in vorbildlicher Pflichterfüllung stets seinen Dienst versehen.“*

Einen solchen Nachruf für einen verstorbenen Parteigenossen gab es im *Bebraer Tageblatt* weder vorher noch nachher. Warum aber jetzt, in einem für die Partei mehr als peinlichen Fall?

Und es blieb nicht bei der Traueranzeige durch die Partei. Die (gleichgeschaltete) Lokalzeitung würdigte den Verstorbenen u. a. dafür, *„daß er in sei-*



***Martha Levi** geb. Frank (1902 -1942)*



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Bebra

Nachruf

Am Montag, dem 14. November 1938, wurde durch ein tragisches Geschick jäh aus dem Leben gerissen unser Kamerad

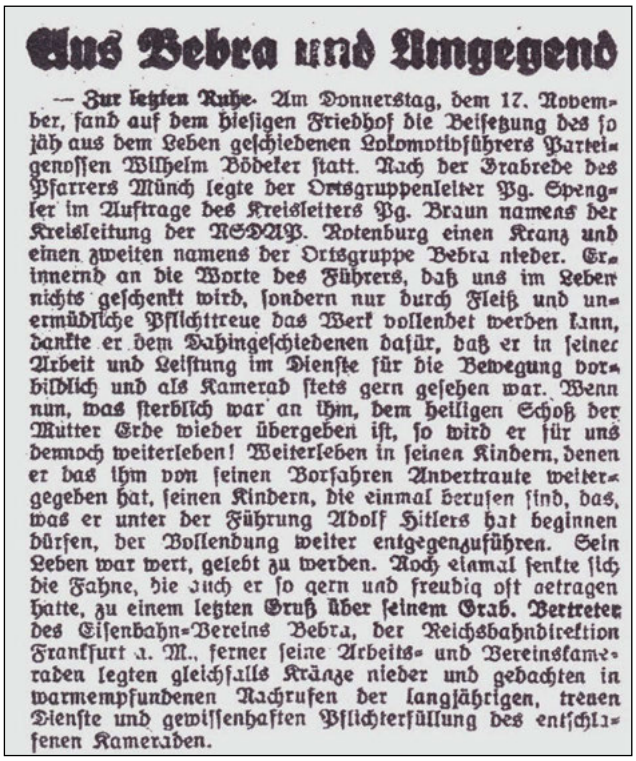
Blockleiter

Pg. Wilhelm Bödeker

Er war einer der treuesten Mitarbeiter unserer Ortsgruppe. In unerschütterlichem Glauben an unseren Führer hat er in vorbildlicher Pflichterfüllung stets seinen Dienst versehen. Das danken wir ihm und werden ihn nie vergessen.

Der Ortsgruppenleiter: Hch. Spengler.

*Todesanzeige der **Ortsgruppe Bebra der NSDAP**, 16.11.1938.*



Aus Bebra und Umgegend

— **Zur letzten Ruhe.** Am Donnerstag, dem 17. November, fand auf dem hiesigen Friedhof die Beisetzung des so jäh aus dem Leben geschiedenen Lokomotivführers Parteigenossen Wilhelm Bödeker statt. Nach der Grabrede des Pfarrers Münch legte der Ortsgruppenleiter Pg. Spengler im Auftrage des Kreisleiters Pg. Braun namens der Kreisleitung der NSDAP. Rotenburg einen Kranz und einen zweiten namens der Ortsgruppe Bebra nieder. Erinnernd an die Worte des Führers, daß uns im Leben nichts geschenkt wird, sondern nur durch Fleiß und unermüdliche Pflichttreue das Werk vollendet werden kann, dankte er dem Dahingeschiedenen dafür, daß er in seiner Arbeit und Leistung im Dienste für die Bewegung vorbildlich und als Kamerad stets gern gesehen war. Wenn nun, was sterblich war an ihm, dem heiligen Schoß der Mutter Erde wieder übergeben ist, so wird er für uns dennoch weiterleben! Weiterleben in seinen Kindern, denen er das ihm von seinen Vorfahren Anvertraute weitergegeben hat, seinen Kindern, die einmal berufen sind, das, was er unter der Führung Adolf Hitlers hat beginnen dürfen, der Vollendung weiter entgegenzuführen. Sein Leben war wert, gelebt zu werden. Noch einmal senkte sich die Fahne, die auch er so gern und freudig oft getragen hatte, zu einem letzten Gruß über seinem Grab. Vertreter des Eisenbahn-Vereins Bebra, der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M., ferner seine Arbeits- und Vereinskameraden legten gleichfalls Kränze nieder und gedachten in warmempfundenen Nachrufen der langjährigen, treuen Dienste und gewissenhaften Pflichterfüllung des entschlafenen Kameraden.

***Bödeker-Nachruf** im Bebraer Tageblatt v. 17.11.1938*

Im Folgenden obiger Nachruf in Abschrift:
Zur letzten Ruhe. Am Donnerstag, dem 17. November, fand auf dem hiesigen Friedhof die Beisetzung des so jäh aus dem Leben geschiedenen Lokomotivführers Parteigenossen Wilhelm Bödeker statt. Nach der Grabrede des Pfarrers Münch legte der Ortsgruppenleiter Pg. Spengler im Auftrag des Kreisleiters Pg. Braun namens der Kreisleitung der NSDAP Rotenburg einen Kranz und einen zweiten namens der Ortsgruppe Bebra nieder. Erinnernd an die Worte des Führers, daß uns im Leben nichts geschenkt wird, sondern nur durch Fleiß und unermüdliche Pflichttreue das Werk vollendet werden kann, dankte er dem Dahingeschiedenen dafür, daß er in seiner Arbeit und Leistung im Dienste für die Bewegung vorbildlich und als Kamerad stets gern gesehen war. Wenn nun, was sterblich war an ihm, dem heiligen Schoß der Mutter Erde wieder übergeben ist, so wird er für uns dennoch weiterleben! Weiterleben in seinen Kindern, denen er das ihm von seinen Vorfahren Anvertraute weitergegeben hat, seinen Kindern, die einmal berufen sind, das, was er unter der Führung Adolf Hitlers hat beginnen dürfen, der Vollendung weiter entgegenzuführen. Sein Leben war wert, gelebt zu werden. Noch einmal senkte sich die Fahne, die auch er so gern und freudig oft getragen hatte, zu einem letzten Gruß über seinem Grab. Vertreter des Eisenbahn-Vereins Bebra, der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M., ferner seine Arbeits- und Vereinskameraden legten gleichfalls Kränze nieder und gedachten in warmempfundenen Nachrufen der langjährigen, treuen Dienste und gewissenhaften Pflichterfüllung des entschlafenen Kameraden.

ner Arbeit und Leistung im Dienste für die Bewegung vorbildlich und als Kamerad stets gern gesehen war."

Naheliegend scheint mir die Annahme, dass durch die öffentliche Würdigung des Parteigenossen sich jeder, der sich zum Tod Bödekers fragend oder sogar kritisch und nicht mitleidsvoll oder wehklagend äußerte, das Risiko einging, als „Nestbeschmutzer", Verleumder oder dergleichen auf der Anklagebank der Staatspartei, wenn nicht gar der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu landen.
Auffällig war, dass NS-Kreisleiter Erich Braun in dem Zeitungsbericht nur als Kranzspender namentlich genannt wurde. Die Traueransprache für die Partei hatte er an Ortsgruppenleiter Heinrich Spengler delegiert, der wenige Wochen zuvor zum Kreisgeschäftsführer aufgestiegen war.
Die Grabrede hielt Pfarrer Walter Münch aus Weiterode. Bebras evangelischer Ortspfarrer Hermann Heidelbach äußerte sich im Sommer 1945 in der Chronik der Bebraer evangelischen Kirchengemeinde: *„Der Mann, der sich den heiligen Mantel des jüdischen Vorbeters umtat, in ihm auf der Straße tanzte und rief ‚Grüßt mir den Vater Abraham' - worauf der Chor der anderen rief ‚Von mir auch', hat sich wenige Tage später das Leben genommen."*
In den gerichtlichen Untersuchungen nach 1945 wurden Anschuldigungen gegen Bödeker in der Art formuliert, wie sie in den Worten Heidelbachs anklangen.

Gerichtliche Strafen gegen Pogromtäter wurden kaum ausgesprochen, zumal die Beschuldigten nur ausnahmsweise der allgemeinen Gerichtsbarkeit überstellt wurden. Die örtlichen Gestapodienststellen waren angewiesen, milde mit Beschuldigten umzugehen, wenn diese allem Anschein nach aus „idealistischen" Motiven gehandelt hatten, d. h. ihre Handlungen von der Absicht getragen waren, die Wünsche und Interessen der Partei zu erfüllen. Dazu zählte man Sachbeschädigungen, Brandstiftungen, Zerstörung von Synagogen und Friedhöfen. Man entschied, dass *„diese Männer Befehle ausgeführt oder auf der Grundlage verstümmelter oder entstellter Befehle in gutem Glauben gehandelt hätten. Sie seien der Ansicht gewesen, dass ihre Taten in Einklang mit den Absichten der NS-Führung standen, oder sie seien durch eine verständliche Empörung nach dem Mord an Ernst vom Rath motiviert gewesen."* (Steinweis 2011: 122)

Von den 30 Fällen, die vor das Oberste Parteigericht gebracht worden waren, führten lediglich vier Fälle von sexuellem Missbrauch zu einem Parteiausschluss und der Übergabe an die staatliche Rechtsprechung, die auf der Grundlage der NS-Rassengesetze empfindliche Strafen verhängte.
(Steinweis 2011: 119f.)

Flucht von Rotenburg nach Göttingen

Am Nachmittag des 8. November 1938 waren die Rothschilds, Farbenhandlung Markt 7 in Rotenburg, zu ihrer Verwandtschaft nach Göttingen geflüchtet. Nach wenigen Tagen hatten sie (Meinhold und Henny Rothschild) von dort einen Brief an die Familie Brandau geschrieben, die in der Burggasse 2 wohnte, in unmittelbarer Rothschild-Nachbarschaft. In deren Betrieb hatte Lisbeth Brandaus Ehemann Wilhelm eine Teilbeschäftigung. Wilhelm Brandau, von Beruf Metzger, war noch am 12. März 1933 auf der Liste der SPD ins Rotenburger Stadtparlament gewählt worden. Sofort nach Erhalt des Briefes machte sich Lisbeth Brandau auf den Weg nach Göttingen, um den Geflüchteten ein Bild von den Schrecknissen zu vermitteln, die sich nach deren Abreise ereignet hatten, um sie so bei ihrer Rückkehr besser gewappnet zu sehen.



***Lisbeth Brandau 1943** mit ihrer Tochter Martha*



*Die **Familie Brandau 1958** vor ihrem Haus Burggasse 2 anlässlich des Besuchs des den Holocaust überlebenden Rotenburger Juden Theo Döllefeld (1. Reihe, Mitte). Neben ihm Liesel Brandau und deren Ehemann Wilhelm, dahinter Brandau-Tochter Martha mit Ehemann und Sohn.*
Ebenso wie dies 1972 für die Rothschilds galt, war auch Theo Döllefelds Besuch 1958 in seiner Heimatstadt nur der Familie Brandau und dem Jüdischen Friedhof gewidmet.

Rotenburg-Besuch galt nur den Brandaus

Wie bedeutsam das Verhalten ihrer Rotenburger Nachbarin im November 1938 für die Familie Rothschild war, erschließt sich aus einem am 1. Dezember 1977 geschriebenen Brief von Meinhold Rothschild an seinen Cousin Julius, in dem er zu einem kurzen Besuch in Rotenburg Stellung nimmt, zu dem er 1972 aus den USA mit seiner Frau angereist war.
Meinhold beteuerte gegenüber seinem Cousin, der ihm Vorhaltungen wegen eines Besuchs in dieser für sie so schrecklichen Stadt gemacht hatte, er sei nur deshalb nach Rotenburg gekommen, um den Jüdischen Friedhof und die Familie Brandau zu besuchen.
Hier Auszüge aus Meinhold Rothschilds Brief:
„Nun zu unserer Reise in 1972 nach Rotenburg. Wir hatten damals von unserem Vorhaben Niemandem gegenüber ein Geheimnis gemacht, dass wir ausschließlich zum Besuch des Friedhofs nach Rotenburg reisen wuerden und absolut kein Beduerfnis haetten, irgend Jemanden dort zu sehen oder zu sprechen ausser der Familie Brandau. …
Am anderen Morgen schon um 10 Uhr sind wir ab Frankfurt nach der Schweiz geflogen, so eilig war es für uns aus Aschkenas wieder herauszukommen."

[Das Original des Briefes von Meinhold R. befindet sich im Leo-Baeck-Institut in New York City, H.N.]

Leiter des Internats lässt Brote schmieren

Nicht mit Worten, wohl aber mit Taten hat sich auch ein männlicher Bürger in die kleine Liste der „Judenknechte“ eingetragen, Dr. Martin Engels, Leiter des Internats der Jakob-Grimm-Schule, des 1924 eingerichteten Aufbaugymnasiums an der Braacher Straße. Dessen Sohn Justinus Engels, Jg. 1923, schrieb über die Geschehnisse im November 1938 in Rotenburg: *„In der Schülerheimküche hat der Vater eine Menge Brote schmieren lassen von unseren Helferinnen Nini und Anneliese Sandrock aus Baumbach. Die Brote wurden in Rucksäcke gepackt und mein Vater und ich sind per Rad in die Stadt gefahren zu den betroffenen Menschen, haben die Räder hingestellt und denen zu essen gebracht. Ich bin so stolz auf meinen Vater gewesen. Mein Vater hat dies auch immer wieder seinen Kindern und seinen Enkeln erzählt.“*

Fanny Linz berichtete ihrer Tochter Sophie

Was die Jüdin Fanny Linz (Jg. 1892), ehemals Breitenstraße 19, ihrer Tochter Sophie berichtete, hielt diese schriftlich fest: *„Denn mit all dem Unglück hat sie noch Glück gehabt, dass sie nicht eingesperrt worden ist. Dann hätten wir sie nie wieder gesehen. Sie ist dann (am nächsten Morgen) aus dem Hause zum Bahnhof und hat den ersten Zug, der kam, genommen, der ging nach Kassel. … Und wie sie vom Bahnhof runtergeht, hört sie eine Stimme: ‚Frau Linz, drehen Sie sich bitte nicht um. Mein Name ist Dr. Engels. Ihr Sohn Erwin war bei mir auf der Aufbauschule. Ich habe gesehen, was in Rotenburg passiert ist. Unglaublich. Und ich bin Ihnen nachgegangen und bin in den Zug und wollte nur wissen, ob ich irgendetwas für Sie tun kann.“*

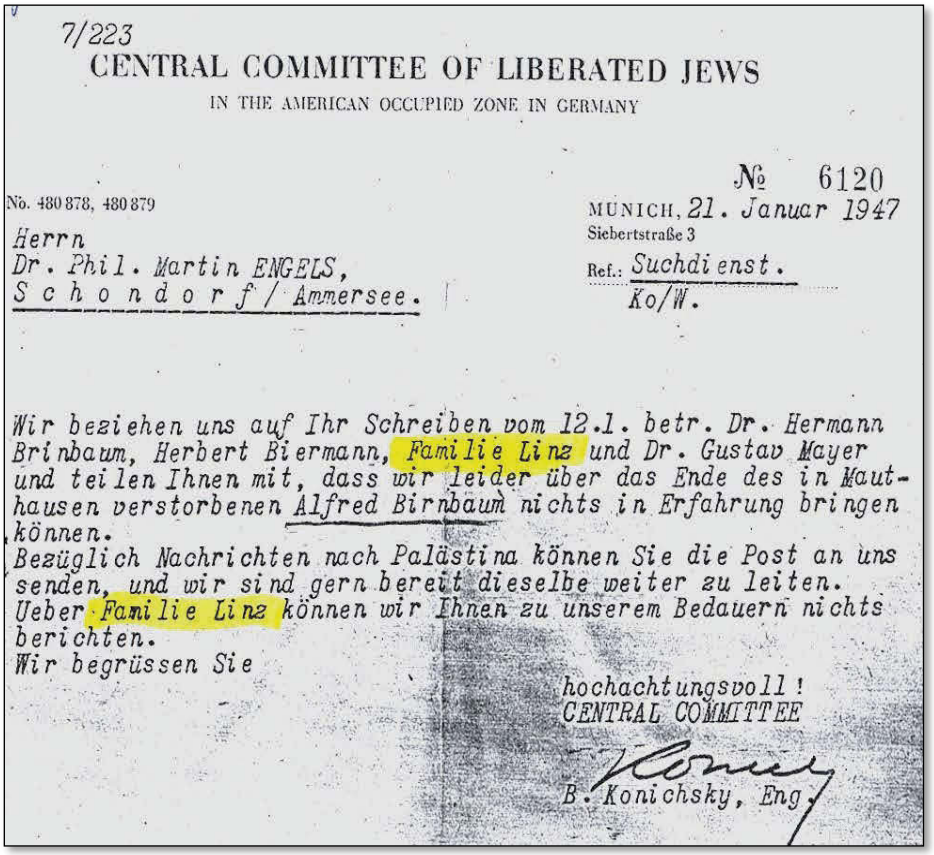


***Dr. Martin Engels**, Leiter des Internats der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg von 1933 bis 1939.*



***Ehepaar Hermann Linz** (1878-1944) und Fanny geb. Plaut (1892-1944). Die beiden waren im Dezember 1938 nach Frankfurt geflüchtet, von wo aus sie 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert und 1944 in die Gaskammern von Auschwitz geschickt wurden.*
Zu ihrem ehrenden Gedenken wurden vor ihrem Haus in der Breitenstraße sog. Stolpersteine verlegt.

„Wo sind Ihre Kinder?“ –
„Mein Sohn ist in Palästina, meine Tochter ist in Hamburg.“ – „Bitte geben Sie mir die Adresse.“
Dann sagte er: „Sie müssen doch was zu essen haben. Gehen Sie mal weiter, wir finden eine Bäckerei, dort werde ich Ihnen ein paar Brötchen kaufen.“
Und als sie zu einer Bäckerei kamen …, da sagte er: „Ich kaufe Ihnen ein paar Brötchen und ich lasse sie da liegen, außen am Fenster. Und wenn ich fort bin, dann kommen Sie und nehmen Sie die Brötchen.“
So hat es meine Mutter getan. … Sie erzählte es mir und sagte: „Weißt Du, das war ein Engel vom Himmel, denn ich wusste wirklich nicht, was ich tun sollte.“
So ist sie dann wieder zurück zum Bahnhof und hat einen Zug von Kassel nach Frankfurt genommen.
Das Telegramm, was ich erhielt in Hamburg, hat der Dr. Engels mir geschickt. Meine Mutter wusste gar nichts davon. …
Nun, eine Woche später kam eine Karte. … Wie die wussten, wo meine Mutter war, das weiß ich nicht. „Sie müssen nach Rotenburg zurückkommen, um das Haus in Ordnung zu bringen.“ Sie sagte: „Ich gehe alleine.“
Sie war eine sehr tapfere, kluge Frau. So ist sie nach Rotenburg gefahren … und ist den Steinweg runter gegangen. Da war ein kleines Gemüsegeschäft, Gärtner Klein. Wir waren gute Kunden. Und als meine Mutter in das Geschäft kam, sagte die Frau Klein: „Frau Linz, was machen Sie denn, was tun Sie denn hier?“ Da hat meine Mutter erzählt, dass sie das Haus in Ordnung bringen muss, jedenfalls die Fenster. Da sagte die Frau Klein: „Wo wohnen Sie denn, wo wollen Sie denn leben?“ Sagte meine Mutter:



7/223

CENTRAL COMMITTEE OF LIBERATED JEWS

IN THE AMERICAN OCCUPIED ZONE IN GERMANY

№ 6120

No. 480 878, 480 879

MUNICH, 21. Januar 1947

Siebertstraße 3

Herrn
Dr. Phil. Martin ENGELS,
S c h o n d o r f / Ammersee.

Ref.: Suchdienst.
Ko/W.

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 12.1. betr. Dr. Hermann Birnbaum, Herbert Biermann, Familie Linz und Dr. Gustav Mayer und teilen Ihnen mit, dass wir leider über das Ende des in Mauthausen verstorbenen Alfred Birnbaum nichts in Erfahrung bringen können.
Bezüglich Nachrichten nach Palästina können Sie die Post an uns senden, und wir sind gern bereit dieselbe weiter zu leiten.
Ueber Familie Linz können wir Ihnen zu unserem Bedauern nichts berichten.
Wir begrüssen Sie

hochachtungsvoll!
CENTRAL COMMITTEE

B. Konichsky, Eng.

Dr. Martin Engels *(1889 -1949) versuchte im Januar 1947 nach Belegen für seine judenfreundlichen Aktionen, die offenbar nicht auf Rotenburg an der Fulda beschränkt waren. Nach hier war der Theologe am 1. April 1933 als Leiter des Internats an der Jakob-Grimm-Schule gekommen.*
Den neben Familie Linz genannten Personen in dem Schreiben vom 21.01.1947 ist er in Schondorf am Ammersee begegnet. Nach Internatsauflösung in Rotenburg aufgrund der Nutzung des Schulgebäudes als Offiziersgefangenenlager fand Engels eine Anstellung im Landerziehungsheim Schondorf, allerdings erst nach Parteieintritt. Dennoch brauchte er Fürsprache für seine Wiedereinstellung nach Kriegsende.

„Ich weiß es nicht. Das Haus ist ja zerstört.“ Außen war es nicht zerstört, nur die Fenster. Aber innen war alles kaputtgeschlagen.
Da sagte die Frau Klein: „Ich will Ihnen was sagen: Mein Mann ist ein großer Nazi, so auch meine Tochter. Kommen Sie, wenn es dunkel ist. Ich habe ein Zimmer, Sie schlafen dort. Und dann müssen Sie fortgehen, bevor es hell wird, damit mein Mann Sie nicht sieht.“
Und das hat meine Mutter getan.



*Im Haus der Familie **Klein (Steinweg 5)** verbrachte Fanny Linz die erste Nacht, als sie auf Anweisung der Behörden Ende November 1938 anreisen musste, um die zerstörte Ladenfront in Ordnung bringen zu lassen.*



*Als **Fanny Linz** zur Reparatur der zerstörten Ladenfront anreisen musste, konnte sie dies nur in Form einer Verbretterung umsetzen, die so noch am 20. April 1939 existierte, als man Hitlers 50. Geburtstag pompös feierte.*

Unterschiedliche Reaktionen

Die vielen Rotenburger und Bebraner, die dem Geschehen zusahen, werden in manchen Erinnerungen als eine stumme, gelähmte und erschrockene Masse beschrieben. Aber es gibt auch Erinnerungen an Beifall klatschende, johlende und anfeuernde Zuschauer, wie dies Gerda Kappes in ihrem Brief vom 11. November 1938 beschreibt. Doch auch Fälle von Hilfsbereitschaft nichtjüdischer Rotenburger und Bebraner sind überliefert. Die kleine Minderheit, die sich traute, ihre Ablehnung außerhalb privater Gesprächskreise kundzutun, musste mit Denunziation und Repression rechnen.

Ein besonderes Beispiel für Zivilcourage

Dafür gibt es aus Bebra ein dokumentiertes Beispiel, das die damals 26-jährige Margarethe Gast (verh. Cavalier) lieferte. Ihre damalige Adresse war Horst-Wessel-Straße 25, jetzt Friedrichstraße. Sie berichtet, was sie im November 1938 in Bebra erfahren musste: *„Ich kam zunächst aus der Nürnberger Straße in die Apothekenstraße Richtung Bahnhof. Und da sah ich, was da passiert war, was da alles auf den Straßen lag. Ich war so erschüttert. Ich weiß gar nicht, wie ich das verarbeitet habe. Ich kam ins Büro und fing gleich an:*
‚Und so ein Reich will tausend Jahre bestehen, was so ein Unrecht zulässt.‘
Da hatte ich so einen netten Kollegen, der ging gleich rüber zur Deutschen Arbeitsfront und hat mich angezeigt. Da kriegte ich ein Disziplinarverfahren, ich wurde vernommen. Es hat alles ein bisschen gedauert, bis das dann soweit war. Ich kriegte von der Deutschen Arbeitsfront einen Verweis und mein Chef von der Heimstätte, der kriegte die Auflage, mich fristlos zu entlassen. Das hat er auch gemacht.“
Es ist weder für Bebra noch für Rotenburg eine vergleichbare, außerhalb der privaten Umgebung ausgesprochene Missbilligung der damaligen Geschehnisse überliefert. Allerdings war die Reise von Lisbeth Brandau zu den nach außerhalb geflüchteten Rothschilds eine überdeutliche Stellungnahme. Mutmaßlich hat die Frau alles getan, um ihren „Ausflug“ nach Göttingen als strenges Familiengeheimnis zu wahren.



Margarete Gast-Cavalier *(1912-2013). Von 1928 bis 1931 war sie in dem Manufakturwarengeschäft von Samuel Levi in Ronshausen tätig gewesen.*



Die Deutsche Arbeitsfront
Gauwaltung Kurhessen
Kreiswaltung Rotenburg a. F.

Der Kreis-Obmann der DAF. H/A.

Rotenburg a. F., den 5.4.39.
Kasseler Straße 9
Fernsprecher: Rotenburg 333

An die
Vgn. Margarethe G a s t,
B e b r a.
Horst Wesselstrasse 25.

E i n s c h r e i b e n !

Auf Grund der durch das Ehren- und Disziplinargericht der Deutschen Arbeitsfront, Gau Kurhessen, am 22.März 1939 - Akt.Z. 13 I/ 59/39 E/EV - gefällten Entscheidung erteile ich Ihnen wegen Verstosses gegen § 2 Absatz 1 der Ehren- und Disziplinarordnung der Deutschen Arbeitsfront einen strengen Verweis.

Heil Hitler !

Die Deutsche Arbeitsfront Gau Kurhessen

*Aufgrund der „**Ehren- und Disziplinarordnung der Deutschen Arbeitsfront**“ erhielt Margarete Gast-Cavalier wegen ihrer Kritik an den Pogromen einen „strengen Verweis“ , der dann zu ihrer Entlassung führte.*

Eleonore von Trott: strenge Missbilligung

Als weiteres Beispiel aus Bebra für offene Missbilligung der „Judenaktion“ ist auch die spontane Aktion von Eleonore von Trott anzuführen, deren Sohn Adam sechs Jahre später als Regimegegner hingerichtet wurde.

Sie ließ sich in den Tagen nach den Gewaltaktionen in einer Kutsche von ihrem Domizil in Imshausen aus zu einigen Bebraer jüdischen Familien fahren, um ihnen ihr Mitgefühl auszusprechen und sie ihrer Solidarität zu versichern.

Zwei Jahre davor, am 16. Oktober 1936, hatte sie ihrem Sohn in einem Brief ihre Deutung des Zeitgeschehens übermittelt:
„Es gibt unverbrüchliche göttliche Gesetze, deren Nichterfüllung unerbittlich zum Verderben führt, im Leben der einzelnen wie in dem der Völker. Das wußten die alttestamentlichen Juden, das weiß ein großer Teil unseres Volkes nicht mehr.“ (v. Krusenstjern 2009: 309)



Eleonore von Trott zu Solz *geb. v. Schweinitz (1875-1948)*
(Foto Privatbesitz der Familie)

War die Bevölkerung einverstanden?

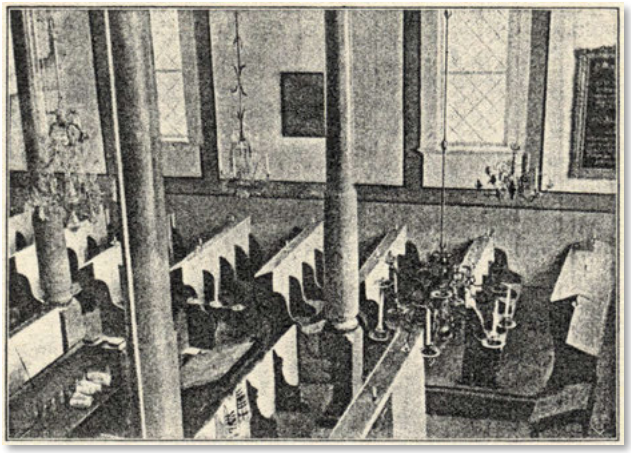
Es wurde bereits gesagt, dass vor Ort keine Parallelbeispiele zu Margarethe Gasts Verhalten bekannt geworden sind. War die übrige Bevölkerung also einverstanden mit dem brutalen Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Juden? Unterstützte sie - wie von Goebbels im Sinne des spontanen Volkszorns propagiert - die Gewalttaten, die sich direkt vor ihren Augen abspielten?

Goebbels‘ Tagebuchvermerk vom 10. November 1938 „Jetzt rast der Volkszorn“ dürfte jedoch Wunschvorstellung geblieben sein. Der Volkszorn beschränkte sich auf eine Minderheit von Befürwortern. Die Zahl der Mittäter, die sich aktiv an den Zerstörungen und an den Misshandlungen gegen die Juden beteiligten, blieb aufs Ganze gesehen eher gering. Verlässlich scheint mir: Befürwortet wurde die Aktion gegen die Juden von der großen Mehrheit der *Alten Kämpfer,* der Partei- bzw. SA-Mitglieder schon vor der Machtübernahme 1933, und den jungen Leuten, die durch die Schulung in der Hitlerjugend entsprechend programmiert waren.

Die Propagandalüge von der „spontanen Volkswut“, die sich in Gewaltverbrechen gegen Juden und der Zerstörung und Plünderung jüdischen Eigentums, jüdischer Geschäfte und jüdischer Gotteshäuser widerspiegeln sollte, war von der Welt, aber auch von den eigenen Partei- und Volksgenossen jedoch sofort durchschaut worden, wie ausländische Berichterstattungen und das oft zitierte Urteil des Obersten Parteigerichts der NSDAP zeigen, in dem es „selbstkritisch“ hieß: „*Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.“* (zit. n. Pätzold 1988: 228)

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

In den Deutschland-Berichten der Exil-SPD wird betont, die Ausschreitungen seien von der großen Mehrheit der Bevölkerung verurteilt worden. Man müsse aber die Beobachtung machen, dass sich Kinder und Jugendliche zahlreich beteiligten, wofür man eine entschuldigende Erklärung gab:
„Sie haben ja keinerlei Lebenserfahrungen und betrachten die Juden wirklich als Verbrecher und Bösewichter, wie es jetzt allgemein gelehrt wird. Die Jugend hat es also als wichtige und notwendige



*Die **Rotenburger Synagoge** vor der Verwüstung.*

Handlung betrachtet, sich an den Zerstörungen des jüdischen Eigentums zu beteiligen. Und weil ihnen gesagt worden war, dass dies alles gestohlen oder zu Unrecht erworben war, fanden sie nichts Verwerfliches dabei, sich auch einige Brocken mitzunehmen." (Grüttner 2014: 504f.)

In welche Schwierigkeiten der Rotenburger Pfarrer Müller-Osten dadurch kam, dass er seinen Konfirmanden Vorhaltungen wegen ihrer Mitwirkung bei der Verwüstung der Synagoge machte, ist im Zusammenhang mit der Thematisierung der Synagogenzerstörung dargestellt.

Ein damals Fünfzehnjähriger erinnerte sich:

„Ich bin durch die Brotgasse und musste natürlich gucken, was in der Synagoge hinten passiert war. Die Leute sind da alle durchgeströmt. Und dann weiß ich noch, dass Jungen da an die Kronleuchter gesprungen sind und haben da geschaukelt, ein böses Durcheinander."

Bezogen auf den 8. November 1938 schrieb Rotenburgs Stadtinspektor Finke in der Stadtchronik: *„Nach Beendigung der Schulzeit glaubten sogar die Schulkinder, die Aktion fortführen zu müssen. Das Ziel der Kinder war vor allem die Synagoge. Die Polizei schritt alsbald ein und sperrte die Synagoge vor jedem weiteren Zutritt."*

Für Bebra meldet der Polizeibericht vom 9. November 1938: *„Kinder und Jugendliche, die sinnlos die offenliegenden Warenbestände vernichteten und verschleppten, wurden aus den Häusern verwiesen."* Dieter Obst (1991: 351) macht darauf aufmerksam, dass die lärmenden Kinder und Jugendlichen durchaus im Sinne der „Veranstalter" waren, insofern sie über die Geschehenstage hin durch ihre *„Unbekümmertheit den Ausschreitungen einen Hauch von spontaner Volksempörung verliehen".*

„Die es wollten" waren in der Minderheit

Die Rotenburgerin Martha Schnurr (geb. Brandau) war sich in ihrem Kommentar zu den Gewaltakten in Rotenburg im November 1938 sicher: *„Es gab sehr viel mehr Leute, die es nicht wollten, als Leute, die es wollten."* Diese Einschätzung verdient deshalb eine besondere Beachtung, weil ihre Familie mehrfach in Widerspruch zur Politik des Dritten Reiches geraten war und eine ausgesprochene Wertschätzung bei mehreren aus ihrer hessischen Heimat geflüchteten jüdischen Familien genoss.



***Bebraer Schulkinder** „besichtigen" das Ladengeschäft von Leopold Oppenheim, Nürnberger Str. 26 (vormals Louis Oppenheim).*

Manche Rotenburger und Bebraner, die dem Geschehen zusahen, sind als eine stumme, gelähmte und erschrockene Masse in Erinnerung geblieben. Nach Ende der Naziherrschaft beteuerten viele Rotenburger und Bebraner, die Schändung und Verwüstung der jüdischen Gotteshäuser habe sie zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem herrschenden System gebracht, ihnen zumindest die Augen über dessen wahren Charakter geöffnet. Viele der nach dem Krieg vor der Spruchkammer gemachten Entlastungs-Aussagen nehmen Bezug auf die November-Geschehnisse als Grund für ihre angebliche innere Abwendung vom damaligen Regime.

Kritik an der Zerstörung von Sachwerten

Die Autoren, die sich mit der Reaktion der Bevölkerung auf den Pogrom beschäftigt haben, gehen nahezu ausnahmslos davon aus, dass die Bevölkerung mehrheitlich negativ auf die Ausschreitungen reagiert und die Gewalt gegenüber den Juden im November 1938 nicht gebilligt habe. In dieser Einschätzung stimmen fast alle Beobachter überein. Dabei habe allerdings weniger Sympathie und Mitgefühl für die Menschen eine Rolle gespielt, als vielmehr Kritik an der mutwilligen Zerstörung von Sachwerten im Vordergrund gestanden. Die nach dem Pogrom eingeführte antisemitische Gesetzgebung sei demgegenüber vielfach begrüßt worden.

„Folgt man den zeitgenössischen Stimmungs- und Lageberichten, so fand eine ‚Vergeltung' für das Attentat auf vom Rath durchaus Zustimmung, wohingegen die Form dieser Vergeltungsaktion auf zum Teil starke Ablehnung stieß." (Wildt 2007: 342)

Manche der Kritiker verurteilten vordergründig nur den angerichteten Sachschaden angesichts allgemeiner Rohstoffknappheit. Die Kritik entzündete sich zum Beispiel daran, dass die Regierung jedes Stückchen Papier, jedes leere Glas, jede Blechbüchse zu sammeln befahl, es also auch gar nicht im Sinne der Regierung sein konnte, dass auf diese sinnlose Art alle möglichen Wertgegenstände zerstört wurden.

Zweifellos war es leichter, ordnungspolitisch oder rein ökonomisch zu argumentieren, als für die Unversehrtheit von Juden einzutreten. Das Schicksal der jüdischen Bürger kümmerte nur wenige, zumal weitgehende Ausschaltungsmaßnahmen gegenüber den Juden vorausgegangen waren und die soziale Verbindung des jüdischen Bevölkerungsteils zu den nichtjüdischen Nachbarn weitgehend abgerissen war. Andererseits kann die Kritik an der „Verschwendung von Sachwerten" auch als vorgeschoben verstanden werden, um sich nicht durch weitergehende Äußerungen in Gegensatz zur allgemeinen Politik des Regimes zu stellen; so zog man es als Selbstschutz vor, lediglich Argumente vorzubringen, mit denen man nicht in eine Gegenposition zu den Herrschenden geriet.

Andere Sorgen als das Schicksal der Juden

„Der Abscheu, den die Zerstörungen der Pogromtage ausgelöst hatten, wurde daher weitgehend durch die Zusicherung der Reichsregierung neutralisiert, in Zukunft derartige Vorgänge zu unterbinden und von nun an auf gesetzlicher Grundlage vorzugehen." (Mommsen 1991: 163)

Die jetzt gegen die noch verbliebenen jüdischen Menschen gerichtete systematische Ausschaltung wurde nahezu widerspruchslos hingenommen. Die meisten Deutschen hatten doch andere Interessen und Sorgen als das Schicksal der Juden, mit denen zu sympathisieren außerdem verhängnisvolle Folgen haben konnte.

So argumentiert auch Peter Longerich (2006: 132), dessen Forschungsschwerpunkt auf den Jahren des Dritten Reiches liegt; er hält es für gegeben, dass die große Mehrzahl der Bevölkerung ihre Kritik an der Brutalität der Judenverfolgung in eine Form kleidete, die aus der Sicht des Regimes gerade noch akzeptabel war: Denn die ‚sinnlose Zerstörung' von Sachwerten stieß auch innerhalb der Regimespitze auf Widerspruch; namentlich Göring, verantwortlich für den Vierjahresplan, regte sich in der auf den Pogrom unmittelbar folgenden großen Besprechung vom 12. November über den angerichteten Schaden fürchterlich auf und soll gerufen haben: *„Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet."*

Insgesamt schließe ich mich dem Votum von Pätzold/Weißbecker (1998: 391) an: *„Der Minderheit der Täter und der Masse der Gleichgültigen stand die ablehnende Haltung vieler Deutscher gegenüber,*

die jedoch die wilden Zerstörungen mehr beklagten als das Menschen zugefügte Unrecht und Unheil. Nur sehr wenige wagten, in der Atmosphäre des hochgepeitschten Antisemitismus den Bedrohten Sympathie und Anteilnahme zu bekunden oder ihnen gar praktisch zu helfen."

Der von Gerda Kappes am 11. November 1938 aus Bebra verschickte Brief ist dafür ein beredtes Zeugnis, wenn sie im Anschluss an die Schilderung der Verwüstungen im Haus Emanuel, Hersfelder Straße 7, schreibt: *„Emanuel soll Sachen, nur Stoffe, im Wert von 50.000 M. gehabt haben, auch haben sie Devisen bei allen Juden in beträchtlichen Mengen gefunden, auch eine Gemeinheit, und viel Geld. … Herr Ellenberg(er) hat mir alles gezeigt, ich hatte so etwas von Vorräten noch nicht gesehen und bei der Fettknappheit so zu hamstern, … dieses alles war ja eine große Gemeinheit."*

zur geäusserten Kritik an dem Geschehen

Wolfgang Benz (1993: 541), der sich ein Forscherleben lang mit dem Antisemitismus und der Judenverfolgung auseinandergesetzt hat, macht darauf aufmerksam: *„Wenn die große Mehrheit der Bevölkerung mit den Formen des Pogroms nichts zu tun haben wollte, so bedeutete das freilich auch nicht, dass sie die Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Mitbürger aus der Wirtschaft und Gesellschaft des Deutschen Reiches grundsätzlich missbilligt hätte. Eine Lösung der sogenannten Judenfrage wollten sehr viele schon, aber sie sollte weniger brutal und unsichtbarer vonstatten gehen."*

Ebenso sind Berichte überliefert, aus denen die Sorge um die Autorität der staatlichen Organe und die Bewahrung der bürgerlichen Rechts- und Werteordnung spricht. Auch der vermutete Ansehensverlust im Ausland machte manchen besorgt, vielleicht sogar noch mehr die als unvermeidlich angesehene Vergeltung. *„Das geht nicht gut. Das Weltjudentum wird sich das nicht gefallen lassen. Ich sah den Mann mit Tränen an der Tür stehen."* Solches berichtete der Rotenburger Karl Apel (Jg. 1923) über die Reaktion seines Vaters auf die Zerstörungen im Haus gegenüber, in dem die Jüdin Paula Plaut wohnte: *„Die durfte sich in unserem Riesen-Garten Obst pflücken. Ja, die Paula durfte hier immer Obst pflücken. Wir standen an der Haustür, als der Gustav nun das Eingemachte rausschmiss, da kamen meinem Vater die Tränen. Und da hat er zu mir gesagt: Das geht nicht gut. Das Weltjudentum wird sich das nicht gefallen lassen."*

Der für seine gründlichen Analysen des Dritten Reiches bekannt gewordene britische Historiker Ian Kershaw (1979: 335) vermochte zu zeigen, dass die Distanz der Bevölkerungsmehrheit gegenüber den Novemberpogromen nicht dem Mitleid oder gar der Solidarität mit den jüdischen Opfern entsprang. Dementsprechend seien die sich anschließenden scharfen gesetzlichen Maßnahmen durchaus für richtig gehalten worden. *„Antisemitismus - gut! Aber doch nicht so",* das war wohl eine weitverbreitete Meinung.

„Moralische Empfindungslosigkeit" gegenüber dem Schicksal der Juden nannte der Holocaustforscher David Bankier (1995: 112) diese Haltung.

Wolfgang Benz sieht die Novemberpogrome zwar als eine „befohlene Sache", dass aber „das Engagement, mit dem der Befehl allenthalben ausgeführt wurde, erst die Dimension des Ereignisses" ausmachte. (Benz 1988: 33)

Die sichtbare Auswirkung dieser Befehlsausführung beschreibt Gerda Kappes, wenn sie den „Tatort" Hersfelder Straße 7 in Bebra beschreibt, den sie am Morgen des 8. November aufsucht, um nachzusehen, welchen Schaden die Mietwohnung ihrer Schwiegermutter genommen hat: *„Der Jud Emanuel stand inmitten der Trümmer, kein Fensterkreuz mehr im Haus, keine Tür mehr, sogar die schwere eichene Haustür ist nicht mehr vorhanden, ein Bild des Entsetzens und großen Jammers."*

Neugier bringt Menschen auf die Strassen

Dazu Dieter Obst, der 1989 unter dem Titel „Reichskristallnacht" die bislang umfänglichste Darstellung des Themas vorgelegt hat: *„Vom Lärm und Neugierde getrieben, liefen die Menschen auf die Straße, um sich ein Bild von den Vorkommnissen zu machen."*
In Hans Horns Erinnerung an die Geschehnisse in Bebra war es ein Nachbar, der ihm als damals 17-Jährigen empfahl: *„Ich solle doch mal in die Stadt gehen und mir ansehen, was da heute Nacht geschehen ist. Ich setzte mich auf mein Rad und ab ging es."* Sein Weg führte ihn zunächst in die Nürnberger Straße zum Haus Rothfels: *„Was ich da sah, verschlug mir die Sprache."*

So erfahren wir es auch von der Rotenburger Jüdin Henny Rothschild, als sie nach den Attacken der vorangegangenen Nacht sich am anderen Tag (8. November) auf den Weg über die Fulda in die Brotgasse machte, um den Zustand der dort gelegenen Synagoge zu erkunden: *„Es war vor Menschen nicht in die Brotgasse zu kommen."*
Und: *„Die ganze Stadt war auf den Beinen, um die zerstörten Judenhäuser anzusehen."*

Die Mehrheit dieser neugierigen Bevölkerung verhielt sich jedoch passiv, sie agierte in erster Linie als Zuschauer. Das Schweigen war nicht zwangsläufig Zustimmung, das praktische Verhalten kann jedoch auch als unterlassene Hilfeleistung gesehen werden.

Der Historiker Hans-Ulrich Thamer, der das nationalsozialistische Regime auf das Begriffspaar „Verführung und Gewalt" bringt, sieht in seiner Abhandlung über „Protestantismus und ‚Judenfrage' in der Geschichte des Dritten Reiches" (1988: 237) die Novemberpogrome als ursächlich für die Veränderung in der Haltung einiger Kirchenführer und vieler Pfarrer.
Thamer hält dann aber einschränkend fest, dass *„die Kirche weiterhin schwieg und das Kirchenvolk in einem Augenblick allein ließ, in dem zumindest die Methoden nationalsozialistischer Judenpolitik auf breite Empörung stießen und die bürgerlichen Vorstellungen von Ordnung, Gesetz und Eigentum verletzten."*

Der Stellenwert in der Verfolgungsbilanz

Abschließend zitiere ich Michael Wildts (2007: 347) Einordnung der Novemberpogrome in die Gesamtbilanz der Verfolgungsgeschichte der jüdischen Opfer:

„Der Zusammenbruch jedweden Rechts in dieser Nacht, die Herrschaft absoluter Gewalt konnte den Opfern nicht anders als der Absturz in die Barbarei vorgekommen sein.
Es ist daher zu verstehen, dass nicht die Deportationen in den Tod im Spätherbst 1941 als vielmehr die entfesselte Gewalt des Mobs im November 1938 oftmals als das entscheidende Erlebnis erinnert worden ist."

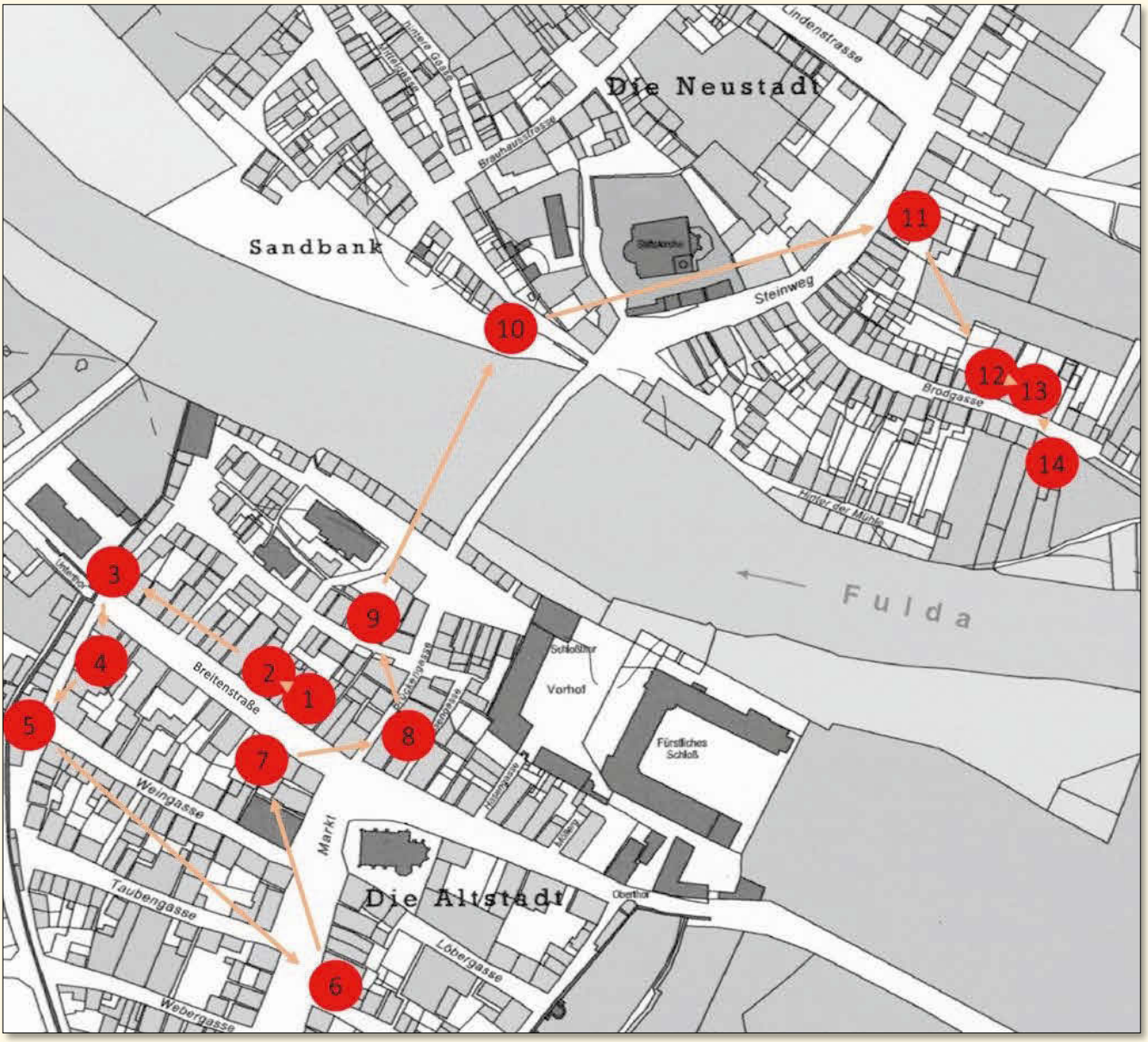
Zu den Rundgängen zu Tatorten in Rotenburg und Bebra im November 1938 auf den folgenden Seiten

In Teil A (Einführender Überblick) habe ich bereits auf die Analyse des Historikers Wolf Gruner (2019: 25f.) hingewiesen, dass bei der Darstellung der Geschehnisse im November 1938 weitgehend versäumt wurde, die Zerstörung von jüdischen Wohnungen und Wohnhäusern in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.
Schon nach kürzester Zeit, bringt Gruner in Erinnerung, wurden detaillierte Angaben hinsichtlich zerstörter Synagogen und jüdischer Geschäftshäuser gemacht. Dagegen, so Gruner, war von Angriffen auf Wohnungen sowie der Bedrängnisse ihrer Bewohner wenig oder eher beiläufig die Rede.
Das habe zu einer mangelnden Analyse der Effekte geführt, die das Pogromgeschehen auf die jüdische Bevölkerung unmittelbar in ihrem privaten und persönlichen Lebensbereich hatte.
Die starke Fixierung bei Betrachtung des Pogromgeschehens auf die Zerstörung öffentlicher jüdischer Einrichtungen sieht Harald Schmid (2013) in der schon bald nach Kriegsende verbreiteten Wendung „Als die Synagogen brannten", die mehrfach als Titel von Ausstellungen und Publikationen diente. Schmid: *„So trug der Topos mit dazu bei, ein insbesondere moralisch verkürztes Bild scheinbar anonym entzündeter Synagogen im kollektiven Gedächtnis zu festigen."* Und:
Für die jüdischen Menschen, so Gruner, seien die persönlich erlittenen Schäden psychischer und auch materieller Art, das Erleben von Gewalt und Erniedrigung und vor allem aber der damit verbundene endgültige Verlust des bis dahin gepflegten Selbstbildes bedeutsamer gewesen als das, was in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stand.
Gruner stützt sich dabei auf die Erkenntnisse, die er bei der systematischen Betrachtung der Interviews von Augenzeugen gewinnen konnte, die von *der Shoa Foundation* gemacht wurden und ihm als Hochschullehrer an der *University of Southern California* in vollem Umfang zur Verfügung standen.

Die systematischen Rundgänge durch Bebra und Rotenburg auf den folgenden Seiten verstehen sich so als Versuch, die beispiellosen Tage im November 1938 heute, nach fast neun Jahrzehnten, wenn schon nicht begreifbar, dann aber zumindest besser vorstellbar zu machen.

Ein Rundgang zu Rotenburger Tatorten im November 1938

Es soll im Folgenden der Versuch gemacht werden, aus den Aussagen, die in den ersten Nachkriegsjahren in amtlichen Verhören und bei späteren Befragungen gemacht wurden, einen „Tatort Rotenburg“ zu skizzieren. Schon bei den ersten Bemühungen um Klärung des Tatverlaufs unmittelbar nach Kriegsende gelang es nicht, eine eindeutige zeitliche Abfolge zu benennen. Deshalb muss die Schilderung der November-Geschehnisse 1938 in Rotenburg leider auch auf eine solche eindeutige Chronologie verzichten. Wohl aber soll die Darstellung den Charakter einer zeithistorischen Stadtführung bekommen. Dies geschieht in der Annahme, dass das schwer fassbare Geschehen auf diesem Weg räumlich konkretisiert und so eher vorstellbar wird.



1 = Breitenstraße 19	**6** = Markt 9	**11** = Steinweg 24	Der Gang zu den einzelnen Tatorten soll das, was die Opfer in ihrem unmittelbaren Lebensbereich erfahren mussten, in den Mittelpunkt der Darstellung rücken.
2 = Breitenstraße 21	**7** = Breitenstraße 16	**12** = Brotgasse 19	
3 = Rainchen 1	**8** = Brückengasse 6	**13** = Brotgasse 21	
4 = Querweingasse 5	**9** = Schulstraße 6	**14** = Brotgasse 32	
5 = Querweingasse 16	**10** = Neustadtstraße 1		

1: Breitenstraße 19

Eine besondere Gaudi war es für die von blinder Zerstörungswut erfassten Täter, die im Schaufenster der Firma von Hermann Linz I in der Breitenstraße seit einem Jahrzehnt aufgestellte Kaffeeröstmaschine samt der im Geschäft gelagerten Kaffeebohnen auf die Straße zu befördern. Die Mutter eines an dieser Schandtat Beteiligten soll herbeigeeilt sein, um ihren Sohn mit einem extra schweren Hammer auszurüsten. Vor Gericht erklärte 1946 einer der Angeklagten, er habe diesem SA-Kameraden Vorwürfe wegen der Vergeudung des Kaffees gemacht.

„Zentimeterdick lag der Kaffee bis in die Fahrrinne der Breitenstraße“, erinnerte sich eine damals Zehnjährige, die in der Nachbarschaft wohnte.

Das Foto zeigt das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Hermann Linz I mit (noch immer) verbrettertem Schaufenster am 20. April 1939.

Gemäß der Verordnung vom 12.11.1938 zur „Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ waren die Eigentümer verpflichtet, die sichtbaren Schäden ohne Verzug zu beseitigen. Im vorliegenden Falle hatten die Behörden kein Druckmittel, da die Familie Linz geflüchtet war.







*Das Doppelhaus in der **Breitenstraße Nr. 19** u. **21** (Foto unten) wurde ca. 1970 nach Umbau zur linken Hälfte des neuen Sparkassengebäudes .*
(Foto links).

oben: *die im November 1938 zerstörte und dann **verbretterte Ladenfront** der Kaffee-Rösterei Linz, Breitenstr. 19.*

2: Breitenstraße 21

Die 67-jährige frühere Rotenburger Schneider-Obermeisterin Jettchen Gans war bei der *„Judenaktion"* im November 1938 in besonderer Weise gedemütigt worden.

Einer der SA-Männer war per Leiter in die obere Etage ihres Hauses gestiegen und hatte von dort ihren Nachttopf ausgeleert.

„Daneben war ´ne alte Dame, ´ne Schneiderin, die hieß Gans, Jettchen Gans. Und da ist der hoch und hat das ganze Dippchen, wo sie Pippi rein gemacht hat, runtergeschüttet und hat gerufen: ‚Das letzte Tröppchen, vom Gansen Jettchen!‘ Das kann ich nie vergessen.“ (Eine damals 14-jährige Zeitzeugin)



3: Rainchen 1 / Ecke Breitenstraße

Karl Apel, Jg. 1923, dessen Familie in der Breitenstraße auf der anderen Straßenseite wohnte: *„Als dieses Judenpogrom war, da wurde ich eingeschlossen, ich durfte nicht raus. Da haben wir nichts mit zu tun, sagte mein Vater. Wir standen in der Haustür. Da kamen ihm die Tränen.“*

Karl Apel weiter:
„In dem Haus, wo der Schabbesbalken hängt, gegenüber von Metz, da wohnte die Paula Plaut. Die hat im (Ritual-)Bad das Feuer gemacht, die hatte wenig Geld. Die durfte sich in unserem Riesengarten Obst pflücken. Ja, die Paula durfte bei uns immer Obst pflücken.
Als der Dörr nun das Eingemachte aus den Fenstern auf die Straße schmiss, da kamen meinem Vater die Tränen. Da hat er zu mir gesagt, da wurde er politisch: Das geht nicht gut! So höre ich ihn heut' noch sprechen. Das lässt sich das internationale Judentum nicht gefallen. Ich sah den Mann mit Tränen in der Ladentür stehen."





*oben: Haus Rainchen 1, links daneben das 1970 **abgerissene Amtsgericht**.*

*links: **Rainchen 1**/ Ecke Breitenstraße im Jahr 2020 nach Renovierung.*

4: Querweingasse 5

Karl Keim, ein damaliger Lehrer und SA-Truppführer, gab bei seiner Vernehmung am 1. Dezember 1946 an, er sei frühmorgens von einem SA-Kameraden geweckt worden, er solle möglichst eine Axt mitnehmen, es ginge gegen die Juden. Es solle auch keine Uniform angezogen werden.
„Ich habe dem Befehl gehorcht, weil ich als Soldat aus dem Ersten Weltkrieg es so gelernt hatte. … Bei Döllefeld traf ich die jüdische Familie noch um den Ofen sitzend an.
Es kamen dann noch mehrere SA-Männer, und die jüdischen Bewohner wurden dann fortgebracht. Inzwischen waren andere im 1. Stock tätig, die Möbel umzuwerfen.
Ich hatte zwar eine Axt mit, habe sie aber nicht gebraucht. Worauf ich nach Hause gegangen bin, mich umgezogen habe und zur Schule zum Unterricht gegangen bin.“
(Aus dem Vernehmungsprotokoll des Untersuchungsrichters vom 01.02.1946, vorgelegt beim Landgerichtsverfahren in Kassel am 01.12.1946).



***Querweingasse 5 ca. 1935** (an dieser Stelle ist jetzt der Zufahrtsbereich der Firma Volland).*

5: Querweingasse 16

Zeugenaussage vor dem Landgericht Kassel vom 18.08.1945:

„Am Nachmittag stellte ich fest, daß der Dörr, bewaffnet mit einem schweren Schmiedezuschlaghammer, sich im Hause der Witwe Sommer, Querweingasse, durch Zertrümmern aller Haushaltseinrichtungen beschäftigte, selbst Fenster und Türen blieben nicht verschont. Während ihn die Arbeit im Inneren des Hauses beschäftigte, stand seine Mutter vor dem Haus und feuerte ihn durch Zuruf ‚Ist denn der Hammer schwer genug?' zu seinem Treiben an. Als er die 1. Etage vollständig zerschlagen hatte, schien er mit seiner Arbeit fertig zu sein. Da wurde er von der Frau E. mit dem Zuruf ‚Im 2. Stock hat sie auch noch zwei Zimmer!' auf die anderen Räume aufmerksam gemacht. Er zertrümmerte auch diese Räume und warf alles zum Fenster hinaus."

Heinrich Sultan, Jg. 1896, damals Brandmeister bei der Feuerwehr, erklärte vor der Spruchkammer über seinen Diensteinsatz am 9. November 1938:

„Ich hatte die Aufgabe dafür zu sorgen, dass kein Brand in den Judenhäusern angelegt wurde. Meine Leute standen also, je zwei Mann bei einem Hause, Wache. Am Abend kamen plötzlich die Wachhabenden von der Querweingasse zu mir und beschwerten sich, daß sie geschlagen und beschimpft worden wären. Ich machte mich mit ihnen sofort auf und sah vor dem Hause Sommer den Lastkraftwagen von Dörr stehen.

Bei ihm waren weiter der Lauterbach, Rhön und Walper. Sie hatten sich Waschkörbe mit Geschirr u.s.w. im Hausflur bereitgestellt. Der Betroffene beschimpfte mich in übelster Weise, zog es jedoch vor, mit seinem Wagen wieder fortzufahren."



*In dem Haus **Querweingasse 16** wohnte die Witwe Sommer, deren beide Töchter außerhalb Rotenburgs lebten.*

6: Markt 9

Eine damals (1938) Zehnjährige, deren Familie in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Rothschilds wohnte, berichtete im Juli 1988:

„Von uns hat sich keiner aus dem Haus getraut. Aber der Herr St., den hat's nicht im Haus gehalten. Der ist um die Ecke, er wollte sehen, wer's nun gewesen ist: Sie waren alle in Zivil, berichtete er. Rothschilds haben sich dann aus den Betten geflüchtet und sind in den Garten. Hinten hatten sie ein Gartenhäuschen, da haben die so laut gebetet - das war so schlimm. Das war ein Gottessegen, dass sie aus den Betten sind. Sie hatten solche Wackersteine in den Betten - das hat der Herr Rothschild meinen Eltern erzählt. Dann haben Rothschilds ihre Sachen gepackt - entweder am anderen Morgen oder noch in der Nacht.

Und dann kam die ganze Sache, wo sie alles rausgeschmissen haben. Da waren Rothschilds schon nicht mehr da. Die ganzen Sachen, alles raus. Die Rothschilds sind dann zurückgekommen, weil es hieß, sie sollten ihre Sachen aus dem Marstall holen. Das kann ich beschwören, das sehe ich wie heute noch: Meine Mutter ist mit der Frau Rothschild hin in den Marstall, mit einem großen Wäschekorb. Da war weiter nichts drin als wie 'ne alte Federdecke und die Gebetbücher."



*Das Haus Rothschild, **Markt 9**, im Jahr 2010.*

Eine detaillierte Schilderung der Vorgänge im November 1938 lieferte Henny Rothschild in einem 1939 verfassten Brief, der im Anhang abgedruckt ist.



Wohn- und Geschäftshaus ***Speier****, ca. 1950.*



Jettchen Speier*, 1860 -1941, Großmutter von Ilse Speier. Sie betete, dass vom Rath nicht stirbt.*



Adolf Speier *(1892 -1944)*



Ilse Speier/*Yehudith Epstein*

7: Breitenstraße 16

Die 1932 geborene Ilse Speier (nach Eheschließung Yehudith Epstein) über das damalige Geschehen:

„Ich erinnere mich, dass ich am Morgen im Pyjama vom Schlafzimmer kam und sich das ganze Haus in großer Unordnung befand, zersprungene Fenster, Leute rannten herum. Mein Vater betete in der Küche, und ich fragte mich, warum legt er das Morgengebet in der Küche ab? An jedem anderen Tag ging er doch in die Synagoge zum Beten! Ich verstand nicht, was um mich herum geschah. Ich sah, dass das Zimmer meiner Eltern mit Scherben belegt war, so auch die Schaufenster unseres Ladens, die Vorhänge komplett verbrannt.

Nach der Schule ging ich nach Hause. Mein Vater war nicht zu Hause, und meine Tante half meiner Mutter, die zerschlagenen Fenster zu decken. Was die Deutschen nicht vernichteten, war im Laden verstreut. Meine Mutter versuchte, so gut es ging, die Türen zu versperren. Großmutter war überzeugt, sollte vom Rath, welcher der Grund zum Ausbruch der Störungen war, nicht sterben, dann wird es für die Juden wieder besser gehen.

Großmutter war 80 Jahre alt und glaubte an die Deutschen. Sie wuchs in dem Städtchen auf und ihre Familie wohnte dort schon seit Generationen. So saß sie den ganzen Tag und betete, dass vom Rath nicht stirbt. Dieses Bild bleibt mir stets in Erinnerung - Großmutter sitzt in der Ecke und betet.“

Georg Köhler, ein damaliger Mieter im Haus der Speiers, bei einer öffentlichen Veranstaltung 1988:

„Genau um Mitternacht klirrten Fensterscheiben und Haustüren wurden gewaltsam aufgebrochen, durch den furchtbaren Krach fingen die Kinder, mein Sohn 4 Jahre, die 5 Kinder der Familie Knierim, 2-10 Jahre alt, fürchterlich an zu weinen.

Ich stand auf und wollte das Licht anmachen, aber vergeblich, denn in der ganzen Stadt war der Strom abgeschaltet. Ich suchte im Dunkeln nach einer Kerze und zündete dieselbe an, sofort kam der Ruf ‚Licht aus!‘. Im selben Moment klopfte es an meiner Wohnungstür. Als ich öffnete, stand da Herr Speier, nur bekleidet mit der Unterhose, und die anderen mit Kleidungsstücken über dem Arm. Er hat sich dann in meiner Küche fertig angezogen und hat sich dann auf den Hausboden im Hinterhaus begeben. Von dieser Stunde an habe ich Herrn Speier nie mehr gesehen.

8: Brückengasse 6

Amtsrichter Dr. Baier protokollierte am 28. April 1953 die nachfolgenden Aussagen von Fritz Rekelkamm, Jg. 1901:

„Bei meinem Eintreffen dort waren Leute damit beschäftigt, aus der rückwärtigen Tür des Hauses Löwenstein in einer Kette bis zum Marstallgebäude alle möglichen Textilien weiterzureichen.

Ob das Sachen aus dem Ladengeschäft des David Löwenstein oder aus seiner Wohnung waren, das weiß ich nicht. Ich habe mich in diese Kette eingeschaltet und eine Zeitlang solche Sachen – es handelte sich um Handtücher in Bündeln, Bettwäsche in Bündeln – in den Marstall weitergereicht. Ich stand dabei auf einem Holzstall an der Rückseite des Marstallgebäudes. Die so weitergereichten Sachen wurden in einem unteren Raum des Marstalls abgelegt.

Ich bin bei dieser Arbeit nur verhältnismäßig kurze Zeit beschäftigt gewesen, weil ich dann wieder an meine Arbeit in der Kreissparkasse musste. Die Meute hat damals die Vorgänge Hosianna schreiend begrüßt.“

Zeuge Hermann Hobert, Jg. 1906, am 28.04.1953:

„Als ich im Laufe des Tages in den Bereich des David Löwenstein kam, waren eine ganze Masse Leute in einer Kette dabei, Textilwaren, die aus der Hintertür des Hauses Löwenstein herauskamen, nach dem Marstall zu verfrachten. In diese Kette habe ich mich mit eingeschaltet. Dabei sind Textilien durch meine Hand gegangen. Was im einzelnen und wie viele mengenmäßig, das weiß ich heute nicht mehr. Bei diesen Sachen handelte es sich um neuwertige, unbeschädigte Wäschestücke oder Stoffe oder was das gewesen ist. Das weiß ich heute nicht mehr.“

Dachdecker Georg Jakob, Jg. 1901, am 24.2.1953:

„Nach Abschluss der Aktion war der ganze Laden leer. Die in dem Laden befindlichen Waren sind aus dem Laden über eine Mauer in den Marstall gebracht worden.

Ich habe nach der Tat von meinem Fenster aus, welches der Wohnung Löwenstein gegenüberliegt, bei einem Blick in diese Wohnung nicht viel mehr als ein Häufchen Dreck und hier und da einen Tischkasten oder dergleichen liegen sehen. Über der Wohnung des David Löwenstein befand sich ein größerer Lagerraum. Darin waren Textilien aufgestapelt. Dieser Lagerraum war nach der Tat leer.“







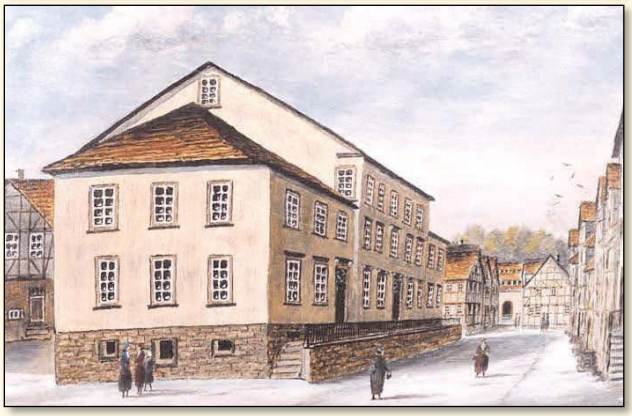
oben: *Hintereingang zum Haus Brückengasse 6.*
Mitte: *Annonce der Firma Abraham Löwenstein 1925.*
unten: *Hausfront des Marstalls.*

9: **Altstadtstraße 6** (ehem. Schulstraße)

Lehrer Karl Keim hatte bei seiner Vernehmung vor dem Landgericht Kassel am 1. Dez. 1946 zur Tatbeteiligung im Haus Altstadtstraße 6 berichtet, *„Ich habe zwei Stunden Unterricht gehalten und bin dann in der Pause zu dem nahe gelegenen Hause der Witwe Neuhaus gegangen, wo ich den Gustav Dörr Möbel aus den Fenstern werfen sah. Ich ging in das Haus und sah, wie Dörr eine Kommode hinauswerfen wollte, die er aber wegen ihrer Schwere nicht vom Platz rücken konnte. Ich riet ihm, doch die Schubkästen herauszunehmen. Ich habe dann mitgeholfen, die Sachen hinauszuschaffen, indem ich diese Kästen vor der Türe zu den anderen dort bereits hingeworfenen Sachen warf. Danach ging ich wieder zur Schule zurück und habe weiter unterrichtet .“*

Eine Zeitzeugin, Jg. 1928, war 1938 Schülerin des oben genannten Lehrers: *„Ich kenne die Herren, die damals die Bettdecken aufgeschlitzt haben und haben die Federn rausgeschüttet. Da war mein Klassenlehrer dabei, der hat sich an dieser Aktion beteiligt, ein durch-und-durch Nazimensch. Das war in der Pause, wir Kinder standen da alle herum. Ich habe da nur noch geweint, als ich das gesehen habe.“*





***oben**: vorn rechts das Haus Nr. 6 der Familie Neuhaus (ca. 1930);*
***darunter**: die gegenüber liegende sog. Gelbe Schule in einer Zeichnung von Willi Ludwig.*

Jetzt ein Blick von der Altstadtstraße auf das Haus Am Schloßtor 1. Hier die Erinnerungen von Gastwirt Heinrich Wiegand, die er am 31. Juli 1947 vor der Rotenburger Spruchkammer vortrug:

„Ich sah, wie ein Trupp SA-Leute, teils in Uniform, teils in Zivil, in das Grundstück der Judenfamilie Gans, welches meinem Haus gegenüber liegt, eindrangen, dort die Fensterflügel aushängten und auf die Straße warfen, nachdem sie die Haustür vorher demoliert hatten.
Auch wurden die Fensterrahmen vollständig zerschlagen. Den Täter habe ich genau erkannt, es war der Fuhrunternehmer Gustav Dörr, der diese Zertrümmerungen mit einem schweren Hammer ausführte.
Anschließend wurden die gesamten Möbel zum Fenster herausgeworfen, an die Fulda transportiert und dort verbrannt.
Es wurde auch Silber und alte Münzen mit auf die Straße geworfen und dort von den SA-Leuten Horst Mainz und Holzhauer durchwühlt.“
[Anmerkung: außer mit Möbeln handelte Moritz Gans auch mit Antiquitäten.]



*Das Haus **Schlosstor 1** mit dem Firmenschild „Manufakturwaren & Möbellager“ gehörte Moritz Gans. Seiner Familie gelang die Ausreise in die USA.*

10: Neustadtstraße 1 (ehem. Rasen)

Ein Rotenburger Kaufmann und Nachbar, Jg. 1883, bei seiner Vernehmung am 21. Februar 1946: *„Ich wurde von einem Lärm geweckt. Es war ca. Mitternacht. Ich schaute sofort aus dem Fenster, um zu sehen, was draußen los war. Vor dem Nachbarhaus, Am Rasen, standen etwa 5 bis 6 Personen, die mit Äxten gegen die Haustür schlugen. Die Insassen des Hauses riefen laut um Hilfe.*
Es handelt sich hier um die Familien Brandes und Goldschmidt. Von den 5 bis 6 Personen erkannte ich den Gustav Dörr, wohnhaft in Rotenburg, an seiner Stimme, und späterhin auch persönlich. Nachdem die Tür eingeschlagen war, kamen die Personen in das Haus hinein. Was sich weiterhin abspielte, darüber kann ich nichts aussagen. Ich legte mich dann auch wieder schlafen."

Georg Willich, Jg. 1898), Elektriker u. Heizer in der RAD-Truppführerschule:
„An den Judenkrawallen am 8. 11.1938 bin ich trotz meiner Mitgliedschaft zur SA nicht beteiligt gewesen, wohl aber habe ich alles genau beobachten können. Am nächsten Morgen um 7 Uhr etwa ging ich zu meiner Arbeitsstelle ins Schloss. Dabei kam ich an dem Hause des jüdischen Einwohners Brandes vorbei. Dort waren [nennt 8 Namen] *tätig, um das Haus und die Möbel zu zertrümmern."*

Pfarrer/Dekan Friedrich Hammann, Jahrg. 1893, schreibt 1965:
„Meine Kinder erwachten nachts erschreckt aus dem Schlafe auf, erschreckt durch die Axthiebe, mit denen Türen und Fester eines benachbarten Judenhauses demoliert wurden, während die Insassen sich ins obere Stockwerk flüchteten und um Hilfe in die Nacht hinaus riefen. Noch am Sonntagmorgen wurden die eisernen Öfen klirrend auf die Straße geworfen, während sich die Christen auf dem Weg zum Gottesdienst befanden." [Das Neustädter Pfarrhaus stand in der Nähe des Wohn- und Geschäftshauses Brandes, H.N.]
Dekan Hammann weiter: *„Als Zeichen für das an und für sich gute Verhältnis zwischen Christengemeinde und Judenschaft möge das gutherzige und treue Nachbarehepaar dieser bedrohten jüdischen Kaufmannsfamilie erwähnt werden. Es hatte den Mut, das Silber seiner jüdischen Nachbarn bei sich im Keller unter den Kartoffeln zu verstecken."*



links: Haus Brandes, ca. 1930.

Ludwig Brandes, Jg. 1906, in einer eidesstattlichen Erklärung vom 18. Oktober 1956 in Detroit, USA:

„Am 8. November 1938 mussten meine Eltern und ich aus rassischen Gründen von unserer Heimatstadt nach Krefeld flüchten. In der folgenden Nacht, dem bekannten Pogromtage des 9./10. November 1938, wurde unsere gesamte Wohnungs- und Geschäftseinrichtung zerstört und das Warenlager geplündert. In der Folgezeit erhielt mein Vater in Krefeld von der Polizei in Rotenburg die Aufforderung, zurückzukommen, um das Haus reparieren zu lassen, damit das Stadtbild nicht länger ‚geschändet' sei. Meine Schwester, Margarethe Goldschmidt, begleitete meinen Vater nach Rotenburg, und als sie das Ausmaß der Zerstörung sahen, ließen sie mich ebenfalls nach Rotenburg kommen, damit ich bei den Aufräumungsarbeiten helfen könne."

Ludwig Brandes gab in einer detaillierten Auflistung den Wert der zerstörten Wohnungseinrichtung und des Hausrats mit 10.800 RM an, die Reparaturen für das Haus bezifferte er auf 600 RM. *„Ich erkläre hiermit, dass ich die obigen Schätzungen sorgfältig und nach bestem Wissen vorgenommen habe. Ich erkläre ferner, dass unser gesamtes*



***Ludwig Brandes** (rechts) und sein Vater **Max Moses Brandes** neben ihrem Geschäft in Rotenburg 1936.*

10: **Neustadtstraße 1** (Fortsetzung)

Eigentum, wie oben spezifiziert, zerstört oder geplündert worden war. Wir wurden nachher in das Schlossgebäude in Rotenburg bestellt, wo noch brauchbare Gegenstände gesammelt worden waren, die von jüdischen Familien herrührten. Nach meiner besten Erinnerung konnten wir nur 2 Steppdecken von unserem früheren Eigentum feststellen, die uns ausgehändigt wurden. Da keine brauchbare Bettstelle mehr in unserem Hause vorhanden war, mussten wir während unseres vorübergehenden Aufenthaltes in Rotenburg bei Bekannten in Bebra schlafen. Nachdem wir einigermaßen aufgeräumt und die Trümmer entfernt hatten, sind wir nach Krefeld zurückgekehrt, wo wir bei Verwandten bis zu unserer Rückkehr wohnten.
Ich erinnere mich, dass die Handelskammer in Kassel uns einen kleinen Betrag für die Plünderung des Warenlagers ersetzte, und ich glaube, dass es RM 170.– waren. Ich wiederhole jedoch, dass diese Entschädigungssumme nur ein kleiner Bruchteil des wirklichen Wertes des Warenlagers war."

Geradezu skandalös war die Reaktion der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), als Ludwig Brandes 1969 nach seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben Rentenansprüche anmeldete. Hauptstreitpunkt war dabei die von ihm nicht nachweisbare Tätigkeit in dem Warenhaus Gebr. Barasch in Magdeburg von 1926 bis 1928. Obwohl drei Zeugen eine entsprechende eidesstattliche Erklärung abgegeben hatten, bestand die BfA auf einem Nachweis durch ein amtliches Dokument, das die zuständigen Stellen in der DDR dem Antragsteller jedoch verweigerten. Völlig ratlos macht die Weigerung der BfA, Ludwig Brandes' Arbeitslosigkeit vom 8. November 1938 (Flucht nach Krefeld) bis zum 27. August 1939 (Ausreise in die USA) als verfolgungsbedingt zu akzeptieren. Dass Juden ab November 1938 praktisch keine Chance auf Abschluss eines normalen Arbeitsvertrages hatten, wurde von der BfA ignoriert; sie ließ den Antragsteller im November 1978 (nach 9 Jahren Kampf um eine angemessene Rente!) wissen: *„Für die Annahme einer verfolgungsbedingten Arbeitslosigkeit müsste vielmehr hinreichend dargetan sein, dass Sie objektiv und subjektiv arbeitslos waren, d. h. als Arbeitnehmer aus Verfolgungsgründen nicht in einem Beschäftigungsverhältnis standen und keine*



Tätigkeit als mithelfender Familienangehöriger oder als Selbständiger ausübten sowie eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben konnten und bereit waren, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen."
Im November 1979, ein Jahr vor seinem Tod, wandte sich Ludwig Brandes über eine Düsseldorfer Anwältin ein letztes Mal an die BfA. *„Meiner Meinung nach ist mein Fall ziemlich klar",* schrieb er der Anwältin. *„Der Betrag, den ich jetzt erhalte, ist, soweit ich weiß, eine Altersrente und ist nicht mehr als ein Almosen."*
Trotz der bitteren Erfahrungen, die ihr Vater auch noch in der Nachkriegszeit machen musste, folgte seine Tochter Joan im August 2012 einer Einladung nach Rotenburg - zusammen mit ihrer Cousine Gretel und ihrem Cousin Julian (s. u.) sowie weiteren Nachfahren. Als Geschenk für das Jüdische Museum brachten sie einen Löffel aus einem Silberbesteck mit, das ihre Großmutter im Küchenherd versteckt hatte, ehe die Familie am 8. November aus Rotenburg flüchtete. Das Foto unten zeigt Julian Brandes 2013 vor dem ehemaligen Haus Brandes mit einem von der Großmutter im November 1938 versteckten silbernen Löffel.



11: Steinweg 24

In den Zeitzeugenberichten über die Novemberpogrome 1938 ist immer wieder von dem besonderen Vandalismus die Rede, der darin bestand, dass aus den oberen Etagen Klaviere gestürzt und die Federbetten aufgeschlitzt und aus den Fenstern geschüttelt wurden (”Frau-Holle-Effekt”). Mehrfach bezog sich diese Beobachtung auf das Haus der Familie Rothschild, Steinweg 24.

Ein damals Vierzigjähriger ehemaliger SA-Mann:
„An den Judenkrawallen bin ich trotz meiner Mitgliedschaft in der SA nicht beteiligt gewesen, wohl aber habe ich alles genau beobachten können. Wir waren als Reserve-SA am 7.11.1938 etwa 20 Uhr alarmiert worden und befanden uns den Abend in dem SA-Verkehrslokal Wiegand. Mittags traf ich am Rothschildschen Haus, jetzt Engel, [nennt einen Namen] als er gerade das Klavier herunterwarf und ich hinderte ihn noch im Innern des Hauses daran, den ganz neuen Zentralheizkessel zu zerstören."

Eine 1913 geborene Zeitzeugin, Ende der 1920er Jahre Lehrmädchen bei der jüdischen Schneidermeisterin Gans:
„Am Steinweg bei Meier Rothschild. Da dreh ich mich rum, da haben sie ein Fenster rausgeklopft und auch die Balken. Und dann haben sie das Klavier rausgeschoben. Das kam dann runter und das donnerte dann so. Ich habe einen richtigen Schrecken gekriegt. Es kullerten einem die Tränen. Ich dachte, sind doch Menschen, sind doch Menschen wie wir, wer kann so was machen. Der eine war ein Geschäftsmann, der andere, der war, glaube ich, bei der Bahn. Und da hab’ ich gedacht, das kann doch nicht wahr sein, das hätte ich von denen gar nicht geglaubt."

Reichsbahnschaffner i. R. Friedrich Hessler am 6.3. 1947 vor dem Amtsgericht in Rotenburg:
„Ich kam vormittags von Bebra zurück. Vor dem Hause Meyer-Rothschild lag ein großer Haufen Möbel. Ich stellte mich gegenüber und sah dem Treiben zu. Während ich mich mit Malermeister Moritz unterhielt, kam Wagner mit seiner Belegschaft aus seinem Hof heraus. Jeder hatte eine Axt in der Hand. Sie gingen in das Haus Rothschild hinein. Dann bin ich zu Herrn Schnell gegangen und frug ihn, was er zu der Sache sage. In dem Moment flog ein Essgeschirr auf die Straße. Schnell sagte, dass es



Haus am linken Bildrand: ***Steinweg 24*** *(ca. 1950 Schreibwaren-Engel).*
Das Haus war bis 1938 Wohn- und Geschäftshaus von Meier Rothschild, des jüngeren Bruders von Isaak Rothschild, Marktplatz 9.

erst vor 14 Tagen bei ihm gekauft worden sei. Dies geschah ungefähr in der Zeit zwischen 8 oder 9 Uhr vormittags. Mit Wagner zusammen waren ca. 4 Lehrlinge und 1 Gehilfe.“

Wachtmeister August Temme, Jg. 1920, am 5. März 1947 vor dem Amtsgericht in Rotenburg:
„Von 1934 bis 39 war ich als Lehrling bei der Firma Hofmeister & Wagner, Rotenburger Tageblatt, beschäftigt. An diesem betreffenden Tage hörte ich schon in den frühen Morgenstunden von meiner Arbeitsstelle aus den Lärm vom Zertrümmern des Mobiliars bei dem Juden Rothschild. Um 9 Uhr war im Betrieb Frühstückspause, die um 9.30 Uhr beendet war. Während dieser Zeit gingen der Schwager meines Chefs, Herr Georg Hofmeister, und ich in das Haus des Juden Rothschild. Ich hatte in meiner Hand ein kleines Beil. … Im Haus des Juden Rothschild war um diese Zeit das Mobiliar vollends zertrümmert und der größte Teil lag auf der Straße. Ich möchte betonen, dass ich in dem Hause des Juden Rothschild nichts angefasst oder beschädigt habe. … Der Anblick der sinnlosen und unmenschlichen Zerstörung hinterließ auf mich jungen Menschen einen dermaßen abschreckenden Eindruck gegen die Nazipartei und alle ihre Gliederungen, dass ich mich seit dieser Zeit vom Dienst der HJ fernhielt.“
Temme ergänzend am 6.3.1947: *„Als wir hinkamen, war schon alles zertrümmert und zerschlagen. Wir waren beide noch in die obere Wohnung gegangen und stellten das fest. Die Täter waren in der Hauptsache Lehrgangsteilnehmer von der Truppführerschule des Arbeitsdienstes Rotenburg/F., die aber nicht in Uniform, sondern in Zivil waren. Die Namen und Anschriften derselben kann ich nicht angeben.“*

12a: **Brotgasse 19** (ehem. Synagoge)

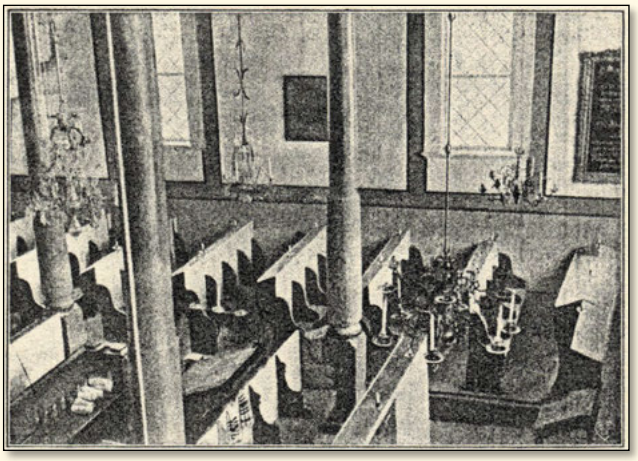
Dass Schulkinder in Rotenburg - wie auch andernorts - mithalfen an dem Zerstörungswerk in der Synagoge, wird auch durch die beiden Briefe dokumentiert, die der damalige Rotenburger Pfarrer Müller-Osten wenige Tage nach dem Geschehen an die Kirchenleitung in Kassel schrieb. (s. unten)

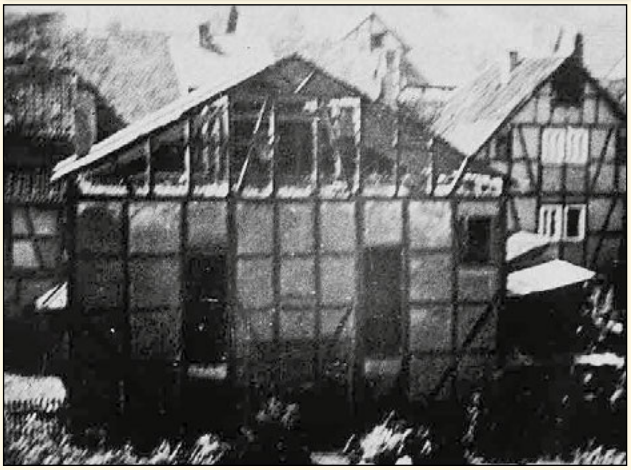
Ein Zeitzeuge, der als Kind in der Brotgasse wohnte: *„Der Durchgang zur Synagoge stand offen. Hier war auch alles verwüstet. Vor der Empore lag noch die Thorarolle. Auf einer Leiter stand ein Mann, der riss die Messingleuchter von der Decke und warf sie auf den Boden. Er schrie: Leute, das gibt jetzt Kanonenrohre!“*

Ein Zeitzeuge, Jahrgang 1923, erinnerte sich 2001: *„Ich bin durch die Brotgasse und musste natürlich gucken, was in der Synagoge hinten passiert war. Die Leute sind da alle durchgeströmt. Und dann weiß ich noch, dass Jungen da an die Kronleuchter gesprungen sind und haben da geschaukelt. Das war ein böses Durcheinander.“*

Pfarrer/Dekan Friedrich Hammann schrieb im Sommer 1945 als „Nachtrag zu 1938“ in der Chronik der Altstädter Kirchengemeinde u. a. (S. 55):
„Am furchtbarsten war jedoch die Zertrümmerung der Synagoge in der Brotgasse, bei der unter Leitung bzw. stillschweigender Zulassung der Lehrer Schulkinder durch Steinwürfe und tätliche Handlungen das Zerstörungswerk verrichteten. (!) Die große Thorarolle mit den heiligen Texten des Alten Testaments wurde durch den Steinweg geschleift, das Gewand des Rabbiners unter Hohn und Spott zur Schau getragen. Der jüdische Friedhof auf halber Höhe am Katzenkopf wurde auf schmähliche Weise geschändet. Pfarrer Müller-Osten, der im Konfirmandenunterricht seinen Konfirmanden danach väterlich und ernsthaft diese schandbare Handlungsweise verwies, wurde in Versammlungen und auch durch eine Zusammenrottung vor seinem Pfarrhaus ernstlich bedroht. Im Abendgottesdienst des bald darauf folgenden Bußtages wurde ein Stein gegen die der Apotheke gegenüberliegende Tür der Altstädter Kirche geworfen.“

Am 1. Dezember 1938 schrieb Pfarrer Kurt Müller-Osten, Jg. 1905, einen Brief an den Landeskirchenausschuss in Kassel: *„Wie ich verschiedentlich erfahren habe, soll von Seiten der Partei bei höheren Stellen ein Schritt gegen mich unternommen werden, weil ich in der Konfirmandenstunde auf die Zerstörung der Synagoge Bezug genommen hätte. Ich erlaube mir zur ersten Information, den Vorgang hiermit darzustellen. Mir war berichtet worden, daß Kinder aus meinen Konfirmandenklassen daran beteiligt gewesen seien, am Mittag nach der Vergeltung an den Juden ihrerseits in der Rotenburger Synagoge das Zerstörungswerk mit vollendet zu haben. Ich hatte zunächst nicht unbedingt vor, den Konfirmanden gegenüber Stellung zu nehmen, obwohl mir meine seelsorgerliche und erzieherische Pflicht zu einem richtungsweisenden Wort mehr und mehr klar wurde. Aber als ich am Freitag danach [11. Nov., H.N.] in die Klassen trat, entnahm ich der ganzen aufgeregten, fast herausfordernden Art der Kinder - es fiel auch halblaut das Wort ‚Jidden‘ - eine nicht ausgesprochene, aber empfundene Frage an mich als ihren Pfarrer, den Vertreter der Kirche. Am Dienstag zuvor bezw. in der Nacht von Montag auf Dienstag zuvor war zwar schon die Vergeltungsaktion vorausgegangen, aber*





*oben: Das Innere der Rotenburger **Synagoge 1905**.*
*unten: die Synagoge vor dem **Abriss im Jahr 1947**.*

12b: **Brotgasse 19** (ehem. Synagoge)

von einer Beteiligung der Konfirmanden nichts bekannt gewesen; so war ich am Dienstag auch auf die Zerstörung der Synagoge nicht eingegangen, zumal auch die Ereignisse noch viel zu undurchsichtig waren. Nun aber fühlte ich unter dem Eindruck der ganzen Haltung meiner Konfirmanden und nachdem ich die Tage zuvor, fast möchte ich sagen: schmerzlich mit mir zu Rate gegangen war - vor Gott und diesen Kindern die unausweichliche Pflicht, zu der Beteiligung mir anvertrauter Jugend an der Antastung eines Gotteshauses nicht schweigen zu dürfen. Wir standen im unteren Jahrgang bei der Durchnahme der Propheten und ihrer Weissagung vom Strafgericht Gottes am abtrünnigen Volk, im oberen Jahrgang in der Besprechung des Dritten Artikels (des Glaubensbekenntnisses) bei der Darstellung der Kirche als des ‚Volkes Gottes'. So ergab es sich ohne Not, die Linie des göttlichen Zornes am Volk der Juden einmal auszuziehen - ein Stoff, der bis dahin thematisch noch nicht an die Reihe gekommen war. Nach der Kreuzigung des verheißenden Heilands liege auf den Juden bis zum heutigen Tage der Zorn Gottes und so lange, bis das Volk sich zu Gottes Sohn bekennen werde. Etwas von den Strafgerichten Gottes erlebten wir in diesen Tagen vor unseren Augen.

Aber es sei eine andere Frage, ob Kinder sich berufen fühlen dürften, ein fremdes Heiligtum mit anzurühren. Ob es sich um ein mohammedanisches oder jüdisches Heiligtum handele - es sein ein Haus, da man in bestimmter Weise Gott ehren wolle. Es zu zerstören sei ein Frevel, zu dem Konfirmanden sich nicht bereit finden dürften. Es liege gewiß auch nicht im Sinne des Führers, wenn jugendliche Deutsche so etwas täten. Nunmehr seien ja auch alle weiteren Aktionen untersagt worden. Dies alles habe ich in bewußt ruhigem, freundlichem Ton und doch verweisend-ernstem Tone gesagt, so wie man Kindern ein Unrecht zur Einsicht bringen will. Ich habe in solcher Weise in den beiden Jahrgangsklassen von Rotenburg, die an jenem Freitag von 3-4 und von 4-5 Unterricht hatten, ebenfalls auch tags zuvor in den beiden Jahrgangsklassen von Lispenhausen gesprochen, wo die Kinder ganz den gleichen Eindruck machten und auch m. W. ein Junge einfach fehlte bezw. zu spät kam, weil er sich die Zerstörung und den Brand in Rotenburg angesehen hatte. Ich betone, daß es mir in den Stunden um die Zerstörung des Heiligtums und die Beteiligung der Konfirmanden daran zu tun war, und ich versichere, daß ich vor Gott nicht hätte anders handeln können. Nicht zuletzt glaubte ich damit auch unserem Volk zu dienen, wenn ich die mir übergebene Jugend zur Achtung vor dem Hause Gottes - und sei es auch dem Hause eines anderen Glaubens - ermahnte und anhielt. Wie in Rotenburg bekannt geworden ist, hat der Ortsgruppenleiter Walper davon gesprochen, er wolle mich am Morgen vor dem damals nächsten Gottesdienst zur Rede stellen. Das ist nicht eingetreten. In einer Parteiversammlung hat er ferner öffentlich dem Sinne nach gesagt, wenn Pfarrer Müller-Osten weiter so im Unterricht hetze, bedauere er, ihm nicht gleich einen Denkzettel verabfolgt zu haben. So ähnlich war die Äußerung. Er soll, wie wir hörten, versucht haben, durch einen Auflauf oder Ähnliches mich in Rotenburg unmöglich zu machen, um dem Gau [gemeint ist Gauleitung der NSDAP, H.N.] die Handhabe zu geben, meine Verdrängung zu betreiben. Ergebenst, Müller-Osten"

In einer noch am gleichen Tag verfassten Ergänzung betont Müller-Osten:

„Erst am Freitag, den 11. November, nachdem mir die Beteiligung der Konfirmanden bekannt geworden war, kam ich in Rotenburg in den Konfirmandenstunden in der von mir dargestellten Weise darauf zu sprechen (in Lispenhausen schon am Donnerstag). Auf die Zerstörung der Privatwohnungen, die in zwei Aktionen erfolgte (die letzte am Donnerstag, den 10. November, früh) habe ich überhaupt keinen Bezug genommen."

Den Ergänzungsbericht schrieb Müller-Osten noch am gleichen Abend nach seiner Rückkehr aus Kassel, wo er dem Landeskirchenausschuss Rede und Antwort gestanden hatte.

Seine Stellungnahme verrät seine Unsicherheit darüber, ob sein Verhalten die Billigung der kurhessischen Kirchenleitung finden wird, die sich ihrerseits nicht zu einem Votum zu den Pogromen hatte durchringen können. So ist es wohl auch erklärlich, dass Müller-Osten es von sich wies, mit seiner Kritik den Umgang mit den jüdischen Menschen gemeint zu haben, sondern ausschließlich theologisch verstanden sein wollte - unter Beachtung der *„Propheten und ihrer Weissagung vom Strafgericht Gottes am abtrünnigen Volk".*

Denn, so Müller-Osten:

„Etwas von den Strafgerichten Gottes erlebten wir in diesen Tagen vor unseren Augen."

13: Brotgasse 21

Eines Morgens, sehr früh, es war noch nicht hell, wachte ich auf. Es war ein furchtbarer Lärm. *Bei Kaufmanns wurden die Fensterscheiben eingeschlagen. In der Judenschule waren schon alle Scheiben kaputt. … Von Kaufmanns Familie habe ich keinen mehr im Haus gesehen. Am Morgen kamen wieder Leute, die dann die Möbel aus den Fenstern warfen. Jetzt sah ich jemanden an Kaufmanns Fenster stehen, er hatte das Aquarium mit zwei Goldfischen vor sich und versuchte, mit einer Stricknadel die Fische zu erstechen. Dann nahm er das Glas, hielt es zum Fenster hinaus und ließ es herunterfallen. Die Fische zappelten auf der Straße."* (aus: Manfred Fuchs: Was längst vergessen schien. Meine ersten 17 Jahre, Rotenburg 2006.)



*Das Haus **Kaufmann (Brotgasse 21)** ist das Gebäude ganz rechts auf der rechten Straßenseite; die jüdische Schule war direkt links daneben. Manfred Fuchs wuchs in dem Haus unmittelbar gegenüber auf.*

Insgesamt wurden in Rotenburg 22 Gebäude (einschließlich der Synagoge und der Jüdischen Schule) in den Tagen und Nächten vom 7. bis zum 10. November 1938 in Mitleidenschaft gezogen. Die Instandsetzungskosten der beschädigten und zerstörten Häuser und Wohnungen mussten die jüdischen Familien selbst tragen. Sie wurden vom Bürgermeister gedrängt, die sichtbaren Schäden ohne Verzug zu beseitigen, und zwar gemäß der Regierungsverordnung vom 12. November 1938 „Zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben", in der es hieß:

§ 1. Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.
§ 2. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.
§ 3. Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den übrigen Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12. November 1938. Der Beauftragte für den Vierjahresplan — gez. *Göring*, Generalfeldmarschall

Hermann Göring, zweiter Mann hinter Hitler, nannte die Pogrome eine „volkswirtschaftlich unsinnige Zerstörung von Sachwerten". Göring war für den Vierjahresplan verantwortlich, also dafür, die Wirtschaft bereit zu machen für den Krieg. *„Mir wäre es lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet",* soll er zu Goebbels gesagt haben. Schließlich machte Göring den Vorschlag, allen Juden eine „Sühne" aufzuerlegen: Eine Milliarde Reichsmark hatten sie an das Deutsche Reich zu zahlen. Zudem mussten die Juden ihre Versicherungsansprüche komplett an den Staat abtreten. Folglich mussten die Juden die Schäden der Reichspogromnacht, die ihnen von den Nationalsozialisten zugefügt worden waren, selbst beseitigen und bezahlen.

Es passte in den Plan der Partei, die jüdische Bevölkerung komplett aus dem wirtschaftlichen Leben auszuschließen. Die Täter des Novemberpogroms aber kamen fast alle straffrei davon. Das Oberste Parteigericht der NSDAP hatte sich mit einer Fülle von Verfahren wegen Mordes, Plünderung und Vergewaltigung im Zuge der Reichspogromnacht zu befassen, die jedoch größtenteils niedergeschlagen wurden.

Jeder in der Öffentlichkeit wusste, dass nicht die „kochende Volksseele" oder „der spontane Volkszorn" für die Pogrome verantwortlich gewesen waren, wie es die staatlich gelenkte Presse schrieb. *„Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei",* hieß es sogar im Bericht des eigenen Parteigerichts vom 13.02.1939.

14: Brotgasse 32

Zum gesicherten Kenntnisstand der Geschehnisse vor Ort gehörte später die von vielen Zeitzeugen wahrgenommene Misshandlung des 3-jährigen Fritz Gans, Sohn von Julius u. Frieda Gans geb. Meyer vor ihrem Haus, Brotgasse 32.

Georg Köhler, 1988 in einer öffentlichen Versammlung: *„Das vorletzte Haus, das kleine Fachwerkhäuschen: Isak Meyer. Die haben mit Lebensmitteln gehandelt und Seifenpulver und so was. … Und diese Frieda Meyer nahm das Kind auf den Arm, und denen haben sie Seifenpulver ins Gesicht geschüttet. Das war in Rotenburg bekannt. Und da sollen sie ja nicht sagen, sie haben von nichts gewusst.“*

Ein seinerzeit 12-Jähriger berichtete im November 1996: *„Ich kam aus der Schule und ging durch die Brotgasse, als ich das sah. Dann kam die Frau mit dem Kind raus, die Frau hatte das kleine Kind auf dem Arm und dann wurden die beiden mit Seifenpulver beworfen.“*

Ein seinerzeit Fünfjähriger (Manfred Fuchs) in seiner 2006 publizierten Schilderung seiner Jugendjahre: *„Ich ging jetzt auch auf die Straße, nach hinten, zu Meyers Laden. Da waren mehrere Männer, die Waschpulver und andere Sachen gegen die Hauswand warfen. Das Haus war schon ganz weiß auf der Vorderseite. Sie hatten die Schaufensterscheibe eingeschlagen und holten die Sachen aus dem Laden. Einer transportierte einen Handwagen voll Ware ab. Die Haustür war verschlossen, doch dahinter schrie ein Kind. … Meine Eltern holten mich von Meyers Laden weg. Es war richtig Aufruhr in der Stadt. Wir gingen bis in den Steinweg, überall, wo Judenhäuser waren, lagen die Sachen auf der Straße … Vorn in der Brotgasse hatten sie ein Klavier aus dem zweiten Stock geworfen. Da platzten einzeln die Saiten, bing, bong, bang. … Am Mittag kamen Pferdefuhrwerke und Lastwagen, die Möbel und Hausrat von den Straßen abholten. Die Sachen aus der ganzen Stadt, die Juden gehörten, wurden dann am linken Fuldaufer zu großen Haufen gestapelt. Am Abend standen wir und fast alle Einwohner von Rotenburg an und auf der Fuldabrücke und sahen zu, wie sie die Sachen in großen Feuern verbrannt haben. Das hieß hier in Rotenburg Judenaktion. … Am nächsten Tag haben sie dann das Auto vom Kaufmann Meyer hinter seinem Haus geholt und haben es beim Fahren aus der Brotgasse in den Steinweg in der Kurve umgeworfen. Es war ein grünes eigenartiges Gefährt. Vorn zwei Räder, als Aufbau ein großer Kasten mit Deckel für den Transport von Lebensmitteln. Hinten ein Rad, darüber der Sitz, angetrieben mit einem kleinen Motor. Die Zeit ging dahin, die Häuser der Juden standen mit den kaputten Scheiben leer.“*



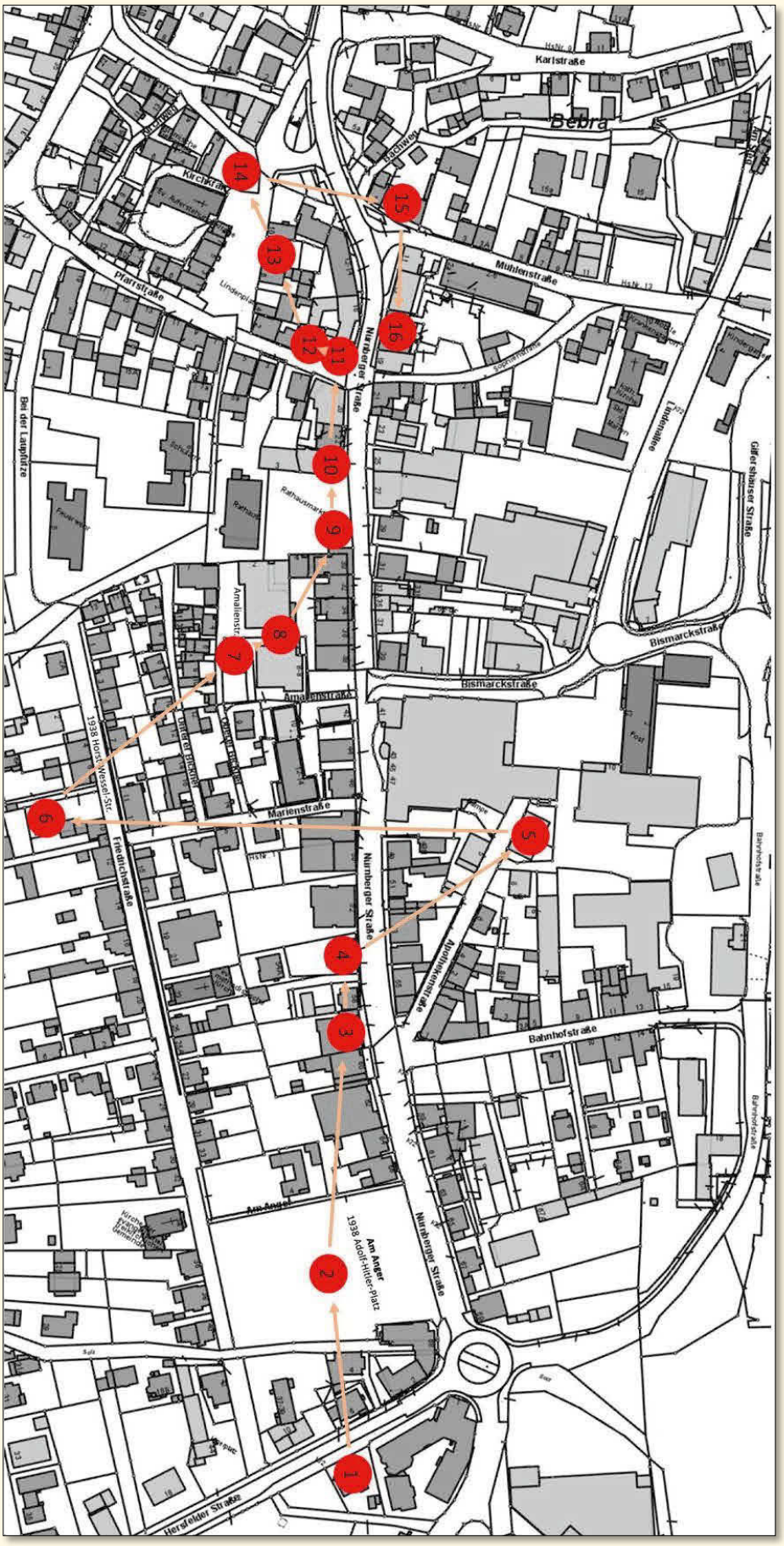


oben: *das 1. Haus auf der linken Straßenseite war das Wohn- u. Geschäftshaus J. Meyer.*
unten: *Reklame von u. a. J. Meyer (3. Reihe von unten).*

Ein Rundgang zu Bebraer Tatorten im November 1938

Es soll im Folgenden, wie schon für Rotenburg geschehen, aus den Aussagen, die in den ersten Nachkriegsjahren in amtlichen Verhören und bei späteren Befragungen gemacht wurden, ein **Tatort Bebra November 1938** skizziert werden. Die Darstellung geschieht in der Annahme, dass das schwer fassbare Geschehen auf dem Weg der räumlichen Darstellung konkretisiert und so eher vorstellbar, wenn auch nicht begreifbar werden kann.

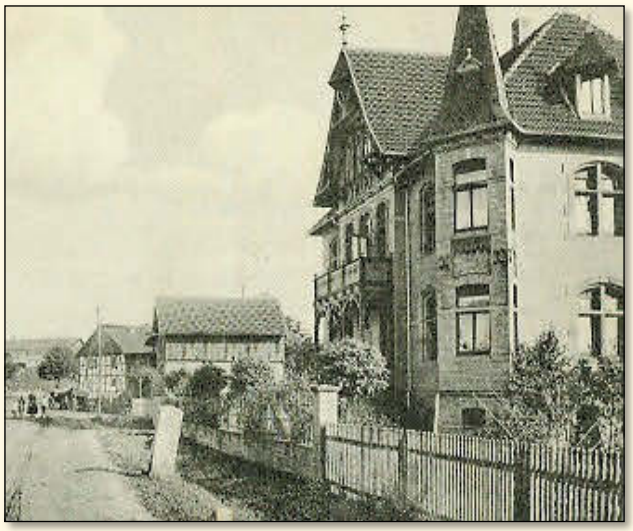
16 = Nürnberger Str. 17
15 = Nürnberger Str. 9
14 = An der Bebra 1
13 = Lindenplatz 8
12 = Pfarrstraße 2
11 = Nürnberger Str. 18
10 = Nürnberger Str. 24
9 = Nürnberger Str. 28
8 = Amalienstr. 4
7 = Amalienstr. 9
6 = Friedrichstr. 8
5 = Apothekenstr. 10
4 = Nürnberger Str. 54
3 = Nürnberger Str. 58
2 = Am Anger
1 = Hersfelder Straße 7



1: Hersfelder Straße 7

Liebe Mutter! *Wir hätten auch längst geschrieben, aber wir wollten erstmal zur Ruhe kommen, damit unser Bericht vom letzten Ereignis nicht so drastisch wird und Du nicht so einen Schrecken bekommst. Anläßlich des Attentats auf Legationsrat vom Rath sind hier große Judenverfolgungen gewesen. In der Nacht vom Montag auf den Dienstag* [7. auf 8. November 1938, H.N.] *sind verschiedene Fanatiker der Partei in die Judenhäuser eingedrungen, haben die Juden aus den Betten geholt und alles kurz und klein geschlagen. Alle Möbel umgekippt, Porzellan, Glas, Fensterscheiben, überhaupt alles Erreichbare umgekippt und kaputt geschlagen; Vorhänge abgerissen, Stoffe und auch zum Teil Lebensmittel umhergeworfen, elektrische Lampen und Birnen. Sogar die Lichtleitungen kaputt geschlagen, bei Emanuels eingebaute Waschbecken, Badewanne, sogar die Platten sind hinüber. Wir hörten die ganze Nacht Spektakel und Klirren von Glas, dachten aber nicht anders als es sei ein großes Autounglück geschehen. Wir schliefen die ganze Nacht nicht, konnten aber bei der Dunkelheit auch auf der Straße nichts erkennen als nur viele Menschen, ich glaube die Hälfte der Bewohner Bebras waren die Nacht auf den Beinen. ...*

Der Jud Emanuel stand inmitten der Trümmer, kein Fensterkreuz mehr im Haus, keine Türe mehr, sogar die schwere eichene Haustür ist nicht mehr vorhanden, ein Bild des Entsetzens und großen Jammers. Nachmittags [8.11., H.N.] *sind dann die Juden alle von hier weg, sie mußten wohl auch, denn sie konnten sich ja nirgends aufhalten, noch nicht einmal ein Bett war ja noch ganz. Die andere Nacht war Ruhe.*



Haus der Familie Emanuel, ***Hersfelder Straße 7****, ca. 1950*

„Dann am Mittwoch auf den Donnerstag [9./10.11.] *gings wieder los, denn am Mittwoch war Herr v. Rath gestorben. Als Rache hierfür kam die zweite Aktion. Wir hörten wieder ein furchtbares Getöse und schliefen in dieser Nacht wieder nicht, denn in der Nacht hören sich Axtschläge so sehr unheimlich an. Dieses Mal sind alle Möbel, überhaupt jegliches Inventar aus den Judenwohnungen geholt worden und auf dem Adolf-Hitler-Platz* [heute: Am Anger, H.N.] *aufgestapelt und verbrannt worden. Silber, Schmuck, die großen Warenlager und die unheimlich vielen gelagerten Lebensmittel und natürlich auch Geld sind von der Polizei beschlagnahmt und sichergestellt worden." (aus einem Brief v. Gerda Kappes v. 11.11.1938)*

Der ungekürzte Brief, den Gerda Kappes am 11.11. 1938 an ihre zu Besuch in Kiel weilende Schwiegermutter schrieb, ist vollständig auch in Band 2 der 16-bändigen Dokumentation „Die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland" (2009) abgedruckt.

2: Am Anger (Nürnberger Straße 68)

Eine zweite Welle von Ausschreitungen erfolgte in der Nacht vom 9. zum 10. November, der „eigentlichen" Pogromnacht: *„Da wurden in Bebra aus den Wohnungen der Juden die vor zwei Tagen zuvor zertrümmerten Möbel herausgeholt und öffentlich auf dem Adolf-Hitler-Platz* [heute: Am Anger, H.N.] *verbrannt. Dieses geschah mit dem Absingen von Liedern durch die Bebraer NS-Frauenschaft, zum Beispiel ‚Flamme empor'."* (Zeitzeuge Hans Horn in einer öffentlichen Veranstaltung am 9. November 2013 ; so auch Kurt Rehs.)



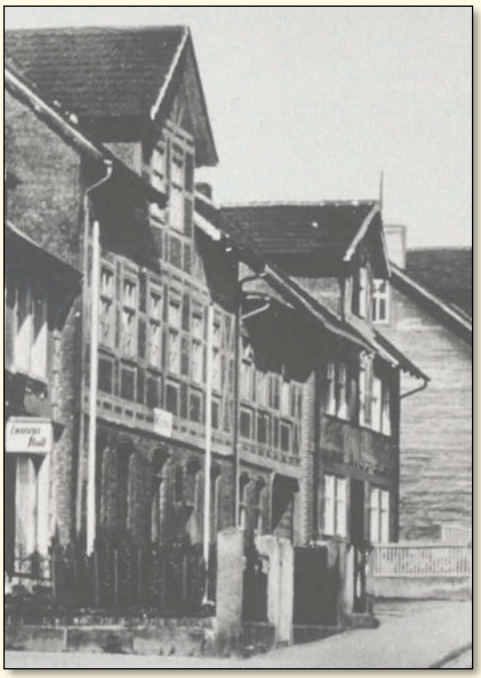
Der heutige ***Stadtpark „Am Anger"*** *trug von 1933 bis 1945 die Bezeichnung „Adolf-Hitler-Platz"*

3: Nürnberger Straße 58

Zeugenaussage Johannes Heerdt, Jg. 1887, **gegenüber Landjäger-Anwärter Schuster am 13. 03.1946)**:
„Gegen 23 Uhr schickte mich der Wachtmeister Iser auf Verdunkelungsstreife. … Durch die Apothekenstraße ging ich dann zum Hotel Röse. Ich konnte auch dort von außen sehen, dass dort ebenfalls etwas im Gange sei. Daraufhin ging ich zu dem Polizeirevier zurück, und Wachtmeister Isern kratzte sich in den Haaren und sprach: Bei Rothfels sind sie am Demolieren, was soll ich bloß tun?“

Stadtrat a. D. Hans Horn in einer öffentlichen Veranstaltung 2013:
„Vor dem Haus Rothfels bin ich zu denen, die schon da standen, und was ich da gesehen habe, hat mir die Sprache verschlagen vor Schreck. Bettzeug, eine Nähmaschine, Anziehsachen lagen auf dem Erdboden, die Fensterscheiben waren kaputt. Die Haustür lag neben der Treppe, es waren nur noch Teile davon. Sie war eingetreten oder mit einem Gegenstand zertrümmert worden. Die älteren Zuschauer waren empört über ein solches Handeln. So waren in der Nürnberger Straße die Judengeschäfte von den hirnlosen Vandalen zerstört worden.“

Zeugenaussage Käthe Schreiber, Jg. 1907, war 1938 Mieterin im Haus Rothfels, Nürnberger Str. 58, gegenüber **Bürgermeister Iwanowski** am 29. Dez. 1945:
„Am 7.11.1938 etwa zwischen 23 und 24 Uhr wurde mein Mann aus einer Menge, die sich vor dem Hause Nürnberger Str. 58 angesammelt hatte, aufgefordert, das Haus aufzuschließen. Da mein Mann dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde aus der Menge mit Steinen in unsere Wohnung geworfen. Gleichzeitig erbrach die Menge die Haustüre und stürmte die Wohnungen der Geschwister Rothfels und von Siegfried Abraham. Auf das Geschrei der genannten Familien begaben sich mein Mann und ich in den 1. Stock, um zu sehen, was dort vor sich ging. Hier sah ich, an der Tür des Ladens stehend, wie der Siegfried Abraham auf dem Fußboden des Ladens in der Nähe der Küchentür lag und mehrere Leute versuchten, ein Ladenregal mit Waren auf ihn zu stürzen. … Etwa eine Stunde später kam eine Anzahl der Plünderer in meine Wohnung und verlangte die Herausgabe der jüdischen Personen, die sich angeblich in meiner Wohnung versteckt hätten. … Die Eindringlinge waren bewaffnet mit Gummiknüppeln, Äxten und anderen Gegenständen. Als die Menge sich verzogen hatte, gingen mein Mann und ich nach unten, um zu sehen, ob wir dem Abraham, der draußen auf dem Flur lag und um Hilfe rief, helfen konnten. Gemeinsam mit meinem Mann trug ich den mittlerweile besinnungslos gewordenen Juden in meine Wohnung und wir legten ihn auf das Sofa. Hier versuchten wir gemeinsam den Mann zur Besinnung zu bringen, dieses gelang uns aber nicht. Gleich nach Anbruch des Tages ging ich zu Herrn Dr. Niemeyer und bat ihn zu dem Verletzten zu kommen. Der Arzt kam sofort dieser Aufforderung nach. Der Arzt verständigte die Ortspolizeibehörde und veranlasste die Überführung in ein Krankenhaus. Die Überführung wurde auch am Nachmittag ausgeführt. …



Nürnberger Straße 58, ca. 1940.

In der Nacht vom 8. zum 9. 11. 1938 drang erneut ein Haufen Menschen in die Wohnungen und die Kellerräume der im Protokoll benannten Juden ein und nahmen alles Wertvolle, was sich noch im Hause befand, mit, unter anderem sämtliche dem Siegfried Abraham gehörenden Spirituosen, die im Keller lagen, da Abraham das frühere Hotel Fackenheim nicht mehr weiterführen durfte. Die abziehende Menge war betrunken. Die brennbaren Möbelteile wurden auf den ehemaligen Adolf-Hitler-Platz hingebracht. Daselbst wurden noch aus anderen Judenhäusern die Sachen angefahren und am Abend unter Absingen von Liedern, „Flamme empor“, gesungen von der Frauenschaft Bebra, verbrannt. Dieses habe ich von meinem Fenster aus mit angesehen und angehört.“

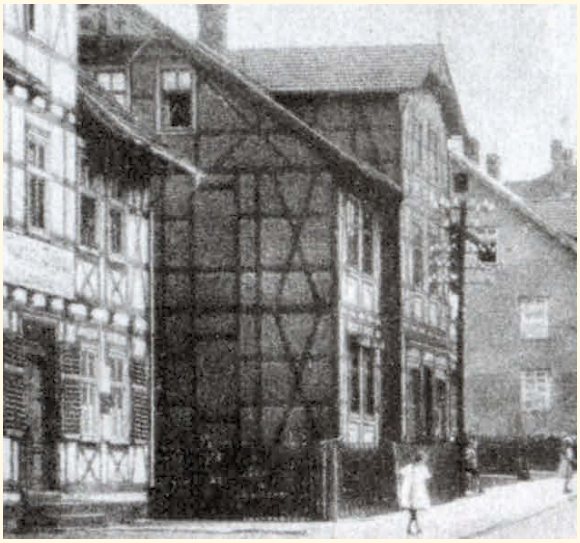
4: Nürnberger Straße 54

Angeklagter Otto Rehs, Jg. 1902, am 11. März 1946 gegenüber dem Amtsrichter:

„Am 7.11.1938 war ich durch den Kreisleiter in Bebra unterwegs. Ich war mit in der Wohnung des Viehhändlers Katzenstein, dann gingen wir zur Synagoge, die aber schon zerstört war und auch zu der Wohnung des jüdischen Einwohners Levi in der Nürnberger Straße. Dort habe ich Fensterscheiben mit eingeschlagen, sonst habe ich aber nichts entzwei geschlagen. Am anderen Tag … wurde ich wieder in das Versammlungslokal Röse bestellt und wir wurden zum Ausräumen der Judenwohnungen befohlen. Wir haben in der Wohnung des Levi die zerschlagenen Sachen ausgeräumt und auf einen Lastwagen geladen. … Bei dem Verbrennen der Sachen auf dem Adolf-Hitler-Platz war ich nicht anwesend."

O. Rehs am 17.12.46 (Protokoll der Strafkammer):
„Am zweiten Abend der Judenaktion mussten wir bei dem Gasthaus Röse antreten. Der Standartenführer beauftragte uns, Geheimakten zu suchen. Ich bin mit anderen bei Levi in der Nürnberger Straße und bei Rothfels gewesen. Bei Levi stand die Tür offen, wohl auch bei Rothfels … Bei Levi habe ich zertrümmerte Sachen aufgeladen und zum ehemaligen Adolf-Hitler-Platz gefahren."

Kurt Rehs, Jg. 1924, 31 Jahre Bauamtsleiter, der im Nachbarhaus wohnte, im Juni 2007:
„Leopold Levi studierte Kunstgeschichte. Er wohnte in der 2. Etage mit seiner Frau Martha, einer sehr schönen Frau. Der hatte Bücher noch und noch, die flogen in der Kristallnacht alle aus dem Fenster. Nicht nur die schönen Bücher, auch die Möbel, das Geschirr, die Einmachgläser. Sein Vater Wolf Levi wohnte unten, auf der Ebene des Ladens. Das Geschäft in der Apothekenstraße 10 betrieb er gemeinsam mit seinem Bruder.
Es war die SA, die Bebraer SA, ich habe keinen Auswärtigen dabei gesehen, auch nicht die Herren von der Parteileitung, die fühlten sich dafür zu fein. Der letzte der SA-Leute ist vor sechs Jahren verstorben. Einer, der sich besonders eifrig beteiligte, war der Lehrer N., ich habe danach keine Achtung mehr vor ihm gehabt. So gegen 11 Uhr abends rief uns unsere Mutter ans Fenster herbei und ließ uns mit ansehen. Die Levis sind dann in den Goldenen Löwen gebracht worden. Da musste Leopold Levi ‚Die Fahne hoch' singen."



In Bildmitte das Wohn- und Geschäftshaus von Wolf Levi, Nürnberger Straße 54 (ca. 1930).

Die Levis konnten nach Eisenach flüchten. Von dort (Georgenstraße 36) schrieb Wolf Levi an die Stadtverwaltung in Bebra:
„Nachdem ich festgestellt habe, dass weder in meiner Wohnung noch in der Wohnung meines Sohnes Kleidung und Wäsche nicht mehr vorhanden und wir nichts besitzen als was wir auf dem Leib haben, bitte ich ergebenst doch umgehend feststellen zu lassen, ob vielleicht von der Behörde etwas für uns in Verwahrung genommen ist, da wir sonst gezwungen sind, uns wenigstens etwas zu besorgen."

Die Antwort des Bürgermeisters vom 18.11.1938:
„Auf Ihrem Grundstück, Nürnberger Straße 54, wurden nur Warenbestände sichergestellt. Über den Verbleib der Wäsche und Kleidungsstücke ist hier nichts bekannt."

Leopold Levi wurde am 10. November 1938 im Konzentrationslager Buchenwald eingekerkert. Leopold Levis Frau Martha geb. Frank war durch die trostlose Lage überfordert, in ihrer Verzweiflung schnitt sie sich die Pulsadern auf, konnte aber vor dem sofortigen Tod bewahrt werden.
Nach Leopolds Entlassung aus dem KZ Buchenwald verlegten die beiden 1939 ihren Wohnsitz nach Mannheim. Sie konnten nicht ahnen, dass sie mit dem Umzug nach Baden zu den Ersten gehören würden, die man am 20. Oktober 1940 per Massendeportation fortschaffte, nämlich zusammen mit über 6.500 anderen badischen Juden ins Sammellager Gurs in den französischen Pyrenäen.
Von Gurs führte der Weg der beiden über die Zwischenstation Drancy bei Paris am 10. August 1942 mit dem Transport Nr. 17 in die Vernichtung nach Auschwitz.

5a: Apothekenstraße 10

Samuel Levi (geb. 1882, gest. Juni 1938) hatte 1913 die aus Eppingen stammende Betty Frank geheiratet, 1914 wurde deren Tochter Traudel geboren.
Ende 1937 hatten sie Bettys Mutter Sophie Frank aus Eppingen in ihrem Haus Apothekenstraße 10 in Bebra aufgenommen. Dort erlebte Sophie die Nacht vom 7. zum 8. November 1938.

Sophies Enkel Werner Frank dazu: *„Meine Großmutter war im Bett, als die Plünderer durch das Haus in der Apothekenstraße 10 tobten. Sie kamen in ihr Zimmer und schmissen den Kleiderschrank um und auf ihr Bett und jagten sie in Schrecken."*

Am 10. November entschloss sich Sophies Tochter Betty Levi, im nahen Eisenach einen weniger unsicheren Aufenthaltsort für sich und ihre Mutter sowie ihre Schwester Martha, Leopold Levis Frau, zu suchen. Bestärkt haben zu diesem Entschluss kann sie der Abtransport ihres Cousins Leopold Levi ins Konzentrationslager Buchenwald und die schwere Misshandlung von dessen Frau Martha, ihrer Schwester. Man hatte ihnen in Bebra auch unmissverständlich bedeutet, Juden seien nicht länger am Ort erwünscht.
Mit dem Zug fuhr Betty Levi nach Eisenach, wo sie in der jüdischen Pension Stern in der Georgenstraße 36 fündig wurde. Der in der Pension einquartierte damals 24-jährige Eli Reitmann war ihr behilflich, einen Taxifahrer zu finden, der die beiden in Bebra gebliebenen Frauen holte.

Bei der 68-jährigen Sophie Frank führten die Novemberereignisse zu einem Nervenzusammenbruch, in dessen Folge sie sich am frühen Nachmittag des 12. November 1938 aus einem Fenster im 2. Stock der Pension Stern in Eisenach stürzte. Von dem Pogrom, vor dem sie aus Bebra geflohen war, fühlte sie sich offenbar in Eisenach eingeholt. Diesen Schock überwand sie nicht. Sie wurde im Feld XXXII in der Grabreihe 101 der jüdischen Abteilung des Eisenacher Friedhofs bestattet.

Zeuge Albert Brockmeier am 5. Mai 1953 gegenüber Amtsrichter Dr. Bauer in Rotenburg:
„Ich habe die fragliche Nacht im Hause Apothekenstraße 10 in Bebra miterlebt. In dem Hause wohnte im Erdgeschoss eine Familie Moses Levi und im 1. Stock die Witwe Betty Levy. Die Wohnung im 2. Stock hatte ich inne. In der fraglichen Nacht wurde plötzlich die Haustür eingeschlagen und dann hörte man im Erdgeschoss und im 1. Stock überall Radau. Man hörte, daß Möbel zerschlagen wurden, man hörte, daß alle Fenster in Trümmer gingen und ferner, daß Möbel auf die Straße geworfen wurden. … Soweit ich unterrichtet bin, hat man die Sachen dann irgendwo verbrannt. … Am nächsten Morgen habe ich dann ganz deutlich gesehen, daß alle Fenster zertrümmert waren. In der Wohnung sah man auch nur noch zerschlagenes Geschirr, Glasscherben und Federn und im Zimmer hing ein Kronleuchter, der auch ersichtlich zerschlagen war."



***Apothekenstraße 10**, ca. 1980.*

Schon am 10.12.1945 hatte Albert Brockmeier zu Protokoll gegeben: *„Am Abend des 7. November 1938, etwa gegen 1/2 11 Uhr, wurden ich und meine Frau durch großes Getöse auf der Straße, das dadurch entstand, weil eine Menge Leute, Männer und Frauen, mit Steinen, Äxten und Hacken gegen die Haustüren und Fenster geschlagen haben, geweckt. … Ich hörte wohl den Ruf ‚Vorsicht, oben wohnen Christen', aber wer der Rufer war, kann ich nicht angeben. Nachdem die Türe eingeschlagen war, drang der Menschenhaufen in die Wohnung der jüdischen Familien Moses Levi und Samuel Levi ein und zerschlugen teilweise das Inventar. Die Inhaber der Wohnungen flüchteten sich vor Eindringen der Meute nach der zweiten Etage in ein Eckzimmer. Die Eindringlinge hielten sich etwa bis 12 Uhr in den Wohnungen der Vorgenannten auf.*

5b: Apothekenstraße 10 (Fortsetzung)

A. Brockmeiers Aussage v. 5. Mai 1953 (Forts.)

„Am 10. November 1938 morgens um 2.30 Uhr drang eine noch viel größere Menge wiederum in die Wohnungen der Levis ein und das Zerschlagen des Inventars hob von Neuem an. Teilweise wurden auch die Sachen aus den Fenstern geschmissen, um auf dem ehemaligen Adolf-Hitler-Platz verbrannt zu werden. Die Zerstörungen dauerten bis gegen 7 Uhr morgens an. Als ich etwa um 1/2 7 Uhr zum Bahnhof wollte, traf ich unten vor der Haustüre den Schuhmachermeister Wilhelm Erbe aus der Nürnberger Straße 55. Auf mein Sagen, es würde langsam Zeit, heim zu gehen nach dieser aufregenden Nacht, gab er mir zur Antwort: ‚Wir sind noch nicht ganz fertig.' Weitere Aussagen in dieser Angelegenheit kann ich nicht machen und versichere nochmals, die volle Wahrheit gesagt zu haben."
Betty Levi kehrte am 22. Juli 1940 nach Bebra zurück, wo sie bei Clara Döllefeld, einer Verwandten, im Haus An der Bebra 1 Aufnahme fand.

Am 31.05.1942, dem Tag ihrer Deportation über Kassel ins Vernichtungslager Sobibor, schickte Betty (zusammen mit ihren noch in Bebra wohnenden Verwandten Jenny und Sally Süßkind) ein letztes Lebenszeichen an ihre seit 1936 in Jerusalem lebende Tochter und deren Ehemann Dr. med. Siegfried Süßkind:
„Leider seit Nov. (1941) ohne Nachricht, wir gesund, Ihr werdet länger ohne Nachricht von uns sein, da wir heute Bebra verlassen. Bleibt gesund. Herzliche Grüße Betty, Sally, Jenny".

Eidesstattliche Versicherung von Elias Reitmann, London, vor dem Amtsgericht Rotenburg am 26. Mai 1952:
„Am 9. November 1938 kam Frau Betty Levy zu mir nach Eisenach in hellster Aufregung und teilte mir mit, daß einen Tag vorher ihre gesamte Wohnung von den Nazis beraubt, zerstört und die Gegenstände zum Fenster hinausgeworfen sind. Ich bin daraufhin sofort mit Frau Levy nach Bebra gefahren und konnte mich durch persönlichen Augenschein davon überzeugen, daß die gesamte 4-Zimmer-Wohnung völlig zerstört war. Die Tür war erbrochen, sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen. Möbel und Porzellan, soweit sich dies überhaupt noch in der Wohnung befand, völlig zerschlagen. Auch von Wäsche, Silber und ähnlichen Einrichtungsgegenständen war keine Spur mehr."



***Apothekenstraße 10** im Jahr 2010.*



***Nachfahren der Familie Levi-Süskind** vor dem Haus Apothekenstraße 10 bei ihrem 1. Besuch in Bebra im September 2017. In der Folgezeit kam die Familie mehrfach nach Bebra, als hier Stolpersteine zur Erinnerung an ihre vertriebenen bzw. ermordeten Eltern und Verwandten verlegt wurden:*
für Sophie Frank, Betty und Traudel Levi, Jenny und Sally Süsskind im Juli 2019 und für Hedwig, Max Moses und Ludwig Lutz Levi im Oktober 1921.

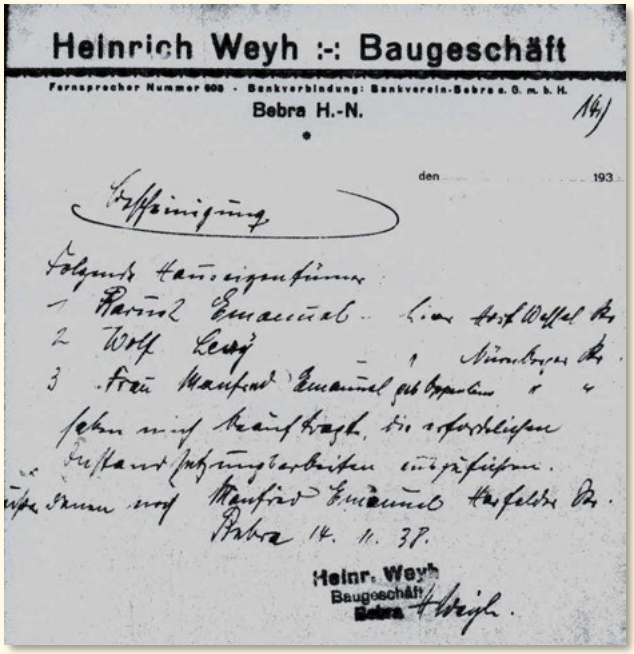
6: Friedrichstraße 8

Stadtarbeiter Heinrich Schmidt, Bebra, am 21. 02.1947 vor dem Amtsrichter in Rotenburg: *„Ich wohnte seinerzeit zusammen mit dem Reichsbahn-Wagenmeister Bernhard Villis in dem Hause des Juden Emanuel, früher Horst-Wessel-Straße 8, jetzt Südstraße* [aktuell Friedrichstraße, H.N.]. *Das Haus ist aber teilweise beschädigt und völlig unbewohnbar. In der in Frage kommenden Nacht rief Frau Villis nach mir, weil in ihrer Wohnung 2 Fensterscheiben eingeworfen waren. Ich habe mir das angesehen und sah 2 große Basaltsteine, mit denen die Fenster eingeworfen waren. Frau Villis war sehr aufgeregt. … Ich legte mich wieder schlafen. Später weckte mich meine Frau und ich hörte einen fürchterlichen Krach. Ich begab mich nach unten, kam aber nur bis zur mittleren Etage, dann kam ein Zuruf, wenn ich weiter käme, bekäme ich einen vor den Kopf. Darauf bin ich zurückgegangen..“*



*Neubau an der Stelle des Hauses **Friedrichstraße 8** (1938 Horst-Wessel-Straße)*

Reichsbahn-Wagenmeister Bernhard Villis, Jg.1897, seit 1940 NSDAP-Mitglied, in Spruchkammergruppe 4 als Mitläufer eingestuft, am 18.2.1947 bei der Vernehmung im Amtsgericht Rotenburg:
„Ich wohnte in dem Hause des Juden Baruch Emanuel in Bebra, Südstraße 8, etwa 16 Jahre lang. … Ich habe nicht gesehen, dass der Jude Emanuel an den Haaren aus dem Hause gezogen und geschlagen wurde. Ich hatte damals gerade Nachtdienst. Meine Frau hat mir nur erzählt, dass sie ihn versteckt gehalten hätten. In der Küche waren die Schränke umgeworfen und die Treppe vor der Haustür war weggerissen. Ich habe dem Juden Emanuel nach meiner Rückkehr aus dem Dienst noch geholfen die Schränke aufzurichten und an Stelle der Treppe einige Bretter gelegt, damit man in das Haus gelangen konnte. Weiter kann ich nichts sagen.“


Heinrich Weyh :-: Baugeschäft

Fernsprecher Nummer 609 · Bankverbindung: Bankverein Bebra e. G. m. b. H.

Bebra H.-N.

14/

den 193

Bescheinigung

Folgende Handwerker

1 Baruch Emanuel

2 Wolf Levy

3 Frau Manfred Emanuel geb. Oppenheim

sehen mich heute hier, die notwendigen Instandsetzungsarbeiten einzuleiten.

Bebra 14. 11. 38.

Heinr. Weyh
Baugeschäft
Bebra

*Baruch Emanuel (Horst-Wesselstr. 8), Wolf Levi (Nürnberger Str. 54), Martha Emanuel (geb. Oppenheim, Erbin des Hauses von Louis Oppenheim in der Nürnberger Str. 26) und Manfred Emanuel (Hersfelder Str. 7) gaben am 14.11.1938 **Instandsetzungsarbeiten** in Auftrag.*

Dora Villis beim Verhör am 20. Februar 1947:
„In unserer Wohnung waren 2 Fensterscheiben eingeschlagen worden, worüber ich erwachte. [Mitbewohner Schmidt, H.N.] *ging dann auch zur Polizei und meldete dort den Vorgang. Nach einer Weile kam er zurück und erklärte mir, dass ich die Scheiben ersetzt bekommen würde. Weiter sagte er mir, dass bei den Juden alles kaputtgeschlagen werden solle. … Eine Weile später hörte ich dann auch Menschengetrampel und später in der Emanuelschen Wohnung einen fürchterlichen Radau. … Ich sah dann aber schon im Korridor, dass der Ehemann Emanuel mit seiner Haushälterin die Scherben zusammenfegte. Dabei konnte ich feststellen, dass die Möbelstücke teilweise umgeworfen und auch zerschlagen waren.“*

7a: Amalienstraße 9

Zeuge B. zitiert gegenüber Landjäger Steffek bei seiner Vernehmung am 8.3.1946 einen Mitbewohner seines Hauses:
„Was war das heute Nacht so schön, was haben die Pralle getan. Ich habe dem alten Katzenstein [richtig: Moses Bacharach, H.N.] den eigenen Scheißpott auf den Wanst geschüttet. Das ist der 6. Knüppel, den ich an den Juden kaputt gehauen habe.“ Diese Zeugenaussagen gingen in die Anklageschrift des Beschuldigten Luckhardt ein: „Hat an der Zerstörung der Judenschule und der Wohnung Katzenstein teilgenommen, sich auch noch gerühmt, nicht weniger als 6 Knüppel an den Juden zerschlagen zu haben. Der Zeuge B. hat auch beobachtet, dass in dem Haushalt des Beschuldigten Luckhardt nach den Tagen der Judenverfolgung Posten neue Wäsche, insbesondere bunte Tischdecken vorhanden waren, die aus dem Plünderungsgut der Judenwohnungen stammten.“ (Anklageschrift des Kasseler Landgerichts, S.187)

Otto Rehs am 17.12.46 als Anlage zum Protokoll der Landgerichtssitzung: „*Am ersten Abend hatten wir in der Turnhalle Versammlung und saßen nachher noch im Hessischen Hof gemütlich zusammen. Dabei hörten wir, dass der stellvertretende Kreisleiter sagte, die Judenaktion sei im Gange. Ich ging mit einem Hellwig die Treppe hoch in die Wohnung Katzenstein. Wir hatten aber keine Waffen bei uns. Rechts in der Stube lag der alte Katzenstein, dessen Nachttopf ihm über den Kopf gestülpt war. Das junge Ehepaar war im anderen Zimmer. Herr Katzenstein lag bewusstlos vor dem Bett. Wir gingen wieder fort, sahen bei der Synagoge, dass sie zerstört war und haben auch noch bei Levi in der Nürnberger Straße reingeguckt.“*
Otto Rehs auf Vorhalt: *„Den Befehl am ersten Abend, uns an der Judenaktion zu beteiligen, habe ich so aufgefasst, dass die Fenster zertrümmert werden sollten. Ich habe dementsprechend bei Levi Fenster eingeworfen. Der Kreisleiter hatte ja ungefähr folgendermaßen gesagt: Vergeltung üben, Fenster einschmeißen.“*

Entschädigungsantrag Isaak Katzenstein v. 03.12.1954 an die Entschädigungskammer des Landgerichts Kassel: *„In der Nacht zum 9. November* [gemeint ist 8. Nov., H.N.] *wurde bei mir zweimal eingebrochen. Es kamen eine Menge Menschen mit drohenden Gebärden und Reden in meine Wohnung, die bis in mein Schlafzimmer vordrangen, in welchem ich und meine Frau zu Bette lagen. Die Eindringlinge wollten mich mitnehmen. Ich bekam jedoch einen Ohnmachtsanfall. Daraufhin gingen die Eindringlinge in die Küche und holten mehrere Eimer Wasser, die sie über mich schmetterten. Meine Frau hatte - wie sie mir später sagte - im Stillen zu Gott gebetet, dass sie nur kaltes und kein heißes Wasser über mich schmettern möchten.*
Nachdem ich durch die heftige Ohnmacht in einen körperlichen Zustand geraten war, dass ich nicht gehen konnte, nahmen die Eindringlinge meine Frau im Nachthemde mit. Erst nachdem verschiedene Nachbarn ihnen heftige Vorwürfe gemacht und ihnen zugerufen hatten ‚Welche Schande!‘ ließen sie schließlich meine Frau wieder frei.
In meiner Wohnung sah es fürchterlich aus. Alle Zimmer waren demoliert. Die Matratzen und Federbetten des neuen Schlafzimmers waren mit Messern zerschnitten. Dasselbe war mit der Wäsche und den Kleidern geschehen. Ein Teil der Gegenstände war auf die Straße geworfen. Sämtliche Beleuchtungskörper waren zerschlagen, die Fenster und Türen eingeschlagen, die Möbel - wenn nicht ganz zerstört - so doch so stark beschädigt, dass sie fast wertlos geworden waren.“



*Das Haus **Amalienstraße 9** (vorn rechts) hatten die Katzensteins 1923 erworben.*

Isaak Katzenstein, 667 West 161 St, New York 32 NY, war mit seiner Frau , seinem Sohn Manfred und Schwiegervater Moses Bacharach am 18.04.1939 mit der *Manhattan* ab Hamburg nach Amerika geflüchtet, d. h. unmittelbar nach der Entlassung aus dem KZ Buchenwald. Am 20.01.1939 schrieb Bürgermeister Schwichten-

7b: Amalienstraße 9 (Fortsetzung)

berg einen Brief an den inzwischen nach Fulda übergesiedelten Isaak Katzenstein (wohnhaft bei Sally Klebe) *betr.* ***Instandsetzung der Katzenstein-Wohnung:***
„Die Kosten für die Instandsetzung Ihrer Wohnung in Bebra betragen 258,- RM. Nach der Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben vom 12.11.1938 müssen die Kosten der Wiederherstellung die Inhaber der betreffenden Gewerbebetriebe und Wohnungen tragen. Ich bitte um Mitteilung, ob Sie die Kosten tragen wollen. Eine genaue Kostenrechnung wird Ihnen auf Wunsch zugesandt werden."

Opfer zahlen die sogenannten „Tumultschäden": Die Kosten für die Instandsetzung der zerstörten Häuser (Gesamtkosten in Bebra ca. 120.000 RM) mussten die jüdischen Bürger Bebras, wie überall, selbst tragen. Sie wurden sogar gedrängt, die sichtbaren Schäden ohne Verzug zu beseitigen (gemäß der Regierungsverordnung vom 12. November 1938 „Zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben").

Zeuge Fritz Kurth, Jg. 1918, bei seiner Vernehmung vor dem Rotenburger Amtsgericht am 14.03.1946:
„Als die Aktion gegen die Juden in Bebra stattfand, war ich gerade auf Urlaub bei meinen Eltern im Hause Kirchkranz Nr. 8. Gegen 23 Uhr wurde ich von einem Gejohle aus vollem Schlaf geweckt. Ich zog mir darauf eine Hose an und ging vor das Haus meiner Eltern. Von da aus konnte ich sehen, wie unbekannte Männer die Judenschule demolierten. Kurze Zeit darauf kamen dieselben Männer vor das Haus des Viehhändlers Katzenstein.
Ich konnte in der Nähe des Hauses folgende Personen erkennen, wie Johannes Luckhardt, Käthe Luckhardt, Rebentisch und Schuhmachermeister Willi Erbe, welche alle kurze Zeit darauf in das Haus des Katzenstein eindrangen und die Fensterscheiben und Möbeleinrichtung demolierten. Gleichzeitig kam die Frau Katzenstein im Nachthemd weinend aus dem Haus herausgelaufen.
Der Herr Katzenstein lag im Hausflur am Boden und hatte einen Anfall. Darauf nahm einer von den Eindringlingen einen Wassereimer und goss den Inhalt über den Herrn Katzenstein, damit er wieder zur Besinnung kommen sollte. Vor dem Haus konnte ich sehen, wie Käthe Luckhardt die Frau Katzenstein am Nachthemd anfasste und sie die Schulstraße entlang bis an Semms Ecke schleifte und ihr zurief: ‚Komm, Du Judenmensch, im Lokal von Rebentisch [Goldener Löwe, H.N.] wirst Du am Tische fotografiert.' Gleich darauf kamen auch die Plünderer aus dem Hause von Katzenstein und drohten den Zuschauern mit den Worten: ‚Macht Euch ja alle schnell fort von hier, sonst bekommt Ihr auch noch Schläge.' Darauf ging ich wieder in meine elterliche Wohnung zurück."

Vernehmung vor dem Amtsgericht Rotenburg, Zeuge Paul Zilch (Amtsbote) am 3. Januar 1946:
„Ich war damals als Nachtwächter bei der Gemeinde in Bebra beschäftigt. Auf einem Streifengang von der Nürnberger Straße kam ich in die Schulstraße. Vor dem Haus des Viehhändlers Katzenstein befanden sich etwa 10 bis 15 Personen, welche mit Stöcken und anderen Gegenständen bewaffnet waren. Unter den Personen befand sich … Dr. Göring, der einen Stock oder einen anderen Gegenstand über der Schulter trug. Sämtliche Teilnehmer gaben mir durch Handbewegung zu verstehen, dass ich verschwinden sollte. Darauf ging ich zu meiner Wachtstube, und hier hörte ich das Einschlagen von Fensterscheiben und das Aufbrechen der Haustür. Darauf begab ich mich in die Wohnung des Hauptwachtmeisters Rex, hier Kasseler Straße 17, und meldete ihm dort den Vorfall. Rex antwortete mir, bei dieser Angelegenheit können wir leider nichts machen. Ich begab mich dann wieder in meine Amtsräume und blieb dort bis gegen 4.00 Uhr und ging dann in meine Wohnung. Ich hörte u. a. auch, dass die Ehefrau des Dr. Göring gesagt haben soll: Dies ist die schönste Nacht meines Lebens!"



***Moses Bacharach**, geb. 8.11.1860 in Rhina, gest. in USA.*

In Bebra wurde Moses Bacharach „der alte Katzenstein" genannt. Er war der Vater von Bella Katzenstein geb. Bacharach und Schwiegervater des Pferdehändlers Isaak Katzenstein. Dieser hatte zu Beginn der 1920er Jahre seinen Pferdehandel von Rhina nach Bebra verlegt, um die hier besseren Handelsmöglichkeiten zu nutzen. Allen drei gelang im November 1939 die Ausreise in die USA.

8a: Amalienstraße 4 (Synagoge)

Zwei Jahrzehnte nach der Verwüstung und Schändung im November 1938 kam es zu Entschädigungszahlungen für Bebras jüdisches Gotteshaus. Die Basis dafür bildeten die Angaben, welche der ehemalige Gemeindevorsteher Levi Oppenheim (ehemals Nürnberger Straße 17) 1957 von New York aus lieferte, nach dessen Tod ergänzt durch Informationen von Isaak Katzenstein (ehemals Amalienweg 9), ebenfalls aus New York.

Als Rechtsnachfolger der früheren jüdischen Gemeinden war in der US-Zone die *IRSO* gegründet worden, die *Jewish Restitution Successor Organization*. Nach mehrjährigen Ermittlungen und Verhandlungen wurden Schadenszahlungen in einer Gesamthöhe von 155.973.– DM vereinbart. In dieser Summe waren 8.173.– DM für Gebäudeschaden und 60.350 DM für die zerstörte Inneneinrichtung enthalten (Anlage 2, unten). Der größte Wert wurde in den zerstörten Kultgeräten und dem entsprechenden Zubehör gesehen, hierfür wurde ein Geldwert von 87.450 DM errechnet.

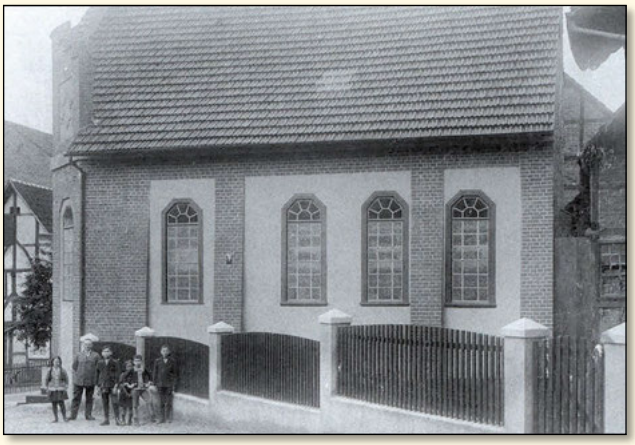
ANLAGE 2

Synagoge mit Schulgebäude u. Frauenbad in B e b r a , Kreis Rotenburg

I n n e n e i n r i c h t u n g

Stückzahl		Betrag pro Einheit DM	Gesamtbetrag DM	Summe DM
74	Sitzplätze für Männer, mit Pulten	15o,--	11.1oo,--	
33	Sitzplätze für Frauen, mit Pulten	15o,--	4.95o,--	
1	Garderobenvorrichtung für 11o Einheiten, pauschal	1.5oo,--	1.5oo,--	
1	Thoraschrein mit Altaraufbau	5.ooo,--	5.ooo,--	
1	Almemor mit Vorlesepult und Wickelbank	2.5oo,--	2.5oo,--	
1	Predigerpult	5oo,--	5oo,--	
1	Gedenktafel, Marmor	6oo,--	6oo,--	
1	Kronleuchter, Bronze, vielflammig	1o.ooo,--	1o.ooo,--	
12	Seitenleuchter	5oo,--	6.ooo,--	
2	Leuchter am Almemor, dreiflammig, Edelmetall	5oo,--	1.ooo,--	
3o	m schönster Läufer mit Gestänge	4o,--	1.2oo,--	
1	Schrank für Kultgeräte	5oo,--	5oo,--	
1	Wanduhr	25o,--	25o,--	
1	Ofen für Luftheizung	1.ooo,--	1.ooo,--	
1	Schulzimmer (erneuert 1929), bestehend aus: Schulbänken, Schrank, Tisch, Lehrerpult mit Stuhl, Wandtafel, Anschauungs- und Lehrmaterial, Beleuchtungskörper, Ofen	3.5oo,--	3.5oo,--	
1	Rituelles Frauenbad (neu erbaut 1929) einschl. Einrichtung, Wäsche und Zubehör, Frisier- u. Wartevorrichtung, elektrische Apparate und andere Utensilien	7.5oo,--	7.5oo,--	
1	Leichenwagen mit Decken und Beerdigungsausrüstung	2.ooo,--	2.ooo,--	
	Sonstiges: Abort- und Waschanlagen, Beleuchtungskörper im Treppenhaus, Heizmaterial u. Reinigungsutensilien, geschätzt	1.25o,--	1.25o,--	
				6o.35o,-- ✓

*Schätzwert der **Inneneinrichtung von Synagoge, Schule** und Frauenbad, erstellt 1952 vom ehem. Gemeindevorsteher Levi Oppenheim, ergänzt von Isaak Katzenstein.*

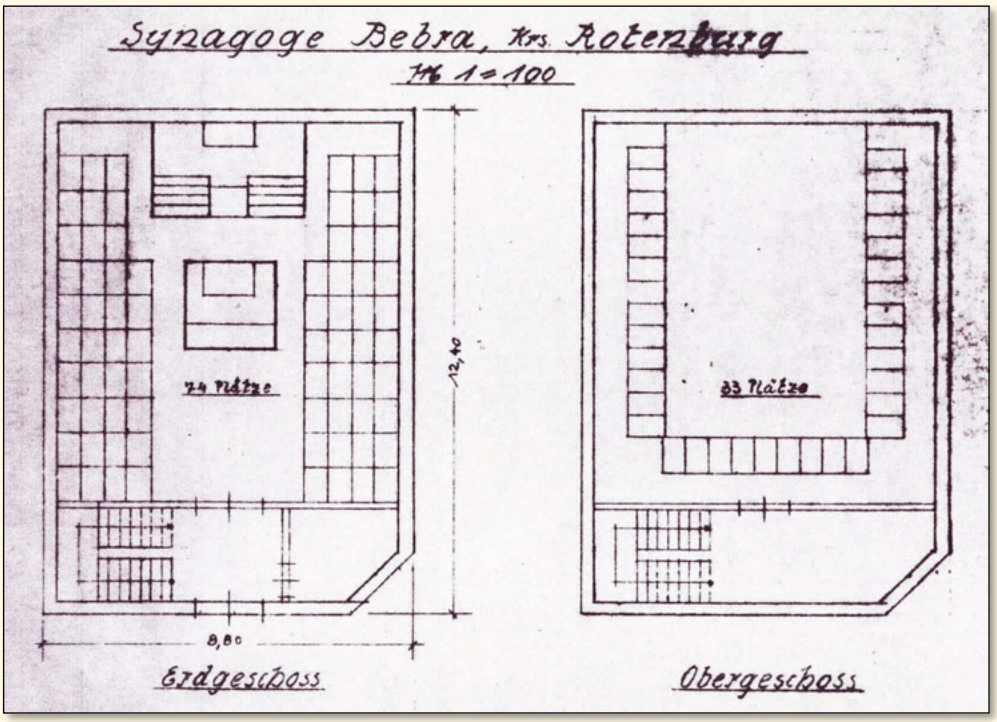


*Das ca. 1930 entstandene Foto zeigt den jüdischen Lehrer **Männy Rosenbusch** mit der zuletzt nur noch kleinen jüdischen Schülergruppe. Bis zum November 1938 nahmen die jüdischen schulpflichtigen Kinder am Unterricht in der allgemeinen Volksschule teil. Noch im Jahr der Machtergreifung 1933 hatte Rosenbusch Bebra verlassen.*

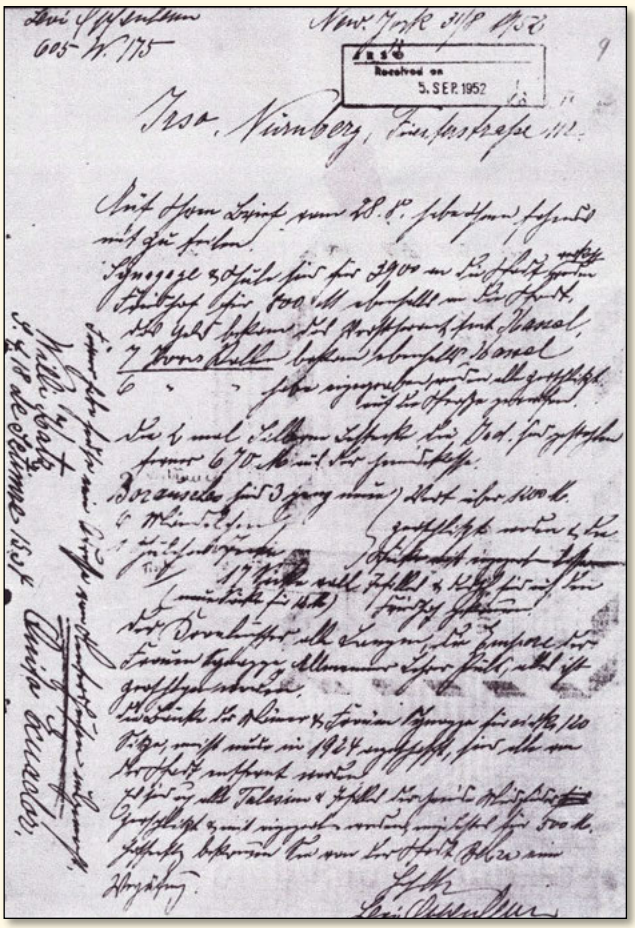


*Das während der „Tage des Wahnsinns“ im November 1938 aufgenommene Foto gibt einen gewissen Eindruck von den stattgefundenen **Verwüstungen**. Ein damals Achtjähriger hat dieses Bild mit den Läufern aus der Synagoge noch in deutlicher Erinnerung.*
Ein Gleichaltriger sprach davon, man habe sogar einige der Thorarollen aus der Synagoge herausgeholt, in der Nürnberger Straße ausgerollt und sich einen Spaß daraus gemacht, darüber hin und her zu hüpfen.

8b: Amalienstraße 4 (Synagoge) (Fortsetzung)



Grundriss der Bebraer Synagoge *(nach Angaben des ehem. Bebraer-Gemeindevorstehers Levi Oppenheim, 1952)*



Schreiben von Levi Oppenheim v. 31. Aug. 1952 an die IRSO Nürnberg wg. Ausstattung der Bebraer Synagoge und daraus resultierender Entschädigungszahlung (transkribiert - s. rechte Spalte - von H. Nuhn).

Levi Oppenheim, 605 W. 175, New York - 31/8 1952:
Irso Nürnberg, Friesenstraße 112
Auf Ihren Brief vom 28.8. habe (ich) Ihnen Folgendes mitzuteilen:
Synagoge & Schule sind für 3900 an die Stadt verkauft worden. Friedhof für 800 M ebenfalls an die Stadt.
Das Geld bekam das Vorsteheramt Kassel.
7 Thora-Rollen bekam ebenfalls Kassel. 6 Thorarollen habe (ich) eingegraben, wurden alle zerschlitzt auf die Straße geworfen.
Die 2 mal Silberne Bestecke, die Jad sind gestohlen, ferner 670 Mark aus der Gemeindekasse.
Borausches [= Parochets/Thoravorhänge, H. N.] sind 3 ganz neue, Wert über 1200 M, zerschlitzt worden, 6 Mindelchen, 1 Schulchen Aron & die [unleserlich] mit eingraben lassen.
17 Säcke voll Tefillin & [unleserlich] sind auf den Friedhof gekommen.
Der Kronleuchter, alle Lampen, die Empore der Frauen-Synagoge, Almemor, Lehrerpult, alles ist zerschlagen worden.
Die Bänke der Männer- & Frauen-Synagoge für cirka 120 Sitze, (das) meist(e) wurde in 1924 angeschafft, sind alle von der Stadt entfernt worden.
Es sind auch alle Talesim & Tefillin [= Gebetschals & Gebetsriemen, H.N.] der Gemeinde-Mitglieder zerschlitzt & mit eingegraben worden, mindestens für 500 M.
Hoffentlich bekommen Sie von der Stadt Bebra eine Vergütung. Hochachtungsvoll - Levi Oppenheim

8c: **Amalienstraße 4** (Synagoge) (Forts.)

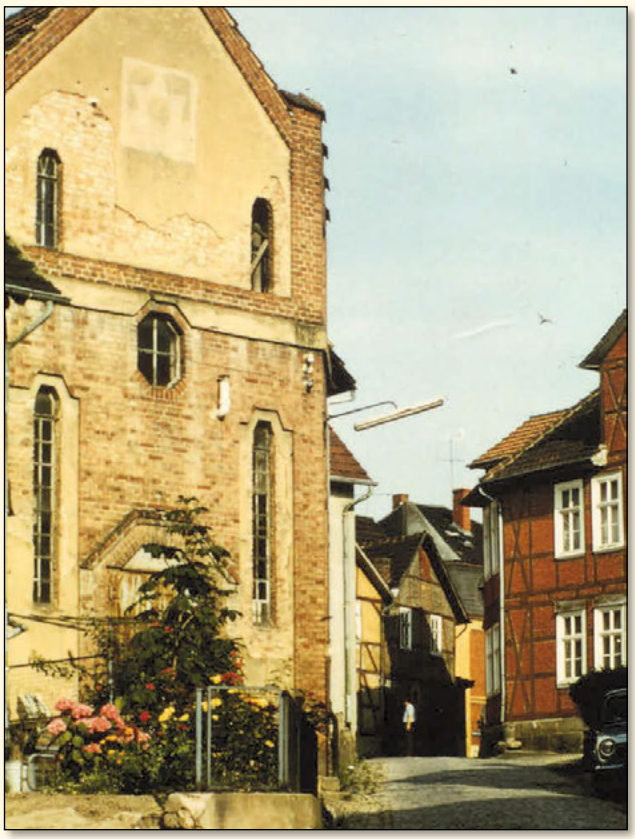
Zeitzeuge Hans Horn (Jg. 1921) am 09.11.2013:
„Die Tür zersplittert. Im Innenraum war alles, aber auch alles kaputtgeschlagen. Selbst die Treppe, die nach oben führte, war nicht ausgenommen. Ich konnte nicht verstehen, wie man so einen Schandfleck aus einem Gotteshaus machen kann. Am 8.11. wurden Polizeiposten vor die Synagoge gestellt, ebenso vor die meisten jüdischen Geschäfte und Privathäuser, um weitere Zerstörungen und Plünderungen zu verhindern. Dieses ist aber nicht vollständig gelungen."

Ein Zeitzeuge - im November 1938 zehn Jahre alt - berichtete, dass am Morgen des 8. November sein Lehrer mit der Schulklasse zur Synagoge und anderen in Mitleidenschaft gezogenen Judenhäusern gegangen sei und mit großen Sprüchen das Geschehen unterstützt habe.

Ein seinerzeit (1938) Achtjähriger:
„Die Läufer aus der Synagoge hatten sie die ganze Judengasse [damals gebräuchlicher Name der Amalienstraße, H.N.] *runter hingelegt. Und wo ich da reinkam in die Synagoge, da war gerade einer dran, der hatte eine lange Eisenstange, ein langes Rohr, und drehte den großen Kronleuchter alszus. Ich nehme an, er drehte ihn so lange, bis er runtergefallen ist."*

Pfarrer Heidelbachs nachträglicher Eintrag in der evangelischen Kirchenchronik im Sommer 1945:
„Er, Gott, hat auch zu den Greueltaten der Schändung der Synagoge nicht geschwiegen. Der Mann, der sich den heiligen Mantel des jüdischen Vorbeters umtat, in ihm auf der Straße tanzte und rief ‚Grüßt mir den Vater Abraham' - worauf der Chor der anderen rief ‚Von mir auch', hat sich wenige Tage später das Leben genommen. Ein anderer, der sich rühmte, in der Judennacht (November 1938) mit seiner Axt Möbel im Wert von tausend Mark zerschlagen zu haben, wurde wenige Wochen danach von einem Lastauto totgeschleift. Ein anderer, der am Morgen der Judennacht vor der Synagoge die Umstehenden fragte: ‚Wo ist denn ihr Gott Jehova? Habt Ihr ihn gesehen? Wenn er da wäre, müsste er doch eingreifen', hat sich 7 1/2 Jahre später im Zuchthaus das Leben genommen. Ja, der Gott Abrahams schweigt nicht!"







***oben**: Einweihung der Bebraer Synagoge nach Erneuerung und Erweiterung im September 1924.*
***Mitte**: Die Synagoge in der Amalienstraße 1930.*
***unten**: Siegel der Synagogengemeinde Bebra.*

9a: Nürnberger Straße 28

Textilgeschäft von Meier Abraham, nach seinem Tod 1937 wurde das Geschäft von seiner Witwe **Julie geb. Weihermann** bis 1938 weitergeführt.
Meier und Julie Abrahams Sohn Julius (geb. 5. April 1907) war bis zu seiner Auswanderung ins damalige Palästina im März 1937 im Geschäft seiner Eltern tätig. Weil der Vater 1930 schwer erkrankte, war Julius Abraham zum Jahresende 1930 nach Bebra zurückgekommen, um im Familienbetrieb zu arbeiten.

Bei der Anmeldung seiner Entschädigungsansprüche am 6. Juli 1962 bezifferte Julius Abraham den Wert des am 8. November 1938 *„in Verlust geratenen Warenlagers“,* das *„geplündert, zum größten Teile gestohlen und zerstört“* worden war, auf 32.000 Reichsmark.
Julius Abraham weiter: *„Der Plünderung fiel damals auch der gesamte Hausrat anheim. Die Wohnung Abraham war gut bürgerlich eingerichtet. Die Familie galt als wohlhabend. Die Wohnung bestand aus 3 gut eingerichteten Zimmern und einer kompletten Küche im 1. Stockwerk des Vorderhauses, und im 2. Stockwerk befanden sich 2 Schlafzimmer und 2 weitere Wohnräume.“*

Nach Julius Abrahams Darstellung kam das Tagesgeschäft ab 1933 fast zum Erliegen. *„Die wenigen Kunden wagten nicht, tagsüber von der Straße her das Geschäft zu betreten, sondern kamen oft in der Dunkelheit über den Hof.“* Immerhin sei der so noch mögliche Umsatz für seinen Vater Anlass genug gewesen, das Warenlager auf einem ziemlich hohen Stand zu halten.
Die Vermögensabgabe in Höhe von 6.400 RM, die Meier Abrahams Witwe Julie im April 1938 auferlegt worden war, kann als Bestätigung für die von Sohn Julius beschriebenen Vermögensverhältnisse der Familie gesehen werden.

Die Familien Bube und Luckhardt waren Mieter im Hause von Meier Abraham, Nürnbergerstr. Str. 28.
Dem Landjäger Steffek berichtete Johannes Bube, Jg. 1877, am 08.03.1946:
„Ungefähr um 1.00 Uhr weckte mich die Familie Luckhardt, Johannes, Frau und Tochter Käthe, und sprachen zu mir, ob ich nicht mitgehen wollte zur Judenaktion. Ich erwiderte, ich habe an solchen Sachen kein Interesse und ging wieder schlafen. … In dieser Nacht kam Familie Luckhardt, alle drei Personen, dreimal in ihre Wohnung zurück und jedesmal beim Fortgehen klopften sie bei mir an die Korridortür und riefen: ‚Willst Du denn nicht mitgehen, es geht heute toll her.‘
Ich antwortete darauf, mir ist mein Schlaf lieber. Ihrem Benehmen nach und den schweren Tritten die Treppen herauf konnte ich vermuten, dass sie in der Nacht drei Mal geplünderte Sachen heraufgeschleppt haben. … Etwa gegen 6.00 Uhr klopften alle drei Luckhardts abermals an die Korridortür, worauf ich öffnete. Vor mir standen Johannes, Frau und Käthe Luckhardt, welche zu mir sprachen:
‚Oh Kerle, wie war das heut Nacht so schön, was haben die Prälle getan!‘ Johannes Luckhardt äußerte sich noch: Das ist der 6. Knüppel, den ich kaputt



*Das 1. Haus von links war das Wohn- und Geschäftshaus von **Meier Abraham** , Nürnberger Str. 28 (Foto ca. 1970).*

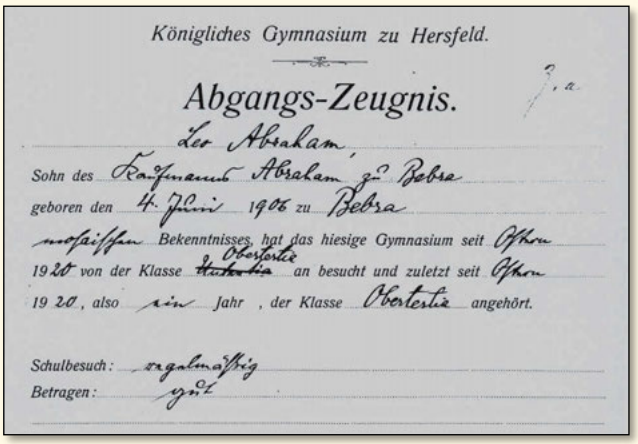


*Geschäftsannonce **Meier Abraham von 1925**.*

9b: Nürnberger Straße 28 (Fortsetzung)

gehauen habe. Die Tochter Luckhardt rühmte sich und sprach: ‚Was war das so schön, ich habe dem alten Katzenstein den eigenen Scheißpott auf den Wanst geschüttet.'
Familie Luckhardt, alle drei, forderten mich abermals auf:
‚Komm doch mit zum Rebentisch, dort gibt es Fressen und Trinken alles umsonst!'
Die Käthe Luckhardt ging darauf nochmals fort, während die Eltern daheim in der Wohnung blieben. Gegen 9.00 Uhr kam Käthe Luckhardt in angeheitertem Zustand wieder zurück.
In den folgenden Tagen, als sie ihre Wäsche in dem Garten zum Trocknen aufgehängt hatten, habe ich und meine Frau feststellen können, dass viele neue Wäsche dazu gekommen war, besonders bunte Tischdecken, die wir früher bei Familie Luckhardt nicht gesehen hatten. In der Zeit nach der Aktion ist außerdem bei Familie Luckhardt von morgens früh bis abends spät die Nähmaschine nicht zum Stillstand gekommen, während sie früher viel weniger nähten.
Die Käthe Luckhardt vervollkommnete ihren Schneiderberuf in Hersfeld und von da an konnte man feststellen, dass in der Familie Luckhardt dauernd neue Kleidungsstücke zum Vorschein kamen. …
Zweimal konnte ich es selbst sehen, wie ein unbekannter Liebhaber von Käthe Luckhardt des Morgens früh mit den ersten Zügen Pakete vermutlich nach Hersfeld und Friedlos brachte.
Der betreffende Liebhaber von Käthe Luckhardt trug auch einen jüdischen Anzug auf dem Wege nach dem Bäcker. Zufällig erkannte der Eigentümer seinen Anzug und meldete es der Polizei. Daraufhin wurde der Mann, welcher den Anzug entwendet hatte, von der Polizei geholt und dem Juden und dem Schneidermeister Moog gegenübergestellt. Moog erkannte an seinem Schnitt und dem Stoff den Anzug wieder, den er dem Juden gefertigt hatte. Der Jude erhielt nun auf Anordnung der Polizei seinen Anzug wieder zurück."

Landjäger Steffek in seinem Bericht vom 8. März 1946:
„Meines Erachtens nach beruhen die Angaben des H. Bube auf Wahrheit. Bube wurde auch bereits 1933 aus der Partei beurlaubt und machte auch bei der Vernehmung einen guten Eindruck."



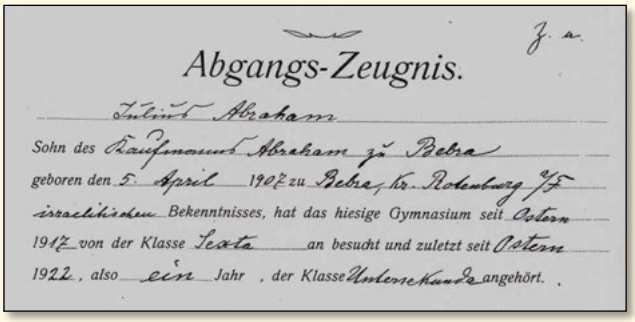
Königliches Gymnasium zu Hersfeld.

Abgangs-Zeugnis.

Leo Abraham,

Sohn des Kaufmann Abraham zu Bebra
geboren den 4. Juni 1906 zu Bebra
mosaischen Bekenntnisses, hat das hiesige Gymnasium seit Ostern
1920 von der Klasse ~~Untertertia~~ Obertertia an besucht und zuletzt seit Ostern
1920, also ein Jahr, der Klasse Obertertia angehört.

Schulbesuch: regelmäßig
Betragen: gut



Abgangs-Zeugnis.

Julius Abraham

Sohn des Kaufmanns Abraham zu Bebra
geboren den 5. April 1907 zu Bebra, Kr. Rotenburg
israelitischen Bekenntnisses, hat das hiesige Gymnasium seit Ostern
1917 von der Klasse Sexta an besucht und zuletzt seit Ostern
1922, also ein Jahr, der Klasse Untersekunda angehört.

Julius Abraham *hatte ebenso wie sein älterer Bruder Leo das Gymnasium in Hersfeld besucht und dort 1923 das Zeugnis der Mittleren Reife erworben. Die Zeugnisse sind ein Nachweis für die damals noch feste Verankerung der Familie in ihrem Wohn- und Lebensumfeld.*

„Kapitalistenzertifkat" für Julius Abraham

Julius Abraham, Sohn des Kaufmanns Meier Abraham, war von 1930 bis zu seiner am 7. März 1937 erfolgten Auswanderung ins damalige Palästina im Geschäft seines Vaters tätig und daran mit 50 Prozent beteiligt. Die Firma verkaufte Textilien, Woll- und Wirkwaren, Konfektion und Nähmaschinen. Der nach dem Krieg für die „Wiedergutmachung" engagierte Sontraer Rechtsanwalt Dr. Wehrenberg schrieb in seinem Antrag vom 21. Juli 1955:
„Das Geschäft hatte einen sehr guten Ruf, galt wohl als das beste Geschäft der Manufakturbranche am Platze."
So konnte Julius Abraham Anfang 1937 die Summe von 37.500 RM an die *Havarah Palästina-Treuhandstelle* in Berlin überweisen. Mit dem Geld wurden deutsche Exporte in das damals britische Mandatsgebiet finanziert, es verschaffte den Spendern das sog. „Kapitalistenzertifikat" für das Ansiedlungsrecht im damaligen Palästina. Ca. 20.000 deutsche Juden konnten auf diese Weise dem Herrschaftsbereich Hitlers entkommen. Julius Abraham ist das einzige Beispiel für den Raum Bebra-Rotenburg.

10: Nürnberger Straße 24

Eisenbahner Peter Mank, Jg. 1910, auf Vorladung von Landjäger-Anwärter Schürten, März 1946:

„In der 1. Nacht gegen 23.00 Uhr als ich im Bett lag, hörte ich eine Menschenmenge vor meinem Schlafzimmerfenster. Ich öffnete das Fenster und daraufhin stieß der Lehrer von der Bauernschule Bebra, Name (mir) unbekannt, zu damaliger Zeit wohnhaft bei Schaub, Oststraße, mit einer Eisenstange gegen das Fenster und rief mir zu: ‚Verdammter Judenstinker, mach Dein Fenster zu!' Die Fensterscheibe wurde zerbrochen, ich selbst wurde nicht verletzt.

Daraufhin entfernte sich die Menge und kam erst nach einer Viertelstunde wieder, klopfte an das Küchenfenster und an die Haustür. Ich öffnete darauf die Haustür und die Menge drang unter Führung des SS-Mannes T. ... in die im 1. Stock gelegene Wohnung des Juden Katz, zerstörte die Wohnungseinrichtung, Fensterscheiben, Auto und Lagerbestände. Am folgenden Tag hat Gastwirt Rebentisch das Auto des Juden Katz abgeholt. Nach ca. 2 Stunden brachte der Gastwirt Rebentisch das Auto wieder zurück.

Gastwirt Heinrich Opfer, Deutsches Haus, auf Vorladung von Landjäger Steffek im März 1946:

„In der betreffenden Nacht, als die Judenaktion stattfand, befand ich mich in der Gastwirtschaft und spielte mit einigen Gästen Karten. Darauf kam ein mir bekannter Gast, dessen Name mir aber entfallen ist, in mein Lokal mit den Worten, ‚den Juden werden in der Stadt sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen.'

Worauf ich mit dem Hans Kessler, Bismarckstraße, Autovermietung, eine Autofahrt durch Bebra machte, um uns die Sache anzusehen und zu überzeugen, ob es der Tat entspricht. Wir sahen vor den Judenwohnungen größere Menschenmengen angesammelt, welchen Stöcke und andere Gegenstände zum Einwerfen von Fensterscheiben und Aufbrechen von Wohnungen dienten.

Soweit ich mich entsinnen kann, war in der fraglichen Nacht vor dem Hause des Juden Katz der Dr. Göring und Frau, ferner ein Lokführer Bödeker (verst.), Schmiedemeister Otto Rehs, Gebrüder K., Eisenbahner H., Eisenbahner H. H. u. E. B., …

Kurze Zeit darauf sah ich B., Gebr. K., E. B., Karl H. in der Gastwirtschaft Goldener Löwe und hatten den Juden Moses auf dem Tisch stehen, den sie da verhöhnten. Ich selbst beteiligte mich nicht daran und fuhr mit Kessler in meine Gastwirtschaft zurück."





*Wohn- und Geschäftshaus der Familie **Katz, Nürnberger Str. 24** und Geschäftsanzeige S(alomon) Katz (ca. 1920).*

Dr. Martin Falke, Rotenburg, am 21.11.1945 gegenüber Landjäger-Anwärter Weckworsch:

„Gelegentlich der Judenverfolgung im Jahre 1938 soll die Frau des Dr. Göring erklärt haben, dieser Tag der Judenverfolgung sei der schönste Tag ihres Lebens gewesen."

11a: Nürnberger Straße 18

Salomon Abraham und seine aus Tann stammende Frau Louise (geb. Jüngster) lebten hier bis zum September 1942. Louise Abraham gehörte zu den letzten fünf jüdischen Bewohnern Bebras, die am 5. September 1942 nach Kassel und von dort nach Theresienstadt deportiert wurden. Louise starb dort am 23.02.1943.
Ihrem Ehemann blieb das Deportationsschicksal erspart. Er steht zwar auf der Liste der am 5. September 1942 zu Deportierenden, er verstarb aber am 3. September 1942 (Freitod) und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Diemerode verscharrt, nachdem der Bebraer Jüdische Friedhof im September 1937 geschlossen worden war.

Salomon Abraham schrieb am 11. Nov. 1938 aus Frankfurt:
An die Polizei der Stadtverwaltung zu Bebra *(Eingangsvermerk 12. Nov. 38):*
„Bitte orientieren Sie sich, ob meine Waren noch im unteren Stockwerk und im oberen Stockwerk vorhanden sind, da ich Montag durch einen Wagen diese abholen lasse. Ich hatte die Türen vernagelt & sind aufgebrochen worden.
Ich stelle die Bestände und Kleidungsstücke unter Ihren Schutz. Herr Schumann war auf dem Hof anwesend und habe ihn beauftragt, die Bestände … an sich zu nehmen.
Gehorsamst Salomon Abraham bei Siegmund Stern, Frankfurt a.M., Leerbachstr. 112
Bitte um gefl. Antwort."

Handschriftlicher Vermerk vom 14.11.1938 von Hauptwachtmeister Rex:
„Die Warenbestände waren polizeilich sichergestellt. … durch die Rückkehr des Abraham erledigt."







***oben**: Wohn- und Geschäftshaus der Gebrüder Abraham in den 1890er Jahren.*
***Mitte**: Gebrüder Abraham in den 1920er Jahren.*
***unten**: Das 1939 von der Rheika erworbene und umgebaute ehemalige Geschäftshaus Abraham ca. 1950 (später Foto-Becker)*

11b: Nürnberger Straße 18 (Forts.)

Eine Episode aus der Zeit vor 1933 – erzählt von einer Bebranerin aus der ehemaligen Nachbarschaft (Kasseler Straße):

„Onkel Fritz und sein Freund Salomon Abraham saßen oft zusammen. So blieb es nicht aus, dass die Söhne von Herrn Abraham im Hause Zilch (Kasseler Straße 2) ein- und ausgingen.

Oma Minna war am Pfannkuchenbacken und der Duft war verlockend. Die Buben schlichen um Oma Minna herum, hofften sie doch, dass sie zum Essen eingeladen würden.

So war es dann auch. Die drei schlugen sich den Bauch voll, als plötzlich die Mutter der Abrahambrüder rief: „Das Essen ist fertig!“

- Mama, wir haben schon Pfannkuchen gegessen.
- Ja, dann ist es eh zu spät.

Sie hätten die Pfannkuchen nicht essen dürfen, erklärt die Erzählerin: *„Die Pfannkuchen waren nicht koscher, denn sie waren in Schweineschmalz gebacken.*

So manches Schmalzbrot verschwand in den Mägen der Lausbuben, wovon die Eltern natürlich nichts wussten.“

Salomon Abrahams letzte Ruhestätte in Sontra-Diemerode

Wie den Berichten der Polizeidienststellen in Bebra und Diemerode (bei Sontra) zu entnehmen ist, wurde der Leichnam von Salomon Abraham nach seinem Freitod in den ersten Septembertagen 1942 in das 20 km entfernte Diemerode (jetzt Stadtteil von Sontra) geschafft und unter Mithilfe von polnischen Zwangsarbeitern auf dem dortigen jüdischen Friedhof verscharrt. Der jüdische Friedhof in Bebra durfte seit September 1937 nicht mehr als Begräbnisstätte genutzt werden.

Nach dem Krieg setzten Salomons Söhne Ludwig (geb. 12.09.1903), Siegfried (geb. 01.10. 1904) und Dankmar (geb. 08.07.1906), denen die Flucht ins Ausland gelungen war, ihrem Vater auf dem jüdischen Friedhof in Bebra einen Gedenkstein in der Form einer Grabstele.

Und zwar an der Stelle, wo Salomon Abraham nach dem Belegungsplan hätte begraben sein müssen.

Noch bis vor wenigen Jahren galt der Bebraer Jüdische Friedhof als Salomon Abrahams Ruhestätte.



*Salomon und Louise **Abraham 1927** bei der Feier ihrer Silbernen Hochzeit, zusammen mit ihren Söhnen Ludwig, Siegfried und Dankmar.*



***Gedenkstein** für Salomon Abraham auf dem Jüdischen Friedhof in Bebra: in der 1. Reihe, hinterster Stein.*



***Jüdischer Friedhof in Diemerode**. Hier fand der am 3. September 1942 aus dem Leben geschiedene Salomon Abraham seine letzte Ruhe. 1941 war der Friedhof in Diemerode als zentraler Bestattungsort für die noch im Landkreis Rotenburg verbliebenen Jdinnen und Juden bestimmt worden.*

12: Pfarrstraße 2



Pfarrstraße 2 im Jahr 1955



Pfarrstraße 2** im Jahr **2018.

Karl Kurt Katz wurde am 31.12.1925 in Schenklengsfeld als Sohn von **Max und Selma Katz** geboren. Die Familie war in den 1920er Jahren von ihrem Heimatort Schenklengsfeld nach Bebra gezogen. Am 31. Januar 1939 ging die Familie nach Köln, alle drei verloren ihr Leben im Holocaust.

Die Eheleute K. (67 und 63 Jahre alt), die ihre Kindheit und Jugend in und bei Bebra verbrachten, erinnerten sich 1992 noch gut an Geschehnisse im November 1938: Herr K.: *Ja, er [Karl Kurt Katz, H. N.] wohnte mir schräg gegenüber, ein Judenjunge. Wir haben ganz gut harmoniert. Ich habe immer die Matzen bekommen, die sie gebacken hatten.*

Der kam dann und hat sich entschuldigt. [Am Morgen nach dem Pogrom, H.N.] *Er hat sich entschuldigt, dass er zu spät kommt und dass er seinen Schulranzen nicht mehr findet. Der Lehrer hat gesprochen: ‚Ja, Karlchen, geh nach Hause!' Meinen Freund Karl habe ich an dem Morgen in der Schule, wo er sich entschuldigte, das letzte Mal gesehen. Ich habe nie mehr etwas von ihm gehört.*" (Ausschnitt aus einem Interview , das am 28. August 1992 in Bebra von Dr. Friedhelm Röder geführt wurde.)

Im Haus Pfarrstr. 2, das Abraham Salomon gehörte, wohnten auch **Max** und **Sara Levi** mit ihrem 1915 geborenen Sohn **Alfred**. Die Levis wurden am 31. Mai 1942 von Bebra nach Kassel und von dort am 1. Juni zur Vernichtung nach Sobibór deportiert. Das Leben ihres Sohnes Alfred endete am 24.02.1945 im Konzentrationslager Buchenwald.



***Karl Kurt Katz**, ca. 1935*



***Karl Kurt Katz** (ca. 1935) als Schüler der Bebraer Volksschule, auf dem Klassenfoto als der 2. von rechts in der 2. Reihe.*

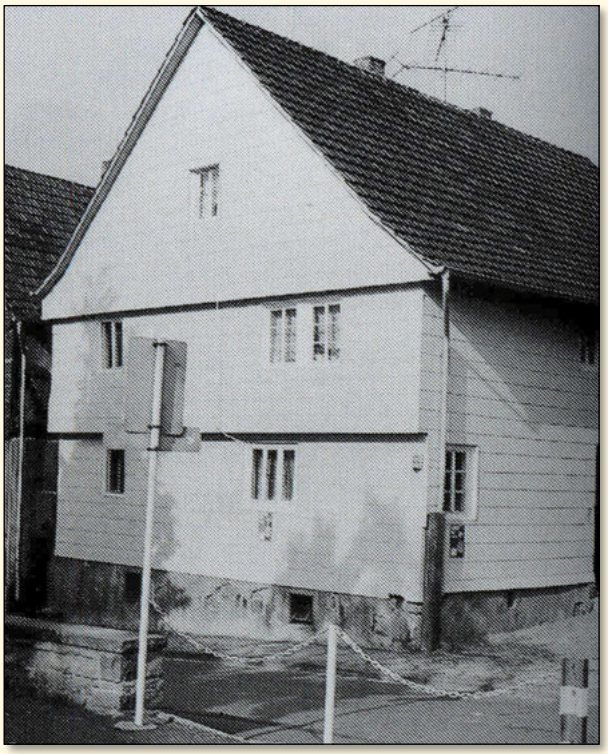
13a: Lindenplatz 8

Zeugenaussage Käthe Daum, geb. 1.09.1910, Lindenplatz 8 am 11. März 1946 gegenüber dem Rotenburger Amtsrichter:
„Ich befand mich in meiner Wohnung in dem Hause bei den Juden (Moritz) Moses und (Leopold) Abraham, Lindenplatz Nr. 8, denn dort hatte ich eine Wohnung gemietet. In der Morgendämmerung hörte ich vor dem Hause lärmend eine größere Menschenmenge, die gleich darauf gewaltsam in das Haus eindrang. Am anderen Morgen habe ich eine Kreuzhacke vor der Haustür vorgefunden, mit der die Tür eingeschlagen wurde. …
In diesem Augenblick stürzten zirka 20 bis 30 Personen die Treppe herauf, drangen in die Wohnungen der Juden Moses und Abraham, zerstörten dort die Fensterscheiben, Spiegel und einiges an Gebrauchsgegenständen. …
Der Sohn von Abrahams wurde geschlagen, weil er von einer vorgefundenen schwarz-weiß-roten Fahne beim Lichtschein einer Taschenlampe den Text nicht vorlesen konnte.“

Zeugin Daum am 17.12.1946 (Protokoll des Kasseler Landgerichts): *„Am ersten Abend, morgens gegen 2 - 3 Uhr, wurde die Haustüre aufgebrochen. 30 bis 40 Mann stürmten in die Wohnung Moses. Es war ein Schreien und Klopfen. ...“*

Zeuge Johannes Herdt am 17.12.1946 (Protokoll des Landgerichts):
„Ich war seinerzeit als Hilfspolizist bei der Stadt Bebra angestellt. [...] Am ersten Abend der Judenaktion ging ich gegen 10 - halb 11 Uhr kurz durch die Stadt. Dabei fiel mir ein Auto auf, welches bei der Wohnung Moses (Abraham), Lindenplatz 8, stand. Ich wurde von einem der Insassen aufgefordert, mich zu entfernen mit den Worten: „Mach, dass Du wegkommst!“

Beschuldigter Georg Eisel am 17.12.1946 (Protokoll der Sitzung des Landgerichts):
„Am 2. Abend hatten wir Versammlung im Hessischen Hof und wurden ungefähr zwischen 11 und ½ 12 Uhr nach dem Lokal Roese telefonisch bestellt. Zwischen diesen beiden Abenden lag 1 Tag, an dem nichts los gewesen ist. Um ½ 1 Uhr nachts mussten wir antreten und wurden zu je 3 Mann zu Haussuchungen eingeteilt. …
Der Auftrag lautete, Geheimakten zu suchen, und zwar bei Moses-Abraham, Am Lindenplatz 8. ...
Von den Juden war keiner im Haus anwesend.“





***oben**: Lindenplatz 8, ca. 1950.*
***unten**: Lindenplatz 8 nach Sanierung ca. 2010.*

Nathan Moses, Bruder von Moritz Moses, kam 1945 als US-Soldat nach Bebra, um Nachforschungen nach der Familie seines Bruders anzustellen. *„Sie gaben mir noch 2 Anzüge, und das war alles, was noch da war. Sie erklärten mir, dass alle Möbel und alle anderen Sachen dort abgeholt worden wären und sie wussten nicht, was daraus geworden ist.“* (Stadtarchiv Bebra)

13b: Lindenplatz 8 (Fortsetzung)

Stadtarbeiter Heinrich Schmidt am 21.2.1947 gegenüber dem Amtsrichter in Rotenburg:
„In der Nähe stand auch der Kreisleiter Erich Braun. Ich begab mich zu diesem und erzählte ihm, was in dem Emanuelschen Hause [= Hersfelderstr. 7] *vorgegangen sei. Dieser erklärte mir, ich sollte nur nach Hause gehen und die Frauen beruhigen.“*

Barbara Wittich, Pfarrstraße 13, gegenüber Oberwachtmeister Günther am 29. März 1948:
„In der Nacht der Judenrevolte im Jahre 1938 wurde ich durch lautes Poltern und Pochen aus dem Schlafe geweckt. Ich ging sofort zum Fenster und sah drei Mann vor dem Judenhause Lindenplatz 8 stehen.
Einer von ihnen hatte ein Stück Eisen und schlug damit an die Fensterläden beziehungsweise ließ das Stück Eisen an den Rolläden herunterrasseln.
Später liefen die drei Mann die Pfarrstraße herunter, um dasselbe am Judenhaus Pfarrstraße 21 zu wiederholen. Es handelte sich um den Schuhmachermeister Wilhelm Erbe, Fleischbeschauer Ernst Lehmhagen und Karl Seidenfaden.
Derjenige, der das Stück Eisen trug, war Wilhelm Erbe, er war auch derjenige, der hiermit durch Klopfen usw. den Spektakel verursachte. Lehmhagen und Seidenfaden liefen nur mit. Ich habe nicht gesehen, ob diese beiden an dem Krach beteiligt waren.
Am nächsten Morgen rief mich die Jüdin, Frau Döllefeld, in ihre Wohnung hier, An der Bebra 1, und zeigte mir, wie ihre Wohnung durchwühlt war.
Hierbei sagte mir auch ihr Sohn Alfred, dass ihm während der Nacht ein guter Anzug gestohlen worden sei.
Die Weste dieses Anzuges, die morgens allein noch im Schrank gehangen hatte, war erst im Laufe des Vormittags durch einen Dieb entwendet worden, der ebenfalls das Haus „besichtigt“ hatte. Hierdurch war ein bestimmter Verdacht vorhanden.
Ich bekam vom Döllefeld eine Probe und stellte um Weihnachten 1938 herum fest, dass der gestohlene Anzug vom Freund der Käthe Luckhardt in der Südstraße getragen wurde.
Die Polizei sorgte dann dafür, dass Alfred Döllefeld seinen Anzug wiederbekam. Weiter kann ich noch bestätigen, dass der Polizeibeamte Rex Tage nach der Judennacht wiederholt mit Paketen in die Judenhäuser lief.
Auf meine Frage sagte mir Rex, dass er die gestohlenen Sachen den Juden zurückbringe.“

Anmerkung H.N.:
Die hier dargestellte Rückbringaktion geschah auf ausdrückliche Anweisung von Bürgermeister Werner Schwichtenberg, wie dies in einem Brief vom 26.08.1949 dargestellt wird, den der ehemalige jüdische Gemeindeälteste Levi Oppenheim von New York aus an die Spruchkammer schrieb.



***Hochzeitsfeier 1932** im und vor dem Haus Lindenplatz 8 von Moritz Moses, Viehhändler aus Großropperhausen gebürtig, und Hertha Hanna Abraham, Tochter von Joseph und Pauline Abraham.*
Nach Deportation aus Bebra am 31. Mai 1942 wurde ihr Leben gewaltsam im Holocaust ausgelöscht, ebenso wie das ihrer Kinder Pauline (geb. 1933) und Moses (geb. 1940).

14: An der Bebra 1

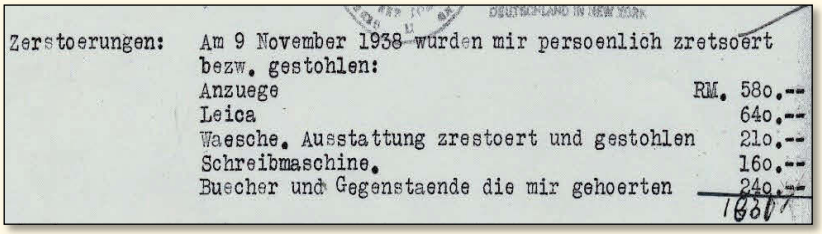
Angeklagter Andreas Krapf, Jg. 1899, Bahnbetriebsassistent, Fuldastr. 9, SA-Scharführer, am 17.12.1946 in der Strafkammersitzung:

„9. zum 10. wurden wir zum Hotel Roese zum Dienst bestellt. Wir mussten draußen antreten und bekamen zu dritt den Auftrag, bei den jüdischen Familien Apfel, Hugo Oppenheim und Doellefeld nach Geschäftsbüchern zu suchen. Dieser Auftrag war mir unsympathisch. Aber aus Furcht vor Rache des Kreisleiters habe ich den Auftrag doch ausgeführt. … In der ersten Nacht war Demolierung, während in der zweiten Nacht die demolierten Sachen weggeholt wurden und die Juden verhaftet worden sind."

Hermann und Clara Döllefelds jüngster Sohn Alfred, genannt Fredi, geboren am 20. April 1915, flüchtete am 8. November 1938 nach dem nächtlichen Überfall auf das elterliche Haus zu seinem Onkel Sally Süßkind in Heuchelheim bei Gießen. Von dort meldete er den Diebstahl seiner Leica-Kamera, mehrerer Paar Schuhe und eines neuen Anzugs. (s.u.)
Alfred (Fred) Döllefeld gelang im Juni 1941 die Emigration in die USA, nachdem er von Januar bis Mai 1941 im KZ Breitenau inhaftiert war.



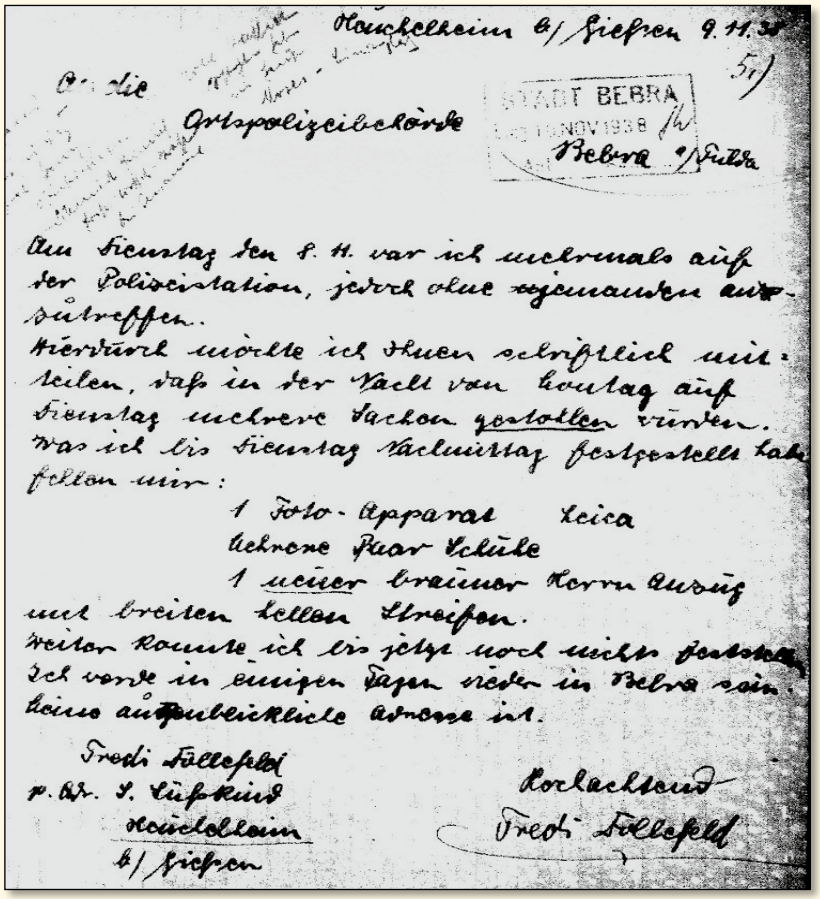
*Haus **Döllefeld, An der Bebra 1** (Bildmitte), davor eine weiß-gekleidete Frau; „Möbellager" als Giebelaufschrift.*



Zerstoerungen: Am 9 November 1938 wurden mir persoenlich zretsoert bezw. gestohlen:

Anzuege	RM. 58o.--
Leica	64o.--
Waesche, Ausstattung zrestoert und gestohlen	21o.--
Schreibmaschine,	16o.--
Buecher und Gegenstaende die mir gehoerten	24o.--
	1630.-

Auszug aus dem Entschädigungsantrag von Fred Döllefeld, April 1960 (HHStAW)



Heuchelheim b/ Giessen 9.11.38

An die Ortspolizeibehörde

STADT BEBRA 10 NOV 1938

Bebra / Fulda

Am Dienstag den 8.11. war ich mehrmals auf der Polizeistation, jedoch ohne jemanden anzutreffen.
Hierdurch möchte ich Ihnen schriftlich mitteilen, daß in der Nacht von Montag auf Dienstag mehrere Sachen gestohlen wurden.
Was ich bis Dienstag Nachmittag festgestellt habe, fehlen mir:
1 Foto-Apparat Leica
mehrere Paar Schuhe
1 neuer brauner Herrn Anzug mit breiten hellen Streifen.
Weiter konnte ich bis jetzt noch nichts feststellen.
Ich werde in einigen Tagen wieder in Bebra sein. Meine augenblickliche Adresse ist

Fredi Döllefeld
p. Adr. S. Süßkind
Heuchelheim
b/ Gießen

Hochachtend
Fredi Döllefeld

Brief, den Alfred (Fredi) Döllefeld am 09.11.938 aus Heuchelheim (bei Gießen) an die Bebraer Polizeibehörde schrieb:

Am Dienstag, den 8.11. war ich mehrmals auf der Polizeistation, jedoch ohne jemanden anzutreffen.
Hierdurch möchte ich Ihnen schriftlich mitteilen, daß in der Nacht von Montag auf Dienstag mehrere Sachen gestohlen wurden.
Was ich bis Dienstag Nachmittag festgestellt habe, fehlen mir:
1 Foto-Apparat Leica
mehrere Paar Schuhe
1 neuer brauner Herrn Anzug mit breiten hellen Streifen.
Weiter konnte ich bis jetzt noch nichts feststellen.
Ich werde in einigen Tagen wieder in Bebra sein. Meine augenblickliche Adresse ist

Fredi Döllefeld
p. Adr. S. Süßkind
Heuchelheim
b) Gießen

Hochachtend
Fredi Döllefeld

15: Nürnberger Straße 9

Hugo und Klara Oppenheims Sohn Günther (geb. 25. Mai 1912) gelang im November 1938 von Berlin aus die Ausreise in die USA.

In der Woche vor den Ausschreitungen im November 1938 hatte er seinen letzten Besuch in Bebra gemacht, um sich bei den Eltern zu verabschieden.

Von den Geschehnissen in Bebra erfuhr Günther Oppenheim erst in New York aus Briefen seiner Eltern. Daraus entnahm er, dass ihre Wohnung im zweiten Stock des Hauses Nürnberger Straße 9 durch die Zerstörungen unbewohnbar geworden war, sodass sie in eine Parterre-Wohnung im gleichen Haus umziehen mussten.

Das Haus, das je zur Hälfte den Brüdern Hugo und Moritz gehörte, war bereits einige Monate zuvor verkauft worden. Aber auch die mittlerweile „arischen“ Besitzverhältnisse schützten die Oppenheims nicht.

Ein Bebraer SA-Mann schilderte seine damalige Rolle wie folgt:
Er habe von der Parteileitung im Gasthof Röse den Befehl erhalten, Hugo Oppenheim zu verhaften und die Geschäftsbücher aus dessen Wohnung abzuholen:
„Der anwesende Oppenheim übergab mir die Geschäftsbücher, nachdem er mich gebeten hatte, seine im Hausflur hängende Uniform als Garde du Korps zu schonen.“
Der Auftrag sei ihm peinlich gewesen. *„Ich war nämlich Schriftführer im Kriegerverein und Oppenheim Schriftführer im Gardeverein, und wir kannten uns aus jahrelanger Zusammenarbeit.“*

Am 17. Juni 1963 meldete Günther Oppenheim seine Ansprüche auf Entschädigung für den geraubten und zerstörten Familienbesitz an - bekräftigt als *„eidesstattliche Versicherung“.* In ihrer Detailgenauigkeit vermittelt dieses Dokument eine Vorstellung von dem Lebensstil und dem damit verbundenen Selbstverständnis dieser jüdischen Familie: siehe **Entschädigungsantrag auf den nächsten Seiten**.

Zur Erinnerung an das Verfolgungsschicksal von Hugo und Klara Oppenheim sowie deren Sohn Egon wurden 2022 sogenannte Stolpersteine vor dem Haus Nürnberger Str. 9 verlegt.





***oben**: Warenhaus Salomon Oppenheim, eröffnet am 19. November 1903, von den Söhnen Hugo und Moritz bis 1938 weitergeführt.*
***darunter**: Das ehem. Anwesen Oppenheim ca. 2010.*





***Hugo Oppenheim als Husar** der kaiserlichen Armee im Januar 1918 in Berlin.*

Polizeileutnant a. D. Wilhelm Rex am 22.08.1963 auf Vorladung u. a.:
„Die Möbel der Eheleute Oppenheim wurden mit Möbeln der anderen jüdischen Einwohner öffentlich versteigert und zum Teil verbrannt. Der Erlös wurde vom Staate eingezogen.“

EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

Ich, der Unterzeichnete, Gunther O p p e n h e i m

wohnhaft: 60 Sutton Place Sputh
New York 22, New York

erklaere, auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung und die Folgen falscher Angaben hingewiesen, das Folgende an Eidesstatt:

1.) Die obigen Angaben ueber Namen und Wohnung sind zutreffend.

2.) Ich bin am 25. Mai 1912 in Bebra geboren.

Am 17. November 1938 bin ich aus Deutschland ausgewandert und besuchte in der ersten Woche im November 1938 meine Eltern, Hugo und Clara O p p e n h e i m, in Bebra, Nuernbergerstrasse 9. Ich weiss, dass in der Pogromnacht auch die Wohnung meiner Eltern von den Nazis heimgesucht wurde, jedoch ist es mir unmoeglich zu sagen, welche Gegenstaende im einzelnen hierbei zerstoert, zerschlagen oder gepluendert worden sind. Ich kann mich noch entsinnen, dass das Wohn- und das Speisezimmer zum grossen Teil zerstoert wurde, jedoch bin ich nicht in der Lage, die betroffenen diversen Gegenstaende zu bezeichnen. Ob und welche Gegenstaende wieder repariert worden sind, weiss ich nicht.

Ich gebe nach meiner besten Erinnerung untenstehend eine Aufstellung der Wohnungseinrichtung meiner Eltern. Ich bin nicht in der Lage, den damaligen Wert der Gegenstaende unter Beruecksichtigung der geschehenen Abnutzung zu schaetzen. Meine Eltern befanden sich in sehr guten Vermoegens- und Einkommensverhaeltnissen und es handelte sich um eine guteingerichtete 6-Zimmer-Wohnung. Im einzelnen setzte sich die Einrichtung wie folgt zusammen:

Herrenzimmer:
- 1 Schreibtisch mit Sessel
- 1 kombinierter Herrenzimmer- und Buecherschrank mit Buechern
- 1 runder Tisch mit 4 Stuehlen
- 1 Ledersofa
- 1 Ledersessel
- 1 Couch

einige Gemaelde
1 Perserteppich
Vorhaenge und Gardinen
Lampen

Wohnzimmer:
1 Sofa
2 Sessel
1 Tisch
1 Wohnzimmerschrank
1 Perserteppich
Vorhaenge und Gardinen
Lampen

Speisezimmer: (hier handelte es sich um das groesste Zimmer -schwarzes Ebenholz-)
1 grosser Ausziehtisch fuer 16 Personen
8 Stuehle (mit Ledereinfassung)
1 grosse Kredenz, die fast bis zur Decke reichte; der Inhalt setzte sich aus zahlreichem Porzellan etc. zusammen
1 rundes Sofa, das in eine Kredenz hineingebaut worden ist; der untere Teil bestand aus dem Sofa, waehrend der obere Teil aus der Kredenz bestand. In dieser Kredenz befanden sich Nippsachen, wie Meissner Porzellanfiguren etc..
1 runder Marmortisch
2 Sesseln
½ weiteres Sofa
1 Perserteppich
Vorhaenge und Gardinen, Lampen

Schlafzimmer (meiner Eltern):
2 Betten mit allem Zubehoer
2 Nachttische
1 grosser Kleiderschrank
1 Kommode
Vorhaenge und Gardinen
zahlreiche Bettwaesche usw.
Lampen

Schlafzimmer (von mir und meinem Bruder):
2 Betten mit allem Zubehoer
2 Nachttische
1 Kommode
1 Kleiderschrank
Vorhaenge und Gardinen, Lampen

-3-

In diesem Zimmer war eine Badeeinrichtung eingebaut, die Teil des Zimmers darstellte.

Kuecheneinrichtung
mit allem Zubehoer

Ich muss annehmen, dass die restliche Wohnungseinrichtung meiner Mutter bei ihrer Deportierung von den Nazis beschlagnahmt worden ist. Mein Vater ist im Jahre 1941 verstorben.

Ich kann mich nicht an jeden einzelnen Schmuck- und Edelmetallgegenstand erinnern, der im Besitz meiner Eltern war; ich weiss jedoch, dass meine Mutter verschiedene wertvolle Schmuckstuecke besass. An die folgenden Gegenstaende kann' ich mich noch entsinnen, die ich nach meiner besten Erinnerung wie untenstehend beschreibe:

1 Brillantring; in der Mitte des Rings befand sich ein Brillant (ca.3/4 Karat), der von kleinen Brillanten umgeben war (diese hatten zusammen ein ungefaehres Gewicht von 3/4 Karat)

1 Paar Brillant-Ohrringe; an jedem der beiden Ohrringe befand sich ein Brillant von ca. 1/2 Karat, der wiederum von kleinen Brillanten umgeben war; insges. betrug das Gewicht der kleinen Brillanten je ca. 1/4 Karat

1 Halsband mit einem mit Brillanten besetzten Medaillon; es handelte sich um eine duenne goldene Kette mit einem goldenen Medaillon; das Medaillon war mit 3 Brillanten bestetzt; das ungefaehre Gewicht betrug jeweils ca. 3/4 Karat; desweiteren befanden sich einige kleine Brillanten an dem Medaillon mit einem ungefaehren Gesamtgewicht von 1/4 Karat.

Meine Eltern besassen auch zahlreiches Silber, wie Bestecke Leuchter usw.; es ist mir jedoch nach all den Jahren nicht mehr moeglich, die einzelnen Gegenstaende aufzuzaehlen.

-4-

Ich bin ueberzeugt, dass meine Eltern, um ihr Leben nicht aufs Spiel zu setzen, im Fruehjahr 1939 wie alle Juden ihre Schmuck- und Edelmetallgegenstaende abgeliefert haben. Da ich mich jedoch zu der Zeit nicht mehr in Deutschland befand, kann ich aus eigener Kenntnis hierueber nichts bekunden.

GUNTHER OPPENHEIM

Unterschrieben und beschworen vor mir:
Subscribed and sworn to before me
this day of June 1963

JOSEPH NOVICK
NOTARY PUBLIC, STATE OF NEW YORK
Qualified in New York County
No. 31-2912700
Certificate filed with N- Y. Co. Register
Commission Expires March 30, 1965

Bebra, 19. November. Das von der Firma S. Oppenheim hier neuerbaute Warenhaus, das eine Zierde und Sehenswürdigkeit unseres Ortes ist, wird, einer Ankündigung zufolge, mit einer großartigen, feenhaften Dekoration nächsten Sonnabend den 21. d. M. abends 1/2 6 Uhr eröffnet werden. Dem Unternehmen ist bestes Gelingen zu wünschen.



Am Abend des 21.11.1903 hatte Salomon Oppenheim (58) sein neuerbautes Kaufhaus in der Nürnberger Straße *„mit einer großartigen, feenhaften Dekoration“* (Rotenburger Kreisblatt) der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nur vier weitere Lebensjahre waren dem stolzen Kaufhausbesitzer vergönnt. Salomons Söhne Hugo (geb. 1881) und Moritz (geb. 1886), die das Geschäft übernahmen, mussten drei Jahrzehnte später den Raub ihrer Würde und ihres materiellen Besitzes erleben.

Das von Salomon Oppenheim 1903 in der Nürnberger Straße 7-9 gegründete Kaufhaus in einer Aufnahme von 1960;
darüber: Bericht im Kreisblatt v. 19.11.1903 über „das von der Firma S. Oppenheim neuerbaute Warenhaus, das eine Zierde und Sehenswürdigkeit unseres Ortes ist“.

16a: Nürnberger Straße 17

Taxifahrer Hans Kessler, Jg. 1907, berichtete dem Landjäger Steffek am 6. März 1946:
„Im Laufe des Gespräches [mit Gastwirt Heinrich Opfer, H.N.] *hörten wir, dass eine Aktion in Bebra im Gange sei. Darauf erwiderte Gastwirt Opfer: ‚Komm, laß uns mal sehen, was sich da abspielt!‘*
In der Nürnberger Straße bei dem Juden Abraham und Oppenheim sahen wir eine größere Menschenmenge versammelt, welche Treppenstufen abrissen, Haustüren demolierten und Fensterscheiben einschlugen. … Wir hielten dann kurz vor dem Gasthaus Rebentisch an, wo sie einen Juden auf dem Tische stehen hatten, welchen sie verhöhnten.“
Landjäger Steffek ergänzte seine Vernehmung mit diesem *Schlussbericht*:
„Die Aussagen des H. Kessler erscheinen glaubwürdig, jedoch müsste er als ortskundiger Taxifahrer mehr aussagen können.“

Auf Vorladung des Amtsgerichts Rotenburg berichtete Glasermeister Adam Witzel am 8. März 1946: *Um ca. 24 Uhr verließen wir (nach Skatspiel) die Wohnung mit unseren Frauen und gingen die Nürnberger Straße lang in Richtung meiner Wohnung. Gegenüber der Mühlenstraße hörten wir ein Gepolter und Lärm, sodass wir zunächst annahmen, es sei ein Polterabend. Ein unbekannter Eisenbahner, der vom Nachtdienst kam, äußerte sich: ‚Ihr werdet es schon noch sehen, was das für ein Polterabend ist.‘ Wir konnten sehen, wie einige Männer, welche ich nicht erkennen konnte, vor dem Hause Abraham die Treppentritte abhackten. … Wir konnten auch sehen, wie sie in der Dunkelheit mit Taschenlampen arbeiteten.*

[Die Adresse des Hauses von (Salomon) Abraham war Nürnberger Str. 18.]

Damit wir der Sache aus dem Wege kamen, gingen wir … auf die andere Straßenseite. Wir hörten dann noch, als der Trupp in Richtung nach der Wohnung des Levi Oppenheim ging und dort die Treppengeländer entfernten.
Als wir uns vor meinem Hause verabschiedeten, hörten wir noch Schläge in Richtung der Synagoge. Fast gleichzeitig kam ein Mann, der einen Priestertalar brennend an einem Stock trug. Er äußerte sich ‚Adam, so muss das sein!‘ An dem Schein des brennenden Talars konnte ich den Eisenbahner Bödeker erkennen.“



***Levi Oppenheim**, Buchhandlung, Schreibwaren und Tabakwaren, Nürnberger Straße 17, am 9./10. November 1938.*



***Nürnberger Str. 17** (ehem. Levi Oppenheim) ca. 1950.*



***Nürnberger Str. 26** am 8. November 1938, Wohn- und Geschäftshaus von Leopold Oppenheim, ehemals Louis Oppenheim (in Sichtweite von Nürnberger Str. 17).*

16b: Nürnberger Straße 17 (Forts.)

Gastwirt und Bäckermeister Karl Rehs, Jg. 1907, bei seiner Vernehmung am 9. Mai 1947 vor dem Amtsgericht Rotenburg:

„In dieser Nacht, das Lokal war schon geschlossen, meine Mutter spülte die Gläser und ich saß in der Küche über der Abrechnung, hörten wir einen ordentlichen Krach und Splittern von Glas. Ich nahm an, es wäre ein Auto in mein Schaufenster gefahren, wollte hinausgehen, da kam meine Mutter mir entgegen, hielt mich fest und sagte: ‚Bleib drin, sie sind nebenan beim Nachbarn [Levi Oppenheim, H.N.] *und schlagen alles kaputt.‘ Am anderen Morgen sah ich dann: die Möbel etc. als Trümmerhaufen auf der Straße liegen, es waren die Sachen der jüdischen Familie Oppenheim. Am Tatort selbst war niemand mehr, es standen nur noch Passanten herum. Die Leute und Nachbarn sagten, dass SA-Männer mit gerußten Gesichtern die Judenwohnungen demolierten, deswegen wurde - zumal in der Nacht - niemand der Täter bekannt.“*

Der Heilpraktiker Alfred Kamprath berichtete am 21. Februar 1946 dem ihn vernehmenden Gendarmeriemeister:

„Ich hörte im Hotel [Röse, H.N.], dass bei Frau Oppenheim das Haus durchsucht worden ist. Ich wusste, dass Frau Oppenheim sehr herzleidend war, da sie bei mir in Behandlung stand. Darauf setzte ich mich in meinen Wagen und fuhr vor das Haus des Oppenheim.
Ich ging zur Haustür herein und hörte oben Stimmen: ‚Das Bett ist noch warm, sie müssen noch oben am Boden sein.‘
Das Haus war nicht erleuchtet, nur oben brannte ein kleines Licht. Als ich oben auf den Treppen stand, kam Herr Oppenheim die Treppen herunter. Frau Oppenheim wurde an den Füßen angefasst und die Treppen heruntergezogen.
Ich erkannte von den zwei bis drei 18-jährigen Burschen keinen. Sie mussten auf meinen Befehl die Frau Oppenheim, welche sehr krank war, auf ein Sofa legen. Ich fühlte der Frau nach dem Puls und konnte feststellen, dass sie unter der Misshandlung gelitten hatte.“









*Levi und Regina **Oppenheims Tochter Irma** (rechts) heiratete den jüdischen Lehrer Katz aus Haunetal-Rhina. Beiden gelang 1939 die Ausreise in die USA - ebenso wie ihren Eltern.*

16c: Nürnberger Straße 17 (Forts.)

Das überlieferte Bildmaterial zeigt in der Nürnberger Straße in Bebra die Beteiligung von Kindern an den Ausschreitungen im November 1938. Darauf war bereits bei der Darstellung der Vorgänge in Rotenburg Bezug genommen worden, illustrierende Fotos sind aber nur für Bebra überliefert. Das Vorhandensein von Fotos, welche die Präsenz von Kindern sichtbar macht, soll zum Anlass genommen werden, die entsprechenden Beobachtungen in unsere Darstellung einfließen zu lassen.

Der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz (2018: 8) erinnert an *„eine traurige Wahrheit, die im Gedächtnis an die Novemberpogrome verloren ging."* Er meint damit die Rolle von Kindern bei den Pogromen und zitiert die seinerzeit größte jiddische Tageszeitung *Forward* vom 12.11.1938:
„Der Pogrom auf die Juden ist ein wirklicher Freudentag für die deutschen Kinder gewesen. Sie sind mitgelaufen mit den Großen und haben mitgeholfen beim Zerstören und beim Plündern."

Entsprechendes wurde auch bei uns beobachtet, so festgehalten in dem Bebraer Polizeibericht vom 9. November 1938:
„Kinder und Jugendliche, die sinnlos die offenliegenden Warenbestände vernichteten und verschleppten, wurden aus den Häusern verwiesen und die Warenbestände wurden gesichert."

Die Deutschland-Berichte der Exil-SPD, die herausstreichen, die Ausschreitungen seien von der großen Mehrheit des deutschen Volkes verurteilt worden, wiesen gleichzeitig auf die Beteiligung zahlreicher Kinder und Jugendlicher an den antijüdischen Aktionen hin und erklärten dies so:
„Sie haben ja keinerlei Lebenserfahrungen und betrachten die Juden wirklich als Verbrecher und Bösewichter, wie es jetzt allgemein gelehrt wird. Die Jugend hat es also als wichtige und notwendige Handlung betrachtet, sich an den Zerstörungen des jüdischen Eigentums zu beteiligen.
Und weil ihnen gesagt worden war, dass dies alles gestohlen oder zu Unrecht erworben war, fanden sie nichts Verwerfliches dabei, sich auch einige Brocken mitzunehmen." (Grüttner 2014: 504f.)

Buchhändler Levi Oppenheim, der letzte Vorsteher der Bebraer Synagogengemeinde, wurde am 24. November 1938 vom Bürgermeister aufgefordert, unter Bezugnahme auf die Verordnung der Reichsregierung *„zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetreibenden",* alle Schäden, *„welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland ... entstanden sind*", und sein Wohnhaus (Nürnberger Straße 17) *„umgehend in Stand zu setzen.*
Auch für die Instandsetzung der Synagoge und der israelitischen Schule und Lehrerwohnung ist Ihrerseits Sorge zu tragen." (zit. n. Kropat 1988: 144)



Nürnberger Str. 17 (*ehemals Levi Oppenheim)* ***ca. 1960****. Zu der inzwischen deutlich veränderten Straßenfront s. übernächste Seite.*



Regina Oppenheim *geb. Gunzenhäuser mit ihrer Enkeltochter Reni Katz 1936 unterwegs in der Nähe ihres Wohn- und Geschäftshauses in der Nürnberger Str. 17.*



***Zur Orientierung für nicht in Bebra aufgewachsene Personen**:*
Das hell verputzte Eckhaus Sophienstraße/Nürnbergerstr. 19 (vorn rechts) war das ehemalige Hotel Fackenheim (jetzt Fahrschule). Zum Gedenken an Leo Abraham und dessen Frau Ida geb. Fackenheim liegen hier seit Oktober 2021 sog. Stolpersteine, ebenso für Siegfried Abraham, Leos Vater.
Das anschließende Neubaugebäude (Nürnbergerstr. 17) wurde 1996 an der Stelle errichtet, an der ursprünglich das Wohn- und Geschäftshaus der jüdischen Familie Levi Oppenheim (Buchhandel, Schreib- und Tabakwaren) stand; zwischenzeitlich befand sich hier die Redaktion der Hessischen Nachrichten, später die Druckerei Fischer bzw. Riehm.
Das hell verputzte Haus hinten links (mit Zierfachwerk) gehörte bis 1938 den Gebrüdern Hugo und Moritz Oppenheim, 1903 hatte es deren Vater Salomon Oppenheim als Kaufhaus errichten lassen. Seit Juni 2023 liegen hier sog. Stolpersteine für Hugo Oppenheim und dessen Frau Klara geb. Lichtenstein sowie Sohn Egon.
Das Eckhaus Pfarrstraße/Nürnberger Straße 18 (schwach angeschnitten am linken Bildrand zu erkennen) diente bis 1938 der Familie Salomon Oppenheim als Wohn- und Geschäftshaus. Hier liegen seit 2019 Stolpersteine für Salomon Abraham und seine Frau Louise geb. Jüngster sowie deren Söhne Ludwig, Siegfried und Dankmar.

C. Die Jahre 1933 bis 1938

C. 1 Der Weg zur Macht

Am 30. Januar 1933 hatten die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland übernommen. Am 5. März ließen sie den Deutschen Reichstag neu wählen, um ihre Macht zu festigen.
Trotz der für die NSDAP extrem günstigen politischen Gesamtsituation erreichte sie reichsweit mit ihren 43,9 Prozent bei weitem nicht die angestrebte absolute Mehrheit.
Erst die 8 Prozent der Deutschnationalen, die als „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ angetreten waren, verhalfen der neuen Regierung zum Sprung über die 50-Prozent-Marke.
Im mittel- und nordhessischen Raum hatte Hitlers Partei aber deutlich bessere Resultate. Dies gilt in besonderer Weise für Bebra, wo sich am 5. März 1933 73,8 Prozent der Wähler zur NSDAP bekannten. In Rotenburg waren es weniger, aber auch hier war der NSDAP-Wähleranteil mit 61,5 Prozent weit über dem Ergebnis auf Reichsebene. Im Landkreis Rotenburg mit seinen insgesamt 68 Verwaltungseinheiten lag der NSDAP-Wähleranteil am 5. März 1933 bei 69,1 Prozent.
Bei der eine Woche später stattfindenden Kreistagswahl stimmten in Bebra sogar 75,4 Prozent für die Liste der NSDAP, in Rotenburg waren es mit 57,3 Prozent deutlich weniger.

Früher NS-Durchbruch an den Wahlurnen

Der Durchbruch der NSDAP an den Wahlurnen erfolgte in Bebra jedoch nicht erst bei den Märzwahlen 1933, als die Wählerschaft unter massivem propagandistischen Druck und Straßenterror durch die Hitlerpartei sowie ihre SA- und SS-Kampftruppen stand.
Am sichtbarsten hatte sich dies im März 1933 darin gezeigt, dass die Sozialdemokraten sich mit einem mehrwöchigen Verbot ihrer regionalen Zeitung, dem in Kassel erscheinenden *Volksblatt*, konfrontiert sahen.
Bei den letzten wirklich freien Reichstagswahlen am 6. November 1932 hatten bereits 68,5 Prozent der Bebraer Wähler ihre Stimme für die NSDAP abgegeben – gegenüber 57,1 Prozent in Rotenburg. Auf Reichsebene erreichte die NSDAP vergleichsweise bescheidene 33,1 Prozent.
Und als es im April 1932 um die Wahl eines neuen Reichspräsidenten ging, wünschten sich bereits zwei von drei Bebraer Wählern (65,3%) Adolf Hitler als höchsten Repräsentanten ihres Landes. In Rotenburg hatten 55,4 Prozent für Hitler gestimmt. Der auf Reichsebene im 2. Wahlgang mit 53,1 Prozent wiedergewählte Paul von Hindenburg wurde also auch von den Wählern der Stadt Rotenburg mehrheitlich abgelehnt.

In Bebra 1930 fast jeder Zweite für die NSDAP

Schon drei Jahre zuvor, bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930, hatten sich 47,5 Prozent der Bebraer Wähler, also fast jeder Zweite, für die Liste der NSDAP entschieden. Auch in Rotenburg war die NSDAP im September 1930 zur stärksten Partei aufgestiegen, mit 29,5 Prozent der Stimmen war sie hier aber längst nicht so erfolgreich wie im Nachbarort.
Zieht man das NSDAP-Ergebnis auf Reichsebene mit 18,3 Prozent zum Vergleich heran, dann wird deutlich, dass unsere engere Region ein erfolgversprechendes Terrain für die Hitlerbewegung war.
Schon bei der Reichstagswahl im Mai 1924 war zu erkennen, dass es in Bebra ein überdurchschnittlich hohes Wählerpotential am rechten Rand des Parteienspektrums gab: der *Völkische Block*, eine Vorläuferorganisation der NSDAP, kam hier auf 16,2 Prozent der Stimmen - in Rotenburg waren es 8,2 und im Kreisdurchschnitt 8,3 Prozent .
Der Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 bedeutete deutschlandweit einen politischen Erdrutsch, der die NS-Wählerzahl in Bebra von 133 bei der vorangegangenen Wahl (1928) jetzt auf 1284 hochschnellen ließ und die NSDAP zur dominierenden politischen Kraft machte. In Rotenburg wurden aus den 60 Wählern der NSDAP von 1928 jetzt (1930) 638 NSDAP-Wähler.
Der Erfolg, den die NSDAP in Bebra bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag im September 1930 hatte, stellt sich jedoch weniger überraschend dar, wenn man das bei der Kreistagsneuwahl am 17. November 1929 erzielte Ergebnis (29,9 % der gültigen Stimmen) heranzieht, mit dem sie hier bereits zur stärksten Partei wurde – mit einem mehr als-

doppelt so hohen Stimmenanteil wie in Rotenburg (13,9 %). Die SPD war am 17.11.1929 in Bebra auf 26,2 % abgerutscht, in Rotenburg schnitt die SPD mit 28,6 Prozent allerdings kaum besser ab.

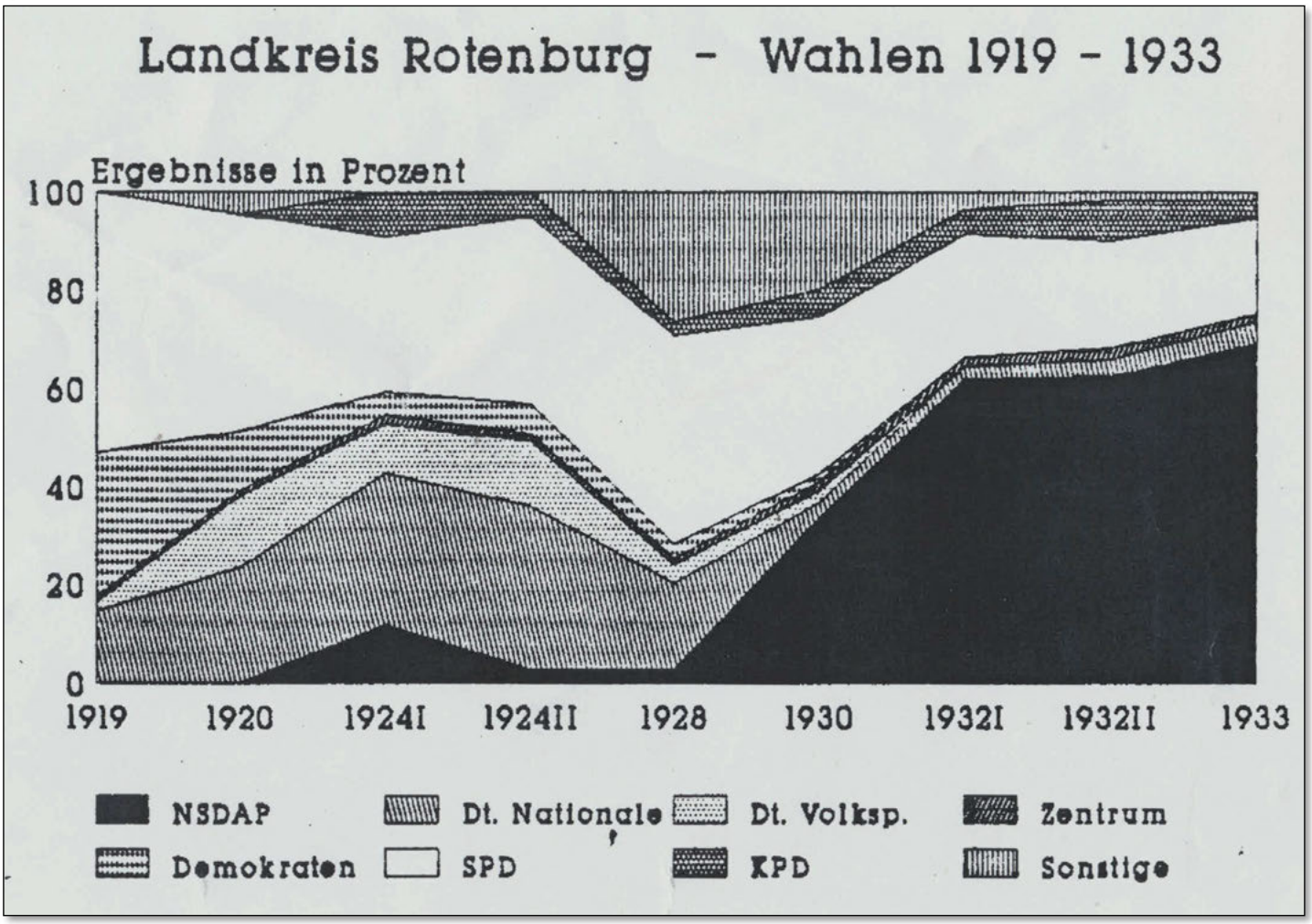
Bebraer NSDAP-Ortsgruppe schon 1925

Zweifellos war der zeitliche Vorsprung, mit dem die Hitlerpartei in Bebra zu Wahlerfolgen kam, kein Zufallsprodukt. Früher als in den Nachbarorten hatte Hitler hier aktive Unterstützer gefunden, sodass es dort schon im März 1925 zur Gründung einer Ortsgruppe gekommen war. Laut Bericht über die Feier des zehnjährigen Jubiläums im *Rotenburger Tageblatt* vom 1. März 1935 war die Ortsgruppe Bebra der NSDAP die erste im Landkreis Rotenburg, sie erfuhr schnellen und massiven Zulauf. Zu den Gründern gehörte Ernst Braun, der Seniorchef der zu Jahrhundertbeginn gegründeten Preßstoffwerke, die später unter der Firmenbezeichnung *Bebrit* geführt wurden und mit mehreren hundert Mitarbeitern der mit Abstand größte private Arbeitgeber in Bebra waren.

1928 übernahm Ernst Brauns Sohn Erich Braun den Vorsitz im NSDAP-Ortsverein, den er im Januar 1934 an den Zahnarzt Alfred Lippert abtrat, der seit Juli 1932 das Amt eines Schriftführers bekleidet hatte. Am 1. Dezember 1936 wurde Lippert als NS-Kreisleiter nach Witzenhausen berufen, aber bereits nach einem halben Jahr dort abgelöst. In den folgenden Jahren war er wieder in seinem Beruf als Zahnarzt tätig.

Als Nachfolger von A. Lippert als NS-Ortsgruppenleiter in Bebra wurde Heinrich Sprenger berufen, ein leitender Mitarbeiter in Brauns Firma (*Bebrit Preßstoffwerke*).

1931 hatte sich auch in Rotenburg ein NSDAP-Ortsverein gegründet, der von dem hier seit 1922 als



*Das Diagramm veranschaulicht den **Aufstieg der NSDAP** zur dominierenden Partei im Landkreis Rotenburg ab 1930 - unter Integrierung der Wählerschaft der Mittelparteien und der Deutschnationalen Volkspartei. Lediglich die SPD konnte einen größeren Teil ihrer Wählerschaft bis 1933 an sich binden.* (Copyright Ralf Nuhn)

Zahnarzt tätigen Dr. med. dent. Richard Donnevert geleitet wurde, der 1932 zum NSDAP-Kreisleiter aufrückte.

Am 26. März 1933 wurde Donnevert zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Rotenburg berufen, ehe er im Januar 1934 als NS-Kreisleiter und Landrat nach Frankenberg kam, wo er bis 1937 blieb.

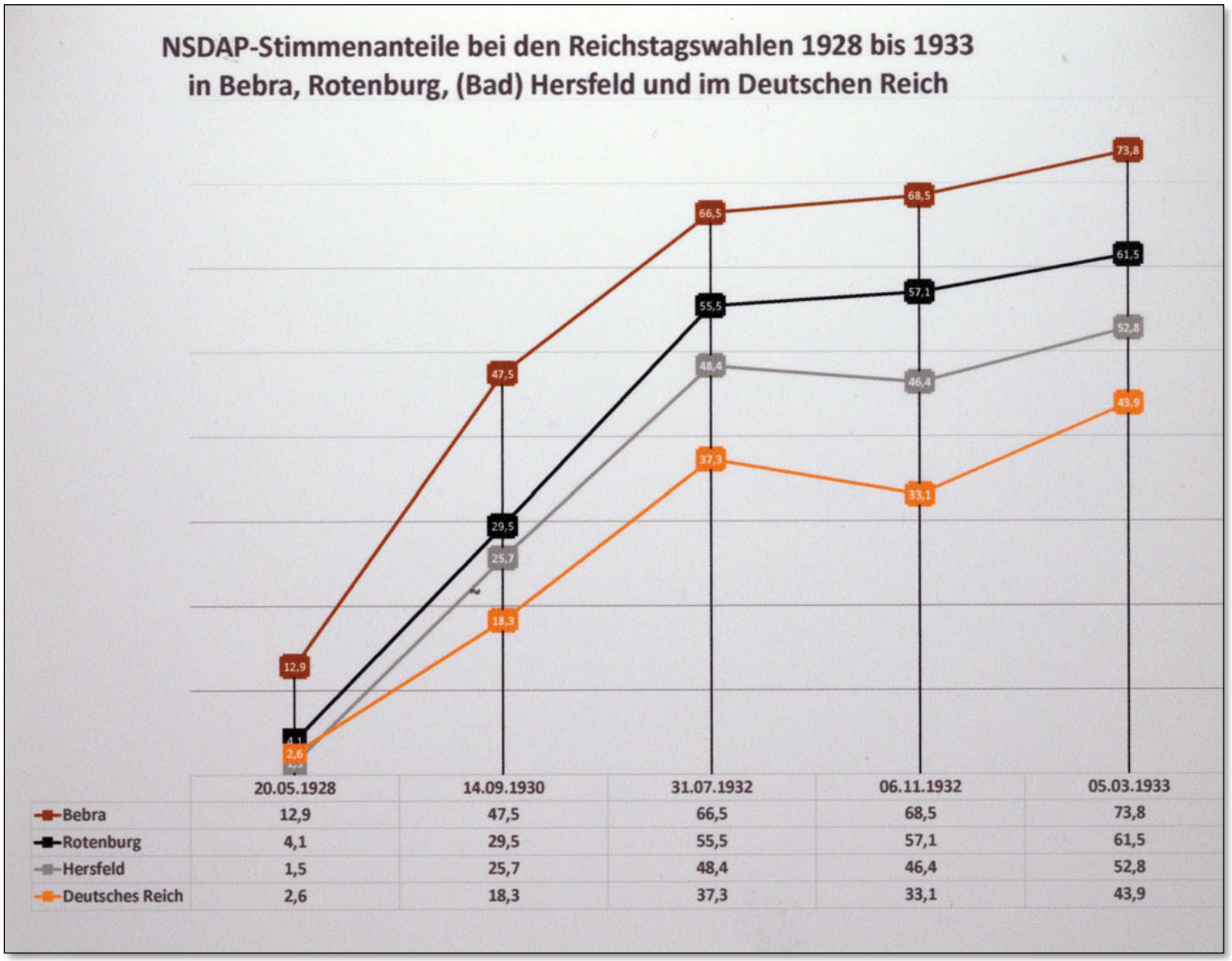
Sein weiterer Weg führte ihn ins Reichssicherheitshauptamt in Berlin, von wo er im März 1940 als stellvertretender kommissarischer Gauleiter ins Sudentenland entsandt wurde. Laut Wikipedia wurde er von „Sudetenführer“ Henlein dort ausgebootet.

Donneverts Rotenburger Kreisleiterposten wurde 1934 von Erich Braun übernommen, der bald zur dominierenden Figur der Hitlerpartei im Landkreis Rotenburg wurde.

NS-Kreisleiter aus Bebra, NS-Kreisleitung mit Sitz in Rotenburg

Bebra hatte durch seine wichtige Stellung im deutschen Bahnnetz innerhalb weniger Jahrzehnte einen sprunghaften Aufschwung genommen und die Kreisstadt Rotenburg sowohl in gewerblicher Hinsicht wie auch bevölkerungsmäßig überholt, sodass es nicht mehr als selbstverständlich galt, dass Bebra bei der Zuordnung von Verwaltungsaufgaben gegenüber Rotenburg zurückstand. Dies lässt sich aus dem Bericht über die Neubesetzung der Position des Kreisleiters der NSDAP ablesen, die im Januar 1934 anstand.

So sind wohl die Einlassungen von Gauleiter Karl Weinrich zu verstehen, der die Ernennung von Erich Braun mit dem Wohnsitz in Bebra zum Donnevert-Nachfolger als NS-Kreisleiter mit der Erwartung verband, *„daß durch diese Neuregelung*



	20.05.1928	14.09.1930	31.07.1932	06.11.1932	05.03.1933
Bebra	12,9	47,5	66,5	68,5	73,8
Rotenburg	4,1	29,5	55,5	57,1	61,5
Hersfeld	1,5	25,7	48,4	46,4	52,8
Deutsches Reich	2,6	18,3	37,3	33,1	43,9



***Erich Braun** (1901-1965). Mit der Mitgliedsnummer 95.912 gehörte er seit 1928 der NSDAP an. Seit Februar 1934 war er deren Kreisleiter. Bei Kriegsende flüchtete er nach Hamburg, wo er sich bis Jahresmitte 1947 versteckt hielt. (Foto 1944, Stadtarchiv Bebra).*



*Dr. med. dent. **Richard Donnevert**, NS-Kreisleiter Rotenburg 1931-1934, Kommissarischer Bürgermeister der Stadt Rotenburg vom 26. März 1933 bis 6. Jan. 1934, danach (bis Jan. 1937) Landrat des Kreises Frankenberg, dann im Reichssicherheitshauptamt in Berlin und stellv. Gauleiter im Sudentengau.*

*der Streit zwischen Rotenburg und der ‚Schwesterstadt´ Bebra begraben wird, da die **einen den Kreisleiter und die anderen die Kreisleitung** haben, die immer in Rotenburg bleiben soll."* (*Bebraer Tageblatt* 21.01. 1934) [fett im Original]

Ende der kommunalen Selbstverwaltung

Dieser Zeitungsbericht über den Ämterwechsel enthielt auch Informationen über die seit dem 12. Dezember 1933 gültige neue Gemeindeordnung. Das Grundprinzip der Selbstverwaltung solle zwar nicht angetastet, wohl aber dem nationalsozialistischen Geiste angepasst werden. In aller Offenheit und Deutlichkeit erfährt der Leser das mit der neuen Gesetzeslage verbundene Ende der kommunalen Selbstverwaltung, wie sie durch die Stein-Hardenbergschen Reformen im frühen 19. Jahrhundert eingeleitet worden war: *„Das Führerprinzip lässt sich nicht mit einem System, in welchem die Mehrheit bestimmt, vereinigen, denn Mehrheit ist nicht immer Wahrheit."* (*Bebraer Tageblatt* 21.01. 1934)

Die Gemeindeleiter wurden jetzt nicht mehr gewählt, sondern durch den Regierungspräsidenten *„nach Fühlungnahme mit dem Gauleiter"* berufen. Die Ratsherren bzw. Schöffen hatten kein Mitbestimmungsrecht, wohl aber die Verpflichtung, *„den Maßnahmen des Bürgermeisters in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen".*

Zu Ratsherren berufen wurden qua Amt der oberste örtliche Leiter der NSDAP und der ranghöchste Führer der SA oder SS, die anderen wurden auf Vorschlag der Partei nach dem jeweiligen berufsständischen örtlichen Proporz ernannt. Die 1935 verkündete Deutsche Gemeindeordnung bestätigte die neuen Regelungen.

Mit der neuen Gemeindeverfassung war rechtlich jede demokratisch-parlamentarische Mitbestimmung zugunsten der Gleichsetzung von Volk und Partei aufgehoben.

Landkreis Rotenburg: führend bei NS-Mitgliedschaft

Im Juli 1930 hatte die Landeskriminalpolizei eine Übersicht über die Entwicklung der NSDAP in den nordhessischen Landkreisen erstellt und bilanziert: *„Rotenburg ist am meisten nationalsozialistisch durchsetzt."* Gemäß dieser Darstellung folgten die Landkreise Melsungen, Marburg, Hersfeld, Ziegenhain, Homberg, Hofgeismar und Biedenkopf. Die Einstufung war gemäß der Zahl der in dem jeweiligen Landkreis abgehaltenen öffentlichen Versammlungen erfolgt. (STAM 165, Nr. 3942/1)

Nach der Bilanz von 1930 zählte die NSDAP im Landkreis Rotenburg 335 Mitglieder – gegenüber 198 im Kreis Ziegenhain und 180 im Kreis Melsungen. In den Kreisen Rotenburg und Ziegenhain waren die Parteimitglieder in jeweils 11 Ortsgruppen organisiert, im Kreis Melsungen hatte die NSDAP im Juli 1932 sechs Ortsgruppen, im Kreis Hersfeld lediglich vier. Nicht nur im Hinblick auf die Zahl der Parteimitglieder war die NSDAP im Raum Bebra-Rotenburg in besonderer Weise erfolgreich.

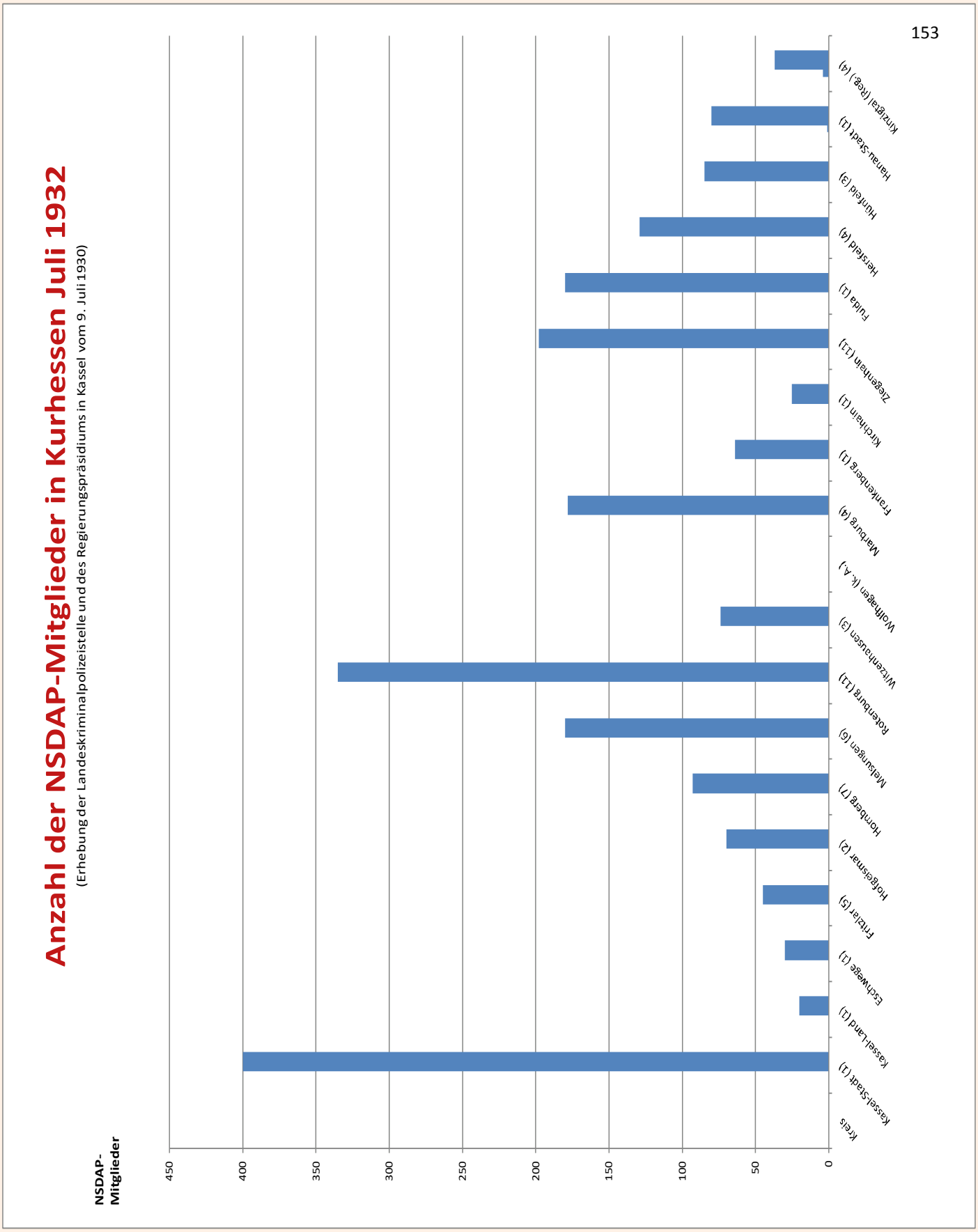
Bei der Kreistagswahl 1929 hatte die Rotenburger NSDAP mit 3.378 Stimmen die Wählerzahlen in den Landkreisen Melsungen (1986), Hersfeld (1521) und Ziegenhain (1404) deutlich übertroffen.

Erhebung der Landes-Kriminalpolizeistelle und des Regierungspräsidiums in Kassel, abgeschlossen am 9. Juli 1930

Kreis	Zahl der Ortsgruppen	Zahl der Mitglieder
Kassel-Stadt	1	400
Kassel-Land	1	20
Eschwege	1	30
Fritzlar	5	45
Hofgeismar	2	70
Homberg	7	93
Melsungen	6	180
Rotenburg	11	335
Witzenhausen	3	74
Wolfhagen	keine Angaben	
Marburg	4	178
Frankenberg	1	64
Kirchhain	1	25
Ziegenhain	11	198
Fulda	1	180
Hersfeld	4	129
Hünfeld	3	85
Hanau-Stadt[x]	1	80
Hanau-Land[x]		
Gelnhausen[x]	4	37
Schlüchtern[x]		
insgesamt:	67	2223

x : als Bezirk Kinzigtal dem Gau Hessen-Nassau-Süd angegliedert

*Die obige Aufstellung zum **Organisationsstand der NSDAP** im NS-Gau Hessen-Nassau-Nord (später **NS-Gau Kurhessen**) zum 9. Juli 1930 ist dem Typoskript (S. 131) entnommen, das Eberhart Schön für seine Mannheimer Dissertation von 1970 (Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen) vorgelegt hat.*



© Joachim Jacek/ Michaela Apel

ANZAHL DER NSDAP-MITGLIEDER JULI 1930 IM NS-GAU KURHESSEN (DAMALS NS-GAU HESSEN-NASSAU-NORD)

(**in Klammern** hinter der Nennung der Landkreise die jeweilige **Zahl der 1930 existierenden NSDAP-Ortsvereine**)
Das Diagramm verdeutlicht die Vorreiterrolle, die der Landkreis Rotenburg beim Aufstieg der NSDAP hatte. Dies galt für die Mitgliederzahl ebenso wie für die Zahl der Ortsvereine, nämlich 11, die sich bis Mitte 1930 im Landkreis Rotenburg gebildet hatten; nur im benachbarten Landkreis Ziegenhain gab es die gleiche Zahl von NS-Ortsvereinen. Aus dem Kreis Rotenburg kamen 1930 fast so viele NSDAP-Parteimitglieder (355) wie aus der um ein Vielfaches größeren Stadt Kassel (400).

Als Indiz für die besondere Bedeutung, welche die hiesige NSDAP für die gesamte Region hatte, kann wohl die Tatsache gelten, dass hier am 19. und 20. September 1929 unter der Kennzeichnung als „Hessentag“ ihr mit großem Aufwand begangenes 3. Gautreffen organisiert wurde.

Im Gegensatz zu den Nachbarkreisen hatte die NSDAP des Landkreises Rotenburg in ihrer Frühphase ihre Geschäftsstelle nicht in der Kreisstadt, sondern in Bebra. Bebras NS-Ortsgruppe stellte 98 der 335 NSDAP-Parteimitglieder im Landkreis, im benachbarten Lispenhausen wohnten 40 Parteimitglieder, ebenso viele wie in der Kreisstadt Rotenburg. (STAM 165, Nr. 3846/3)

Bis zum Durchbruch bei der Reichstagswahl im September 1930 waren die Organisatoren von öffentlichen NS-Veranstaltungen im benachbarten Hersfeld darauf angewiesen, dass der Saalschutz von der SA aus Bebra gestellt wurde.

Überragende Wahlerfolge der NSDAP

Bei dem Blick auf die Zustimmung, welche die NSDAP bei der Wählerschaft in Bebra und Rotenburg seit 1930 gefunden hatte, war wohl alles andere als Ablehnung der neuen Machthaber geschweige denn größerer Widerstand zu erwarten. Einen Fall von offenem Widerstand gab es im März 1933 in Rotenburg durch den Arbeiter Georg Sippel III, der am 12. März 1933 auf Platz 1 der Kandidatenliste der KPD für das Stadtparlament gestanden hatte.

Er war beschuldigt worden, ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Steuerstreik angefertigt zu haben. Zwei Monate später wurde er dafür zu zwei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 30 Reichsmark verurteilt.

Obwohl Hitler seine Vorstellungen und Ziele sowohl schriftlich fixiert als auch in seinen öffentlichen Auftritten unmissverständlich verkündet hatte und SA ebenso wie SS samt anderer Gliederungen der Partei oft genug ihre Absicht deutlich gemacht hatten, ihre Ziele mit Gewalt gegen Andersdenkende durchzusetzen, erzielte die NSDAP, wie bereits dargelegt, in unserer Region überragende Wahlerfolge. Diese versetzten Wähler und Gewählte in einen wahren Rausch.

„Im Kreise Rotenburg fanden überall öffentliche Feiern und Fackelzüge statt. Auf den Bergen lohten Freudenfeuer. Die seither verbannten schwarz-weiß-roten Fahnen wurden wieder aus den Ecken geholt und flatterten neben dem Zeichen des neuen Deutschlands, dem Hakenkreuzbanner, auf öffentlichen und privaten Häusern.“ So berichtete der Bebraer Lehrer und spätere SA-Führer Hans Neumann in der Märzausgabe 1933 der Zeitschrift „Der Kreis Rotenburg in alter und neuer Zeit“. Und er fuhr fort: *„Gleichschalten! Das ist jetzt für jeden die Parole. Gleichschalten für den einzelnen heißt sich erneuern in deutschem Geist.“*

Gleichschaltung der Jakob-Grimm-Schule

Und an dieser Gleichschaltung beteiligten sich nicht nur die Vertreter der nationalsozialistischen Organisationen. Das *Rotenburger Tageblatt* vom 22. März 1933 berichtete von einer „erhebenden Feier“ in der Aula der Jakob-Grimm-Schule, die auf Veranlassung der „nationalen Regierung“ die Schulgemeinde zusammengeführt hatte. Schulleiter Adolf Schneider *„erwähnte, daß wir an einer Wende der Geschichte stehen, daß unser Volk sich zusammenfindet zu einer großen nationalen Front.“*

Eine Woche davor, bei der Abitur-Entlassungsfeier am 15. März 1933, hatte Schneider laut *Tageblatt* sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Schule bisher *„eine klare nationale Linie verwehrt“* war. Aber *„in Zukunft wird die Herausarbeitung einer klaren nationalen Linie möglich sein.“* Denn, so Studiendirektor Schneider, *„die Flaggen, die heute über unserem Hause wehen, sie mögen auch Ihnen Hoffnung und Zuversicht für Ihre Zukunft stärken und wehen über Ihrem Lebenswege als Symbole des Sieges über alles Schwache, Finstere und Gemeine.“*

Bekenntnisse dieser Art waren den neuen Machthabern jedoch keine Gewähr für einen jederzeit loyalen Dienststellenleiter, wenn dieser, wie Adolf Schneider, als Logenbruder der Hersfelder Freimaurerloge *Lingg zur Brudertreue* deren fünf Grundidealen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Toleranz und Humanität verpflichtet war.

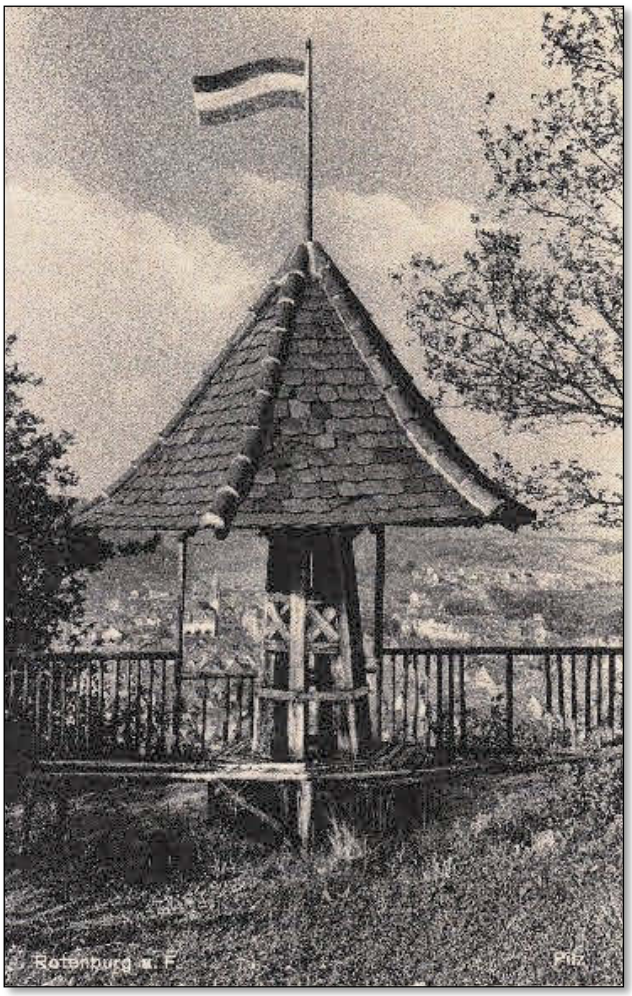
Im Juni 1934 wurde Schneider „aus Krankheitsgründen“ beurlaubt, zwei Monate später, im August 1934 nach Arolsen und im August 1937 unter Aberkennung seiner Schulleiterfunktion von dort nach Bad Homburg versetzt.



*Das Rotenburger Rathaus im März 1933 unter dem **Hakenkreuz** und dem **Schwarz-Weiss-Rot** der Deutschnationalen bzw. des Kaiserreichs. Das Hakenkreuz wurde zum äußeren Symbol nationalsozialistischer Gleichschaltung. Das Parteiabzeichen der NSDAP war nach dem 30. Januar 1933 aus dem Straßenbild und Alltagsleben der Deutschen nicht wegzudenken. Am 15. September 1935 („Nürnberger Gesetze") wurde es zum alleinigen Hoheitszeichen des Deutschen Reiches erklärt.* (Stadtarchiv Rotenburg)

Reaktionen

Es genügte den Hitlerbegeisterten nicht, die Fahnen des Dritten Reiches auf dem Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden flattern zu sehen.
Im *Rotenburger Tageblatt* vom 7. März 1933 wurde darüber mit begeisterten Worten berichtet:
„Der 5. März brachte der deutschen Freiheitsbewegung einen gewaltigen Sieg. Dieser Sieg wollte und verlangte einen sichtbaren Ausdruck: das Hakenkreuzbanner sollte über dem Rathause der Stadt wehen, als sichtbares Zeichen dafür, daß auch in unserer Stadt nationalsozialistisches Wollen maßgebend sein soll für die Arbeiten der Stadt zum Wohle der Gesamtheit aller Einwohner. … Bei den Klängen des Präsentiermarsches wurde die Fahne des nationalrevolutionären Deutschlands gehißt. In soldatischer Ordnung und Disziplin marschierte die SA dann noch durch einige Straßen der Stadt. Kurze Zeit später flatterte auch über der Jakob-Grimm-Schule die Hakenkreuzfahne. Dieser Augenblick war der Anfang einer neuen Zeit, einer Zeit, in der man nicht mehr wagen wird, die nationale Begeisterung deutscher Kinder, die sich unter der Hakenkreuzfahne sammeln, zu unterdrücken."
Damit sich die Erkenntnis des „gewaltigen Sieges der deutschen Freiheitsbewegung" den Schulkindern so fest wie möglich einprägen würde, war für den 8. März 1933 „schulfrei" angeordnet worden – *„anläßlich der geschichtlichen Wendung , die der überwältigende Wahlsieg der nationalen Front für Deutschland bedeutet."*
Die NS-Siegesfahne wurde in den folgenden Wochen weitergetragen. Am 27. März 1933 wurde von Vorstandsmitgliedern des Rotenburger Bürger- und Verkehrsvereins auf dem Katzenkopfhäuschen die Hakenkreuzfahne aufgezogen. Und tags darauf brachte der Verein die schwarz-weiß-rote Fahne auf dem *Pilzchen* genannten Aussichtspunkt am Höberück zum Flattern, damit sie – laut *Rotenburger Tageblatt* - *„allen denjenigen, die der großen Bewegung noch fernstehen, ein Ansporn sein möge, sich als ein Glied in das Große und Ganze einzufügen."*
Ebenso wie in Rotenburg gab es auch in Bebra am 21. März 1933 aus Anlass der Eröffnung des Reichstages einen Fackelzug, *„der von sämtlichen Vereinen und Verbänden, sowie der Freiwilligen Feuerwehr veranstaltet wurde. Die Beflaggung der öffentlichen Gebäude und vieler Privathäuser stempelte den Tag zu einem besonderen Festtag."* Die im November 1932 als 2. Bebraer Tageszeitung gestarteten *Bebraer Nachrichten* begeisterten sich über „Befreiungsfeuer", die auf den umliegenden Bergen und auf dem Wilhelmsplatz *„gen Himmel loderten"*. Laut *Bebraer Nachrichten* war *„fast ganz Bebra auf den Beinen, um an diesem einzigartigen historischen Geschehen gebührenden Anteil zu nehmen."*



*Der **Pilzchen** genannte Aussichtspunkt oberhalb Rotenburgs im März 1933 unter Schwarz-Weiss-Rot, den Farben der Deutschnationalen; dies war als Ansporn gedacht, „sich als ein Glied in das Große und Ganze einzufügen". (Tageblatt v. 7.3.1933)*

So groß war die Begeisterungsfähigkeit der Bebraer NS-Verbände (SS, SA und Hitlerjugend), dass sie nach Abschluss der *„für alle national denkenden Bebraer unvergeßlichen Veranstaltung"* gegen 22 Uhr in den Nachbarort Weiterode aufbrachen, um auch dort einen Fackelzug zu veranstalten.
„Trotz der vorgeschrittenen Abendstunde wurde auch hier den marschierenden Kolonnen von den wartenden Menschenmengen ein begeisterter Empfang bereitet." Die *Bebraer Nachrichten* setzten noch in der gleichen Woche ihre von überschwänglicher Begeisterung für das neue Regime



*„Kurze Zeit später [als der 5. März 1933, H.N.] flatterte auch über der Jakob-Grimm-Schule die **Hakenkreuzfahne**“ - so war im Rotenburger Tageblatt vom 7. März 1933 zu lesen. Aber auch das Schwarz-Weiss-Rot der Deutschnationalen bzw. des Kaiserreichs wehte an der Schule aus einem der Klassenzimmer.*



***Ehemalige** Schülerinnen und Schüler der Jakob-Grimm-Schule, wie auf der rückseitigen Beschriftung vermerkt, bei einem Treffen im März 1933. Auch hier das Schwarz-Weiss-Rot des Kaiserreichs noch neben dem Hakenkreuz des Dritten Reiches*

strotzende Kommentierung fort: *„Wir haben alle die Wiedergeburt des nationalen Deutschland miterlebt, das Entstehen einer Bewegung, die aus kleinsten Anfängen heraus sich entwickelte, sich allen ungeheuren Widerständen zum Trotz allmählich erst und dann mit Macht um sich greifend immer weiter durchsetzte, bis sie zu einer Lawine angewachsen alles, was ihr auch hemmend im Wege stand, mit unwiderstehlicher Kraft niederriß und ihrer Idee eines nationalen, geeinten und freien Deutschland den Sieg errang. … Unsere schwere Zeit erfordert ganze Menschen, und alle schwachen, schwankenden Naturen, die in Halbheiten steckenbleiben, müssen notwendig zugrunde gehen, für sie ist hier kein Platz.“*

Von dem am 7. April 1933 erlassenen Gesetz über die Suspendierung jüdischer Beamter und dem Entzug der Zulassung jüdischer Ärzte und Anwälte war in Rotenburg und Bebra niemand unmittelbar betroffen.

Allerdings verlor Meta Katzenstein, geb. 1898 in dem Haus Brotgasse 3, ihre Stelle als Sekretärin von Landrat Walter von Dombois. Am 24. Juli 1933 verließ sie Rotenburg, um sich in Bremen niederzulassen. Von Dombois, in der Weimarer Republik politisch der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei nahestehend, hatte den Landratsposten in Rotenburg im März 1925 übernommen, seine Beurlaubung „aus politischen Gründen“ erfolgte am 5. Februar 1934. Er soll sich bei Kreistagssitzungen geweigert haben, das Horst-Wessel-Lied zu singen und den rechten Arm zum Hitlergruß zu erheben.



***Meta Katzenstein**, Jg. 1898, rechts, mit befreundeten Rotenburger Frauen bei einem Ausflug ca. 1930.*

Der Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten)

Obwohl offiziell überparteilich trat seit 1928 der *Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten* als republik- und demokratiefeindliche und auch als antisemitische Organisation in Erscheinung. Im Februar 1933 hatten sich dieser Verband und die *Deutschnationale Volkspartei* zur *Kampffront Schwarz-Weiß-Rot* zusammengeschlossen. Unter dieser Flagge war man bei den Reichstagswahlen am 5. März angetreten, auch für die Kreistagswahl am 12. März 1933 war eine Kandidatenliste aufgestellt worden. Am 5. März war die *Kampffront* in der Kreisstadt immerhin auf 11,0 Prozent der gültigen Stimmen gekommen (gegenüber 8,0 im Reich). Im Berliner Reichstag verhalfen die Mandate von *Schwarz-Weiß-Rot* bekanntlich der NSDAP (43,9%) zur parlamentarischen Mehrheit.

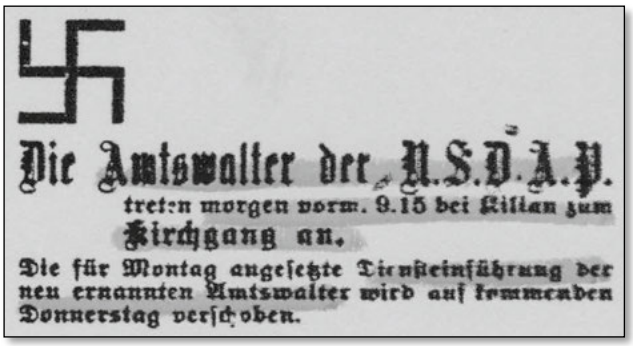
Auch im Rotenburger Kreistag machte die *Kampffront Schwarz-Weiß-Rot* gemeinsame Sache mit der NSDAP, die aber mit ihren 15 Mandaten zur Mehrheitsbildung nicht auf die zwei Mandate der *Kampffront* angewiesen war. Die fünf Vertreter der SPD hatten auf die Annahme ihrer Mandate gezwungener Maßen verzichtet.

Schon am 27. April 1933 schloss sich in Berlin der Stahlhelmführer Seldte der NSDAP an und überführte seinen Verband in die SA. Die Stahlhelm-Kreisgruppe Rotenburg lag voll auf der Linie der Verbandsführung und gab noch am 29. April 1933 in einer großen Zeitungsanzeige bekannt: *„In alter Soldatentreue stehen wir fest zu unserem Bundesführer Franz Seldte und geloben auch unserem o b e r s t e n Führer Adolf Hitler [Sperrung im Original] treue Gefolgschaft, so wie es eines Frontsoldaten würdig ist.“* In gleichem Sinne äußerte sich Stahlhelm-Kreisführer Dr. med. Martin Falke, praktischer Arzt in Rotenburg, in seinen Appellen.

Mitwirkung „Gutbürgerlicher“

Bei Betrachtung des Prozesses der Machtübernahme und Machtsicherung in dem untersuchten Gebiet verfliegt schnell die Vorstellung, dass es im Wesentlichen die Aktionen wildgewordener SA-Horden waren, die dem demokratischen politischen Leben ein Ende machten; es wirkten dabei vielmehr „gutbürgerliche“ Personen mit.

Die von der faschistischen Propaganda so genannte „nationale Revolution“ 1933/34 stützte sich auf die Mitwirkung von Unternehmern, Verwaltungs-


Die Amtswalter der N.S.D.A.P.
treten morgen vorm. 9.15 bei Kilian zum Kirchgang an.
Die für Montag angesetzte Dienstenführung der neu ernannten Amtswalter wird auf kommenden Donnerstag verschoben.

*Vom Bebraer **NS-Ortsgruppenleiter** im Tageblatt vom 26. Mai 1933 geschaltete Anzeige.*

eliten, Kirchenvertretern - und auf die Bereitwilligkeit national-bürgerlicher Vereine, vor allem aber auf die ganze Breite lokaler NS-Unterorganisationen.
Für letztere bedeutete dies mehrfach im Verlauf des Jahres geschlossenes Antreten zum Kirchgang von jeweils festgelegten Startpunkten aus. Der so organisierte Kirchgang war also nicht länger eine individuelle Angelegenheit, sondern Teil des Dienstplans der jeweiligen Parteigruppierung.
So am Erntedanktag in Bebra am 1. Oktober 1933, der um 7.45 Uhr am Hauptmann-Göring-Platz mit einer Flaggenparade begann. *„Unter Vorantritt der SA-Kapelle bewegte sich der unendlich lange Zug zur evangelischen Kirche, die bis auf den letzten Platz gefüllt wurde."* (*Bebraer Tageblatt* 2.10. 1933).

Am Schwarzen Brett der NS-Ortsgruppe war in den Lokalzeitungen zur Teilnahme an dieser Feier aufgerufen worden, und zwar im imperativen Infinitiv: *„Die Amtswalter der NSDAP treten morgen vorm. 9.15 bei Kilian zum Kirchgang an."* Auch weitere Anlässe für gemeinsamen Kirchgang gehörten zu dem öffentlichen Erscheinungsbild der neuen Machthaber.

Liebeswerben um die Kirchen

Die anfängliche Haltung der Parteiorgane schien eine Hinwendung zur Kirche darzustellen, was weite Teile der Pfarrerschaft ebenso wie der aktiven Gemeindeglieder zu der Hoffnung veranlasste, das neue Regime werde den lang ersehnten volksmissionarischen Aufschwung begünstigen, die Landeskirche zu einer wahren Volkskirche umzugestalten. Das anfänglich ganz bewusste Liebeswerben der NSDAP um die Kirchen gelangte vermittels der feierlichen Erklärungen Hitlers bei der Eröffnung des Reichstags am 23. März 1933 bis in den letzten Winkel des Deutschen Reiches: *„Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. … Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat."* (zit. n. Scholder 1977: 325)

Solche Aussagen hatten die Kirchen in der Weimarer Republik selten zu hören bekommen. Dass diese Aussagen nicht mehr als billige Propagandalügen waren und Hitler über das Schicksal der Kirchen in Wirklichkeit ganz anders dachte, konnten und wollten nur ganz wenige sehen.

„Hitler selbst wusste durch häufige öffentliche Anrufung ‚des Allmächtigen' und ‚der Vorsehung' den Eindruck des durchaus frommen, demütigen Führers zu erwecken, und in den protestantischen Gegenden des Reiches wurden SA- und SS-Männer vielfach scharenweise zum Besuch von Gottesdiensten abkommandiert, um diesen Eindruck zu verstärken.
Die pseudoreligiöse Stimmungsmache des Nationalsozialismus, die von einer Minderheit protestantischer Christen von vornherein als diabolischer Götzendienst erkannt wurde, verfehlte bei großen Teilen der protestantischen Gläubigen nicht ihre suggestive Wirkung und erklärt die überschwängliche Verehrung, die Hitler gerade aus christlich-protestantischen Kreisen zuteil wurde." (Broszat 1969: 285)
Ian Kershaw, der als einer der besten Hitlerkenner gilt, schreibt dazu (1987: 144): *„Hitlers offensichtliche Fähigkeit, selbst gegenüber eher kritischen Kirchenführern das Bild eines politischen Führers vorzutäuschen, der bereit ist, am Christentum festzuhalten und dieses zu schützen, war entscheidend für die Vermittlung solch einer Vorstellung an die kirchentreuen Teile der Öffentlichkeit durch einflussreiche Persönlichkeiten der beiden großen christlichen Konfessionen.*
Dies war der Grund, warum Kirchgänger so häufig, ermutigt durch ihre Meinungsführer in den christlichen Hierarchien, Hitler von ihrer Verdammung der atheistischen NS-Ideologie und der antichristlichen Parteiradikalen ausschlossen. Sie sahen in ihm weiterhin die letzte Hoffnung auf Rettung vor dem gottlosen Bolschewismus."

Erinnerungen an Exzesse

Die am 1. Januar 1914 in Bebra geborene und dort aufgewachsene Ilse Abraham verh. Friedmann: *„Es gab Umzüge mit einer Menge Leute, die äußerst aggressive Lieder sangen, wie die Juden umgebracht und wie ihr Blut in den Straßen fließen würde. Eines habe ich dabei bis auf den heutigen Tag nicht verstehen können, dass es nämlich nicht nur die Rowdys waren, die marschierten und sangen, sondern dass unter den Marschierern auch gebildete Leute waren, die es hätten besser wissen müssen, aber wohl glaubten, dass dies alles in Ordnung sei.“*

Auch „Arier“ missbilligten diese Formen des Radau-Antisemitismus. Der in Bebra lebende Heinrich Eisel (Jg. 1926) zitierte diesbezüglich seinen Vater, der sich von dieser Vorgehensweise abgestoßen gefühlt und laut und vernehmlich gerufen habe: *„Können die denn keine anständigen Marschlieder singen“.*
„Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht’s noch mal so gut!“ hatte der Schlussreim des häufig gesungenen Liedes gelautet.

50 Jahre später formulierte der 1922 in Rotenburg geborene Rudi Linz (ehemals Steinweg 7) in einem Brief an gute Bekannte seine Kindheitserinnerungen an seine Heimatstadt:
Für uns wurde dann das Leben in Rotenburg immer schwerer. Im Eingang unseres Geschäftes standen uniformierte Hitlerjungen und sorgten dafür, daß niemand unser Geschäft betreten konnte. Die Fensterscheiben wurden bemalt und eingeworfen. Diese Vorkommnisse machten es uns leicht, die Stadt, wo der Vater meines Vaters und dessen Großvater gelebt hatten, für immer zu verlassen.
„Den Kirchplatz, den Hoeberueck, die Bruecken, den Spielplatz für Fuss- und Handball und so viele andere Erinnerungen habe ich. Aber ich muss ehrlich gestehen, dass wenn immer ich an Rotenburg denke, der Arbeitsdienst und die schrecklichen Lieder, die sie gesungen haben, wenn sie im Steinweg marschierten, das sind die Erinnerungen, die mir zuerst in den Kopf kommen. Ich erinnere mich daran, wie der Arbeitsdienst jeden Tag an unserer Tür vorbeimarschierte und sang: Ja, wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut! Wir wissen, dass das ja alles vorbei ist. Aber man kann vergeben, viel leichter als vergessen.“



***Ilse Friedman-Golbert** geb. Abraham (01.01.1914 -7.1987) als Hobby-Näherin in den USA.*



***Rudi Linz**, geb. 23.10.1922 in Rotenburg, war 1939 mit den Eltern (Hermann und Elise Linz) in die USA geflüchtet. Das Foto zeigt ihn 1982 in seiner Wohnumgebung in Chicago-Skokie.*

C. 2 Juden in Rotenburg & Bebra

Entwicklung seit dem Mittelalter

Für Rotenburg an der Fulda lassen sich Juden seit dem 14. Jahrhundert nachweisen. Der für das gesamte hessische Gebiet älteste nachweisbare Schutzbrief ist der vom 3. Juni 1414, mit dem Landgraf Ludwig I. dem aus Frankfurt nach Rotenburg zugezogenen Juden Meyer einen solchen Schutzbrief ausstellte, in dem er diesem versprach, ihn *„und Zara, seine Hausfrau, sowie ihre Kinder und Gesinde (zu) verteidigen und (zu) schützen gleich unseren anderen in unserem Fürstentum wohnenden Juden; und soll uns derselbe Meyer dafür das Jahr den Zins geben auf St. Michaels Tag, drei gute rheinische Gulden.“*

Der Schutzbrief für den Juden Meyer in Rotenburg ist das älteste überlieferte hessische Dokument dieser Art überhaupt. Noch vor dem 30-jährigen Krieg erlebten dann auch Bebra und andere Orte im Amt Rotenburg die Ansiedlung jüdischer Familien, die sich kontinuierlich fortsetzte und stark durch die Rotenburger Quartfürsten gefördert wurde, die ein reges Interesse an guten Steuerzahlern hatten. In der landgräflichen Region „Fuldastrom“ wurden Amt und Stadt Rotenburg zum Zentrum jüdischen Lebens für mehr als drei Jahrhunderte. Im 15. und 16. Jahrhundert gab es zwischenzeitlich hier Perioden ohne jüdische Ansiedlung. Im Verlauf und nach Ende des Dreißigjährigen Krieges erblühte aber dann wieder jüdisches leben. Wesentlich gefördert wurde es durch die Rotenburger Quartfürsten.

Die 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts war geprägt durch die politische Auseinandersetzung um die Gleichstellung der Juden mit den übrigen Bürgern. Aus den Dörfern der Umgebung zogen in der Folgezeit zahlreiche jüdische Familien in die Kreisstadt und verstärkt auch in das sich zum Eisenbahnknotenpunkt entwickelnde Bebra.

In einer Aufstellung von 1861 (s. nächste Seite) erscheint die Stadt Rotenburg mit 292 Juden (= 9,4 v.H. der Gesamtbevölkerung) als Ort mit der fünftgrößten Zahl an Juden in Kurhessen.

Ort	ca. 1750 *)	1795	1855	1861	1895	1905	1925	1933	1937
Bebra	13	55	20 Fam.	111	120	109	136	117	89
Breitzbach	—	4		10	—	—	—	—	—
Diemerode	5	24	120	101	52	43	19	11	9
Herleshausen		35		118	94	90	52	57	37
Iba	40	48	26	27	—	—	—	—	—
Imshausen	—	—	10	11	1	—	—	—	—
Lispenhausen	5	25	45	46	—	—	—	—	—
Nentershausen	33	43	168	149	96	86	87	75	48
Nesselröden	21	44		108	57	45	12	14	10
Richelsdorf	16	23	59	58	41	54	47	45	18
Ronshausen	9	11	20	27	7	3	4		
Rotenburg	130	171	268	292	299	203	143	123	70
Solz	—	9	32	32	3	2	2	2	2
Sontra	62	58	70	73	124	96	94	75	29
Unhausen	1	8		5	—	—	—	—	—
Weiterode	7	13	25	19	—	—	—	—	—

Juden im ehem. Landkreis Rotenburg *(aus: Schellhase, Karl: Territorialgeschichte des Kreises Rotenburg a. d. F., 1970.)*

Tabelle 6.16 – Liste der Ortschaften im hessischen Bereich mit 200 und mehr Juden (in absteigender Reihenfolge), 1861, 1925

Ortschaft	Kreis	Gebiet[a]	Juden		Gesamtbevölkerung
			Zahl	auf 1 000 der Gesamtbevölkerung	
		1861[b]			
Frankfurt		Fr	(6 700)	93,6	71 600
Mainz	Mainz	RH	2 665	64,6	41 279
Offenbach	Offenbach	SB	1 078	64,5	16 707
Kassel	Kassel	KH	946	24,3	38 930
Worms	Worms	RH	944	82,8	11 399
Darmstadt	Darmstadt	SB	641	22,5	28 523
Bingen	Bingen	RH	507	85,7	5 916
Eschwege	Eschwege	KH	470	67,4	6 969
Hanau	Hanau	KH	379	22,9	16 582
Friedberg	Friedberg	OH	363	77,4	4 691
Alzey	Alzey	RH	351	66,9	5 245
Gießen	Gießen	OH	336	35,9	9 355
Rödelheim	Vilbel	OH[c]	325	119,1	2 729
Rhina	Hünfeld	KH	319	522,1	611
Bürgel	Offenbach	SB	304	206,2	1 474
Rotenburg	Rotenburg	KH	292	94,3	3 098
Bockenheim	Hanau	KH	289	58,3	4 961
Fulda	Fulda	KH	284	30,4	9 339
Schlüchtern	Schlüchtern	KH	274	128,5	2 133
Heldenbergen	Vilbel	OH	259	181,5	1 427
Wolfhagen	Wolfhagen	KH	258	84,9	3 038
Reichelsheim im Odenwald	Lindenfels	SB	249	175,5	1 419

*aus: Silbergleit, Heinrich: Die **Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse** der Juden im Deutschen Reich, Bd. 1, 1930. Hier die Angaben für 1861.*

Kurhessen: Kernland des Antisemitismus

Diese Region wurde Teil des Regierungsbezirks Kassel. In keinem anderen Gebiet des Deutschen Reiches war die antisemitische Bewegung des 19. Jahrhunderts an den Wahlurnen so erfolgreich wie hier, wo der politische und publizistische Antisemitismus auf eine lange Tradition zurückblicken konnte. Von hier kamen 1893 fünf der deutschlandweit 17 antisemitischen Reichstagsabgeordneten, die unter anderem mit der Forderung nach Zurücknahme der Judenemanzipation politische Mehrheiten errangen.

Und es war der Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg, wo der 1893 als Kandidat der *Antisemitischen Volkspartei* gewählte Abgeordnete Ludwig Werner sich bis zur letzten Wahl im Kaiserreich 1912 als politischer Repräsentant behaupten konnte. In der antisemitischen Zeitschrift „Reichsgeldmonopol" agitierte er gegen die volle Emanzipation der Juden. *„Die Judenfrage ist die soziale Frage",* das war die Parole, die Werner auf das Titelblatt seiner Publikation gesetzt hatte. Damit hatte er sich zu einem der Vorreiter gemacht, die den Juden die Hauptschuld an den Konflikten des modernen Wirtschaftslebens gaben. Werner wurde viermal als Reichstagsabgeordneter wiedergewählt, was keinem seiner Gesinnungsgenossen in anderen Wahlkreisen gelang. Von 1898 bis 1908 saß er sogar in dem nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Preußischen Landtag. An diese Tradition, an die Parolen und das demagogische Wirken von Werner und seinen Mitstreitern konnten die Nationalsozialisten in unserer Region anknüpfen und auf sie aufbauen. Antisemitismus war hier kein randständiges Phänomen, sondern eine starke politische Strömung.

Mit dem gleichzeitigen Appell an den Nationalismus und die wirtschaftliche Unzufriedenheit wurde die Erinnerung an frühere Jahre wachgerufen und die Erfüllung alter Sehnsüchte versprochen. In einer NS-Erfolgsdarstellung aus dem Jahre 1935 heißt es dann auch: *"Wir trafen mit unserer Propaganda auf eine alte politische Liebe der Bauern, den Antisemitismus. In ihnen stieg die Hoffnung auf, daß ihre Ideale, um deren Verwirklichung sie vor Jahrzehnten vergeblich gekämpft hatten, nun vielleicht doch noch siegen könnten."* (Schmahl-Seipel 1933: 145f.)

Bei einer Inspektionsreise im Januar 1932 hatte der damalige NSDAP-Reichsinspekteur Robert Ley für die Erfolgsaussichten seiner Partei im Nordhessischen sogar eine biologistische Begründung gefunden: *„Rassisch gehört das Gebiet des Gaues Hessen Nassau-Nord mit zu den besten Gebietsteilen, die wir in Deutschland haben. Die Einwohner, die Nachkommen der ehemaligen Chatten sind, sind nicht vermischt worden mit wendischem Blut, und ebenso ist hier noch kein welscher Einfluss zu merken. Diese Reinheit der deutschen Rasse kommt auch heute offen zum Ausdruck dadurch, dass dieses Gebiet bereits jahrzehntelang vor dem Kriege sehr stark antisemitisch dachte. Es war das Gebiet, in dem die ersten antisemitischen Abgeordneten längst vor dem Kriege in den Reichstag gesandt wurden."* (zit. n. Speitkamp 2015: 33)

Widersprüchliche Verfolgungsstrategie

Dazu Christhard Hoffmann (1997: 375f.) in seiner Darstellung „Verfolgung und Alltagsleben der Landjuden im nationalsozialistischen Deutschland":

Die NS-Judenpolitik zielte darauf ab, *„den seit Beginn des 19. Jahrhunderts vollzogenen Prozess der Judenemanzipation rückgängig zu machen, die rechtliche Gleichstellung aufzuheben, ihre wirtschaftlich-soziale Position zu schwächen und sie durch innere Segregation oder Auswanderung möglichst vollständig von der ‚deutschen' Bevölkerung zu isolieren. Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels waren planvoll koordiniert und bisweilen widersprüchlich. … Typologisch kann man in der nationalsozialistischen Politik zwei verschiedene Formen der Judenfeindschaft unterscheiden: den unsystematisch-spontanen, aggressiven Aktionismus und individuellen Terror ‚von unten' gegen jüdische Personen und Einrichtungen und die durch Gesetzgebung und Verordnungen ‚von oben' betriebene Ausgrenzungspolitik. In der Praxis wirkten jedoch beide Vorgehensweisen zusammen und ergänzten sich gegenseitig: Die rechtliche Schlechterstellung senkte die Hemmschwelle für judenfeindliche Übergriffe, und der vermeintliche Volkszorn diente als Rechtfertigung zur weiteren Verschärfung der antisemitischen Gesetzgebung."* Von diesem angeblichen „Volkszorn" wird für Rotenburg und Bebra aus den folgenden Jahren einiges zu berichten sein.

Zunächst aber galt: Trotz aller Drangsalierungen verspürten nur die wenigsten Juden eine akute Gefahr für Leib und Leben. Schließlich waren sie seit jeher den Antisemitismus weiter Bevölkerungskreise gewohnt. Zudem sah mancher seine eigenen „nationalen Verdienste" für Deutschland, insbesondere seinen aktiven Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg, als ausreichenden Schutz für die persönliche Sicherheit an. Andere meinten, die Regierung und die Parteispitze würden sich bald von dem Treiben der antisemitischen Radaubrüder distanzieren und ordnend eingreifen.



*Der Bebraer Jude **Hugo Oppenheim** (1881-1941) als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg. Er schied am 13. März 1941 freiwillig aus dem Leben, acht Jahre in der Hitlerdiktatur hatten den einst so geachteten Bürger Bebras zermürbt.*

C. 3 Festigung und Konsolidierung der Macht

Terror und Schutzhaft

In den ersten Wochen nach der Machtübernahme galt das Hauptaugenmerk der NSDAP erst einmal der gezielten Verfolgung politischer Gegner, der Angehörigen demokratischer Parteien. Binnen Tagen wurden im März 1933 Tausende Oppositionelle in „Schutzhaft“ gebracht. Mit diesem Polizei-Instrument zur angeblichen Gefahrenabwehr stützten sich die neuen Machthaber auf ein Element aus dem preußischen Ordnungsstaat, in dem es allerdings streng geregelt und zeitlich auf 24 Stunden befristet gewesen war. Doch diese Beschränkung schafften die neuen Herrscher ab und machten das Gesetz zu einer formal legalen Waffe bei der Verfolgung missliebiger Personen.

Der Rotenburger sozialdemokratische Stadtverordnete August Heßler erinnerte sich in einem 1980 verfassten Text:

„Als am 5. März 1933 abends nach 18 Uhr die ersten Ergebnisse der letzten unabhängigen Reichstagswahl bekannt werden, setzt der Terror der braunen Horden ein. Der Genosse Wilhelm Brandau wird, als er das Haus des Genossen Friedrich Heßler in der Querweingasse verlässt, brutal von SA-Männern zusammengeschlagen. Anderen Genossen ergeht es ähnlich. In der Folge müssen sich alle in der Partei tätig gewesenen Genossen täglich um 11 Uhr im Rathaus zum Appell melden. Niemand darf das Stadtgebiet verlassen. Dem Genossen Georg Köhler, der mit seinem Fahrrad außerhalb des Stadtgebietes gesehen worden war, wird nicht nur das Fahrrad abgenommen, er wird daraufhin ins Gefängnis geworfen und von dem damaligen Polizisten B. Tag für Tag verprügelt.“

Missliebige werden verhaftet

Um härterer und längerer Verfolgung zu entgehen, unterschrieben die Genannten eine Selbstverpflichtung, sich *„hinfort jeglicher staats- und regierungsfeindlicher Betätigung zu enthalten und ohne Wissen der Polizeibehörde keinerlei politischer Vereinigung anzugehören, keinerlei Äußerungen zu tun und Handlungen zu begehen, die geeignet sind, die Aufbauarbeit der Regierung zu stören oder die nationalen Verbände und Führer herabzusetzen.“*

Die Verhaftung der „kommunistischen Führer“ erfolgte laut *Rotenburger Tageblatt* vom 28. März 1933 auf Anordnung des Regierungspräsidenten, der bestimmt hatte, dass insbesondere die, *„die als kommunistische Abgeordnete zu den Kreistags- und Stadtverordnetenversammlungen gewählt worden sind und auch zu diesen Versammlungen kandidiert haben, in Schutzhaft genommen werden.“* Nach Zeitungsangaben handelte es sich um zehn Personen, von denen sieben in das Gerichtsgefängnis in Nentershausen und drei ins Rotenburger Gerichtsgefängnis eingewiesen wurden.



***Wilhelm Brandau**, bis 1933 SPD-Stadtverordneter (Foto 1958).*
Bei einer polizeilichen Vernehmung am 20. Juli 1946 bezeugte ein Rotenburger führendes NSDAP-Mitglied, dass Brandau am 5. März 1933 „auf dem Rotenburger Marktplatz zur Rede gestellt wurde … und von uns mit Gummiknüppeln geschlagen wurde.“ (Stadtarchiv Rotenburg).

Der KPD-Kandidatenliste für die Kreistagswahl vom 12. März 1933 zufolge gehörten zu den „Schutzhäftlingen“ aus Rotenburg die Arbeiter Georg Sippel III und Wilhelm Sippel sowie Schlosser Heinrich Bode aus Bebra. Dazu kamen von der Kandidatenliste der KPD für die Rotenburger Stadtverordnetenwahl außerdem der Gespannführer Wilhelm Röhn, der Metallarbeiter Wilhelm Orth, der Bauarbeiter Alex Urban und der Schlosser Fritz Moritz.

Notverordnung und Ermächtigungsgesetz

Noch vor den Märzwahlen 1933 war durch die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 die Grundlage für den nationalsozialistischen Terror gelegt worden. Mit dieser Maßnahme, der sogenannten Reichstagsbrandverordnung, waren die bis dahin gültigen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt - *„bis auf weiteres“,* hieß es im Gesetzestext. De facto galt die Abschaffung der Grundrechte aber bis zum Ende des Dritten Reiches.

Mit der „Notverordnung“ vom 28.02.1933 konnten dem System unliebsame Personen ohne Beteiligung von Gerichten in „Schutzhaft“ genommen werden, in der sie durch körperliche Misshandlungen und psychischen Terror gefügig gemacht werden sollten.
Drei Wochen später, am 23. März, verschaffte sich die Regierung mit dem sog. Ermächtigungsgesetz für vier Jahre das Recht, eigenmächtig Gesetze, sogar verfassungsändernde, zu erlassen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschloss der Reichstag somit seine eigene Entmachtung.
Erst mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 endete die Gültigkeit des im März 1933 beschlossenen Gesetzes, mit dem auch verfassungswidrige Regierungsbeschlüsse zur Grundlage für das Handeln der staatlichen Verwaltung wurden.

Die Juden als politische Gegner

Aus den wenigen im Rotenburger Stadtarchiv überlieferten Interna aus der Zeit des Dritten Reiches ergibt sich für die ersten Wochen und Monate nach der NS-Machübernahme der Eindruck, als ob man auf Seiten der Lokalbehörden eine gewisse Scheu hatte, die Juden wegen ihres Judeseins in Beobachtung zu halten, sondern eher wegen der ihnen unterstellten großen weltanschaulichen Nähe zur Sozialdemokratie und zu den Kommunisten. Zu einer entsprechenden Abfrage aus dem Regierungspräsidium zur politischen Einstellung der Rotenburger Juden heißt es am 27. November 1933 aus dem Rotenburger Rathaus:

- betr. Viehhändler Karl Kaufmann: *„War zeitweise Mitglied der kommunistischen Partei.“*
- betr. Kaufmann Hermann Linz II: *„Trat im vorigen Jahr in der Öffentlichkeit als Ortsgruppenleiter der Staatspartei auf. Linz war auch stark bei der Herstellung kommunistischer Propaganda beteiligt - in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Referendar Erich Levi.“* Mit dieser Begründung war im März 1933 Linz‘ Schreibmaschine konfisziert worden.
- betr. Kaufmann Albert Rothschild: *„Er hat vermutlich der SPD angehört. Über seine politische Tätigkeit ist zu sagen, daß er jahrzehntelang schon durchweg sozialdemokratische Funktionäre beschäftigt hat.“*
- betr. Sattler David Plaut: *„Plaut ist als starker Anhänger der kommunistischen Partei bekannt.“*
- betr. Ehefrau Sara Plaut: „wie zu Vorigem“.
- betr. Sattler Hugo Plaut: *„wie zu Vorigen“.*
- betr. Rosel Linz (Ehefrau von Bäcker Willi Linz): *„Hat im Vorjahre starke Propaganda gegen die Nationalsozialistische Bewegung betrieben.“*

Es stellt sich die Frage: Waren die Nationalsozialisten vor Ort sich noch nicht sicher, in welchem Umfang Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden über deren Judesein hinaus einer zusätzlichen Begründung bedurften, um in der Bürgerschaft auf eine breite Akzeptanz zu stoßen? Bei Vertretern linker, vor allem kommunistischer Ideen konnte man offenbar davon ausgehen, dass sich weniger Ablehnung für Verfolgungshandlungen zeigen würde.

Auf welche Fakten sich die politischen Zuordnungen der genannten Personen stützten, ist nicht bekannt und basiert wahrscheinlich auf unbegründeten Unterstellungen und/oder Hörensagen.
Von Rosel Linz stammte ein Spottgedicht, das in den Monaten vor und nach der Machtergreifung in Rotenburg die Runde machte. In gereimten Versen werden darin einige damalige Nazigrößen lächerlich gemacht. Rosel Linz’ Urheberschaft wird durch einen Eintrag in den Akten der Geheimen Staatspolizei aufgegriffen, demzufolge sie ein „freches“ Gebaren an den Tag gelegt habe – ohne dass diese Anschuldigung jedoch spezifiziert wird. Rosel Löwenstein war in Richelsdorf aufgewachsen, 1922 durch Eheschließung mit Bäckermeister Willy Linz nach Rotenburg gekommen. Im März 1932 hatte sie sich durch einen Hinweis auf eine Friedhofsschändung in ihrem Heimatort den Zorn der NSDAP-Kreisleitung zugezogen. (*Rotenburger Tageblatt* v. 31.03.1932)



***Rosel Linz** geb. Löwenstein, 1930 als Badende am Ufer der Fulda.*



*Die **Beschuldigung** gegen ihn lautete u. a., er habe „jahrzehntelang schon durchweg sozialdemokratische Funktionäre beschäftigt".*



*Ihm wurde **nachgesagt**, er sei als Ortsgruppenleiter der (liberalen) Staatspartei aufgetreten und habe sich bei der Herstellung kommunistischer Propaganda beteiligt.*

Polizei als Instrument der Unterdrückung

Ein erster entscheidender Schritt zur Eroberung der staatlichen Macht nach Hitlers Regierungsübernahme war bereits am 17. Februar 1933 mit der *„Verordnung zur Unterstützung der nationalen Verbände"* erfolgt, wodurch die Polizei in ein willfähriges Machtinstrument der NSDAP umgewandelt wurde. Wenige Tage später, am 22. Februar 1933, wurde die Unterdrückung jeglicher Opposition durch die Aufstellung einer Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm auf eine noch breitere personelle Basis gestellt. Dies wurde für die Bevölkerung in Rotenburg auch dadurch sichtbar, dass dem lokalen SA-Sturm 2/167 noch im April 1933 ein Gebäudetrakt im Schloss als Domizil zur Verfügung gestellt wurde und später im Jahr ein Gebäude am Obertor.

Unter Berufung auf den Sieg der nationalsozialistischen Revolution wurde die NSDAP dann mit dem *„Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat"* am 1. Dezember 1933 zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt und so zum alleinigen politischen Willensträger. Die NSDAP führte zwar die Bezeichnung „Partei" weiterhin in ihrem Namen, sie beanspruchte jedoch – zusammen mit ihren Untergliederungen – wie selbstverständlich hoheitliche Funktionen.

Zum Start ins „Dritte Reich"

Nach der Ausschaltung der politischen Opposition richtete sich der nächste Schlag des Regimes gegen die deutschen Juden. Das Element des Antisemitismus in der Nazi-Ideologie manifestierte sich schon während der ersten Monate des Hitlerregimes überall in Deutschland in Gestalt von zahllosen antijüdischen Verordnungen, Aktionen und Maßnahmen.

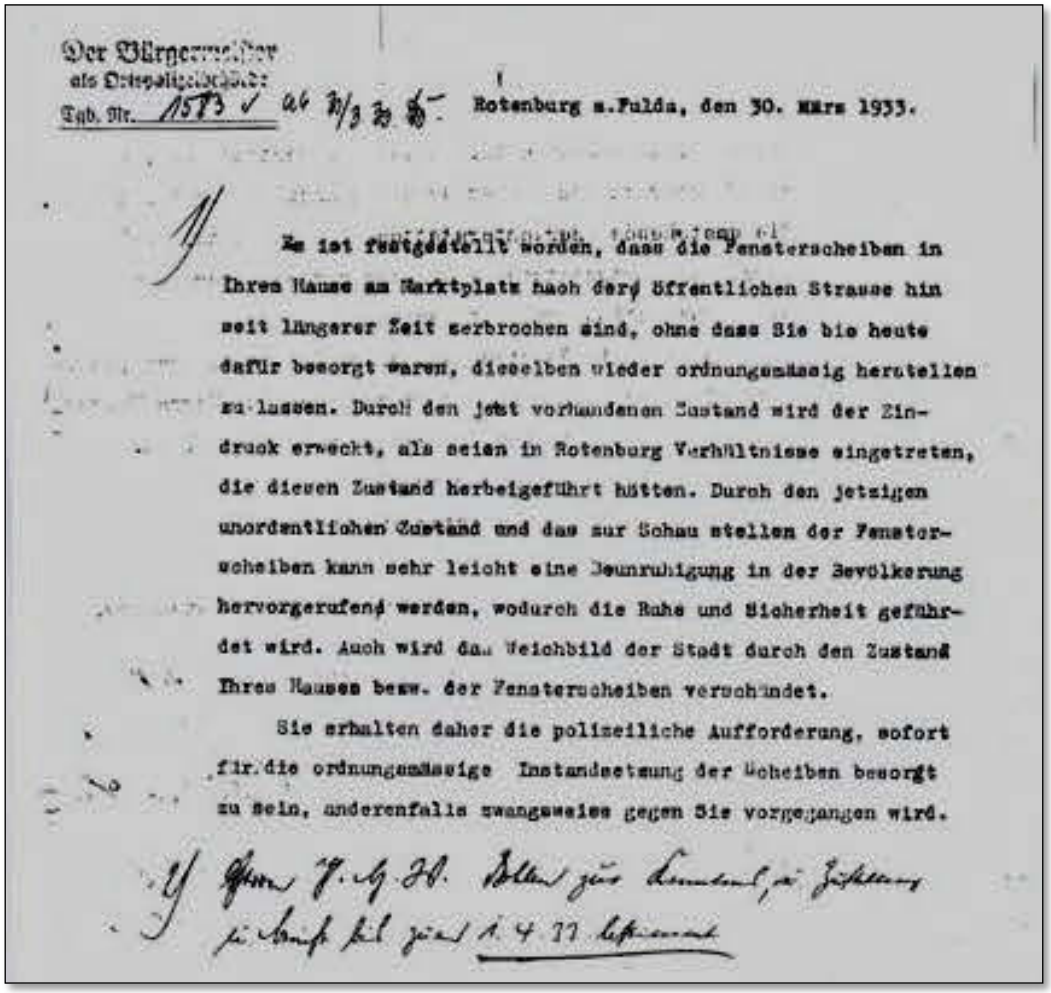
Nur wenige Tage nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 kam es wie überall in Deutschland auch in unserem Raum zu Ausschreitungen gegen jüdische Bürger und Einrichtungen. Am 18. März 1933 meldete das *Rotenburger Tageblatt* einen Einbruch in die Synagoge, versah den Bericht jedoch mit skeptischen Anmerkungen. *„Was die Einbrecher zu dieser Tat veranlaßte, ist ungewiß. Es ist überaus merkwürdig, daß die Einbrecher nur einen Vorhang und zwei kleine Deckchen mitnahmen. Ein Leuchter ist herabgerissen und lag unbeschädigt auf einem Teppich. … An den Einrichtungsgegen-*

ständen sind keine Zerstörungen vorgekommen, sodaß man den Eindruck hat, daß die Einbrecher sich behutsam und rücksichtsvoll benommen haben." An den letzten Satz knüpft der Autor des Artikels die Überlegung an, *„ob es sich hier um die gleichen Beweggründe handelt, wie aus einer Meldung einer Kasseler Zeitung hervorgeht, wonach der Inhaber eines Konfektionsgeschäfts M. Lehmann, Untere Königstraße, verhaftet sein soll, weil in seinem Geschäft Spiegelscheiben eingeschlagen worden sind, und er im Verdacht steht, vier Leute damit beauftragt zu haben."* Es wird also unterstellt, dass es sich bei dem Einbruch in die Synagoge um eine Selbstinszenierung der Rotenburger Juden handeln könnte.

Vom 30. März 1933 liegt im Rotenburger Stadtarchiv ein Akteneintrag vor, der eindeutig als Zeugnis für Unrecht gelten kann, das nach der nationalsozialistischen Machtübernahme an Rotenburger Juden begangen wurde. Bei vier jüdischen Geschäften (Isaak Rothschild, Döllefeld, Linz & Sohn, Bäcker Linz) wurden die Schaufensterscheiben eingeworfen. Bürgermeister und Ortspolizei waren aber nicht mit der Ermittlung der Täter und der Regulierung des Schadens beschäftigt, sie empörten sich auch nicht über die blinde Zerstörungswut. Als Täter wurden vielmehr die jüdischen Geschäftsleute gesehen:

Sie stellen in dieser Lesart einen unordentlichen Zustand zur Schau, sie demonstrieren chaotische Verhältnisse, sie beunruhigen die Bevölkerung und gefährden die „Ruhe und Sicherheit". So hieß es dann auch in einem Schreiben an die genannten jüdischen Familien (s. unten):

„Durch den jetzt vorhandenen Zustand wird der Eindruck erweckt, als seien in Rotenburg Verhältnisse eingetreten, die diesen Zustand herbeigeführt hätten. Durch den jetzigen unordentlichen Zustand und das zur Schau stellen der Fensterscheiben kann sehr leicht eine Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen werden, wodurch die Ruhe und Sicherheit gefährdet wird. ... Sie erhalten daher die polizeiliche Aufforderung, sofort für die ordnungsmäßige Instandsetzung der Scheiben besorgt zu sein, andernfalls zwangsweise gegen Sie vorgegangen wird."



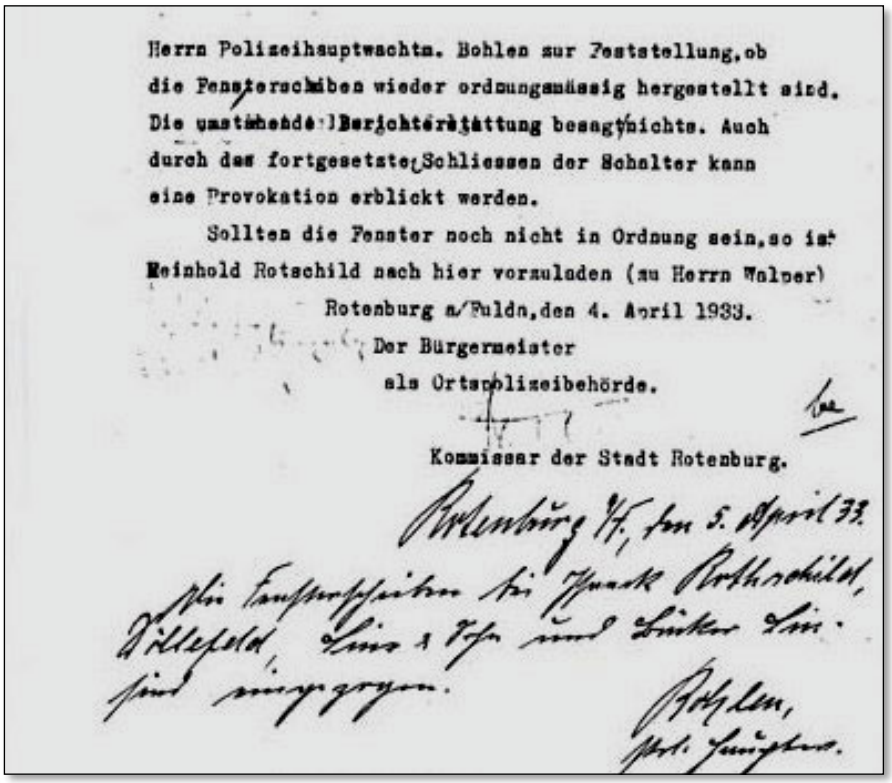
Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde
Tgb. Nr. 1573 ✓ 33

Rotenburg a.Fulda, den 30. März 1933.

Es ist festgestellt worden, dass die Fensterscheiben in Ihrem Hause am Marktplatz nach der öffentlichen Strasse hin seit längerer Zeit zerbrochen sind, ohne dass Sie bis heute dafür besorgt waren, dieselben wieder ordnungsmässig herstellen zu lassen. Durch den jetzt vorhandenen Zustand wird der Eindruck erweckt, als seien in Rotenburg Verhältnisse eingetreten, die diesen Zustand herbeigeführt hätten. Durch den jetzigen unordentlichen Zustand und das zur Schau stellen der Fensterscheiben kann sehr leicht eine Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen werden, wodurch die Ruhe und Sicherheit gefährdet wird. Auch wird das Weichbild der Stadt durch den Zustand Ihres Hauses bezw. der Fensterscheiben verunstaltet.

Sie erhalten daher die polizeiliche Aufforderung, sofort für die ordnungsmässige Instandsetzung der Scheiben besorgt zu sein, andernfalls zwangsweise gegen Sie vorgegangen wird.

Drohschreiben *des kommissarischen Rotenburger Bürgermeisters an vier jüdische Rotenburger Geschäftsleute v. 30. März 1933.*



Herrn Polizeihauptwachtm. Bohlen zur Feststellung, ob die Fensterscheiben wieder ordnungsmässig hergestellt sind. Die umstehende Berichterstattung besagt nichts. Auch durch das fortgesetzte Schliessen der Schalter kann eine Provokation erblickt werden.

Sollten die Fenster noch nicht in Ordnung sein, so ist Reinhold Rotschild nach hier vorzuladen (zu Herrn Walper)

Rotenburg a/Fulda, den 4. April 1933.

Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde.

Kommissar der Stadt Rotenburg.

Rotenburg/F., den 5. April 33.
Die Fensterscheiben bei Isaak Rothschild, Döllefeld, Linz & Sohn und Bäcker Linz sind eingezogen.
Bohlen, Pol. Hauptw.

*Schon am **5. April 1933**, eine Woche nach der Aufforderung zur Reparatur der eingeschlagenen Schaufenster , konnte Hauptwachtmeister Bohlen Vollzugsmeldung erstatten: „Die Fensterscheiben bei Isaak Rothschild, Döllefeld, Linz&Sohn und Bäcker Linz sind eingezogen.“*





***Steinweg 7** (2. Haus von links) war die Adresse von M(eier) Linz &Sohn, die hier seit der Jahrhundertwende ein Ladengeschäft für Manufakturwaren und Textilien führten. In dem Haus rechts daneben (Steinweg 9) verkauften sie Möbel (mit Möbellager am Kirchplatz). Die Leistungsfähigkeit von M. Linz&Sohn wird durch ihre Rolle als Alleinhändler des Strickwarenherstellers Kübler sichtbar, seinerzeit führend in dieser Branche.*



Verfasst hatte diese Drohung der drei Tage zuvor in sein Bürgermeisteramt gekommene „Kommissar“, der bis dahin als Zahnarzt in Rotenburg praktizierende Dr. med. dent. Richard Donnevert, der 1932 NSDAP-Kreisleiter geworden war.

Als der kommissarische Bürgermeister Dr. Donnevert am 30. März die zitierte Aufforderung an die jüdischen Hausbesitzer richtete, war der für den 1. April 1933 angesetzte Boykott jüdischer Geschäfte längst bekannt. Wollte das neue Stadtoberhaupt bei dem Teil der Rotenburger Bevölkerung, der noch nicht auf NS-Linie war, den Eindruck vermeiden, im neuen Staat kämen Recht und Ordnung nicht mehr zur Geltung? Die Drohung des Bürgermeisters, zugleich auch amtierender NS-Ortsgruppenleiter, zeigte schnelle Wirkung: Schon am 5. April 1933 konnte Polizeihauptwachtmeister Bohlen betr. Fensterscheibenreparatur Vollzugsmeldung erstatten.

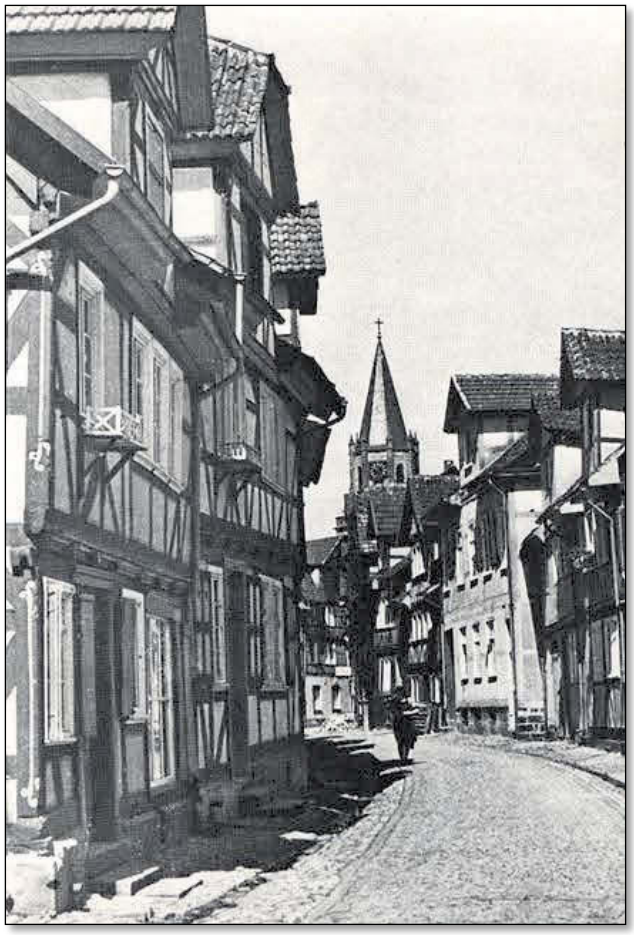
Übergriffigkeit der SA

Als weiteres Beispiel für die Übergriffigkeit der SA und deren anmaßende Aktionen der Selbstjustiz kann ein Vorgang herangezogen werden, dem die jüdische Familie Meyer im April 1933 ausgesetzt war. Die Familie betrieb in der Brotgasse 32 in Rotenburg einen kleinen Lebensmittelhandel. Gegenüber Polizeihauptwachtmeister Bohlen gab Kurt Meyer (Jg. 1903) u. a. zu Protokoll:

„Am 8. April 1933 zwischen 22 und 22.15 Uhr erschienen in meiner Wohnung in der Brotgasse sechs SA-Leute, die von mir die Herausgabe von 400 Mk verlangten, die ich angeblich der Frau Bickhardt aus Niederbeisheim durch einen Prozess gestohlen hätte. Einer der SA-Leute hielt meine Schwester auf dem Sofa fest und bedrohte sie mit einem Gummiknüppel. Ein zweiter SA-Mann fasste meinen dazwischentretenden Vater und warf ihn auf einen Stuhl.“

Nach weiterem Wortwechsel wurde Kurt Meyer zur Zahlung eines Teilbetrages aufgefordert, was dieser aber mit der Begründung ablehnte, über keine Barmittel zu verfügen. Als Nächstes wurde er zur Leibesvisitation aus dem Haus geschafft und weiter mit dem Gummiknüppel traktiert, um Geld von ihm zu erpressen. *„Ich habe sie in den Laden geführt und die Kasse gezeigt. Die SA musste sich dort überzeugen, dass nur einige Groschen darin waren. ... Ich muss noch bemerken, dass mir am Freitagmorgen von dem Händler Wilhelm Hofmann aus der Lindenstraße gesagt wurde, dass ich noch jemand Geld schuldig sei und es bezahlen sollte. Als ich ihm antwortete, dass ich niemand etwas schuldig sei, sagte er, ich sollte nicht so frech sein, sonst bekäme ich gleich welche. Wenn ich nicht bezahlen würde, so würde es mit dem Gummiknüppel geholt.“*

Der städtische Mitarbeiter, dem die von Polizeihauptwachtmeister Bohlen präsentierte Anzeige zur Bearbeitung vorgelegt wurde, sah seine Aufgabe nun nicht darin, sich bei der Suche nach den Erpressern zu engagieren. In seinem schriftlichen Kommentar benannte er vielmehr vermeintliche Widersprüche in der Schilderung des Vorfalls durch das Opfer. Immerhin aber war ihm bewusst, dass die vor Ort lebenden jüdischen Menschen sich bedroht sahen: *„Die ganze Sache erscheint als Phantasie, hervorgerufen durch ein gewisses Angstgefühl.“*



***Brotgasse 32** in Rotenburg, Wohn- und Geschäftshaus der Familie Meyer (linkes Haus): Ort des Überfalls auf Kurt Meyer am 8. April 1933.*

Kommunalwahl vom 12.03.1933

Bei der Kommunalwahl am 12. März 1933 eroberten die Nationalsozialisten in Rotenburg ebenso wie in Bebra satte Mehrheiten. Von den 15 Sitzen im Rotenburger Stadtparlament fielen neun an Kandidaten der NSDAP, je drei an die *Kampffront Schwarz-Weiß-Rot* und an die SPD. In der konstituierenden Sitzung am 27. März machten die SPD-Vertreter (Hagemann, Struth, Heupel) den vergeblichen Versuch, einen der Ihren in den Magistrat zu bekommen.

Der kommissarische Bürgermeister Dr. Donnevert vereitelte dies durch Rückgriff auf einen angeblichen ministeriellen Erlass, dass sozialistische Ratsmitglieder nicht vereidigt werden könnten. Daraufhin legten die drei Sozialdemokraten ihre Mandate nieder.

Donnevert hatte die versammelten Parlamentarier zu Beginn ihrer konstituierenden Sitzung über die Beurlaubung des drei Jahre zuvor ins Rotenburger Bürgermeisteramt gekommenen Clemens Arnold informiert *(„wegen geschwächter Gesundheit")* und sich selbst als staatlich beauftragten Kommissar und neues Stadtoberhaupt präsentiert. Seine Vorstellung verband er mit der Gewissheit, *„dass nach uns nichts mehr kommen kann. Wir werden unsere Macht weiter ausbauen und rücksichtslos von dieser Macht Gebrauch machen."* (*Rotenburger Tageblatt* 30.03.1933)

Dr. med. dent. Richard Donnevert

Dr.med. dent. Richard Donnevert, 1896 in Mainz geboren, war seit 1923 in Rotenburg als Zahnarzt tätig. Seit Dezember 1930 Mitglied der NSDAP, wurde er bereits ein Jahr später Ortsgruppenleiter der Rotenburger NSDAP und 1932 NSDAP-Kreisleiter.

Mit Donnevert war eine Person nach Rotenburg gekommen, die bereits an ihrem Studienort Göttingen durch rechtsradikale Gesinnung aufgefallen war, beispielsweise beim versuchten Sturz der Republik durch den Kapp-Putsch. (Klein 1988: 115)

Eine der letzten Amtshandlungen Donneverts in Rotenburg war das an die jüdischen Stadtbewohner gerichtete Verbot zum Betreten des Schlossparks. Zu diesem Zeitpunkt wurde dies von der jüdischen Öffentlichkeit als besonders einschränkende Maßnahme betrachtet, denn sogar das *Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde* in Frankfurt am Main berichtete darüber.


Heute abend 21 Uhr
Abschiedskundgebung
vom Kreisleiter Dr. Donnevert auf dem Marktplatz.
Nationalsozialisten Rotenburgs beteiligt Euch an dieser Kundgebung!
Fahnen heraus!

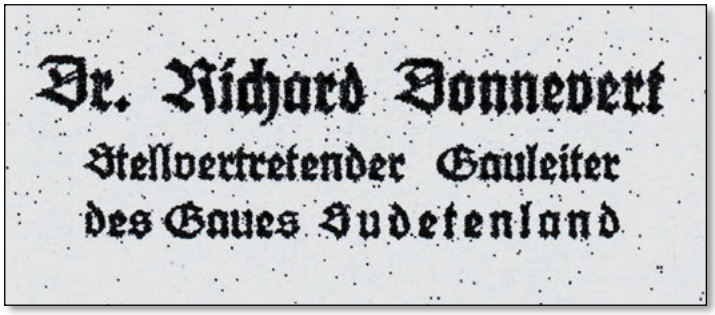
Rotenburger Tageblatt *v. 13.01.1934*

Auch durch eine frühere „Einzelaktion" hatte sich Donnevert deutschlandweit Aufmerksamkeit verschafft, als er im September 1933 die Bademöglichkeiten für die jüdische Bevölkerung deutlich einschränken ließ. Die „C.V.-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum" unterstützte in ihrer Kritik an dieser Maßnahme die Berechtigung des „totalen Autoritätsstaats" zu der ihm geboten erscheinenden Gesetzgebung, die aber „Einzelaktionen" wie die in Rotenburg ausschließe.

Donnevert verließ Rotenburg im Januar 1934, nachdem er zum Landrat und NSDAP-Kreisleiter für den Landkreis Frankenberg ernannt worden war. Im Januar 1937 wurde er in Berlin Verbindungsmann zwischen dem „Stab des Stellvertreters des Führers" und dem Reichskriegsministerium.

Als Herausgeber zeichnete Donnevert 1938 für die Publikation „Wehrmacht und Partei" verantwortlich, die 1939 in einer 2. Auflage von 40.000 Exemplaren erschien. Jetzt *„steht das deutsche Volk in einem harten Kampf um sein Lebensrecht gegen seine jüdischen und demokratischen Feinde"* erfährt der Leser im Vorwort des Buches, in dem ein Bekenntnis zum *„Vorrecht des Stärkeren"* abgelegt wird: *„Recht bekommt, wer sich im Daseinskampf durchzusetzen versteht."* (S. 1f.)

1940 kam Donnevert als stellvertretender Gauleiter im Sudetenland zum Abschluss seiner Parteikarriere. Aus *„gesundheitlichen Gründen"* (Alkoholsucht) musste er diese Tätigkeit am 1. Dezember 1944 aufgeben. Er starb im Januar 1970 in Wiesbaden. (Klein 1988: 114f.)


Dr. Richard Donnevert
Stellvertretender Gauleiter
des Gaues Sudetenland

Briefkopf *Dr. Richard Donnevert 1940.*

Neue Namen für Strassen und Plätze

In das Bebraer Gemeindeparlament hatten es am 12. März 1933 zwölf Nationalsozialisten geschafft, vier Vertreter der *Bürgerlichen Vereinigung* und zwei Sozialdemokraten. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion waren zu der 1. Sitzung des neugewählten Bebraer Gemeinderats am 30. März 1933 gar nicht erst erschienen. *„So konnten widerspruchslos die Vorstellungen der Nationalsozialisten auch vor Ort umgesetzt werden."* (*Bebraer Tageblatt 31.03.1933*)
„Einstimmig wurde dem Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht zuerkannt." (s. Verleihungsurkunde nächste Seite) Ferner beschloss man in Bebra die Umbenennung der *Friedrich-Straße* in *Horst-Wessel-Straße* und der *Luisenstraße* in *Hindenburgstraße*. Aus der *Lindenstraße* wurde die *Hauptmann-Göring-Straße*, der *Wilhelmsplatz* bzw. *Platz Am Anger* hieß jetzt *Adolf-Hitler-Platz.* Ebenso einstimmig angenommen wurde die NSDAP-Eingabe: *„Nichts bei jüdischen Firmen zu kaufen!"*

Am 7. April 1933 machten auch die Rotenburger Volksvertreter Adolf Hitler zum Ehrenbürger - nach dem (erzwungenen) Ausscheiden der sozialdemokratischen Stadtverordneten, wie zu erwarten, einstimmig. 13 Jahre später, am 3. Juni 1946, abermals einstimmig, kam dann der Rücknahmebeschluss.
Am 1. August 1933 forderte die Rotenburger Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, dem *Schlosspark* den Namen *Adolf-Hitler-Park* zu geben, was dann auch geschah. Die *Untere Hausbergstraße* hieß für die nächsten 12 Jahre *Horst-Wessel-Straße*. Die Umbenennung des *Rathenauplatzes* (Einmündung der Neustadtstraße in die Bürgerstraße) in *Horst-Wessel-Platz* war bereits im April 1933 erfolgt. Rotenburgs wichtigste Geschäftsstraße, die *Breitenstraße*, wurde mit Wirkung vom 23. Februar 1937 zur *Straße der SA*.
Die Umbenennung von Straßen und Plätzen war sichtbarer Ausdruck der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens.
Adolf Hitler eroberte nicht nur die Macht auf staatlicher und kommunaler Ebene, er zog auch in die Herzen vieler seiner Untergebenen ein.
„Daß die in den letzten Wochen häufigere Wahl des Vornamens Adolf mit dem Vornamen des Reichskanzlers Hitler zu erklären ist, ist ebenso wenig zweifelhaft wie der Zusammenhang verschiedener neugeborener Adolfinen mit dem Vornamen des Kanzlers." So zu lesen im *Rotenburger Tageblatt* vom 6. April 1933. Und auch auf andere Weise zog Adolf Hitler in die Familien ein, indem die Geburt des Stammhalters als „Adolf Hitler zur Ehr/ Deutschland zur Wehr" (s. unten) angezeigt wurde.



Horst-Wessel-Straße *(jetzt Friedrichstraße) in Bebra. (Ausschnitt aus einer Postkarte von 1939)*



Amtlicher Teil

Bürgermeisteramt Bebra

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Gemeindevertretung werden
1. der Wilhelmsplatz in „Adolf Hitler-Platz",
2. die Friedrichstraße in „Horst Wessel-Straße",
3. die Lindenallee in „Hauptmann Göring-Straße",
4. die Luisenstraße in „Hindenburgstraße"

umbenannt.

Die neuen Straßenschilder werden demnächst angebracht.

Bebra, den 7. April 1933.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde:
Kraffte.

Bebraer Tageblatt *v. 8. April 1933*



Roland

Adolf Hitler zur Ehr
Deutschland zur Wehr

Die glückliche Geburt eines gesunden

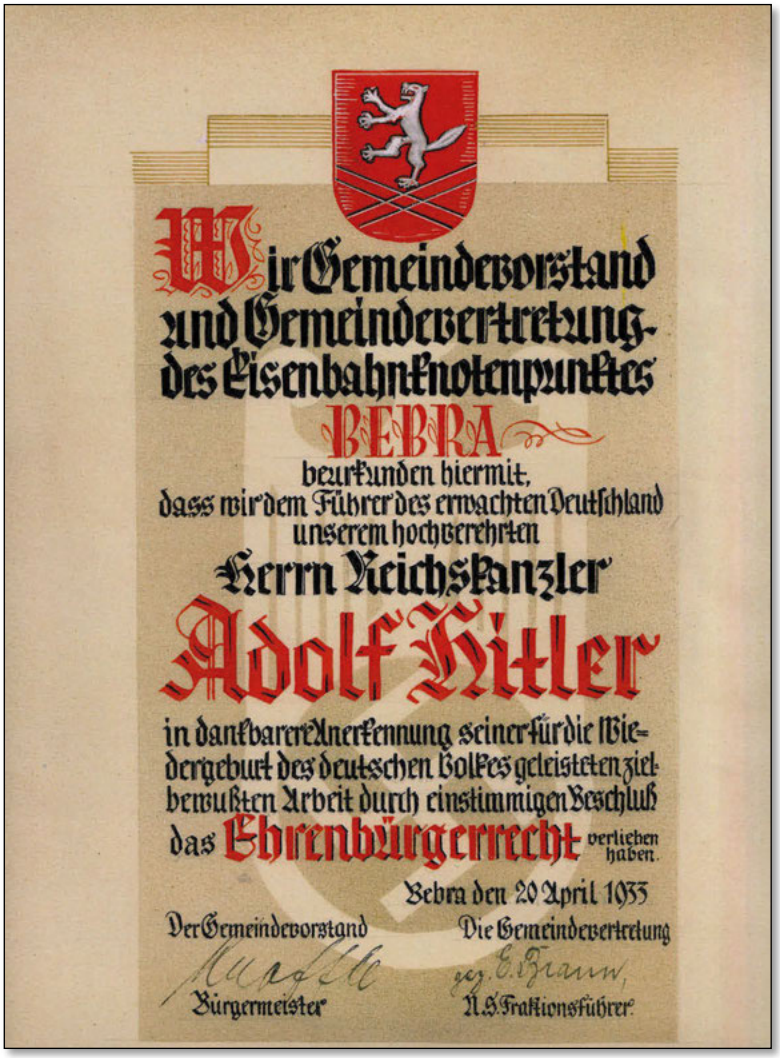
S t a m m h a l t e r s

zeigen hocherfreut an

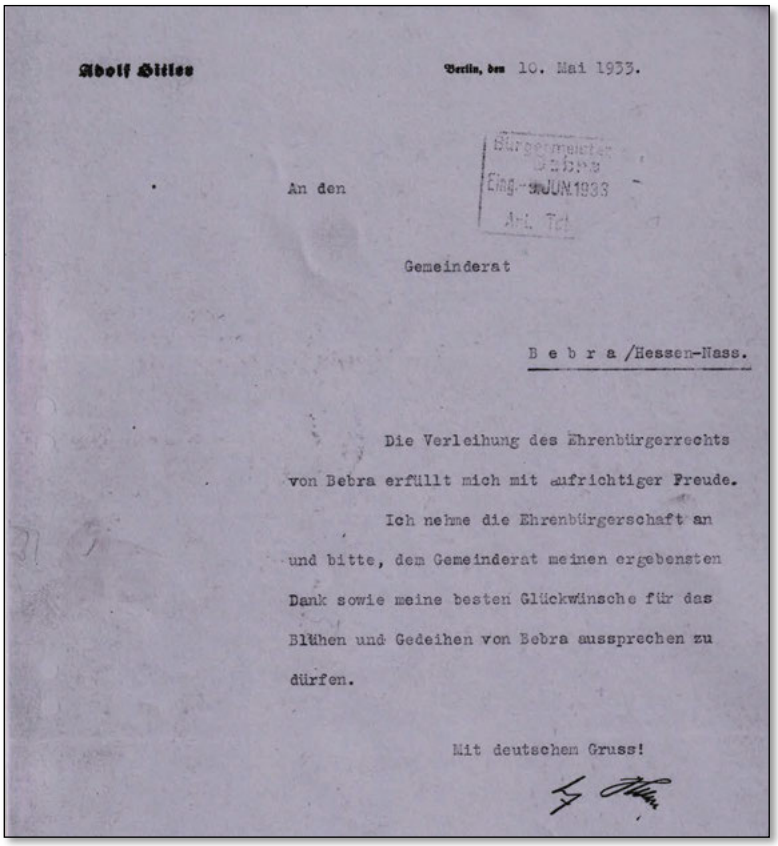
Erika Gesemann, geb. Becker
Alex Gesemann

Rotenburg, den 21. Febr. 1934

Rotenburger Tageblatt *v. 22. Februar 1934*



Wir Gemeindevorstand und Gemeindevertretung des Eisenbahnknotenpunktes
BEBRA
beurkunden hiermit,
dass wir dem Führer des erwachten Deutschland unserem hochverehrten
Herrn Reichskanzler
Adolf Hitler
in dankbarer Anerkennung seiner für die Wiedergeburt des deutschen Volkes geleisteten zielbewußten Arbeit durch einstimmigen Beschluß das Ehrenbürgerrecht verliehen haben.
Bebra den 20 April 1933
Der Gemeindevorstand
Bürgermeister
Die Gemeindevertretung
N.S. Fraktionsführer



Adolf Hitler
Berlin, den 10. Mai 1933.

An den
Gemeinderat
Bebra /Hessen-Nass.

Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts von Bebra erfüllt mich mit aufrichtiger Freude.
Ich nehme die Ehrenbürgerschaft an und bitte, dem Gemeinderat meinen ergebensten Dank sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen von Bebra aussprechen zu dürfen.

Mit deutschem Gruss!

*Der Beschluss zur **Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Adolf Hitler** vom 30. März 1933 wurde von der Bebraer Gemeindevertretung auf den 20. April (Hitlers Geburtstag) datiert. Damit aber wurde hier nachgeholt, was schon im Juli 1932, wie im Tageblatt berichtet, bereits in mehr als zehn Gemeinden des Landkreises Rotenburg erfolgt war.*
In Bebra jedoch war am 19. Juli 1932 in einer „vertraulichen Besprechung" ein entsprechender Antrag der Ortsgruppe der NSDAP bei Stimmengleichheit abgelehnt worden.

In einer Stellungnahme zu diesem Antrag hatte Bürgermeister Kraffke u. a. ausgeführt: „Ehrenbürgerrechte werden … allgemein nur solchen Personen verliehen, die sich um ihren Geburts- bezw. Heimatort ganz besondere Verdienste erworben haben. Wegen hervorragenden parteipolitischen Wirkens [Unterstreichung im Original, H.N.] kommt eine Verleihung dieser Rechte (meiner Auffassung nach) nicht in Frage.
Die Aufgabe der Gemeindekörperschaften, so Kraffke, sei „die wirtschaftliche und kulturelle Förderung des ihnen anvertrauten Gemeinwesens, wobei rein parteipolitische Gesichtspunkte in den Hintergrund treten müssen, wenn eine gedeihliche und fruchtbringende Zusammenarbeit gewährleistet werden soll. Eine Beschlussfassung gemäß dem Antrage der N.S.D.A.P. würde eine durchaus einseitige, rein parteipolitische Stellungnahme, sowie eine Bevorzugung und Förderung einer einzelnen politischen Partei bedeuten, was aber niemals Aufgabe einer Gemeindevertretung sein kann und darf, soll nicht das Vertrauen weiter Kreise der Einwohnerschaft in eine unparteiische und gerechte Behandlung und Vertretung ihrer Belange eine schwere Einbuße erleiden."
Zur Begründung des Antrags hatte NSDAP-Sprecher Erich Braun vorgetragen, er „rechne mit der Loyalität aller Herren Gemeindevertreter, dem Wunsche der rund 2100 nationalsozialistischen Wähler, die rund 70 % der Wählerschaft Bebras darstellen und die durch ihre Stimmabgabe … sich auch für dessen Führer Adolf Hitler bekannt haben, entsprechen." Der Bebraer Ehrenbürgerbrief, so Braun, könne „zusammen mit den Ehrenbürgerbriefen von ca. 25-30 anderen Gemeinden unseres Kreises überreicht werden."
In der Tat war Hitler schon im Juli 1932 in einer größeren Zahl von Dörfern des Kreises Rotenburg zum Ehrenbürger aufgestiegen, nicht aber in Rotenburg und Sontra, den beiden Städten des Kreises, in denen die NSDAP deutlich geringere Wahlerfolge erzielte.
(Quelle: Stadtarchiv Bebra)

Angebliche „Abwehrmassnahme“

Im Laufe des Monats März reagierte die internationale Öffentlichkeit mit antideutschen Zeitungsartikeln und bissigen Rundfunkkommentaren. Aber auch mit handfesten Maßnahmen ging die deutschfeindliche Stimmung nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten einher. Besonders in den Ländern des britischen Commonwealth und in den USA begann man, deutsche Waren zu boykottieren. Als Reaktion darauf beschuldigten Hitlerregierung und NSDAP die Juden in Deutschland, diesen Boykott über internationale jüdische Organisationen angestiftet zu haben.

Die sich Ende März 1933 steigernden Ausschreitungen gegenüber jüdischen Bürgern und Geschäftsleuten wurden schließlich von der NS-Parteileitung zu einer zentral gelenkten Aktion zusammengefasst als „Abwehrmaßnahme gegen jüdische Gräuelpropaganda im Ausland“:

„In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.

Termin: Samstag, 1. April 1933, Punkt 10 Uhr.“ (*Rotenburger Tageblatt* v. 31.03.1933)

Am 29. März 1933 hatte die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ einen vergeblichen Appell an den Reichspräsidenten und die neuen Machthaber gerichtet, in dem sie ihre patriotische Gesinnung beschworen:

„Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wegen der Verfehlung einiger Weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden. … Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volk, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist.“ (Jüdische Wochenzeitung, Kassel 31.03.1933*)*

Antisemitismus als Kern der NS-Ideologie

Von Beginn an bildete der Antisemitismus den Kern des Nationalsozialismus. Im Parteiprogramm von 1920 war dies unmissverständlich formuliert: *„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“*

Spätestens seit dem 1. April 1933 blieb keinem jüdischen Deutschen verborgen, dass die Nationalsozialisten nicht die Absicht hatten, ihren zentralen Programmpunkt aus taktischen Überlegungen zu unterdrücken.

Durch Propagandaminister Goebbels initiiert und legitimiert, wurde der 1. April 1933 zu dem Termin, an dem sich antijüdische Aggressionen in größerem Umfang austoben konnten, begründet als Antwort auf die angeblich von Juden im Ausland inszenierte Gräuelpropaganda gegen das Deutsche Reich. Aus staatlich geduldeter Gewalt wurde erstmals staatlich organisierter Terror. „Gräuelhetze“ - das waren für die Nazis die warnenden und alarmierenden Zeitungsberichte über die bedrohlichen innen- und außenpolitischen Ziele der neuen NS-Regierung.

Die SA stellte vor jüdischen Geschäften Wachtposten auf, um die Kunden am Zutritt zu hindern. Der 1922 geborene Rudi Linz, dessen Familie am Rotenburger Steinweg 7 ein Manufakturwaren- und Textilgeschäft und im Steinweg 9 ein Möbelgeschäft führte, erinnerte sich *„noch sehr genau daran, dass am 1. April 1933 ein junger Mann, dessen Vater Schulden bei ihnen hatte, in seinem SA-Braunhemd vor ihrem Laden stand und Leuten das Einkaufen verhinderte.“*

An anderer Stelle schreibt Rudi Linz: *„Für uns wurde dann das Leben in Rotenburg immer schwerer, im Eingang unseres Geschäftes standen uniformierte Hitlerjungen und sorgten dafür, dass niemand unser Geschäft betreten konnte. Die Fensterscheiben wurden bemalt und eingeworfen. Diese Vorkommnisse machten es uns leicht, die Stadt, wo der Vater meines Vaters und dessen Großvater gelebt hatten, für immer zu verlassen.“*



***Rudi Linz** (1922 -1988) im Jahr 1939.*

Der komm.Regierungspräsident. Kassel, den 30 März 1933.
A.II

31.3.33

Betrifft: Boykottaufruf der NSDAP. Z 1786.

Die Parteileitung der NSDAP hat zur Einleitung des Abwehrkampfes gegen die Greuelpropaganda im Auslande einen Aufruf an alle Organisationen der NSDAP gerichtet, wonach am nächsten Sonnabend, den 1.April d.Js.vormittags 10 Uhr der Boykott der jüdischen Geschäfte beginnen soll. Die zu diesem Zweck von den Organisationen zu bildenden Aktionskomitees sollen durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte warnen. Es ist gleichzeitig aber von der Parteileitung auch den Juden Schutz von Person und Eigentum zugesichert. Um unzulässige Einzelaktionen und Willkürhandlungen namentlich durch Provokateure oder sonstige unbefugte Einzelpersonen von vornherein auszuschließen, empfehle ich unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 18.März d.Js.,betr,Befriedigung des öffentlichen Lebens, in geeigneter Weise mit den Kreis-(Orts-)Leitungen der NSDAP Fühlung zu nehmen und eine ruhige und reibungslose Durchführung des Boykottaufrufs im Sinne der obersten Leitung sicherzustellen.

gez. von Monbart.

Beglaubigt
(Siegel) Kanzlei-Angestellter.

An
den Herrn Polizeipräsidenten hier,
den Herrn staatl.Polizeidirektor in Hanau,
die Herren Landräte des Bezirks und
die Herren Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörden in Fulda und Marburg a/L.

*Schon wenige Wochen nach der **NS-Machtübernahme** ging es der staatlichen Verwaltung nicht darum, ungesetzliche Maßnahmen zu unterbinden, sondern sich um „eine ruhige und reibungslose Durchführung“ zu bemühen. Dabei unterstellte das Regierungspräsidium, dass dies zugleich auch „im Sinne der obersten Leitung“ der NSDAP sei. Die staatliche Verwaltung war also schon früh bestrebt, nicht in Widerspruch zu den Zielsetzungen der Staatspartei zu geraten. (Stadtarchiv Bebra)*

Der Boykott vom 1. April 1933 wurde schon nach einem Tag abgeblasen, denn die Reaktionen des Auslands, vor allem der USA, waren so heftig, dass Hitler erkannte, die Wirtschaftsbeziehungen würden gefährdet sein. *„Erfolgreich war der Boykott vom 1. April in seiner wesentlichen und m. E. bewusst geplanten Funktion: Er stellte die Weichen für die zunehmende wirtschaftliche Diskriminierung und Verdrängung der Juden - dieser Prozess wurde zeitweise behutsam und verdeckt, dennoch aber konsequent vorangetrieben. Die früheren ‚Einzelaktionen´ konnten noch als ‚Ausschreitungen´ unverantwortlicher Radau-Nazis oder untergeordneter Parteiorganisationen betrachtet werden. … Nach dem von der oberen Parteileitung organisierten und von der Regierung in allen Instanzen zumindest gutgeheißenen Boykott konnte in der Bevölkerung über die politischen Ziele kein Zweifel mehr bestehen."* (Barkai 1987: 31f.)

Der Boykott vom 1. April 1933 wurde zum Auftakt eines kontinuierlichen Diskriminierungsprozesses, der die jüdischen Händler auch ohne Gesetzesmaßnahmen in Existenznöte brachte. Für jeden Bürger war sichtbar geworden, dass gesetzeswidrige Aktionen, die sich gegen Juden richteten, von der neuen Obrigkeit nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert wurden.

Heinz Rothschild erinnert sich an den 1. April 1933

Der 1921 geborene Heinz Rothschild, dessen Familie in dem Haus Weingasse 1 in Rotenburg wohnte, hatte bei seinem Besuch in Rotenburg im Juni 1986 noch deutlich vor Augen, wie ihm beim Nachhauseweg vom privaten Französischunterricht sein jüdischer Freund Siggi Kaufmann auf dem Marktplatz mit einem Transparent begegnete, auf dem in Großbuchstaben zu lesen war:
„KAUFT NICHT BEI JUDEN".

Zusammen mit seinem jüdischen Freund Julius Gans war Siggi Kaufmann gezwungen worden, das genannte Transparent durch Rotenburgs Innenstadt zu tragen.
Heinz Rothschild: *„Als ich nach Hause kam, war meine Mutter ganz aufgeregt. Mein Vater war auf Geschäftsreise. Meine Mutter hat die Koffer gepackt und ist mit mir und meiner Schwester noch am selben Abend in die Schweiz gereist."* Heinz' Mutter Irma geb. Dreifuss stammte aus der Schweiz.

Ilse Abraham-Friedmanns Erinnerungen

Ilse Abraham-Friedmann, die 1914 geborene Enkeltochter des Bebraer Gastwirts und Hoteliers Isidor Fackenheim, berichtet in ihren 1982 in den USA verfassten Lebenserinnerungen, dass an jenem Tag vor jedem jüdischen Geschäft in Bebra eine Wache mit geladenem Gewehr postiert war: *„Kein Arier, wie man die Deutschen jetzt nannte, durfte die jüdischen Läden betreten. Diese Aktion dauerte zwar nur einen Tag, aber die Leute trauten sich nicht mehr in unser Lokal."*



Ilse Abraham-Friedmann *(1.1.1914 - 7.1987)*



Heinz Rothschild *mit seiner Tochter Karen und Bürgermeister Manfred Fehr am 1. Juni 1996 vor dem Haus Weingasse 1, in dem Heinz Rothschilds Familie bis zu ihrer Emigration in die USA wohnte.*

Angeblich „Kein Haar gekrümmt“

Die *Bebraer Nachrichten* berichteten von einer Erklärung, die am 31. März 1933 in der Zeit von 12 bis 16 Uhr im großen Saal des Hotels Kilian von 86 wahlberechtigten jüdischen Einwohnern Bebras „freiwillig“ unterzeichnet wurde, quasi als Vorwegnahme dessen, was reichsweit für den 1. April 1933 angesagt war.

Dieser „Revers“, wie das „freiwillige Zeugnis“ benannt wurde, trug folgenden Wortlaut:

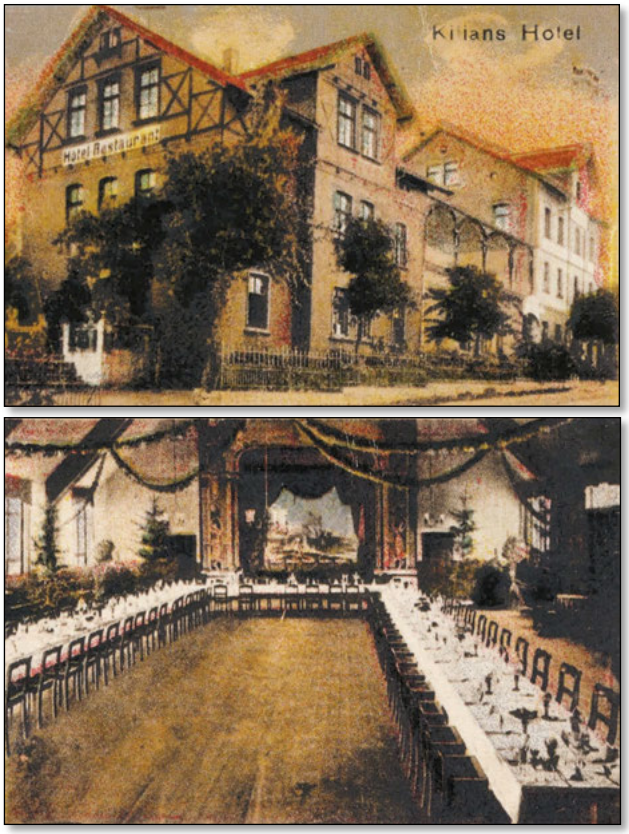
„Wir bekennen hiermit feierlichst durch unsere Unterschrift an Eides statt, daß wir weder an der seitens unserer Rasse- und Glaubensgenossen im Ausland betriebenen gemeinsamen und verlogenen Greuelhetze gegen die Regierung der nationalen Revolution und damit gegen die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes beteiligt sind, noch dieselbe direkt oder indirekt unterstützen.

Wir erklären vielmehr, daß wir diese antideutsche Hetze tief bedauern und verurteilen. Wir Bebraer Juden versprechen, die Gastfreundschaft unseres Wirtsvolkes anzuerkennen, indem wir die Lügenhetze unserer ausländischen Rassegenossen mit Entrüstung zurückweisen und sie als frei erfunden und jedes Körnchens Wahrheit entbehrend erklären. Uns selbst ist anläßlich der politischen Umwälzung im Zeichen des Hakenkreuzes kein Haar gekrümmt worden.“

Konträr zu der Schilderung in den Bebraer Nachrichten stehen die Erinnerungen von Dankmar Abraham an jenen 31. März 1933. Schon beim Verlassen des Saales, so berichtet Dankmar Abraham, stürzten sich uniformierte SA-Leute auf die nach dort zitierten Juden und schlugen auf sie ein. Seinem Bruder Siegfried, der ihn an Statur weit überragte, sei es gelungen, sich freizumachen und wegzulaufen.

Ihn selbst habe man jedoch niedergeschlagen und auch noch im Liegen getreten, ins Gesicht, an den Kopf und auch an den übrigen Körper. Anschließend seien die Opfer dringend davor gewarnt worden, von diesen Geschehnissen ins Ausland zu berichten.

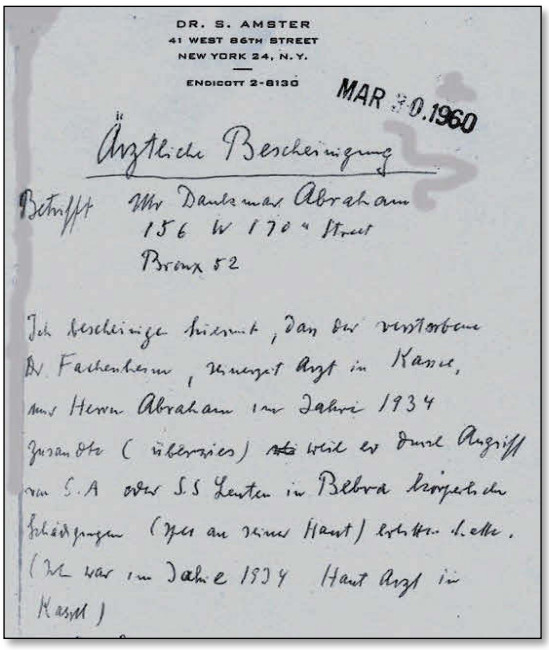
Die am Ort angesprochenen Ärzte hätten eine Behandlung bei Kasseler (jüdischen) Ärzten empfohlen, was er mit dem Beistand seines Vaters auch nach einigen Tagen Bettruhe geschafft habe. Bei seiner Beantragung von Entschädigungsleistungen nach dem Krieg konnte Dankmar Abraham Bestätigungen von den ihn damals behandelnden Ärzten vorlegen. (s. Dokumente auf der folgenden Seite)



Hotel Kilian *(vorher Schlüter) in Bebra: Hier mussten am 31.03.1933 die jüdischen Bebraner schriftlich erklären, ihnen sei „kein Haar gekrümmt worden“.*



Dankmar Abraham *(1906-1987) und Erna geb Moses (1906 -1997), verheiratet seit 6. Juli 1938*



DR. S. AMSTER
41 WEST 86TH STREET
NEW YORK 24, N.Y.
ENDICOTT 2-8130

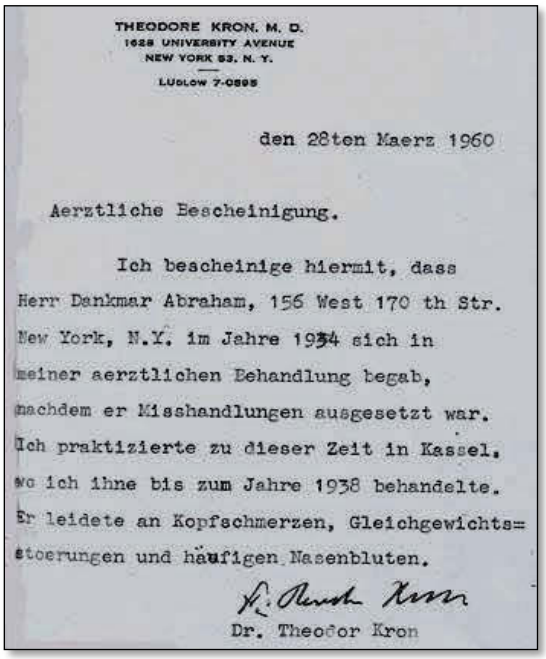
MAR 30.1960

Ärztliche Bescheinigung

Betrifft Mr Dankmar Abraham
156 W 170th Street
Bronx 52

Ich bescheinige hiermit, dass der verstorbene
Dr. Fachenheim, damaliger Arzt in Kassel,
mir Herrn Abraham im Jahre 1934
gesandt (überwies) weil er durch Angriff
von S.A oder SS Leuten in Bebra körperliche
Schädigungen (an seiner Haut) erlitten hatte.
(Er war im Jahre 1934 Haut Arzt in
Kassel)

***Ärztliche Bescheinigung**, ausgestellt am 30. März 1960 in New York City , in der von Dr. S. Amster dokumentiert wird, dass Dankmar Abraham an ihn als Facharzt für Hautkrankheiten in Kassel überwiesen wurde, „weil er durch Angriff von S.A. oder SS Leuten in Bebra körperliche Schädigungen (… an seiner Haut) erlitten hatte."*



THEODORE KRON, M. D.
1628 UNIVERSITY AVENUE
NEW YORK 53, N. Y.
LUDLOW 7-0595

den 28ten Maerz 1960

Aerztliche Bescheinigung.

Ich bescheinige hiermit, dass
Herr Dankmar Abraham, 156 West 170 th Str.
New York, N.Y. im Jahre 1934 sich in
meiner aerztlichen Behandlung begab,
nachdem er Misshandlungen ausgesetzt war.
Ich praktizierte zu dieser Zeit in Kassel,
wo ich ihne bis zum Jahre 1938 behandelte.
Er leidete an Kopfschmerzen, Gleichgewichts=
stoerungen und häufigen Nasenbluten.

Dr. Theodor Kron

***Ärztliche Bescheinigung**, ausgestellt von Dr. Th. Kron in New York City am 28. März 1960, in der dieser dokumentiert, dass Dankmar Abraham, „nachdem er Misshandlungen ausgesetzt war", bis 1938 sein Patient war, aufgrund von „Kopfschmerzen, Gleichgewichtsstörungen und häufigen Nasenbluten".*
Fortsetzung auf der hier nicht wiedergegebenen Rückseite: *„Die Schädigungen zeigten sich im Gesicht als Haut-Abschürfungen und Schwellung in der Nasengegend. Ebenso waren Blutergüsse sichtbar, an Kopf u. Armen etc."*

Der 1906 geborene Dankmar Abraham war nach seiner Ausbildung als Textilkaufmann in Augsburg und weiteren Tätigkeiten in der Textilbranche in Nordhausen und Hamburg 1928 wieder nach Bebra zurückgekommen, weil die Erkrankung des Vaters seine Mitarbeit im elterlichen Textilgeschäft erforderlich machte.
Was er nach der NS-Machtübernahme dann in seiner Heimatstadt erleben musste, wurde für seine körperliche und geistige Verfassung prägend.

Misshandlungen und Konsequenzen

Ob den Bebraer Juden über die geschilderten Diskriminierungen hinaus tatsächlich „kein Haar gekrümmt worden" war, dafür fehlen verlässliche Nachweise.

Ein solcher liegt aber für Rotenburg vor, wo der Altwarenhändler Siegfried Katzenstein (Zwickel 11) das Opfer einer schweren körperlichen Attacke wurde. Seine Tochter Ruth beschrieb dies rückblickend auf der Grundlage der Berichte ihrer Mutter: *„Sie haben den Vater rausgeholt, auf den Misthaufen geworfen und haben ihn halbtot geschlagen."* (Reiher 2009: 34).
Daraufhin flüchteten Siegfried Katzenstein und seine Frau Wyla geb. Grimmer zu ihrer in Berlin verheirateten Tochter Ruth. In den von Wolfgang Herz -berg herausgegebenen Lebensgeschichten unter dem Titel *Überleben heißt erinnern* berichtet Tochter Ruth: *„Mein Vater hat Woche um Woche kein Wort gesprochen, solche Depressionen hatte er. Es war ganz furchtbar. Er hat nichts gegessen, nichts getrunken und ging manchmal tagelang nicht aus dem Haus."*
Am 11. Oktober 1936 nahm sich Siegfried Katzenstein in seiner Berliner Wohnung das Leben. So wie in den Jahren der Nazidiktatur über 800 Frankfurter jüdische Menschen vor den fortwährenden Demütigungen und Verfolgungen in den Tod flüchteten und auf dem Friedhof an der Eckenheimer Landstraße als Märtyrer gewürdigt werden, so verstehen wir auch Siegfried Katzensteins Flucht in den Tod nicht als Verletzung des göttlichen Verbots der Selbsttötung, sondern als erzwungenen Versuch eines Auswegs aus einer unerträglichen und nicht zu bewältigenden Notlage.

„Für viele Juden", so formuliert es Christian Goeschel in seinem Buch *Selbstmord im Dritten Reich, „war die Selbsttötung ein Mittel, das eigene Selbst-*





* **Stadtverordnetenwahl.** Bei der heute vormittag erfolgten Stadtverordnetenwahl wurden folgende Herren gewählt:

In der ersten Abteilung:
Justizrat Antig mit 6 Stimmen
Rentmeister Fülling „ 6 „
Oberlandmesser a. D. Göbel „ 6 „

In der 2. Abteilung:
Bauunternehmer Deist mit 22 Stimmen
„ Schanze „ 22 „

In der 3. Abteilung:
Schneidermeister Ulm mit 48 Stimmen.
Kaufmann Siegfried Katzenstein mit 48 „
Oekonom Fritz Hülbig mit 48 „

Wahlberechtigt waren: in der 1. Abteilung 12, in der 2. Abteilung 51, in der 3. Abteilung 294 Wähler; ausgeübt haben das Wahlrecht in der 1. Abteilung 6, in der 2. Abteilung 22, in der 3. Abteilung 52.



***oben**: Im Zwickel 11 in Rotenburg, ehem. Wohn- und Geschäftshaus der Familie Katzenstein, die 1870 ihren Altwarenhandel vom benachbarten Heinebach nach Rotenburg verlegt hatte.*

***Mitte**: Wahlresultat der Rotenburger Stadtverordnetenwahl 1913, die Siegfried K. ins Stadtparlament brachte.*

***unten**: Der im September 2016 vor dem Haus Zwickel 11. zu Ehren von Siegfried Katzenstein verlegte Stolperstein.*

wertgefühl zu retten. In der großen Mehrzahl der Fälle waren die Juden, die Selbstmord begingen, hoch assimiliert. Sie wollten einfach nicht akzeptieren, dass sie zu ‚rassischen' Juden abgestempelt wurden."

Im Ersten Weltkrieg hatte Siegfried Katzenstein als Landsturmmann gedient. Von September 1919 an bis zur Insolvenz seiner Altwarenhandlung 1927 gehörte er dem Magistrat der Stadt an, in der lokalen Synagogengemeinde verwaltete er bis 1927 das Vorsteheramt. 2016 wurde vor seinem Elternhaus in Rotenburg, Im Zwickel 11, in Würdigung seines Schicksals ein sog. Stolperstein verlegt.

Diskriminierung auf lokaler Ebene

In der Folgezeit gehörte für die Kunden schon eine bestimmte „Gesinnung", vor allem aber Mut dazu, in jüdischen Geschäften zu kaufen. Nicht nur überzeugte Nationalsozialisten, sondern auch Mitläufer, Unentschlossene und Ängstliche blieben spätestens jetzt aus.

Der Wille der neuen Machthaber, die Juden aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen, war mit dem Boykott zum 1. April deutlich demonstriert wor-

den. Vor weiteren Maßnahmen schreckte das Regime anfangs zurück, musste es doch die Wirtschaft stabilisieren und die Arbeitslosigkeit senken, um die eigene Herrschaft zu sichern.

So blieb es in den ersten Jahren der NS-Herrschaft bei lokalen Diskriminierungsaktionen, die jüdische Kaufleute und Unternehmer weiter unter Druck setzten und sie zum Verkauf ihrer Firmen drängten. Spätestens seit dem 1. April 1933 wusste auch in Rotenburg und Bebra jeder, was den jüdischen Geschäftsleuten zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht drohte.

Die These Wolf Gruners (2000: 76), dass die bewusste Verlagerung antijüdischer Verfolgungsmaßnahmen auf die lokale Ebene zu einem dynamischen Wechselverhältnis von zentraler und lokaler Ebene führte, trifft durchaus auch auf die Situation in Rotenburg und Bebra zu.

Einige jüdische Unternehmen waren durch die im Oktober 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise stark angeschlagen, die politische Situation und der Boykott versetzten ihnen einen weiteren Stoß. Die 1920 gebildete *Offene Handelsgesellschaft* der Brüder Joseph und Julius Flörsheim mit ihrem Schwager Isidor Bauer verlegte mit Datum vom 3. Juni 1933 ihren Textilhandel nach Leipzig.





*Am **10. Januar 1933** hatten die Rotenburger Textilhändler Gebr. Flörsheim (Lindenstraße 11) ihre letzte Werbeanzeige im Tageblatt geschaltet. .*



***rechte Spalte oben**: Hinweisschild aus dem Jahr 1930 auf die Firma Gebr. Flörsheim (Wäsche, Kleiderstoffe, Konfektion) an dem Eckhaus Steinweg/Lindenstraße (jetzt Landratsamt)*

***rechte Spalte unten**: Das Textilgeschäft der Gebr. Flörsheim war in dem Eckhaus Lindenstraße/ Brauhausstraße, jetzt Reisebüro (Foto von 1960).*

Verbot des Schächtens

Empfindlicher noch als die demütigende Aktion vom 1. April 1933 traf die jüdischen Menschen das am 29. März 1933 durch den „Kommissar der Stadt Rotenburg“ ausgesprochene Schächtverbot, das es den jüdischen Gemeindemitgliedern unmöglich machte, legal ein den Speisevorschriften der Thora gemäßes Leben zu führen.

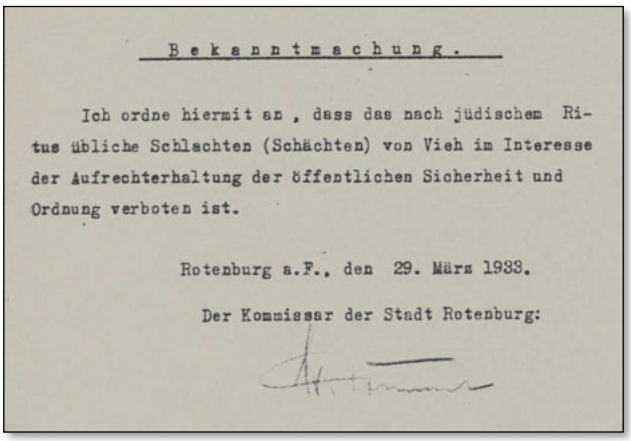
Im jüdischen religiösen Selbstverständnis ist die *Schechita*, das Schächten, ein göttliches Gebot. Um koscheres, d. h. aus ritueller Sicht für den Verzehr zugelassenes Fleisch zu erhalten, muss das Tier ohne Qual getötet werden und anschließend vollständig ausbluten. *„Das Schächten erfolgt durch einen in einem Zug blitzschnell ausgeführten Halsschnitt, der die Weichteile bis zur Wirbelsäule durchschneidet. Ein Schnitt, kein Druck. Infolge des Nervenschocks und der plötzlichen Stockung der Blutzufuhr zu Gehirn wird das Tier augenblicklich bewusstlos.“* (de Vries 1981: 153)

Der Erlass des Schächtverbots war quasi die erste Amtshandlung von Dr. med. dent. Richard Donnevert, der drei Tage zuvor seine Ernennung zum kommissarischen Bürgermeister Rotenburgs erhalten hatte. Reichsweit wurde das Schächtverbot am 21. April 1933 verhängt, im Kreis Rotenburg ebenso wie in anderen nordhessischen Gebieten jedoch schon Ende März 1933 durchgesetzt - wohl in vorauseilendem Gehorsam gegenüber Staat und Parteileitung in Erwartung eines entsprechenden Gesetzes

Auch Bebras Bürgermeister Kraffke ließ zum Termin 30. März 1933 das Schächtverbot verkünden: *„im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den Gemeindebezirk Bebra“.*

Bereits in der Weimarer Republik hatte die NSDAP ein Verbot des Schächtens im Reichstag gefordert. Dessen Strafrechtsausschuss hatte dies mit der Begründung abgelehnt , das Schächten sei nicht als Tierquälerei zu betrachten.

Unklar ist, ob die beiden in Rotenburg erhalten gebliebenen Schächtmesser bis zum November 1938 in der Synagoge oder dem Schulgebäude in



Bekanntmachung.

Ich ordne hiermit an , dass das nach jüdischem Ritus übliche Schlachten (Schächten) von Vieh im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten ist.

Rotenburg a.F., den 29. März 1933.

Der Kommissar der Stadt Rotenburg:



Bürgermeisteramt Bebra.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten wird das rituelle Schlachten (Schächten) von Vieh im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den Gemeindebezirk Bebra verboten.

Bebra, den 30. März 1933.

Der Bürgermeister als Ortspolizei-Behörde:
Kraffke.





***Im Gruppenbild steht links**: Victor Falkenstein, Schächter und Fellhändler in Rotenburg (mit Schächtmesser im Futteral in der linken Hand) bei einer Schächtvorbereitung.*

***Porträtfoto links zeigt Viktor Falkenstein** (das Foto stammt aus der Porträtgalerie im Jüdischen Museum Rotenburg a.d.F.)*

***rechte Spalte oben**: Pressemitteilung des kommissarischen Rotenburger Bürgermeisters Dr. Donnevert v. 29. März 1933.*
***darunter**: Bekanntmachung von Bürgermeister Kraffke im Bebraer Tageblatt v. 30. März 1933.*



Die beiden in Rotenburg erhalten gebliebenen ***Schächtmesser*** *(für Geflügel). Seit 2006 sind sie als Exponate im Jüdischen Museum Rotenburg ausgestellt.*



Aus der Heimat

Beiträge von allgemeinem Interesse aus unserem Leserkreise sind uns stets willkommen. Strengste Verschwiegenheit der Namen der Mitarbeiter wird zugesichert.

Rotenburg, den 27. September 1934.

28. September.

Sonnenaufgang 5.54 Sonnenuntergang 17.46
Monduntergang 12.53 Mondaufgang 19.44

63: Der Maler Ludwig Richter in Dresden geb. (gest. 84). — 1864: Der Maler Artur Kampf in Aachen geb. — 65: Der Tiermaler Wilh. Im Kuhnert in Oppeln geb. (gest. 25). — 1902: Der französische Romanschriftsteller Emile ola in Paris gest. (geb. 1840). — 1907: Großherzog Friedh von Baden auf Schloß Mainau gest. (geb. 1826). — 39: Der bayerische Generalfeldmarschall Prinz Le[illegible]ld von Bayern zu München gest. (geb. 1846).

Namenstag: Prof. und kath.: Wenzeslaus.

29. September.

Sonnenaufgang 5.56 Sonnenuntergang 17.4[illegible]
Monduntergang 13.51 Mondaufgang 20.37

758: Der englische Admiral Nelson in Burnham-Thorpe

„. . . und diesmal gibts kein koscher Fleisch!"

Die Juden Katz-Spangenberg und Speier-Baumbach wegen Uebertretung des Schächtverbotes verhaftet.

In Spangenberg gibt es immer noch Menschen, die annehmen, im neuen Deutschland könnten sie ihrer bisherigen traurigen Beschäftigung ungestraft nachgehen. So hatte man den bekannten Metzger Moses Katz schon lange im Verdacht, daß bei ihm noch geschächtet werde. Die Regierung hat diese Tierquälerei durch Gesetz vom 21. 4. 1933 ausdrücklich verboten und im Paragraph 3 dieses Gesetzes mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder entsprechender Geldstrafe bedroht. Dies sieht natürlich einen Moses Katz und seinen Freund Speier aus Baumbach nicht an. Dieser Tage konnten aber Beide bei ihrer traurigen Tätigkeit überrascht und in vorläufige polizeiliche Verwahrung genommen werden. Speier wollte noch den Vorsichtigen markieren und nahm deshalb zunächst die Flucht in das Bett seines Artgenossen Katz, aus dem er dann süß träumend herausgeholt werden konnte. Beide Uebeltäter sehen jetzt ihrer Bestrafung entgegen und ist zu hoffen, daß der ganze Laden endlich geschlossen wird. Im vorigen Jahre war das Schächtmesser polizeilich eingezogen worden und konnte gestern Abend wieder ein solches beschlagnahmt werden.

Interessant ist die Bekundung der Frau Moses Katz, nach welcher auch nach dem Erlaß des fraglichen Gesetzes immer so geschlachtet worden sei, weil sie annehme, das sei kein Schächten. Echt jüdisch. Der Zweck heiligt bei diesen Menschen das Mittel. Und da gibt es noch Volksgenossen, die solchen traurigen Tierquälern das Fleisch abkaufen, weil dieses angeblich 5 Pfennig billiger sein soll. Dabei vergessen diese Auchvolksgenossen, daß die besten Teile der bei Katz unter fürchterlichen Qualen zu Tode gekommenen Tiere natürlich die Juden bekommen, während das übrige für die dummen Gojim gut genug ist. Die besten Schlachttiere werden zudem wahrscheinlich in die Mustermetzgerei Katz nicht kommen, diese ist vielleicht der zoologische Garten, in welchem der Jude Sommer sein Vieh gutanbringen kann, weshalb er 20 oder auch 30 Mark mehr anlegt, als ein anderer Händler? —

Die Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP. sieht all diesem finsteren Treiben nicht mehr länger zu. Das Maß ist voll, daher diese letzte Warnung, kauft nicht vom Juden, und verkauft nicht an diese.

An einem großen Geschäftshaus in Nürnberg ist zu lesen:

„Trau keinem Fuchs auf grüner Heid'
und keinem Jud bei seinem Eid!"

Ob das nur für Nürnberg gilt?

Frau Metzger Moses Katz hat bei der plötzlichen und unerwarteten Störung auch noch gewagt, die Regierung anzugreifen. Darüber soll sie sich an anderer Stelle verantworten. Wir aber werden jetzt noch mehr aufpassen als bisher und reinen Tisch schaffen, dies mögen sich alle Beteiligten gesagt sein lassen denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Den Willen haben wir, den Weg gehen wir und die Taten folgen.

Rotenburger Tageblatt *vom 27.09.1934*

der Brotgasse versteckt waren und zu den Objekten zu zählen sind, die Lehrer Bickel als zukünftige Museumsstücke sicherte. Oder ob die Messer bereits 1933 nicht mehr im Besitz der jüdischen Gemeinde waren.

Denn mit dem Verbot des Schächtens war auch die Pflicht zur Ablieferung der Schächtmesser verbunden. Und für die Einhaltung dieser Vorschrift war die örtliche Polizei schon im April 1933 beauftragt worden.

Den NS-Machthabern gelang es jedoch nicht sofort, die Praxis des Schächtens total zu unterbinden. Darüber erfahren wir durch einen Bericht, der in großer Aufmachung auf der Lokalseite des *Rotenburger Tageblatts* vom 27. September 1934 erschien. Hier wird von der Verhaftung eines jüdischen Viehhändlers aus Baumbach und eines Spangenberger jüdischen Metzgers *„wegen Übertretung des Schächtverbotes"* und der Beschlagnahme des Schächtmessers berichtet.

Bevölkerung spielt nur begrenzt mit

Das *Rotenburger Tageblatt* vom 30. März 1933 berichtete von einem einstimmigen Beschluss des Bebraer Gemeindeparlaments, nichts bei jüdischen Firmen zu kaufen. Durchschlagenden Erfolg hatten solche Beschlüsse allem Anschein nach nicht, zumindest nicht kurzfristig. Jedenfalls vertrauten einige Bauern weiterhin ihren jüdischen Geschäftspartnern. Wie wäre sonst der Bericht im Heimatteil des *Rotenburger Tageblatts* vom 21. Oktober 1933 anlässlich der Eröffnung der neu errichteten Viehhalle in Bebra zu verstehen, in dem heftige Klage über den Teil der Bevölkerung geführt wurde, der es unterlässt, *„alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um die Maßnahmen der Regierung voll und ganz zu unterstützen“.*

Ein Hauptgrund für dieses Verhalten wird dem *„Faktor Bequemlichkeit“* zugeschrieben: *„Viele haben ihren sogenannten Hofjuden, der ihnen alles besorgt, was gerade gebraucht wird.“* Es sei aber nicht damit gedient, *„dass man auf der einen Seite sagt, ich stehe voll und ganz hinter der heutigen Regierung, und mit der anderen noch mit Staatsfremden seine Geschäfte macht.“*



Deutscher Bauer, habe acht!

Viehmarkt für den Kreis Rotenburg a. d. Fulda
in Bebra, am Sonnabend, dem 28. X. 1933
in der neu errichteten Viehhalle (Hauptmann-Göhring-Str., am Bahnhof).

Zucht- u. Nutzviehmarkt

Ein- und Verkauf von Nutz- und Zuchtvieh.
Viehhandel von Bauer zu Bauer

Jüdischer Handel ausgeschlossen

ab vorm. 8 Uhr: Auftrieb von Pferden, Fohlen, Rindvieh, Schweinen, Ferkeln, Ziegen und Geflügel.
ab 10 Uhr: **Markteröffnung!**
nachm. 2.15 Uhr: **Kreisbauerntag!** — (Großer Saal Hotel Kilian.)
Sprecher:
Landesbauernführer Seidler (Kassel).
anschl. nachm. 4,15 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung der Viehverwertungsgenossenschaft Rotenburg a. d. F., Sitz Bebra, e. G m. b. H.
nachm. 4,45 Uhr: Eröffnung der Obst- und Gartenbauausstellung (Hess. Hof, Bebra).
ab morgens 8 Uhr—abends 7 Uhr: Besichtigung der Obst- und Gartenschau mit Pflanzenschutz-Ausstellung.

Sonntag, den 29. Oktober 1933

ab morgens 8 Uhr—abends 7 Uhr: **Obst- und Gartenschau mit Pflanzenschutzausstellung.**
8,30—12,30 Uhr:
14,30—18,30 Uhr: **Vogelschutzlehrgang!**
Lokal: Gastw. Hess. Hof bzw. Hotel Kilian.

***Rotenburger Tageblatt** v. 28.10.1933. Mit der Einrichtung von „judenfreien“ Viehmärkten knüpfte man an eine Tradition der antisemitischen Bewegung aus dem Kaiserreich an.*

Einvernehmliche Geschäftsübernahme?

Am 29. April 1933 erschien im *Rotenburger Tageblatt* eine Anzeige von einer Geschäftsübergabe, die man nach dem dort formulierten Wortlaut als normalen und einvernehmlichen Vorgang betrachten könnte. Genau 30 Jahre nach seiner Geschäftseröffnung (seinerzeit in dem Haus Steinweg 4) brachte Klempnermeister Leopold Alexander (später in Brückengasse 4 ansässig) seiner *„werten Kundschaft und den Einwohnern von Rotenburg und Umgebung hiermit zur Kenntnis“,* dass er *„ab 1. Mai Herrn Klempnermeister August Deubener, Braach, welcher seit 10 Jahren bei mir beschäftigt war, sein Klempner- und Installationsgeschäft übergeben habe.“*
Mit entsprechendem Text bittet Deubner darum, das seinem jüdischen Arbeitgeber entgegengebrachte Vertrauen auch ihm zu erweisen.
Drei Jahrzehnte später erscheint die Geschäftsübergabe in einem weniger milden Licht. Leopold Alexanders Ehe war kinderlos geblieben, sodass die Alexanders ihren Neffen Karl Meier Frenkel (geb. 1912) adoptiert und in ihren Betrieb geholt hatten. Während die Adoptiveltern im September 1942 deportiert und ermordet wurden, konnte ihr Neffe 1935 als Handwerker Aufnahme im damaligen Palästina finden – in der Diktion eines späteren Stadtarchivars findet sich dazu in der entsprechenden Akte die handschriftliche Anmerkung *„haute ab!“*
Im Zusammenhang mit Entschädigungsansprüchen hielt K. M. Frenkel in einem Schreiben vom 15. 03.1965 aus Herzlia (Israel) fest:
„Mein Onkel und meine Tante wurden vor meinen Augen gefoltert und waren danach gebrochene Menschen.“ Die Misshandlungen waren, so Frenkel, von der Staatsgewalt ausgeübt worden.


Neu! Bade daheim! Neu!
Fortschrittwanne mit Spiritus-Heizung.
Verbrauch pro Bad 20 Pfg., mit 3jähriger Garantie. Von Fachleuten wegen vorzüglicher Konstruktion anerkannt, liefere ganze Badeeinrichtung, incl. Aufstellung, zu 65 Mark. Ferner empfehle:
Petroleum-Glühlicht „Vega“,
erzeugt sehr helles Licht, ist auf jede vorhandene Lampe anzubringen. Verbrauch pro Stunde 1½ Pfg. Vollständiger Brenner 6 Mark.
Rotenburg a. F. Leopold Alexander.


L. Alexander
Rotenburg
Brückengasse 95 ▪ Telefon 331
Bauklempnerei
Installation
für Wasser und Heizung
Haushaltungsgegenstände ▪ Emaille
verzinkte u. verzinnte
Waren ▪ Stahlwaren
Alpacca
Sämtliche
Haushaltungsmaschinen


Meiner werten Kundschaft und den Einwohnern von Rotenburg und Umgebung hiermit zur Kenntnis, daß ich ab 1. Mai Herrn Klempnermeister
August Deubener, Braach
welcher seit 10 Jahren bei mir beschäftigt war, mein seit 30 Jahren geführtes Klempner- und Installationsgeschäft
übergeben habe.
Ich danke meiner werten Kundschaft für das mir erwiesene Vertrauen und bitte dasselbe meinem Nachfolger zu übertragen.
Leopold Alexander.

Ab 1. Mai habe ich das
Klempner- und Installationsgeschäft
des Herrn Klempnermeister Leopold Alexander übernommen und bitte ich die verehrten Kunden und die Einwohner von Rotenburg und Umgebung, mir das diesem entgegengebrachte Vertrauen auch mir zu erweisen.
Klempnermeister
August Deubener



Klempnerei Alexander Steinweg 4 (bis 1914).

***Linke Spalte**:*

- Kreisblatt-Anzeige „Bade daheim“ 22.09.1906.

- Tageblatt-Anzeige von 1926:
- Bauklempnerei/Installation L. Alexander, Brückengasse 95 (jetzt Haus-Nr. 4).

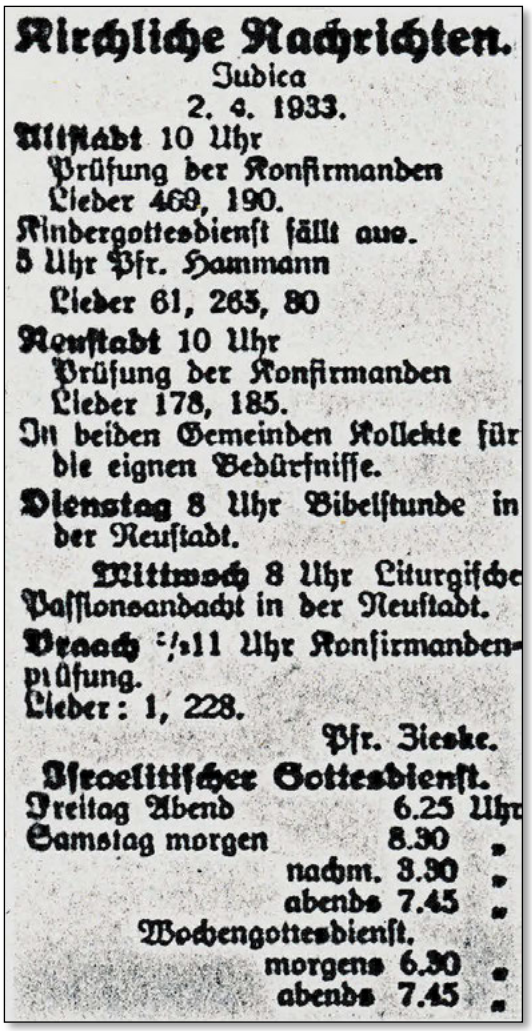
- Anzeige der Geschäftsübergabe, Tageblatt v. 29.04.1933.

Letzte öffentliche Ankündigungen

Das Leben der Juden in Rotenburg und Bebra hatte sich im Laufe weniger Wochen entscheidend verändert, aus „Nachbarn“ waren „Juden“ geworden. Schritt für Schritt wurden die jüdischen Bewohner weiter in die Isolation getrieben.

Die zunehmenden Anfeindungen, die pauschale öffentliche Hetze gegen *„jüdische Volksschädlinge“* in Zeitungen, in der Wochenschau im Kino, im Rundfunk, auf Kundgebungen und auf Plakatwänden ließen die jüdischen Gemeindeeinrichtungen auch für jene zu einem Ort der Begegnung und des kurzzeitigen Geborgenseins werden, die bisher nur einen schwachen Bezug zum religiös definierten Judentum hatten. Auf jeden Fall rückte man unter dem zunehmenden Verfolgungsdruck stärker zusammen, was auch in dem häufigeren Gottesdienstbesuch zum Ausdruck kam. Die Gottesdienstzeiten waren bis zu Jahresbeginn 1934 die einzigen sachlichen Informationen, welche die Leser der Lokalpresse mit Bezug auf die jüdische Minderheit vorfanden.

In den beiden Bebraer Lokalzeitungen, *Bebraer Tageblatt* und *Bebraer Nachrichten* (letztere erschienen bis Jahresmitte 1935), war die gleichlautende Traueranzeige für den am 26. März 1934 verstorbenen Gastwirt und Hotelier Isidor Fackenheim das letzte jüdische „Lebenszeichen“ in Bebra und Rotenburg.



Kirchliche Nachrichten.

Judica
2. 4. 1933.

Altstadt 10 Uhr
Prüfung der Konfirmanden
Lieder 469, 190.
Kindergottesdienst fällt aus.
5 Uhr Pfr. Hammann
Lieder 61, 265, 80

Neustadt 10 Uhr
Prüfung der Konfirmanden
Lieder 178, 185.
In beiden Gemeinden Kollekte für die eignen Bedürfnisse.

Dienstag 8 Uhr Bibelstunde in der Neustadt.

Mittwoch 8 Uhr Liturgische Passionsandacht in der Neustadt.

Donnerstag ½11 Uhr Konfirmandenprüfung.
Lieder: 1, 228.
Pfr. Zieske.

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag Abend	6.25 Uhr
Samstag morgen	8.30 „
nachm.	3.30 „
abends	7.45 „
Wochengottesdienst.	
morgens	6.30 „
abends	7.45 „

*Ankündigung des lokalen **Israelitischen Gottesdienstes** im Rotenburger Tageblatt vom 31. März 1933. .*



Unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Isidor Fackenheim

ist heute im 88. Lebensjahr sanft verschieden.

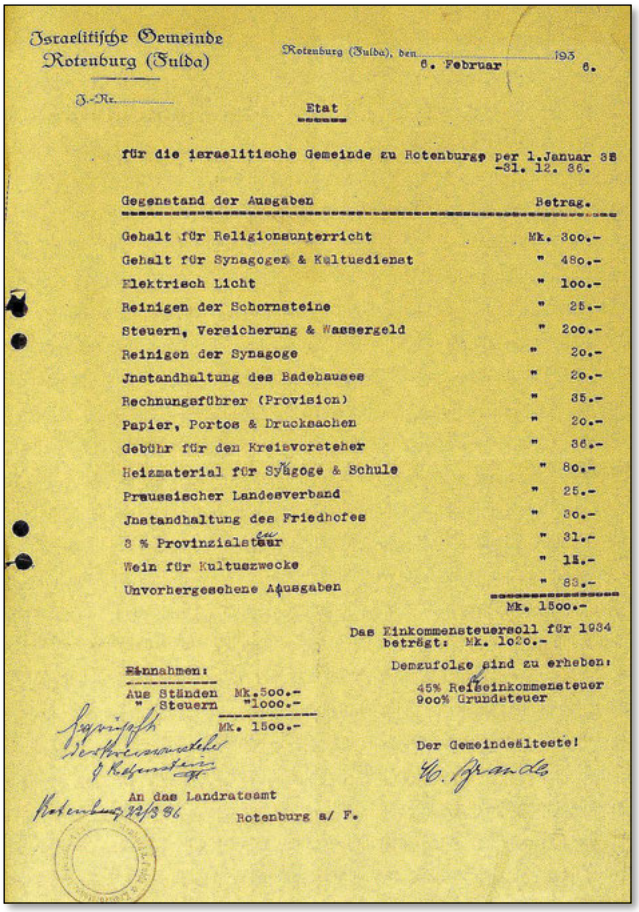
Bebra, den 26. März 1934.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Siegfried Abraham und Frau
Ida, geb. Fackenheim.

Die Beisetzung erfolgt am Donnerstag, dem 29. d. Mts., mittags 11.30 Uhr.

***Traueranzeige** für den Bebraer Gastwirt Isidor Fackenheim v. 27. März 1934.*



Israelitische Gemeinde
Rotenburg (Fulda)

Rotenburg (Fulda), den 6. Februar 193 6.

J.-Nr.

Etat

für die israelitische Gemeinde zu Rotenburg per 1.Januar 36 -31. 12. 36.

Gegenstand der Ausgaben	Betrag.
Gehalt für Religionsunterricht	Mk. 3oo.-
Gehalt für Synagogen & Kultusdienst	" 48o.-
Elektrisch Licht	" 1oo.-
Reinigen der Schornsteine	" 25.-
Steuern, Versicherung & Wassergeld	" 2oo.-
Reinigen der Synagoge	" 2o.-
Instandhaltung des Badehauses	" 2o.-
Rechnungsführer (Provision)	" 35.-
Papier, Portos & Drucksachen	" 2o.-
Gebühr für den Kreisvoreteher	" 36.-
Heizmaterial für Synagoge & Schule	" 8o.-
Preussischer Landesverband	" 25.-
Instandhaltung des Friedhofes	" 3o.-
3 % Provinzialsteuer	" 31.-
Wein für Kultuszwecke	" 15.-
Unvorhergesehene Ausgaben	" 83.-
	Mk. 15oo.-

Das Einkommensteuersoll für 1934 beträgt: Mk. 1o2o.-

Demzufolge sind zu erheben:
45% Reichseinkommensteuer
9oo% Grundsteuer

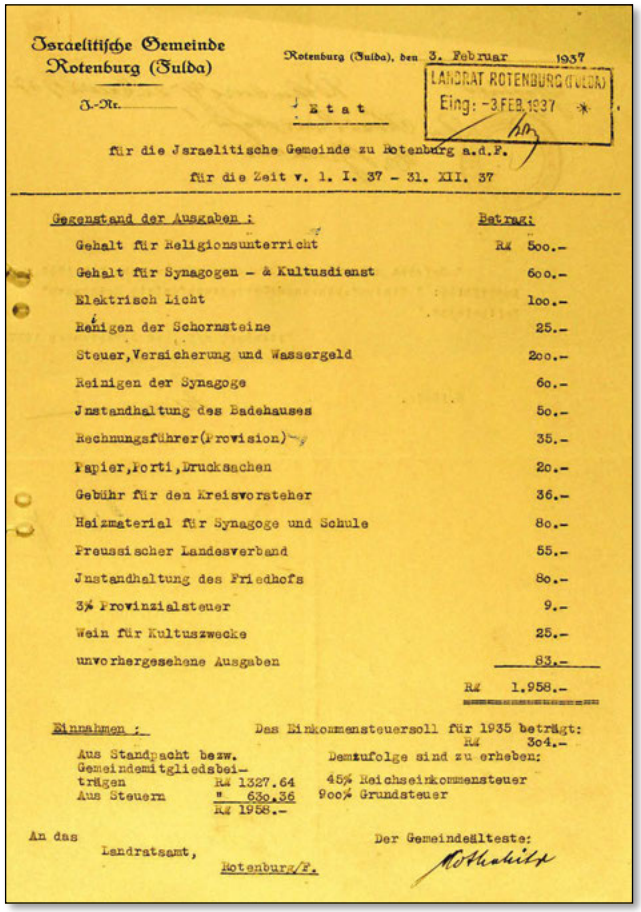
Einnahmen:

Aus Ständen	Mk.5oo.-
" Steuern	"1ooo.-
	Mk. 15oo.-

Der Gemeindeälteste!
H. Brandes

An das Landratsamt
Rotenburg a/ F.

Rotenburg 22/3 36



Israelitische Gemeinde
Rotenburg (Fulda)

Rotenburg (Fulda), den 3. Februar 1937

LANDRAT ROTENBURG (FULDA)
Eing: -3.FEB.1937

J.-Nr.

Etat

für die Israelitische Gemeinde zu Rotenburg a.d.F.
für die Zeit v. 1. I. 37 - 31. XII. 37

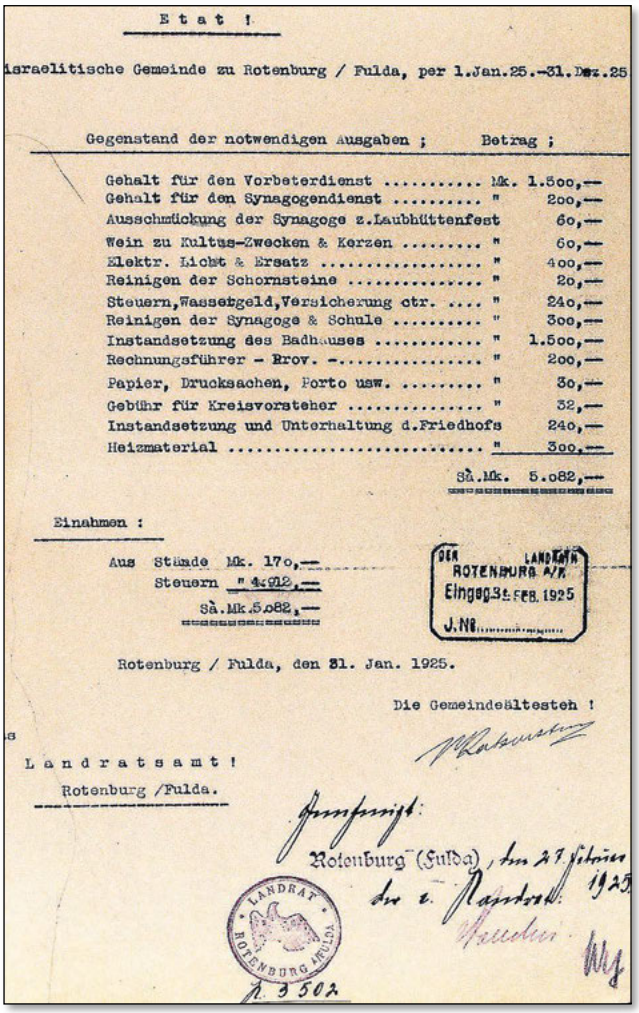
Gegenstand der Ausgaben :	Betrag:
Gehalt für Religionsunterricht	Rℳ 5oo.-
Gehalt für Synagogen - & Kultusdienst	6oo.-
Elektrisch Licht	1oo.-
Reinigen der Schornsteine	25.-
Steuer,Versicherung und Wassergeld	2oo.-
Reinigen der Synagoge	6o.-
Instandhaltung des Badehauses	5o.-
Rechnungsführer(Provision)	35.-
Papier,Porti,Drucksachen	2o.-
Gebühr für den Kreisvorsteher	36.-
Heizmaterial für Synagoge und Schule	8o.-
Preussischer Landesverband	55.-
Instandhaltung des Friedhofs	8o.-
3% Provinzialsteuer	9.-
Wein für Kultuszwecke	25.-
unvorhergesehene Ausgaben	83.-
	Rℳ 1.958.-

Einnahmen : Das Einkommensteuersoll für 1935 beträgt: Rℳ 3o4.-

Aus Standpacht bezw. Gemeindemitgliedsbeiträgen	Rℳ 1327.64	Demzufolge sind zu erheben: 45% Reichseinkommensteuer
Aus Steuern	" 63o.36	9oo% Grundsteuer
	Rℳ 1958.-	

An das
Landratsamt,
Rotenburg/F.

Der Gemeindeälteste:
Rothschild



Etat !

israelitische Gemeinde zu Rotenburg / Fulda, per 1.Jan.25.-31.Dez.25

Gegenstand der notwendigen Ausgaben ;	Betrag ;
Gehalt für den Vorbeterdienst	Mk. 1.5oo,—
Gehalt für den Synagogendienst	" 2oo,—
Ausschmückung der Synagoge z.Laubhüttenfest	6o,—
Wein zu Kultus-Zwecken & Kerzen	" 6o,—
Elektr. Licht & Ersatz	" 4oo,—
Reinigen der Schornsteine	" 2o,—
Steuern,Wassergeld,Versicherung etc.	" 24o,—
Reinigen der Synagoge & Schule	" 3oo,—
Instandsetzung des Badhauses	" 1.5oo,—
Rechnungsführer - Prov. -.....	" 2oo,—
Papier, Drucksachen, Porto usw.	" 3o,—
Gebühr für Kreisvorsteher	" 32,—
Instandsetzung und Unterhaltung d.Friedhofs	24o,—
Heizmaterial	" 3oo,—
Sä.Mk.	5.o82,—

Einnahmen :

Aus Stände	Mk. 17o,—
Steuern	" 4.912,—
Sä.Mk.	5.o82,—

LANDRATS ROTENBURG A/F.
Eingeg. 3. FEB. 1925
J.Nr.

Rotenburg / Fulda, den 31. Jan. 1925.

Die Gemeindeältesteh !

Landratsamt !
Rotenburg /Fulda.

Rotenburg (Fulda), den 27. Januar 1925

LANDRAT ROTENBURG A/FULDA
A. 3502

Die für 1936 und 1937 überlieferten **Haushaltspläne** verdeutlichen die gegenüber den Jahren vor der NS-Machtübernahme stark verschlechterte materielle Situation von Rotenburgs Israelitischer Gemeinde. Standen der Gemeinde für 1925 mit Vorsteher Siegfried Katzenstein noch 5.082 RM zur Verfügung, so konnte ein Jahrzehnt später nur noch ca. ein Drittel dieser Summe aufgebracht werden.

Der Etat für 1936 (Vorsteher Max Moses Brandes) belief sich auf lediglich 1.500 RM, für 1937 (Vorsteher Meinhold Rothschild) standen 1.958 RM zur Verfügung. 1925 hatte die Gemeinde 1.500 RM in die Instandsetzung des Badhauseses (Mikwe) investieren und die gleiche Summe an den Vorbeter zahlen können. Vor allem diese Etatposten waren 1936/37 drastisch gesunken. (HStAM, 180 LA Rotenburg, Nr. 8134 u. 8138)

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass die Juden Bebras besser dran waren.

oben links: *Haushaltsplan der Israelitischen Gemeinde Rotenburg für 1936 mit Ausgaben in Höhe von 1.500 RM.*

oben rechts: *Haushaltsplan der Israelitischen Gemeinde Rotenburg für 1937 mit Ausgaben in Höhe von 1.958 RM.*

unten links: *Haushaltsplan der Israelitischen Gemeinde Rotenburg für 1925 mit Ausgaben in Höhe von 5.500 RM.*

1. Mai und Gewerkschaften

Als strategisch gelungene Maßnahme im Rahmen der NS-Machtfestigung wird allgemein die Entscheidung der Hitler-Regierung verstanden, den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ zum arbeitsfreien Feiertag zu bestimmen und ihm seinen Charakter als „Kampftag der Arbeiterklasse“ zu nehmen. Den „marxistischen Organisationen“ war die Teilnahme an den Feiern untersagt.

„Um 10 Uhr rief feierliches Glockengeläute die Werktätigen zum Gottesdienste, denn auch er sollte am Ehrentage nicht fehlen und mahnen, daß die neue Zeit alles wieder mit Gott beginnt und er ihr Werk segnen möge. Festlich war der innere Schloßhof geschmückt und vor dem Altar nahmen die Fahnenabordnungen der Vereine und der nationalen Verbände Aufstellung. Nach dem Lobgesang ‚Großer Gott, wir loben Dich‘ hielt Kreispfarrer D. Steinweg die Festpredigt. … Nach dem feierlichen Gottesdienst, zu dem sich die Einwohner zahlreich einfanden, marschierte man geschlossen zum Marktplatz zur Heerschau der Arbeit, um gemeinsam ein flammendes Bekenntnis zum nationalen Staat ablegen zu wollen.“

Der Adjutant des Gauleiters führte dann unter anderem aus: *„14 Jahre lang haben die Träger des Marxismus nur geredet und nicht gehandelt. 14 Jahre lang wurden die Männer, die sagten, fort mit dem Parlamentarismus, fort mit dem Klassenkampf, das deutsche Volk muß sich wieder auf sich selbst besinnen, auf seine gesunde Grundlage, von regierenden und politischen Gegnern verfolgt. Pg. Franz sprach für die Rotenburger Arbeiterschaft zu den Erschienenen: Jahrzehntelang haben der Wahn des Marxismus und die im jüdischen Solde stehenden Propagandisten den 1. Mai, den Tag der Arbeit, zur Hetze des Volkes verzehrenden Klassenkampf mißbraucht.“* (Tageblatt v. 3.5.1933)

Durch die Ausgrenzung der Arbeiterbewegung aus der Volksgemeinschaft wurde der 1. Mai eines wesentlichen Teils seines traditionellen Inhalts beraubt und zum Kampfmittel gegen bestimmte Sektoren der Gesellschaft, neben der Arbeiterbewegung war dies selbstredend der jüdische Bevölkerungsteil.



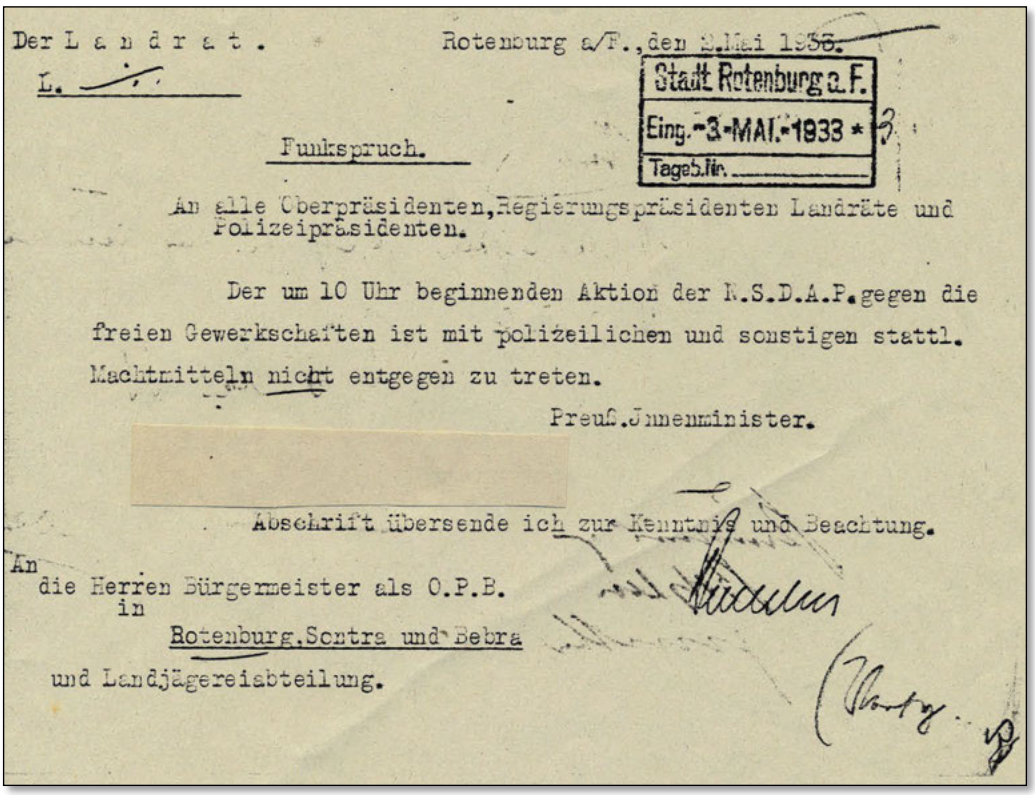
*Feier des **Ersten Mai 1933** im Schlosshof mit Dekan Steinweg am Rednerpult. (Rotenburger Tageblatt v. 3. Mai 1933).*

So lautete dann auch eine der Festwagenparolen bei dem Festumzug am 1. Mai 1933 durch die Straßen der Stadt Rotenburg: ***„Kauft nur beim christlichen Rotenburger Einzelhandel“.*** (s. nächste Seite)

Gewerkschaften werden zerschlagen

Tags darauf, am 2. Mai 1933, dokumentierten die Nazis in einer reichsweiten Aktion, was sie unter „Beendigung des Klassenhasses“ verstanden: Die Büros der Freien Gewerkschaften wurden gestürmt, die Gewerkschaftssekretäre verhaftet und das Gewerkschaftseigentum beschlagnahmt.

An die Stelle der *Freien Gewerkschaften* trat die *Deutsche Arbeitsfront*, die Tarifautonomie wurde aufgehoben und sog. „Treuhänder der Arbeit“ regelten in der Folgezeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bei den Bürgermeistern von Rotenburg, Bebra und Sontra war am 2. Mai 1933 ein Funkspruch des Preußischen Innenministers eingegangen, in dem es unmissverständlich hieß:
„Der um 10 Uhr beginnenden Aktion der N.S.D.A.P. gegen die freien Gewerkschaften ist mit polizeilichen und sonstigen stattl. [gemeint ist staatlichen, H.N.] Machtmitteln nicht entgegenzutreten.“



Der L a n d r a t .
L.

Rotenburg a/F., den 2.Mai 1933.

Stadt Rotenburg a. F.
Eing. -3. MAI. 1933
Tages-Nr.

Funkspruch.

An alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten Landräte und Polizeipräsidenten.

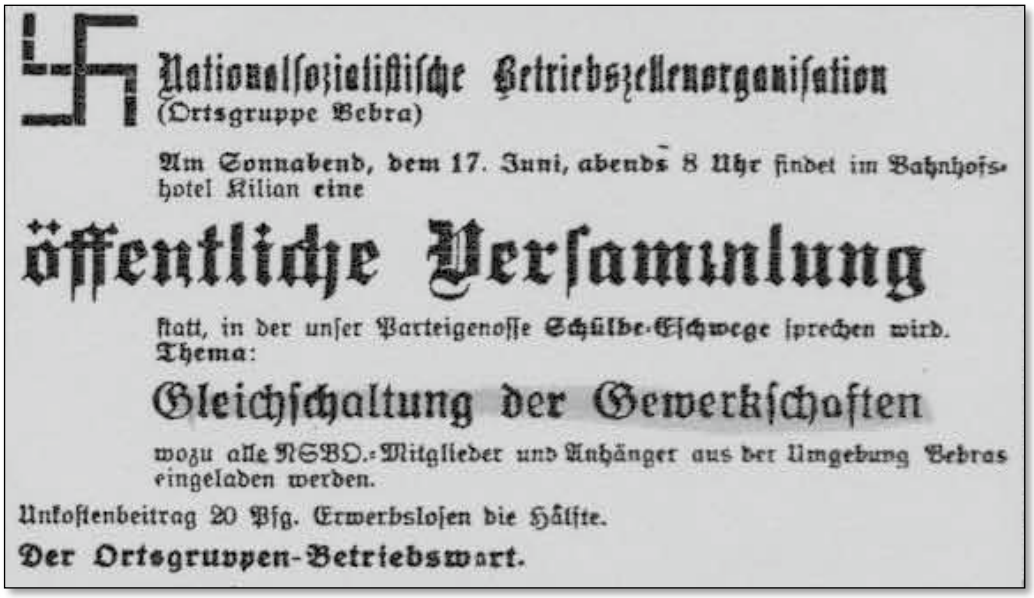
Der um 10 Uhr beginnenden Aktion der N.S.D.A.P. gegen die freien Gewerkschaften ist mit polizeilichen und sonstigen stattl. Machtmitteln nicht entgegen zu treten.

Preuß. Innenminister.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.

An
die Herren Bürgermeister als O.P.B.
in
Rotenburg, Sontra und Bebra
und Landjägereiabteilung.

Funkspruch *des Landrats vom 2. Mai 1933 mit der Anweisung des Innenministers, der um 10 Uhr beginnenden Zerschlagung („Aktion“) der Freien Gewerkschaften durch die NSDAP „mit polizeilichen und sonstigen staatl(ichen) Machtmitteln nicht entgegen zu treten“.*



Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
(Ortsgruppe Bebra)

Am Sonnabend, dem 17. Juni, abends 8 Uhr findet im Bahnhofshotel Kilian eine

öffentliche Versammlung

statt, in der unser Parteigenosse Schülbe-Eschwege sprechen wird.
Thema:

Gleichschaltung der Gewerkschaften

wozu alle NSBO.-Mitglieder und Anhänger aus der Umgebung Bebras eingeladen werden.

Unkostenbeitrag 20 Pfg. Erwerbslosen die Hälfte.

Der Ortsgruppen-Betriebswart.

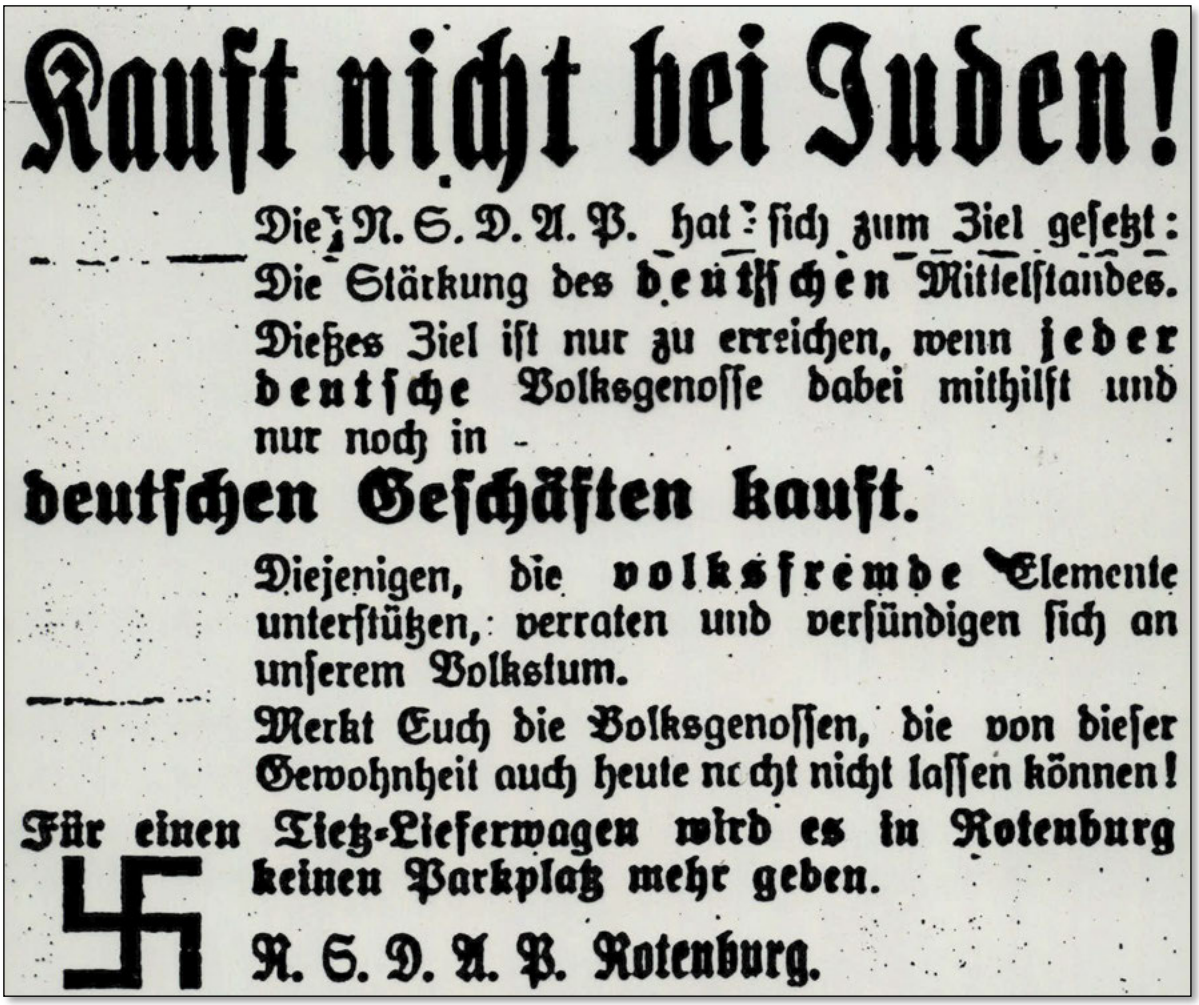
Die ***Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation*** *(NSBO), gegründet 1928, sollte die Arbeiterschaft in den Betrieben für die NSDAP gewinnen, konnte dieses Ziel jedoch nicht erfüllen. Noch 1933 wurde die NSBO in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt, die ohne gewerkschaftliche Zielsetzung operierte.*



***1. Mai 1933**: Fortsetzung der im Schlosshof begonnenen Maifeier. (Stadtarchiv Rotenburg)*



*„Kauft nur beim christlichen Rotenburger Einzelhandel“: **Festwagen** beim Umzug am 1. Mai 1933.*



Kauft nicht bei Juden!

Die N. S. D. A. P. hat sich zum Ziel gesetzt:
Die Stärkung des **deutschen** Mittelstandes.
Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn **jeder deutsche** Volksgenosse dabei mithilft und nur noch in

deutschen Geschäften kauft.

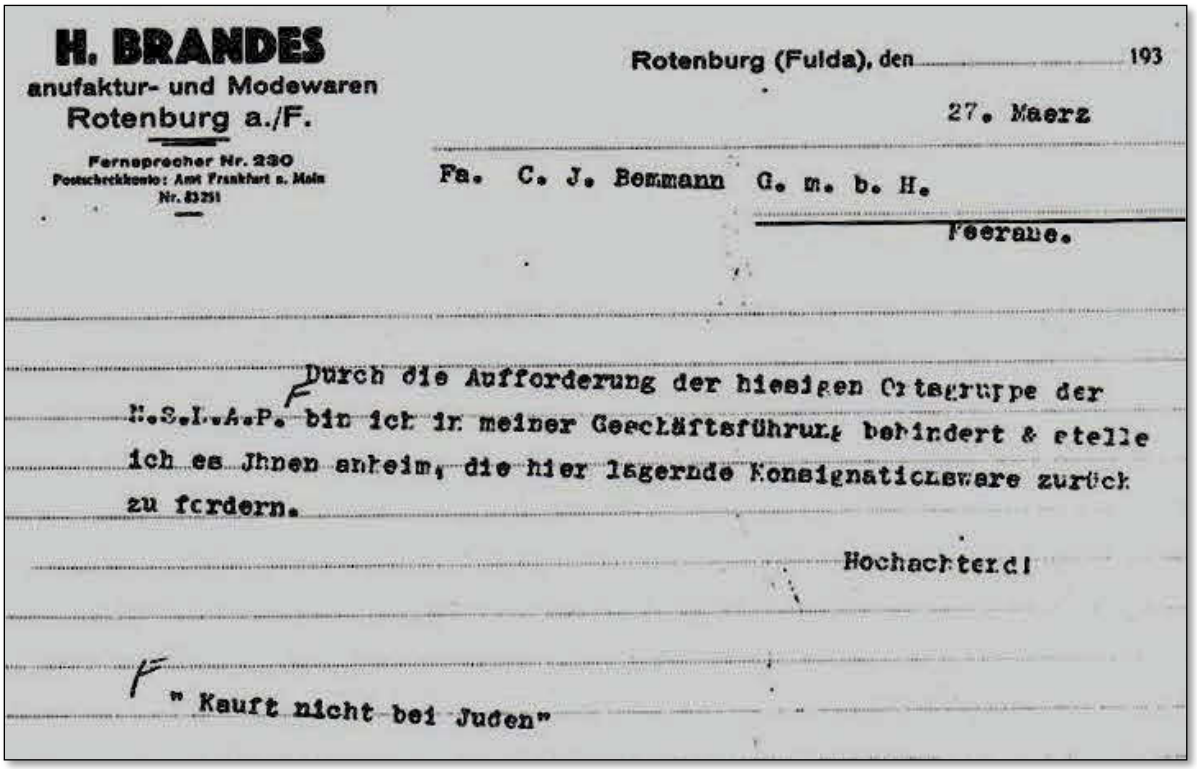
Diejenigen, die **volksfremde** Elemente unterstützen, verraten und versündigen sich an unserem Volkstum.

Merkt Euch die Volksgenossen, die von dieser Gewohnheit auch heute noch nicht lassen können!

Für einen Tietz-Lieferwagen wird es in Rotenburg keinen Parkplatz mehr geben.

N. S. D. A. P. Rotenburg.

*Annonce der NSDAP-**Ortsgruppe Rotenburg** im Tageblatt März 1933*



H. BRANDES
anufaktur- und Modewaren
Rotenburg a./F.

Fernsprecher Nr. 230
Postscheckkonto: Amt Frankfurt a. Main Nr. 83251

Rotenburg (Fulda), den 193

27. Maerz

Fa. C. J. Bemmann G. m. b. H.

Feerane.

Durch die Aufforderung der hiesigen Ortsgruppe der N.S.D.A.P. bin ich in meiner Geschäftsführung behindert & stelle ich es Ihnen anheim, die hier lagernde Konsignationsware zurück zu fordern.

Hochachtend!

" Kauft nicht bei Juden"

*Brief des jüdischen Manufaktur- und Modewarenhändlers **Brandes** vom 27. März 1933.*



*Foto in der **Hessischen Volkswacht** v. 3. April 1933; die Zeitung (seit Dez. 1930 als Tageszeitung) gehörte zur Pflichtlektüre der NSDAP-Mitglieder in Kurhessen. Sie war vor 1933 wegen „ausschweifender politischer Hetze“ und wegen Beleidigung des Reichskanzlers und des Regierungspräsidenten mehrfach verboten worden; ab August 1933 erschien sie unter dem Titel „Kurhessische Landeszeitung“.*





*Ausschnitt (vergrößert) aus dem **Rotenburger Tageblatt** v. 11.10.1933*

*Durch **Kleinanzeigen** innerhalb der Werbeseiten nutzte die NSDAP ihre Möglichkeiten zur Volksbeeinflussung konsequent und systematisch in der gleichgeschalteten Presse aus (Beispiel Rotenburger Tageblatt vom 11.10.1933).*

DER GEWERBLICHE MITTELSTAND FORMIERT SICH

Am 10. Mai 1933 formierte sich in Rotenburg und Bebra der *„Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“.* Nicht „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit“, sondern die „Gemeinschaft des Stammes und Blutes“ sollten fortan das Denken und Tun der Volksgenossen bestimmen. In 13 Punkten formulierte der *Kampfbund* seine Ziele.

Als Punkt 12 war dies „die Ausschaltung des zerstörenden jüdischen Einflusses aus dem wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Leben des deutschen Volkes“.

Der NS-Kampfbund verstand sich als *„Widerstandsbewegung gegen den Liberalismus der internationalen Finanz und des jüdischen Geistes“.* Mit dem Sieg Hitlers und seiner NSDAP war für die Vereinigung der Handwerker und Gewerbetreibenden „der eigentliche deutsche Urgeist hervorgebrochen“. *(Rotenburger Tageblatt v. 11.5.1933)*

Der „NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ stand an der Spitze der Gruppen, die sich zur Aufgabe gesetzt hatten, das jüdische Geschäftsleben zurückzudrängen. Es ist bezeichnend, dass von den fünf Rotenburger vor dem Kasseler Landgericht Angeklagten vier mittelständische Gewerbetreibende waren, für die sieben Angeklagten aus Bebra trifft dies für vier Personen zu.

Die mittelständischen Kaufleute, so lautet die gängige Erklärung, hatten in den Juden die (vermeintlichen) Urheber ihrer aktuellen Notlage gesehen.

„Die Überrepräsentation der Schichten des bürgerlichen Mittelstandes in der NSDAP erzeugte eine spezifische Form des Antisemitismus, die als „wirtschaftlicher Judenhaß“ weit zurückreichte und im Nationalsozialismus ihre letzten Ausprägungen erhalten hatte.“ (U. D. Adam: 2003: 63).

Die Bebraer Gemeindevertretung hatte schon Ende März einstimmig der Verwaltung die Auflage gemacht, *„nichts bei jüdischen Firmen zu kaufen!“* (*Bebraer Tageblatt* 1.4.1933)



NSDAP. Ortsgruppe
Rotenburg a. F.

Mittwoch, den 10. d. Mts., abends 8½ Uhr findet im Saale des Bahnhofshotels Gesemann die Gründungsversammlung des

Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes

statt. — Im Interesse der Gleichschaltung aller Schaffenden aus Handwerk und Gewerbe ist es Pflicht aller selbständigen Mittelständler die Gründungsversammlung zu besuchen!

Redner des Abends:
Gaufachberater Dipl.-Kaufmann Leihner, Kassel.

Warmbrunn, Ortsgruppenleiter.

***NS-Veranstaltungs**-Ankündigung im Rotenburger Tageblatt v. 9. Mai 1933.*

NS-VERANSTALTUNGEN IM ALLTAG

Den Alltag in Bebra und Rotenburg wie überall im Deutschen Reich bestimmten nunmehr die Veranstaltungen der NSDAP: „Deutsche Abende“, Aufmärsche, Platzkonzerte und Gefallenenehrungen wechselten sich in rascher Folge ab.

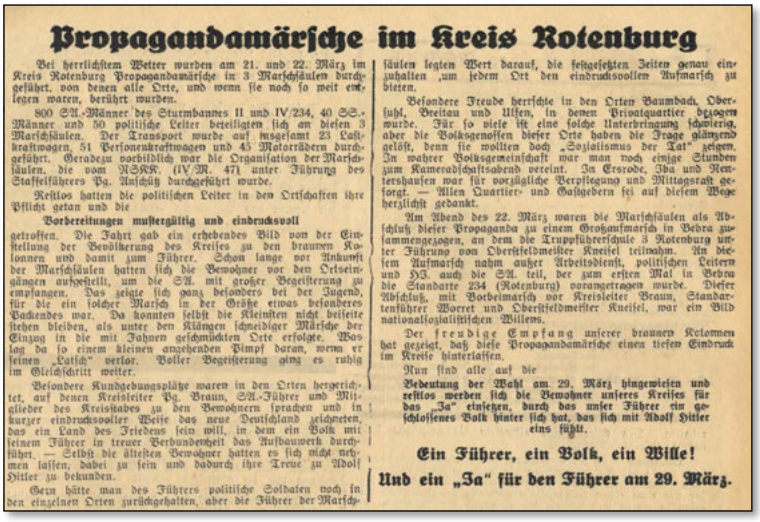
Dazu kam in den Wintermonaten das Eintopfessen, das zwar überwiegend in privatem Rahmen stattfand, aber ein regelmäßig wiederkehrender Anlass zum Appell an den Gemeinschaftssinn war. Einmal im Monat sah man sich verpflichtet, statt des Sonntagsbratens ein einfaches Mahl auf den Tisch zu bringen und das ersparte Geld zu spenden. Mit Sammelbüchse und Namensliste kam dann der Blockwart der NSDAP bzw. ein Vertreter oder eine Vertreterin der NS-Volkswohlfahrt (NSV) an jede Wohnungstür. Kein Mensch hätte gewagt, die Tür nicht zu öffnen. Die Spende ging an das kurz zuvor gegründete *Winterhilfswerk*. Die solidarische Volksgemeinschaft sollte im Sinne eines „Sozialismus der Tat“ gefördert werden. *„Ein vom nationalsozialistischen Geist diktiertes Werk zur Volksgemeinschaft, zur Schicksalsverbundenheit mit unseren notleidenden Volksgenossen“* – so die *Bebraer Nachrichten* am 5. November 1933.

„Der Eintopfsonntag war ein Paradestück nationalsozialistischer Volkserziehung und suggerierte eine kollektive Opferbereitschaft. Die Botschaft lautete: Die Volksgemeinschaft existiert und alle machen mit.“ (Frei 2013: 112)

Der Nationalsozialismus zielte nicht nur darauf ab, die politische Macht zu übernehmen, sondern darüber hinaus die gesamte Gesellschaft zu durchdringen.









oben: *Postkarte „Tag des Eintopfgerichts“ des Winterhilfswerks der NS-Gauführung Hessen-Nassau 1933.*
unten*: Rotenburger Tageblatt v. 24.03.1936.*

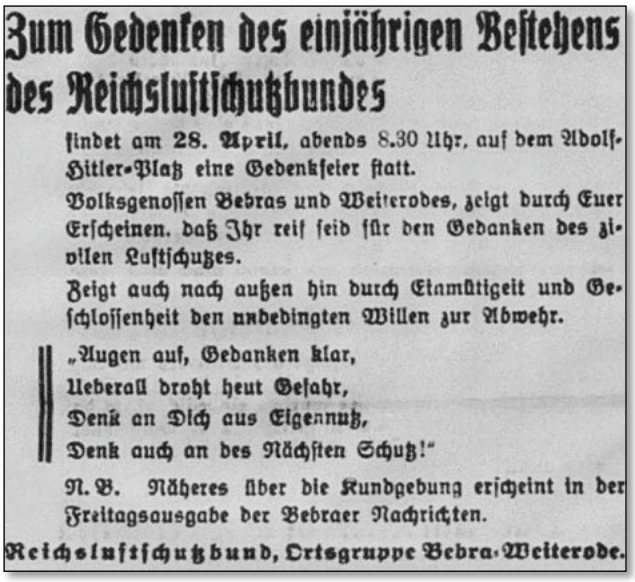
oben*: Bebraer Tageblatt v. 20.10.1939.*
unten*: Bebraer Nachrichten v. 27.01.1934.*

Militarisierung des Alltags

Was von Anfang an zum Dritten Reich gehörte, das war die Militarisierung des Alltags, wie er sich in den Aufrufen zur Teilnahme an den Luftschutzübungen bereits wenige Wochen nach der Machtübernahme manifestiert hatte. 1935 wurde die Teilnahme an Luftschutzübungen für alle verbindlich, bis 1939 wuchs der straff durchorganisierte Reichsluftschutzbund auf über 13,5 Millionen Mitglieder an. Sein Auf- und Ausbau war mit einer aufwändigen Propaganda verbunden.
Mit Plakaten, Werbe- und Schulungsmaterialien sowie öffentlichen Vorführungen sollte die Bevölkerung auf einen künftigen Krieg eingestimmt werden.
Beispielsweise hatte das Kollegium der Jakob-Grimm-Schule am 6. (Samstag) und 7. Juni (Sonntag) 1936 im Schulgebäude einen Luftschutzlehrgang zu absolvieren.



***Rotenburger Tageblatt** v. 1. April 1934.*


Zum Gedenken des einjährigen Bestehens des Reichsluftschutzbundes

findet am 28. April, abends 8.30 Uhr, auf dem Adolf-Hitler-Platz eine Gedenkfeier statt.

Volksgenossen Bebras und Weiterodes, zeigt durch Euer Erscheinen, daß Ihr reif seid für den Gedanken des zivilen Luftschutzes.

Zeigt auch nach außen hin durch Einmütigeit und Geschlossenheit den unbedingten Willen zur Abwehr.

„Augen auf, Gedanken klar,
Ueberall droht heut Gefahr,
Denk an Dich aus Eigennutz,
Denk auch an des Nächsten Schutz!"

N. B. Näheres über die Kundgebung erscheint in der Freitagsausgabe der Bebraer Nachrichten.

Reichsluftschutzbund, Ortsgruppe Bebra-Weiterode.

***Bebraer Nachrichten** v. 26.04.1934.*

Gleichschaltung auf allen Ebenen

Bereits vor der Reichstagswahl vom 5. März 1933 war die KPD verboten worden. Am 22. Juni 1933 kam das reichsweite Betätigungsverbot für die SPD. In den beiden folgenden Wochen lösten sich die übrigen Parteien selbst auf.

Am 14. Juli 1933 wurde Deutschland durch das *„Gesetz gegen die Neubildung von Parteien",* das nur noch die NSDAP zuließ, auch formal zu einem Einparteienstaat.
Die Vereine erlebten mit der Ausrichtung auf die nationalsozialistische Ideologie ihre so genannte „Gleichschaltung". Der konkrete Ablauf einer solchen Gleichschaltung ist in der Ausgabe vom 25. Juli 1933 der *Bebraer Nachrichten* für den Bebraer Gardeverein mit folgendem Protokoll überliefert:

Am Sonntag, dem 23. Juli, fand um 15 Uhr eine außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokal Deutsches Haus statt. Anwesend waren 20 Kameraden.
Der 1. Vorstand, Kamerad Dehnhardt, begrüßte die Kameraden, dankte für das zahlreiche Erscheinen und eröffnete die Versammlung.
Er führte aus, daß in dieser Versammlung die von der Regierung verlangte Gleichschaltung vorgenommen werden sollte. Der Vorstand dürfte nur aus nationalen Männern bestehen, Nichtarier dürften keine Ehrenposten mehr im Verein einnehmen.
Nach der Protokollverlesung und nach Bekanntgabe eines Dankschreibens des Kreisverbands-Vorsitzenden, Kameraden Steisel-Rotenburg, für das Glückwunschtelegramm zu seinem 50. Geburtstage legte Kamerad Dehnhardt sein Amt als 1. Vorstand nieder, nachdem er nochmals die Richtlinien für die Wahl des Führers bekanntgegeben hatte.
Auf Vorschlag wurde er einstimmig zum Führer gewählt, zum Dank dafür, daß er den Verein auch in kritischen Zeiten stets im nationalen Sinne geführt hat. Dehnhardt nahm an und bestimmte, daß der alte Vorstand bleiben sollte mit der Ausnahme, daß anstelle des ausscheidenden Schriftführers Hugo Oppenheim Kamerad August Heußner Schriftführer sein sollte.

Aus einem Beschlussgremium war also auf der Stelle eine Vereinigung geworden, deren ehemaliger Vorsitzender jetzt als „Führer" verfügen konnte, dass „der alte Vorstand bleiben sollte", der Weltkriegsteilnehmer Hugo Oppenheim als „Nichtarier" aber auszuscheiden habe.



Hugo Oppenheim *als Soldat im Ersten Weltkrieg und bis Juli 1933 Schriftführer im Bebraer Gardeverein.*

Genau belegen lässt sich eine solche Gleichschaltung der Vereine am Beispiel des Fußballvereins Germania, der 1920 in Bebras jetzigem Stadtteil Breitenbach gegründet worden war. Gerhard Rabe, der Autor eines längeren Beitrags im Jahresheft des Geschichtsvereins Altkreis Rotenburg zitiert dazu den Historiker Michael Grüttner (2015:39f.):
„Für Organisationen, deren Existenz nicht in Frage gestellt wurde, bedeutete die Gleichschaltung im Wesentlichen dreierlei: Beseitigung demokratischer Strukturen zugunsten des ‚Führerprinzips', Implementierung antisemitischer Grundsätze … sowie ein vollständiger oder partieller Führungswechsels zugunsten von Anhängern des neuen Regimes. Häufig fiel die Gleichschaltung … mit einer deutlichen Verjüngung des Führungspersonals zusammen."
Obwohl am 22. Januar 1933, also noch vor der Regierungsübernahme durch Adolf Hitler, der seit 1922 amtierende Vorsitzende Georg Kaufhold wiedergewählt worden war, hatte der Fußballverband für den 17. Juni 1933 eine außerordentliche Jahreshauptversammlung veranlasst, zu der wie gewohnt ins Vereinslokal Möller eingeladen wurde. Schon in Punkt 1 der Tagesordnung wurde der Zweck der Einberufung deutlich gemacht:

„Durchführung der Gleichschaltung in unserem Verein und diesbezügl. Änderung der Satzungen, die von Verbands wegen gefordert wird. Nach dem amtlichen Erlaß wählt die Versammlung nur noch ihren Vereinsführer und die beiden Kassenprüfer. Dieser Vereinsführer führt und leitet selbständig und unabhängig von der Versammlung alle Vereinsgeschäfte und -angelegenheiten.
Zu seiner Mitarbeit bestimmt er sich seine weiteren Helfer. Als Vereinsführer kann nur ein Mann gewählt werden, der einen tadellosen und unbescholtenen Lebenswandel führt und volle Gewähr bietet, daß der Verein nur volks- und staatsaufbauende Arbeit leistet. Zur Ausführung seiner Arbeit bedarf er erst der Bestätigung durch die Gauleitung. … Alle weiteren Angelegenheiten sind Sache des Führers."

Irgendwelche Nachfragen der 28 Vereinsmitglieder, die zu der Versammlung am 17. Juni 1933 gekommen waren, sind nicht überliefert. Zum „Vereinsführer" gewählt wurde ein damals 35-jähriger beamteter Lokführer.
Nicht zur Versammlung erschienen war der seit 1922 amtierende Vorsitzende. Wollte er Gleichschaltung und Führerprinzip nicht mitmachen, fragt Gerhard Rabe.
Der Name des 1933 abgelösten Vorsitzenden taucht in den Protokollen der folgenden Jahre nicht wieder auf, der Verein würdigte ihn allerdings nach seinem Ableben im März 1938 mit einem ehrenden Nachruf.
Dass die Breitenbacher Fußballer ab 1933 einen Repräsentanten hatten, der den Verein im Sinne der neuen Machthaber „führte", macht ein Eintrag im Protokollbuch vom 16.11.1933 deutlich:
„Er betonte, daß … ein neuer Geist auch in unserem Verein einkehren muß, der in volksbejahender Gesinnung sein Bestes zum Wohle und Wiederaufbau unseres Vaterlandes immer und gerne hergibt."
Der „neue Geist" machte sich auch auf dem Fußballfeld sichtbar und hörbar.
Der ausführliche Spielbericht im *Bebraer Tageblatt* vom 29. Mai 1933 über die Begegnung mit den Weiteröder Fußballern ließ nicht unerwähnt, dass die 22 Akteure vor Spielbeginn am Mittelkreis den Hitlergruß [durch Ausstrecken des rechten Armes, H.N.] entboten und in der 2. Halbzeit eine zweiminütige Spielunterbrechung einlegten, um des inzwischen zum Nationalhelden aufgestiegenen nationalsozialistischen Vorkämpfers Leo Schlageter zu gedenken, der vor zehn Jahren, am 26. Mai 1923, wegen Sprengstoffanschlägen auf die französischen und belgischen Besatzungstruppen hingerichtet worden war.

Wahl u. Volksabstimmung vom 12.11.1933

Ganz und gar nicht in den Chor der Begeisterung für die große Übereinstimmung von Führer und Volk passte die Berichterstattung der *Bebraer Nachrichten*, in der Klage geführt wurde über „die Gleichgültigkeit der Bevölkerung" bei der Eröffnung des Wahlkampfes für die Reichstagswahl vom 12. November 1933 und die am gleichen Tag stattfindende Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund: *„Bedauerlich war der schwache Besuch dieser Versammlung",* hieß es*, „denn es geht doch nicht nur um Stimmen für eine Partei, sondern um die Ehre des deutschen Volkes"* und deshalb *„wäre ein bis auf den letzten Platz besetzter Saal Pflicht gewesen".*

Um zu vermeiden, dass es beim eigentlichen Wahlvorgang keine Enttäuschung wie bei der Wahlkundgebung geben würde, dafür sorgte man in Bebra durch eine konsequente Organisation des Wahlablaufs. Aus der individuellen Stimmabgabe wurde eine bis ins Detail vorbereitete, gruppenbezogene Angelegenheit. Den Wahlberechtigten wurden gruppenweise Vorgaben für den Termin ihres Besuchs im Wahllokal gemacht und sogar ein früher Abschluss des Wahlvorgangs („bis um 12 Uhr") als besonderes Wahlziel angestrebt.

Per Zeitungsmeldung (bearbeitet) wurde mitgeteilt:

Es wählen in den nachfolgenden Zeiten die Mitglieder der daneben aufgeführten Vereinigungen mit ihren wahlberechtigten Familienmitgliedern:

9.00 Uhr	Nat. Soz. Kriegsopferversorgung.
9.15	Freiwillige Feuerwehr.
9.30	Eisenbahn-Verein. Antreten 9.15 h auf dem Adolf-Hitler-Platz zum geschlossenen Abmarsch nach den Wahllokalen.
10.00	Sportvereine, Schützenvereine, Kegelvereine, Fliegersturm. Antreten auf dem Lindenplatz 9.45 h zum gemeinsamen Abmarsch zu den Wahllokalen.
10.30	Gesangvereine und Bauernverein.
10.45	N.S.-Hago.
11.00	Militärvereine.
11.15	SA, SS, Stahlhelm, NSVO u. Erwerbslose.
11.30	Beamte, Angestellte und Arbeiter der Postverwaltung. Antreten vor Postamt
11.45	Mitglieder der NSDAP und alle übrigen Wahlberechtigten, die in der obigen Aufzählung nicht erfaßt sind.

Die Wahl muß bis um 12 Uhr von den Organisationen, Vereinen und Verbänden getätigt sein.

Eine entsprechende generalstabsmäßige Wahlhandlung ist für Rotenburg nicht überliefert. Hier äußerte der *NS-Kriegsopferverband* seine Besorgnist, dass es nicht zu einer uneingeschränkte Zustimmung kommen würde, weil sonst ihr *„Opfer umsonst"* gewesen sei. (s. Foto nächste Seite)

Die Auszählung der Stimmen zerstreute ihre Befürchtungen jedoch total.

Rotenburgs NS-Kreisleiter Erich Braun hatte seine evangelische Kirchenmitgliedschaft zwar aufgegeben, das hinderte ihn aber nicht daran, die *„Herren Pfarrer des Kreises Rotenburg/F."* dazu zu drängen, in der Predigt die Bedeutung der einmütigen Stimmabgabe für den Führer besonders herauszustellen. Sofort nach Beendigung des Gottesdienstes sollten die Pfarrer *„unter ihrem Voraustritt"* zusammen mit den Kirchenbesuchern das Wahllokal aufsuchen, um hier *„Einmütigkeit und Staatsbejahung im neuen Geiste zu beweisen".*

Nahezu völlige Zustimmung

24.642 Stimmen (von 24.990 Wahlberechtigten) wurden am 12. November 1933 für die NSDAP-Einheitsliste im Landkreis Rotenburg gezählt. 60 von den insgesamt 196 ungültigen Stimmen wurden in Bebra abgegeben – in Rotenburg waren es nur 20. Wie hoch die Erwartungen der lokalen Machthaber an die absolute Gefolgschaft der Bevölkerung bereits nach einem knappen Jahr ihrer Herrschaft waren, lässt sich daraus schließen, dass öffentliche Erörterungen in Bebra darüber angestellt wurden, wo man wohl die Neinstimmen zu suchen habe.

Ein großer Teil dieser Stimmen, so hieß es, sei *„nicht etwa bei den verführten Arbeitern zu suchen, sondern gerade in dem Lager der Reaktion."*

Die ungültigen Stimmen waren nicht unbedingt bei den jüdischen Wahlberechtigten zu suchen. In einem Aufruf der *Reichsvertretung der deutschen Juden* hatte es geheißen: *„Trotz allem, was wir erfahren mußten: Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein."* (STAM 180 LA Hersfeld, Nr. 968)

Damit bewegten sich die Repräsentanten der deutschen Juden auf der gleichen Linie wie die Vertreter der evangelischen Kirche. Einer Verlautbarung des Kasseler Landeskirchenamts zufolge wurde von allen evangelischen Gemeindegliedern erwartet, *„daß sie rückhaltlos am 12. November 1933 die Politik unseres Kanzlers bejahen und in treuer Gefolgschaft ihre nationale Pflicht erfüllen."*



Das Landeskirchenamt zum 12. November

Die einstweilige Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel erwartet von allen evangelischen Gemeindegliedern, daß sie rückhaltlos am 12. November 1933 die Politik unseres Kanzlers bejahen und in treuer Gefolgschaft ihre nationale Pflicht erfüllen. *(Bebraer Tageblatt 10.11.1933)*

Für die Einheitsliste der NSDAP zur Reichstagswahl stimmten im gesamten Landkreis Rotenburg 99,2% (gegenüber 98,2% im Landkreis Hersfeld). Damit lagen beide Kreise noch über dem Ergebnis im nationalsozialistischen *„Mustergau“* Kurhessen (95,9%); im Deutschen Reich insgesamt waren es 87,8%.

Mit dem ebenfalls zur Abstimmung stehenden Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erklärten sich am 12.11.1933 im Kreis Rotenburg 99,8% der wahlberechtigten Bevölkerung einverstanden (Landkreis Hersfeld 98,6%, gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 89,9%).

Nach der Version der nationalsozialistischen Propaganda traten sie damit ein *„für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern, die Versöhnung der Nationen und die Befriedigung der Welt*".



Die 1916 geborene Sophie Linz, Tochter des jüdischen Kaufmanns Hermann Linz in der Breitenstraße 19 in Rotenburg, berichtete uns 2003 aus Kalifornien: *„Meine Mutter war im Bett, krank mit einer Halsentzündung und hatte Fieber, mein Vater war noch nicht zur Wahl gegangen. Nachmittags um zwei, drei Uhr kamen zwei SA-Männer in unsere Wohnung und sagten: Herr Linz, Sie haben noch nicht gewählt.“*



Rotenburger Mitglieder des NS-Kriegsopferverbandes (NSKOV) hatten sich im November 1933 vor der Jakob-Grimm-Schule zu einem Appell versammelt:

DEUTSCHER! Hast Du schon gewählt? Wenn nicht, dann waren unsere Opfer umsonst!

Wahlen und Abstimmungen im Einparteienstaat

Die Wahlen und Abstimmungen in der Zeit des Dritten Reiches verloren ihre eigentliche Funktion, unter konkurrierenden Parteien oder alternativen Vorstellungen eine freie individuelle Entscheidung zu treffen, und wurden in ihr Gegenteil verkehrt. Ihre Bedeutung lag jetzt allein darin, der Staatsführung Gelegenheit zu geben, mit allen opportunen Mitteln einen massiven psychologischen und propagandistischen Druck auf die Volksmassen auszuüben und die auf diese Weise erzielte Akklamation als Legalisierung und Legitimierung ihrer totalen Herrschaft zu bewerten.

Gegenüber der Bevölkerung konnte dieses Verfahren durch den Masseneinsatz von Propagandamitteln zudem noch als freie Willensentscheidung und Akt der politischen Mitbestimmung interpretiert werden. Die Hitlerdiktatur bediente sich des Instrumentes der Wahlen und Abstimmungen, um vor allem die These von der Einheit von Volk und Regierung als wichtiges Herrschaftsinstrument sich immer wieder bestätigen zu lassen.

Es lässt sich nicht abschätzen, wie viele bei diesen Plebisziten aus Überzeugung, aus allgemein nationalen Motiven, aus Mitläufertum oder bloßer Feigheit ihre Stimme abgegeben haben.

Bei den Fragestellungen, die bei den Abstimmungen während der Hitlerdiktatur vorgelegt wurden, sah sich jeder, der fernbleiben oder eine Nein-Stimme abgeben wollte, offiziell als ehrlose Person und Volksverräter abgestempelt.

Es ging stets, wie auch am 12. November 1933, um *„die Ehre des deutschen Volkes“.* Und es wurde unterstellt, *„wer bei dieser Gelegenheit seine Pflicht nicht erfüllt und seine Stimme nicht abgibt, hat keinen Anspruch mehr deutscher Bürger zu sein.“* (Schwarzes Brett der NSDAP im *Bebraer Tageblatt*).

Die Wahlen und Plebiszite der Hitlerdiktatur waren nur eines der Elemente in dem nationalsozialistischen Prinzip der ständigen Kontrolle und Erfassung der gesamten Nation.

Zum Zwecke der Festigung ihrer Macht hielt die NSDAP die Bevölkerung durch eine Vielzahl nationaler Feiertage, Kundgebungen, Massenaufmärsche, Fackelzüge und Führerreden fortwährend in Bewegung und in Stimmung.

Dabei entstand der Eindruck allgegenwärtiger Aktivität der Nationalsozialisten. Die Bürger sahen sich in ein engmaschiges Netz von Parteigliederungen von der SA und HJ bis zur NSKK und NSV eingefangen und zu ständig neuen Einsätzen durch eine auf Hochtouren laufende Propaganda aufgerufen.



„Ich habe mit Nein gestimmt. Ich bin ein Volksverräter!“
Nachdem ein Nagolder Bürger preisgegeben hatte, bei der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund am 12. November 1933 mit „Nein“ gestimmt zu haben, wurde er von zwei SS-Männern durch die Stadt geführt und zur Aufstellung auf einem Brunnen in Nagolds Stadtmitte gezwungen. (Horn/ Jeggle 2002: 39)

C. 4 Zur Schule im Dritten Reich

Schulunterricht in der NS-Zeit

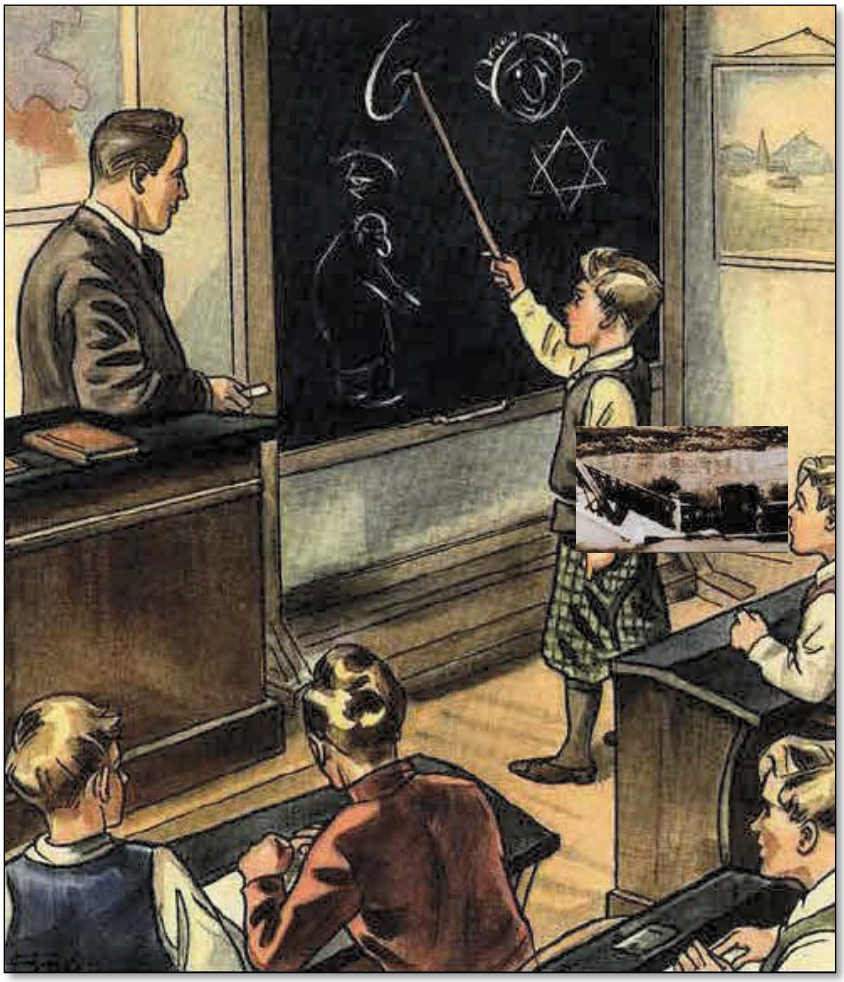
Im Entnazifizierungsverfahren der Spruchkammer eines Bebraer Lehrers, der ab 1933 Kreisreferent für Rassenfragen und NS-Kreisschulungsleiter war, heißt es: *„Er besaß die Frechheit und verteilte schon vor der sogenannten Machtergreifung Flugblätter an seine Schüler, die gegen die Preußische Regierung Braun und gegen die Weimarer Republik gerichtet waren.“*

Schon 1933, im ersten Jahr der NS-Herrschaft, wurde die Vermittlung „vaterländischer Größe“ schulischer Unterrichtsstoff - auch für die unteren Jahrgänge. So liest man im Schulheft einer damals 12-jährigen Schülerin der Rotenburger Volksschule, deren Lehrer das Amt des NS-Kreispropagandaleiters bekleidete: *„Deutschland kann sich nicht wehren. Es darf nur die Reichswehr, die nicht groß ist, halten. Deutschland ist wehrlos und ehrlos.“* Neue Geschichtsdeutungen ließen die germanische Geschichte als deutsche Vorgeschichte erscheinen. Im Biologieunterricht wurden „Vererbungslehre“ und „Rassenkunde“ eingeführt, in Geschichte, Erdkunde und Religion erschienen Juden als verabscheuungswürdige Gestalten und als Feinde des deutschen Volkes.

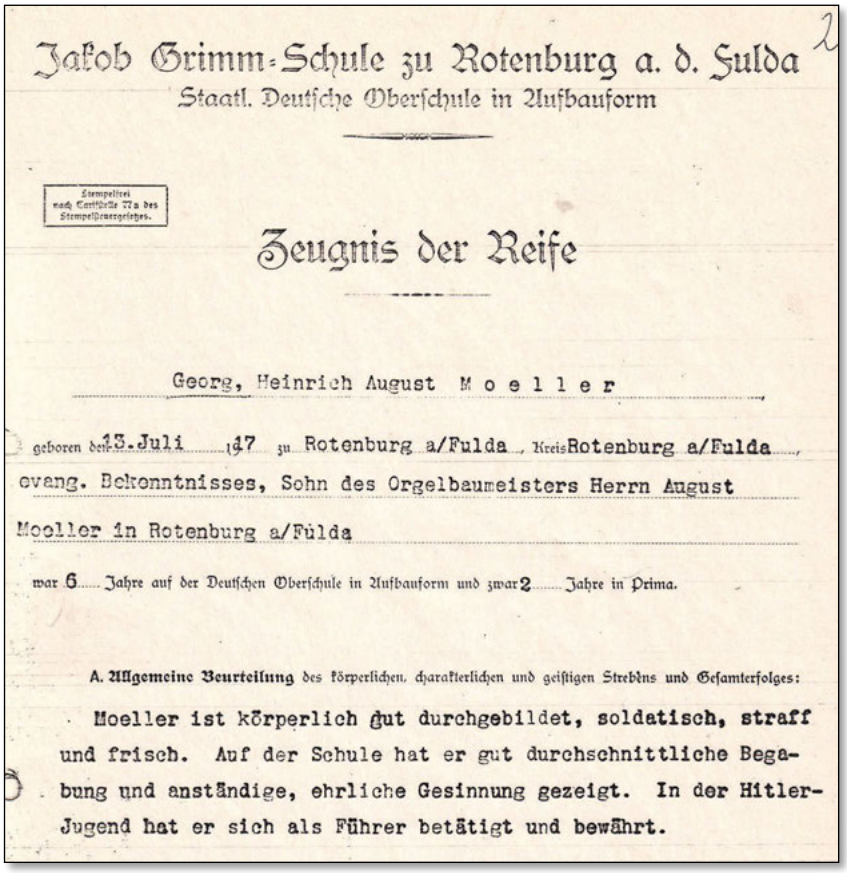
Neben den neuen ideologischen Inhalten prägten NS-Symbole wie Hakenkreuze, Fahnenappelle und Hitlergruß immer deutlicher den Schulalltag. Im Bericht der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule für das Schuljahr 1936/37 wird die Bedeutung der NS-Ideologie für das Schulleben sichtbar: Am 9. Januar 1937 wurde die Schülerschaft in der 6. Unterrichtsstunde zu einer Gedenkfeier anlässlich des 10. Todestages von Houston Stuart Chamberlain, einem der wichtigsten Ideengeber Hitlers, versammelt, in der Studienrat Schmidt diesen als „Seher des 3. Reiches“ würdigte. Drei Wochen später, am 30. Januar 1937, war der 4. Jahrestag von Hitlers Machtantritt der Anlass zum Unterrichtsausfall zugunsten der Rundfunkübertagung einer Ansprache des Reichspropagandaleiters Joseph Goebbels. Und schon bald danach, am 22. Februar 1937, ersetzte eine „Heldengedenkfeier“ den planmäßigen Unterricht.



„Rassenkunde“ *wurde zu einem wichtigen Thema des Biologieunterrichts. Das hier gezeigte Dokument stammt aus dem Lehrwerk „Rassenkunde und Bevölkerungspolitik“. Die NS-Rassenkunde propagierte eine hoch stehende nordische Rasse, deren Nachkommen die Deutschen darstellen sollten und die nach Körperbau, Charakter und geistigen Fähigkeiten allen anderen Menschen überlegen sei, was zugleich ihre Herrschaft legitimiere. Dieser „ideale Arier“ sei von hohem, schlankem Wuchs, langschädelig und schmalgesichtig, blond, blauäugig und hellhäutig. Man schrieb ihm Charaktermerkmale zu wie Ehrgeiz, Energie und Kühnheit. Durch familienpolitische Maßnahmen sollte eine Höherzüchtung der arischen Rasse erreicht werden.*



In der Schule wurde den Kindern erklärt, woran sie Juden erkennen. In der gedruckten Buchfassung heißt es in der Bildunterschrift: „Die Judennase ist an ihrer Spitze gebogen, sie sieht aus wie ein Sechser."
*Die Abbildung stammt aus dem von Ernst Hiemer 1938 im STÜRMER-Verlag publizierten Buch „**Der Giftpilz**". Es ist ein Beispiel dafür, wie sehr Kinder damals der nationalsozialistischen Propaganda und den Lehrern, die diese vermittelten, ausgesetzt waren.*
Von der Parteiführung hochgelobt, gilt es heute als Paradebeispiel für die antisemitische Agitation, die sich vor allem an Kinder und Jugendliche richtete. Dennoch wurde das Buch aufgrund seines plakativen und unglaubwürdig übertriebenen Antisemitismus auch von Teilen der SS nicht positiv, sondern sogar als „jugendgefährdend" charakterisiert.
Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde das Buch von der Anklage als Beweismittel gegen den Stürmer-Herausgeber Julius Streicher verwendet. Seit 2020 ist das bis dahin über Amazon vertriebene Werk nicht mehr erhältlich.



Jakob Grimm-Schule zu Rotenburg a. d. Fulda

Staatl. Deutsche Oberschule in Aufbauform

Stempelfrei nach Tarifstelle 77a des Stempelsteuergesetzes.

Zeugnis der Reife

Georg, Heinrich August Moeller

geboren den 13. Juli 1917 zu Rotenburg a/Fulda, Kreis Rotenburg a/Fulda, evang. Bekenntnisses, Sohn des Orgelbaumeisters Herrn August Moeller in Rotenburg a/Fulda

war 6 Jahre auf der Deutschen Oberschule in Aufbauform und zwar 2 Jahre in Prima.

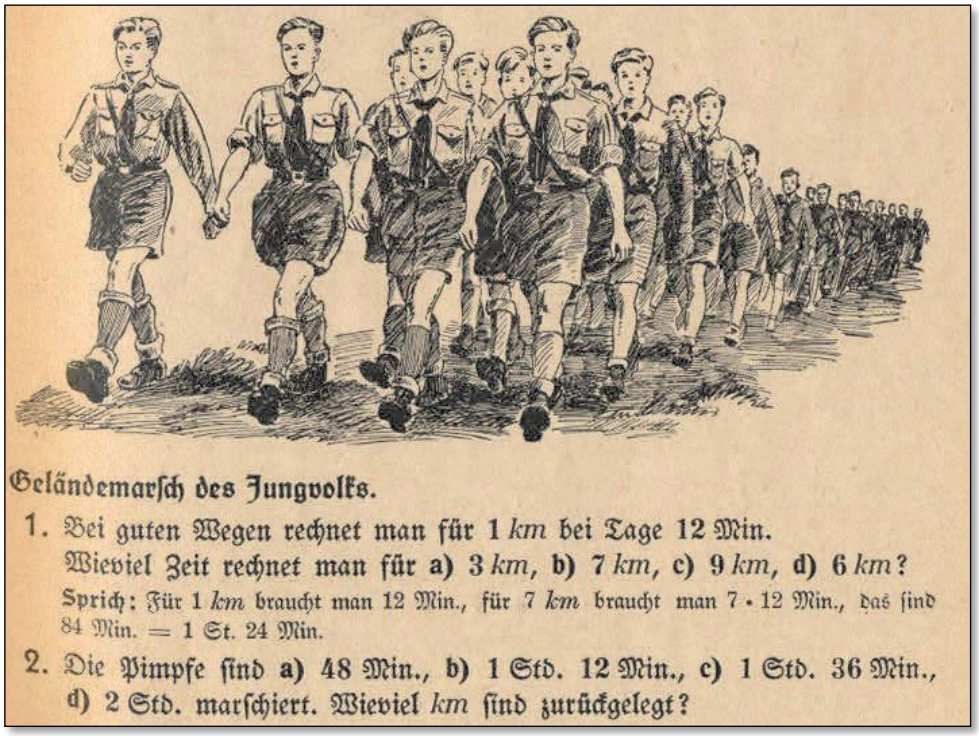
A. Allgemeine Beurteilung des körperlichen, charakterlichen und geistigen Strebens und Gesamterfolges:

Moeller ist körperlich gut durchgebildet, soldatisch, straff und frisch. Auf der Schule hat er gut durchschnittliche Begabung und anständige, ehrliche Gesinnung gezeigt. In der Hitler-Jugend hat er sich als Führer betätigt und bewährt.

*Im 1936 ausgestellten **Reifezeugnis** der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg wird dem Abiturienten Georg Möller, Sohn des Orgelbaumeisters August Möller, bescheinigt, er sei „körperlich gut durchgebildet, soldatisch, straff und frisch. Auf der Schule hat er gut durchschnittliche Begabung und anständige Gesinnung gezeigt. In der Hitler-Jugend hat er sich als Führer betätigt und bewährt."*
Die Tätigkeit als HJ-Führer wurde also wie selbstverständlich als Teil seiner Schulleistung eingestuft.

Dekan Hammann berichtete in einem nach Kriegsende verfassten Eintrag in das Kirchenbuch Rotenburg-Neustadt: „Der Sohn Georg Möller des Orgelbauers und Organisten Möller … erklärte im Familienkreis, als der Vater einmal wagte, am Nationalsozialismus irgendwelche Kritik zu üben, in vollem Ernst und Zorn: ‚Wenn Du nicht mein Vater wärst, würde ich Dich jetzt der Partei melden.'

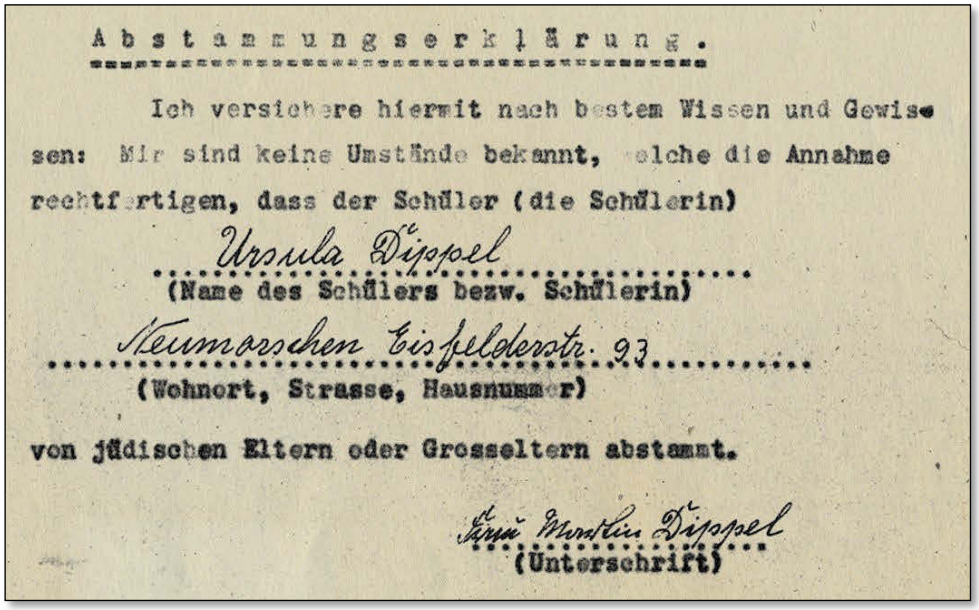
Auch in „wertneutralen“ Fächern wie Rechnen bzw. Mathematik zeigte sich die ideologische Durchprägung von Aufgabestellungen, wenn auch auf subtile Art, indem etwa den Viertklässlern beim Thema „Uhr und Zeit“ zur Veranschaulichung einer Rechenaufgabe die Federzeichnung von einem „Geländemarsch des Jungvolks“ geboten wurde.
Um das nationalsozialistische Ideal „körperlicher Ertüchtigung“ gegenüber einer geistig-intellektuellen Erziehung umzusetzen, erhielt der Sportunterricht eine erhöhte Stundenzahl. Wer nach 1933 die Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg, 1924 als Aufbaugymnasium eingerichtet, besuchen wollte, musste nicht nur das jährliche Schulgeld von 240 Mark aufbringen, sondern auch seine „arischen“ Eltern und Großeltern nachweisen.
Der Anmeldeschein für die JGS beruhte auf dem Gesetz vom 25. April 1933 „Gegen die Überfremdung deutscher Schulen und Hochschulen", nach dem höchstens 1,5 Prozent der Neuaufnahmen „nichtarischer“ Herkunft sein durften. Im Rahmen dieser Anteilszahl waren in erster Linie diejenigen „Nichtarier“ aufzunehmen, *„deren Väter im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben".*



Geländemarsch des Jungvolks.

1. Bei guten Wegen rechnet man für 1 *km* bei Tage 12 Min. Wieviel Zeit rechnet man für a) 3 *km*, b) 7 *km*, c) 9 *km*, d) 6 *km*?
   Sprich: Für 1 *km* braucht man 12 Min., für 7 *km* braucht man 7 · 12 Min., das sind 84 Min. = 1 St. 24 Min.
2. Die Pimpfe sind a) 48 Min., b) 1 Std. 12 Min., c) 1 Std. 36 Min., d) 2 Std. marschiert. Wieviel *km* sind zurückgelegt?

Aufgaben *aus einem Mathematikbuch von 1935 für Viertklässler.*



Abstammungserklärung.

Ich versichere hiermit nach bestem Wissen und Gewissen: Mir sind keine Umstände bekannt, welche die Annahme rechtfertigen, dass der Schüler (die Schülerin)

Ursula Dippel
(Name des Schülers bezw. Schülerin)

Neumorschen Eisfelderstr. 93
(Wohnort, Strasse, Hausnummer)

von jüdischen Eltern oder Grosseltern abstammt.

Frau Martin Dippel
(Unterschrift)

Bei der ***Aufnahme*** *in die Jakob-Grimm-Schule mussten die Eltern 1933 in einer „Abstammungserklärung“ versichern, dass ihr Kind nicht von jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt.*

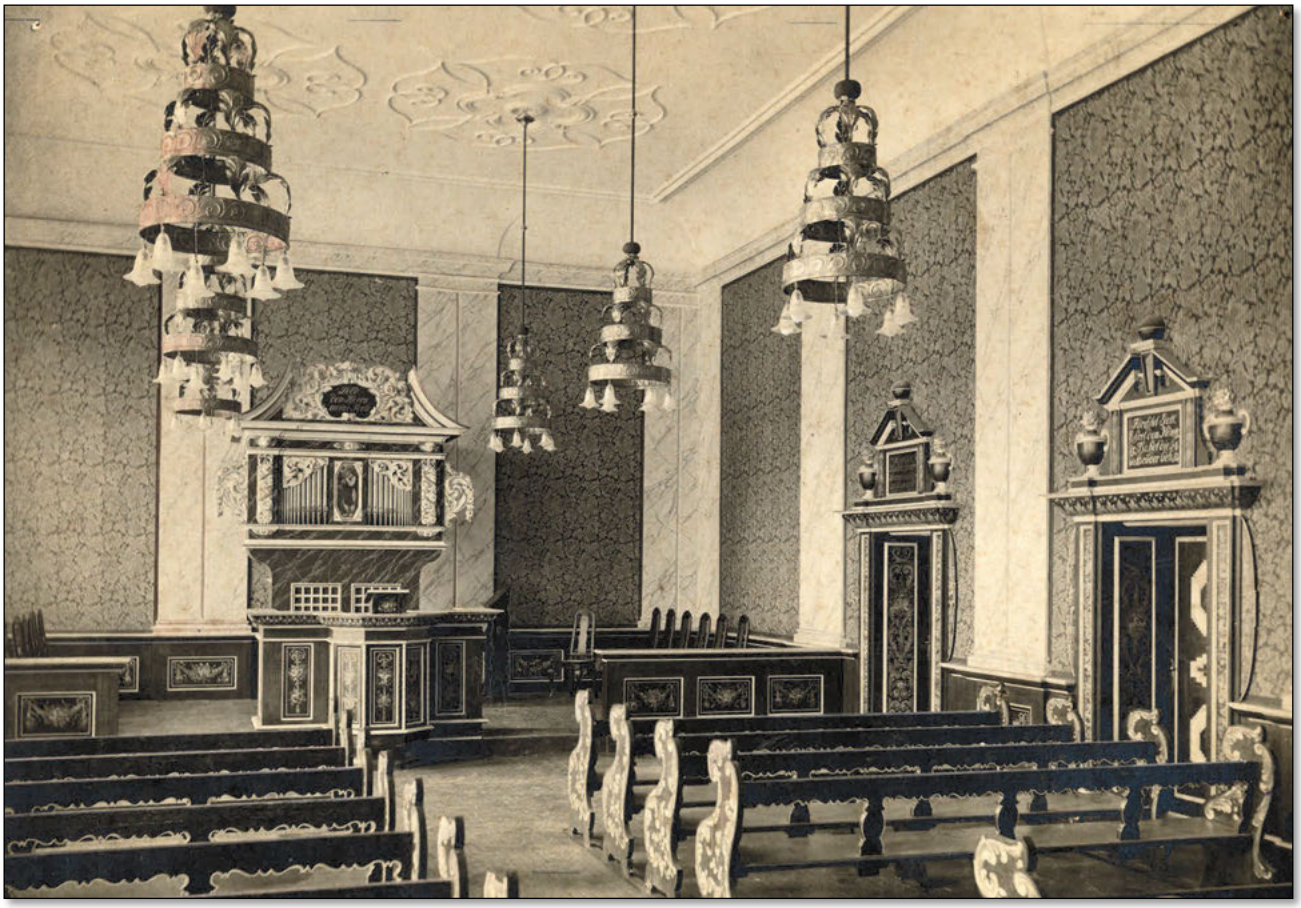
Ein grundsätzliches Verbot des Besuchs nichtjüdischer Schulen kam im November 1938.
Während das Hersfelder Gymnasium bis zum Frühjahr 1937 jüdische Schüler hatte, war Rotenburgs höhere Schule seit 1933 ohne jüdische Schulkinder.

Aufg. 95. Der Bau einer Irrenanstalt erforderte 6 Mill. RM. Wieviele Siedlungshäuser zu je 1500 RM hätte man dafür erbauen können?
Aufg. 97. Ein Geisteskranker kostet täglich etwa 4 RM, ein Krüppel 5,50 RM, ein Verbrecher 3,50 RM. In vielen Fällen hat ein Beamter täglich nur etwa 4 RM, ein Angestellter kaum 3,50 RM, ein ungelernter Arbeiter noch keine 2 RM auf den Kopf der Familie. a) Stelle diese Zahlen bildlich dar. – Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland 300 000 Geisteskranke, Epileptiker usw. in Anstaltspflege. b) Was kosten diese jährlich insgesamt bei einem Satz von 4 RM? – c) Wieviel Ehestandsdarlehen zu je 1000 RM könnten – unter Verzicht auf spätere Rückzahlung – von diesem Geld jährlich ausgegeben werden.

„Ein Geisteskranker kostet täglich etwa 4 RM, ein Krüppel 5,50 RM, ein Verbrecher 3,50 RM. In vielen Fällen hat ein Beamter täglich nur etwa 4 RM, ein Angestellter kaum 3,50 RM, ein ungelernter Arbeiter noch keine 2 RM auf den Kopf der Familie.

(a) Stelle diese Zahlen bildlich dar. – Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland 300 000 Geisteskranke, Epileptiker usw. in Anstaltspflege.
(b) Was kosten diese jährlich insgesamt bei einem Satz von 4 RM?
(c) Wieviel Ehestandsdarlehen zu je 1000 RM könnten – unter Verzicht auf spätere Rückzahlungen – von diesem Geld jährlich ausgegeben werden?“

*Die **Ideologie von Rasse und Volkswert** machte auch vor dem Mathematikunterricht nicht halt. Hier zwei Beispiele aus dem Buch „Mathematik im Dienste der nationalpolitischen Erziehung mit Anwendungsbeispielen aus Volkswirtschaft, Geländekunde und Naturwissenschaft. Ein Handbuch für Lehrer“, hg. v. Adolf Dorner, Frankfurt 1935, S. 42.*



Aula der Jakob-Grimm-Schule bis zur Nutzung der JGS als Offiziersgefangenenlager ab Dezember 1939.

„Deutsche Jungen: zäh wie Leder, flink wie Windhunde und hart wie Kruppstahl“ - laut einem Bericht von Walter Thümer (ab Schuljahr 1938/39 Schüler der JGS) in der Chronik der Schule zu deren 50-jährigem Bestehen 1974 (S. 23) „zierte dieser markige Führerspruch in dicken Lettern die Blickfangseite der Aula, in der sich Schüler und Lehrer regelmäßig am ‚Tage der Machtergreifung´ oder zu Führers Geburtstag versammelten. Man wusste, was man bei diesen und ähnlichen Anlässen zu erwarten hatte: feierliche Umrahmung mit Schulorchester, mit helden- und tatentriefenden Gedichten und die üblichen Sprüche von den ‚westlichen Plutokratien‘, der ‚Weltgefahr des Kommunismus‘, von den für den Sieg rollenden Rädern und dem finsteren ‚Kohlenklau‘. Und so sicher wie der Pfarrer den Gottesdienst mit dem Segen beendete der Chef die Veranstaltung mit einem ‚dreifachen Siegheil auf unseren geliebten Führer‘.
Als echte Gymnasiasten verstanden wir es mit den gängigen Parolen zu jonglieren. … Uns störte z. B. das Parteiabzeichen am Rockaufschlag unseres Biologielehrers, besonders aber wie penetrant dieser am Anfang und Ende der Stunde von uns den Führergruß mit Hand in Augenhöhe und Strammstehen verlangte. … Durch und durch in Ordnung fanden wir dagegen den ‚Butz‘. Schon wie er uns beim rituellen Eingangsgruß durch Tonfall und mit durch die Luft nach unten gebohrtem Zeigefinger vor jeder Unterrichtsstunde zeigte, was er von der ‚ganzen Chose‘ hielt, imponierte uns.“

Lehrer/Hauptmann Neumann 1940 an seine Schulklasse in Bebra

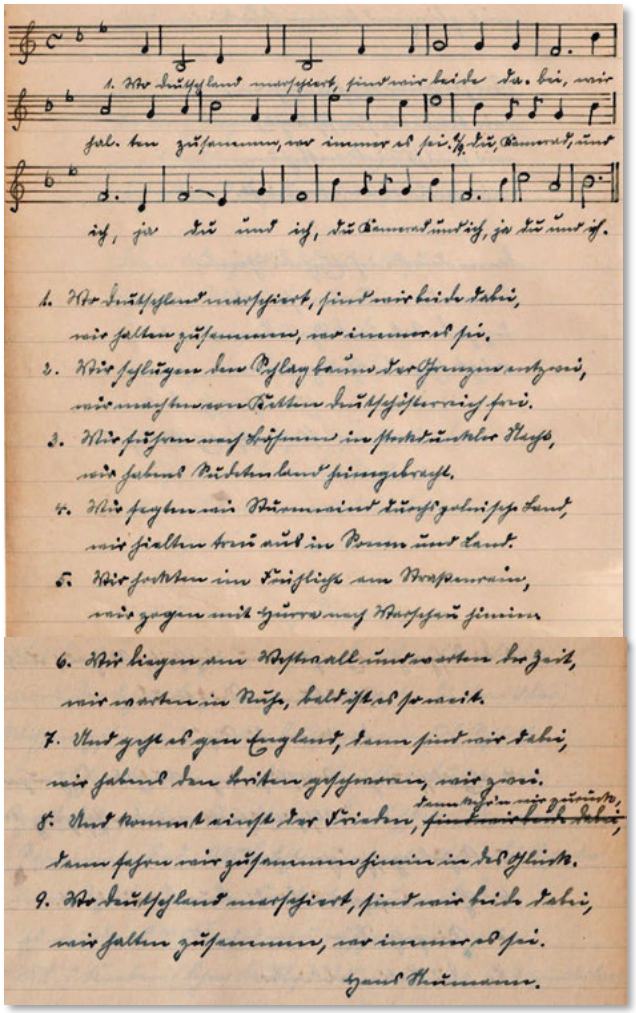
Am 25. Februar 1940 schickte Lehrer Hans Neumann, inzwischen Hauptmann in der Deutschen Wehrmacht, seinen *„lieben Buben und Mädels“* im 4. Schuljahr der Bebraer Volksschule, also 9- bis 10-Jährigen, einen Antwortbrief mit einem Lied, dem er später den Titel gab ***„Du, Kamerad, und ich“***.
Dies hat Neumanns Kollege Karl Bachmann in Band I seiner Tagebücher dokumentiert. Einleitend reimte Neumann in seinem Brief u. a.:

„Ich danke für die Zeilen, Euch und der Lehrerin,
Fern muß ich von Euch weilen, doch hab ich frohen Sinn. ...

So kommt auch einst der Frieden auf einmal in der Nacht,
doch nur, wenn erst den Briten der Garaus erst gemacht.“



Hauptmann Hans Neumann *in den „Heimatbriefen für die Frontkameraden aus dem Kreis Rotenburg an der Fulda“ (Nr. 1, 1941) anlässlich der Verleihung des „Verdienstkreuzes mit Schwertern“.*



1. Wo Deutschland marschiert, sind wir beide dabei,
Wir halten zusammen, wo immer es sei.

Refrain: *Du, Kamerad, und ich, ja Du und ich,*
Du Kamerad und ich, ja Du und ich.

2. Wir schlugen den Schlagbaum der Grenzen entzwei,
wir machten von Ketten Deutschösterreich frei.

3. Wir fuhren nach Böhmen in stockdunkler Nacht,
wir habens Sudetenland heimgebracht.

4. Wir fegten wie Sturmwind durchs polnische Land,
wir hielten treu aus in Sonne und Land.

5. Wir hockten im Frühlicht am Straßenrain,
wir zogen mit Hurra nach Warschau hinein.

6. Wir liegen am Westwall und warten der Zeit,
wir warten in Ruhe, bald ist es soweit.

7. Und geht es gen England, dann sind wir dabei,
wir habens den Briten geschworen, wir zwei.

8. Und kommt einst der Frieden, dann kehr'n wir zurück,
dann fahrn wir zusammen hinein in das Glück.

9. Wo Deutschland marschiert, sind wir beide dabei,
wir halten zusammen, wo immer es sei.

Hans Neumann

Am 1. September 1941, am Tag des Kriegsbeginns, hatte der katholische Lehrer Paul Bachmann seine regelmäßigen Tagebucheinträge begonnen.
Den letzten Eintrag machte er am 24. Februar 1949. Am 1. September 1939 vermerkte Paul Bachmann u.a.:

„Am 31.8.39 überfielen die Polen den Sender Gleiwitz. … Daraufhin erhielt die Deutsche Wehrmacht den Befehl, am 1.9.39 morgens 6 h die polnische Grenze zu überschreiten. … Zum Kriegsdienst wurde bereits am 28.8.39 Lehrer Hans Neumann als Leutnant einberufen. Die frühere Lehrerin Frau Paula Köhler übernahm den Vertretungsdienst.“

Kreiswaltung des NSLB., Rotenburg,den 10.1.41

An die
Herrn Schulleiter
des Kreises Rotenburg

Betr.:Überprüfung des Lese= und Lerngutes.

Die Buchkommission für Überprüfung des Lese=und Lerngutes in den Schulbüchereien kommt nach genauer Prüfung der eingereichten Listen zu folgendem Ergebnis:

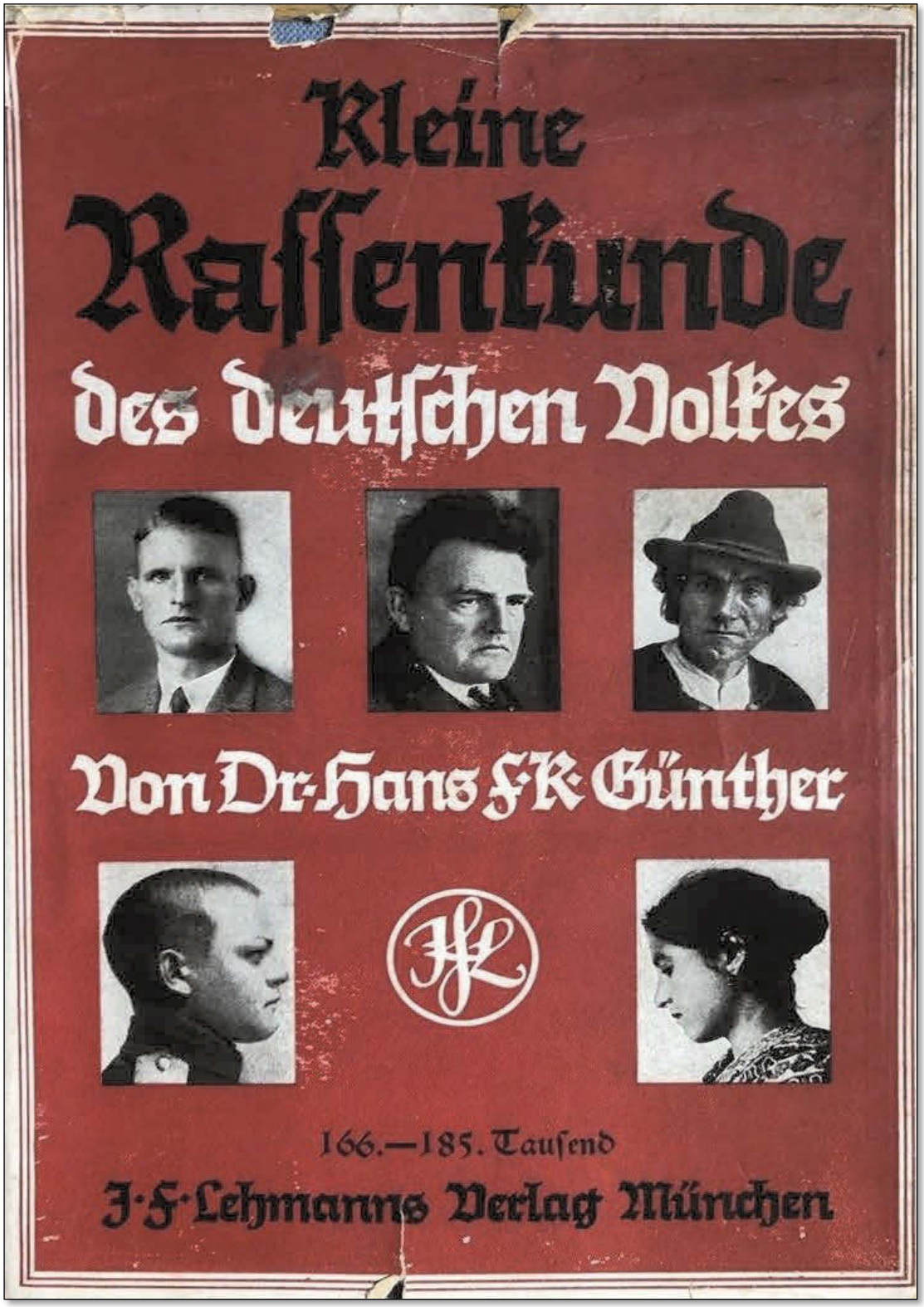
1. Die bereits vor mehr als einem Jahr angeordnete Bereinigung der Büchereien ist teilweis nur oberflächlich durchgeführt.Z.B.werden heut noch einzelne von der Regierung zur Ausmerzung namhaft gemachte Bücher in den Büchereien geführt.Das ist ein Vergehen gegen eindeutig getroffene Anordnungen der Behörde.
2. Darüber/hinaus sind in den Büchereien noch Bücher von den Jahren 188o,die auf Grund eigenen Ermessens schon längst hätten beseitigt werden müssen.Es ist nicht angängig,Bücherlisten,die im Jahr 1894 aufgestellt sind,stillschweigend weiterzuführen,sodaß eine laufende Nummer von 596 erscheint.Ein gründliches Ausmerzen hätte bestimmt zur Neuaufstellung der Liste geführt,die dann eine kleinere,dafür aber brauchbarere Zahl ergeben hätte.
3. Die Überprüfung des Bestandes an nationalsozialistischen Schrifttums hat gezeigt,wie wenig die zur Verfügung stehenden Gelder zur Auffrischung der Bücherei verwandt worden sind.
4. Abgesehen von einzelnen wirklich vorbildlichen Büchereien hat die Überprüfung ergeben,daß in jeder Schule noch weiterhin eine gründliche Bereinigung erfolgen muß,(besonders der alten Bücher,die kein Mensch mehr liest.)
Ich gebe zu bedenken,ob die bisherige Haltung in dieser Angelegenheit mit der von den Bücherwarten,bezw.Schulleitern abgegebene Erklärung über die bereits vollzogene Bereinigung in Einklang zu bringen ist.)
Die an die Abschnittsleiter eingeschickten Listen werden in den nächsten Tagen zurückgegeben,teilweis ist die Rückgabe schon erfolgt. Die beanstandeten Bücher,soweit sie noch in den Schulen sind,sind auf Anforderung der Kreiswaltung portofrei nach hier zu senden.
Weitere Anordnungen ergehen später.

Heil Hitler!

Gabriel

Kreiswalter

Der im Kreis Rotenburg für Schulfragen zuständige „Kreiswalter" des Nationalsozialistischen Lehrerbundes(NSLB), ***Oskar Gabriel****, ab März 1942 auch Schulleiter in Bebra, sah sich am 10. Januar 1941 veranlasst, nach der erfolgten „Überprüfung des Lese- und Lerngutes" die Schulleiter des Kreises Rotenburg darauf aufmerksam zu machen, „dass heute noch einzelne von der Regierung zur Ausmerzung namhaft gemachte Bücher in den Büchereien geführt" werden." (Punkt 1) Dies sei „ein Vergehen gegen eindeutig getroffene Anordnungen der Behörde".*
Am 7. 11. 1940 hatte Gabriel als Kriterien für die „Bücher, die ausgeschieden werden müssen, u. a. genannt: International-pazifistischer Inhalt, Verherrlichung von Ideen der Systemzeit und der liberalen Weltauffassung, Verherrlichung oder Herausstellung von Personen der Systemzeit wie Freimaurer, jüdisch Versippte etc.
Am 20.11.1941 schickte Kreiswalter Gabriel den Schulen eine Liste der „Nationalsozialistischen Schriften für die Lehrerbücherei", darunter waren Titel wie Kleine Rassenkunde (Hans F. K. Günther), Rassenpolitische Erziehung (A. Eydt), Handbuch der Judenfrage (Th. Fritsch), Die nordische Seele (L.F. Clauss), Der koloniale Gedanke im Unterricht (W. Puls).



Hans K. R. ***Günthers Kleine Rassenlehre*** *war einer der Titel, den NS-Kreiswalter Oskar Gabriel als verpflichtenden Bestand in den Lehrerbüchereien aufgeführt hatte. Das Buch ist ein überschwänglicher Lobgesang auf das Germanentum bzw. die „nordische Rasse", die sich durch Intelligenz, Mut und die Qualifikation zur Menschenführung auszeichne, in ihrem Bestand aber gefährdet sei. Günthers 1922 veröffentliche „Kleine Rassenkunde" propagierte einen rassischen Idealtyp des nordischen „Ariers", den man an der äußeren Erscheinung, aufgrund von Schädelvermessung und an seiner kulturellen Kreativität erkennen könne. Günthers Publikationen machten ihn als „Rassepapst" und „Rasse-Günther" bekannt.*
Der Pariser Sorbonne-Professor Edmond Vermeil nennt Günthers Lehre eine „unharmonische Kinderei". Verhängnisvoll war, dass diese „Kinderei" von den NS-Machthabern in allzu blutigen Ernst verwandelt wurde. Kritiker werfen Günther vor, er habe die Grundlagen zu Hitlers Rassentheorien geschaffen.

Erinnerungen an Schulzeit

Folgt man den Erinnerungen rechtzeitig Emigrierter, so machten jüdische Schulkinder bis zu ihrer Entfernung aus dem Unterricht unterschiedliche Erfahrungen: Es habe Lehrer und Mitschüler gegeben, die sie „korrekt“ behandelten, aber auch solche, die sie diskriminierten.

Die 1913 geborene Ester Katzenstein hatte schon vor 1932 als Gymnasialschülerin an der Jakob-Grimm-Schule Anfeindungen durch Mitschüler erleben müssen, sodass sie sich in den Schulpausen hin und wieder in das Dienstzimmer von Schulleiter Adolf Schneider flüchtete, der mit den Eltern befreundet war. Die Familie Schneider hatte Ester auch als Kindermädchen in den Sommerurlaub an der See mitgenommen. Zusammen mit Hugo Neuhaus, dem Sohn des Bebraer jüdischen Viehhändlers Isaak Neuhaus, legte Ester Katzenstein im April 1932 an der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule die Reifeprüfung ab. Neben einem anderen, nichtjüdischen Schüler waren Ester Katzenstein und Hugo Neuhaus von den 17 Abiturienten die einzigen, die das Abitur mit dem Prädikat „Gut“ bestanden. Sie waren zugleich auch die letzten jüdischen Schüler an der Rotenburger höheren Schule, während das Hersfelder Gymnasium mit Manfred Buchsbaum bis Frühjahr 1937 von einem jüdischen Schüler besucht wurde.

Nach der vom ehemaligen Schulleiter der städtischen Höheren Bürgerschule und Beisitzer in der Rotenburger Spruchkammer, Dr. Karl Etzrodt, am 7.11.1947 abgegebenen eidesstattlichen Erklärung war der erfolgreiche Schulabschluss der beiden „Nichtarier“ einer der Gründe für Schneiders Amtsenthebung.

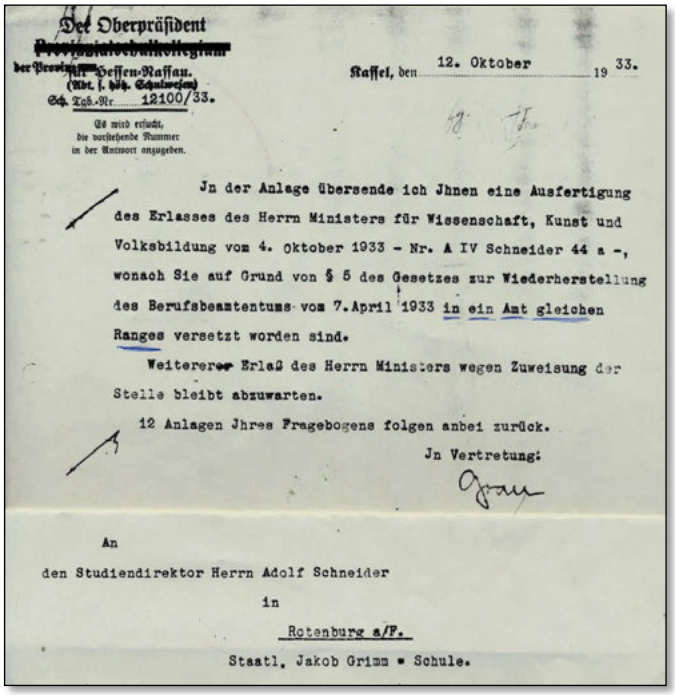
Neben seiner Mitgliedschaft in der Hersfelder Freimaurerloge *Lingg zur Brudertreue* habe ihm die NS-Parteileitung vorgeworfen, *„er habe seine Pflicht versäumt, da er es unterlassen habe, die jüdischen*



***Abiturklasse 1932** der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule mit Ester Katzenstein (1. Reihe, neben Schulleiter und Klassenlehrer Adolf Schneider). In der hinteren Reihe, 3. von links: Hugo Neuhaus (jüdischer Schüler aus Bebra).*



Ester Katzenstein *als Vierzehnjährige im Sommer 1927 mit der Familie des JGS-Schulleiters Adolf Schneider auf Norderney als Kindermädchen für deren sechsjährige Tochter Brigitte.*



Der Oberpräsident
[redacted]
der Provinz Hessen-Nassau.
(Abt. f. höh. Schulwesen)
Tgb.-Nr. 12100/33.

Kassel, den 12. Oktober 1933.

Es wird erbeten, die vorstehende Nummer in der Antwort anzugeben.

In der Anlage übersende ich Ihnen eine Ausfertigung des Erlasses des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 4. Oktober 1933 - Nr. A IV Schneider 44 a -, wonach Sie auf Grund von § 5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 in ein Amt gleichen Ranges versetzt worden sind.

Weiterer Erlaß des Herrn Ministers wegen Zuweisung der Stelle bleibt abzuwarten.

12 Anlagen Ihres Fragebogens folgen anbei zurück.

In Vertretung:

An
den Studiendirektor Herrn Adolf Schneider
in
Rotenburg a/F.
Staatl. Jakob Grimm - Schule.

Studiendirektor Adolf Schneider wurde im Oktober 1933 aufgrund von § 5 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933“ von seiner Stelle als Schulleiter der Jakob-Grimm-Schule abberufen und mit der gleichen Funktion an das Realgymnasium in Arolsen versetzt; dessen Leiter, Dr. Hermann Bormann, übernahm Schneiders Stelle in Rotenburg, ehe er im Dezember 1939 mit der Leitung des Kriegsgefangenenlagers im Gebäude der JGS beauftragt wurde.
Nach § 5 des genannten Gesetzes musste sich jeder Beamte „die Versetzung in ein anderes Amt gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert“.
Dass dieses „dienstliche Bedürfnis“ politisch zu verstehen war, kam in § 4 zum Ausdruck, demzufolge Beamte sogar fristlos zu entlassen sind, wenn sie „nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.
§ 3 enthielt das Hauptziel dieses Gesetzes: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“

Schüler rechtzeitig aus der Schule zu entfernen. …. Sein Weggang vollzog sich ohne irgendwelche Verabschiedung seitens der Schule, die er durch seine Befähigung und Arbeitsfreudigkeit zu hoher Geltung in der Öffentlichkeit und bei den übergeordneten Behörden emporgeführt hatte.“ Nach vier Jahren Tätigkeit als Schulleiter in Arolsen wurde Adolf Schneider 1937 zum Studienrat herabgestuft und von Arolsen nach Bad Homburg versetzt.



***Adolf Schneider** (1883-1963),*
Schulleiter der Jakob-Grimm-Schule 1925-1934.

Die Jakob-Grimm-Schule Rotenburg als Schule der „Systemzeit“ abgewertet

Nach Schneiders Darstellung, die er im November 1947 in einer eidesstattlichen Erklärung im Spruchkammerverfahren gegen Oskar Gabriel machte, den Amtswalter des NS-Lehrerbundes, stellt sich seine Versetzung nach Arolsen in einem besonderen Licht dar.

In seiner Selbstcharakterisierung hatte er, Schneider, *„an der Spitze der Aufbauschulbewegung“* gestanden, was ihn 1924 zur Einrichtung einer staatlichen Aufbauschule nach Rotenburg führte. In dieser Schulform wurden Schüler nach Abschluss der 7. Volksschulklasse in sechs Schuljahren zur Hochschulreife geführt.

Zum Gelingen dieses anspruchsvollen pädagogischen Zieles, so Schneider, bedurfte es engster Kooperation der Lehrkräfte einer solchen Schule mit der Volksschullehrerschaft. Zu insgesamt 112 Schulen diesen Typs war es im gesamten Preußen in den Jahren der Weimarer Republik gekommen.

Dem Amtswalter des NS-Lehrerbundes bescheinigte Schneider gegenüber der Spruchkammer, dass dieser *„das Prinzip der Aufbauschule … gegen die Kreise seiner eigenen Partei“* unterstützt habe, *„obwohl ihm daraus der Vorwurf erwuchs, dass er eine Schulart der Systemzeit und die Schule eines von den Nazis aufs schärfste bekämpften Schulleiters fördere.“*

Abwertend und verächtlich gemeint, war „*System*“ ein zentraler Begriff in der Demagogie der Nationalsozialisten, mit dem sie pauschal alles diffamierten, was mit der ihnen verhassten Weimarer Republik, der Zeitspanne von 1918 bis 1933, zusammenhing: *Systemparteien, Systemstaat, Systempresse* etc. Im abwertenden Sinne war der Ausdruck in den 1920er Jahren auch von konservativen Kreisen benutzt worden.

In Rotenburg kam noch hinzu, dass der Schulleiter Logenbruder war und sich nicht bereitfand, in die NSDAP oder eine ihrer Nebenorganisationen einzutreten.

Es dauerte dann jedoch bis zum Beginn des Schuljahres 1938/39, bis durch Hinzunahme der drei unteren Klassen die Umwandlung der Rotenburger Aufbauschule in eine grundständige Oberschule mit neun Schuljahren zustande kam.

Was Schneider in seiner eidesstattlichen Versicherung bei der Fürsprache für den ehemaligen Funktionsträger der lokalen NSDAP weiter vortrug, lässt einen für selbstverständlich genommenen Anspruch auf Privilegien bei den am Ort Mächtigen und ihrem Umfeld erkennen. Diese Kreise, so Schneider, mussten Gefahr laufen,

„bei dem von mir in gemeinsamer Arbeit mit den Volksschullehrern geübten Ausleseverfahren ihre eigenen Kinder nicht zur Aufbauschule zugelassen zu sehen. …

So wurde die Schule abgebaut und eine grundständige höhere, die sog. Deutsche Oberschule entwickelt, trotzdem nach der Struktur des ländlichen Kreises die Aufbauschule die naturgegebene Schulform hätte bleiben müssen. Ich weiß, dass nach meinem Weggang in den ländlichen Kreisen der Bevölkerung, in Sonderheit bei der Volksschullehrerschaft diese Entwicklung sehr bedauert wurde, …

Ich gebe diese Erklärung deshalb ab, weil ich es dankbar hervorheben muss, dass Herr Gabriel trotz des Widerspruchs aus den Kreisen seiner Partei in sachlich-klarer Erkenntnis gehandelt hat und den Mut hatte, auch für eine Einrichtung - wie man propagierte - der Systemzeit noch einzutreten.“

(HHStAW 520, Nr. 501).

Alfred Katz sitzt abseits

Es war wohl kein Zufall, dass der jüdische Schüler Alfred Katz sich beim Klassenfoto mit Lehrer Hans Neumann nicht in die gleiche Reihe mit seinen Mitschülern einordnete, sondern separat Platz nahm . Einer seiner Bebraer Mitschüler wusste als späterer Zeitzeuge zu berichten: *„Das Spiel mit den Juden auf dem Schulhof war unterbunden, da diese einen separaten Teil des Hofes benutzen mussten; der lag weniger in der Sonne."* Dem ehemaligen Mitschüler war Alfreds plötzliches Wegbleiben schon damals (1935) verwunderlich und erklärungsbedürftig erschienen: *„Nach seinem Fernbleiben aus dem Unterricht gab es für uns keinerlei Erklärung. Nachfragen waren einfach nicht möglich."*

Als jüdischer Schüler geschmäht

Betreffend seines 1923 geborenen Sohnes Gerd berichtete sein Vater, Moritz Oppenheim, in einer eidesstattlichen Erklärung aus dem Jahre 1957: *„Er harrte in dieser Schule [Hans-Schemm-Schule genannte Volksschule in Bebra, H.N.] aus, obwohl er als jüdischer Schüler geschmäht, verachtet und sogar von Mitschülern geschlagen wurde."*
Im März 1938 verließen die Oppenheims ihre Heimatstadt, aber bereits Monate vorher, also noch vor Ende des Schuljahres, hatten sie ihren Sohn von der Schule abgemeldet. Die Schule war 1935 nach Hans Schemm benannt worden, dem Gauleiter Bayrisch-Ostmark und Gründer des NS-Lehrerbundes.

Besuch vom Schulamt

Am 13. März 1942 stattete Oberschulrat Dr. Connen von der Schulabteilung des Regierungspräsidiums der Hans-Schemm-Schule eine Visitation ab, angeblich zur Überprüfung des Leistungsstandes der Schüler. Über seine Beobachtungen berichtete Connen in einer anschließenden Lehrerkonferenz, in der er den kommissarischen Schulleiter und Sprecher des NS-Lehrerbundes, Oskar Gabriel, in sein Amt einführte. Dabei, so der katholische Lehrer Paul Bachmann in seinen Tagebüchern, stellte Connen an Gabriel die Forderung, *„in kürzester Frist aus der Schule eine nationalsozialistische zu machen".* Laut Bachmann ordnete Rektor



*Schulklasse der Bebraer Volksschule 1935 mit Klassenlehrer **Hans Neumann** und dem (rechts) seitlich sitzenden jüdischen Schüler Alfred Katz.*

Gabriel daraufhin besondere Morgenfeiern an, bei denen die jeweiligen Lehrkräfte einen von ihm, Gabriel, ausgewählten Spruch vorzutragen hatten. Morgenfeiern mit Gebeten in den Klassenräumen hatten fortan zu unterbleiben.

Walter Volkstädt, der von 1931 bis 1942 die Schule geleitet hatte, legte am 25. Januar 1949 der Spruchkammer in dem Verfahren gegen Bebras ehemaligen Bürgermeister Werner Schwichtenberg einen schriftlichen Bericht vor, in dem er besonders dessen Unterstützung hervorhob, als es ihm als Schulleiter darum ging, die jüdischen Schulkinder vor Anfeindungen zu bewahren. *„Herr Schwichtenberg stand mir auch zur Seite, als es galt, jüdische Kinder gegen Brutalitäten nazistischer Parteigrößen zu schützen."*

Judenkinder nach hinten

Ernst Gans, geb. 17. Mai 1926 in Rotenburg, in seiner Autobiografie „My First 20 Years" (in Übersetzung): *„Ich war zu jung, um zu verstehen, was passierte. Als ich 1932 in die Schule kam, hatte sich die Hitlerbewegung schon etabliert. Als dann Hitler 1933 an die Macht kam, wurde ich in die letzte Bankreihe gesetzt. Meine Hausaufgaben wurden nicht mehr überprüft, der Lehrer ignorierte mich. In der Schule wie auch außerhalb wurde ich beschimpft und von der Hitlerjugend bedroht."*



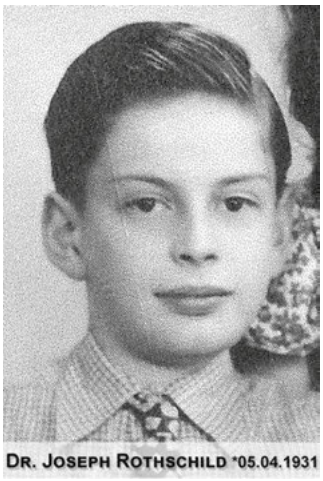


Rudi Linz *mit seiner Schwester Ilse , ca. 1937.*

Rudi Linz, Jahrgang 1922, antwortete 1988 in einem Brief aus seiner neuen Heimat in Illinois auf eine entsprechende Anfrage von Rotenburger Schülerinnen und Schülern:
„Meine Erinnerungen an meinen Lehrer in der Rotenburger Volksschule sind sehr trauriger Natur. Ich frage mich heute nach fast fünfzig Jahren, ob sein Verhalten den jüdische Schülern gegenüber aus seiner eigenen Geisteshaltung entsprang oder ob er angewiesen war, sich den jüdischen Schülern gegenüber so ungerecht zu verhalten, um die anderen Schüler im Sinne des Nationalsozialismus zu beeinflussen. Aufgrund seines Verhaltens meldeten meine Eltern mich von der Rotenburger Volksschule ab, und ich besuchte danach die jüdische Volksschule in Kassel. Wegen der großen Entfernung besorgten mir meine Eltern einen Schlafplatz im Jüdischen Waisenhaus in Kassel. Dies alles geschah, als ich elf Jahre alt war; für ein Kind von elf Jahren war dies alles nicht zu verstehen."
Rudi Linz' fünf Jahre jüngere Schwester Ilse berichtet in ihrer 1993 verfassten Familiengeschichte, dass in Rudis Schulklasse jeden Morgen einige Schüler vor der Klasse eine Kette bilden mussten, mit ein oder zwei jüdischen Kindern dazwischen, und der Rest der Klasse dann mit den Fingern auf die Schwachstellen in dieser Kette zu zeigen hatte. Sie fährt dann fort: *„Die Quälereien in der Schule nahmen solche Formen an, dass unsere Eltern uns zu Hause ließen. Auf dem Weg zur Schule und nach*







***Margot Löwenstein** und ihr Cousin Joseph Rothschild sowie Margit Goldschmidt gehörten zu dem vorletzten Jahrgang (1937), der Neuaufnahmen in die Rotenburger Volksschule. Der 7. November 1938 war ihr letzter Schultag.*

Hause wurden wir mit Steinen beworfen, im Unterricht mussten wir ganz hinten sitzen, wurden von unserem Lehrer völlig unbeachtet gelassen und dann verspottet."

Im April 1937 wurde Margit Goldschmidt in Rotenburg eingeschult, zusammen mit Margot Löwenstein und Josef Rothschild. Um sie von den christlichen Schulkindern zu trennen, platzierte der Lehrer die drei jüdischen Kinder im hinteren Bereich des Klassenzimmers: *„Damit wir die christlichen Kinder nicht infizierten",* so Margot Löwensteins Erinnerung im Sommer 2013 in einem Bericht aus New York, wohin ihre Familie im Februar 1940 flüchten konnte.

„Es war mehr als ärgern"

Bei seinem mehrtägigen Besuch in Rotenburg im Juni 1996 auf Einladung des Magistrats der Stadt Rotenburg antwortete der 1921 geborene Heinz Rothschild auf die vorsichtige Frage, ob jüdische Kinder geärgert wurden: *„Es war ein bißchen mehr als das. Auf dem Schulweg und in der Schule fielen sie in Gruppen über uns her und schlugen uns zusammen. Wenn wir uns verteidigten, schlugen sie umso fester auf uns ein. Deshalb nahmen wir es meistens ohne Gegenwehr hin, denn wir waren ja immer in der Minderheit. Einige der Schläger wollten dadurch nachweisen, dass sie keine Judenfreunde waren. Mein bester Freund, zum Beispiel, schlug mich vor den anderen zusammen, um zu zeigen, dass auch er ein Judenhasser war. So verwandelte er sich vom besten Freund zum Hauptfeind. Sein Name ist mir noch gut im Gedächtnis, aber ich bin hier zu Besuch und nicht, um Streit anzuzetteln. Beim letzten Klassentreffen vor elf Jahren war er auch dabei. Ich hab' aber nichts davon gesagt, sondern hab' mir mein Teil gedacht. Beide Male, als ich in Rotenburg war, besuchte ich meinen Schulkameraden Fritz Schaub, er war der Einzige, der seine Beziehung zu mir nach 1933 nicht abbrach."*





*Im Juni 1996 gab es für **Heinz Rothschild** (1. Reihe mit Stock) ein Wiedersehen mit den Schulkameradinnen und Schulkameraden des Jahrgangs 1921 der Rotenburger Volksschule.*

C. 5 Unterschiedliche Aspekte der NS-Herrschaft vor Ort

Nationalsozialistische Privilegien

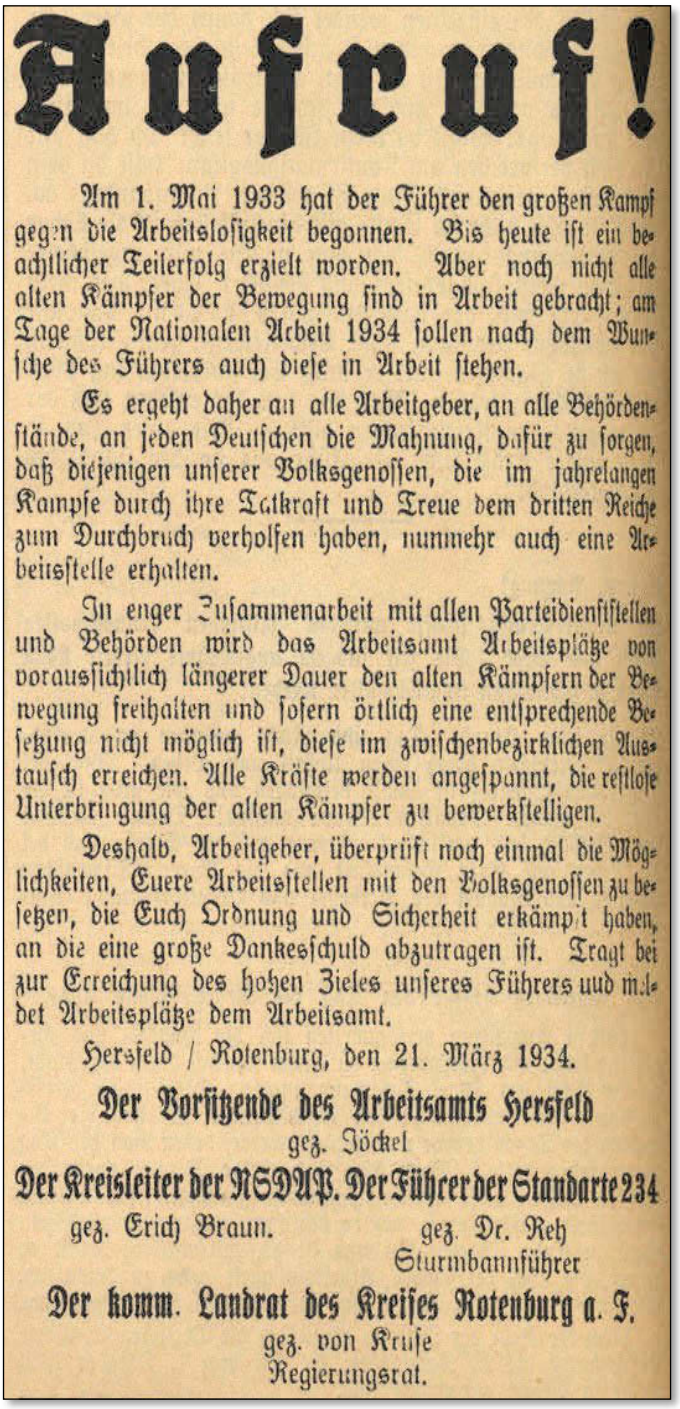
Die von der NSDAP organisierten und getragenen Veranstaltungen nahmen schon bald den Charakter von kommunalen Projekten an, insofern es für deren Finanzierung zum Zugriff auf die kommunalen Kassen kam. So ließ sich die Rotenburger NS-Ortsgruppe 300 Reichsmark aus der Stadtkasse für die Aufwendungen für die Maifeiern 1934 erstatten.

Auch im Bereich der Personalpolitik verwischten sich in der Folgezeit die Grenzen zwischen Verdiensten im Einsatz für die Partei und der Honorierung der Leistungen als Angestellte im öffentlichen Dienst. So wurde zum Beispiel drei Arbeitern der Stadt Rotenburg durch Magistratsbeschluss vom 19.2.1937 ihr Dienst in der SA vor dem 30. Januar 1933 auf ihre städtische Dienstzeit angerechnet.

Die schon vor der Machtübernahme in der NSDAP oder ihren Gliederungen Aktiven, die sog. „Alten Kämpfer", sahen in ihrem Partei-Engagement offenbar den Anspruch auf einen Arbeitsplatz begründet. Darauf lässt jedenfalls der Gestapo-Tagesbericht vom 29. Juni 1934 schließen, in dem von *„Demonstrationen" gegen einen Reichsbahninspektor in Bebra „wegen Nichteinstellung von Alten Kämpfern"* die Rede ist. (Lageberichte der Gestapo, Tagesbericht vom 29.6.1934: S.783)

Vorgetragen von Arbeitsamt, NS-Kreisleiter, SA-Führung und Kommunalverwaltung fanden die Leser der Hersfelder und Rotenburger Tageszeitungen am 21. März 1934 deren gemeinsamen Aufruf an die Arbeitgeber, ihre *„Arbeitsstellen mit den Volksgenossen zu besetzen, die Euch Ordnung und Sicherheit erkämpft haben, an die eine große Dankesschuld abzutragen ist."*

Der als Werbeannonce gestaltete Aufruf versicherte: *„In enger Zusammenarbeit mit allen Parteidienststellen und Behörden wird das Arbeitsamt Arbeitsplätze von voraussichtlich längerer Dauer den alten Kämpfern der Bewegung freihalten und sofern örtlich eine entsprechende Besetzung nicht möglich ist, diese im zwischenbezirklichen Austausch erreichen. Alle Kräfte werden angespannt, die restlose Unterbringung der alten Kämpfer zu bewerkstelligen."* Als *Alte Kämpfer* galten diejenigen Nationalsozialisten, die sich vor dem 30. Januar 1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, seiner Partei angeschlossen hatten.



Aufruf!

Am 1. Mai 1933 hat der Führer den großen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begonnen. Bis heute ist ein beachtlicher Teilerfolg erzielt worden. Aber noch nicht alle alten Kämpfer der Bewegung sind in Arbeit gebracht; am Tage der Nationalen Arbeit 1934 sollen nach dem Wunsche des Führers auch diese in Arbeit stehen.

Es ergeht daher an alle Arbeitgeber, an alle Behördenstände, an jeden Deutschen die Mahnung, dafür zu sorgen, daß diejenigen unserer Volksgenossen, die im jahrelangen Kampfe durch ihre Tatkraft und Treue dem dritten Reiche zum Durchbruch verholfen haben, nunmehr auch eine Arbeitsstelle erhalten.

In enger Zusammenarbeit mit allen Parteidienststellen und Behörden wird das Arbeitsamt Arbeitsplätze von voraussichtlich längerer Dauer den alten Kämpfern der Bewegung freihalten und sofern örtlich eine entsprechende Besetzung nicht möglich ist, diese im zwischenbezirklichen Austausch erreichen. Alle Kräfte werden angespannt, die restlose Unterbringung der alten Kämpfer zu bewerkstelligen.

Deshalb, Arbeitgeber, überprüft noch einmal die Möglichkeiten, Euere Arbeitsstellen mit den Volksgenossen zu besetzen, die Euch Ordnung und Sicherheit erkämpft haben, an die eine große Dankesschuld abzutragen ist. Tragt bei zur Erreichung des hohen Zieles unseres Führers und meldet Arbeitsplätze dem Arbeitsamt.

Hersfeld / Rotenburg, den 21. März 1934.

Der Vorsitzende des Arbeitsamts Hersfeld
gez. Jöckel

Der Kreisleiter der NSDAP. gez. Erich Braun.

Der Führer der Standarte 234 gez. Dr. Reh Sturmbannführer

Der komm. Landrat des Kreises Rotenburg a. F.
gez. von Kruse
Regierungsrat.

*Gemeinsamer **Presse-Aufruf** von Arbeitsamt, NS-Kreisleiter, SA-Führung und Landrat vom 21. März 1934 zur Arbeitsplatzbeschaffung für „Alte Kämpfer" der NSDAP.*

Noch Grenzen zwischen Partei und Staat?

Nach sechs Jahren Herrschaft besaß die NSDAP ein Ausmaß an Kontrolle und Verfügungsgewalt über die Bürgerinnen und Bürger des Deutschen Reiches, wie es sich im Falle des Reichsbahnsekretärs Christian Rehs an einem Beispiel vor Ort darstellen lässt. Für seinen Arbeitgeber, die Deutsche Reichsbahn, war es im Juli 1939 offenbar eine Selbstverständlichkeit, für seine Beförderung sich der Billigung durch die NSDAP zu vergewissern. Wobei die politische Loyalität des Mitarbeiters selbst noch nicht einmal ausreichte, man erwartete von Seiten der Staatspartei sogar, dass die Loyalität des zu Befördernden auch das aktive Bekenntnis seiner Ehefrau zum nationalsozialistischen Staat einschließen müsse. (s. Dokument unten)

Hatten sich staatliche Großorganisationen wie die Finanzverwaltung oder die Reichsbahn in den ersten Jahren der Hitlerregierung noch bemüht, Interventionen der Partei durch verschiedene taktische Maßnahmen die Grundlage zu entziehen, so war zum Zeitpunkt des hier geschilderten Vorgangs (1939) offenbar kein Dissens zwischen Partei und staatlichen Einrichtungen zu spüren, willkürliche Eingriffe der NSDAP in die Personalpolitik von Behörden und staatlichen Unternehmen wurden von diesen offenbar klaglos hingenommen.

Abschrift

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Kreisleitung

Der Kreisleiter Rotenburg (Fulda), den 10.7.1939

An den Pg. Christian R e h s
(d. d. Abschnittsleiter im Amt f. Beamte, Pg. Gernand, Bebra)

B e b r a, Am Weinberg 6

Auf eine Anfrage der Reichsbahndirektion Frankfurt a.M. musste ich dieser, zufolge Ihrer mangelnden aktiven Einsatzbereitschaft, mitteilen, dass Ihre beabsichtigte Beförderung zum Reichsbahnobersekretär auf ein Vierteljahr zurückgestellt werden muss.
In erster Linie muss ich von Ihnen, als einem Staatsangestellten bzw. Beamten, verlangen, dass auch Ihre Frau Mitglied des Deutschen Frauenwerkes wird.
Die erfolgte Anmeldung wollen Sie mir, beglaubigt durch die Ortsgruppenfrauenschaftsleiterin, Pgn. Schulz, umgehend nach hier geben.
Weiterhin muss ich Ihnen mitteilen, dass Ihre Gebefreudigkeit bei Spenden, Sammlungen usw. noch viel zu wünschen übrig lässt. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, dass auch dieserhalb Klagen in Zukunft nicht mehr auftreten.

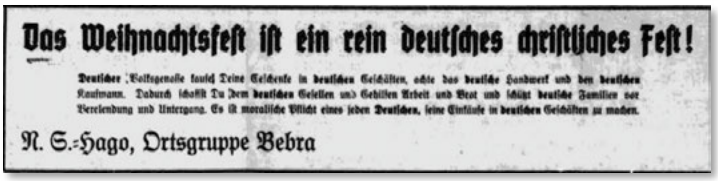
Stempel der NSDAP-Kreisleitung Heil Hitler!

Vertreter im Amt Rotenburg a/F. gez. Spengler

Mahnschreiben *der NS-Kreisleitung vom 10. Juli 1939 an das Mitglied der NSDAP (und Bahnbeamten) Christian Rehs wegen mangelndem Einsatz für die Partei und geringer Spendenleistung. (Stadtarchiv Bebra)*

Bebras Bürgermeister Otto Kraffke

Bebras Bürgermeister Otto Kraffke konnte zunächst wohl nicht einsehen, dass er bei den Verwaltungsmaßnahmen in der Regel bedenken müsse, wie diese von Handel, Handwerk und Gewerbe aufgenommen und bewertet würden. Jedenfalls wird dies aus der Eingabe der *„Kreisführung Rotenburg der N.S.-HAGO“* vom 24. März 1934 erkennbar, in der dem Bürgermeister von der nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (HAGO) mangelnde Kooperation vorgeworfen wurde. Worauf dieser erwiderte, er fühle sich dazu nicht verpflichtet, weil dafür *„kein Gesetz und keine Verordnung besteht“.* Um einen eskalierenden Konflikt abzuwenden, beteuerte der Bürgermeister später, man habe ihn falsch wahrgenommen. Er versicherte der NS-HAGO dann, zukünftig deren jeweilige Stellungnahmen einzuholen. Schließlich war dem Bürgermeister nicht verborgen geblieben, dass die Institutionen mit dem Attribut „nationalsozialistisch“ im Konfliktfall am längeren Hebel saßen.


Das Weihnachtsfest ist ein rein deutsches christliches Fest!

Deutscher Volksgenosse kaufe Deine Geschenke in deutschen Geschäften, achte das deutsche Handwerk und den deutschen Kaufmann. Dadurch schaffst Du dem deutschen Gesellen und Gehilfen Arbeit und Brot und schützt deutsche Familien vor Verelendung und Untergang. Es ist moralische Pflicht eines jeden Deutschen, seine Einkäufe in deutschen Geschäften zu machen.

N. S.-Hago, Ortsgruppe Bebra

*Die **NS-Hago** (NS-Handwerks-, Handels- u. Gewerbeorganisation) war ab August 1933 die Nachfolgeorganisation des NS-Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand.*

Wie bereits dargestellt, wurde Rotenburgs 1928 gewählter Bürgermeister Clemens Arnold noch im März 1933 aus dem Amt gedrängt. Um sein Amt zu behalten, erwarb Otto Kraffke, Bebras seit 1910 amtierender erster Berufsbürgermeister, am 1. Mai 1933 das Mitgliedsbuch der NSDAP – *„als letzter der Gemeindebeamten“*, wie er am 13. November 1945 in seinem Widerspruch gegen seine Spruchkammer-


Aus der Heimat.

Bebra. Straßenumbenennung. Aus Anlaß des Dienstjubiläums des Bürgermeisters Krafke beschloß der Gemeinderat die Weiteröderstraße in Otto-Krafkestraße umzubenennen.

*Das Bebraer Tageblatt meldete am 8. Januar 1935 die Umbenennung der Weiteröder Straße in **Otto-Kraffke-Straße.** Beim Ausscheiden Kraffkes als Bürgermeister im Januar 1937 wurde er außerdem zum Ehrenbürger ernannt.*



***Otto Kraffke**, Bebraer Bürgermeister von 1910 bis 1937 und kommissarisch von März 1942 bis Kriegsende 1945.*

Einstufung in die Stufe 2 (Aktivisten der NSDAP) ins Feld führte. Seinen Beteuerungen der grundsätzlichen Distanz zur NSDAP kann man durchaus Glauben schenken, denn 1932 hatte er sich entschieden gegen einen Antrag gestellt, Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Einen solchen Antrag hatte NS-Ortsgruppenleiter Erich Braun im Juli 1932 *„im Auftrage der nationalsozialistischen Wählerschaft sowie der Ortsgruppe Bebra der N.S.D.A.P.“* gestellt, um *„den Befreier vom Bolschewismus und den Führer des kommenden Deutschland, Herrn Adolf Hitler, München, zum Ehrenbürger der Gemeinde Bebra zu erklären.“*

Der Antrag wurde nicht angenommen, weil 8 von 16 Gemeindevertretern der Argumentation von Bürgermeister Kraffke folgten, die Zustimmung zu diesem Antrag bedeute *„eine durchaus einseitige, rein parteipolitische Stellungnahme sowie eine Bevorzugung und Förderung einer einzelnen politischen Partei, was aber niemals Aufgabe einer Gemeindevertretung sein kann und darf, soll nicht das Vertrauen weiter Kreise der Einwohnerschaft in eine unparteiische und gerechte Behandlung und Vertretung ihrer Belange eine schwere Einbuße erleiden.“*

Dass Kraffke im Januar 1937 beim Ausscheiden aus seinem Amt mit der Ehrenbürgerschaft geehrt wurde, belegt andererseits, dass die lokalen nationalsozialistischen Führer ihn durchaus als kompetenten Behördenleiter zu schätzen wussten, was auch dadurch zum Ausdruck kam, dass er im März 1942 wieder Chef im Bebraer Rathaus wurde, als sein

Begleubigte Abschrift!

Erich Braun, Bebra, den 5. Juli 1932.
Bebra, Weiteröderstraße.

An den Gemeindevorstand
B e b r a .

Dem Vorgehen vieler unserer Gemeinden unseres Vaterlandes und auch unserer engeren Heimat entsprechend, stelle ich hiermit namens und im Auftrage der nationalsozialistischen Wählerschaft unseres Ortes sowie der Ortsgruppe Bebra der N.S.D.A.P den Antrag, den Befreier vom Bolschewismus und den Führer des kommenden Deutschland, Herrn Adolf Hitler, München, zum Ehrenbürger der Gemeinde Bebra zu erklären.

Wenn ich diesen Antrag einbringe, so rechne ich mit der Loyalität aller Herren Gemeindevertreter, dem Wunsche der rund 2100 nationalsozialistischen Wähler, die rund 70 % der Wählerschaft Bebras darstellen und die durch ihre Stimmabgabe für den Nationalsozialismus, sich auch für dessen Führer Adolf Hitler, bekennt haben, entsprechen.

Falls gewünscht, würde von der hies. Ortsgruppe der N.S.D.A.P. ein künstlerisch ausgeführter Ehrenbürgerbrief, ungefähr nachstehenden Jnhalts, kostenlos zur Verfügung gestellt werden, der sodann anläßlich der Rede des Herrn Hitler gegen Ende dieses Monats in Bebra, zusammen mit den Ehrenbürgerbriefen von ca 25 - 30 anderen Gemeinden unseres Kreises, überreicht werden könnte.

Jch bitte aus diesem Grunde meinen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeindevertreter-Sitzung zu setzen.

Hochachtungsvoll
(Siegel) gez. Erich Braun

Antrag von (NS-Ortsgruppenleiter) Erich Braun vom 5. Juli 1932 auf Verleihung der ***Ehrenbürgerwürde an Adolf Hitler*** *als den „Befreier vom Bolschewismus und den Führer des kommenden Deutschland“.* (Stadtarchiv Bebra)
Einiges zum Aspekt der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Adolf Hitler ist bereits in Kap. C. 3 ausgeführt.



*September 1935: Feier zur **Verleihung der Stadtrechte** auf dem Platz Am Anger (von 1933 bis 1945 Adolf-Hitler-Platz) mit einer Gesangsdarbietung einer Mädchengruppe. Vorn: Bürgermeister Otto Kraffke, dem ein großen Anteil an der Stadtwerdung Bebras zugeschrieben wurde. Rechts: Bebras damaliger NS-Ortsgruppenleiter Alexis Alfred Lippert.* (Stadtarchiv Bebra)

Nachfolger Werner Schwichtenberg zum Militär einberufen wurde. Auf jeden Fall geben die überlieferten Dokumente und Zeitzeugenaussagen zu erkennen, dass das Bebraer Rathaus sich nicht ohne weiteres als ausführendes Organ der lokalen NS-Parteiführung unter dem Kommandostab von Erich Braun verstand.

Es sind keine demonstrativen Ergebenheitsadressen Kraffkes vor dem neuen Zeitgeist überliefert. Andererseits muss festgehalten werden, dass mit seiner Funktion als Personalchef und Ortspolizeibehörde Unrechtsakte verbunden waren, die er formal, wenn auch nicht faktisch zu verantworten hatte. Kraffkes Positionierung zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Adolf Hitler gewinnt an Bedeutung, wenn man sie vor dem Hintergrund sieht, dass im Juli 1932 bereits 16 Gemeinden des Kreises Rotenburg diesen Beschluss gefasst hatten: Atzelrode, Beenhausen, Braach, Braunhausen, Dankerode, Nausis, Nentershausen, Niederthalhausen, Oberguде, Rautenhausen und Seifertshausen. (*Tageblatt* 22.7.1932)

Zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Hitler: s. auch das in Kap. C. 3 dazu Ausgeführte)

NS-Kreisleiter Erich Braun

Als Bebraer NS-Ortsgruppenleiter (bis 1934) und danach als NS-Kreisleiter bestimmte Erich Braun für über ein Jahrzehnt maßgeblich über Wohl und Wehe in Bebra und im Landkreis Rotenburg. Dass er sich dazu berechtigt fühlte, brachte Braun am 3. November 1939 in einem „Versöhnungsgespräch“ mit Landrat Hermann von Kruse zum Ausdruck.

Einen solchen Termin hatte Gauleiter Karl Weinrich anberaumt, um die ständigen Querelen zwischen NS-Kreisleiter und Landrat zu beenden.

Bei diesem Termin stellte Braun die besondere Rolle Bebras bei der NS-Machteroberung heraus. Braun begründete gegenüber dem Gauleiter die Berechtigung seiner Forderungen an den Landrat damit, dass

„Bebra es war, von dem aus, und das darf ich wohl ohne Überhebung sagen, die Eroberung des Kreises Rotenburg in erster Linie durchgeführt wurde, ganz davon zu schweigen, dass in Bebra die ältesten Parteigenossen des Kreises saßen.“ (HStAW 520/22, Akte Hermann v. Kruse)

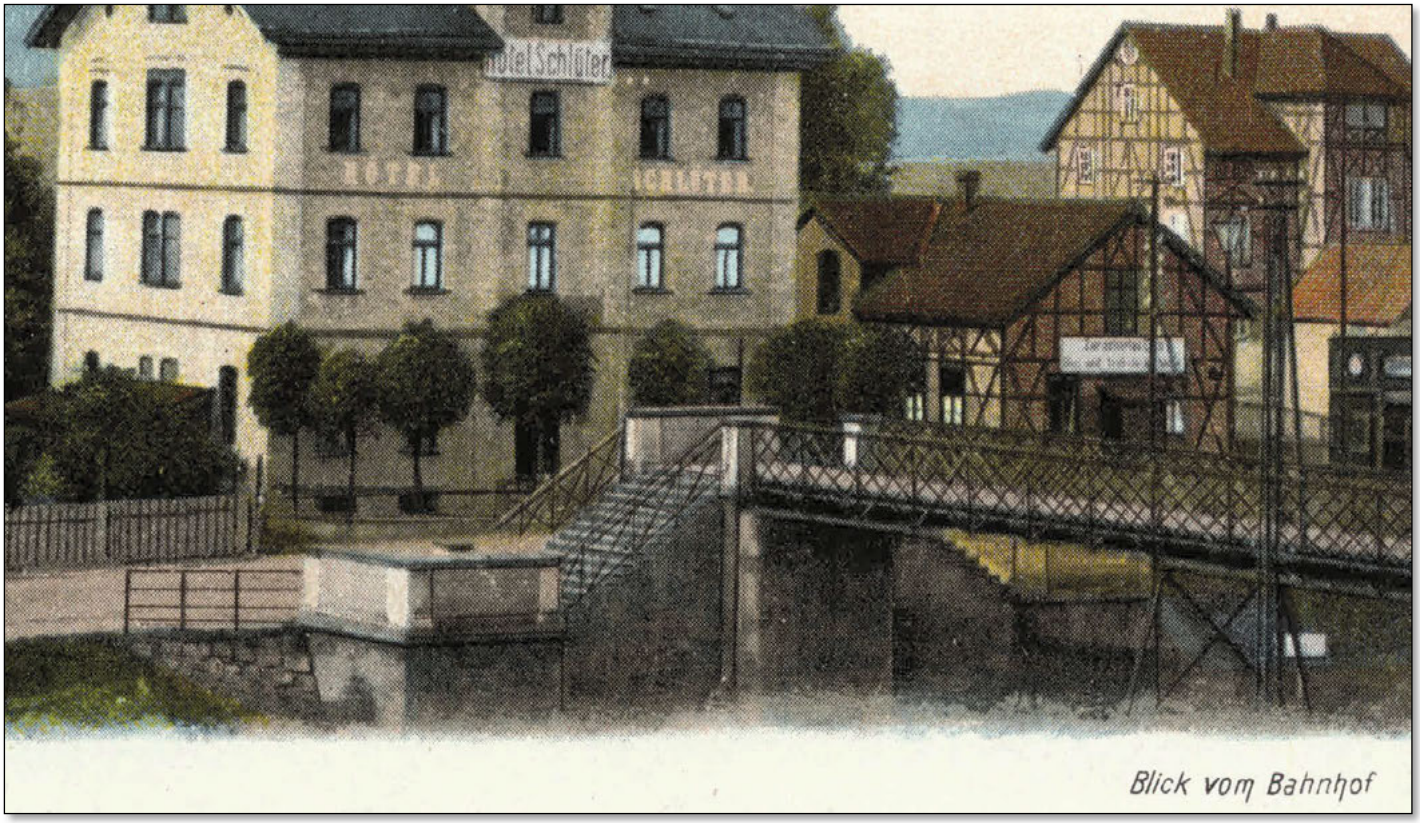
Dieses frühe Bekenntnis zum Nationalsozialismus, so Braun bei der Feier zu Bebras Stadtwerdung am 29. September 1935, sei auch der Grund dafür gewesen, dass die seinerzeitigen Bemühungen um Verleihung der Stadtrechte von der preußischen Regierung abgelehnt wurden:
„Bereits 1930 sollte die Stadtwerdung erfolgen; aber als man in der damaligen Preußischen Regierung von dem nationalsozialistischen Bekenntnis des Ortes Bebra erfuhr, wurde dieser Antrag glatt abgelehnt. Jetzt ist eine Dankesschuld abgetragen worden.“

Der frühe Zulauf zur NSDAP in Bebra speiste sich in erster Linie aus zwei Bereichen: zum einen aus der Belegschaft der von Erich Braun als Juniorchef geführten Bebrit-Preßstoffwerke, zum anderen aus der großen Zahl der bei der Reichsbahn tätigen Arbeitnehmer. Bis zum Beginn der Weimarer Republik war deren gewerkschaftlicher Organisationsgrad niedrig gewesen, was eine geringe Bindung an „linke“ Parteien nach sich zog und so den Nationalsozialisten strukturell entgegenkam.

Diese Konstellation ließ sich auch in anderen hessischen Kleinstädten nachweisen, wie dies in mehreren von Prof. Eike Hennig (Universität Kassel) betreuten Untersuchungen belegt ist.

Vielfach in Personalunion hatten sich NS-Parteimitglieder auch der SA angeschlossen, sodass die Gewähr gegeben war, nationalsozialistisches Gedankengut im Raum Bebra offen zu propagieren. Bis zum Durchbruch an den Wahlurnen bei der Reichstagswahl im September 1930 waren öffentliche NS-Parteiversammlungen bis in die benachbarte Kreisstadt Hersfeld meist erst durch den aus Bebra gestellten SA-Saalschutz durchführbar.

Bei der Einweihung der Geschäftsstelle der NS-Ortsgruppe im September 1933 hatte Erich Braun in seiner Festansprache, laut *Bebraer Nachrichten*, den Wirkungsbereich seiner Parteifreunde sogar bis nach Eschwege hin postuliert:
„Weit über die Grenzen hinaus wurde die Bewegung fortgepflanzt mit eisernem Willen und zäher Energie, sei es nun in Eschwege usw., überall war Bebra da.“



*Mit der Adresse **Zum Bahnhof 11**, unmittelbar neben dem Hotel Schlüter gelegen, richtete die Ortsgruppe Bebra der NSDAP im September 1933 unter der Bezeichnung Karl-Weinrich-Haus eine Geschäftsstelle ein, die auch Übernachtungsmöglichkeiten für Funktionäre der NSDAP bot. Das kleine Haus Zum Bahnhof 11 war vorher unter der Bezeichnung „Zur scharfen Ecke“ als Gaststätte genutzt worden. (Privatarchiv Hans-Jörg Wittich)*



*Mitte des Jahres 1935 entstandene „**Ehrentafel der alten Pg*** [Parteigenossen, H.N.] *der NSDAP-Ortsgruppe Bebra“ mit A(lfred) Lippert als NSDAP-Ortsgruppenleiter und E(rich) Braun als NSDAP-Kreisleiter in der obersten Reihe.* (Stadtarchiv Bebra)



*Das Foto zeigt einen Teil der Belegschaft der Elektrotechnischen Fabrik Bebra (später **Bebrit**) beim **30-jährigen Firmenjubiläum 1936**. Die Mitgründer und Mitinhaber Ernst Braun und sein Sohn Erich gehörten zu den schon vor 1933 bestimmenden Personen in der lokalen und regionalen NSDAP, sie trugen als größte private Arbeitgeber nicht unerheblich zu deren hohen Organisations- und Wahlerfolgen bei.* (Stadtarchiv Bebra)

Versuchte Gegenwehr

Judenfeindschaft im Alltag war für manche Juden keine neue Erfahrung, und sie hatten gelernt, sich gegen Angriffe und Schmähungen auch körperlich zur Wehr zu setzen und sich so Respekt zu verschaffen. Entsprechende Reaktionen blieben ab 1933 aber wohl die Ausnahme.

In der Familienüberlieferung nehmen Beispiele für furchtlose Auftritte einen wichtigen Rang ein. Beim Besuch im Juni 1996 von Rothschild-Nachfahren aus dem Haus Marktplatz 9 in Rotenburg berichtete Albert Rothschilds Enkelin Karen:
„Mein Großvater Albert, ein großer und kräftiger Mann, war eines Tages im Sommer 1934 im Café Ullmann [Steinweg 26, bis 1933 betrieben von dem jüdischen Konditormeister Leopold Ullmann, H.N.], als zwei Nazis in SA-Uniform hereinkamen und anfingen, gegen Juden zu stänkern. Das hörte er sich eine Weile an. Dann packte er die beiden bei den Schultern und schlug ihre Köpfe zusammen. Für meinen Großvater hatte dies keinerlei Folgen, obwohl er mit Strafmaßnahmen rechnen musste."
Es kann wohl angenommen werden, dass die beiden SA-Männer von einer Aktivierung von Polizei oder Gestapo Abstand nahmen, um sich nicht als „arische" Männer einem Juden gegenüber als unterlegen bekennen zu müssen.





*Porträt von **Albert Rothschild** im Jüdischen Museum Rotenburg a.d.F.*







*Im Hause seines Schwiegervaters, des Bäckermeisters **David Linz** in Rotenburg, Steinweg 26 (jetzige Hausnummer), hatte Leopold Ullmann 1919 ein Café mit Konditorei eingerichtet.*

***linke Spalte**, **oben**:*
in dem Haus auf der rechten Seite (Steinweg 26) war das von Leopold Ullmann geführte Café. (Foto 2020)

***linke Spalte**, **Mitte**:*
Die Verankerung der Familie im lokalen Umfeld bringt die Veranstaltungs-Ankündigung vom 22.02.1930 zum Ausdruck: Konzert unter Mitwirkung der Wandergruppe des Alheimer-Vereins. (Rotenburger Tagebl. v. 22.02.1930).

***linke Spalte**, **unten**: Annonce im Tageblatt v. 31.12.1924.*

Unterschiedliche Verhaltensweisen

Die soziale Kontrolle in Ortschaften von der Größe Rotenburgs und Bebras ermöglichten es den NS-Machthabern schnell, ein nahezu lückenloses Netz der Bespitzelung aufzubauen, das es auch nicht antisemitisch eingestellten Bürgern schwer machte, weiterhin bei Juden zu kaufen oder mit ihnen in sozialem Kontakt zu bleiben. Ständige Judenhetze und die öffentliche Anprangerung zeigten Wirkung, aber sie konnten offenbar nicht völlig verhindern, dass die Kundschaft einigen Geschäften treu blieb und deren Hintereingang benutzte, um unentdeckt einkaufen zu können. So berichteten es ehemals in Rotenburg bzw. Bebra ansässige Juden und auch lokale Zeitzeugen.

Leser erinnern sich

Durch den Hintereingang

Kontakte zu jüdischen Geschäftsleuten

Von meinem Bruder Helmut Beisheim in Bebra erhielt ich den Zeitungsartikel über die NS-Zeit mit der Frage „1933 – wer kann sich erinnern?". Ich kann mich an einige Dinge erinnern, auch zum Thema Juden.

In der Breitenstraße in Rotenburg hatte Speyers Aron einen kleinen Kurzwaren-Laden. Er fuhr mit dem Fahrrad auch über Land, um Nähfaden, Knöpfe, Schuhriemen zu verkaufen. Regelmäßig kam er in unser altes Bauernhaus in Mündershausen, saß mitten in der Küche und erzählte. Er war froh, dass er Zuhörer fand, die sich für sein Schicksal interessierten und Anteil nahmen.

So erfuhren wir, dass er das Geld für die Ausreise seiner Tochter Leoni (Jahrgang 1924) zusammenhatte. Er selbst mit Frau und Tochter Ilse versuchte, in Frankfurt unterzutauchen (circa 1938). Später berichtete uns ein Hilfspolizist – er stammte aus Mündershausen – er sei Aron in Frankfurt begegnet, Aron habe den Judenstern getragen, habe den Bürgersteig verlassen mit der Bemerkung „Wir dürfen ja nicht zusammen reden" und sei auf der Straße weitergegangen ... Wir haben danach nie mehr etwas von Aron gehört.

Am Marktplatz neben der Jakobi-Kirche gab es einen Delikatessen-Laden, in dem ich als Kind Bratheringe oder einen Rollmops kaufte. An der Eingangstür hing ein Messingschild „Juden haben keinen Zutritt". Ich habe das Schild heute noch deutlich vor Augen.

Kleiderstoff oder Wäsche kauften wir im Geschäft der jüdischen Familie Linss im Steinweg. Wir betraten jeweils den Laden über den Hintereingang, vom Kirchhof her. Meine Mutter hatte Sorge, dass wir, wenn wir den Haupteingang benutzten, vielleicht registriert würden. Auch diese Familie konnte noch auswandern.

Seit 55 Jahren lebe ich in der Schweiz, bin durch Heirat Schweizerin geworden. Über die Vergangenheit reden mein Mann und ich immer wieder.

Hedi Christen-Beisheim
Emmenbrücke-Luzern

Aber auch von schlechter Zahlungsmoral war die Rede, die eher noch als der Umsatzrückgang zum Problem wurde. Dazu Johanna Oppenheim, ehemals Nürnberger Straße 38 in Bebra, in einer Stellungnahme aus dem Jahre 1953: *„Für die wenigen Umsätze, die wir bis 1938 noch machten, blieben wir vielfach auf unbezahlten Rechnungen sitzen. Wir lebten in diesen Jahren von der Vermögenssubstanz."*

„Auch wenn jüdische Viehhändler hier und da noch ein Geschäft abschließen konnten, waren sie dabei ständigen Anfeindungen ausgesetzt. … Nicht wenige Bauern nutzten die missliche Lage der Verfolgten aus, indem sie ihre Schulden nicht mehr beglichen. Diese Bauern vertrauten darauf, dass die Staatsgewalt ihre Taten ungeahndet ließ." (Fischer 2014: 266) Andererseits liefen sie dabei auch Gefahr, sich in den „Stürmer"-Kästen an den Pranger gestellt zu sehen.

Dass es trotz allem noch längere Zeit nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ein Publikum gab, das in jüdischen Geschäften kaufte, lässt sich als Geste der Widerständigkeit und der Solidarität mit den Diskriminierten verstehen. Oder aber sprachen für das Kaufen im jüdischen Geschäft ganz schlicht und einfach die Gewohnheit, der kurze Weg oder der knappe Geldbeutel? Wie den Berichten des Rotenburger Landrats an die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zu entnehmen ist, dauerte es eine geraume Weile, bis das NS-Regiment mit dem Ausmaß der Isolierung der jüdischen Minderheit zufrieden war.

Hatten sich vielleicht Menschen in unserem Landkreis ein „schlechtes" Beispiel an dem seit 1924 amtierenden Landrat Walter von Dombois genommen? Diesen hatte man am 5. Februar 1934 *„aus politischen Gründen"* aus dem Dienst entfernt. Durch sein unbotmäßiges Verhalten hatte sich der aus dem Rheinland stammende Verwaltungsjurist den Zorn des nationalsozialistisch beherrschten Kreistags zugezogen. Beispielsweise hatte er sich geweigert, das Horst-Wessel-Lied („SA marschiert, die Reihen fest geschlossen") zu singen und den rechten Arm zum Hitlergruß zu erheben. Damit hatte sein Nachfolger Horst Hermann von Kruse wohl weniger Probleme. Vor seinem Amtsantritt in Rotenburg war er beim Kasseler Regierungspräsidenten als dessen politischer Referent tätig gewesen. (Klein 1988: 145)

***Leserbrief** v. 25. April 2008, HNA Rotenburg-Bebra*

Sie waren doch Frontsoldaten gewesen

Viele Juden konnten nicht begreifen: Sie waren doch im Ersten Weltkrieg deutsche Soldaten gewesen, waren häufig Träger von Kriegsauszeichnungen und hatten allen Grund, sich als „gute Deutsche“ zu fühlen. Sie hofften auf ein Abflauen dieses Spuks, den sie nicht verstehen konnten.

Und für Rotenburg und Bebra war dies mit Zahlen zu belegen, auf den hier aufgestellten Kriegerdenkmälern ist es auch namentlich dokumentiert:

In Bebra waren es sechs Juden, die als Soldaten im Ersten Weltkrieg ihr Leben verloren; deren Anteil an den Kriegsopfern Bebras insgesamt war damit fast doppelt so hoch wie der entsprechende prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung des Ortes.

Gleiches gilt für Rotenburg: Aus deren jüdischen Familien kamen sogar sieben junge Männer, die ihr Leben im Fronteinsatz des Ersten Weltkriegs verloren.



***Gedenktafel** (Nachbildung) für die sieben jüdischen Gefallen des Ersten Weltkriegs aus Rotenburg a.d.F.*



Die Namen der sechs Bebraer Juden, die im Ersten Weltkrieg ihr Leben verloren, sind auf dem Ehrenmal An der Bebra verzeichnet. An oberster Stelle steht mit Salli Rothfels ein jüdischer Bebraner, der mit dem Todesdatum 22. August 1914 das erste WKI-Opfer aus Bebra war.
Die übrigen fünf jüdischen WK-Opfer waren:

Albert Apfel 1.5.1918	Arnold Oppenheim 7.4.1915
Sally Lindau 26.10.1917	Moritz Oppenheim 13.9.1914
Leopold Rothfels 6.10.1916	

Auch das große Denkmal für die Rotenburger Gefallenen im Ersten Weltkrieg auf dem allgemeinen Friedhof würdigt die gefallenen jüdischen Soldaten. Aus Rotenburg waren dies sieben junge Männer; außerdem hing in der Altstädter Kirche in Rotenburg eine Gedenktafel, die ebenfalls die jüdischen WKI-Opfer namentlich aufführte.
Die in der linken Spalte abgebildete Tafel ist eine Nachbildung der Gedenktafel, welche die Rotenburger Jüdische Gemeinde in ihrer Synagoge platziert hatte. Diese Tafel hängt in der Judaica-Geschichtswerkstatt der Jakob-Grimm-Schule, der Text lautet:

DIE ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE ROTENBURG IN DANKBARER ERINNERUNG IHREN 1914-1918 FÜRS VATERLAND GEFALLENEN SÖHNEN

Willy Flörsheim	geb. 5.10.1881	gef. 14.3.1915
Isidor Gans	geb. 2.7.1890	gef. 11.9.1915
Emil Korn	geb. 5.6.1877	gef. 24.9.1917
Bernhard Linz	geb. 2.6.1893	gef. 11.9.1915
Hermann Rothschild	geb. 25.9.1887	gef. 25.6.1916
Joseph Rothschild	geb. 16.2.1893	gef. 27.7.1916
Isidor Speier	geb. 22.2.1896	gef. 23.6.1916

EHRE IHREM ANDENKEN

Das Für und Wider eines Wegzugs

Rund 37.000 Juden flüchteten im ersten Jahr der NS-Herrschaft aus Deutschland, um der Verfolgung zu entgehen. Doch blieben die allermeisten jüdischen Deutschen in ihrer Heimat, weil sie annahmen, dass der antisemitische Kurs der NS-Regierung abklingen und, wenn auch unter deutlich erschwerten Bedingungen, ein normales Leben in Deutschland auch weiterhin möglich sein würde. Und gab es nicht immer die Hoffnung darauf, dass das neue Regime vielleicht doch bald abgewirtschaftet haben könnte? Andere meinten, die Regierung und die Parteispitze würden sich bald von dem Treiben der antisemitischen Radaubrüder distanzieren und ordnend eingreifen.

Für die meisten bedeutete es ohnehin einen schweren Entschluss, die Heimat zu verlassen und das Erreichte für ein ungewisses Leben im Ausland aufzugeben. Sie waren ja in diesem Land geboren, fühlten sich ihm verbunden und konnten nicht verstehen, dass sie plötzlich ausgestoßen sein sollten.

So harrten sie zunächst aus, weil sie nicht glauben konnten, dass ihnen, die sie deutsch dachten und fühlten, in ihrem Heimatort etwas Böses geschehen würde. Trotz aller Drangsalierungen verspürten nur die wenigsten Juden eine akute Gefahr für Leib und Leben. Schließlich waren sie seit jeher den Antisemitismus weiter Bevölkerungskreise gewohnt. Zudem sah mancher seine eigenen „nationalen Verdienste“ für Deutschland als ausreichenden Schutz für seine persönliche Sicherheit an, insbesondere im Falle eines aktiven Weltkriegseinsatzes.

Hans/Chanan Flörsheim, Jahrgang 1923, hatte bei seinen Besuchen in seiner Heimatstadt 2006 und danach noch den wiederholten Kommentar seines Vaters im Ohr: *„Das geht vorbei!“* In ihrer Familie, so Flörsheim, konnte man sich nicht vorstellen, dass man über unschöne Erfahrungen hinaus jemals ernsthaft bedroht sein würde, schließlich war man über Generationen hin in der Region verwurzelt und laut Dokumenten mindestens schon seit Beginn des 18. Jahrhunderts dort ansässig. So wie die Mehrheit der Juden in Deutschland glaubten sie, das Dritte Reich würde nur eine politische „Eintagsfliege“ sein.

In seiner 2006 vorgelegten Autobiographie „Über die Pyrenäen in die Freiheit. Von Rotenburg an der Fulda über Leipzig und Amsterdam und durch Frankreich und Spanien nach Israel 1923-1944“ schreibt Hans/Chanan Flörsheim: *„Bei Tisch- oder Bridgespielgesprächen betrachtete man die Vorgänge als eine vorübergehende Periode, und es wurden sogar Wetten über deren Dauer abgeschlossen. … Mein Vater hatte noch zwei Brüder, Joseph und Willy. Sie dienten beide im Ersten Weltkrieg an der Front. Willy fiel im Jahre 1916 in Flandern. Als Kind war ich nicht wenig stolz darauf, den Namen meines Onkels zusammen mit anderen Gefallenen aus der jüdischen Gemeinde auf einer Gedenktafel in der Synagoge zu sehen.“* In der Todesanzeige im Rotenburger Kreisblatt sprachen die Hinterbliebenen stolz vom *„Heldentod für's Vaterland“.* Für den Rotenburger Radfahrerverein war ihr Sportskamerad *„Auf dem Felde der Ehre“* gestorben.



Traueranzeige des ***Rotenburger Radfahrervereins Viktoria*** *für seinen „guten, treuen Kameraden“ Willi Flörsheim, der am 14. März 1916 seinen Kriegsverwundungen erlegen war.*
Seine Familie beklagte in ihrer Traueranzeige Willis „Heldentod für's Vaterland“.

Ebenso wie die Flörsheims waren viele Rotenburger und Bebraer jüdische Familien bodenständig, seit Generationen waren sie hier und in dieser Region ansässig; viele hatten Grundbesitz. Die meisten Rotenburger und Bebraer Juden betrachteten sich ganz selbstverständlich als Deutsche. Man hielt die Diffamierungen und Schikanen wohl für eine vorübergehende Erscheinung, die tatsächliche Dimension der Bedrohung wurde von vielen erst spät erkannt.

Diese späte Realisierung mag zum einen in dem Umstand begründet liegen, dass Antisemitismus für die Juden keine grundsätzlich neue Erfahrung darstellte. Zum anderen mag die zunächst widersprüchliche Politik des NS-Regimes die Hoffnung bewahrt haben, dass wirtschafts- und außenpolitische Sachzwänge einer vollständigen Ausgrenzungspolitik, insbesondere gegenüber den ehemaligen Weltkriegsteilnehmern, Grenzen setzen würden. So war es vor allem für die älteren jüdischen Menschen zunächst undenkbar, das Land ihrer Väter, ihrer Sprache und Kultur zu verlassen, wobei das Ausmaß der Bedrohung natürlich erst aus der heutigen Rückschau zu erkennen ist.





Julius und Paula Flörsheim *geb. Katzenstein mit ihren Kindern Hans und Edith waren im Mai 1933 die Ersten, die ihre Heimatstadt Rotenburg verließen.*

Drei Rotenburger jüdische Familien gehen schon 1933 weg

Julius und Paula Flörsheim mit ihren Kindern Hans (*1923) und Edith (*1925) und die Familie von Julius' jüngerem Bruder Joseph (mit Ehefrau Else und Sohn Bruno) waren im Mai 1933 die Ersten, die ihre Heimatstadt verließen. Die Flörsheims dachten zwar nicht an Auswanderung, wohl aber versprachen sie sich von einer Übersiedlung nach Leipzig und der Verlegung ihres Handels mit Textilien in die sächsische Metropole bessere Geschäftschancen und mehr Schutz in der Anonymität der Großstadt. Die 1920 gebildete Offene Handelsgesellschaft der Brüder Joseph und Julius Flörsheim machte am 3. Juni 1933 die Verlegung ihres Textilhandels nach Leipzig aktenkundig. Hans/Chanan Flörsheim: *„Leipzig war ganz anders. Erstens Großstadt, wo nicht jeder jeden kannte. Zweitens internationale Messestadt und drittens die gemütlichen Sachsen."* Bald aber sollte auch in der Großstadt das Leben für deren jüdische Bürger schwer erträglich werden.

Wie bereits im Zusammenhang mit den antijüdischen Maßnahmen des 1. April 1933 dargestellt,

verließen auch Siegfried Katzenstein und seine Frau Wyla im Mai 1933 die Fuldastadt, um sich in Berlin niederzulassen. Allerdings war das Motiv hier nicht ökonomischer Natur, sondern erfolgte als Reaktion auf schwere Misshandlungen durch SA-Leute. Der Wegzug wurde den Katzensteins dadurch erleichtert, dass ihre Tochter Ruth seit 1925 in Berlin lebte und dort mit dem Schirmfabrikanten Walter Lichtenstein verheiratet war, sodass sie den Eltern dort zu einem Quartier verhelfen konnte. Durch Konkurs seines Altwarenhandels im Jahre 1927 hatte Siegfried Katzenstein in Rotenburg seine Geschäftstätigkeit aufgeben müssen.

18 jüdische Personen insgesamt kehrten Rotenburg 1933 den Rücken, acht waren 20 Jahre und jünger. Für die 1933 aus Rotenburg Weggezogenen galt in keinem Falle die Auswanderung ins rettende Ausland.
1934/35 verließen dann die Ullmanns die Fuldastadt: Leopold und seine Frau Karoline geb. Linz mit den Töchtern Erika *1921, Lina *1922 und Marianne *1925. Sie hatten bis dahin das Café Ullmann, Steinweg 26, betrieben. Ullmanns erste Adresse nach Rotenburg war Kaiserslautern, aus dessen Nähe Leopold als Konditormeister nach Rotenburg gekommen war.

1935, noch vor Erlass der Nürnberger Rassegesetze, verließen Albert und Irma Rothschild zusammen mit ihren Kindern Heinz und Thea ihre Heimatstadt.



*Im September 2016 wurde dieser Gedenkstein ("Stolperstein") für **Siegfried Katzenstein** vor dessen ehemaligem Wohn- und Geschäftshaus Im Zwickel verlegt.*


Leopold Ullmann *03.04.1882


Karoline Clara Ullmann geb. Linz *10.09.1893

Aus Bebra 1933 noch keine Familie weg

In Bebra wurden in den städtischen Akten für 1933 zwar zwei Abmeldungen jüdischer Personen registriert. Bei den beiden 1933er Abgängen handelte es sich nachweislich um Irrtümer der Verwaltung. Im Falle des 1912 geborenen Textilreisenden Ernst Schuster, dessen entsprechende schriftliche Bekundung in Zusammenhang mit seinen Anträgen auf Entschädigung vorliegt, ergibt sich, dass er erst 1936, zusammen mit seinen Eltern, von Bebra aus in die USA emigrierte und sein für 1933 registrierter Wegzug nach Essen als beruflich bedingte Anmietung einer Zweitunterkunft zu verstehen ist. Und im Falle der im November 1933 als „verzogen nach Norden/Ostfriesland" gemeldeten Hanna Emanuel handelte es sich um die seit 1923 nach Norden (Ostfriesland) verheiratete Johanna Altgenug geb. Emanuel. Sie war zwischenzeitlich zu einem längeren Aufenthalt in ihren Heimatort gekommen, um ihre erkrankte Mutter zu versorgen.

Im August 1934 meldete sich Pauline Goldschmidt, die älteste Tochter des im März 1934 verstorbenen Pferdehändlers Salomon Goldschmidt ab, um zu ihrem in Dortmund lebenden Bruder zu ziehen. Beider Leben endete im Holocaust.

Für die meisten jüdischen Einwohner Rotenburgs und Bebras stellte sich 1933 und unmittelbar danach noch nicht die Frage *„gehen oder bleiben?"*, sondern eher: Wie sollte man sich verhalten, um weiterhin seinem Beruf, seinen Geschäften nachgehen zu können? Vor allem für die älteren Juden war das Verlassen ihres Heimatortes zunächst keine Op-

tion, insbesondere kam eine Auswanderung nur für die Wenigsten in Frage. Nochmals zusammenfassend: In diesem Land waren bereits ihre Eltern und Vorfahren geboren, diesem Kulturkreis fühlten sie sich zugehörig, hier war ihre Heimat.

Ilse Friedmann-Abraham aus Bebra in ihrer 1983 in Englisch verfassten Autobiografie:
„Meine Mutter wollte Deutschland sofort verlassen. ... Es wäre noch möglich gewesen, unseren gesamten Besitz zu verkaufen und mit dem Geld ein neues Leben zu beginnen. Mein Vater aber wollte davon nichts hören, er war ein deutscher Patriot durch und durch. Er war sich völlig sicher, dass die Nazis ihn in Ruhe lassen würden, hatte er doch im Ersten Weltkrieg für sein Land gekämpft. Und war er nicht ein Kriegsveteran? Also blieb unsere Familie."



Auswanderungsprobleme

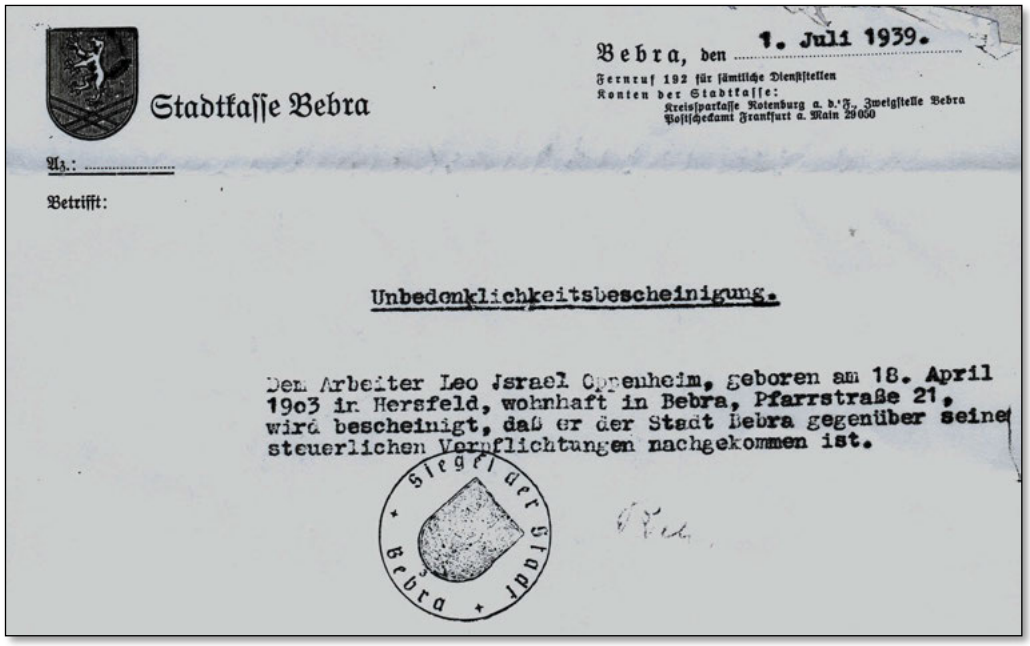
Während Regierung und Partei bis zum Kriegseintritt der USA im September 1941 grundsätzlich die Auswanderung der Juden wünschten, legte die Bürokratie ihnen endlose Schwierigkeiten in den Weg.

So wurde die 1931 zur Verhinderung der Devisenflucht eingeführte Reichsfluchtsteuer deutlich erhöht und fast ausschließlich bei Juden und Jüdinnen erhoben, sie bedeutete eine wesentliche Erschwernis der Auswanderung. Außerdem ging den Juden durch das Verlassen ihrer deutschen Heimat ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren, mit dem Ergebnis, dass sie postwendend ausgebürgert wurden und den jetzt Staatenlosen ihr Besitz vom Deutsche Reich weggenommen wurde.

Doch nicht nur die Reichsfluchtsteuer und der Verlust der Staatsangehörigkeit erschwerte die Auswanderung. Wer Deutschland verlassen wollte, musste zuvor einen langwierigen, mühevollen Weg durch zahlreiche Ämter, Beratungsstellen und Konsulate absolvieren.

Sollte Vermögen transferiert werden, bedurfte es der Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamts und auch der jeweiligen Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung. (s. Dokument unten)

Ferner benötigte man ein Gutachten der Auswandererberatungsstelle sowie der Devisenstelle beim Finanzamt Kassel. Schätzungen gehen dahin, dass bis zu 90 % Wertverlust mit dem Erreichen des begehrten Auswanderungszieles verbunden waren.



Stadtkasse Bebra

Bebra, den 1. Juli 1939.

Fernruf 192 für sämtliche Dienststellen
Konten der Stadtkasse:
Kreissparkasse Rotenburg a. d. F., Zweigstelle Bebra
Postscheckamt Frankfurt a. Main 29050

Az.:

Betrifft:

Unbedenklichkeitsbescheinigung.

Den Arbeiter Leo Israel Oppenheim, geboren am 18. April 1903 in Hersfeld, wohnhaft in Bebra, Pfarrstraße 21, wird bescheinigt, daß er der Stadt Bebra gegenüber seinen steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Siegel der Stadt Bebra

Unbedenklichkeitsbescheinigung *für Leo Oppenheim (geb. 1903) betr. steuerliche Verpflichtungen gegenüber der Stadt Bebra.*
linke Spalte:
Leo Oppenheim und Marie Ochs (1912-1942) bei ihrer Eheschließung. Auch für Marie hatte die Stadt eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt. Maries Leben endete im Juni 1942 im Vernichtungsort Sobibór.

Das untenstehende Dokument (Ausschnitt) aus dem Bebraer Stadtarchiv zeigt den verwaltungsmäßigen Aufwand, dessen es zur Ausstellung eines Reisepasses bedurfte. Die 24-jährige Frieda Neuhaus, Amalienstraße 3, die von Januar 1936 bis 5. Oktober 1938 in Hamburg tätig gewesen war, hatte die vorherige Zustimmung von acht unterschiedlichen Ämtern und Institutionen einzuholen:

1. Staatspolizeistelle Kassel
2. Zollfahndungsstelle Frankfurt a. M.
3. Reichsbankanstalt in Kassel
4. Devisenstelle b. Oberfinanzpräsidenten in Kassel
5. Präsident des Landesfinanzamtes Berlin, Kurfürstendamm 193/194 (Zentrale Nachrichtenstelle)
6. Finanzamt Rotenburg a/F.
7. Arbeitsamt Hersfeld
8. Polizeibehörde in Hamburg

An anderer Stelle wird als 9. zu konsultierende Adresse die Kreisleitung der NSDAP genannt. Den Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses hatte Frieda Neuhaus am 13.10.1938 gestellt, am 15. Dezember ist ihre Abreise nach Südafrika dokumentiert. Das Auswanderungsvorhaben von Max Rothfels (Ziel Südafrika) mit Beantragung eines Reisepasses startete am 15. September.

Schon für zehn Tage später, für den 25.09. war im Bebraer Rathaus die Wiedervorlage des Vorgangs angeordnet worden. Dies kann als Beleg dafür genommen werden, was Levi Oppenheim, der ehemalige Vorsteher von Bebras jüdischer Gemeinde, als lobenswertes Agieren von Bebras Bürgermeister Schwichtenberg in einem Brief (26.08.1949) festhielt:

„Bei der Auswanderung hat er bei den Passangelegenheiten soviel getan, was Hunderte von anderen Bürgermeistern nicht getan hätten."

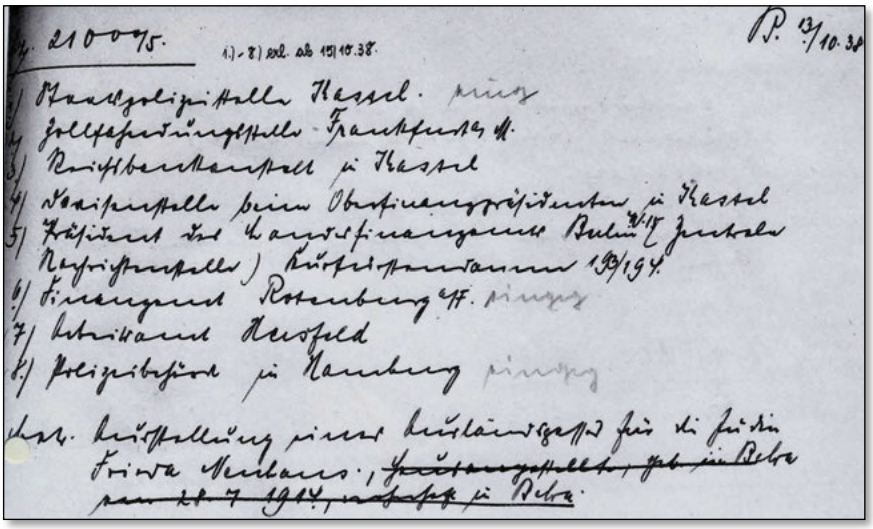
Das Hauptproblem bestand jedoch darin, dass alle europäischen Länder und die überseeischen Industriestaaten sich sperrten, größere Kontingente von Einwanderern aufzunehmen. Die jeweiligen Regierungen sahen ihre Prioritäten nicht in der Aufnahme von (jüdischen) Flüchtlingen, sondern in der Überwindung der Arbeitslosigkeit, die als Folge der Weltwirtschaftskrise die Staaten bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs belastete.

Oft wird die Frage gestellt, warum nicht viel mehr Juden Deutschland rechtzeitig verlassen haben. Längst nicht alle besaßen Verwandte oder Freunde im Ausland, die die erwarteten finanziellen Garantien geben konnten, dass die Flüchtlinge dem Aufnahmeland nicht zur Last fallen würden. Und überhaupt: Wie konnten die Emigranten im Ausland eine Arbeitsstelle finden und die erforderliche Arbeitsgenehmigung erhalten?

Nur die wenigsten waren der Sprache des in Aussicht genommenen Exillandes mächtig. Und einige hatten nicht einmal genug Geld, um die reinen Reisekosten ins Ausreiseland zu bezahlen. Manche konnten und wollten nicht weggehen, weil sie ihre betagten Familienangehörigen nicht allein lassen wollten. So etwa Marie Oppenheim, Pfarrstraße 21 in Bebra, die sich zur Pflege ihrer Schwiegermutter Johanna (Jahrgang 1876) verpflichtet fühlte.



Frieda Neuhaus: *geb. Bebra am 28.07.1914, gest. Südafrika 1962.*



Frieda Neuhaus' Beantragung eines ***Reisepasses****: von 8 Ämtern war eine Bescheinigung einzuholen. (Stadtarchiv Bebra)*

CANADIAN PACIFIC

DAS GRÖSSTE VERKEHRSNETZ DER WELT



TELEGRAMME: „CACANPAC"
TELEPHON: 33 11 41
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 5241

Durchbuchungen nach dem Fernen Osten über Kanada

WELTREISE 1938

Empress of Britain
42 350 Tons
Das größte und schnellste Schiff auf der Route Europa - Kanada

Generalagenten für Deutschland:
CANADIAN PACIFIC RAILWAY (GERMANY) G. m. b. H.

Akten-Zeichen 83106. Bitte in der Antwort angeben.

HAMBURG 1, 22. Septbr. 1938.
Alsterdamm 9 (Canadahaus)

Vertraulich.

Stadt Rotenburg a. F.
Eing. 23 SEP. 19 S.
Tgeb.-No.

An den
Herrn Bürgermeister,
Rotenburg a.d.F.

Herr Hermann Moses, dortselbst, Strasse der S.A. 19 beabsichtigt als Landwirt nach Kanada auszuwandern. Da Kanada nur Berufslandwirte zulässt, hören wir gern von Ihnen, ob Herr Moses ausschliesslich Landwirtschaft betrieb und ob er seinen Lebensunterhalt zum grössten Teil hieraus bestritt. Er selbst schreibt uns, dass er von Beruf Viehhändler und Landwirt sei. Wir nehmen an, dass er wohl hauptsächlich Viehhandel betrieb. Für eine gefl. diesbezgl. Auskunft wären wir Ihnen sehr dankbar, insbesondere auch, ob er wohl genügende landwirtschaftliche Kenntnisse besitzt. Ihre Mitteilungen werden wir selbstverständlich streng vertraulich behandeln. Mit bestem Dank im voraus

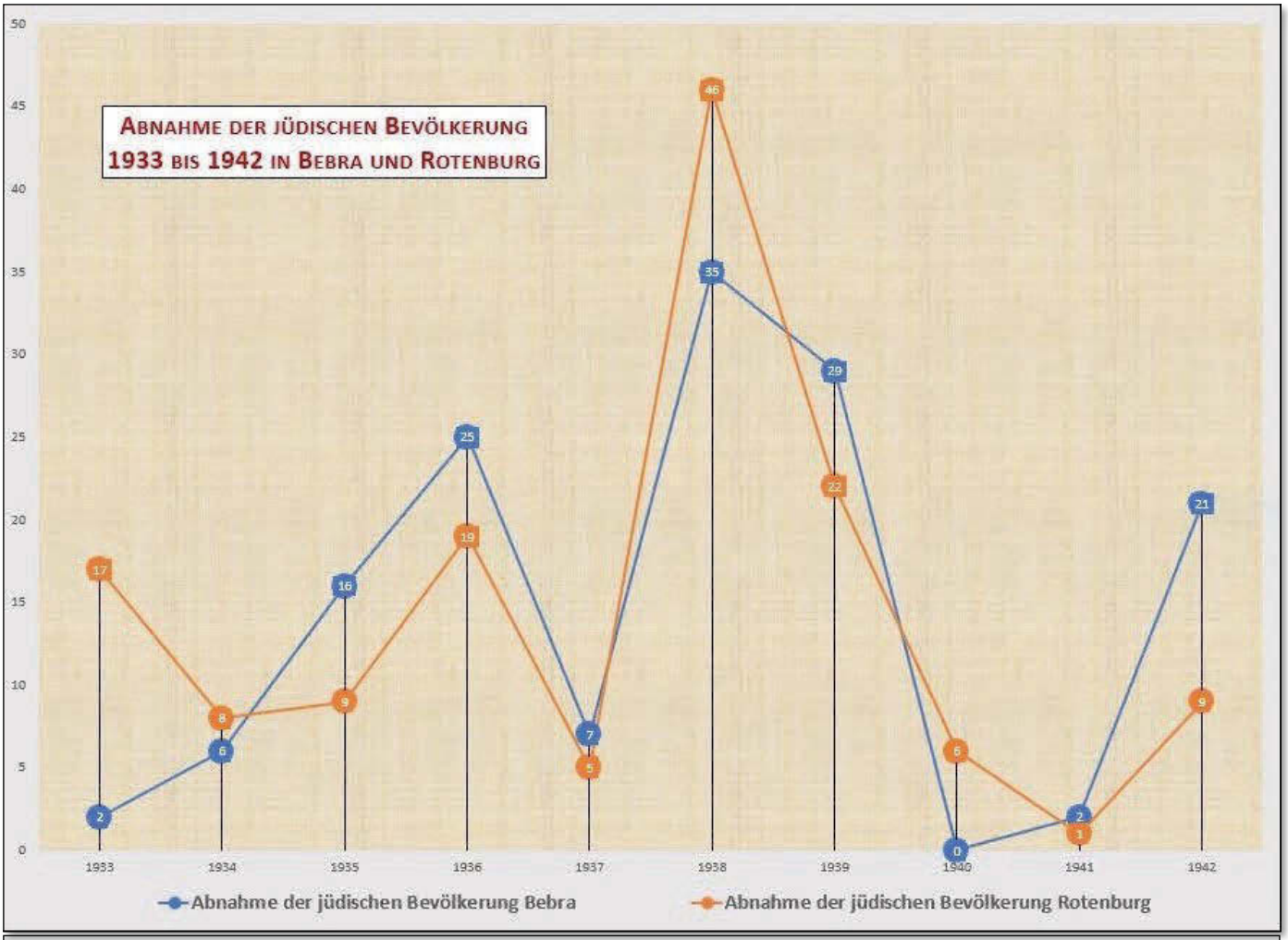
hochachtungsvoll

Canadian Pacific Railway (Germany) GmbH.
L.P. Hodson.

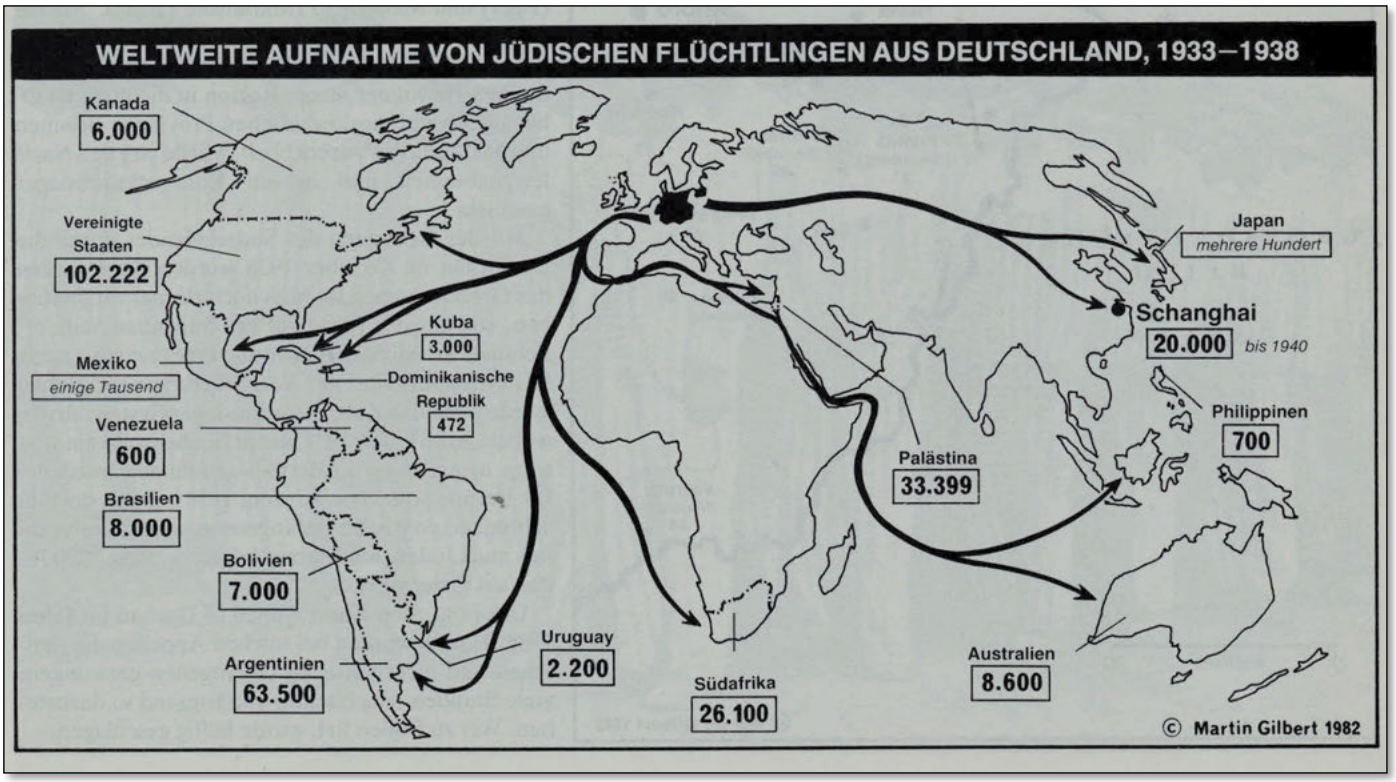
L. P. Hodson

1 Freiumschlag.

*Länder wie **Kanada** waren zwar bereit, Einwanderer aufzunehmen. Gute Chancen hatten dabei Landwirte, nicht aber kaufmännisch Tätige, wie die Rückfrage des kanadischen Transportunternehmens (Canadian Pacific) zu erkennen gibt und wie dies durch die Bereitstellung eines Freiumschlags bekräftigt wird. Ob Hermann Moses den gewünschten Nachweis erbringen konnte, dass er seinen Lebensunterhalt zum größten Teil aus der Landwirtschaft bestritt und dass er „genügende landwirtschaftliche Kenntnisse" hatte, ist nicht bekannt. Hermann Moses (geb. 1884) und seine Frau Emmy (geb. Plaut) waren erst im Verlauf des Jahres 1938 zusammen mit ihrem 15-jährigen Sohn Ernst und ihrer achtjährigen Tochter Ruth aus ihrem Heimatort Frielendorf nach Rotenburg gezogen, mit dabei auch Hermann Moses' Vater Abraham (88). In Rotenburg hatten sie Zuflucht bei Emmy Moses' Schwester Fanny gefunden, der Frau von Hermann Linz, Breitenstraße 19. Hermann und Emmy Moses wurden 1942 von Frankfurt aus deportiert, Abraham Moses' Leben endete am 27. August 1942 im Ghetto Theresienstadt, für Ernst und Alice Moses fehlt jegliche Information.*



Nach Kalenderjahren gegliederte zahlenmäßige Erfassung der Abgänge jüdischer Menschen aus Bebra und Rotenburg in den Jahren 1933 bis 1942, wie es sich aus den amtlichen Unterlagen ergibt.



Ilse Abrahams Erinnerungen

Was mussten die Menschen empfunden haben, denen auf jede nur denkbare Weise die Teilhabe am Leben in ihrem Wohnort genommen wurde, die täglich tiefsten Kränkungen ausgesetzt waren?

Ilse Abraham-Friedmann (Jg. 1914):

„Am Tag von Hitlers Sieg stellte sich mein tägliches Leben auf den Kopf, alles änderte sich vollständig: Das Schwimmen in der Fulda, dem Bebra nahen Fluss, was ich über so viele Jahre gemacht hatte, war jetzt verboten, ebenso der Kinobesuch, das Spazierengehen im Park oder sonstwo war für Juden verboten, eine Sache nach der anderen wurde verboten. Was man auch tun wollte, es war verboten, verboten und abermals verboten. Ich war damals noch ein Teenager und kann mich kaum noch daran erinnern, was ich gefühlt habe, als sich alle meine nicht-jüdischen Freundinnen und Freunde von mir abwandten. Ich hatte die Schule abgeschlossen [mit der mittleren Reife in Hersfeld, H.N.] *und wollte mich zur Dentistin ausbilden lassen, jüdische Studierende wurden aber nicht mehr zugelassen. …*

Zum Ende meiner Schulzeit war die Nazi-Partei stärker geworden und es gab eine Menge unerfreulicher Situationen. Lehrer kamen in Nazi-Uniformen in die Schule, manche meiner besten Freunde schlossen sich der Nazi-Jugendbewegung an und es war ihnen nicht länger erlaubt, mit mir zu verkehren. Hitler wurde der Prophet aller arbeitslosen Leute und für jeden Spinner, der sich von ihm einen persönlichen Vorteil versprach oder eine Verbesserung seines Lebensstandards erhoffte. Hitler, ihr Heiland, versprach alles und jedes, seine Anhänger schworen, dass sie ihr Leben für ihn geben würden, sich nicht bewusst, dass für die meisten von ihnen die Zeit kommen würde, für seine Ideen zu sterben.“



***Ilse Abraham**-Friedmann (links) 1984 mit ihrem Lebensgefährten zu Besuch in Bebra.*

Erinnerungen an die Jugendjahre

In noch drastischeren Worten schildert der 1913 in Bebra geborene Rudi Oppenheim, Sohn des Gemeindevorstehers Levi Oppenheim, seine Erinnerungen an seine Jugendjahre in Bebra:

„Meine Freunde in der Kindheit waren alles christliche Jungens, Nachbarskinder. … Kaum war 33, kaum war der Hitler da - da konnt' es einem passieren, daß auf der Straße derselbe Freund, mit dem Sie vor einem Jahr Fußball gespielt haben, Ihnen ins Gesicht hineingerotzt hat. Der ins Poesiealbum geschrieben hatte:

„Wenn zweie gute Freunde sind,
die einander kennen,
Sonn' und Mond begegnen sich,
ehe sie sich trennen."

Das hat er mir reingeschrieben. Und ich bin mit ihm in der Eisenbahn gefahren, er war in Uniform, SA oder SS. Und ich hab' nicht gewußt, wie ich mich ihm gegenüber benehmen soll. In der Schulbank haben wir zusammen gesessen - ich werd' das nie verstehen. Für ihn hab' ich bekommen eine Beff vom Direktor: Er hatte von mir abgeschrieben, ich hatte eine Zwei minus, er eine Zwei plus, oder sowas. Hab' ich mir erlaubt, den Doktor Etzrodt zu fragen: Sagen Sie mal, der Heinz hat genau dasselbe geschrieben wie ich - warum kriegt der eine Note mehr?



***Rudi Oppenheim** wuchs in dem Haus Nürnbergerstr. 18 auf, wo die Familie bis 1917 mit Tabak- u. Schreibwaren handelte.*

Was war die Antwort? -Peng.

Und in der Eisenbahn, da hat der Kerl - auf einmal ist er aufgestanden und hat gesagt: Du wirst mich doch wohl nicht grüßen, Du gemeiner Saujud - und hat mir ins Gesicht reingerotzt."

(Aus einem Gespräch mit Rudi Oppenheim, geb. 1913 in Bebra, im September 1936 nach Palästina ausgewandert. Das Gespräch wurde am 04.12.1979 von R. Chotjewitz-Häfner in Haifa aufgezeichnet.)

Es gab auch Hilfe

Allen Beschränkungen und Verboten zum Trotz - so Ilse Friedmann - gab es in jenen schlimmen Jahren Mitbürger ihrer Heimatstadt, die ihnen Hilfe zuteilwerden ließen:

„Jetzt wurde einem bewusst, wen man zu seinen wahren Freunden rechnen konnte: Obwohl es nichtjüdischen Personen verboten war, mit uns zu verkehren, kamen einige unserer Nachbarn und guten Bekannten nach Einbruch der Dunkelheit zu uns, um uns Lebensmittel zu bringen und uns mit dem Nötigsten zu versorgen.

Es gab da eine Bäckerei. Der Besitzer half uns, wie und wann er nur konnte. Aber jemand zeigte ihn an, weil er einem jüdischen Freund Milch gegeben hatte. Daraufhin wurde die Bäckerei geschlossen, er konnte sie erst wieder betreiben, als die Nazis besiegt waren.

Einer unserer besten Freunde war der Ortsbauernführer [Martin Rehwald III, Nürnberger Str. 16, H.N.]. *Man kannte ihn in der Öffentlichkeit als langjähriges Parteimitglied, und aus diesem Grund hatten die Nazis ihn auf diesen Posten berufen. Er war unser Nachbar, und bei jeder Gelegenheit, die sich ihm bot, schlich er sich in unser Haus, um uns mit dem Nötigsten zu versorgen. 33 Jahre später, bei meinem Besuch in Bebra* [1969, H.N.], *bin ich ihm wieder begegnet. Er war jetzt ein sehr alter Mann. Es war ein freudiges Wiedersehen und gab mir Gelegenheit, ihm zu danken."* (Ilse Friedman geb. Abraham in ihrer Autobiographie, Übersetzung H.N.)

So, wie es Ilse Abraham-Friedmann bezeugt: es gab vor Ort auch diejenigen, die ihren jüdischen Mitbürgern Unterstützung zukommen ließen. Viele Beispiele dazu lassen sich jedoch weder in Rotenburg noch in Bebra für diese „stillen Helden" finden, wie Inge Deutschkron, die in Berlin im Versteck überlebte, sie bezeichnet hat.



***Martin Rehwald III** war nach den Erinnerungen von Ilse Abraham trotz seiner Funktion als NS-Ortsbauernführer eine Person, von der die Juden in Bebra Hilfe erfuhren.*

Ausgrenzung vor Ort

Auch für Rotenburg und Bebra kann die Beobachtung von Hannah Ahlheim (2011: 357) herangezogen werden, dass nämlich *„die offizielle Linie der nationalsozialistischen Regierung und der Parteiführung, die antisemitische Eingriffe in das Wirtschaftsleben untersagte und verfolgte, nicht als Maßstab gelten kann für das Ausmaß der antisemitischen Agitation vor allem in kleineren Städten. Nicht nur die Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums, die Äußerungen und Vorgaben der Parteiführung der NSDAP, die Vorgaben des ‚Führers' Adolf Hitler und die schriftlichen Anordnungen an die Behörden bestimmten das alltägliche Leben der Juden in Deutschland, sondern in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft auch und vor allem das Handeln und Nichthandeln ihrer Nachbarn, ihrer Geschäftspartner, ihrer Mitbürger.*

Die antisemitische Ideologie der Nationalsozialisten brach sich im Alltag Bahn und setzte sich an vielen Stellen durch, bevor sie in Gesetze gegossen und legal verpackt, straff und bürokratisch organisiert und reibungslos funktionierend schließlich zur systematischen Vernichtung der europäischen Juden führte."

Erstaunen muss die Tatsache, dass die Ausgrenzung der Juden von Anfang an ohne größere Probleme und ohne nennenswerten Widerstand der übrigen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten betrieben werden konnte. Vielleicht war die Mehrheit gegen „Auswüchse", aber man nahm sie mehr oder weniger gleichgültig hin, Unangenehmes wurde verdrängt.

Aufkeimende Hoffnung 1934

„Das erste Jahr des Aufstiegs ist hinter uns. Großes und Schönes haben wir erlebt, mit frohem, hoffnungsvollem Herzen gehen wir hinein in das neue Jahr. Was wird es uns bringen?“

Diese Frage formulierte das *Bebraer Tageblatt* in seiner Ausgabe vom 8. Januar 1934. Das „Große und Schöne“, das kennzeichnend für das verflossene Jahr gewesen sei, galt mit Bestimmtheit nicht für die jüdische Minderheit. Im Laufe des Jahres 1934 schien es jedoch, als könnten die Lebensbedingungen für sie erträglicher werden.

So ließ Meinhold Rothschild, Markt 9 in Rotenburg, in einem Brief vom 13. Januar 1934 an seine nach Palästina ausgereiste Schwester Jenny seine Hoffnung durchblicken, dass er nach den einschneidenden Auswirkungen auf die private Existenz der Familie *(„Unser Haushalt ist noch einfacher ausgestattet, als er zuvor schon war“)* und den Niedergang seines deutschlandweit tätigen Großhandels in Farben und Chemikalien noch nicht völlig die Hoffnung auf eine Entwicklung zum Besseren hin aufgegeben hatte:

„Sobald das Geschäft wieder besser gehen sollte, können wir auch wieder Ausgaben uns erlauben.“

Auf jeden Fall gab es Anlass für die NS-Machthaber, das Verhalten der Bevölkerung den jüdischen Händlern gegenüber zu tadeln. So meldete der Landrat am 29.10.1934 in seinem monatlichen Lagebericht eine mangelnde Resonanz der antijüdischen Boykottpolitik.

Dem Bericht zufolge fühlten sich die jüdischen Bewohner des Landkreises Rotenburg in dieser Phase nur bedingt als Außenseiter und scheuten sich nicht, ihre Rechte als deutsche Staatsbürger in Anspruch zu nehmen:

„Das Auftreten der Juden ist recht herausfordernd. Sie kommen auch wieder in verstärktem Maße auf das hiesige Landratsamt, um sich gegen Bürgermeister in nichtigen Angelegenheiten zu beschweren. Nach den getroffenen Feststellungen haben sich vor allem die jüdischen Stoffhändler über das sonst übliche Maß mit Stoffen eingedeckt. Danach versucht der Jude, auch im heutigen Staate die Konjunktur durch den Mangel an Faserstoffen für sein Geschäft auszunutzen.“

Wiederaufleben jüdischen Landhandels?

Dem Landratsbericht zufolge hatten die jüdischen Händler jedoch nur noch geringen Umsatz im Ladenverkauf: *„In der Hauptsache handelt der Bauer mit dem Juden. In den jüdischen Geschäften selbst herrscht gegen früher große Stille, dagegen blüht der jüdische Landhandel.“*

In diesen Zusammenhang passt die Erinnerung von Yehudith Epstein geb. Speier (Jg. 1932), Tochter des Rotenburger Manufaktur- und Textilwarenhändlers Adolf Speier, derzufolge ihr Vater *„auf seinem Töff* [= Motorrad] *die Ware in die angrenzenden Dörfer fuhr“.*

Im Landratsbericht vom 2. August 1934 hatte es geheißen: *„Bei den Juden ist eine regere Geschäftstätigkeit, insbesondere hinsichtlich des Viehverkaufs, zu verzeichnen. Auch kann man beobachten, daß die Juden sich wieder viel freier in der Öffentlichkeit bewegen.“*

Auch in seinem letzten Bericht für 1934 (22.12.) registrierte der Landrat, *„dass wieder mehr bei Juden gekauft wird“,* nachdem er seine Entrüstung über einen jüdischen Textilhändler in Bebra zum Ausdruck gebracht hatte, der seinen Warenbestand *„über seinen voraussichtlichen Bedarf eingedeckt hat“.*

Und das klinge *„fast wie ein Triumph, denn der Jude sagt indirekt damit, dass an seiner Kundschaft die nationalsozialistische, bewusst völkische Erziehung wirkungslos vorübergegangen ist, so daß er seinen Warenbestand wieder erhöhen kann.“*

Landrat von Kruse sah sich bei seinen Beobachtungen durchaus in Übereinstimmung mit seinem Kollegen in Hersfeld und den Landräten in den übrigen nordhessischen Landkreisen. Hersfelds Landrat Bienert bemerkte am 29. Oktober 1934:

„Während der Tage des Lullusfestes in der Stadt Hersfeld ist es aufgefallen, daß die jüdischen Geschäfte besonders von der ländlichen Kundschaft stark aufgesucht wurden.“

Erfassung der gesamten Gesellschaft

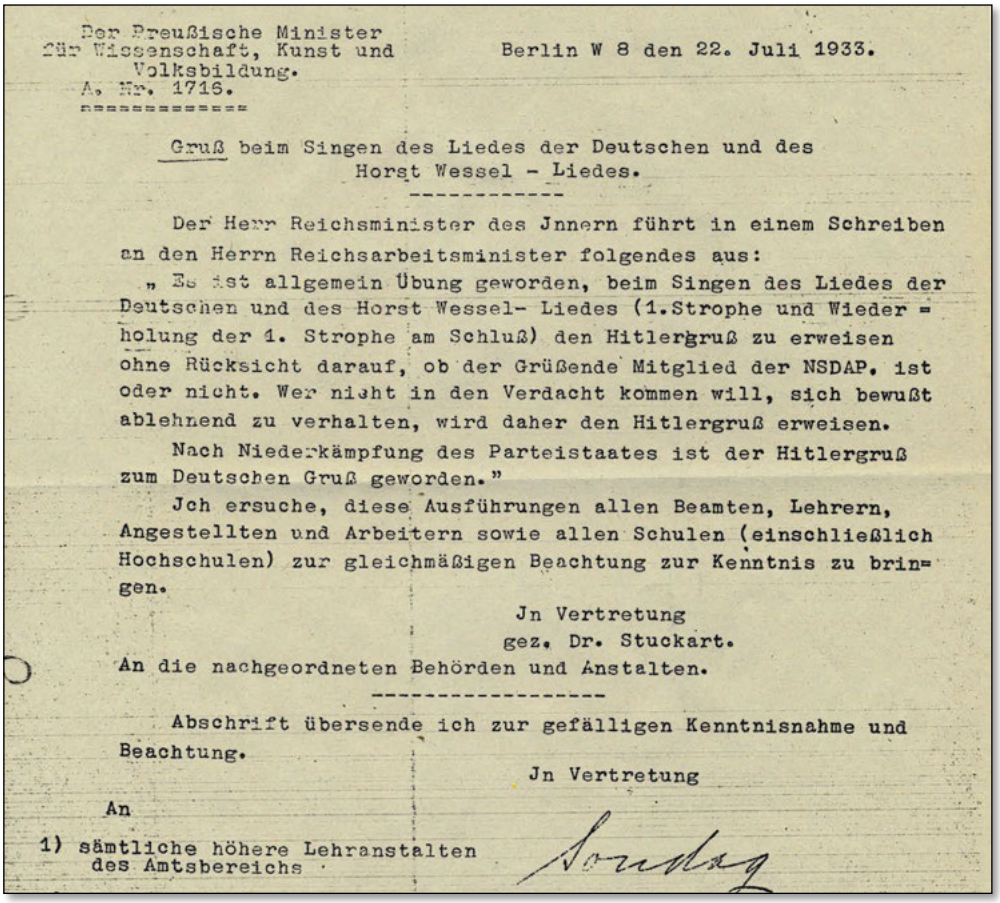
Die wichtigste Zielsetzung für das Jahr 1934 im Hinblick auf die Erfassung der gesamten Gesellschaft war der konsequente Ausbau der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF).

Zur Verwirklichung dieses Vorhabens statteten die NS-Oberen den 1. Mai 1934 mit einem lückenlosen Feierprogramm aus, mit einem Fackelzug am Vorabend des 30. April und einem „Deutschen Tanz“ auf allen Sälen als Abschluss.

Was mit „Deutschem Tanz“ gemeint war, erfuhr man nur sehr ungenau; die Leser des *Bebraer Tageblatts* hatten dem Bericht über den Familienabend des Kriegervereins am 6. Februar 1934 jedoch entnehmen können, dass bei einer solchen Veranstaltung keine „grotesken Tanzverrenkungen“ gemacht und keine „Negermusik“ zu hören sein würde.

Der Nationalsozialismus zielte also nicht nur darauf ab, die politische Macht zu übernehmen, sondern suchte die gesamte Gesellschaft zu durchdringen. Dazu diente nicht nur der Ausbau verschiedener Parteigliederungen wie SA, SS oder auch HJ und BDM auf lokaler Ebene, sondern auch der nationalsozialistische Alltag mit seinen Festen, Feiern und Aufmärschen. Die Häufung der Massenveranstaltungen im Laufe des Jahres erschwerten es dem Einzelnen, sich der permanenten Indoktrination zu entziehen. Durch das praktizierte gemeinschaftliche Abschluss-Singen, meist von Deutschland- und Horst-Wessel-Lied, wurden auch routinemäßige unpolitische Vereinsveranstaltungen zu Demonstrationen nationaler Einigkeit und Hitlertreue, zumal diese Aspekte in der Lokalpresse stets besondere Erwähnung fanden.

Schon bald nach der Machteroberung war die „richtige“ Art des Singens der Parteilieder und des Entbietens des Heil-Hitler-Grußes Gegenstand ministerieller Erlasse geworden. So machte das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung darauf aufmerksam, dass in jedem Falle Übung geworden sei, *„beim Singen des Liedes der Deutschen und des Horst-Wessel-Liedes … den Hitlergruß zu erweisen“.* Letzteres sei jedem zu empfehlen, der *„nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten“*. Denn *„nach Niederkämpfung des Parteienstaates ist der Hitlergruß zum Deutschen Gruß geworden“.*
(Bebraer Tageblatt, 7. Febr. 1934)



Der Preußische Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung.
A. Nr. 1716.

Berlin W 8 den 22. Juli 1933.

Gruß beim Singen des Liedes der Deutschen und des
Horst Wessel - Liedes.

Der Herr Reichsminister des Jnnern führt in einem Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister folgendes aus:

„ Es ist allgemein Übung geworden, beim Singen des Liedes der Deutschen und des Horst Wessel- Liedes (1.Strophe und Wieder = holung der 1. Strophe am Schluß) den Hitlergruß zu erweisen ohne Rücksicht darauf, ob der Grüßende Mitglied der NSDAP. ist oder nicht. Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitlergruß erweisen.

Nach Niederkämpfung des Parteistaates ist der Hitlergruß zum Deutschen Gruß geworden."

Jch ersuche, diese Ausführungen allen Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern sowie allen Schulen (einschließlich Hochschulen) zur gleichmäßigen Beachtung zur Kenntnis zu brin= gen.

Jn Vertretung
gez. Dr. Stuckart.

An die nachgeordneten Behörden und Anstalten.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung.

Jn Vertretung

An

1) sämtliche höhere Lehranstalten des Amtsbereichs

Sonntag

Ministerieller Erlass *vom 22. Juli 1933, der die Form des Grüßens im neuen Staat verbindlich regelte.*

C. 6 Kirche zwischen Jubel und Resistenz

Choräle mit Nähe zur NS-Ideologie

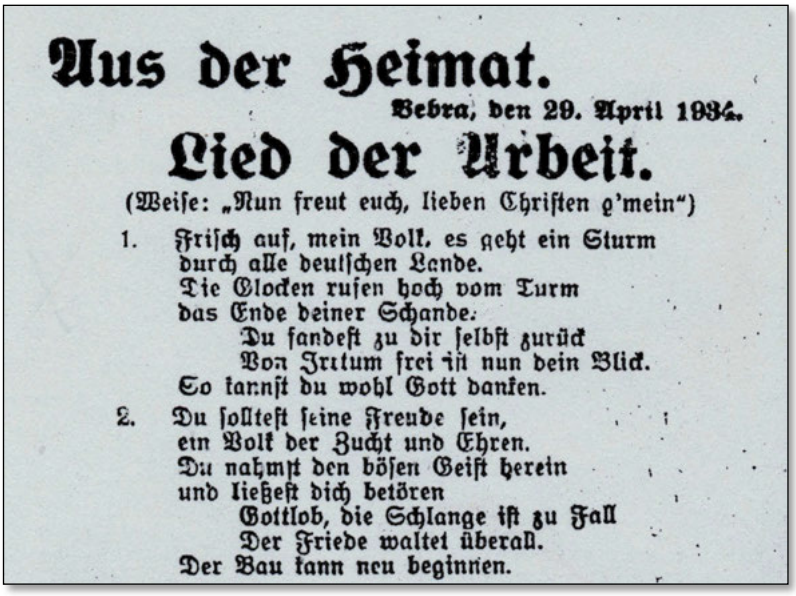
Der im April 1933 nach Ronshausen gekommene Pfarrer Kurt Müller-Osten (geb. 1905 in Breslau) hatte *„für den Gottesdienst am Tag der deutschen Arbeit“* am 1. Mai 1934 zwei Choräle verfasst, die in einzelnen Passagen ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der NS-Ideologie enthielten. Diese Choräle waren am 28. und 29. April 1934 in den *Bebraer Nachrichten* abgedruckt worden. (s. Dokument unten). Dabei ist zu bemerken, dass Müller-Osten, der im August 1937 die Pfarrstelle Rotenburg-Altstadt übernahm, sich nicht nur zu den Zielsetzungen der Bekennenden Kirche bekannte, sondern auch zu einem ihrer aktivsten Mitglieder in der Region wurde. Für die mahnenden Worte, die er im November 1938 an seine Konfirmanden richtete, musste er sich gegenüber der Kirchenleitung rechtfertigen.

Schon im Gestapobericht vom 2. August 1934 wird die veränderte Position Müller-Ostens vermerkt, wenn es dort heißt, unter Bezug auf eine Kreisversammlung der Kirchenvorsteher vom 8. Juli 1934, er habe die Behauptung aufgestellt, *„der Führer irre in Dingen der evangelischen Kirche“.* (zit. n. Hederich 2000: 38)

Die beiden 1934 veröffentlichten Kirchenlieder Müller-Ostens erscheinen fast wie Nachdichtungen dessen, was Theodor Körner 1815 im Geiste nationaler Befreiung verfasst und in der Auseinandersetzung mit Napoleon als Volkserhebung idealisiert hatte, womit er zum Poeten des Befreiungskampfes gegen Napoleon wurde. In dem Aufruf „Frischauf, mein Volk! Die Flammenzeichen rau-



Kurt Müller-Osten *(1905-1980), Pfarrer in Ronshausen 1933 bis 1937, danach in Rotenburg bis 1946 (1942 bis 1945 Sanitäter bei der Wehrmacht), 1946 bis 1971 Propst und Prälat in der Kurhessischen Landeskirche.*



Aus der Heimat.

Bebra, den 29. April 1934.

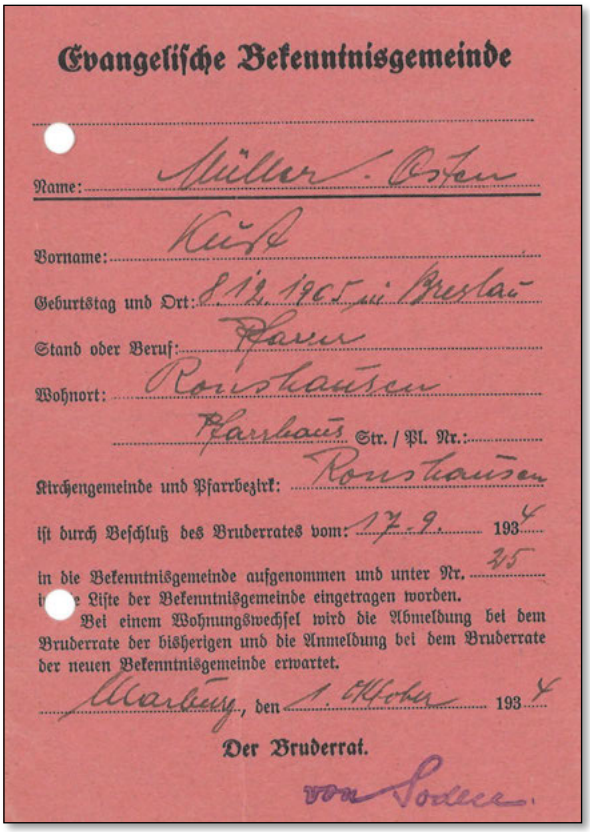
Lied der Arbeit.

(Weise: „Nun freut euch, lieben Christen g'mein“)

1. Frisch auf, mein Volk, es geht ein Sturm
durch alle deutschen Lande.
Die Glocken rufen hoch vom Turm
das Ende deiner Schande:
Du fandest zu dir selbst zurück
Von Irrtum frei ist nun dein Blick.
So kannst du wohl Gott danken.

2. Du solltest seine Freude sein,
ein Volk der Zucht und Ehren.
Du nahmst den bösen Geist herein
und ließest dich betören
Gottlob, die Schlange ist zu Fall
Der Friede waltet überall.
Der Bau kann neu beginnen.

*Zwei der fünf Strophen des Kirchenliedes (**„Lied der Arbeit“**), das Pfarrer Kurt Müller-Osten für den evangelischen Gottesdienst im Rahmen der Feiern zum 1. Mai 1934 in den Bebraer Nachrichten am 29. April 1934 veröffentlichen ließ.*
Am 30. April 1934 wurde in den Bebraer Nachrichten ein 2. Kirchenlied von Müller-Osten mit dem Titel „Volkes Bitte um Segen“ und ähnlicher Aussage veröffentlicht.



Evangelische Bekenntnisgemeinde

Name: Müller-Osten

Vorname: Karl

Geburtstag und Ort: 8.12.1905 in Breslau

Stand oder Beruf: Bauer

Wohnort: Ronshausen

Pfarrhaus Str. / Pl. Nr.:

Kirchengemeinde und Pfarrbezirk: Ronshausen

ist durch Beschluß des Bruderrates vom: 17.9. 1934

in die Bekenntnisgemeinde aufgenommen und unter Nr. 25 in die Liste der Bekenntnisgemeinde eingetragen worden.

Bei einem Wohnungswechsel wird die Abmeldung bei dem Bruderrate der bisherigen und die Anmeldung bei dem Bruderrate der neuen Bekenntnisgemeinde erwartet.

Marburg, den 1. Oktober 1934

Der Bruderrat.

von Soden

*Mit dem Erwerb der **Roten Karte** wurde man als evangelischer Christ Mitglied der Evangelischen Bekenntnisgemeinde in der kurhessischen Landeskirche. Müller-Osten erwarb die Mitgliedschaft am 1. Oktober 1934. (Quelle: Landeskirchliches Archiv Kassel)*

chen“ und anderen Gedichten Körners geht es aber nicht, wie in den beiden Kirchenliedern, um eigene Überlegenheit, sondern um die Abwehr eines übermächtigen Gegners. Bei Körner handelte es sich um einen aus der Zerrissenheit deutscher Kleinstaaterei heraus vorgetragenen Appell an die Verteidigungsbereitschaft, nicht aber um einen übersteigerten Nationalismus mit Abwertung anderer Zugehörigkeiten.

Wie bereits dargestellt, waren in der protestantischen Kirche Hoffnungen aufgekommen, die Regierung werde auf dem im Parteiprogramm genannten „positiven Christentum“ stehen, was Hitler vor dem Reichstag mit seiner Erklärung bekräftigt hatte, er sehe *„in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums“*.

So konnte sich die deutsch-nationale Grundstimmung in großen Teilen des Protestantismus bestätigt und bekräftigt sehen, denn Gefahren sah man seit langem nur von links kommen, niemals von rechts.

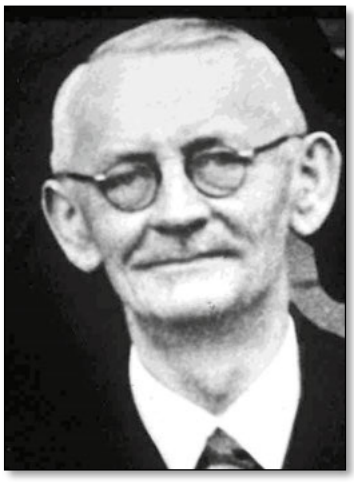
Auch Bebras Pfarrer feiert den Umschwung

Auch Müller-Ostens Bebraer Kollege Heidelbach fiel es in der ersten Phase der NS-Herrschaft schwer, Distanz zu wahren. In der ersten Märzwoche 1935 feierte Heidelbachs Kirchengemeinde anlässlich des *„dritten Geburtstages der siegreichen Revolution“* einen „Dankgottesdienst“, den der Pfarrer - laut *Bebraer Tageblatt* - mit den Worten schloss: *„Laßt uns Treue geloben dem ewigen Gott, dann werden auch wir die rechte Treue dem Führer unseres deutschen Vaterlandes halten.“*

Zur Deponierung in der Grundmauer des neuen Pfarrhauses hatte Heidelbach zu dessen Richtfest am 5. Juni 1934 einen Text verfasst, in dem er des 30. Januar als des Tages gedachte, *„da im Augenblick der höchsten Not … durch Gottes Gnade“* ein Umschwung eintrat, nachdem man *„vierzehn Jahre lang … eine schwächliche, ohnmächtige, weil marxistisch durchseuchte Regierung ertragen“* musste.

Dieser Text gelangte als einziger Eintrag in den Jahren der Hitlerdiktatur in die Bebraer Pfarrchronik. Nach 12-jähriger Unterbrechung setzte Heidelbach am 5. Juni 1945 mit einem kritischen Rückblick auf die Jahre des Dritten Reiches seine Chronikeinträge fort.

Heidelbach hatte zwar nicht den Weg in die Bekennende Kirche gefunden, wohl aber geriet auch er in Konflikt mit den NS-Machthabern vor Ort. Die Aussagen von drei Konfirmandinnen, die ihm staatsfeindliche Äußerungen nachgesagt hatten, so Heidelbach im Spruchkammerverfahren gegen NS-Kreisleiter Braun im März 1947, hatten genügt, um ihn ab 31.10.1943 für drei Wochen in Kassel hinter Gitter zu bringen und ihn danach mit einer monatlichen „Sicherheitsstrafe“ von 75,- Mark zu belegen. Wahrscheinlich sei Braun dafür verantwortlich gewesen, der - so Heidelbach - *„die Kirche hasste“.*



***Hermann Heidelbach** (1894 - 1982) kam am 1.11.1933 nach Bebra, wo er bis zu seinem Ruhestand 1959 als Pfarrer blieb. Er gehörte weder den Deutschen Christen noch der Bekennenden Kirche an.*

In den Bahnen der Amtsbrüder

Mit seinen Kirchenliedern von 1934 hatte sich Müller-Osten weitgehend in den Bahnen seiner Amtskollegen bewegt. Als deren repräsentative Stimme soll hier das *Deutsche Pfarrerblatt* herangezogen werden, das vom *Deutschen Evangelischen Pfarrerverein* herausgegeben wurde, dem ein großer Teil der evangelischen Pfarrerschaft angehörte.

Auf dessen *Deutschem Evangelischen Pfarrertag* in Nürnberg im September 1933 begründete der Vereinsvorsitzende *„ausführlich den Vorzug des nun totalen Staates gegenüber der liberalen Demokratie, der Gemeinschaftsbewusstsein, absolute Wahrheit und absolute Werte verschlossen geblieben seien“.*

In dem Jahresbericht des Pfarrervereins von 1933 heißt es dann emphatisch: *„Der Frühlingssturm, der über Deutschland gekommen ist, als Adolf Hitler die Zügel der Regierung mit starker Hand ergriff und sein gewaltiges Werk des Wiederaufbaus und der Erneuerung des deutschen Volkes in Angriff nahm, ist auch an der im Verband der deutschen evangelischen Pfarrervereine zusammengefassten Pfarrerschaft nicht spurlos vorübergegangen. Überall hat sie sich einmütig und freudig vorbehaltlos hinter die neue Staatsführung gestellt, ja sie hat das neue Deutschland als ein Geschenk aus der Hand des allmächtigen Gottes begrüßt, der im Sturm dieser Zeit sich unserm Volk offenbart hat.“* (zit. n. Deutsches Pfarrerblatt, Nov. 2017)

An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen: *„Seit dem Februar 1933 waren Recht und Gerechtigkeit in Deutschland gebrochen, war der Rechtsstaat aufgehoben, war mit der Zerschlagung der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen die Demokratie zerstört worden, sahen sich auch die deutschen Juden wachsender Diskriminierung ausgesetzt.“* (van Norden 1994: 174)

Kirchen- oder innerkirchlicher Kampf?

Nachdem der Unrechtscharakter des NS-Regimes immer offenkundiger geworden war, engagierte sich in etwa die Hälfte der Pfarrer des Kirchenkreises Rotenburg in dem im Herbst 1933 entstandenen *Pfarrernotbund,* aus dem dann die *Bekennenden Kirche* hervorging. Der Pfarrernotbund nannte sich im Bereich der Kurhessischen Landeskirche *Bruderbund*, und fand *„in der Pfarrerschaft des Kirchenkreises Rotenburg bald ein starkes Echo“,* so Dekan Hammann im Sommer 1945 in der Kirchenchronik Rotenburg-Neustadt. Er war die Reaktion auf die massive Einmischung des Hitler-Staates in die Belange der evangelischen Kirche und das Vordringen völkischer Umformungen des christlichen Glaubens durch nationalsozialistisch eingestellte Amtskollegen.

Konkreter Auslöser war die Einführung des „Arierparagraphen“ für Kirchenämter durch die von der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* dominierte neue „Reichskirche“ unter Reichsbischof Ludwig Müller und die von dieser Seite befürwortete Schaffung einer staatlich organisierten evangelischen Nationalkirche.

Aus dem Zusammenschluss verschiedener Gemeindegruppen bildete sich dann im Mai 1934 in Barmen die *Bekennende Kirche*, der neben Geistlichen auch Laien angehörten. Sie verfochten die Unabhängigkeit kirchlicher Arbeit von staatlichem Einfluss, ohne damit die Ablehnung des NS-Herrschaftssystems zu verbinden; sie verstanden sich ausdrücklich nicht als politisch motiviert.

„Der Kirchenkampf 1933/34 war ein Kampf ausschließlich um das Bekenntnis und die Ordnung der Kirche. Die Bekennende Kirche hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie im übrigen politisch unbedingt loyal zu Führer und Reich stehe.“ (Scholder 1991: 140)

So schloss auch die Abgrenzung der „Bekennenden Kirche in Kurhessen-Waldeck“ gegenüber den „Deutschen Christen“ ein Treuebekenntnis zum „Führer“ nicht aus, das jedes Mitglied bei der Aufnahme unterschreiben musste: *„Ich erkläre auf Verlangen des Bruderrats der Evangelischen Bekenntnisgemeinde hiermit eindeutig und feierlich, dass ich mich in vollem Gehorsam der politischen Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler unterstelle und willens bin, mit allen Kräften an seinem großen Aufbauwerk mitzuarbeiten.“* (Slenczka 1977: 59)

Martin Arnold hält in seiner Abhandlung von 2016 „Der Kirchenkreis Eschwege und der Nationalsozialismus“ fest: *„Doch selbst Pfarrer, die zur Bekenntnisbewegung gehörten, standen dem Nationalsozialismus nicht ablehnend gegenüber.“*

Unter dem Eindruck der immer stärkeren Zwangsmaßnahmen der Reichskirchenleitung versammelte sich Ende Oktober 1934 die 2. Reichsbekenntnissynode in Berlin-Dahlem, welche eigene Leitungsor-



*In Bebra ebenso wie in Rotenburg gab es für die **Kirchenvorstandswahlen** vom Juli 1933 Einheitslisten, die von Anhängern der Deutschen Christen dominiert wurden. Ein Wahlkampf, wie auf dem Foto dokumentiert, fand hier nicht statt.*

gane ernannte, die *Bruderräte*. Deren Vorsitz (bis 1940) in Kurhessen-Waldeck übernahm der Marburger Theologieprofessor Hans von Soden.

Auch in Rotenburg und Bebra, so wie in allen anderen evangelischen Kirchengemeinden in Kurhessen, hatten die von der NS-Regierung im Juli 1933 angeordneten Neuwahlen mehrheitlich deutsch-christliche Kirchenvorstände ergeben.

Nach dem Zusammenschluss der Landeskirche von Hessen-Kassel mit der Landeskirche von Waldeck zur Landeskirche von Kurhessen-Waldeck war am 29. Juni 1934 eine von der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* dominierte „Kommissarische Kirchenregierung“ gewählt worden, allerdings entgegen den gültigen Satzungsbestimmungen.

Die amtierende Kirchenleitung, hinter der die große Mehrheit der Pfarrerschaft stand, weigerte sich jedoch gegen ihre Ablösung und setzte ihre Arbeit als *Einstweilige Kirchenleitung* fort; sie wurde am


Am Dienstag, dem 30. Nov., spricht
im Rahmen einer
deutsch-christlichen Feierstunde
Pfarrer Beerhoff aus Marburg (Lahn) um
20 Uhr im Saal der Gastwirtschaft Sippel.
Gesinnungsfreunde herzlich willkommen.
Deutsche Christen
(Nationalkirchliche Bewegung)

*Ankündigung einer Veranstaltung der **Deutschen Christen** im Rotenburger Tageblatt v. 29.11.1937.*

10.07.1934 mit Polizeigewalt gezwungen, den Verwaltungssitz im Renthof 5 in Kassel zu räumen, den die deutsch-christlich dominierte Kommissarische Kirchenleitung beanspruchte.

Landeskirchenausschuss 1935

Auf Druck der Reichsregierung wurde das Doppelregiment in Kurhessen-Waldeck im Dezember 1935 durch Bildung eines sogenannten Landeskirchenausschusses unter Dr. Friedrich Happich (Treysa-Hephata) aufgehoben; Happich hatte inzwischen seine Mitgliedschaft bei den *Deutschen Christen* aufgekündigt. In der Folgezeit ging der Einfluss der *Deutschen Christen* im Bereich Kurhessen-Waldeck stark zurück. (Hederich 1977: 57)

Vorstellungen von einem konsequent „arischen“ Christentum, wie sie von den *Deutschen Christen* in Thüringen vertreten wurden, waren im kurhessischen Bereich nur in wenigen Einzelfällen anzutreffen; nach der Überlieferung des seit Mitte 1937 amtierenden Kreispfarrers Friedrich Hammann tendierte kein einziger Pfarrer im Kirchenkreis Rotenburg in diese Richtung. (Dorhs 2013: 301)

Im Oktober 1937 war knapp die Hälfte der 488 Geistlichen der Evangelischen Kirche von Kurhessen und Waldeck in der *Bekennenden Kirche* (B.K.) organisiert, dieses Zahlenverhältnis galt auch für die ca. 28 Pfarrer des Kirchenkreises Rotenburg.

Der im Mai 1937 nach Kassel gewechselte Kreispfarrer D. Johannes Steinweg rechnete sich zur kirchlichen „Mitte“, ebenso wie die übrige, namentlich hier nicht genannte knappe Hälfte der evangelischen Geistlichen im Kirchenkreis Rotenburg.

Zu den *Deutschen Christen* zählten hier die schon vor 1933 zur NSDAP gestoßenen Pfarrer Konrad Rausch (Beenhausen), Berthold Volkenand (Obergude) und Thilo Ziegler (Sontra), sowie auch Werner Vockenberg in Schwarzenhasel.

Volkenand bekleidete in Obergude als NS-Ortspropagandawart auch ein politisches Amt, im Juni 1934 begründete er zusammen mit seinem Eschweger Amtsbruder Wepler die „Selbständige Gruppe Deutsche Christen Kurhessen-Waldeck“. Durch die Versetzung von Ziegler (im Dezember 1933 nach Kassel) und Volkenand (im April 1937 nach Gelnhausen) wurde der deutschchristliche Einfluss im Raum Rotenburg weiter geschwächt.

So konnten die Predigtbesuche von Karl Veerhoff, der als Anhänger der radikalen Gruppierung der

Thüringer Deutschen Christen galt, nur außerhalb kirchlicher Räume stattfinden.

Die NS-Führung hatte seit 1936 ihr Interesse an den *Deutschen Christen* weitgehend verloren, nachdem es ihr nicht gelungen war, die evangelische Kirche konsequent in ihr Herrschaftssystem zu integrieren. Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen sollte dann Unruhe bei der kirchlich orientierten Bevölkerung vermieden werden. (Schmerbach 2001: 193)

Kein politischer Widerstand

Der Heidelberger Kirchenhistoriker Christoph Strohm hat die Rolle der christlichen Kirchen im Hitlerstaat so zusammengefasst:

„Die Verantwortlichen in der evangelischen wie in der katholischen Kirche wollten bewusst und ausdrücklich keinen politischen Widerstand leisten. … Ihr Handeln war nicht auf Umsturz ausgerichtet, sondern auf die Wahrung und Verteidigung kirchlichen Lebens und kirchlicher Lehre, in gewissem Umfang auch des christlich gebotenen allgemeinen Sittengesetzes. Bis in die letzten Jahre hinein betonte man vielfach die Loyalität gegenüber dem nationalsozialistischen Regime als von Gott gegebener Obrigkeit. Tatsächlich waren jedoch die beiden großen Kirchen diejenigen Institutionen und Bereiche der Gesellschaft, in denen der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik der stärkste und andauerndste Widerstand begegnete.“ (Strohm 2017: 106)

Regelmässige Zusammenkünfte

Acht der evangelischen Pfarrer des Kirchenkreises Rotenburg, die sich zur Bekennenden Kirche bekannten, trafen sich regelmäßig alle vier Wochen reihum zu ganztägigen Konventen in den Pfarrhäusern der Beteiligten; bis zu seinem Wechsel nach Rotenburg im August 1937 vornehmlich bei Pfarrer Müller-Osten in Ronshausen, danach sehr oft in Breitenbach im Pfarrhaus Scheffer**.**

Dazu kamen noch Geistliche aus den Nachbarkreisen, so auch aus dem Kirchenkreis Hersfeld, wo mit Pfarrer Karl Lotz einer der Mitbegründer des kurhessischen Bruderrats der Bekennenden Kirche (ab 1940 als BK-Geschäftsführer) tätig war. Die Treffen fanden zusätzlich zu den im zweimonatigen Abstand anberaumten Dienstversammlungen statt, bedeuteten also eine starke Belastung.

Gegenüber den Anfangsjahren hatten Zusammenhalt und Aktivitäten der Bekennenden Kirche auf Landesebene stark nachgelassen, wohingegen sich die BK-Gruppe aus dem Rotenburger Raum weiterhin zu Initiativen veranlasst sah. Die Rotenburger lehnten zum Beispiel einen Gottesdienst am 30. Januar 1938 zum Gedenken an den „Tag der nationalen Erhebung“ ab, obwohl eine solche Anordnung des Reichsministers für Kirchenfragen vom Kasseler Landeskirchenamt als verbindlich weitergeleitet worden war. Die BK-Pfarrer im Kirchenkreis Rotenburg sahen darin eine massive Bevormundung der geistlichen Kirchenführung durch eine juristisch-behördliche Institution und letztlich eine Diktatur des Staates über die Kirche. (Dorhs 2013: 299)



*Das **Pfarrhaus** in Bebra-Breitenbach war in den Jahren des Dritten Reiches ein Treffpunkt für Anhänger der Bekennenden Kirche.*



*Das Pfarrerehepaar **Wilhelm und Margarete Scheffer** (Bebra-Breitenbach) im Jahr 1945.*

Kritik am Landeskirchenamt

Die Rotenburger Pfarrer zeigten sich auch ungehalten darüber, dass vom Landeskirchenamt den Anhängern der radikalen Thüringer Deutschen Christen Gelegenheit zur *„ungehinderten Propaganda für ihre nationalkirchlichen Ziele“* gegeben werde. Zugleich erinnerten sie daran, sich schon im Dezember 1936 gegen die versuchte Einflussnahme der Thüringer Deutschen Christen gestellt zu haben, *„da ihre Anschauungen nicht mit dem kirchlichen Bekenntnis vereinbar“* seien und diesen infolgedessen keine kirchlichen Räume mehr zur Verfügung gestellt werden sollten. Die gemeinsame Ortsgruppe für Bebra und Rotenburg zählte nur 10-15 Laien-Mitglieder und war von dem aus Bebra stammenden Pfarrer Friedrich Kaiser (Wettesingen) initiiert worden. Für die regelmäßigen Feierstunden kam Karl Veerhoff aus Marburg angereist. (Dorhs 2013: 300f.)

Die Rotenburger Bekenntnis-Pfarrer sahen sich als eine Gruppierung, die *„gegen Unrecht und Gewalt auch vor der Öffentlichkeit die Stimme erhebt und, wenn es sein muß, bereit ist, um solches Zeugnisses willen zu leiden“.* (Dorhs 2013: 304)

Mit dieser Selbstcharakterisierung hatten sie sich bei der Landeskirchenleitung darüber beschwert, dass diese ohne Widerspruch in staatliche Einschränkungen des Gottesdienstbesuches und Regelungen des Religionsunterrichts einwilligte. Durch diese Nachgiebigkeit und Kompromissbereitschaft gegenüber den außerkirchlichen Instanzen, so der Vorwurf, habe *„man sich auf diesem Wege, vielleicht unmerklich, aber sicher, Stück um Stück der eigenen Freiheit beraubt und sich mehr und mehr in den Zwang eines unkirchlichen Handelns hineindrängen“* lassen. (Dorhs 2013: 305)

Auch Kritik am Bruderrat der B.K.

Die Rotenburger Bekenntnispfarrer bewegten sich ersichtlich auf einer Linie, wie sie von ihren Amtsbrüdern Martin Niemöller, Heinrich Grüber und Helmut Gollwitzer vertreten wurde. Nicht nur das Landeskirchenamt war der Adressat eines Rotenburger Klagebriefes. Auch die Gremien der Bekennenden Kirche mussten sich harsche Kritik gefallen lassen. Neben anderen Beschwerden fassten die Rotenburger BK-Pfarrer am 7. Februar 1938 in einem Brief an den Vorsitzenden des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche, Prof. von Soden, ihre Kritik zusammen.

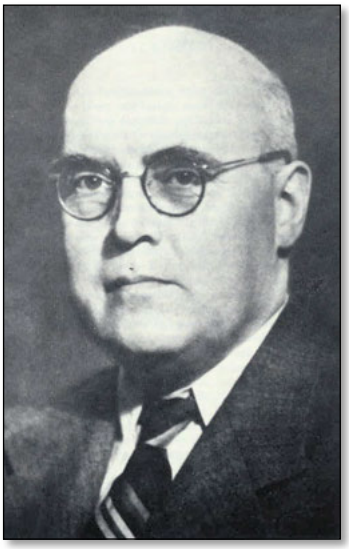
Den Brief hatte Kurt Müller-Osten zusammen mit vier Amtsbrüdern verfasst, hier ein Ausschnitt:

„Der Bruderrat weiß, daß es schon lange unsere Sorge und Bekümmernis ist, daß so wenig sichtbar wird von der Bekennenden Kirche in unserem Gebiet. … Wir sollen die Gemeinden durch die rote Karte sammeln, aber wir müssen uns sagen lassen: Warum denn in den Gemeinden Besonderung, wenn in der Führung völliges Zurücktreten, ja Aufgehen der Bekennenden Kirche in der landeskirchlichen Ordnung und Leitung herrscht!? Aus dieser Not heraus treten wir noch einmal mit großer Dringlichkeit an unseren Bruderrat heran und unterbreiten ihm unsere Klage über die geringe Aktivität in der Leitung unserer Bekennenden Kirche. … Vielmehr müssen wir sehen, dass das Kirchenregiment in unserer Landeskirche denen überlassen wird, denen Ruhe und Erhaltung des Friedens Ziel und Leitstern ist. Es ist nicht genug, die Augen offen zu halten und offenbare Verletzungen des Bekenntnisses zu verhüten.“

Unter Hinweis auf den Propheten Jesaja (62, 6.7: *„Daß bei Euch kein Schweigen sei und ihr von ihm nicht schweiget“)* machen die Autoren deutlich:

„Das Wächteramt der Kirche erfordert mehr."
Nach einer Reihe von theologischen Begründungen, im Wesentlichen unter Bezug auf Martin Luther, wird dann die Erkenntnis formuliert: *„Die Verantwortung auch für unser Volk gebietet, daß die Bekennende Kirche, solange ihr dazu die Möglichkeit noch gegeben ist, sich zubereiten lasse, um ein Sammelbecken und Hort der Abwehr zu sein, wenn über lang oder kurz die Welle des Heiden- und Antichristentums auch die Kirche überschwemmen und mit sich fortreißen möchte."* (Dorhs 2013: 307ff.)
Der Hersfelder Pfarrer Karl Lotz, ab 1940 Sprecher des Bruderrats, der die „Bedenken und Besorgnisse" der Rotenburger durchaus teilte, sah sich zu einer Vermittlerrolle gedrängt, indem er den Rotenburger „Generalangriff" auf die Führung der kurhessischen B. K. als *„im Grunde jugendlich drängendes Leben, was da meint, nicht an sich halten zu dürfen"* charakterisierte; dies aber, so Lotz, möge der Bekennenden Kirche *„zum Segen … und nicht zu ihrer Belastung oder gar Lähmung gereichen."* (Dorhs 2013: 322)
In der Tat waren die nach härterem und konsequenterem Agieren rufenden Geistlichen aus dem Kirchenkreis Rotenburg durchweg jüngeren Alters; 10 der insgesamt 15 Geistlichen, die hinter der Eingabe an den Bruderrat standen, waren (1938) unter 35 Jahre alt.
Hilfreich für das Verständnis des sich hier zeigenden Konflikts ist die Feststellung von Michael Hederich (2000: 23), dass es innerhalb der Bekennenden Kirche zwei unterschiedliche Richtungen gab: *„die harten Dahlemer unter Martin Niemöller und die kompromissbereiten Kurhessen unter Hans von Soden".* In diese beiden Lager, so Hederich (2000: 116f.), *„die sich gegenseitig zum Teil schwere Vorwürfe machten",* zerfiel die Bekennende Kirche spätestens 1935. Hederich (Jg. 1920), von 1952 bis 1988 als Pfarrer tätig, legt Wert auf die Feststellung, ihm scheine es *„vermessen zu sein, heute vom sicheren Schreibtisch aus den Leuten damals vorzuwerfen, dass sie sich für den einen oder anderen Weg entschieden hatten."*

Hier die Namen der BK-Pfarrer, deren Unterschrift unter den verschiedenen Eingaben zu finden sind, in denen die Konfliktbereitschaft der Rotenburger Bekenntnispfarrer, der „Dahlemer", in besonderer Weise artikuliert wurde:
Beutel (Obergude), Fricke (Rengshausen), Hammann (Rotenburg), Hilmes (Ulfen), Käberich (Ronshausen, Müller (Richelsdorf), Müller-Osten (Rotenburg), Münch (Weiterode), Scheffer (Breitenbach), Fenner (Heringen), Völke (Herleshausen), Rappe (Sontra), Vellmer (Solz), Schäfer (Berneburg, zugleich Vertrauensmann der B.K. im Kirchenkreis Rotenburg/F.)



***Hans von Soden** (1881-1945) wurde 1924 auf den Lehrstuhl für Kirchengeschichte und Neues Testament an die Universität Marburg/L. berufen.
Er war als Vorsitzender des Bruderrats der führende Kopf in der Bekennenden Kirche von Kurhessen und Waldeck. Wegen seiner regimekritischen Haltung wurde er 1934 zeitweilig in den Ruhestand versetzt.*

Verweigerte Eidesleistung auf Hitler

Innerhalb der Bekennenden Kirche nahmen die Rotenburger mehrfach Positionen ein, mit denen sie in Konflikt mit dem NS-Staat kommen mussten. Dies gilt in besonderer Weise für die Hartnäckigkeit, mit der sie sich gegen die von den Pfarrern und kirchlichen Angestellten im Mai 1938 geforderte Eidesleistung gegenüber Adolf Hitler wehrten.

Nach dem „Anschluss" Österreichs im März 1938 und der damit verbundenen nationalen Euphorie hatten die deutsch-christlich geleiteten Landeskirchen die Gunst der Stunde genutzt und ihren Pfarrern den Treueid auf Adolf Hitler verordnet.

Die Bekennende Kirche war dadurch in eine schwierige Lage geraten, weil sie sich nicht dem Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit aussetzen wollte, zumal sie davon ausging, der Staat erwarte die Eidesleistung und habe dazu auch die Berechtigung.
So erfolgte am 2. Mai 1938 vom Landeskirchenausschuss die entsprechende Anweisung zur Eidesleistung durch die Pfarrer und kirchlichen Angestellten. (Dorhs 2013: 353)

In §1 des Kirchlichen Amtsblatts v. 06.05.1938 hieß es (zit. n. Slenczka 1977: 221): Die Pfarrer und die

Kirchenbeamten der evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck haben folgenden Eid zu leisten:

„Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden: Ich werde dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

In ihrer Publikation „Die Kirche vor der Eidesfrage" sieht Angelika Gerlach-Praetorius die Pfarrer in jenen Tagen *„in einer verzweifelten Situation: über ihnen schwebte das Damoklesschwert der Dienstentlassung und damit der Arbeitslosigkeit, des Hungers, aber mehr noch: das des Ausgestoßenseins aus der Volksgemeinschaft, der politischen Diffamierung, des Vorwurfs der Staatsfeindlichkeit. Andererseits sahen sie sich in der Gefahr, die Freiheit der Verkündigung zugunsten einer fragwürdigen Bindung an Staat und Führer zu verlieren. Die Widerstandskraft der Bruderräte war gelähmt durch die Uneinigkeit in der Beurteilung der Lage."* (Gerlach-Praetorius 1967: 123)

Am 27. Mai 1938 kam Hans von Soden als Sprecher des Landesbruderrats zu einer Zusammenkunft mit BK-Pfarrern aus dem Kirchenkreis Rotenburg ins Breitenbacher Pfarrhaus, um sie davon zu überzeugen, dass der Treueid auf den „Führer" sie nicht in Konflikt mit ihrem Ordinationsgelübde bringen würde.

Acht Pfarrer der Bekennenden Kirche aus dem Kirchenkreis Rotenburg ließen sich jedoch nicht umstimmen und verweigerten die Eidesleistung.

So bekundet dies Pfarrer Wilhelm Scheffer in einer Zusammenstellung über seine Tätigkeit im Kirchspiel Bebra-Breitenbach, deponiert im Gemeindebüro Bebra-Breitenbach.

Außer Scheffer selbst waren dies Eckhard Fenner (Heringen), Karl Hilmes (Sontra-Ulfen), Hermann Käberich (Ronshausen), Helmut Müller (Richelsdorf), Kurt Müller-Osten (Rotenburg), Wilhelm Schaefer (Sontra-Berneburg) und Ernst Völke (Herleshausen).

Bei den Genannten hatte sich im Laufe der Jahre eine Distanz zum NS-System zum Dissens entwickelt, der an dieser Stelle sogar zur politischen Verweigerung führte.

„Die Motivation zu dieser Widersetzlichkeit war sicherlich in den meisten Fällen kirchlich-theologisch, immer aber sah sich das Regime politisch-ideologisch getroffen." (Van Norden 2001: 80)



Die acht Verweigerer des Eides auf Hitler

linke Spalte v. oben:	*rechte Spalte v. oben*
- **Wilhelm Scheffer** (Breitenbach)	-**Kurt Müller-Osten** (Rotenburg)
- **Helmut Müller** (Richelsdorf)	-**Ernst Völke** (Herleshausen)
- **Karl Hilmes** (Ulfen)	-**Hermann Käberich** (Ronshausen)
- **Wilhelm Schäfer** (Berneburg)	-**Eckhard Fenner** (Heringen)

Nach U. Schneiders Darstellung (1986: 450f.) verweigerten die acht Geistlichen aus dem Kirchenkreis Rotenburg am 4. Juni 1938 nicht die Eidesleistung, gaben aber eine „Protokollerklärung“ ab, in der sie *„unter Bezugnahme auf Röm. 13 und das Ordinationsgelübde ihre eigene Interpretation diesem Eid zugrunde legten“*. Scheffers Bekundung von 1980 bezeugt jedoch die konsequente Eidesverweigerung der Rotenburger Acht.

Zur Verweigerung des umfassenden Loyalitätseids gegenüber dem „Führer“ bedurfte es *„einer ungewöhnlichen theologischen Festigkeit und eines ungewöhnlichen persönlichen Mutes“*, so der Kirchenhistoriker John S. Conway (1969: 438).

Seine Einschätzung erhält besonderes Gewicht auch dadurch, dass sie von einem Kirchenhistoriker kommt, der die Rolle der Kirche und auch der Bekennenden Kirche im Dritten Reich durchaus kritisch beurteilt, so etwa in seiner Wahrnehmung, *„dass sie im Schweigen Zuflucht suchten, so als sie es unterließen, die Grausamkeiten der ‚Reichskristallnacht‘ zu verurteilen.“* (Conway 1969: 435)

Bonhoeffer hatte schon 1933 angesichts des sich bald als inhuman enthüllenden Charakters des Dritten Reiches über das Theologische hinausgehendes kirchliches Handeln gefordert, *„nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen.“* (zit. n. Gerlach 1987: 55)

Nachdem reichsweit 90 Prozent der Pfarrerschaft den Treueid geleistet hatte, wurde ein Rundschreiben bekannt, das Hitlerintimus Martin Bormann am 13. Juli 1938 an alle NS-Gauleiter geschickt hatte:

„In der letzten Zeit haben verschiedene evangelische Landeskirchen von ihren Pfarrern den Treueid auf den Führer verlangt. Die Kirchen haben diese Anordnung von sich aus erlassen, ohne vorher die Entscheidung des Führers herbeizuführen. Dem Eid auf den Führer kommt deshalb lediglich innerkirchliche Bedeutung zu.“ (zit. n. Gerlach-Praetorius 1967: 141)

Damit waren die Kirchenleitungen ebenso bloßgestellt wie die gesamte Bekennende Kirche Deutschlands. *„Durch diese Fehleinschätzung wurde das Vertrauen in die Bekennende Kirche und ihre Synoden bei vielen Mitgliedern wie nie zuvor erschüttert.“* (Strohm 2017: 78)

Kreispfarrer Steinweg: Verehrer Stoeckers

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der bis Jahresmitte 1937 als Rotenburger Kreispfarrer amtierende Dr. Johannes Steinweg sich zur „kirchlichen Mitte“ rechnete. Wie er mit dieser Positionierung sein Verhältnis zum Judentum sah, brachte er in einem längeren Beitrag im Rotenburger Tageblatt zum Ausdruck, in dem er ein glühendes Bekenntnis zu Adolf Stoecker ablegte, dem führenden Vertreter des kirchlichen Antisemitismus in der Kaiserzeit. Anlässlich von dessen 100. Geburtstag am 10. Dezember 1937 feierte er diesen nicht nur als historische Figur, sondern auch wegen seiner bleibenden *„Bedeutung auch für unsere Zeit“.*
Denn, so Steinweg, *„er hat gekämpft gegen den internationalen Marxismus, gegen den kapitalistischen Liberalismus, gegen die mit beiden eng verbundene Übermacht des Judentums in unserem Volk.“*
Der Rotenburger Kreispfarrer verband seine Lobeshymne auf den antisemitischen Vorkämpfer mit der Feststellung, *„vieles von dem, was Stoecker als nationale und soziale Forderung aufgestellt hat, ist im Laufe der Jahre voll anerkannt, vieles ist in Erfüllung gegangen in der nationalsozialistischen Bewegung unserer Tage.“*
Mit dem von Steinweg benutzten Vokabular waren die erklärten Antisemiten sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik unterwegs gewesen. In dem Bericht über einen Gemeindeabend in der Jakobikirche unter dem Thema *„Adolf Stoecker, ein Prophet der evangelischen Kirche und des deutschen Volkes“,* wird Steinweg mit den Worten zitiert: *„Er sah ferner die große Gefahr der Zersetzung durch einen zügellosen Zeitgeist, wie er vor allem durch ein von seinen religiösen Wurzeln gelöstes Judentum und durch eine verantwortungslose liberalistische Presse drohte.“* (Rotenburger Tageblatt v. 10. Dez. 1937)
Dass mit den hier zitierten Formulierungen keine randständigen Positionen innerhalb der Pfarrerschaft vorgetragen wurden, bestätigt auch Martin Arnold in seiner 2016 vorgelegten Untersuchung des benachbarten Kirchenkreises Eschwege: *„Die Grundgedanken Stoeckers teilte … die kirchliche Mitte insgesamt.“* (Arnold 2016: 52)

Arnold zitiert an gleicher Stelle das Bekenntnis von Fritz Delius, Pfarrer im Kirchenkreis Eschwege ab 1936, der 1988 in einem Rückblick bekannte: *„Als einer, der bereits damals als Pfarrer im kirchlichen*

Dienst stand, bekenne ich meine Schuld, daß ich mich nicht von meinem Glauben her habe aufrufen lassen, das klare Nein zum antichristlichen Geist des Judenhasses zu bezeugen."

„Kirchliche Mitte", als solche verstand sich die knappe Hälfte der 28 evangelischen Pfarrer (1934) des Kirchenkreises Rotenburg, der in etwa die gleiche Zahl von Amtsbrüdern gegenüberstand, die sich zur Bekennenden Kirche bekannten. Deutsch-christliche Pfarrer gab es hier zu keiner Zeit mehr als drei.

„Ariernachweis" im Pfarramt und Selbstkritik

Im Mai 1937 wurde im Pfarrhaus Rotenburg-Neustadt eine Kirchenbuchstelle eingerichtet für die „Bearbeitung der Nachweise arischer Abstammung" mit Zuständigkeit auch für die benachbarten Kirchengemeinden. Den Pfarrern und Kirchenbuchführern war es schon mit einer Verfügung vom 23.02.1934 zur Aufgabe gemacht worden, aus Kirchenbüchern die sog. Ariernachweise zu erstellen. Wechsel des Personenstandes und der Religion wurden nämlich erst seit 1875/76 bei den Standesämtern beurkundet. Kirchliche Amtsträger trugen so zum alltäglichen Funktionieren der nationalsozialistischen ‚Rassenpolitik' bei.

„Die millionenfach geübte Praxis von sog. Ariernachweisen wurde von keiner kirchlichen Gruppierung ernsthaft in Frage gestellt. Dabei hätte eine Verweigerung der Kirchenleitung oder ein Generalstreik der 18.000 Pfarrer ein deutliches Zeichen gegen den Rassismus des NS-Regimes setzen können." So der Theologe Heinrich Grosse (2010: 27), der dann fortfährt:

„Theologischer Antijudaismus und judenfeindliche Vorurteile auch unter vielen Mitgliedern der Bekennenden Kirche waren wohl der Grund dafür, dass selbst das mutige Barmer Bekenntnis von 1934 mit seiner Kritik am Totalitätsanspruch des Staates keine Stellungnahme gegen die Judenverfolgung enthielt. … Offensichtlich war vielen Christen und Christinnen, in den Gemeinden wie in den Kirchenleitungen, die Erhaltung der kirchlichen Organisation wichtiger als die Solidarisierung mit den jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Politik."

Und H. Grosse weiter (2010: 29):

„Überblickt man die Einstellungen und Verhaltensweisen evangelischer Christen und Christinnen in den Gemeinden wie in den Kirchenleitungen in der Zeit vor 1938, so ist ihr weitgehendes Schweigen zum Novemberpogrom 1938 nicht überraschend."

Grosse ruft weiter in Erinnerung, dass es schon zu Beginn der Judenverfolgung - bei den Boykottaktionen im April 1933 - keinen nennenswerten kirchlichen Protest gab: *„Hitler konnte so den Eindruck erhalten, dass die evangelische Kirche zwar ihre Selbstständigkeit verteidigen, nicht aber gegen die Judenpolitik protestieren würde. Weil es seitens der*



***Pfarrhaus** Rotenburg-Neustadt 2023. Im Mai 1937 war hier eine Kirchenbuchstelle zur Nachweisung „arischer Abstammung" eingerichtet worden.*

Kirchen in Deutschland kein rechtzeitiges und geschlossenes Eintreten für die Verfolgten des Nazi-Regimes gab, war Widerstand in den späteren Jahren – 1938 und danach – besonders schwierig und mit großen Risiken verbunden." (So auch Scholder 1977: 353)

Der seinerzeit in Witzenhausen-Kleinalmerode amtierende und der Bekennenden Kirche zugehörige Pfarrer Walter Pabst bekannte rückblickend ein halbes Jahrhundert später:
„So standen wir Pfarrer alle indirekt im Dienst der NS-Judengesetzgebung: doch muss ich gestehen, daß ich dies damals nicht als Gewissensbelastung empfand." (zit. n. Arnold 2016: 56).

K. Müller-Osten: Begeisterung gewichen

In dem Erfahrungsbericht, den er im August 1937 seinem Amtsnachfolger in Ronshausen hinterließ, spricht Kurt Müller-Osten an zwei Stellen von der Verpflichtung zur systematischen Durchforstung der Kirchenbücher in Hinblick auf die judenfreie Ahnenreihe. Diese Verpflichtung nennt er als einen der Gründe dafür, dass die Pflege des Gartens zeitbedingt zu kurz komme; vor allem aber, so Müller-Osten, *„hat uns der erste Ansturm der gesetzlich geforderten arischen Nachweisungen einen großen Teil der Kraft gekostet, die wir sonst für die Gemeinde zur Verfügung gehabt hätten."*

Nach seinen Worten konnte er dem von ihm erwarteten Beitrag zur Entjudung der Kirchenbücher nur dadurch nachkommen, dass seine Ehefrau *„tagein, tagaus über den Kirchenbüchern gesessen hat und mir darin eine unersetzliche Hilfe gewesen ist".*

Die Begeisterung, mit der er in seinen im Mai 1934 veröffentlichten Kirchenliedern die neue Regierung gefeiert hatte, war im August 1937 einer völlig anderen Lagebeurteilung gewichen:
„Es ist eine bitter ernste Zeit, in der ich mein bisheriges Arbeitsfeld verlasse. Erst vorhin las ich in der Zeitung, dass in Berlin wieder einige führende Pfarrer der Bekennenden Kirche verhaftet seien."



*Das **Pfarrhaus in Ronshausen** (ca. 1950), das die Pfarrersfamilie Müller-Osten von 1933 bis 1937 bewohnte. Kurt-Müller-Osten schreibt in der Pfarrchronik: „Der erste Ansturm der gesetzlich geforderten arischen Nachweisungen (hat) einen großen Teil der Kraft gekostet, die wir sonst für die Gemeinde zur Verfügung gehabt hätten."*

C. 7 Unterschiedliches aus den Jahren 1934/35

Im Rückblick lassen sich eine Reihe der Geschehnisse des Jahres 1934 durchaus auch als Vorbereitung oder Vorphase unzweideutiger Maßnahmen der späteren Jahre interpretieren. So wurden die „Amtswalterinnen des Kreises Rotenburg“ bereits am 24. Januar 1934 in der Bebraer Turnhalle auf einer Tagung der NS-Kreisfrauenschaft auf die im folgenden Jahr verkündeten Rassegesetze vorbereitet. Der Bebraer Arzt Dr. Karl Göring belehrte die Frauen über die Bedeutung der *„Reinhaltung des deutschen Volkes von fremdem Blut, da durch diese Vermischung die Nachkommen dieser an sich vielleicht hochwertigen Menschen moralisch, geistig und sittlich entwertet würden.“* (Rotenburger Tageblatt v. 25.1.34)

Als besonders effektives Mittel der Indoktrination hatten die Propagandisten des Dritten Reiches den Kinofilm entdeckt. Der Besuch der auf den Nürnberger Reichsparteitagen gedrehten Streifen wurde den Parteimitgliedern verpflichtend gemacht. Die Bebraer NS-Parteiorganisation richtete eine Ortsgruppenfilmstelle ein, die im Februar 1934 über mehrere Tage hin die Termine für die verschiedenen Gliederungen der Partei so organisierte, dass kein Parteigenosse fernbleiben konnte:

„Entschuldigungen kann es nicht geben, da das obige Veranstaltungsprogramm jedem die Möglichkeit zum Besuch gibt.“ (Schwarzes Brett der NSDAP-Ortsgruppe Bebra im Bebraer Tageblatt). Und darüber hinaus waren alle Bebraner angesprochen: *„Kein Volksgenosse, keine Volksgenossin darf dieser Filmveranstaltung fernbleiben.“*



Reaktion auf Ausschaltung der SA-Führer

Unter der Überschrift „Die SA marschiert wieder!“ war am 17. August 1934 im *Bebraer Tageblatt* zu lesen: *„Zum ersten Male seit Wochen belebten am Mittwochabend wieder die braunen SA-Uniformen das Straßenbild unseres Ortes.“*
Nach einer Erklärung zur Abstinenz der SA in den zurückliegenden Wochen als urlaubsbedingt, nahm die Zeitungsmeldung dann Bezug auf die mit Hitlers Billigung durch SS-Angehörige erfolgte Ermordung des obersten SA-Führers Ernst Röhm und seiner Umgebung sowie weiterer prominenter Politiker. Entgegen den Vorstellungen Hitlers hatte Röhm die SA anstelle der Reichswehr zum Kern eines „Volksheeres“ machen wollen. Durch den Ausbau der ihm untergebenen SA zu einer schlagkräftigen Truppe war Röhm zum potentiellen Nebenbuhler Hitlers und des Reichswehrministers geworden. Hitler erklärte die Mordaktion, der über 300 Menschen zum Opfer fielen, am 3. Juli 1934 per Gesetz als „Staatsnotwehr“ für rechtens.

Bebras damaliger SA-Obersturmführer Georg Göbel schloss sich der offiziellen Sprachregelung an, der zufolge es sich bei der Mordaktion um die Niederschlagung eines SA-Aufstandsversuchs gehandelt habe: *„Wenn auch eine kleine Clique pflichtvergessener Verräter das Ansehen der SA einen Augenblick schwer gefährdet hat, so steht doch die SA in unerschütterlicher Geschlossenheit und Treue hinter dem Führer.“*
Im Landratsbericht an die Staatspolizeistelle in Kassel vom 2.8.1934 hieß es: *„Die Ereignisse des 30.*

Juni 1934 ließen die gesamte Bevölkerung aufschrecken. Die Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Röhm-Revolte durch den Führer getroffen worden sind, sind allgemein mit Befriedigung aufgenommen worden. … Eine gewisse drückende Stimmung innerhalb der Bevölkerung, die man in den letzten Monaten beobachten konnte, ist durch die Großtat des Führers restlos beseitigt worden."
Die Geschehnisse im Sommer 1934 hatten auch in unserer Region zur Folge, dass die SA, die bisher hauptsächlich als Akteur bei den Ausschreitungen gegen die Juden in Erscheinung getreten war, für eine Weile zurückhaltender agierte.

Hitler jetzt Alleinherrscher

Am 2. August 1934 starb der hochbetagte Reichspräsident Paul von Hindenburg, Hitler riss nun dessen Amt an sich. Er wurde „Führer und Reichskanzler" und hatte von nun an bei der Verwirklichung seiner fanatischen Pläne keinerlei Opposition mehr.
Angesichts der für den 19. August 1934 angesetzten „Volksabstimmung" über die *„Zusammenlegung der Befugnisse von Reichspräsident und Reichskanzler in der Hand des Führers"* schien es den nationalsozialistischen Repräsentanten in Bebra und Rotenburg wohl angebracht, nach der „Röhm-Krise" in die Öffentlichkeit zu gehen. Das Abstimmungsergebnis am 19. August 1934 ließ sich dann auch mit der Schlagzeile verkünden: *„Ein Wille, ein Führer, ein Ja!"*

Adolf Hitler vereinigte nunmehr die Ämter des Staatsoberhauptes, Reichskanzlers, Parteiführers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht in einer Person, der „Führerstaat" war endgültig konstituiert.
Wie schon im November 1933, so war auch diesmal die Zahl der NEIN-Stimmen in Bebra höher als in Rotenburg, allerdings jetzt auf deutlich niedrigerem Niveau. Nicht alle hatten JA gesagt, wie „die Parole des Tages" von „weitleuchtenden Transparenten" laut Zeitungsmeldung verkündete, aber so gut wie alle hatten mit JA gestimmt. Von den 3474 in Bebra abgegebenen Stimmzetteln waren lediglich 19 mit einem NEIN versehen, in Rotenburg waren es sogar nur 12. In den meisten Kreisgemeinden waren überhaupt keine NEIN-Stimmen abgegeben worden. In den angrenzenden Landkreisen Melsungen (170) und Hersfeld (381) wurden deutlich mehr NEIN-Stimmen gezählt. Während in der zentralen Wahlversammlung in Bebra *„die fortschreitende Ausbreitung des Kommunismus"* das Thema Nr. 1 gewesen war, hieß es in der Kundgebung im Rotenburger Mauerngarten: *„Für uns gibt es nur einen Feind, das ist Juda."* Laut Darstellung des *Bebraer Tageblatts* waren die Fronten aller Häuser von oben bis unten mit Fahnen bedeckt. Nicht nur der Musikzug der Hitlerjugend war in Bebra angetreten, um *„alle Volksgenossen an ihre Pflicht zu erinnern",* sondern auch „die Schuljugend" marschierte mit Musik durch den Ort.
Wie schon im November 1933 hatte NS-Kreisleiter Erich Braun in einem Anschreiben *„An die Herrn Pfarrer des Kreises Rotenburg"* diese zu einem Beitrag für eine 100-prozentige Wahlbeteiligung aufgefordert, indem *„die Kirchenbesucher sofort nach Beendigung des Gottesdienstes unter Vorantritt des betreffenden Geistlichen das Wahllokal zur geschlossenen Stimmabgabe aufsuchen."* In ihrer Predigt, so die Erwartung des Kreisleiters, sollten sie *„die Bedeutung der einmütigen Stimmabgabe für den Führer besonders herausstellen. Bei früheren Abstimmungen hat sich in einigen bekannten Fällen die Auswirkung dieser Aufklärungsarbeit besonders bewährt."*
Zum Jahresausklang 1934 wurden die Leser aller drei Lokalzeitungen darauf aufmerksam gemacht: „Das Weihnachtsfest ist ein rein deutsches christliches Fest."


Das Weihnachtsfest ist ein rein deutsches christliches Fest

Deutscher Volksgenosse kaufe Deine Geschenke in deutschen Geschäften, achte das deutsche Handwerk und den deutschen Kaufmann. Dadurch schaffst Du dem deutschen Gesellen und Gehilfen Arbeit und Brot und schützt deutsche Familien vor Verelendung und Untergang. Es ist moralische Pflicht eines jeden Deutschen, seine Einkäufe in deutschen Geschäften zu machen.

N.S.-Hago, Kreisamtsleitung Rotenburg

***Werbeanzeige** in allen drei Lokalzeitungen vom 21. Dezember 1934.*

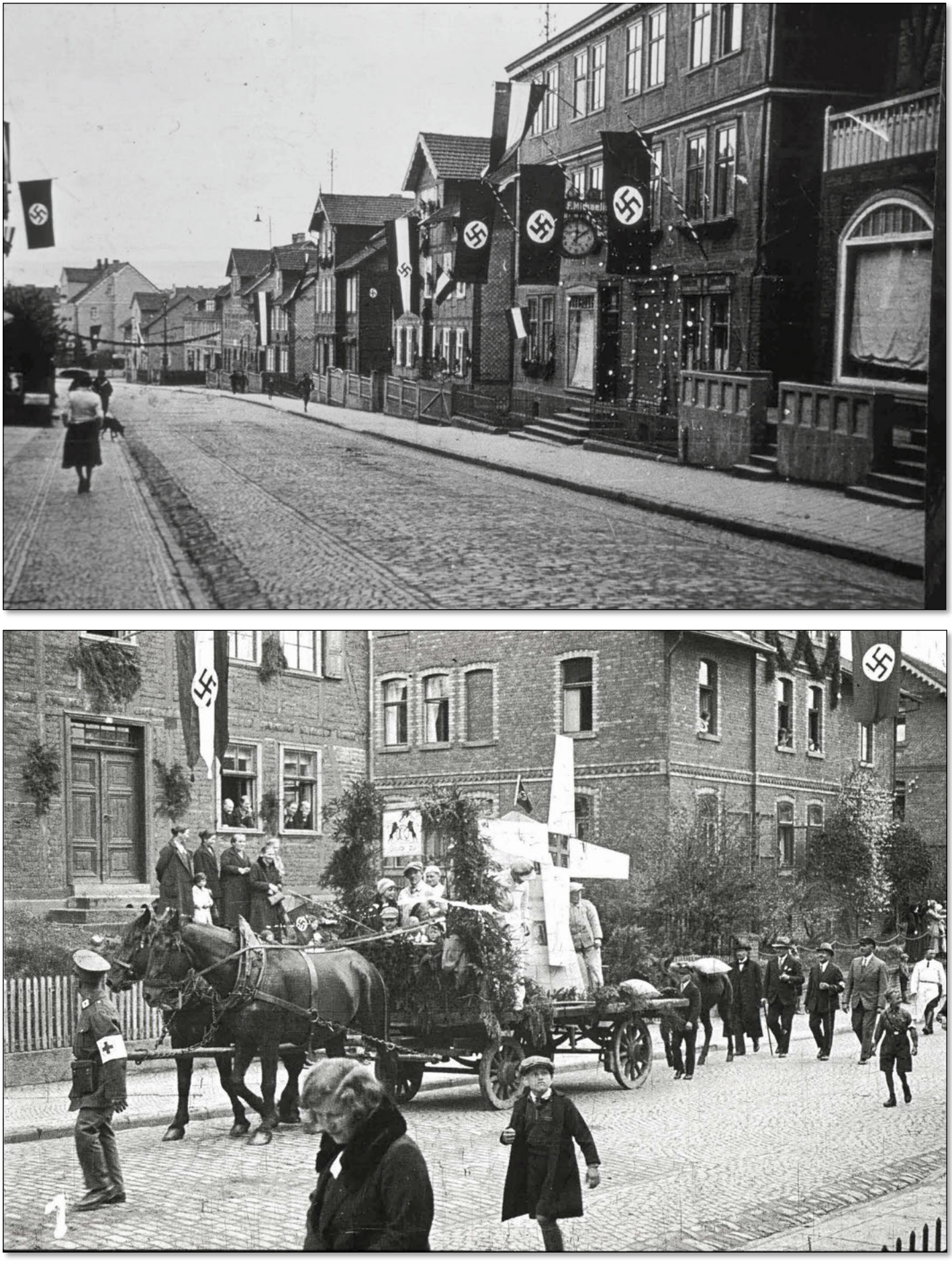


*Für die **Volksabstimmung am 19. August 1934** waren laut Bebraer Tageblatt „die Fronten aller Häuser von oben bis unten mit Fahnen bedeckt". Noch konnte dabei auch das Schwarz-Weiß-Rot der Deutschnationalen gehisst werden, der politischen Heimat des am 2. August 1934 verstorbenen Reichspräsidenten Hindenburg. Ab 1936 war dann die Hakenkreuzflagge die alleinige Flagge des Deutschen Reiches. Juden war deren Hissen verboten. (Stadtarchiv Bebra)*

Bombastische Hitler-Verehrung

Wie sehr Adolf Hitler nach zwei Jahren Amtszeit bombastische Verehrung auch hier vor Ort erfuhr, lässt sich aus einem Bericht im *Rotenburger Tageblatt* über eine „Saarbefreiungsfeier" am 19. März 1935 auf dem Rotenburger Marktplatz ablesen, bei der eine von Hitler in Saarbrücken gehaltene Rede übertragen wurde.

„Über eines nur mußte man sich da sehr, sehr wundern: daß man sich bei der Rede des Führers hier und da in den Reihen vergnüglich unterhielt – so als priese da über dem Eingang eines großstädtischen Warenhauses ein Lautsprecher die Qualität eines Massenartikels an, für den man nun gerade keine Verwendung hat. Es konnte einem das Herz umdrehen. … Ich kann es schlechterdings nicht begreifen, wie es einem deutschen Menschen möglich ist, irgendein höchst eigenes kleines Anliegen vorzubringen und zu beschwatzen, ja, damit auch seine Nachbarn zu stören und zu belästigen, wenn nah, laut und eindringlich die werbende, warme, männlich in voller Breite heranflutende Stimme dieses Mannes – und sei es auch nur durch den Rundfunk – vom Glück dieses Tages spricht. … Das war der bittere Wermuttropfen dieses Festtages, daß noch immer solches geschehen kann."



*Die Nürnberger Straße, Bebras Hauptgeschäftsstraße, im **Hakenkreuzschmuck 1934/35** (Foto-Sammlung Karin Sonntag)*



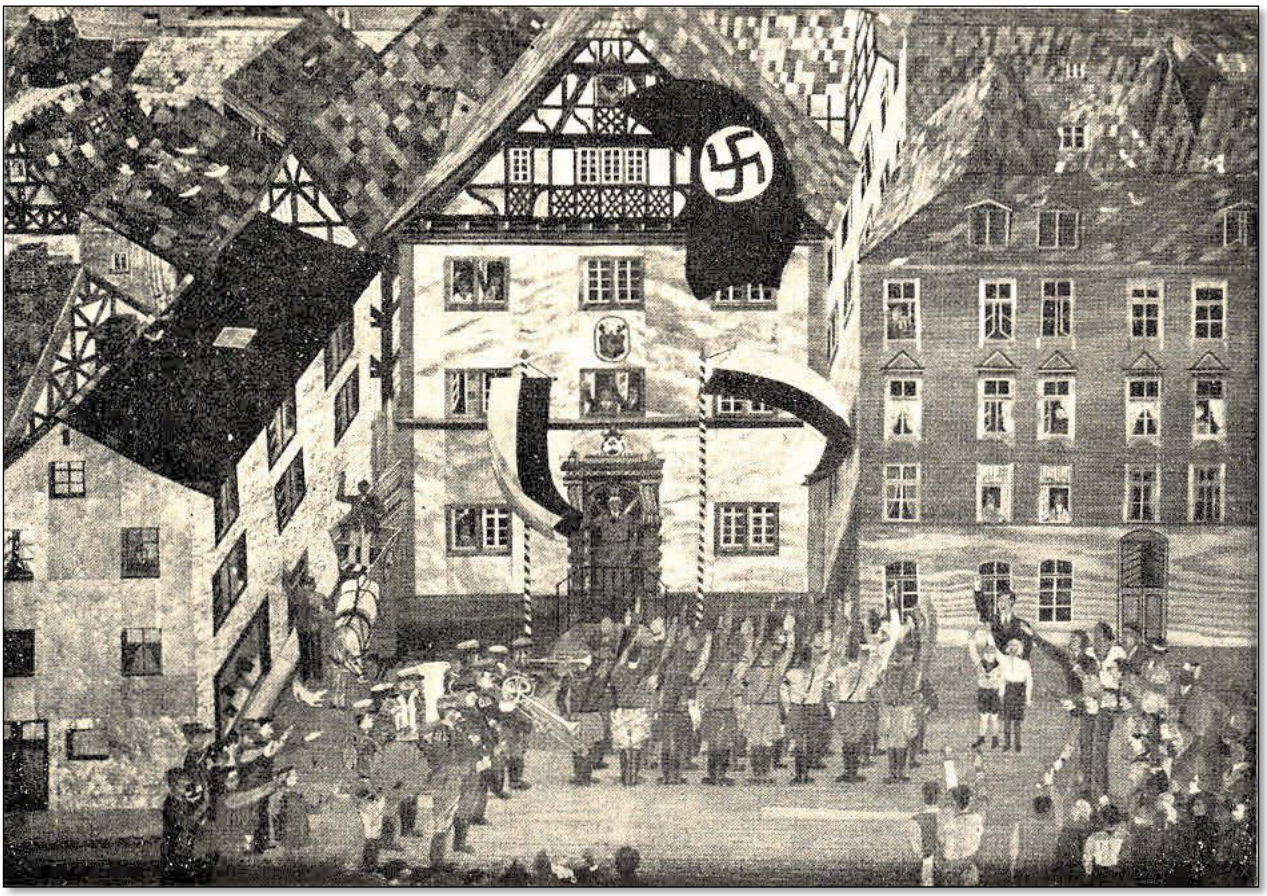
*Das **Hakenkreuz als Schmuck am Milchwagen** von Konrad Becker, der seinen Milchhandel in Bebra von der Bahnhofstraße 2 aus (ab 1965 Bismarckstraße) betrieb. Der Anlass, zu dem der Milchwagen mit dem Herrschaftszeichen der Staatspartei geschmückt wurde, ist nicht bekannt. Auf dem Foto, das die Ortsgruppe Bebra im Sommer 1935 zeigt, ist Konrad Becker nicht zu sehen.* (Fotosammlung Karin Sonntag)



*Selbst bei Bestattungen, so wie hier in Bebra, kam es vor, dass die **Sargträger das Hakenkreuz** als Armbinde trugen. Offen bleiben muss, ob dies eher die Ausnahme war. Das hier gezeigte Foto entstand am 17. August 1934 bei der Bestattung von Bebras langjährigem evangelischen Ortspfarrer Adolf Kappes (1911 bis Okt. 1933) der am 14.08.1934 verstorben war.* (Stadtarchiv Bebra)



*Auch im privaten Bereich, so wie hier anlässlich einer **Familienfeier 1935** in dem Ausflugslokal Friedrichshütte (bei Bebra-Iba), war das Hakenkreuz präsent, hier noch verstärkt durch ein großformatiges Hitlerfoto.*



*Im **Kunstunterricht der Jakob-Grimm-Schule** entstand das hier abgebildete Holzmosaik, in dem das Hauptgebäude der Jakob-Grimm-Schule dicht an das vom Hakenkreuz dominierte Rathaus herangerückt steht.*



*Die **Hakenkreuzfahne**, das Parteiabzeichen der NSDAP, bei unterschiedlichen Anlässen als NS-Herrschaftszeichen, hier bei einem Kirmesumzug der Hitler-Jugend (HJ) in Bebra. Als Mittel der Gleichschaltung erfolgte eine Ausdehnung der Uniformierung, die alle Altersgruppen erfasste. Uniformiert und militärisch organisiert sollte die Hitler-Jugend die Einbindung sämtlicher Heranwachsender in den Staat garantieren. (Stadtarchiv Bebra)*



*Die **Hakenkreuzfahne als NS-Herrschaftszeichen** schmückte die Häuserfronten bei entsprechenden Anlässen. Das Foto zeigt den Steinweg in Rotenburg am 20. April 1939 anlässlich des 50. Geburtstages von Adolf Hitler. (Stadtarchiv Rotenburg)*



***Rotenburgs Straßen im Zeichen des Hakenkreuzes**, dem äußeren Symbol nationalsozialistischer Gleichschaltung. Das Parteiabzeichen der NSDAP war nach dem 30. Januar 1933 aus dem Straßenbild und Alltagsleben der Deutschen nicht wegzudenken. Am 15. September 1935 („Nürnberger Gesetze") wurde es zum alleinigen Hoheitszeichen des Deutschen Reiches erklärt. Hier eine NS-Gruppierung in Rotenburgs Steinweg. (Stadtarchiv Rotenburg)*



*Rotenburgs Straßen im **Zeichen des Hakenkreuzes**: Hier eine NS-Gruppierung beim Marsch durch die Lindenstraße, unter einer Vielzahl von riesigen Hakenkreuzfahnen zur Beherrschung des öffentlichen Raumes. (Stadtarchiv Rotenburg)*





NS-Kundgebung *auf dem Rotenburger Marktplatz. (Stadtarchiv Rotenburg)*
Anlass war die Feier zum 1. Mai 1933, über die das Rotenburger Tageblatt vom 3. Mai 1933 u. a. berichtete:
„Ganz Rotenburg stand am Montag im Zeichen des Feiertages der nationalen Arbeit, der zu einem wahren Volksfeste wurde und alle, aber auch alle Schichten der heimischen Bevölkerung zusammenführte und vereinte. Fast kein Haus, das nicht die Farben der nationalen Erhebung zeigte.“
Tags darauf erfolgte reichsweit mit der Stürmung der Büros der Freien Gewerkschaften und der Verhaftung der Gewerkschaftssekretäre die Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Die Breitenstraße in Rotenburg ***(damals Straße der SA)*** *im Hakenkreuzschmuck der Häuser Nr. 31 u. 33. (Stadtarchiv Rotenburg)*
Am 15. Sept. 1935 („Nürnberger Gesetze“) war es zum alleinigen Hoheitszeichen des Deutschen Reiches erklärt worden.



*Die Breitenstraße (damals „Straße der SA“) in Rotenburg anlässlich des **50. Geburtstags von Adolf Hitler** am 20. April 1939*. (Stadtarchiv Rotenburg)

Vertrauen in jüdische Handelspartner

Der Marburger Landeshistoriker Thomas Klein ging der Frage nach, warum es den neuen Machthabern auf dem flachen Land nach 1933 nicht so ohne weiteres gelang, die Rolle der jüdischen Händler von einem auf den anderen Tag zu beenden:

„Die jüdischen Händler … hielten engen Kontakt, sprachen immer wieder vor, waren kulant und vor allem zuverlässige Partner. Auch waren die jüdischen Landwarenhändler immer wieder den christlichen voraus. Warum war denn Kraftfutter für die christlichen Händler, die privaten und die genossenschaftlichen Kornhäuser, ein solches Problem? Der jüdische Handel hatte es stets vorrätig, da bekam man auch alles andere, was man brauchte. Und beim Zahlen erfuhr man Kulanz. Oft hatten dieselben Händler- und Bauernfamilien über mehrere Generationen miteinander gehandelt. Jeder Betrug musste solche Vertrauensverhältnisse zerstören und konnte dem Händler daher auf längere Sicht auch wirtschaftlich schaden. Beim Handel waren selbstverständlich beide Geschäftspartner auf ihren Vorteil bedacht, doch verfolgten die jüdischen Händler oft das Prinzip der geringen Gewinnspanne bei hohem Umsatz und hatten so den Ruf des Billiganbieters erworben.“ (Klein 1984: 121)

Klein an anderer Stelle: *„Mochte man auf dem Lande auch tiefsitzende Vorurteile gegenüber den Andersgläubigen haben, so antisemitisch war die Landbevölkerung nicht, dass man nicht erkannte, wo der eigene Vorteil lag und bei wem die Preise günstig waren.“* (Klein 1985: 166)

Zu ähnlichem Ergebnis kommt eine auf den fränkischen Raum bezogene Studie: *„Ein aus Antisemitismus resultierendes globales Misstrauen gegenüber Juden als ‚Rasse‘ musste nicht synchron mit dem Entzug von Vertrauen in altbekannte Handelspartner einhergehen, es konnte vielmehr beides nebeneinander bestehen.“* (Fischer 2014: 234)

Hinzu kam, dass die zentralen staatlichen Stellen, vor allem das Wirtschaftsministerium, eine rechtlich abgesicherte, „geordnete Judenpolitik“ für wichtig hielten, um den wirtschaftlichen Auf-

schwung nicht zu gefährden und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dementsprechend wurde die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden offiziell zunächst weitgehend unangetastet gelassen. Den Aktivisten in Partei und SA dagegen war dies ein Ärgernis, zumal auch nach der Machteroberung 1933 in allen Veranstaltungen entsprechend dem Parteiprogramm gegen das Judentum in aller Schärfe Propaganda gemacht wurde.

Der Leiter der Staatspolizeistelle in Kassel, Pfeffer von Salomon, beschrieb die daraus resultierende Stimmung im Frühjahr 1934 folgendermaßen: *„Die ganze Judenfrage krankt an dem Widerspruch zwischen der Judenpolitik der Wirtschaftsministerien und der Bewegung. Dadurch wird die Stimmung gegen die Juden in der Bevölkerung, insbesondere in der SA, so gereizt, daß immer wieder, besonders in kleineren Orten, Ausschreitungen vorkommen. Auf der anderen Seite wird von Staats wegen die wirtschaftliche Gleichstellung der Juden verkündet, und es muß gegen Übergriffe eingeschritten werden. Die gesamte Öffentlichkeit steht diesem Mißverhältnis in der Judenpolitik völlig verständnislos gegenüber. … Der einfache Kämpfer versteht nicht, daß er für Handlungen, die aus der Bewegung erwachsen sind, zur Rechenschaft gezogen wird."* (Klein 1985: 310)

„Beste Geschäfte mit den Juden" 1935?

Noch im Bericht für Mai 1935 konnte die Staatspolizeistelle Kassel festhalten: *„Die geschäftliche Betätigung der Juden ist unverändert und bewegt sich hier und da in stark aufsteigender Linie. Besonders auffallend ist es, dass ein Teil der Bauern und besonders die Bauersfrauen in den Landstädten mit den Juden die besten Geschäfte macht."* (Klein 1986: 272f.)

Im Bericht für August 1935 wird geklagt*: „Insbesondere sind aber die Bauern und die anderen Landbewohner sehr schwierig davon abzubringen, ihre Geschäfte mit Juden abzuschließen. Dahingehenden Vorwürfen begegnen sie regelmäßig mit dem Einwand, daß der christliche Viehhandel noch völlig im argen liege und sie nicht in der Lage seien, weniger wertvolles Vieh, insbesondere alte Kühe, anderweitig loszuwerden. Bei einer Abgabe an die Verkaufsgenossenschaft bekämen sie zunächst gar kein Geld. Auch trügen sie das Risiko, daß das Vieh längere Zeit unverkauft am Marktorte auf ihre Kosten verpflegt werden müßte. Schließlich sei der erzielte Preis nach all den vielen Abzügen, die von Seiten der Genossenschaft gemacht würden, völlig unzureichend."* (Klein 1986: 310)

Erst die letzten überlieferten Berichte der Staatspolizeistelle Kassel (Januar und Februar 1936) sprechen von einem allmählichen Rückgang der jüdischen Wirtschaftstätigkeit.

Hier ist jedoch die von verschiedenen Kommentatoren gemachte Beobachtung heranzuziehen, dass nämlich die Berichterstatter aus ihrem Antisemitismus heraus die wirtschaftliche Stellung des jüdischen Handels verbal übertrieben. In den Bilanzen, welche nach dem Krieg jüdische Antragsteller auf Wiedergutmachung für die Jahre 1933 bis 1936 vorgelegt haben, wird nämlich stets im Vergleich zu 1932 und den Jahren davor ein Umsatzrückgang von mindestens 50 Prozent genannt.

Wirtschaftliche Interessengemeinschaft

Wie zwischen den Hausierern und ihren Stammkunden, so hatten sich auch zwischen den Bauern und jüdischen Viehhändlern wirtschaftliche Interessengemeinschaften entwickelt – etwa in der so genannten Viehverstellung. Wer sich kein eigenes Vieh leisten konnte, erhielt vom Viehhändler eine trächtige Kuh „eingestellt", die er zur Feldarbeit einsetzen und deren Milch und Dung er nutzen konnte.

Als Gegenleistung versorgte der Bauer das Muttertier und zog das Kalb auf. Fand sich später ein Käufer für das Vieh, wurde der Erlös zwischen dem Bauern und dem Händler geteilt – ein für beide Seiten einträgliches und risikoarmes Geschäft.

Solche traditionellen Geschäftsbeziehungen ließen sich durch abschreckende Propagandabeispiele vom jüdischen „Güterschlachten" nicht einfach so beenden, und so mancher Landwirt oder Metzgermeister, der über das jüdische Großkapital und das angeblich jüdisch dominierte „System von Weimar" lamentierte, machte seit Jahrzehnten einträgliche Geschäfte mit „seinem" Viehjuden, der häufig genug auch noch dann Geld verlieh, wenn der Betreffende sonst nicht kreditwürdig war.

Delikt:
Angeblicher Pferdehandel am Sonntag

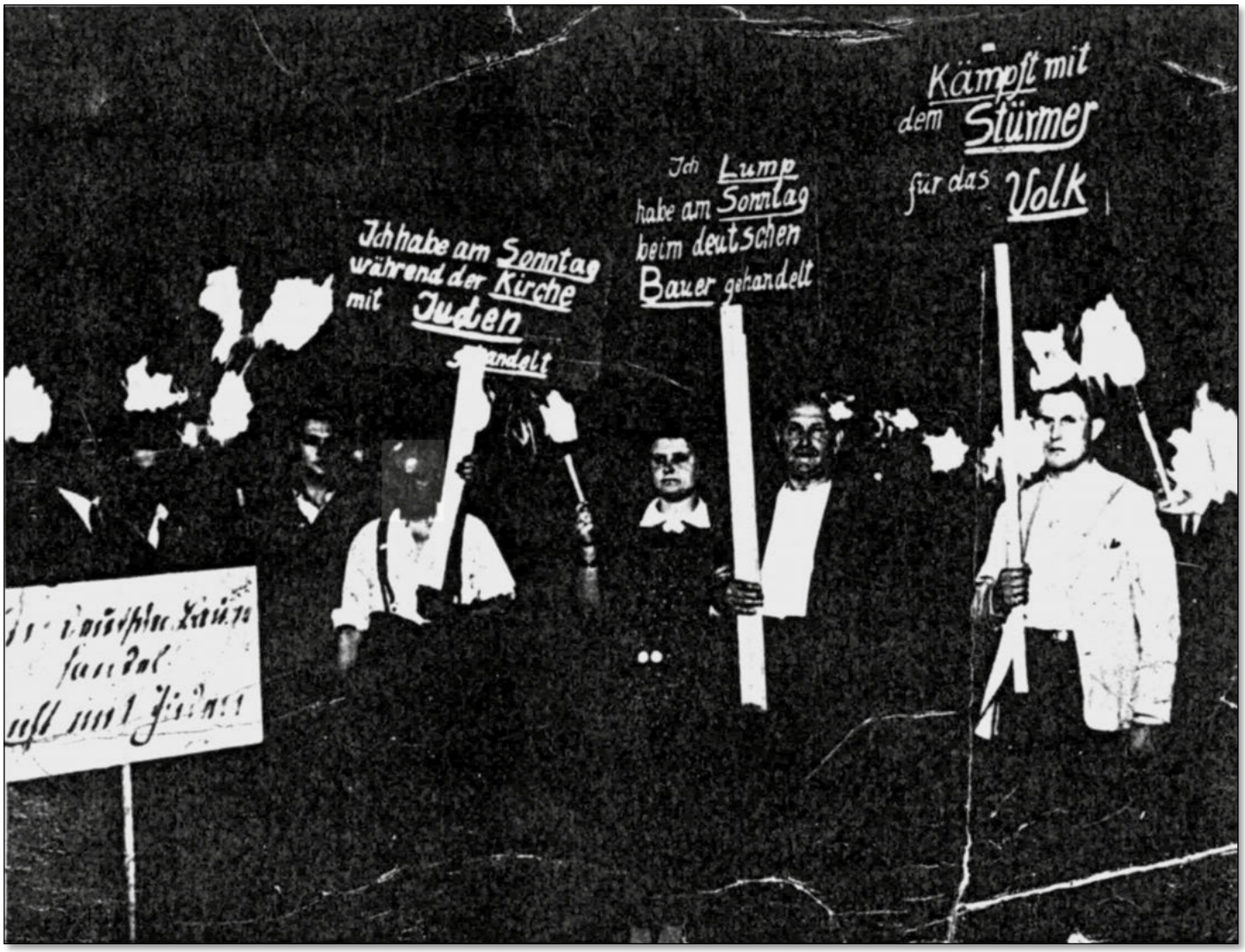
Gegen jüdische Anmaßungen!

Unter dieser Überschrift berichtete das *Bebraer Tageblatt* am 7. August 1935:

„Am gestrigen Abend demonstrierten die Volksgenossen von Bebra gegen die in letzter Zeit überhand genommenen Dreistigkeiten der Juden und der sich in ihrer Hörigkeit befindlichen Volksschädlinge.
Eine beträchtliche Menschenmenge hatte sich am Adolf-Hitler-Platz versammelt und zog unter Vorantritt einer Musikkapelle durch die Straßen.
Eine sehr heilsame Lehre dürfte so manchem, der es immer noch nicht begreifen will, daß wir in einem nationalsozialistischen Deutschland leben, die öffentliche Brandmarkung der Handlungsweise des Bauern Bartholomäus und der Juden Neuhaus [Schwiegersohn der Goldschmidts, H.N.] *und Goldschmidt gewesen sein.*

Der Bauer hatte sich nicht gescheut, am Sonntagvormittag während der Kirchzeit mit dem Juden Handel zu treiben. Die empörte Volksmenge brachte ihre Erregung hierüber nun am gestrigen Abend demonstrativ zum Ausdruck. In mitgeführten Transparenten wurden die immer noch mit Juden paktierenden Volksschädlinge zum letzten Mal eindringlich gewarnt.

Der Abend hat gezeigt, daß man Mittel und Wege findet, endlich solchem schändlichen Treiben das Handwerk zu legen. Der Demonstrationszug verlief ohne jeden Zwischenfall in vollkommener Disziplin und Ordnung.“



*„Umzug“ in Bebra am **Abend des 6. August 1935**.*

Was war tatsächlich passiert?

Ein Bebraer Landwirt (Jahrgang 1939) erinnert sich an eine Schilderung der Vorgänge vom 6. August 1935 durch seinen Vater. Diesem Bericht zufolge war der Bauer Adam Bartholomäus an einem sonntäglichen Handel im eigentlichen Sinne gar nicht beteiligt:

„Der Jude Louis Goldschmidt in der Mühlenstraße hatte einen Pferdehandel. Nun hatte der Bauer Adam Bartholomäus in der Kasseler Straße (Nähe Hessischer Hof) ein krankes Pferd, das konnte er nicht einsetzen. Da hat er sich von Louis Goldschmidt ein Pferd geliehen.
Jetzt kam aber zu dem Goldschmidt ein Kunde, der wollte das Pferd kaufen. Vorher wollte er sich das Pferd natürlich ansehen, man kauft nicht so einfach ein Pferd.
Der Bauer Bartholomäus hatte vier Pferde, das war damals schon ein größerer Hof. Als der Louis Goldschmidt mit seinem Kunden auf den Hof kommt, da guckt der Bartholomäus zufällig aus dem Küchenfenster und ruft: ‚Das Erste dort, das ist es.´
Das Ganze hat jemand beobachtet, der auch in der Kasseler Straße wohnte und aus seinem Hinterfenster dort hingucken konnte. Der hat dann gesagt: ‚Der Bartholomäus, der hat am Sonntagmorgen während der Kirche mit Juden gehandelt´
Das war ja gar nicht so, der Bartholomäus hat nur gerufen: ‚Da ist das Pferd!´
Der Bartholomäus hat dann zu den Leuten gesagt: ‚Ich hab' doch nichts Böses getan. Ich hab' doch nur gerufen: Da und da steht das Pferd! Und dann haben sie ihn durch Bebra geführt."


Sonnabend, den 21. d. Mts.
trifft ein großer Transport die allerbeste Sorte 1½ jähriger
Fohlen
zum Verkauf bei mir ein.
Salomon Goldschmidt,
Pferdehändler, Bebra.

*Annonce im **Rotenburger Kreisblatt** vom 21. Sept. 1895 von Pferdehandlung Goldschmidt, damals Mühlenstr. 4 in Bebra.*

Schilderung 1947 vor der Rotenburger Spruchkammer

Vor der Spruchkammer Rotenburg machte Adam Bartholomäus am 14. April 1947 folgende Aussage:
„Im August 1935 wurde ich von einem Fackelzug der Nationalsozialisten mit Musik aus meiner Wohnung geholt. In meiner Wohnung waren dabei:
1. Krapf, Arbeiter, Göttinger Straße,
2. Noll, Ludwig, Lokomotivführer, Bismarckstr. 9,
3. Arbeiter Wilhelm Seibold, früher Bebrit, jetzt Frankfurt.
Ich war gerade beim Waschen, wurde von diesen Dreien, trotzdem ich in Hemdsärmeln war, mitgezogen. Sie drückten mir dann später draußen ein Plakat in die Hand mit dem Inhalt:

Ich habe am Sonntag während der Kirche mit Juden gehandelt. Damit zogen sie mit mir durch die Stadt. Es wurden noch andere geholt:
1. der Pferdehändler Goldschmidt,
2. dessen Ehefrau.

Unter den Schildern befand sich auch ein solches mit der Aufschrift
„Kämpft mit dem Stürmer für das Volk"

Der Jude Goldschmidt musste ein Schild mit folgender Aufschrift tragen: „Ich Lump habe am Sonntag beim deutschen Bauer gehandelt".
Seine Frau erhielt eine brennende Fackel in die Hand.
Wir 4 sind dann auch von dem Photographen Saal in Bebra, Nürnberger Straße, fotografiert worden. Dahinter kamen die übrigen Zugteilnehmer der NSDAP und deren Gliederungen, die auch hinter uns geschimpft und gejohlt haben. Ich habe unterwegs auch von verschiedenen Teilnehmern Fußtritte erhalten, so z. B.
1. dem pensionierten Bahnbeamten Daniel Schweitzer und
2. dem Bahnarbeiter Konrad Schweitzer, Im Bitzen. Ein Schornsteinfegergeselle des Schornsteinfegermeisters Michel aus Bebra, der ein Messer im Stiefelschacht hatte, wollte mich totstechen, wenn ich mit dem Zug nicht mitgegangen wäre.
Tieste war der Veranstalter und Leiter des Zuges.

gez. W. Henkies gez. K. Bartholomäus

Konflikt um wirtschaftliche Betätigung - das Beispiel Katz, Bebra

Im August 1935 häuften sich reichsweit Vorfälle der im vorigen Kapitel geschilderten Art, die der offiziellen Regierungspolitik entgegenstanden, nämlich Maßnahmen gegen missliebige Personen und Minderheiten nur auf gesetzlichem Wege und durch die dafür zuständigen Behörden und Institutionen durchführen zu lassen. In diesen Kontext ist wohl auch die angeblich durch einen „Unfall“ untauglich gewordene Shell-Tankstelle Katz in der Nürnberger Straße 24 in Bebra einzuordnen.

Die jüdische Familie Katz kann als ein gutes Beispiel für Anpassungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft gesehen werden. In dem Haus Nürnberger Straße 24 betrieb Salomon Katz ursprünglich einen Lederhandel, spezialisierte sich dann auf Schuhmacherbedarf und erweiterte schließlich nach der Jahrhundertwende sein Sortiment durch einen Handel mit Fahrrädern.

Um die Aufmerksamkeit für sein Warenangebot und den Verkauf von Fahrrädern anzukurbeln, organisierte er mit Bezug auf eine seiner Händlermarken (Pfeil) Fahrradrennen vor Ort. Parallel dazu sah er sich durch den allgemein sich entwickelnden Wohlstand dazu ermuntert, der örtlichen Käuferschaft kleine Klaviere (Pianinos) anzubieten. Und als weiteren Schritt zur Steigerung seiner Umsätze holte er eine Shell-Tankstelle in die Nürnberger Straße.
Im Sommer 1935 war es dann zu einer Beschädigung der Zapfsäule *„durch Anfahren“* gekommen, welche dann am 10. August 1935 zu einer Schließungsanordnung durch den Bürgermeister führte:



*Sein Geschäftsfeld in Bebra, Nürnberger Straße 24, hatte **Salomon Katz** in den 1920er Jahren durch eine Shell-Tankstelle erweitert.*

„Kommen Sie dieser Anordnung nicht nach, wird Ihnen ein Zwangsgeld von 50 RM, im Nichtbeitreibungsfalle eine Zwangshaft von einer Woche, angedroht."

Die Frankfurter Zweigniederlassung der Shell-Betreiberfirma (damals unter dem Namen *Rhenania-Ossag Mineralölwerke*) stärkte jedoch die Position des jüdischen Abnehmers ihrer Produkte, indem sie die Reparatur des behebbaren Schadens veranlasste und den Bürgermeister wissen ließ:

„Wir können uns Ihrer Ansicht, dass die Tankstelle ein Verkehrshindernis ist, nicht anschließen. Nach der uns hier vorliegenden photographischen Aufnahme liegt die Tankstelle auf dem Bürgersteig einer breiten Fahrstraße, sodass auch das Halten eines tankenden Fahrzeugs noch nicht verkehrshindernd sich auswirkt. Wenn, wie in diesem Fall, durch einen Verkehrsunfall die Zapfsäule beschädigt worden ist, so ist dies noch kein Beweis dafür, dass dieselbe verkehrsstörend wirkt. … Nur vorsorglich haben wir heute gleichzeitig gegen die Verfügung Beschwerde erhoben."

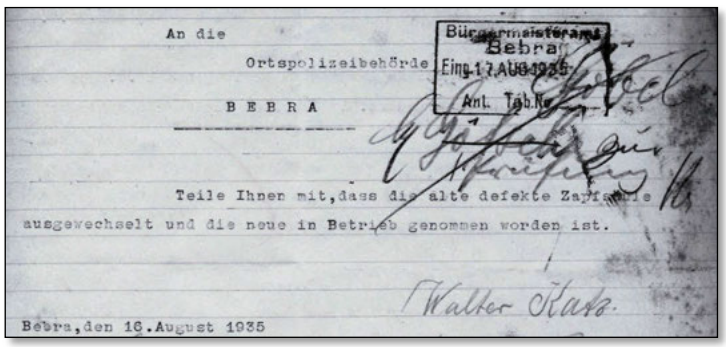
Das Bebraer Bauamt musste es so bis Ende November 1935 hinnehmen, dass die Tankstelle Katz zunächst noch weiter betrieben wurde. Der gewisse Konflikt zwischen den Wirtschaftsinteressen des NS-Staates und der politisch-weltanschaulich motivierten Einstellungsverfügung der lokalen Stellen war im August 1935 zumindest punktuell noch nicht eindeutig entschieden.

Erst nachdem man von Bebra aus auf der politischen Schiene die Zurückziehung der Genehmigung des Tankstellenbetriebs durch den Oberpräsidenten erwirkt hatte, konnte der Firma Katz die Lizenz zum Benzinverkauf entzogen werden. Weitere Beispiele für eine mit Hindernissen verbundene lokale Boykottstrategie gegenüber jüdischen Betrieben sind nicht überliefert.

Die Vorgänge um die Tankstelle Katz lassen sich als Muster der *„unsicheren, sprunghaften Behandlung der Judenfrage"* heranziehen, die Uwe D. Adam in seiner Publikation von 1972 („Judenpolitik im Dritten Reich") als kennzeichnend für das Hitlerreich dargestellt hat. Ein besonderer Hinweis gilt hier der im September 1935 im NS-Hauptamt für Kommunalpolitik entwickelten Behandlung der „Judenfrage". Der zufolge sollte auf Gemeindeebene durchaus die Möglichkeit bestehen, *„die Verhältnisse so zu gestalten, wie dies dem Geiste der nationalsozialistischen Bewegung entspricht"*. Immerhin hatte Hitler dem Wirtschaftsministerium die Zusage gegeben, dass die Regierung das wirtschaftliche Betätigungsfeld der Juden nicht beschneiden werde. (Adam 1972: 65)



Wohn- und Geschäftshaus Salomon ***Katz, Nürnberger Straße 24*** *in Bebra, ca. 1920.*


An die
Ortspolizeibehörde
BEBRA
Bürgermeisteramt Bebra
Eing. 17. AUG. 1935
Anl. Tgb.Nr.
Teile Ihnen mit, dass die alte defekte Zapfsäule
ausgewechselt und die neue in Betrieb genommen worden ist.
Walter Katz
Bebra, den 16. August 1935

Mitteilung von Walter Katz *vom 16. August 1935, der zufolge „die alte defekte Zapfsäule ausgewechselt und die neue in Betrieb genommen worden ist."*



Geschäftsanzeigen *im Bebraer Tageblatt 1924.*




Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 26. September

Vaterländischer Abend

Im Saale des Gasthauses zum „Deutschen Haus".

Zum Besten der Hinterbliebenen hiesiger Krieger und erblindeter Soldaten.

— Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten. —

Mitwirkende: Frau Rechtsanwalt Pabst (Gesang)
Frau Frieda Weiler (Klavier)
Herr W. Bünting vom Kgl. Theater in Cassel (Deklamation)
Herr Kapellmeister Lion (Violine)
Herr P. Hille (Violoncello).

Preise der Plätze: 1. Platz Mk. 1.—, 2. Platz Mk. 0,50

Vorverkauf bei Herrn **C. Rothfuchs**, Inh. G. Becker, Kaufmann und bei Herrn **August Küllmer**, Zigarrengeschäft und Friseur-Salon am Bahnhof.

Das Pianino liefert Herr S. Katz, Bebra.

Salomon Katz *und seine Familie boten den Menschen in ihrer Stadt nicht nur ein Warenangebot der besonderen Art an. Sie trugen auch dazu bei, dass die nationale Gesinnung in einen entsprechenden würdigen Rahmen gestellt wurde; so etwa durch die Bereitstellung eines Pianos bei dem Vaterländischen Abend, den Bebra am 26. September 1915 feierte - „zum Besten der Hinterbliebenen hiesiger Krieger und erblindeter Soldaten", wie es in der nebenstehenden Zeitungsannonce heißt. Zum Zeitpunkt dieser Feier (26. März 1917) hatten fünf jüdische Männer aus Bebra als Frontsoldaten ihr Leben verloren, aus Rotenburg waren es sogar sieben.*

Umsatzentwicklung

Während Textil- und Manufakturwarenhändler von einem Einbruch ihrer Umsätze ab 1933 um zwei Drittel und mehr sprachen, verminderten sich die Bilanzen der Viehhändler laut Eigendarstellung in den ersten beiden Jahren der NS-Herrschaft „lediglich“ um ein Drittel und gingen 1935 und 1936 auf die Hälfte des Umsatzes vor 1933 zurück. Erst mit den einschneidenden gesetzlichen Maßnahmen ab 1937 war dann die wirtschaftliche Basis auch der Viehhändler total zerstört.

Das Beispiel von Isaak Katzenstein, der ab 1920 in Bebra als Viehhändler und Grundstücksmakler tätig war, möge in Form seiner eigenen Zahlen als Beleg dienen. In seinem Antrag auf Wiedergutmachung aus dem Jahr 1954 trug Katzenstein Folgendes vor: *„Mein Einkommen in den Jahren 1930, 1931 und 1932 hat pro Jahr ca. 12.000 RM betragen. Infolge der Regierungsmaßnahmen ist ab 1933 mein Geschäft ganz erheblich zurückgegangen und somit auch mein Einkommen, dasselbe war:*

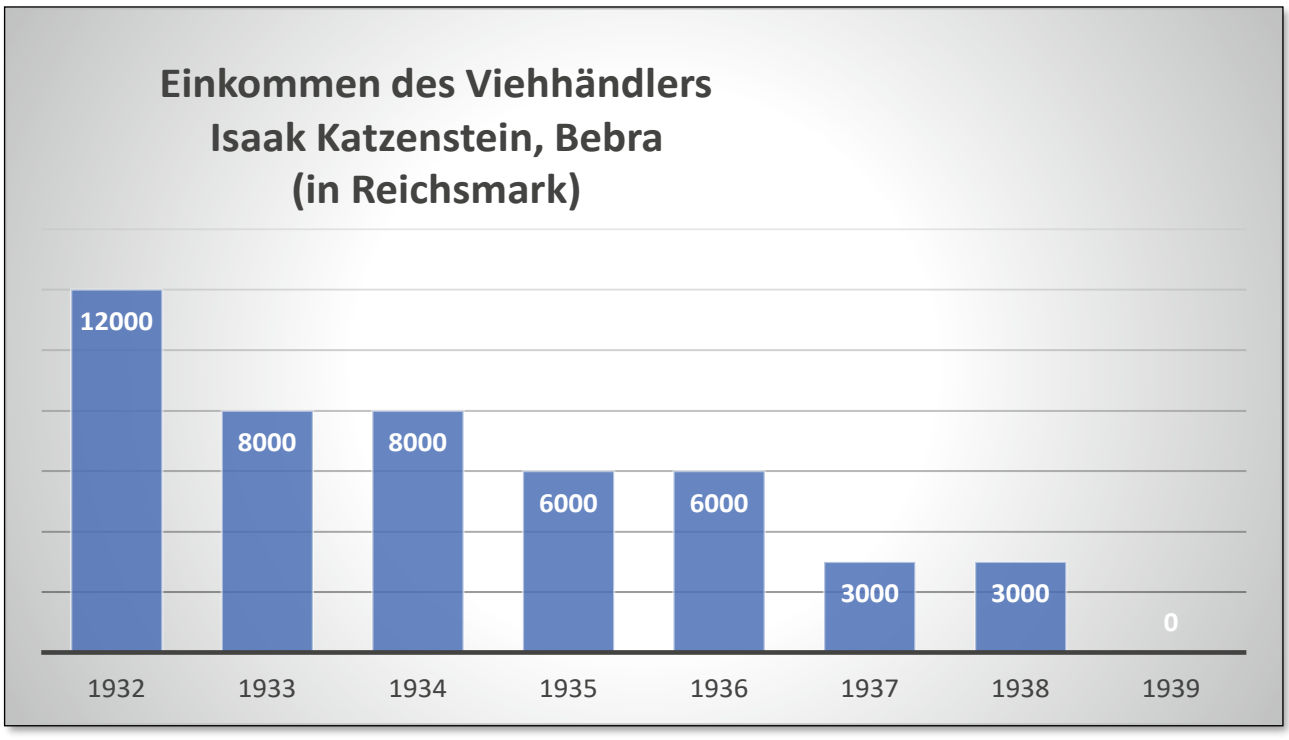
1933 ca. RM 8.000
1934 ca. RM 8.000
1935 ca. RM 6.000
1936 ca. RM 6.000
1937 ca. RM 3.000
1938 ca. RM 3.000
1939 *hatte ich überhaupt kein Einkommen mehr*.“

Ende des jüdischen Viehhandels

Die Katzensteins hatten sich erst unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs in Bebra (Amalienstraße 9) niedergelassen, nachdem sie ihren ursprünglichen Firmensitz in Rhina (bei Hünfeld) aufgegeben hatten. Im März 1938 stellte Isaak Katzenstein seinen Viehhandel ein und verkaufte sein Anwesen an die Witwe Gertrud Bolz geb. Preiß aus Ronshausen. Zwar musste er noch mit seiner Familie, zu der auch sein Schwiegervater Moses Bacharach gehörte, die Schrecken der Novemberpogrome 1938 erleben, im November 1939 gelang ihnen jedoch die Ausreise in die USA. Bis dahin hatten sie noch in dem vorher verkauften Haus wohnen können. Details über den Hausverkauf und nach dem Krieg vorgebrachte Rückerstattungsansprüche sind nicht überliefert.

Seit mehreren Generationen waren die Goldschmidts in der Mühlenstraße 4 in Bebra im Viehhandel tätig gewesen, mit einem Familienzweig auch in der Eisenacher Straße Nr. 19.

Außerdem betätigten sich in Bebra Gutmann Rülf (Nürnbergerstr. 25), Moritz Moses (Lindenplatz 8) und Max Moses Katz (An der Bebra 23) im Viehhandel. Zu den Genannten liegen allerdings keine Angaben über den Umfang ihrer geschäftlichen Tätigkeit und deren Entwicklung vor.



© Markus Pfannstiel

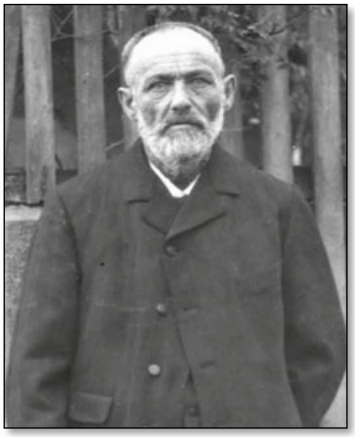




Mittwoch, den 17. d. M.,
trifft ein großer Transport neu importirter Seeländer
1½jähriger Fohlen
bei mir ein.
Bebra Salomon Goldschmidt,
Pferdehändler.

***Wohn- und Geschäftshaus der Goldschmidts** , die in der Mühlenstraße 4 in Bebra eine Pferdehandlung betrieben, zuletzt (bis 1938) von Louis Goldschmidt (unten links im Bild) geführt; neben ihm seine Ehefrau Hilda geb. Werner. Die beiden konnten im Sommer 1938 Zuflucht bei Louis' Bruder Hermann in Hamburg finden, von wo aus sie 1939 in die USA gelangten.*

*Die **Zeitungsannonce** stammt aus dem Jahr 1894. Louis' Bruder Salomons Bebraer Adresse war Eisenacher Str. 12, Salomon starb 1934. Seine Tochter Pauline wurde in Auschwitz ermordet, der letzte Weg seines Sohnes Fritz führte ins Ghetto Riga.*





***Louis Goldschmidt** *1867 in Bebra und seine Frau **Hilda** geb. Werner, *1876 in Kleineibstadt.*

Das Gleiche gilt für die beiden nach 1933 noch in Rotenburg ansässigen Viehhändler Karl Kaufmann und Honet Kaufmann.
Aus einem Schreiben der Landesbauernschaft Kurhessen vom 20. Januar 1938 an die Landratsämter geht hervor, dass einige der jüdischen Viehhändler versuchten, unter der Tarnung als Fellhändler ihr bisheriges Geschäft zu betreiben. Wieweit dies für die in Rotenburg und Bebra tätigen jüdischen Viehhändler zutrifft, ließ sich nicht ermitteln.







JÜDISCHER HANDWERKER ALS HEERESLIEFERANT

Ganz aus dem Rahmen fällt im letzten Bericht (25.02.1936) des Rotenburger Landrats an den Regierungspräsidenten ein Hinweis auf *„eine Mißstimmung bei arischen Handwerkern“.* Auslöser dafür sei, dass *„Heereslieferungen durch 2. und 3. Hand schließlich durch jüdische Handwerker zur Ausführung kommen. Es wurde tatsächich festgestellt, daß Bekleidungsgegenstände und eine Art Packtasche für Kraftfahrtruppen von dem jüdischen Sattler P. in Rotenburg a. F. hergestellt wurden.“*
Was aber vielleicht noch mehr zur Verwunderung und Empörung der „arischen“ Rotenburger beitrug: *„Der Jude, der befragt wurde, für wen er diese Gegenstände arbeite, gab zur Antwort, daß dies ein Geschäftsgeheimnis sei. Wenn solche Dinge erörtert werden, so wird vielfach und besonders von Parteiangehörigen zum Ausdruck gebracht, daß vermutlich in der Heeresleitung noch Freimaurer ihren Einfluß nehmen.“* So zu lesen im Landratsbericht v. 25.02.1936. Bei dem jüdischen Handwerker handelte es sich um den 1899 geborenen Sattlermeister Hugo Plaut, dessen Vater David bereits im Kaiserreich militärische Ausrüstungsgegenstände zu seinem Fertigungsprogramm zählte und diese auch per Zeitungsannoncen zum Kauf anbot.
Die Plauts waren vor 1933 offenbar nicht nur als Handwerker voll in das Rotenburger Alltagsleben integriert, sondern auch stark in das gesellschaftliche Leben eingebunden, worauf die Funktion von David Plaut als Organisator von Veranstaltungen der ehemaligen 14er Husaren des Kreises Rotenburg verweist, die in Rotenburg in Garnison gewesen waren.



Heinemann Plaut *(1844 - 1929), Porträt in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg.*

oben: *Sattler David Plauts Angebot an die Rekruten*
Mitte*: D. Plaut als Organisator der 14er Husaren 1913. D. Plaut als stellv. Feuerwehrhauptmann 1924.*
unten*: Urahn Heinemann Plaut.*

Die „Vorkommnisse“ in Rotenburg fanden auch Eingang in den zusammenfassenden Bericht des Regierungspräsidenten, der aber darauf verweisen konnte, dass entsprechende Klagen nur in einem einzigen Landkreis laut geworden seien und die Auftragsvergabe für Heereslieferungen nicht von militärischen Stellen aus erfolgt sei, sondern „durch zweite oder dritte Hand“.

Hugo Plaut kehrte im Oktober 1936 seiner Heimatstadt den Rücken und ging in die USA, was ihm dadurch erleichtert wurde, dass seine älteren Schwestern Malchen und Minna sich bereits in den 1920er Jahren in Philadelphia angesiedelt hatten. Kann der „Fall Plaut“ als Beispiel dafür gelten, dass in den Anfangsjahren des Dritten Reiches längst nicht alles unter Kontrolle gebracht war?

Besserung der wirtschaftlichen Lage

Auf die Dauer musste das Ansehen der neuen Regierung davon abhängen, in welchem Maße es ihr gelang, die Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftselend zu beseitigen:

Die NS-Regierung profitierte dabei entscheidend von der allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft, von der die wirtschaftliche Erholung Deutschlands nur ein Teilaspekt war.

Durch ihre massive und geschickte Propaganda verstanden es die Nationalsozialisten, die Verbesserung der ökonomischen Lebensbedingungen als Verdienst ihrer „weitschauenden und energischen“ Politik auszulegen.

Vor diesem Hintergrund sah sich die Hitlerregierung jetzt auch zu weniger Beachtung des jüdischen Beitrags zum Wirtschaftsleben veranlasst, sodass sie einen verstärkten Druck auf die jüdische Bevölkerung ausüben konnte. Dazu kam ab Jahresmitte 1936 die Rückenstärkung des Regimes in der Weltöffentlichkeit durch den propagandawirksamen Verlauf der Olympischen Spiele im Sommer 1936.

Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor Ort zeigte sich z. B. darin, dass die Umsätze bei der Kreissparkasse Rotenburg von 32 Millionen (1932) und 31 Millionen RM (1933) im Jahr 1934 auf 42 Millionen Reichsmark anwuchsen. (Landratsbericht v. 19.02.1935)

Laut Landratsbericht vom 24.10.1935 setzte sich diese Entwicklung 1935 fort: *„So ist bei der Kreissparkasse in Rotenburg die Entwicklung im Jahre 1935 eine günstige und stetig aufwärts gerichtete gewesen. Der Spareinlagenzuwachs von Januar bis September 1935 beläuft sich* auf 370.000 RM, 6,06% des Sparkassenbestandes vom 31.12.1933.
Im Finanzbericht für die Stadt Rotenburg für das 1. Halbjahr 1936 wird festgehalten, man sei das Gros der Wohlfahrtserwerbslosen losgeworden und habe demzufolge *„erhebliche Ersparungen im Wohlfahrtsetat aufzuweisen“.* Die Finanzlage habe sich so gebessert, *„dass demnächst Anträge auf Gewährung von Staatsbeihilfen nicht mehr gestellt zu werden brauchen … und eine erhebliche Besserung der städtischen Finanzen im Anmarsch ist.“ (Stadtarchiv Rotenburg)*

Allgemeine Klagen

Was laut Bericht des Regierungspräsidenten vom 2. September 1935 zu Klagen und zur Mißstimmung führte, war der von den Nationalsozialisten betriebene Organisationszwang und die damit verbundene finanzielle Belastung. Als typisches Beispiel dafür wurde ein Gastwirt genannt, der außerdem ein Kolonialwarengeschäft führte und ein Stückchen Land besaß. Er müsse folgenden Organisationen angehören:

– als Geschäftsmann der *Deutschen Arbeitsfront*,
– als Gastwirt dem *Reichseinheitsverband des Gaststättengewerbes*,
– als Landwirt dem *Reichsnährstand* und
im übrigen womöglich der Partei, der SA, der NSV und dem RLB [= *Reichsluftschutzbund*].

Es waren aber nicht nur die finanziellen Belastungen durch den Organisationszwang, die Klagen und Unzufriedenheit hervorriefen.
Im Landratsbericht vom 25. Februar 1936 wurde die Missstimmung bei den Frauen angesprochen. Sie seien *„vielfach darüber verärgert, daß die Männer an den meisten Abenden in der Woche durch irgendeinen Dienst- oder Kameradschaftsabend vom Hause ferngehalten werden.“*
Dazu kam dann noch der Zorn darüber, dass *„die Männer durch den anschließenden Wirtschaftsbesuch Ausgaben machen, die sich bei ihrem Einkommen nicht rechtfertigen lassen.“*

C. 8 Rotenburger Kirchenteppich
Ein Zeitzeugnis der besonderen Art

Rotenburger Frauen und Mädchen schufen 1934/35 ein Bild, das die Verquickung von Nationalsozialismus und Kirche als absolut selbstverständlich darstellte.

Der Initiator dieses Werkes, Wolf-Dietrich Stein, geb.1900 in Frankfurt/M., war 1932 nach Rotenburg gekommen, wo er Zeichen- und Malkurse gab. 1934 übernahm er eine halbe Stelle als Studienassessor an der Jakob-Grimm-Schule, 1936 wurde er an die damalige Hochschule für Lehrerbildung in Darmstadt berufen.

„Motiviert und motivierend, war er für den Nationalsozialismus ohne Zweifel der optimale Mann als „Kreiskulturwart", dessen Stelle er in Rotenburg einnahm. Im Sinne des Regimes gelang es ihm tatsächlich, hier die Volkskunst zu beleben und Laien zur kunsthandwerklichen Produktivität zu bewegen." (Merkel 1999: 141)

Am 1. Mai 1935, seit 1933 als „Tag der nationalen Arbeit" zum Feiertag erklärt, traf sich die NS-Frauenschaft um 14.15 Uhr an der Rathaustreppe am Marktplatz, wo der von ihr hergestellte monumentale Teppich öffentlich präsentiert wurde. Nachdem der Festzug an dem Werk vorbeigezogen war, nahmen die Frauen in der gegenüberliegenden Jakobi-Kirche an dessen Übergabe an den Kirchenvorstand teil. In den folgenden Jahren hing der Teppich rechts neben der Kanzel, wo er passgenau die Fläche zwischen Fußboden und Fenster ausfüllte. Er wurde für diese Stelle geplant, um die Gemeinde vor der Zugluft zu schützen, die von einer kleinen Seitentür neben der Kanzel ausging.

Für das Selbstverständnis der NS-Frauenschaft ist die Aufteilung der Gruppen von interessanter Aussagekraft. Den Männern wurde nach traditioneller Rollenverteilung der ‚Kopf' des Kreuzes zugestanden. Ganz im Sinne des Regimes erscheinen sie als Denker, Lenker und Führer. Die Frauen im Kreuzesfuß hingegen sind die Basis, die Stütze und das Fundament. Wenngleich am weniger prominenten Platz angesiedelt, doch allein schon durch ihre Anzahl allen anderen Gruppen gemeinsam überlegen, verstehen sie es doch, die Botschaft zu vermitteln: Ohne uns geht nichts.



Wolf-Dietrich Stein *(1900-1941) kam 1932 nach Rotenburg, wo er Kurse im Zeichnen und Malen gab, ab 1934 arbeitete er mit halber Stelle an der Jakob-Grimm-Schule und bekleidete das Amt eines NS-Kreiskulturwarts. 1936 wurde er an die damalige Hochschule für Lehrerbildung in Darmstadt berufen. Er starb am 16.08.1941 als Soldat in Russland.*

Über der Frauengruppe sind die beiden markantesten Symbole des Teppichs angeordnet: links das kantige Hakenkreuz, rechts das Rotenburger Wappen.

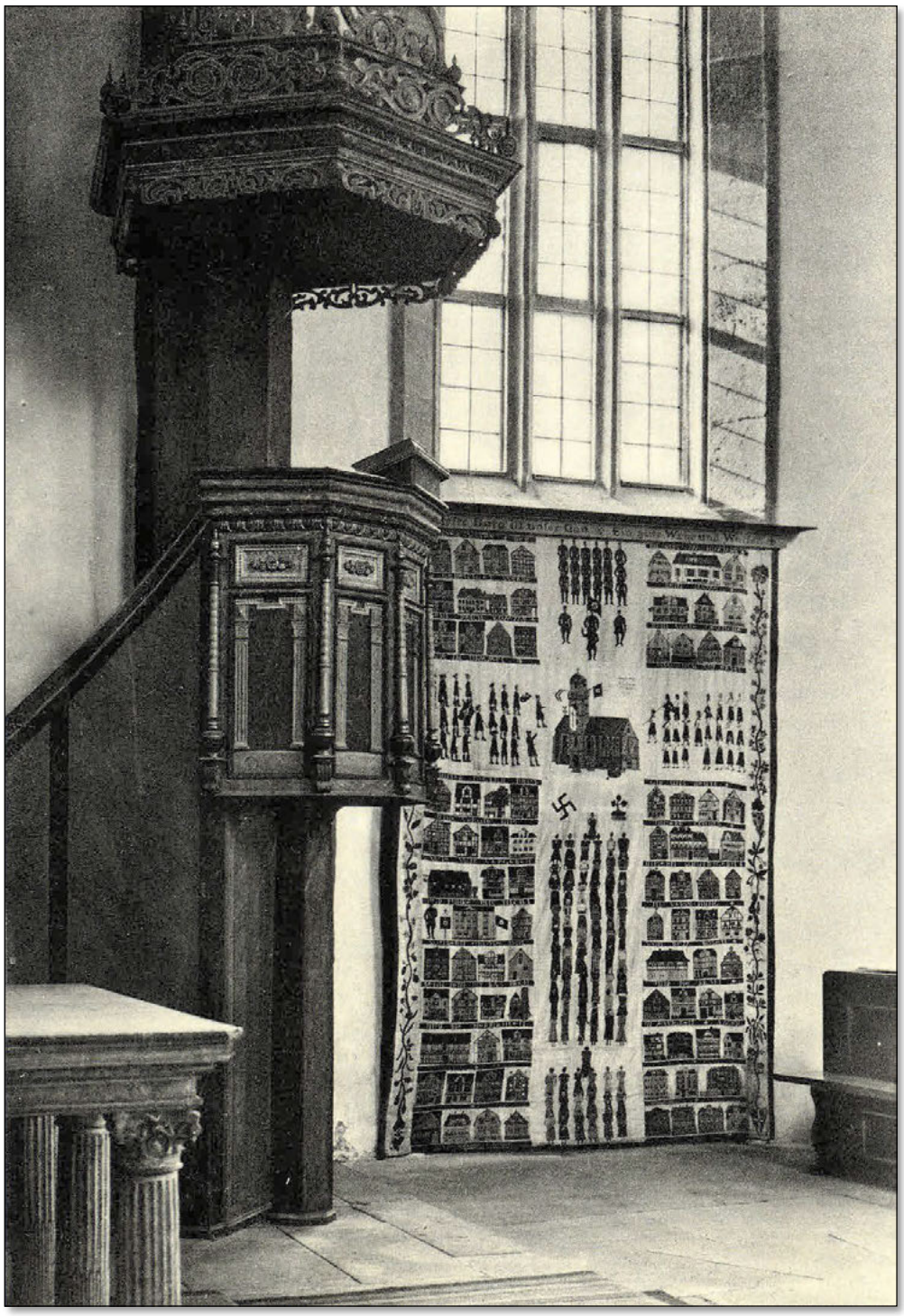
Die Nachbarschaft der beiden Symbole verweist in aller Deutlichkeit auf die Verbindung des politischen Systems mit der Stadt, wobei nicht übersehen werden darf, dass die Verklammerung gleichsam durch die Institution Kirche stattfindet, die in Form des Kreuzes den Hintergrund für das Hakenkreuz und das Stadtwappen abgibt. (Merkel 1999: 135)

Unmittelbar vor dem Einzug der amerikanischen Truppen Anfang April 1945 verbarg Pfarrer Hammann (seit 1937 Dekan) den Wandteppich im Ar-



Friedrich Hammann *(1893- 1975), Pfarrer in Rotenburg 1923-1961, ab 1937 Dekan, verbarg im März 1945 den Kirchenteppich. Als Motivation nannte er die Bewahrung „eines lebendigen Zeugnisses für jene hoffnungsvolle Anfangszeit des Nationalsozialismus mit einer verheißungsvollen Zusammenarbeit zwischen Partei und Kirche."*


UNSER VATER IN DER
GEHEILIGET WERDE
DEIN REICH KOMME
WIE IM HIMMEL
DU BIST UNS HIMMEL
DEIN NAME
DEIN WILLE GESCHEHE
ALSO AUCH AUF ERDEN
1954
UNSER TÄGLICH BROT
UND VERGIB UNS
WIE WIR VERGEBEN
UND FÜHRE UNS NICHT
SONDERN ERLÖSE UNS
DENN DEIN IST DAS REICH
UND DIE HERRLICHKEIT
GIB UNS HEUTE
UNSERE SCHULD
UNSEREN SCHULDIGERN
IN VERSÖHNUNG
VON DEM BÖSEN
UND DIE KRAFT
IN EWIGKEIT AMEN



*Der Wandbehang („**Rotenburger Kirchenteppich**") hing vom 1. Mai 1935 bis Ende März 1945 fast ununterbrochen neben der Kanzel der Altstädter evangelischen Kirche in Rotenburg. Seit 2010 hat er einen festen Platz im Deutschen Historischen Museum in Berlin gefunden. Dort hatte er bei der Ausstellung „Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen" als überzeugender und anschaulicher Nachweis für das große Ausmaß der Identifizierung der deutschen Bevölkerung mit der NS-Führung große Beachtung gefunden.*

chivraum der Kirche. Seine Motivation begründete er mit der Bewahrung

„eines lebendigen Zeugnisses für jene hoffnungsvolle Anfangszeit des Nationalsozialismus mit einer verheißungsvollen Zusammenarbeit zwischen Partei und Kirche; freilich auch ebenso als Zeugnis für die skrupellose Irreführung, Täuschung und Missbrauch einer gutgläubigen, noch kirchlich gesinnten Bevölkerung." (Rotenburger Kirchenchronik)

Kooperation Evangelische Frauenhilfe und NS-Frauenschaft

„Es war der Wunsch der Kirche, die Frauenhilfe und die NS-Frauenschaft auf diese Weise eng zusammenzubringen", beschrieb der „Projektleiter" Wolf-Dietrich Stein die Ausgangssituation: *„Die Kirche gab den Anlaß, die Frauenschaft den Sinn: wir tragen das Hakenkreuz in unsre Kirche."*

Einen Teppich nach vorgegebenem Entwurf, nach abgezählten Stichen und mit vorbestimmten Farben



***Postkarte** mit einem Ausschnitt aus dem Kirchenteppich, wahrscheinlich mit der Absicht, die Dekorierung der Kirche mit der Hakenkreuzfahne stärker sichtbar werden zu lassen.*
Die Hissung der Hakenkreuzfahne wurde erst im September 1935 für alle öffentlichen Gebäude gesetzlich verpflichtend .

zu sticken: Für den NS-Kulturwart Stein wäre dies *„die Arbeit von Gehilfen gegen Lohn“* gewesen. Die Konsequenz für ihn und die NS-Frauenschaft: *„Die Teppichaufgabe musste umgewandelt werden.“*

Die von den Frauen in halbem Kreuzstich auf Straminleinenstücke gestickten Häuser wurden zu einem christlichen Kreuz aneinandergereiht, getrennt durch die Worte des Vaterunser. Das so entstandene Kreuz füllen vier Figurengruppen, gestickt von Rotenburger Schülerinnen: 74 unterschiedlich gekleidete Frauen, 24 uniformierte Hitlerjungen, 23 Männer in SA-Uniform und die gleiche Zahl uniformierter BDM-Mädchen marschieren in die Kirche.
In der Mitte des Kreuzes steht die im ausgehenden 15. Jahrhundert erbaute Jakobikirche. An deren Turm hängen drei Fahnen, die Kirchenfahne, die Hakenkreuzfahne und die des 1918 untergegangenen Kaiserreichs in den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Markant vom Turm abgehoben dominieren die beiden kräftig flatternden weltlichen Banner, während die Kirchenfahne mit dem schwarzen Kreuz auf weißem Grund wie auf Halbmast gesetzt unbewegt am Turm herabhängt.
Mit dieser Fahnensymbolik begegnet uns ein klassischer Fall von vorauseilendem Gehorsam. *„Dem Führer entgegenarbeiten“* nennt der britische Historiker Ian Kershaw die verbreitete Mentalität, auf der die Begeisterung beruhte, die Hitler entgegenschlug.

Als der Kirchturm auf dem Wandteppich mit einer Hakenkreuzfahne verziert wurde, gab es noch keine amtliche Anweisung zur Hissung der Hakenkreuzfahne auf Kirchen. Erst Monate später, am 15. September 1935, wurde das „Reichsbeflaggungsgesetz“ erlassen, das unter Strafandrohung die Hakenkreuzfahne an öffentlichen Gebäuden an besonderen Feiertagen vorschrieb.

Wolf-D. Stein: Propagandist der NS-Kunst

Die florale Umrandung war das Werk von Schülerinnen. Über ihre Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft waren auch Katholikinnen in die Stickarbeit für eine protestantische Kirche eingebunden, sie *„dienten so der größeren Gemeinschaft“* (Stein).

Zunächst als Ortskulturwart der Rotenburger NSDAP, dann als Kreiskulturwart war Wolf-Dietrich Stein im Sinne des Nationalsozialismus eine optimale Besetzung dieses Parteiamtes. Es gelang ihm, Laien zu kunsthandwerklichem Schaffen zu bewegen, *„um unserer Weltanschauung willen das Volk zu seiner eigenen Vorstellungstätigkeit zu führen“,* wie er seine Aufgabe in seinem 1936 veröffentlichten Aufsatz *„Vom Laienwerk der Frauenschaft in Rotenburg an der Fulda“* formulierte.
In seinem Kunstverständnis war, laut eigenem Bekenntnis, kein Platz für impressionistisches oder expressionistisches „Bildgestammel“. Als national-



*Das Foto entstand am **1. Mai 1935**, als der Kirchenteppich vom Rathaus in die Jakobikirche gebracht wurde. (Stadtarchiv Rotenburg)*

sozialistischer Funktionär und Propagandist einer „volksverbundenen“ Alltagskunst und Alltagskultur, in der für „Rassefremde“ kein Platz war, sah er sich als derjenige, der *„um unserer Weltanschauung willen“* den neuen Plan zu entwickeln hatte.

Als Exponat im Deutschen Historischen Museum Berlin

Seit Oktober 2010 hängt der Rotenburger Kirchenteppich im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Dort war er ein stark beachtetes Exponat in der Ausstellung *„Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen“.*

Für viele Kommentatoren der deutschen ebenso wie der internationalen Presse war der Wandteppich aus Rotenburg ein überzeugender und vor allem auch anschaulicher Nachweis für das große Ausmaß der Identifizierung der deutschen Bevölkerung mit der NS-Führung. (s. übernächste Seite)

Mit der Einrichtung der Geschichtswerkstatt in der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule im Mai 2001 hatte der Teppich zunächst hier seine Platzierung gefunden. Seit seiner Präsentation im Deutschen Historischen Museum in Berlin hängt in der Rotenburger Geschichtswerkstatt ein verkleinerter, hochwertiger Textil-Nachdruck.



***Titelblatt** (Ausschnitt) des Katalogs zur gleichnamigen Ausstellung im Deutschen Historischen Museum Berlin, hg. v. Hans-Ulrich Thamer u. Simone Erpel, 2011.*



*Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg als Eigentümer überließ 2011 den **Rotenburger Kirchenteppich** dem Deutschen Historischen Museum in Berlin auf dessen Drängen als Dauerleihgabe. Mit hohem technischen und konservatorischen Aufwand wird er seitdem im Bereich Zeitgeschichte im Deutschen Historischen Museum als Teil der dortigen Dauerausstellung gezeigt.*

Rotenburg Lokalseite 10

Die Nazi-Ideologie im Alltag

Ausstellung in Berlin: Kirchenteppich zählt zu den meistbeachteten Exponaten

Das Thema

Ein lebhaftes Echo gibt es auf den Rotenburger Kirchenteppich in der Ausstellung „Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen" im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Sie läuft seit dem 15. Oktober und ist bis zum 6. Februar 2011 zu sehen.

BERLIN/ROTENBURG. Die auf 1000 Quadratmetern präsentierte Schau in Berlin beschäftigt sich nicht mit Hitler als Person, sondern will aufzeigen, wie er zum Diktator aufstieg. Das erklärt Dr. Heinrich Nuhn aus Rotenburg, ein ausgewiesener Kenner der Materie, der sich in Berlin bereits einen Eindruck von der Ausstellung verschafft hat. Sie wolle außerdem die Loyalität der Deutschen zum „Führer" erklären, meint Dr. Nuhn.

Wie der Untertitel „Volksgemeinschaft und Verbrechen" beschreibt, gehe es um die Beziehung zwischen Machthabern und deutscher Bevölkerung. Gesucht wird eine Antwort auf die Frage „Wie war es möglich, dass das NS-Regime mit Hitler an der Spitze trotz des Völkermords und der Verbrechen in Deutschland so viel Akzeptanz fand?"

Es ist die erste Ausstellung, die speziell nach dem Verhältnis zwischen Diktator und Volk fragt – nach unzähligen mehr oder weniger gelungenen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus in vielen Museen bundesweit, erklärt Dr. Nuhn.

Der Rotenburger Kirchenteppich, der in der Berliner Schau zu sehen ist, wurde am 1. Mai 1335 der Öffentlichkeit präsentiert. Über 100 Frauen und Mädchen hatten daran gearbeitet. Nach dem Maifestzug wurde der Teppich in der Jakobikirche aufgehängt. Er passte genau neben die Kanzel, wo er eine nicht genutzte Seitentür bedeckte und vor Zugluft schützte. Bis 1945 hing der Teppich dort, verschwand dann im Archivraum der Kirche. Ab 1960 lagerte das Zeugnis aus der Nazi-Zeit im Archiv des Heimatmuseums. Mit der Einrichtung der Geschichtswerkstatt in der Jakob-Grimm-Schule in Mai 2001, deren Initiator Dr. Heinrich Nuhn war, wurde der Wandteppich in der JGS als einzigartiges Zeitdokument ausgestellt. Dr. Nuhn hat das Presseecho zum Kirchenteppich in der Berliner Schau zusammengestellt. (ank)

BERICHT UNTEN



Der Rotenburger Kirchenteppich: Er hing seit 1935 in der Jakobikirche, im Kreuzstich gefertigt von von über hundert Mädchen und Frauen der NS-Frauenschaft und der Evangelischen Frauenhilfe .

Foto: Schankweiler-Ziermann

ANZEIGE



Beklemmendes Zeugnis aus Stoff

Großes Presseecho auf den Kirchenteppich aus Rotenburg, gestickt von Frauen und Mädchen in der NS-Zeit

Der acht Quadratmeter große Wandstoff (…) bildet eine der bizarrsten Attraktionen der Ausstellung „Hitler und die Deutschen", mit der das Deutsche Historische Museum in Berlin den Zusammenhang von „Volksgemeinschaft und Verbrechen" darstellen will. Zugleich ist er das überzeugendste Beweisstück der Kuratoren für die stufenweise „Selbstgleichschaltung" der Deutschen." Dieses Resümee zieht die **Frankfurter Allgemeine** in ihrem Bericht über die Bedeutsamkeit der rund 600 Originalstücke, die bis zum 6. Februar 2011 im zentralen deutschen Geschichtsmuseum zu sehen sind.

In den Pressekommentaren findet sich eine Reihe von kritischen Anmerkungen zu dem ehrgeizigen Ausstellungsvorhaben. Fast alle Kommentatoren greifen jedoch voller Zustimmung auf das Exponat aus Rotenburg zurück, wenn sie Einzelbeispiele für eine gelungene Auswahl vorstellen.

„Aufsehenerregend" nennen die **Mainpost (Würzburg) und die Freie Stimme (Chemnitz)** die Darstellung der jubelnd in die Kirche marschierenden NS-Formationen.

Für die Reporterin des **Österreichischen Rundfunks** gar zählt der „acht Quadratmeter große Stoff aus Rotenburg" zu den „wohl beklemmendsten Zeugnissen" der Ausstellung.

Anja Lösel vom „Stern" nennt den Rotenburger Wandbehang, „ausgeschmückt mit den Worten des Vaterunser und einem fetten Hakenkreuz", eines der „kuriosen" Ausstellungsstücke, die „zeigen, wie sehr die Nazi-Ideologie in den Alltag eingedrungen war."

„Von einem bestimmten Zeitpunkt an wurde es fast unmöglich, sich der NS-Reklame zu entziehen", schreibt Katja Bauer in der **Stuttgarter Zeitung** und fährt fort: „Ein beklemmendes Gefühl dafür vermittelt in der Schau ein riesengroßer, handgestickter Wandteppich aus einer Kirche im hessischen Rotenburg an der Fulda."

Briefe an Hitler von Schulkindern, ein 1933 zusammengestelltes Fotoalbum, das die Begeisterung der Heilbronner für das neue Regime zeigt, und „ein selbstgestickter Wandteppich der evangelischen Frauen" – diese drei Beispiele nennt der **„Spiegel"** als herausragende Illustrationen für die Popularität Hitlers und die Faszination des „Führers".

Die **Rheinische Post (Düsseldorf)** kennzeichnet den Teppich als Musterbeispiel für die Kooperationen zwischen Volk und „Führer": „Sie waren ein Erfolgsrezept der braunen Diktatur."

Die **Bild-Zeitung** zitiert Prof. Hans-Ulrich Thamer, den für die Inhalte Hauptverantwortlichen, der den Wandteppich als einen der Höhepunkte der Ausstellung den mehr als hundert internationalen Korrespondenten und 30 Kamerateams vorstellte.

Unter der Überschrift „Selbstgleichschaltung" präsentiert die **Süddeutsche Zeitung** das Exponat als Musterbeispiel: „So sickert der Nationalsozialismus in die Gesellschaft ein." Wie weit die Deutschen mit der Ideologie des NS einverstanden waren und wie sehr sie sich an dessen praktischer Umsetzung beteiligten – klare Antworten darauf entdeckte der sehr kritische Rezensent der **„Tageszeitung" (taz)** nur bei einer „Handvoll Briefen von Privatpersonen an den lieben Herrn Hitler" und dem „mit dem Vaterunser, Hakenkreuzen, SA-Truppen und Hitlerjungen bestickten Wandteppich".

Der **Berliner „Tagesspiegel"** nennt den Rotenburger Wandbehang als markanten Gegenstand der kultischen Führerverehrung – neben Hitlerbüsten, Hitlergemälden und anderen Devotionalien.

Dr. Heinrich Nuhn

www.hassia-judaica.de

*Auszüge aus überregionalen **Presseberichten betr. den Rotenburger Kirchenteppich** als besonders aussagekräftiges Exponat im Rahmen der Ausstellung „Hitler und die Deutschen - Volksgemeinschaft und Verbrechen" im Deutschen Historischen Museum Berlin 2010/2011. (Berichte in der Hersfelder Zeitung und der HNA Rotenburg-Bebra Okt. 2010)*

C. 9 Stürmerkästen & Spott-Figuren aus Bebraer Werkstatt

Seit Mai/Juni 1935 verbreiteten sich die sog. Stürmerkästen in den Landgemeinden und Kleinstädten. Ein solcher „Stürmerkasten“ stand ab November 1934 in Rotenburg am Aufgang zur Alten Fuldabrücke. In Bebra fanden die Stürmerkästen in der Nürnberger Straße (Semms Ecke) und am Eingang zur Schulstraße ihre Aufstellung – *„als Mahner und Wecker zu deutschem Tun und Handeln“,* wie die Lokalpresse am 10.09.1935 berichtete.

Unter der Überschrift „Großkundgebung“ war am 10. September 1935 im *Bebraer Tageblatt* zu lesen: *„Trotz des Sonnabendnachmittag, wo diesem und jenem das Abkommen doch nicht immer möglich ist, hatte sich neben den Formationen eine beträchtliche Zahl Volksgenossen und Volksgenossinnen eingefunden, um die eindringlichen Worte des Gauredners Pg. Möller-Wanfried zu hören und sich hernach an dem darauffolgenden Umzug mit Aufhängen zweier neuer Stürmerkästen zu beteiligen.“*

Der Redner sprach dann von der Gefahr, die drohe, *„wenn der Hervorkehrung des Rassegedankens im nationalsozialistischen Deutschland verständnislos oder gar ablehnend gegenübergestanden wird. Hemmungslosem Profitstreben, dem Geist des Materialismus, steht der Idealismus, die Ehre des deutschen Menschen, gegenüber. Wo der Fremdrassige Profit, Geschäft, Verdienst sucht, da sieht der deutsche Mensch in erster Linie die Gemeinschaft, sein Vaterland, seine Ehre und die Erfüllung innersten Sehnens. Und wenn diese Geisteshaltung des Idealismus und der Ehre überall zum Durchbruch kommen und das Leben der deutschen Volksgemeinschaft gestalten soll, dann muß jeglicher Einfluß fremder Rasse in Deutschland verschwinden.“*

Ob je einem der Betrachter der Aushänge im Stürmerkasten zu Bewusstsein kam, wie sehr sich deren Inhalt und Form von dem beschworenen „Idealismus“ unterschieden?

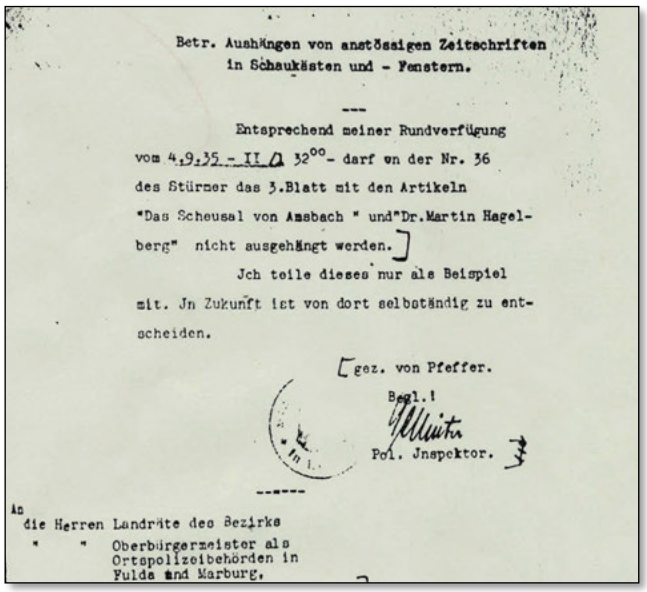


Stürmerkasten *(aus: Reichskristallnacht in Hannover 1978: 51)*

Von dem Schauplatz der Kundgebung *auf* dem „Adolf-Hitler-Platz“ [jetzt: Am Anger] formierte sich dann ein Festzug von dort aus in die Nürnberger Straße zum Anwesen der Firma Semm in der Nürnberger Straße und anschließend zur Schulstraße, um dort die Schaukästen aufzustellen.
Für Rotenburg sind drei Stürmerkästen überliefert. Einer stand, wie erwähnt, an der Neustadtseite der Fuldabrücke, ein weiterer war an dem damaligen Parteihaus der NSDAP Breitenstraße 7 (jetzige Hausnummer) aufgehängt, ein dritter hing an der ehemaligen Stadtwache (Eckhaus St. Georg-Straße/ Marktplatz). An die Einweihung des Letzteren erinnerte sich ein damals 14-Jähriger:
„Der Schaukasten war gelb gestrichen, mit Glastüren davor. Herr Rosenstock, mein Deutschlehrer an der Jakob-Grimm-Schule, hielt die Ansprache, in der er betonte: ‚Es darf nicht nur der Mund gespitzt werden, es muss auch gepfiffen werden!‘ Auch im Unterricht kam das durch.“

Appell an die niedersten Instinkte

Das 1923 von dem späteren Nürnberger Gauleiter Julius Streicher gegründete Wochenblatt *Der Stürmer* (Auflage 1938 eine halbe Million) verfolgte das Ziel, durch Fälschungen, Denunziationen, Verleumdungen und Diffamierungen übelster Art die Parole *„Die Juden sind unser Unglück“* zu beweisen. Als volkstümlich gestaltetes Propagandavehikel trug *Der Stürmer* nicht unwesentlich zum Sichtbarwerden des Judenhasses im Ortsbild bei. Die vulgäre und auch pornografisch aufgeladene Hetze mit Artikeln über „Rassenschande“ ging selbst manchen



Betr. Aushängen von anstössigen Zeitschriften
in Schaukästen und - Fenstern.

Entsprechend meiner Rundverfügung vom 4.9.35 - II A 32[00]- darf an der Nr. 36 des Stürmer das 3.Blatt mit den Artikeln "Das Scheusal von Ansbach " und"Dr.Martin Hagelberg" nicht ausgehängt werden.

Ich teile dieses nur als Beispiel mit. In Zukunft ist von dort selbständig zu entscheiden.

gez. von Pfeffer.

Begl.!
Pol. Inspektor.

An
die Herren Landräte des Bezirks
" " Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörden in Fulda und Marburg.



*Einer der drei Rotenburger **Stürmerkästen** stand auf der rechten Seite der Fuldabrücke, wie das Foto von 1939 zu erkennen gibt.* (Stadtarchiv Rotenburg)

Parteigenossen zu weit, sodass das Aushängen bestimmter Seiten von der Staatspolizeistelle beim Regierungspräsidenten in Kassel verboten wurde, so die Nummern 34, 35 und 36 des Jahrgangs 1935. (s. Dokument unten)
Zusätzlich zur Verbreitung verleumderischer Nachrichten über das Judentum und Hetze gegen die jüdische Minderheit durch das Aushängen des Wochenblattes wurden in den Stürmerkästen Personen bloßgestellt, die sich dem Boykott jüdischer Geschäfte widersetzten und es noch gewagt hatten, jüdische Geschäfte zu betreten oder die bei „verdächtigem“ Kontakt mit einer jüdischen Person beobachtet worden waren. Die Deutschen lebten, wie es der kanadische Historiker Gellately genannt hat, in einer sich selbst überwachenden Gesellschaft - mit der Folge, *„dass ein Großteil der Inhalte des Blattes rein aus Leserbriefen oder zugesandtem Material bestand.“* (Roos 2016: 242)
In diesen Zusammenhang passt dann auch der Eintrag von Pfarrer Hammann im Kirchenbuch Rotenburg-Neustadt:

***Rundverfügung** der Staatspolizeistelle Kassel vom 5. Sept. 1935 (Ausschnitt). Dort heißt es: „Entsprechend meiner Rundverfügung … darf von der Nr. 36 des Stürmer das 3. Blatt mit den Artikeln ‚Das Scheusal von Ansbach‘ und ‚Dr. Martin Hagelberg‘ nicht ausgehängt werden. … In Zukunft ist von dort selbständig zu entscheiden.“*

„Der Sohn Georg Möller des Orgelbauers und Organisten Möller, erklärte im Familienkreis, als der Vater einmal wagte, am Nationalsozialismus irgendwelche Kritik zu üben, in vollem Ernst und Zorn: ‚Wenn Du nicht mein Vater wärst, würde ich Dich jetzt der Partei melden.'"

Selbsternannte Stürmer-Korrespondenten

Manche fühlten sich animiert, selbst als *Stürmer*-Korrespondent zu agieren. Ein Rotenburger „alter Kampfgenosse", wie er sich bezeichnete, schrieb am 9. November 1938 an den *„Lieben Stürmer"*, um dessen Wunsch nachzukommen, *„über das Verhalten der Juden während der Septemberkrise Mitteilung zu geben."* Der Briefschreiber sah die Juden *„während dieser Zeit, wo der Führer des Deutschen Volkes um die Erhaltung des Friedens gerungen hat, … als Fremdlinge in unserem Volke auf der Lauer. … In den kritischen Tagen konnte man auf der Straße und an vielen Straßenecken allzu häufig grinsende und rachelüsterne Judengesichter sehen. … Wie frech in den Septembertagen das Judenpack sein Haupt erhob, als die geheimsten Wünsche, Deutschland in einen Krieg zu zerren, fast in Erfüllung gingen, davon zeugen die nachstehenden Vorfälle."* (Stadtarchiv Nürnberg/ Abt. Stürmerarchiv, E 39, Nr. 1596/3)

Die an den *Stürmer* weitergegebenen Beobachtungen des „alten Kampfgenossen" aus Rotenburg gründeten sich aufs Hörensagen, die von ihm zitierten „Gemeinheiten" hatten sich in Hersfeld, Solz und Mündershausen zugetragen.

Zusätzlicher Schrecken wurde durch den *Stürmer* dadurch verbreitet, dass man damit rechnen musste, entsprechende „Vorfälle" würden über den Nürnberger Umweg reichsweit publiziert und den Weg an den eigenen Ort zurückfinden.

Wer noch Kontakte zu jüdischen Bekannten aufrecht erhielt, musste also darauf gefasst sein, dass sein Name an den Stürmer-Pranger gestellt wurde. So erging es tatsächlich der Rotenburger Hebamme Emmy Grunz, die sich in der 1. Mai-Ausgabe 1938 des *Stürmers* unter der Rubrik „Was das Volk nicht verstehen kann" auf der Anklagebank fand: *„Bei der Hebamme Emmy Grunz in Rotenburg (Fulda) wurde ein Klavier von dem Juden Löwenstein abgeliefert. Die Jüdin Plaut ist dort oft zu Gast."*

Wie Emmy Grunz 2005 in einem Gespräch erläuterte, hatte sie einem Nachbarn in der Webergasse erlaubt, ihren Keller als Zwischenlager für das Klavier zu nutzen, das dieser von dem jüdischen Textilhändler David Löwenstein (Brückengasse 4) gebraucht gekauft hatte. Der Käufer sei NSDAP-Mitglied gewesen und wollte auf diese Weise seinen Kontakt zur Familie Löwenstein verbergen.

Selbst Totenbestattung angefeindet

Im *Stürmer* Nr. 35 1938, ebenfalls unter der Rubrik *„Was das Volk nicht verstehen kann",* konnten die Stürmer-Leser erfahren:

„Der Bauer Blackert in der Bahnhofstraße zu Rotenburg (Fulda) brachte am 3. Mai 1938 die Leiche des Juden Rothschild auf seinem Wagen zum Judenfriedhof."

Für das gleiche „Fehlverhalten" geriet der Bebraer Schreinermeister Konrad Horchler zwar nicht in die Spalten des *Stürmer*, als er jedoch am 13. März 1941 die Fahrt zum Hersfelder jüdischen Friedhof mit der Leiche des verstorbenen Hugo Oppenheim antreten wollte, wurde er von einem rabiaten Nazi mit der Bemerkung attackiert:

„Diesen Judenstinker willst Du fahren?"
Woraufhin Horchler erwiderte:
„Wenn ich ihn Dir drei Tage ins Wohnzimmer stelle, dann kannst Du Stinker zu ihm sagen."

So berichtete es ein Bebraer Zeitzeuge (Jg. 1926).



Grabstein ***Hugo Oppenheim*** *(2.11.1881-13.03.1941) auf dem Neuen Jüdischen Friedhof in Bad Hersfeld (der Jüdische Friedhof in Bebra war im August 1937 geschlossen worden).*

Spottfiguren aus Bebraer Werkstatt

Im Laufe des Jahres 1935 musste eigentlich jedem klar werden, welche Stellung den jüdischen Menschen im Dritten Reich zugedacht war. An verschiedenen Stellen, *„durchweg auf Privatgrundstücken an öffentlichen Wegen",* wie der Rotenburger Landrat festhält, wurden Tafeln aufgestellt, *„die das volksschädigende Wirken des Juden in eindrucksvoller Weise darstellen“*. Aus Steuergeldern mussten die Gemeinden entsprechende Tafeln mit Judenfiguren kaufen und aufstellen.

„Diese Figuren sind aus Holz geschnitzt, mit Ölfarbe gut angestrichen und etwa ¾ Meter hoch. Die Juden sind mit diesen Figuren charakteristisch gut getroffen und die Schnitzerei ist nicht ohne Kunstwert.“ So charakterisiert der Rotenburger Landrat in seinem Lagebericht an die Staatspolizeistelle Kassel für August 1935 diese hetzerischen Machwerke. Zugleich registriert er bedauernd, dass *„in judenfreundlichen Kreisen“* Schimpferei zu hören sei, *„daß das Geld der Gemeinden für bessere Zwecke ausgegeben werden könne“.*

Aus einem Brief des Hersfelder Landrats Bienert vom 6. Mai 1936 an die Staatspolizeistelle in Kassel geht hervor, dass diese Holzfiguren mit antisemitischen Aufschriften in einer Werkstatt in Bebra angefertigt wurden. Das *Bebraer Tageblatt* vom 9.11. 1938 berichtete von jungen Frauen in einer „Arbeitsgemeinschaft Holzschnitzen“, die ihre Tätigkeit jeweils Mittwochabend im Rahmen der BDM-Organisation „Glaube und Schönheit“ unter Anleitung eines Bebraer Drechslermeisters verrichteten. Wenig Beachtung hatte offenbar die Intervention des Kasseler Regierungspräsidenten vom März 1936 gefunden, mit der er alle Landräte und Polizeidienststellen an den Erlass des Reichsinnenministeriums vom 20. August 1935 erinnerte, *„daß Einzelaktionen gegen Juden von Mitgliedern der NSDAP, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände unbedingt zu unterbleiben haben.“* Und dass *„mit allen Mitteln für unbedingte Ruhe und Ordnung zu sorgen und Ungesetzlichkeiten erforderlichenfalls mit den schärfsten polizeilichen Mitteln zu verhindern“* sind. (STAM 165, Nr. 3949)

Die kunstvoll gearbeiteten Holzplastiken waren ganz offensichtlich Nachbildungen von entsprechenden Arbeiten aus einer in Nürnberg von dem Bildhauer Professor Hugo Ziegler und dem Kunstmaler Karl Lange betriebenen Werkstatt:

„Die Schilder sind ein Kunstwerk, und zugleich ein weithin sichtbares Warnungszeichen für die Ein-





oben: *Eine geschnitzte Spottfigur mit dem hier wiedergegebenen Text stand ab Jahresbeginn 1935 an der Ecke Untertor/Borngasse in Rotenburg.*

unten*: Diese Figur stand neben dem Haus Nr. 4 in der Poststraße in Rotenburg (jetzige Adresse).*







wohnerschaft und die Besucher", war im *Stürmer* (Nr. 7, Februar 1936) zu lesen. Das NS-Hetzblatt war offenbar von den „Kunstwerken" in unserer Region so beeindruckt, dass sie in zwei Ausgaben durch Abdruck gewürdigt wurden. Erstaunen und verwundern muss es, dass das öffentliche Aufstellen dieser Holzfiguren nur in unserer Region überliefert ist. Jedenfalls muss man die vom *Stürmer* gewählte Kommentierung so verstehen.

Hiesige Spottfiguren im *Stürmer*

Wir zeigen hier, zunächst auf der vorigen Seite, das Beispiel Rotenburg, das den Lesern des *Stürmers* in der 1. Dezemberausgabe 1938 präsentiert wurde – mit der Bildunterschrift „Aufklärungstafel in Rotenburg/Fulda". Das Schild mit der Spottfigur stand an der Ecke Borngasse/Untertor. Ein zweites Rotenburger Beispiel hatte seinen Standplatz in der Bahnhofstraße, neben dem Hotel Engel. Ergänzt wurde die Figur mit dem Text:
Willst DU Dich und Dein Volk verraten,
nimm Dir nen jüdschen Advokaten.

In Bebra fanden entsprechende Holzfiguren ihre Aufstellung in der Gilfershäuser Straße und in der Hersfelder Straße, jeweils Einfallstraßen. Bebras ehemaliger Bauhofleiter Kurt Rehs erinnerte sich an deren genaue Platzierung an den Ortseingängen und auch an deren Beschriftung mit dem Text:
So raubt der Jud das letzte Stück
und Armut Elend bleibt zurück.

Auch in dem nahe gelegenen Dorf Baumbach fand dieses Machwerk seine Aufstellung. In der ersten April-Ausgabe 1938 wurde davon ein Foto im *Stürmer* abgedruckt - mit der Bildunterschrift *„In Baumbach (Hessen) wird durch Mahntafeln für Aufklärung gesorgt."*

Ein Richelsdorfer Erbhofbauer, „der sich schon seit Jahren, obwohl er einmal Parteigenosse war, judenfreundlich erwies und gegen die Aufstellung der Schilder gehetzt hatte", wurde für eine Woche in „Schutzhaft" genommen, weil man ihn verdächtigte, die von der dortigen Ortsgruppe der NSDAP aufgestellten Schilder entfernt zu haben. (Landratsbericht vom 25.02.1936)

***oben**: Spottfigur in Baumbach (am Dorfeingang aus Richtung Rotenburg).*
***Mitte**: Spottfigur in Nentershausen.*
***unten**: Spottfigur in Bebra-Weiterode.*

Wirksamkeit öffentlicher Propaganda

Wir sind es heute gewohnt, selbst in kleinen Ortschaften auf große Werbetafeln zu stoßen. Unser Blick fällt landauf, landab auf große Werbeflächen mit grell leuchtenden Namen von Markenartikeln und Namen und Botschaften aus einer breiten Palette der unterschiedlichsten Anbieter.
Und dies nicht nur in den Schaufenstern der Handeltreibenden, sondern auch an den Häuserwänden und den Straßen innerhalb und außerhalb der Geschäfts- und Wohngebiete. Bis weit hinein ins 20. Jahrhundert, auf jeden Fall in den 1930er Jahren, gab es diese Kulisse nicht, nur aus Anlass von besonderen Festen war im öffentlichen Raum eine bunte Schmückung zu erwarten. Die antisemitischen Transparente und Tafeln konnten deshalb viel effektvoller wirken, der Blick der Bürger konnte den antijüdischen Parolen kaum ausweichen. Wer durch die Straßen ging oder fuhr, traf auf die Aufforderung zum Judenhass. Solche Tafeln mit Hetzinschriften wider die Juden hingen auch an den Haupteingängen einiger weiterer Ortschaften im Raum Rotenburg-Bebra – wie etwa „Juden sind hier unerwünscht!“ oder „Juden ist der Eintritt verboten!“
Wer von Knüllwald-Ellingshausen aus auf der Reichstraße Nr. 324 in östlicher Richtung fuhr, wurde gewarnt:

Kommst Du zur Stadt hinein,
kauf nicht beim Juden ein.

Nirgendwo war - nach meiner Kenntnis - so viel Aufwand bei der Produktion dieser Schilder geleistet worden wie im Nordosthessischen mit den hier gezeigten Skulpturen, deren besondere Bedeutung *Der Stürmer* durch die geschilderte Berichterstattung herausstrich.

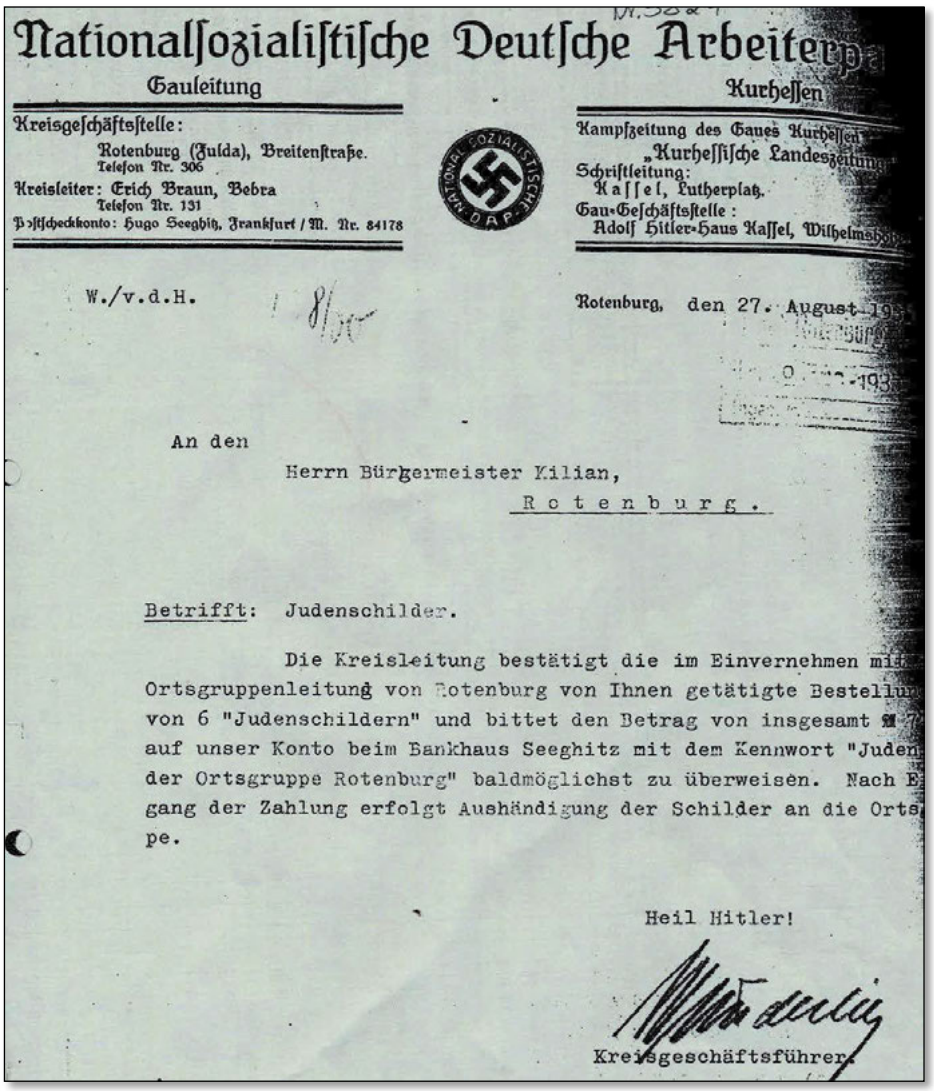


Straßenschild 1935 *am Ortsausgang Knüllwald-Ellingshausen (Quelle für diese Abbildung und die Spottfiguren auf den vorigen und den folgenden Seiten: Stadtarchiv Nürnberg, Abt. Stürmerarchiv)*

Finanzierung aus Rotenburgs Stadtkasse

Der verwaltungsmäßige Ablauf der Aufstellung der „Judenschilder“ liefert einen konkreten Nachweis von der Inanspruchnahme der öffentlichen Hand durch die NSDAP und ist ein weiterer Beleg für die Rolle der NSDAP als Staatspartei. In den spärlich überlieferten Akten des Schriftverkehrs der Stadt Rotenburg aus den Jahren 1933 bis 1945 hat sich sowohl die Bestellung von „6 Judenschildern“ erhalten – zum Preis von insgesamt 72 Reichsmark (Datum vom 27. August 1935) - als auch die Mahnung des Rotenburger Bürgermeisters an die Kreisleitung der NSDAP wegen der Lieferung des „noch fehlenden Judenschilds“. Bürgermeister Kilian hatte also ein ausgesprochenes Interesse daran, dass seine Stadt sich eindeutig judenfeindlich präsentierte. (s. Dokumente auf der nächsten Seite)

Schon zu Jahresbeginn 1935 hatte die NSDAP die Dienste der Stadtkasse in Anspruch genommen, als diese sich am 17. Januar 1935 bereit erklärte, die jährlichen Hypothekenzinsen für das Domizil der *Deutschen Arbeitsfront* zu übernehmen.
Ein vergleichbarer Vorgang ist in Bebra mit Datum vom 12. Februar 1935 belegt, als die Anschaffung von fünf ausrangierten Reichsbahnwagen als Domizil für die NS-Jugendorganisationen (HJ, BdM und Jungvolk) aus kommunalen Mitteln beschlossen wurde. Für die HJ sah die Stadt Bebra später im Dezember 1938 eine solidere Unterkunft vor, nämlich die Jüdische Schule, Pfarrstraße 9. Dies geht aus einem am 15.12.1938 an das Landratsamt gerichteten Antrag der Stadt Bebra auf Genehmigung des Erwerbs sowohl der ehemaligen Synagoge wie auch der ehemaligen Jüdischen Schule hervor.



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpa

Gauleitung Kurhessen

Kreisgeschäftsstelle:
Rotenburg (Fulda), Breitenstraße.
Telefon Nr. 306
Kreisleiter: Erich Braun, Bebra
Telefon Nr. 131
Postscheckkonto: Hugo Seeghitz, Frankfurt / M. Nr. 84178

Kampfzeitung des Gaues Kurhessen
„Kurhessische Landeszeitung"
Schriftleitung:
Kassel, Lutherplatz.
Gau-Geschäftsstelle:
Adolf Hitler-Haus Kassel, Wilhelmshöh

W./v.d.H.

Rotenburg, den 27. August 19

An den
Herrn Bürgermeister Kilian,
Rotenburg.

Betrifft: Judenschilder.

Die Kreisleitung bestätigt die im Einvernehmen mit Ortsgruppenleitung von Rotenburg von Ihnen getätigte Bestellung von 6 "Judenschildern" und bittet den Betrag von insgesamt auf unser Konto beim Bankhaus Seeghitz mit dem Kennwort "Juden der Ortsgruppe Rotenburg" baldmöglichst zu überweisen. Nach Eingang der Zahlung erfolgt Aushändigung der Schilder an die Ortsgruppe.

Heil Hitler!

Kreisgeschäftsführer.

Schreiben der Kreisleitung *der NSDAP Rotenburg (Kreisleiter Erich Braun) v. 27. 08.1935 an Bürgermeister Kilian (Rotenburg) mit Bestätigung der Bestellung von 6 Judenschildern der NS-Ortsgruppe Rotenburg zum Preis von 72 RM.*



Der Bürgermeister der Stadt Rotenburg a. F.

Luftkurort Rotenburg a. F., den 15. Nov. 193

An die
Kreisleitung der N.S.D.A.P.
hier.

Judenschilder.

Ich wäre für eine baldgefl. Mitteilung dankbar, wann das noch fehlende Judenschild geliefert wird.

Heil Hitler!

Kilian

Schreiben des Rotenburger ***Bürgermeisters Kilian*** *v. 15.11.1935 an die Kreisleitung der NSDAP:*
„Ich wäre für eine baldgefl. Mitteilung dankbar, wann das noch fehlende Judenschild geliefert wird."

Rotenburg · Wildeck · Cornberg Montag, 18. Mai 2009



Das Schild stand während der Nazizeit in Rotenburg: Inmitten der Stücke seines ehemaligen Antiquitätengeschäfts stellte Franz Mansky mit Öl und Pinsel die alten Farben wieder her. Dr. Heinrich Nuhn wird das Schild im Mikwe-Museum ausstellen. Foto: Meyer

Ohne Nase auf dem Boden

Ein Schild, das zur Nazizeit öffentlich Juden verunglimpfte, ist wieder aufgetaucht

Von Achim Meyer

ROTENBURG. Der ehemalige Rotenburger Geschichtslehrer Dr. Heinrich Nuhn traute seinen Augen nicht, als er das Stück in der Hand hielt: eine geschnitzte Figur und ein Schild, befestigt am Stumpf eines Holzpfostens. Die Schnitzerei stellt einen Mann mit Hut und Mantel dar. Auf dem Schild steht: „Betrug und Schwindel, Mord und Graus, zieht mit dem Jud von Haus zu Haus." Das Machwerk ist über 70 Jahre alt.

60 Jahre auf dem Dachboden

Nachdem das Schild während der Nazizeit mehrere Jahre an der Rotenburger Kreuzung Untertor/Borngasse gestanden hatte, verbrachte es über 60 Jahre unbeachtet auf dem Dachboden eines Hauses in einem Rotenburger Stadtteil.

Es war ein HNA-Artikel, der die Schnitzerei zurück ans Tageslicht beförderte. Im Januar berichteten wir über eine Ausstellung in Bebra, die den Naziterror in der Region dokumentierte. Das Bild zu dem Bericht zeigte ein Foto aus dem Nazi-Hetzblatt „Stürmer" von 1938, auf dem die Schnitzerei abgebildet war.

Zwei Tage nach Erscheinen des HNA-Artikels rief eine Frau Dr. Heinrich Nuhn an und lud ihn ein. Die Frau, die nicht namentlich genannt werden möchte, hatte sich an das Stück auf ihrem Dachboden erinnert. Zuerst fiel Nuhn auf, dass die Nase der Figur fehlte. Ansonsten war das Stück in gutem Zustand. „Ich war sprachlos, dass so ein aussagekräftiges Dokument wieder in Erscheinung tritt."

Franz Mansky, ein erfahrener Hobby-Restaurateur von Möbeln, behandelte die Figur mit einem speziellen Öl und war überrascht, dass die Farben wieder hervortraten: das grüne Revers und und die rote Krawatte. Die Schrift zog er mit weißem Wachsmalstift nach. „Ich war verwundert, dass das Holz nicht verwurmt ist", sagt Mansky.

Die Figur sieht wieder aus wie einst, mit Ausnahme der Nase. Das „Stürmer"-Foto zeigt, dass die Nase der Figur extrem ausgeprägt war – entsprechend dem Bild der Nazi-Ideologie, derzufolge Juden eine Hakennase haben sollten. Ein überzeugter Nazi soll die Figur kurz vor Ankunft der Amerikaner abgebaut und ihre Nase mit dem Beil abgeschlagen haben – mit der Bemerkung: „Den Synagogenschlüssel nehmen wir ihm ab." So ist es Dr. Heinrich Nuhn zumindest zu Ohren gekommen.

Mansky und Nuhn hatten sich dagegen entschieden, die Nase zu ersetzen. Sie wollten die Ursprünglichkeit erhalten. Auch, dass die Figur an ihrem künftigen Ausstellungsort in der Rotenburger Mikwe nicht hinter Vitrinenglas hängt, findet Mansky gut. „So kann man sich besser vorstellen, wie es damals im Straßenbild ausgesehen hat." Das Museum in der ehemaligen Mikwe hat jeden ersten Sonntag im Monat von 15 bis 16 Uhr geöffnet.

➡ HINTERGRUND

*Im Mai 2009 „entdeckte" man auf einem Dachboden in Rotenburg-Erkshausen ein abgesägtes **Spottschild**, wie es auch in Rotenburgs Innenstadt (Ecke Untertor/Borngasse) gestanden hatte. Das Schild wird seit 2009 im Jüdischen Museum Rotenburg ausgestellt.*

Exkurs: Weitere judenfeindliche Schilder in Nordhessen im Nürnberger Stürmer-Archiv









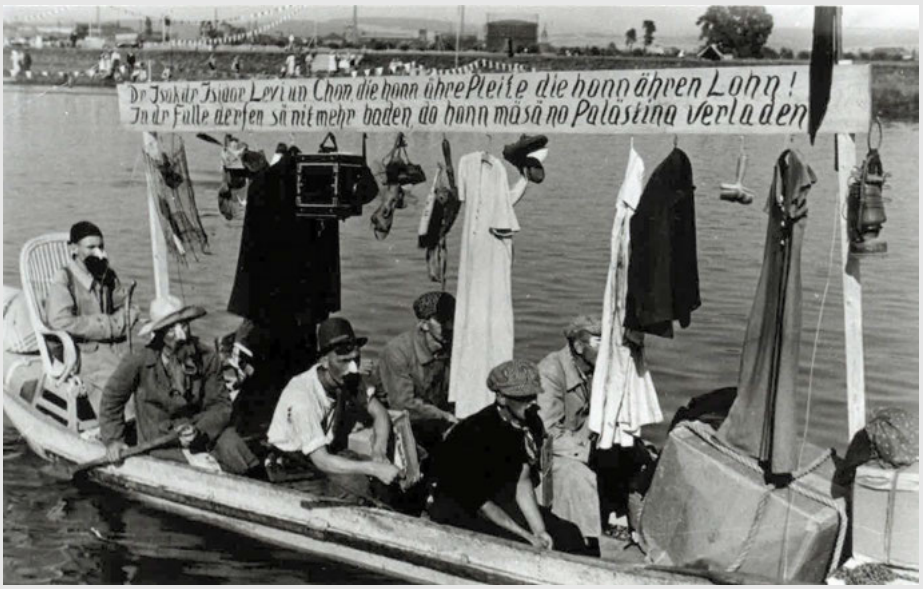


*Dieses **Transparent** hing am Ortseingang von Hauneck-Oberhaun, jetziger Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Die Einsendung des Fotos an die Stürmer-Redaktion war offensichtlich von der Oberhauner NS-Ortsgruppe erfolgt, wie der **Stempel** (s. unten) auf der Rückseite des Fotos zu erkennen gibt.*





Eine genaue Angabe des nordhessischen Ortes, an dem dieses Schild und die Schilder auf der vorigen Seite standen, konnte nicht ermittelt werden.



*Auf der **Rückseite** steht folgender Text: Das uralte Kasseler Volksfest an der Fulda, genannt der „Zissel“ brachte als große Überraschung und unter Beifall der Bevölkerung eine Darstellung vom Auszug des „auserwählten Volkes“. Das Preisgericht erkannte den Darstellern, Gefolgschaftsmitgliedern des Städtischen Flußbades Kassel, den ersten Preis. Der Text: „Der Isak, der Isidor, Levi un Chon, die honn ähre Pleite, die honn ähren Lohn! In de Fulle derfen sä nit mehr baden, do honn mä sä no Palästina verladen.“*

C. 10 Zwei Pfarrer wegen des *Stürmers* in Bedrängnis

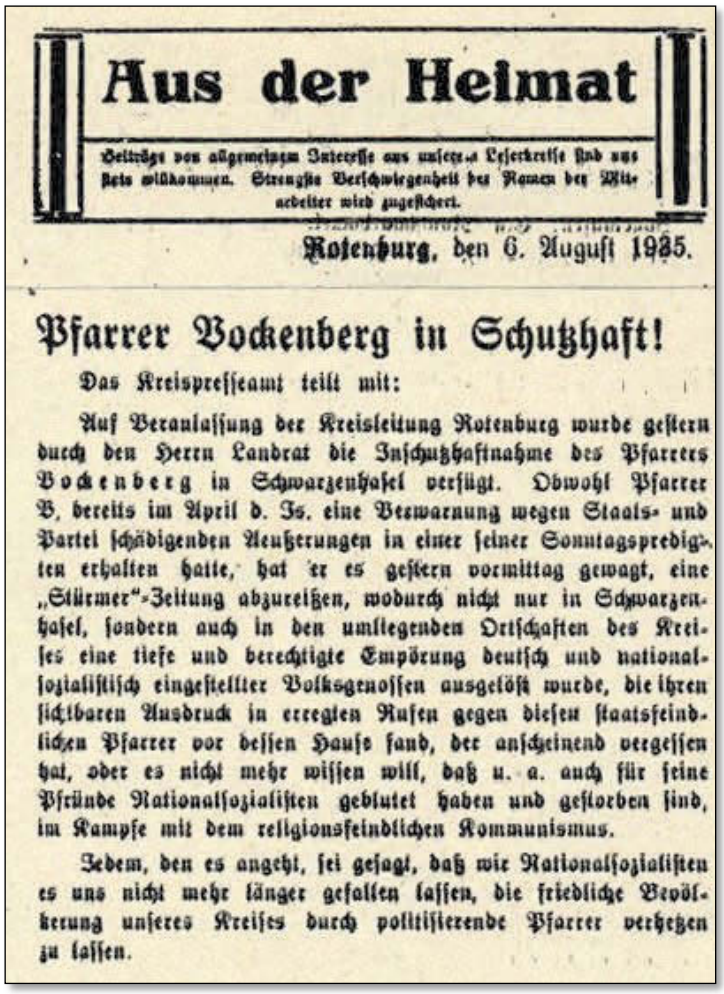
Große Aufregung gab es im Sommer 1935 in der Gemeinde Schwarzenhasel (seit 1972 Stadtteil von Rotenburg), nachdem der hier tätige Ortspfarrer Werner Vockenberg beschuldigt worden war, das NS-Hetzblatt *Der Stürmer* von einer Anschlagtafel heruntergerissen zu haben, *„wodurch nicht nur in Schwarzenhasel, sondern auch in den umliegenden Ortschaften des Kreises eine tiefe und berechtigte Empörung deutsch und nationalsozialistisch eingestellter Volksgenossen ausgelöst wurde, die ihren sichtbaren Ausdruck in erregten Rufen gegen diesen staatsfeindlichen Pfarrer vor dessen Hause fand, der anscheinend vergessen hat, oder es nicht mehr wissen will, daß u. a. auch für seine Pfründe Nationalsozialisten geblutet haben und gestorben sind, im Kampfe mit dem religionsfeindlichen Kommunismus."* (Tageblatt 6.8.1935)

Meldung im Rotenburger Tageblatt

Das Kreispresseamt der NSDAP, das für diesen Text im *Rotenburger Tageblatt* vom 6. August 1935 verantwortlich zeichnete, beließ es aber nicht bei der Maßregelung des Schwarzenhaseler Pfarrers, sondern nahm den Vorfall zum Anlass für eine weitergehende Warnung und Drohung an die Pfarrerschaft:
„Jedem, den es angeht, sei gesagt, daß wir Nationalsozialisten es uns nicht mehr länger gefallen lassen, die friedliche Bevölkerung unseres Kreises durch politisierende Pfarrer verhetzen zu lassen."

Diese Presseverlautbarung erschien auch in der *Kasseler Post* vom 8. August 1935, was deutlich macht, wie bedeutsam der Vorfall von den NS-Machthabern genommen wurde.

Der Vorgang ist deshalb auch nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit der ab 1935 sich entfaltenden antikirchlichen Agitation, bei der der *Stürmer* stärkere Unterstützung bei NS-Führungskräften fand, insbesondere bei der Darstellung der dezidiert antikatholischen Devisen- und Sittlichkeitsprozesse. (Roos 2016: 317)
Wie in Vockenbergs Personalakte festgehalten ist, enthielt die Nr. 28 des „Stürmers" (Juli 1935) einen



Aus der Heimat

Beiträge von allgemeinem Interesse aus unserem Leserkreise sind uns stets willkommen. Strengste Verschwiegenheit bei Namen der Mitarbeiter wird zugesichert.

Rotenburg, den 6. August 1935.

Pfarrer Vockenberg in Schutzhaft!

Das Kreispresseamt teilt mit:

Auf Veranlassung der Kreisleitung Rotenburg wurde gestern durch den Herrn Landrat die Inschutzhaftnahme des Pfarrers Vockenberg in Schwarzenhasel verfügt. Obwohl Pfarrer V. bereits im April d. Js. eine Verwarnung wegen Staats- und Partei schädigenden Aeußerungen in einer seiner Sonntagspredigten erhalten hatte, hat er es gestern vormittag gewagt, eine „Stürmer"-Zeitung abzureißen, wodurch nicht nur in Schwarzenhasel, sondern auch in den umliegenden Ortschaften des Kreises eine tiefe und berechtigte Empörung deutsch und nationalsozialistisch eingestellter Volksgenossen ausgelöst wurde, die ihren sichtbaren Ausdruck in erregten Rufen gegen diesen staatsfeindlichen Pfarrer vor dessen Hause fand, der anscheinend vergessen hat, oder es nicht mehr wissen will, daß u. a. auch für seine Pfründe Nationalsozialisten geblutet haben und gestorben sind, im Kampfe mit dem religionsfeindlichen Kommunismus.

Jedem, den es angeht, sei gesagt, daß wir Nationalsozialisten es uns nicht mehr länger gefallen lassen, die friedliche Bevölkerung unseres Kreises durch politisierende Pfarrer verhetzen zu lassen.

***Rotenburger Tageblatt** v. 7. August 1935*

Beitrag mit dem Titel *„Kirche und Jude. Ein Wort an die Pfarrer".* (s. Dokument nächste Seite)
Vockenberg hatte den Anschlag der Zeitschrift an ein öffentliches Gebäude in Kirchennähe nach Rückkehr aus seinem Urlaub entdeckt und war *„der Ansicht, dass der Anschlag absichtlich geschehen war, um sowohl der Kirche eins zu versetzen, als auch ihn persönlich zu treffen." (Vernehmungsprotokoll in Kassel v. 10.08.1935, S. 2)*

Das hier zitierte Vernehmungsprotokoll stammt aus der 18-seitigen Eingabe, welche die Einstweilige Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel im August 1935 an die Staatsanwaltschaft geschickt hatte, um ein Verfahren gegen NS-Kreisleiter Braun einzuleiten. Auf diese Eingabe, die in der Personalakte Vockenberg im Landeskirch-

Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 28 | Erscheint wöchentl. Einzel-Nr. 20 Pfg. Bezugspreis monatlich 84 Pfg zuzüglich Postbestellgeld. Bestellungen bei dem Briefträger oder der zuständig Postanstalt. Nachbestellungen a. d. Verlag. Schluß der Anzeigenannahme: Samstag vorm 9 Uhr. Preis für Geschäfts-Anz.: Die ca. 22 mm breite, 1 mm hohe Raum-Zeile im Anzeigenteil – .30 RM | Nürnberg, im Juli 1935 | Verlag: Hanns König, Nürnberg-A, Pfannenschmiedsgasse 19. Verlagsleitung: Max Fink, Nürnberg-A, Pfannenschmiedsgasse 19. Fernsprecher 21 8 30. Postscheckkonto Amt Nürnberg Nr. 105. Schriftleitung: Nürnberg-A, Pfannenschmiedsgasse 19. Fernsprecher 21 8 72. Redaktionsschluß: Montag (nachmittags) | 13. Jahr 1935

Kirche und Jude

Ein Wort an die Pfarrer

Die Kirchen schützen heute den Juden

Die Kirchen beider Konfessionen stellen sich schützend vor den Juden. In Fastenbriefen, in Predigten, in Zeitschriften und Gemeindeblättern wollen sie dem Volke immer wieder den Glauben aufnötigen, die Juden seien das „auserwählte Volk" Gottes. Sie sagen, dem jüdischen Volke müßte man schon deswegen Achtung und Ehrfurcht entgegenbringen, weil sich ihm, als erstem Volke der Erde, Gott geoffenbart habe. So sagen die Pfarrer ihren Gläubigen. Außerdem verbiete schon das von Gott gegebene Gebot der Nächstenliebe jeglichen Haß und jeglichen Kampf gegen die Juden. Es gab einmal eine Zeit, da hatten viele Pfarrer, Prälaten, Pater und Dompröbste vergessen, daß es ein Gebot der Nächstenliebe gibt. Diese Zeit liegt noch nicht weit zurück. Es war in den Jahren, als die Nationalsozialisten für die Rettung und Auferstehung des deutschen Volkes kämpften. Von Liebe darf nur der reden, dessen Herz von Liebe erfüllt ist. Pfarrer beider Konfessionen! Seid ehrlich! Liebt Ihr alle das neue Deutschland und seine Männer, den Nationalsozialismus und seine Kämpfer? Trägt nicht mancher von Euch unversöhnlichen aber gut getarnten Haß gegen den Nationalsozialismus in der Brust? Warum wollt Ihr das Gebot der Nächstenliebe nur für den fremdrassigen Juden, nicht aber für uns gelten lassen?

Der Jude ist der Todfeind der Kirche

Habt Ihr, Pfarrer beider Konfessionen, schon einmal darüber nachgedacht, was der Jude Euch und Euren Kirchen angetan hat? Was er mit Euch vorhatte? Kennt Ihr die Spottzeichnungen und Spottgedichte, die der Jude in seinen Witzblättern über Euch brachte? Wißt Ihr, wer in Rußland das Christentum mit Stumpf und Stiel ausgerottet hat? Kennt Ihr die Mörder tausender russischer Bischöfe und Popen? Kennt Ihr die Brandstifter, die in Rußland und Spanien Feuer in die Kirchen und Klöster warfen? Immer und überall war der Jude Euer Todfeind! Er ist der Leiter der Gottlosenpropaganda.

Der Kontakt



Aber Kindchen, wie halten se das blos in diesem Eastladen aus. Seh'n se, ich bin ä guter Kerl und wenn se Vertrauen zu mir haben, können se durch meine Protektion ä fabelhafte Stellung in Aberse kriegen

Aus dem Inhalt

Die Gefahr
Nichtstäbinnen in talmudischen Giftklauen
Rassenschänder Moritz Dreisel
Jüdische Eisläden in Berlin
Das Urteil von Wetzlar
Wie die Juden lügen!

Er fordert die verführten Massen zum Austritt aus der Kirche auf. Er hat Millionen den Glauben an Gott und an ein Jenseits aus dem Herzen gerissen. Er hat Euch „Volksverdummer" und die Religion „Opium" beschimpft. Die Juden haben **Christus** gemordet. Juden waren die Anstifter der blutigen Christenverfolgungen im Römer-

Die Juden sind unser Unglück!

lichen Archiv Kassel abgelegt ist, stützt sich die folgende Darstellung in ihren wesentlichen Teilen.

Es blieb ungeklärt, ob Vockenberg selbst den Abriss des *Stürmers* vorgenommen hatte oder ob er eine andere Person dazu veranlasst hatte. Auf jeden Fall bekannte er sich dazu, das nach dem ersten Abriss abermals aufgehängte Exemplar selbst abgerissen zu haben. Vockenberg sah sich tags darauf vor dem Pfarrhaus mit einer Gruppe von ca. 50 ihm nicht bekannten Jugendlichen konfrontiert, die ihm unter großem Gejohle u. a. vorwarfen:

„Du Schwein, Du hast den Stürmer abgerissen“. Der ebenfalls anwesende NS-Kreisleiter Erich Braun *„löste sich aus der Menge heraus … und erklärte, er müsse Pfarrer Vockenberg vor der empörten Menge, auf die er hindeutete, schützen und erklärte ihn für verhaftet. Den Ausweis irgend einer Behörde oder einen Haftbefehl hat Braun nicht vorgelegt.“*

Pfarrer Vockenberg in Schutzhaft

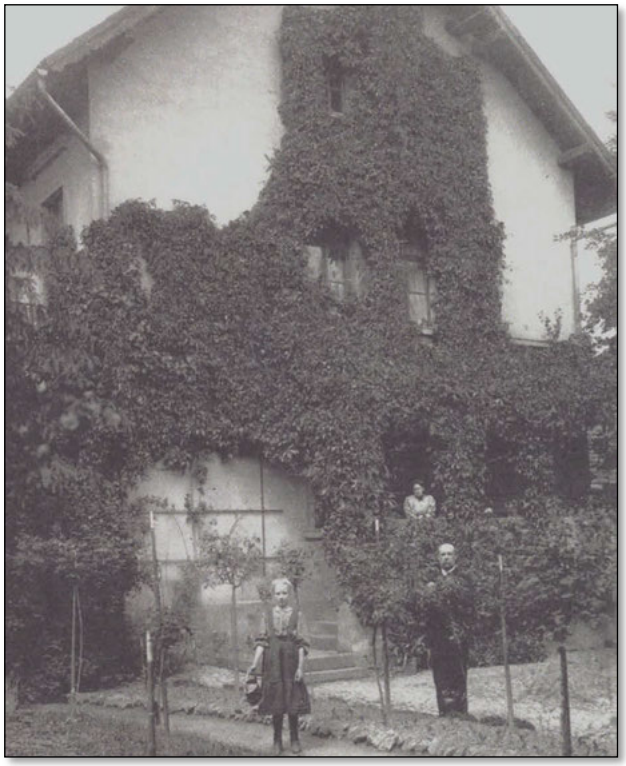
Kreisleiter Braun brachte den von ihm in „Schutzhaft“ genommenen Pfarrer nicht etwa zum Rotenburger Amtsgericht, sondern ins Landratsamt, wo er zusammen mit dem Regierungsreferendar Dr. Pflaumer und Kreisinspektor Kloppmann den Verhafteten einem Verhör unterzog. Dessen Ergebnis war eine *„polizeiliche Verwahrung, und zwar vorerst auf die Dauer von 24 Stunden“.*

Der Vollzug der Schutzhaft wurde für die Zeit vom 5. August, 18 Uhr, bis 6. August, 18 Uhr, angeordnet und im Gerichtsgefängnis vollzogen. Dort kam es zu einer weiteren Vernehmung zur *„Stellung des Pfarrers Vockenberg zur Judenfrage. Pfarrer Vockenberg erklärte, die Judenfrage sei vom Dritten Reich aufs Glänzendste gelöst worden durch Entfernung der Juden aus den öffentlichen Ämtern, aus dem Wehrdienst und durch das Verbot der Ehe mit Ariern.“*
Das bei der Vernehmung 5. August 1935 aufgenommene Protokoll weist Vockenberg als einen Unterstützer und Wähler der NSDAP schon in 1932 aus, *„ferner dass er die Verdienste Hitlers jeweils in Predigten gewürdigt habe, insbesondere den Dankgottesdienst am 29. März 35 in allen Gemeinden gehalten habe.“*
Weiter heißt es in dem Vernehmungsprotokoll: *„Pfarrer Vockenberg hat ferner erwähnt, dass er früher bei den Deutschen Christen gewesen sei, jetzt zur Gruppe Volkenand gehöre, der Bekenntniskirche nicht angehöre. Er habe geglaubt, durch das Entfernen des Stürmers Volk und Vaterland am besten zu dienen.“*

[Von den 28 Pfarrern des Kirchenkreises Rotenburg waren außer Vockenberg und dem genannten Pfarrer Volkenand (Oberellenbach) auch die Pfarrer Ziegler (Sontra) und Rausch (Beenhausen) Mitglieder der NSDAP und ergänzend dazu der *Glaubensbewegung Deutsche Christen*, H.N.]

Nach Ablauf seiner Haftzeit im Rotenburger Gefängnis wurde Vockenberg von Gestapo-Mitarbeitern zum Hersfelder Amtsgericht gebracht, wo Amtsgerichtsrat Amelung nach einer weiteren Vernehmung Vockenbergs erklärte, *„dass er keine Veranlassung habe, einen Haftbefehl auszusprechen“.* Amtsrichter Amelung wird mit der Feststellung zitiert: *„Jeder wird verstehen, dass Pfarrer Vockenberg als Führer der Kirchengemeinde und Pfarrer über einen derartigen Aufsatz, wie er im Stürmer Nr. 28 erster Absatz enthalten ist, aufs Äusserste empört sein musste.“*
Was auch Eingang in die Personalakte Vockenberg fand, war die Reaktion des Hersfelder Richters auf das Vorgehen der Geheimen Staatspolizei, was ihn „bis ins Innerste erschüttert“ habe.
Vockenberg war zwar bald wieder auf freiem Fuße, ihm wurde aber von einem der beteiligten Gestapoleute mitgeteilt: *„Ich habe Ihnen im Namen der Geh. Staatspolizei zu eröffnen, dass selbstverständlich Aufenthaltsverbot gegen Sie ergeht, weil durch Ihr Erscheinen der Friede in der Gemeinde gestört wird und die Gemeinden so aufgebracht sind, dass sie Ihres Lebens nicht mehr sicher sind.“*

Vockenberg weigerte sich, diese Lagebeurteilung zu akzeptieren, indem er erklärte, das sei „*Mache des Kreisleiters, die Gemeinde stände zu 99% hinter ihm und die Unruhe sei bestellte Arbeit gewesen, bei einer Versetzung würden zwei Gemeinden gekränkt, nämlich einmal die alte Gemeinde, sodann die neue Gemeinde, die einen angeblichen ‚Judenfreund‘ erhalten solle.“*
Nachdem ihm die Staatspolizeistelle Kassel bei Nichtbeachtung des Aufenthaltsverbots in einer schriftlichen Verfügung Zwangsgeld bzw. Zwangshaft angedroht hatte, sah sich Pfarrer Vockenberg zum Verlassen seiner Pfarrstelle im Haselgrund gezwungen. In der Verfügung hatte es geheißen:



Pfarrhaus in Schwarzenhasel *(1935).*
Kreispfarrer Steinweg am 2.11.1935: „Die Unruhen vor dem Pfarrhaus sind vom Kreisleiter inszeniert worden, die Bewohner von Schwarzenhasel waren überhaupt nicht dabei, denn sie waren auf dem Felde."

„Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wird Ihnen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Aufenthalt im Landkreis Rotenburg/ Fulda mit Wirkung ab 6. August 1935 bis auf weiteres staatspolizeilich untersagt."

Strafantrag gegen NS-Kreisleiter Braun

Zur weiteren Begründung des Strafantrags gegen Kreisleiter Braun sah die *Einstweilige Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel „in dem Vorgehen des Kreisleiters Braun eine Reihe von strafbaren Handlungen, die im Interesse des öffentlichen Friedens nicht ungesühnt bleiben können."*
Die Kasseler Kirchenleitung beschuldigte Braun des Hausfriedensbruchs, der Anmaßung einer Amtsgewalt, der Sachbeschädigung und des Landfriedensbruchs; Letzteres wurde u. a. damit begründet, dass *„er die Zusammenrottung von etwa 50 Menschen aus zum Teil weit entfernten Orten, deren Versammlung vor dem Pfarrhause, die Bedrohung des Pfarrers Vockenberg und die Anschlagung von Stürmernummern verursacht hat."*

Eine weitere Begründung für den Strafantrag lieferte der Hinweis darauf, dass *„die eigenmächtige Verhaftung des Pfarrers Vockenberg durch den Kreisleiter, der ihn gezwungen hat, in seinem Auto in das Kreishaus nach Rotenburg zu fahren, eine Freiheitsberaubung darstellt; denn der Kreisleiter hatte keinerlei Haftbefehl in Händen und war daher auch zu irgend einer Verhaftung in keine Weise legitimiert."*

Die Kirchenleitung machte in ihrem Strafantrag auch darauf aufmerksam, dass *„die nationalsozialistische Gesinnung des Pfarrers Vockenberg bereits längst vor dem Umsturz allen kirchlichen Kreisen bekannt war."*

Vockenberg war in letzter Zeit offensichtlich in eine gewisse Distanz zur NSDAP geraten und hatte dabei wohl den Zorn der NS-Kreisleitung auf sich gezogen. So war er Im April 1935 wegen *„staats- und parteischädigenden Äußerungen in einer seiner Sonntagspredigten"* verwarnt worden.

Empfindlicher traf ihn jedoch jetzt das vierteljährige öffentliche Redeverbot. Die Kirchenleitung und die kurhessische Parteileitung „einigten" sich zum Jahresende 1935 darauf, ihm in Sebbeterode (jetzt Ortsteil von Gilserberg) die dort freigewordene Pfarrstelle anzubieten. (Schmidt 2013: 300)

Landrat Horst Hermann von Kruse war in den ersten Augusttagen 1935 urlaubsbedingt durch den Referendar Dr. Pflaumer vertreten worden, der die Verhaftungsaktion zusammen mit dem Kreisleiter durchgeführt hatte.

Der Landrat sei es dann gewesen, so die Verlautbarung der Kasseler Kirchenleitung, der im *Rotenburger Tageblatt* einen Vermerk mit der Überschrift *„Pfarrer Vockenberg nicht in Schutzhaft"* veranlasste, um der Beunruhigung der Bevölkerung durch den Kreisleiter entgegenzutreten. Dem Kreisleiter wurde vorgeworfen, die Zusammenrottung vor dem Pfarrhaus in Schwarzenhasel organisiert zu haben und für eine Pressemeldung verantwortlich zu sein mit einem *„den wahren Sachverhalt geradezu auf den Kopf stellenden Inhalt".*

Auch Kreispfarrer Steinweg sah in NS-Kreisleiter Erich Braun den Verantwortlichen für die Turbulenzen in Schwarzenhasel. Steinweg brachte dies in einem Schreiben vom 2. November 1935 an Probst Szymanowski in aller Deutlichkeit zum Ausdruck: *„Die Unruhen vor seinem (Vockenbergs) Haus sind*

meiner Überzeugung nach nicht aus der Bevölkerung spontan entstanden, sondern von dem Kreisleiter inszeniert worden, denn soviel Disziplin haben die Bevölkerung und vor allen Dingen die Parteimitglieder, dass sie ohne Anweisung von oben keine Unruhen veranstalten. Die Bewohner von Schwarzenhasel waren überhaupt nicht dabei, denn sie waren auf dem Felde."

Aufschlussreich ist auch das Schreiben Steinwegs vom 8.11.1935 an den deutsch-christlichen Pfarrer Karl Veerhoff, der im Renthof 5 in Kassel die von Reichsbischof Müller eingesetzte Landeskirchenregierung repräsentierte, die bis Jahresende parallel und in Konkurrenz zur *Einstweiligen Kirchenleitung* amtierte, die mehrheitlich der *Bekennenden Kirche* nahestand.

Steinweg wollte Veerhoff davon überzeugen, dass die Kirchenvorstände in Schwarzenhasel und Lispenhausen sich nur deshalb vehement gegen eine Rückkehr von Vockenberg gestellt hätten, weil *„dahinter der Kreisleiter, wahrscheinlich auch irgendeine Stelle der Gauleitung und in diesem Zusammenhang auch Herr Grebe* [Pfarrer Friedrich Grebe war ab 1935 stellvertretender NS-Gaupropagandaleiter, H.N.] *steckt. … Das sind die politischen Einwirkungen hintenherum, sie widersprechen der offiziellen Proklamierung der Zurückhaltung der Partei gegenüber kirchlichen Angelegenheiten und der Anordnung des Stellvertreters des Führers, die, wie mir Pfarrer Volkenand mitgeteilt hat, bis an alle Ortsgruppenführer gelangt ist und besagt, dass eine Einmischung der Partei in kirchliche Angelegenheiten zu unterbleiben hat. Wenn die Kirchenvorstände in Schwarzenhasel und Lispenhausen eine solche Erklärung unterschreiben, so tun das nach meiner Überzeugung mehrere von ihnen, ich glaube sogar die Mehrzahl, nur unter Druck."*

Der „Fall Vockenberg" ist ein Beispiel für den langjährigen, immer wieder aufflackernden Konflikt zwischen Landrat Horst Hermann von Kruse als dem Repräsentanten des Staates und der NS-Kreisleitung unter Erich Braun als der Instanz, die für sich die dominierende Rolle im regionalen Machtgefüge des Hitlerreiches beanspruchte und diesen Anspruch mit aller Konsequenz und Entschlossenheit durchzusetzen bemüht war – und dies meist erfolgreich. Erst die Einberufung des Landrats zur Wehrmacht im September 1941 beendete diesen Konflikt.

NS-Kreisleiter Braun begünstigt Gottesdienststörung

Im Februar 1935 hatte NS-Kreisleiter Braun in Richelsdorf eine ähnliche Inszenierung wie sechs Monate später in Schwarzenhasel auf den Weg gebracht. Für die erste Februarwoche 1935 war Pfarrer Hagen im Auftrag der Inneren Mission aus Berlin im Rahmen einer *Volksmissionarischen Woche* in den Kirchenkreis Rotenburg zu Vorträgen geholt worden, für die jedoch ein zwischenzeitliches Verbot erwirkt worden war. Nach dessen kurzfristiger Aufhebung beschloss man in Richelsdorf, die geplante Veranstaltung mit Pfarrer Hagen in der Kirche stattfinden zu lassen und mit einem Gottesdienst einzuleiten.

„Er hat die Gemeinde vom ersten Augenblick an im Bann und damit gleich gewonnen gehabt." So Richelsdorfs stark bekenntnisorientierter Pfarrer Helmut Müller. Über den weiteren Ablauf informierte Müller seine Amtsbrüder im Kirchenkreis Rotenburg wie folgt:

„Bei der Abkündigung des Tagesplans in der nun beginnenden Volksmissionarischen Woche ertönten vor der Kirche – etwa dreimal – in tierähnlichem Brüllen die Rufe ‚Wir sind Deutsche Christen und keine Notgemeinschaft.' Es wurde dann noch der Schlussvers gesungen, und Bruder Hagen und ich forderten die Gemeindeglieder, von denen viele bis ins Innerste erschrocken waren und, die Männer eingeschlossen, mit Tränen in den Augen dastanden, auf, still und ruhig nach Hause zu gehen. Nach etwa einer Viertelstunde ertönten dann plötzlich aus der Stille vor dem Pfarrhause sprechchorartig die Rufe von etwa 10 Männern und Burschen: ‚Volksverräter, Volksaufwiegler, Pfaffe raus, raus aus dem Pfarrhaus, raus aus dem Dorf, wir wollen Frieden haben.' In kurzer Zeit war fast das ganze Dorf versammelt und nahm empört gegen die Ruhestörer Stellung, die zum Teil aus Richelsdorfer S.S. und S.A.-Leuten bestanden, zum Teil aus Obersuhl herbeigerufen worden waren. Nachdem die Gruppe nach etwa 15 Minuten vom hiesigen Propagandaleiter zurückgerufen wurde, erschien gleich darauf Kreisleiter Braun in Begleitung von Bürgermeister Schrickel-Obersuhl und überbrachte mir, der ich draußen vor dem Pfarrhaus stand, den ‚Befehl vom Herrn Landrat, dass Pfr. Hagen sofort Richelsdorf verlassen solle'. … Die Schnelligkeit, wie hier Auflauf, Anruf des Landrats und Ankunft des Kreisleiters aufeinanderfolgte (in etwa ¼ Stunde), machte mich stutzig, ich wartete erst eine

Zeitlang und hoffte, die Nachricht durch unseren Bürgermeister zu bekommen, aber die ‚Bestellung' vom Herrn Landrat wurde mir dann in der angegebenen Weise nochmals vom Kreisleiter wiederholt."

Pfarrer Müller schildert dann den weiteren Ablauf: Abreise Hagens noch am gleichen Abend, um nicht gegen die landrätliche Anordnung, gegen seine ‚Bestellung', zu verstoßen. Müller fährt dann fort:
„Am nächsten Tag war Herr Landrat hier und hat mir gesagt, wie ihm vom ‚Aufruhr im ganzen Dorf' berichtet worden sei und wie er dann dem Kreisleiter erklärt habe: ‚Wenn Sie dann wirklich für die Sicherheit von Pfr. Hagen fürchten, dann bitten Sie Pfr. Müller, dass er ihn über Nacht woandershin fährt, vielleicht in ein Hotel nach Gerstungen.' Das war ja dann doch ein bisschen anders, als die Bestellung mir übermittelt worden ist!"

Helmut Müller, Gemeindepfarrer in Richelsdorf von 1924 bis 1946, zieht aus den Vorgängen eine durchaus positive Bilanz:
„Klarer als das sonst je der Fall sein konnte, sind der Gemeinde die Augen und Ohren aufgegangen für die große Auseinandersetzung, in die wir hineingehen, nein, in der wir schon mitten drin sind." Und Müller formuliert sogar seine Gewissheit, so wird *„das traurige Geschehen hier nicht ohne Segen für die Kirchengemeinde sein".* (Hein 1996: 267f.)

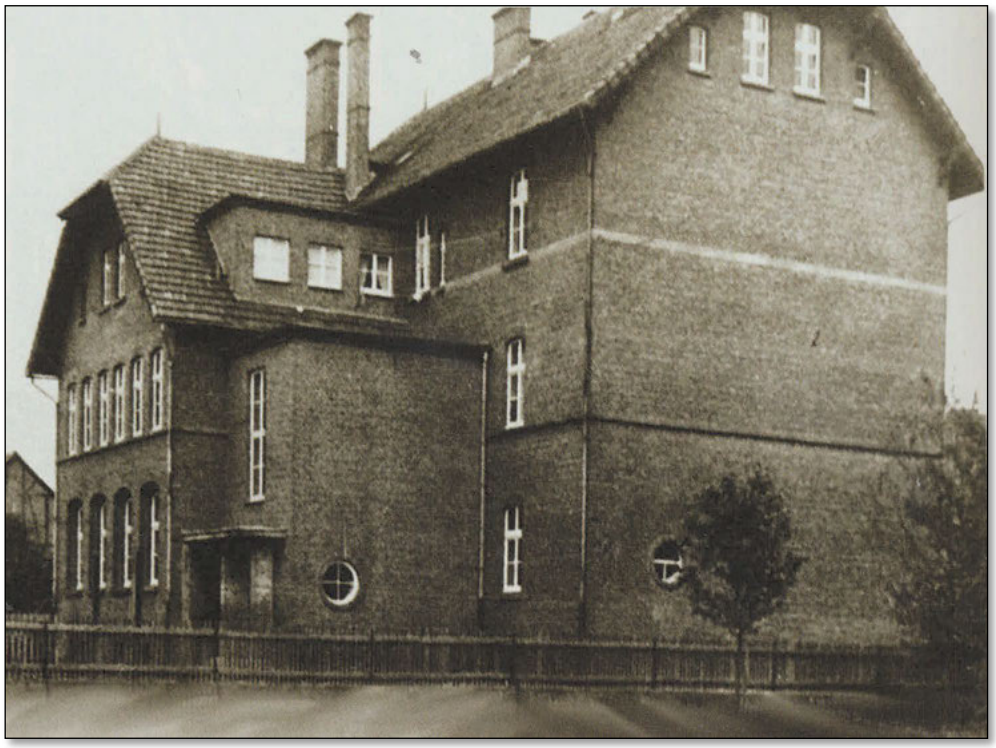
Pfarrer Müller-Osten wird provoziert

Am 8. November 1936 sah sich Müller-Osten zur Einberufung eines Elternabends einer Ronshäuser Konfirmandengruppe veranlasst, um sie über einen Vorfall zu informieren, durch den er sich lächerlich gemacht und in seinem Glauben angegriffen fühlte.

Als Müller-Osten an einem Nachmittag in der 1. Novemberwoche 1936 den Unterrichtsraum für die Konfirmanden der Ronshäuser Schule betrat, war an die Tafel ein Artikel aus dem Stürmer angeheftet, der mit „Die ‚heilige' Schrift" betitelt war und *„einen Pfarrer mit typisch jüdischen Gesichtszügen in Amtstracht"* zeigte, neben dem ein großes Buch mit der Aufschrift „Altes Testament" lag, das sich Kinder ansahen.

Als Kommentar stand zu lesen: *„Den Geist, der aus dem Buche spricht, versteht die deutsche Jugend nicht."* (s. Dokument nächste Seite)

Auf Nachfrage bei den Konfirmanden, so Müller-Osten, habe er erfahren, *„das sei heute in der Religionsstunde von Lehrer Rappold geschehen".* Nachdem er seinen Konfirmanden klar gemacht habe, dass er darin eine Schmähung seines Glaubens und einen Angriff auf seine Person erblicken müsse, habe er den Artikel in seine Aktentasche gesteckt und die Konfirmandengruppe dahingehend belehrt, dass *„die in dem Bild dargestellte Verspottung eines*



*Die **Schule in Ronshausen**, in der bis zu dem Konflikt im Jahr 1936 auch ein Raum für den Konfirmandenunterricht mitbenutzt wurde.*

Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 44	Erscheint wöchentl. Einzel-Nr. 20 Pfg. Bezugspreis monatlich 84 Pfg. zuzüglich Postbestellgeld. Bestellungen bei dem Briefträger oder der zuständ. Postanstalt. Nachbestellungen a. d. Verlag. Schluß der Anzeigenannahme 14 Tage vor Erscheinen. Preis für Geschäfts-Anz.: Die ca. 22 mm breite, 1 mm hohe Raum-Zeile im Anzeigenteil —.15 RM.	Nürnberg, im Oktober 1936	Verlag: Der Stürmer, Julius Streicher, Nürnberg-A, Pfannenschmiedsgasse 19. Verlagsleitung: Max Fink, Nürnberg-A, Pfannenschmiedsgasse 19. Fernsprecher 21 8 30. Postscheckkonto Amt Nürnberg Nr. 105. Schriftleitung Nürnberg-A, Pfannenschmiedsgasse 19. Fernsprecher 21 8 72. Schriftleitungsschluß: Freitag (nachmittags). Briefanschrift: Nürnberg 2, Schließfach 303.	14. Jahr 1936

Die Antwort
an Theologen und Schriftgelehrte

Was Oberschulrat Fritz Fink zu sagen hat

Der anstößige Stürmerartikel

In Nr. 36 des Stürmers veröffentlichte ich einen Artikel, der sich betitelte: „Das Alte Testament. Eine Gefahr in unserer Jugenderziehung". Ich unterzog in diesem Artikel den sittlichen Gehalt, den Gottesbegriff des Alten Testaments, seine Frauen- und Männergestalten einer Kritik. Meine Kritik gipfelte in der Feststellung, daß das Alte Testament ein grauenhaftes Spiegelbild des jüdischen Volkes sei und daß seine Frauen- und Männergestalten, die durch jeglichen Sumpf der Sünde und des Verbrechens wateten, unserer deutschen Jugend nie und nimmer Vorbild zu sein vermögen. Ich behauptete, daß unsere deutsche Jugend sich gegen die ihr in den Schulen jahrelang verabreichte alttestamentarisch-jüdische Kost und gegen die ihr als Vorbilder und Heilige gepriesenen jüdischen Ehebrecher und Massenmörder von selbst wehre.

Zweierlei Zuschriften

Dieser Artikel brachte dem Stürmer und mir ganze Stöße von Zuschriften aus allen Gauen des Reiches ein. Ein Teil dieser Briefe stammt von einfachen Männern und Frauen unseres Volkes. Die Schrift verrät, daß hier Hände die Feder führten, die schwere Arbeit tun. In diesen Briefen einfacher Menschen heißt es immer wieder:

„Ueber Ihren Aufsatz habe ich mich gefreut.... Was Sie schreiben, hat mich schon lange bedrückt usw."

Der andere Teil der an mich gerichteten Zuschriften stammt aus dem engen Kreise der Fachtheologen und Schriftgelehrten der protestantischen Bekenntniskirche. Diese

Aus dem Inhalt

Der Danziger Judenprozeß
Der Knabenschänder
Die Lebensmitteljuden von Mannheim
Talmudjude Stein
Erwachendes Ungarn
Betrug auf dem Wohlfahrtsamt

Die „heilige" Schrift



Den Geist, der aus dem Buche spricht,
Versteht die deutsche Jugend nicht

Die Juden sind unser Unglück!

den Christen ehrwürdigen Buches und das Hinhängen dieses Schmähbildes vor die Augen von Christenkindern die Geltung der Kirche und des christliche Glaubens untergraben müsse und zum Bolschewismus führe, und dass wir hier doch nicht in Russland, sondern in Deutschland seien."

Ob und wie sich die Eltern zu dem Vorfall äußerten, darüber machte Müller-Osten keine Angaben. Er erwähnte aber, dass er die Eltern gebeten habe, *„über der Sorge für die Gesundheit des Kindes nicht die allerwichtigste Sorge (zu) vergessen, die Sorge für seine Seele!"*

Die Richtung, aus der eine solche Bedrohung kommen könne, hatte er gegenüber den Eltern mit der Bemerkung anklingen lassen:

„Habt acht auf Euer Kind und prüft, ob es nicht vielleicht schon so weit gebracht ist, dass es über Christentum und Kirche lacht oder doch, heimlich und für Euch noch verborgen, davon geringschätzig denkt."

Schließlich hatte er in der Konfirmandenstunde bei der Konfrontation mit dem Stürmerbild deutlich *„eine gewisse Schadenfreude bei manchen Jungen"* registriert.

Nach mehreren Vernehmungen im Schulgebäude, teils unter Anwesenheit von Rektor Werner, kam es dann zur Verhandlung gegen Müller-Osten vor dem Rotenburger Amtsgericht. Dort sah er sich der Anschuldigung eines *„heimtückischen Angriffs auf Staat und Partei"* ausgesetzt.

Müller-Osten hatte sich über das Landeskirchenamt Unterstützung beim Regierungspräsidenten erhofft, auch durch Maßnahmen gegen Lehrer Rappold, diesem die Erteilung des Religionsunterrichts zu entziehen. Dies wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass Rappold *„das beanstandete Bild nur an dem schwarzen Brett des Schulsaales hat anbringen lassen und an den weiteren Vorgängen ganz unbeteiligt ist."*

So erhielt Pfarrer Müller-Osten vom Landeskirchenamt auch nicht die Genehmigung, den Eltern die Abmeldung ihrer Kinder aus dem Religionsunterricht von Lehrer Rappold zu empfehlen. Andererseits bedeutete der Vorfall für Müller-Osten, dass er auf Anordnung des Landrats den Klassenraum nicht mehr für seinen Konfirmandenunterricht benutzen durfte.

Müller-Ostens Bekenntnis im August 1937

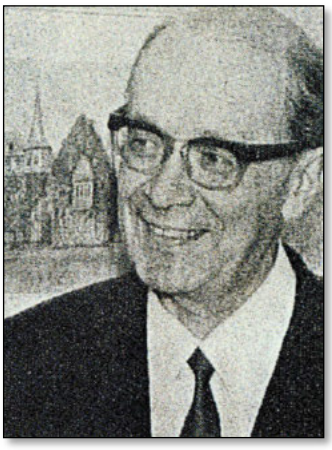
Auch wenn das Verfahren gegen ihn bald eingestellt wurde, machte sich Müller-Osten 1936/37 keine Illusionen über die Rolle der Kirche im neuen Staat, wenn er formuliert:

„Es ist begreiflich, dass die Lehrer in dieser kirchenfeindlichen Zeit nach und nach auch hier mit der Kirche brachen, bis auf zwei: Lehrer Voß und Lehrerin Postel, die beide Mitglieder der Bekenntnisgemeinschaft sind und darob von ihren Kollegen manches zu erdulden haben."

Müller-Ostens Stellung in seiner Ronshäuser Kirchengemeinde war jedoch gefestigt, wenn man es an der Tatsache festmacht, dass sich zehn der zwölf Kirchenvorsteher zum Ortsbruderrat der Bekennenden Kirche zusammengeschlossen hatten:

„Unter dem Eindruck des kirchlichen Zerstörungswerkes der deutsch-christlichen Führer und ihres verhängnisvollen Abgleitens in die Irrlehre, ferner im Bewußtsein meiner Unfähigkeit zu einer bloßen Neutralität angesichts der bekennenden Gemeinden im ganzen Reich sowie schließlich eingedenk unseres Auftrages, die Herde zu schützen und der Wahrheit zu dienen, koste es, was es wolle, habe ich mich nicht nur selbst in die Reihe der Bekennenden Kirche gestellt, sondern es für biblisch notwendig gehalten, auch die Gemeinden und ihre Vorstände dazu aufzurufen."

Dieses Vermächtnis hinterließ Kurt Müller-Osten im August 1937 seinem Nachfolger in Ronshausen vor seinem Wechsel in das Pfarramt in Rotenburg. Hier wirkte er nicht nur in Kooperation mit seinem Amtsbruder Friedrich Hammann im Geiste der Bekennenden Kirche, sondern hatte auch in der Person von Architekt Ludwig Hönig (Rotenburg) einen Laien als Mitstreiter, der ebenso wie er selbst Funktionen im Bruderrat der Kurhessischen Bekennenden Kirche übernahm.



Kurt Müller-Osten *als Probst in Marburg ca. 1970.*

C. 11 Rotenburgs Bürgermeister Gustav Kilian

Gustav Kilian (geb. 29. Januar 1897) wuchs in Bochum-Langendreer als Sohn eines Bahnbeamten auf, diente über den gesamten Verlauf im Ersten Weltkrieg, zuletzt als Leutnant. Nach dem Studium der Volkswirtschaft hatte er Anstellungen in der Kommunalverwaltung und bei den Rheinischen Stahlwerken.

Von 1929 bis Februar 1934 war er Bürgermeister in Wolfhagen und dann bis 1939 Bürgermeister in Rotenburg. Nach Kriegsausbruch 1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen. Als Hauptmann und Kompaniechef erhielt er im Mai 1942 die höchste militärische Auszeichnung, das sog. Ritterkreuz, dessen zeremonielle Präsentation im Mai 1942 in Rotenburg Volksfestcharakter annahm.

Von August 1942 bis Kriegsende amtierte Kilian als Bürgermeister der Stadt Kutno im Warthegau. Dort geriet er 1945 in sowjetische Gefangenschaft, ein sowjetisches Gericht verurteilte ihn zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Im Oktober 1955 kehrte er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück nach Rotenburg, wo er sich bis zu seinem Tod (25. Juni 1960) in der Deutschen Partei kommunalpolitisch betätigte.

Wie Bebras Bürgermeister Kraffke war Kilian am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten, außerdem auch der SA, in der er zuletzt Hauptsturmführer war. In Rotenburg bekleidete er außerdem das Amt eines Ortspropagandaleiters der NSDAP.

Erwähnt sei auch Kilians Rolle als Leiter der hessen-nassauischen Provinzialfeuerwehr mit dem Dienstsitz in Kassel.

Mit der Neuordnung des Feuerlöschwesens im November 1938 wurde die Feuerwehr unter die staatliche Aufsicht nach dem Führerprinzip gestellt. Kilian hatte sich jetzt unmittelbar an den Vorgaben des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei zu orientieren. (Blazek 2017: 58)

Am 21. August 1935 nutzte Rotenburgs Bürgermeister Gustav Kilian eine auf dem Marktplatz anberaumte „Großkundgebung“ mit dem „Reichsredner“ Elsmann („Kampf den Dunkelmännern“) zu einem Nachweis seiner Übereinstimmung mit den Zielen der Nationalsozialisten:

„Es wird von nun an kein Geschäftsmann mehr von der Stadt einen Auftrag erhalten, wenn er sich nicht schämt, Beziehungen irgendwelcher Art zu Juden zu unterhalten. Sämtlichen städtischen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, die sich nicht scheuen, ihre wenigen Unterstützungsgroschen noch in jüdische Geschäfte zu tragen, wird von nun an die Barunterstützung gesperrt. Städtische Arbeiter und Angestellte, die selbst oder deren Ehefrauen von Juden kaufen, werden fristlos entlassen. Gegen städtische Beamte, die sich eines solchen Verbrechens schuldig machen, wird ebenfalls disziplinarisch vorgegangen.“



***Gustav Kilian** (1897-1960), Rotenburgs Bürgermeister von 1934 bis 1939, war als SA-Hauptsturmführer und NS-Propagandaleiter nicht nur als Verwaltungschef tätig. Von August 1942 bis Kriegsende war er Bürgermeister in Kutno im Warthegau, danach bis 1955 in russischer Kriegsgefangenschaft.* (Foto Stadtarchiv Rotenburg)

Zur Dokumentation seiner judenfeindlichen Amtsausübung leitete der Bürgermeister seine Ankündigung an einen breiten Empfängerkreis weiter. In den Akten erhalten geblieben ist die Zusendung seiner vor Ort erfolgten Maßnahmen als Dokumentation an die *„Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse“.* (STAM 180 LA Rotenburg Nr. 5827, s. Kopie übernächste Seite)

Bis 1938 hatte noch eine Richtlinie des Reichskabinetts vom 14. Juli 1933 gegolten, *„öffentliche Aufträge nur durch die amtlich berufenen Behörden zu vergeben.“* (Barkai 1988: 45)

Dass Kilian sein Bürgermeisteramt als Interessenvertretung der NSDAP verstand, macht eine Stellungnahme vom 10. August 1936 deutlich, in der er den vorgeschlagenen Schulbeiratskandidaten mit der Begründung ablehnte, dieser sei nicht Mitglied der Partei. (Stadtarchiv Rotenburg) Bemerkenswert auch der Eifer, mit dem er im August 1935 die Aufstellung von „Judenschildern“ betrieb und sie aus städtischen Mitteln bezahlen ließ. (Mehr dazu S. 276.)

Im Juli 1934 hatte Rotenburgs neuer Bürgermeister sein Missfallen darüber zum Ausdruck gebracht, dass es *„Volksgenossen gibt, die nicht gesehen werden wollen, wenn sie in jüdischen Geschäften kaufen“* und deshalb diese Geschäfte schon in den frühen Morgenstunden aufsuchen, noch vor deren offizieller Ladenöffnung. Um dies zu unterbinden, ging eine spezielle Mahnung des Bürgermeisters an die örtlichen Polizisten, *„auf die Innehaltung der Verkaufszeiten bei jüdischen Geschäften Ihr ganz besonderes Augenmerk zu richten.“* Und auch dem Nachtwächter, so Rotenburgs Bürgermeister Kilian, war *„Mitteilung zu geben“.* (Stadtarchiv Rotenburg)



Kampf den Dunkelmännern

Großkundgebung in Rotenburg = Die Stadt im Kampf gegen das Judentum

Die Ortsgruppe Rotenburg der NSDAP. hatte am 20. 8. um 20.30 Uhr alle Volksgenossen zu einer großen Kundgebung aufgerufen.

Die Gliederungen und Formationen der Partei, sowie auch der Arbeitsdienst marschierten geschlossen durch die Straßen der Stadt zum Marktplatz. Der Arbeitsdienst hatte schon am Nachmittag durch Sprechchöre in vorbildlicher Weise auf die Kundgebung hingewiesen.

Pg. Noll von der Gaupropagandaleitung eröffnete die Kundgebung und wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Partei in ihrer Einheit und Geschlossenheit hier angetreten sei, um den Gegner des Nationalsozialismus zu beweisen, daß die Bewegung in ihrer Kampfkraft noch nicht erlahmt sei. Er befaßte sich weiter mit denen an Tage getretenen Erscheinungen innerhalb des Stahlhelms und stellte fest, daß sich der Stahlhelm in Rotenburg der Ehrenzeichen, die ihm vom Führer verliehen wurden, bis jetzt in keiner Weise als wirklich erwiesen habe. Nach den Aussprüchen verschiedener Stahlhelmer und seiner ganzen Haltung nach, sei er zum Sammelbecken der Reaktion geworden. Er betonte ausdrücklich, daß es ihm fern liege, das Ehrenkleid der Front und die Frontgeneration in irgend einer Weise herabzusetzen. Denn vor ihnen habe die nationalsozialistische Bewegung eine zu große Hochachtung. Was sich in den Reihen des Stahlhelms ausbreite, sei kein Frontgeist, sondern man könnte ihn höchstens als Reaktion bezeichnen. Die Parteigenossen und SA.-Kameraden in Rotenburg werden den Helm fester binden und in sich selbst ihre innere u. äußere Haltung beobachten und den Weg marschieren, den der Führer gezeigt hat. Hierauf erteilte er dem Reichsredner Pg. Elsmann-Oldenburg das Wort:

Die Revolution vom 30. Januar 1933 hat mit dem Alten gebrochen, um Neues aufzubauen. Allen wird zu dieser gemeinsamen Arbeit die Hand geboten. Aber ein kleiner Teil des Volkes hat es anscheinend noch nicht begriffen, daß der Nationalsozialismus auf politischem, wirtschaftlichen und kulturellem Gebiete Ordnung schaffen will. Er verbittet sich deshalb ganz energisch, daß ein bestimmter Kreis von Volksgenossen sich in die Belange des Staates einmischt. Weiter zog er einen kleinen Strich zwischen Politik und Religion. Die Kirche hat, so betonte er, sich ausschließlich auf dem Gebiete der Seelsorge zu betätigen. Angriffe gegen das Sterelisationsgesetz bedeutet einen Angriff gegen staatliche Belange. Der Nationalsozialismus will den christlichen Glauben nicht in den politischen Kampf ziehen, aber er kann es nicht dulden, daß religiöse Vereine von ihrer religiösen Betätigung abweichen und das Jenseits mit dem Diesseits verwechseln. Alle Bestrebungen der Kirche, politischen Einfluß zu erlangen, wird im deutschen Volke auf heftigen Widerstand stoßen. Deshalb habe der Geistliche sich nur seiner wahren Aufgabe zu widmen: Seelsorger der deutschen Volksgenossen zu sein. Dann befaßte er sich mit den Volksgenossen, die immer noch mit Juden Beziehungen haben und Geschäfte betreiben. Er richtete eine deutliche Mahnung an die Volksgenossen, daß der Nationalsozialismus die Judenfrage lösen wird und sich in seinem Kampf nicht irre machen läßt.

Der Bürgermeister beschloß die Kundgebung mit einem Appell an alle Städt. Arbeiter, Angestellte und Wohlfahrtsempfänger, ihre Beziehungen mit dem Juden zu lösen. Die packenden Ausführungen des Pg. Elsmann und der Appell des Bürgermeisters wurden von den Volksgenossen mit großer Begeisterung aufgenommen. Rotenburg mit den umliegenden Ortschaften steht einmütig und geschlossen hinter dem Führer im Kampf gegen die Dunkelmänner unserer Zeit.

*Rotenburger **Tageblatt** vom 21.08.1935*



Auch am 17. Mai 1942 stand Gustav Kilian, inzwischen zum Major befördert, auf der Rathaustreppe in Rotenburg (s. oben, letzter Absatz), um sich hier mit dem ihm verliehenen Ritterkreuz den Rotenburgern vorzustellen.
„Da wurde ein großer Aufmarsch gemacht auf dem Rathaus. Da wurde bei uns zu Hause gesagt: ‚Von uns geht da keiner hin. Wer weiß, wieviel Menschen dafür gefallen sind?‘ Das waren die Worte von meinem Vater.
Meine Mutter hat bei Rothschilds oben auf der Treppe gestanden, sie wollt' sich das Schauspiel so'n bißchen ansehen. Da ist eine Frau aus der Burggasse gekommen. Sie war noch nicht um die Ecke und hat so hoch den Arm gehoben. Mit erhobenem Arm ist sie bis vorne ans Rathaus. Das war meiner Mutter so lächerlich. Da hat sie sich nicht zurückhalten können und hat laut gelacht.“ (Martha Schnurr geb. Brandau, Jg. 1929, im Juli 1988 im Gespräch mit dem Autor) .

*Das Foto (links) wurde am 20. April 1939 gemacht, Anlass war der **50. Geburtstag von Adolf Hitler**. (Stadtarchiv Rotenburg)*

Reichsstelle für Getreide,
Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse

138/00

Rotenburg a.F., den 21.August 1935

1) In einer Dienstag Abend auf dem Marktplatz stattgefundenen Grosskundgebung, in der der Reichsredner Elzmann über die Dunkelmänner unserer Zeit sprach, habe ich zum Schluss der Veranstaltung auf Anregung des Kreisleiters im Rahmen einer kurzen Ansprache folgende Anordnungen in der Stadtverwaltung bekannt gegeben:
a) Es wird von nun an kein Geschäftsmann mehr von der Stadt einen Auftrag erhalten, wenn er sich nicht schämt, Beziehungen irgendwelcher Art zu Juden zu unterhalten.

Es ist selbstverständlich, dass von den Interessenten an städtische Lieferungen verlangt werden muss, dass sie der Deutschen Arbeitsfront angehören.
b) Sämtlichen städtische Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die sich nicht scheuen, ihre wenigen Unterstützungsgroschen noch in jüdische Geschäfte zu tragen, ~~wirden~~ von nun an die Barunterstützung gesperrt.
c) Städtische Arbeiter und Angestellte, die selbst oder deren Ehefrauen von Juden kaufen, werden fristlos entlassen. Gegen städtische Beamte, die sich eines solchen Verbrechens schuldig machen, wird ebenfalls disziplinarisch vorgegangen.

Die Ausführungen wurden restlos stellenweise durch überstarken Beifall unterbrochen, ein Zeichen dafür, dass die Anordnungen richtig sind.
2) Schreiben an die Deutsche Arbeitsfront z.K. Kilian z.K.
3) Den Dienststellen zur Kenntnis mit dem Ersuchen, die Durchführung der Anordnungen zu beachten.
4) Zu den Akten.

Kilian

*Schreiben von Rotenburgs **Bürgermeister Kilian** v. 21.08.1935 an die „Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse“.(HStAM 180 LA Rotenburg, Nr. 5827)*

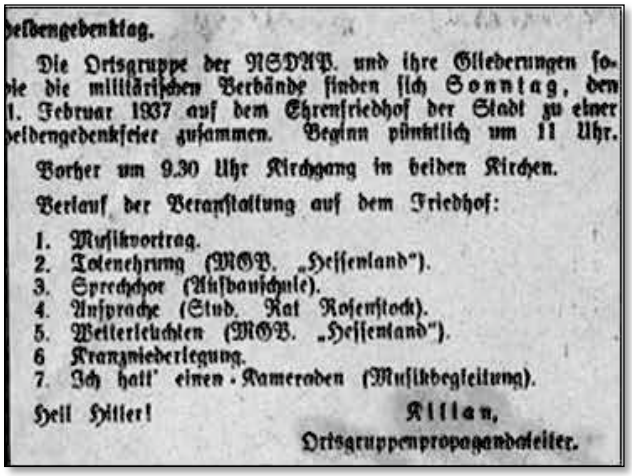
Appell des Rotenburger Bürgermeisters

Die Rolle, welche der Kirche im Dritten Reich tatsächlich zugedacht war, wurde im Rahmen einer „Großkundgebung“ am 20. August 1935 auf dem Rotenburger Marktplatz - nur wenige Wochen nach der öffentlichen Präsentation des Kirchenteppichs - vom damaligen Rotenburger Bürgermeister unmissverständlich klar gemacht:

„Die Kirche hat sich ausschließlich auf dem Gebiete der Seelsorge zu betätigen. Alle Bestrebungen der Kirche, politischen Einfluss zu erlangen, wird im deutschen Volk auf heftigen Widerstand stoßen.“

An die *„Volksgenossen, die immer noch mit Juden Beziehungen haben und Geschäfte betreiben“, richtete der bei der Kundgebung am 20. August 1935 auftretende „Reichsredner“ die „deutliche Mahnung, dass der Nationalsozialismus die Judenfrage lösen wird und sich in seinem Kampf nicht irre machen lässt.“*

Laut *Rotenburger Tageblatt vom 21. August 1935* sah sich der Bürgermeister bei der Kundgebung zur unmittelbaren Umsetzung dieser Drohung veranlasst. Und zwar *„mit einem Appell an alle städtischen Arbeiter, Angestellte und Wohlfahrtsempfänger, ihre Beziehungen mit dem Juden zu lösen.“*



Heldengedenktag.

Die Ortsgruppe der NSDAP. und ihre Gliederungen sowie die militärischen Verbände finden sich Sonntag, den 1. Februar 1937 auf dem Ehrenfriedhof der Stadt zu einer Heldengedenkfeier zusammen. Beginn pünktlich um 11 Uhr.

Vorher um 9.30 Uhr Kirchgang in beiden Kirchen.

Verlauf der Veranstaltung auf dem Friedhof:

1. Musikvortrag.
2. Totenehrung (MGV. „Hessenland“).
3. Sprechchor (Aufbauschule).
4. Ansprache (Stud. Rat Rosenstock).
5. Wetterleuchten (MGV. „Hessenland“).
6. Kranzniederlegung.
7. Ich hatt' einen Kameraden (Musikbegleitung).

Heil Hitler! Kilian,
Ortsgruppenpropagandaleiter.

Aufforderung zum Kirchgang *am 1. Februar 1937 durch Rotenburgs Bürgermeister Gustav Kilian in seiner Funktion als Propagandaleiter der Ortsgruppe Rotenburg der NSDAP. (Rotenburger Tageblatt 31.01.1937)*
Vier Jahre später, am 24. Mai 1941, erklärte Gustav Kilian seinen Austritt aus der Evangelischen Kirche. So muss es auch nicht verwundern, dass er die seit 1938 unternommenen Bestrebungen unterstützte, den kirchlich geführten Kindergarten in eine Einrichtung der NSV umzuwandeln. (Aktennotiz v. 28.11.1938 im Stadtarchiv Rotenburg) Kindergärten, so hieß es, die unter dem Einfluss konfessioneller Träger stehen, würden nicht den Erziehungsforderungen des nationalsozialistischen Staates in ausreichendem Maße Rechnung tragen.



Das Foto zeigt **Gustav Kilian bei seinem Dienstantritt** im August 1942 in Kutno (Warthegau). Am 18. Oktober 1942 stellte die *Litzmannstädter Zeitung* ihren Lesern den neuen Bürgermeister von Kutno vor und zitierte ihn mit der von ihm geäußerten Genugtuung darüber, dass *„hier schon Wandel geschafft sei“,* angesichts seiner Kenntnis von Kutno aus dem Ersten Weltkrieg *„mit dem bitteren Beigeschmack des Judennestes“.*

Der von Kilian beobachtete Wandel ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die letzten noch in Kutno verbliebenen Juden im März 1942 in das Vernichtungslager Chelmno/ Kulmhof verschleppt worden waren.

Die SS hatte für den Warthegau die Vokabel „Pflanzgarten“ geprägt, die Hitler für seine *„Lebensraum“*-Vision von *„Pflanzgärten des germanischen Blutes“* aufgriff; hier sollten *„Herrenmenschen“* heranwachsen, die über eine Schicht von unterworfenen Fremdstämmigen gebieten würden. Von der im Warthegau eingesetzten Administration wurde die Mithilfe bei der Eliminierung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Oberschicht, einschließlich des polnischstämmigen Mittelstandes, erwartet. (Mueller 2007: 84f.)

Von den 4,6 Millionen Bewohnern des Warthegaus waren weniger als 10 Prozent Deutsche. In Kutno übernahm Gustav Kilian das Regiment in einer Stadt mit fast 30.000 Einwohnern, bis 1941 waren davon knapp 7.000 jüdisch.

„Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des Warthegaus bestand bis zum Ende der deutschen Terrorherrschaft aus Polen, die von den Machthabern in jeder nur möglichen Weise deklassiert und dezimiert wurden.“ Arthur Greiser, der Gauleiter im Reichsgau Wartheland, hatte seinen Herrschaftsbereich als *„Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus“* bezeichnet, in dem sich *„zum ersten Mal die Möglichkeit bietet zu einer staatlichen Neuordnung, die dem nationalsozialistischen Prinzip in allen Zügen des öffentlichen Lebens entspricht“*. (Stasiewski 1959: 5) Auf diesem „Exerzierplatz“, so W. Wichert (2018: 80), wurden *„wie in einer Linse die Völkermord- und Rassismuspraktiken des NS-Regimes sichtbar“.*

ionalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Hitlerjugend, Gebiet 14 (Kurhessen)

K/Ka.

Kassel, Sophienstraße 1

14. August 6.

An
das Gebiet 14 (Kurhessen)
der Hitlerjugend,

K a s s e l .
Sophienstrasse 1

Zum Schreiben vom 13.8.36, betr. Schulbeiräte.

Mit meinem Schreiben vom 7.8.36 erbat ich eine Stellungnahme zu meinem Vorschlage, den Ortsgruppenleiter Walper von hier als Schulbeirat zu berufen. Der Vorschlag ist in der Erwartung erfolgt, dass Walper als örtlicher Hoheitsträger das Vertrauen der Hitlerjugend besitzt. Mit Ihrem obigen Schreiben jedoch teilen Sie mir mit, dass Sie mit dem Vorschlage des Privatmittelschullehrers Otto Aderhold als Schulbeirat einverstanden sind. Ein solcher Vorschlag ist von mir nicht gemacht worden. Er kann auch deswegen nicht gemacht werden, weil nach den Unterlagen der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP. Aderhold nicht Mitglied der NSDAP. ist.

Ich bitte nochmals, zu meinem Vorschlage Stellung zu nehmen.

25.8.36.

Heil Hitler!

*Schreiben von Bgm. **Kilian** v. 14.08.1936 an die **Gebietsführung der Hitlerjugend***

In dem Schreiben weist Kilian die Gebietsführung der Hitlerjugend darauf hin, dass deren Bereitschaft, den Privatschullehrer Aderhold als Schulbeirat (d. h. als Vertrauensperson der Hitlerjugend) zu akzeptieren, auf einem Missverständnis beruhen müsse. Ein entsprechender Wahlvorschlag könne von ihm, Gustav Kilian, nicht gemacht worden sein, „weil nach den Unterlagen der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP Aderhold nicht Mitglied der NSDAP ist." Sein tatsächlicher Wahlvorschlag als HJ-Vertrauensperson für den Schulbeirat gelte dem NS-Ortsgruppenleiter Walper, der „als örtlicher Hoheitsträger das Vertrauen der Hitlerjugend besitzt". Vergleichbare Interventionen sind von den Bebraer Bürgermeistern Kraffke und Schwichtenberg nicht bekannt geworden. Als Propagandaleiter der Rotenburger Ortsgruppe der NSDAP sah es Kilian offenbar als seine Aufgabe an, die Interessen der Partei auf breiter Front aktiv wahrzunehmen.

Anmerkung: Der oben gezeigte Brief v. 14. August 1936 ist auf dünnes Durchschlagpapier gedruckt, hinter dem (durchscheinend) das Schreiben der Hitlerjugend-Gebietsleitung v. 13. August 1936 zu erkennen ist. (Stadtarchiv Rotenburg)



Ortsgruppenleiter Spengler begrüßt und beglückwünscht Ritterkreuzträger Kilian an der Stadtgrenze.
Aufnahme: Riebel-NSG

***Gustav Kilian** (r.) begrüßt von NS OG-Leiter Spengler bei der Feier zur Verleihung des Ritterkreuzes am 20. Mai 1942.*

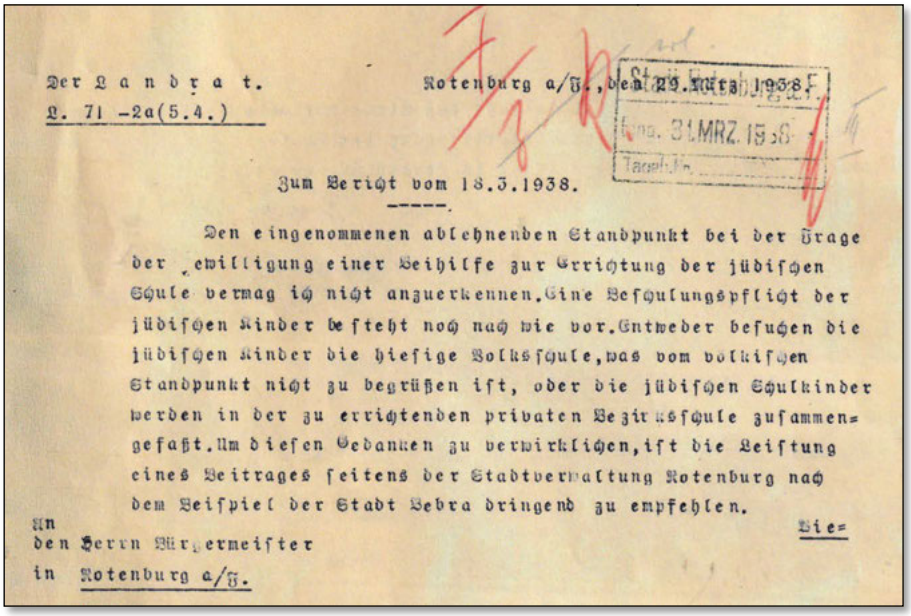


Aufnahme: Eberth

hat sich besondere Verdienste um den Aufbau des Feuerwehrwesens erworben. Besonders ist die Feuerwehrschule in Kassel zu erwähnen, die er eingerichtet hat. Hauptmann Kilian gehört Partei und SA an und ist Propagandaleiter der Ortsgruppe Rotenburg.

Die Heimat ist stolz auf diesen tapferen Offizier und bringt ihm herzliche Glückwünsche dar.

*Bericht im **NS-Tageblatt** für den Kreis Rotenburg v. 21. Mai 1942 (Ausschnitt):*
Er „hat sich besondere Verdienste um den Aufbau des Feuerwehrwesens erworben. Besonders ist die Feuerwehrschule in Kassel zu erwähnen, die er eingerichtet hat. Hauptmann Kilian gehört Partei und SA an und ist Propagandaleiter der Ortsgruppe Rotenburg. Die Heimat ist stolz auf diesen tapferen Offizier und bringt ihm herzliche Glückwünsche dar."
(Stadtarchiv Rotenburg)



Der Landrat. Rotenburg a/F., den 29. März 1938.
L. 71 -2a(5.4.)

Zum Bericht vom 18.3.1938.

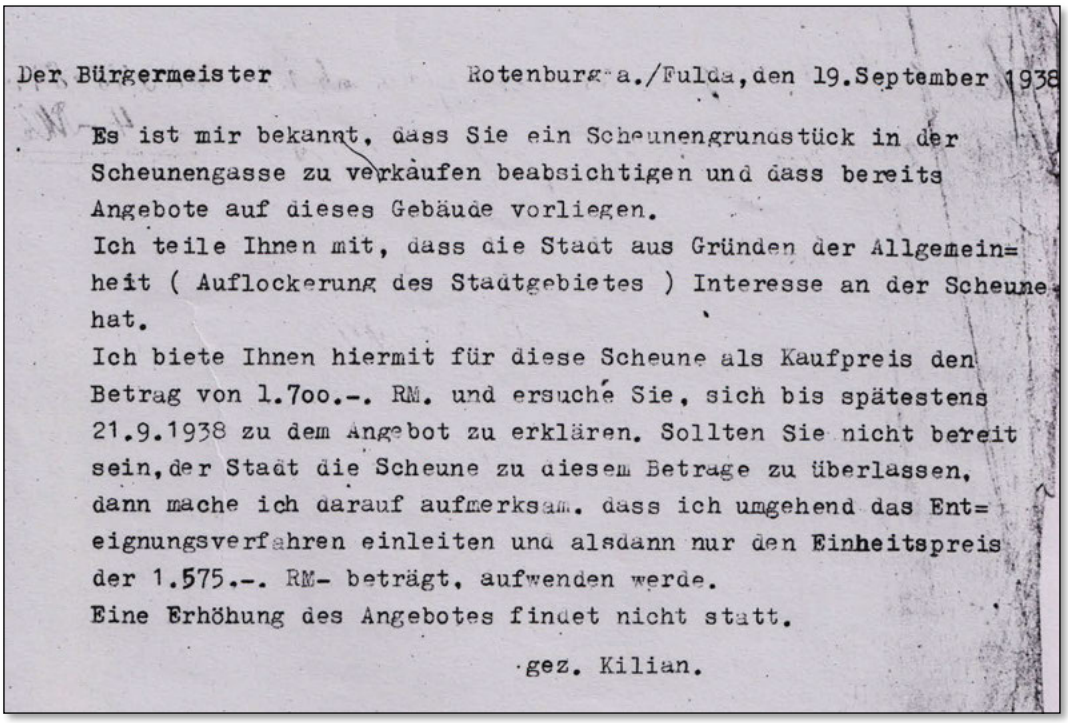
Den eingenommenen ablehnenden Standpunkt bei der Frage der Bewilligung einer Beihilfe zur Errichtung der jüdischen Schule vermag ich nicht anzuerkennen. Eine Beschulungspflicht der jüdischen Kinder besteht noch nach wie vor. Entweder besuchen die jüdischen Kinder die hiesige Volksschule, was vom volkischen Standpunkt nicht zu begrüßen ist, oder die jüdischen Schulkinder werden in der zu errichtenden privaten Bezirksschule zusammengefaßt. Um diesen Gedanken zu verwirklichen, ist die Leistung eines Beitrages seitens der Stadtverwaltung Rotenburg nach dem Beispiel der Stadt Bebra dringend zu empfehlen.

An den Herrn Bürgermeister in Rotenburg a/F.

Die-

*Schreiben des **Landrats v. 29. März 1938 an den Rotenburger Bürgermeister***

Landrat von Kruse hatte am 22. Februar 1938 die Bürgermeister wissen lassen: „Es ist die Gründung einer privaten jüdischen Bezirksschule in Rotenburg a/F. für alle volksschulpflichtigen Kinder aus den Gemeinden Rotenburg, Bebra, Baumbach, Nentershausen, Heinebach und Neumorschen beabsichtigt.“ Denn der Besuch der jeweiligen Volksschule sei „vom völkischen Standpunkt nicht zu begrüßen“ Wohl aber bestehe nach wie vor „eine Beschulungspflicht der jüdischen Kinder“. Er sei beauftragt, so der Landrat, „festzustellen, welchen Beitrag die in Frage kommenden politischen Gemeinden zu den Unterhaltungskosten dieser jüdischen Bezirksschule leisten werden.“ Offenbar hatte Rotenburgs Bürgermeister Kilian die geforderte finanzielle Beteiligung abgelehnt. Daraufhin der Landrat am 29. März 1938, ihm (Kilian) sei „die Leistung eines Beitrages … nach dem Beispiel der Stadt Bebra dringend zu empfehlen.“ Es kam jedoch nicht zur Gründung einer solchen jüdischen Bezirksschule, davor waren bereits Pläne für eine solche Schule in Bebra fehlgeschlagen.



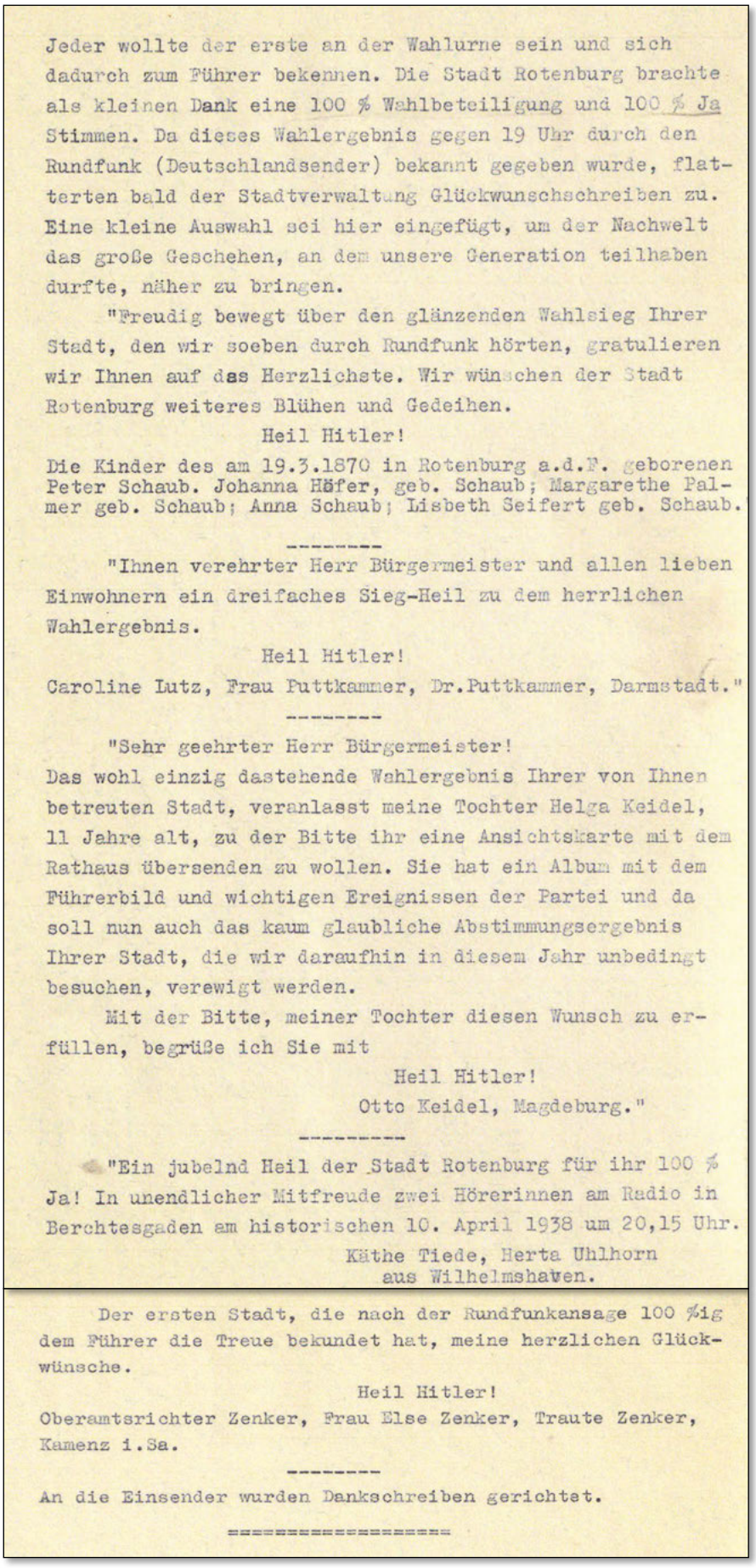
Der Bürgermeister Rotenburg a./Fulda, den 19. September 1938

Es ist mir bekannt, dass Sie ein Scheunengrundstück in der Scheunengasse zu verkaufen beabsichtigen und dass bereits Angebote auf dieses Gebäude vorliegen.
Ich teile Ihnen mit, dass die Stadt aus Gründen der Allgemeinheit (Auflockerung des Stadtgebietes) Interesse an der Scheune hat.
Ich biete Ihnen hiermit für diese Scheune als Kaufpreis den Betrag von 1.7oo.-. RM. und ersuche Sie, sich bis spätestens 21.9.1938 zu dem Angebot zu erklären. Sollten Sie nicht bereit sein, der Stadt die Scheune zu diesem Betrage zu überlassen, dann mache ich darauf aufmerksam, dass ich umgehend das Enteignungsverfahren einleiten und alsdann nur den Einheitspreis der 1.575.-. RM- beträgt, aufwenden werde.
Eine Erhöhung des Angebotes findet nicht statt.

gez. Kilian.

*Am 19. September 1938 wurde **Moritz Gans, Besitzer eines Wirtschaftsgebäudes** in Rotenburgs Scheunengasse, von Bürgermeister Kilian aufgefordert, „sich bis spätestens 21.9.1938 zu dem Angebot zu erklären“, seinen Besitz an die Stadt zu verkaufen. Und zwar für einen Kaufpreis von 1.700 Mark. Wenn Gans nicht innerhalb von drei Tagen das Angebot annehme, werde er es - nach Enteignungsverfahren - zum Einheitspreis (gemeint ist wohl „Einheitswert“, H.N.) abgeben müssen, und zwar für 1.575.- RM, also für 125 RM weniger. Ein vergleichbar rabiat eingeleiteter Verkauf einer in jüdischem Besitz befindlichen Immobilie ist für Rotenburg, und auch für Bebra, nicht bekannt geworden.*

Deutschlandweite Anerkennung für Rotenburg und seinen Bürgermeister im April 1938



Jeder wollte der erste an der Wahlurne sein und sich dadurch zum Führer bekennen. Die Stadt Rotenburg brachte als kleinen Dank eine 100 % Wahlbeteiligung und 100 % Ja Stimmen. Da dieses Wahlergebnis gegen 19 Uhr durch den Rundfunk (Deutschlandsender) bekannt gegeben wurde, flatterten bald der Stadtverwaltung Glückwunschschreiben zu. Eine kleine Auswahl sei hier eingefügt, um der Nachwelt das große Geschehen, an dem unsere Generation teilhaben durfte, näher zu bringen.

"Freudig bewegt über den glänzenden Wahlsieg Ihrer Stadt, den wir soeben durch Rundfunk hörten, gratulieren wir Ihnen auf das Herzlichste. Wir wünschen der Stadt Rotenburg weiteres Blühen und Gedeihen.

Heil Hitler!

Die Kinder des am 19.3.1870 in Rotenburg a.d.F. geborenen Peter Schaub. Johanna Höfer, geb. Schaub; Margarethe Palmer geb. Schaub; Anna Schaub; Lisbeth Seifert geb. Schaub.

"Ihnen verehrter Herr Bürgermeister und allen lieben Einwohnern ein dreifaches Sieg-Heil zu dem herrlichen Wahlergebnis.

Heil Hitler!

Caroline Lutz, Frau Puttkammer, Dr.Puttkammer, Darmstadt."

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das wohl einzig dastehende Wahlergebnis Ihrer von Ihnen betreuten Stadt, veranlasst meine Tochter Helga Keidel, 11 Jahre alt, zu der Bitte ihr eine Ansichtskarte mit dem Rathaus übersenden zu wollen. Sie hat ein Album mit dem Führerbild und wichtigen Ereignissen der Partei und da soll nun auch das kaum glaubliche Abstimmungsergebnis Ihrer Stadt, die wir daraufhin in diesem Jahr unbedingt besuchen, verewigt werden.

Mit der Bitte, meiner Tochter diesen Wunsch zu erfüllen, begrüße ich Sie mit

Heil Hitler!

Otto Keidel, Magdeburg."

"Ein jubelnd Heil der Stadt Rotenburg für ihr 100 % Ja! In unendlicher Mitfreude zwei Hörerinnen am Radio in Berchtesgaden am historischen 10. April 1938 um 20,15 Uhr.

Käthe Tiede, Herta Uhlhorn
aus Wilhelmshaven.

Der ersten Stadt, die nach der Rundfunkansage 100 %ig dem Führer die Treue bekundet hat, meine herzlichen Glückwünsche.

Heil Hitler!

Oberamtsrichter Zenker, Frau Else Zenker, Traute Zenker, Kamenz i.Sa.

An die Einsender wurden Dankschreiben gerichtet.

==========

*Am **10. April 1938** konnten Bürgermeister Kilian und seine Wahlhelfer Glückwünsche aus allen Teilen des Deutschen Reiches entgegennehmen:*
Rotenburg hatte bei der Wahl zum Reichstag, *die verbunden war mit der Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs, nicht nur - wie viele andere Städte auch - eine 100%-ige Wahlbeteiligung und 100% Ja-Stimmen aufzuweisen:*
Als „dieses Wahlergebnis gegen 19 Uhr durch den Deutschlandsender bekannt gegeben wurde, „flatterten bald der Stadtverwaltung Glückwunschschreiben zu.“ Und zwar aus allen Teilen des Deutschen Reiches. Rotenburg war nämlich die erste Stadt, die dieses überragende Wahlergebnis melden konnte: „Jeder wollte der erste an der Wahlurne sein und sich dadurch zum Führer bekennen.“

In diesem Wettstreit siegte also das von Gustav Kilian geleitete Rotenburg.

Der Eintrag in dem Auszug aus der Stadtchronik spricht von dem nebenstehend Abgedruckten als einer „kleinen Auswahl …, um der Nachwelt das große Geschehen, an dem unsere Generation teilhaben durfte, näher zu bringen.“

Dabei sind sich die von Rotenburg begeisterten Briefschreiber offenbar auch bewusst, dass dieser Erfolg der Stadt Rotenburg mit dem Wirken des von ihnen angeschriebenen „verehrten Herrn Bürgermeister“ zusammenhängt.

Die Stadt kann sich sogar auf zusätzliche Besucher einstellen: Dies kündigt die Familie Keidel aus Magdeburg an; sie will Rotenburg mit ihrer 11-jährigen Tochter noch in diesem Jahr besuchen. Außerdem möchte die Tochter für ihr „Album mit den wichtigen Ereignissen der Partei“ eine Ansichtskarte haben mit dem Rathaus der Stadt „mit dem kaum glaublichen Abstimmungsergebnis“. (Stadtarchiv Rotenburg)

C. 12 Die Nürnberger Gesetze vom 15.09.1935 und danach

Seit Sommer 1933 hatte sich bei der Reichsregierung die Erkenntnis durchgesetzt, dass es für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung hilfreich sei, die jüdischen Firmen als Kunden und Arbeitgeber nicht gänzlich aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten. Noch in einem Erlass des Reichswirtschaftsministeriums vom 10.12.1934 findet sich die Mahnung, dass *„Anprangerung und Boykott jüdischer Gewerbetreibender künftig unterbleiben“* sollten.

Appellen dieser Art war aber nur ein begrenzter Erfolg beschieden, sie konnten „spontane“ Einzelaktionen lokaler Parteiaktivisten nicht verhindern. Dies wird auch indirekt durch das Notwendigwerden von Anordnungen erkennbar, wie sie etwa durch Rudolf Heß, den „Stellvertreter des Führers“, am 16. August 1934 an alle Parteimitglieder der NSDAP ergingen, nicht mit Juden in der Öffentlichkeit zu verkehren.

Und noch im Jahr darauf, am 20.8. 1935, sandte Reichsinnenminister Frick ein Schreiben an alle Landesregierungen, der „Führer“ habe angeordnet, *„dass Einzelaktionen gegen Juden von Mitgliedern der NSDAP, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände unbedingt zu unterbleiben haben.“*

Kein Zurückstehen bei Diskriminierung

Dem zum Trotz wollten nicht nur Gemeinden mit jüdischen Mitbewohnern wie Bebra und Rotenburg, sondern auch bereits seit Jahrzehnten „judenfreie“ Orte wie Obersuhl bei der Diskriminierung der Juden nicht zurückstehen. So beschloss die dortige Gemeindevertretung am 29. August 1935:

„Wer im Verkehr mit Juden angetroffen wird, stellt sich bewusst außerhalb der Volksgemeinschaft. Dieser Judenfreund hat mit folgendem zu rechnen:

A. Dass er von Lieferungen sowie Arbeiten an die Gemeinde ausgeschlossen wird.
B. Angestellte und Arbeiter der Gemeinde, die den Juden unterstützen oder von ihren Angehörigen unterstützen lassen, verwirken ihren Arbeitsplatz.“

Man kann natürlich auch argumentieren, wie das einige Interpreten getan haben (so Klett 2009: 83), dass die ständige Ermahnung „von oben“ zur Beachtung des Boykottverbots dem lokal getragenen wirtschaftlichen Antisemitismus zu einer Radikalisierung und Beschleunigung verholfen habe. Gleichzeitig kann der hier angesprochene Sachverhalt als Beleg für den Handlungsspielraum der lokalen Akteure gesehen werden.

Wie bereits früher erwähnt, findet sich also auch hier vor Ort die von Wolf Gruner (2000: 76) vertretene Erklärung bestätigt, dass die Verlagerung antijüdischer Verfolgungsmaßnahmen auf die lokale Ebene ein dynamisches Wechselverhältnis von zentraler und lokaler Ebene bedeutete.

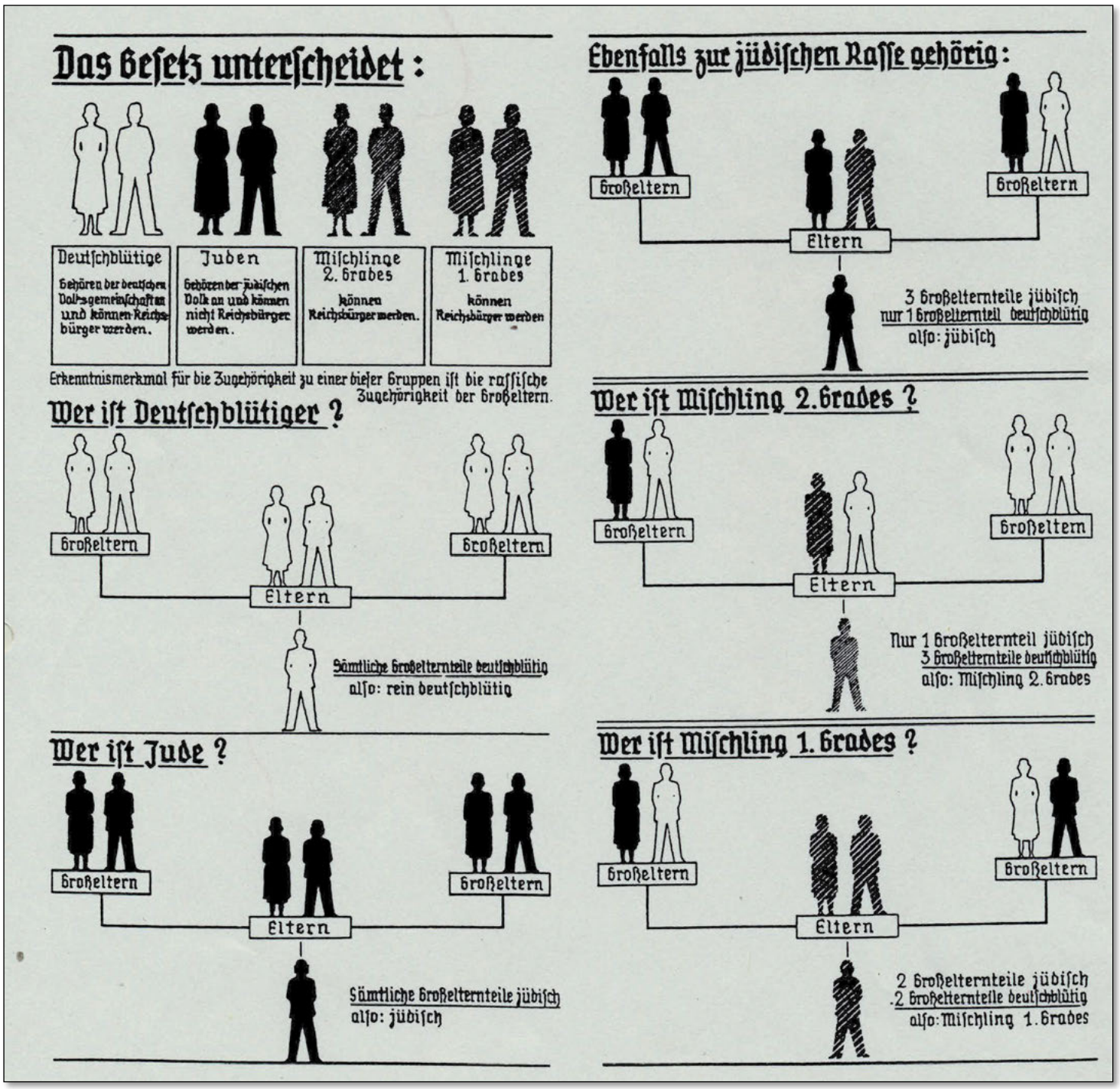
All dies geschah schon, bevor es im September 1935 zum Beschluss der diskriminierenden Nürnberger Rassegesetze kam und die Ächtung der jüdischen Minderheit „gesetzlich“ unterfüttert wurde. Die gesellschaftliche und soziale Ächtung durch Nachbarn und Bekannte war das Erschütterndste und Verletzendste für die jüdischen Familien, sie wurde von vielen als noch schmerzhafter empfunden als die wirtschaftliche Bedrohung. Da waren Bekannte, Nachbarn und frühere Kunden, die die Straßenseite wechselten, wenn eine jüdische Person auftauchte.

Verkündung der „Nürnberger Gesetze“

Nach wochenlangem geistigen und physischen Terror wurden am 15. September 1935 die *„Nürnberger Gesetze“* verkündet, benannt nach dem Ort ihrer Verabschiedung im Rahmen des 7. Reichsparteitags der NSDAP. Sie bestanden aus drei Einzelgesetzen, dem

- „**Reichsbürgergesetz**“, dem
- „Gesetz zum **Schutze des deutschen Blutes** und der deutschen Ehre“ und dem
- „**Reichsflaggengesetz**“, welches die Farben Schwarz-Weiß-Rot, die im Kaiserreich gegolten hatten, zu den Nationalfarben und die Hakenkreuzfahne zur Nationalflagge machte.

Das „Reichsbürgergesetz“ unterschied zwischen „**Reichsbürgern**“ mit vollen politischen Rechten und andererseits den Juden als „**Staatsbürgern**“ ohne politische Rechte, die so zu Menschen zweiter Klasse gemacht wurden.



Die Nürnberger Rassegesetze *(aus: Eichler, Max: Du bist sofort im Bilde. Lebendig-anschauliches Reichsbürger-Handbuch, 1940, S. 42/43).*

Damit wurde die seit 1871 im Deutschen Reich gültige Gleichstellung der Juden in ihren politischen Rechten aufgehoben.

Das „Blutschutzgesetz“ griff darüber hinaus in extrem entwürdigender Weise in das persönlich-private Leben vor allem der jüdischen, aber auch der nichtjüdischen Bevölkerung ein.

Eheschließungen zwischen Juden und *„Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“* und Liebesbeziehungen zwischen sogenannten „Ariern“ und jüdischen Menschen wurden unter Strafe gestellt. Nach den Nürnberger Gesetzen galt als Jude, wer von drei oder vier jüdischen Großeltern abstammte. Jemand mit zwei jüdischen Großelternteilen galt als „Mischling 1. Grades“ („Halbjude“), wer lediglich einen jüdischen Großelternteil hatte, war jetzt ein „Mischling 2. Grades“.

Die Nürnberger Gesetze werden allgemein als fundamentaler Bruch mit einer jahrzehntelangen Rechtstradition gesehen, sie drehten das Rad der Geschichte zurück in eine Zeit vor der Judenemanzipation.
Sie markierten sozusagen den „bürgerlichen" Tod der Juden schon vor ihrer physischen Vernichtung und zeigen zugleich, dass die Idee der Assimilation und Emanzipation gescheitert war und das NS-Regime die Ausgrenzung weitertrieb.

Breiter antisemitischer Konsens

Reinhard Rürup hat darauf hingewiesen, dass die Aufhebung der Rechtsgleichheit und die Bekämpfung eines angeblich zu großen und schädlichen jüdischen Einflusses auf die deutsche Gesellschaft von einem breiten antisemitischen Konsens der politischen Rechten in Deutschland getragen wurden:
„Nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die Deutschnationalen und der Stahlhelm sowie große Teile des national-konservativen Beamtentums und der Kirchen waren von der Existenz einer – antisemitisch definierten - ‚Judenfrage' und der Notwendigkeit einer ‚Lösung' dieser Frage überzeugt. … So war es bezeichnend, dass es im Reichskabinett, das ja überwiegend aus Nicht-Nationalsozialisten bestand, keinen Protest gegen Hitlers Ankündigung des ‚Boykotts' vom 1. April 1933 gab." (Rürup 1986: 100f.)

Gewisse Erleichterung?

In der wissenschaftlichen Literatur wird gelegentlich die Meinung vertreten, die deutschen Juden hätten im Hinblick auf die zahlreichen antijüdischen Einzelaktionen im Sommer 1935 die Nürnberger Beschlüsse mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen, nachdem Hitler diese Gesetze als endgültige und abschließende Regelung angekündigt hatte.
Das Verbot von Einzelaktionen einfacher Parteigenossen gegen die Juden hätte unter diesen die Hoffnung genährt, bei konsequenter Beachtung der bestehenden Vorschriften könnten sie ein doch halbwegs erträgliches Leben in Deutschland führen.
„Man erwartete demgemäß auf Seiten des Judentums die Beendigung aller gesetzeswidrigen Maßnahmen und bereitete sich vor auf ein Leben innerhalb eines besonderen, jedoch endgültig fixierten und garantierten Rechtskreises." (Adam 2003: 93)

Aus Rotenburg oder Bebra fehlen jedoch entsprechende Bekundungen eines vorsichtigen Optimismus.

Doppelstrategie

Durch die juristische Sanktionierung der Ungleichheit von Juden und Nichtjuden existierte nun eine ‚legale' Basis für die weiterhin stark informell funktionierende Verfolgung. Denn obwohl die NS-Führung Ende 1935 offiziell Einzelaktionen verbot, unterstützte sie zugleich intern eine Radikalisierung durch die Ortsbehörden. Hier handelte es sich nicht um ein Gegeneinander von lokaler und zentraler Ebene, sondern um ein dynamisches Wechselverhältnis.

In der Tat verfolgten die Nürnberger Gesetze eine Doppelstrategie: zur Beruhigung des Wirtschaftslebens „Einzelaktionen" zu unterbinden, aber gleichzeitig die Juden weiter zu entrechten.

„Es war Hitlers Absicht, der Umwelt vorzuspiegeln, das Volk sei aus seinem „Volksempfinden" unkontrolliert gegen die Juden vorgegangen, sodass deren Rechtslage gesetzlich bestimmt werden müsse. Damit wollte er seinen neuen drastischen Gesetzen das Aussehen einer die Juden fördernden und ihren Rechtsstand begründenden Gesetzgebung geben." (Trepp 1996: 247)

Noch im Gestapo-Tagesbericht vom 13. September 1935, also zwei Tage vor dem Nürnberger Reichsparteitag, war die *„Beschmierung von jüdischen Geschäften und Häusern in Rotenburg durch Angehörige von Partei und SA"* gemeldet worden.

„Die sogenannten ‚Einzelaktionen', von denen man sich gern distanzierte, waren, selbst wenn sie gelegentlich als falsch oder störend eingeschätzt wurden, ein integraler Bestandteil der antijüdischen Politik des Regimes, ein bedenkenlos gehandhabtes Manipulationsinstrument der politischen Machthaber. Diesen Konflikten große Bedeutung beizumessen, wie es in der Literatur teilweise geschieht, scheint daher verfehlt zu sein." (Rürup 1986: 100f.)

Auswirkungen im Raum Bebra/ Rotenburg

Die Juden in der Provinz, so auch in Rotenburg und Bebra, waren von einem Teil der Nürnberger Gesetze, dem „Blutschutzgesetz“, kaum betroffen. Einzig in Rotenburg hatte es 1905 eine Eheschließung eines Juden mit einer christlichen Partnerin gegeben, als sich der 1875 geborene Altwarenhändler Siegfried Katzenstein nach jüdischem Trauritus mit der aus Erfurt stammenden evangelischen Putzmacherin Wyla Grimmer ehelich verband.
Mit dem „Blutschutzgesetz“ wurde aus der Verbindung der beiden in gesetzlichem Sinne eine „Mischehe“ mit allen damit verbundenen rechtlichen Einschränkungen und Diskriminierungen. Bis zur NS-Machtübernahme hatte sich Siegfried Katzenstein als Stadtverordneter (ab 1907) und Stadtrat (ab 1924) als voll integrierter Bürger seiner Stadt sehen können. Tochter Esther war 1932 Abiturientin am Rotenburger Aufbaugymnasium.

Mit den am 15. September 1935 verkündeten Nürnberger Rassegesetzen - laut Landrat von Kruse im Kreis Rotenburg *„mit Genugtuung aufgenommen"* (Landratsbericht v. 24.10.1935) - wurde die massive Diskriminierung der jüdischen Mitbürger fester Bestandteil staatlichen Handelns und fand sich in den Landratsberichten auch durchweg auf der Seite der Erfolgsmeldungen.

Am 24. 10. 1935 wurde weiter aus dem Rotenburger Landratsamt berichtet: *„Der Umsatz der jüdischen Geschäfte ist weiterhin zurückgegangen. Die Bevölkerung sieht mehr und mehr davon ab, in den jüdischen Geschäften zu kaufen. Bei verschiedenen jüdischen Hauseigentümern mit Geschäftslokalen ist Stimmung für den Verkauf der Grundstücke vorhanden. Zum Verkauf ist es jedoch noch nicht gekommen, da bisher zu hohe Preise gefordert worden sind."*

Und weiter: *„Wenn in einzelnen Fällen immer noch eine ‚rein menschliche' Einstellung zum Juden feststellbar ist, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, dass es bald damit ein Ende hat.“*

Dieses Bild verfestigte sich in den folgenden Monaten, sodass es im Landratsbericht vom 18.12.1935 heißt: *„Der Umsatz der jüdischen Geschäfte ist in den letzten Wochen weiter gesunken, so daß man von einem Umsatz in den bestehenden Ladengeschäften überhaupt kaum noch reden kann. Der jüdische Geschäftsmann tätigt seinen Umsatz in der Hauptsache nur noch in Ausübung des Wandergewerbes.“*





Infolge des nunmehr zweijährigen ununterbrochenen, mit allen Mitteln des Boykotts und der Diffamierung gegen sie geführten Kampfes waren weite Kreise der jüdischen Bevölkerung stark vom Geschäftsverkehr abgeschnitten, wirtschaftlich zum Erliegen gekommen, seelisch zermürbt und der bittersten Not preisgegeben.

Es fiel dem einen oder anderen aber offensichtlich schwer, die volle Konsequenz der Diskriminierung und Ungleichbehandlung auf den eigenen Lebensbereich zu übertragen.

Die Witwe Minna Neuhaus in Rotenburg war aufgefordert worden, die Rückseite ihres Hauses Schulstraße 6 streichen zu lassen und hatte daraufhin von Malermeister Moritz einen Kostenvoranschlag machen lassen. Sie hoffte, wie dies 1934 bei der Herrichtung der Vorderfront geschehen war, auf einen Zuschuss und formulierte am 28. September 1936 ein *„ergebenstes Ersuchen an den wohllöblichen Magistrat ihr diesen Zuschuss gütigst zu gewähren“*

Die knappe und eindeutige Antwort kam bereits drei Tage später: *„Der Antrag auf Zuschuß ist abgelehnt worden!“*

Wiederaufnahme des Wandergewerbes

Eine Aufstellung des Rotenburger Bürgermeisters belegt, dass mehrere jüdische Händler ab 1935/36 den Versuch machten, im Überlandgeschäft mit Hilfe von Legitimationskarten, auch „Wandergewerbescheine“ genannt, ihren Lebensunterhalt abzusichern.

Solche Wandergewerbescheine waren im Laufe des Jahres 1936 in Rotenburg erworben worden von:
- Moses Brandes, 64 Jahre, Am Rasen 1;
- Theodor Döllefeld, 42 Jahre, Querweingasse 5;
- Moritz Gans, 62 Jahre, Schloßtor 1;
- Adolf Speier, 44 Jahre, Breitenstraße 16;
- Honet Kaufmann, 58 Jahre, Brotgasse 21;
- Hermann Linz, 59 Jahre, Breitenstraße 10;
- David Löwenstein, 42 Jahre, Brückengasse 6;
- Kurt Meyer, 34 Jahre, Brotgasse 32;
- Albert Rothschild, 51 Jahre, Weingasse 1;
- Meier Rothschild, 81 Jahre, Steinweg 24;
- Meinhold Rothschild, 40 Jahre, Marktplatz 9.

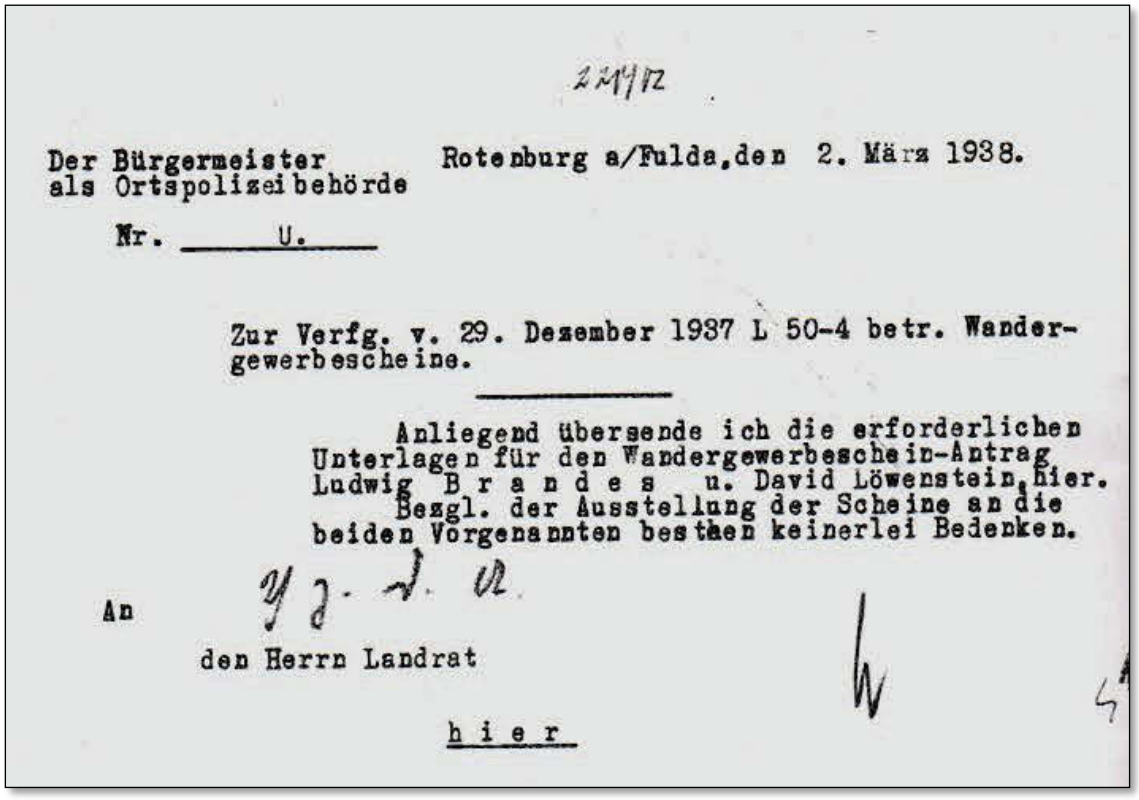
So knüpften sie in der Bedrängnis an Handelsformen an, die bis weit ins 19. Jahrhundert kennzeichnend für jüdische Handelstätigkeit gewesen waren und die sie auch nach Umstellung auf feste Geschäftsläden nie ganz aufgegeben hatten. Ihnen allen entzog das „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung“ zum Termin 30. September 1938 ihre Wandergewerbescheine bzw. Legitimationskarten und damit die Berechtigung zum Hausierhandel und zur Vertretertätigkeit; das bedeutete ebenso den Entzug des Rechts zur Ausübung eines Gewerbes außerhalb des Niederlassungsortes.

Selbst eine kümmerliche Existenz als Hausierer war den Juden zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Damit war de facto auch der jüdische Viehhandel unmöglich geworden, denn die Bauerndörfer des Umlandes waren eigene Ortschaften. (Walk 1996: 232)

Jetzt galten nicht mehr die Überlegungen, die der Rotenburger Landrat am 7. Januar 1936 vom Reichswirtschaftsministerium mit der Maßgabe erhalten hatte, dass *„auch für die Juden Betätigungsmöglichkeiten offengelassen werden“,* um die Gefahr zu vermeiden, *„ein staatspolitisch höchst gefährliches jüdisches Proletariat“* entstehen zu lassen.

Bessere Chancen in „SPD-Gemeinden“?

Der Rotenburger Landrat machte in seinem Bericht vom 18.12.1935 eine interessante Aussage zu den Handelschancen der Juden in den verschiedenen Gemeinden des Kreises: *„Vorwiegend in denjenigen Ortschaften, die früher stark marxistisch gewählt hatten, sieht man des öfteren die Handel treibenden Juden.“*



2 21/12

Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde

Rotenburg a/Fulda, den 2. März 1938.

Nr. U.

Zur Verfg. v. 29. Dezember 1937 L 50-4 betr. Wandergewerbescheine.

Anliegend übersende ich die erforderlichen Unterlagen für den Wandergewerbeschein-Antrag Ludwig B r a n d e s u. David Löwenstein, hier. Bezgl. der Ausstellung der Scheine an die beiden Vorgenannten bestehen keinerlei Bedenken.

An

den Herrn Landrat

h i e r

Unbedenklichkeitsbescheinigung *zum Antrag auf Ausstellung eines Wandergewerbescheins für Ludwig Brandes u. David Löwenstein, beide Rotenburg, v. 2. März 1938.*

96

Verzeichnis

der in der Stadt Bebra wohnenden Juden, die im Besitze von Wandergewerbescheinen und Legitimationskarten sind. Stichtag: 1.10.1937

Namen	Beruf	Geboren am	Geburtsort:	Wohnung	Bem.
Abraham Meier	Kaufmann	17.5. 73.	Bebra	NürnbergStr.28	
Abraham Joseph	Händler	10.7. 69.	Solz	Lindenplatz 8	
Abraham Salomon	Kaufmann	12. 3.71.	Solz	NürnbergStr.18	
Abraham Denkmar	Kaufmann	9. 7.'8.	Bebra	dto.	
Eichholz Isidor	Händler	1. 6.90.	Niederelsungen	dto. Nr.54	
Emanuel Manfred	Kaufmann	7.9. 02.	Rentershausen	HersfelderStr.7	
Goldschmidt Louis	Händler	21. 3.67.	Bebra	Mühlenstrasse 4	
Katz Max	Händler	19. 4.91.	Erdmannrode	Pfarrstr.8	
Katzenstein Isaak	Viehhändler	9. 8.90.	Rhina	Amalienstr.9	
Katz Walter	Kaufmann	14.11.95.	Bebra	Nürnbergerstr.24.	
Levi Moses	Kaufmann	5. 3.77.	Ronshausen	Apothekenstr.10	
Levi Samuel	Kaufmann	1. 8.8[illegible].	Ronshausen	dto.	
Levi Wolf	Kaufmann	9.11.62.	Ronshausen	Nürnbergerstr.54	
Levi Leopold	Kaufmann	30. 8.97.	Bebra	dto.	
Moses Moritz	Händler	28. 5.'2	Grossropper-	Lindenplatz 8	
Oppenheim Hugo	Kaufmann[illegible].	2.11.81.	hausen / Bebra	Nürnbergerstr.9	
Oppenheim Moritz	Kaufmann	24. 8°86.	Bebra	dto.	
Oppenheim Levi	Kaufmann	4.10.77.	Rentershausen	dto Nr.17	
Oppenheim Willy	Kaufmann	8. 8.68.	Jba	Nürnbergerstr.34	
Oppenheim Leo	Kaufmann	18° 4.03	Hersfeld	Pfarrstr.21	
Oppenheim Leopold	Kaufmann	5. 9.83.	Bebra	Nürnbergerstr.26	
Rothfels Theodor	Kaufmann	4. 3.01.	Bebra	dto.Nr.58	
Rothfels Isidor	Kaufmann	5. 2.96.	Bebra	dto.	

*Verzeichnis v. 1. Oktober 1937 der in Bebra wohnenden Juden, die im Besitz von **Wandergewerbescheinen** und Legitimationskarten sind. (Stadtarchiv Kassel, Bestand S 3, Nr. 265)*

Mit „marxistisch“ war im Sprachgebrauch der Nationalsozialisten allgemein die SPD gemeint, während man bei der KPD ihrem Namen gemäß von „kommunistisch“ sprach. Im Verlauf der Weimarer Republik war die SPD für die Juden zu der Partei geworden, bei der sie am ehesten den Schutz ihrer bürgerlichen Rechte gewährleistet sahen.

Zur Identifizierung der „stark marxistisch“ orientierten Gemeinden, also solchen mit hohen SPD-Stimmenanteilen, soll die Wahl zum Reichstag vom 6. November 1932 als dem letzten absolut freien Gang zu den Wahlurnen betrachtet werden. Bei dieser Wahl erhielt die SPD im Landkreis Rotenburg 21,8 v. H. der gültigen Stimmen.
Im Folgenden sind die zehn Gemeinden mit den höchsten SPD-Stimmenanteilen genannt, die im Einzugsbereich von Rotenburg und Bebra liegen:

- Richelsdorf 52,7%,
- Machtlos 48,7%,
- Bosserode 45,8%,
- Süß 40,4%,
- Blankenheim 35,7%,
- Ronshausen 33,6%,
- Sterkelshausen 33,3%,
- Baumbach 32,2%,
- Solz 30,7%,
- Schwarzenhasel 29,2%.

Waren dies die Ortschaften, in denen bis in die Mitte der 1930er Jahre *„des öfteren die Handel treibenden Juden“* anzutreffen waren, so wie es der Landrat vermutete?

Wohnortwechsel und Firmenlöschungen

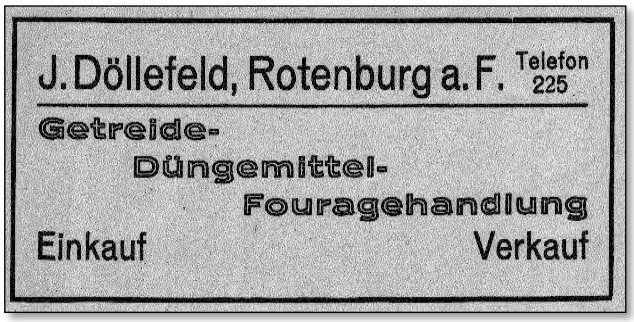
Mit den Nürnberger Rassegesetzen hatten die jüdischen Menschen so ziemlich alle Illusionen bezüglich des Schicksals, das ihnen im Dritten Reich zugedacht war, verloren.
So kam es wie in anderen Kleinstädten und Dörfern auch in Rotenburg und Bebra gegen Ende 1935 und verstärkt 1936 zur Abwanderung in größere Städte, um in der Anonymität eine größere Sicherheit vor antijüdischer Hetze und Diskriminierung zu suchen.
Umgekehrt wurde Rotenburg, und in weit stärkerem Maße galt das für Bebra, Zufluchtsort für jüdische Familien aus kleineren Orten in der Region.
In seinem Bericht vom 18.12.1935 hält Landrat von Kruse auch fest:
„Bei den Juden tritt immer mehr die Absicht hervor, ihre Geschäfte zu verkaufen. So sind in Bebra in der Berichtszeit einige jüdische Geschäftshäuser in arische Hände übergegangen. Einzelne jüdische Familien sind in Großstädte verzogen. Weitere jüdische Geschäftshäuser sind zum Verkauf angeboten.“
Diese Tendenz und Entwicklung soll im Folgenden an einigen konkreten Beispielen verdeutlicht werden.
Schon im Mai 1935 war Männy Rosenbusch, seit 1919 als jüdischer Lehrer in Bebra tätig, mit seiner Familie nach Worms gegangen, wohin man ihn zum Leiter der Jüdischen Bezirksschule berufen hatte. Ab November 1936 wirkte Rosenbusch an der Jüdischen Schule in Wiesbaden, im Juni 1938 glückte ihm zusammen mit seiner Ehefrau Betty und Sohn Fritz die Ausreise in die USA.



Männy Rosenbusch *(vordere Reihe, 2. von links), der 1919 nach Bebra an die Jüdische Schule gekommene Lehrer, gab daneben auch Unterricht in „weltlichen“ Fächern an Bebras Berufsschule.*
Das Foto zeigt ihn inmitten seiner Berufschulkollegen.

Seit 1936 ging die NSDAP dazu über, sich planmäßig in den Vorgang der „Arisierung“ einzuschalten. Eine zentrale Rolle übernahm dabei der Gauwirtschaftsberater der Partei, dem alle Arisierungsverträge vorzulegen waren.

Einige jüdische Firmen konnten trotz aller Widrigkeiten ihren Geschäftsbetrieb bis 1938 aufrechterhalten. Einträge im Handelsregister des Amtsgerichts mit dem Wortlaut „Die Firma ist erloschen“ wurden jetzt jedoch zur Routine. So am 10. Januar 1938 für die in der Querweingasse in Rotenburg ansässige Düngemittel- und Getreidehandlung von Joseph Döllefeld, am 5. Februar 1938 für das Stoffgeschäft von Max und Ludwig Brandes (Am Rasen), am 21. April 1938 für das Bekleidungs- und Möbelgeschäft von Hermann und Bertold Linz (Steinweg und Kirchplatz).







*Beispiele für **Geschäftsanzeigen** Rotenburger jüdischer Firmen (J. Döllefeld, H. Brandes und M. Linz&Sohn), mit denen diese ihr Warenangebot bis zum Machtantritt der Hitlerregierung offerierten.*

In Bebra (s. auch übernächste Seite) erfolgte der erste Löschungsvermerk in diesem Zusammenhang am 28. Januar 1938 (Leopold Oppenheim, Nürnberger Str. 26), am 2. Februar 1938 dann für Meier Abraham (Nürnberger Str. 28).

Drei Tage später, am 5. Februar 1938, registrierte das Handelsregister B beim Amtsgericht in Rotenburg gleich dreimal: „Die Firma ist erloschen“.

Dies galt für Isaak Katzenstein (Amalienstr. 9), Wolf und Leopold Levi (Nürnberger Str. 54) und Moses Levi (Apothekenstraße 10);

am 7. Februar 1938 betraf es dann Salomon Abraham (Nürnberger Str. 18) und am 18. Februar 1938 Meier Rothfels (Nürnberger Str. 58).

Nicht alle Betriebsinhaber hatten einen Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts, sondern waren lediglich beim zuständigen Gewerbeamt registriert.

Die Abmeldung der Sattlerei Hermann Döllefeld (Nürnberger Straße 30) durch dessen Witwe Klara beim Gewerbeamt der Stadt Bebra erfolgte am 1. Juli 1938; Döllefelds Möbelhandlung in dem Gebäude An der Bebra 1, wo die Döllefelds auch ihre Wohnung hatten, wurde noch einige Zeit weiter betrieben. Am 10. Mai 1940 wurde im Tageblatt die Zwangsversteigerung angekündigt.

Im Oktober 1936 hatte sich Döllefelds Sohn Erich (geb. 1911) in Bebra abgemeldet, nachdem ihm eine Einreisegenehmigung nach Südafrika zugesagt worden war. Als sein Vater, Sattlermeister Hermann Döllefeld, im November 1926 verstarb, war Erich im 2. Lehrjahr. Trotz der erheblichen Geschäftseinbußen nach der NS-Machtübernahme absolvierte Erich die Meisterkurse der Kasseler Handwerkskammer, vor der er im Mai 1935 die Meisterprüfung ablegte. Er machte sich jedoch auch mit Erwerb des Meisterbriefes keine Illusionen über seine persönliche und berufliche Zukunft in Deutschland. (Meisterbrief Erich Döllefeld vom Mai 1935 s. nächste Seite)

Moritz Oppenheim, zusammen mit seinem Bruder Hugo Eigentümer des Warenhauses Nürnberger Straße 7-9 (s. nächste Seite), schaffte mit seiner Frau Tony und Sohn Gerd im März 1938 die Emigration in die USA, zu deren Finanzierung sie bereits im Dezember 1935 die „obere“ Hälfte des Hauses an die Familie Gewehr verkauft hatten. Im *Bebraer Tageblatt* wurde der Besitzerwechsel als politischer Erfolg gefeiert: *„Es ist somit ein weiteres Grundstück in arische Hände übergegangen.“* (Bebraer Tageblatt v. 27.12.1935)



Bebra. Die obere Hälfte des Warenhauses in der Nürnberger Straße, bisher Moritz Oppenheim gehörig, ist von dem hiesigen Kaufmann Georg Gewehr käuflich erworben worden. Es ist somit ein weiteres Grundstück in arische Hände übergegangen.

***Moritz** & **Hugo Oppenheim**, Eigentümer des Warenhauses Nürnberger Straße 7-9, hatten im Dezember 1935 die „obere“ Hälfte des Hauses an die Familie Gewehr verkauft. Im Bebraer Tageblatt v. 27.12. 1935 wurde der Besitzerwechsel als politischer Erfolg gefeiert: „Es ist somit ein weiteres Grundstück in arische Hände übergegangen.“ (Fotomontage)*



HANDWERKSKAMMER ZU KASSEL

Meister-Brief

Erich Döllefeld

geb. am 6. 9. 1911 in Bebra

hat vor der unterzeichneten Kommission die Meisterprüfung im **Polsterer- u. Dekorateurhandw.** bestanden. Zu Urkund dessen wird dieser Meisterbrief erteilt.

Eschwege, den 28.5.1935

gültig ab 6.9.1936

DIE MEISTERPRÜFUNGSKOMMISSION FÜR DAS **Polsterer- u. Dekorat.**-HANDWERK

Wilhelm Henry.

Friedrich Kind

VORSITZENDER

A. Schröder

*Im **Mai 1935** legte Erich Döllefeld die Meisterprüfung im Polsterer- und Dekorateurhandwerk ab. Über seine Zukunft in Deutschland machte er sich offenbar keine Illusionen, im Oktober 1936 organisierte er seine Ausreise nach Südafrika.*


Wer außergewöhnlich gut und billig kaufen will der besuche den
Ausverkauf
der Manufactur- und Modewaaren-Handlung von L. Oppenheim & Sohn, Bebra.


Weihnachts-Angebot!
Mein diesjähriger Weihnachts-Verkauf beginnt am Montag, den 2. Dezember 1924.
Sie finden bei mir eine große Auswahl passender Geschenk-Artikel in nur besten Qualitäten.
Für Herren: Anzug- und Paletotstoffe, Fertige Anzüge, Paletots, Ulster, Einsatz- und Normalhemden, Strickjacken, Westen, Unterhosen, Socken, Sporthemden, Kragen, Crawatten, Hosenträger etc.
Für Damen: Kleider- und Blusenstoffe, Baumwollstoffe aller Art, Bettkattune, Bettzeuge, Damaste für Bett- u. Tischwäsche, Stickereihemden, Unterröcke, Beinkleider, Untertaillen, Schürzen
Für Kinder: Fertige Kinder-Anzüge und Kleider in Stoff und gestrickt, Schals, Mützen, Radelgarnituren, Sportjäckchen, Sweater, Unterhöschen, Schürzen, Haarschleifen etc.
Hemdenflanelle weiß und farbig. Handtücher abgepaßt und Stückware. Blaudrucke, Schürzenzeuge, Wäschestoffe aller Art.
Tischdecken und Waffelbettdecken | Nähmaschinen altbewährtes Fabrikat „Kayser" | Bieberbettücher und Coltern.
Taschentücher | Handschuhe | Strümpfe | Regenschirme
Trotzdem die Preise außerordentlich niedrig gestellt sind, gewähre ich um meiner werten Kundschaft etwas Außergewöhnliches zu bieten, bei Barzahlung 10 Prozent Rabatt und bitte um zahlreichen Besuch.
M. Abraham :-: Bebra.


Das Gute bleibt doch das Billigste!
Für die Kleidung gilt dies doppelt. Jede erfahrene Mutter wird deshalb stets die gesunde, praktische und flotte Bleyle-Kleidung wählen.
Bleyle
ist unübertroffen in Qualität und Preiswürdigkeit.
Damen-Kleider Damen-Westen
Damen-Schlüpfhosen
Damen-Unterröcke
Herren- u. Knaben-Kleidung
stets am Lager.
Alleinverkauf in Bebra
Gebrüder Levi
Apothekenstraße 10


M. Rothfels, Bebra
Manufaktur- und Modewaren
Herren- u. Damen-Konfektion
Tisch-, Leib- und Bettwäsche
in besten Qualitäten.
Hüte — Mützen — Klapphüte
in großer Auswahl.
Nähmaschinen
M. Rothfels, Bebra
Telefon 57. — Gegründet 1880.


Geschäfts-Eröffnung!
Den geehrten Einwohnern von Bebra und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage aus der Firma Gebr. Abraham ausgeschieden bin und im Hause des Herrn S. Katz ein
Manufaktur- und Modewaren-Geschäft
eröffnet habe.
Ich bitte um gütigen Zuspruch und werde bemüht sein, meine werte Kundschaft reell und gut zu bedienen.
Siegfried Abraham.
Kein Laden. — 1. Stock.
Bebra, den 17. Januar 1920.


Kaufhaus Josef Oppenheim
Fernruf 95 Bebra Fernruf 95
Manufaktur- und Modewaren
Herren- und Damen-Konfektion.
Inletts, Bettfedern und Daunen.
Lieferung kompletter Betten.
Nähmaschinen.
Bettfedern-Reinigungs-Anstalt.


Die
neue Landfibel
ist erschienen.
Zu haben bei Levi Oppenheim.


Bekanntmachung.
Der Gemeinde Bebra sind Köperhosen (Unterhosen) und Nessel überwiesen worden. Die Waren werden auf Bezugsscheine ausgegeben. Der Verkauf findet statt bei Meier Abraham, Hugo Oppenheim, M. Rothfels, Joseph Abraham, Max Levi und Gebr. Levi.
Ausgabe der Bezugsscheine am Freitag, den 8. d. M., mittags 12—1 Uhr auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer 2.
Bebra, den 6. Oktober 1920.
Der Bürgermeister. J. V.: Degenhardt.

*Beispiele für **Geschäftsanzeigen Bebraer jüdischer Firmen**, mit denen diese ihr Warenangebot bis zum Machtantritt der Hitlerregierung vor Ort offerierten,*
linke Spalte:
L(ouis) Oppenheim & Sohn, Nürnberger Str. 26,
M(eier) Abraham, Nürnberger Str. 28,
Gebrüder Levi, Apothekenstr. 10,
M(eier) Rothfels, Nürnberger Str. 58.

rechte Spalte:
Siegfried Abraham, Nürnbergerstr. 19
Josef Oppenheim, Nürnberger Str.48,
Levi Oppenheim, Nürnberger Str. 18

*Die **Bekanntmachung vom 6.10.1920** zum Kauf von Textilien auf Bezugsschein verdeutlicht die Rolle der jüdischen Händler: alle sechs genannten Kaufleute waren Juden.*

„Kapitalistenzertifikat“

Julius Abraham, Sohn des Kaufmanns Meier Abraham, Nürnberger Straße 28, war von 1926 bis zu seiner am 7. März 1937 erfolgten Auswanderung ins damalige Palästina im Geschäft seines Vaters tätig und daran mit 50 Prozent beteiligt. Die Firma verkaufte Textilien, Woll- und Wirkwaren, Konfektion und Nähmaschinen. Der nach dem Krieg für die „Wiedergutmachung“ engagierte Rechtsanwalt Dr. Wehrenberg schrieb am 21. Juli 1955: *„Das Geschäft hatte einen sehr guten Ruf, galt wohl als das beste Geschäft der Manufakturbranche am Platze.“*

So konnte Julius Abraham Anfang 1937 die Summe von 37.500 RM an die *Havarah Palästina-Treuhandstelle* in Berlin überweisen. Mit dem gespendeten Geld wurden deutsche Exporte in das damals britische Mandatsgebiet finanziert, es verschaffte den Spendern das „Kapitalistenzertifikat“ für das Ansiedlungsrecht im damaligen Palästina. Ca. 50.000 deutsche Juden konnten so dem Herrschaftsbereich Hitlers entkommen. Julius Abraham ist das einzige Beispiel für den Raum Bebra-Rotenburg.



***Gedenktafel** am Haus Meinekestraße 10 in Berlin.*



*Nürnberger Str. 28 (links) das ehem. Wohn- und Geschäftshaus von **Meier Abraham**.*
Nürnberger Str. 26 (rechts) das ehem. Wohn- und Geschäftshaus von Louis und Martin Oppenheim, nach 1932 weitergeführt von Ludwig Oppenheim.
Foto ca. 1975 (Stadtarchiv Bebra)



Kleiderbügel der Bebraer Textil- und Manufakturwarenhändler M(eier) Abraham, Gebr. Abraham und Siegfried Abraham - als Exponate im Jüdischen Museum Rotenburg.

5 BEBRA Mittwoch, 5. Juni 2024

Das Haus ist weg, die Erinnerung bleibt

Amerikanischer Nachfahre von Bebraer Juden besucht Heimatstadt seiner Mutter

VON THOMAS KLEMM

Bebra – Das Bild, das Allan Heussinger und dessen Tochter Amy, die Besucher aus den USA und Nachfahren der jüdischen Kaufmannsfamilie Abraham, vom Lebensmittelpunkt ihrer Vorfahren haben, ändert sich gerade. Wieder einmal. Auf dem Rathausvorplatz in Bebra regieren die Bagger, um Altes abzureißen und Platz für Neues zu schaffen.

Das war in den 1970er-Jahren schon einmal der Fall. Damals mussten einige alte Handelshäuser in der Nürnberger Straße weichen, um Raum zu schaffen für einen neugestalteten Platz vor dem Rathaus. Dabei fiel auch das Wohn- und Geschäftshaus des jüdischen Textilhändlers Meier Abraham in der Nürnberger Straße 28 dem Abriss zum Opfer. In diesem Gebäude hatte Meier Abraham mit seiner aus Bayern stammenden Frau Julie, geborene Weyermann, und deren zwei Kindern Julius und Bella ab der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis in die 1930er-Jahre gewohnt und gearbeitet.



Der Rathausplatz in Bebra war in den 70er-Jahren schon einmal Baustelle. Weichen mussten damals einige Geschäftshäuser von zumeist jüdischen Familien in der Nürnberger Straße.

FOTOS (2): ARCHIV HEINRICH NUHN/NH

Vor einigen Tagen kam Allan Heussinger, der Sohn der 1935 in die USA ausgewanderten Bella Abraham, gemeinsam mit seiner Tochter Amy nach Bebra, um sich im Heimatort seiner Vorfahren umzuschauen und nach familiären Wurzeln zu suchen. Das gelang auch aufgrund der Tatsache, dass sie nicht alleine durch Bebra streifen mussten. Vor dem Rathaus in Bebra gab es einen herzlichen Empfang für die beiden weit gereisten Gäste. Bürgermeister Stefan Knoche nahm sich die Zeit, um gemeinsam mit dem Rotenburger Dr. Heinrich Nuhn, Historiker und Experte für jüdisches Leben in der Region, und Uli Rathmann von der AG Jüdisches Leben in Bebra die beiden zu besonders interessanten Orten Bebras zu führen.

Neben dem ehemaligen Standort des damaligen Wohn- und Geschäftshauses der Familie Abraham besichtigten die Heussingers die Gedenktafel für die ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Modell der ehemaligen Synagoge nebst Ausstellung im Rathausfoyer, das Museum im Inselgebäude sowie den jüdischen Friedhof und das jüdische Museum mit dem Ritualbad in der Nachbarstadt Rotenburg. Allan und Amy Heussinger bedankten sich besonders bei ihren Gästeführern für ihre Mühe und Zeit, denn, das betonten sie immer wieder, so einen Empfang hatten sie nicht erwartet.

Dem herzlichen Empfang folgte ein noch herzlicherer Abschied. Es wurden Kontaktdaten ausgetauscht, Mitbringsel und Erinnerungsstücke wechselten die Seiten und es gab das Versprechen, in Kontakt zu bleiben, bevor es für die Besucher aus Fort Lee (New Jersey) weiter ins fränkische Ullstadt ging, dem Heimatort des Vaters und Großvaters.

Interessantes über die Geschichte der Abrahams hat der Geschichtsforscher Dr. Nuhn in seinem Archiv zusammengetragen. So kann er belegen, dass Bella Abraham der Deportation durch ihre Ausreise in die USA entgehen konnte. Dort heiratete sie den aus Ullstadt stammenden Ludwig Heussinger. Bella verstarb jedoch 36-jährig kurz nach der Geburt ihres Sohnes Mark am 11. Januar 1952.



Besuch aus Amerika: von links Bürgermeister Stefan Knoche mit Allan Heussinger, Amy Heussinger, Uli Rathmann und Dr. Heinrich Nuhn in der Nähe der Stelle, an der ehemals das Wohn- und Geschäftshaus der Abrahams gestanden hat.

FOTO: STADT BEBRA/NH



Das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Abraham (links) stand bis in die 70er-Jahre in der Nürnberger Straße.

Bellas Bruder Julius wanderte im März 1937 zunächst nach Palästina und später in die USA aus. „Er bezahlte 37 500 Reichsmark für das sogenannte Kapitalistenzertifikat an die Havarah-Palästina-Treuhandstelle in Berlin und konnte sich so seine Ausreise sichern", sagt Dr. Heinrich Nuhn. „Julius Abraham ist das einzige Beispiel für den Raum Bebra-Rotenburg, wo ein solches Zertifikat ausgestellt wurde."

Meier Abraham (1873 bis 1938) blieb in Bebra. Er hatte zu den 30 Bebranern gehört, die im Dezember 1908 eine Kreditgenossenschaft gründeten, die später als Bebraer Bankverein weitergeführt wurde. Bis 1914 war er im Aufsichtsrat des genossenschaftlichen Unternehmens. In seiner Firma verkaufte er neben Textilien auch Woll- und Wirkwaren, Konfektionen und Nähmaschinen. Meier Abraham spielte außerdem eine wichtige Rolle im Leben der jüdischen Gemeinde Bebras. Bis zu seinem Tod am 21. Januar 1938 war er Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Außerdem leitete er die Ortsgruppe Bebra im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten als Vorsitzender.

HNA Rotenburg-Bebra vom 5. Juni 2024 mit einem Bericht über den ***Besuch des Sohnes und der Enkeltochter*** *von Bella Abraham: links Bebras Bürgermeister Stefan Knoche, daneben Bellas Sohn Allan Heussinger und Enkeltochter Amy.*

Leben von der Substanz oder der Wohlfahrt

Seit 1933 waren die Umsätze jüdischer Händler kontinuierlich zurückgegangen. Mangels überlieferter Steuerunterlagen lassen sich keine genauen Aussagen über die Geschäftsentwicklung machen. Analog zu vergleichbaren Kommunen kann aber davon ausgegangen werden, dass ab 1935 die jüdischen Geschäfte nur noch sehr geringe Umsätze erzielten. Seitdem musste auf Ersparnisse zurückgegriffen werden, einige mussten sogar öffentliche Fürsorgeleistungen in Anspruch nehmen. Ab Ende November 1938 hatten hilfsbedürftige Juden dann keinen Anspruch mehr auf öffentliche Fürsorge, sondern waren jetzt auf die Hilfe der jüdischen *Freien Wohlfahrtspflege* angewiesen. Andere steckten sicher auch in dem Dilemma, eine gewisse Geldreserve für die teuren Auslandsvisa zu behalten.

Barkai (1988:77) zitiert eine Denkschrift der *Reichsvertretung der Deutschen Juden* vom 8. März 1935 als Beleg dafür, dass die Einschränkungen wirtschaftlicher Betätigung und die daraus sich ergebende Notsituation insbesondere für die jüdische Bevölkerung in ländlichen Bezirken gegolten habe. *„Diese Denkschrift“,* so Barkai, *„widerlegt die in der Forschung immer noch vorherrschende Meinung, es sei den deutschen Juden bis Ende 1937 in wirtschaftlicher Hinsicht noch verhältnismäßig gut gegangen.“*
Diese Denkschrift hält dagegen fest: „*In Franken, Hessen und Hessen-Nassau sind infolge des nunmehr zweijährigen ununterbrochenen, mit allen Mitteln des Boykotts und der Diffamierung geführten Kampfes gegen die Juden weite Kreise der jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich zum Erliegen gekommen und der bittersten Not preisgegeben.“*

Stärker und früher als in großstädtischen Bezirken war es den Nazis gelungen, die jüdischen Mitbürger in ländlichen Gebieten zu isolieren, sie im Bewusstsein der Bevölkerung aus der „Volksgemeinschaft“ auszuschließen und zu Fremden und „Volksfeinden“ zu stempeln. „*Die Pogrome vom November 1938 waren in diesem Kontext nur das Signal, in wenigen Wochen zu vollenden, was einige Zeit davor in Gang gesetzt worden war.“* (Barkai 1988: 122)
Der Kontrolle und Überwachung wagte sich kaum ein potentieller Kunde aus der „arischen“ Käuferschaft zu entziehen. Und wie an anderer Stelle berichtet, übte die kommunale Verwaltung einen Dauerboykott aus.

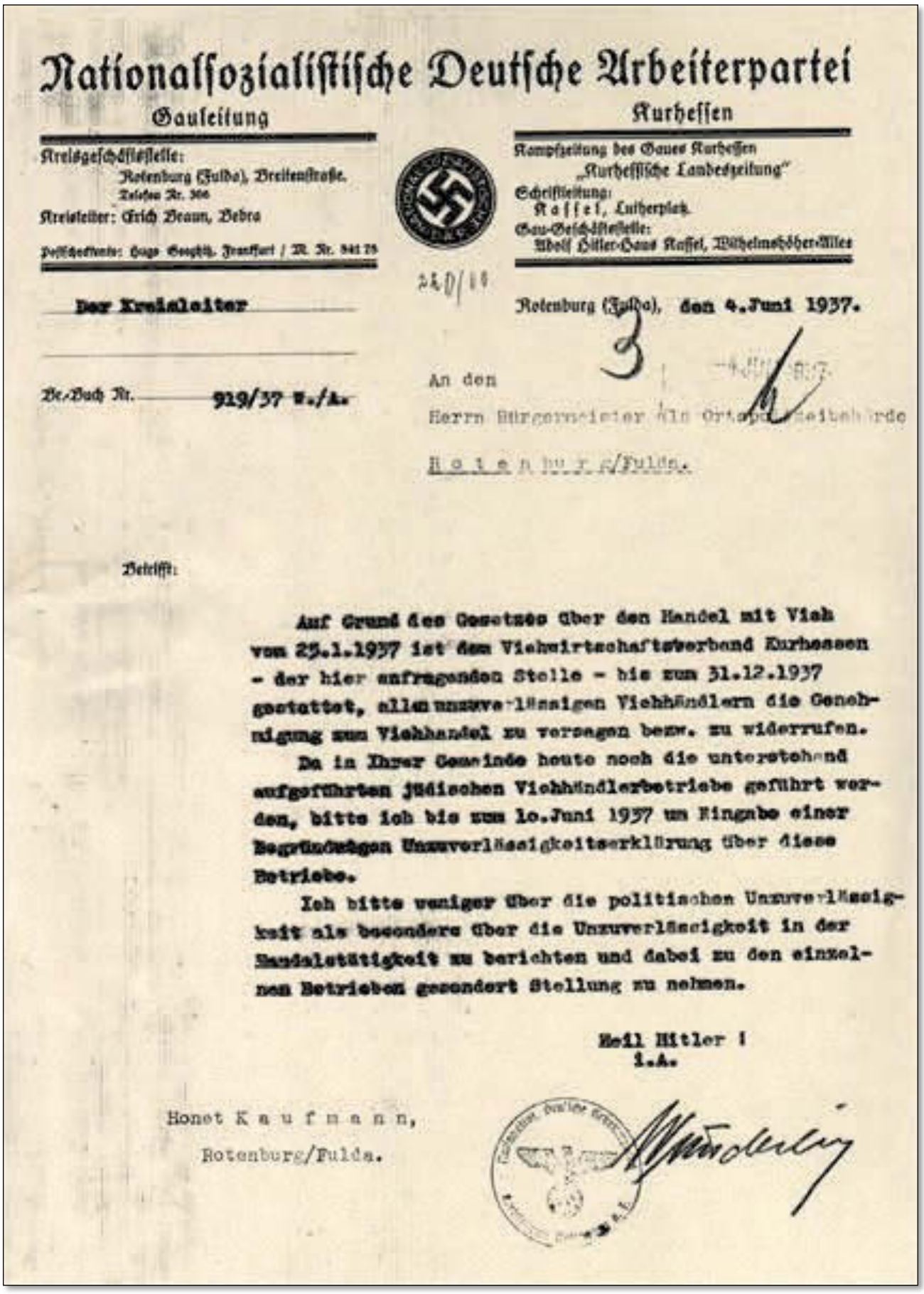
Die wenigen noch im Handel tätigen Juden waren zunehmend auf Juden als Lieferanten und Kunden angewiesen, ohne dass diese umfangmäßig begrenzte jüdische „Binnenwirtschaft“ ausreichend Existenzmöglichkeiten geboten hätte. Ein solches Beispiel lieferte Isaak Katzenstein, als er bei seinem Antrag auf Wiedergutmachung vom 3. Dezember 1954 die Möbelhandlung Döllefeld in Bebra als Einkaufsquelle nannte.

Jüdischer Viehhandel endgültig am Ende

Der jüdische Viehhandel war im Verlauf des Jahres 1937 praktisch völlig zum Erliegen gekommen, nachdem der Reichsminister für Landwirtschaft am 25. Januar 1937 eine Verordnung erlassen hatte, die den Handel mit Vieh *„von verschiedenen sachlichen Voraussetzungen und persönlicher Zuverlässigkeit abhängig“* machte. Die Viehwirtschaftsverbände konnten nach entsprechenden Gutachten durch die Bürgermeister als Ortspolizeibehörde ohne Begründung allen *„unzuverlässigen“* Viehhändlern die Genehmigung zum Viehhandel versagen bzw. widerrufen. „*Daß der Widerruf der jüdischen Viehhändler massenhaft und ohne konkrete Begründung erfolgte, zeigt, daß ihre mangelnde persönliche Eignung nur darin bestand, daß sie Juden waren.“* (Kropat 1997: 421)
Gestützt auf Veröffentlichungen in der *Kurhessischen Landeszeitung*, dem offiziellen NS-Parteiorgan, weist Horst Kottke (1987: 245) auf den besonderen Eifer hin, den der *Kurhessische Viehwirtschaftsverband* bei der flächendeckenden Ausschaltung des jüdischen Viehhandels an den Tag legte. So waren zum Jahresende 1937 in Hessen-Nassau noch 490 von Juden geführte Viehhandlungen zugelassen, während in Kurhessen keine einzige mehr existierte.

Bebraer Juden nehmen Englischunterricht

Als ein Indiz dafür, dass die 1937 noch hier verbliebenen Juden keine Perspektive mehr für ein weiteres Leben in ihrer deutschen Heimat sahen, kann die Entscheidung von sieben jüdischen Frauen, zwei jüdischen Männern und sechs Jugendlichen in Bebra gesehen werden, den Schenklengsfelder jüdischen Lehrer zum Englischunterricht nach Bebra zu holen. So weist es eine am 20. Januar 1937 aufgestellte detaillierte Teilnehmerliste aus.



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung Kurhessen

Kreisgeschäftsstelle:
Rotenburg (Fulda), Breitenstraße.
Telefon Nr. 306
Kreisleiter: Erich Braun, Bebra
Postscheckkonto: Hugo Gaupp, Frankfurt / M. Nr. 941 75

Kampfzeitung des Gaues Kurhessen
„Kurhessische Landeszeitung"
Schriftleitung:
Kassel, Lutherplatz
Gau-Geschäftsstelle:
Adolf Hitler-Haus Kassel, Wilhelmshöher-Allee

Der Kreisleiter

Rotenburg (Fulda), den 4. Juni 1937.

Az./Buch Nr. 919/37 B./A.

An den
Herrn Bürgermeister als Ortspolizeibehörde
Rotenburg/Fulda.

Betrifft:

Auf Grund des Gesetzes über den Handel mit Vieh vom 25.1.1937 ist dem Viehwirtschaftsverband Kurhessen - der hier anfragenden Stelle - bis zum 31.12.1937 gestattet, allen unzuverlässigen Viehhändlern die Genehmigung zum Viehhandel zu versagen bezw. zu widerrufen.

Da in Ihrer Gemeinde heute noch die untenstehend aufgeführten jüdischen Viehhändlerbetriebe geführt werden, bitte ich bis zum 10.Juni 1937 um Eingabe einer begründeten Unzuverlässigkeitserklärung über diese Betriebe.

Ich bitte weniger über die politischen Unzuverlässigkeit als besonders über die Unzuverlässigkeit in der Handelstätigkeit zu berichten und dabei zu den einzelnen Betrieben gesondert Stellung zu nehmen.

Heil Hitler !
i.A.

Honet Kaufmann,
Rotenburg/Fulda.

NS-Kreisleiter Erich Braun *am 4. Juni 1937 an den Rotenburger Bürgermeister als Ortspolizeibehörde wegen „Versagung" des Viehhandels betr. Honet Kaufmann wg. „Unzuverlässigkeit in der Handelstätigkeit".*
(Stadtarchiv Rotenburg)

Verschärfung der NS-Judenpolitik

Wer noch bis zum Sommer 1938 auf eine Verbesserung der Chancen für eine geordnete Auswanderung gehofft hatte, sah sich bitter enttäuscht, als im Juli 1938 die Vertreter von 32 Staaten in einer Konferenz im französischen Kurort Evian-les-Bains am Genfer See es ablehnten, ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge stärker zu öffnen.

Von 1933 bis zur zweiten Jahreshälfte 1936 hatte für das Dritte *Reich „das Bedürfnis, das System zu stabilisieren, militärische Aktionen der Siegermächte zu vermeiden und für Wirtschaftswachstum sowie für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu sorgen, ein relativ gemäßigtes Vorgehen erfordert. … 1936 war dann die Vollbeschäftigung erreicht. … Eine weitere politische Radikalisierung und die Mobilisierung interner Ressourcen waren nunmehr möglich. … Himmler wurde zum Chef sämtlicher deutscher Polizeikräfte ernannt und Göring zum Oberherrn eines neuen Vierjahresplans, der das geheime Ziel verfolgte, das Land auf den Krieg vorzubereiten."* (Friedländer 1998: 196)

In dieser Atmosphäre, so Friedländer, gewann die „Judenfrage" in den Augen der Hitler-Regierung und der NSDAP eine neue Dimension und erfüllte für sie eine neue Funktion, indem sie die Juden wieder als weltweite Bedrohung darstellten, die antijüdische Aktionen rechtfertigten.

1938: Die Nationalsozialisten herrschten nun schon fünf Jahre im Deutschen Reich. Nachdem sie ihre innenpolitischen Positionen ausgebaut und gefestigt hatten, folgten nun die Allmachtsträume eines erheblich erweiterten Großdeutschen Reichs. Dazu gehörte der am 12. März 1938 durch den Einmarsch von Reichswehr-Truppen erzwungene „Anschluss" Österreichs, welchen sich die Regierung Hitler am 10. April 1938 durch eine Volksabstimmung nachträglich akklamieren ließ.

Danach ergoss sich eine wahre Flut von diskriminierenden Gesetzen über die Juden, um sie zu verunsichern und ihnen das Leben schwer zu machen. Das brutale Schlagwort von der „Endlösung der Judenfrage" erhielt jetzt eine bedrohlich ansteigende Aktualität. Seitdem die Partei- und Staatsführung alle außenpolitische Zurückhaltung aufgegeben hatte und ihre Politik immer entschiedener auf einen Krieg ausrichtete, sollte auch die antijüdische Politik energischer, aggressiver und systematischer realisiert werden. Die Ereignisse des Jahres 1938 sollten jedoch die schlimmsten Befürchtungen übertreffen.

Was den Gewaltmassnahmen im November 1938 noch vorausging

(Alle Verordnungen nach J. WALK, Sonderrecht)

- Am 28. März 1938 entzog das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen" den jüdischen Gemeinden die Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und degradierte sie zu „eingetragenen Vereinen".

  In **Rotenburg** betraf dies die seit der Mitte des 17. Jahrhunderts existierende Synagogengemeinde. In ihren drei letzten Jahren, von 1936 bis 1938, stand diese unter dem Vorsitz von Theodor Döllefeld, Nachfolger von Max Moses Brandes, der in Rotenburg- mit dem anerkennend gemeinten Spitznamen „Judenbürgermeister" in Erinnerung geblieben ist.

  Bebras letzter jüdischer Gemeindevorsteher war der Buch- und Schreibwarenhändler Levi Oppenheim, der im Dezember 1938 mit Ehefrau Regina und Tochter Else in die USA emigrierte. Er lieferte nach dem Krieg eine detaillierte Beschreibung des Bestandes und des Inventars der Bebraer Synagoge.

- Am 26. April 1938 wurde verordnet, dass jeder Jude sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen anzumelden hatte, sofern dies 5.000 RM überstieg. Auf der Basis dieser Vermögensaufstellungen hatten die Finanzämter dann keine Schwierigkeiten, die Juden im November 1938 bei den ihnen nach dem Pogrom auferlegten „Sühnezahlungen" zur Kasse zu zwingen. Unter diese Regelung fielen alle Juden, die Hausbesitz hatten und ein Geschäft betrieben.
  Die Verordnung vom 26. April 1938 verschaffte dem Nazistaat einen Überblick über die materiellen Werte, die man in den folgenden Jahren den Juden abzunehmen gedachte. Die Verkaufserlöse, die meist nicht dem tatsächlichen Wert entsprachen, mussten auf Sperrkonten überwiesen werden, auf die die Juden ohne Genehmigung der Behörden nicht zugreifen konnten.

- Die „Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom **14. Juni 1938** verfügte die Erfassung aller jüdischen Gewerbebetriebe in einem besonderen Verzeichnis und schuf die „rechtliche“ Voraussetzung für die Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte. Die erfassten Geschäfte und Grundstücke konnten jetzt nur noch weit unter Wert verkauft werden. Diese Bestandsaufnahme war Grundlage für die staatliche Zwangsenteignung jüdischer Unternehmen, die dann nach den Novemberpogromen 1938 forciert wurde.

- Am **23. Juli 1938** wurde den Juden zur Auflage gemacht, bis zum 31.12.1938 die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Damit bekam die Nazi-Administration eine lückenlose Übersicht über die sich noch in Deutschland aufhaltenden jüdischen Menschen, sie sollten ihre Identität nicht mehr verbergen können.

- Ab **17. August 1938** mussten Juden, die keinen „typisch jüdischen“ Vornamen führten, als zusätzlichen Vornamen „Israel“ (für männliche Personen) oder „Sara“ (für weibliche Personen) annehmen.
- Die meisten hatten bis dahin einen „deutschen“ Vornamen, da sich diese Namensgebung im Zuge der zunehmenden Emanzipation und der angestrebten gesellschaftlichen Anerkennung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr durchgesetzt hatte. Als Mitglieder ihrer Synagogengemeinde trugen die jüdischen Männer und Frauen jedoch einen zusätzlichen, aus dem Hebräischen abgeleiteten Vornamen, der bei religiösen Handlungen zur Anwendung kam.
(Die Blumenbaums in Rotenburg hatten zum Beispiel diese doppelte Namensgebung bei ihrem am 28. März 1901 geborenen Sohn ins jüdische Geburtsregister eintragen lassen: „Jonas gen. Julius Blumenbaum“.)

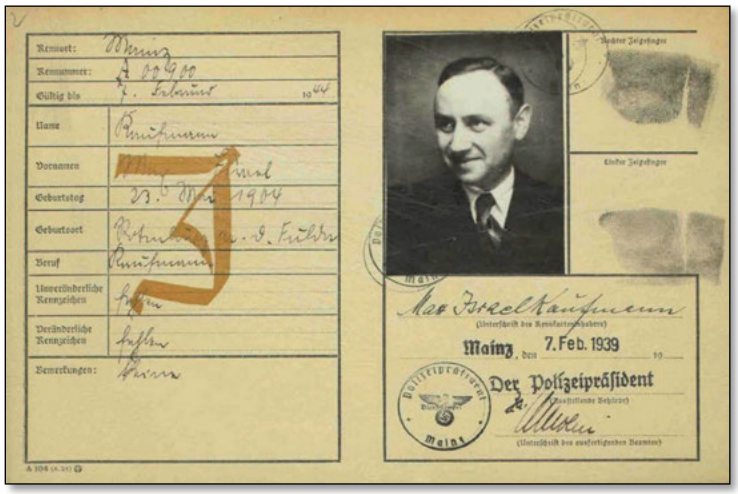
- Mit der Verordnung über „Reisepässe für Juden“ vom **5. Oktober 1938** behielten die Reisepässe aller jüdischen Deutschen nur dann ihre Gültigkeit, wenn sie von der Passbehörde mit einem *„Merkmal versehen werden, das den Inhaber als Juden kennzeichnet“.*

Dieses Merkmal war ein markantes rotes „J“, der sogenannte Judenstempel. Die mit dem diskriminierenden Judenstempel gekennzeichneten Pässe führten zur Abweisung vieler jüdischer Flüchtlinge an der Grenze anderer Länder, zum Beispiel der Schweiz.

Hinweis: Auf den beiden hier abgebildeten Ausweisen ist das ursprünglich **rote J** stark verblasst.



*Personalausweis für **Eduard Heß**, geb. 14.02.1876 in Rotenburg. Er lebte später in Kassel, von wo er am 7. September nach Theresienstadt deportiert wurde; dort starb er am 24. Januar 1943. Eduard Heß war ehemaliger Besitzer der Mühle an der Alten Fuldabrücke in Rotenburg.*



*Personalausweis für **Max Kaufmann**, geb. 23.05.1904 in Rotenburg. Er lebte später in Mainz, wo sein Personalausweis (erst) am 7. Februar 1939 ausgestellt wurde. Von dort wurde er am 25. März 1942 ins Ghetto Piaski deportiert, von wo er in eines der Vernichtungslager im Generalgouvernement kam..*

C. 13 Was aus dem jüdischen Besitz wurde

Selmar Oppenheim, Nürnberger Strasse 38

Unter der Adresse Nürnberger Straße 38 betrieb Selmar Oppenheim in Bebra einen Getreide- und Futtermittelgroßhandel. Nach Verkauf des Anwesens im März 1938 ging er mit seiner Ehefrau Johanna zunächst zu Bekannten nach Bonn, von wo aus die beiden im Jahr darauf in die Niederlande gelangten. Den Weg dorthin hatte ihr 1910 geborener Sohn Alfred vorbereitet, er hatte sich im August 1936 in Amsterdam niedergelassen.

Neben dem erfolgreichen Großhandel mit Getreide, Mehl und Futtermitteln hatten die Oppenheims außerdem ein Ladengeschäft mit Lebensmitteln geführt, für das Johanna Oppenheim zuständig war. Von dem, was sich im November 1938 in ihrer Heimatstadt abspielte, hatten Selmar und Johanna Oppenheim bereits vor ihrem Wegzug aus Bebra einen Vorgeschmack bekommen. Sohn Alfred wurde - laut Darstellung in dem 1954 angestrengten Entschädigungsverfahren - im Februar 1933 von einem Bebraer SA-Mann, einem Friseurmeister in der Apothekenstraße, *„blutig geschlagen, weil er auf Hitler geschimpft hatte“.*



Alfred Oppenheim flüchtete daraufhin nach Frankreich, kehrte aber im März 1934 nach Bebra zurück, um dann im November 1935 in die Niederlande zu gehen, wohin er im Oktober 1938 auch seine Eltern holte. Fensterscheiben ihres Hauses, das sie im Mai 1938 an einen Einzelhändler aus Weiterode verkauft hatten, in dem sie aber zunächst noch wohnen konnten, waren im Verlauf des Jahres 1938 und auch schon davor mehrfach zertrümmert worden.

Am 21. Juni 1954 bekundete Selmar Oppenheims Witwe Johanna in einer Eingabe an den Regierungspräsidenten in Kassel betreffend Entschädigungsansprüche:



Wohn- und Geschäftshaus von Issak (später Selmar) ***Oppenheim, Nürnbergerstr. 38*** *in Bebra (jetzt Optikerin Kolb).*

oben: Geschäftsanzeige der Firma Selmar Oppenheim, Getreide– und Mehlhandlung v. 12.12.1932.

„Ich kann versichern, dass mein Mann und ich in Bebra unter haftähnlichen oder menschenunwürdigen Bedingungen gelebt haben. Wir waren zu dieser Zeit Freiwild. … In Wiederholung füge ich an, dass unsere Fensterscheiben oft erneuert werden mussten."

Am 24. März 1938 hatte Selmar Oppenheim sich mit dem Gemüsehändler Georg Führer darauf verständigt, ihm sein Wohn- und Geschäftshaus in der Nürnbergerstraße 38 zusammen mit dem kleineren Lagergebäude Amalienstraße 2 für 22.000 RM zu verkaufen. Und zwar auf der Basis von Barzahlung („Kassazahlung"), die Georg Führer mit Hilfe eines vom Bankverein Bebra gewährten Sofortkredits zusagen konnte.

Für Selmar Oppenheim war die Barauszahlung des Geldes von zentraler Bedeutung, da er auf Empfehlung seines inzwischen in Amsterdam lebenden Sohnes Alfred das Geld bei einer in Rüsselsheim ansässigen niederländischen Einkaufsgenossenschaft für landwirtschaftliche Maschinen gewinnbringend investieren wollte.

Das Bemerkenswerte an der Preisabsprache zwischen Oppenheim und Führer ist die Tatsache, dass hier nicht der Einheitswert, der lediglich 9.300 RM betrug, und auch nicht der Brandkassenwert in Höhe von 12.000 RM, sondern mit 22.000.- RM ein weit höherer Verkaufspreis vereinbart wurde. Die Preisabsprache wurde vom Landratsamt am 31. März 1938 als nicht genehmigungsfähig eingestuft, es wurde eine „Preismilderung von 5-8.000 RM" verlangt.

Tatsächlich zahlte Führer 20.000 RM, ohne die amtlicherseits geforderte, deutlich stärkere Preisreduktion zu beachten. Dennoch wurde der Kaufvertrag am 15. Juli 1938 mit der „Auflassung im Grundbuch" für gültig erklärt. Der Besitzwechsel von Selmar Oppenheim zu Georg Führer ist also ein Gegenbeispiel zu der nach 1933 und insbesondere nach dem September 1935 („Nürnberger Gesetze") praktizierten „Arisierung", bei welcher der weit unter dem tatsächlichen Wert liegende Einheitswert als verbindlicher Maßstab galt, also dem „arischen" Käufer ein „Schnäppchen" ermöglichte. Das er aber meist wieder einbüßte, weil er darauf eine „Arisierungsabgabe" an die öffentliche Hand zahlen musste.

Nach dem Zeugnis von Justus Knierim vom 5. Februar 1949, bis 1945 Büroleiter in Bebras Rathaus, war die gegenüber den Preisvorstellungen des Landratsamtes (14.000 bis maximal 17.000 RM) erfolgte Einigung auf 20.000 RM der Einflussnahme von Bebras Bürgermeister Schwichtenberg zu verdanken: *„Wenn Käufer jüdischer Grundstücke den Verkäufern über den festgelegten Preis hinaus Sonderleistungen gewährten, hat Herr Schwichtenberg niemals Einwendungen erhoben."*

(HHStAW Best. 520/22, Nr. 20549)

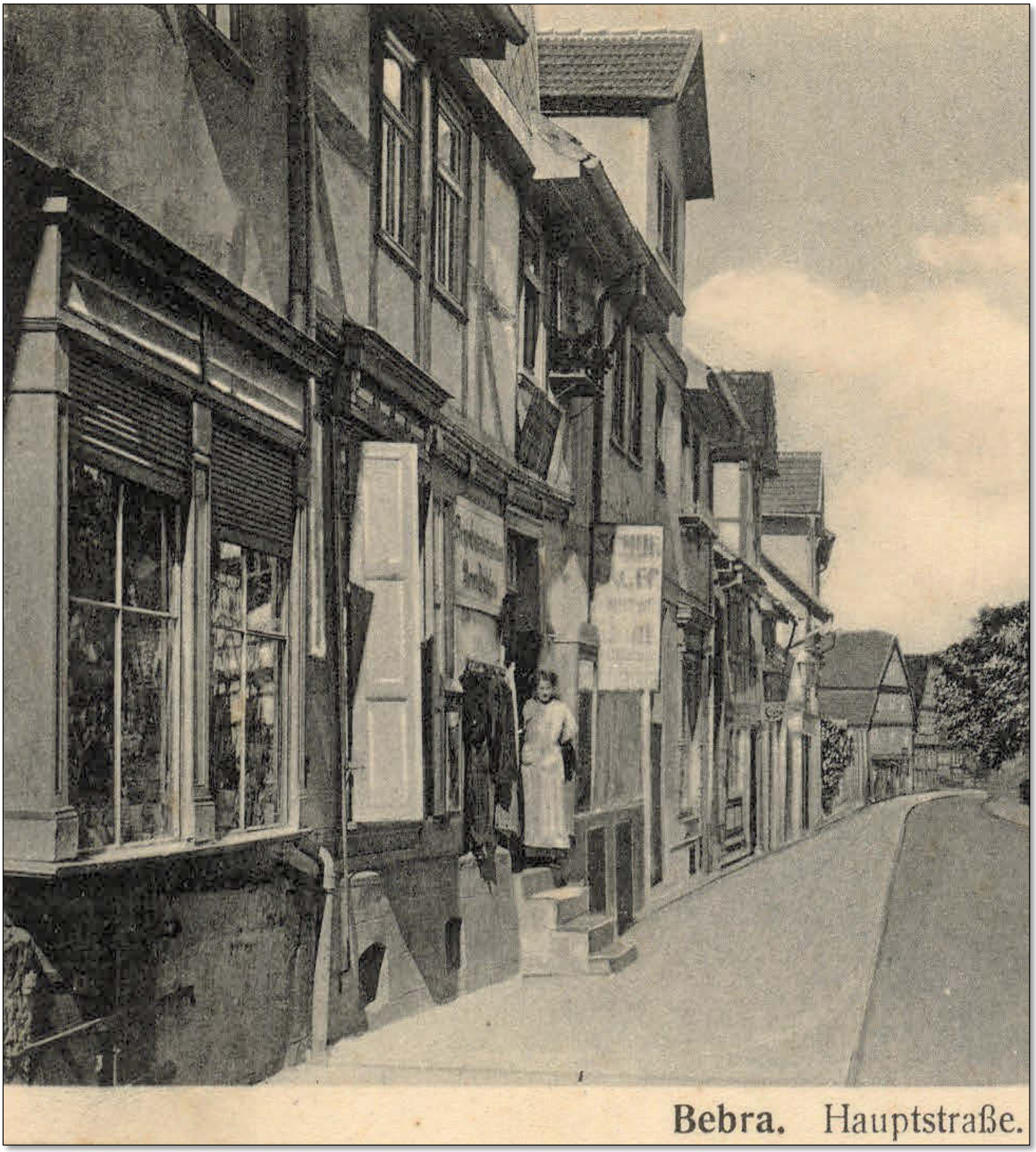
Bedingt durch den Tod ihres Ehemanns (am 23.12.1943 im Versteck in den Niederlanden) und ihre angegriffene Gesundheit kam Johanna Oppenheim nach dem Krieg nur zu vagen Informationen über die ihr zustehenden Entschädigungsleistungen. Als sie sich dann im Sommer 1950 bei der zuständigen Behörde in Kassel meldete, musste sie erfahren, dass der Meldetermin verstrichen und die IRSO (*Jewish Restitution Successor Organisation*) inzwischen tätig geworden war; diese war für das herrenlos gewordene jüdische Vermögen und dessen Rückübertragung an die alten Eigentümer oder deren Nachkommen zuständig.

Um den 1938 erworbenen Besitz zu behalten, musste Georg Führer (mit Bescheid vom 11. Juni 1951) trotz der von ihm 1938 geleisteten Zahlungen einen „Vergleich" mit der IRSO schließen und „zur Abfindung aller Ansprüche" der IRSO 12.000 DM auf deren Konto zahlen. Und zwar in drei Raten zu jeweils 4.000 DM, jeweils zum 1. August 1951, 1952 und 1953 – nebst 5% Zinsen seit dem 1. August 1951.

Auf der Grundlage dieses Vergleichs wurden am 19. Juli 1951 die zwischenzeitlich von einem Treuhänder verwalteten Immobilien an die Familie Führer zurückgegeben. Den erzielten Mieteinnahmen stellte der Treuhänder in fast gleicher Höhe erfolgte Ausgaben für Reparaturen, Grundsteuern, Gebäudeversicherung und Verwaltungsgebühren gegenüber.

1969 wird „Doppelbezahlung" entschädigt

Am 12. Februar 1969 beschloss der Bundestag das sog. Reparationsschädengesetz, nach dem die unmittelbar nach Kriegsende geleisteten „Nachzahlungen" zurückerstattet wurden, sofern die in der Hitlerzeit getätigten Transaktionen nach den Kriterien des Bürgerlichen Rechts erfolgt waren. Dies traf für den Erwerb des Besitzes der Familie Oppenheim durch die Familie Führer in vollem Umfang zu. Die inzwischen in Bad Hersfeld wohnhafte Enkeltochter der Führers erklärte jedoch - trotz mehrfa-

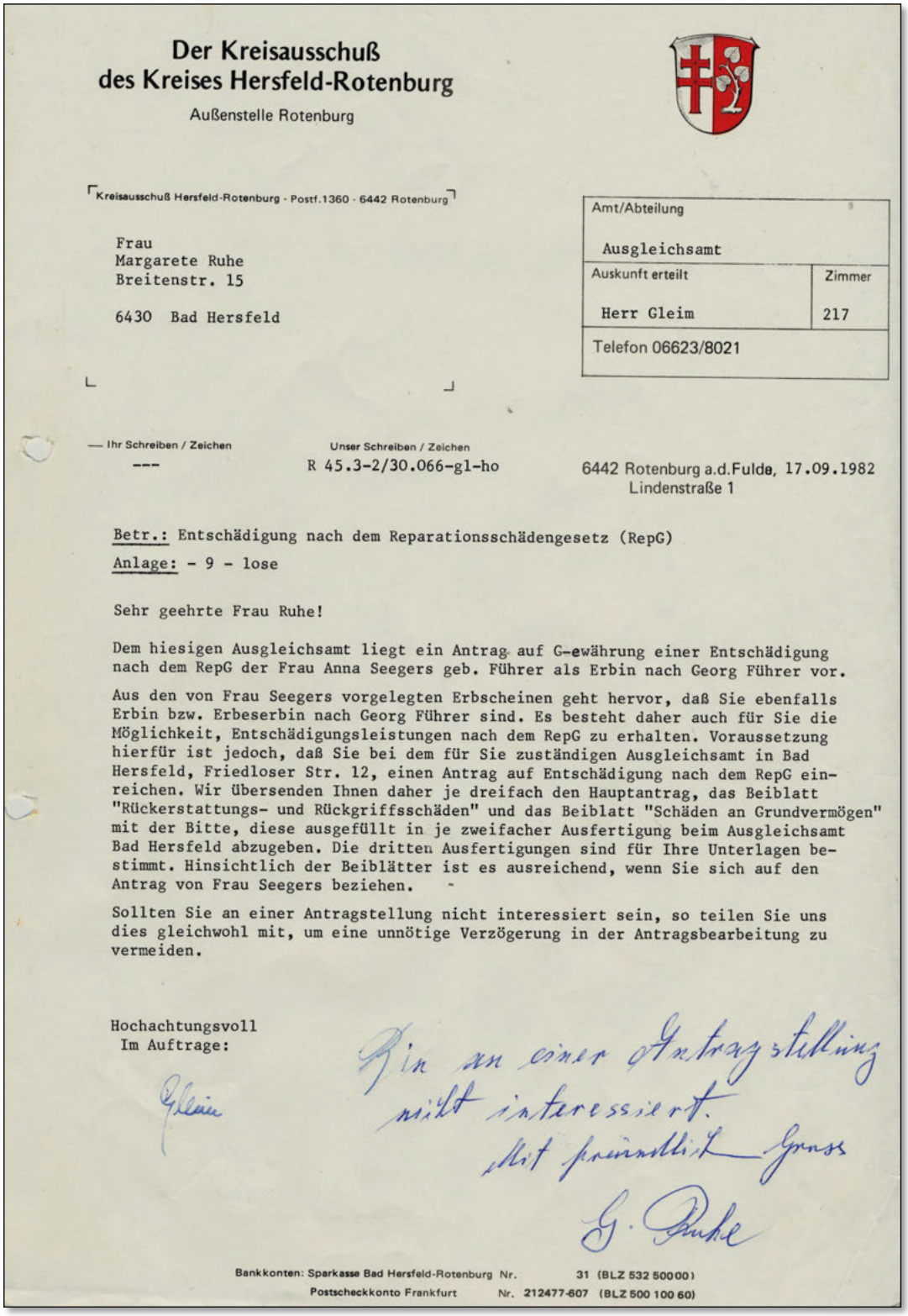


Das Foto von ca. 1900 zeigt die südwestliche ***Häuserfront der Nürnberger Straße*** *von dem Haus Nr. 16 (ganz rechts) bis zu dem Wohn- und Geschäftshaus (zu sehen ist der rechte Gebäudeteil) der Familie Oppenheim (ganz links). Das Foto verdeutlicht die Ballung jüdischer Wohn- und Geschäftshäuser im Kernbereich Bebras. Von dem Haus Nr. 18 (2. von rechts) reiht sich ein jüdisches Haus an das andere, bis hin zum Haus Nr. 38 der Oppenheims, deren Ahn Isak um 1880 mit seiner Familie aus Iba nach Bebra gekommen war und sich in dem Haus Nürnberger Straße 38 niedergelassen hatte. Zweites Haus von rechts, Nürnberger Str. 18: Gebrüder Abraham; dann Nr. 24 Lederwaren Katz; Nr. 26 Manufakturwaren/Textilien Louis (später Ludwig) Oppenheim; Nr. 28 Manufakturwaren/Textilien Meier Abraham; Nr. 30 Sattlerei/Möbelhandlung Döllefeld; Nr. 34 Manufakturwaren/Textilien Willy Oppenheim; Nr. 36 Kaffee-, Mehl- und Futtermittelhandlung Meier Döllefeld, später Schuh-Lager Ebert (nicht jüdisch). Dazwischen mit der Nummer 32 der christliche Schmiedemeister Kaiser. (Ausschnitt aus einer Postkarte von ca. 1900)*

cher Mahnung betr. Antragstellung - einen ausdrücklichen Verzicht auf die ihr zustehende Rückerstattung des zu viel gezahlten Geldes.

Die detaillierte Darstellung des Beispiels der Vermögensübertragung Oppenheim/Führer erfolgt vor dem Hintergrund des weitverbreiteten Mantras der doppelten Bezahlung des von jüdischen Eigentümern erworbenen Besitzes:

„Die allgemeine Wahrnehmung des alliierten Rückerstattungsprogramms als ‚Siegerjustiz' und die Bewertung vieler ‚Arisierungen' als korrekte Rechtsgeschäfte stellte sich im Vergleich zu den Ergebnissen des Reparationsschädengesetzes als weit überzogen heraus." **(**Lillteicher 2007: 420)



Der Kreisausschuß
des Kreises Hersfeld-Rotenburg
Außenstelle Rotenburg

Kreisausschuß Hersfeld-Rotenburg - Postf.1360 - 6442 Rotenburg

Frau
Margarete Ruhe
Breitenstr. 15

6430 Bad Hersfeld

Amt/Abteilung	
Ausgleichsamt	
Auskunft erteilt	Zimmer
Herr Gleim	217
Telefon 06623/8021	

— Ihr Schreiben / Zeichen: ---

Unser Schreiben / Zeichen: R 45.3-2/30.066-gl-ho

6442 Rotenburg a.d.Fulda, 17.09.1982
Lindenstraße 1

Betr.: Entschädigung nach dem Reparationsschädengesetz (RepG)
Anlage: - 9 - lose

Sehr geehrte Frau Ruhe!

Dem hiesigen Ausgleichsamt liegt ein Antrag auf Gewährung einer Entschädigung nach dem RepG der Frau Anna Seegers geb. Führer als Erbin nach Georg Führer vor.

Aus den von Frau Seegers vorgelegten Erbscheinen geht hervor, daß Sie ebenfalls Erbin bzw. Erbeserbin nach Georg Führer sind. Es besteht daher auch für Sie die Möglichkeit, Entschädigungsleistungen nach dem RepG zu erhalten. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß Sie bei dem für Sie zuständigen Ausgleichsamt in Bad Hersfeld, Friedloser Str. 12, einen Antrag auf Entschädigung nach dem RepG einreichen. Wir übersenden Ihnen daher je dreifach den Hauptantrag, das Beiblatt "Rückerstattungs- und Rückgriffsschäden" und das Beiblatt "Schäden an Grundvermögen" mit der Bitte, diese ausgefüllt in je zweifacher Ausfertigung beim Ausgleichsamt Bad Hersfeld abzugeben. Die dritten Ausfertigungen sind für Ihre Unterlagen bestimmt. Hinsichtlich der Beiblätter ist es ausreichend, wenn Sie sich auf den Antrag von Frau Seegers beziehen.

Sollten Sie an einer Antragstellung nicht interessiert sein, so teilen Sie uns dies gleichwohl mit, um eine unnötige Verzögerung in der Antragsbearbeitung zu vermeiden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage:
Gleim

Bin an einer Antragstellung nicht interessiert.
Mit freundlichen Grüssen
G. Ruhe

Bankkonten: Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg Nr. 31 (BLZ 532 50000)
Postscheckkonto Frankfurt Nr. 212477-607 (BLZ 500 100 60)

***Margarete Ruhe**, eine der beiden Töchter von Georg **Führer** und Erbin der Ansprüche auf Entschädigung nach dem Rep-Gesetz, wurde mehrfach auf die ihr zustehenden Ansprüche hingewiesen, ehe sie am 17. September 1982 definitiv erklärte: „Bin an einer Antragstellung nicht interessiert.".*

Aspekte der „Arisierung“

Die Zwangslage der Juden hatte eine willkommene Gelegenheit geboten, zu günstigen Bedingungen an jüdisches Eigentum heranzukommen. Der jüdische Besitz wurde „arisiert“, d.h. von Nichtjuden vielfach zu Preisen erworben, die oft weit unter dem tatsächlichen Wert lagen.

Der „Arisierungsprozess“ verlief zunächst ohne staatliche Lenkung. Seit 1936 ging die NSDAP dann dazu über, sich planmäßig in den Vorgang der „Arisierung“ einzuschalten.
Eine zentrale Rolle übernahm dabei der Gauwirtschaftsberater der Partei, der im August 1937 Richtlinien erließ, nach denen alle Arisierungsverträge den Kreiswirtschaftsberatern und dem Gauwirtschaftsberater vorzulegen waren.

In seiner bereits 1966 vorgelegten Studie über „Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich“ kommt Helmut Genschel zu dem Ergebnis, dass die Juden sich bereits in den Monaten vor dem endgültige Aus ihrer Geschäftstätigkeit im Gefolge der Novemberpogrome 1938 mit Verkaufspreisen für ihre Geschäfte und Immobilien abfinden mussten, die zwischen 40 und 70 Prozent unter dem Betrag lagen, den etwa ein „Arier“ bekommen hätte. (Genschel 1966: 156)
Die überlieferten lokalen Akten lassen den Schluss zu, dass zumindest ein Teil der „arischen“ Käufer in Rotenburg und Bebra bereit war, einen angemessenen Kaufpreis zu entrichten. In diese Kategorie gehört dabei für Bebra neben den Besitzerwechseln in den Fällen Nürnberger Straße 38 (Selmar Oppenheim) und Nr. 39 (Emil Apfel) auch Nürnberger Straße Nr. 9 (Hugo und Moritz Oppenheim).



Nürnberger Straße 34 *(Willy Oppenheim) und Nr. 36 (Schuh- und Stiefellager von Heinrich Ebert), Foto ca. 1920.*

Oppenheim contra Falkenthal, Nürnberger Str. 34

Willy Oppenheim und Ehefrau Mathilde waren die Eigentümer des Wohn- und Geschäftshauses Nr. 34 in der Nürnberger Straße. (s. Foto auf voriger Seite)
Sie hatten die Geschäftsräume Mitte der 1920er Jahre an den Uhrmacher Falkenthal verpachtet und mit ihm ein Vorkaufsrecht für das gesamte Gebäude vereinbart. Seit Jahresende 1938 drängte der Mieter die Stadtverwaltung auf Unterstützung bei der Umsetzung seiner Kaufabsicht.

Die Oppenheims wollten den Verkauf nämlich erst dann vornehmen, wenn sie die beantragten Ausreisepapiere in Händen hielten. Bei einem Termin im Rathaus am 10. November 1939 hatten sie den Bürgermeister wissen lassen: Grundsätzlich seien sie zum Verkauf bereit, doch hätten sie keine ruhige Stunde mehr im Hause, wenn Falkenthal schon jetzt Eigentümer würde, selbst wenn sie sich das Wohnrecht bis zur Ausreise vorbehalten würden. Falkenthal sei im November 1938 derart radikal vorgegangen, dass jedes Vertrauen zu ihm geschwunden sei. Zur Zahlung von Miete für die im November 1938 von ihm unberechtigt in Benutzung genommenen Räume sei es erst nach einer entsprechenden Anordnung durch die Behörde gekommen.



Geschäftsanzeige *des Uhrmachers und Juweliers Paul Falkenthal im Bebraer Tageblatt Mai 1928*.

Aus dem nach dem Krieg geführten Schriftverkehr der Oppenheimtochter Berti mit Gärtnermeister Otto Sprenger geht hervor, dass ihre Eltern gar nicht die Absicht hatten, an Falkenthal zu verkaufen, sondern an Sprenger. So schrieb dieser am 11. November 1951 an Berti Oppenheim-Wertheimer, dass er seinerzeit mit ihren „lieben Eltern" wegen des Hauses verhandelt habe. Die Sache sei aber nicht weiter gediehen, weil ihre Eltern den damaligen Mieter fürchteten.



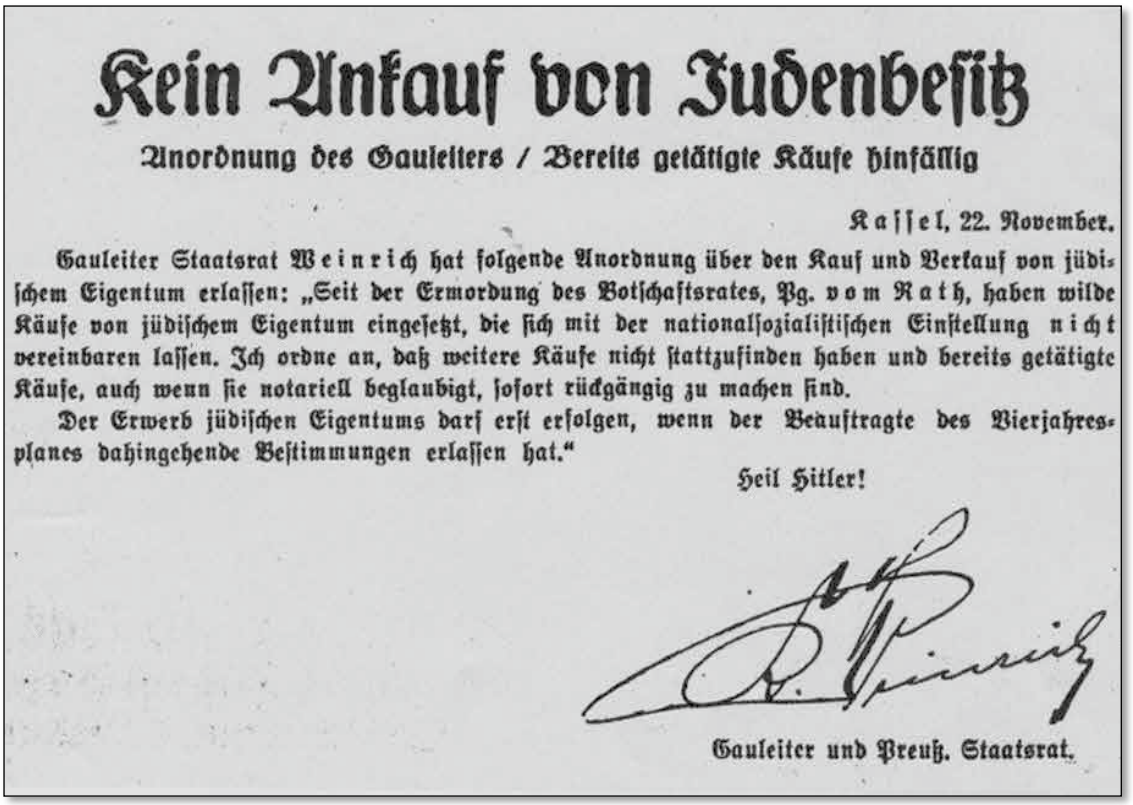
Reisepass *(Ausschnitt) von Berti Oppenheim (verh. Wertheimer), ausgestellt in Bochum, wohin Berti im Sommer 1932 gegangen war; ihr Onkel Samuel Oppenheim war dort als Lehrer tätig.*

Offenbar im Vertrauen darauf, dass die jüdische Bevölkerung mit den Geschehnissen im November 1938 ihrer sämtlichen Rechte verlustig gegangen war, hatte der kaufinteressierte Uhrmacher Falkenthal bereits Veränderungen und Schönheitsreparaturen an dem Haus ausführen lassen.
Auch als die Oppenheims im September 1942 aus Bebra deportiert wurden, konnte Falkenthal seine Kaufabsicht jedoch nicht umsetzen. Aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11.1941 war das Haus mit der Deportation der Oppenheims zunächst an das Deutsche Reich gefallen, gemäß der Bestimmung, wonach aller Besitz von Juden, die sich im Ausland aufhalten, entschädigungslos in den Besitz des Deutschen Reiches übergehen würde.

Das so an den Fiskus gelangte Hausgrundstück Nürnberger Straße 34 übertrug dieser unentgeltlich an die Stadt Bebra, die ihr Interesse mit einer in Planung befindlichen Verbreiterung der Straße in diesem Bereich begründete. Da kein gültiger Kaufvertrag zwischen den Oppenheims und Falkenthal vorlag, verweigerte die Stadt sogar die von diesem geforderte Erstattung seiner Kosten für die Gebäudesanierung, obwohl er lückenlose Belege für seine Investitionen vorlegen konnte.
Die Stadt Bebra hatte in dieser Auseinandersetzung auch in der Folgezeit die volle Rückendeckung der staatlichen Organe:
Am 16. Juni 1943 bestätigte das Rotenburger Finanzamt die von der Stadt Bebra vertretene Rechtsauffassung, dass nämlich mit der Abschiebung der jüdischen Hauseigentümer deren Besitz aufgrund der Verordnung vom 25.11.1941 automatisch und unentgeltlich an die öffentliche Hand übergegangen sei. Unter abermaligem Hinweis darauf, dass Falkenthal keinen behördlich genehmigten Kaufvertrag vorlegen könne, bekräftigte das Finanzamt:
„Falkenthal hat ohne Zustimmung des Eigentümers Veränderungen und Schönheitsreparaturen an dem Hause vorgenommen. Eine Erstattung der ihm dadurch entstandenen Kosten wird abgelehnt.“
Seine Empörung über den ihm entstandenen finanziellen Schaden formulierte Falkenthal mit einem aggressiven Rundumschlag gegen die von staatlicher Seite ihres Besitzes beraubte jüdische Familie:
„Alles in Allem war es ein versautes Judennest, und in dem Zustande nicht bewohnbar und wäre mit Riesenschritten dem völligen Verfall entgegen gegangen.“ (Stadtarchiv Bebra)

Der „Fall Falkenthal“ hatte schon in den Landratsbericht vom 25.10.1935 Eingang gefunden, damals konnte sich Uhrmacher Falkenthal jedoch der behördlichen Unterstützung sicher sein. Parteileute hatten seinerzeit Anstoß an „arischen“ Geschäftsinhabern genommen, „die ihre Geschäftsräume von Juden gemietet haben“.
Durch die Forderung, diese Räume bis zum 1. November 1935 zu räumen, war „bei den Geschäftsleuten große Erregung entstanden“.
Der Landrat fand diese Erregung verständlich, *„da diese Geschäftsleute die derzeitigen Läden meist in der Hauptgeschäftslage haben. Andere geeignete Läden stehen den Geschäftsleuten nicht zur Verfügung, so daß sie bei der Aufgabe ihrer jetzigen Lokale oder bei der Verlegung in eine Nebenstraße erhebliche Geschäftsverluste befürchten.“* (Stadtarchiv Bebra)
Dass es in dieser Angelegenheit in erster Linie um das Uhren- und Schmuckgeschäft im Haus der Familie Oppenheim in der Nürnberger Straße 34 in Bebra ging, macht die folgende Darstellung in dem Landratsbericht deutlich:
„Als besonders markantes Beispiel führe ich folgendes an: Der arische Schmuckwarenhändler Falkenthal in Bebra, der sein Geschäft bereits 10 Jahre in einem jüdischen Hause hat, hat dieses entsprechend seinen Versicherungsvorschriften gegen Einbruch stark gesichert und mit komplizierten Alarmvorrichtungen versehen. Er würde in besonderem Maße geschädigt werden, wenn er gezwungen würde, seinen derzeitigen Laden aufzugeben. Ich halte es für notwendig, daß in dieser Hinsicht regierungsseitig eine Regelung getroffen wird, um Störungen der Wirtschaft zu vermeiden.“

Am 21. November 1938 formulierten Bürgermeister Schwichtenberg und Bebras Ratsherren eine gemeinsame Stellungnahme des Inhalts, sie seien grundsätzlich der Auffassung, dass die Häuser der Juden nur von der Stadt gekauft werden dürften:
„Ein Um- und Ausbau der Häuser in der Nürnberger Straße zwischen Schul- und Amalienstraße darf nicht mehr gestattet werden. Die Stadt muß auf diese Weise die unbedingt notwendige Bereinigung auf dem Gebiet des Grundstücks- und Straßenwesens erreichen.“
Zwei Tage später, am 23.11.1938, ließ die Gauleitung eine entsprechende Anordnung in der *Kurhessischen Landeszeitung*, dem NS-Parteiorgan, veröffentlichen (abgedruckt auf der folg. Seite).



Kein Ankauf von Judenbesitz

Anordnung des Gauleiters / Bereits getätigte Käufe hinfällig

Kassel, 22. November.

Gauleiter Staatsrat Weinrich hat folgende Anordnung über den Kauf und Verkauf von jüdischem Eigentum erlassen: „Seit der Ermordung des Botschaftsrates, Pg. vom Rath, haben wilde Käufe von jüdischem Eigentum eingesetzt, die sich mit der nationalsozialistischen Einstellung nicht vereinbaren lassen. Ich ordne an, daß weitere Käufe nicht stattzufinden haben und bereits getätigte Käufe, auch wenn sie notariell beglaubigt, sofort rückgängig zu machen sind.

Der Erwerb jüdischen Eigentums darf erst erfolgen, wenn der Beauftragte des Vierjahresplanes dahingehende Bestimmungen erlassen hat."

Heil Hitler!

Gauleiter und Preuß. Staatsrat.

*Anordnung von **Gauleiter Weinrich** vom 23. November 1938. (Stadtarchiv Bebra)*

Wolf Levi, Nürnberger Strasse 54

Auch das Eigentum von Wolf Levi, Nürnberger Straße 54, ging in den Besitz der Stadt Bebra. Im Zusammenhang mit den Novemberpogromen war Wolf Levi mit seiner Frau Jeanette und Betty Levi, der Witwe seines Cousins Samuel, und Bettys Mutter Sophie Frank am 10. November 1938 aus Bebra nach Eisenach geflüchtet, wo sie in der Pension Stern, Georgenstraße 36, Unterschlupf fanden.

Nach dem Wohnortwechsel ging Wolf Levis Zahlungsverpflichtung für Reichsfluchtsteuer und Vermögensabgabe an das Eisenacher Finanzamt. Für diese Sonderbelastungen waren die Levis auf das Geld aus dem Verkauf ihrer Immobilien in Bebra, Nürnberger Straße 54, angewiesen.

Deren Wert hatte Wolf Levi aufgrund der am 26. April 1938 verpflichtend gemachten Vermögensangabe mit 28.000 RM angesetzt, diese Summe war dann auch die Basis für die Berechnung der *„Judenvermögensabgabe",* die den Juden als *„Sühneleistung"* für die bei den Novemberpogromen entstandenen Schäden auferlegt worden war, laut Verordnung vom 12. November 1938 für *„die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt."*

Für seine Immobilie, die er im Februar 1939 an die Stadt Bebra abtreten musste, wurden Wolf Levi aber lediglich 19.600 RM zugestanden, die nach damaliger „Rechtslage" auf ein Devisenkonto zu überweisen waren, zu dem er jedoch nur über Sondergenehmigung Zugriff hatte.

Da sich die Übertragung der Besitzrechte an die Stadt Bebra per Auflassung des Grundstücks erst am 12. Juni 1939 formal realisieren ließ, war Wolf Levi bis dahin nicht in der Lage, die volle Höhe der vom Landesfinanzamt Thüringen geforderten Zahlungen fristgerecht zu leisten. Die unverschuldete Notsituation anzuerkennen, dazu war man jedoch nicht bereit, sodass Wolf Levi zusätzlich einen Säumniszuschlag und Zwangsvollstreckungsgebühren entrichten musste. Dieses Beispiel dokumentiert, mit welcher Skrupellosigkeit beim Eintreiben der Judenvermögensabgabe vorgegangen wurde.

Das Haus der Levis in der Nürnberger Straße 54, das nach ihrem Umzug nach Eisenach im November 1938 unbewohnt war, wurde wiederholt Anlass für Eigentumsdelikte, was am 9. Mai 1939 Wolf Levi zu einem Schreiben an die Polizeistation in Bebra veranlasste: *„Da ich nicht ständig in Bebra sein konnte, um meine Sachen sicherzustellen, ist mir sehr viel*



***Wolf Levi** und seine Familie waren Eigentümer des Hauses Nürnberger Str. 54, 2. Haus von rechts .*
(Ausschnitt aus einer Postkarte ca. 1920)



*Bebra, **Nürnberger Straße 54** im Jahr 2000. Inzwischen wird hier unter der Bezeichnung „Mosebergs Brauhaus“ ein Restaurant betrieben.*

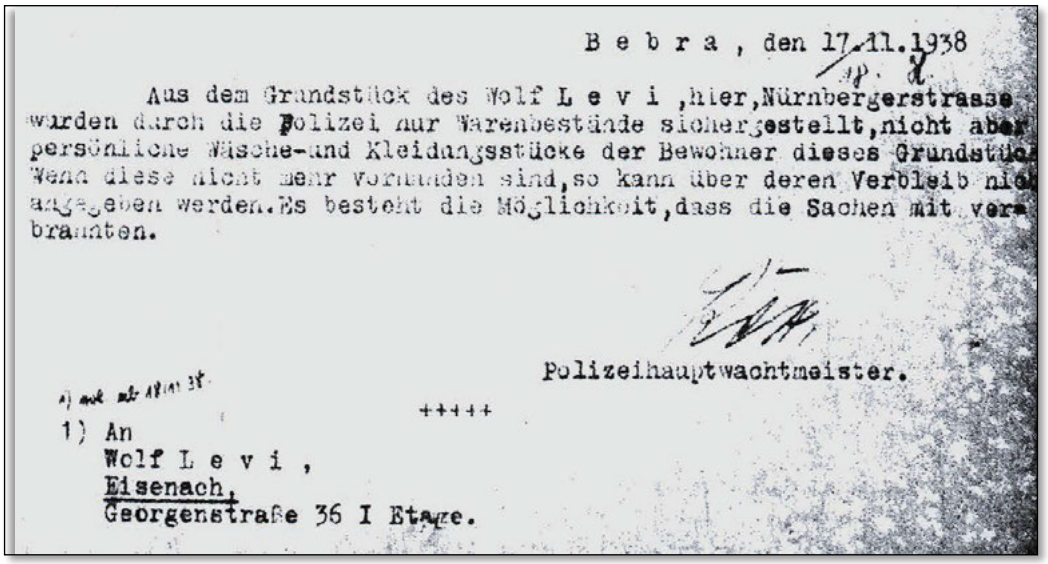
verloren gegangen. Die Badeeinrichtung, die sich noch im Badezimmer befand, kann aber doch nicht verloren gehen. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß diese durch die städtischen Arbeiter und unter Beihilfe des Herrn Klempnermeisters T. herausgeschafft wurde.“

Schon am 7. April 1939 hatte Wolf Levi die Polizei wissen lassen, dass *„8-10 Ctr. Anthrazit-Kohle restlos verschwunden“* seien.

Bis zum November 1938 hatten neben Wolf Levi und seiner Frau Jeanette auch Sohn Leopold mit seiner Frau Martha (geb. Frank) in dem Haus Nürnberger Straße 54 gewohnt. Über das Ausmaß der Zerstörungen bei den Novemberpogromen 1938 gibt eine Korrespondenz Auskunft, die Mitte November 1938 zwischen Wolf Levi und Bebras Stadtverwaltung geführt wurde. Levi hatte von Eisenach aus folgende handschriftliche Anfrage an die Stadtverwaltung in Bebra gerichtet:

„Nachdem ich festgestellt habe, dass weder in meiner Wohnung noch in der Wohnung meines Sohnes Kleider & Wäsche nicht mehr vorhanden & wir nichts besitzen als was wir auf dem Leibe haben, bitte ich ergebenst, doch umgehend feststellen zu lassen, ob vielleicht von der Behörde etwas … in Verwahrung genommen ist, da wir sonst gezwungen sind, uns wenigstens etwas zu besorgen.“

Daraufhin kam am 17. November 1938 das von Polizeihauptwachtmeister Rex unterzeichnete Antwortschreiben (s. nächste Seite, oben):



B e b r a , den 17.11.1938

Aus dem Grundstück des Wolf L e v i ,hier,Nürnbergerstrasse wurden durch die Polizei nur Warenbestände sichergestellt,nicht aber persönliche Wäsche-und Kleidungsstücke der Bewohner dieses Grundstücks Wenn diese nicht mehr vorhanden sind,so kann über deren Verbleib nich angegeben werden.Es besteht die Möglichkeit,dass die Sachen mit verbrannten.

Polizeihauptwachtmeister.

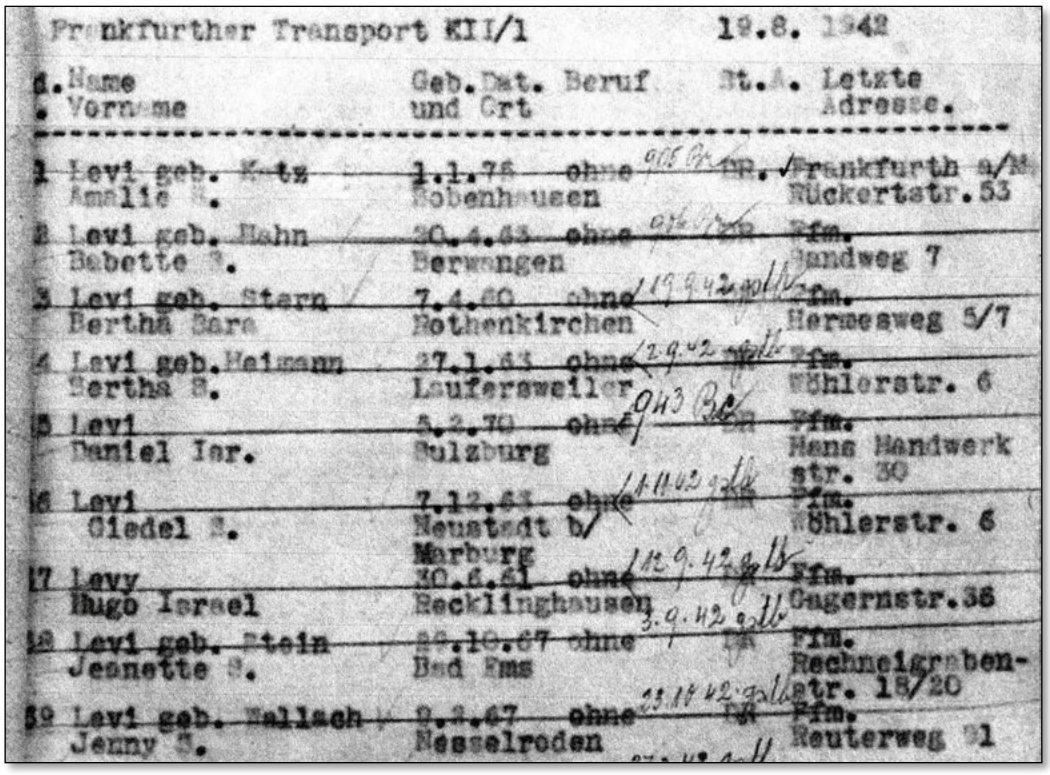
++++++

1) An
Wolf L e v i ,
Eisenach,
Georgenstraße 36 I Etage.

*Antwortschreiben, datiert 17.11. 1938, von Polizeihauptwachtmeister Rex an **Wolf Levi** in Eisenach, aufgrund von dessen Eingabe betr. seine ausgeraubte Wohnung in Bebra.*

„Aus dem Grundstück des Wolf Levi, hier, Nürnbergerstrasse, wurden durch die Polizei nur Warenbestände sichergestellt, nicht aber persönliche Wäsche- und Kleidungsstücke der Bewohner dieses Grundstücks. Wenn diese nicht mehr vorhanden sind, so kann über deren Verbleib nichts angegeben werden. Es besteht die Möglichkeit, dass die Sachen mit verbrannten.“ (Stadtarchiv Bebra)

Von 1925 bis zur NS-Machtübernahme 1933 war Wolf Levi Vorstandsmitglied des *Bebraer Bankvereins* gewesen, eines 1908 gegründeten genossenschaftlichen Bankunternehmens. Dieser knappe Hinweis möge genügen, um Wolf Levis Stellung in seiner Heimatstadt vor Machtantritt der NSDAP zu kennzeichnen. Er starb am 12. November 1941 in Frankfurt. Von dort wurde seine Frau Jenny/Jeanette Levi geb. Wallach ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie am 23. Oktober 1942 verstarb.



Frankfurther Transport XII/1 19.8. 1942

lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb. Dat. und Ort	Beruf	St. A.	Letzte Adresse.
1	Levi geb. K-tz Amalie S.	1.1.76 Rodenhausen	ohne	Fm.	Frankfurth a/M Rückertstr. 53
2	Levi geb. Hahn Babette S.	30.4.63 Berwangen	ohne	Pfm.	Sandweg 7
3	Levi geb. Stern Bertha Sara	7.4.60 Rothenkirchen	ohne	Pfm.	Hermesweg 5/7
4	Levi geb. Heimann Bertha S.	27.1.63 Lauferswei[ler]	ohne	Pfm.	Mühlerstr. 6
5	Levi Daniel Isr.	5.2.70 Sulzburg	ohne	Pfm.	Hans Handwerk str. 30
6	Levi Giedel S.	7.12.63 Neustadt b/ Marburg	ohne	Pfm.	Mühlerstr. 6
17	Levy Hugo Israel	30.6.61 Recklinghausen	ohne	Pfm.	Cugernstr.36
18	Levi geb. Stein Jeanette S.	20.10.67 Bad Ems	ohne	Pfm.	Rechneigrabenstr. 15/20
19	Levi geb. Wallach Jenny S.	9.9.67 Nesselroden	ohne	Pfm.	Reuterweg 91

***Jenny Levi** geb. Wallach ist als Nr. 19 auf der Liste der am 19. August 1942 von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt Verschleppten zu finden. Diese Deportation betraf 1022 überwiegend ältere Menschen. Elf Personen starben bereits während der Fahrt nach Theresienstadt. Jenny Levi fand dort am 18. Oktober 1942 den Tod - zwei Monate nach ihrer Einlieferung, vermutlich wegen Entkräftung.*

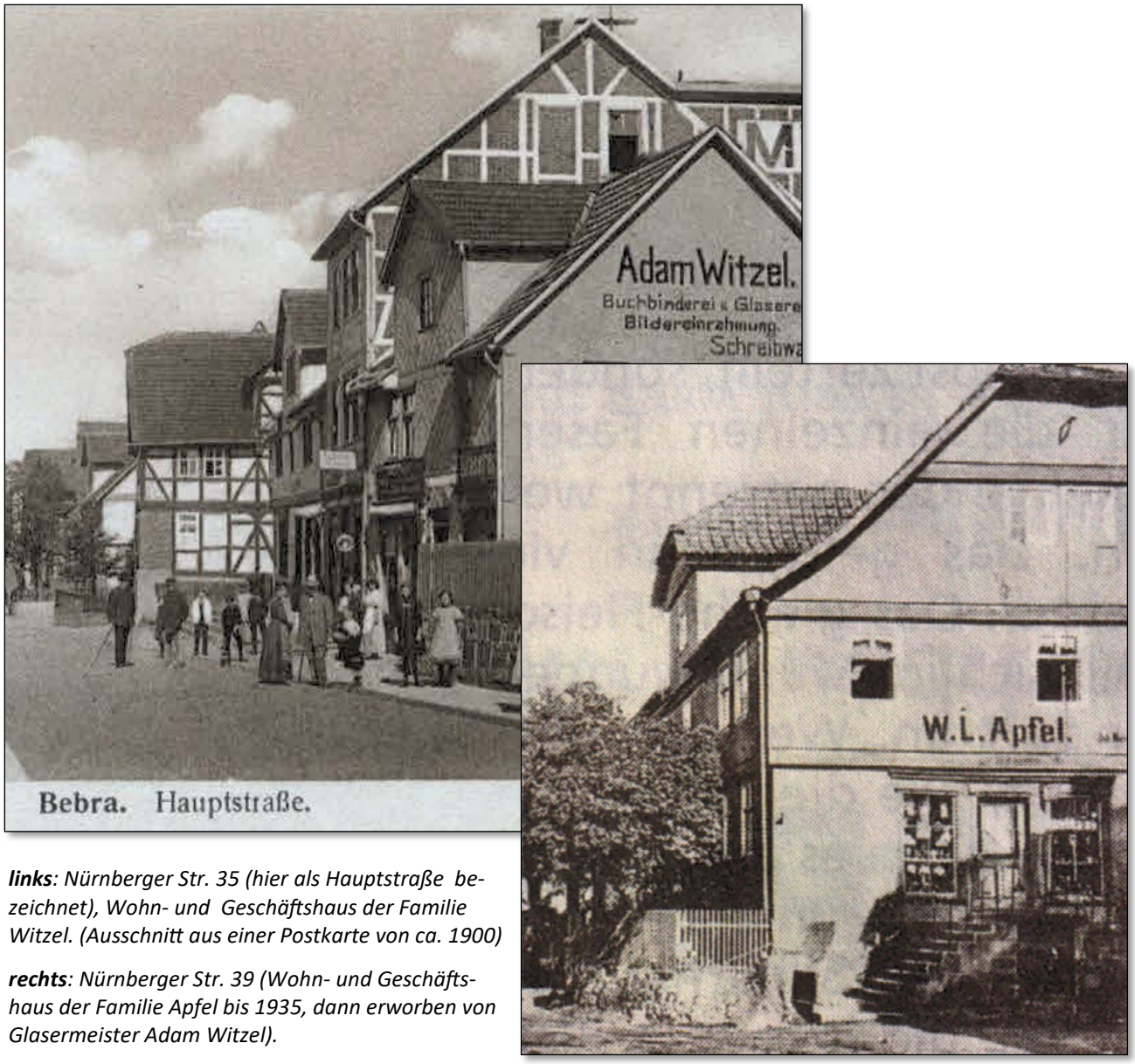
Übereinkunft zwischen den Familien Apfel und Witzel, Nürnberger Str. 39

Viele Käufer behaupteten nach dem Krieg, jüdisches Eigentum nur zu korrekten Preisen erworben zu haben. Man versuchte den Vorgang als „gute Tat“ hinzustellen. In dem geäußerten Selbstverständnis hieß es in der Regel, man habe den arg Bedrängten geholfen. Das wurde von den Entschädigungsberechtigten in der Regel anders gesehen und führte zu harten Auseinandersetzungen. Diese Thematik kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht detailliert und verlässlich dargestellt werden. Die Fragen der Entschädigung konnten jedoch in einzelnen Fällen auch weitgehend einvernehmlich ablaufen, wie das Beispiel Apfel (Bebra) zu erkennen gibt, und wie an dem Verkauf der Immobilie der Familie (Selmar) Oppenheim gezeigt werden konnte.

Emil und Hedwig Apfel hatten 1935 ihr Wohnhaus (Nürnberger Straße 39) an Glasermeister Adam Witzel und ihr daran angrenzendes Geschäftshaus Bahnhofstraße 1 an die Schmiedemeister Martin und Otto Kaiser verkauft.

Gegen Jahresende 1935 übersiedelte die Familie Apfel nach Halle an der Saale, den Wohnort von Emil Apfels Schwester Frieda. Hier gab es eine große jüdische Gemeinde, die vor dem „Radau-Antisemitismus“ und den Pöbeleien einen gewissen Schutz bot - so erläuterten die Apfels nach dem Krieg die Wahl ihres neuen Wohnortes, von dem aus sie noch vor Kriegsbeginn in die USA gelangt waren.

Die überlieferten Akten dokumentieren beim Verkauf des Besitzes der Familie Apfel einen Besitzer-



***links**: Nürnberger Str. 35 (hier als Hauptstraße bezeichnet), Wohn- und Geschäftshaus der Familie Witzel. (Ausschnitt aus einer Postkarte von ca. 1900)*

***rechts**: Nürnberger Str. 39 (Wohn- und Geschäftshaus der Familie Apfel bis 1935, dann erworben von Glasermeister Adam Witzel).*

wechsel, bei dem die Erwerber der Grundstücke um einen fairen und korrekten Vertragsabschluss bemüht waren.

Dies kam dann auch bei den Wiedergutmachungsverfahren nach dem Kriege zum Tragen. Der von den Apfels beauftragte Anwalt Willy Fackenheim, ein Cousin von Emil Apfel, Rechtsanwalt in Hannover, schrieb am 10. April 1950 an die Stadt Bebra:

„Es ist gewiß ein äußerst seltener Fall, daß bei Erledigung einer Wiedergutmachungssache beide Teile - sowohl der Erstattungspflichtige wie der Antragsteller - so restlos zufrieden gestellt sind wie im obigen Falle." (Stadtarchiv Bebra)

Mit Glasermeister Adam Witzel hatte Rechtsanwalt Fackenheim ein Nachzahlungsangebot in Höhe von 6.000 DM vereinbart, in der Hoffnung, dass sein Cousin sich damit einverstanden erklären würde. *„Jedenfalls werde ich eindringlich dazu raten", schrieb Willy Fackenheim am 22.11.1949 an Adam Witzel.* Und weiter:

„Ich erkenne es hoch an, daß Sie sich offenbar redlichste Mühe geben, diese Angelegenheit in für beide Teile befriedigendem, gütlichen Sinne zu regeln und ich bin zuversichtlich, daß meine Schreiben ... Erfolg haben. Ich wünsche es Ihnen von Herzen!"



***Rechtsanwalt Willy Fackenheim**, Hannover, ein Verwandter der Apfels.*

Beachtenswert ist der Ton, in dem die Korrespondenz zwischen Witzel und Fackenheim ablief; da wurden auch *„beste Grüße an Sie und Ihre werte Frau"* formuliert.

Die von Witzel angebotene Nachzahlung von 6.000 DM bedeuteten 30% der Kaufsumme von 1939. Dazu kam jedoch noch ein Wertverlust für Witzel, insofern er einen 1,60 m breiten Streifen des von ihm 1939 erworbenen Grundstücks in 30 m Länge kostenlos an die Stadt zur Verbreiterung der Nürnberger Straße hatte abtreten müssen.

Vergleichbar einvernehmlich kam eine Einigung der Familie Apfel mit der Stadt Bebra über den Erwerb von zwei Grundstücken in der Innenstadt mit einer Gesamtgröße von 811 qm zustande.


Bekanntmachungen.

Kopfklee und Steinkleesaamen,
bester Qualität, empfiehlt
L. Apfel in Bebra.

Älteste Apfel-Geschäftsanzeige im Kreisblatt von 1858.


Amoniak Superphosphat
9 × 9 und 5 × 10
Superphosphat
Thomasmehl citratlöslich
Kainit und Kali
offeriert billigst
W. L. Apfel. Bebra.


Gußwaren
empfiehlt in großer Auswahl:
Regulier-Kochöfen, Hapewell-Oefen
runde und viereckige Irisch. Oefen
Kesselrümpfe und Kessel
in allen Größen, sowie
Land- und Tafelherde
in allen gangbaren Sorten.
W. L. Apfel, Bebra.

links: *Geschäftsanzeige Kreisblatt 1910 mit dem besonderen Angebot an Düngemitteln.*

rechts: *Kreisblatt 17.01.1920 mit dem Angebot von Öfen und Herden.*


Handel u. Gewerbe in Bebra Sontra.
Eisen und Eisenwaren
in jeder Ausführung
Holz in großer Auswahl
wie Hobelbielen, Stabbielen, Latten
Stollen, Schreinerholz
Kupferkessel
W. L. Apfel, Bebra * Fernspr. 6
Große Auswahl / Billige Preise.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Ia Nußkohlen
Braunkohlenbriketts
Eiformbriketts
Ständiges Lager in
Düngemitteln aller Art
wie schwefels. Ammoniak,
Thomasmehl, Kali,
Ammon.-Superphosphat

Geschäftsanzeige im Kreisblatt v. 17.09.1910 mit dem Angebot an Eisenwaren, Bauholz, Brennstoffen u. Düngemitteln.


* Kreisvorsteher der israelitischen Gemeinden. Herr W. L. Apfel in Bebra wurde als Kreisvorsteher für die israelitischen Gemeinden des Kreises Rotenburg gewählt.

Auch für das jüdische Gemeindeleben waren die Apfels von Bedeutung. (Kreisblatt v. 8.11.1910)

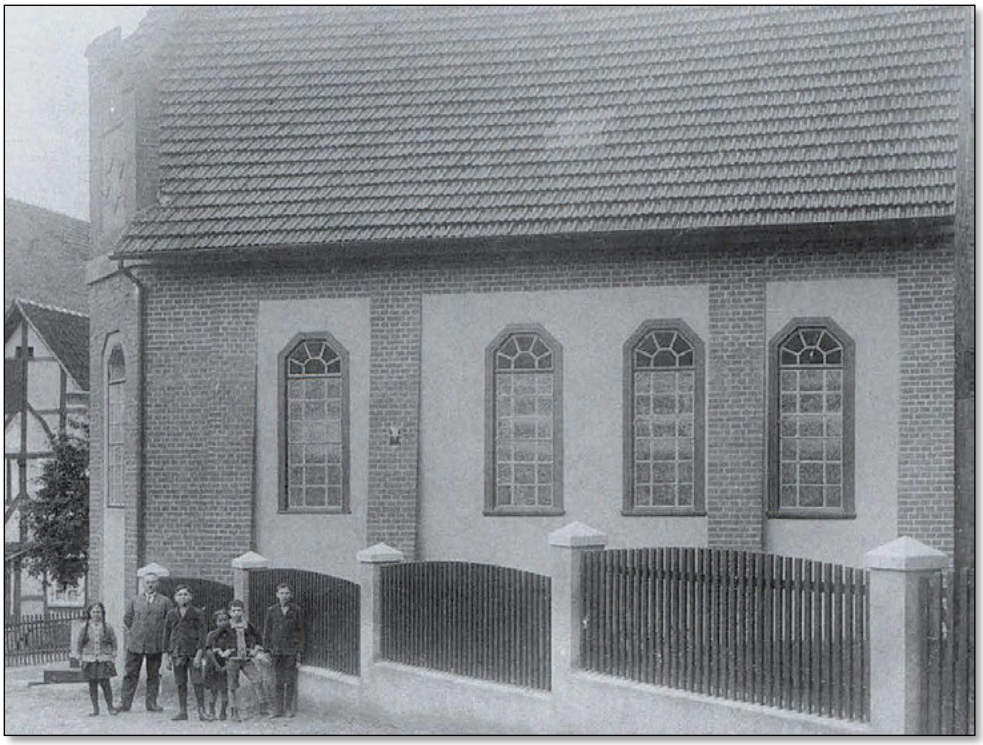
Verkauf von Synagoge und Jüdischer Schule in Bebra

Als Kaufpreis für Synagoge und Jüdische Schule war zwischen der Stadt Bebra und der Jüdischen Gemeinde die Summe von insgesamt 3.780 RM vereinbart worden. Als Einheitswert wurde für die beiden Gebäude jedoch ein erheblich höherer Wert festgesetzt, nämlich 13.400 RM für die Synagoge und 3.780 RM für die Schule. Ausdrücklich wurde in dem Genehmigungsantrag vom 15.12. 1938 vermerkt:

„Die Grundstücke sind lastenfrei. Die Bezahlung des Kaufpreises soll aus laufenden Mitteln erfolgen."

Aus nicht bekannten Gründen wurde das Schulgebäude jedoch dem Bäckermeister Otto Dietz im Tausch gegen ein Ackergrundstück von ca. 1 ha in der Hersfelder Straße überlassen.

Die Stadt hatte für beide Gebäude 3.780 RM bezahlt, bei dem Weiterverkauf erhöhte sie den Wert jedoch von 3.780 RM sprunghaft auf 13.400 RM.



***Bebraer Synagoge**, ca. 1930, davor Lehrer Rosenbusch mit fünf Schülerinnen und Schülern.
(Stadtarchiv Bebra)*



*Das Gebäude der ehemaligen **Jüdischen Schule** (rechts) in Bebra, Pfarrstraße 9, ca. 1960;
die Tür links (auf Straßenniveau) führte in das rituelle Tauchbad. Das Haus links daneben (mit Schaufenster) zeigt die Bäckerei Dietz (ca. 1960).
(Stadtarchiv Bebra)*

Verkauf von Synagoge und Jüdischer Schule in Rotenburg

Die Immobilien der Rotenburger Synagogengemeinde waren 1939 in privaten Besitz gekommen. Das kleine Gebäude in der Brauhausstraße 2, das seit Alters her das rituelle Tauchbad, die Mikwe, beherbergte, wurde schon im Februar 1939 von der benachbarten Familie Witzel erworben.

Der „vereinbarte“ Kaufpreis von 1.600 RM wurde an den Jüdischen Kultusverband Niederhessen mit dem Sitz in Kassel gezahlt, nachdem sich die Synagogengemeinde Rotenburg unmittelbar nach den Novemberpogromen 1938 aufgelöst hatte.

In dem Schriftverkehr, der nach Kriegsende geführt wurde, ist festgehalten: *„Der Regierungspräsident in Kassel hat den Vertrag am 25. 2. 1939 mit der Auflage genehmigt, daß der Erlös nur für Zwecke der jüdischen Wohlfahrtspflege und zur Förderung der Auswanderung der Juden verwendet werden durfte.“*

Der Besitzerwechsel die Synagoge und das Gebäude der ehemaligen Jüdischen Schule (Brotgasse 19) betreffend, erfolgte im September 1939. Hier wurden vom Erwerber, dem Landwirt Fritz Blackert, 4.750 RM gezahlt, mit dem gleichen Verkaufsmodus und Verwendungszweck des Geldes wie im Beispiel des Hauses Brauhausstraße 2.

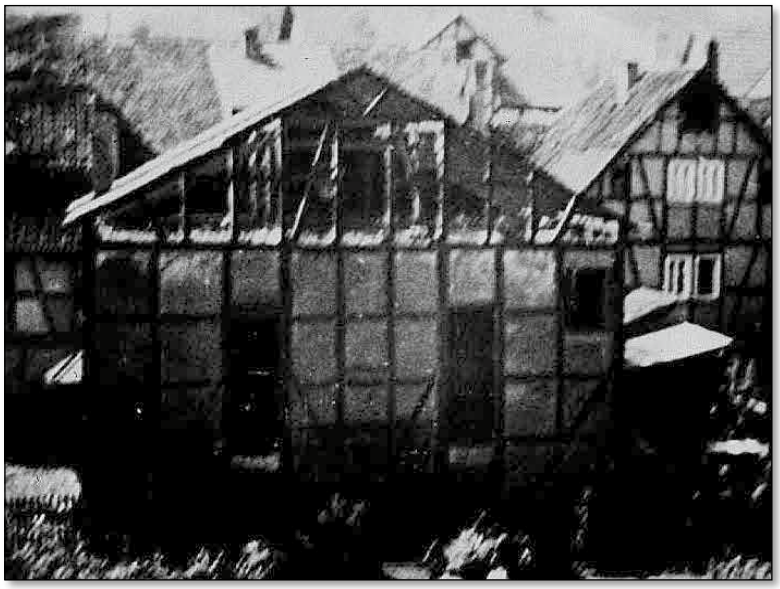
Nachdem bereits 1947 vom Landratsamt eine Abbruchgenehmigung für die Synagoge gegeben worden war, wurden die Abbrucharbeiten 1948 ausgeführt.

Am 25. Januar 1950 verlangte die IRSO, zuständig für herrenlos gewordenen jüdischen Besitz, eine Nachzahlung von 3.300 RM, unter Hinweis darauf, dass der Einheitswert der beiden Gebäude auch nach der Beschädigung noch immer einen Brandkassenwert von 10.000 RM habe. Da der Erwerber (Fritz Blackert) eine Nachzahlung verweigerte, musste das Landgericht Kassel eine Entscheidung treffen, über deren Ausgang jedoch keine Unterlagen zu finden waren.

Der von Blackert zu einem Gutachten über den Zustand von Jüdischer Schule und Synagoge beauftragte Rotenburger Dachdecker Johannes Muth (Brotgasse 13) hielt in seinem Gutachten vom 8. März 1950 u. a. fest:

„Die Synagoge und das Schulhaus waren das Hauptangriffsziel der Kristallnacht. Das Dach der Synagoge war über 50% zerstört, Fenster und Türen waren eingeschlagen, dadurch war ebenso wie beim Schulhaus der Regen in das Gebäude eingedrungen, so daß es bis zum Herbst 1939 als vollkommen durchweicht angesehen werden muß. Entgegen dem Schulhaus wurde die Synagoge nicht behelfsmäßig abgedeckt, so daß die Witterung weiterhin unbegrenzten Einfluß auf das Mauerwerk ausüben konnte. Die Zwischendecke war vollkommen durchweicht und zum großen Teil heruntergestürzt.“

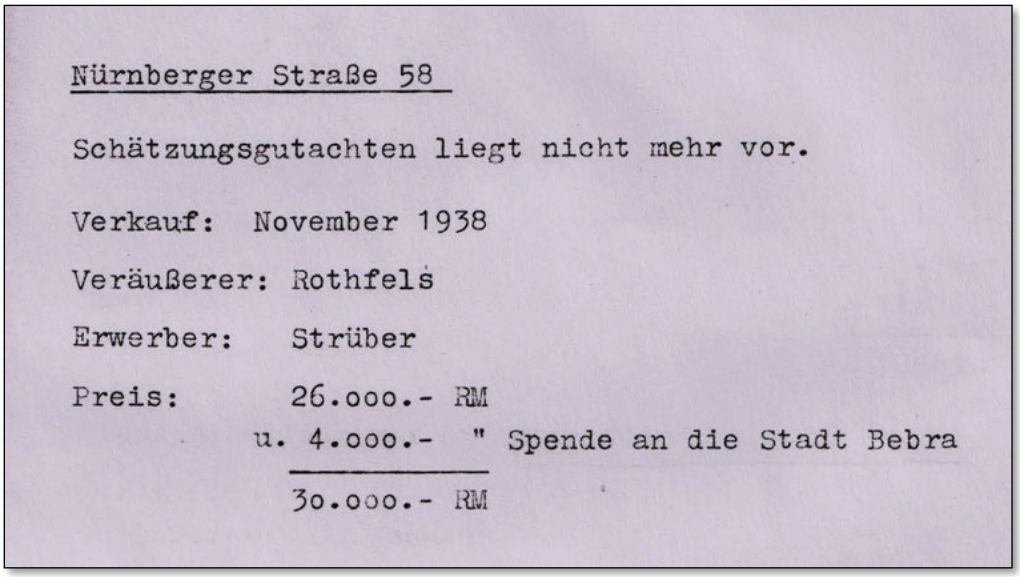




oben: *Die Rotenburger **Synagoge 1947/48**, kurz vor dem Abriss.*

links*: Die Rotenburger **Synagoge im September 1939**. Die Aufnahme entstand im Garten der benachbarten Orgelbauerfamilie Möller anlässlich der Einquartierung einer Saarländerin (Mitte).*

Die Stadt Bebra erwirbt jüdische Immobilien und Grundstücke
Aufstellung der Stadtverwaltung Bebra aus dem Jahr 1953 (Stadtarchiv Bebra)



Nürnberger Straße 58

Schätzungsgutachten liegt nicht mehr vor.

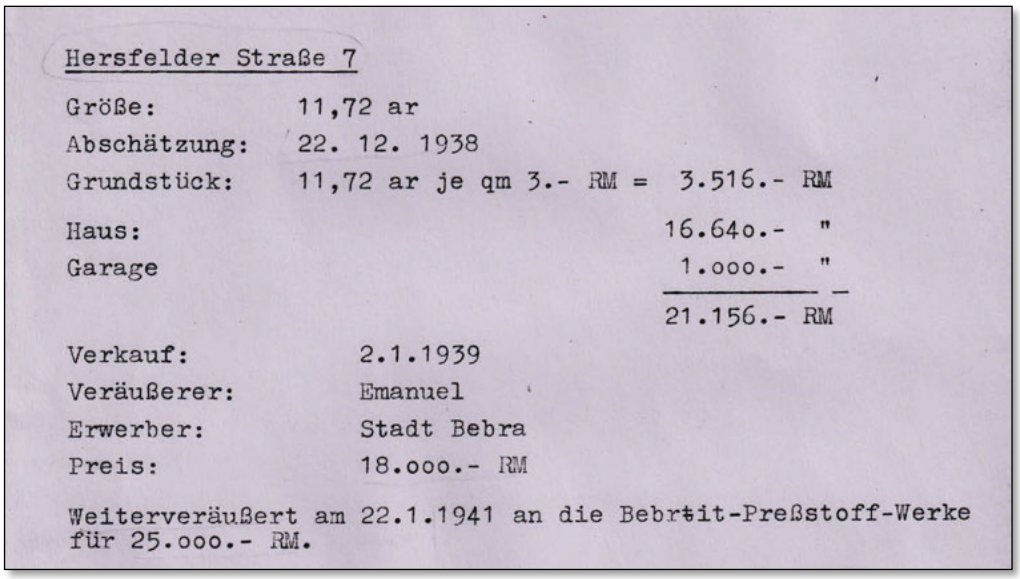
Verkauf: November 1938

Veräußerer: Rothfels

Erwerber: Strüber

Preis: 26.000.- RM
u. 4.000.- " Spende an die Stadt Bebra
30.000.- RM

*Bäckermeister Strüber zahlte beim Erwerb des Eigentums der **Familie Rothfels** eine Spende von 4.000 RM an die Stadt Bebra (= ca. 15 Prozent Überschuss für die Stadt Bebra).*



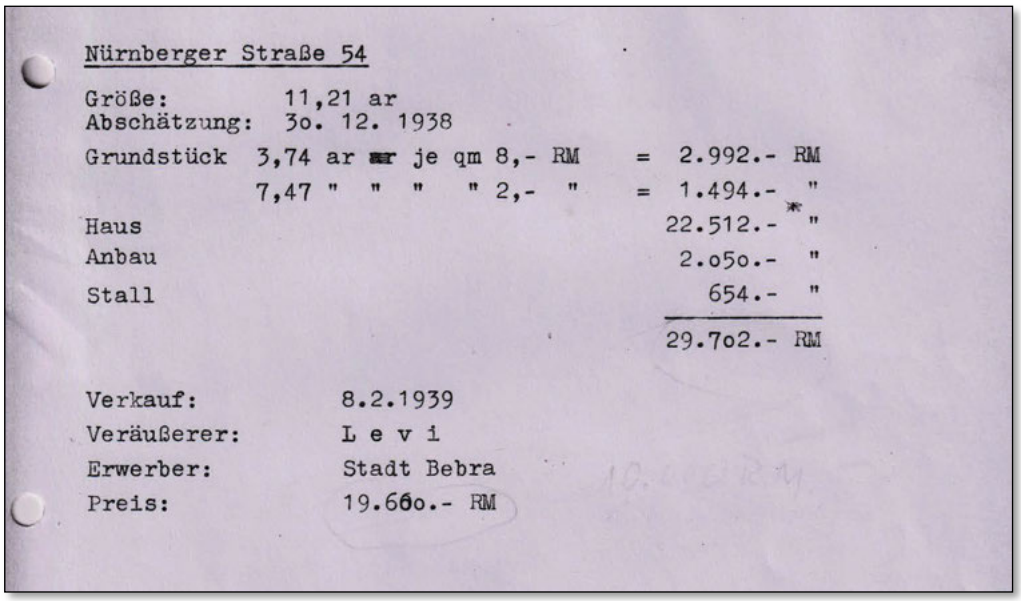
Hersfelder Straße 7

Größe: 11,72 ar
Abschätzung: 22. 12. 1938
Grundstück: 11,72 ar je qm 3.- RM = 3.516.- RM
Haus: 16.640.- "
Garage 1.000.- "
21.156.- RM

Verkauf: 2.1.1939
Veräußerer: Emanuel
Erwerber: Stadt Bebra
Preis: 18.000.- RM

Weiterveräußert am 22.1.1941 an die Bebrit-Preßstoff-Werke für 25.000.- RM.

*Beim Erwerb des Eigentums der Familie Emanuel und Weiterverkauf an die **Bebrit-Preßstoffwerke** erzielte die Stadt Bebra einen Überschuss von 7.000 RM (= 28 Prozent).*



Nürnberger Straße 54

Größe: 11,21 ar
Abschätzung: 30. 12. 1938
Grundstück 3,74 ar je qm 8,- RM = 2.992.- RM
7,47 " " " " 2,- " = 1.494.- "
Haus 22.512.- "
Anbau 2.050.- "
Stall 654.- "
29.702.- RM

Verkauf: 8.2.1939
Veräußerer: L e v i
Erwerber: Stadt Bebra
Preis: 19.660.- RM

*Gegenüber dem Schätzwert des Besitzes von **Wolf Levi** in Höhe von 29.702 RM zahlte die Stadt Bebra lediglich 19.660 RM, und erzielte damit einen Gewinn von über 10.000 RM, d.h. einen Überschuss von knapp 34 Prozent.*

Vor oder nach dem 15. September 1935

Nach den Rückerstattungsgesetzen standen alle Rechtsgeschäfte zwischen Juden und Nichtjuden unter dem Verdacht, die Grundvoraussetzungen eines normalen Rechtsgeschäfts nicht zu erfüllen, weil der Verkäufer als Jude aufgrund der allgemeinen Verfolgungssituation nicht mehr frei in seinen Entscheidungen war. Für die alliierten Gesetzgeber markierte der 15. Sept 1935 den Übergang zu einer verschärften Verfolgungspolitik.

Hatte der Kauf also vor dem 15. September 1935 („Nürnberger Gesetze) stattgefunden, musste der Käufer lediglich nachweisen, dass er
1. einen angemessenen Kaufpreis gezahlt hatte und
2. das Geld dem Verfolgten auch zur freien Verfügung gestanden hatte.

War der Kaufpreis durch Eingriff von Staats- und Parteistellen herabgesetzt worden, galt der Kaufpreis als nicht angemessen.

Wie schon erwähnt, hatte der „Ariseur“ weiterhin nachzuweisen, dass der Kaufpreis dem Verfolgten auch zur freien Verfügung gestanden hatte. In der Regel war der Kaufpreis auf ein Sperrkonto eingezahlt worden und damit dem Verkäufer nicht mehr zugänglich gewesen.

Hatte sich der Verkauf jüdischen Besitzes nach dem 15.09.1935 vollzogen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem eine verschärfte Verfolgungssituation geherrscht hatte, war
1. nachzuweisen, dass das Geschäft auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus stattgefunden hätte,
2. dass sich der Erwerber in besonderer Weise um die Vermögensinteressen des Verfolgten bemüht hatte, beispielsweise durch Transfer des gezahlten Geldes ins Ausland.

Reparations-Schädengesetz von 1969

Am 12. Februar 1969 beschloss der Bundestag das sog. Reparationsschädengesetz, das viel großzügiger gegenüber den Ariseuren war als die bis dahin geltenden Rückerstattungsbestimmungen.

„Ariseure“ bzw. Rückerstattungspflichtige sollten unter bestimmten Voraussetzungen eine Entschädigung für die von ihnen geleistete Rückerstattung erhalten.

Zur Erinnerung: Die Erwerber jüdischen Besitzes hatten nach dem Kriege in der Regel Nachzahlungen zu leisten, und zwar in der Höhe der Differenz zwischen der gezahlten Summe und dem tatsächlichen Wert der in jüdischem Besitz befindlichen Immobilie bzw. des jüdisch geführten Unternehmens. Wie bereits dargestellt, basierten die seinerzeitigen Kaufverträge in den meisten Fällen nicht auf dem tatsächlichen Verkehrswert, sondern auf dem deutlich darunter liegenden „Einheitswert“, der als variable steuerliche Berechnungsgrundlage dient.
Der seinerzeit getätigte „Schnäppchenkauf“ war also nach Untergang des Hitlerreiches durch eine Nachzahlung zu korrigieren. Von Käuferseite wurde dies allgemein als erzwungene doppelte Bezahlung interpretiert.
Nach dem Reparationsschädengesetz von 1969 spielte die Frage der freien Verfügbarkeit des Kaufpreises für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit des seinerzeit stattgefundenen Besitzerwechsels keine Rolle mehr. Der Ariseur wurde jetzt nicht mehr für staatliche Reglements wie die erzwungene Einzahlung des Kaufpreises auf Sperrkonten haftungspflichtig gemacht.

In den Augen der bundesdeutschen Gesellschaft hatten die privaten Arisierer bei der Übernahme jüdischen Eigentums in der Regel völlig korrekt gehandelt und waren nach Kriegsende zu Unrecht zur Rückerstattung bzw. zu Nachzahlungen verurteilt worden. In dieser Sicht hatten nicht die direkten Nutznießer, sondern die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches für die den Juden entstandenen Schäden aufzukommen.

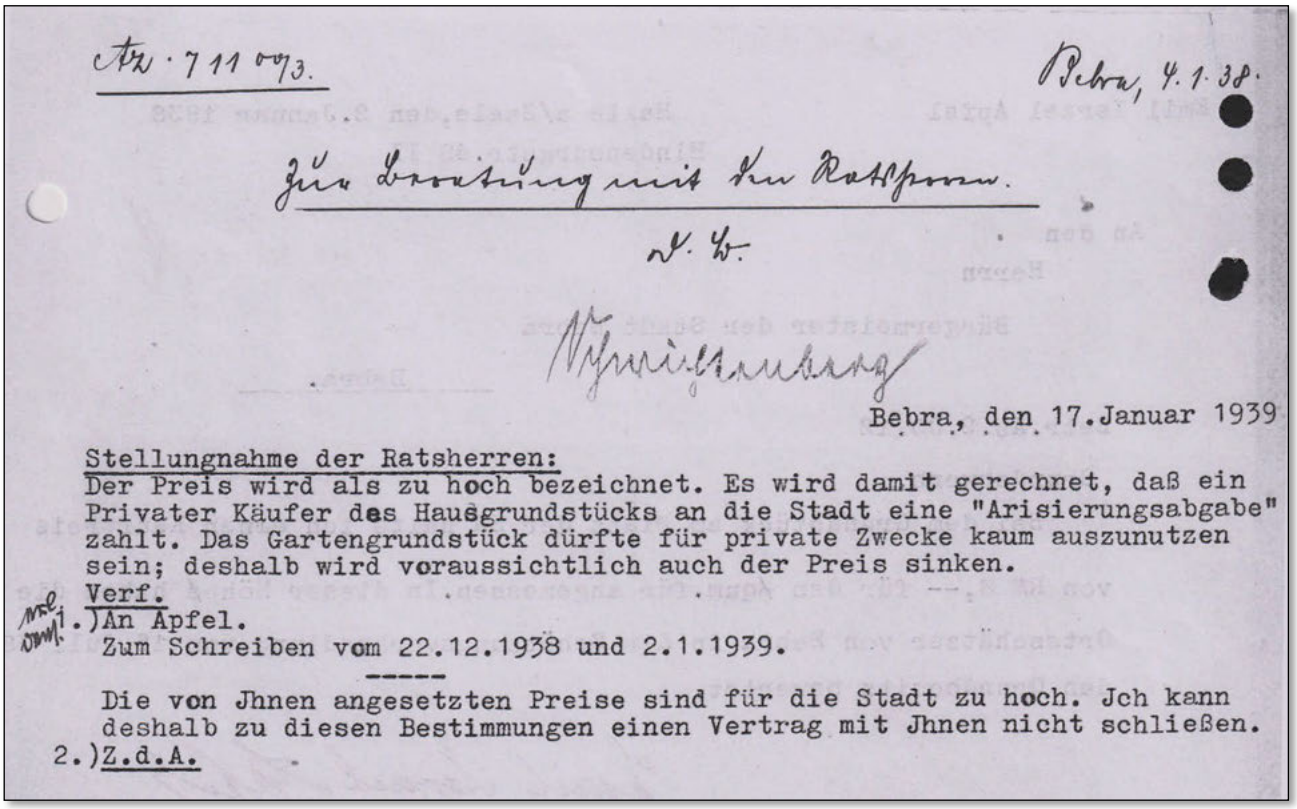
Angesichts des sehr fragmentarisch vorliegenden Materials zur „Arisierung“ sollen bei der Darstellung des Verbleibs jüdischen Besitzes in Bebra und Rotenburg in den folgenden Tabellen die privaten Erwerber nicht namentlich genannt werden. Zum Teil liegen Angaben über gezahlte Geldbeträge vor, auch gibt es Listen mit Schätzungen des jeweiligen Verkehrswertes.
Dieses Material ist aber sehr lückenhaft, sodass die Gefahr besteht, dass bei der Nennung von gezahlten bzw. veranschlagten Geldbeträgen ein schiefes Bild entsteht.
Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass die Erwerber jüdischen Besitzes einen für sie günstigen Kaufpreis erzielen wollten.

Um „Arisierungsgewinne“ privater Erwerber in Grenzen zu halten, hieß es in § 15 der Verordnung vom 3.12.1938: *„Die Genehmigung zur Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe, jüdischen Grundbesitzes oder sonstiger jüdischer Vermögensteile kann unter Auflagen erteilt werden, die auch in Geldleistungen des Erwerbers zugunsten des Reiches bestehen kann.“* (s. Dokument v. 17.01. 1939 unten)
Das vom Käufer getätigte „Schnäppchen“ reduzierte sich in seinem Umfang also um den Betrag, der zusätzlich aufzubringen war und dem NS-Staat zufloss.
Was das im Einzelnen bedeutete, lässt sich aufgrund der in unserem Falle gegebenen Aktenlage aber nicht verlässlich darstellen.

Frank Bajohr hat 1997 am Beispiel von Hamburg das Verhalten „arischer“ Erwerber von jüdischem Besitz in drei Grundtypen eingeteilt:

- den skrupellosen Profiteur, der gnadenlos auf Kosten des jüdischen Verkäufers sein Geschäft zu machen suchte;
- den stillen Teilhaber des NS-Regimes, der Gewinn aus der antisemitischen Ausschaltungspolitik zu ziehen versuchte, ohne aber den jüdischen Verkäufer einzuschüchtern oder zu bedrohen; und
- schließlich die Minderheit der gutwilligen Erwerber, die vielleicht sogar mit dem Verkäufer ein „stilles Bündnis“ gegen die Genehmigungsbehörden schlossen und sich bereit erklärten, trotz anderslautender Anordnungen und Gesetze den immateriellen Firmenwert bzw. das Renommee in der Branche, den sog. *Goodwill*, zu berücksichtigen und die im Einzelfall auch zu illegalen Maßnahmen bereit waren.

Und in der Tat haben wir in Bebra im Fall Apfel/ Witzel und im Fall Oppenheim/Führer jeweils einen gutwilligen Erwerber, der bemüht war, dem jüdischen Verkäufer einen fairen Preis zu bezahlen und darüber hinaus nach Kriegsende konfliktfrei Schlussvereinbarungen zu treffen.



Bebra, 4.1.38.

Bebra, den 17.Januar 1939

Stellungnahme der Ratsherren:
Der Preis wird als zu hoch bezeichnet. Es wird damit gerechnet, daß ein Privater Käufer des Hausgrundstücks an die Stadt eine "Arisierungsabgabe" zahlt. Das Gartengrundstück dürfte für private Zwecke kaum auszunutzen sein; deshalb wird voraussichtlich auch der Preis sinken.
Verf.

1.)An Apfel.
Zum Schreiben vom 22.12.1938 und 2.1.1939.

Die von Jhnen angesetzten Preise sind für die Stadt zu hoch. Jch kann deshalb zu diesen Bestimmungen einen Vertrag mit Jhnen nicht schließen.

2.)Z.d.A.

*Die **Mitteilung der Stadt Bebra vom 17. Januar 1939** dokumentiert, dass den am Verkauf von jüdischem Besitz Beteiligten bewusst war, dass der Verkaufspreis nicht dem tatsächlichen Wert entsprach und die öffentliche Hand (hier die Stadt Bebra) der eigentliche Nutznießer sein sollte.*

Besitzerwechsel von Immobilien Jüdischer Familien in den Jahren der NS-Herrschaft in Bebra

Aufgrund der mangelhaften und zum Teil widersprüchlichen Überlieferung werden private Erwerber in der folgenden Tabelle nicht namentlich aufgeführt.

Nr.	Adresse	Jüdische Eigentümer	bezahlt vor 1945	erworben von	Schätzwert 1946
1	Amalienstraße 3	Neuhaus, Isaak	8.200 RM	privat	14.400 RM
2	Amalienstraße 4	Synagoge / Jüdische Gemeinde	3.780 RM	Stadt Bebra	7.466 RM
3	Amalienstraße 9	Katzenstein, Isaak	8.850 RM	privat	12.488 RM
4	An der Bebra 1	Döllefeld, Hermann	zerstört Dez. 1944	Finanzamt Rotenburg	11.000 RM (Grundstück)
5	Apothekenstraße 10	Levi, Max Moses	17.975 RM	privat	30.870 RM
6	Bahnhofstraße 1	Apfel, Emil	nicht bekannt	privat	33.300 RM
7	Friedrichstraße 8	Emanuel, Bacharach	13.714 RM	privat	14.000 RM
8	Hersfelder Straße 7	Emanuel, Manfred	25.000 RM	Stadt Bebra > Bebrit	36.440 RM
10	Lindenplatz 8	Abraham, Moses & Moses, Moritz	6.000 RM	privat	14.110 RM
11	Mühlenstraße 4	Goldschmidt, Louis	13.800 RM	privat	17.502 RM
12	Mühlenstraße 6	Lindau, Hermann	6.000 RM	privat	10.353 RM
13	Nürnberger Straße 9	Oppenheim, Hugo & Moritz	45.000 RM	privat	55.900 RM
14	Nürnberger Straße 17	Oppenheim, Levi	14.400 RM	privat	24.060 RM
15	Nürnberger Straße 18	Abraham, Salomon & Dankmar	29.303 RM	Rheika AG	31.738 RM
	mit Pfarrstr. 2			Rheika AG	
16	Nürnberger Straße 19	Abraham, Siegfried	43.000 RM	privat	50.537 RM
17	Nürnberger Straße 24	Katz, Walter	17.000 RM	privat	24.000 RM
18	Nürnberger Straße 26	Oppenheim, Louis	8.500 RM	privat	8.600 RM
19	Nürnberger Straße 28	Abraham, Meier	8.880 RM	Stadt Bebra	17.800 RM
20	Nürnberger Straße 30	Döllefeld, Hermann & Klara Ww.	17.000 RM	privat	13.968 RM (ohne Garten)
21	Nürnberger Straße 34	Oppenheim, Willy	Hypothekenübernahme	Stadt Bebra	11.800 RM
22	Nürnberger Straße 36	Döllefeld, Klara Ww. & Emma	nicht bekannt	privat	nicht bekannt
23	Nürnberger Straße 38	Oppenheim, Selmar	20.000 RM	privat	16.400 RM
	mit Amalienstr. 2			privat	
24	Nürnberger Straße 39	Apfel, Emil	19.350 RM	privat	26.250 RM
25	Nürnberger Straße 48	Oppenheim, Joseph & Fulda, Adolf	33.500 RM	privat	35.000 RM
26	Nürnberger Straße 54	Levi, Wolf & Leopold	19.600 RM	Stadt Bebra	16.800 RM (8 RM p. m² Garten)
27	Nürnberger Straße 58	Rothfels, Theodor & Max	26.000 RM	privat	34.730 RM
28	Pfarrstraße 9	Jüdische Gemeinde / Jüdische Schule	nicht bekannt	Stadt Bebra	11.802 RM
29	Pfarrstraße 21	Oppenheim, Johanna	Hypothekenübernahme	Stadt Bebra	11.200 RM

„Interessengemeinschaft Rückerstattungspflichtiger, Rotenburg (Fulda)“
In der 2004 erschienenen Studie über „Spuren jüdischen Lebens im Kreis Homberg“ von Friedrich Dreytza und Christiane Fäcke (S. 160) wird aus einer Akte im Bestand des Staatsarchivs Marburg (StAM 180 Landratsamt Fritzlar-Homberg, Nr. 2764, Wiedergutmachung) zitiert, der zufolge sich bald nach Kriegsende eine „Interessengemeinschaft Rückerstattungspflichtiger, Rotenburg (Fulda)“ gebildet hatte, „um sich gegen die Rückerstattung des jüdischen Eigentums oder sonstiger Geldzahlungen zur Wehr zu setzen. Diese Vereinigung erreicht vor den Verwaltungsgerichten, dass die Rückgabe jüdischen Eigentums erschwert und z. T. sogar verhindert wird.“ In den Marburger Akten betr. das Landratsamt Rotenburg bzw. in den Stadtarchiven in Rotenburg und Bebra sind entsprechenden Akten nicht überliefert.

Besitzerwechsel von Immobilien jüdischer Familien in den Jahren der NS-Herrschaft in Rotenburg

Wie auch betreffend Bebra werden aufgrund der mangelhaften und widersprüchlichen Überlieferung private Erwerber in der folgenden Tabelle nicht namentlich genannt.

Nr.	Adresse	Jüdische Eigentümer	Schätzwert 1946	erworben von
1	Brauhausstraße 2	Jüdische Gemeinde / Mikwe	2.800 RM	privat
2	Breitenstraße 13	Blumenbaum, Emanuel	8.700 RM	privat
3	Breitenstraße 16	Speier, Adolf	15.000 RM	Stadt Rotenburg
4	Breitenstraße 19	Linz, Hermann I	6.600 RM	Stadt Rotenburg
5	Breitenstraße 35	Kaufmann, Karl	5.900 RM	privat
6	Breitenstraße 21	Gans, Jettchen	7.700 RM ??	privat
7	Brotgasse 1	Linz, Willi	25.000 RM	privat
8	Brotgasse 3	Katzenstein, Josef & Paula	7.500 RM	Finanzamt Rotenburg
9	Brotgasse 6	Gans, Willi	6.000 RM	privat
10	Brotgasse 19	Synagoge / Jüdische Schule	4.650 RM	privat
11	Brotgasse 21	Kaufmann, Honet	2.500 RM	Finanzamt Rotenburg
12	Brotgasse 32	Meyer, Jakob	2.600 RM	Finanzamt Rotenburg
13	Brückengasse 4	Alexander, Leopold	9.000 RM	privat
14	Brückengasse 6	Löwenstein, David	17.000 RM	privat
15	Brückengasse 7	Heilbrunn, David	12.500 RM	Stadt Rotenburg
16	Brückengasse 12	Levi, Joseph	6.750 RM	privat
17	Bürgerstraße 1	Katzenstein, Jakob	7.800 RM	privat
18	Hinter der Mühle 2	Fa. Heß & Söhne	20.000 RM	privat
19	Kasseler Str. 5	Döllefeld, Josef (Scheune)	5.500 RM	privat
20	Kirchplatz 4	Linz, Meier & Hermann II	8.000 RM	privat
21	Lindenstraße 3	Plaut, David	6.800 RM	privat
22	Markt 9	Rothschild, Isaak & Meinhold	11.000 RM ??	privat
23	Neustadtstraße 1	Brandes, Max Moses	8.000 RM	privat
24	Querweingasse 5	Döllefeld, Josef	8.800 RM	Stadt Rotenburg
25	Querweingasse 16	Sommer, Rosalie Ww.	5.500 RM	privat
26	Rainchen 1	Plaut, Heinemann	keine Angabe	Stadt Rtenburg
27	Schloßtor 1	Gans, Moritz & Isidor	8.400 RM	Landkreis Rotenburg
28	Schulstraße 16	Speier, Jettchen Ww.	3.000 RM	privat
29	Steinweg 2	Firma Heß & Söhne	10.000 RM	privat
30	Steinweg 4	Katz, Jakob	10.500 RM	privat
31	Querweingasse 10	Döllefeld, Josef		privat
32	Scheunengasse 11	Gans, Moritz & Isidor		Landkreis Rotenburg
33	Brotgasse 17	Linz, Willy		privat
34	Lindenstraß 9	Flörsheim, Julius	9.000 RM	privat
35	Lindenstraße 2	Rothschild, Isaak & Meinhold		privat
36	Querweingasse 10	Döllefeld, Josef (Scheune)		privat
37	Scheunengasse 5	Blumenbaum, Emanuel		Stadt Rotenburg
38	Schulstraße 6	Neuhaus, Isaak & Minna Ww.	5.000 RM	privat
39	Steinweg 24	Rothschild, Meyer		privat
40	Steinweg 7	Linz, Hermann II	??	privat
41	Taubengasse 19	Döllefeld, Josef		privat
42	Weingasse 1	Falkenstein, Viktor		Stadt Rotenburg
43	Zum Güterbahnhof 10 - 12	Fa. Heß & Söhne	33.000 RM	privat
44	Zwickel 13	Katzenstein, Siegfried		privat

D. Rotenburg und Bebra nach den Pogromen

D. 1 Konsequenzen für die jüdische Bevölkerung

Nach heutigem Forschungsstand wurden im November 1938 in Deutschland 1406 Synagogen, mindestens 177 Wohnhäuser und ca. 7500 Geschäfte zerstört. Wenn man auch die in den folgenden Wochen in unmittelbarer Folge der Pogrome in Konzentrationslagern zu Tode gequälten oder in den Selbstmord getriebenen Juden mitzählt, ist von ca. 1500 Todesopfern auszugehen. (Gross 2013: 45)

Verschärfung staatlicher Massnahmen

Hermann Göring, dem der Pogrom wegen seiner erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden eigentlich nicht ins Konzept gepasst hatte, verlor keine Zeit, als es darum ging, die Früchte von Goebbels' mörderischer Saat zu ernten. Zwei Tage nach den Ausschreitungen, am 12. November 1938, berief Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Konferenz ein, um den entstandenen Schaden einzuschätzen und Maßnahmen zu seiner Behebung zu ergreifen.

Nachdem er gehört hatte, in welcher Höhe Schaden angerichtet worden war, soll er gerufen haben: *„Mir wäre lieber gewesen, Ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet."*

Die den Verordnungen gegebenen Benennungen trugen einen ausgesprochen zynischen Charakter. Das gilt zunächst für die voller Hohn verordnete „Sühneleistung" von 1 Milliarde Reichsmark für das an ihnen im November 1938 begangene Unrecht. Für die Aufbringung dieses Geldes musste von den einzelnen Juden in Deutschland 20% des Vermögens abgeführt werden, das am 26. April 1938 aufgrund der „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" festgestellt worden war. Im Oktober 1939 wurde diese Quote auf 25% des angemeldeten Vermögens erhöht. Tatsächlich wurden 1,127 Milliarden RM kassiert. (Barkai 1988: 151).

Nach Barkai auch das Folgende:

Die zweite Maßnahme vom 12. November war die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetreibenden", mit der die jüdischen Opfer dazu verpflichtet wurden, alle Schäden auf eigene Kosten zu beseitigen.

Und zwar mit der zynischen Begründung, die Zerstörungsaktionen seien Ausdruck der „Empörung des deutschen Volkes", sodass Versicherungsleistungen nicht den Geschädigten zugutekamen, sondern an das Deutsche Reich abgetreten werden mussten.

Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben", die dritte Bestimmung in dem Maßnahmenpaket vom 12. November, untersagte den Juden jede selbständige Tätigkeit im Handel oder Handwerk. Diese Bestimmung traf die deutschen Juden am härtesten. Diese Verordnung raubte ihnen jegliche Existenzmöglichkeit, sofern die beiden zitierten Maßnahmen nicht schon ausreichten, sie in den Ruin und aus dem Land zu treiben.

Wenige Wochen später, am 3.12.1938, lieferte die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" die rechtliche Grundlage für die komplette „Entjudung" des Haus- und Landbesitzes. Den Juden wurde auferlegt, ihre Gewerbebetriebe und ihren Grundbesitz zeitnah zu verkaufen und ihre Wertpapiere bei einer Devisenbank zu hinterlegen.

Die entscheidende Änderung zu den vorangegangenen Verordnungen bestand darin, dass die „Arisierungsgewinne" in erster Linie dem Staate zugutekommen sollten. Wenn also ein privater „arischer" Käufer jüdischen Besitzes diesen zu einem Preis erworben hatte, der deutlich unter dem damaligen Verkehrswert, also dem tatsächlichen Wert, lag, so musste er den durch einen amtlich bestellten Gutachter ermittelten „Entjudungsgewinn" an den Staat abführen.

Auf diese Weise reduzierte sich für private Interessenten die Attraktivität des Erwerbs von jüdischem Eigentum. Zu Jahresbeginn 1939 entwickelte der Staat eine weitere Bereicherungsmöglichkeit: Unter Strafandrohung mussten die Juden bis zum 31. März 1939 Juwelen, Edelmetalle und Kunstgegenstände abliefern.

Berliner Ausgabe
318. Ausg. / 51. Jahrg. / Einzelpr. 15 Pf für Berlin u. auswärts
„Freiheit und Brot!"
Berliner Ausgabe
Berlin, Montag, 14. November 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Mit dem Sport vom Sonntag

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Der Jude ist Deutschlands Feind!



Aufn.: Presse-Bild-Zentrale

Die Ausstellung „Der Ewige Jude" im Reichstagsgebäude bietet eine Fülle neuer Beweise für die Alleinschuld des Judentums in allen Zeiten

Gerechtes Strafgericht

Die Nürnberger Gesetze von 1935 sollten die reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden herstellen und den Einfluß der Juden auf alle verantwortlichen Stellen in der Führung des Staates und des Volkes ausschalten. Die Gesetze waren — das wird das Judentum spätestens in diesen Tagen eingesehen haben — von einer Großzügigkeit, wie sie wohl nur deutsche Menschen selbst ihren ärgsten Feinden gegenüber zur Anwendung bringen können. Jeder Deutsche nahm an, daß die Juden in Deutschland die Herausdrängung aus der Volksführung (wie sie z. B. durch die Ausschaltung aus der Ärzteschaft und dem Rechtswesen deutlich wird) als eine von ihnen selbst herausgeforderte Zurechtweisung stillschweigend hinnehmen würden. Wir haben uns alle geirrt! Sie besannen sich noch mehr denn je auf die Macht, die ihnen ihr Geld zu allen Zeiten verschaffte, und begannen von ihren gefüllten Geldsäcken herab das deutsche Wirtsvolk mit hämischer Geringschätzung zu betrachten. Das würde niemand gehört haben, wenn die Parasiten nicht damit zu gleicher Zeit ihre Querverbindungen zum Weltjudentum noch fester geknüpft hätten, statt sie zu lösen. So trifft der Meuchelmord von Paris an erster Stelle die deutsche Judenschaft als Verantwortlichen. Und dafür soll sie büßen!

Die Juden haben den vielleicht entscheidenden Fehler ihrer unruhigen Geschichte gemacht, als sie erstens das Nahen des Dritten Reiches zu spät erkannten und dann darauf den allergrößten Mißgriff folgen ließen, indem sie sein Wesen und seine Grundelemente auch noch falsch begriffen. Der Nationalsozialismus hat ihnen doch gewiß Zeit genug zum Studium seiner Voraussetzungen sowohl wie seiner Ziele gelassen! Jetzt muß er seine Taktik ändern, um vom deutschen Volk weiteren Schaden abzuwenden; deshalb der Einklang zwischen Volksstimmung und Regierungsmaßnahmen. Wenn es die Juden bisher nicht gelernt haben, sich in respektvollem Abstand von allem Deutschen zu halten, so müssen sie jetzt drastisch dazu gezwungen werden. Außerdem werden ihnen die Mittel aus der Hand geschlagen, die in ihrem Besitz nur gegen Deutschland gerichtete Waffen sind.

Jeder Deutsche hätte gern gesehen, wenn die Nürnberger Gesetze genügt hätten, das Judentum zum Begreifen der geschichtlichen Stunde zu bringen. Sie haben sich angesichts einer neuen Zeit dazu unfähig erwiesen und damit auf der ganzen Linie versagt. Sie kennen keinen Anstand und kein Bescheiden, wie es ihnen als Gästen (und dazu noch unerwünschten) inmitten eines rassebewußten deutschen Volkes zukommt. Das hat ihnen als Wirwarr auf den heimtückischen Mord von Paris alles das eingebracht, was sie schon lange verdienten. Das Maß ist endgültig voll und die deutsche Geduld zu Ende, aus und vorbei! Das deutsche Volk ist restlos befriedigt, daß die nationalsozialistische Regierung auch in dieser Frage seinen Willen zu dem ihren macht. Deshalb hat der Aufruf zum Einstellen jeglicher Einzelaktionen sofort und überall Gehör gefunden. Wer ihn gesetzwidrig nicht beachtet, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft, deren Wortführer die Regierung ist.

Die Disziplin des deutschen Volkes ist bewundernswert. Trotzdem hoffen wir, daß das Judentum innerhalb der deutschen Reichsgrenzen vor der spontanen Reaktion des Volkszorns für alle Zeiten belehrt ist. Es liegt bei ihm, seine Rassegenossen in aller Welt dahin zu belehren, daß sein Treiben handeln, wenn sie die Händeausdemschmutzigen Spiel gegen Deutschland lassen. Wir glauben jedoch, daß kein Jude diese Belehrung auch nur versuchen wird. Der Jude ist international und volksfeindlich, wo er auch lebt. Das ist nationalsozialistische Erkenntnis und danach wird jeder Jude von Stund ab ohne Gnade behandelt. Er hat es so gewollt!

Dr. O.

Alle jüdischen Geschäfte in kürzester Frist deutsch!

Dr. Goebbels über die endgültige Lösung der Judenfrage
Dank des Reichsministers an die ehrenamtlichen Helfer des WHW.

Die Regierung erfüllt den Willen des deutschen Volkes

bis Berlin, 13. November.

Mitten in einem der großen Arbeiterviertel der Reichshauptstadt, in den Germaniasälen am Stettiner Bahnhof, nahm Berlins Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, am Sonntagmittag im Kreise von über 500 ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen des Winterhilfswerkes das Eintopfessen ein. Vor Beginn der Mahlzeit, die von der Gaukapelle Schubert mit musikalischen Darbietungen umrahmt wurde, nahm der Minister Gelegenheit, mit einer herzlichen und persönlich gehaltenen Ansprache den hier versammelten und mit ihnen allen 70 000 ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen des WHW. in Berlin aufrichtigen Dank zu zollen. Dr. Goebbels fand Worte warmster Anerkennung für den selbstlosen Einsatz der Zehntausende von Männer und Frauen, die Jahr um Jahr neben ihrer oft nur zu anstrengenden beruflichen Tätigkeit freiwillig und opferbereit mit stolzer Freude unermüdlichen Dienst tun am größten sozialen Hilfswerk aller Zeiten.

Dr. Goebbels, auf dessen persönliche Anregung die Einführung der Eintopfsonntage zurückzuführen ist, wies zunächst darauf hin, daß diese Solidaritätsbekundung des deutschen Volkes von Jahr zu Jahr volkstümlicher geworden sei und sich zu einem charakteristischen Kennzeichen des vom Volke und vor allem vom deutschen Arbeiter selbst getragenen Sozialismus der Tat entwickelt habe.

Wie einst schon mit heiligem Ernst gerade hier in Berlin um die Seele des deutschen Arbeiters gerungen worden sei, so sei auch heute der Staat Adolf Hitlers zutiefst von dem Wunsch beseelt, vom Vertrauen und von der Liebe der breiten Schichten des Volkes getragen zu werden. Eine Regierung, hinter der nicht, als die eigentliche Kraft der Nation, die Arbeiter und Bauern stünden, werde zu großen innen- und außenpolitischen Handlungen völlig unfähig sein. Sie könne sich nicht lediglich auf eine dünne und meist recht wankelmütige Oberschicht von Intellektuellen stützen. Wenn Geschichte gemacht werde, dann müsse das Volk in seiner Gesamtheit die Nerven behalten. Von nichts komme auch in der Politik nichts, und es sei meist ein großes Risiko nötig, um einen großen Erfolg zu erzielen. Gestützt auf die deutsche Nation, die einmütig und geschlossen hinter ihm stand, habe der Führer in den vergangenen fünf Jahren auch diese Risiken nicht gescheut, und es sei dabei aus einem ohnmächtigen, getretenen und verachtet am Boden liegenden Deutschland eine Weltmacht geworden, die zugleich auch die stärkste Militärmacht der Erde sei.

Es sei sehr kurzsichtig, die Behauptung aufzustellen, daß es in einem Staatswesen, in dem ein Mann befehle und das Volk ihm folge, sehr leicht zu regieren sei. Wenn eine Regierung so wie die nationalsozialistische an ihrem Volk hänge, wenn sie mit dem Herzen bei seinem Schicksal sei, so, wenn sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes identifiziere, so bedeute es im Gegenteil ein Unmaß von Verantwortung, gewagte Entschlüsse zu fassen, von deren Ausgang Führung und Volk zugleich in ihrem Bestande abhängig sind.

Der Minister nahm auch hier wieder Gelegenheit, dem deutschen Volk und in Sonderheit der großen Masse seiner Werktätigen des Führers Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich bei den weltpolitischen Ereignissen dieses Jahres so treu, so tapfer, so verstehend und so einsatzvoll hinter seine Führung gestellt haben. Der Lohn dafür sei nicht ausgeblieben. Mit tiefer Beglückung, so stellte der Minister unter stürmischem Beifall fest, stünden wir dank dieser Einmütigkeit der Nation heute vor der Tatsache, daß nicht ein einziger dieser großen und schweren Entschlüsse des Führers zu einem Fehlschlag geführt habe, daß sie im Gegenteil alle von niegeahnten Erfolgen gekrönt worden sind. Ein großartiger Beweis für dieses grenzenlose Vertrauen des Volkes zu seiner Führung sei die in der ganzen Welt ohne Beispiel dastehende soziale Aktion des Winterhilfswerks. Was könne die Welt ihm gegenüberstellen!

Das Attentat von Paris

Das ruchlose Attentat von Paris habe unser Volk erneut nicht zu der an sich wohlverdienten Ruhe kommen lassen. Dr. Goebbels erinnerte, von stürmischen Entrüstungskundgebungen begleitet, an den Hergang und die ersten Auswirkungen dieses feigen Mordanschlages, mit dem ein gedungener Judenjunge nicht einen einzelnen Mann, sondern, nach seinen eigenen Erklärungen, das deutsche Volk habe treffen wollen. Über bei diesem zweiten Anschlag sei die Geduld des Volkes und der Regierung zu Ende gewesen.

Immer wieder von stürmischer Zustimmung unterbrochen zerriß Dr. Goebbels das Lügengewebe, mit dem die internationale Judenpresse das Verbrechen des Juden Grünspan zu bemänteln und zu beschönigen versucht. Er legte den eigentlichen Plan dar, den das Judentum mit dieser Tat verfolgte. **„Man wollte", so erklärte Dr. Goebbels unter stürmischer Zustimmung, „einen deutschen Diplomaten niederschießen, um damit eine Trübung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den europäischen Großmächten herbeizuführen und so die sich anbahnende internationale Atmosphäre aufs neue zu stören."** Der Schuß ist allerdings nach hinten losgegangen. Das deutsche Volk wurde heilhörig und reagierte dementsprechend.

Mit Nachdruck wandte sich der Minister in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung der internationalen Judenpresse, daß die Aktionen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen von der Regierung provoziert oder organisiert worden seien. „Das deutsche Volk war" — und stürmischer Beifall unterstrich diese Feststellung — „von einer nie dagewesenen Empörung erfüllt; es hat sich übrigens nicht gegen die Personen, sondern nur gegen die Sachen gewandt."

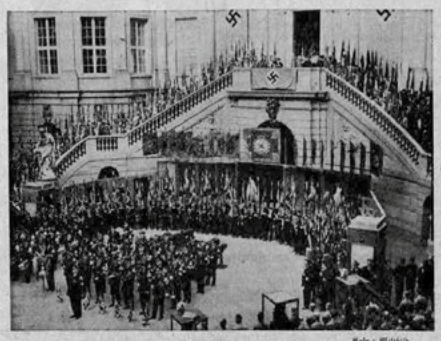
Die deutsche Antwort

Dr. Goebbels schilderte dann die am Sonnabend beschlossenen einschneidenden Verordnungen und Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung, wobei er unter stürmischem Beifall feststellte, daß ihr Erfolg besonders dem außerordentlich schnellen und radikalen Durchgreifen Generalfeldmarschalls Göring zu verdanken sei. Er habe nicht gefackelt und das Problem mutig beim Schopfe gefaßt. **Diese Verordnungen sind, wie Dr. Goebbels betonte, erlassen worden, weil nach nationalsozialistischer Staatsauffassung das Handeln der Regierung sich stets in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes befinden muß. Der immer wieder aufbrausende fürmische Beifall zeigte, wie sehr die vom Minister im einzelnen erläuterten Maßnahmen dem einmütigen Willen des deutschen Volkes entsprechen.**

„Der Jude Grünspan hat erklärt, er habe das deutsche Volk treffen wollen. Dieses Volk hat jetzt durch seine Regierung eine entsprechende Antwort erteilt. Es hat sich als Volk zur Wehr gesetzt gegen die Rasse, die durch den Juden Grünspan auf einen deutschen diplomatischen Vertreter geschossen hat."

(Lebhafte Zustimmungskundgebungen).

In überzeugender Weise führte Dr. Goebbels seinen Zuhörern vor Augen, wie lächer-



Aufn.: Weltbild

Zum Gedächtnis der Helden von Langemarck fand in der Ruhmeshalle des Berliner Zeughauses eine Feierstunde statt, bei der der Reichsstudentenführer, SS-Oberführer Dr. Scheel, sprach



Aufn.: Preß-Hoffmann

Reichsminister Dr. Goebbels (rechts am Mikrophon) sprach vor 500 ehrenamtlichen Mitarbeitern des WHW., mit denen er in den Berliner Germania-Sälen das Eintopfessen einnahm, noch einmal ausführlich zur Judenfrage

*Als **Erfüllung des Willens des deutschen Volkes** interpretierte der „**Völkische Beobachter**", das zentrale Parteiorgan der NSDAP, die am 12. November 1938 verkündeten Maßnahmen zur endgültigen Entrechtung und wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden.*

Verordnung
zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.
Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 627), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2

(1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 45) sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrage, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3

(1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§ 4

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

Verordnung
zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben.
Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) verordne ich folgendes:

§ 1

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2

(1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

§ 3

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den übrigen Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

*Verordnungen vom **12. November 1938** zur **„Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“** und zur **„Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“**, beide im Reichsgesetzblatt vom 14. November verkündet und unterzeichnet vom „Beauftragten für den Vierjahresplan“, Generalfeldmarschall Göring. Die beiden Verordnungen leiteten die letzte Phase der Ausplünderung der Juden ein.*

Nr. 206 — Tag der Ausgabe: 5. Dezember 1938 1709

Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens. Vom 3. Dezember 1938.

Auf Grund des § 1 der Zweiten Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 24. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1668) wird im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern folgendes verordnet:

Artikel I
Gewerbliche Betriebe

§ 1

Dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebs (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 627) kann aufgegeben werden, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu veräußern oder abzuwickeln. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden.

§ 2

(1) In jüdische Gewerbebetriebe, deren Inhabern nach § 1 die Veräußerung oder die Abwicklung aufgegeben worden ist, kann zur einstweiligen Fortführung des Betriebs und zur Herbeiführung der Veräußerung oder Abwicklung ein Treuhänder eingesetzt werden, insbesondere wenn der Betriebsinhaber der Anordnung innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht nachgekommen und ein Antrag auf Verlängerung der Frist abgelehnt worden ist.

(2) Der Treuhänder ist zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen ermächtigt, die der Betrieb des betreffenden Unternehmens, seine Abwicklung oder Veräußerung erforderlich machen. Seine Ermächtigung ersetzt in diesem Rahmen jede gesetzlich erforderliche Vollmacht.

(3) Der Treuhänder hat bei seiner Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anzuwenden und steht unter staatlicher Aufsicht.

(4) Die Kosten der treuhänderischen Verwaltung trägt der Betriebsinhaber.

§ 3

(1) Die Verfügungen nach §§ 1 und 2 sind dem Inhaber des jüdischen Gewerbebetriebs zuzustellen.

(2) Bei Abwesenheit des Betroffenen kann die Zustellung durch Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger erfolgen. In diesen Fällen gilt der Tag der Bekanntmachung als Tag der Zustellung.

§ 4

Mit der Zustellung der Verfügung, durch die ein Treuhänder gemäß § 2 eingesetzt wird, verliert der Inhaber des Gewerbebetriebs das Recht, über die Vermögenswerte zu verfügen, zu deren Verwaltung der Treuhänder eingesetzt ist. Er erlangt dieses Recht erst wieder, wenn die Bestellung des Treuhänders aufgehoben wird.

§ 5

Die Genehmigung der Veräußerung nach § 1 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 415) ist auch in den Fällen notwendig, in denen die Veräußerung angeordnet ist; das gilt auch für die Veräußerung durch einen Treuhänder.

Artikel II
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Grundeigentum und sonstiges Vermögen

§ 6

Einem Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1333) kann aufgegeben werden, seinen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb, sein anderes land- oder forstwirtschaftliches Vermögen, sein sonstiges Grundeigentum oder andere Vermögensteile ganz oder teilweise binnen einer bestimmten Frist zu veräußern. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden. Die Vorschriften der §§ 2 bis 4 gelten entsprechend.

§ 7

(1) Juden können Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Rechte an Grundstücken nicht durch Rechtsgeschäft erwerben.

(2) Die Vorschriften der §§ 2 und 4 bis 6 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 415) gelten entsprechend.

(3) Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken hat das Vollstreckungsgericht Gebote zurückzuweisen, wenn Anlaß zu der Annahme besteht, daß der Bieter Jude ist.

(4) Die Zurückweisung nach Abs. 3 verliert ihre Wirkung, wenn der Bieter ihr sofort widerspricht (§ 72 Abs. 2 des Zwangsversteigerungsgesetzes) und wenn er nachweist, daß er kein Jude ist.

*Mit der Verordnung v. 3. Dez. 1938 über den „**Einsatz des jüdischen Vermögens**“ gab es für jüdische Unternehmer keine Existenzmöglichkeit mehr in Deutschland. Zugleich wurde mit dieser VO die „Arisierung“ jüdischer Betriebe erzwungen.*

Nur die Eheringe und pro Paar ein Satz Essbestecke durften behalten werden. Genauere Angaben darüber finden sich in der Entschädigungsakte von Isak Katzenstein, ehemals Amalienstr. 9 in Bebra, derzufolge er goldene Uhren und Ringe im Wert von 1.100 RM dem NS-Staat überlassen musste.
(HHSt Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 32342, Bd. 1)

Wir wissen heute, daß die den Novemberpogromen folgende Verordnungslawine nur ein Vorspiel war zu dem, was an Furchtbarem über das deutsche und europäische Judentum hereinbrechen sollte.
Es waren aber nicht nur die genannten Verordnungen, welche die Lebensbedingungen der Juden immer weiter einschränkten, sondern auch eine zunehmende Schikanierung und stetig dreister werdende Übergriffe. Isoliert, verarmt, eingeschüchtert und der Willkür der Umwelt völlig ausgesetzt, verbrachten die überwiegend alten Menschen die letzten Jahre in der ihnen vertrauten Heimat, bevor sie in die Ghettos und Vernichtungslager verschleppt und dort größtenteils ermordet wurden.



Leo und Marie Oppenheim geb. Ochs bei ihrer Eheschließung 1936.

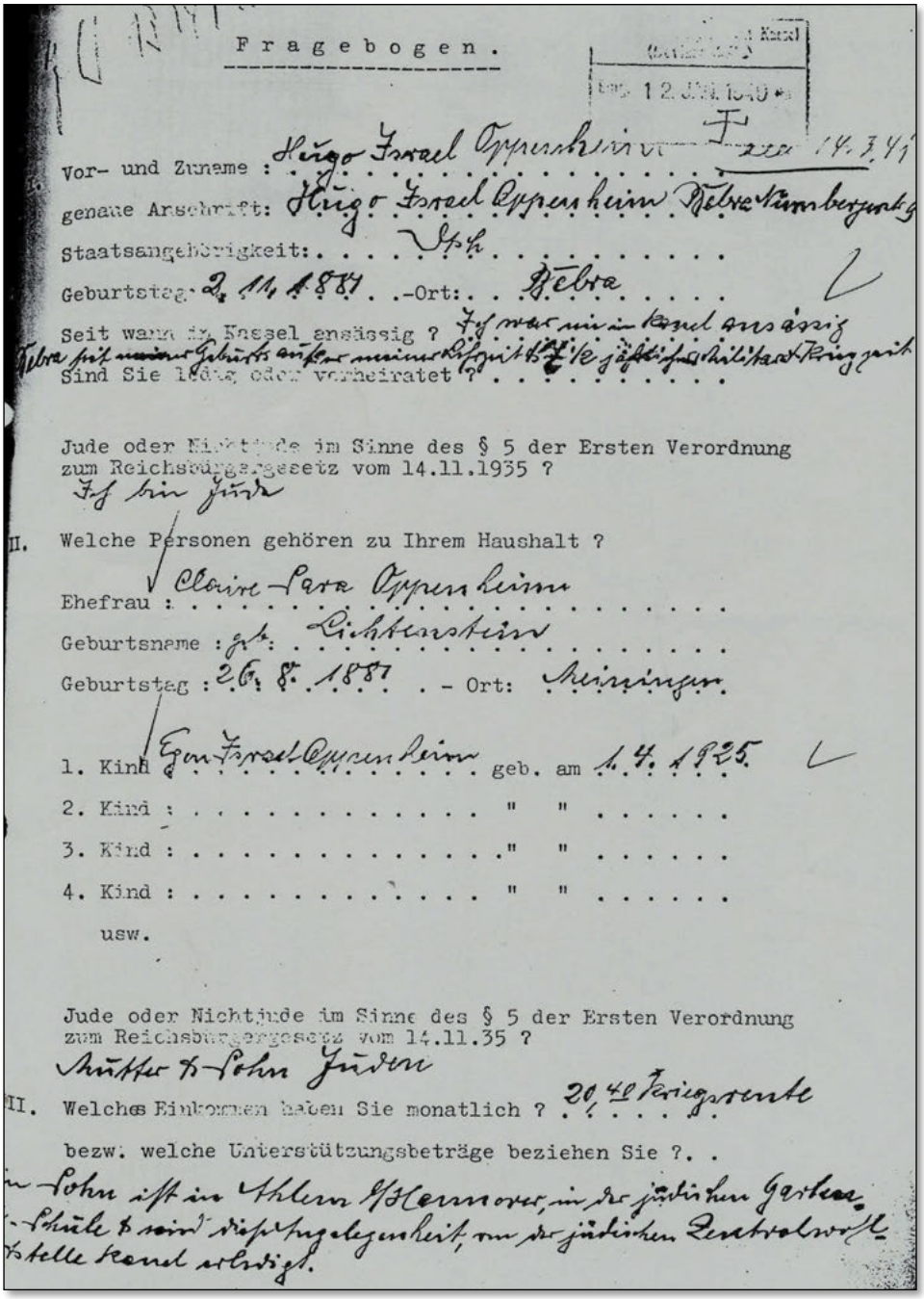
Leben in Armut und Angst

Schon vor dem Novemberpogrom 1938 hatten viele jüdische Familien kaum noch eine Einnahmequelle gehabt. Nun aber mussten sie fast ausschließlich vom Ersparten leben. Viele waren gezwungen, Möbel und andere häusliche Einrichtungsgegenstände wegzugeben, um wenigstens das Nötigste für ihren Lebensunterhalt zu haben. Auch über Erlöse aus Geschäftsauflösungen oder Hausverkäufen durften sie nicht mehr verfügen. Die Menschen lebten in bitterer Armut: von der Substanz, von gegenseitiger Hilfe, auch von heimlich gewährter Unterstützung, meist nachts über die benachbarten Gartenzäune.

Dabei wurden die Kontakte zu christlichen Nachbarn jedoch immer riskanter. Die wenigen Menschen, von denen sie Hilfen erfuhren, wurden ihrerseits vorsichtiger und mieden den direkten Kontakt, weil auch sie fürchten mussten, denunziert zu werden.

Wie bitter die Armut bei einzelnen der noch in Bebra verbliebenen Familien war, bringt die Bemerkung von Marie Oppenheim in einem Brief vom 15. August 1939 an ihren nach England geflüchteten Ehemann zum Ausdruck. Bedauernd musste sie ihm mitteilen, noch fehle ihr das Geld fürs Paketporto, um ihrem „lieben Schatz“ die Gummi-Halbüberschuhe zu schicken: „*Sobald ich Geld bekomme, schicke ich Dir dieselben. Die Steuern habe ich auch zu bezahlen und möchte bloß wissen, was ich machen soll. Du glaubst gar nicht, wie es mir zumute ist.*“
Wie viele jüdische Landgemeinden hatten sich auch Rotenburgs und Bebras jüdische Synagogengemeinden im November 1938 mitten im Prozess der Auflösung befunden. Fast alle jüngeren Gemeindemitglieder hatten ihren Heimatorten den Rücken gekehrt und waren in größere Städte abgewandert oder emigriert. Die Gewaltausbrüche im November 1938 hatten vor allem ältere und besonders wehrlose Menschen betroffen.
Die soziale Lage der jüdischen Bevölkerung verschlechterte sich im Laufe des Jahres 1939 zusehends. Viele lebten buchstäblich von den letzten Ersparnissen oder waren auf die Unterstützung der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen angewiesen.

Bis zum November 1938 hatten sie noch öffentliche Mittel erhalten; am 19. November 1938 wurde



Fragebogen.

Vor- und Zuname: Hugo Israel Oppenheim
genaue Anschrift: Hugo Israel Oppenheim Hebra Nürnbergerstr
Staatsangehörigkeit: Dtsch.
Geburtstag: 2.11.1887 -Ort: Hebra
Seit wann in Kassel ansässig? Ich war nie in Kassel ansässig
Hebra ist meine Geburts- aber meine Heimatsgemeinde, die jüdische Kultusgemeinde
Sind Sie ledig oder verheiratet?

Jude oder Nichtjude im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935?
Ich bin Jude

II. Welche Personen gehören zu Ihrem Haushalt?
Ehefrau: Claire Sara Oppenheim
Geburtsname: geb. Lichtenstein
Geburtstag: 26.8.1887 - Ort: Meiningen
1. Kind Gerhard Oppenheim geb. am 1.4.1925
2. Kind: " "
3. Kind: " "
4. Kind: " "
usw.

Jude oder Nichtjude im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.35?
Mutter & Sohn Juden

III. Welches Einkommen haben Sie monatlich? 20,40 Kriegsrente
bezw. welche Unterstützungsbeträge beziehen Sie?
Sohn ist in Ahlem b/Hannover, in der jüdischen Gartenbau-Schule & sind wir Fürsorgeangelegenheit von der jüdischen Zentralwohlfahrtsstelle Berlin abhängig.

Hugo Oppenheim möge als Beispiel für die Verelendung der jüdischen Bevölkerung dienen. Aus dem Mitbesitzer des Warenhauses Oppenheim (Nürnberger Straße 9) war laut Fragebogen-Eintrag vom 12. Januar 1941 ein Mann geworden, dessen monatliche Einkünfte für sich und seine Frau sich auf die 20,40 RM beschränkten, die er als Kriegsrente bezog.
Für den Lebensunterhalt seines Sohnes in der Gartenbauschule Hannover-Ahlem musste die Jüdische Wohlfahrtsstelle Kassel aufkommen.





Die Fotos unten zeigen Hugo Oppenheim als stolzen Husar im Ersten Weltkrieg.
Am 14. März 1941 schied Hugo Oppenheim durch Freitod aus dem Leben.

dann der Entzug der öffentlichen Fürsorge für hilfsbedürftige Juden verfügt. Oft nur noch aufgrund von Rücklagen konnten jüdische Familien überleben. Für einige hatte dies seit der NS-Machtübernahme gegolten, ihre Rücklagen waren inzwischen aufgezehrt.

Wie bereits angesprochen, waren die beim Verkauf jüdischen Eigentums anfallenden Geldbeträge auf Sperrkonten bei einer Devisenbank einzuzahlen. Aus diesen Konten bekamen die Juden Geld für ihren Lebensunterhalt zugeteilt, und zwar in einer Höhe, die die Behörden festsetzten. Bei jeder außergewöhnlichen Belastung mussten Bittschreiben mit ausführlicher Erklärung an die Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidium in Kassel geschickt werden, um einen höheren Betrag ausgezahlt zu bekommen.
Jüdische Familien, die noch nicht einmal über ein Sperrkonto verfügten, mussten auf Zuwendungen aus dem jüdischen Wohlfahrtsverband hoffen, nachdem am 19. November 1938 der Entzug der öffentlichen Fürsorge für hilfsbedürftige Juden verfügt worden war. Die jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen finanzierten sich zu einem wesentlichen Teil über die den jüdischen Emigranten abgepressten finanziellen Belastungen, sodass die Geflüchteten einen wesentlichen Beitrag für die Zurückbleibenden leisten mussten.
Während einige der jüdischen Geschäftsleute in Bebra und Rotenburg bis in den November 1938 hinein mit bescheidenen Umsätzen durchzuhalten versuchten, traf auch sie mit der Verordnung über den Entzug des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 das Edikt zum Zwangsverkauf. Jetzt konnten den jüdischen Eigentümern beliebig Fristen zum Verkauf ihres Eigentums gesetzt werden, sodass letztlich ein kaum getarnter Raub vonstatten ging, auch wenn dieser äußerlich nach den Normen des allgemeinen Rechtsverkehrs ablief.

Die Zeit zwischen den Pogromen im November 1938 und den Deportationen im Sommer und Herbst 1942 waren Jahre der ständigen Angst, der permanenten Kontrolle und nicht zuletzt des Hungerns. Schwierig war die Lebensmittelversorgung vor allem für diejenigen, die über keinen Nutzgarten mehr verfügten. Auf Fleisch- und Wurstwaren nach den rituellen Speisegesetzen mussten sie vermutlich schon länger verzichten:

„Bald wurden auch die Rationen an Grundnahrungsmitteln für sie grundsätzlich reduziert, und Sonderzuteilungen erhielten sie überhaupt nicht mehr. Das bedeutete 1940/41 den Entzug von Reis, Hülsenfrüchten, Gemüsekonserven, Kaffee, Tee, Kakao, Kunsthonig, Süßigkeiten, Obst, Geflügel, Fisch, Wild, und Räucherwaren. Auch sog. Edelgemüse durften sie nicht mehr beziehen – „nur Steckrüben, Weißkohl und rote Rüben waren erlaubt. … 1942 wurden ihnen schließlich auch noch Fleisch, Fleischwaren, Eier, Weizenerzeugnisse, Vollmilch entzogen." (Maurer 2003: 345f.)

Vom November 1938 bis zum Dezember 1940 gab es über 500 neue Erlasse, Verordnungen und Gesetze, aufgrund derer die Juden in einem fast völlig abgeschlossenen wirtschaftlichen und sozialen Ghetto lebten.

Eine Vielzahl behördlicher Anordnungen schnürte das Alltagsleben immer enger ein: Telefon, Führerschein, Fahrräder, sogar das Haustier hatten sie abgeben müssen. (vgl. dazu J. Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat)

Nicht erst nach den zitierten Anordnungen war die Lebensmittelversorgung für viele jüdische Familien zu einem großen Problem geworden. Wie sehr ihre Versorgung mit Lebensmitteln eingeschränkt war, kommt in einem Brief vom 28. Juli 1940 zum Ausdruck, in dem Mathilde Oppenheim (Nürnberger Str. 34) von einer Postkarte berichtete, die ein gewisser L. Richters mit der Ankündigung einer Paketsendung mit Lebensmitteln an sie geschickt hatte. Und zwar kam diese Ankündigung aus Liebau, der ehemaligen Hauptstadt des Kurlands, das im Juli 1940 Teil der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik geworden war. In einem ergänzenden Brieftext formulierte Willy Oppenheim seine Hoffnung betreffend den Inhalt des Pakets: *„Vielleicht Wurst, Rauchfleisch oder auch Fett."*

Schon am 13. August 1939 hatte die Rotenburger Jüdin Hanna Speier, die sich in ihrer neuen Wohnung in Frankfurt als Schneiderin betätigte, an ihre 1936 nach Palästina emigrierte Schwägerin Bertha Oppenheim selbstironisch geschrieben:
„Ich wiege auch nur 98 Pfund, trotzdem ich den ganzen Tag sitze, aber ich fuehle mich G'tt sei Dank sehr wohl. Das vegetarische Essen macht nicht dick, ist aber gesund."
Und Hannas Bruder Adolf Speier hatte im Juni 1936 seine Schwägerin in Palästina voller Galgenhumor wissen lassen: *„Gesund sind wir G'tt Lob noch alle, wenn auch das Fett nicht drückt. Ich selbst bin ja*

noch dick genug, trotzdem ich zirka 20 Pfund abgenommen habe, aber unsere Damen sind schlank geworden, besonders die liebe Berti ist sehr runter."

„Keinem zur Last fallen"

Wie eingeschränkt Adolf Speier, der mit einer schweren Verletzung seines rechten Armes aus dem Ersten Weltkrieg gekommen war, seine Chancen für ein Leben außerhalb des NS-Machtbereichs gesehen hatte, wird aus seinem letzten überlieferten Brief (Juni 1941) an einen Neffen in den USA deutlich: *„Ich aber möchte um Himmelswillen keinem zur Last fallen, das könnt Ihr Euch denken. Ich möchte nur arbeiten, soweit es mein Arm kann. Ihr müsst auch wissen, daß wir doch unter diesen Umständen, wie es jetzt der Fall ist, auch nicht mehr als die Wäsche und Kleidung mitbringen können, da doch alles, ein Lift oder größere Kisten, so gut wie die Überfahrt, in Dollar bezahlt werden muß. Und wer will dies bezahlen? Wir werden unsere Last haben, bis wir das Geld zur Überfahrt nach Amerika bekommen, und nun auch noch Gepäck*." **(**Epstein 2004: 58)

Verkauf der Immobilien

Ihr Geschäfts- und Wohnhaus Breitenstraße 16 in Rotenburg hatten die Speiers unmittelbar nach den Novemberpogromen an privat verkauft – mit notariellem Vertrag vom 19. Dezember 1938. Die Stadt Rotenburg machte jedoch ihr Vorkaufsrecht geltend und erwarb im Juni 1939 den Besitz der Familie Speier für den mit dem Erstkäufer vereinbarten Kaufpreis von 13.000 Mark. Das bedeutete für die Speiers aber nicht, dass sie über diesen Betrag verfügen konnten. Das Geld wurde – damaliger „Rechtslage" und Praxis gemäß – auf ein Sperrkonto bei einer Devisenbank eingezahlt. 17.900 RM war der Einheitswert der Immobilie 1935. Wie bereits dargestellt, liegt der tatsächliche Wert von Gebäuden, der sog. Verkehrswert, bekanntlich deutlich über dem Einheitswert, der als Berechnungsgrundlage für Brandversicherung und dergleichen dient.

1944 setzte man einen neuen Einheitswert für den ehemals Speierschen Besitz fest; der ursprüngliche Einheitswert von 17.900 wurde auf 10.700 „berichtigt". Ahnte man schon etwas von etwaigen späteren Nachzahlungen an die um Teile ihres Besitzes geprellten ehemaligen Eigentümer bzw. deren Nachfahren?

Den Verkauf jüdische Gewerbebetriebe betreffend gab es im Gau Kurhessen der NSDAP eine Festlegung auf den Einheitswert schon seit Jahresmitte 1938, wie es in einer Mitteilung von NS-Kreisleiter Braun vom 17. September 1938 zum Ausdruck kommt: *„Unter allen Umständen muss verhindert werden, dass Juden für von ihnen zum Verkauf angebotene Grundstücke einen Wert erzielen, der über dem Einheitswert liegt."*

Die Kommunen scheinen sich bei den Verkäufen des jüdischen Immobilien- und Grundbesitzes in eine Maklerrolle gedrängt zu haben, was dann auch Beispiele wie das folgende ergab:

„Nachdem ich erfahren habe, daß die Stadt sich Grundstücke aus jüdischem Besitz gesichert hat, die



Porträt von Hanna Speier in der Fotogalerie im Jüdischen Museum in Rotenburg a.d.F.



Porträt von Adolf Speier in der Fotogalerie im Jüdischen Museum in Rotenburg a.d.F.

sie teilweise nicht zu behalten gedenkt, sondern an ihr geeignet scheinende Einwohner weitergeben will bzw. den Übergang des jüdischen Eigentums in deutsche Hände auf die Weise regeln will, bitte ich, mich beim Erwerb eines jüdischen Grundstückes zu unterstützen.
Ich würde Wert darauf legen, den in der Marienstraße unterhalb des Kleeschen Grundstückes gelegenen Garten zu erwerben."
Dies schrieb ein ehemaliger Bebraer NSDAP-Ortsgruppenleiter am 23. Januar 1939 *„An den Herrn Bürgermeister der Stadt Bebra".* (Stadtarchiv Bebra)

Die letzten jüdischen Händler

Den **in Bebra** tätigen Händlern und Gewerbetreibenden
Manfred Emanuel (Hersfelder Str. 7),
Meier Abraham (Nürnberger Str. 28),
Ww. Hermann Döllefeld (Nürnberger Str. 30 & An der Bebra 1),
Levi Oppenheim (Nürnberger Str. 17),
Wolf Levi (Nürnberger Str. 54) und
Meier Rothfels (Nürnberger Str. 58)
war es noch bis 1938 gelungen, mit sehr bescheidenen Umsätzen durchzuhalten (laut Entschädigungsakten).

Betreffend Rotenburg gilt dies für

Max Moses Brandes (Neustadtstr. 1),
Josef Döllefeld (Querweingasse 5),
Viktor Falkenstein (Weingasse 1),
Jettchen & Betty Gans (Breitenstr. 21),
Moritz Gans (Schloßtor 1),
Karl Kaufmann (Breitenstr. 35),
Hermann Linz I (Breitenstr. 19),
David Löwenstein (Brückengasse 6),
Kurt Meyer (Brotgasse 32),
Minna Neuhaus (Schulstr. 6),
David & Hugo Plaut (Lindenstr. 3),
Meinhold Rothschild (Markt 9) und
Adolf Speier (Breitenstr. 16).



Das 1. Haus rechts (Breitenstraße 16 in Rotenburg) gehörte der Familie Speier.

D. 2 Aspekte jüdischen Lebens in der Region

Ihren Charakter als selbständige Organisationen hatten die jüdischen Gemeinden bereits am 4. Juli 1939 mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz verloren. Von da an existierten die jüdischen Gemeinden nur noch als weisungsgebundene Abteilungen der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* als Nachfolgeorganisation der „Reichsvertretung der deutschen Juden". Diese war unter die Kontrolle der Gestapo gestellt, der seit Ende des Jahres 1939 Adolf Eichmann vorstand. Ohne Rücksicht auf ihre Religionszugehörigkeit mussten ihr alle Juden zwangsweise angehören und zur Finanzierung von deren Arbeit beträchtliche Mitgliedsbeiträge aufbringen - zusätzlich zu den bisherigen Belastungen. Mit der Namensänderung von Reichsvertretung „der **deutschen** J**uden**" zu „J**uden in** Deutschland" war ganz offensichtlich die Absicht verbunden, sie als Fremde in ihrer deutschen Heimat zu separieren. Sie sollten jetzt keine Deutschen mehr sein, nachdem ihre Vorfahren über Generationen in diesem Land gelebt und sich ihm zugehörig gesehen hatten, bis hin zum Einsatz ihres Lebens für dieses Land im Ersten Weltkrieg.

Einschränkungen für die Gemeinden

Das kultische Leben war mit der Zerstörung der Synagogen und Mikwen während der Novemberpogrome völlig zum Erliegen gekommen. Ob danach noch Gottesdienste in Privathäusern gehalten wurden, ist nicht sicher überliefert. Bis Anfang November 1939 wäre dies in Bebra noch möglich gewesen, denn bis zum Wegzug der Familie Katzenstein (Amalienstr. 9) am 7. November 1939 lebten in Bebra noch zehn religionsmündige, männliche Personen. Dieses für einen Gottesdienst nach jüdisch-rituellem Erfordernis notwendige Quorum, der Minjan, war in Rotenburg nur bis August 1939 gegeben, als Sattlermeister David Plaut die Stadt mit dem Reiseziel USA verließ.

Verpflichtung zur Zwangsarbeit

Nach Kriegsausbruch im September 1939 wurden alle arbeitsfähigen Juden von 18 bis 55 Jahren erfasst, um sie zur Zwangsarbeit für die Gemeinden oder private Firmen, insbesondere im Straßen- und Tiefbau, heranzuziehen. Das bedeutete für die Betroffenen eine zusätzliche Einschränkung ihrer Chancen auf Auswanderung. Am 28. Dezember 1938 erfolgte die Anordnung, dass die „einsatzfähigen arbeitslosen Juden" bei öffentlichen oder privaten Unternehmen beschäftigt werden sollten. (Herbert 1987: 206)

„Die Verwendung von ‚Feinden' des Nationalsozialismus - nach welchen Kriterien auch immer definiert – als Arbeitskräfte im Reich stellte insgesamt ein ideologisches Zugeständnis an kriegswirtschaftliche Sachzwänge dar." (Herbert 1987: 233)

Am 15. März 1939 hatte der Rotenburger jüdische Viehhändler Viktor Falkenstein seinen Dienst bei der Tief- und Straßenbaufirma Fehr in Kassel angetreten. Er war einer von insgesamt 20 jüdischen Zwangsverpflichteten aus dem nordhessischen Raum bei der genannten Firma, zu denen ab Februar 1941 auch Sohn Fritz Falkenstein gehörte. Bis dahin war dieser „auf Hachscharah" in Paderborn in dem dortigen Umschulungslager Am Grünen Weg aktiv gewesen. Dies war eine der ca. 30 Einrichtungen, die das Ziel verfolgten, der jungen jüdischen Generation eine berufliche Perspektive im landwirtschaftlichen oder handwerklichen Bereich zu eröffnen.

Das auf diese Weise erhoffte Einwanderungszertifikat ins damalige Palästina blieb Fritz Falkenstein jedoch versagt. Seine Kasseler Tätigkeit endete wenige Tage vor der Deportation in den Distrikt Lublin (1. Juni 1942), während sein Vater bis kurz vor seiner Deportation nach Theresienstadt (7. September 1942) als Zwangsarbeiter in Kassel gehalten wurde.

Am Tag vor seiner Deportation aus Rotenburg hatte Fritz Falkenstein Teile seines Werkzeugs zu einer Rotenburger Familie gebracht, die den Kontakt zu ihren jüdischen Nachbarn nicht hatte abreißen lassen. Unter dem Werkzeug war auch eine mit den Initialen F. F. markierte Wasserwaage, die 2006 dem Rotenburger Jüdischen Museum übereignet wurde, wo sie seitdem als Exponat zu sehen ist. Ebenso werden dort die Postkarten ausgestellt, mit denen sich Fritz' Vater Viktor Falkenstein im Ersten

Stufe III

Stadtkreis Kassel

ITS 069

Liste F

Georg Fehr

Tief- u. Straßenbau

Kassel-Wilh., Kirchditmolderstr. 47

Gemeinde Kassel

ITS 069

Ausstellende Behörde: Tief- u. Straßenbau Georg Fehr Kassel-Wilh., Kirchditmolderstr. 47

Namensliste aller Militär- und Zivilpersonen der Vereinten Nationen, anderer Ausländer, deutscher Juden und Staatenloser, die vorübergehend oder dauernd in der Gemeinde Kassel sich aufgehalten haben, aber jetzt nicht mehr dort wohnhaft sind. Bei Ehepaaren auch Mädchenname und Nationalität der Ehefrau angeben.

Nationalität Deutsche Juden Deutsche Juden

Name Familienname	Vorname	Geburtsdatum und -Ort	Geschl. m. w.	Heimatort	Art der Einheit	Aufenthaltsdaten	Todesdatum	Todesursache	Nr. der Erkennungsmarke	Grab Nr. oder Ortsangabe des Grabes	Hinterlassenes persönliches Eigentum ja! nein!
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Sonner	Abraham	21/3.84 Heimsbach	m	Heimsbach		21/2.39 – 26/5.42					
2. Katz	Bernd	22/5.20 Malsfeld	m	Kassel		6/3.39 – 31/10.41					
3. Hecht	Leopold	11/3.04 Witzenhausen	m	Witzenhausen		7/.39 – 20/12.40					
4. Rosenstein	Felix	15/9.05 Niedenstein	m	Kassel		6/9.39 – 3/12.41					
5. Spier	Walter	27/8.03 Kassel	m	"		2/2.39 – 16/1.40					
6. Katzenstein	Herbert	24/2.12 "	m	"		11/2.39 – 31/10.40					
7. Frühauf	Erich	16/3.07 "	m	"		4/7.39 – 11/10.41					
8. Falkenstein	Viktor	12/4.82 Rotenburg	m	Rotenburg		15/3.39 – 2/9.42					
9. Hesserschlag	Alfred	9/8.93 Holzhausen	m	Kassel		1/3.39 – 3/12.41					
10. Katz	Kurt	12/4.21 Kassel	m	"		1/3.39 – 3/12.41					
11. Rosenthal	Reinhard	15/4.05 Gudensberg	m	Falkenberg		18/9.39 – 2/12.41					
12. Löwenherz	Hermann	10/6.83 Dransfeld	m	H. Minden		25/3.40 – 14/1.42					
13. Spanier	Helmut	8/8.21 Kassel	m	Kassel		–25/3.40					
14. Sachs	Felix	7/1.90 Zeltlos	m	"		14/3.40 – 1/10.42					
15. Kleeblatt	Moritz	12/11.92 Hofgeismar	m	Röhrenfurth		25/3.40 – 3/12.41					
16. Seeler	Naftali	30/12.79 Kassel	m	Spangenberg		25/3.40 – 3/12.41					
17. Oppenheimer	Leo	25/8.21 Schwarzenborn	m	Kassel		25/3.40 – 3/12.41					
18. Hausauer	Julius	5/4.06 Fritzlar	m	"		31/10.40 – 26/5.42		Ich bestätige nach bestem Wissen und Gewissen, daß dies eine treue und vollständige Wiedergabe der erlangten Informationen ist.			
19. Kleeblatt	Salli	28/3.94 Röhrenfurth	m	Röhrenfurth		1/2.41 – 26/5.42		Kassel, den 4/10.47			
20. Falkenstein	Fritz	23/2.45 Rotenburg	m	Rotenburg		1/2.41 – 26/5.42		Georg Fehr Tief- u. Straßenbau			

© ITS Arolsen

Der Oberfinanzpräsident Kassel
Devisenstelle

Fragebogen.

I. Vor- und Zuname : Viktor Israel Falkenstein

genaue Anschrift: Rotenburg a/Fulda Vorgasse No 1.

Staatsangehörigkeit: Deutschland

Geburtstag: 12 April 1882 -Ort: Rotenburg a/Fulda

Sind Sie ledig oder verheiratet ? verheiratet

Jude ~~oder Nichtjude~~ im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 ?

II. Welche Personen gehören zu Ihrem Haushalt ?

Ehefrau : Hanna Sara Falkenstein

Geburtsname : geb. Höflich

Geburtstag : 31 März 1890 - Ort: Rengshausen Kr. Rotenburg

1. Kind : Margarete Sara Falkenstein geb. am 14 April 1920

2. Kind : . . . . " "

3. Kind : . . . . " "

4. Kind : . . . . " "

usw.

Jude ~~oder Nichtjude~~ im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.35 ?

III. Welches Einkommen haben Sie monatlich ? 80-100 RM Arbeitslohn

bezw. welche Unterstützungsbeträge beziehen Sie ?



VIKTOR FALKENSTEIN *12.04.1882

*Im November 1940 musste **Viktor Falkenstein** den nebenstehenden **Fragebogen** ausfüllen, der seinen monatlichen Arbeitslohn (aus der Zwangsbeschäftigung bei der Baufirma Fehr in Kassel) mit 80-100 Mark ausweist.*

*In der **oben abgebildeten Liste F** wird **Viktor Falkenstein** unter der Nr. 8. geführt (mit der Beschäftigungszeit vom 15. März 1939 bis 2. September 1942), sein Sohn **Fritz** unter der Nr. 20 - mit der Beschäftigungszeit Februar 1941 bis 24. Mai 1942.*

© Stadtarchiv Kassel



*Mit den Initialen **F F** gekennzeichnete **Wasserwaage**, die Fritz Falkenstein unmittelbar vor seiner Deportation (ab Rotenburg am 31. Mai 1942) bei Nachbarn zurückließ; diese stellten die Wasserwaage als Exponat dem Jüdischen Museum in Rotenburg zur Verfügung.*

Weltkrieg für Liebesgaben bedankt hatte, die ihm als Frontsoldat von christlichen Rotenburgern geschickt worden waren.

Eine Verordnung vom 30. Oktober 1941 verpflichtete die Juden, jede ihnen vom Arbeitsamt zugewiesene Beschäftigung anzunehmen. Juden durften nach der neuen Verordnung nur mehr gruppenweise und getrennt von den übrigen Beschäftigten zur Arbeit eingesetzt werden.
In § 1 wurde verfügt:
„Der Jude kann als Artfremder nicht Mitglied einer deutschen Betriebsgemeinschaft sein, die sich auf dem Grundsatz der gegenseitigen Treuepflicht aller im Betrieb Schaffenden aufbaut."

Bei einer Beschäftigung außerhalb des Heimatortes durften die jüdischen Zwangsarbeiter nur in gesonderten Unterkünften wohnen. Ob die beiden Falkensteins von einer Sonderunterkunft in Kassel aus zu ihrem Arbeitsplatz gelangten oder ob dies per täglicher Bahnfahrt von Rotenburg aus geschah, konnte nicht geklärt werden. Vor Jahren befragte Zeitzeugen nannten auch nicht Kassel als Einsatzort, sondern vermuteten eine Tätigkeit bei einer Hersfelder Tiefbaufirma.

Den zwangsverpflichteten jüdischen Mitarbeitern wurden wesentliche Rechte vorenthalten: sie hatten weder einen Urlaubsanspruch noch wurde ihnen bei Krankheit eine Lohnfortzahlung gewährt. *„Gleichwohl kann zu dieser Zeit von einer systematischen Arbeitseinsatzpolitik gegenüber den Juden innerhalb des Reiches nicht die Rede sein; die Perspektive ‚konzentrieren und deportieren' mit dem Ziel, das Reich ‚judenfrei' zu machen, blieb vorherrschend."* (Herbert 1987: 207)

Angesichts dieser seinerzeitigen „Rechtslage" auf dem Arbeitsmarkt kam es in Bebra zu einem überraschenden Beschäftigungsverhältnis für Moritz Moses (Jg. 1902), der in der Amtszeit von Bürgermeister Schwichtenberg (April 1937 bis September 1939 und dann wieder ab November 1940 bis März 1942, als er erneut zum Heeresdienst eingezogen wurde) eine feste Anstellung bei der Stadt Bebra fand. Sein Hauptaufgabengebiet war die Tätigkeit als Heizer des städtischen Schulgebäudes; außerdem wurde er als Vorarbeiter bei den der Stadt als Hilfsarbeiter zugeteilten Kriegsgefangenen eingesetzt. *„Moses erhielt den gleichen Lohn wie die Stammarbeiter, außerdem von Herrn Schwichtenberg Urlaubsgeld. Herrn Schwichtenberg gelang es, Moses so lange zu halten, als er selbst tätig war. Erst als Herr Schwichtenberg 1942 erneut zum Heeresdienst eingezogen worden war, fand auch die Beschäftigung von Moses ein Ende."* So Justus Knierim, bis 1945 Büroleiter im Bebraer Rathaus, in einer schriftlichen Stellungnahme vom 9.2.1949. (Stadtarchiv Bebra)

Moritz Moses konnte also seine Beschäftigung bei der Stadt Bebra bis zeitnah zu seiner Deportation am 31. Mai 1942 ausüben. Diese Annahme wird durch die schriftliche Aussage des seinerzeitigen Schulleiters Walter Volkstädt vom 25.01.1949 gestützt. Moritz Moses, aufgewachsen in Großropperhausen (bei Ziegenhain), war 1932 durch Eheschließung mit Hanna Hertha Abraham nach Bebra gekommen und dort zunächst als Viehhändler tätig.
Ob auch Fredi Döllefeld seinen Arbeitsplatz dem Bürgermeister zu verdanken hatte, ist ungewiss.



***Moritz Moses** am Tag seiner Hochzeit mit der Bebraer Jüdin Hanna Abraham, Lindenplatz 8.*

Von 1939 bis zu seiner Inhaftierung in Breitenau im Januar 1941 war Alfred Döllefeld zur Arbeit bei einer Bebraer Baufirma dienstverpflichtet worden. Welche Firma dies war und unter welchen Bedingungen er eine Beschäftigung hatte, ließ sich nicht ermitteln.
Der einzige Nachweis dafür, dass Fredi in Bebra eine bezahlte Arbeit verrichtete, ist ein entsprechender Hinweis in einem Brief von Mathilde Oppenheim an ihre Tochter Berti vom 21. Juli 1940: *„Fredi arbeitet hier. War vorige Woche in Frankfurt; da er sich an dem Finger verletzt hatte, konnte er nicht arbeiten."*
Alfreds Bruder Walter Döllefeld (geb. 1910) kam für einen Arbeitseinsatz nicht in Frage. Der schwer Nervenkranke musste von seiner Mutter (Klara Döllefeld) versorgt werden.

Schutz durch Bebras Bürgermeister

Auch der im September 1933 als Sozialdemokrat, Gewerkschafter und Mitglied des Reichsbanners „wegen Verdacht staatsfeindlicher Einstellung" aus den Diensten der Reichsbahn zwangsweise ausgeschiedene Johannes Apel verdankte 1937 Bürgermeister Schwichtenberg seine Anstellung bei der Stadt Bebra. Vier Jahre war Apel als politisch Verfolgter ohne regelmäßige Einkünfte gewesen.

„Als Herr Schwichtenberg von dessen Notlage erfuhr, stellte er ihn sofort bei der Stadt Bebra als Angestellten ein und hielt ihn trotz verschiedener Angriffe in dieser Stellung." (Rektor Walter Volkstädt in einer Eingabe an die Spruchkammer vom 25.01.1949)

Was Walter Volkstädt zur Glaubwürdigkeit seiner Stellungnahme zugunsten von Bebras Bürgermeister Werner Schwichtenberg weiter ausführte:
„Mir fiel schon 1938 auf, dass Herr Schwichtenberg einer der wenigen Bürgermeister war, der bei Kriegsausbruch sofort zur Wehrmacht einberufen wurde, obwohl der leitende Verwaltungsbeamte Knierim schon vorher eingezogen war. In Bebra mit seiner Bedeutung als Eisenbahnknotenpunkt waren so wichtige Aufgaben durchzuführen, dass die Anwesenheit des Bürgermeisters unbedingt erforderlich gewesen wäre. Aber allgemein herrschte die Ansicht in Bebra, dass die Partei Herrn Schwichtenberg aus seinem Amt entfernen wollte."
Am 30. Januar 1946 ließ Johannes Apel Schwichtenbergs Frau wissen: *„Es ist mir bekannt, daß Ihr Gatte bei den maßgebenden Nazigrößen bis hinauf zum Gauleiter in keinem guten Ruf stand. Sein Verhalten hat sich für ihn auch ungünstig ausgewirkt, denn bei Ausbruch des Krieges wurde er sofort zum Heeresdienst einberufen."*

Verschärfung nach Kriegsausbruch

Bereits bei der Machtübernahme am 30. Januar 1933 hatte Adolf Hitler mit der Vernichtung der deutschen und europäischen Juden im Falle eines Krieges gedroht. In der Tat bedeutete der Kriegsausbruch am 1. September 1939 eine Radikalisierung der Judenverfolgung. Aus einem vom „gesunden" Volkskörper separierten und als minderwertig angesehenen Bevölkerungsteil wurde ein gefährlicher, den „Endsieg" bedrohender innerer Feind gemacht, den es völlig zu isolieren gelte.

So lieferte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 den Vorwand, den noch verbliebenen Juden ihre letzten persönlichen Freiheiten zu rauben.

Seit Kriegsbeginn geschah dies Schlag auf Schlag: Am 1. September 1939 wurde über die Juden ein nächtliches Ausgehverbot verhängt. Den Juden wurde verboten, zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh ihre Wohnungen zu verlassen, im Winter galt dies schon ab 8 Uhr abends. Nur noch in ihnen zugewiesenen Lebensmittelgeschäften konnten sie einkaufen, ab Juli 1940 dann nur noch in der Zeit zwischen 16 und 17 Uhr. Die Lebensmittelkarten, die im September 1939 für alle im Deutschen Reich Lebenden eingeführt worden waren, enthielten für Juden deutlich geringere Mengen.

Schon bald konnten sie kein Radio mehr besitzen (20.9.39), dann kein Telefon (19.7.40), schließlich auch nicht mehr von Telefonzellen aus telefonieren (12.12.1941), keine Zeitungen mehr beziehen (17.2.1942) und öffentliche Verkehrsmittel nur noch mit Sondergenehmigung benutzen (24.4. 1942).

Sie waren damit weiter gedemütigt, isoliert und von der Verbindung nach außen weitgehend abgeschnitten. Zahlreiche weitere Bestimmungen engten ihren Lebensraum systematisch ein, die Herauslösung aus allen Lebensbereichen brachte für sie ghettoähnliche Lebensbedingungen.

Wie sich das konkret im Lebensalltag auswirkte, verrät die Formulierung, die Mathilde Oppenheim in einem Brief vom 28. Juli 1940 an ihre Ende August 1939 in die USA geflüchtete Tochter Berti wählte:
„Hier ist es seit einigen Tagen kühl und Regenwetter, und sieht es nicht nach Erntewetter aus, jedoch glaube ich, daß doch mit Kornabschneiden begonnen ist, gesehen habe ich es natürlich nicht, da wir nicht raus können.“
Trauten sich die Oppenheims nicht mehr aus dem Haus?

Im August 1940 ließ Willy Oppenheim seine Tochter Berti wissen:
„Heidelbeeren haben wir bis jetzt noch nicht gehabt, obgleich es eine Menge geben soll. Wenn ich noch nach Machtlos gehen könnte, hätte ich sicher schon welche bekommen.“ (s. Brief auf der nächsten Seite als Dokument)

Seit Oktober 1939 war den Juden das Sammeln von Waldbeeren und Pilzen nicht mehr erlaubt. Es sei *„einfach unerträglich, wenn ein Jude den Wald beträte, da der Wald zur reinen deutsch-völkischen Kultur gehöre*.“ (Lehmann 1999: 32)

Die sozialen Kontakte beschränkten sich auf die wenigen Besuche jüdischer Freunde und Bekannter, aber diese Kreise wurden von Tag zu Tag kleiner.
„Man ist froh, wenn nur mal jemand kommt, da es doch sehr einsam bei uns ist.“
So Mathilde Oppenheim in einem früheren Brief (23. Juni 1940) an ihre Tochter Berti. Ihr verriet sie auch, was sie unternehme, um gegen die Vereinsamung anzukämpfen:
„Jetzt gebe ich Unterricht im Pulloverstricken; erst hat Frau Jenny O. [Jenny Oppenheim, Witwe von Louis O., Nürnbergerstr. 26, H.N.] *einen soweit gestrickt, und eben war Frau Hanna O.* [Johanna Oppenheim geb. Abraham, Witwe von Simon O., Pfarrstr. 21] *da, ich möchte es ihr auch zeigen, hatten alte Pullover liegen und haben sie aufgetrennt; ob sie lange halten, ist fraglich, jedoch kosten sie weiter nichts als die Arbeit, was jedoch eine sehr schöne Beschäftigung ist.“*

Am 21. Juli 1940 hatte Mathilde Oppenheim an ihre Tochter Berti geschrieben: *„Und verläuft ein Tag wie der andere und so lauern wir von einem Brief auf den anderen.“*



Nürnberger Str. 34, Geschäfts- und Wohnhaus von Willy/ Willy und Mathilde Oppenheim bis zu ihrer Deportation 1942.



Stolperstein für Willi Oppenheim vor dem Haus Nürnberger Str. 34 in Bebra.



Stolperstein für Mathilde Oppenheim geb. Tannenberg vor dem Haus Nürnberger Str. 34 in Bebra.

D. 3 Rettung durch Auswanderung/Flucht

Berti Oppenheim hatte Bebra noch vor Hitlers Machtantritt verlassen und sich bis zu ihrer Ausreise in die USA im August 1939 bei ihren Verwandten in Bochum aufgehalten.

Dank eines Affidavits, einer Bürgschaft, besorgt durch Sally Plaut und seine Frau Clara, Bertis Tante, konnte Berti in die USA ausreisen, wo sie in New York die ersten Monate auch bei den Plauts verbrachte.

Die undatiert im Nachlass von Berti Oppenheim-Wertheimer überlieferte Bürgschaft lautete (übersetzt ins Deutsche):

Wir, die unterzeichnenden Clara und Sally Plaut, wohnhaft 1640 Macombe Road, Bronx, New York, halten fest und erklären:

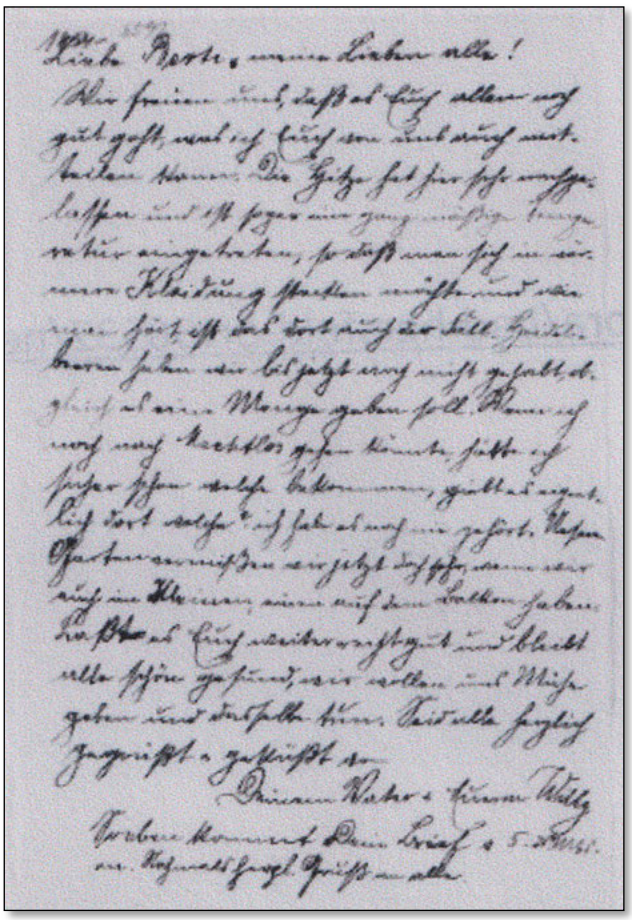
- dass es unser fester Wille ist, dass unsere Nichte Berti Oppenheim aus Bochum, Westfalen (Deutschland) zu uns kommt und festen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten nimmt,

- dass die Bewerberin bisher von uns nicht unterstützt wurde, da sie finanziell bis zum heutigen Tag gut in der Lage war, für sich selbst zu sorgen. Außerdem garantieren wir hiermit, dass sie niemals den Vereinigten Staaten zur Last fallen wird und wir garantieren auch, dass wir sie so lange unterstützen, wie sich dies als nötig erweisen wird,

- dass sie aufgrund der gegenwärtigen Umstände in ihrem Heimatland Deutschland nicht in der Lage ist, dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen, weil sie jüdischer Herkunft ist,

- dass die Beziehung zwischen den Unterzeichneten, Clara Plaut geb. Tannenberg und der Immigrantin, Betti Oppenheim, darin besteht, dass sie meine Nichte ist, als Tochter meiner Schwester Mathilde Oppenheim geb. Tannenberg.

Affidavit für Berti Wertheimer geb. Oppenheim, ausgestellt von Clara und Sally Plaut, New York City, 1939.



Brief von Willy Oppenheim aus Bebra Ende August 1940 an seine Tochter Berti in New York City

Liebe Berti, meine Lieben alle!
Wir freuen uns, daß es Euch allen noch gut geht, was ich Euch von uns auch mitteilen kann. Die Hitze hat hier sehr nachgelassen und ist sogar eine ganz mäßige Temperatur eingetreten, so daß man sich in wärmere Kleidung stecken möchte und wie man hört, ist das dort auch der Fall. Heidelbeeren haben wir bis jetzt noch nicht gehabt, obgleich es eine Menge geben soll. Wenn ich noch nach Machtlos gehen könnte, hätte ich sicher schon welche bekommen, gibt es eigentlich dort welche? Ich habe es noch nie gehört. Unseren Garten vermissen wir jetzt doch sehr, wenn wir auch einen kleineren neuen auf dem Balkon haben. Laßt es Euch weiter recht gut und bleibt alle schön gesund, wir wollen uns Mühe geben und dasselbe tun. Seid alle herzlich gegrüßt und geküßt von Deinem Vater & Eurem Willy.
Soeben kommt Dein Brief v. 5. August an.
Nochmals herzliche Grüße an alle.

Staatsziel: „Judenfreies“ Deutschland

Die Einrichtung einer „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ am 11. Februar 1939 ließ keine Zweifel darüber aufkommen, dass Deutschland „judenfrei“ werden sollte, wie dies das *Rotenburger Tageblatt* im Übereifer für die Stadt Rotenburg schon am 11. November 1938 gemeldet hatte:


Rotenburg
judenfrei!

Die Auswanderung der Juden war bis ins Jahr 1938 von den deutschen Behörden gleichzeitig forciert und gebremst worden. Diese Politik der gleichzeitigen Behinderung und dem Druck zur Auswanderung wurde im Laufe des Jahres 1938 aufgegeben. Das erklärte und spätestens nach der Kristallnacht deutlich erkennbare Ziel der Nationalsozialisten war es, den Juden in Deutschland das Leben so schwer wie möglich zu machen und damit ihre massenhafte Auswanderung zu erzwingen und sie damit aus Deutschland hinauszutreiben.

Wohl die meisten deutschen Juden entschlossen sich jetzt, Deutschland so rasch wie möglich zu verlassen. Zwar war in den vorangegangenen Jahren ein beträchtlicher Teil der jüdischen Bevölkerung emigriert. Man schätzt, dass von den rund 525.000 Juden, die Anfang 1933 im Deutschen Reich gelebt hatten, bis zum Novemberpogrom 1938 rund 225.000 ausgewandert waren, also gut 40 Prozent.

Umschulung und Qualifizierung

Es waren dies zunächst vor allem die jüngeren und tatkräftigeren Menschen gewesen, die diesen Schritt meist nach sorgfältiger Vorbereitung, zum Teil erst nach beruflicher Umschulung und Qualifizierung, taten. Nach den amtlichen Zählungen hatte sich die Zahl der in Rotenburg lebenden Juden von 123 zu Beginn des Jahres 1933 auf 70 zu Jahresanfang 1938 reduziert, in Bebra von 117 auf 89. Allerdings sind bezüglich Bebra diese amtlichen Zah -len nur begrenzt verwertbar, insofern in den dreißiger Jahren eine beträchtliche Zahl jüdischer Familien und Einzelpersonen aus der Region in Bebra



Erwin Josef Linz (geb. 10.11.1914 in Rotenburg, gest. im Kibbuz Enat, Petach Tikwah/Israel.

eine zwischenzeitliche Bleibe gefunden hatte, so etwa das Ehepaar Dessauer mit Tochter Frieda aus Heringen, die 1933 nach Bebra (Nürnberger Str. 58) übersiedelten, um im März 1936 ihren Wohnsitz nach Frankfurt zu verlegen. Als weiteres Beispiel: die fünfköpfige Familie des Lehrers Israel Levi, die 1936 aus dem Marburger Raum nach Bebra (Pfarrstr. 9) kam und sich dort zwei Jahre aufhielt. Daneben werden in den städtischen Unterlagen eine Reihe jüdischer Einzelpersonen in den „Judenlisten“ geführt, die in Bebra beruflich tätig waren, für die Bebra aber nicht Erstwohnsitz war und die deshalb bei den Volkszählungen hier auch nicht erfasst wurden.

Als Beispiel für Rotenburger Juden, die erst nach beruflicher Qualifizierung ihre Heimatstadt verließen, sei Erwin Josef Linz (Praktikum in der Landwirtschaft) genannt. (s. Foto oben)

Für Bebra sticht das Beispiel von Erich Döllefeld (Jg. 1911) heraus, der vor seiner Auswanderung nach Johannesburg/Südafrika am 12. Oktober 1936 im Jahr davor die Meisterprüfung im Polsterer- und Dekorateurhandwerk abgelegt hatte.


HANDWERKSKAMMER ZU KASSEL

Meister-Brief

Erich Döllefeld

geb. am 6. 9. 1911 in Bebra

hat vor der unterzeichneten Kommission die Meisterprüfung im Polsterer- u. Dekorateurhandw. bestanden. Zu Urkund dessen wird dieser Meisterbrief erteilt. Eschwege, den 28. 5. 1936

gültig ab 6. 9. 1936

DIE MEISTERPRÜFUNGSKOMMISSION FÜR DAS Polsterer- u. Dekorat.-HANDWERK

Wilhelm Berg.

VORSITZENDER

A. Schröder

Auswanderung wird zur Flucht

Nach der „Kristallnacht“ wurde die Auswanderung praktisch zur Flucht. Die meisten der damals noch in Deutschland lebenden 300.000 Juden waren jetzt bereit, die nächste Gelegenheit wahrzunehmen, um Deutschland möglichst rasch zu verlassen. Auf diese Weise konnten von November 1938 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 noch etwa 115.000 Menschen entkommen, also knapp jeder Fünfte der 1933 in Deutschland lebenden jüdischen Menschen.

Für Bebra lässt sich diese Zahl recht genau auf 17 beziffern. Bezogen auf die offizielle Zahl von 117 jüdischen Bebranern im Jahr 1933 bedeutet dies einen deutlich niedrigeren Wert als auf der Ebene des Deutschen Reiches. Noch geringer ist der Anteil der Rotenburger Juden, die in diesem Zeitraum ins Ausland gelangten, nämlich insgesamt 15 (bei einer Gesamtzahl 1933 von 123).

Hier die Namen der **17 Bebraner Juden**, denen zwischen November 1938 (Pogrome) und September 1939 (Kriegsausbruch) die Flucht gelungen war:

nach Südafrika sechs Personen:
Isaak und Bertha **Neuhaus**,
Max und Frieda **Neuhaus**,
Max und Gerda **Rothfels** (alle Nürnbergerstr. 58);

in die USA fünf Personen:
Levi und Regina **Oppenheim** (Nürnbergerstr. 17),
Isaak und Bella **Katzenstein** sowie Bellas Vater Moses **Bacharach** (alle Amalienstr. 9);

ins damalige Palästina drei Personen:
Julius **Abraham** (Nürnbergerstr. 28),
Lehrer Israel **Levi** und seine Frau Laura (Pfarrstr. 9);

nach England: Siegfr. **Abraham** (Nürnbergerstr. 19) und Leo **Oppenheim** (Pfarrstr. 21), der von dort nach Australien ausgewiesen wurde;

in die Niederlande Gutmann **Rülf** (Nürnbergerstr. 27), der im Juni 1942 von Westerbork ins Vernichtungslager Sobibór deportiert wurde.

Aus Rotenburg gelangten nach den Novemberpogromen 1938 bis zum Kriegsausbruch 1939 insgesamt **15 jüdische Menschen** außerhalb des Machtbereichs von Adolf Hitler:

nach England ging
Julius **Gans** (Brotgasse 32);

nach Südafrika schafften die Übersiedlung Max Moses und Johanna **Brandes** sowie ihr Sohn Ludwig (Brauhausstr. 2)

alle anderen flüchteten **in die USA**. Und zwar Johanna und Moritz **Gans** mit Sohn Isidor (Schlosstor 1) und dessen spätere Ehefrau Frieda **Plaut** (Lindenstr. 3),
David und Lotte **Löwenstein** mit Mutter Marianne und Tochter Margot (Brückeng. 6) sowie Meinhold und Henny **Rothschild** mit Sohn Joseph (Marktplatz 9).

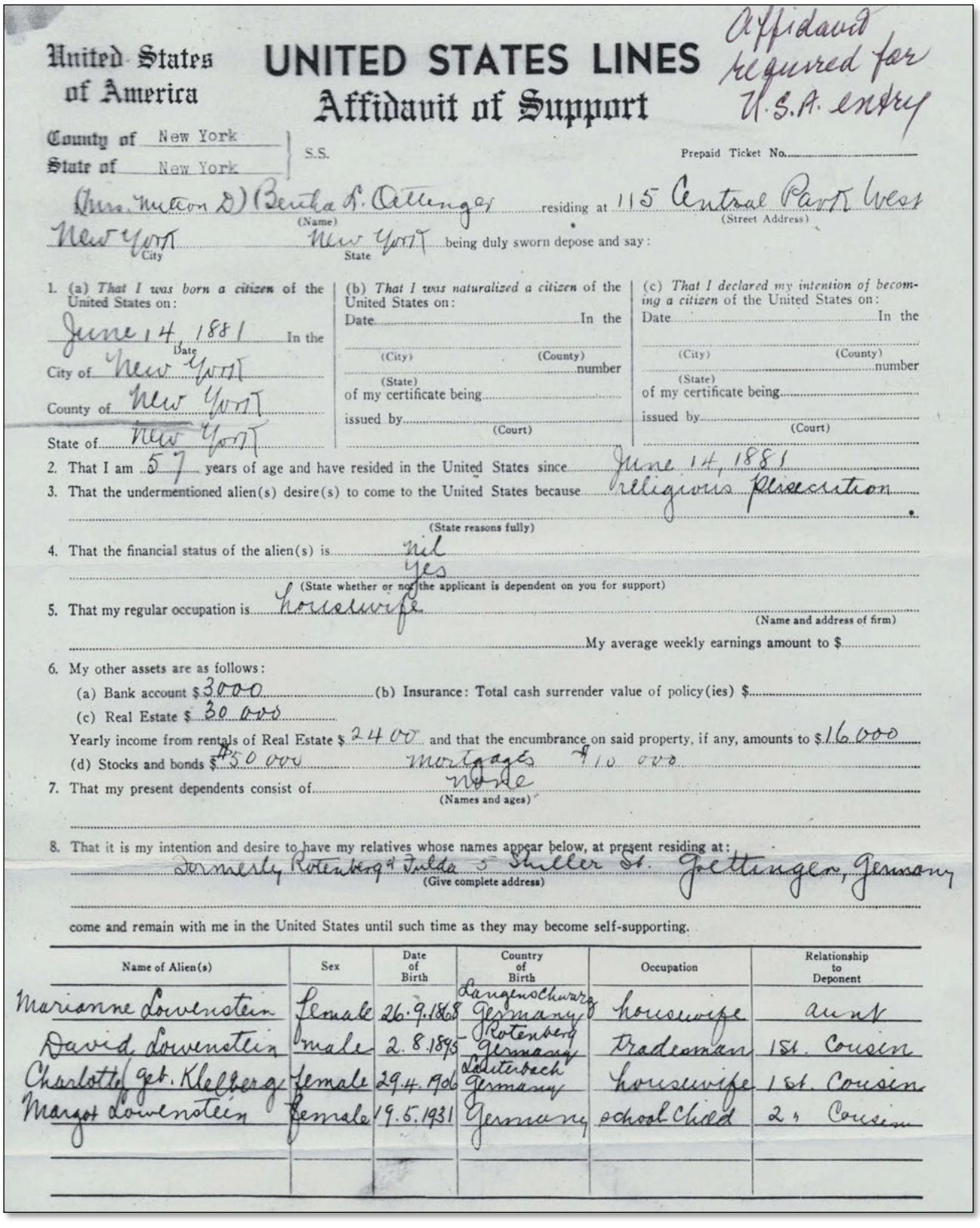
Ihr Umzugsgut konnten die Flüchtlinge nur nach besonderer Prüfung durch die Devisenstellen und den Zoll und nach Zahlung hoher Abgaben mitnehmen; für neuwertigen Hausrat und zum Zweck des beruflichen Neuanfangs angeschaffte Geräte musste zumeist das Doppelte des Anschaffungspreises an die Dego gezahlt werden, die Deutsche Golddiskontbank.

Dies betraf u. a. Gegenstände, die nach Jahresbeginn 1933 erworben worden waren und beim „Umzug“ mitgenommen werden sollten. Die eigentlichen Transportkosten waren gesondert zu entrichten. In der Summe bedeutete dies, dass diejenigen, denen die Ausreise gelang, kaum mehr als ihr nacktes Leben retten konnten.

Die Einrichtung einer „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ am 11. Februar 1939 ließ, wie bereits erwähnt, keine Zweifel darüber aufkommen, dass Deutschland *„judenfrei“* werden sollte, wie dies das *Rotenburger Tageblatt* im Übereifer für die Stadt Rotenburg schon am 11. November 1938 gemeldet hatte.

Die nach den Novemberpogromen in Rotenburg und Bebra verbliebenen Juden waren aber fast alle so verarmt, dass ihnen schlicht das notwendige Geld für eine Auswanderung fehlte und ein reines Affidavit nicht ohne weiteres ausreichte. Immer vorausgesetzt, dass sie auf den Einwanderungslisten der Aufnahmestaaten die entsprechende vordere Platzierung hatten.

Nach Kriegsbeginn (1. September 1939) konnten weitere 25.000 jüdische Menschen aus Deutschland flüchten. Zurück in Deutschland blieben 160.000 meist ältere Juden, die „nach Osten“ deportiert und zum größten Teil in Vernichtungslagern umgebracht wurden. Darüber später mehr.



Affidavit required for U.S.A. entry

United States of America

UNITED STATES LINES

Affidavit of Support

County of New York
State of New York } S.S.

Prepaid Ticket No.

(Mrs. Milton D.) Bertha L. Oettinger (Name) residing at 115 Central Park West (Street Address)
New York City New York State being duly sworn depose and say:

1. (a) *That I was born a citizen* of the United States on: June 14 1881 (Date) In the City of New York County of New York State of New York

(b) *That I was naturalized a citizen* of the United States on: Date ..... In the (City) (County) number (State) of my certificate being ..... issued by ..... (Court)

(c) *That I declared my intention of becoming a citizen* of the United States on: Date ..... In the (City) (County) number (State) of my certificate being ..... issued by ..... (Court)

2. That I am 57 years of age and have resided in the United States since June 14, 1881

3. That the undermentioned alien(s) desire(s) to come to the United States because religious persecution (State reasons fully)

4. That the financial status of the alien(s) is Nil yes (State whether or not the applicant is dependent on you for support)

5. That my regular occupation is housewife (Name and address of firm) ..... My average weekly earnings amount to $.....

6. My other assets are as follows:
(a) Bank account $ 3000 (b) Insurance: Total cash surrender value of policy(ies) $.....
(c) Real Estate $ 30 000
Yearly income from rentals of Real Estate $ 2400 and that the encumbrance on said property, if any, amounts to $ 16 000
(d) Stocks and bonds $ 50 000 mortgages $ 10 000

7. That my present dependents consist of none (Names and ages)

8. That it is my intention and desire to have my relatives whose names appear below, at present residing at: formerly Rotenburg a Fulda 5 Theaterstr. Gottingen, Germany (Give complete address)
come and remain with me in the United States until such time as they may become self-supporting.

Name of Alien(s)	Sex	Date of Birth	Country of Birth	Occupation	Relationship to Deponent
Marianne Löwenstein	female	26.9.1868	Langenschwarz Germany	housewife	aunt
David Löwenstein	male	2.8.1895	Rotenburg Germany	Tradesman	1st. Cousin
Charlotte (geb. Kleeberg)	female	29.4.1906	Lauterbach Germany	housewife	1st. Cousin
Margot Löwenstein	female	19.5.1931	Germany	school Child	2nd Cousin

Dass die Rotenburger Familie Löwenstein das rettende Ufer in den USA erreichte, verdankte sie einer Bürgschaft („Affidavit"), ausgestellt von der 1881 in New York City geborenen B. L. Oettinger, einer Cousine von Charlotte Löwenstein (geb. Kleeberg). Die Angaben über die Besitzverhältnisse der Oettingers geben zu erkennen, dass es die vor zwei Generationen in die USA ausgewanderte Familie zu erheblichem Wohlstand gebracht hatte. Die Löwensteins traten den Weg in die USA 1939 gemeinsam mit der Familie von David Löwensteins Schwester Henny Rothschild an, deren im Oktober 1939 formulierter Bericht über die Novemberpogrome im Anhang dieses Buches abgedruckt ist. Das mit 23.11.1938 datierte, obige Dokument (Affidavit) stellte Margot Löwenstein (verh. Rothschild) zur Verfügung.



Max Moses Brandes und sein Sohn Ludwig 1938 neben ihrem Anwesen in Rotenburg, Neustadtstr. 1. Max Moses Brandes war der letzte Vorsteher der Rotenburger Synagogengemeinde. Älteren Rotenburgern war er als Judenbürgermeister in Erinnerung geblieben.



Henny Rothschild geb. Löwenstein und ihr Bruder David Löwenstein nach der gemeinsamen-Flucht mit ihren Familien in die USA im Januar 1940.

Alfred Döllefeld: gerettet als Lagerinsasse

Dass es dem damals 26-jährigen Alfred Döllefeld im Juli 1941 gelang, den Weg in die USA zu finden, gehört zu den Paradoxien, denen man im geschichtlichen Verlauf hin und wieder begegnet. Alfred verdankt seine Einreisegenehmigung in die USA der Initiative einer Spendergruppe um den New Yorker Max Joseph, die von Alfreds spezieller Notlage als Lagerinsasse in Breitenau Kenntnis bekommen hatte. Man hatte in den USA in Erfahrung gebracht, dass Alfred Döllefeld unter der Auflage der sofortigen Auswanderung seine Freilassung erhalte. Im Mai 1959 gab Max Joseph eine eidesstattliche Erklärung an die Entschädigungsbehörde in Kassel ab: *„Meine Verpflichtung bestand darin, aus menschlicher Hilfeleistung einer bedrohten Person gegenüber, dessen Mutter und Bruder dann deportiert wurden, und der einem schweren Schicksal nur so entgehen konnte, dass er (nur) ... aus einer Gefahr kam … mit der Auflage, sofort auszuwandern."*

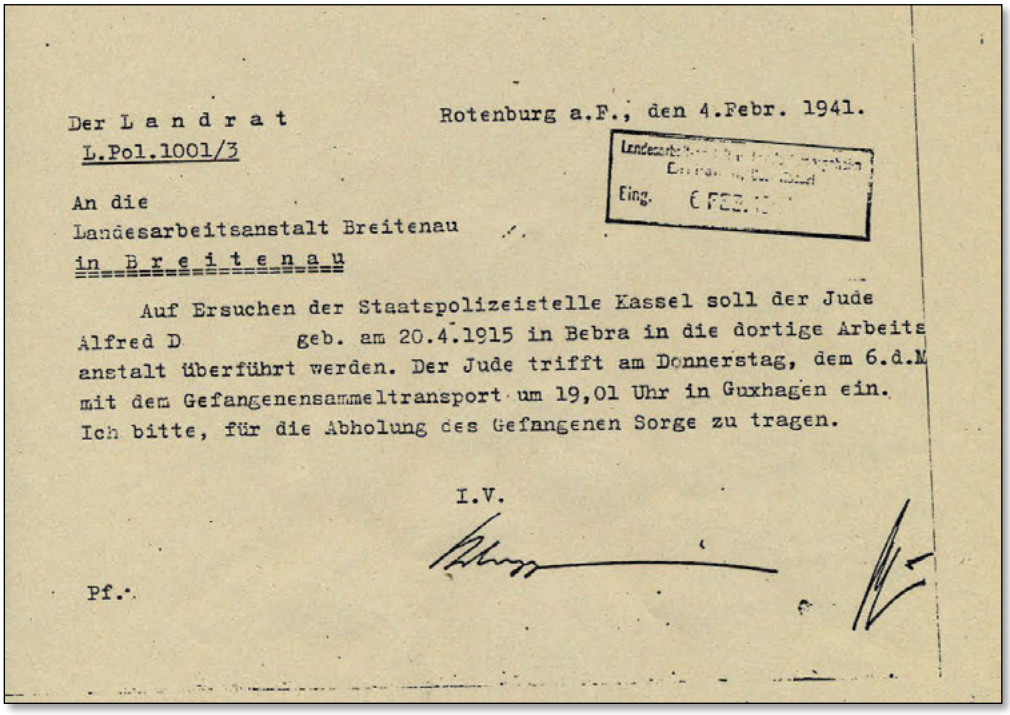
Max Joseph weiter:

„Er ist gefahren auf der SS Ciudad de Sevilla ab Barcelona-Spanien. Es wurde ein Betrag von US Dollar 1050.- zur Verfügung gestellt, der wie folgt verwendet worden sein soll:

Fahrtkosten Dollar 650.-, Gelder für Uebernachtung etc. Dollar 350.-, Kabelgebuehren etc. Dollar 50.- Herr Doellefeld hat mir hier nach Ankunft sukzessive in Abstaenden, und nachdem es ihm moeg-



Alfred gen. Fredy Döllefeld *(geb. 20. April 1914) im Jahr 1941. Er war der einzige jüngere jüdische Mann, der nach Kriegsausbruch noch in Bebra ansässig war.*



Der L a n d r a t
L.Pol.1001/3

Rotenburg a.F., den 4.Febr. 1941.

Eing. 6 FEB.

An die
Landesarbeitsanstalt Breitenau
in B r e i t e n a u

Auf Ersuchen der Staatspolizeistelle Kassel soll der Jude Alfred D geb. am 20.4.1915 in Bebra in die dortige Arbeitsanstalt überführt werden. Der Jude trifft am Donnerstag, dem 6.d.M. mit dem Gefangenensammeltransport um 19,01 Uhr in Guxhagen ein. Ich bitte, für die Abholung des Gefangenen Sorge zu tragen.

I.V.

Pf.

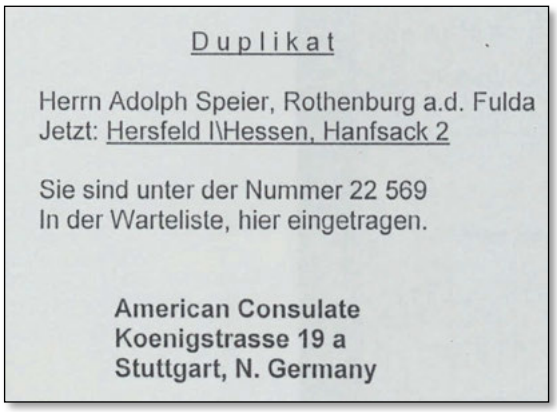
*Vom 6. Februar bis zum 7. Juni 1941 war der seinerzeit 26-jährige **Alfred Döllefeld** als „Schutzhäftling" im Arbeitserziehungslager der Gestapo in Breitenau.*
Für welches „Vergehen" er dort fünf Monate eingesperrt war, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.
Aufschlussreich ist der Grund für seine Entlassung, nämlich das Vorliegen der Ausreisepapiere.
Noch war also die NS-Politik vorrangig auf die Vertreibung der Juden ausgerichtet.

lich war, diesen Betrag zurueckbezahlt und mir so ermoeglicht auch die anderen Geldleiher wieder zu vergueten."

In New York fand Alfred Döllefeld eine Anstellung in einem Malerbetrieb. In dieser Branche machte er sich dann selbstständig und kam so in die Lage, die für ihn gesammelten 1050 US-Dollar seinen Wohltätern in New York später zurückzuzahlen.
Die Misshandlungen und Haftbedingungen im Lager Breitenau waren es dann, die er 1960 bei seinem Entschädigungsantrag als wesentlichen Grund für seine gesundheitlichen Probleme anführte. Aufgrund welcher „Vorkommnisse" er im Januar 1941 in Bebra verhaftet und dann in das Konzentrationslager Breitenau überführt wurde, ist nicht bekannt geworden.

Enttäuschte Hoffnungen

Es wurde bereits angesprochen: Auch nach den weltweit mit Bestürzung aufgenommenen Pogromen im November 1938 war kein Land auf der Erde bereit, zehntausende jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen. Schließlich kamen diese Einwanderer größtenteils verarmt, weil ihre Vermögen durch Enteignung und anderes Unrecht verloren gegangen waren, und sie hatten Berufe, die sie wegen der Sprachbarriere oder gänzlich anderen Anforderungen im Zielland nicht ausüben konnten.
Viele Hoffnungen richteten sich auf die USA. Die USA hatten die Zahl der Einwanderer aus Deutschland auf insgesamt 27.000 pro Jahr begrenzt und diese Zahl wurde auch dann nicht erhöht, als nach der „Kristallnacht" das Ausland deutlicher sah, wohin die Entwicklung ging. Aber die Amerikaner genehmigten die Einreise nur, wenn eine Bürgschaftsurkunde, ein „Affidavit of support" eines amerikanischen Bürgers über die soziale Sicherung des Einwandernden, vorgelegt wurde, wenn also die Unterstützung eines US-amerikanischen Bürgers für einen Emigranten garantiert war, damit er nicht dem Staat zur Last fallen würde.
Jeder in den lang gewordenen Wartelisten Eingetragene hoffte händeringend, dass er auf vordere Plätze vorrückte. Adolf und Bertha Speiers Quotennummer im US-Konsulat in Stuttgart war 22569. Mit dieser Ziffer hätten die Speiers erst Jahre später die Ausreise in die USA antreten können. Später jedenfalls als ihre am 15. September 1942 von Frankfurt aus durchgeführte Deportation ins Ghetto Theresienstadt, von wo aus ihr Weg am 16. Oktober 1944 in die Gaskammern von Auschwitz führte. Die Quotennummer war Adolf Speier vom zuständigen US-amerikanischen Konsulat in Stuttgart mitgeteilt worden.



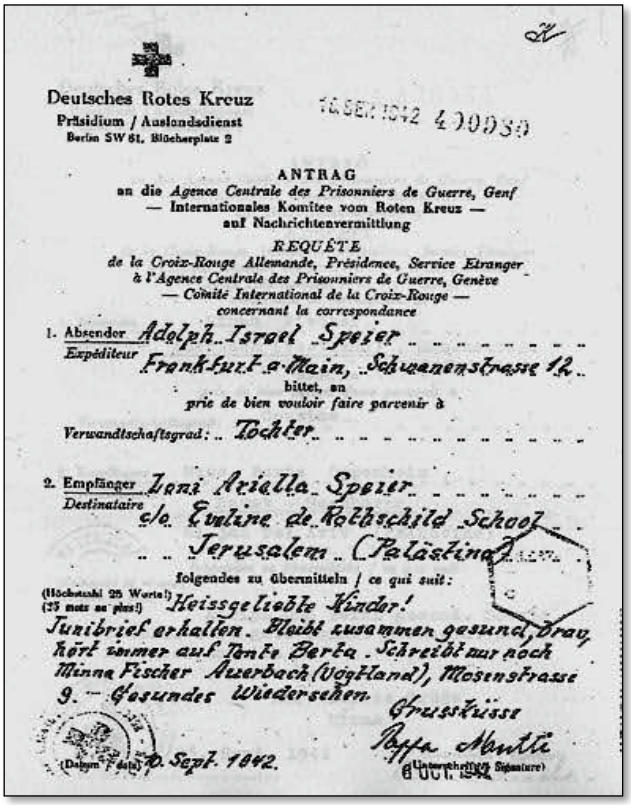
Duplikat

Herrn Adolph Speier, Rothenburg a.d. Fulda
Jetzt: Hersfeld I\Hessen, Hanfsack 2

Sie sind unter der Nummer 22 569
In der Warteliste, hier eingetragen.

American Consulate
Koenigstrasse 19 a
Stuttgart, N. Germany

Das oben abgedruckte Duplikat schickte er an seine Schwester Bertha, die 1936 mit ihrer Familie ins damalige Palästina geflüchtet war. Deren Tochter Yehudith (ehem. Ilse) setzte das Dokument in ihre Publikation von 2004, in der sie Teile der Korrespondenz ihrer deportierten Eltern unter dem Titel „Die Suche nach dem Rettungsstrick. Briefe aus der Hölle" veröffentlichte.



Deutsches Rotes Kreuz
Präsidium / Auslandsdienst
Berlin SW 61, Blücherplatz 2

ANTRAG
an die *Agence Centrale des Prisonniers de Guerre, Genf*
— Internationales Komitee vom Roten Kreuz —
auf Nachrichtenvermittlung

REQUÊTE
de la Croix-Rouge Allemande, Présidence, Service Etranger
à l'Agence Centrale des Prisonniers de Guerre, Genève
— Comité International de la Croix-Rouge —
concernant la correspondance

1. Absender / Expéditeur: Adolph Israel Speier, Frankfurt a. Main, Schwanenstrasse 12
bittet, an / prie de bien vouloir faire parvenir à
Verwandtschaftsgrad: Tochter

2. Empfänger / Destinataire: Ioni Ariella Speier
c/o Evline de Rothschild School
Jerusalem (Palästina)
Folgendes zu übermitteln / ce qui suit:
(Höchstzahl 25 Worte!) (25 mots au plus!)
Heissgeliebte Kinder!
Juni brief erhalten. Bleibt zusammen gesund, Brav hört immer auf Tante Berta. Schreibt nur noch Minna Fischer Auerbach (Vogtland), Mosenstrasse 9. — Gesundes Wiedersehen.
Grussküsse
Papa Mutti

(Datum / date) 10. Sept. 1942.
(Unterschrift / Signature)



Adolf und Berni Speier geb. Oppenheim mit ihren Töchtern Loni (Jg. 1924) und Ilse (Jg. 1932) nach ihrer Übersiedlung in Frankfurt 1940.
Auf der vorigen Seite (unten) das letzte von Frankfurt aus verschickte Telegramm (Datum 10. September 1942), in dem die Eltern ihre Töchter baten, nur noch an die in Auerbach im Vogtland lebende Cousine Minna Fischer zu schreiben. Um die Kinder zu schonen, nannten sie ihnen nicht den Grund für ihre Anweisung, nämlich die für den 16. September angesetzte Deportation aus Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt.

Auswanderung nach Kriegsbeginn

Mit Kriegsbeginn 1939 war das Auswandern noch schwieriger geworden. Durch den atlantischen Seekrieg wurden die Seewege nach Nord- und Südamerika stark beeinträchtigt, da nur noch spanische, portugiesische, argentinische und chilenische Reedereien den zivilen Schiffsverkehr mit der Neuen Welt aufrechterhielten.

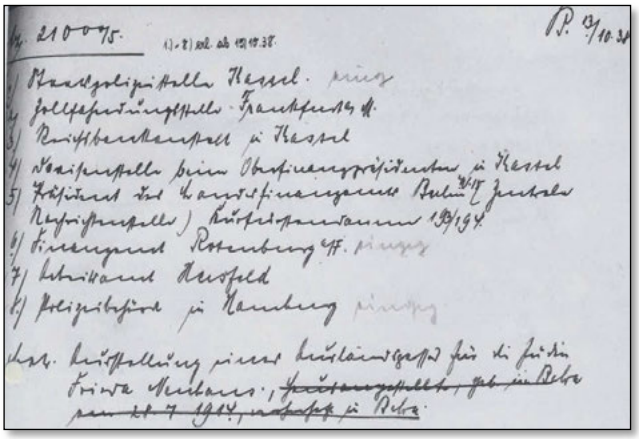
Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 führte auch kein Weg mehr mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Ostasien. Zudem unterbanden die kriegführenden Länder jede Einwanderungsmöglichkeit.
Am 23. Oktober 1941 wurde vom NS-Regime ein Ausreiseverbot erlassen. Ziel war nun nicht mehr die Austreibung aus Deutschland, sondern die Vernichtung des europäischen Judentums

Die neutralen Staaten beschränkten die Zahl der Einwanderer rigoros. Das hatte schließlich zur Folge, dass 1940 nur noch 15.000 Juden Deutschland verlassen konnten, 1941 sank die Zahl auf 8.000. Am 23. Oktober wurde schließlich die Auswanderung von den NS-Behörden endgültig verboten.

Wie sehr die zuständigen Behörden es als Priorität für ihren Aufgabenbereich ansahen, dabei mitzuhelfen, dass das Land „judenrein“ würde, lässt sich an der zügigen Bearbeitung der ihnen vorliegenden Auswanderungsanträge ablesen.
Wie das nebenstehende Dokument (Ausschnitt) aus dem Bebraer Stadtarchiv zeigt, bedurfte es zur Ausstellung eines Reisepasses für die 24-jährige Frieda Neuhaus, Amalienstraße 3, der vorherigen Zustimmung von acht unterschiedlichen Ämtern und Institutionen. Von Januar 1936 bis 5. Oktober 1938 war sie in Hamburg tätig gewesen.
1. Staatspolizeistelle Kassel
2. Zollfahndungsstelle Frankfurt a. M.
3. Reichsbankanstalt in Kassel
4. Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidenten in Kassel
5. Präsident des Landesfinanzamtes Berlin, Kurfürstendamm 193/194 (Zentrale Nachrichtenstelle)
6. Finanzamt Rotenburg a/F.
7. Arbeitsamt Hersfeld
8. Polizeibehörde in Hamburg
An anderer Stelle wird als 9. zu konsultierende Adresse die Kreisleitung der NSDAP genannt.

Den Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses hatte Frieda Neuhaus am 13.10.1938 gestellt, am 15. Dezember ist ihre Abreise nach Südafrika dokumentiert.
Drei Wochen früher als Frieda Neuhaus, am 24.9. 1938, hatte Max Rothfels einen Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses gestellt, Ziel Südafrika. Das Auswanderungsvorhaben von Max Rothfels startete am 15. September. Schon für zehn Tage später, für den 25.09., war im Bebraer Rathaus die Wiedervorlage des Vorgangs angeordnet worden.

Der Umgang mit den beiden hier dokumentierten Anträgen zur Auswanderung kann andererseits als Beleg dafür dienen, was Levi Oppenheim, der ehemalige Vorsteher von Bebras jüdischer Gemeinde, als lobenswertes Agieren von Bebras Bürgermeister Schwichtenberg nannte. In einem Brief vom 26. August 1949 klang das so: *„Bei der Auswanderung hat er bei den Passangelegenheiten soviel getan, was Hunderte von anderen Bürgermeistern nicht getan hätten.“*



Auflistung der Behörden und Dienststellen, die vor einer Auswanderung ihr Plazet geben mussten. (StA Bebra)



Max Rothfels rettete sich durch Flucht nach Südafrika.



Auch Frieda Neuhaus konnte nach Südafrika fliehen.

Einstimmung auf die „Endlösung“

Vollends auf die „Endlösung“ eingestimmt hatte man das „arische“ Publikum zu Jahresbeginn 1941 mit dem als „Dokumentarfilm“ angepriesenen Hetzfilm „Der ewige Jude“.

„Willst Du diesen Krieg gewinnen, musst Du den Juden besiegen“ hämmerte das *Rotenburger Tageblatt* vom 14. Januar 1941 seinen Lesern ein und warb für den Besuch des Filmes wegen seines „aufklärerischen“ Charakters:

„Das Geheimnis aller Kriege vor der Zeit und jetzt liegt nunmehr offen vor uns: Es ist der Jude, der die Menschheit um ihr Glück bestahl, es ist auch der Jude, der auch diesen Krieg entfesselte, weil er sein Diebesgut nicht herausgeben will.“

Der Film zeige nicht die „Verwandlungskunst von hierfür abgestellten Filmschauspielern wie im Film Jud Süß“, sondern die *„Fratze jüdischer Gesinnung“*. Der *„Jude selbst in eigener Person“* stelle sich hier der Kamera. So führe er *„in die verborgenen Stätten jüdischen Lebens“*, zeige die *„Juden in ihren Ghettos, beim Gebet in der Synagoge, beim Feilschen auf der Straße, beim grausamen Ritual des Schächtens“*. Für „Empfindsame“ empfahl die Zeitung den Besuch der Kinder- und Jugendvorstellung am Sonntag um 14.30 Uhr. Der Film werde dann *„ohne die Bilder des jüdischen Tierschächtens“* gezeigt. Für die Hitlerjugend gab es eine Sondervorstellung am Sonntagvormittag um 9.15 Uhr – mit dieser Terminansetzung konnte man den Gottesdienstbesuch verhindern.


Ton-Theater

DER EWIGE JUDE

EIN DOKUMENTARFILM ÜBER DAS WELTJUDENTUM

Dieser Film führt uns in die verborgensten Stätten jüdischen Lebens. Er zeigt uns die Juden in ihren Ghettos, beim Gebet in der Synagoge, beim Feilschen auf der Straße, beim grausamen Ritual des Schächtens.

Deutsche Wochenschau / Ostraum, Deutscher Raum

Spielplan:

Freitag bis Sonntag 7.45 Uhr
Sonntag auch 4.30 und 7.45 Uhr

Sonntag nachm. 2.30 Uhr
Kinder- u. Jugend-Vorstellung

In der Sonntag 2.30 Uhr-Vorstellung läuft der Film ohne die Bilder des jüdischen Tierschächtens. Empfindsamen empfehlen wir daher den Besuch der Sonntags 2.30 Uhr-Vorstellung.

Werbeanzeige im Rotenburger Tageblatt v. 14.01.1942.

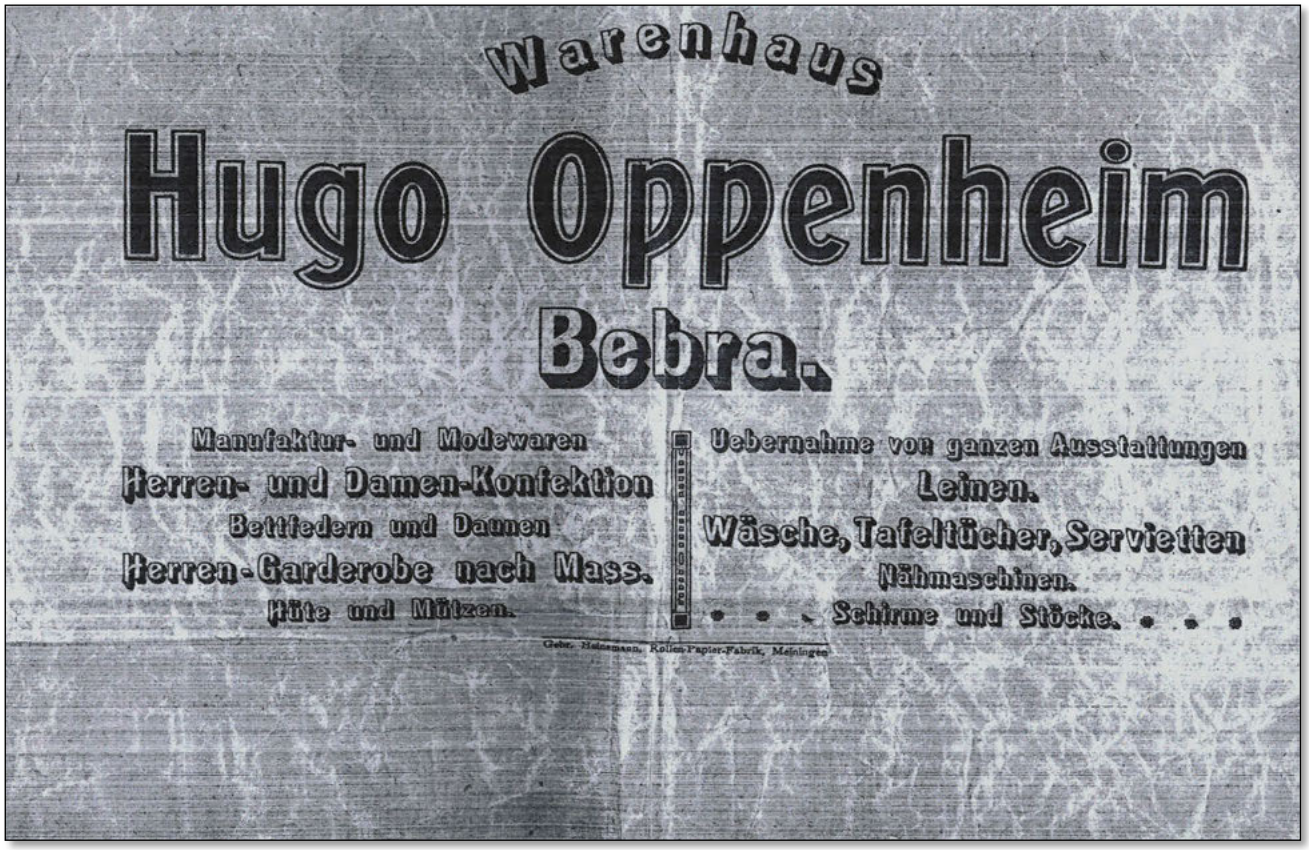
Hugo Oppenheims Freitod

Am 13. März 1941 schied Hugo Oppenheim freiwillig aus dem Leben. Acht Jahre in der Hitlerdiktatur hatten den einst so geachteten Bürger Bebras zermürbt. Wie bereits dargestellt, war er bis zu seinem Ausschluss aus dem Bebraer Gardeverein am 23. Juli 1933 als dessen Schriftführer aktiv gewesen. Das demonstrative Vorzeigen des Eisernen Kreuzes, so die mündliche Überlieferung, habe ihn im November 1938 vor der Überführung ins Konzentrationslager bewahrt.

Er wurde auf dem jüdischen Friedhof in Hersfeld beerdigt, seine Bestattung war dort die letzte vor Kriegsende. Der jüdische Friedhof in Bebra durfte aufgrund eines Beschlusses der dortigen Ratsherren seit August 1937 „aus gesundheitlichen Gründen“ nicht mehr in Anspruch genommen werden. Immerhin war ein örtlicher Schreinermeister und Leichenbestatter bereit, den toten Juden zu seinem 15 km entfernten Bestattungsplatz zu bringen, erntete dafür aber den Hohn und Spott einiger Volksgenossen. Nach Aussage eines damals 19-jährigen Zeitzeugen habe der „arische“ Bestatter mit sarkastischem Kommentar auf die Anwürfe seiner Kritiker reagiert.

Als Weltkriegsveteran hatte Hugo Oppenheim seine Auszeichnungen, v. a. das Eiserne Kreuz, wie eine Ikone gehütet, in der irrigen Annahme, diese Würdigungen seien die Garanten einer Akzeptanz auch im Dritten Reich. Diese Kriegsveteranengeneration hat die Verfolgungen und Demütigungen am härtesten getroffen. Sie hatten ihre eigenen „nationalen Verdienste“ für Deutschland, insbesondere ihren aktiven Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg, als ausreichenden Schutz für ihre persönliche Sicherheit gesehen. Ein Foto zeigt Hugo Oppenheim hoch zu Ross als stolzen Weltkriegssoldaten.





Im Kreisblatt vom 19. November 1903 wurde das neuerbaute Warenhaus Oppenheim als „Zierde und Sehenswürdigkeit unseres Ortes“ vorgestellt. Für die Eröffnung am 21. November 1903 wurde zu einer „großartigen, feenhaften Dekoration“ eingeladen.

D. 4 Die Situation der am Ort Gebliebenen

Freitod als Selbstbehauptung

Für viele Juden, so Christian Goeschel in seiner Abhandlung über *Selbstmord im Dritten Reich,* war der Selbstmord ein Mittel, das eigene Selbstwertgefühl zu retten. In der großen Mehrzahl der Fälle waren die Juden, die Selbstmord begingen, hoch assimiliert und wollten einfach nicht akzeptieren, dass sie zu „rassischen" Juden abgestempelt wurden.

Gesetze und Verordnungen hatten ihre Lebensmöglichkeiten immer stärker eingeschränkt, sodass Suizide als letzte individuelle Versuche zu sehen sind, unter den verheerenden Lebensbedingungen Würde und Handlungsfreiheit zu bewahren. In dieser Situation, so Goeschel, erscheint der Suizid als letzte Möglichkeit einer humanen Selbstbestimmung.



Hugo Oppenheims Bestattung auf dem Jüdischen Friedhof an der Heinrich-Heine-Straße in Bad Hersfeld war dort die letzte vor Ende des Dritten Reiches. Bebras Jüdischer Friedhof war im August 1937 geschlossen worden.

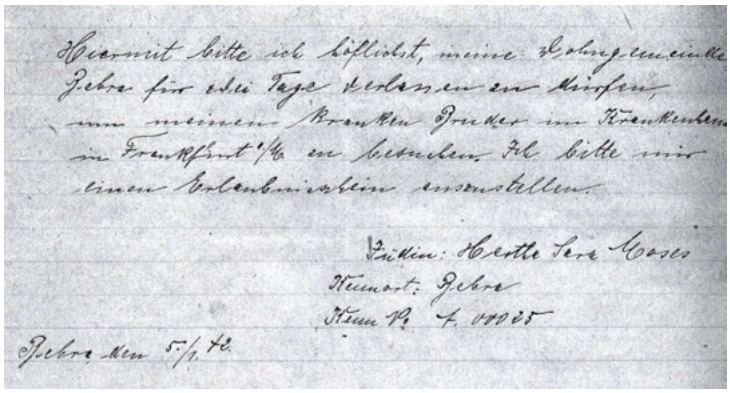
Stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit

Ab Herbst 1941 wurde auf dem Verordnungswege die Lage der in Deutschland verbliebenen Juden ins Extrem verschlechtert. Am 1. September 1941 kam mit der Verordnung über das Tragen des Judensterns (§ 1) in §2 das Verbot, *„den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei sich zu führen".*
Die Nutzung der Bahn wurde mit einem Vorbehalt versehen, dass dies nämlich nur dann möglich sei, *„wenn dieses Verkehrsmittel durch den Verkehrsträger oder dessen Aufsichtsbehörde ausgeschlossen oder eingeschränkt ist".*

Nebenstehend sind Dokumente aus dem Bebraer Stadtarchiv abgedruckt, welche die Abläufe solcher Besuche jüdischer Menschen aus Bebra dokumentieren.
Die beiden oberen Dokumente (Hertha Moses geb. Abraham) lassen erkennen, dass die Erlaubnis zum Verlassen des Wohnortes am 5. Januar 1941 noch am Tag der Antragstellung gegeben wurde, der Antrag also nicht mit einer schikanösen Antragsfrist bearbeitet wurde - vielleicht kann dies als weiterer Beleg dafür gelten, was Levi Oppenheim Bebras Bürgermeister Schwichtenberg in seinem Schreiben vom 26. August 1949 bescheinigte, dass dieser nämlich *„bei der Auswanderung ... bei den Passangelegenheiten so viel getan (hat), was hunderte von anderen Bürgermeistern nicht getan hätten."*

Laut ergänzender Verordnung vom 18. September 1941 war den Juden die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nur erlaubt, *„wenn es noch Platz für sie gibt, keinesfalls aber in der Zeit der größten Belastung, wenn nicht einmal alle Nichtjuden Platz finden. Juden dürfen nur in den niedrigen Klassen fahren und Sitzplätze nur einnehmen, wenn andere Reisende nicht mehr stehen.*" (Walk 1996: 350)

Außer den hier gezeigten Reiseerlaubnissen sind die entsprechenden Dokumente auch für die Fahrt von Johanna Oppenheim am 22. November 1941 nach Hersfeld überliefert, *„zwecks Beschaffung einer Brille".* Mit der Verordnung vom 24. April 1942 wurde den Juden schließlich jegliche Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt.

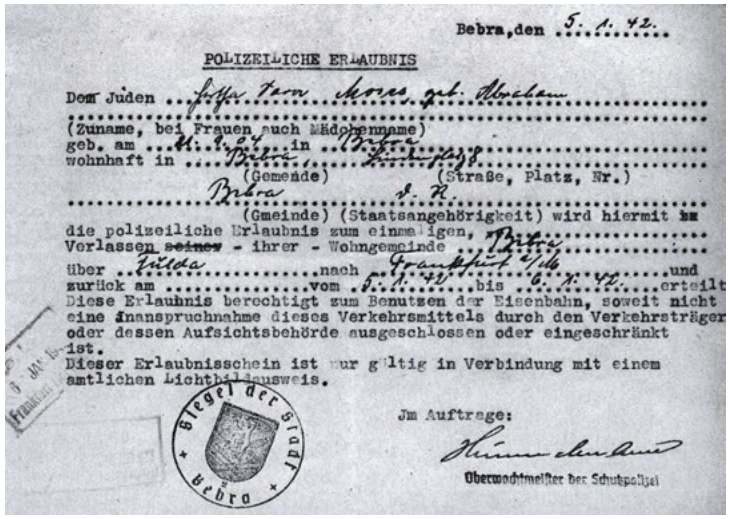


Hiermit bitte ich höflichst, meine Wohngemeinde Bebra für drei Tage verlassen zu dürfen um meinen kranken Bruder im Krankenhaus in Frankfurt/M zu besuchen. Ich bitte mir einen Erlaubnisschein auszustellen.

Jüdin: Hertha Sara Moses
Kennort: Bebra
Kenn Nr. 7.00025
Bebra, den 5./1. 42

„Hiermit bitte ich höflichst, meine Wohngemeinde Bebra für drei Tage verlassen zu dürfen, um meinen kranken Bruder im Krankenhaus in Frankfurt/M zu besuchen. Ich bitte mir einen Erlaubnisschein auszustellen.

Jüdin: Hertha Sara Moses
Kennort: Bebra
Kenn No. 7.00025
Bebra, den 5./1. 42



Bebra, den 5.1.42

POLIZEILICHE ERLAUBNIS

Dem Juden Hertha Sara Moses geb. Abraham
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname)
geb. am 1.3.77 in Bebra
wohnhaft in Bebra, Nürnbergerstr. 39
(Gemeinde) (Straße, Platz, Nr.)
Bebra J. H.
(Gemeinde) (Staatsangehörigkeit) wird hiermit die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen, Verlassen ~~seiner~~ - ihrer - Wohngemeinde Bebra
über Fulda nach Frankfurt/M und zurück am 5.1.42 vom 5.1.42 bis 6.1.42 erteilt.
Diese Erlaubnis berechtigt zum Benutzen der Eisenbahn, soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses Verkehrsmittels durch den Verkehrsträger oder dessen Aufsichtsbehörde ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.
Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis.

Siegel der Stadt Bebra

Im Auftrage:
Oberwachtmeister der Schutzpolizei

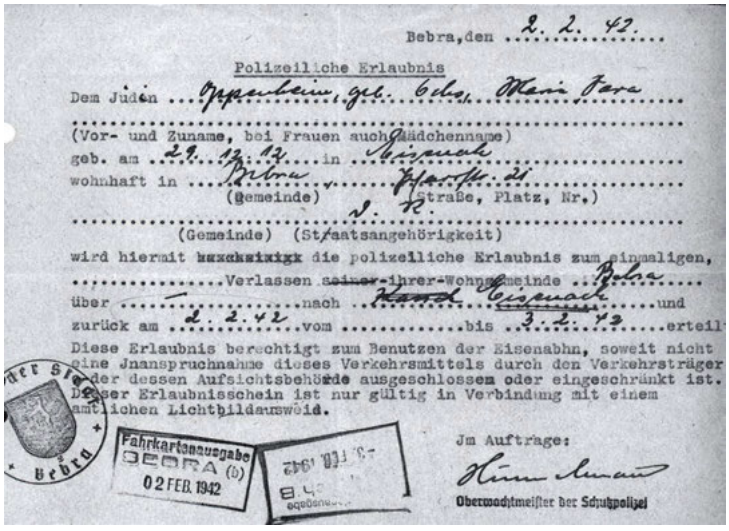
Bebra, den 5.1.42

Polizeiliche Erlaubnis

Der Jüdin Hertha Sara Moses geb. Abraham
……
……

„Diese Erlaubnis berechtigt zum Benutzen der Eisenbahn, soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses Verkehrsmittels durch den Verkehrsträger oder dessen Aufsichtsbehörde ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.“

Im Auftrage: *Himmelmann*
Oberwachtmeister der Schutzpolizei



Bebra, den 2.2.42

Polizeiliche Erlaubnis

Dem Juden Oppenheim, geb. Ochs, Marie Sara
(Vor- und Zuname, bei Frauen auch Mädchenname)
geb. am 29.12.12 in Eisenach
wohnhaft in Bebra, Pfarrstr. 21
(Gemeinde) (Straße, Platz, Nr.)
J. H.
(Gemeinde) (Staatsangehörigkeit)
wird hiermit ~~kuxakxixigx~~ die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen, Verlassen ~~seiner~~ ihrer Wohngemeinde Bebra
über ~~Kassel~~ nach Eisenach und zurück am 2.2.42 vom 2.2.42 bis 3.2.42 erteilt.
Diese Erlaubnis berechtigt zum Benutzen der Eisenbahn, soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses Verkehrsmittels durch den Verkehrsträger oder dessen Aufsichtsbehörde ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.
Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis.

Siegel der Stadt Bebra
Fahrkartenausgabe BEBRA (b) 02 FEB. 1942

Im Auftrage:
Oberwachtmeister der Schutzpolizei

Bebra, den 2.2.42

Polizeiliche Erlaubnis

„Der Jüdin Oppenheim, geb. Ochs, Marie Sara, geb. am 29.12.12 in Eisenach, wohnhaft in Bebra, Pfarrstr. 21 wird hiermit die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen Verlassen ihrer Wohngemeinde … nach Eisenach und zurück am 2.2.42 … bis 3.2.42 erteilt.“

(weiterer Text wie oben)

Im Auftrage: *Himmelmann*
Oberwachtmeister der Schutzpolizei



Der Bürgermeister
der Stadt Bebra
als Ortspolizeibehörde

Bebra, den 3. Oktober 1941.

Bescheinigung.

J

Der Jüdin Jenny Sara Oppenheim, geb. am 3.1.77, wohnhaft in Bebra, Nürnbergerstrasse 39, wird die Erlaubnis erteilt, zwecks Aufnahme in ein Krankenhaus, die Reichs-Bahn von Bebra nach Hannover zu benutzen.

13/10.41 gez. Mo

Siegel der Stadt Bebra

i. A. Himmelmann
Oberwachtmeister der Schutzpolizei

Der Bürgermeister der Stadt Bebra
als Ortspolizeibehörde

Bebra, den 3. Oktober 1941

Bescheinigung

Der Jüdin Jenny Sara Oppenheim, geb. am 3.1.77, wohnhaft in Bebra, Nürnbergerstrasse 39, wird die Erlaubnis erteilt, zwecks Aufnahme in ein Krankenhaus, die Reichs-Bahn von Bebra nach Hannover zu benutzen.

i. A. *Himmelmann*
Oberwachtmeister der Schutzpolizei

Kennzeichnung durch den Judenstern

Die Kennzeichnung der Juden durch den Namen (Israel bzw. Sara) und durch das „J“ im Ausweis, die seit 1. Januar 1938 verpflichtend galt, genügte ab 1. September 1941 nicht mehr. Als äußerster Schritt der Ausgrenzung und als äußeres Zeichen tiefster Demütigung zwang die „Polizeiverordnung zur Kennzeichnung der Juden“ alle über sechs Jahre alten jüdischen Menschen dazu, einen handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der Aufschrift *Jude* zu tragen.

Dieses „Kennzeichen“ musste fest aufgenäht und deutlich sichtbar auf der linken Brustseite des zuoberst getragenen Kleidungsstückes platziert werden. Das jahrtausendealte jüdische religiöse Symbol des „Magen David“ (Schild Davids) wurde so zur totalen Verächtlichmachung jüdischer Menschen missbraucht. Scham und Angst trugen in der Folgezeit dazu bei, sich so gut wie nicht mehr in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Im NS-Organ *Kurhessische Landeszeitung* war am 20.09.1941 zu lesen: *„Nunmehr müssen die Juden ... einen Davidstern tragen, damit jeder sofort und immer erkennen kann, daß es sich um einen Juden handelt. Wo also in Zukunft jemand mit dem Zeichen des Davidsterns auftaucht, heißt dies für jeden deutschen Menschen: Aufgepaßt, ein Jude!“*



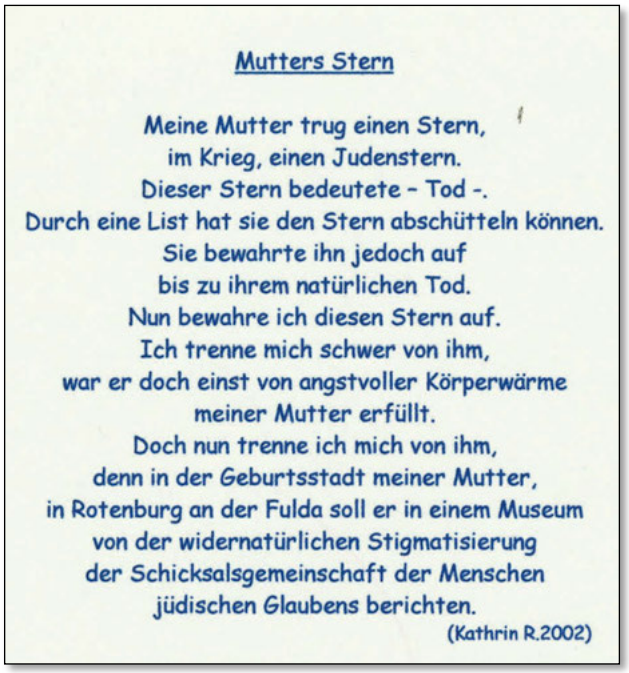
In Bebra 21 Sternträger

In Bebra waren es noch 21 Personen, die einen Judenstern tragen mussten:
Salomon Abraham (Jg. 1871) u.
Ehefrau Louise geb. Jüngster (Jg. 1879),
Mathilde Döllefeld (Jg. 1872),
Ww. Klara Döllefeld geb. Wallach (Jg. 1889),
Walter Döllefeld (Jg. 1910),
Ww. Betty Levi geb. Frank (Jg. 1892),
Ww. Hedwig Löser geb. Döllefeld (Jg. 1880),
Moritz Moses (Jg. 1902) u.
Ehefrau Hanna geb. Abraham (Jg. 1904) u.
Tochter Pauline Moses (Jg. 1933),
Max Moses Levi (Jg. 1881) u.
Ehefrau Recha geb. Kuhl (Jg. 1887),
Egon Oppenheim (Jg. 1925),
Ww. Jenny Oppenheim geb. Grunsfeld (Jg. 1877),
Johanna Oppenheim geb. Abraham (Jg. 1876),
Marie Oppenheim geb. Ochs (Jg. 1912),
Willi Oppenheim (Jg. 1868) u.
Ehefrau Mathilde geb. Tannenberg (Jg. 1875),
Sally Süßkind (Jg. 1883) u.
Ehefrau Jenny geb. Wallach (1890);
Jeanette Wallach geb. Weisskopf (Jg. 1864).

In Rotenburg acht Sternträger

Von der Ausgrenzung mit dem Judenstern waren in Rotenburg acht Personen betroffen:
Viktor Falkenstein (Jg. 1882) u.
Ehefrau Hanna geb. Höflich (Jg. 1890),
Fritz Falkenstein (Jg. 1915),
Gretchen Falkenstein (Jg. 1920),
Ww. Dina Israel geb. Falkenstein (Jg. 1880) u.
Sohn Fritz Israel (Jg. 1921),
Elfriede Gans geb. Meyer (Jg. 1905) sowie
Paula Plaut (Jg. 1887).

Der auf dieser Seite abgebildete „Judenstern“ wurde von Ruth Katzenstein-Gützlaff, geboren in Rotenburg am 20. Januar 1906, von September bis Dezember 1941 getragen, als ihre christlich aufgewachsene Mutter in Berlin ein Gerichtsurteil erwirkte, in dem Tochter Ruth zur „Arierin“ erklärt wurde. Ruths Mutter war vor Gericht mit der Behauptung aufgetreten, nicht ihr inzwischen verstorbener jüdischer Ehemann Siegfried Katzenstein sei Ruths leiblicher Vater, sondern ein entfernt Verwandter aus Erfurt, wo sie herstammte. Der Stern wurde 2006 dem Jüdischen Museum in Rotenburg als Exponat übergeben. Ruths Tochter Kathrin Reiher schrieb dazu den Text auf der nächsten Seite (Mutters Stern).





Am 16. September 1941, drei Tage vor der finalen Ausgrenzung durch den Judenstern, hatte die Bebraner Jüdin Mathilde Oppenheim bereits das letzte Fünkchen Hoffnung auf Rettung in einem Brief an ihre Tochter Berti begraben:
„Wie man hört, stockt es augenscheinlich mit der Auswanderung, ich glaube, wir können alles aufgeben und müssen uns in das Unabänderliche fügen, und hat es der lb. Gott so über uns bestimmt und hilft alles Murren und Klagen nichts.“

Enteignung wird „vereinfacht“

Am 23. Oktober 1941 wurde ein generelles Auswanderungsverbot verhängt, sieben Wochen bevor Hitler den Vereinigten Staaten den Krieg erklärte.

Am 25. November 1941 wurde schließlich die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz veröffentlicht, welche die bisherigen „gesetzlichen“ Grundlagen für die Enteignung jüdischen Vermögens „vereinfachte“:
Juden, die sich im Ausland aufhielten oder ihren Wohnsitz ins Ausland verlegten, verloren die deutsche Staatsangehörigkeit. Das betraf in seiner perfiden Logik nicht nur die aufgrund eigener Initiative aus Deutschland Geflüchteten, sondern auch die gewaltsam ab Jahresende 1941 aus ihrer Heimat in die Vernichtung Verschleppten.

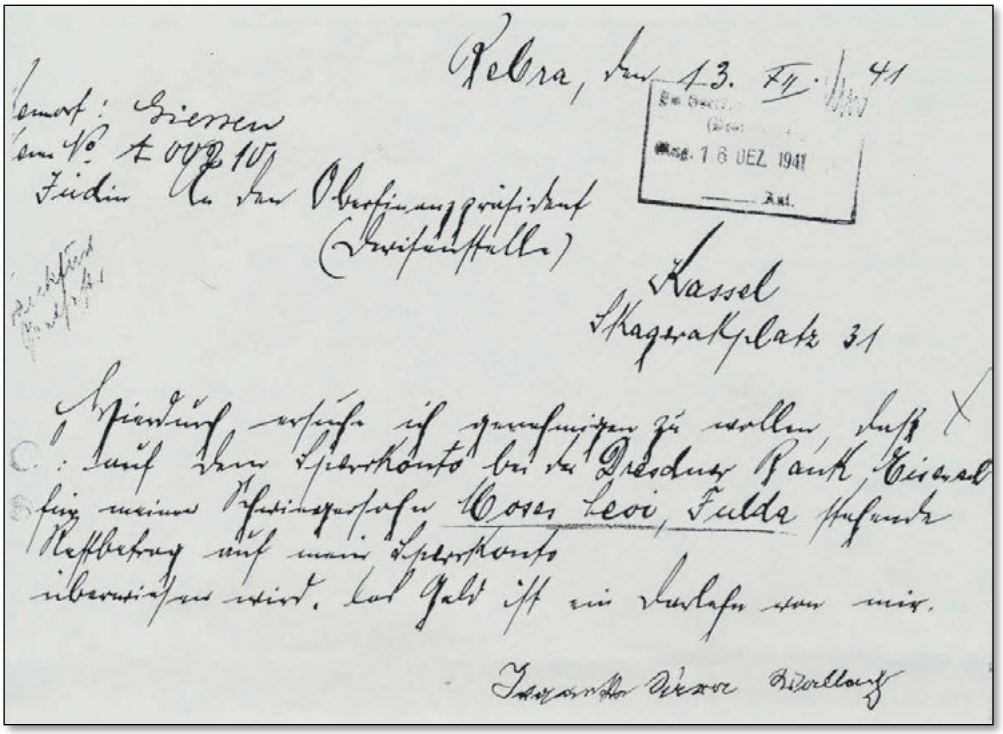
Mit dieser juristischen Konstruktion, die aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern einen frei-gewählten Aufenthaltsort machte, gelang es, den Deportationsopfern ihr Vermögen auf dem Verwaltungsweg zu rauben.

Jeannette Wallach (An der Bebra 1) war mit Bestimmtheit bis ins Mark getroffen, als sie sich mit der konsequenten Gültigkeit der oben genannten Verordnung konfrontiert sah.
Am 9. Dezember 1941 war ihre Tochter Hedwig mit ihrem Ehemann Moses Levi, seit Sommer 1938 in Fulda ansässig, mit dem 1. Großtransport nordhessischer Juden nach Riga deportiert worden. Wohl in Unkenntnis der Verordnung vom 25.11.1941 stellte Jeanette Wallach am 13.12.1941 ein Gesuch mit folgendem Wortlaut an den Oberfinanzpräsidenten in Kassel:
„Hierdurch ersuche ich genehmigen zu wollen, daß der auf dem Sperrkonto bei der Dresdner Bank Eisenach für meinen Schwiegersohn Moses Levi, Fulda, stehende Restbetrag auf mein Sperrkonto überwiesen wird, das Geld ist ein Darlehen von mir.“
Mit dem Betreff *„Moses Levi, fr. Fulda, nach dem Osten umgesiedelt“* kam am 7. Januar 1942 die Antwort aus dem Kasseler Finanzpräsidium mit dem Hinweis auf die Bestimmung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, dass „die Vermögenswerte der ausgewanderten Juden dem Deutschen Reich verfallen“ seien.
Die formalen Regeln bei Erteilung eines ablehnenden Bescheids beachtend, wurde Jeanette Wallach vom Kasseler Sachbearbeiter ihres Gesuchs an die nächsthöhere, zuständige Instanz verwiesen, den

Oberfinanzpräsidenten in Berlin. Wenige Tage nach Erhalt des demoralisierenden Antwortschreibens, am 19. Januar 1942, war die 77-Jährige tot, ihr Leichnam wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Sontra-Diemerode verscharrt. Die besonders deprimierenden Nachrichten der Tage und Wochen vor ihrem Tod hatten wohl ihren letzten Lebensmut zerbrochen. Ihre Grabstätte in Diemerode, der letzten Begräbnisstätte der hiesigen Jüdinnen und Juden, blieb ohne Markierung.

Im März 1934 war Jeanette Wallach Witwe geworden. Ihr Ehemann, der Viehhändler Moses Wallach, hatte damals noch eine würdige Bestattung auf Bebras jüdischem Friedhof gefunden.

Gustel Strube aus Weiterode hatte in den in den 1920er Jahren eine Lehre als Schneiderin bei Jeanette Wallach gemacht. Als sie nach 1933 ihrer ehemaligen Lehrherrin in Bebra begegnete, so erinnerte sich Gustel Strube, habe diese ihr bedeutet: *„Gustchen, geh weiter, geh weiter! Du kriegst sonst nur Scherereien.“*



Bebra, den 13. Dez. 41

Vermerk: Diesen Vorgang [illegible] Judin [illegible] der Oberfinanzpräsident (Devisenstelle)

Eingang 16 DEZ. 1941

Kassel Königsplatz 31

Hiermit ersuche ich genehmigen zu wollen, daß auf dem Sperrkonto bei der Dresdner Bank Eisenach für meinen Schwiegersohn Moses Levi, Fulda stehende Restbetrag auf mein Sperrkonto überwiesen wird. Das Geld ist ein Darlehn von mir.

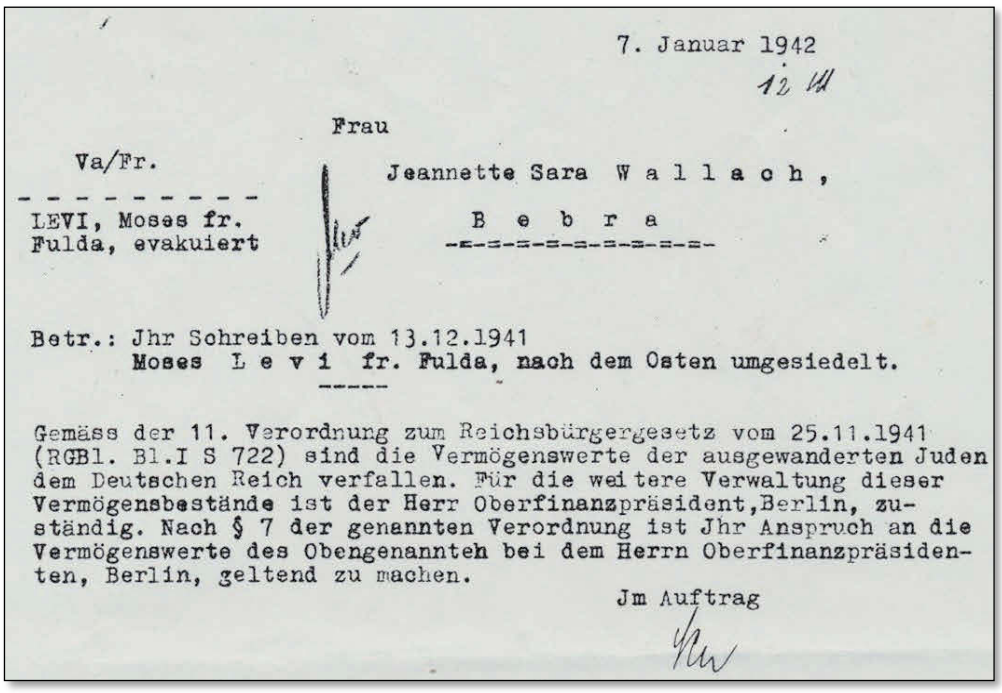
Jeanette Sara Wallach

Gesuch Jeanette Wallachs an den Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle)

Bebra, den 13.12.1941:

„Hiermit ersuche ich genehmigen zu wollen, das auf dem Sperrkonto bei der Dresdner Bank Eisenach für meinen Schwiegersohn Moses Levi (Fulda) stehende Restbetrag auf mein Sperrkonto überwiesen wird. Das Geld ist ein Darlehn von mir.“

Jeanette Sara Wallach



7. Januar 1942
12 III

Frau
Jeannette Sara W a l l a c h ,
B e b r a

Va/Fr.
LEVI, Moses fr.
Fulda, evakuiert

Betr.: Jhr Schreiben vom 13.12.1941
Moses L e v i fr. Fulda, nach dem Osten umgesiedelt.

Gemäss der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. Bl.I S 722) sind die Vermögenswerte der ausgewanderten Juden dem Deutschen Reich verfallen. Für die weitere Verwaltung dieser Vermögensbestände ist der Herr Oberfinanzpräsident,Berlin, zuständig. Nach § 7 der genannten Verordnung ist Jhr Anspruch an die Vermögenswerte des Obengenannteh bei dem Herrn Oberfinanzpräsidenten, Berlin, geltend zu machen.

Jm Auftrag

Frau Jeanette Sara Wallach, Bebra

Betr.: Ihr Schreiben v. 13.12.1941
Moses Levi fr. Fulda, nach dem Osten umgesiedelt

Gemäß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 sind die Vermögenswerte der ausgewanderten Juden dem Deutschen Reich verfallen. Für die weitere Verwaltung dieser Vermögensbestände ist der Herr Oberfinanzpräsident, Berlin, zuständig.

Curt Döllefelds Rettungsversuch

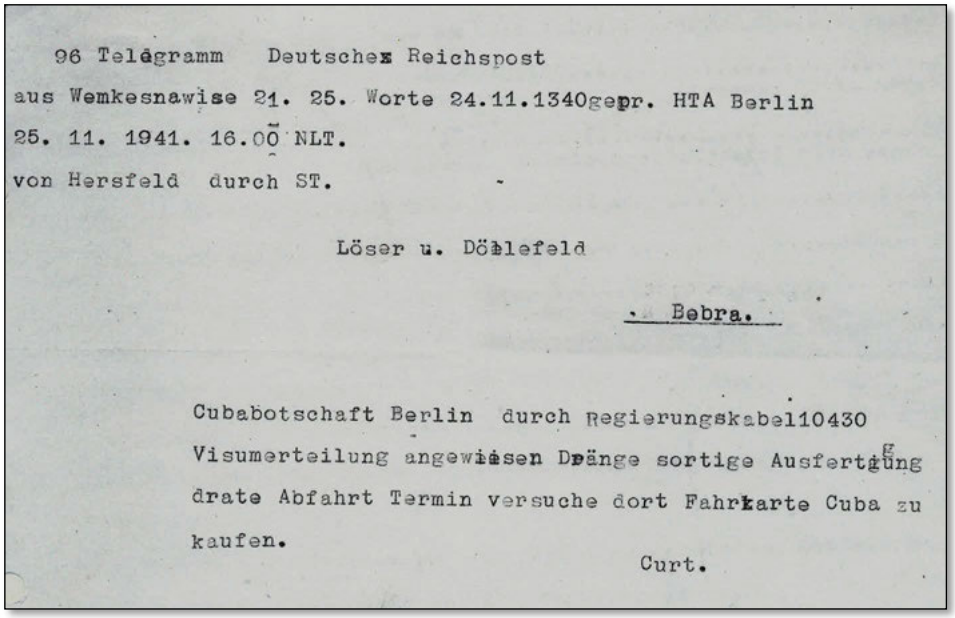
Das am 23. Oktober 1941 verhängte Verbot der Auswanderung war vermutlich außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches noch nicht überall bekannt geworden. So erreichte Hedwig Löser geb. Döllefeld im Verlauf des 25. November 1941 ein an „Löser u. Döllefeld Bebra“ adressiertes Telegramm; abgeschickt hatte es ihr 1934 in die USA ausgereister Sohn Curt.

Das Telegramm enthielt die wesentlichen Stichworte „Cubabotschaft Berlin“, „Visumerteilung“ und „Fahrkarte Cuba“.

Mutmaßlich war das Telegramm vom 25. November 1941 nicht die einzige Botschaft aus den USA an Hedwig Löser und die Döllefelds. Erst wenige Tage davor hatte sich Hedwig Löser aus Alsfeld bei ihrer Mutter Klara Döllefeld in Bebra in dem Haus An der Bebra 1 einquartiert. Durch Eheschließung mit Ludwig Löser (verstorben 1928) war sie 1910 nach Alsfeld gekommen.

Am 26. November 1941 reiste Hedwig Löser für fünf Tage per Bahn nach Frankfurt, wie es die überlieferte „polizeiliche Erlaubnis“ ausweist. Ihre Hoffnung auf Rettung über den von ihrem Sohn ausgekundschafteten Weg über Cuba erwies sich jedoch als Illusion.

Eine solche Illusion hatte sich auch die Familie von Anne Frank in Amsterdam gemacht. Auf der Webseite „Miep Gies“ ist ein Brief von Anne Franks Vater unter der Überschrift „Kuba-Brief vom 24. November 1941“ abgedruckt. Auf der genannten Webseite findet sich auch der ergänzende Hinweis auf den „so genannten Kuba-Brief, in dem Juden vorgegaukelt wurde, sie könnten kubanische Ausreisevisa ergattern.“ (www.miepgies.nl)



96 Telegramm Deutsches Reichspost
aus Wemkesnawise 21. 25. Worte 24.11.1340 gepr. HTA Berlin
25. 11. 1941. 16.00 NLT.
von Hersfeld durch ST.

Löser u. Döllefeld

Bebra.

Cubabotschaft Berlin durch Regierungskabel10430
Visumerteilung angewiesen Dringe sortige Ausfertigung
drate Abfahrt Termin versuche dort Fahrkarte Cuba zu
kaufen.

Curt.

*Am 25.11.1941 von Curt **Döllefeld aus den USA** an seine Mutter Hedwig Döllefeld-Löser nach Bebra verschicktes Telegramm.*



*Für die 1880 in Bebra geborene **Hedwig Döllefeld-Löser** wurde in Alsfeld, Ludwigsplatz 4, ein sog. Stolperstein verlegt. Hedwig Löser gehörte zu den am 31. Mai 1942 von Bebra nach Kassel und von dort am 1. Juni 1942 in das Vernichtungslager Sobibór Deportierten und dort sofort nach Ankunft Ermordeten.*

Keine Friseurbedienung

Über die meisten „gesetzlichen“ Bestimmungen, die das Leben der noch in ihrer deutschen Heimat verbliebenen jüdischen Menschen regelte, können wir uns durch Textsammlungen, Druckwerke oder auch über das Internet informieren. Es kostet viel Selbstdisziplin, um bei der Lektüre der entsprechenden Anordnungen und Verbote die eigene Erregung in Grenzen zu halten.

Zu maximaler Anstrengung kann dies werden, wenn man beim Blättern in den Ordnern eines lokalen Archivs den Anweisungen begegnet, so wie sie die seinerzeit ausführenden Organe entgegennehmen mussten.

Als Beispiel möge die Anordnung der Gestapo zur „Bedienung von Juden durch Friseure“ vom 11. Juni 1942 dienen, die vom Rotenburger Landratsamt an die Städte Sontra, Bebra und Rotenburg weitergeleitet wurde. (Stadtarchiv Bebra)

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
II B 4 - 3131/42.

Kassel, den 8. Juni 1942

Betrifft: Bedienung von Juden durch Friseure.

Vorgang: Ohne

Nachdem teilweise durch Maßnahmen der örtlichen Berufsorganisationen des Friseurhandwerks eine Regelung der Frage der Bedienung der Juden durch Friseure in Angriff genommen worden ist, hat das Reichssicherheitshauptamt in Berlin zwecks Herbeiführung einer einheitlichen Regelung über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland den gekennzeichneten Juden unter Androhung staatspolizeilicher Maßnahmen untersagt, künftighin noch Friseure-entweder im Ladengeschäft in Wohnungen oder sonstwie- in Anspruch zu nehmen. Ausgenommen von diesem Verbot ist lediglich die Bedienung durch jüdische Friseure.

Verstöße gegen dieses Verbot werden gegenüber Juden grundsätzlich mit Schutzhaft geahndet. Gegen die betreffenden deutschblütigen Friseure werde ich gleichfalls staatspolizeiliche Maßnahmen anwenden.

Soweit Fälle dergenannten Art bekannt werden, bitte ich, den jüdischen Teil sofort festzunehmen und mir unter vollständige Angabe der Personalien der Beteiligten und eingehender Schilderung des Sachverhalts unverzüglich zu berichten. Die weitere Behandlung des Falles behalte ich mir dann vor.

Unterschrift.
Gezeichnet: Altekrüger

Der Landrat
L.Pol.1001/3

Rotenburg a/F. d. 11.6.42

Im Umlauf g.R.
Sontra, Bebra, Rotenburg

Ab am 15.6.42 nach Rotenburg.

Vfg.
ZdA. (Judenakte) 211 "/8 dKBuOPB. R.

*Den „**gekennzeichnenden Juden**“, d. h. den mit einem Judenstern Markierten, wurde „unter Androhung staatspolizeilicher Maßnahmen untersagt, künftighin noch Friseure in Anspruch zu nehmen. Verstöße gegen dieses Verbot werden gegenüber Juden grundsätzlich mit Schutzhaft geahndet. Gegen die betreffenden deutschblütigen Friseure werde ich gleichfalls staatspolizeiliche Maßnahmen anwenden.“ So der Landrat am 11. Juni 1942.*

Pfarrsrasse 21 in Bebra wird Ghettohaus

Ab April 1942 mussten die Wohnungen der Juden besonders gekennzeichnet werden, und zwar durch einen Judenstern in schwarzem Druck auf weißem Untergrund, der dem Stern auf der Kleidung entsprach und an der Wohnungstür bzw. der Haustür neben dem Namensschild anzubringen war.
Die entsprechende Verfügung wurde den jüdischen Familien am 25. April 1942 durch den Landrat übermittelt, der ausdrücklich festhielt:
„Die Verteilung der Wohnungskennzeichen an die Juden erfolgt einheitlich durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland."
Wie bei der Zusammenstellung der zu Deportierenden und auch bei anderen Zwangsmaßnahmen wurden die Juden in eine Rolle gepresst, die sie formal zu Mitorganisatoren ihrer eigenen Diskriminierung, Verfolgung und schließlich sogar ihrer Vernichtung machte.

Das Reichsgesetz über die „Mietverhältnisse mit Juden" vom 30. April 1939 hatte den Mieterschutz und die freie Wohnungswahl für Juden aufgehoben. Zur Einrichtung eines „Judenhauses", in dem alle Juden und Jüdinnen zwangsweise wohnen mussten, ist es in Rotenburg nicht gekommen, wohl aber in Bebra. Allerdings erst wenige Wochen vor der gewaltsamen Verschleppung in der ersten Septemberwoche 1942.

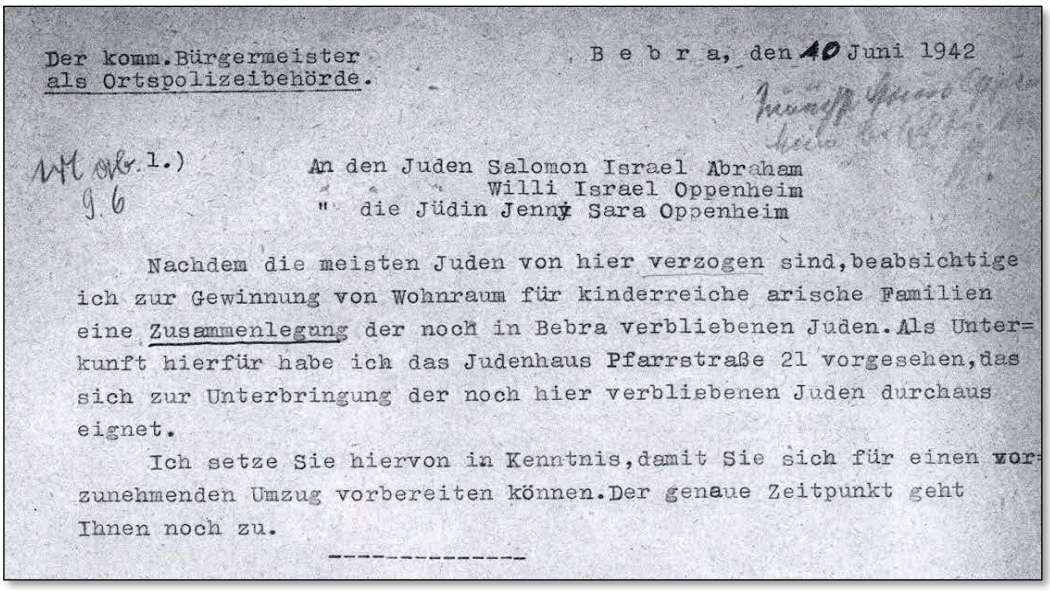
Am 10. Juni 1942 schickte Bebras Bürgermeister eine gleichlautende Mitteilung *„an den Juden Salomon Abraham, den Juden Willi Israel Oppenheim und die Jüdin Jenny Sara Oppenheim",* er plane *„zur Gewinnung von Wohnraum für kinderreiche arische Familien eine Zusammenlegung der noch verbliebenen Juden."*
Salomon Abraham und seine Frau Louise wohnten bis dahin in der Pfarrstraße 2, das Ehepaar Willi und Mathilde Oppenheim in der Nürnberger Straße 34 und die Witwe Jenny Oppenheim, deren Ehemann Louis 1932 verstorben war, in der Nürnberger Straße 26.

Demütigung in der Anrede

Mit separatem Anschreiben ließ der Bürgermeister die „Jüdin Johanna Sara Oppenheim" wissen:
„Sämtliche noch hier verbliebenen Juden werden von einem von mir noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt in Ihr Haus Pfarrstraße 21 zusammenziehen. Sie wollen die hierfür erforderlichen Maßnahmen vorbereiten."
Termin des aufgezwungenen Wohnungswechsels: *„bis zum 7.7.1942".*

Es war wahrscheinlich nicht das erste Mal, dass den Genannten das Mindestmaß an Respekt verweigert wurde, als sie für das Stadtoberhaupt am 10. Juni 1942 nicht mehr „Herr" oder „Frau" Oppenheim waren, sondern der „Jude Oppenheim" bzw. die „Jüdin Oppenheim".

In den überlieferten Akten ist es das einzige Beispiel dieser Art von Demütigung.
Die Genannten waren nur wenige Wochen zusammengepfercht in der Pfarrstraße 21 einquartiert, als ihnen am 1. September 1942 der Deportationsbefehl zugestellt wurde.



Der komm.Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde.

B e b r a, den 10 Juni 1942

An den Juden Salomon Israel Abraham
Willi Israel Oppenheim
" die Jüdin Jenny Sara Oppenheim

Nachdem die meisten Juden von hier verzogen sind, beabsichtige ich zur Gewinnung von Wohnraum für kinderreiche arische Familien eine Zusammenlegung der noch in Bebra verbliebenen Juden. Als Unterkunft hierfür habe ich das Judenhaus Pfarrstraße 21 vorgesehen, das sich zur Unterbringung der noch hier verbliebenen Juden durchaus eignet.

Ich setze Sie hiervon in Kenntnis, damit Sie sich für einen vorzunehmenden Umzug vorbereiten können. Der genaue Zeitpunkt geht Ihnen noch zu.

Mitteilung des Bebraer Bürgermeisters v. 10.06.1942 wegen „Zusammenlegung" der letzten Juden im Haus Pfarrstr. 21.

R.

3.) An die Jüdin Johanna Sara Oppenheim

hier, Pfarrstraße 21

Nach dem Fortzug des weitaus größten Teiles der Juden, beabsichtige ich die hier noch verbliebenen, zur Gewinnung von Wohnraum für arische Familien, zusammenzulegen. Sämtliche noch hier verbliebenen Jude werden von einem von mir noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt ab in Ihr Haus, Pfarrstraße 21 zusammenziehen. Sie wollen die hierfür erforderlichen Maßnahmen bereits vorbereiten.

R.

4.Wv. am 20.6.42

Bebra, den 4.6.42







Am 4. Juni 1942 war Johanna Oppenheim aufgefordert worden, die „erforderlichen Maßnahmen" vorzubereiten, weil man „zur Gewinnung von Wohnraum für arische Familien … sämtliche noch hier verbliebenen Juden" in ihrem Haus Pfarrstraße 21 zusammenziehen wolle. Johanna war die Tochter von Aron und Susanne Sophie Abraham und in Bebra unter dem Namen Abrahams Hannchen bekannt.
Diese Zusammenlegung geschah dann am 7. Juni, nachdem 507 Jüdinnen und Juden mit dem 2. Massentransport kurhessischer Juden am 1. Juni 1942 von Kassel aus in die besetzten Gebiete im Raum Lublin verschleppt worden waren, darunter auch 16 aus Bebra und 7 aus Rotenburg.

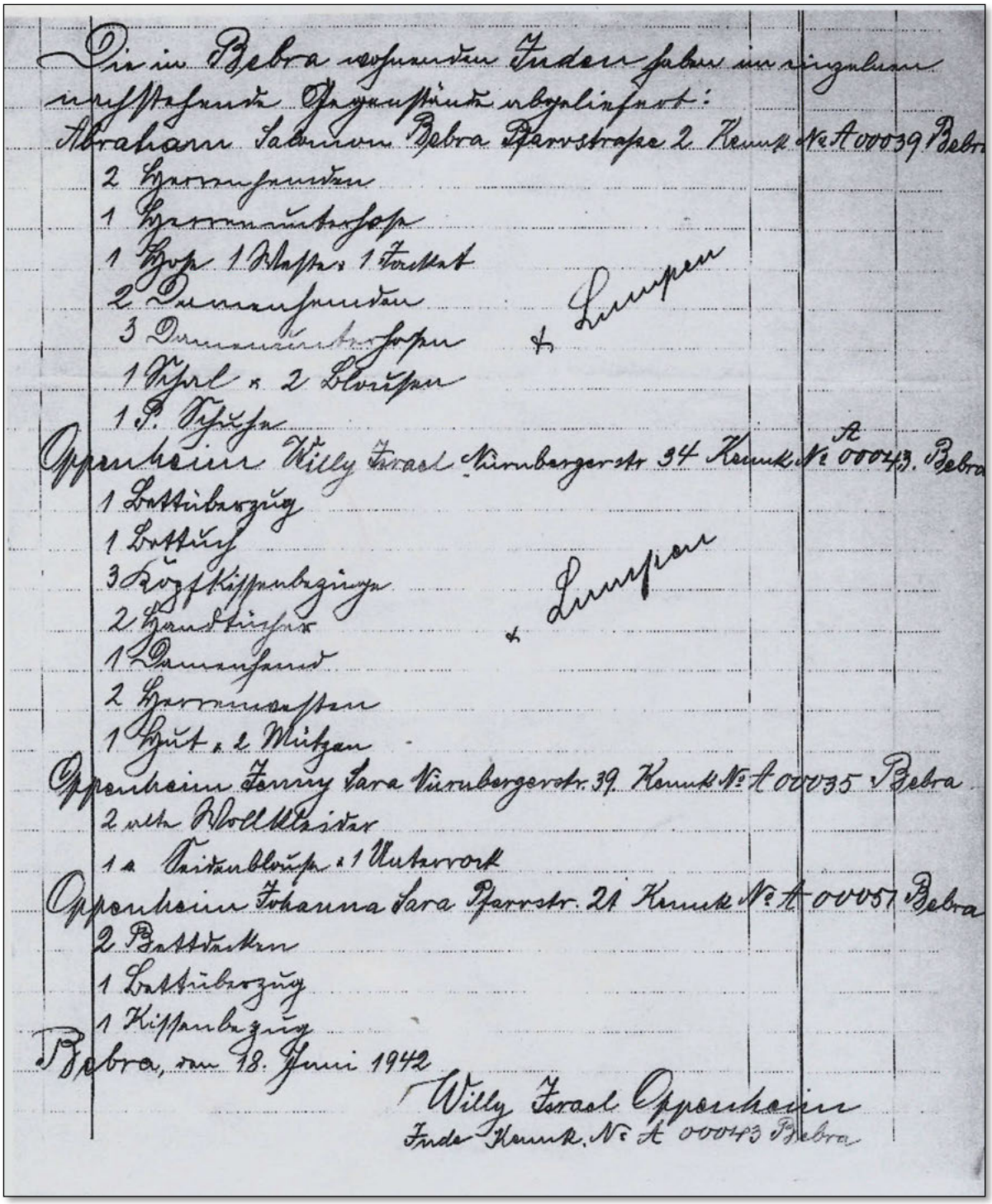
Die Fotos zeigen eine Partie der Pfarrstraße vor der Sanierung der Innenstadt. Das Haus Oppenheim (Nr. 21) ist das Fachwerkgebäude auf dem Foto oben links in Bildmitte. Auf dem Foto rechts (von der Gegenseite aufgenommen) ist das Haus Oppenheim das hintere Gebäude.
Das Haus (mit großem Garten) wurde 1949 von Johannas Sohn Leo für 10.000 DM an die Stadt Bebra verkauft. Leo hatte nach seiner Flucht 1939 nach England in Australien überlebt.

auf dem linken Foto: Johanna Oppenheim geb. Abraham ca. 1940; sie starb am 29. September 1942 im Vernichtungslager Treblinka.

Zwang zur Kleiderspende

Nach dem zum Aspekt Mindestmaß von Respekt gemachten Ausführungen mutet es einigermaßen überraschend an, wenn die noch in Bebra verbliebenen jüdischen Familien im Juni 1942 zu einem Beitrag zu einer Kleider- und Spinnstoffsammlung genötigt bzw. für würdig befunden wurden. Zu dieser Sammlung hatte Reichswirtschaftsminister Funk einen Aufruf erlassen, der sich vor allem an die Hausfrauen wandte. Im „Endkampf“, so Funk, müsse diese „Rohstoffreserve“ genutzt werden. Die Sammlung sollte für Front-, Rüstungs- und Landarbeiter noch tragbare Kleidung, aber auch Altmaterial für die Spinnstoff-Fabrikation erbringen.

Die bis 15. Juni 1942 geplante Sammlung wurde dann bis 21. Juni verlängert, *„um jedem Volksgenossen die Gelegenheit zu geben, seine Altkleider und Spinnstoffe abzuliefern*.“ (Salzburger Volksblatt v. 15.06.1942 - *www.stadt-salzburg.at: Die Stadt Salzburg im Jahr 1942, Zeitungsdokumentation*)


Die in Bebra wohnenden Juden haben ihre restlichen Spinnstoffe abgeliefert:

Abraham Sabrina Bebra Pfarrstraße 2 Kennk. Nr. A 00039 Bebra
2 Herrenhemden
1 Herrenunterhose
1 Hose 1 Weste 1 Jackett
2 Damenhemden
3 Damenunterhosen
1 Kittel 2 Blusen
1 P. Schuhe

Oppenheim Willy Israel Nürnbergerstr 34 Kennk. Nr. A 00043 Bebra
1 Bettüberzug
1 Bettuch
3 Kopfkissenbezüge
2 Handtücher
1 Damenhemd
2 Herrenhosen
1 Hut 2 Mützen

Oppenheim Henny Sara Nürnbergerstr. 39 Kennk. Nr. A 00035 Bebra
2 wollene Wolldecken
1 a Leibwäsche 1 Unterrock

Oppenheim Johanna Sara Pfarrstr. 21 Kennk. Nr. A 00057 Bebra
2 Bettücher
1 Bettüberzug
1 Kissenbezug

Bebra, am 18. Juni 1942

Willy Israel Oppenheim
Jude Kennk. Nr. A 00043 Bebra

Vor Kriegsbeginn hatte sich die Bevölkerung Deutschlands rege an sogenannten Spinnstoffsammlungen beteiligt, im Verlauf des Krieges war es jedoch zu Einbrüchen im Sammelergebnis gekommen, sodass man im Juni 1942 die auf Freiwilligkeit beruhende Aktion den Juden als Pflichtleistung auferlegte.

„Verstöße gegen die Abgabepflicht werden mit schwersten staatspolitischen Maßnahmen geahndet“, hieß es in der Anweisung des Landrats an die Bürgermeister in deren Rolle als Ortspolizeibehörde. Dabei war man sich der Problematik, dass „arische“ Deutsche gegebenenfalls die ehemals von Juden getragene Kleidung übernehmen würden, durchaus bewusst, sodass die Anordnung den Zusatz enthielt:
„Es ist darauf zu achten, daß sich in und an den Ablieferungsgegenständen keine Hinweise, die auf den bisherigen Besitzer schließen lassen, befinden.“

Willy Oppenheim als Obmann

Mit Datum vom 18. Juni 1942 liegt eine von Willy Oppenheim gemachte Aufstellung von Wäsche und Textilien vor, welche die vier noch in Bebra verbliebenen Familien als ihren Beitrag zu der Kleider- und Spinnstoffsammlung einbrachten. (s. vorige Seite)
Wie schon bei der Markierung der Häuser und Wohnungen mit dem Judenstern war auch bei der zwangsweisen Beteiligung an der Kleiderspende im Juni 1942 die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* eingebunden.
Was für die „arische“ Bevölkerung auf Freiwilligkeit beruhte, lief für die Juden unter Zwang ab, denn für sie galt ab 9. Juni 1942 der Ablieferungszwang für *„alle entbehrlichen Kleidungsstücke“.* Und dies vor dem Hintergrund, dass ihnen seit dem 6. Februar 1940 keine Kleiderkarten mehr zugeteilt worden waren.
Die landrätliche Verfügung vom 16. Juni 1942 enthielt die schikanöse Anordnung: *„Bei der Ablieferung ist von den Juden ein Verzeichnis der von ihnen abgelieferten Sachen in 2facher Ausfertigung anzulegen.“*
Um dieser Forderung in jedweder Hinsicht gerecht zu werden, fertigte Willy Oppenheim als der dazu bestimmte Obmann nicht nur ein detailliertes Verzeichnis der von den einzelnen vier Familien abgelieferten Sachen an, sondern auch ein weiteres Gesamtverzeichnis, das nach Warengruppen aufgefächert war.

Wie aus der nebenstehenden Kopie zu erkennen ist, enthielt das abgelieferte Material nicht nur „Lumpen“, das heißt Spinnstoffe für den Reißwolf zur Weiterverarbeitung, sondern auch Kleidung und Bettzeug für eine weitere Benutzung.

Verbundenheit unter den Familien

In beiden Orten, in Bebra wie in Rotenburg, gab es einige Menschen, die ihre Verbundenheit mit den jüdischen Nachbarn zum Ausdruck brachten, indem sie persönliche Gegenstände der Verfolgten in Verwahrung nahmen. Darunter waren auch symbolisch gedachte Objekte, wie ein selbstgefertigter Kleidermop oder ein von ihr gesticktes Zierdeckchen, das Paula Gans einer Nachbarin in der Rotenburger Brotgasse widmete, die es als Erinnerungsstück aufbewahrte.
Als Paula Gans‘ Tochter Ruth, die den Aufenthalt in mehreren Konzentrationslagern überlebte, 1945 für einige Monate nach Rotenburg zurückkam, konnte sie die beiden Erinnerungsstücke mit in ihre neue Heimat in den USA nehmen. Jahrzehnte später brachten die Nachfahren diese Objekte als Exponate ins Jüdische Museum in Rotenburg.
Für Bebra sind mehrere Beispiele von Familien überliefert, denen von ihren jüdischen Nachbarn hochwertige Kleidungsstücke und mit Waren gefüllte Koffer zur Aufbewahrung anvertraut wurden, als diese im Laufe des Jahres 1942 erkennen mussten, dass die Tage in ihrer Heimatstadt gezählt sein würden. Gab es wohl doch die stille Hoffnung, dass sich das Rad der Geschichte zu ihrer Lebenszeit noch einmal drehen könnte?
Nachdem sie die Adresse in den USA von Berti Oppenheim-Wertheimer, Tochter von Willy und Mathilde Oppenheim (ehemals Nürnberger Straße 34) in Erfahrung gebracht hatte, schrieb Käthe Wettich (Bismarckstraße 1) am 10. August 1949 an diese einen Brief, der u. a. den Satz enthielt:
„*Ihre Sachen hebe ich auf.“* Des Weiteren ließ sie Berti Oppenheim-Wertheimer wissen: *„Als sich Ihre Eltern am 6. 9. 42 von uns verabschiedeten, gab mir Ihr Vater die Adresse von Ihrem Onkel Sally Plaut mit der Bitte, sobald wie möglich zu schreiben, dass Ihre Eltern Bebra verlassen mussten. Als wir dann schreiben konnten, haben wir auch geschrieben, aber nie eine Antwort erhalten.“*
Was zu der besonderen Verbindung der Familien Wettich und Oppenheim beigetragen haben mag, könnte der gemeinsame Schulbesuch der Töchter in

Hersfeld gewesen sein, den Käthe Wettich in ihrem Brief erwähnt:
„Vergangenes Jahr hatte meine Tochter Liesel, die Sie sicher von der Hersfelder Schule aus noch kennen, Ihnen schon mal geschrieben. Den Brief haben Sie wohl nicht erhalten?“

Aus anderem Zusammenhang ergibt sich, dass Käthe Wettich die von ihr, wie es heißt, *„zu treuen Händen in Verwahrung genommenen Sachen“* am 24. August 1951 der Oppenheim-Tochter aushändigen konnte. (Stadtarchiv Bebra)

Vertrauen zu Bebraer Familien

Eine weitere schriftliche Überlieferung mit Hinweisen auf Bebraer Nachbarn und Bekannte, die das Vertrauen der Familie Oppenheim, Nürnberger Straße 34, genossen, liefert ein Brief, den eine gewisse Gertrud am 14. Januar 1946 von Prag aus an Berti Oppenheim-Wertheimer schickte.
Gertrud war zusammen mit Bertis Eltern Häftling im Ghetto Theresienstadt gewesen. Unter anderem ließ sie Berti wissen:
„Deine lb. Eltern haben noch vieles in Bebra aufbewahrt für Dich, wenn Du mal dort sein werdest. Deine Mutter wollte mir noch aufschreiben wo, aber der Tod kam schneller als man denkt.“ (Berti Oppenheim-Wertheimer Collection Leo Baeck Institute in New York)
Eine andere Bebraer Adresse, bei der jüdische Familien vor ihrer Deportation wertvolle Dinge wie etwa Pelze zur Aufbewahrung zurückließen, ist die der Familie Sprenger, Im Bilder 18. Am 30. Januar 1952 schrieb Gärtnermeister Otto Sprenger an Berti Oppenheim-Wertheimer:
„Ist Ihnen die Adresse von einem der Söhne von dem verstorbenen Herrn Salomon Abraham bekannt? Die Mutter, Frau Louise Abraham, hat kurz vor dem Abtransport uns zu getreuen Händen einen Pelz überlassen. Da es vielleicht ein schönes Andenken für die Kinder sein kann, möchte ich denselben doch zurückgeben.“
Berti Oppenheim-Wertheimer hatte schon auf anderem Weg Kenntnis von dem Beistand bekommen, den Bebraer Familien ihren Eltern gewährt hatten. Berti verzichtete jedoch auf die von den Eltern in Gewahrsam gegebenen Sachen. Am 9. Juni 1949 informierte sie das Amt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Eschwege:
„Auf die bei Frau Hollstein und Wettich lagernden Sachen erhebe ich keine Ansprüche.“

Entlastung bei der Spruchkammer

Mit Datum vom 20. April 1948 stellte der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer Rotenburg das Verfahren gegen den Bebraer Drogisten Fritz Becker (Nürnberger Straße 21) ein. Die Einstellung des Verfahrens wurde damit begründet, dass er *„jüdisches Eigentum (Koffer und dergleichen), das ihm zur Aufbewahrung übergeben wurde, verwahrt, (um es) soweit als möglich nach dem Kriege an die Eigentümer wieder zurückzugeben.“*

Am 4. Mai 1946 hatte Peter Günther, Leiter des Bebraer Wohnungsamtes, eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, Fritz Becker habe *„trotz des Verbotes der Naziregierung und der Partei bis zum letzten Tage mit hiesigen Juden zusammengearbeitet und sie in jeder Hinsicht unterstützt.“*
Günthers Votum basierte insbesondere auf den Schilderungen des Bebraer Juden Moritz Moses, mit dem er vier Jahre lang als Arbeiter bei der Stadt zusammen war:
„Er sagte noch, wenn die Stunde der Beseitigung des Naziregimes kommen würde, dann solle man Becker nicht als ‚Nazi‘ bezeichnen.“

Die Drogerie Becker war eines der wenigen Geschäfte ohne die von der NSDAP geforderten Schilder mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“ oder „Juden unerwünscht“.



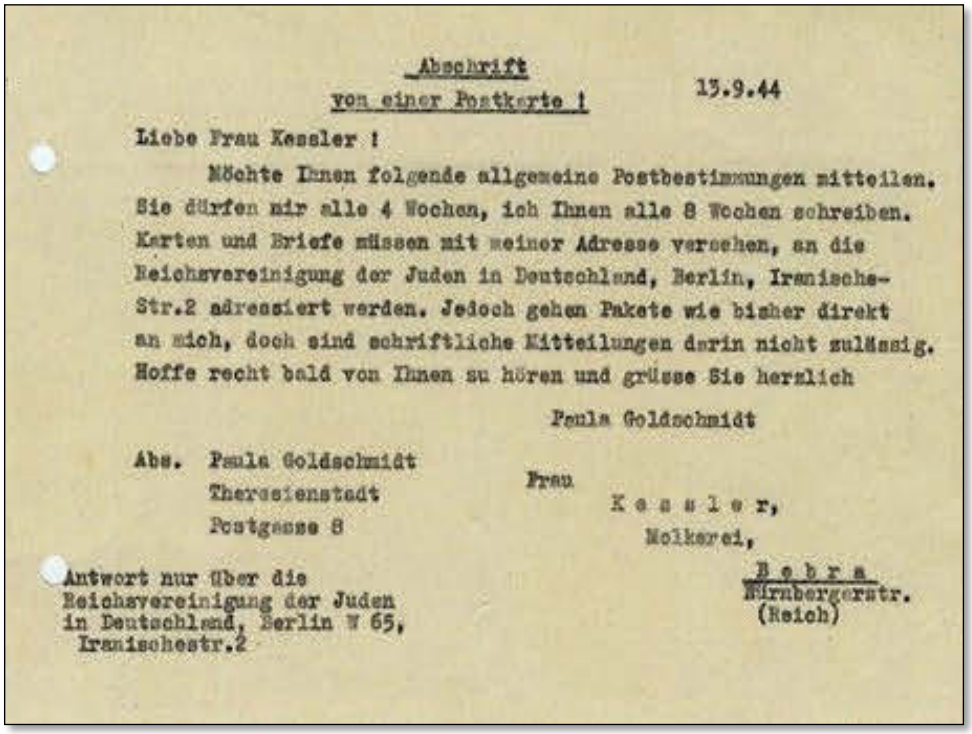
Nur wenige Geschäfte waren nach 1933 ohne Schilder dieser Art. Laut Zeitzeugenaussagen war dies in Bebra z. B. die Drogerie Becker in der Nürnberger Straße.

Pakete aus Bebra ins Ghetto Theresienstadt

Aus Bebra ist sogar ein Beispiel bekannt geworden, dass selbst nach der Deportation noch Kontakt erhalten blieb und Pakete nach Theresienstadt geschickt wurden. Dies wird durch eine Postkarte dokumentiert, die Paula Goldschmidt am 13. September 1944 aus dem Ghetto Theresienstadt an die *„Liebe Frau Kessler, Molkerei, Bebra“* adressierte.

Paula Goldschmidt wollte Frau Kessler darauf hinweisen, dass künftige Pakete durch unzulässige schriftliche Mitteilungen im Ghetto Theresienstadt nicht ausgeliefert würden. Karten und Briefe, so Paula Goldschmidt an die *„liebe Frau Kessler“*, hätten über die *Reichsvereinigung der Juden* als Zwischenstation zu gehen.

Paula Goldschmidt war die Tochter des am 5. März 1934 verstorbenen Pferdehändlers Salomon Goldschmidt, Eisenacher Straße 12. Am 30. August 1934 hatte sie Bebra verlassen und war ihrem jüngeren Bruder Fritz nach Dortmund gefolgt. Am 30. Juli 1942 musste sie von dort als eine von 1126 jüdischen Opfern aus Dortmund den Weg ins Ghetto Theresienstadt antreten.
Am 12. Oktober 1944, ein Monat nach Absenden ihrer Postkarte nach Bebra, endete Paula Goldschmidts Leben in den Gaskammern von Auschwitz. Angesichts der Dauer der Postsendungen kann wohl davon ausgegangen werden, dass Paula keine weitere Gelegenheit bekam, ein Paket aus Bebra zu öffnen. Paulas Schreiben aus Theresienstadt lässt erkennen, dass es in ihrer Heimatstadt Menschen gab, die großen Anteil am Schicksal ihrer ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nahmen und auch nicht das Risiko scheuten, sich dadurch bei den NS-Machthabern verdächtig zu machen und deren Zorn auf sich zu ziehen.
Immerhin lief gegen den Ehemann der Paketsenderin, Molkereibesitzer Heinrich Kessler, der schon 1929 der NSDAP beigetreten war und ab 1936 das Amt eines Kreiswirtschaftsberaters bekleidete, ein Parteiverfahren.
Dies bekundete im Oktober 1946 ein Bürger aus einem Nachbarort, der 1942 wegen Kooperation mit Richelsdorfer Juden einige Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen verbringen musste.
Eine seit 1934 im Betrieb der Paketsender tätige Verkäuferin gab am 10. Oktober 1946 eine eidesstattliche Erklärung ab, dass deportierte Juden aus Bebra durch die Familie ihres Arbeitgebers *„in den Lagern laufend mit Lebensmitteln unterstützt“* wurden. Ohne das Vorhandensein des Schreibens von Paula Goldschmidt würde man solche Bekundungen mit großen Fragezeichen versehen. Ob tatsächlich weitere aus Bebra verschleppte Personen mit Paketsendungen unterstützt wurden, dafür fehlen jedoch verlässliche Belege.



Abschrift
von einer Postkarte !

13.9.44

Liebe Frau Kessler !

Möchte Ihnen folgende allgemeine Postbestimmungen mitteilen. Sie dürfen mir alle 4 Wochen, ich Ihnen alle 8 Wochen schreiben. Karten und Briefe müssen mit meiner Adresse versehen, an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, Iranische-Str.2 adressiert werden. Jedoch gehen Pakete wie bisher direkt an mich, doch sind schriftliche Mitteilungen darin nicht zulässig. Hoffe recht bald von Ihnen zu hören und grüsse Sie herzlich

Paula Goldschmidt

Abs. Paula Goldschmidt
Theresienstadt
Postgasse 8

Frau
K e s s l e r,
Molkerei,
B e b r a
Nürnbergerstr.
(Reich)

Antwort nur über die
Reichsvereinigung der Juden
in Deutschland, Berlin W 65,
Iranischestr.2

Abschrift einer Postkarte, die Paula Goldschmidt am 13. September 1944, vier Wochen vor ihrem Tod in der Gaskammer in Auschwitz, aus dem Ghetto Theresienstadt nach Bebra schickte. Eine durch das Siegel der Stadt Bebra beurkundete Übereinstimmung mit der Urschrift liegt im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden vor. Insgesamt betrachtet, sind es allerdings nur wenige Beispiele, die davon zeugen, dass trotz der massiven antijüdischen Propaganda mitmenschliche Solidarität bis zum Ende erhalten blieb.

D. 5 Umgang mit Immobilien aus jüdischem Besitz

Jüdischer Besitz geht an die Stadt

Willy Oppenheim und Ehefrau Mathilde waren die Eigentümer des Wohn- und Geschäftshauses Nr. 34 in der Nürnberger Straße. Sie hatten die Geschäftsräume Mitte der 1920er Jahre an den Uhrmacher Falkenthal verpachtet und mit ihm ein Vorkaufsrecht für das gesamte Gebäude vereinbart. Seit Jahresende 1938 drängte der Pächter die Bebraer Stadtverwaltung auf Unterstützung bei der Umsetzung seiner Kaufabsicht. Die Oppenheims wollten den Verkauf nämlich erst dann vornehmen, wenn sie die beantragten Ausreisepapiere in Händen hielten.

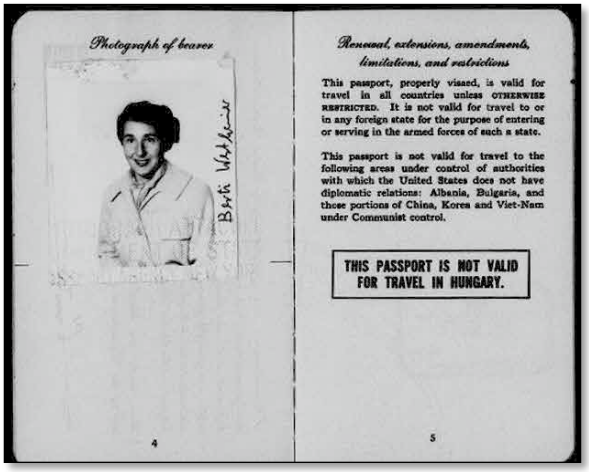
Bei einem Termin im Rathaus am 10. November 1939 hatten sie den Bürgermeister wissen lassen: Grundsätzlich seien sie zum Verkauf bereit, doch hätten sie keine ruhige Stunde mehr im Hause, wenn Falkenthal schon jetzt Eigentümer würde, selbst wenn sie sich das Wohnrecht bis zur Ausreise vorbehalten sollten. Falkenthal sei im November 1938 derart radikal vorgegangen, dass jedes Vertrauen zu ihm geschwunden sei. Zur Zahlung von zusätzlicher Miete für die von ihm unberechtigt in Benutzung genommenen Räume sei es erst gekommen, als die Behörden eine solche Zahlung angeordnet hatten.

Aus dem nach dem Krieg geführten Schriftverkehr der Oppenheim-Tochter Berti mit Gärtnermeister Otto Sprenger geht hervor, dass ihre Eltern gar nicht die Absicht hatten, an Falkenthal zu verkaufen, sondern an den Gärtnermeister Sprenger.

So schrieb dieser am 11. November 1951 an Berti Oppenheim-Wertheimer, dass er seinerzeit mit ihren *„lieben Eltern wegen des Hauses verhandelt habe. Die Sache kam aber nicht weiter, weil Ihre Eltern den damaligen Mieter fürchteten.“*

Offenbar im Vertrauen darauf, dass die jüdische Bevölkerung mit den Geschehnissen im November







***oben**: In der Nürnbergerstr. 34 (rechte Hausfront) betrieben die Oppenheims bis in die Mitte der 1920er Jahre ein Ladengeschäft; die Geschäftsräume wurden danach an Paul Falkenthal vermietet.*
***Mitte**: Berti Oppenheim (verh. Wertheimer) konnte im August 1939 von Bochum aus in die USA fliehen und führte nach 1945 einen regen Briefaustausch mit Bebra.*
***unten**: Geschäftsannonce Paul Falkenthal von 1930.*

1938 ihrer sämtlichen Rechte verlustig gegangen war, hatte der kaufinteressierte Uhrmacher bereits Veränderungen und Schönheitsreparaturen an dem Haus ausführen lassen. Auch als die Oppenheims im September 1942 aus Bebra deportiert wurden, konnte er seine Kaufabsicht nicht umsetzen.
Aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 war das Haus mit der Deportation der Oppenheims zunächst an das Deutsche Reich gefallen - gemäß der Bestimmung, wonach aller Besitz von Juden, die sich im Ausland aufhalten, entschädigungslos in den Besitz des Deutschen Reiches überging.
Das so an den Fiskus gelangte Hausgrundstück übertrug dieser unentgeltlich an die Stadt Bebra, die ihr Interesse mit einer in Planung befindlichen Verbreiterung der Nürnberger Straße in diesem Bereich begründete.
Da kein gültiger Kaufvertrag zwischen den Oppenheims und Falkenthal vorlag, verweigerte die Stadt sogar die von diesem geforderte Erstattung seiner Kosten für die Gebäudesanierung, obwohl er lückenlose Belege für seine Investitionen vorlegen konnte.

Rückendeckung für die Stadt

Die Stadt Bebra hatte in dieser Auseinandersetzung auch in der Folgezeit die volle Rückendeckung von staatlicher Seite: Am 16. Juni 1943 bestätigte das Rotenburger Finanzamt die von der Stadt vertretene Rechtsauffassung, dass nämlich mit der Abschiebung der jüdischen Hauseigentümer deren Besitz aufgrund der Verordnung vom 25.11.1942 automatisch und unentgeltlich an die öffentliche Hand übergegangen sei.
Unter abermaligem Hinweis darauf, dass Falkenthal keinen behördlich genehmigten Kaufvertrag vorlegen könne, bekräftigte das Finanzamt:
„Falkenthal hat ohne Zustimmung des Eigentümers Veränderungen und Schönheitsreparaturen an dem Hause vorgenommen. Eine Erstattung der ihm dadurch entstandenen Kosten wird abgelehnt.“
Seine Empörung über den ihm entstandenen finanziellen Schaden formulierte Falkenthal mit einem aggressiven Rundumschlag gegen die ihres Besitzes beraubte jüdische Familie:
„Alles in Allem war es ein versautes Judennest, und in dem Zustande nicht bewohnbar und wäre mit Riesenschritten dem völligen Verfall entgegen gegangen.“ (Stadtarchiv Bebra)

Der „Fall Falkenthal“ hatte schon in den Landratsbericht vom 25.10.1935 Eingang gefunden, damals konnte sich der Uhrmacher jedoch der behördlichen Unterstützung sicher sein. Parteileute hatten damals Anstoß an „arischen“ Geschäftsinhabern genommen, „die ihre Geschäftsräume von Juden gemietet haben“. Durch die Forderung, diese Räume bis zum 1. November 1935 zu räumen, war *„bei den Geschäftsleuten große Erregung entstanden“.*
Der Landrat fand diese Erregung verständlich, *„da diese Geschäftsleute die derzeitigen Läden meist in der Hauptgeschäftslage haben. Andere geeignete Läden stehen den Geschäftsleuten nicht zur Verfügung, so daß sie bei der Aufgabe ihrer jetzigen Lokale oder bei der Verlegung in eine Nebenstraße erhebliche Geschäftsverluste befürchten.“*

Dass es in dieser Angelegenheit in erster Linie um das Uhren- und Schmuckgeschäft im Haus der Familie Oppenheim in der Nürnberger Straße 34 in Bebra ging, macht die folgende Darstellung in dem Landratsbericht deutlich:
„Als besonders markantes Beispiel führe ich folgendes an: Der arische Schmuckwarenhändler Falkenthal in Bebra, der sein Geschäft bereits 10 Jahre in einem jüdischen Hause hat, hat dieses entsprechend seinen Versicherungsvorschriften gegen Einbruch stark gesichert und mit komplizierten Alarmvorrichtungen versehen. Er würde in besonderem Maße geschädigt werden, wenn er gezwungen würde, seinen derzeitigen Laden aufzugeben. Ich halte es für notwendig, daß in dieser Hinsicht regierungsseitig eine Regelung getroffen wird, um Störungen der Wirtschaft zu vermeiden.“

Am 21.11.1938 formulierten Bürgermeister Schwichtenberg und Bebras Ratsherren eine gemeinsame Stellungnahme, sie seien grundsätzlich der Auffassung, daß die Häuser der Juden nur von der Stadt gekauft werden dürften:
„Ein Um- und Ausbau der Häuser in der Nürnberger Straße zwischen Schul- und Amalienstraße darf nicht mehr gestattet werden. Die Stadt muß auf diese Weise die unbedingt notwendige Bereinigung auf dem Gebiet des Grundstücks- und Straßenwesens erreichen.“

Zwei Tage später, am 23.11.1938, ließ die Gauleitung die auf der nächsten Seite abgedruckte Anordnung in der *Kurhessischen Landeszeitung*, dem NS-Parteiorgan, veröffentlichen.

Kein Ankauf von Judenbesitz

Anordnung des Gauleiters / Bereits getätigte Käufe hinfällig

Kassel, 22. November.

Gauleiter Staatsrat Weinrich hat folgende Anordnung über den Kauf und Verkauf von jüdischem Eigentum erlassen: „Seit der Ermordung des Botschaftsrates, Pg. vom Rath, haben wilde Käufe von jüdischem Eigentum eingesetzt, die sich mit der nationalsozialistischen Einstellung nicht vereinbaren lassen. Ich ordne an, daß weitere Käufe nicht stattzufinden haben und bereits getätigte Käufe, auch wenn sie notariell beglaubigt, sofort rückgängig zu machen sind.

Der Erwerb jüdischen Eigentums darf erst erfolgen, wenn der Beauftragte des Vierjahresplanes dahingehende Bestimmungen erlassen hat."

Heil Hitler!

Gauleiter und Preuß. Staatsrat.



Aus Bebra und Umgegend

Kein Ankauf von Judenbesitz.

Anordnung des Gauleiters.

Gauleiter Staatsrat Weinrich hat folgende Anordnung über den Kauf und Verkauf von jüdischem Eigentum erlassen: „Seit der Ermordung des Botschaftsrates, Pg. vom Rath, haben wilde Käufe von jüdischem Eigentum eingesetzt, die sich mit der nationalsozialistischen Einstellung nicht vereinbaren lassen. Ich ordne an, daß weitere Käufe nicht stattzufinden haben und bereits getätigte Käufe, auch wenn sie notariell beglaubigt, sofort rückgängig zu machen sind.

Der Erwerb jüdischen Eigentums darf erst erfolgen, wenn der Beauftragte des Vierjahresplanes dahingehende Bestimmungen erlassen hat."

Heil Hitler!

K. Weinrich,

Gauleiter und Preuß. Staatsrat.

*Vom kurhessischen **Gauleiter Karl Weinrich** (Foto) am 22. November 1938 erlassene Anordnung über den „Kauf und Verkauf von jüdischem Eigentum". Die Meldung im Bebraer Tageblatt erschien am 23. November 1938.* (Stadtarchiv Bebra) *Tags zuvor war die Verfügung in der Kurhessischen Landeszeitung veröffentlich worden, dem NS-Parteiorgan, bekräftigt durch Weinrichs Signatur und seinen zusätzlichen Titel als „Preuß(ischer) Staatsrat. (s. oben)*
Um „wilde Käufe von jüdischem Eigentum" als durch die Novemberpogrome begünstigt zu unterbinden oder sogar rückgängig zu machen, sah sich der Gauleiter zu dieser Maßnahme veranlasst, die ganz auf seine Initiative zurückging. Sie ist in Zusammenhang mit dem Bemühen zu sehen, den Terror des November 1938 als Manifestierung des „Volkszorns" darzustellen. Bekanntlich gab es ein offizielles Verbot, sich bei den Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung persönlich zu bereichern („Plünderungsverbot"). Weder in Bebra noch in Rotenburg oder an anderen Orten unterblieben jedoch Diebstähle und gewaltsame Besitzaneignungen.

Haus Levi wird Eigentum der Stadt

Auch der Besitz von Wolf Levi, Nürnberger Straße 54, ging in den Besitz der Stadt Bebra. Im Zusammenhang mit den Novemberpogromen war Wolf Levi mit seiner Frau Jeanette und Betty Levi, der Witwe seines Bruders Samuel und Bettys Mutter Sophie Frank am 10. November 1938 aus Bebra geflüchtet. In Eisenach hatten sie in der Pension Stern in der Georgenstraße 36 Unterschlupf gefunden.

Nach dem Wohnortwechsel ging Wolf Levis Zahlungsverpflichtung für Reichsfluchtsteuer und Vermögensabgabe an das dortige Finanzamt. Für diese hohen Sonderbelastungen waren die Levis auf das Geld aus dem Verkauf ihrer Immobilien in Bebra, Nürnberger Straße 54, angewiesen.

Deren Wert hatte Wolf Levi aufgrund der am 26. April 1938 verpflichtend gemachten Vermögensangabe mit 28.000 RM angesetzt, diese Summe war dann auch die Basis für die Berechnung der Judenvermögensabgabe.

Für seine Immobilie, die er im Februar 1939 an die Stadt Bebra abtreten musste, wurden ihm aber lediglich 19.600 RM zugestanden, die nach damaliger „Rechtslage“ auf ein Devisenkonto zu überweisen waren, zu dem er jedoch nur über Sondergenehmigung Zugriff hatte.

Da sich die Übertragung der Besitzrechte an die Stadt Bebra per Auflassung des Grundstücks erst am 12. Juni 1939 formal realisieren ließ, war Wolf Levi bis dahin nicht in der Lage, die volle Höhe der vom Landesfinanzamt Thüringen geforderten Zahlungen fristgerecht zu leisten.

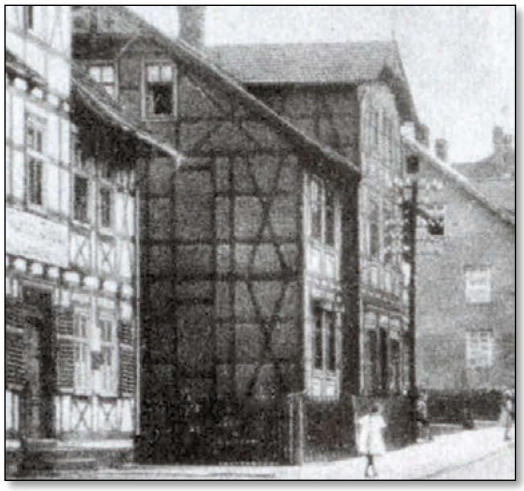
Die unverschuldete Notsituation von Wolf Levi anzuerkennen, dazu war man jedoch nicht bereit, sodass Wolf Levi zusätzlich einen Säumniszuschlag und Zwangsvollstreckungsgebühren entrichten musste.

Das Beispiel von Wolf Levi dokumentiert, mit welcher Skrupellosigkeit beim Eintreiben der Judenvermögensabgabe vorgegangen wurde.

Diebstahl im Haus Levi

Was die Familie Levi im November 1938 erleben musste, ist bereits in Kapitel B ausführlich dargestellt. Deren Haus in der Nürnberger Straße 54, das nach ihrem Umzug nach Eisenach im November 1938 unbewohnt war, wurde wiederholt Anlass für Eigentumsdelikte, was am 9. Mai 1939 Wolf Levi zu





***Haus Levi**, Nürnberger Straße 54, im Jahr 1930, oben 2010.*

einem Schreiben an die Polizeistation in Bebra veranlasste:

„Da ich nicht ständig in Bebra sein konnte, um meine Sachen sicherzustellen, ist mir sehr viel verloren gegangen. [Unterstreichung im Original, H.N.]

Die Badeeinrichtung, die sich noch im Badezimmer befand, kann aber doch nicht verloren gehen. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß diese durch die städtischen Arbeiter und unter Beihilfe des Herrn Klempnermeisters T. herausgeschafft wurde.“

Schon am 7. April 1938 hatte Wolf Levi die Polizei wissen lassen, dass *„8-10 Ctr. Anthrazit-Kohle restlos verschwunden“* seien.

Von 1925 bis zur NS-Machtübernahme 1933 war Benjamin Wolf Levi Vorstandsmitglied des *Bebraer Bankvereins* gewesen, eines 1908 gegründeten genossenschaftlichen Bankunternehmens.

Dieser knappe Hinweis möge genügen, um Wolf Levis Stellung in seiner Heimatstadt vor Machtantritt der NSDAP zu kennzeichnen. Er starb am 12. November 1941 in Frankfurt. Von dort wurde seine Frau Jenny/Jeanette geb. Wallach ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie am 23. Oktober 1942 verstarb.

D. 6 Anmerkungen zu Bebras Bürgermeister Schwichtenberg

Bürgermeister Werner Schwichtenberg

Unter dem nach Kriegsende 1945 stattgefundenen Schriftverkehr zwischen ehemals jüdischen Bewohnern und jetzt dort (noch) Ansässigen finden sich Schreiben, die so nicht zu vermuten sind. In besonderer Weise gilt dies für Stellungnahmen, die Werner Schwichtenberg betrafen, Bebras Stadtoberhaupt von April 1937 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im September 1939 und dann wieder von November 1940 bis April 1942.

Am 13. Mai 1949 schrieb Levi Oppenheim, der letzte Vorsteher der Bebraer Synagogengemeinde aus New York City an Rektor i. R. Walter Volkstädt (inzwischen Weiterode):

„Daß Herr Schwichtenberg als Bürgermeister der Partei angehörte, steht wohl fest, aber benommen wie ein Nazi hat er sich der jüdischen Bevölkerung gegenüber nicht.

Er hat mir als Vorstand der israelitischen Gemeinde größte Dienste getan, er hat mir erlaubt, Gelder, die andere Vorstände abliefern mußten, zu behalten, und konnte ich mit diesen Geldern fast 3 Jahre die armen Leute von Bebra unterstützen.

Noch so viele Taten könnte ich anführen, die er mir als Vorstand getan hat, die ihn vielleicht schon 1938/39 ums Amt gebracht hätten, wenn die Nazis dies alles gewusst hätten.“

Diesen Brief hatte Levi Oppenheim im Mai 1949 als private Korrespondenz verfasst. Als die Spruchkammer für den Kreis Rotenburg Kenntnis von diesem Schreiben bekam, ließ sie bei Levi Oppenheim anfragen, ob er noch von mehr „guten Taten“ des seinerzeitigen Bebraer Bürgermeisters berichten könne.

Daraufhin schrieb Levi Oppenheim am 26. 8. 1949:

„Dies ist heute unmöglich, alle aufzuführen, denn er hat sich, kurz gesagt, sehr fein und nobel gegen die Juden benommen.

1. Als 1937 die Partei bei Louis Goldschmidt eine Haussuchung machte, hatte er die Bestrafung der Schuldigen vorgenommen und nur auf Goldschmidts Bitte, weil sich [der Betreffende, H.N.] entschuldigte, die Strafe fallen gelassen.

2. Schwichtenberg hat in der Novembernacht, wo man alle männlichen Juden ohne Grund verhaftete, freigelassen.



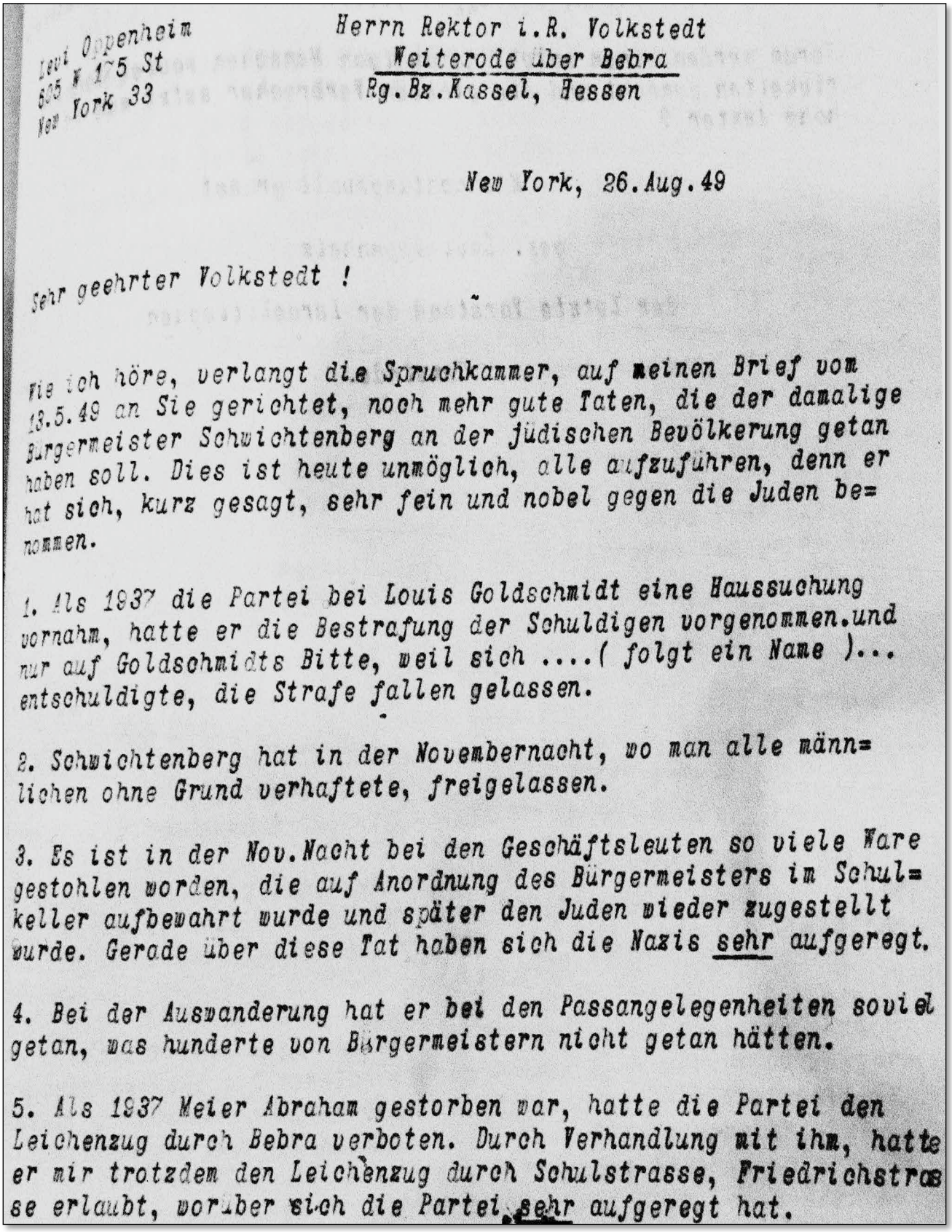
Werner Schwichtenberg, Bürgermeister in Bebra von April 1937 bis September 1939 und von November 1940 bis April 1942; dazwischen und danach Einberufung zur Wehrmacht.

3. Es ist in der November-Nacht bei den Geschäftsleuten so viele Ware gestohlen worden, die auf Anordnung des Bürgermeisters im Schulkeller aufbewahrt worden und später den Juden wieder zugestellt wurde. Gerade über diese Tat haben sich die Nazis sehr aufgeregt.

4. Bei der Auswanderung hat er bei den Passangelegenheiten so viel getan, was hunderte von anderen Bürgermeistern nicht getan hätten.

5. Als 1937 Meier Abraham gestorben war hatte die Partei den Leichenzug durch Bebra verboten. Durch Verhandlung mit ihm hatte er mir trotzdem den Leichenzug durch Schulstraße, Friedrichstraße erlaubt, worüber sich die Partei sehr aufgeregt hat.

6. In 1939 war in Bebra Verdunklung angeordnet, von abends 7 bis früh 7 Uhr. Willi Oppenheim, ein Mann von über 70 Jahren, soll angeblich schon vor 7 Uhr Licht gehabt haben, was von großen Nazis behauptet wurde. Die ganze Straße [Nürnberger Straße, H.N.] hatte aber schon Licht. Willi O. wurde wegen Sabotage zur Anzeige gebracht und sollte nach Buchenwald. Ich habe es mit Schwichtenberg fertiggebracht, dass er ihn mit 10 Mark bestrafte



Levi Oppenheim
605 W 175 St
New York 33

Herrn Rektor i.R. Volkstedt
Weiterode über Bebra
Rg.Bz.Kassel, Hessen

New York, 26.Aug.49

Sehr geehrter Volkstedt !

Wie ich höre, verlangt die Spruchkammer, auf meinen Brief vom 13.5.49 an Sie gerichtet, noch mehr gute Taten, die der damalige Bürgermeister Schwichtenberg an der jüdischen Bevölkerung getan haben soll. Dies ist heute unmöglich, alle aufzuführen, denn er hat sich, kurz gesagt, sehr fein und nobel gegen die Juden benommen.

1. Als 1937 die Partei bei Louis Goldschmidt eine Haussuchung vornahm, hatte er die Bestrafung der Schuldigen vorgenommen.und nur auf Goldschmidts Bitte, weil sich ....(folgt ein Name)... entschuldigte, die Strafe fallen gelassen.

2. Schwichtenberg hat in der Novembernacht, wo man alle männlichen ohne Grund verhaftete, freigelassen.

3. Es ist in der Nov.Nacht bei den Geschäftsleuten so viele Ware gestohlen worden, die auf Anordnung des Bürgermeisters im Schulkeller aufbewahrt wurde und später den Juden wieder zugestellt wurde. Gerade über diese Tat haben sich die Nazis sehr aufgeregt.

4. Bei der Auswanderung hat er bei den Passangelegenheiten soviel getan, was hunderte von Bürgermeistern nicht getan hätten.

5. Als 1937 Meier Abraham gestorben war, hatte die Partei den Leichenzug durch Bebra verboten. Durch Verhandlung mit ihm, hatte er mir trotzdem den Leichenzug durch Schulstrasse, Friedrichstrasse erlaubt, worüber sich die Partei sehr aufgeregt hat.

*Ausschnitt aus dem Brief, den **Levi Oppenheim** am 26. August 1949 aus New York an Rektor i. R. Volkstädt schickte. Unter anderem hieß es darin über Bebras ehemaligen Bürgermeister Werner Schwichtenberg, „er hat sich, kurz gesagt, sehr fein und nobel gegen die Juden benommen.“*

und dadurch eine zweite Bestrafung nicht möglich war."
Soweit Bürgermeister Werner Schwichtenbergs Leumund beim ehemaligen Vorsteher der jüdischen Gemeinde seiner Stadt. Aus dem einen oder anderen Detail des in den ersten Nachkriegsjahren geführten Schriftverkehrs mit ehemals Bebraer Juden und Jüdinnen ergeben sich Erkenntnisse, die auch andere Bebraner in einem milden Licht zeigen.

Gute Erinnerungen an Bebraner

So konnte der ehemals büroleitende Bebraer Rathausbeamte Justus Knierim in seinem Verfahren vor der Spruchkammer eine lobende Stellungnahme des Ende August 1938 in die USA geflüchteten Dankmar Abraham und weiterer in die USA Geflüchteter vorlegen.
Auch Rechtsanwalt und Notar Werner Kappes konnte sich auf ein gutes Verhältnis zur Familie Abraham in den Jahren der Verfolgung berufen. Dies hatte u. a. dazu geführt, dass die Abrahams - so wie eine Reihe anderer ehemals Bebraer jüdischer Familien - Werner Kappes seinerzeit den Verkauf ihrer Immobilien anvertraut hatten und nach dem Krieg diese Geschäftsbeziehungen wieder aufnahmen.
In einem Brief aus New York City an Werner Kappes vom 1. Januar 1947 bedankte sich Dankmar Abraham bei Werner Kappes:
„Es ist mir bekannt, dass Sie meinen lieben Eltern geholfen haben. Meine Mutter teilte mir dies noch in einem ihrer letzten Briefe mit. Ich danke Ihnen, auch im Namen meiner lieben Brüder."
Der Brief enthält auch Grüße an Justus Knierim, Bebras Bürovorsteher bis 1945. Auch Werner Kappes' Schriftverkehr mit dem in Australien überlebenden Leo Oppenheim, ehemals Pfarrstraße 21, legt Zeugnis ab von positiven Erinnerungen jüdischer Menschen an Bebraner Bürgerinnen und Bürger.

Verbindungen zum Widerstand?

Die Spruchkammerakte Schwichtenberg enthält eine schriftliche Stellungnahme vom 26. Januar 1946 eines Diplom-Ingenieurs namens Gerwalt Polzin aus Villingen, in der Werner Schwichtenberg in Verbindung zum Widerstand gegen das Dritte Reich gebracht wird.

Weitere Quellen für meine Darstellung sind
1.) Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Freiburg: Spruchkammer Südbaden: DNZ-Akten D 180/2 Nr. 83407 (Gerwalt Polzin).
2.) Stadtarchiv Villingen-Schwenningen: Best. 1.42.22, Nr. 1213 betr. Gerwalt Polzin.

Gerwalt Polzin nimmt für sich in Anspruch, die persönlichen Verhältnisse Schwichtenbergs gut zu kennen; er macht darauf aufmerksam, dass dieser mit der Tochter Annemarie von Ernst von Harnack verheiratet war, der am 5. März 1945 wegen Beteiligung an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Geralt Polzin hatte als Geschäftsführer der Firma Kienzle-Gerätebau in Villingen deutschlandweite Kontakte, allerdings gibt es (noch) keine Kenntnis darüber, auf welchem Weg er an die im Folgenden zitierte Information kam, dass nämlich Werner Schwichtenberg *„ab 1940 mehrfach Ernst von Harnack Berichte gegeben und Namen von zuverlässigen Beamten für einen Umsturz genannt"* hatte.
Polzin betonte in seiner Stellungnahme vom 26.01.1946, es bisher abgelehnt zu haben, aus Gefälligkeit „politische Führungszeugnisse" für Personen auszustellen, *„die ihre antisemitische Haltung erst nach dem Zusammenbruch entdeckt haben".*
Polzin sieht Werner Schwichtenberg, der bereits 1931 in Berlin Mitglied der NSDAP geworden war, durchaus kritisch als eine Person, die *„zunächst als junger Mensch von den propagandistisch ausgewerteten Thesen der Nazi-Partei angezogen wurde",* bei dem jedoch *„mindestens seit Kriegsbeginn eine erfreulich offene Einstellung gegen das Nazi-Regime zutage trat*."
Manches von dem, was Gerwalt Polzin zugunsten von Werner Schwichtenberg im Januar 1946 vortrug, steht durchaus in Übereinstimmung mit anderen Berichten über dessen Amtsverständnis als Bürgermeister in Bebra.
Konkrete Belege dafür, dass Schwichtenberg seinen Schwiegervater Ernst von Harnack bei dessen Beteiligung an den Umsturzplänen gegen das Hitlerregime unterstützt hätte, liegen nicht vor. Wohl aber ist bekannt, dass Schwichtenberg, nachdem er im März 1942 zum Wehrdienst einberufen worden war, von seinem Einsatzort bei der Wehrmacht mit seinem Schwiegervater in Briefkontakt stand, als dieser in verschärfter Gestapo-Einzelhaft in Berlin-Moabit in seiner Gefängniszelle auf das Urteil des Volksgerichtshofs wartete.

Mit der Familie seiner Tochter Annemarie in Bebra stand Ernst von Harnack auch während seiner Haftzeit in engem Kontakt, der sich auch darin äußerte, dass er im Dezember 1944 von ihm in seiner Haft geschaffene Scherenschnitte nach dort sandte. Eine Scherenschnitt-Abbildung (s. nächste Seite) findet sich in der 1989 von Harnack-Sohn Gustav-Adolf besorgten Biografie über seinen Vater. Im November 1944 hatte Ernst von Harnack nach Bebra an seine Tochter Annemarie Schwichtenberg geschrieben:

„Das persönliche Glück ist in einem Zeitalter des Massenunglücks ja wirklich nicht mehr so wichtig. … Die Aufgabe, die uns bleibt, ist, daß wir eine würdige Haltung bewahren und dabei noch so viel Liebe in diese dunkle Welt ausstrahlen, wie irgend möglich ist."

Und über den Scherenschnitt merkte er an:

„Für Bebra soll es nun etwas ganz Besonderes werden, und so setzte ich mich schon vor Wochen daran, den Querschnitt eines Tiroler Bauernhauses zu entwerfen, das den ganzen Christnachtsvorgang aufnehmen kann."

Der konspirative Charakter, den der Kontakt Ernst von Harnacks mit der Familie seiner Tochter in Bebra trug, kommt in einer Bemerkung in einem Brief zum Ausdruck, wenn er schreibt:

„Ev(entuell) gibst Du den Brief wegen der bekannten Kleinstadtverhältnisse in einem Nachbarort auf oder schickst ihn zunächst an meine Schwester."

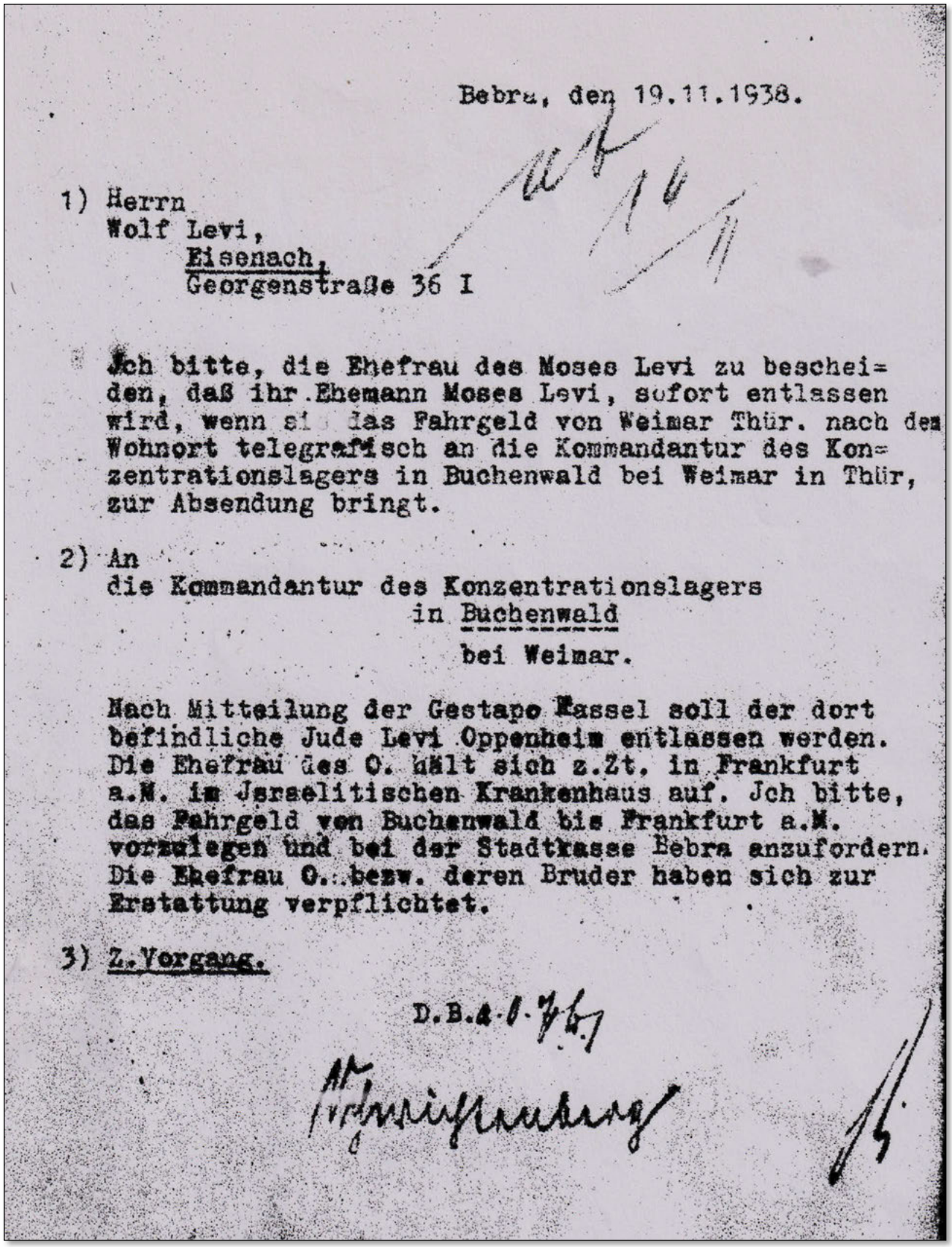
Unklar ist, worauf die nachfolgende Frage von Harnacks an seine Tochter Annemarie hinzielt: *„In welcher Funktion mag Werner jetzt wirken?"* (G. A. v. Harnack 1989: 197f.)

Ist die Frage als Bestätigung dafür zu verstehen, was Gerwalt Polzin im Januar 1946 bezeugt hatte, dass nämlich Werner Schwichtenberg seinem Schwiegervater von Harnack Namen von zuverlässigen Beamten für einen Umsturz genannt habe.

Am 5. Dezember 1944 kam ein Brief Ernst von Harnacks an seine Tochter in Bebra, in dem seine früheren Aufenthalte in Bebra ihre Bestätigung finden: *„Mein liebes Kind! … Ja, ich hätte mich gern wieder einmal bei Dir umgesehen und mich mit den braven Schulkindern abgegeben. … In den nächsten Wochen wird Anklage vor dem Volksgerichtshof gegen mich erhoben werden. … Liebe und Treue und Opfermut aller, die mir nahestehen, helfen mir zu tragen, was auferlegt. … Mittwoch oder Donnerstag wird nun das ‚Krippenhaus´ für Dich herausgehen. Es sind 4 rechteckige, mit Buntpapier hinterklebte Schattenrisse, die so zusammengehören, wie es die beifolgende Skizze zeigt."* (G. A. v. Harnack 1989: 200)



„Tiroler Weihnachtskrippe" - von Ernst von Harnack im Dezember 1944 in seiner Gefängniszelle in Berlin-Moabit mit einem Nagel aus Resten von Verdunkelungspapier geritzt; der Gebrauch einer Schere war verboten. In dem Begleitbrief hatte Ernst von Harnack es seiner Tochter, der Ehefrau von Bebras Bürgermeister, ans Herz gelegt, „dass wir eine würdige Haltung bewahren".



Bebra, den 19.11.1938.

1) Herrn
Wolf Levi,
Eisenach,
Georgenstraße 36 I

Ich bitte, die Ehefrau des Moses Levi zu bescheiden, daß ihr Ehemann Moses Levi, sofort entlassen wird, wenn sie das Fahrgeld von Weimar Thür. nach dem Wohnort telegrafisch an die Kommandantur des Konzentrationslagers in Buchenwald bei Weimar in Thür, zur Absendung bringt.

2) An
die Kommandantur des Konzentrationslagers
in Buchenwald
bei Weimar.

Nach Mitteilung der Gestapo Kassel soll der dort befindliche Jude Levi Oppenheim entlassen werden. Die Ehefrau des O. hält sich z.Zt. in Frankfurt a.M. im Israelitischen Krankenhaus auf. Ich bitte, das Fahrgeld von Buchenwald bis Frankfurt a.M. vorzulegen und bei der Stadtkasse Bebra anzufordern. Die Ehefrau O. bezw. deren Bruder haben sich zur Erstattung verpflichtet.

3) Z. Vorgang.

D.B.a.1.76.1

Eingabe von Bürgermeister Schwichtenberg an das Konzentrationslager Buchenwald v. 19. November 1938
Erst nach Abschluss dieses Kapitels stieß ich auf das hier gezeigte Dokument (HHSTW 483; Nr. 1026), das die Bemühungen von Bebras Bürgermeister Schwichtenberg um die Freilassung der nach Buchenwald verschleppten Bebraer Juden (Max) Moses Levi und Levi Oppenheim dokumentiert. Zusätzlich erstaunen muss die im Falle Oppenheim angebotene Bereitschaft, das Fahrgeld aus der Stadtkasse vorzulegen.
In der gleichen Akte werden fünf Bebraer Personen genannt, die „mit gestohlenen Sachen angetroffen worden sind“.

E. Ermordung der jüdischen Behinderten

Ein Erlass vom 18. August 1939 machte Kleinkinder und Säuglinge mit „schweren, angeborenen Leiden“ meldepflichtig. Diese Kinder wurden in Kliniken eingewiesen und dort für medizinische Experimente missbraucht und getötet. Die Zahl der Opfer dieser „Kinder-Euthanasie“ wird bis 1945 auf ca. 5.000 geschätzt. Im Oktober 1939 erweiterte Hitler dieses „Euthanasie-Programm“, die systematische Tötung von Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen, auf erwachsene Patienten.

Das Mordprogramm „Aktion T 4“

Die zentrale Organisation dieses Mordprogramms zur Beseitigung „lebensunwerten Lebens“ fand in der Tiergartenstraße 4 in Berlin statt, was zur Namensgebung „Aktion T 4“ führte.

Bis zu ihrer offiziellen Einstellung im September 1941 kostete dieses Mordprogramm etwa 70.000 Menschen das Leben. In der Folgezeit wurden die Tötungen auf subtilere Art fortgeführt: durch grobe Vernachlässigung der Pflege, Medikamentenentzug bzw. überdosierte Medikamentengaben, Hungerkost und dgl.

Jüdische Patienten in Behinderten-Anstalten wurden ab Mai 1940 in einer Sonderaktion Opfer der Euthanasie-Mordaktion.

„Die Entscheidung, sie als Gruppe zu töten - ohne die oberflächliche ärztliche Begutachtung, die in der ‚Euthanasie‘-Aktion vorgesehen war -, fiel im Frühjahr 1940 auf höchster Ebene, da Hitler sich die Entscheidung in wichtigen Fragen der ‚Euthanasie‘ sich selbst vorbehalten hatte.“ (Friedlander 1989: 42)

Nach einem neuen Erlass des Reichsinnenministers vom 30. August 1940 waren die noch in nichtjüdischen Einrichtungen untergebrachten jüdischen Behinderten in verschiedenen Sammelanstalten im Deutschen Reich zu konzentrieren. Zur Begründung der „Verlegung geisteskranker Juden“ hieß es:

„Der noch immer bestehende Zustand, dass Juden mit Deutschen in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht sind, kann nicht länger hingenommen werden, da es zu Beschwerden des Pflegepersonals und von den Angehörigen der Kranken Anlaß gegeben hat. Ich beabsichtige daher, die in den nachbezeichneten Anstalten untergebrachten Juden am 1. Oktober 1940 in eine Sammelanstalt zu verlegen.“ (zit. n. Klee 1985: 259)

Dazu die Erklärung von Annette Hinz-Wessels (2013: 89f.):

„Aber nicht diese Beschwerden [von Pflegepersonal, Angehörigen und sogar Mitpatienten, H.N.] *dürften für die Sonderaktion ausschlaggebend gewesen sein. … Aus Sicht des NS-Regimes war es ein unhaltbarer Zustand, dass im Jahr 1940 in den psychiatrischen Einrichtungen des Deutschen Reiches noch immer jüdische und nichtjüdische Patienten zusammenlebten, während ansonsten in allen öffentlichen und sozialen Bereichen und auch auf dem medizinischen Sektor eine ‚Rassentrennung‘ schon weitestgehend durchgeführt war.“*

Vor diesem Hintergrund sah das NS-Regime in der systematischen Vernichtung der jüdischen Psychiatriepatienten ganz offensichtlich ein probates Mittel, endlich auch auf der Ebene der geschlossenen Anstaltsfürsorge die Rassentrennung zu erreichen, zumal die Aktion T 4 die logistischen Mittel hierfür problemlos bereitstellte.

Hinz-Wessels (2013: 90f.) sieht die Sonderaktion gegen jüdische Patienten auch als Fortsetzung der neuen Stufe eines Radikalisierungsprozesses, der durch den antisemitischen Terror im November 1938 begonnen hatte, als *„den Juden in Deutschland das unverbrüchliche Recht auf den strafrechtlichen Schutz des Lebens entzogen“* wurde. Dieser Sonderaktion fielen die Geschwister Johanna und Alfred Katzenstein, Moritz Oppenheim sowie Moritz Katzenstein aus Rotenburg ebenso zum Opfer wie Ludwig Apfel aus Bebra.

Moritz Oppenheim, Rotenburg

Moritz Oppenheim war am 2. März 1895 mit einer schweren geistigen und körperlichen Behinderung in Erdmannrode (jetzt Ortsteil von Schenklengsfeld) auf die Welt gekommen.

Nach dem Tod seiner Eltern (Mutter Karoline im Oktober 1921 und Vater Herz im Oktober 1924) wäre Moritz in Erdmannrode auf sich allein gestellt gewesen, was aufgrund seiner schweren Behinderung aber nicht möglich war.



Berni Speier (links), Moritz Oppenheims Schwester, zusammen mit ihren Schwägerinnen Bertha Nussbaum und Hanna Speier: Die drei Frauen hatten sich ihres nahen Verwandten Moritz Oppenheim über viele Jahre hin angenommen.

So nahm ihn die Familie seiner Schwester Berni (verheiratet mit Adolf Speier) zu sich nach Rotenburg, wo er Pflege und Betreuung fand. Die Familie lebte, zusammen mit der betagten Mutter von Adolf Speier und dessen Schwester Hanna, bis 1930 in der Altstadtstraße 16. 1930 konnten die Speiers dann das große Haus Breitenstraße 16 erwerben, in dem auch Moritz Unterkunft fand.

Am 1. August 1938 wurde er Patient in der Landesheil- und Pflegeanstalt in Haina.

Warum die Einweisung (erst) zu diesem Zeitpunkt erfolgte, ist nicht bekannt. War es die freie Entscheidung seiner Rotenburger Verwandten, die sich möglicherweise den Anforderungen einer Pflege und Betreuung nicht mehr gewachsen fühlten? Oder aber war ihnen die Heimeinweisung aufgezwungen worden?

Vielleicht hatten Moritz' Verwandte ein Bild von dem Leben der Behinderten in Haina vor Augen, das sie sich durch die Lektüre der Kasseler *Jüdischen Wochenzeitung* gebildet hatten.

In einem Aufruf in der Kasseler *Jüdischen Wochenzeitung* vom 11. März 1927 hatte der jüdische Lehrer Spier aus dem Haina benachbarten Gemünden an der Wohra den Leiter der Hainaer Anstalt als einen *„auf dem Gebiet der Irrenpflege als Autorität bekannten Direktor"* charakterisiert und sein Haus als eine Einrichtung beschrieben, in der die Kranken „von einem geschulten Pflegepersonal in liebevoller Weise verwahrt, beschäftigt und verpflegt" werden.

Anlass für Spiers Aufruf war das bevorstehende Purimfest, für das er von den Lesern der Zeitung Unterstützung erbat, um die 17 jüdischen Patienten durch kleine Festgeschenke zu erfreuen. Dies geschähe seit einiger Zeit zweimal im Jahr, zu Purim und zu Chanukka, so Spier, und zwar *„auf Anregung des humanen Leiters der Anstalt".*

Die ihnen Anvertrauten vor ihrem Mordschicksal zu bewahren, stand ein Jahrzehnt später weder in der Macht des von jüdischer Seite als „human" gerühmten Anstaltsleiters noch der „liebevollen" Betreuer.

Am 25. September 1940 wurde Moritz Oppenheim, zusammen mit allen anderen Hainaer „Volljuden", es waren insgesamt 30, weisungsgemäß nach Gießen in die dortige Heil- und Pflegeanstalt gebracht – dies galt auch für die jüdischen Patienten und Patientinnen in den übrigen nordhessischen und ostwestfälischen Anstalten.

Moritz Oppenheim war dann einer der 126 jüdischen Behinderten, darunter auch die aus Rotenburg stammenden Geschwister Johanna und Alfred Katzenstein (s. nächste Seite), die am 1. Oktober 1941 mit einem der grauen Mordbusse der SS nach Brandenburg an der Havel deportiert wurden. Dort wurden sie noch am Tag der Ankunft in der Gaskammer ermordet. (Näheres weiter unten)

Johanna u. Alfred Katzenstein, Rotenburg

Johanna Katzenstein wurde am 19. März 1897 als 6. Kind von Kaufmann Joseph und Minna Katzenstein in Rotenburg geboren. Nachdem sie noch die Pflichtschuljahre in der israelitischen Volksschule in Rotenburg hatte absolvieren können, war sie ab dem 15. Lebensjahr geistig verwirrt und von den Eltern nicht mehr unter Kontrolle zu bringen.
Am 14. August 1914 beantragte ihr Vater die Aufnahme seiner Tochter in die Landesheilanstalt Marburg, nachdem sie die Wochen davor in der Heilanstalt Göttingen ohne Heilerfolg zugebracht hatte. Ab dem 10. Juli 1915 war sie dann Patientin in der Landesheilanstalt Merxhausen. Außer Johanna Katzenstein waren in Merxhausen 12 weitere jüdische Frauen untergebracht, mit denen zusammen sie am 25. September 1940 weggeschafft wurde.
Wie sich schon in zurückliegenden Jahrzehnten antisemitische Grundeinstellungen artikulierten, verrät ein Eintrag in Johannas Marburger Krankenakte. Der Marburger Arzt erkannte bei Johanna als „Degenerationszeichen“: plattgedrückte jüdische Nase.
(Archiv des Landeswohlfahrtsverbands, Best. 16, K 16/0722, Krankengeschichte von J. Katzenstein)

Alfred Katzenstein, Johannas Bruder, war das jüngste Kind der Katzensteins. Einträge in der Krankenakte seiner Schwester Johanna geben zu erkennen, dass Alfred (geb. am 6. Juli 1901) geistig und körperlich pflegebedürftig war. Laut Ärztlichem Aufnahmebuch war Alfred seit dem 2.2.1926 Patient in der Heil- und Pflegeanstalt Haina - mit dem Aufnahmegrund „angeborener Schwachsinn“.
Vor Haina war er in der Erziehungsanstalt Mosbach im badischen Odenwald untergebracht. Es liegen keine Erkenntnisse vor, warum man Alfred in die weit entfernte Anstalt geschickt hatte. Wäre ihm dort ein gütigeres Schicksal beschieden gewesen?
Nach allem, was über die dortigen Patienten in der Hitlerzeit bekannt geworden ist, wäre lediglich das Datum seiner Ermordung ein anderes, nämlich späteres, gewesen.
Wie schon erwähnt, gehörten auch Johanna Katzenstein und ihr Bruder Alfred zu den jüdischen Behinderten, die am 1. Oktober 1940 in Brandenburg an der Havel in der Gaskammer ermordet wurden.
Diese war auf dem Gelände des ehemaligen Zuchthauses (Tarnname: „Landespflegeanstalt“) installiert worden, das man auf diese Weise von einer Haftanstalt zu einer Mordanstalt umfunktioniert hatte. Hier wurden in dem Zeitraum Februar bis November 1940 mehr als 9.700 Menschen vergast. (Kingren 2003: 270)

Täuschung der Familien

Den Familien und auch den Standesämtern in den Geburtsorten der Ermordeten wurde aber nicht Brandenburg an der Havel als Ziel der „Verlegung“ und Sterbeort mitgeteilt, sondern die fiktive



Von Februar bis Oktober 1940 diente das ehemalige Zuchthaus Brandenburg an der Havel als Mordstätte im Rahmen der T-4-Krankenmorde. Hier endete am 1. Oktober 1941 das Leben von drei jüdischen Menschen aus Rotenburg (Alfred und Johanna Katzenstein sowie Moritz Oppenheim), ebenso das von Ludwig Apfel aus Bebra. Insgesamt wurde hier 1940 9.772 Menschen in der Gaskammer getötet.

„Irrenanstalt Cholm, Post Lublin“ im Verwaltungsbezirk Lublin. Eine solche psychiatrische Anstalt hatte es zwar gegeben, sie war jedoch zu Jahresbeginn 1940 aufgelöst worden und diente jetzt als Tarnadresse.

„Um die Täuschung vollständig zu machen, wurden die in der Berliner Mordzentrale in der Tiergartenstraße 4 („Aktion T 4“) ausgestellten Sterbeurkunden mit dem Stempel des nicht existierenden Sonder-Standesamts „Cholm II“ versehen und im Raum Lublin bei der Post aufgegeben.“ (Klee 1985: 260f.)

Erst Jahrzehnte danach konnte dieses Betrugsmanöver aufgedeckt werden, das Nachforschungen zu der Mordaktion verhindern sollte.

Wie bereits erwähnt, gehörten auch die in Rotenburg aufgewachsenen Geschwister Johanna und Alfred Katzenstein (ehemals Brotgasse 3) zu den Mordopfern in Brandenburg an der Havel. Die 1897 geborene Johanna lebte seit 1914 in Behindertenanstalten, zuletzt in Merxhausen.

Ludwig Apfel, Bebra

In der Person von **Ludwig Apfel** wurde auch ein Bebraer Jude Opfer der Krankenmorde am 1. Oktober 1940 in Brandenburg. Seit November 1931 war er Patient in der Landesheilanstalt Marburg gewesen, wo man ihn am 20. Juni als „ungeheilt“ und mit der Diagnose „Schizophrenie“ nach Haina überwiesen hatte. In seiner Marburger Krankenakte ist als Beruf Kaufmann angegeben, seine Erkrankung kann ihn demzufolge erst als erwachsener Mann ereilt haben. Die Aufenthaltskosten in den Krankenanstalten wurden von seinem Bruder Emil getragen. Ludwigs Vater Bernhard Apfel war 1913 im Alter von 55 Jahren verstorben, hochgeachtet als erfolgreicher Geschäftsmann, vor allem aber als Kreisvorsteher der jüdischen Gemeinden des Landkreises Rotenburg, was auf seinem Grabstein ausdrücklich festgehalten ist.

Ablauf des Mordens in Brandenburg

Der Bericht eines Augenzeugen, der dem Begleitpersonal des Transportes einer Gruppe jüdischer Behinderter aus Berlin zugeteilt war, gibt eine Vorstellung von dem Ablauf der Mordaktionen in Brandenburg:

„…sofort nach der Ankunft wurden jeweils immer etwa 20 Personen aus den Zellen geholt. Sie mussten sich völlig nackt ausziehen, da ihnen gesagt wurde, dass sie vor Verlegung in einen anderen Bau baden und ungezieferfrei gemacht werden müss-

Irrenanstalt Cholm, Post Lublin

Sprechstunde und Besuche nur nach vorheriger Anmeldung

Gesch.-Z.: 248–1089 L.
(Ohne Angabe dieses Geschäftszeichens können Zuschriften nicht beantwortet werden.)

Cholm, den 7. Mai 1941.
Post Lublin
Postschließfach 822

An die
St. Josefkongregation
Ursberg

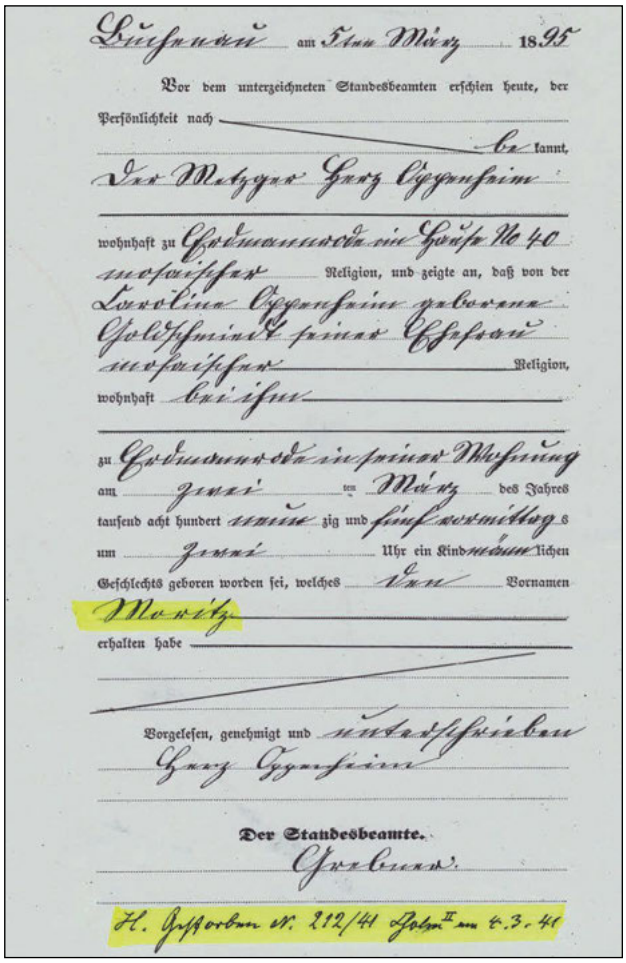
Der jüdische Geisteskranke Josef Israel St., geb. 27. 4. 1923, befand sich seit dem 22. September 1940 in unserer Anstalt und ist am 22. Januar 1941 hier verstorben.
Wie uns die Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH., Berlin, mitteilt, haben Sie bisher die Pflegekosten einschließlich aller Nebenkosten getragen.
In unserer Anstalt sind entstanden:

Pflegekosten vom 22. 9. 40 – 22. 1. 41 = 123 Tage à RM 3.–	= RM 369.—
Einäscherungskosten	= RM 65.—
insgesamt:	434.—

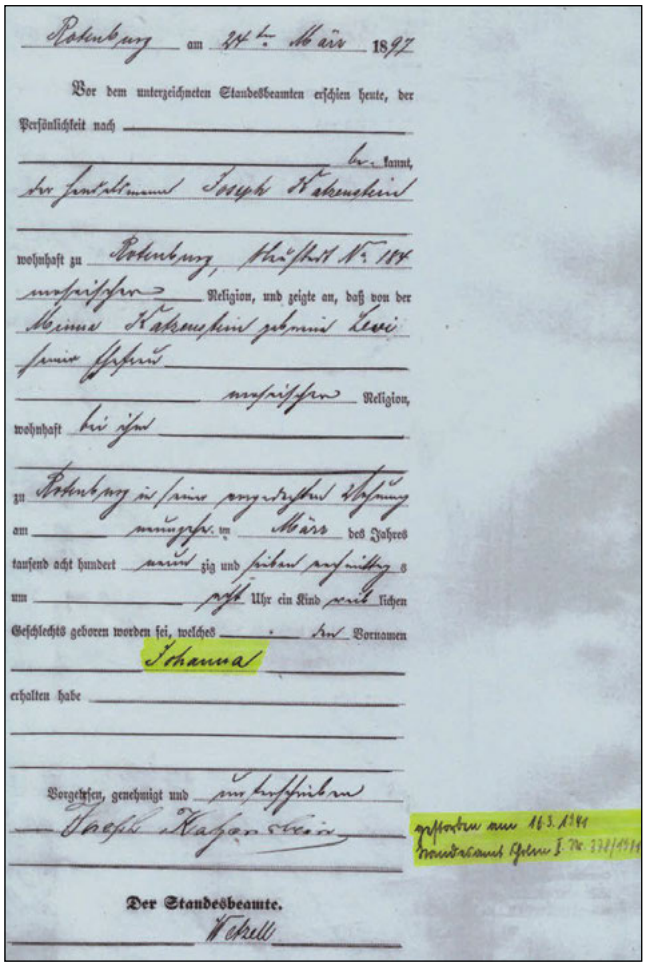
Wir bitten, diesen Betrag möglichst bald unter Angabe unseres Geschäftszeichens auf unser Postscheckkonto Berlin Nr. 17050 zu überweisen.
Eine Abschrift der Sterbeurkunde liegt bei.

Dieses Beispiel einer fingierten Rechnung aus der „Irrenanstalt Cholm, Post Lublin“ (entnommen aus Klee 1985: 260) zeigt anhand eines im September 1940 in Brandenburg ermordeten Pfleglings die Kostenberechnung über vier Monate hin, für die je 3,- RM pro Tag berechnet wurden.

ten. … Um die kranken Menschen nicht zu beunruhigen, wurden sie von Ärzten oberflächlich untersucht und mussten anschließend in einen Raum treten, in dem Holzpritschen standen und … der aussah wie ein Baderaum.
Bevor jedoch die untersuchten Personen in den Raum gingen, bekamen sie einen Nummernstempel mit fortlaufender Nummer aufgedrückt. …
An der Decke des Raumes waren in Form von Brausen Installationen angebracht, durch welche man Gas in den Raum ließ. Nach etwa 15-20 Minuten wurde das Gas aus dem Raum abgelassen, da man durch den Spion festgestellt hatte, dass sämtliche Personen nicht mehr am Leben waren.
Nun hat man auf Grund der aufgedrückten Nummer die Personen festgestellt, bei denen zuvor bei der Untersuchung festgestellt wurde, dass sie Goldzähne hatten. Den Toten wurden die Goldzähne ausgebrochen.
Anschließend wurden sie von den im Haus stationierten SS-Männern aus dem ‚Baderaum' getragen und zum Verbrennungsofen gebracht. Noch an diesem Tag wurde der gesamte Transport auf diese Art und Weise beseitigt."
(Aussage von Herbert Kalisch, zit. n. Kaul 1973: 99f.)


Buchenau am 5ten März 1895
Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der
Persönlichkeit nach bekannt,
der Metzger Herz Oppenheim
wohnhaft zu Erdmannsroda wie Häuser No 40
mosaischer Religion, und zeigte an, daß von der
Caroline Oppenheim geborene
Goldschmidt seiner Ehefrau
mosaischer Religion,
wohnhaft hierselbst
zu Erdmannsroda in seiner Wohnung
am fünften des Monats März des Jahres
tausend acht hundert neunzig und fünf vormittags 8
um ganz Uhr ein Kind männlichen
Geschlechts geboren worden sei, welches Ihm Vornamen
Moritz
erhalten habe
Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Herz Oppenheim
Der Standesbeamte.
Oppermann
H. Gasthaus Nr. 212/41 Cholm II am 4.3.41

Eintrag ins jüdische Geburtsregister 1895 von Buchenau, das zuständig für Erdmannrode war; dort wurde Moritz Oppenheim am 5. März 1895 geboren - als Sohn von Metzger Herz Oppenheim und Caroline geb. Goldschmidt.
Der Eintrag des Sterbedatums in dem fiktiven Standesamt „Cholm II" erfolgte am 4.3.1941 unter der Nr. 212/41. Moritz war am 1. Oktober 1941 in der Gaskammer in Brandenburg an der Havel getötet worden, zusammen mit 24 weiteren Juden aus der Heilanstalt Haina, darunter auch Alfred Katzenstein aus Rotenburg und Ludwig Apfel aus Bebra.


Rotenburg am 24ten März 1897
Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der
Persönlichkeit nach bekannt,
der Handelsmann Joseph Katzenstein
wohnhaft zu Rotenburg, Hünfelder Nr. 184
mosaischer Religion, und zeigte an, daß von der
Minna Katzenstein geborenen Levi
seiner Ehefrau
mosaischer Religion,
wohnhaft bei ihm
zu Rotenburg in seiner angeordneten Wohnung
am vierundzwanzigsten März des Jahres
tausend acht hundert neun zig und sieben vormittags 8
um halb Uhr ein Kind weiblichen
Geschlechts geboren worden sei, welches ihm Vornamen
Johanna
erhalten habe
Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Joseph Katzenstein
Der Standesbeamte.
Eckell
gestorben am 16.3.1941
Standesamt Cholm I Nr. 378/1941

Eintrag ins jüdische Geburtsregister 1897 von Rotenburg; hier wurde Johanna Katzenstein am 24. März 1897 geboren, als Tochter von „Handelsmann" Joseph Katzenstein und Minna geb. Levi.
Der Eintrag des Sterbedatums in dem fiktiven Standesamt „Cholm II" war erst am 16. März 1941 unter der Nr. 378/41 erfolgt.
Auch sie war in Brandenburg an der Havel am 1. Oktober 1940 in der Gaskommer getötet worden, zusammen mit 17 anderen Jüdinnen aus der Landesheilanstalt Merxhausen.

Fiktives Standesamt

Aussagen von Angeklagten in den „Euthanasie"-Prozessen der 1960er Jahre brachten zutage, dass die Berliner T-4-Zentrale 200.000 bis 300.000 RM Gewinn erzielte, indem man den Tod der Patienten willkürlich auf ein wesentlich späteres Datum setzte und für den Zeitraum ihrer angeblichen Betreuung in Cholm Pflegegelder einforderte.

Betroffen von diesem Betrugsmanöver war vor allem die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, die als Trägerin der freien jüdischen Wohlfahrtspflege für die Unterbringung der mittellosen Juden in öffentlichen Anstalten aufkommen musste. … Bis zum 30. September 1941 gingen bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Rechnungen der angeblichen Irrenanstalt Cholm über 478.574,71 RM für rund 1.100 Patienten ein. (Trus 2019: 83)

Für die jüdischen Patienten in Haina und Merxhausen wurden außerdem für die Zeit vom 1. Okt. 1939 bis zum 1. Okt. 1940, dem Tag des Abtransportes in eine Tötungsanstalt, der Pflegesatz willkürlich und rückwirkend von 2,50 RM auf 5,- RM pro Tag erhöht. Die erhöhten Pflegesätze für die zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr in Haina und Merxhausen befindlichen Patienten gingen ebenfalls zu Lasten der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.* (Klüppel 1984: 34)

Das angegebene Todesdatum wurde in der Regel zeitlich weit nach hinten gelegt und von den Kostenträgern die Zahlung von Pflegekosten für die Monate noch nach ihrer Ermordung verlangt. Und dazu zusätzlich 65 Reichsmark für die angeblichen Kosten der Einäscherung. (Klee 1985: 260f.)

Die fingierten Sterbeurkunden, die in Berlin angefertigt worden waren, gingen auch an die zuständigen Standesämter der Geburtsorte der Ermordeten. Dort wurde der gefälschte Sterbeort und das gefälschte Sterbedatum als Randvermerk auf den jeweiligen Geburtsurkunden eingetragen.
Dass diese Daten auf einem Täuschungsmanöver beruhen, blieb den meisten Standesämtern bis in unsere Tage unbekannt.



Auf dem Gedenkstein, der 1989 auf dem Gelände der ehemaligen Landesheilanstalt in Kloster Haina (heute: Zentrum für Soziale Psychiatrie) aufgestellt wurde, heißt es infolge der Täuschung bezüglich des Abtransports der jüdischen Patienten:
„1940 wurden 30 jüdische Patienten abtransportiert und an unbekanntem Ort ermordet."



Landesheilanstalt Haina (jetzt Zentrum für soziale Psychiatrie) im April 2012.

Lucie Meyer-Warschauer/ Rotenburg a.d.F./ Hannover

Lucie Meyer-Warschauer fand am 8. Mai 1942 in Bernburg a. d. Saale den Tod. In der dortigen Heil- und Pflegeanstalt war im Oktober 1940 eine Tötungsanstalt für geistig Behinderte eingerichtet worden. Ab Mitte 1941 diente die Anstalt der Ermordung kranker und nicht mehr arbeitsfähiger Häftlinge aus Konzentrationslagern (Aktion 14f13), darunter auch die am 20. Mai 1893 in Rotenburg geborene Lucie Meyer-Warschauer.

Sie war 1939 mit der Leitung des Jüdischen Altenheims Ellernstraße 16 in Hannover beauftragt worden. Nach dessen Umwandlung in eines der dortigen sieben Ghettohäuser wurde sie im September 1941 in das KZ Ravensbrück eingewiesen, von wo ihr Weg im Mai 1942 nach Bernburg führte.

Lucies Vater war der 1892 nach Rotenburg gekommene praktische Arzt Dr. med. Jakob Meyer, der hier Cäcilie Heinemann heiratete. Im Jahr darauf, am 29. Mai 1894, wurde das Familienglück durch die Geburt von Lucies Bruder Hans erweitert.

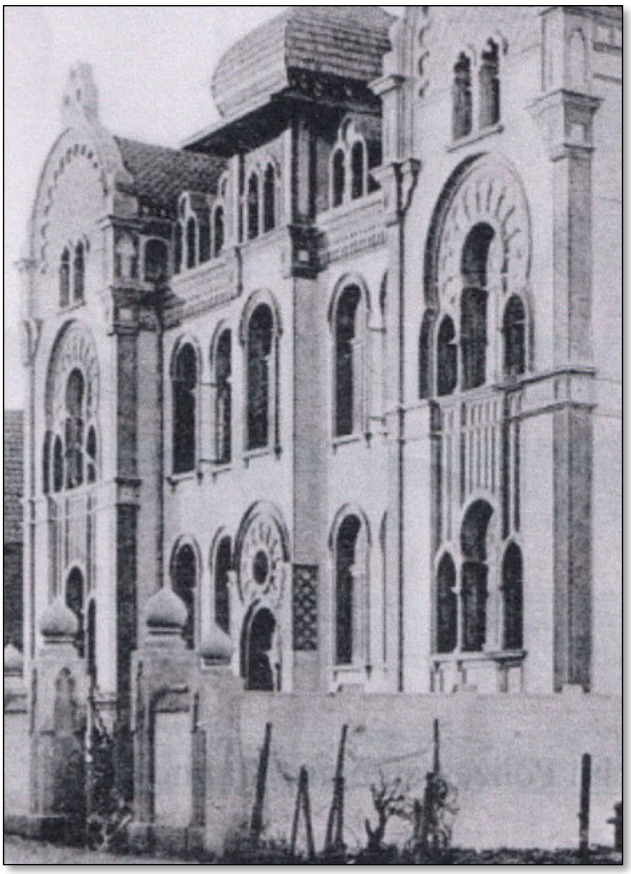
Lucie heiratete den in Hannover tätigen Arzt Dr. Otto Warschauer. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor, Hans und Thomas. Ihr Leben wurde durch Flucht nach Paraguay bzw. England („Kindertransport“) im Frühjahr 1939 gerettet.

Bis zur Einweisung in das Jüdische Krankenhaus und Altenheim Ellernstraße 16 in Hannover im September 1941 hatte Otto Warschauer seine ärztliche Tätigkeit fortsetzen können. Ob diese Sonderbehandlung darin begründet lag, dass er im Ersten Weltkrieg als Oberarzt gedient hatte und als Verwundeter aus dem Krieg zurückgekehrt war? Das hatte ihn aber nicht davor bewahrt, am 15. Dezember 1941 zusammen mit tausend anderen Juden aus Hannover ins Ghetto Riga deportiert zu werden, wo er sein Leben gewaltsam verlor.

Am 18. September 2013 wurden vor dem Haus Lange Laube 6 zur Würdigung des Mordschicksals von Lucie und Otto Warschauer sog. Stolpersteine verlegt. Heinz Weidner, ein früherer Mitbewohner und Spielkamerad des Sohnes Thomas, berichtete in einer bewegenden Ansprache vom Zusammenleben mit den Warschauers.



Porträt von Lucie Meyer verh. Warschauer in der Fotogalerie im Jüdischen Museum in Rotenburg a.d.Fulda.





***oben**: Porträt Lucie Meyer verh. Warschauer im Jüdischen Museum Rotenburg a.d.F.*
***Mitte**: Jüdisches Altenheim in Hannover, 1939/40 geleitet von Lucie Meyer-Warschauer.*
***unten**: Stolpersteine zum Gedenken an Lucie und Otto Warschauer vor dem Haus Lange Laube 6 in Hannover.*

F. Deportation und Vernichtung der letzten noch verbliebenen Jüdinnen und Juden

F. 1 Deportation ab Kassel nach Riga am 7. Dezember 1941

Ab Dezember 1941 wurden aus dem Regierungsbezirk Kassel in nur neun Monaten 2.286 jüdische Menschen in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt. (Kingren 2002: 224) Der 1. von drei Großtransporten aus dem Regierungsbezirk führte ins Ghetto Riga. Der Zug mit 1024 „Passagieren“ verließ den Kasseler Hauptbahnhof am 9. Dezember 1941. Davon waren 475 Juden und Jüdinnen aus der Stadt Kassel und 549 aus weiteren Städten und Gemeinden des damaligen Regierungsbezirks. Bei dieser 1. Massendeportation über Kassel waren die Landkreise Hersfeld und Rotenburg nicht unmittelbar betroffen.

Wohl aber mussten diejenigen Rotenburger und Bebraer Jüdinnen und Juden in den Deportationszug nach Riga steigen, die in den Jahren davor nach Kassel bzw. in andere nordhessische Landkreise umgesiedelt waren, aus denen im Dezember 1941 die Personen für den 1. Massentransport rekrutiert wurden.

Das waren **Theodor** und **Rosa Döllefeld** mit ihrer **Tochter Dina,** die 1939 aus Rotenburg nach Eschwege gegangen waren, von wo Rosa stammte. Mit ihrer Tochter kam sie im Frühjahr 1944 in das KZ Stutthof bei Danzig und von dort im April 1945 ins holsteinische Neustadt, wo sie bei der Suche nach Nahrungsmitteln von der SS erschossen wurde, wie ihre Tochter berichtete. Theo Döllefeld überlebte mehrere Lager, er starb im Juli 1972 in den USA.



Dina Döllefeld
verh. Marx *04.08.1927

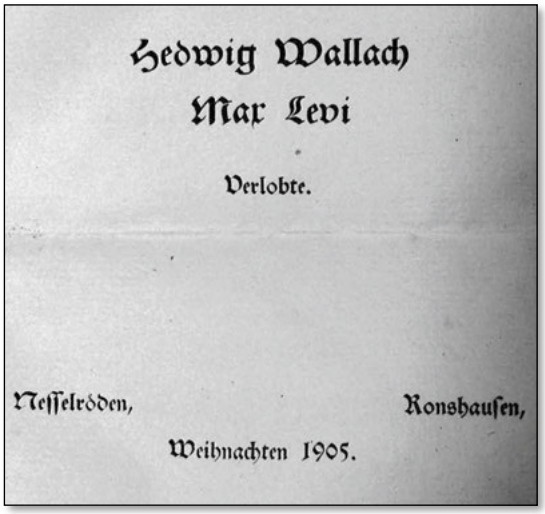


Jeanette Werthan
geb. Goldschmidt *07.11.1885

Desgleichen gehörte **Jeanette Werthan**, ehemals Brotgasse 19 in Rotenburg, zu den am 9. Dezember 1941 Deportierten. Sie war im Dezember 1938 mit ihrem **Sohn Theo** nach Kassel geflüchtet; Theo gelangte im Januar 1939 mit einem Kindertransport nach Holland, was ihn aber nicht vor der Ermordung in Auschwitz im September 1942 bewahrte.

Auch die 50-jährige **Paula Katzenstein** (ehemals Brotgasse 3 in Rotenburg) war eine der im Dezember 1941 nach Riga Verschleppten und Ermordeten. Unmittelbar nach den Novemberpogromen 1938 hatte sie ihre Heimatstadt verlassen, ihre letzte Adresse in Kassel war Schomburgstraße 11.

Auch aus Bebra stammende Juden gehörten zu der 1. Massendeportation nordhessischer jüdischer Menschen. Es waren dies **Max Moses Levi** und seine Frau **Hedwig** geb. **Wallach**, die zu Jahresbeginn 1938 nach Fulda (Heinrichstraße 48) gezogen waren und ihr Geschäft in der Apothekenstraße 10 in Bebra Max‘ Bruder Samuel Levi überlassen hatten. Die Levis handelten mit Stoffen und Wäsche, verkauften aber auch Konfektionsware und Nähmaschinen.



Hedwig Wallach
Max Levi

Verlobte.

Nesselröden, Ronshausen,

Weihnachten 1905.

Dass Hedwig Wallach (aus Nesselröden gebürtig) und Max (Moses) Levi ihren Verlobungstermin mit „Weihnachten 1905“ bekanntgaben, zeigt das Ausmaß der Bereitschaft, sich auch im privaten Bereich den Sitten und Gebräuchen der christlichen Mehrheit anzupassen. Werbeannoncen mit Hinweisen zu besonderen Angeboten für das Weihnachtsfest waren für jüdische Geschäftsinhaber schon längst selbstverständlich geworden.

„Umsiedlung“ oder „Evakuierung“?

„Keiner der in Deutschland eingeschlossenen Juden wußte, was sich nach dem Abtransport in den Osten abspielen würde.
Sie waren durch alle Phasen und Formen der Diffamierung und Diskriminierung gegangen, gleichwohl sperrten sich noch immer historische Erfahrung und menschliche Vorstellungskraft dagegen, den Gedanken an die drohende systematische Vernichtung der physischen Existenz in den Bereich des Möglichen zu rücken. Ebenso schwer fiel es dann, den ersten ‚Gerüchten‘ über ‚Massenerschießungen‘ und ‚Massenvergasungen‘ Glauben zu schenken.
Fast überall wurden die Hinweise auf den organisierten Massenmord als ‚Kriegspropaganda‘ oder ‚Hirngespinste‘ beiseite geschoben, in jüdischen wie nichtjüdischen Kreisen, in Deutschland wie im Ausland.
Als im Oktober 1941 die letzten Auswanderungswege versperrt wurden und die ersten Deportationstransporte in den Osten abgingen, klammerten sich fast alle Juden an die offiziellen Verlautbarungen, die von einer ‚Umsiedlung‘ oder ‚Evakuierung‘ zum ‚Arbeitseinsatz‘ sprachen.“ (Kwiet 1996: 612)

Martin Löwenbergs Schilderung

Unter den am 7. Dezember 1941 von Kassel nach Riga in Lettland verschleppten Menschen war auch die Familie von Sally und Klara Löwenberg mit ihren vier Kindern aus Fulda, die 1938 von ihrem Heimatort Schenklengsfeld zugezogen war.
Der 1928 geborene Sohn Martin, der mehrere Konzentrationslager überlebte, berichtete bei einem seiner Besuche in seiner nordhessischen Heimat u. a. darüber, wie die Deportierten nach viertägiger Bahnfahrt in bitterster Kälte vom Zielbahnhof Riga-Skirotava viele Kilometer über Eis und Schnee sich in den Rigaer Ghettobezirk schleppen mussten.
„Bei ihrer Ankunft entdeckten sie gefrorene Blutspuren im Schnee und auf dem Eis der Straßen und Gassen, welches - wie sie später erfuhren - von den vorherigen Insassen des Ghettos stammte.
Die lettischen Juden waren zuvor in zwei ‚Aktionen‘ am 30. November und am 7. Dezember 1941, aus ihren Wohnungen getrieben und in die nahen Wälder von von Rumbula und Bikernieki gebracht worden, wo man sie ermordet hat.
Die sechs Mitglieder der Familie Löwenberg waren gezwungen, mit einem anderen Ehepaar in einer Ein-Zimmer-Wohnung zu leben, mit Kochmöglichkeit zwar, aber ohne fließendes Wasser und Toilette. Weil die früheren Bewohner ganz plötzlich abgeholt worden waren, standen im Zimmer offene Speisereste herum, so dass es von Ratten, Läusen, Flöhen und Küchenschaben nur so wimmelte.
Das Ghetto befand sich in der Slum-Gegend von Riga und wurde Moskau-Vorstadt genannt.“ (Honikel 2001: 2) .

Der Bericht von Lilly Strauß aus Hünfeld

Ein weiteres authentisches Zeugnis des Leidensweges der im Dezember 1941 deportierten hessischen Jüdinnen und Juden liegt in Form eines ausführlichen Briefes vor, den die Hünfelder Jüdin Lilly Strauß, eine der wenigen Überlebenden, 1945 von Schweden aus an ihre Verwandten schickte:
„Unsere Waggons waren trotz der wahnsinnigen Kälte nicht geheizt. Durst hatten wir, dass uns die Zunge am Gaumen klebte. Zu essen hatten wir nur die Brote, die wir noch von zu Hause bei uns hatten. Es gab Kranke in den Waggons, aber einen Arzt hatten wir nicht. …
Unser Zug von etwa 1000 Menschen lief dann ca. zwei Stunden nach dem Ghetto. Viele warfen unterwegs unter dem Druck der Last noch von ihrem Gepäck fort. …
Im Ghetto boten sich uns grauenhafte Bilder. … Wir sahen noch die Blutlachen, die Tische waren zum Teil noch gedeckt. Man sah, dass die Menschen ganz plötzlich aus dem Leben herausgerissen waren. Ihr könnt Euch denken, mit welchem Entsetzen und Angstgefühlen wir dies alles in uns aufnahmen. … Täglich rechneten wir auch mit einer solchen Aktion, denn jetzt erkannten wir, dass wir zu diesem Zwecke nach dem Osten geschafft wurden.
Nur der damaligen Kriegslage können wir es verdanken, dass wir noch am Leben sind. Riga wurde die Zentrale der Frontlieferungen für den Osten, und so fanden viele von uns dort Beschäftigung. Allerdings, die nicht Arbeitsfähigen brachte man auf andere Weise ums Leben.
Man suchte Menschen beim Appell aus, die unter dem Vorwand, anderweitig zu arbeiten, fortkamen. So verschwanden die Menschen, und niemals sah oder hörte man wieder etwas von ihnen.“ (zit. n. Sternberg 2001: 253f.)

F. 2 Deportation ab Kassel nach Majdanek-Lublin am 1. Juni

Bei dem 2. Massentransport aus dem Regierungsbezirk Kassel mit 509 Personen am 1. Juni 1942 hatte die Gestapo die Bürgermeister angewiesen, in den Melderegistern nicht den Zielort anzugeben, sondern den Vermerk *„Unbekannt verzogen“* bzw. *„Ausgewandert“* anzuführen. (Kingren 1998: 98)

Dies macht deutlich, wie sehr sich die NS-Behörden um eine verdeckte Aktion bemühten, die bis in die Wortwahl verlogen war.

Vom Reichssicherheitshauptamt, Referat Eichmann, war die Anordnung gekommen, nur Personen zu deportieren, die unter 65 Jahre alt waren und, falls gebrechlich, unter 55 Jahre und sich nicht in kriegswichtigem Einsatz befanden.

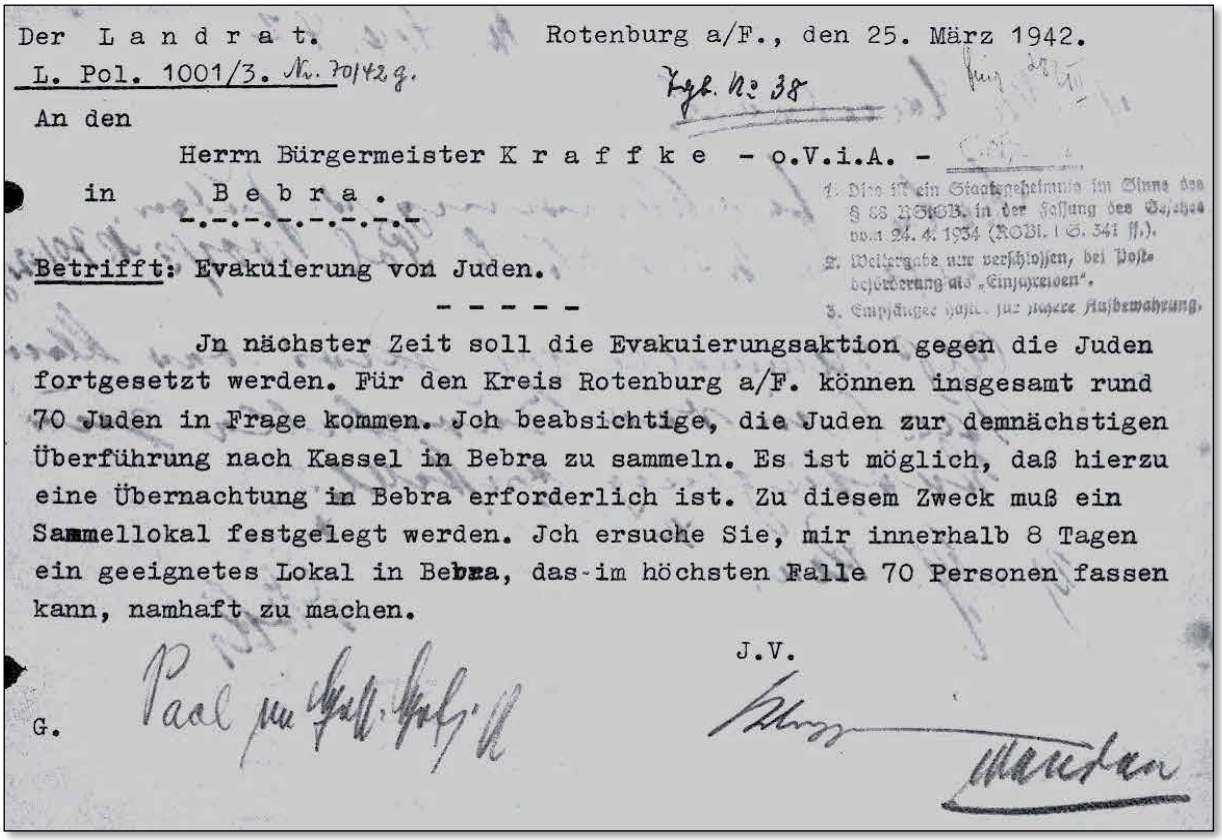
Wie bei der ersten Deportation hatte die Gestapo in den Bürgerschulen in der Schillerstraße (heute Arnold-Bode-Schule, zwischenzeitlich Walter-Hekker-Schule) in Kassel ein zentrales Auffanglager eingerichtet, von wo aus sie am 1. Juni 1942 abtransportiert wurden.

Da bei der 1. großen Zwangsdeportation aus dem Regierungsbezirk Kassel im Dezember 1941 einige Landkreise ausgespart worden waren, so auch der Kreis Rotenburg, war hier mit 45 Personen der Anteil bei der 2. Deportation am 31. Mai 1942 umso höher.

117 jüdische Einwohner waren es 1933 in Bebra gewesen, 123 in Rotenburg. Von ihnen waren im Mai 1942 in Bebra 21 und in Rotenburg neun übrig geblieben.

13 Personen in Bebra und 14 in Rotenburg waren inzwischen verstorben. Die übrigen waren in größere Städte verzogen, die meisten nach Kassel und Frankfurt. Man glaubte, dort ungefährdeter leben zu können - ein großer Trugschluss, wie sich später herausstellen sollte.

Von dort setzte sich zumeist ihr Leidensweg in die Konzentrationslager und in die Vernichtung fort, zeitlich zum Teil noch bevor die hiesigen Juden deportiert wurden. So ist die Spur der Verfolgung und Vernichtung noch deutlich breiter, als sie hier dargestellt werden kann.



Der L a n d r a t.
L. Pol. 1001/3. Nr. 70142 g.

Rotenburg a/F., den 25. März 1942.
Tgb. Nr. 38

An den
Herrn Bürgermeister K r a f f k e - o.V.i.A. -
in B e b r a .
-.-.-.-.-.-.-.-

1. Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB. in der Fassung des Gesetzes vom 24. 4. 1934 (RGBl. I S. 341 ff.).
2. Weitergabe nur verschlossen, bei Postbeförderung als „Einschreiben".
3. Empfänger haftet für sichere Aufbewahrung.

Betrifft: Evakuierung von Juden.
- - - - -

Jn nächster Zeit soll die Evakuierungsaktion gegen die Juden fortgesetzt werden. Für den Kreis Rotenburg a/F. können insgesamt rund 70 Juden in Frage kommen. Jch beabsichtige, die Juden zur demnächstigen Überführung nach Kassel in Bebra zu sammeln. Es ist möglich, daß hierzu eine Übernachtung in Bebra erforderlich ist. Zu diesem Zweck muß ein Sammellokal festgelegt werden. Jch ersuche Sie, mir innerhalb 8 Tagen ein geeignetes Lokal in Bebra, das im höchsten Falle 70 Personen fassen kann, namhaft zu machen.

J.V.

G.

Wie aus dem Schreiben des Rotenburger Landrats vom 23. März 1942 an den Bebraer Bürgermeister hervorgeht, sollten die noch im Kreis Rotenburg verbliebenen Juden vor ihrer Verschleppung (schönfärberisch als „Evakuierung“ bezeichnet) in ein Sammellager in Bebra eingewiesen werden. Dazu ist es aber nicht gekommen. (Stadtarchiv Bebra)



Ausgestattet mit einem großen Festsaal, war der Hessische Hof ein begehrtes Veranstaltungslokal.
Die geplante Nutzung als Sammelunterkunft der Juden im Raum Bebra-Rotenburg vor ihrer Deportation kam nicht zustande.

Vorbereitungen ab März 1942

Schon einige Zeit vor der 2. Massendeportation aus dem Regierungsbezirk Kassel war mit den Vorbereitungen begonnen worden. Am 25. März 1942 hatte der Rotenburger Landrat Bebras Bürgermeister Kraffke wissen lassen:
„In nächster Zeit soll die Evakuierungsaktion gegen die Juden fortgesetzt werden. Für den Kreis Rotenburg a/F. können insgesamt rund 70 Juden in Frage kommen. Ich beabsichtige, die Juden zur demnächstigen Überführung nach Kassel in Bebra zu sammeln. Es ist möglich, daß hierzu eine Übernachtung in Bebra erforderlich ist. Zu diesem Zweck muß ein Sammellokal festgelegt werden. Ich ersuche Sie, mir innerhalb 8 Tagen ein geeignetes Lokal in Bebra, das im höchsten Falle 70 Personen fassen kann, namhaft zu machen."
Handschriftlich wurde im Bebraer Rathaus nach Eingang des Schreibens aus dem Landratsamt der Vermerk „Saal im Hess. Hof" eingetragen.

Wenige Tage später, am 30. März 1942, ging eine Aufstellung der aus dem Landkreis Rotenburg zu deportierenden Jüdinnen und Juden an die Bürgermeister in Baumbach, Bebra, Diemerode, Nentershausen, Rengshausen, Richelsdorf und Rotenburg.
Verbunden war die Auflistung mit der Bitte um Überprüfung, *„ob die genannten Juden transportfähig sind"*.
An anderer Stelle hatte der Landrat die Bürgermeister wissen lassen, dass seine Anordnungen auf „Anweisung der Geheimen Staatspolizeistelle" erfolgen. Weiter hieß es: *„Der Zeitpunkt der Evakuierung steht noch nicht fest und wird von der Geheimen Staatspolizeistelle in Kassel kurzfristig mitgeteilt werden. Die für die Aktion erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen sind aber sofort in Angriff zu nehmen."*
Ein weiterer Hinweis lautete, den Juden sei *„die bevorstehende Evakuierung noch nicht mitzuteilen. Dennoch kann ihnen gesagt werden, daß sie ihre Wohnungen gemäß Ziffer 5 des Merkblattes herzurichten haben, damit die demnächstige Evakuierung keine Verzögerung erleidet."*
Was im Rückblick oft wie wohlgeordnet in seinem Ablauf erscheint, war zu seiner Zeit oft chaotisch und improvisiert. Hierfür kann der tatsächliche Verlauf der Deportation der hiesigen Juden als treffendes Beispiel gelten und einen Blick hinter die Fassaden des nationalsozialistischen Staates öffnen.
Was diese Ungewissheit für die Betroffenen bedeutete, bringt Victor Klemperer in seinem Tagebucheintrag vom 28. November 1941 zum Ausdruck: *„Man weiß nichts Genaues, nicht, wen es trifft, nicht, wann noch wohin. Täglich Nachrichten aus verschiedensten Städten, Abgang großer Transporte, Sistierungen, dann wieder Abgang, mit Sechzigjährigen, ohne Sechzigjährige, alles scheint Willkür."*

Konsequente Beraubung

In der angesprochenen Merkblattziffer 5 wurde in unmissverständlichen Worten zum Ausdruck gebracht, dass die „Evakuierung" zugleich auch eine konsequente Beraubung bedeutete:
„Das in den Wohnungen der zu evakuierenden Juden zurückbleibende Vermögen gilt als beschlagnahmt. Das zurückbleibende Inventar haben die Juden mit einem Namensschild zu kennzeichnen,

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
B.Nr. 40/42 g.

Kassel, den 20. März 1942.

G é h e i m !
Einschreiben!

Betrifft: Evakuierung von Juden.
Vorgang: Ohne.

Im Zuge einer bereits laufenden Evakuierungsaktion werden in nächster Zeit auch aus dem Regierungsbezirk Kassel ca.840 Juden nach dem Osten abgeschoben. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion im Benehmen mit den beteiligten Stellen liegt ausschliesslich in Händen der Staatspolizeistelle Kassel. Die Auswahl des für die Evakuierung in Frage kommenden Personenkreises erfolgt nach hierzu besonders ergangenen Richtlinien durch die Staatspolizeistelle Kassel. Eine namentliche Liste der für die Evakuierung in Betracht kommenden Juden,getrennt für jeden Bezirk, werde ich noch nachsenden.

Da der Zeitpunkt der Evakuierung aus verkehrstechnischen Gründen noch nicht festgesetzt und voraussichtlich erst 4 Tage vorher angegeben werden kann, müssen sämtliche mit dieser Aktion in Beziehung stehenden Vorbereitungsmassnahmen sofort in Angriff genommen werden. Jede Verzögerung muss unbedingt vermieden werden, da sie zwangsläufig die Durchführung der Gesamt-Aktion gefährden muss. Ich bitte deshalb um genaueste Beachtung der hierzu ergangenen Richtlinien. Sobald mir der Termin der Evakuierung bekannt ist, werde ich die mit der Aktion betrauten Dienststellen sofort fernmündlich in Kenntnis setzen. Sämtliche Juden werden vor ihrem Abtransport nach dem Osten in einem Auffanglager in Kassel konzentriert. Vorgesehen für diesen Zweck sind die Bürgerschulen Schillerstrasse/ Ecke Wörthstrasse in Kassel.

Vor dem Abtransport nach Kassel sind die Kennkarten sämtlicher zur Evakuierung kommenden Juden auf Richtigkeit insbesondere der Personalien zu kontrollieren und mit einem hierfür zu verwendenden Stempel " Überprüft " zu versehen. Einer Erlaubnisbescheinigung zur Benutzung der Reichsbahn bezw. zum Verlassen des Wohnortes bedarf es nicht, da der Transport von Polizeibeamten begleitet werden soll.

Bei Abmeldung der Juden ist in den Melderegistern der Meldeämter nicht der Zielort oder ein Vermerk " Evakuiert nach dem Osten " ,sondern lediglich " Unbekannt verzogen " bezw." Ausgewandert " anzuführen.

Die Heranführung der Juden aus den Bezirken nach Kassel erfolgt

An
die Herren Landräte persönlich - oViA.-
in Arolsen,Eschwege,Frankenberg/Eder,Fritzlar-Homberg,
Fulda, Gelnhausen, Hanau, Hersfeld,Hofgeismar,Hünfeld,
Marburg/L., Melsungen,Rotenburg/F.,Schlüchtern,Schmalkalden,
Korbach, Witzenhausen, Bad Wildungen,Wolfhagen,Ziegenhain.
die Stapo-Aussendienststelle in Fulda,z.Hd.von Herrn Krim.
Obersekretär B l o m e - oViA.-
den Herrn Polizeidirektor in Hanau persönlich-oViA.-
den Herrn Oberbürgermeister als Ortspol.Beh.persönlich-oViA.-in Marburg/L.
Nachrichtlich:
dem Herrn Oberpräsidenten in Kassel
z.Hd.von Herrn Oberregierungsrat H e i n e -oViA.-
dem Herrn Regierungspräsidenten persönlich-oViA.- in Kassel
der SD.- Hauptaussenstelle in Kassel
z.Hd. von ...-Sturmbannführer B o n i f e r - oViA.-

*Geheimes Schreiben der **Geheimen Staats-Polizei (Gestapo)** Kassel vom 20. März 1942 an die Landräte zur Vorbereitung der Zweiten Deportation (1. Juni 1942) aus dem Regierungsbezirk Kassel in den Bezirk Lublin.*
*Im letzten Absatz heißt es: „Bei Abmeldung der Juden ist in den Melderegistern der Meldeämter nicht der Zielort oder ein Vermerk ‚Evakuiert nach dem Osten', sondern lediglich **‚Unbekannt verzogen'** bezw. ‚Ausgewandert'.*
(aus: Hedwig/ Nebe/ Wenz-Haubfleisch 2011: 264)

daß der bisherige Eigentümer danach sofort festgestellt werden kann."

Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die bei den Auktionen nach der erfolgten Deportation ehemaligen jüdischen Besitz ersteigerten, wussten also, welcher jüdischen Familie sie ihren Neubesitz zu verdanken hatten. Ob und wie der zwangsweise zurückgebliebene jüdische Besitz aber überhaupt zur öffentlichen Versteigerung kam, hing davon ab, welches unmittelbare Interesse das Finanzamt an den Objekten hatte.

Dies geht aus der im Folgenden zitierten Anordnung hervor:

„Beim Verlassen der Wohnung sind die Schlüssel zu den Räumen, Behältnissen und ggf. zu den Wohnungen ebenfalls mit einem Namensschild zu versehen und bei dem mit der Evakuierung beauftragten Polizeibeamten abzugeben, der sie in Briefhüllen mit der entsprechenden Aufschrift des bisherigen Eigentümers verwahrt. Die Briefhüllen mit den Schlüsseln sind dem zuständigen Finanzamt zuzustellen."



Im wesentlichen brachte das Deutsche Reich über die Finanzämter den Besitz der Verschleppten in seine Gewalt, das verbliebene Geldvermögen ebenso wie den größten Teil des Sachbesitzes.

Wie die lange als verschollen geltenden Akten des Rotenburger Finanzamtes zeigen, kooperierte die Finanzverwaltung eng mit der Gestapo und anderen für die Deportationen zuständigen Behörden. Dieser Nachweis war ein Ergebnis der Recherchen von Bettina Leder für die 2010 in Rotenburg gezeigte Wanderausstellung *„Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933 - 1945".*

Bis dahin galt es als ausgemacht, dass die Unterlagen über die Tätigkeit des Rotenburger Finanzamtes während des Dritten Reiches und der frühen Nachkriegszeit so gut wie vollständig verschwunden seien. Aus den 2010 ausgewerteten Akten geht indes hervor, dass die Mitarbeiter des Rotenburger Finanzamtes die Vermögensverzeichnisse der zur Deportation anstehenden Personen noch vor deren Abtransport in die Hände bekamen und so die „Verwertung" des letzten Besitzes der Deportierten in die Wege leiten konnten, zumal sie auch zeitnah die Schlüssel zu den *„frei gemachten Wohnungen"* in Empfang nehmen konnten.

In dem umfangreichen Aktenbestand fehlen die Listen über den Ablauf der Versteigerungen, sodass nicht erkenntlich ist, in wessen Besitz das letzte Hab und Gut der aus Bebra und Rotenburg 1942 deportierten Personen gegangen ist.

Auch der in anderen Finanzämtern überlieferte diesbezügliche Aktenbestand ist ohne die konkreten Versteigerungslisten, sodass die Vermutung naheliegt, dass es sich hier um ein gezieltes Verwischen von Spuren handelt. Für die Nachfahren der um ihren letzten Besitz Gebrachten bedeutete dies ein entscheidendes Erschwernis bei der Geltendmachung von Rückerstattungs- oder Entschädigungsansprüchen.

Überliefert ist jedoch ein Verzeichnis der Gegenstände, für die das Rotenburger Finanzamt selbst Verwendung hatte:

ein Bücherschrank, ein Plüschsofa, zwei Plüschsessel, ein Schreibtischsessel, zwei Schreibtische, sechs Stühle mit Ledersitzen und eine Standuhr. Diese Standuhr stand viele Jahre im Rotenburger Finanzamt, ehe sie dem Rotenburger Jüdischen Museum als Exponat übergeben wurde.

Verbleib jüdischen Besitzes

Am 24. März 1960 tauchte eine neue Version des seinerzeitigen Verbleibs des Besitzes von deportierten Familien aus Bebra auf: Wilhelm Rex, der 1938 als Leiter der Bebraer Polizeistation Dienst tat, gab bei seiner Zeugenaussage anlässlich des Entschädigungsverfahrens der Erben der Familie Döllefeld u. a. zu Protokoll:

„Mir ist bekannt, daß aus dem Anwesen der Familie Döllefeld die guten Sachen von der Kreisleitung geholt wurden. Die anderen Sachen wurden dann hier in Bebra öffentlich versteigert.“

Ein weiterer Zeitzeuge, der damals in der Nachbarschaft der Döllefelds gewohnt hatte, konnte sich an Ähnliches erinnern:

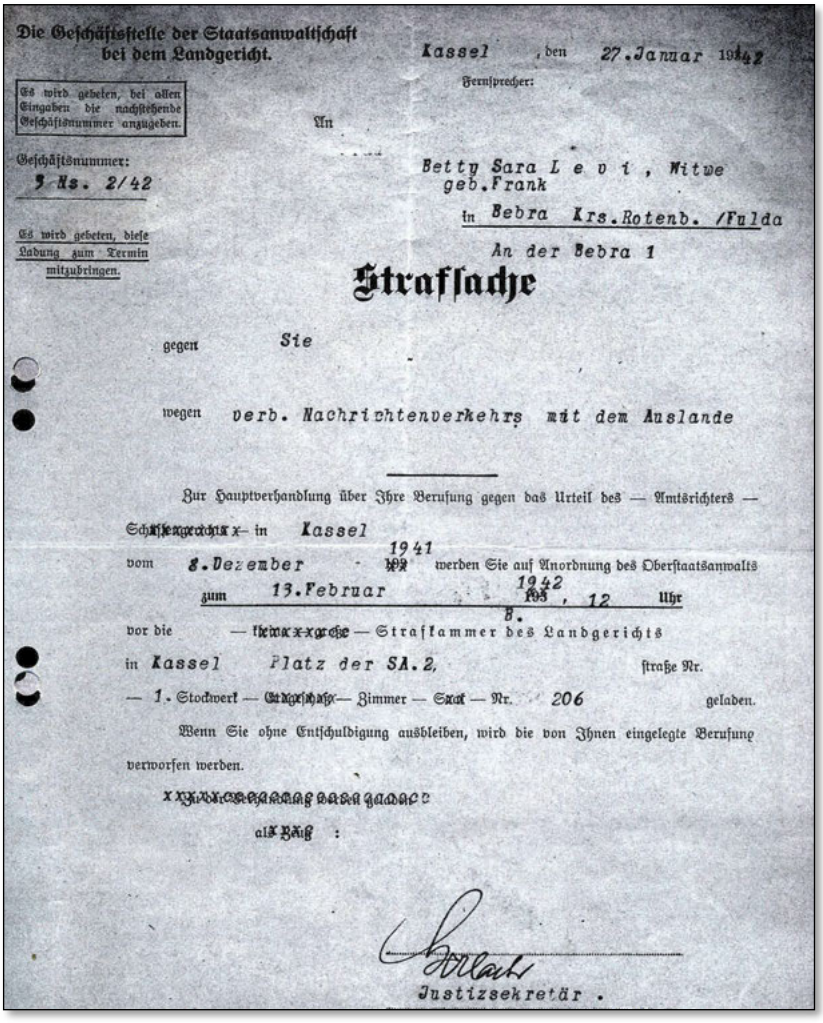
„Nach der Deportation wurden aus dem Anwesen der Frau Klara Döllefeld die guten Sachen von der Kreisverwaltung Rotenburg geholt. Der Rest, der danach noch verblieb, wurde öffentlich versteigert.“

Betty Levi: zurück nach Bebra zur Deportation

Betty Levi hatte sich laut Urteil des Kasseler Amtsgerichts vom 8.12.1941 des *„verbotenen Nachrichtenverkehrs mit dem Auslande“* schuldig gemacht. Denkbar ist, dass sie im Briefverkehr mit ihrer im Juni 1936 nach Jerusalem emigrierten Tochter Traudel (dort verheiratet mit Dr. med. Siegfried Karl Süßkind) unverblümte Schilderungen der in Deutschland herrschenden Zustände formuliert hatte.

Zur Beratung und Vertretung vor Gericht hatte sie sich an den Frankfurter Anwalt Max Cahn gewandt und gegen ihre Inhaftierung Berufung eingelegt.

Die überlieferten Dokumente halten nur diese Tatsache fest, weitere Kenntnisse über die Umstände ihrer Verurteilung und die Dauer der verfügten Haftdauer fehlen. Für den 9. Februar 1942 erhielt Betty Levi eine Fahrerlaubnis von Bebra nach Kassel, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie mit ihrem Revisionsantrag zunächst Erfolg hatte und so auf freiem Fuß geblieben war.



Die Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht.

Kassel, den 27. Januar 1942

Fernsprecher:

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die nachstehende Geschäftsnummer anzugeben.

An

Geschäftsnummer: 3 Ks. 2/42

Betty Sara L e v i, Witwe geb. Frank

in Bebra Krs. Rotenb. /Fulda

An der Bebra 1

Es wird gebeten, diese Ladung zum Termin mitzubringen.

Strafsache

gegen Sie

wegen verb. Nachrichtenverkehrs mit dem Auslande

Zur Hauptverhandlung über Ihre Berufung gegen das Urteil des — Amtsrichters — Schöffengerichts — in Kassel

vom 8. Dezember 1941 werden Sie auf Anordnung des Oberstaatsanwalts zum 13. Februar 1942, 12 Uhr

vor die — kleine — Strafkammer des Landgerichts

in Kassel Platz der SA. 2, straße Nr.

— 1. Stockwerk — Untersuchungshaft — Zimmer — Saal — Nr. 206 geladen.

Wenn Sie ohne Entschuldigung ausbleiben, wird die von Ihnen eingelegte Berufung verworfen werden.

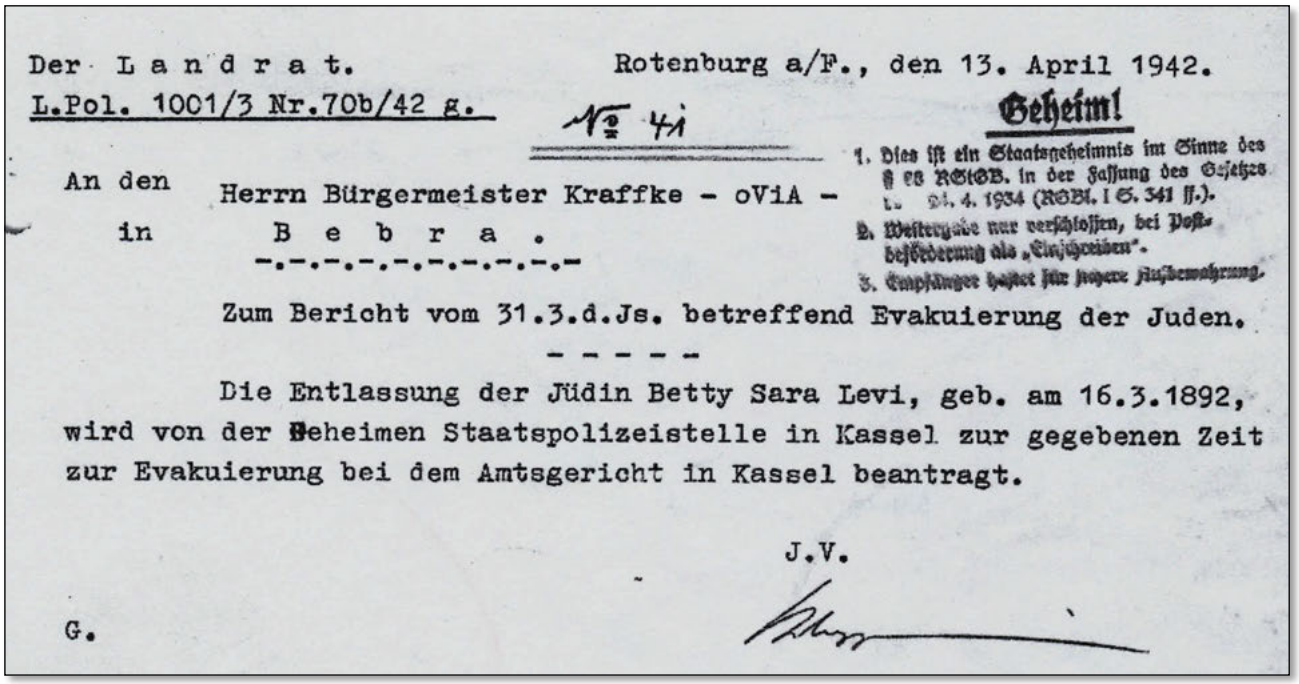
als Zeuge :

Justizsekretär.

Strafantrag gegen Betty Levi, Bebra, vom 27.01.1941 wegen verb(otenen) Nachrichtenverkehrs mit dem Auslande.



Betty Levi geb. Frank (geb. 16. März 1892 in Eppingen), Eheschließung in Bebra mit Samuel Levi 1913.



Der Landrat. Rotenburg a/F., den 13. April 1942.
L.Pol. 1001/3 Nr.70b/42 g. Nr 41

Geheim!

1. Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB. in der Fassung des Gesetzes v. 24. 4. 1934 (RGBl. I S. 341 ff.).
2. Weitergabe nur verschlossen, bei Postbeförderung als „Einschreiben".
3. Empfänger haftet für sichere Aufbewahrung.

An den Herrn Bürgermeister Kraffke - oViA -
in B e b r a .
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Zum Bericht vom 31.3.d.Js. betreffend Evakuierung der Juden.
- - - - -

Die Entlassung der Jüdin Betty Sara Levi, geb. am 16.3.1892, wird von der Geheimen Staatspolizeistelle in Kassel zur gegebenen Zeit zur Evakuierung bei dem Amtsgericht in Kassel beantragt.

J.V.

G.

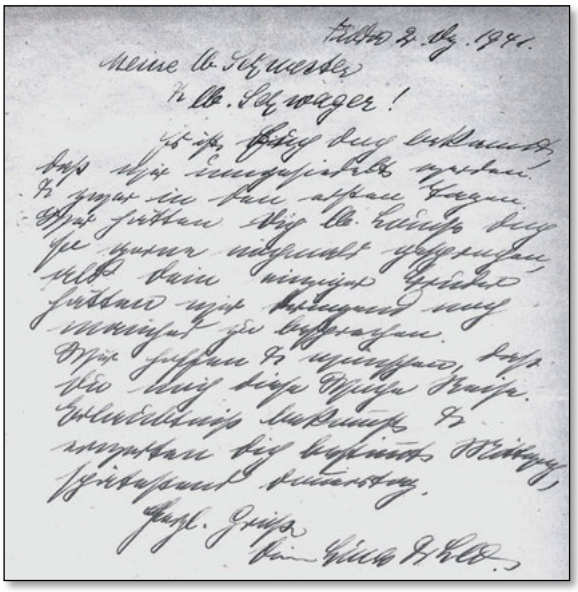
***oben**: Die Mitteilung des Landrats vom 13.04.1942 an Bürgermeister Kraffke betr. „Evakuierung der Juden" war als **„Geheim!"** gekennzeichnet, die Weitergabe per Post sollte als „Einschreiben" erfolgen und der Empfänger für „sichere Aufbewahrung" in Haftung genommen werden. Offenbar wollte man jeder Art von Gegenwehr oder allgemeiner Unruhe vorbeugen.*

In der von Betty Levy angestrengten Berufungsverhandlung vor dem Kasseler Landgericht am 13. Februar 1942 wurde jedoch das Urteil gegen sie bestätigt, sodass sie von diesem Termin an in Kassel inhaftiert war, ehe ihr am 26. Mai 1942 der Kasseler Polizeipräsident die Erlaubnis *„zur Benutzung der Reichsbahn"* von Kassel gab.
Am 13. April 1942 wurde Bürgermeister Kraffke darüber informiert, dass die Gestapo dafür sorgen werde, dass die 50-jährige Betty Levi rechtzeitig aus dem Kasseler Gefängnis entlassen werde, um *„zur gegebenen Zeit zur Evakuierung"* nach Bebra zurückzukommen.

Abschiednahme

Wie bereits erwähnt, waren die Bürgermeister in der Mitteilung des Landrats vom 30. März 1942 angewiesen worden, den Juden *„die bevorstehende Evakuierung noch nicht mitzuteilen".*
Dass ihnen das „Evakuierungsschicksal" bevorstehen würde, wussten die hiesigen jüdischen Menschen jedoch seit Anfang Dezember 1941 aus erster Hand. Am 2. Dezember 1941 hatten Louise Abrahams Bruder Leo Jüngster und seine Frau Lina aus Fulda an Leos Schwester in Bebra geschrieben:

„Es ist Euch doch bekannt, daß wir umgesiedelt werden & und zwar in den ersten Tagen. Wir hätten Dich lb. Louise so gerne nochmals gesprochen, als Dein einziger Bruder hätten wir dringend noch manches zu besprechen. Wir hoffen und wünschen, daß Du noch diese Woche Reiseerlaubnis bekommst und erwarten Dich bestimmt Mittwoch, spätestens Donnerstag. Herzl. Gruß Deine Lina & Leo" (s. unten).



Brief von Leo u. Lina Jüngster aus Fulda an die Abrahams in Bebra v. 2.12.1941. (Stadtarchiv Bebra)

Zu dieser letzten Begegnung ist es tatsächlich gekommen, nachdem Louise Abraham am 3. Dezember 1941 eine *„polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen Verlassen ihrer Wohngemeinde Bebra nach Fulda und zurück am 4.12.1941“* erteilt worden war.
Diese Erlaubnis berechtigte Louise Abraham *„zum Benutzen der Eisenbahn, soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses Verkehrsmittels durch den Verkehrsträger oder dessen Aufsichtsbehörde ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.“*

Komplett organisiert

Wie schon die erste Massendeportation am 7. Dezember 1941 war auch die Deportation am 1. Juni 1942 komplett durchorganisiert. Die Deportation der jüdischen Menschen unter der Regie der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) basierte auf deren reibungsloser Zusammenarbeit mit Gauleitung, Kriminalpolizei, Kreis- und Stadtverwaltungen, Ordnungspolizei, Finanzämtern und der Deutschen Reichsbahn. 46 der zur Deportation vorgesehenen jüdischen Menschen hatten bis dahin im jetzigen Landkreis Hersfeld-Rotenburg gelebt, 16 davon in Bebra, sieben in Rotenburg.

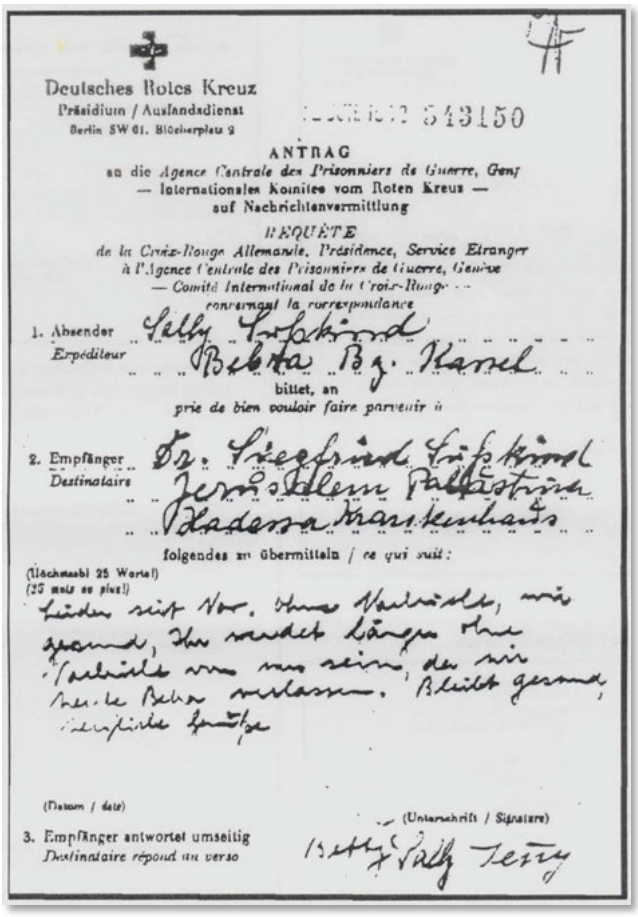
Zu der Zusammenlegung aller noch im Landkreis Rotenburg verbliebenen Jüdinnen und Juden, wie sie im März 1942 geplant war, ist es nicht mehr gekommen. In der neuen Verfügung des Landrats vom 26. Mai 1942 heißt es: *„Der Abtransport der Juden erfolgt am Sonntag, den 31. d. Mts. mit dem Zuge ab Bebra 6.43 Uhr, ab Rotenburg a/F. 6.53 Uhr. Mit dem Bahnhofsvorsteher in Bebra ist vereinbart worden, daß ein besonderer Wagen für die zu evakuierenden Juden bereitgestellt wird.“*

Wie dem Schreiben des Landrats zu entnehmen ist, wurde die Finanzierung der Reise in den Tod den Opfern auferlegt: *„Die Fahrtkosten nach Kassel trägt der Jude selbst. Der dafür erforderliche Betrag ist von den begleitenden Polizeibeamten vor Abtransport aus dem seitherigen Wohnort einzusammeln und für die Fahrtkosten zu verwenden. Die Fahrt nach Kassel kostet ab Bebra III. Klasse 2,40 RM, ab Rotenburg a/F. 2,20 RM.“*

„Zusatz für Rotenburg: Die Evakuierung hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß sie um 6.20 Uhr auf dem Bahnhof Rotenburg a/F. bereitstehen. Mit der Regelung der Evakuierungsmaßnahmen auf dem Bahnhof Rotenburg a/F. sind die dortigen Polizeibeamten zu beauftragen. In Rotenburg kommen 4 Juden aus Baumbach und 2 Juden aus Rengshausen hinzu.“ Die Juden aus Diemerode (5 Personen) und aus Nentershausen (12 Personen) hatten sich um 6.10 Uhr auf dem Abfahrtsbahnsteig in Bebra einzufinden.

Letztes Lebenszeichen

Am 31. Mai 1942, dem Tag ihrer Deportation über Kassel ins Vernichtungslager Sobibór im Bezirk Lublin (Generalgouvernement), schickte Betty Levi (zusammen mit den von Heuchelheim nach Bebra umgezogenen Sally Süßkind und dessen Frau Jenny, Eltern von Dr. Siegfried Süßkind) über das Rote Kreuz ein letztes Lebenszeichen an ihre seit 1936 in Jerusalem lebende Tochter Traudel und deren Ehemann Dr. med. Siegfried Süßkind (Hadessa-Krankenhaus):



Deutsches Rotes Kreuz
Präsidium / Auslandsdienst
Berlin SW 61, Blücherplatz 2

543150

ANTRAG
an die Agence Centrale des Prisonniers de Guerre, Genf
— Internationales Komitee vom Roten Kreuz —
auf Nachrichtenvermittlung

REQUÊTE
de la Croix-Rouge Allemande, Présidence, Service Etranger
à l'Agence Centrale des Prisonniers de Guerre, Genève
— Comité International de la Croix-Rouge —
concernant la correspondance

1. Absender / Expéditeur: Sally Süßkind
Bebra Bz. Kassel
bittet, an
prie de bien vouloir faire parvenir à

2. Empfänger / Destinataire: Dr. Siegfried Süßkind
Jerusalem Palästina
Hadessa Krankenhaus
folgendes zu übermitteln / ce qui suit:

(Höchstens 25 Worte!)
(25 mots au plus!)

Leider seit Nov. Ohne Nachricht, wir gesund, Ihr werdet länger ohne Nachricht von uns sein, da wir heute Bebra verlassen. Bleibt gesund, herzliche Grüße

(Datum / date)

(Unterschrift / Signature)
Betty Sally Jenny

3. Empfänger antwortet umseitig / Destinataire répond au verso

„Leider seit Nov. (1941) ohne Nachricht, wir gesund, Ihr werdet länger ohne Nachricht von uns sein, da wir heute Bebra verlassen. Bleibt gesund. Herzliche Grüße - Betty, Sally, Jenny





Betty Levi (Foto links) zusammen mit Sally und Jenny Süßkind (Foto rechts): sie hatten das auf der vorigen Seite abgebildete Telegramm Ende Mai 1942 über das Rote Kreuz an Bettys Schwiegersohn Dr. Siegfried Süßkind in Jerusalem geschickt.

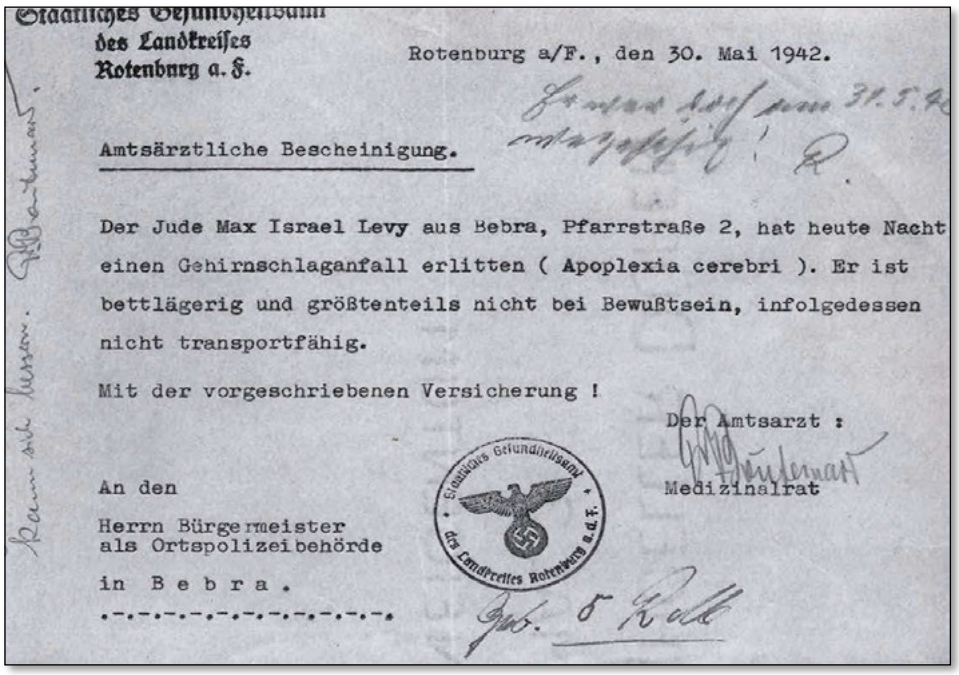
Rücksichtsloser Umgang mit den verbliebenen Juden

Wie hartnäckig und rücksichtslos das Ziel verfolgt wurde, die noch vor Ort verbliebenen Juden fortzuschaffen, macht das Beispiel von Max Moses Levi, Pfarrstraße 2, Bebra, deutlich.

Obwohl er in der Nacht vom 29. zum 30. Mai 1942 einen Gehirnschlaganfall erlitten hatte, infolgedessen bettlägerig und laut amtsärztlicher Bescheinigung „nicht transportfähig“ war, wurde er dennoch am 31. Mai 1942 aus Bebra abtransportiert. Obwohl es in der Anweisung des Landrats vom 30. März 1942 geheißen hatte, *„gebrechliche Personen können von der Evakuierung ausgenommen werden“.*



Bebra, Pfarrstraße 2, 2018. Das Haus hatte bis 1938 Salomon Abraham gehört.



Staatliches Gesundheitsamt
des Landkreises
Rotenburg a. F.

Rotenburg a/F., den 30. Mai 1942.

Amtsärztliche Bescheinigung.

Der Jude Max Israel Levy aus Bebra, Pfarrstraße 2, hat heute Nacht einen Gehirnschlaganfall erlitten (Apoplexia cerebri). Er ist bettlägerig und größtenteils nicht bei Bewußtsein, infolgedessen nicht transportfähig.

Mit der vorgeschriebenen Versicherung !

Der Amtsarzt :

Medizinalrat

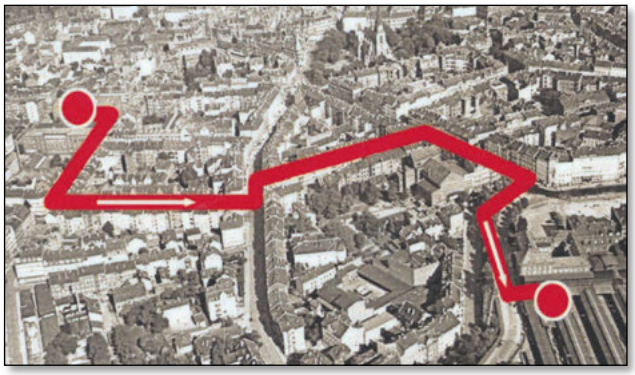
An den
Herrn Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde
in Bebra.

Staatliches Gesundheitsamt des Landkreises Rotenburg a.d.F.

Ärztliche Bescheinigung, ausgestellt vom Rotenburger Gesundheitsamt am 30. Mai 1942, derzufolge Max Levi, Pfarrstraße 2, „heute Nacht einen Gehirnschlaganfall erlitten (Apoplexia cerebri)“ hat. „Er ist bettlägerig und größtenteils nicht bei Bewußtsein, infolgedessen nicht transportfähig.“.









***oben**: Der Hanauer Bahnhof beim Start eines Zuges der Deutschen Reichsbahn zum Transport von Juden nach Kassel zwecks Deportation am 1. Juni 1942.*

***darunter**: Arnold-Bode-Schule in Kassel 2010.*

***Mitte**: Marschroute von der Arnold-Bode-Schule zum Kasseler Hauptbahnhof der am 1. Juni 1942 in den Raum Lublin Deportierten.*

***unten**: Lageplan mit den Bahnlinien zum KZ Lublin-Majdanek und zur Vernichtungsstätte Sobibor.*

Vernichtung durch Arbeit oder Gas

Am 31. Mai 1942 wurden die jüdischen Menschen aus dem Landkreis Rotenburg mit fahrplanmäßigem Reichsbahnzug nach Kassel gebracht, wo sie die folgende Nacht eingepfercht in der heillos überfüllten Turnhalle der Bürgerschulen verbringen mussten, bevor sie am folgenden Tage mit ihrem Handgepäck zum Bahnhof getrieben wurden. Sämtlichen Schmuck und Bargeld hatten ihnen die Mitarbeiter der Gestapo weggenommen. 507 jüdische Menschen aus dem Regierungsbezirk Kassel waren es, die am 1. Juni 1942 weggeschafft wurden. Durch die Zusammenlegung mit einem Transport aus Halle brachte man die vorgegebene Zahl von 1000 zu Deportierenden zusammen.

Die Fahrt führte zunächst nach Lublin im Generalgouvernement, nahe der heutigen Grenze zur Ukraine. Dort wurden 98 als arbeitsfähig eingestufte Männer im Alter von 15 bis 50 Jahren aus den Waggons herausgetrieben und zur Zwangsarbeit in das Konzentrationslager Lublin-Majdanek eingewiesen. Die meisten starben sehr bald an körperlicher und geistiger Entkräftung.

Die genauen Umstände ihres Todes wurden nicht bekannt, wohl aber weiß man von den fürchterlichen Arbeitsbedingungen und schrecklichen Lebensumständen, die in Lagern wie Lublin-Majdanek herrschten. „Vernichtung durch Arbeit“ ist ein dafür häufig verwendeter Begriff.

Ein Überlebender berichtet

Der einzige Überlebende des KZ Lublin-Majdanek aus dem Regierungsbezirk Kassel war der damals 22-jährige Robert Eisenstädt, dem die Flucht gelang. 1944 schrieb er in der Schweiz einen Bericht über den Abtransport der hessischen Juden im Juni 1942. Darin heißt es:

„In der folgenden Nacht war nicht für alle Platz vorhanden, um zu liegen. Viele Leute saßen auf Bänken. Der Boden war so dicht belegt, daß man aus der hinteren Halle nicht zur Toilette kommen konnte. Nachts gab es keine Ruhe. Am nächsten Morgen, dem 1. Juni 1942, mußten wir uns zum Abmarsch bereit machen. Um 8 Uhr war Aufstellung im Hofe, und so standen wir mit dem Handgepäck bis 11 Uhr, dann wurden wir von viel SS-Polizei begleitet in Trauermarschtempo zum Bahnhof geführt. … Die Türen wurden verplombt, und um 1 Uhr mittags fuhren wir los.“ (Kingren 2002: 245)

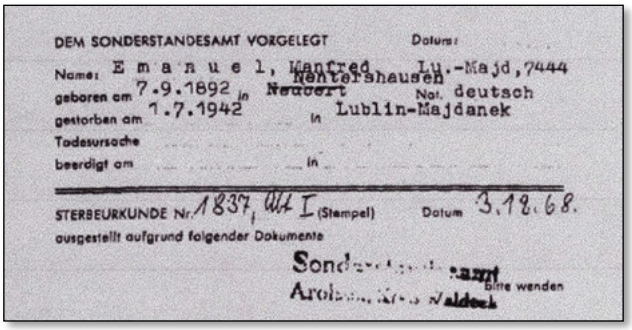
Über die Ankunft in Lublin zwei Tage später berichtete Eisenstädt (2002: 245f.) das Folgende:

„Durch scharfes Bremsen des Zuges wurden wir plötzlich aus dem Schlaf gerissen. Wir vernahmen, daß die Türen aufgerissen wurden und hörten Rufe: ‚Alle Männer von 15 bis 50 Jahren heraus!' Durch die geschwollenen Füße kamen wir kaum in die Stiefel.

Die SS kam in die Wagen und half mit Peitschen nach. Ich bekam einen Schlag auf den Kopf. In aller Eile nahm ich mein Handgepäck und sprang, viel zurücklassend, aus dem Zug. Auch mein Bruder Willi kam gleich nach.

Wir mußten uns mit dem Rücken zum Zuge in Vierreihen aufstellen und zählten 98 Männer. Auf dem Bahnhofsgelände lasen wir: Lublin. Nach ein paar Minuten setzte sich der Zug mit den Lieben in Bewegung - keiner durfte sich umdrehen.

Ein SS-Offizier sagte: ‚Ihr werdet jetzt in eure neue Heimat geführt.' Viele SS-Männer mit Gewehr unter dem Arm umstellten uns. Plötzlich hieß es: Los! Im Marsch-Marsch-Tempo rannten wir durch Lublin. Wer nicht recht konnte, bekam mit dem Gewehr Rippenstöße. Zwei Männer brachen unterwegs zu-



DEM SONDERSTANDESAMT VORGELEGT Datum:

Name: E m a n u e l, Manfred Lu.-Majd, 7444
geboren am 7.9.1892 in Neuert Nat. deutsch
gestorben am 1.7.1942 in Lublin-Majdanek
Todesursache
beerdigt am in

STERBEURKUNDE Nr. 1837, Bd I (Stempel) Datum 3.12.68.
ausgestellt aufgrund folgender Dokumente

Sonder[illegible]amt
Arol[illegible]Waldeck

bitte wenden



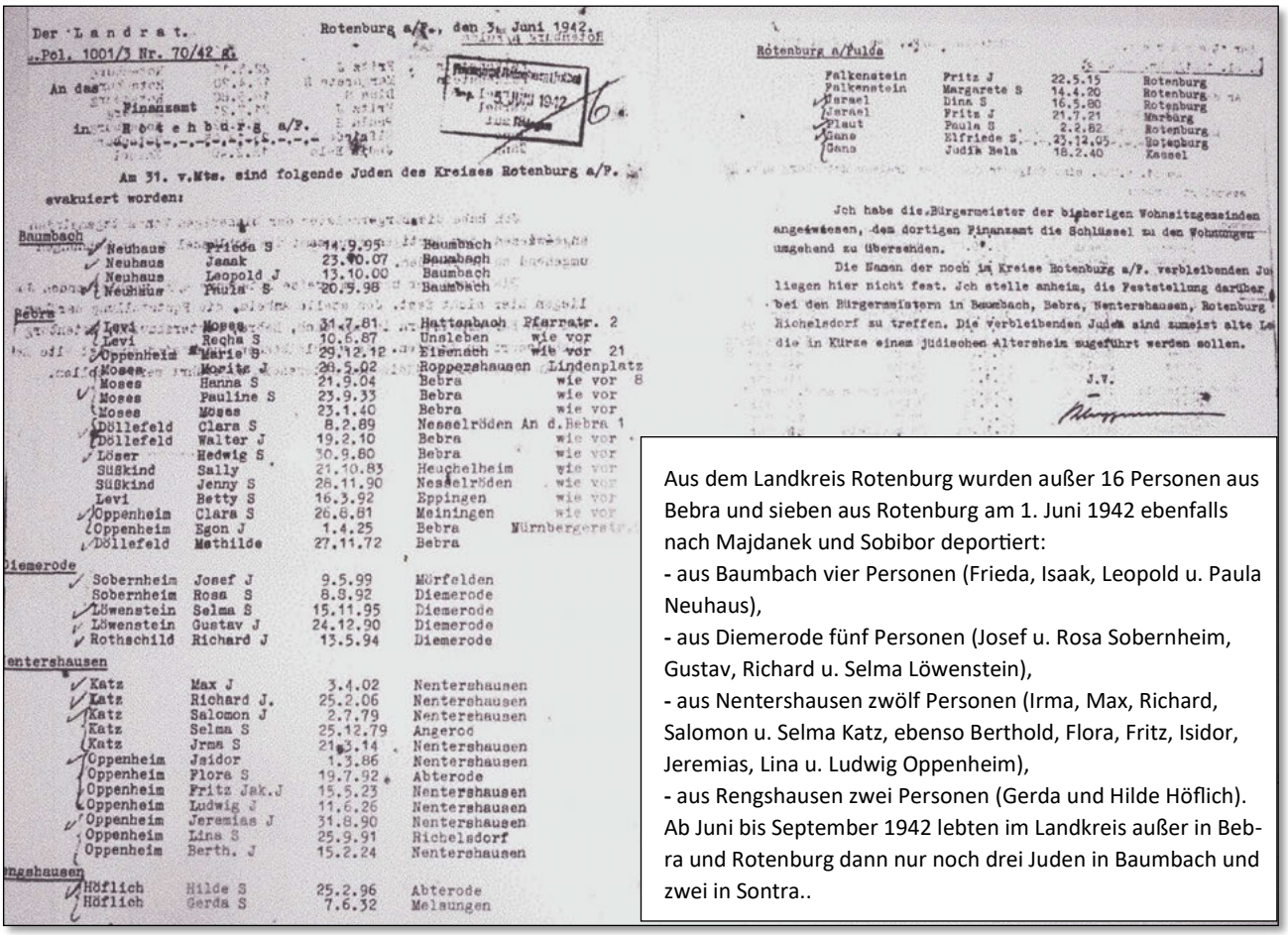
DEM SONDERSTANDESAMT VORGELEGT Datum:

Name: Emanuel, Rolf MK. 7443
geboren am 24.5.1925 in Bebra Nat. Deutsch Jude
gestorben am 9.1.1942 in Lublin-Majdanek
Todesursache
beerdigt am in

STERBEURKUNDE Nr. 1017, Bd. MK. 30. Juni 1954
ausgestellt aufgrund folgender Dokumente:

bitte wenden

Im Januar 1939 hatte die Bebraer Familie Emanuel (Manfred u. seine Frau Martha geb. Oppenheim und Sohn Rolf) in Aachen eine Unterkunft gefunden. Von dort waren sie (Manfred u. Rolf E.) am 22.03.1942 als Arbeitssklaven in das KZ Majdanek deportiert worden, wo Manfred nach 3 Monaten verstarb, Sohn Rolf 6 Wochen später. Marthas Weg führte direkt in die Gaskammern von Sobibór.



Der Landrat. Rotenburg a/F., den 3. Juni 1942.
Pol. 1001/3 Nr. 70/42 g.

An das Finanzamt in Rotenburg a/F.

Am 31. v.Mts. sind folgende Juden des Kreises Rotenburg a/F. evakuiert worden:

Baumbach					
Neuhaus	Frieda S	14.9.95	Baumbach		
Neuhaus	Isaak	23.10.07	Baumbach		
Neuhaus	Leopold J	13.10.00	Baumbach		
Neuhaus	Paula S	20.5.98	Baumbach		
Bebra					
Levi	Moses	31.7.81	Hattenbach	Pfarrstr. 2	
Levi	Recha S	10.6.87	Unsleben	wie vor	
Oppenheim	Marie S	29.12.12	Eisenach	wie vor	21
Moses	Moritz J	28.5.02	Roppershausen	Lindenplatz	
Moses	Hanna S	21.9.04	Bebra	wie vor	8
Moses	Pauline S	23.9.33	Bebra	wie vor	
Moses	Moses	23.1.40	Bebra	wie vor	
Döllefeld	Clara S	8.2.89	Nesselröden	An d.Bebra 1	
Döllefeld	Walter J	19.2.10	Bebra	wie vor	
Löser	Hedwig S	30.9.80	Bebra	wie vor	
Süßkind	Sally	21.10.83	Heuchelheim	wie vor	
Süßkind	Jenny S	28.11.90	Nesselröden	wie vor	
Levi	Betty S	16.3.92	Eppingen	wie vor	
Oppenheim	Clara S	26.8.81	Meiningen	wie vor	
Oppenheim	Egon J	1.4.25	Bebra	Nürnbergerstr.	
Döllefeld	Mathilde	27.11.72	Bebra		
Diemerode					
Sobernheim	Josef J	9.5.99	Mörfelden		
Sobernheim	Rosa S	8.8.92	Diemerode		
Löwenstein	Selma S	15.11.95	Diemerode		
Löwenstein	Gustav J	24.12.90	Diemerode		
Rothschild	Richard J	13.5.94	Diemerode		
Nentershausen					
Katz	Max J	3.4.02	Nentershausen		
Katz	Richard J.	25.2.06	Nentershausen		
Katz	Salomon J	2.7.79	Nentershausen		
Katz	Selma S	25.12.79	Angerod		
Katz	Irma S	21.3.14	Nentershausen		
Oppenheim	Isidor	1.3.86	Nentershausen		
Oppenheim	Flora S	19.7.92	Abterode		
Oppenheim	Fritz Jak.J	15.5.23	Nentershausen		
Oppenheim	Ludwig J	11.6.26	Nentershausen		
Oppenheim	Jeremias J	31.8.90	Nentershausen		
Oppenheim	Lina S	25.9.91	Richelsdorf		
Oppenheim	Berth. J	15.2.24	Nentershausen		
Rengshausen					
Höflich	Hilde S	25.2.96	Abterode		
Höflich	Gerda S	7.6.32	Melsungen		

Rotenburg a/Fulda

Falkenstein	Fritz J	22.5.15	Rotenburg
Falkenstein	Margarete S	14.4.20	Rotenburg
Israel	Dina S	16.5.80	Rotenburg
Israel	Fritz J	21.7.21	Marburg
Plaut	Paula S	2.2.82	Rotenburg
Gans	Elfriede S	23.12.05	Rotenburg
Gans	Judik Bela	18.2.40	Kassel

Ich habe die Bürgermeister der bisherigen Wohnsitzgemeinden angewiesen, dem dortigen Finanzamt die Schlüssel zu den Wohnungen umgehend zu übersenden.

Die Namen der noch im Kreise Rotenburg a/F. verbleibenden Ju liegen hier nicht fest. Ich stelle anheim, die Feststellung darüber bei den Bürgermeistern in Baumbach, Bebra, Nentershausen, Rotenburg Richelsdorf zu treffen. Die verbleibenden Juden sind zumeist alte Le die in Kürze einem jüdischen Altersheim zugeführt werden sollen.

J.V.

Aus dem Landkreis Rotenburg wurden außer 16 Personen aus Bebra und sieben aus Rotenburg am 1. Juni 1942 ebenfalls nach Majdanek und Sobibor deportiert:
- aus Baumbach vier Personen (Frieda, Isaak, Leopold u. Paula Neuhaus),
- aus Diemerode fünf Personen (Josef u. Rosa Sobernheim, Gustav, Richard u. Selma Löwenstein),
- aus Nentershausen zwölf Personen (Irma, Max, Richard, Salomon u. Selma Katz, ebenso Berthold, Flora, Fritz, Isidor, Jeremias, Lina u. Ludwig Oppenheim),
- aus Rengshausen zwei Personen (Gerda und Hilde Höflich).

Ab Juni bis September 1942 lebten im Landkreis außer in Bebra und Rotenburg dann nur noch drei Juden in Baumbach und zwei in Sontra..

sammen und blieben liegen. Nach ca. 20 Minuten waren wir außerhalb der Stadt auf einer Landstraße. In der Mulde sahen wir ein großes Barackenlager." Das war das Konzentrationslager Lublin-Majdanek. Während die Frauen, Kinder und über 50-jährigen Männer weiter in das Vernichtungslager Sobibór verschleppt wurden, bedeutete die Einweisung in das KZ Majdanek für die 15- bis 50-jährigen Männer den baldigen Tod aufgrund von aufgezwungener Schwerstarbeit bei völlig unzureichender Ernährung und unerträglichen hygienischen Zuständen. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Häftlings betrug hier drei Monate. (Kingren 2002: 231)

Über das Martyrium derjenigen, die dem KZ Lublin-Majdanek nicht entkamen, liegen keine schriftlichen Zeugnisse vor. Es bedarf aber keiner großen Phantasie, um sich nach der Lektüre des Berichtes von Eisenstädt vorzustellen, welche Qualen sie zu erleiden hatten, ehe sie schließlich zu Tode kamen. Aus Rotenburg waren dies Fritz Falkenstein (damals 27) und Fritz Israel (21), der bis 9. August 1942 lebte, Fritz Falkenstein starb am 31. Juli 1942. Aus Bebra war es Egon Oppenheim (17), der im Juni 1942 als Arbeitssklave ins KZ Lublin-Majdanek kam, sein Todestag ist nicht überliefert.

Qualvoller Erstickungstod

Das Lager Sobibór, in das die Frauen, Kinder und älteren Menschen, die am 1. Juni 1942 von Kassel aus verschleppt wurden, direkt über Lublin kamen, war neben Belzec und Treblinka ausschließlich als Vernichtungslager eingerichtet worden. Sobibór befand sich abseits in einer dünnbesiedelten Ge-



Die Rampe von Sobibór, an dieser Stelle hielten die Deportationszüge.





Porträtfotos im Jüdischen Museum Rotenburg

In Sobibór starben aus Rotenburg a. d. F.

- Margarete Gretchen Falkenstein (22)
- Elfriede Gans geb. Meyer (36) mit ihrer zweijährigen Tochter Judis Bela
- Dina Israel geb. Falkenstein (62)
- Paula Plaut (60)

In Sobibór starben aus Bebra

- Klara Döllefeld geb. Wallach (53)
- Mathilde Döllefeld (69)
- Walter Döllefeld (32)
- Betty Levi geb. Frank (60)
- Max Moses Levi (60)
- Recha Levi geb. Kuhl (54)
- Hedwig Löser geb. Döllefeld (61)
- Moritz Moses (40) u. Hanna Moses geb. Abraham (37) mit Tochter Pauline (8) u. Sohn Moses (2)
- Klara Oppenheim geb. Lichtenstein (60).
- Marie Oppenheim geb. Ochs (30)
- Jenny Süßkind geb. Wallach
- Sally Süßkind

Liste der im Juni 1942 in Sobibór Ermordeten aus Bebra (15) und Rotenburg an der Fulda (5).



Steine zur Erinnerung an Opfer aus dem Regierungsbezirk-Kassel auf dem Weg zum Vernichtungsort Sobibór.



Außenmauer des Denkmals, das in der Form eines Mausoleums an die in Sobibór ermordeten Menschen erinnert.

gend, aber gut erreichbar, weil an der Bahnlinie Chelm-Wlodawa an einem Nebengleis gelegen.
Jules Schelvis, einer der wenigen Überlebenden, hat in seinem erschütternden Buch *Vernichtungslager Sobibór* Details mitgeteilt.
Gleich nach ihrer Ankunft mussten die nach dort Verschleppten in der Entkleidungsbaracke Geld und Wertsachen abgeben und sich ihrer Kleidung entledigen. Durch genaue Anweisung, wie ihre Sachen zu legen waren, sollte der Eindruck erweckt werden, dass es zum Duschen gehe und danach die eigenen Sachen wieder anzuziehen seien.
Unter dem Dusch-Vorwand wurden sie durch den „Schlauch", einen etwa 200 m langen, von Elektrozäunen begrenzten und mit Zweigen getarnten Gang, in das „Bad" geführt – es war in Wirklichkeit eine Gaskammer, in der die Opfer einen qualvollen Erstickungstod erleiden mussten, nachdem die Täter die kohlenmonoxydhaltigen Abgase eines Dieselmotors in die Kammern geleitet hatten. Die Leichen wurden nach versteckten Wertsachen untersucht, ihre Goldzähne herausgebrochen, die Haare abgeschnitten und die Leichen schließlich in Massengräbern im Wald verscharrt.
Über 250.000 Menschen sind in Sobibór innerhalb von 15 Monaten ermordet worden. Betrieben wurde das fast industriell betriebene Vernichtungslager von ca. 40 SS-Angehörigen und ca. 100 sowjetischen Kriegsgefangenen ukrainischer Herkunft. Als Mitwisser des Verbrechens wurden die Helfershelfer in regelmäßigen Abständen von der SS umgebracht und durch neue Häftlinge ersetzt. Die Gaskammern in der Mordfabrik Sobibór liefen von April 1942 bis 14. Oktober 1943, als eine Gefangenenrevolte dem Ganzen ein Ende bereitete. Es war der einzige erfolgreiche Aufstand in einem deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager. Das Lager wurde Ende 1943 dem Erdboden gleichgemacht, um alle Spuren zu verwischen.

Beim 1. Massen-Transport zurückgeblieben

Zu den am 1. Juni 1942 aus Kassel in den Bezirk Lublin verschleppten und in Sobibór ermordeten Menschen gehörte auch Clara Mayer geb. Rothschild (56) aus Rotenburg. Nach kurzem Aufenthalt in Erfurt hatte sie seit März 1939 zusammen mit ihrer Mutter Lina Rothschild in Kassel Zuflucht gefunden, zuletzt im Lager Wartekuppe.
Clara Mayer stand bereits auf der Liste der am 9.12. 1941 als 1. Gruppe von Kassel aus im Zug mit der Nummer „Da 57“ in das Ghetto Riga Deportierten. Wahrscheinlich war sie damals zurückgeblieben, um noch weiter als Zwangsarbeiterin eingesetzt zu werden.
Offenbar hatten sich im Dezember 1941 die Interessen der Rüstungsbetriebe gegen die Deportationsziele der Gestapo durchgesetzt. (Kingren 2023: 246)



*Clara Gita Mayer geb. Rothschild, *19.07.1885*

Tägliche Schulfahrt nach Kassel

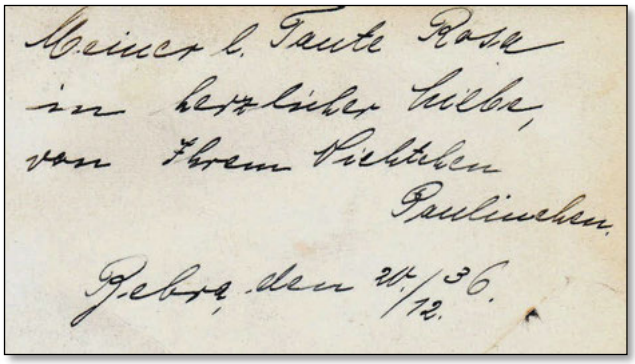
Pauline Moses war die am 23. September 1933 geborene Tochter von Moritz und Hanna Moses. Paulines Vater, der aus Großropperhausen (bei Ziegenhain) stammte, war durch die Verheiratung mit Hanna Abraham nach Bebra gekommen.

Wie es die Familie schaffte, ihrer Tochter Pauline den täglichen Schulbesuch in Kassel zu ermöglichen, ist schwer zu beantworten:
auf dem Fragebogen betreffend Einkommensverhältnisse nannte Moritz Moses am 13.02.1940 den Betrag von 46.20 Mark als monatliches Einkommen (Arbeitslosenunterstützung).

An dem Beispiel Pauline Moses wird deutlich, wie sehr die jüdischen Familien selbst in Notlagen der schulischen Bildung ihrer Kinder größte Bedeutung beimaßen.
Die Verlängerung der Bahnnutzung zum Unterrichtsbesuch in Kassel ist ein makabrer Beleg für die seinerzeitige Willkür: Am 1. Juni 1942 saß Pauline in einem Reisezug, nicht zum Schulbesuch, sondern in die Vernichtungsstätte Sobibór.

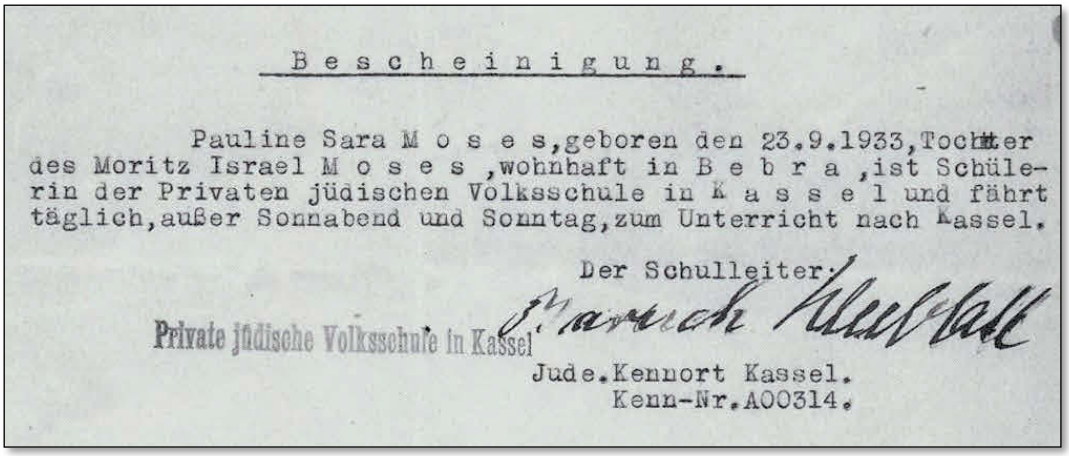


Pauline Moses, Bebra, als Dreijährige.

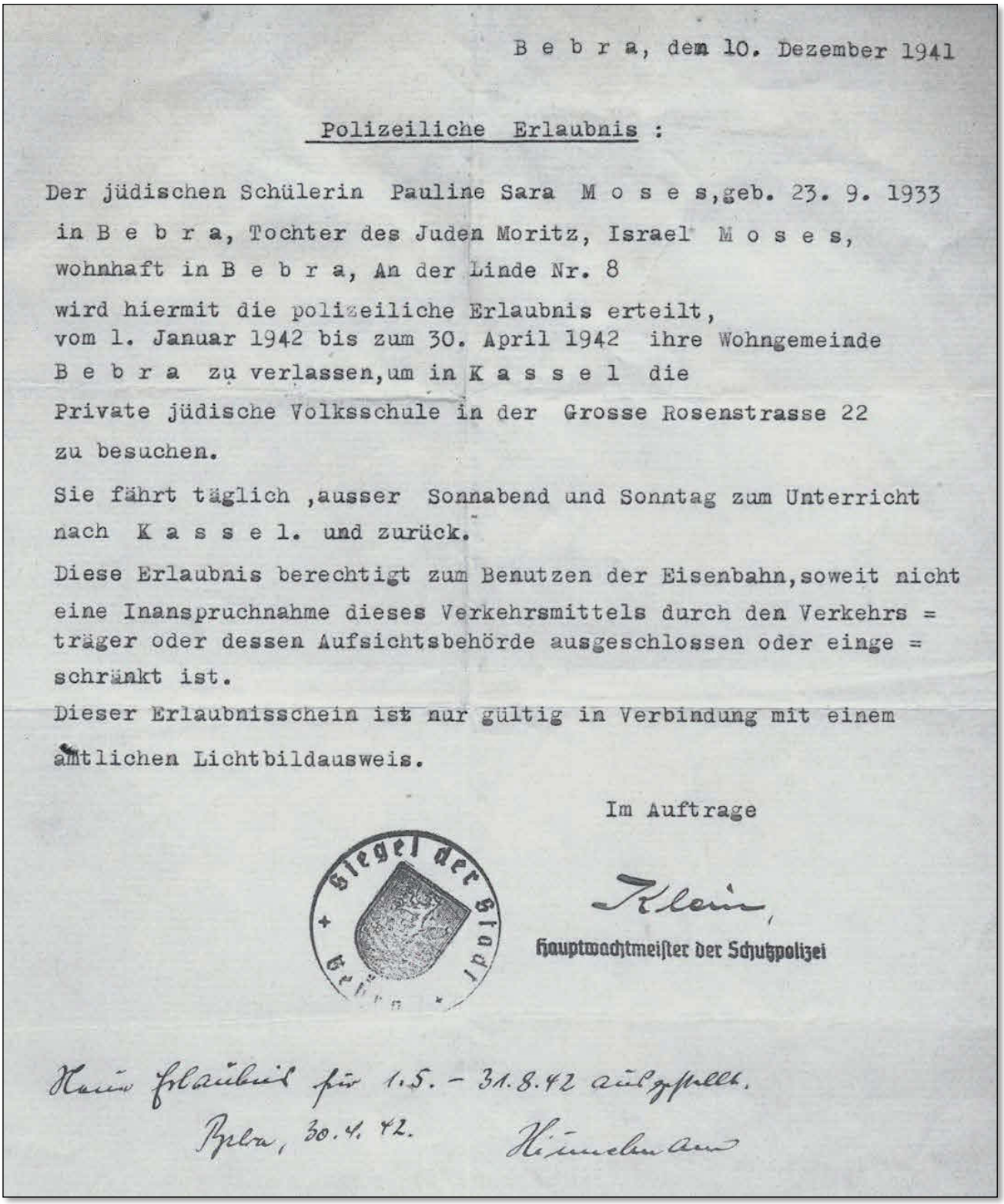


Postkarte vom 20.12.1938 von Pauline Moses an ihre Tante Rosa.

„Meiner l. Tante Rosa in herzlicher Liebe von Ihrem Nichtchen Paulinchen“.
Bebra, den 20.12.36



Bescheinigung für Pauline Moses‘ Schulbesuch in Kassel durch deren Leiter Baruch Kleeblatt.



B e b r a, dem 10. Dezember 1941

Polizeiliche Erlaubnis :

Der jüdischen Schülerin Pauline Sara M o s e s, geb. 23. 9. 1933 in B e b r a, Tochter des Juden Moritz, Israel M o s e s, wohnhaft in B e b r a, An der Linde Nr. 8 wird hiermit die polizeiliche Erlaubnis erteilt, vom 1. Januar 1942 bis zum 30. April 1942 ihre Wohngemeinde B e b r a zu verlassen, um in K a s s e l die Private jüdische Volksschule in der Grosse Rosenstrasse 22 zu besuchen.

Sie fährt täglich, ausser Sonnabend und Sonntag zum Unterricht nach K a s s e l. und zurück.

Diese Erlaubnis berechtigt zum Benutzen der Eisenbahn, soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses Verkehrsmittels durch den Verkehrs = träger oder dessen Aufsichtsbehörde ausgeschlossen oder einge = schränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis.

Im Auftrage

Siegel der Stadt Bebra

Klein,
Hauptwachtmeister der Schutzpolizei

Kann Erlaubnis für 1.5. – 31.8.42 ausgestellt.
Bebra, 30.4.42. Kümmelmann

Polizeiliche Erlaubnis vom 10.12.1940 zur täglichen Bahnbenutzung nach Kassel zum Unterricht - mit Verlängerung bis zum 31. 8. 1942.

Näheres über die private jüdische Volksschule in Kassel fehlt. Der als Leiter genannte Baruch Kleeblatt (Jg. 1887) war von 1928 bis zur Schulschließung 1932 als jüdischer Lehrer in Felsberg tätig. Er stammte aus Röhrenfurth (bei Melsungen). Am 9. Dezember 1941 wurde er mit dem 1. Transport nordhessischer Juden nach Riga deportiert, wo er im November 1943 umkam.

Cläre Döllefeld-Stiebel: Rotenburg/ Schmalkalden

Zu den am 1. Juni 1942 aus Kassel deportierten jüdischen Menschen gehörte auch die am 21. März 1893 in Rotenburg geborene und hier aufgewachsene **Cläre Döllefeld-Stiebel**. Sie war die Tochter von Josef und Therese Döllefeld, die Familie hatte in der Querweingasse 5 bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme einen recht umfangreichen Handel mit Getreide sowie Futter- und Düngemitteln betrieben.

Nach ihrer Schulentlassung machte Cläre eine Lehre als Schneiderin und betätigte sich danach auch als Hutmacherin. Ihr Beruf führte sie mehrfach weg von Rotenburg, unter anderem ins niedersächsische Stolzenau, wo die aus Rotenburg stammenden Geschwister Malchen und Betty Linz ein Hutgeschäft betrieben.

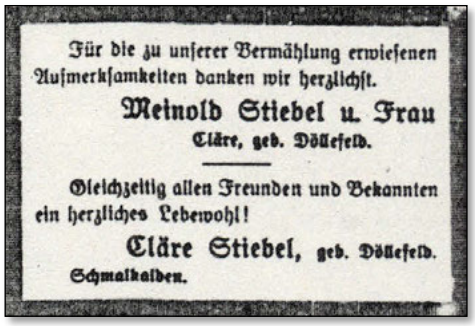
Im Juli 1920 heiratete Cläre Döllefeld in Schmalkalden den Kaufmann Meinold Stiebel, dessen Familie dort ein Ladengeschäft führte.

Cläre und Meinold Stiebel wurden am 30. Mai 1942 zusammen mit sieben anderen Juden aus Schmalkalden nach Kassel verfrachtet, um von hier zur Vernichtung ins Generalgouvernement verschleppt zu werden.



Cläre Döllefeld-Stiebel als Siebenjährige (hinten rechts) mit ihren Eltern und ihren Brüdern Theodor, Alexander und Karl (ca. 1900).

Cläre und Meinold Stiebels Sohn Herbert landete Ende 1939 bei dem Versuch, über den Balkan nach Palästina zu gelangen, in dem nordserbischen Konzentrationslager Zasavica bei Sabac. Er wurde dort mit Hunderten anderer Gefangener im September 1941 als Geisel erschossen. Wenige Wochen vorher, am 18. August 1941, war er 20 Jahre alt geworden.



Für die zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.

Meinold Stiebel u. Frau
Cläre, geb. Döllefeld.

Gleichzeitig allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl!

Cläre Stiebel, geb. Döllefeld.
Schmalkalden.





oben: *Danksagung und Abschied von Rotenburg im Rotenburger Kreisblatt v. 5. Mai 1920.*
Mitte: *Meinold u. Cläre Stiebel geb. Döllefeld ca. 1930.*
unten: *Herbert Stiebel 1940.*

F. 3 Deportation ab Kassel ins Ghetto Theresienstadt am 7. September 1942

Die dritte und letzte Deportation, die von Kassel aus am 7. September 1942 erfolgte und insgesamt 755 Personen aus dem Regierungsbezirk betraf, ging nach Theresienstadt, ein im Sommer 1942 als Ghetto umfunktioniertes Garnisonsstädtchen in Nordböhmen. Der Laufweg des Sonderzugs mit der Bezeichnung Da 511 führte über Bebra, Erfurt und Weimar zunächst nach Chemnitz, um weitere jüdische Personen aufzunehmen.







Viktor Falkenstein (auf dem Foto links) ist hier zusammen mit Rotenburger Berufskollegen zu sehen. Das Foto entstand ca. 1930.

In Rotenburg waren nach der Deportation vom 31. Mai 1942 mit dem Ehepaar Viktor und Hanna Falkenstein (geb. Höflich) nur noch zwei jüdische Menschen übriggeblieben. Zwei Jahre konnten sie der bedrohlichen Lebenssituation im Ghetto Theresienstadt trotzen, als sie am 28. Oktober 1944 in die Viehwaggons steigen mussten, die sie in die Gaskammern von Auschwitz brachten.

Die aus Bebra zu Deportierenden waren nur wenige Wochen zusammengepfercht in der Pfarrstraße 21 einquartiert gewesen, als ihnen am 1. September 1942 der Deportationsbefehl zugestellt wurde.

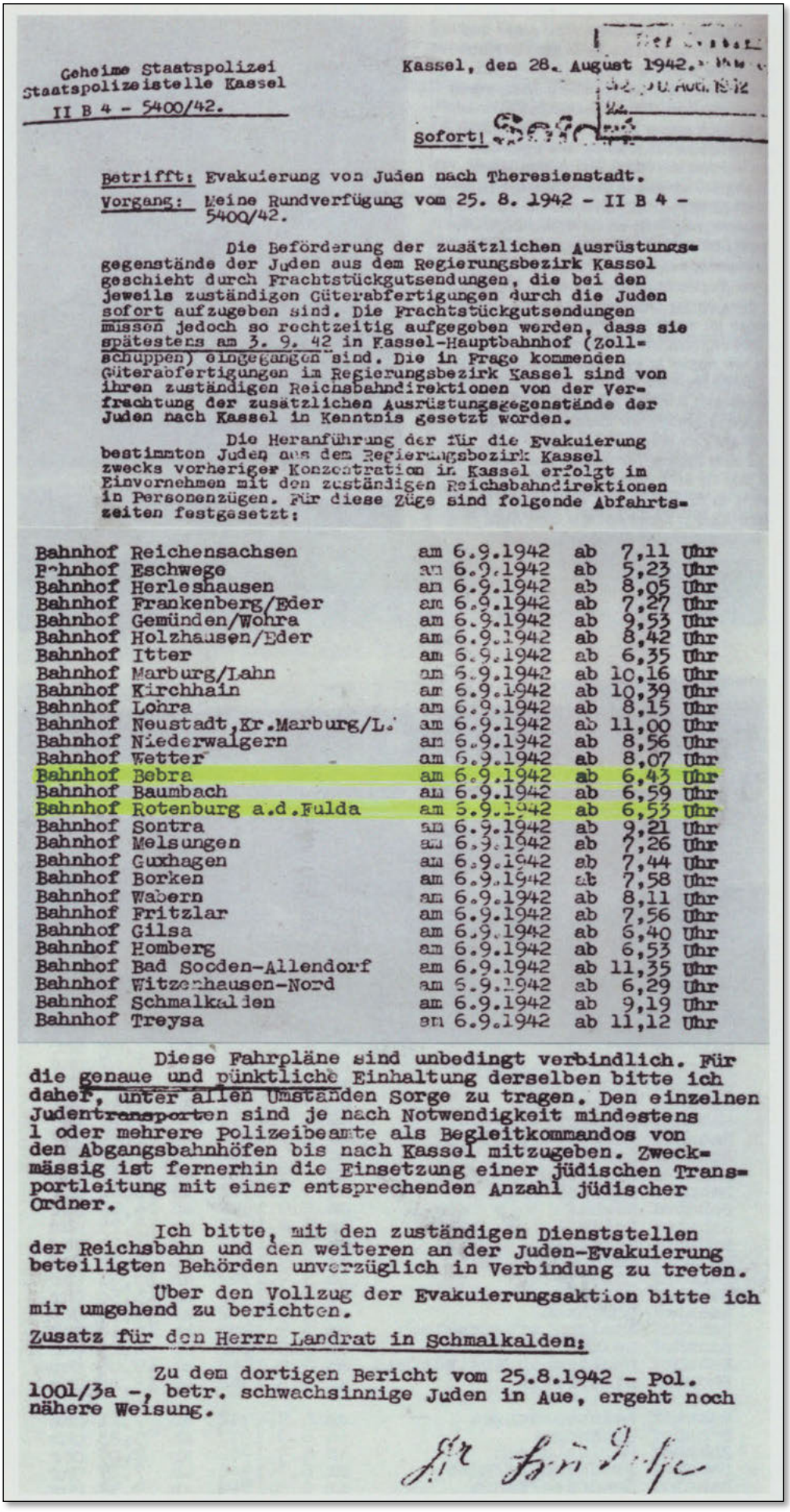
Der damals 74-jährige Willy Oppenheim war der Älteste aus der fünfköpfigen Bebraer Opfergruppe, er starb in Theresienstadt am 17. April 1943. Er war als junger Mann aus Iba zugezogen und in der Nürnberger Straße 34 ansässig geworden, wo er bis Mitte der 1920er Jahre ein Ladengeschäft mit Manufakturwaren betrieb. Mathilde Oppenheims Ende kam am 14. Juni 1944.

Die 63-jährige Louise Abraham aus der Nürnberger Straße 18 war die jüngste zu Deportierende aus Bebra. Auch Louises Ehemann Salomon Abraham stand auf der Deportationsliste. Der 72-Jährige war aber am 3. September 1942, drei Tage vor dem Termin seiner Deportation, freiwillig aus dem Leben geschieden.

Im Sterberegister des Bebraer Standesamts ist als Todesursache „verblutet“ vermerkt. Aus Verzweiflung über das, was er in den Jahren nach 1933 erleben und erleiden musste, wählte er die „Flucht in den Tod“, wie dies auch auf dem 2019 für ihn gesetzten „Stolperstein“ eingraviert steht.



Gedenkstein für Salomon Abraham auf dem Jüdischen Friedhof in Bebra.



Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
II B 4 - 5400/42.

Kassel, den 28. August 1942.

Sofort!

Betrifft: Evakuierung von Juden nach Theresienstadt.

Vorgang: Meine Rundverfügung vom 25. 8. 1942 - II B 4 - 5400/42.

Die Beförderung der zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände der Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel geschieht durch Frachtstückgutsendungen, die bei den jeweils zuständigen Güterabfertigungen durch die Juden sofort aufzugeben sind. Die Frachtstückgutsendungen müssen jedoch so rechtzeitig aufgegeben werden, dass sie spätestens am 3. 9. 42 in Kassel-Hauptbahnhof (Zollschuppen) eingegangen sind. Die in Frage kommenden Güterabfertigungen im Regierungsbezirk Kassel sind von ihren zuständigen Reichsbahndirektionen von der Verfrachtung der zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände der Juden nach Kassel in Kenntnis gesetzt worden.

Die Heranführung der für die Evakuierung bestimmten Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel zwecks vorheriger Konzentration in Kassel erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsbahndirektionen in Personenzügen. Für diese Züge sind folgende Abfahrtszeiten festgesetzt:

Bahnhof Reichensachsen	am 6.9.1942	ab	7,11 Uhr
Bahnhof Eschwege	am 6.9.1942	ab	5,23 Uhr
Bahnhof Herleshausen	am 6.9.1942	ab	8,05 Uhr
Bahnhof Frankenberg/Eder	am 6.9.1942	ab	7,27 Uhr
Bahnhof Gemünden/Wohra	am 6.9.1942	ab	9,53 Uhr
Bahnhof Holzhausen/Eder	am 6.9.1942	ab	8,42 Uhr
Bahnhof Itter	am 6.9.1942	ab	6,35 Uhr
Bahnhof Marburg/Lahn	am 6.9.1942	ab	10,16 Uhr
Bahnhof Kirchhain	am 6.9.1942	ab	10,39 Uhr
Bahnhof Lohra	am 6.9.1942	ab	8,15 Uhr
Bahnhof Neustadt,Kr.Marburg/L.	am 6.9.1942	ab	11,00 Uhr
Bahnhof Niederwalgern	am 6.9.1942	ab	8,56 Uhr
Bahnhof Wetter	am 6.9.1942	ab	8,07 Uhr
Bahnhof Bebra	am 6.9.1942	ab	6,43 Uhr
Bahnhof Baumbach	am 6.9.1942	ab	6,59 Uhr
Bahnhof Rotenburg a.d.Fulda	am 6.9.1942	ab	6,53 Uhr
Bahnhof Sontra	am 6.9.1942	ab	9,21 Uhr
Bahnhof Melsungen	am 6.9.1942	ab	7,26 Uhr
Bahnhof Guxhagen	am 6.9.1942	ab	7,44 Uhr
Bahnhof Borken	am 6.9.1942	ab	7,58 Uhr
Bahnhof Wabern	am 6.9.1942	ab	8,11 Uhr
Bahnhof Fritzlar	am 6.9.1942	ab	7,56 Uhr
Bahnhof Gilsa	am 6.9.1942	ab	6,40 Uhr
Bahnhof Homberg	am 6.9.1942	ab	6,53 Uhr
Bahnhof Bad Sooden-Allendorf	am 6.9.1942	ab	11,35 Uhr
Bahnhof Witzenhausen-Nord	am 6.9.1942	ab	6,29 Uhr
Bahnhof Schmalkalden	am 6.9.1942	ab	9,19 Uhr
Bahnhof Treysa	am 6.9.1942	ab	11,12 Uhr

Diese Fahrpläne sind unbedingt verbindlich. Für die genaue und pünktliche Einhaltung derselben bitte ich daher, unter allen Umständen Sorge zu tragen. Den einzelnen Judentransporten sind je nach Notwendigkeit mindestens 1 oder mehrere Polizeibeamte als Begleitkommandos von den Abgangsbahnhöfen bis nach Kassel mitzugeben. Zweckmässig ist fernerhin die Einsetzung einer jüdischen Transportleitung mit einer entsprechenden Anzahl jüdischer Ordner.

Ich bitte, mit den zuständigen Dienststellen der Reichsbahn und den weiteren an der Juden-Evakuierung beteiligten Behörden unverzüglich in Verbindung zu treten.

Über den Vollzug der Evakuierungsaktion bitte ich mir umgehend zu berichten.

Zusatz für den Herrn Landrat in Schmalkalden:

Zu dem dortigen Bericht vom 25.8.1942 - Pol. 1001/3a -, betr. schwachsinnige Juden in Aue, ergeht noch nähere Weisung.

Rundverfügung der Kasseler Gestapo zur „Evakuierung von Juden nach Theresienstadt“ *v. 28. August 1942*

Fahrplan
für die „Heranführung der für die Evakuierung bestimmten Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel zwecks vorheriger Konzentration in Kassel“. (so im 2. Absatz)

In dem Text unter den Abfahrtszeiten heißt es:
„Den einzelnen Judentransporten sind je nach Notwendigkeit mindestens 1 oder mehrere Polizeibeamte als Begleitkommando von den Ausgangsbahnhöfen bis nach Kassel mitzugeben.“

Weiter heißt es:
„Zweckmäßig ist fernerhin die Einsetzung einer jüdischen Transportleitung mit einer entsprechenden Anzahl jüdischer Ordner.“
Wenn in der Verfügung von einer „jüdischen Transportleitung“ die Rede ist, soll offenbar der Eindruck erweckt werden, als sei diese schönfärberisch als „Evakuierung“ bezeichnete Zwangsmaßnahme durchaus im Sinne der betroffenen Opfer.

Als „polizeiliches Begleitkommando“ war der Bebraer Hauptwachtmeister Peter Günther beauftragt worden.

Zeitzeugin Selma Hammerschlag

Die aus Bad Wildungen stammende Jüdin Selma Hammerschlag (2008: 351f.) überlebte den Holocaust. Sie war von der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* als Transportschwester angestellt worden, um, wie sie schreibt, in Kassel

„den alten und kranken Leuten zu helfen. Deshalb nahm ich am Bahnhof diese Züge auch in Empfang. Wirklich - ein trauriger Anblick! Hier ein Kranker auf der Bahre mit dem kleinen Rucksack oder Köfferchen, das letzte Hab und Gut, was ihm geblieben; Alte und Schwache.

‚Schnell, schnell in den Möbelwagen' ertönt der Ruf der Gestapo. Alle anderen müssen laufen. Hier fällt ein Mann in Ohnmacht, dort stolpert eine Frau über ihr Gepäck: Bluterguß am Knie, muß auch fortgetragen werden. Nun ist der Wagen voll. Die Türen werden zugeschlagen, eine Luft zum Ersticken. Aber es geht schnell. Schon hält der Wagen. … Die Leute werden ausgeladen, kommen in die Turnhalle. …

Die Lage ist gedrückt, man sieht viele Tränen, im allgemeinen haben sich alle in ihr trauriges Los geschickt. Es bleibt ihnen ja nichts anderes übrig."

In den Erinnerungen von Selma Hammerschlag an Sonntag, den 6. September 1942, den Tag vor der finalen Reise der letzten nordhessischen Juden, den sie in der Turnhalle der Bürgerschulen in der Schillerstraße auf dem blanken Fußboden verbringen mussten, heißt es weiter:

„Nun wird alles Gepäck von der Gestapo untersucht; was den Herren gefällt, wird herausgeworfen, sämtliche Leute werden leibesvisitiert. Geld, Uhren, Schmuck usw. muß abgeliefert werden, und jeder bekommt mit einem Bindfaden eine Nummer angehängt.

Dieser Tag neigt sich zu Ende. Die Nacht ist kalt, die Kranken wimmern und stöhnen. Ich gebe jedem noch eine Schlaftablette, damit ein paar Stunden Ruhe wird. Ich selbst halte mit 2 anderen Schwestern Nachtwache.

Montag früh ist schon alles aufgeregt auf den Beinen. Lastautos fahren in den Schulhof hinein. Nachdem man noch jüdische Gestalten fotografiert hat, ladet man die Nicht-Gehfähigen in die Lastwagen auf und bringt sie zur Bahn. Die anderen folgen zu Fuß.

Ein langer Zug bewegt sich durch die Straßen, mit noch einigem Sanitätspersonal gehen wir als letzte aus dem Tor."



Selma Hammerschlag geb. Katz (1898-1960)

© *Synagoge Vöhl*

„Dieses grauenvolle Elend wird sich noch einmal rächen!' rufen schon verschiedene Leute aus Fenster und Türen. ‚Nein, nein, das kann man ja nicht mit ansehen.'

Der Zug mit ca. 50 Wagen steht am Perron bereit, es sind Personenwagen und keine Viehwagen; ein kleiner Vorteil ist dies für die Leute. Das Verladen geht ziemlich schnell, die Ordner arbeiten fabelhaft, jeder bekommt das bisschen übriggebliebene Gepäck - meistens nur ein Rucksack - in den Wagen, dann werden die Türen geschlossen.

Gestapo und SS schreiten dauernd die Front ab und sehen nach, ob alle verladen sind. … Endlich, gegen 5 Uhr nachmittags, setzt sich der Transportzug in Bewegung. Trotz aller Qualen, die wir hinter uns haben, hat jeder ein schweres Herz und mit Wehmut denken wir: ‚Was wird uns die Zukunft bringen?'

Selma Hammerschlag schildert dann ihre ersten Eindrücke im Ghetto Theresienstadt, das nach einem Fußweg von 30 Minuten von der Endatation des Zuges in Bauschwitz erreicht wurde:

„Der Stacheldraht winkt uns, ein furchtbares Gefühl, wenn man so etwas noch nie gesehen hat. Das ist das Ghetto Theresienstadt - vorbei ist es mit unserer Freiheit. Von der Kommandantur weht die schwarze SS-Flagge. Dort wohnt der Lagerkommandant, SS hat die Oberaufsicht. …

Alle Transportteilnehmer kommen in eine Kaserne, sogenannre ‚Schleuse'. Dort werden die Leute und ihr Gepäck wieder untersucht. Der letzte Rest, was SS an Kleidungsstücken, Medikamenten, Nahrungsmitteln, Geschirr usw. gefällt, wird hier noch geraubt (‚geschleust)."

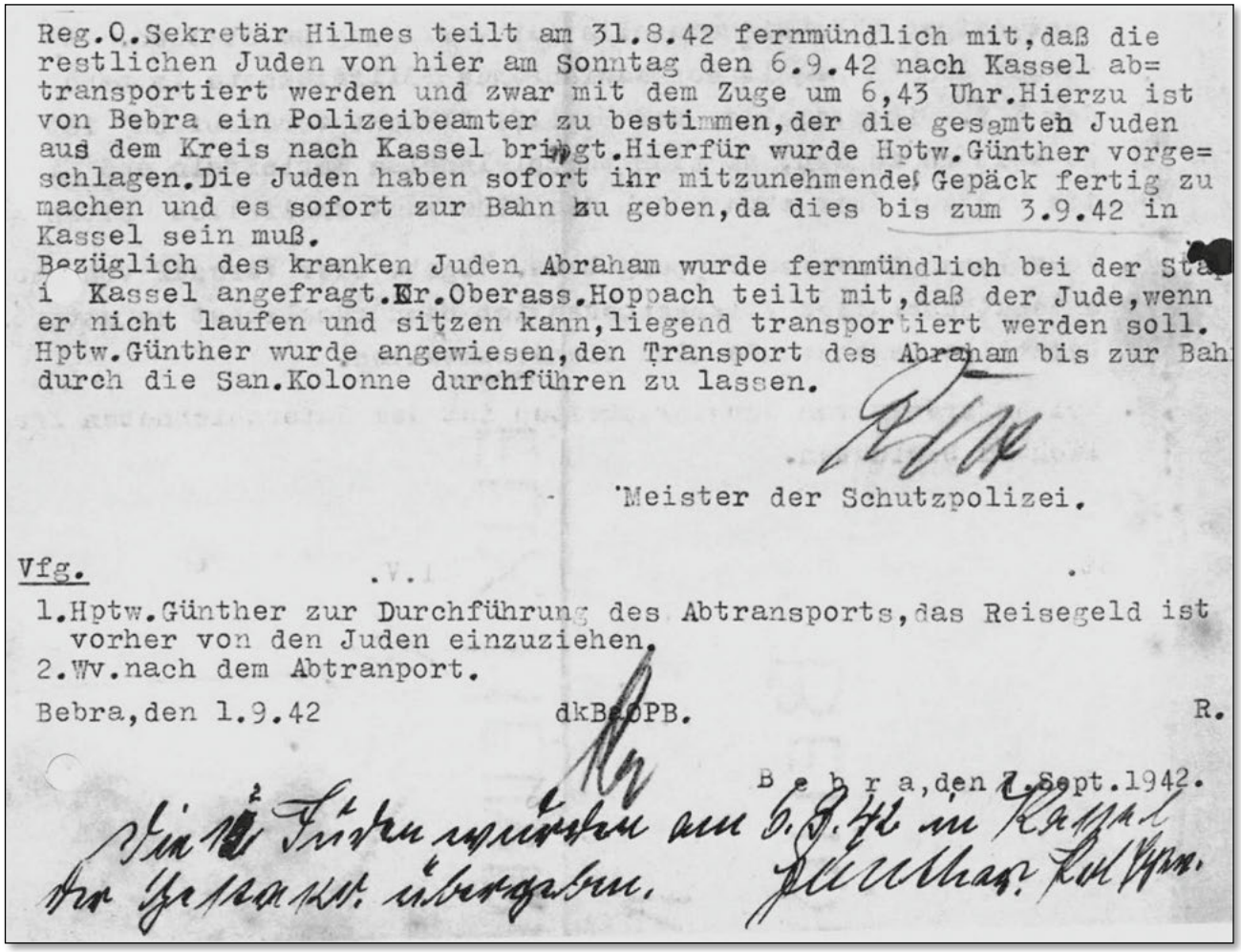
Bei der feierlichen Verlegung der Stolpersteine für Salomon und Louise Abraham vor dem Haus Nürnberger Straße 18 führte sein in Israel lebender Urenkel Guy Grobler unter anderem aus:
„Die Abrahams lebten seit über 300 Jahren in Deutschland und sahen sich als Deutsche. Wenn Sie 1930 einem Mitglied der Familie Abraham gesagt hätten, wie seine Situation im Jahre 1940 sein würde, dann hätte man dies als einen geschmacklosen Scherz empfunden."
So wie über 800 Frankfurter jüdische Menschen aus Verzweiflung über die Demütigungen und Verfolgungen in den Tod flüchteten und auf dem Friedhof an der Eckenheimer Landstraße als Märtyrer gewürdigt werden, so soll auch Salomon Abrahams Freitod nicht als Verletzung des göttlichen Verbots der Selbsttötung verstanden werden, sondern als Ausweg aus einer unerträglichen und nicht zu bewältigenden Notlage, als *„ein Mittel, das eigene Selbstwertgefühl zu retten" (*Christian Goeschel).

In der großen Mehrzahl der Fälle waren die Juden, die Selbstmord begingen, hoch assimiliert, wie dies auch auf Salomon Abraham und seine Familie voll zutrifft.

Wie man schon drei Monate davor alles darangesetzt hatte, den nach einem harten Schlaganfall schwerkrank darniederliegenden Max Moses Levi mit den anderen zur Deportation Befohlenen aus Bebra fortzuschaffen, so galt im September 1942 die gleiche Devise für Salomon Abraham.
Bebras Polizeichef Wilhelm Rex hatte am 1. September 1942 auf einer Anweisung zur Organisation des Transportes in einem Aktenvermerk festgehalten:
„Bezüglich des kranken Juden Abraham wurde fernmündlich bei der Stapo in Kassel angefragt. Kreis-Oberassessor Hoppach teilt mit, daß der Jude, wenn er nicht laufen und sitzen kann, liegend transportiert werden soll. Hptw. Günther wurde angewiesen, den Transport des Abraham bis zur Bahn durch die Sanitätskolonne durchführen zu lassen." (Stadtarchiv Bebra)
Ein Begräbnis nach den jüdischen Religionsgesetzen blieb Salomon Abraham verwehrt, er wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Diemerode bei Nacht und Nebel verscharrt. Nach dem Krieg setzten ihm seine drei Söhne auf dem Jüdischen Friedhof in Bebra einen Grabstein an der Stelle, wo er seine letzte Ruhe hätte finden sollen.



*Salomon und Louise Abraham im Jahr 1929 bei der Feier ihres Silbernen Ehejubiläums, zusammen mit ihren drei Söhnen Ludwig (*1903), Siegfried (*1904) und Dankmar (*1906).*



Reg.O.Sekretär Hilmes teilt am 31.8.42 fernmündlich mit, daß die restlichen Juden von hier am Sonntag den 6.9.42 nach Kassel abtransportiert werden und zwar mit dem Zuge um 6,43 Uhr. Hierzu ist von Bebra ein Polizeibeamter zu bestimmen, der die gesamten Juden aus dem Kreis nach Kassel bringt. Hierfür wurde Hptw. Günther vorgeschlagen. Die Juden haben sofort ihr mitzunehmendes Gepäck fertig zu machen und es sofort zur Bahn zu geben, da dies bis zum 3.9.42 in Kassel sein muß.
Bezüglich des kranken Juden Abraham wurde fernmündlich bei der Sta[illegible] i Kassel angefragt. Kr. Oberass. Hoppach teilt mit, daß der Jude, wenn er nicht laufen und sitzen kann, liegend transportiert werden soll. Hptw. Günther wurde angewiesen, den Transport des Abraham bis zur Bah[illegible] durch die San. Kolonne durchführen zu lassen.

Meister der Schutzpolizei.

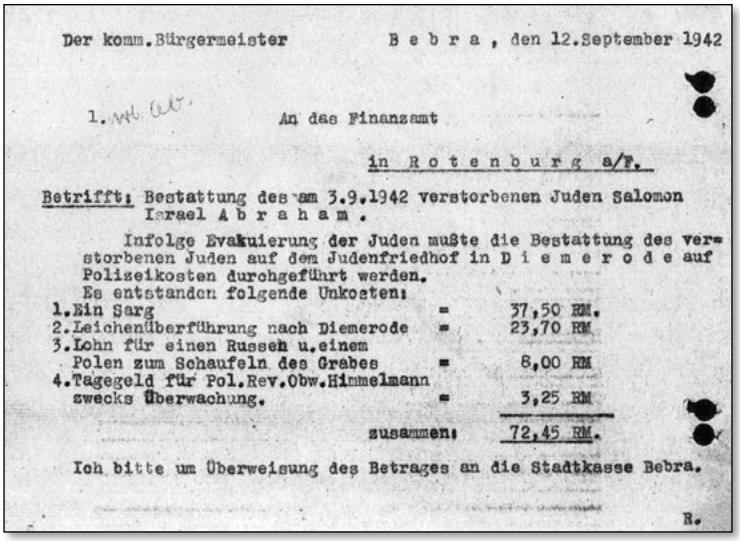
Vfg.

1. Hptw. Günther zur Durchführung des Abtransports, das Reisegeld ist vorher von den Juden einzuziehen.
2. Wv. nach dem Abtranport.

Bebra, den 1.9.42 dkB[illegible]PB. R.

Bebra, den 7. Sept. 1942.
Die 12 Juden wurden am 6.9.42 in Kassel der Gestapo übergeben.

Als „Zugbegleiter" für den Transport der letzten noch im Landkreis Rotenburg verbliebenen Juden war Hauptwachtmeister Günther bestimmt worden. Auf dem hier gezeigten Dokument aus dem Bebraer Stadtarchiv ist handschriftlich seine Vollzugsmeldung eingetragen: „Die 12 Juden wurden am 6. 9. 42 in Kassel der Gestapo übergeben."
Wie schon am 31. Mai 1942 Max Moses Levi trotz schwerer Erkrankung zum Verlassen seiner Heimatstadt gezwungen worden war, so sollte auch diesmal keine Sonderbehandlung „des kranken Juden Abraham" erfolgen.
Von der Gestapostelle in Kassel war die Instruktion gekommen, „daß der Jude, wenn er nicht laufen kann, liegend transportiert werden soll" und „den Transport des Abraham bis zur Bahn durch die San(itätskolonne) durchführen zu lassen." Wie bereits dargestellt, entzog sich Salomon Abraham durch Freitod diesem rücksichtslosen Prozedere.
„Zur Durchführung des Abtransports" hatte Hauptwachtmeister Günther laut der Verfügung vom 1.9.1942 die Verpflichtung „das Reisegeld … vorher von den Juden einzuziehen."



Der komm. Bürgermeister Bebra, den 12. September 1942

An das Finanzamt

in Rotenburg a/F.

Betrifft: Bestattung des am 3.9.1942 verstorbenen Juden Salomon Israel Abraham.

Infolge Evakuierung der Juden mußte die Bestattung des verstorbenen Juden auf dem Judenfriedhof in Diemerode auf Polizeikosten durchgeführt werden.
Es entstanden folgende Unkosten:

1. Ein Sarg	=	37,50 RM.
2. Leichenüberführung nach Diemerode	=	23,70 RM
3. Lohn für einen Russen u. einem Polen zum Schaufeln des Grabes	=	8,00 RM
4. Tagegeld für Pol. Rev. Obw. Himmelmann zwecks Überwachung.	=	3,25 RM
zusammen:		72,45 RM.

Ich bitte um Überweisung des Betrages an die Stadtkasse Bebra.

R.

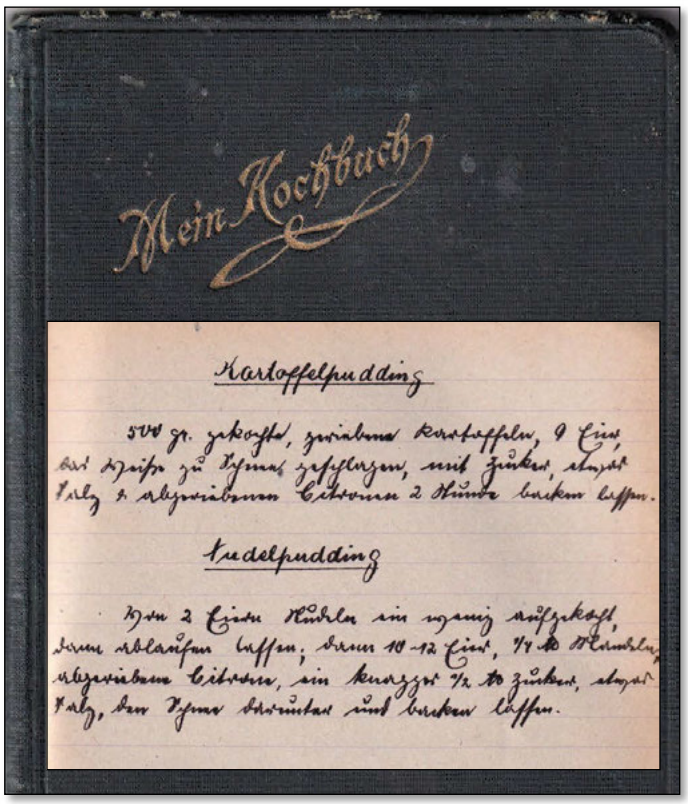
*Die **Bestattung von Salomon Abraham** am 6. September 1942, drei Tage nach seinem Tod, fand unter der Regie der Bebraer Schutzpolizei statt.*
Wachtmeister Himmelmann hatte einen russischen und einen polnischen Zwangsarbeiter aus Bebra zum Schaufeln des Grabes mit nach Diemerode genommen
Die Kosten in Höhe von 72,45 RM stellte man dem Finanzamt in Rechnung - als der staatlichen Institution, an die das Eigentum der Familie nach damaliger „Rechtsauffassung" fallen würde.

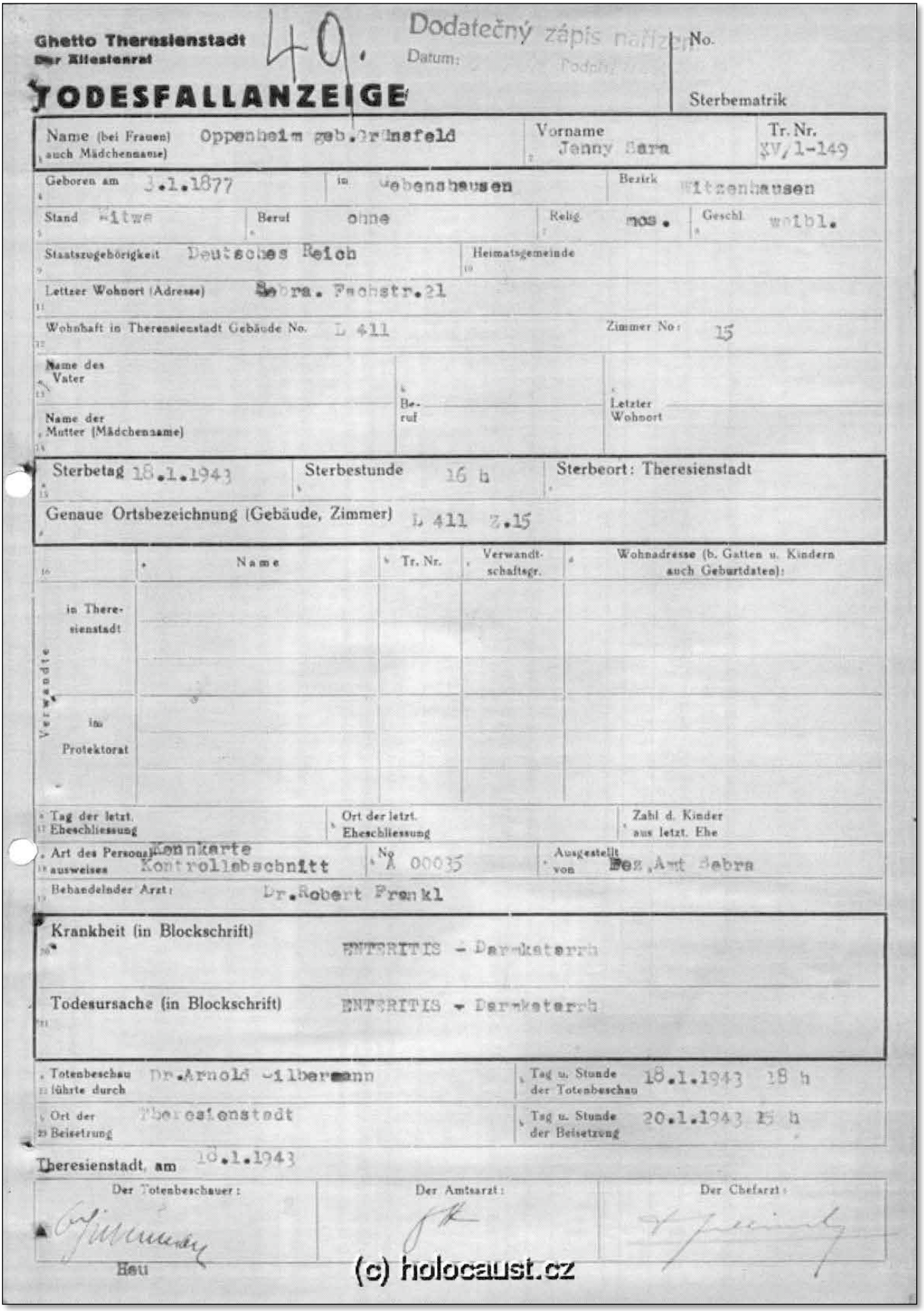


Jüdischer Friedhof in Diemerode; auf dem dort freien Feld wurde Salomon Abraham am 6. September 1942 verscharrt. In Unkenntnis dessen setzten seine Söhne nach dem Krieg einen Gedenkstein für ihren Vater an der Stelle, an der er auf dem Bebraer Jüdischen Friedhof hätte begraben werden müssen.

Außer Willi und Mathilde Oppenheim sowie Louise Abraham gehörten auch Johanna Oppenheim geb. Abraham (s. übernächste Seite) und Jenny Oppenheim geb. Grunsfeld (Nürnberger Str. 26) zu den im September 1942 nach Theresienstadt Deportierten.

Jenny Oppenheim geb. **Grunsfeld** stammte aus Hebenshausen bei Witzenhausen. Sie war die 2. Frau von Louis Oppenheim, der am 29. April 1931 verstorben war. Sie hatten den gemeinsamen Sohn Martin (geb. 31.12.1901), der seinen Vater nur wenige Wochen überlebte.
Unmittelbar vor ihrer Deportation hatte Jenny einer Nachbarin ein gedrucktes *Kochbuch für israelitische Frauen und* ein von ihr selbst **handgeschriebenes Kochbuch** überlassen, das rechts mit zwei Puddingrezepten zu sehen ist.
Jenny starb am 18. Januar 1943 im Ghetto Theresienstadt. Als Todesursache wurde „Darmkatarrh“ genannt, eine häufig verwendete Angabe in den Todesfallanzeigen des Ghettos Theresienstadt.





Ghetto Theresienstadt
Der Ältestenrat

40.

Dodatečný zápis nařízen

Datum:

No.

TODESFALLANZEIGE

Sterbematrik

Name (bei Frauen auch Mädchenname): Oppenheim geb. Grinsfeld	Vorname: Jenny Sara	Tr. Nr.: XV/1-149

Geboren am: 3.1.1877	in: Gebenshausen	Bezirk: Witzenhausen		
Stand: Witwe	Beruf: ohne	Relig.: mos.	Geschl.: weibl.	
Staatszugehörigkeit: Deutsches Reich	Heimatsgemeinde:			
Letzter Wohnort (Adresse): Sebra. Fachstr. 21				
Wohnhaft in Theresienstadt Gebäude No.: L 411	Zimmer No.: 15			
Name des Vater:	Beruf:	Letzter Wohnort:		
Name der Mutter (Mädchenname):				

Sterbetag: 18.1.1943	Sterbestunde: 16 h	Sterbeort: Theresienstadt
Genaue Ortsbezeichnung (Gebäude, Zimmer): L 411 Z.15		

	Name	Tr. Nr.	Verwandtschaftsgr.	Wohnadresse (b. Gatten u. Kindern auch Geburtdaten):
Verwandte in Theresienstadt				
Verwandte im Protektorat				

Tag der letzt. Eheschliessung:	Ort der letzt. Eheschliessung:	Zahl d. Kinder aus letzt. Ehe:
Art des Personalausweises: Kennkarte Kontrollabschnitt	No.: A 00035	Ausgestellt von: Bez.Amt Sebra
Behandelnder Arzt: Dr.Robert Frankl		

Krankheit (in Blockschrift): ENTERITIS - Darmkatarrh

Todesursache (in Blockschrift): ENTERITIS - Darmkatarrh

Totenbeschau führte durch: Dr.Arnold Silbermann	Tag u. Stunde der Totenbeschau: 18.1.1943 18 h
Ort der Beisetzung: Theresienstadt	Tag u. Stunde der Beisetzung: 20.1.1943 15 h

Theresienstadt, am 18.1.1943

Der Totenbeschauer:	Der Amtsarzt:	Der Chefarzt:
Heu		

(c) holocaust.cz

Todesfallanzeige v. 18.1.1943 aus den Theresienstädter Totenbüchern für Jenny Oppenheim geb. Grunsfeld mit Enteritis/ Darmkatarrh als Todesursache (Archiv Terezin)

Johanna Oppenheim und ihre Familie

Sie hatte am 23. November 1876 als Tochter von Aron und Susanne Abraham in Bebra das Licht der Welt erblickt. Durch Eheschließung mit dem dortigen Kaufmann Simon Oppenheim kam sie 1902 nach Hersfeld. Nach dem frühen Tod ihres Ehemannes verlegte Johanna noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ihren Wohnsitz wieder nach Bebra in das Elternhaus Pfarrstraße 21, wo sie einen Handel mit Manufakturwaren einrichtete.

Schon nach kurzer Zeit in Theresienstadt, am 29. September 1942, war Johanna aus dem überfüllten Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka verschleppt worden, wo ihr Leben in der Gaskammer ausgelöscht wurde.

Johannas Vater Aron Abraham stammte aus Schenklengsfeld, ihre Mutter, Susanne Blum, kam aus dem fränkischen Mühlfeld. Beide sind auf dem Jüdischen Friedhof in Bebra begraben. Die Leute in Bebra kannten Johanna als Arons Hannchen.

Johannas Sohn Leo (geb. 18. April 1903) besuchte das Hersfelder Gymnasium („Alte Klosterschule“), das er 1919 mit der Mittleren Reife verließ. Seiner Schule fühlte er sich offenbar stark verbunden, er gehörte der „Vereinigung Ehemaliger Hersfelder Klosterschüler“ an - bis zu seinem Ausschluss 1934.

Leo heiratete die aus Eisenach stammende Marie Ochs, die zu den jüdischen Menschen gehörte, die am 1. Juni 1942 von Kassel aus in das Vernichtungslager Sobibór verschleppt wurden. Leo Oppenheim war am 12. April 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald gezwungen worden, wo er bis zum 12. April 1939 inhaftiert war. Seine Freilassung war mit der Auflage verbunden, Deutschland innerhalb von zwei Monaten zu verlassen. Diese Frist konnte er zwar nicht einhalten, am 1. August 1939 gelang ihm jedoch die Ausreise nach England.

Auch Leos Frau Marie hatte sich im Mai 1939 eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ für einen Reisepass ausstellen lassen. Sie wollte ihre Schwiegermutter aber nicht allein zurücklassen, sodass Marie zunächst in Bebra blieb.

Eine am 24. August 1939 an ihren Ehemann Leo Oppenheim gerichtete Postkarte enthält mehrere Hinweise auf die Absicht, aus Bebra wegzukommen. Der Kriegsausbruch erschwerte die Anstrengungen zur Ausreise, die dann nicht mehr zustande kam. Stattdessen hatte Maries Weg im Juni 1942 in das Vernichtungslager Sobibór geführt, gut drei Monate später war dann die letzte Reise für Johanna Oppenheim angesagt.

Überliefert ist ein Brief, den Johanna Oppenheim am 13. August 1938 an ihren seit einiger Zeit in Frankfurt wohnenden Sohn geschickt hatte, aus dem ihre Bemühungen um eine Ausreisemöglichkeit sichtbar werden:

„Sie haben es nach Berlin weitergegeben, aber noch keine Antwort. Nachdem ich noch einmal hingeschrieben habe, antworteten sie mir, ich bekäme, sobald sie etwas von Berlin hören, Bescheid. Ich war am Mittwoch in Rotenburg, und soll nächsten Freitag noch einmal hinkommen. Nun will ich sehen, wie es wird.“

Leider waren Johanna Oppenheims Bemühungen um eine Ausreise ebenso erfolglos wie die entsprechenden Anstrengungen ihrer Schwiegertochter.

Wie bereits dargestellt, hatte das Haus Oppenheim, Pfarrstraße 21, von Juni 1942 bis zur Deportation im September 1942 als Zwangsquartier der letzten in Bebra verbliebenen Juden gedient.



Johanna Oppenheim geb. Abraham (1876 - 1942).



Johanna Oppenheim, vorn links (mit Schärpe), Bebraer Schützenkönigin 1911.



Das kleine Fachwerkhaus auf der rechten Straßenseite war das Haus ***Oppenheim, Pfarrstraße 21,*** *im Jahr 1942 (Foto vor der Sanierung von Bebras Innenstadt 1972).*
Von Juni bis September 1942 war Pfarrstraße 21 Zwangs-Quartier für die letzten fünf bis dahin in Bebra verbliebenen jüdischen Menschen.

(Bebra) 15. Januar 1950

Lieber Leo, gestern den 14.1. erhielten wir Dein liebes Päckchen und waren hoch erfreut darüber. Die Sachen, die Du und Deine liebe Frau da hineingetan habt, konnten wir alle gut gebrauchen. Von dem Tabak habe ich mir gleich eine Pfeife gestopft und dabei an Dich, mein lieber Freund, gedacht. … Bei uns hier ist es noch alles so fast wie früher, bloß, ***wenn ich immer so nach Deinem Hofe hinübersehe, dann meine ich immer, Du müßtest aus der Türe oder dem Garten kommen oder Deine liebe Mutter. Julchen spricht oft, es ist, als wenn ich Hannchen sehen müßte, aber ich denke, daß es vielleicht doch noch einmal der Fall sein wird, daß Du wieder mit Deiner Familie in Deine Heimat zurück kommst, denn ich nehme an, daß Du den Kirchkranz und die Pfarrstraße noch nicht vergessen hast, und sie Dir in Träumen erscheinen wird****. … Doch ich habe die Hoffnung, daß Du mit Deiner Familie doch die Sache einmal wieder selbst in die Hand nehmen wirst, was uns allen hier in der Nachbarschaft (außer einigen) freuen würde, wir haben uns schon des öfteren mal davon unterhalten. Und mit dieser Hoffnung will ich schließen. … Es grüßt Dich, Deine liebe Frau und Deine lieben Kinderchen vielmals Dein Freund Christoph* [Fettdruck H.N.]



gerahmtes Textfeld: *Auszüge aus einem Brief, den Christoph Wittich (Pfarrstr. 19) 1950 an Leo Oppenheim schickte, in dem die Verbundenheit mit den deportierten jüdischen Nachbarn zum Ausdruck kommt.*

Leo Oppenheim *(ganz links) gehörte zu einer Vereinigung junger Männer, die sich „Club Freundschaft Bebra 1928" nannte. Ob sein Nachbar und Freund Christoph Wittich (Pfarrstr. 19) auch dazu gehörte, ist nicht bekannt, aber wohl anzunehmen.*

Mit dem 3. Massentransport aus Kassel mit insgesamt 755 jüdischen Personen aus dem Regierungsbezirk wurde auch eine Reihe jüdischer Menschen verschleppt, die erst wenige Jahre zuvor ihre Heimatorte Rotenburg und Bebra verlassen hatten.

Leopold und **Selma Alexander** hatten im März 1936 ihr Geschäft in Rotenburg aufgegeben und seitdem in Kassel gelebt, zuletzt im Jüdischen Altersheim in der Großen Rosenstraße 22.

Keine drei Monate konnte Leopold Alexander den widrigen Lebensumständen seines Zwangsquartiers Theresienstadt trotzen, er starb dort am 3. Dezember 1942. Seine Frau, eine geborene Neuhaus aus Baumbach, kam am 9. Mai 1944 ums Leben. Unzureichende medizinische Versorgung und die seelischen Torturen der Lagerhaft hatten auch sie schließlich ihrer Lebenskraft beraubt.



SELMA ALEXANDER
GEB. NEUHAUS *03.01.1879

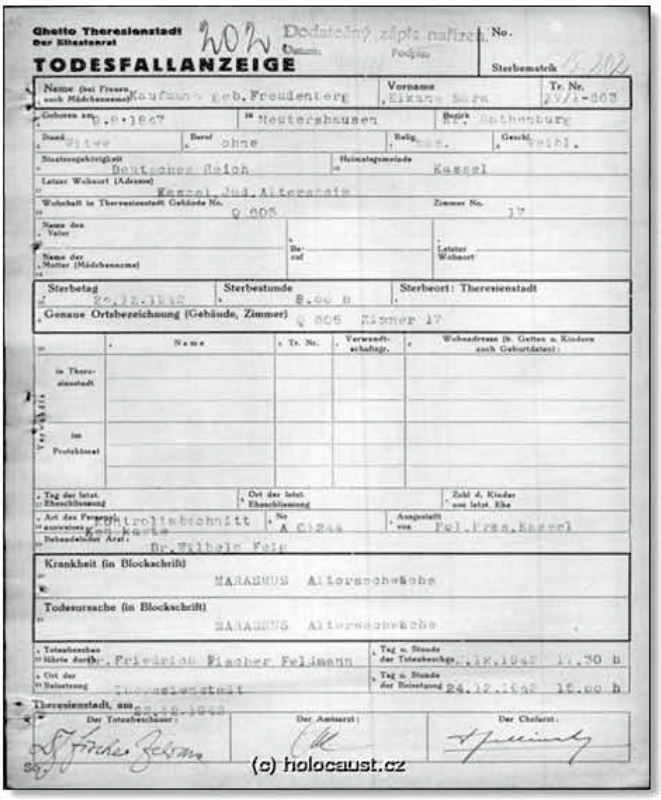


LEOPOLD ALEXANDER *30.07.1877



Klempnermeister Leopold Alexander (hinten rechts) bereicherte nicht nur das Rotenburger Gewerbe und den Handel, sondern war auch als Sänger im lokalen Doppelquartett Ariadne eine feste Größe. Durch seinen Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg wurde er gehörlos und musste seine Sangestätigkeit aufgeben.

Elka Kaufmann: Die inzwischen 95-jährige Witwe hatte Ende November 1938 ihre Wohnung im Haus der Jüdischen Gemeinde Brauhausstraße 2 in Rotenburg aufgegeben und Aufnahme im Jüdischen Altersheim, Mombachstr. 17 in Kassel, gefunden. Ihr Sohn **Honet** war im November 1938 in das KZ Buchenwald verschleppt worden, wo er am 13. Dezember 1938 sein Leben verlor.
In dem 1966 im Rotenburger Rathaus angelegten *„Verzeichnis der am 30.1.1939 in der Stadt Rotenburg an der Fulda wohnhaft gewesenen Juden“* findet sich der Eintrag *„verstorben“.*
Ob man 1966 in Rotenburg noch nicht wusste, dass Honet Kaufmann als Häftling im Konzentrationslager umgekommen war?
Die im Ghetto Theresienstadt am 22.12.1942 ausgestellte „Todesfallanzeige“ nennt „Marasmus/ Altersschwäche“ als Todesursache für Elka Kaufmann. Ihr Beispiel verdeutlicht den wahnsinnigen Ehrgeiz der NS-Machthaber, auch das Leben eines Menschen gewaltsam zu beenden, der in seinem Alter wahrlich keine Bedrohung ihres Machtgefüges darstellen konnte.



Ghetto Theresienstadt
Der Ältestenrat

TODESFALLANZEIGE

Sterbemonat

Name (bei Frauen auch Mädchenname) | Vorname | Tr. Nr.

Geboren am | in | Bezirk

Stand | Beruf | Religion | Geschl.

Staatsangehörigkeit | Heimatgemeinde

Letzter Wohnort (Adresse)

Wohnhaft in Theresienstadt Gebäude No. | Zimmer No.

Name des Vaters

Name der Mutter (Mädchenname)

Sterbetag | Sterbestunde | Sterbeort: Theresienstadt

Genaue Ortsbezeichnung (Gebäude, Zimmer)

	Name	Tr. Nr.	Verwandtschaftsgr.	Wohnadresse (Ehegatten u. Kindern auch Geburtsdatum)
in Theresienstadt				
im Protektorat				

Tag der letzt. Eheschließung | Ort der letzt. Eheschließung | Zahl d. Kinder aus letzt. Ehe

Art des Personalausweises | No | Ausgestellt von

Behandelnder Arzt:

Krankheit (in Blockschrift)

Todesursache (in Blockschrift)

Totenschein ausgefüllt durch | Tag u. Stunde der Totenbeschau

Ort der Beisetzung | Tag u. Stunde der Beisetzung

Theresienstadt, am

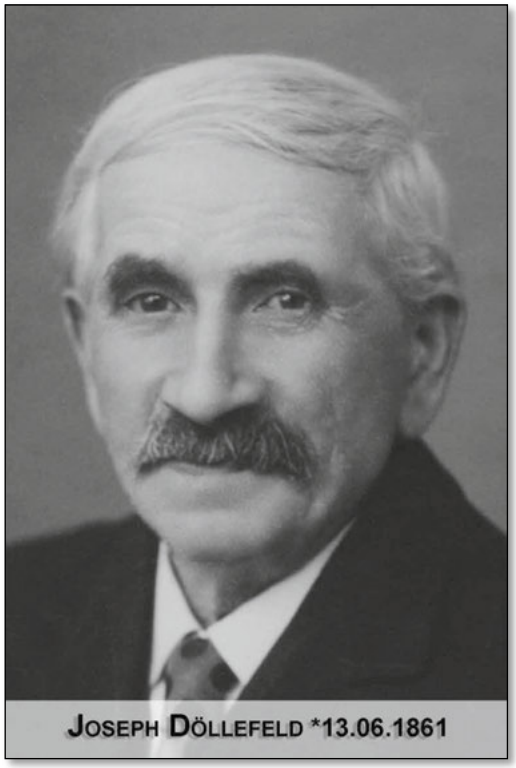
Der Totenbeschauer: | Der Amtsarzt: | Der Chefarzt:

(c) holocaust.cz

„Todesfallanzeige“ für Elka Kaufmann geb. Freudenberg, ausgestellt im Ghetto Theresienstadt am 22. Dezember 1942 von Dr. Friedrich Fischer-Feldmann. Als Todesursache wurde „Marasma/Altersschwäche“ angegeben.

© Archiv Terezin





Joseph Döllefeld, *seit 1928 Witwer, hatte im April 1940 seiner Heimatstadt Rotenburg den Rücken gekehrt und einen Platz im Jüdischen Altersheim in der Mombachstraße 17 in Kassel gefunden. Bereits zwei Monate nach Einlieferung in das Ghetto Theresienstadt endete seine Lebensbahn.*

Sein Sohn Theodor ließ 1956 den Namen seines Vaters und dessen Mordschicksal auf den Grabstein seiner 1928 verstorbenen Mutter Therese in Rotenburg setzen, ebenso den seiner im Holocaust ermordeten Ehefrau Rosa geb. Ehrlich sowie den seines Bruders Alexander und dessen Frau Recha.

Theodor und Rosa Döllefeld hatten zusammen mit ihrer Tochter Dina im Juni 1939 Aufnahme bei Rosas Bruder Bernhard Ehrlich in Eschwege gefunden. So gehörten sie zu der ersten Gruppe nordhessischer Juden, die am 9. Dezember 1941 von Kassel aus nach Riga verschleppt wurde.

Rosa Döllefeld war am 3. Mai 1945 vor den Augen ihrer Tochter Dina von SS-Einheiten erschossen worden, als sie an der Ostsee bei Neustadt unterwegs auf Nahrungssuche waren.
Alex und Recha Döllefelds Leben endete am 28. Mai 1942 in den Gaskammern von Sobibór.

Zu den am 7. September 1942 von Kassel nach Theresienstadt Deportierten gehörte auch der 73-jährige **Josef Abraham** (Foto unten) aus Bebra, der zu Jahresbeginn 1940 ins Kasseler Jüdische Altersheim in der Großen Rosenstraße gegangen war. Josef war am 10. Juli 1869 als ältester Sohn von Leib Levi Abraham und Jettchen geb. Oppenheim in Solz auf die Welt gekommen.

Nach dem Tod des Vaters war Mutter Jettchen im Januar 1898 mit Josef und den beiden jüngeren Söhnen Salomon und Siegfried nach Bebra übergesiedelt, um die besseren Chancen in dem ab Mitte des Jahrhunderts sprunghaft gewachsenen Bebra zu nutzen. Hier konnten die Abrahams das Haus Lindenplatz 8 erwerben.

Josefs Ehe mit Pauline Plaut (geb. 1874) endete schon 1921 mit dem Tod seiner Ehefrau. Bis Jahresbeginn 1940 lebte Josef in der Familie seiner Tochter Hanna Herta, die den Viehhändler Moritz Moses geheiratet hatte. Als deren Sohn Moses am 23. Januar 1940 geboren wurde, war dies das letzte jüdische Kind, das in Bebra auf die Welt kam.

Josef Abrahams Aufenthalt in Theresienstadt dauerte nur wenige Tage, am 24. September 1942 war er tot.

Auch **Mathilde Lindau** gehörte zu den am 7. September von Kassel aus ins Ghetto Theresienstadt Deportierten. Sie war am 10. Oktober 1870 als zweites von elf Kindern von Susmann und Johanna Lindau in Bebra auf die Welt gekommen. In der Mühlenstraße 6 betrieb die Familie eine Schuhmacherwerkstatt.

Mathilde war ihrem jüngeren Bruder Moritz nach Bochum gefolgt, wo dieser sehr erfolgreich ein Bettengeschäft führte. Auf dem Foto unten steht Mathilde (links) neben ihrer jüngeren Schwester Alma (geb. in Bebra am 17. August 1880), die nach Eheschließung zum evangelischen Glauben konvertierte, was ihre 1944 erfolgte Deportation von Essen nach Theresienstadt aber nicht verhinderte, sie überlebte jedoch.

Mathilde dagegen gehörte zu den 187 Opfern aus dem Kasseler Transport vom 7. September, die man noch im Laufe des Monats September 1942 aus dem total überfüllten Ghetto Theresienstadt in die Vernichtungsstätte Treblinka verschleppt hatte - unter dem Vorwand, sie in ein „besseres“ Lager zu bringen. Dort wurden sie noch am Tag der Ankunft vergast - unter ihnen war auch die schon erwähnte Bebranerin Johanna Oppenheim.



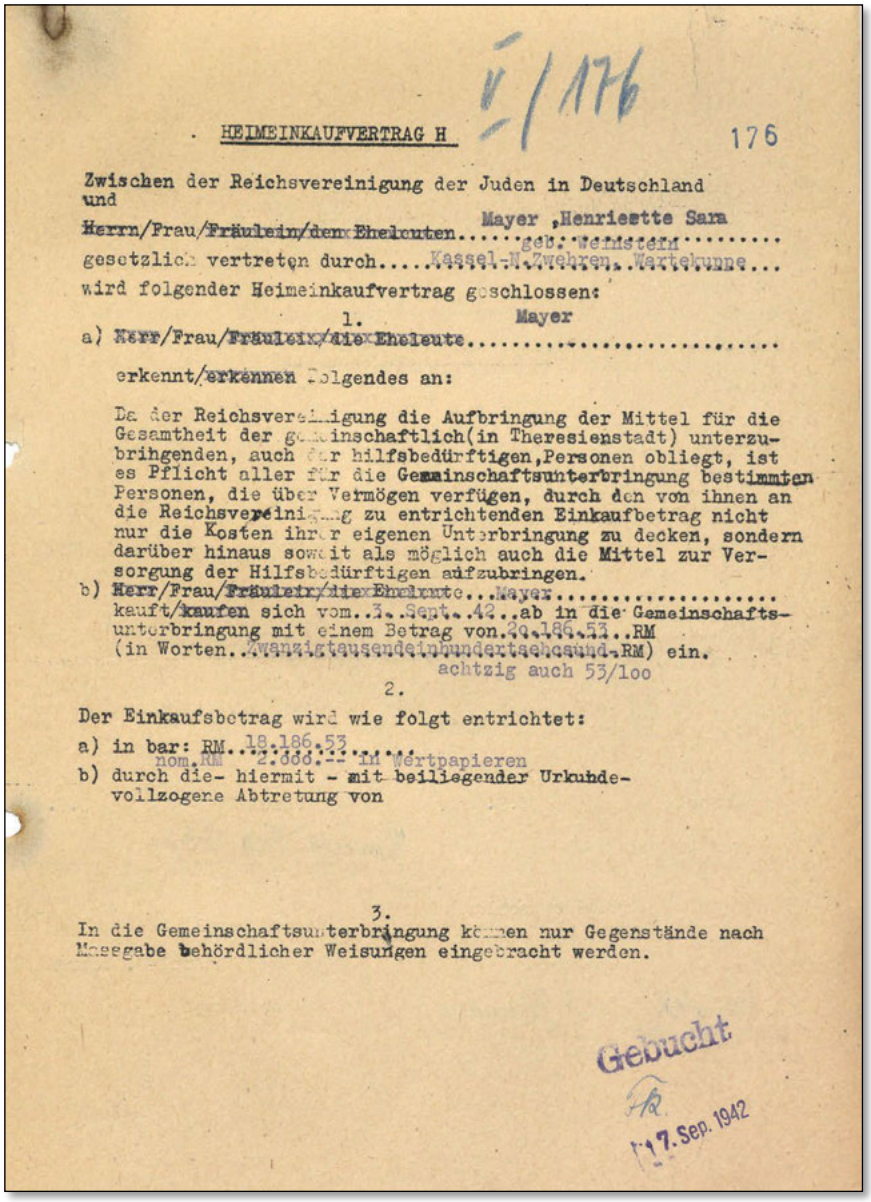
*Josef Abraham, Bebra (*10.07.1869 Solz - 24.07.1942 Theresienstadt).*



links: *Mathilde Lindau, Bebra (*10.10.1870 - 09.1942 Treblinka)* - rechts: *Alma Lindau.*



Honet Levi Kaufmann *(bis November 1938 Brotgasse 21 in Rotenburg) hatte seine letzten Lebensjahre in Kassel (Graben 23) verbracht. Nach dem Tod seiner Frau Sarah geb. Katz im September 1939 hatte er dort mit seiner Tochter* ***Toni Bierhoff*** *gelebt, die ebenfalls zu den 755 am 7. September 1942 aus Kassel ins Ghetto Theresienstadt verschleppten Menschen gehörte. Sie wurde im Januar 1943 in die Gaskammern von Auschwitz gebracht. Tonis Vater war nach zwei Monaten Ghettohaft in Theresienstadt umgekommen. Honet und Sarah Kaufmanns Sohn* ***Max Kaufmann*** *lebte ab 1939 in Mainz, sein letztes Lebenszeichen kam Ende März 1942 aus dem Transitlager Piaski im Bezirk Lublin.*
(Stolpersteine Brotgasse 21 in Rotenburg)



V/176

HEIMEINKAUFVERTRAG H 176

Zwischen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
und
Herrn/Frau/Fräulein/den Eheleuten Mayer, Henriette Sara geb. Weinstein
gesetzlich vertreten durch Kassel-N. Zwehren, Wartekuppe
wird folgender Heimeinkaufvertrag geschlossen:

1.

a) Herr/Frau/Fräulein/die Eheleute Mayer
erkennt/erkennen folgendes an:

Da der Reichsvereinigung die Aufbringung der Mittel für die Gesamtheit der gemeinschaftlich(in Theresienstadt) unterzubringenden, auch für hilfsbedürftigen,Personen obliegt, ist es Pflicht aller für die Gemeinschaftsunterbringung bestimmten Personen, die über Vermögen verfügen, durch den von ihnen an die Reichsvereinigung zu entrichtenden Einkaufbetrag nicht nur die Kosten ihrer eigenen Unterbringung zu decken, sondern darüber hinaus soweit als möglich auch die Mittel zur Versorgung der Hilfsbedürftigen aufzubringen.

b) Herr/Frau/Fräulein/die Eheleute Mayer
kauft/kaufen sich vom 3. Sept. 42 ab in die Gemeinschaftsunterbringung mit einem Betrag von 20.186.53 RM
(in Worten Zwanzigtausendeinhundertsechsund achtzig RM 53/100) ein.

2.

Der Einkaufsbetrag wird wie folgt entrichtet:

a) in bar: RM 18.186.53
b) durch die- hiermit - mit beiliegender Urkunde- nom.RM 2.000.-- in Wertpapieren
vollzogene Abtretung von

3.

In die Gemeinschaftsunterbringung können nur Gegenstände nach Maßgabe behördlicher Weisungen eingebracht werden.

Gebucht
17. Sep. 1942

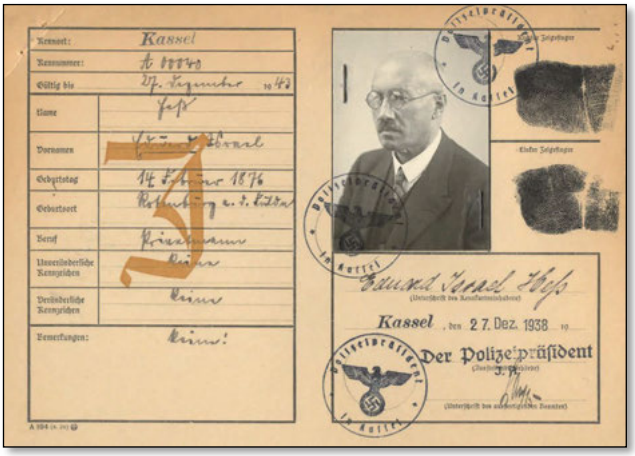
Henriette Mayer war die am 22. November 1863 in Bebra geborene Tochter von Salomon und Fradchen Rickchen Weinstein. Sie wurde am 7. September 1942 von Kassel aus ins Ghetto Theresienstadt verschleppt.
Henriette war durch Eheschließung mit dem Kaufmann Hans Mayer nach Kassel gekommen, wo die Familie bis 1941 in der Hardenbergstraße 8 lebte.
Zum Zeitpunkt von Henriettes Deportation war ihr Ehemann verstorben, ihr Sohn Walter hatte zu den am 1. Juni 1942 aus Kassel nach Lublin-Majdanek Deportierten gehört.
Ihre letzten Tage in Kassel hatte Henriette im Lager Wartekuppe in Niederzwehren verbringen müssen.
Für ihren am 3. September 1942 abgeschlossenen **Heimeinkaufvertrag** hatte Henriette Mayer 20.186,53 RM bezahlt.
(Quelle: Christian Lehmann).
[Nähere Erklärungen zum sog. „Heimeinkauf" zwei Seiten weiter.]

Henriettes Leben endete am 29. September 1942 in einer der Gaskammern des Vernichtungslagers Treblinka. Sie gehörte zu der Opfergruppe, die wegen der großen Überfüllung des Ghettos Theresienstadt schon nach wenigen Tagen nach Treblinka geschafft wurde.



Porträtfoto von Eduard Hess in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg a. d. Fulda

Auch **Eduard Heß**, Mühlenbesitzer in Rotenburg, aber seit früher Jugend in Kassel ansässig, war einer der am 7. September 1942 von Kassel aus ins Ghetto Theresienstadt deportierten Juden.



Reisepass von Eduard Hess (1876-1943)


Erst jetzt erhielten wir die traurige Nachricht, dass unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

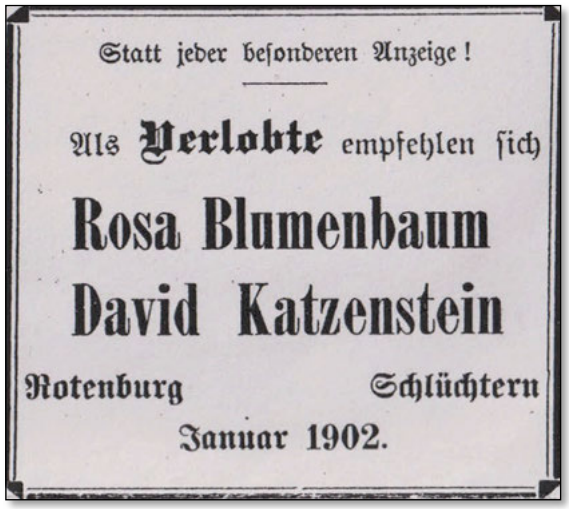
Eduard Hess

(früher Kassel)
schon 1943 in Theresienstadt verschieden ist.

Im Namen der Hinterbliebenen:
CECILIE LORGE, geb. Hess
ALBERT HESS und Frau
GRETE, geb. Gotthelft

Traueranzeige in der deutsch-amerikanischen Wochenzeitung „Aufbau“.

Zu den am 7. September 1942 von Kassel aus ins Ghetto Theresienstadt Deportierten gehörte auch **Rosa/Röschen Blumenbaum-Katzenstein**, die am 23. November 1869 als Tochter von Israel und Minka Blumenbaum in Rotenburg auf die Welt gekommen war. Rosa heiratete David Katzenstein, der in Schlüchtern beheimatet war. Im Januar 1902 hatten sich die beiden verlobt. (s. unten)
Näheres über David Katzenstein wurde nicht bekannt, außer dass er und seine Frau Rosa am 5. September 1942 von Fulda aus nach Kassel und von dort zwei Tage später ins Ghetto Theresienstadt verschleppt wurden. Dort starb David Katzenstein am 25. August 1943, Rosa trotzte den widrigen Lebensbedingungen bis zum 12. Juni 1944.
Rosas Vater Israel Blumenbaum hatte bis 1899 eine Metzgerei in der Lindenstraße geführt. Ihr Bruder Emanuel verlegte den Betrieb dann in die Breitenstraße. Im März 1933 wurde ihm das nach jüdischem Ritus übliche Schlachten („Schächten“) von Vieh verboten: *„Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“.*
Emanuel Blumenbaum und seiner Frau Bertha gelang im August 1938, zusammen mit ihrem Sohn Jona Julius, die Ausreise in die USA.
In Rotenburg erhalten geblieben ist das bei der Beschneidung von Jona Julius Blumenbaum (geb. 28. März 1901) benutzte Tuch, die *Mappa*, auch *Torawimpel* genannt; es ist eines der wenigen rituellen Objekte, die den Zerstörungen im November 1938 nicht zum Opfer fielen und wurde nach der Einrichtung des Jüdischen Museums in Rotenburg zu einem bedeutsamen Exponat.


Statt jeder besonderen Anzeige!

Als **Verlobte** empfehlen sich

Rosa Blumenbaum
David Katzenstein

Rotenburg Schlüchtern

Januar 1902.

Annonce im Rotenburger Kreisblatt vom 8. 1. 1902.

Vorgetäuschter Alterssitz

Man hatte den nach Theresienstadt verschleppten, meist älteren Menschen vorgegaukelt, ihre Überstellung ins Lager bedeute eine „Umsiedlung“, sie würden auf Lebenszeit eine angemessene Unterkunft mit Verpflegung und ärztlicher Betreuung erhalten.

Deshalb mussten sie einen „Heimeinkaufvertrag“ abschließen, der suggerierte, man erhalte durch entsprechende Zahlungen Wohnrecht und Versorgung bis zum Lebensende. Dafür mussten sie ihren gesamten Besitz abtreten, zynischer Weise an die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, von der die Gestapo dann das Geld abkassierte. Wer sich weigerte, dem drohte die Gestapo mit „Osttransport“.

In Wirklichkeit aber war Theresienstadt seit Juni 1942 eine riesige Durchgangsstation für die Vernichtungslager. Die Schriftstellerin Ruth Klüger, die das Lager überlebte, nannte Theresienstadt den „Stall, der zum Schlachthof gehörte“, der Mordstätte Auschwitz. Schon im September 1942 war das Lager total überfüllt, die medizinische Versorgung war völlig unzureichend, die sanitären Verhältnisse katastrophal.

Die offizielle Kennzeichnung als „autonomes jüdisches Siedlungsgebiet“ sollte vor der Weltöffentlichkeit das wirkliche, tragische Schicksal der Theresienstädter Gefangenen und das wahre Gesicht der „Endlösung der Judenfrage“ verschleiern.

Tatsächlich gelang es der Lagerleitung im Sommer 1944, durch verschiedene Verschönerungsaktionen dem *Internationalen Roten Kreuz* das Ghetto als normale Kleinstadt vorzuführen.

Die damaligen Machthaber verkauften der Außenwelt das Lager Theresienstadt als „Vorzeigeghetto“. Mit dem Titel *„Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“* wurde zu diesem Zweck ein Propagandafilm gedreht.

Die gegenüber einem KZ bevorzugte Behandlung der Gefangenen war jedoch pure Illusion. Tausende Menschen starben an mangelnder medizinischer Versorgung und Unterernährung.

Das wahre Gesicht von Theresienstadt

Von der ersten Nacht in Theresienstadt berichtet Selma Hammerschlag (2008: 354):

„Wir versuchen zu schlafen, denn alle sind todmüde und abgespannt von der qualvollen Reise, den Hunger haben alle durch soviel tragische Überraschungen vergessen. Hier und dort schnarcht sogar schon jemand, auf diesem Dachboden liegen 140 Menschen eng zusammengedrückt, vis-à-vis ca. 200. … Viele denken das Gleiche: ‚Nur nicht wieder aufwachen.‘ Hätten wir doch zu Hause Schluß gemacht, den Gashahn auf, dann wäre uns viel, viel erspart geblieben. Die Jugend nimmt es leichter als das Alter.“



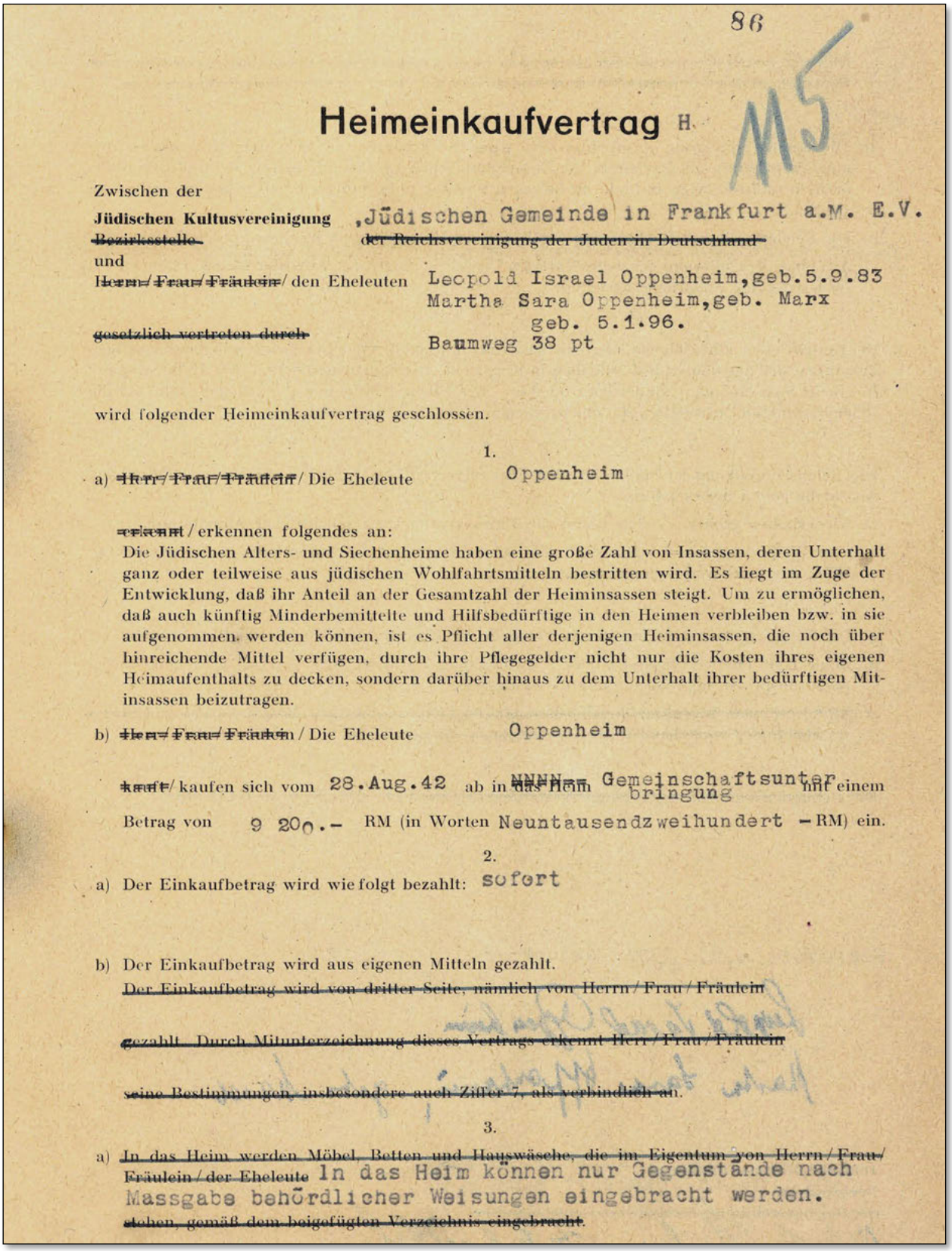
Quartier in Theresienstadt in einer Zeichnung des Ghettohäftlings, Zeichners und Autors Josef Polák (1968: 29f.)

Selma Hammerschlag fasst dann zusammen:

„Noch haben sich die Leute von ihrem Schrecken kaum erholt, da spricht man von weiteren Transporten nach dem Osten. Wirklich, nach 3 Tagen geht schon ein großer Teil unserer Leute mit anderen Transporten weiter nach Polen.

Jetzt wird uns vieles klar, Theresienstadt ist nur ein Durchgangslager, immer gehen Transporte nach dem Osten, und wie wir heute wissen, gingen all diese armen Menschen – nur ein kleiner Bruchteil ist gerettet - dem sicheren Tod entgegen. Dafür mussten wir den sogenannten Heimeinkauf unterschreiben und unser ganzes Vermögen den Nazis geben.“

Von den insgesamt 140.000 im Theresienstädter Ghetto Internierten wurden etwa 88.000 in Vernichtungslager gebracht. In Theresienstadt selbst verloren über 33.000 Menschen ihr Leben, sie konnten den mangelhaften hygienischen Zuständen, der miserablen medizinischen Versorgung, dem Hunger und der Entwürdigung nicht standhalten.



86

M 5

Heimeinkaufvertrag H.

Zwischen der
Jüdischen Kultusvereinigung ~~Bezirksstelle~~ „Jüdischen Gemeinde in Frankfurt a.M. E.V. ~~der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland~~
und
~~Herrn / Frau / Fräulein~~ / den Eheleuten Leopold Israel Oppenheim, geb. 5.9.83
Martha Sara Oppenheim, geb. Marx
geb. 5.1.96.
Baumweg 38 pt

~~gesetzlich vertreten durch~~

wird folgender Heimeinkaufvertrag geschlossen.

1.

a) ~~Herr / Frau / Fräulein~~ / Die Eheleute Oppenheim

~~erklärt~~ / erkennen folgendes an:
Die Jüdischen Alters- und Siechenheime haben eine große Zahl von Insassen, deren Unterhalt ganz oder teilweise aus jüdischen Wohlfahrtsmitteln bestritten wird. Es liegt im Zuge der Entwicklung, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Heiminsassen steigt. Um zu ermöglichen, daß auch künftig Minderbemittelte und Hilfsbedürftige in den Heimen verbleiben bzw. in sie aufgenommen werden können, ist es Pflicht aller derjenigen Heiminsassen, die noch über hinreichende Mittel verfügen, durch ihre Pflegegelder nicht nur die Kosten ihres eigenen Heimaufenthalts zu decken, sondern darüber hinaus zu dem Unterhalt ihrer bedürftigen Mitinsassen beizutragen.

b) ~~Herr / Frau / Fräulein~~ / Die Eheleute Oppenheim

~~kauft~~ / kaufen sich vom 28.Aug.42 ab in ~~das Heim~~ Gemeinschaftsunterbringung mit einem Betrag von 9 200.- RM (in Worten Neuntausendzweihundert – RM) ein.

2.

a) Der Einkaufbetrag wird wie folgt bezahlt: sofort

b) Der Einkaufbetrag wird aus eigenen Mitteln gezahlt.
~~Der Einkaufbetrag wird von dritter Seite, nämlich von Herrn / Frau / Fräulein~~
~~gezahlt. Durch Mitunterzeichnung dieses Vertrags erkennt Herr / Frau / Fräulein~~
~~seine Bestimmungen, insbesondere auch Ziffer 7, als verbindlich an.~~

3.

a) ~~In das Heim werden Möbel, Betten und Hauswäsche, die im Eigentum von Herrn / Frau / Fräulein / der Eheleute~~ In das Heim können nur Gegenstände nach Massgabe behördlicher Weisungen eingebracht werden.
~~stehen, gemäß dem beigefügten Verzeichnis eingebracht.~~

Heimeinkaufvertrag *(Seite 1) von* ***Leopold u. Martha Oppenheim*** *geb. Marx über 9.200.- RM, abgeschlossen in Frankfurt, mit Gültigkeit ab 28. August 1942. (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden) Zusammen m it den Söhnen Heinz u. Kurt waren die Oppenheims im Dezember 1939 von Bebra nach Frankfurt geflüchtet.*
Laut Auskunft des Bankvereins Bebra vom 11.02.1947 hatten Salomon und Louise Abraham „im Herbst" 1942 die Summe von 6.022,00 RM auf das Sonderkonto H [Sonderkonto Heimeinkauf, H.N.] bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland überwiesen. (Stadtarchiv Bebra)
Der entsprechende Vertrag ist jedoch nicht überliefert, wohl aber der von Leopold u. Martha Oppenheim.

Ab 6. September 1942 „judenfrei“

„Rotenburg judenfrei“ – so steht es schon seit November 1938 in der handgeschriebenen Chronik der Stadt Rotenburg. In seinem Übereifer war der damalige Stadtchronist der Realisierung seines Chronikeintrags um knapp vier Jahre voraus.
In diesen vier Jahren fand jüdisches Leben jedoch jenseits jeglicher bürgerlicher Vorstellungen statt. Die jüdischen Menschen waren in dieser Zeit rechtlos und in ihrer Existenz gefährdet, sie lebten in einem permanenten Ausnahmezustand.
Tatsächlich waren die Städte Rotenburg und Bebra „erst“ im Verlauf des 6. September 1942 ohne jüdische Bewohner, ebenso die zum jetzigen Landkreis Hersfeld-Rotenburg gehörenden Orte Alheim-Baumbach, Hohenroda-Mansbach, Nentershausen und Niederaula. Die anderen Orte mit jüdischer Bevölkerung waren bereits seit 31. Mai 1942 „judenfrei“.
In den genannten sechs Ortschaften des heutigen Landkreises Hersfeld-Rotenburg waren einzelne Bürger jüdischen Glaubens noch bis zum September 1942 verblieben, fast ein Jahrzehnt nachdem Hitler die Macht übertragen worden war.
Überwiegend waren es ältere Menschen, die bis ins Jahr 1942 in ihren Heimatorten ausgeharrt hatten.
Seit Beginn der Naziherrschaft hatten sie viel Schlimmes erlebt, aber kaum einer oder eine konnte sich vorstellen, dass ihre Verdienste um das Vaterland so radikal ignoriert und ihr Patriotismus so sehr mit Füßen getreten werden sollte, wie dies ab November 1938 so konsequent geschah.

In Bebra waren es fünf, in Rotenburg nur noch zwei jüdische Personen, die im September übriggeblieben waren. Wie schon dargestellt, ihre Abschiedsstunde schlug am frühen Morgen des 6. September 1942, es war ein Sonntag.
Für die zu ihrer Reise in den Tod gezwungenen Fahrgäste waren Abteile in einem fahrplanmäßigen Zug reserviert worden. Es waren die gleichen Zugverbindungen wie die bei der Deportation im Mai 1942, mit der Abfahrtszeit in Bebra 6.43 Uhr, zehn Minuten später in Rotenburg.

Während Reaktionen von Menschen aus Bebra und Rotenburg zu den Novemberpogromen überliefert sind, fehlen vergleichbare lokale Reaktionen auf die gewaltsame Verschleppung der jüdischen Menschen.
Der Hamburger Historiker Frank Bajohr hat in seiner Untersuchung von 2004 über „Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen“ ein Verhaltensspektrum registriert, das er wie folgt zusammenfasste:
*„Insgesamt schwankte die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Deportationen zwischen aktiver Zustimmung, unauffälliger Zurückhaltung und kritischer Distanz. Die Deportationen riefen keine massiven Proteste hervor, stießen jedoch auch nicht auf eine uneingeschränkte Akzeptanz.“ (*Bajohr 2004: 188)
„Es bedurfte ganz offensichtlich einer … antisemitischen Perspektive, um nicht einem Mitleidsimpuls nachzugeben, sondern die Deportation teilweise betagter und gebrechlicher Menschen gutzuheißen.“ So Bajohr (2004: 185f.)
Bajohr (2004: 186) unterschied zwischen *„der Gruppe der Überzeugten, ihrer Gesinnung nachhaltig Ausdruck gebenden Antisemiten“* und *„der größeren Gruppe der Unauffälligen, die zwischen Einverständnis, Gleichgültigkeit und verhaltener Distanz schwankte“.*
Bajohr (204: 185) zitiert einen aus Frankfurt im September 1942 Deportierten, der von ausdauernden verbalen Attacken während des Abtransports berichtet hatte: *„Auf dem ganzen Weg wurden wir von einer johlenden Menge beschimpft und verhöhnt. ‚Schlagt sie doch tot, zu was die teuren Kohlen für den Transportzug! Immer wieder diese Zurufe, offenbar einstudiert.“*

Andererseits hatte Selma Hammerschlag, wie bereits dargestellt, bei dem Weg der Juden zur Deportation vom Kasseler Bahnhof von nicht überhörbarer Kritik berichtet.

G. Deportationen aus anderen Orten

von Jüdinnen und Juden, die aus Bebra und Rotenburg stammten

22. und 30. Oktober 1941: Von Köln ins Ghetto Lodz/Litzmannstadt

Walter Katz (geb. 14. Nov. 1895 in Bebra) und seine Frau **Reni geb. Ochs** (aus Eisenach gebürtig) hatten in der ersten Jahreshälfte 1939 zusammen mit ihrem **Sohn Alfred** gehofft, in der Anonymität einer Großstadt sicherer zu leben und deshalb ihren Wohnsitz von Bebra (Nürnberger Straße 24) nach Köln verlegt – mit der dortigen Adresse Christophstraße 31.

Wenn sie im Ablauf des täglichen Lebens vielleicht einen geringeren Verfolgungsdruck verspürten, dann galt dies nur für eine zeitlich sehr begrenzte Phase. Denn nach zwei Jahren Köln führte ihr Weg in die physische Vernichtung. Sie waren damit zeitlich gesehen ihrem Mordschicksal in die Arme gelaufen: Als Walter und Reni Katz mit Alfred am 22.10.1941 in den Deportationszug in die polnische Metropole Lodz gezwungen wurden, welche die deutschen Besatzer 1940 in Litzmannstadt umbenannt und Teilbereiche davon als ein Ghetto für Juden bestimmt hatten, waren sie die Ersten aus Bebra bzw. Rotenburg, die gewaltsam aus ihrem Lebensumfeld entfernt wurden.



In der Ladentür das Ehepaar Katz mit ihrem 1895 geborenen Sohn Walter. (Foto ca. 1905)

Es war auch für Kölner die erste Deportation aus ihrer Stadt. Das Sammellager für die Kölner Juden war in den zu jener Jahreszeit unbenutzten Messehallen des rechtsrheinischen Stadtteils Deutz eingerichtet. (Gottwaldt/Schulle 2005: 75)

Walter Katz starb am 4. September 1942 im Ghetto Lodz/Litzmannstadt, seine Frau Reni wurde im Sommer 1944 zusammen mit Sohn Alfred im 70 km entfernten Vernichtungslager Chelmno/Kulmhof im Gas umgebracht.

Roni Rothfels, 1898 als Tochter von Meier und Amalie Rothfels in Bebra geboren und dort aufgewachsen, musste ebenso wie die Katzens am 22. Oktober 1941 in den Deportationszug von Köln nach Lodz/Litzmannstadt steigen.

Roni hatte neun weitere Geschwister, u. a. zwei ältere Brüder, Salli und Leopold, hatten als Frontsoldaten ihr Leben im Ersten Weltkrieg verloren.

Mit vier ihrer Geschwister teilte Roni ihr Mordschicksal, das sie in der ersten Jahreshälfte 1942 in den Gaskammern des Vernichtungslagers Chelmno/Kulmhof erlitt. Roni hatte sich am 26. Juli 1939 mit ihrer Schwester Bertha (Jg. 1887) und ihrem Bruder Theodor (Jg. 1901) aus Bebra nach Köln umgemeldet. Über Berthas und Theodors Mordschicksal gibt es keine genaueren Informationen, das für sie in Yad Vashem geführte Gedenkblatt enthält keine Details.

Schon wenige Tage später, am **30. Oktober 1941**, führte ein zweiter Deportationszug von Köln ins Ghetto Lodz/Litzmannstadt Zu den zu diesem Termin Verschleppten gehörte die in Rotenburg (Querweinstraße 16) aufgewachsene **Tessy Therese Apt**, die jüngste Tochter von Wolf und Rosalie Sommer. Sie hatte den Niederaulaer Juden Hermann Apt geheiratet, mit dem zusammen sie sich in Neheim-Hüsten niedergelassen hatte.

Am 28. Juni 1944 wurde sie im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmno ins Gas geschickt, ihrem Ehemann war dieses Schicksal schon im September 1942 beschieden. Auch Tessys Mutter und ihre beiden Schwestern Bertha und Irma wurden Opfer des Holocaust.

25. Oktober 1941:
Von Hamburg ins Ghetto Lodz/Litzmannstadt

Ruth Neuhaus war die am 25. Oktober 1918 geborene Tochter des Bebraer Viehhändlers Isaak Neuhaus und dessen Frau Selma geb. Lindau. Ruth war das fünfte Kind; als sie sieben Jahre alt war, starb ihre Mutter.

Ruths 23. Geburtstag am 25. Oktober 1941 war zugleich der Termin, zu dem sie von Hamburg aus in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt deportiert wurde. Es war die erste von vier Deportationen aus Hamburg in dem Zeitraum Oktober bis Dezember 1941 mit insgesamt 3162 Personen. Damit war binnen sechs Wochen die Hälfte der Hamburger Juden aus der Stadt entfernt worden. (Gottwaldt/Schulle 2005: 76)

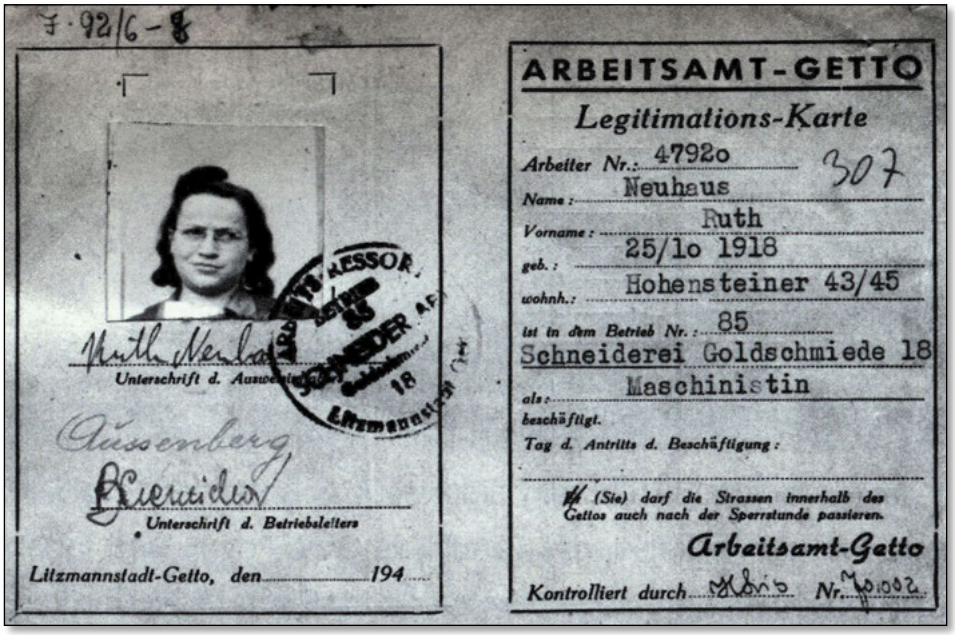
Ruth Neuhaus hatte im August 1939 im Grindelviertel in Hamburg eine Unterkunft gefunden und war dann zu einer Anstellung als Haustochter bei der jüdischen Familie Jonas im Woldsenweg 5 gekommen, die jedoch mit der Einweisung der Familie Jonas in das Ghettohaus Laufgraben 39 am 19. Februar 1941 ihr Ende fand.

Wie für die große Zahl der im Oktober 1941 ins Ghetto Lodz/Litzmannstadt verschleppten Hamburger Jüdinnen und Juden war auch für Ruth Neuhaus die Vernichtungsstätte Chelmno/Kulmhof die letzte Adresse, zu der sie am 12. Juli 1944 zusammen mit 700 weiteren Opfern gebracht wurde. Als ihr Todestag wurde, wie in vielen vergleichbaren Fällen, der 8. Mai 1945 festgelegt. Ruths Ghettoaufenthalt war durch Arbeit in Schneidereien bestimmt, dem Hauptproduktionszweig in Lodz. In ihrer Legitimationskarte von 1943 wird sie als Maschinistin in dem Betrieb Nr. 85 mit der Adresse Goldschmiede 18 geführt. Bereits am 2. Mai 1942 hatte man sie in die Vernichtungsstätte Kulmhof/Chelmno bringen wollen, was sie aber mit einem Bittbrief abwenden konnte, in dem sie ihren damaligen Einsatz in der Landwirtschaft als Hindernis für eine Abschiebung geltend machen konnte.



Passfoto Ruth Neuhaus (1918-1944)

Johannes Grossmann (2011: 327) hält als wesentliches Ergebnis seiner Gespräche mit Überlebenden fest, dass Ruth Neuhaus *„nach Aussagen der Geschwister, von Mitschülern und Lehrern eine blitzgescheite Person gewesen sein muss."* Und, so erfuhr Grossmann weiter, sie *„war von früh an leidenschaftlich an Fragen der Medizin interessiert und kannte nur ein Berufsziel: Sie wollte unbedingt studieren und Ärztin werden. Alle Bemühungen auf diesem Weg wurden vereitelt."*



Legitimationskarte Ruth Neuhaus aus dem Ghetto Lodz/Litzmannstadt

8. November 1941:
Von Hamburg ins Ghetto Minsk

Isidor Rothfels wohnte erst zwei Jahre in Hamburg, als er am 8. November 1941 in den Deportationszug steigen musste, dessen Endstation das Ghetto in der weißrussischen Hauptstadt Minsk war. Es handelte sich um den zweiten Massentransport von jüdischen Menschen aus Hamburg, er umfasste ca. 1000 Personen.

Isidor Rothfels hatte zum Zeitpunkt seiner Deportation in dem Haus Lange Reihe 108 in Hamburg zur Untermiete gewohnt, zusammen mit der aus Rotenburg stammenden Julie Hochfeld (geb. Linz) und deren Ehemann Alfred Hochfeld, die dort noch bis zum 15. Juli 1942 bleiben konnten, als sie ins Ghetto Theresienstadt verschleppt wurden.

Minsk, das Deportationsziel für Isidor Rothfels, war am 28. Juni 1941 von deutschen Truppen besetzt worden, welche die lokale jüdische Bevölkerung in ein Ghetto einsperrten und massenhafte Tötungen vornahmen, um Platz für Juden aus dem Deutschen Reich zu schaffen.

Der Hamburger Minsk-Überlebende Heinz Rosenberg schilderte den Schock, den die Ankömmlinge aus Hamburg beim Anblick der gerade abgeschlossenen blutigen Tötungsaktion erlitten:

„Endlich standen alle auf dem großen Hof vor dem großen Schulgebäude, erschöpft, nervös, frierend und hungrig. Viele wollten wissen, was in dem großen Haus sei, gingen hinein und kamen entsetzt zurück. Klagen und Schreien begann und ein großes Durcheinander entstand. Schließlich aber mussten die „Reinigungsarbeiten“ beginnen. Die Toten wurden auf einen Platz in den Hof getragen, das Inventar wurde einfach aus den Fenstern geworfen und später auf dem Hof verbrannt. …

Die Leichen seien sofort oder sonstwie zu begraben oder sonstwie zu beseitigen. Sofort wurden die nötigen Kommandos zusammengestellt, Werkzeuge und Material wurde ausgegeben, und die Arbeit begann. Anschließend wurde die Lagerleitung in den russischen Teil des Ghettos geführt. Hier hatte die SS am 9. November 1941 eine sogenannte Großaktion durchgeführt, der viele Tausend Juden zum Opfer gefallen waren. Die Leichen lagen noch da – dies war das dritte schauerliche Bild, das sich uns in Minsk bot.“ (Rosenberg 2007: 135f.)



Nürnberger Str. 58 in Bebra ca. 1930; hier führte die Familie Rothfels seit ca. 1890 einen Handel mit Manufaktur- und Modewaren, Herren- und Damenkonfektion sowie Wäsche.



Stolperstein für Isidor Rothfels vor dem Haus Nürnberger Straße 58 in Bebra, verlegt am 22. Juni 2023. Stolpersteine liegen hier außerdem für Julius, Else, Werner, Rosel, Theodor, Bertha und Roni Rothfels.

11./12. November 1941: Von Frankfurt/Main ins Ghetto Minsk

Meta Oppenheim-Fulda, 1892 geborene Tochter des Bebraer Kaufhausgründers Joseph Oppenheim, hatte 1924 den aus Emden stammenden Kaufmann **Adolf Fulda** geheiratet.
Sie hatten einen Sohn, der als 14-Jähriger im Sommer 1939 mit einem Kindertransport ins britische Exil gelangte. 1936 hatten sich Meta und Adolf Fulda nach Frankfurt verändert, ihr Kaufhaus in Bebra hatte Fritz Schuhmann erworben - mit ähnlichem Sortiment und erstem räumlichen Ausbau 1939.
Ihr Frankfurter Quartier war zunächst Gaußstraße 23, dann Hanauer Landstraße 36. Meta und Adolf Fulda wurden bei dem 2. Frankfurter Judentransport nach Minsk zusammen mit weiteren 1.050 jüdischen Personen erfasst. (Gottwaldt/Schulle 2005: 93)
Die Betroffenen waren erst drei Tage vor ihrer Deportation über die geplante Maßnahme informiert worden. Wohin sie gebracht werden sollten, wurde ihnen nicht mitgeteilt (Kingreen 1999: 363).
Dass sich manche nicht entfernt eine Vorstellung davon machten, was ihnen in nächster Zeit bevorstand, kommt in den Erinnerungen eines seinerzeit 15-Jährigen zum Ausdruck:
„Es hieß damals, es ginge zu Arbeitsplätzen nach dem Osten. Ich, in meiner kindlichen Naivität, freute mich sogar darüber, endlich auch einmal eine große Reise machen zu können.“ (zit. n. Kingreen 2023: 71)
Als Sammelplatz war die Großmarkthalle bestimmt worden. Bereits hier wurden sie hart behandelt. Monica Kingreen zitiert den 1998 von ihr interviewten Berny Lane (alias Werner Levi), einen der seinerzeit aus Frankfurt Deportierten:
„Die ganze Nacht Untersuchungen, Schreie und Schikanen ohne Ende. Die Fahrt dauerte sechs Tage, wir hatten Lebensmittel dabei, aber kein Wasser, viele Leute starben. Wir haben, als es regnete, die Finger rausgehalten und sie abgeleckt, um Flüssigkeit zu bekommen. Vor Durst starben Menschen. Viele schrien ‚Wir brauchen Wasser‘, manchmal bekamen wir etwas bei einem Halt. Wir hatten viele Tote, als wir endlich in Minsk ankamen.“ (Kingreen 1999: 363)
Nach der Eroberung Weißrusslands im Juli 1941 hatten die deutschen Besatzer in Minsk ein Ghetto für weißrussische Juden errichtet. Es bestand aus kleinen Hütten und zweistöckigen Steinhäusern. Um Platz für die Juden aus dem „Reich“ zu schaffen, waren im November 1941 mehrere Tausend weißrussischer Juden im Ghetto ermordet worden.

Als die Frankfurter Juden im November 1941 im Minsker Ghetto eintrafen, lagen in den Hütten noch einzelne Leichen ermordeter weißrussischer Juden, welche die Neuankömmlinge zunächst wegschaffen mussten.
Nach Monica Kingreens Recherchen zu den Überlebenschancen der aus Frankfurt Deportierten sind schon in den ersten Monaten im Ghetto Minsk etwa 100 an Krankheit, Hunger und Verzweiflung gestorben, weitere 400 Menschen wurden im Ghetto getötet, in Gaswagen weggebracht oder sind von Arbeitskommandos nicht zurückgekommen.
Von dem Frankfurter Transport überlebten nur 10 Personen. (Gottwald/Schulle 2005: 93).







oben: *Geschäftsanzeige im Rotenburger Kreisblatt 1925.*

Mitte: *Geschäftsanzeige im Kreisblatt v. 30.03.1916.*

unten: *Ladenfront des Kaufhauses Schuhmann, bis 1935. Kaufhaus Josef Oppenheim, Nürnberger Str. 54 in Bebra. (Foto 1936)*

27. November 1941: Von Berlin ins Ghetto Riga

Am 27.11.1941 verließ ein Zug mit 1053 deutschen Juden das Gleis 17 am Bahnhof Berlin-Grunewald. Die Passagiere wurden sofort nach ihrer Ankunft in Riga im Wald von Rumbula erschossen.

Dazu zählte auch die 48-jährige **Selma Winterfeldt**, die Tochter von Meier und Jettchen Linz, die am 10. August 1893 in Rotenburg geboren wurde und hier aufwuchs.

Ihr Elternhaus stand am Steinweg (Nr. 7), der dort betriebene Textil- und Manufakturwarenladen wurde bis 1936 von Selmas älterem Bruder Hermann geführt, der sich mit seiner Familie in die USA retten konnte.

Der Deportationszug war in den Morgenstunden des 30. November 1941, einem Sonntag, in Riga eingetroffen; dieser Tag ist als „Rigaer Blutsonntag" in die Geschichte eingegangen.

Gertrude Schneider (2008: 18f.) geht davon aus, dass der Transport aus Berlin fehlgeleitet worden war und die Erschießung aller 1053 Insassen im Wald von Rumbula statt der Einweisung in das Rigaer Ghetto deshalb erfolgte, weil die Räumung und Ermordung der dort lebenden ca. 26.500 lettischen Juden erst Tage danach umgesetzt werden konnte. Die Ermordung der lettischen Juden aus dem Ghetto Riga im Wald von Rumbula erfolgte dann am 8. und 9. Dezember 1941.

„Zu diesem Zeitpunkt zögerten Hitler und deshalb die Führung der SS noch vor der Ausdehnung der Mordpraxis auch auf die deutschen Juden."
(Schneider 2008: 19)



Selma Linz-Winterfeld (hintere Reihe, 2. v. rechts) 1905 im Kreis ihrer Eltern (Meier u. Henriette Linz) und ihrer sieben Geschwister in Rotenburg a. d. Fulda.

Der erst kurz vorher zum Leiter des Rigaer Ghettos ernannte SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Friedrich Jeckeln wurde in der Tat wegen seiner Eigenmächtigkeit gemaßregelt und seines Postens enthoben.

Um die Spuren der Verbrechen zu tilgen, wurden in der 1. Jahreshälfte 1944 die Leichen unter der Regie des SS-Sonderkommandos 1005 aus den Massengräbern ausgegraben, verbrannt und mit speziellen Knochenmühlen zermahlen. *„Rumbula ist das Babij-Jar von Riga."* (Vestermanis 1996: 62)

2002 wurde in Riga-Rumbula eine Gedenkstätte errichtet, in der die Namen der hier Ermordeten in Steinblöcke eingraviert wurden, darunter auch der von Selma Winterfeld-Linz, geb. in Rotenburg an der Fulda am 10. August 1893.

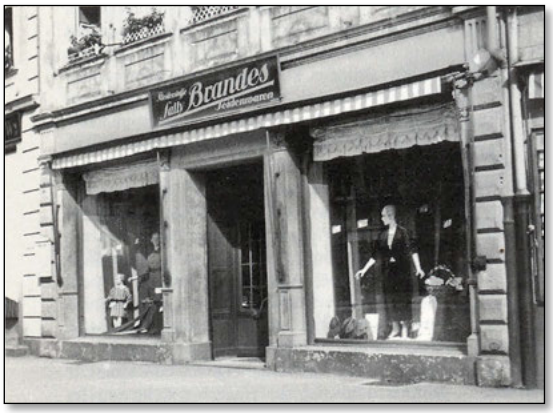


Gedenkstätte Riga-Rumbula im Jahr 2002

27. November 1941:
Von Bamberg ins Ghetto Riga und die Lager Jungfernhof und Salaspils

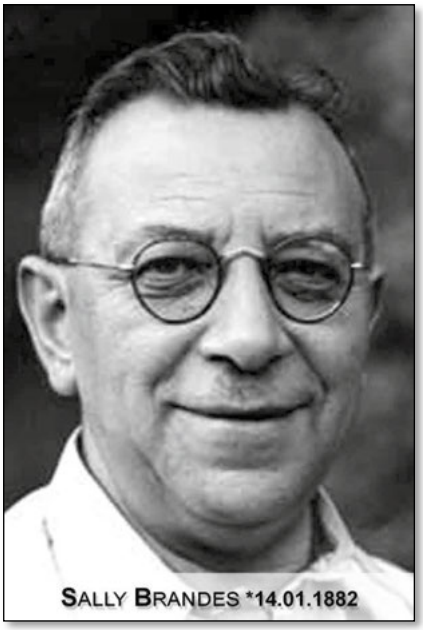
Sally Brandes kam am 4. Januar 1882 in Rotenburg an der Fuldfa auf die Welt, als jüngstes von sieben Kindern der Eheleute Hirsch und Hanna Brandes, die Am Rasen (jetzt Neustadtstraße) ein Textilgeschäft führten.
Nach verschiedenen Zwischenstationen kam er 1913 nach Bamberg, wo er die aus Bayreuth stammende Bertha Herzstein heiratete und am Langen Markt 4 (später Grüner Markt 15) ein Fachgeschäft für wollene und seidene Stoffe gründete, das er bis zum Zwangsverkauf im November 1938 führte.







oben: *Verlobung Sallys mit Bertha Herzstein 1913*.
Mitte: *Ladenfront des Stoffgeschäfts Brandes, Grüner Markt 4 in Bamberg.*
unten: *Annonce des Ariseurs des Geschäfts 28.1.1939.*



Porträtfoto von Sally Brandes in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg an der Fulda

Sally Brandes war nicht nur als Textilhändler erfolgreich, sondern bekleidete als stellvertretender Vorsitzender der Bamberger Synagogengemeinde wie auch von deren Synagogenchor wichtige Positionen im jüdischen Gemeindeleben.
Am 17. November 1941 erhielten Sally und Bertha Brandes sowie weitere 119 Bamberger Jüdinnen und Juden die Nachricht, dass sie sich für den Abtransport aus ihrer Stadt zur Übernahme von „Ostsiedlungsstellen“ vorzubereiten hätten. (Hübschmann: 352)
Für die Transportkosten der 1010 am 29. November 1941 ab Nürnberg Deportierten verlangte die Gestapo pro Person 60 RM.
Nachdem die mit dem 1. Massentransport nach Riga Gekommenen im Wald von Rumbula erschossen worden waren, beförderte man die in den ersten Dezembertagen dort ankommenden Deportierten zunächst in das am Rigaer Stadtrand gelegene Gut Jungfernhof. Erst danach kamen sie direkt ins Rigaer Ghetto, dessen lettische Insassen zum größten Teil unmittelbar vorher ermordet worden waren. (Pohl 2003: 62)

Aus dem improvisierten Lager Jungfernhof datiert das letzte Lebenszeichen von Bertha Brandes. Sally Brandes dagegen schaffte man trotz seiner inzwischen 59 Jahre in die am Rande von Riga gelegene Ortschaft Salaspils zum Bau von Baracken für ein Polizeihaftlager. Dort verliert sich seine Spur. Wie lange Sally den in Salaspils herrschenden barbarischen Arbeits– und Lebensbedingungen trotzen konnte, wurde nicht bekannt.

7. Dezember 1941: Von Köln ins Ghetto Riga

Unter den 1009 „Mitreisenden“, die im Dezember 1941 von Köln nach Riga verschleppt wurden, war auch die Rotenburger **Familie Gans** (Schlossermeister **Willi Gans** mit seiner **Frau Paula, Tochter Ruth** und **Sohn Ernst**), die Rotenburg im Sommer 1936 hinter sich gelassen und in der Kölner Südstadt (Bonner Straße 33) eine Schlosserwerkstatt übernommen hatte.

Die am 7. Dezember 1941 aus Köln Deportierten waren die ersten deutschen Juden, die in das Rigaer Ghetto gelangten, nachdem in den Tagen davor die dort lebenden lettischen Juden mit größter Brutalität entfernt worden waren und die Spuren dieser Gewaltaktion noch auf Schritt und Tritt den Neuankömmlingen begegneten. Wohl aufgrund seiner Einsatzmöglichkeiten als Schlossermeister blieb Willi Gans bis ins Jahr 1944 am Leben, zuletzt war er als Zwangsarbeiter im Armeebekleidungsamt Mühlgraben eingesetzt, einer Außenstelle des Konzentrationslagers Riga-Kaiserwald.

Über Paulas weiteres Schicksal fehlen nähere Informationen. Ruth und Ernst Gans gehören zu den 87 Überlebenden des Transports vom 7. Dezember von Köln nach Riga. Sie waren die einzigen in die Konzentrationslager Deportierten, die für längere Zeit nach Rotenburg zurückkehrten. Sie scheiterten jedoch bei dem Versuch, in ihrer Heimatstadt wieder Fuß zu fassen und emigrierten deshalb im Juli 1946 in die USA.


Wir beklagen den Tod unserer lieben Eltern, Schwester, Schwager, Onkel und Tante

Willi und Paula Gans

geb. Rothschild
fr. Rotenburg (Fulda) und Köln am Rhein,
die Opfer der Nazis wurden.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Ruth Gans, Rotenburg (Fulda)
Ernst Gans, Aufenth. unb.
Willy Rothschild u. Frau
512 W. 180th St., N.Y.C.

Todesanzeige Willi und Paula Gans geb. Rothschild in der Wochenzeitung AUFBAU, August 1945.

9. Dezember 1941: Von Kassel ins Ghetto Riga

Der erste von drei Großtransporten aus dem Regierungsbezirk mit 1024 „Passagieren“ verließ den Kasseler Hauptbahnhof am 9. Dezember 1941.

Wie bereits knapp erwähnt, waren darunter auch **Paula Katzenstein** ebenso wie **Jeanette Werthan** mit ihrem **Sohn Theo**, die bis 1938 in Rotenburg ansässig gewesen und 1938 nach Kassel umgezogen waren, ferner das nach Eschwege gegangene Rotenburger **Ehepaar Theodor** und **Rosa Döllefeld** mit ihrer **Tochter Dina.**


Paula Katzenstein *09.01.1891


Theodor Werthan *14.06.1926


Jeanette Werthan geb. Goldschmidt *07.11.1885

Porträts von am 9. Dezember von Kassel aus deportierten Rotenburger Juden in der Fotogalerie im Jüdischen Museum in Rotenburg a.d.F.

Was Bebra angeht, gehörten **Max Moses Levi** und seine **Frau Hedwig** deshalb zu den am 9. Dezember 1941 Deportierten, weil sie sich zu Jahresanfang 1938 nach Fulda verändert hatten.

Unter den am 9. Dezember 1941 von Kassel nach Riga verschleppten Menschen war auch die sechsköpfige **Familie Löwenberg** aus Fulda, die 1938 von ihrem Heimatort Schenklengsfeld zugezogen war. Deren 1928 geborener **Sohn Martin**, der mehrere Konzentrationslager überlebte, berichtete nach dem Krieg darüber, wie die Deportierten nach viertägiger Bahnfahrt in bitterster Kälte vom Zielbahnhof Riga-Skirotava viele Kilometer über Eis und Schnee sich in den Rigaer Ghettobezirk schleppen mussten. Für alle schockierend war es, dass sie dabei auf gefrorenes Blut stießen, „*was, wie wir später erfuhren, von den früheren Bewohnern des Ghettos stammte.*“

Martin Löwenberg weiter: „*Unsere sechsköpfige Familie musste mit einem anderen Ehepaar in einem Raum ohne fließendes Wasser und Toilette leben. Die früheren Bewohner hatten Essen offenbar liegen gelassen, als sie plötzlich zusammengetrieben wurden. Der Raum war voller Ratten, Bettwanzen, Flöhe und Schaben. Für uns gab es wochenlang keine Verpflegung. …*

Wir mussten mit all dem, was ich zusammen mit anderen kleinen Jungen in den Kellern leerstehender Häuser auftreiben konnte, zum Beispiel gefrorene Karotten oder Kartoffeln, auskommen.“

Ein weiteres authentisches Zeugnis des Leidensweges der im Dezember 1941 deportierten hessischen Jüdinnen und Juden liegt in Form eines ausführlichen Briefes vor, den die Hünfelder Jüdin Lilly Strauß, eine der wenigen Überlebenden, 1945 von Schweden aus an ihre Verwandten schickte:

„Unsere Waggons waren trotz der wahnsinnigen Kälte nicht geheizt. Durst hatten wir, dass uns die Zunge am Gaumen klebte. Zu essen hatten wir nur die Brote, die wir noch von zu Hause bei uns hatten. Es gab Kranke in den Waggons, aber einen Arzt hatten wir nicht. …

Unser Zug von etwa 1000 Menschen lief dann ca. zwei Stunden nach dem Ghetto. Viele warfen unterwegs unter dem Druck der Last noch von ihrem Gepäck fort. …

Im Ghetto boten sich uns grauenhafte Bilder. … Wir sahen noch die Blutlachen, die Tische waren zum Teil noch gedeckt. Man sah, dass die Menschen ganz plötzlich aus dem Leben herausgerissen waren. …

Ihr könnt Euch denken, mit welchem Entsetzen und Angstgefühlen wir dies alles in uns aufnahmen. … Täglich rechneten wir auch mit einer solchen Aktion, denn jetzt erkannten wir, dass wir zu diesem Zwecke nach dem Osten geschafft wurden. Nur der damaligen Kriegslage können wir es verdanken, dass wir noch am Leben sind. Riga wurde die Zentrale der Frontlieferungen für den Osten, und so fanden viele von uns dort Beschäftigung. Allerdings, die nicht Arbeitsfähigen brachte man auf andere Weise ums Leben.

Man suchte Menschen beim Appell aus, die unter dem Vorwand, anderweitig zu arbeiten, fortkamen. So verschwanden die Menschen, und niemals sah oder hörte man wieder etwas von ihnen.“ (Zit. n. Sternberg-Siebert 2001: 253f.)



Ghetto Riga, Eingang (Deutsche Kriegsgräberfürsorge)

11. Dezember 1941: Von Krefeld ins Ghetto Riga

Zur Erinnerung: Am 9. Dezember 1941 hatte die erste Massendeportation nordhessischer Juden aus Kassel stattgefunden. Zwei Tage danach, am 11. Dezember 1941, schlug die Abschiedsstunde für **Hans**, **Gretel** und **Margit Goldschmidt** in Krefeld.

Gretel Goldschmidt, die in Rotenburg aufgewachsene Tochter von Max Moses und Johanna Brandes, war durch die Eheschließung mit Hans Goldschmidt an den Niederrhein gekommen.

Während Hans Goldschmidt einen gewaltsamen Tod in Riga-Salaspils fand, endete das Leben von Gretel und ihrer 1931 geborenen Tochter Margit 1944 im KZ Stutthof bei Danzig.

Rede von Gretel Brandes-Aumann, Nichte von Gretel Brandes-Goldschmidt, anlässlich der Stolpersteinverlegung für Gretel und Margit Goldschmidt am 7. November 2013 in Rotenburg an der Fulda:

„Wie kann man den kaltblütigen Mord an 6 Millionen unschuldigen Menschen begreifen? Man kann es nicht. Niemals!

Wie kann man die tragischen Umstände von jedem einzelnen dieser Individuen und die Auswirkungen auf die Hinterbliebenen ermessen? Man kann es nicht.

Wir alle stehen heute hier als ein direktes Resultat des Verlustes von zwei geliebten Familienmitgliedern. Bloß zwei!

Persönlich wäre ich heute nicht hier, wäre es nicht wegen des Verlusts von Gretel Brandes-Goldschmidt und ihrer Tochter Margit.

Ich bin Gretels Namensschwester, und in diesem Sinne lebt die Erinnerung an sie in meinem Namen fort.

Die heute gelegten Stolpersteine vor dem Geburtshaus von Gretel und dem Ort, an dem die beiden den größten Teil ihres kurzen Lebens verbrachten, halten die Erinnerung an zwei unschuldige Opfer in Ehren.

Sie wurden zur falschen Zeit, am falschen Platz, und vor allem mit dem falschen Glauben in diese Welt geboren.

Die landesweiten Pogrome der sogenannten Kristallnacht vom 9. November hatten ihren Anfang hier in Hessen am 7. November 1938, mit schrecklichen Auswirkungen und tragischen Konsequenzen für die jüdischen Mitbürger Rotenburgs, und natürlich für die gesamten jüdischen Bürger in Deutschland, Europa und der Welt.

Anständige, rechtschaffene und patriotische deutsche Bürger wurden gedemütigt, entrechtet und ihrer Würde beraubt.

Einige, wie mein Vater, seine Eltern und zwei Brüder hatten Glück und konnten entfliehen.

Verstreut in fremde Länder, wo eine Anpassung an fremde Kultur und Sprache erforderlich war. Die Mehrheit war leider nicht so glücklich und bezahlte ihr falsches Vertrauen ins Vaterland mit ihrem Leben.

Wir stehen hier, genau 75 Jahre nachdem hier der Anfang einer systematischen Rassenverfolgung stattfand, und ehren das Leben dieser beiden Rotenburgerinnen, die Schwester und Nichte meines Vaters Kurt Brandes.

Diese furchtbaren Geschehnisse können nicht rückgängig gemacht werden. Natürlich nicht!

Aber es ist den großen Anstrengungen, dem Mitgefühl und den sorgfältigen Bemühungen von rechtschaffenen Menschen wie Dr. Heinrich Nuhn und Gunter Demnig zu verdanken, dass die Erhaltung der Erinnerung an all die Millionen, deren Träume und Hoffnungen zerstört wurden, erhalten bleibt, und wir heute hier zu einer gewissen Ruhe finden können.

Vor dem Elternhaus meines Vaters in der Neustadtstraße zu stehen, wo er mit seinen Freunden den Fußball kickte, von seiner Mutter zum Abendessen gerufen wurde, wo er auf den Kastanienbaum kletterte, der heute noch hier steht, und sich auf den selben Pflastersteinen bewegte, fühle ich einerseits eine große Traurigkeit.

Andererseits gibt es mir Trost, dass den Menschen, die hier ein Leben in Fleiß, Ehrlichkeit und Hoffnung führten, physische und geistige Würdigung zuteil wird.

Ich verspüre den Trost, dass ihre Existenz niemals in Vergessenheit gerät und ihre Leiden wahrgenommen und gewürdigt werden. Ich bedanke mich bei Ihnen allen, dass Sie dieses Zeichen der Erinnerung heute ermöglicht haben.“





(linke Spalte)
Margarete Gretel Goldschmidt im Sommer 1938 in Rotenburg in der Nähe ihres Elternhauses.

(rechte Spalte)
Stolperstein für Margarete Gretel Goldschmidt geb. Brandes, verlegt am 7. Nov. 2013 vor dem Haus Neustadtstraße 1 (ehemals Am Rasen).





(linke Spalte)
Margit Goldschmidt im Sommer 1938 in Rotenburg in der Nähe des Hauses Brandes, Neustadtstr. 1 (ehem. Am Rasen).

(rechte Spalte)
Stolperstein für Margit Goldschmidt, verlegt am 7. Nov. 2013 vor dem Haus Neustadtstraße 1 (ehemals Am Rasen).



Stolpersteine gegen das Vergessen verlegt

7. November: Zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome finden in Bebra und in Rotenburg Gedenkveranstaltungen statt. Vor dem Haus Neustadtstraße 1 in Rotenburg verlegen Angehörige der von den Nazis verfolgten Jüdinnen Gretel Goldschmidt und ihrer Tochter Margit Stolpersteine. Die beiden Frauen waren 1944 ins KZ Stutthof gebracht worden, dort verlor sich ihre Spur. Auf dem Bild zu sehen sind Lisa und Mike Mendelow, Angehörige von Margit Goldschmidt. Mittlerweile gibt es 54 Stolpersteine im Stadtgebiet, die an die ehemaligen Mitbewohner erinnern. Archiv-Foto: Hörcher

Bericht der HNA Rotenburg/Bebra über die Stolpersteinverlegung am 7. November 2013 (Ausschnitt).

21. Januar 1942: Von Leipzig ins Ghetto Riga

Am 21. Januar 1942, dem Tag nach der berüchtigten Konferenz am Wannsee in Berlin-Wannsee, schlug die Abschiedsstunde für **Paula Flörsheim** aus Leipzig, wohin sich sie und ihr Ehemann **Julius Flörsheim** mit **Sohn Hans** und **Tochter Edith i**m Sommer 1933 aus Rotenburg verändert hatten.

Julius musste seine letzte Lebenszeit hinter Gittern verbringen; am 25. Juli 1941 hatte man ihn im KZ Sachsenhausen eingesperrt, wo er am 10. Dezember umgebracht wurde.

Sohn Hans hatten die Eltern 1936 zu Verwandten in die Niederlande gegeben, seinen Weg von dort durch Frankreich und Spanien ins damalige Palästina hat er in einem Buch dokumentiert. Flörsheims Tochter Edith kam 1939 in einem sog. Kindertransport nach England.

Paula Flörsheim kam im November 1943 in das Konzentrationslager Riga-Kaiserwald, das im Juni 1943 nach Auflösung des Rigaer Ghettos eingerichtet worden war. Von hier aus wurde sie als Zwangsarbeiterin bei der Produktion elektrischer Geräte für Großfirmen der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt. Die Gefangenen litten massiv unter Hunger, Kälte und Misshandlungen.

„Auch hier verhöhnte man die Menschen auf jegliche Art und Weise, zwang sie, ‚Turnübungen' zu machen: hinlegen, aufstehen, Hocksprünge machen, kriechen, sich hinsetzen, und das alles zehnmal und mehr hintereinander. Viele Häftlinge starben bei den ‚nächtlichen Alarmen', wenn sie auf das Signal hin in nur wenigen Minuten vor den Baracken in Reih und Glied antreten mußten. In diesem Augenblick schlugen die Kapos (Aufseher) in der Dunkelheit mit Knüppeln zu, andere erwarteten die Häftlinge hinter der Tür und erschlugen sie auf grausame Art. … Die Häftlinge in Kaiserwald wurden in halbvermoderte Lumpen gekleidet, … Allen waren die Haare abrasiert worden, auch den Frauen." (Vestermanis 1996: 70)

Als im Juli 1944 die sowjetische Armee im Anmarsch war, begann die Räumung des Lagers. Die noch arbeitsfähigen jüngeren Häftlinge wurden vor den anrückenden Truppen der Roten Armee evakuiert, viele kamen übers Meer ins Lager Stutthof bei Danzig. Die arbeitsunfähig gewordenen Häftlinge wurden vor Ort getötet – so auch Paula Flörsheim. 2005 ließen Julius und Paula Flörsheims Kinder Hans/Chanan und Edith den Grabstein ihrer Großmutter Nanny Katzenstein in Rotenburg erneuern und auf ihm die Namen ihrer ermordeten Eltern eintragen – mit dem zusätzlichen Text: *Zum Gedächtnis unserer während der Nazizeit ermordeten Eltern.*




Julius Flörsheim *07.12.1883


Paula Flörsheim geb. Katzenstein *09.11.1889


Hans Flörsheim *02.04.1923


Edith Flörsheim verh. Williams *07.01.1925

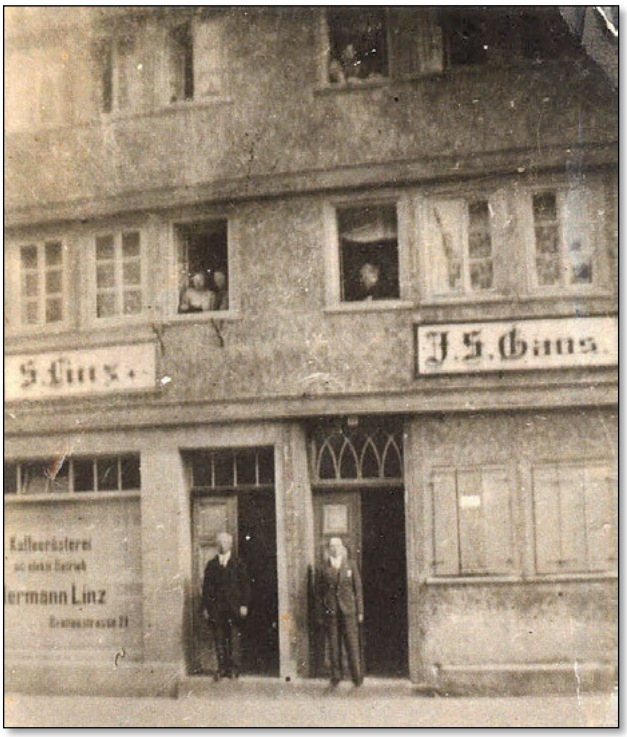
27. Januar 1942: Von Dortmund ins Ghetto Riga

Moritz Linz war der am 8. Oktober 1887 geborene Sohn von Susmann Geisel Linz und dessen zweite Frau Sarah geb. Frank aus Großropperhausen. Moritz Linz‘ Wiege stand in dem Haus Nr. 19 in Rotenburgs Breitenstraße. In den 1920er Jahren hatte Moritz Linz Rotenburg verlassen und sich in Dortmund niedergelassen.

Nach den Novemberpogromen 1938 war er in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt worden, wo er bis zum 7. Dezember 1938 eingesperrt war. Drei Jahre später wurde er abermals deportiert, diesmal gab es keine Rückkehr.

Vom Ghetto Riga führte Moritz Linz‘ Weg 1942 ins Konzentrationslager Mauthausen, wo er nach kurzem Aufenthalt am 9. November 1942 verstarb.

Auch Moritz‘ Bruder Sally Linz war nach Dortmund gegangen. Näheres über seine Lebensumstände wurde nicht bekannt, wohl aber, dass er im November 1939 in der Ruhr tot aufgefunden wurde.



Moritz Linz‘ Wiege stand in dem Haus Breitenstraße 19, sein älterer Bruder Hermann hatte dort 1930 eine Kaffeerösterei eingerichtet.
Die Geschäfts– und Wohnräume im Haus Linz wurden bei den antijüdischen Krawallen im November 1938 brutal zerstört.

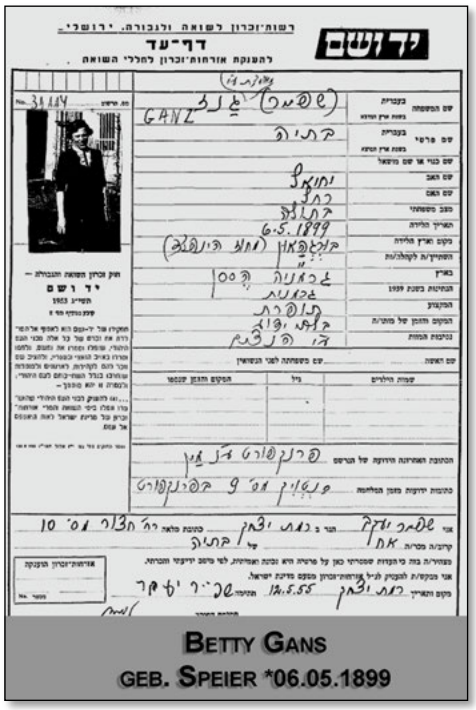
24. März 1942 Von Darmstadt ins Ghetto Piaski

Der zeitlich nächste Deportationstermin für eine jüdische Person mit dem Heimatort Rotenburg oder Bebra war der 24. März 1942, als genau 1.000 jüdische Opfer aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen in das Ghetto Piaski, ca. 25 km südöstlich von Lublin, verschleppt wurden. Zentraler Abfahrtsort war der Güterbahnhof in Darmstadt.

Unklar ist, warum **Betty Gans-Speier** dazu zählte, da von ihr keine Adresse außerhalb Frankfurts bekannt geworden ist. Nach ihrem Weggang aus Rotenburg am 2. Dezember 1938 - zusammen mit ihrer Tante und Adoptivmutter Jettchen Gans - hatte sie eine Unterkunft in der Webergasse 7 in Frankfurt gefunden.

Bekannt wurde, dass sie über zwei Jahre, vom 21. Oktober 1939 bis zum 25. November 1941, im 8. Polizeirevier in Frankfurt inhaftiert war; Hinweise auf die ihr gegenüber gemachten Anschuldigungen sind nicht zu finden.

Auch das Gedenkbuch des Bundesarchivs gibt keine Auskunft, sondern vermerkt nur Bettys Deportationstermin. Soweit die nach Piaski verschleppten Menschen den Hunger und die unhaltbaren hygienischen Zustände überlebten, wurden sie noch im Laufe des Jahres 1942 in die Vernichtungslager Belzec und Sobibór überführt, sodass das Mordschicksal von Betty Gans zweifelsfrei ist.



Meldekarte betr. Betty Gans-Speier aus Yad Vashem/Israel, in einer Bearbeitung als Exponat im Jüdischen Museum Rotenburg/Fulda.

31. März 1942: Von Hannover ins Ghetto von Warschau



Der 31. März 1942 war der Tag für die Verschleppung von **Johanna Gans**, ehemals wohnhaft in Rotenburg, Brotgasse 6. Johanna war bis Jahresende 1938 zusammen mit ihrer Mutter Hedwig Gans in Rotenburg geblieben. In Göttingen hatten die beiden Frauen zunächst Aufnahme in der Familie von Johannas Schwester Rosa gefunden, ehe sie im Mai 1939 in das jüdische Gemeindehaus in der Weender Landstraße eingewiesen wurden. Hier starb die Mutter am 6. April 1942. Der Vater, Cappel Gans, war am 27. September 1938 noch in Rotenburg verstorben; er war der Letzte, der auf dem Rotenburger jüdischen Friedhof bestattet wurde.

Johanna Gans wurde in der letzten Märzwoche 1942 von Göttingen nach Hannover-Ahlem verfrachtet. Die dortige israelitische Gartenbauschule war zur zentralen Sammelstelle für die Verschleppung der jüdischen Männer, Frauen und Kinder aus den damaligen Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim geworden.

Über den Bahnhof Fischerdorf führte Johannas Weg am 31. März 1942 ins Ghetto Warschau. Es ist nicht bekannt, ob Johannas Leben in Warschau endete oder ob sie den Tod in einer der Gaskammern im Vernichtungslager Treblinka erlitt, wohin ab Juli 1942 aus Warschau „umgesiedelt“ wurde.

Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der das Ghetto Warschau zusammen mit seiner Frau überlebt hat, berichtet in seiner Autobiografie (1999: 212): *„Man traf ihn im Getto auf Schritt und Tritt – den Tod. Am Straßenrand lagen, vor allem in den Morgenstunden, die mit alten Zeitungen nur dürftig bedeckten Leichen jener, die an Entkräftung oder Hunger oder Typhus gestorben waren und für deren Beerdigung niemand die Kosten tragen wollte.“*

30. April 1942: Von Bochum ins Ghetto Zamosc

Moritz Lindau, geboren am 21. Januar 1877, ging schon als junger Mann aus Bebra weg, um sich in Bochum niederzulassen. Dort war er geschäftlich außerordentlich erfolgreich. Er führte in der Alleestraße 12 in Bochums Innenstadt ein Bettengeschäft. Aus dem Ersten Weltkrieg kehrte er als hoch dekorierter Frontsoldat zurück.

Den Bochumern ist er aber in erster Linie als großzügiger Sponsor des Bochumer Radfahrerclubs bedeutsam. Im Radsportverein Sturmvogel 04 war er von dessen Gründung 1904 bis 1910 der 1. Vorsitzende. Den Vorsitz hatte er auch im „Verein Radrennbahn Bochum“ inne, als solcher eröffnete er im Sommer 1924 die Radrennbahn an der Hattinger Straße.

Seine Stellung als erfolgreicher und angesehener Bürger Bochums machte Moritz Lindau lange Zeit blind für die Bedrohung durch die NS-Machthaber. Als er dann 1938/39 erkannte, welches Schicksal ihm bevorstand, versuchte er über Brüssel zu seinen bereits in den USA weilenden Söhnen zu kommen. Beim Versuch, die belgische Grenze zu überschreiten, wurde er geschnappt und in Bochum eingesperrt.

Von Bochum aus mussten er und seine Frau Alma (eine geborene Watermann aus Ostfriesland) im April 1942 den Weg in das Ghetto Zamosc im Bezirk Lublin in Ostpolen antreten. Am 16. Oktober 1942 begann die dreitägige Auflösung des Ghettos, gleichbedeutend mit der Überführung der Ghettobewohner in die Mordstätten Sobibór und Belzec, in deren Gaskammern ihr Leben ausgelöscht wurde, so auch das von Moritz und seiner Frau Alma geb. Watermann.



Moritz Lindaus Führerschein, erworben in Bochum am 15. November 1929.

9./10. Mai 1942: Von Eisenach und Erfurt ins Ghetto Belzyce

Genaue Informationen liegen vor zur Deportation am 9. Mai 1942 von 58 in Eisenach wohnenden jüdischen Menschen, darunter die Familie von **Julius** und **Elsa Rothfels** mit ihrem **Sohn Werner** (Jg. 1926) und ihrer **Tochter Rosel** (Jg. 1929).

Julius Rothfels war das älteste Kind von Meier und Amalie Rothfels, die beide am 6. Mai 1935 in Bebra verstorben waren; es fällt schwer, sich einen natürlichen Tod der beiden vorzustellen.

Als Julius am 3. Februar 1885 auf die Welt kam, lebten die Eltern noch in Ronshausen; der Umzug nach Bebra (Nürnberger Straße 58) erfolgte 1895.

Im März 1924 hatte Julius Rothfels die zehn Jahre jüngere Elsa Fackenheim geheiratet, die jüngste Tochter von Isidor und Rosa Fackenheim, die bis 1934 in der Nürnberger Straße 17 in Bebra einen Hotel- und Gaststättenbetrieb geführt hatten.

Im Dezember 1936 waren Julius und Elsa Rothfels mit ihren beiden Kindern in das nahe Eisenach gegangen, wohl in der stillen Hoffnung, in der größeren Stadt als jüdische Familie unter geringerer Bedrängnis leben zu können.

Am Jakobsplan 7 konnten sie ein Textilgeschäft übernehmen, das dann bei den Novemberpogromen 1938 aber zum ersten zerstörten Laden jüdischer Besitzer am Ort wurde. (Brunner 2003: 162)

Am 9. Mai 1942 schlug dann ihre Abschiedsstunde in Eisenach, ihre letzte Reise führte sie ins Ghetto Belzyce, 20 km südwestlich von Lublin.

Die erste Sammelstation von Eisenach aus war Weimar, wo die Deportierten für eine Nacht im ehemaligen Marstall eingesperrt wurden. Gegen 11 Uhr war der Personenzug in Eisenach am 9. Mai 1942 gestartet, am 12. Mai 1942 erreichte er sein Ziel im Distrikt Lublin.

In Erfurt waren Julius' jüngere Schwester **Ida Gelfand** und deren Tochter **Margot** dazugekommen. Idas Ehemann Julius hatte sich im Mai 1939 nach Shanghai retten können. (Hoschek 2013: 152)

Nicht bekannt wurde, ob die vier Mitglieder der Familie Rothfels im Ghetto Belzyce oder in den „reinen" Vernichtungsstätten Treblinka, Belzec oder Sobibór ihr Leben verloren.

Bei den arbeitsfähigen Juden sollte dies durch schwere Arbeit bei Hungerportionen geschehen, bei den anderen durch Erschießung oder Vergasung. (Brunner 2003: 180; 240)



Julius Rothfels (1885- 1942)



Elsa Rothfels geb. Fackenheim (1895-1942)



Werner Rothfels (1926-1942)



Start von 58 jüdischen Menschen zum Abtransport vom Bahnhof in Eisenach am 9. Mai 1942.

1. Juni 1942: Von Halle ins Vernichtungslager Sobibór

Frieda Apfel-Redelmeyer war die am 5. Juli 1890 in Bebra geborene Tochter von Bernhard und Lina Apfel. Durch ihre Eheschließung im Juni 1912 mit dem Getreide- und Futtermittelhändler Moritz Redelmeyer war sie nach Halle an der Saale gekommen.

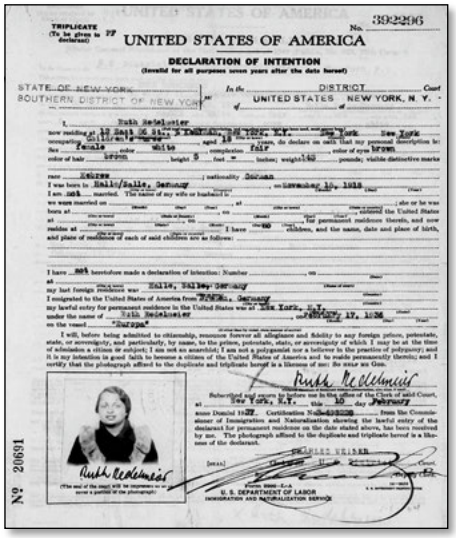
Nachdem die nationalsozialistischen Rassegesetze vom September 1935 Juden und „Ariern“ verboten hatten, unter einem Dach zu wohnen, mussten Moritz und Frieda Redelmeyer ihre Wohnung in der Kohlschütterstraße 7 verlassen und zwangsweise in ein sogenanntes „Judenhaus“, Hindenburgstraße 34 (heute Magdeburger Straße 7) ziehen, wo Moritz R. am 4. Februar 1937, 54-jährig, starb.

Frieda wurde am 1. Juni 1942 gemeinsam mit 154 weiteren Hallenser Jüdinnen und Juden in das Vernichtungslager Sobibór im Bezirk Lublin deportiert und dort am 3. Juni 1942 unmittelbar nach der Ankunft ins Gas geschickt.

Ob Frieda auf dem Weg nach Sobibór mitbekommen hatte, dass auch acht jüdische Menschen aus ihrer Heimatstadt im gleichen Zug wie sie selbst saßen? Die Wahrscheinlichkeit ist gering.

Die beiden Töchter der Redelmeyers entgingen der Vernichtung. Tochter Ruth (geb. 1918) gelang im Februar 1936 die Ausreise in die USA, Tochter Margot (geb. 1913) folgte der jüngeren Schwester im Mai 1939.

Bereits im Februar 1937 bewarb sich Ruth um die US-Staatsbürgerschaft, 1977 informierte sie die Jerusalemer Erinnerungsstelle Yad Vashem über das Holocaustschicksal ihrer Mutter.



TRIPLICATE (To be given to declarant) — No. 392296

UNITED STATES OF AMERICA

DECLARATION OF INTENTION

(Invalid for all purposes seven years after the date hereof)

STATE OF NEW YORK, SOUTHERN DISTRICT OF NEW YORK ss: — In the DISTRICT Court of the UNITED STATES, NEW YORK, N. Y.

I, Ruth Redelmeier, now residing at 10 East 96 St., N.Y.C., N.Y., New York, New York, occupation, Milliner, aged 18 years, do declare on oath that my personal description is: Sex Female, color White, complexion Fair, color of eyes Brown, color of hair Brown, height 5 feet ∞ inches, weight 140 pounds; visible distinctive marks None; race Hebrew; nationality German.

I was born in Halle/Saale, Germany on November 10, 1918.

I am not married. The name of my wife or husband is ____; she or he was born at ____ on ____; we were married on ____ at ____.

I have not heretofore resided in the United States; I have resided in the United States since February 17, 1936.

I have not heretofore made a declaration of intention: Number ____ at ____.

My last foreign residence was Halle, Saale, Germany.

I emigrated to the United States of America from Halle, Germany.

My lawful entry for permanent residence in the United States was at New York, N.Y. on February 17, 1936 under the name of Ruth Redelmeier.

On the vessel "Europa".

I will, before being admitted to citizenship, renounce forever all allegiance and fidelity to any foreign prince, potentate, state, or sovereignty, and particularly, by name, to the prince, potentate, state, or sovereignty of which I may be at the time of admission a citizen or subject; I am not an anarchist; I am not a polygamist nor a believer in the practice of polygamy; and it is my intention in good faith to become a citizen of the United States of America and to reside permanently therein; and I certify that the photograph affixed to the duplicate and triplicate hereof is a likeness of me: So help me God.

Ruth Redelmeier

Subscribed and sworn to before me in the Office of the Clerk of said Court, at New York, N.Y., this ____ day of February ____

anno Domini 1937. Certificate No. 5-43209 from the Commissioner of Immigration and Naturalization showing the lawful entry of the declarant for permanent residence on the date stated above, has been received by me. The photograph affixed to the duplicate and triplicate hereof is a likeness of the declarant.

ROBERT GRIESER, Clerk of the District Court

[SEAL]

U. S. DEPARTMENT OF LABOR, IMMIGRATION AND NATURALIZATION SERVICE

Form 2000—5-6

(The seal of the court will be impressed on or over a portion of the photograph)

No. 20691

Antrag von Ruth Redelmeyer, Tochter von Frieda Apfel-Redelmeyer auf Einbürgerung in die USA vom Februar 1937.







oben: *Elternhaus von Frieda Apfel-Redelmeyer in Bebra, Nürnberger Straße 39 (ca. 1910).*

Mitte: *Wohnhaus der Familie Redelmeyer in Halle, Kohlschütterstr. 7.*

15. Juli 1942: Von Hamburg ins Ghetto Theresienstadt

2490 jüdische Menschen waren es, die am 15. Juli 1942 von Hamburg aus ins Ghetto Theresienstadt verschleppt wurden, darunter auch die aus Rotenburg stammende **Julie Linz** und ihr Ehemann **Alfred Hochfeld**, der in Höxter aufgewachsen war. Julies Elternhaus stand in der Lindenstraße Nr. 18, wo sie am 27. Dezember 1880 auf die Welt gekommen war, als Tochter von Meier Linz und Rachel geb. Rosenblatt.

Julies Ehemann Alfred Hochfeld hatte seinen Beruf als Schlachter bis 1925 mit einem eigenen Ladengeschäft in der Banksstraße in Hamburg-Mitte betrieben. Danach hatte er, bis zu dessen Emigration 1938, im Möbelgeschäft seines Bruders Julius gearbeitet.

Die letzten Jahre in Hamburg lebten Alfred und Julie Hochfeld in bitterer Armut, 1939 wurde das Ehepaar gezwungen, in das „Judenhaus“ Kleiner Schäferkamp 32 zu ziehen.

Nach knapp zwei Jahren im Ghetto Theresienstadt führte ihr Weg in die Vernichtung nach Auschwitz. Ihr Sohn Hans-Joachim, der sich 1936 zur Beendigung seines Jurastudiums gezwungen sah, verdankt sein Überleben dem mutigen Agieren von Aracy de Carvelho, die als deutsch-brasilianische Konsulatsangestellte mit großem persönlichen Risiko einer größeren Zahl jüdischer Menschen Einreisepapiere für Brasilien besorgte.

Insgesamt weiteren 80 Hamburger Verfolgten soll sie zum Entkommen aus Hitlers Machtbereich verholfen haben, was 1982 zu ihrer Ehrung als „Gerechte unter den Völkern“ führte.

Mit diesem Titel zeichnet der Staat Israel diejenigen aus, die während des Holocaust verfolgten Juden halfen.

Mit dem Dokudrama „Aracy – Der Engel von Hamburg“ wurde Hans Hochfelds Retterin am 8. Juni 2023 auf *Arte-TV* gewürdigt.



links: Alfred Hochfeld und Ehefrau Julie geb. Linz; rechts deren Sohn Hans-Joachim Hochfeld (daneben dessen Hechaluz-Ausweis mit dem Ausstellungsdatum 27.03.1935.

unten: Elternhaus von Julie Linz, Lindenstr. 18 (Haus links), Foto von Hans Hochfeld bei einem Besuch 1980.



Johanna Döllefeld-Wehl ca. 1900.

Johanna Döllefeld-Wehl war am 23. Oktober 1869 als 4. Kind von Isaak und Deubchen Döllefeld in Rotenburg-Lispenhausen auf die Welt gekommen.

1905 heiratete sie den Hamburger Kaufmann Hermann Wehl. Im Jahr der Eheschließung gründeten die beiden in der Marktstraße 11 in Einbeck ein Spezialgeschäft für Herren- und Knabengarderobe sowie Schuhwaren.

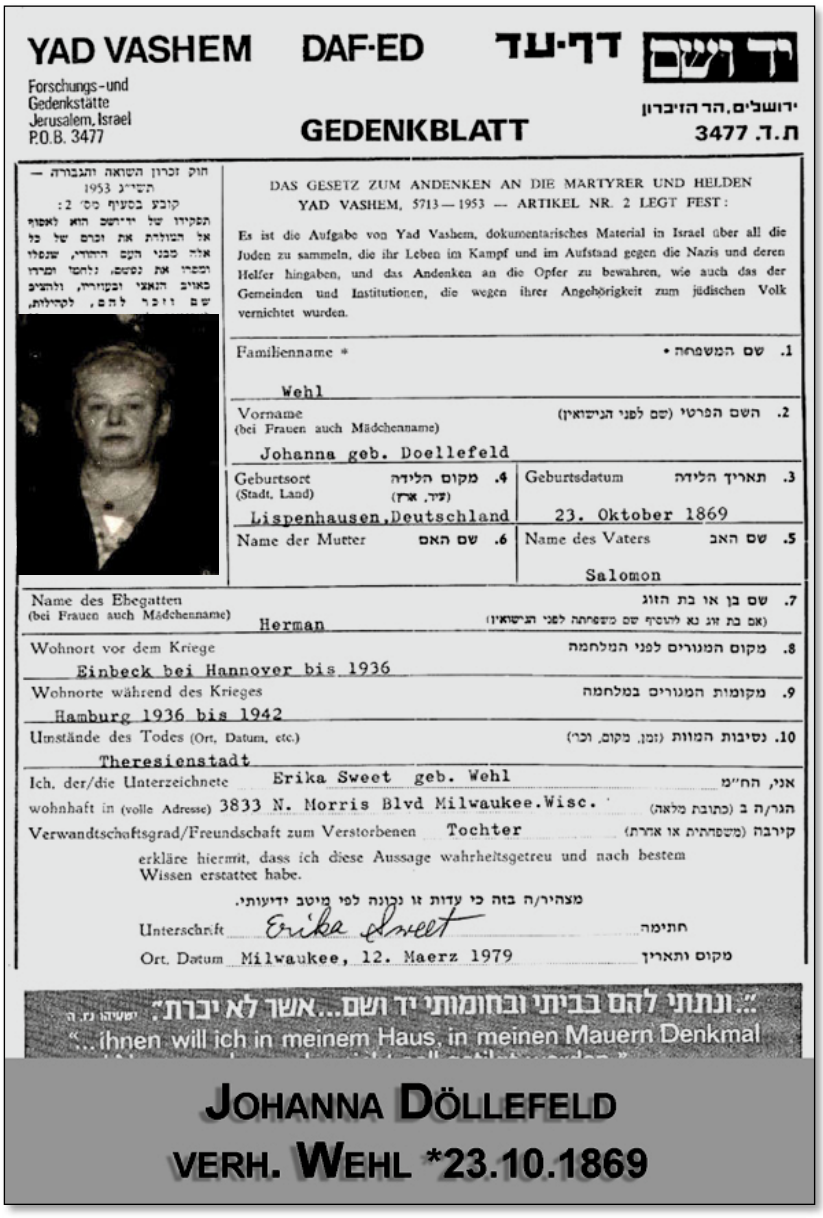
Veranlasst durch den von der örtlichen SA betriebenen Boykott ihres Geschäftes und nach massiven Verunglimpfungen ihrer Familie, zu der auch die Töchter Helma (geb. 1907) und Erika (geb. 1911) gehörten, verließ die Familie 1936 das kleinstädtische Einbeck, um Zuflucht in der Anonymität der Großstadt Hamburg, Hermann Wehls Heimatstadt, zu suchen; eine trügerische Hoffnung, wie sich zeigen sollte.

Das letzte Jahr vor ihrer Deportation mussten Hermann und Johanna Wehl in dem Zwangsquartier Agathenstraße 3 („Judenhaus“) in Hamburg-Eimsbüttel verbringen: Vor allem in den größeren Städten wurden die jüdischen Bürger ab 1939 aus ihren Wohnungen vertrieben und bis zu ihrer Deportation auf engstem Wohnraum zusammengepfercht, ehe sie zusammengetrieben und verschleppt wurden.

Johanna und Hermann Wehls Abschiedsstunde schlug am Morgen des 15. Juli 1942, als sie zusammen mit 924 anderen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen der Sonderzüge nach Theresienstadt besteigen musste.

Während Johanna den fürchterlichen Lebensbedingungen im Ghetto Theresienstadt nur ganze acht Wochen, bis zum 16. September 1942, gewachsen war, wurde das Leben ihres Ehemannes eine Woche später in den Gaskammern des Vernichtungslagers Treblinka gewaltsam ausgelöscht.

Während sich die Spur von Tochter Helma im KZ Stutthof bei Danzig verliert, konnte sich Tochter Erika im August 1938 in die USA retten. Aus Milwaukee lieferte Erika (verh. Sweet) am 12.03.1979 der Gedenkstätte YAD VASHEM die biografischen Daten zu ihrer Mutter.



YAD VASHEM DAF-ED דף-עד יד ושם

Forschungs-und Gedenkstätte Jerusalem, Israel P.O.B. 3477

ירושלים, הר הזיכרון ת.ד. 3477

GEDENKBLATT

חוק זכרון השואה והגבורה — תשי"ג 1953 קובע בסעיף סט' 2: תפקידו של יד ושם הוא לאסוף אל העדות את זכרם של כל אלה מבני העם היהודי, שנפלו ומסרו את נפשם, נלחמו ומרדו באויב הנאצי ובעזריו, ולהציב שם וזכר להם, לקהילות,

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MARTYRER UND HELDEN YAD VASHEM, 5713—1953 — ARTIKEL NR. 2 LEGT FEST:

Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben im Kampf und im Aufstand gegen die Nazis und deren Helfer hingaben, und das Andenken an die Opfer zu bewahren, wie auch das der Gemeinden und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden.

1. שם המשפחה * Familienname * Wehl

2. השם הפרטי (שם לפני הנישואין) Vorname (bei Frauen auch Mädchenname) Johanna geb. Doellefeld

3. תאריך הלידה Geburtsdatum 23. Oktober 1869

4. מקום הלידה (עיר, ארץ) Geburtsort (Stadt, Land) Lispenhausen, Deutschland

5. שם האב Name des Vaters Salomon

6. שם האם Name der Mutter

7. שם בן או בת הזוג Name des Ehegatten (bei Frauen auch Mädchenname) Herman

8. מקום המגורים לפני המלחמה Wohnort vor dem Kriege Einbeck bei Hannover bis 1936

9. מקומות המגורים במלחמה Wohnorte während des Krieges Hamburg 1936 bis 1942

10. נסיבות המוות (זמן, מקום, וכו') Umstände des Todes (Ort, Datum, etc.) Theresienstadt

אני, הח"מ Ich, der/die Unterzeichnete Erika Sweet geb. Wehl

הגר/ה ב (כתובת מלאה) wohnhaft in (volle Adresse) 3833 N. Morris Blvd Milwaukee.Wisc.

קירבה (משפחתית או אחרת) Verwandtschaftsgrad/Freundschaft zum Verstorbenen Tochter

erkläre hiermit, dass ich diese Aussage wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen erstattet habe.

מצהיר/ה בזה כי עדות זו נכונה לפי מיטב ידיעותי.

חתימה Unterschrift Erika Sweet

מקום ותאריך Ort, Datum Milwaukee, 12. Maerz 1979

„...ונתתי להם בביתי ובחומותי יד ושם...אשר לא יכרת" ישעיה נ"ו ה

"...ihnen will ich in meinem Haus, in meinen Mauern Denkmal

JOHANNA DÖLLEFELD VERH. WEHL *23.10.1869

Gedenkblatt für Johanna Wehl geb. Döllefeld der Gedenkstätte Yad Vashem/ Jerusalem (Überarbeitung als Exponat im Jüdischen Museum Rotenburg a.d.F.)

© Archiv Terezin

Rosa Flörsheim-Bauer kam am 14. April 1879 auf die Welt. Sie war das erste Kind von Bernhard und Karoline Flörsheim. Sie hatte vier jüngere Geschwister, die Brüder Willy, Julius und Joseph und die Schwester Frieda, die bereits als Kind verstarb. Willy fiel als Soldat im Ersten Weltkrieg.

Die Brüder Julius und Joseph übernahmen das elterliche Textil- und Manufakturwarengeschäft in Rotenburgs Lindenstraße.

Joseph engagierte sich als Sozialdemokrat im politischen Leben der Stadt und des Landkreises Rotenburg (u. a. als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher), sodass er sich nach der NS-Machtübernahme in besonderer Weise bedroht sehen musste. Ihm gelang jedoch die Flucht nach Südafrika, während Rosas Bruder Julius am 10. Dezember 1941 im KZ Sachsenhausen umkam - nach mehrfacher Verhaftung in den vorangegangenen Jahren: erstmals im Rahmen der „Sonderaktion“ im November 1938 und dann wegen angeblicher „Rassenschande“.

Am 8. Juli 1902 heiratete Rosa den aus Rendsburg stammenden Kaufmann Sally Bauer, im März des gleichen Jahres hatten sich die beiden verlobt (s. Anzeige). Allen vier Kindern aus dieser Ehe gelang nach 1933 die Ausreise nach Australien .

Sally Bauer führte bis 1930 in Hamburg einen Großhandel mit Trikotagen und Strumpfwaren, musste aber schon vor 1933 für sich und seine Frau Rosa öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen.

Sally Bauer starb am 10. Februar 1942, Rosa Bauer wurde am 15. Juli 1942 aus ihrer Wohnung im Samuel-Levy-Stift (Bundesstraße 35) zur Deportation ins Ghetto Theresienstadt abgeholt. Nach knapp zwei Jahren, am 15. Mai 1944, musste sie von dort den Weg in die Gaskammern von Auschwitz antreten.

Die Familie war auch nach dem Wegzug noch in guter Verbindung mit ihrer Heimatstadt geblieben. Im Juni 1921 trat Ella, die 1905 geborene ältere Tochter, bei der Firma Flörsheim in der Lindenstraße ihre Lehre an; im September 1930 kam Alice Bauer, die seinerzeit 18-jährige jüngere Tochter der Bauers, als Kindergärtnerin in die Fuldastadt.


(Statt besonderer Anzeige.)

Rosa Flörsheim

Sally Bauer

Verlobte.

Rotenburg a./F. Hamburg


Geschäfts-Eröffnung.

Am 1. Oktober eröffnen wir am hiesigen Platze in unserem elterlichen Hause

Lindenstrasse 157, I. Etage

ein

Manufaktur- u. Modewaren-Geschäft

verbunden mit

fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe,

sowie Anfertigung nach Maß.

Eingedenk unseres Grundsatzes, nur gute solide Waren zu trotzdem denkbar billigsten Preisen in den Verkehr zu bringen, bitten wir höflichst unser Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Im Voraus reellste und aufmerksamste Bedienung zusichernd, empfehlen wir uns

Hochachtend

Gebrüder Flörsheim.

Lindenstraße 157, I. Etage

Lindenstraße 157, I. Etage


Den Heldentod für's Vaterland starb im Feldlazarett am 14. März 1916 infolge schwerer Verwundung mein innigstgeliebter Mann, mein treusorgender, guter Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

der Kaufmann **Willi Flörsheim**

im Alter von 34 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Else Flörsheim.

Beileidsbesuche dankend verbeten.


Auf dem Felde der Ehre starb am 14. März unser Mitglied,

der Kaufmann

Willi Flörsheim.

Wir verlieren in ihm einen guten, treuen Kameraden, dessen Andenken bei uns nie vergessen wird.

Radfahrerverein „Viktoria“.



oben: *Verlobungsanzeige v. 9. März 1902 Annonce im Rotenburger Kreisblatt 1906.*

Mitte:*Todesanzeigen für Rosas Bruder Willi im Kreisblatt.*

unten: *Ehem. Wohn- u. Geschäftshaus Flörsheim in der Lindenstraße in Rotenburg im Jahr 2010.*

23. Juli 1942:
Von Hannover ins Ghetto Theresienstadt

Der 23. Juli 1942 war der Deportationstermin für **Karoline Piterson geb. Rosenthal** sowie **Rosalie Sommer** geb. **Joseph** (74) und deren Tochter **Wally Bertha Sommer** (44).
Es war der dritte und letzte große Transport älterer jüdischer Menschen aus Norddeutschland. Die Gartenbauschule in Hannover-Ahlem war wieder zentrale Sammelstelle für die zu Deportierenden. Die inzwischen 90-jährige Karoline Piterson geb. Rosenthal war die ältere Schwester von Hedwig Gans geb. Rosenthal, der Mutter von Schlossermeister Willi Gans.
Um ihre Person ranken sich wilde Abenteuergeschichten. Karoline hatte in ihren jungen Jahren Bekanntschaft mit einem schwedischen Kapitän gemacht und der Familiensaga nach sei sie mit diesem nach Amerika durchgebrannt. Viele Jahre später hätte sie dann völlig verstört und mittellos an der Tür ihrer Schwester Hedwig in der Brotgasse angeklopft und sei hier aus Barmherzigkeit aufgenommen worden. Über Jahre hin habe sie aus Scham das Haus nicht verlassen und erst durch die Novemberpogrome sei sie aus ihrem völlig zurückgezogenen Leben gerissen worden.
Mit der Familie ihrer Schwester Hedwig Gans flüchtete sie dann im Dezember 1938 nach Göttingen, von wo aus sie dann in der letzten Juliwoche nach Hannover gebracht wurde.
Am 23. Juli 1942 war sie dann eine der 779, die von dort ins Ghetto Theresienstadt deportiert wurden. Nach knapp einem Monat Lageraufenthalt, am 21. August 1942, war die Widerstandskraft der hochbetagten Frau erloschen.

Rosalie Sommer geb. Joseph hatte bis 18. September 1941 in ihrem Haus Querweingasse 16 in der Rotenburger Altstadt gewohnt, als sie zu ihrer Tochter **Wally,** auch **Bertha** genannt, nach Hannover zog. Durch Eheschließung mit Wolf Sommer, der schon 1909, 45-jährig, verstarb, war Rosalie 1893 nach Rotenburg gekommen.
Tochter Wally hatte sich am 3. April 1939 aus Rotenburg nach Hannover abgemeldet. Für Mutter und Tochter sind die gleichen Sterbedaten überliefert: der 28. Oktober 1944 in den Gaskammern von Auschwitz.



Stolperstein zum Gedenken an Karoline Piterson vor dem Haus Brotgasse 6 in Rotenburg an der Fulda

Rosalie Sommers älteste Tochter Irma, Jg. 1894, war am 7. September 1942 zusammen mit ihrem Ehemann Hermann Rieberg von Kassel aus nach Theresienstadt verschleppt worden. Die beiden hatten bis zu ihrer Deportation in Eschwege gelebt, auch für sie ist der 28. Oktober 1944 als Tag für ihr Lebensende registriert.
Tessy Therese verh. Apt, die jüngste Sommer-Tochter, geb. in Rotenburg am 25. Juli 1899, war das erste Mordopfer der Familie Sommer. Wie bereits dargestellt, war sie am 30. Oktober 1941 von Neheim-Hüsten in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt verschleppt worden und erlitt den Tod in der Gaskammer von Kulmhof/Chelmno am 24. Juni 1944.







Stolpersteine zum Gedenken an Rosalie Sommer geb. Joseph und Tochter Bertha Wally vor dem Haus Querweingasse 16 (das mittlere Haus auf der rechten Seite) in Rotenburg an der Fulda

Der 23. Juli 1942 war auch der Deportationstermin für **Emma Wolff geb. Nussbaum,** geb. am 19. Dezember 1881 in Rotenburg. Sie, war durch Eheschließung mit dem Kaufmann Martin **Wolff** nach Bremerhaven gekommen, wo dessen Familie ein Ladengeschäft mit Wäsche und Bettfedern betrieb. Die Hochzeit fand am 4. Juli 1906 statt.

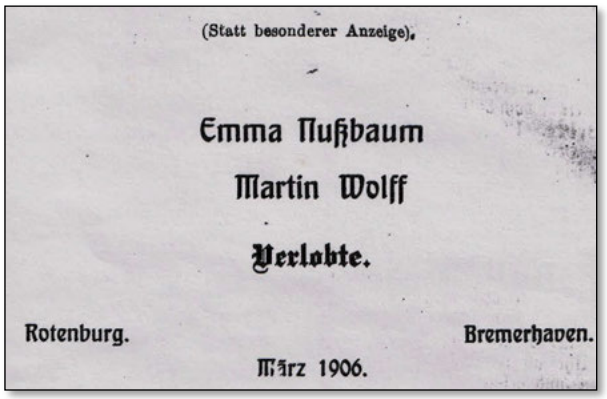
Nach dem frühen Tod ihres Ehemanns (1924) war Emma für das Geschäft verantwortlich, das offensichtlich guten Ertrag abwarf, was die 1938/39 zwangsweise abzuführende Vermögensabgabe in Höhe von beachtlichen 22.250 RM und die Summe, die sie für den sog. „Heimeinkauf" im Ghetto Theresienstadt zahlte (38.730 RM), zu erkennen gibt.

In dem Sonderzug aus Hannover vom 23. Juli 1942 saßen 779 Personen, darunter 114 aus Bremen. Der Einzugsbereich für diesen Transport umfasste den gesamten norddeutschen Raum, 75 Personen erlebten das Kriegsende. (Gottwaldt/Schulle 2005: 302f.)

Am 20. November 1941 wurde Emma Nußbaum-Wolff aus Bremerhaven (Bürgermeister-Smidt-Straße 4) vertrieben. Die Zeit vom 12. Januar 1942 bis zu ihrer Deportation im Juli 1942 musste sie in Bremen verbringen, und zwar in dem zum „Judenhaus" erklärten Quartier Nordstraße 210 im Bremer Stadtteil Wulle.

Einer der dort verlegten 24 Gedenksteine („Stolpersteine") ist Emma Wolff gewidmet. Eigentlich hätte der Stolperstein für Emma Nußbaum-Wolff vor ihrem seinerzeitigen Wohn- und Geschäftshaus in Bremerhaven verlegt werden müssen, ihrer letzten „frei gewählten" Adresse.

Am 10. Februar 1943, nach einem halben Jahr entbehrungsreichen Aufenthalts im Ghetto Theresienstadt, starb die inzwischen Sechzigjährige. In der amtlichen Todesfallanzeige für Emma Nußbaum-Wolff wurde ein Herzklappenfehler als Todesursache vermerkt. Auch ihre in der Todesanzeige für ihren 1924 verstorbenen Vater Samuel Nußbaum genannte Schwester Jenny und deren Ehemann Louis Mendelsohn samt Tochter Liselotte wurden Holocaustopfer. (s. Deportation vom 27.09.1942)



(Statt besonderer Anzeige).

Emma Nußbaum

Martin Wolff

Verlobte.

Rotenburg. Bremerhaven.

März 1906.



Heute entschlief nach langem, schweren Leiden unser heißgeliebter Vater, Schwiegervater und Großvater

Herr

Samuel Nußbaum

im 74. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Ludwig Nußbaum

Martin Wolff u. Frau

Emma, geb. Nußbaum

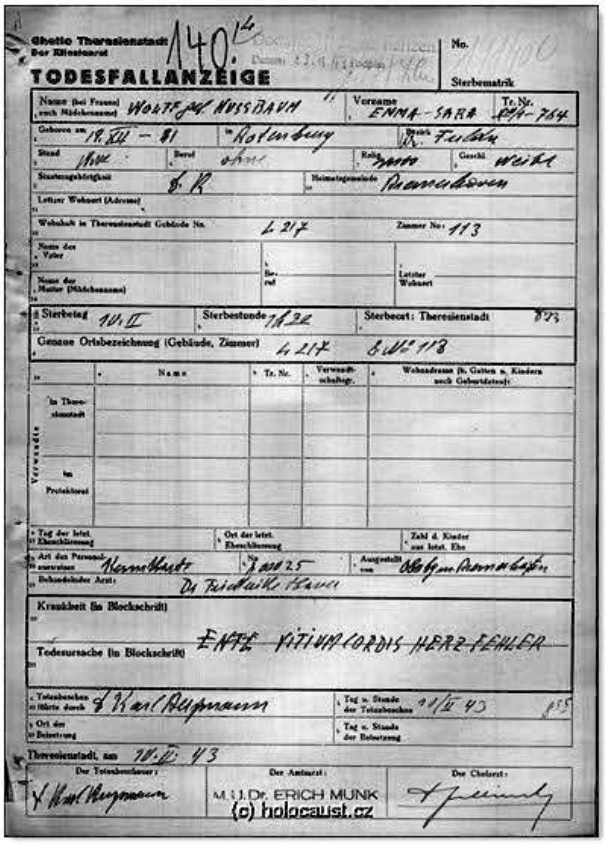
Louis Mendelsohn u. Frau

Jenny, geb. Nußbaum

Liselotte Mendelsohn

Rotenburg a. F., Van Wyks Vlei (Südafrika), Bremerhaven u. Gießen, den 24. Juni 1924.

Die Beerdigung findet statt: Freitag, den 27. Juni nachmittags 2 Uhr.



Ghetto Theresienstadt
Der Ältestenrat

140/14

No.

TODESFALLANZEIGE

Sterbematrik

Name (bei Frauen auch Mädchenname) WOLFF geb. NUSSBAUM

Vorname EMMA - SARA

Tr. Nr. [illegible] 764

Geboren am 19.XII - 81 in Rotenburg

Staat [illegible] Bezirk [illegible] Kreis [illegible] Gericht [illegible]

Staatsangehörigkeit D. R. Heimatgemeinde Bremerhaven

Letzter Wohnort (Adresse)

Wohnhaft in Theresienstadt Gebäude No. L 217 Zimmer No. 113

Name des Vaters

Name der Mutter (Mädchenname)

Beruf

Letzter Wohnort

Sterbetag 10.II Sterbestunde 14.30 Sterbeort: Theresienstadt

Genaue Ortsbezeichnung (Gebäude, Zimmer) L 217 Bl. 113

	Name	Tr. Nr.	Verwandtschaftsgrad	Wohnadresse (b. Gatten u. Kindern auch Geburtsdatum)
Verwandte in Theresienstadt				
Verwandte im Protektorat				

Tag der letzt. Eheschließung | Ort der letzt. Eheschließung | Zahl d. Kinder aus letzt. Ehe

Art des Personalausweises Verschickt Jahrgang 25 Ausgestellt von Ältestenrat Th.

Behandelnder Arzt: Dr. Fischbach, Prag

Krankheit (in Blockschrift)

Todesursache (in Blockschrift) ENTZ. VITIUM CORDIS HERZFEHLER

Totenbeschau (Stärke durch) Dr. Karl Neumann Tag u. Stunde der Totenbeschau 11/2 43 1/5

Ort der Beisetzung Tag u. Stunde der Beisetzung

Theresienstadt, am 10.II. 43

Der Totenbeschauer: Dr. Karl Neumann

Der Amtsarzt: M.U.Dr. ERICH MUNK

Der Chefarzt: [illegible]

(c) holocaust.cz

oben: *Verlobungsanzeige Rotenburger Kreisblatt v. 14.03.1906*

Mitte: *Todesanzeige Samuel Nußbaum v. 24.06.1924*

unten: *Todesfallanzeige 10.02.1943 im Ghetto Theresienstadt*

Auch **Jonas Blumenbaum**, am 26. Februar 1872 in Rotenburg geboren, gehörte zu den 779 am 23. Juli 1942 aus Hannover ins Ghetto Theresienstadt verschleppten Menschen, ebenso seine Ehefrau Jeanette/Jenny geb. Hanauer, die aus dem unterfränkischen Wiesenfeld (Landkreis Karlstadt) stammte.

Jonas Blumenbaums Eltern hatten seit 1899 in der Rotenburger Breitenstraße eine koschere Metzgerei geführt, davor in der Lindenstraße. Wie sein Vater und schon sein Großvater hatte Jonas die Meisterprüfung abgelegt.

Die Eheschließung zwischen Jonas Blumenbaum und Jeanette/Jenny Hanauer fand am 30. Juni 1901 in Rotenburg statt. Wenige Monate später, am 27. Februar 1902, meldeten sich die beiden im niedersächsischen Northeim an, mit der Adresse Bahnhofstraße 4.

Am 25. November 1941 wurden die Blumenbaums zu einem Wohnungswechsel gezwungen, als das Ghetto-Haus Hindenburgstraße 4 ihr zwischenzeitliches Domizil wurde.

Dass Jonas Blumenbaum zumindest für seine jüdischen Glaubensgenossen eine wichtige Rolle spielte, belegt seine Funktion als Vorsteher der Jüdischen Gemeinde in Northeim, die 1933 noch 107 Mitglieder zählte. 1941 waren es nur noch acht.

Im Ghetto Theresienstadt, das durch die Massentransporte dorthin im Sommer 1942 bald hoffnungslos überfüllt war, blieben die Blumenbaums nur acht Wochen. Am 23. September 1942 ging ihre letzte Reise in das Vernichtungslager Treblinka.

An dem Standort des ehemaligen Rathauses wurde 1993 ein Gedenkstein als Mahnmal für die verfolgten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Northeims aufgestellt.

„Ganz bewusst hier, an der Stelle, von wo während des Nationalsozialismus so viel Unrecht ausging“, schreibt dazu Ruth Röwer-Döhl (Ein Spaziergang zu den Denkmälern Northeims, in: Niedersachsenbuch 2002, S. 40f.) und fährt fort:

„Auf einer flachen Basis in Gestalt des jüdischen Sterns lastet ein schwerer Findling aus dem oben ein menschliches Gesicht mit geschlossenen Augen so herabblickt, als sei hier ein Mensch im Stein eingeschlossen und gefangen. Auf den Zacken der ‚Sternbasis´ befinden sich Gedenktafeln mit Texten, die auf das Leben der Menschen jüdischen Glaubens in der Stadt seit dem 14. Jahrhundert hinweisen, bis hin zur Deportation der drei letzten Northeimer Juden nach Theresienstadt. Mahnung und Versöhnung zugleich bringen die Sprüche Salomonis 28,13 zum Ausdruck: Wer sein Unrecht verheimlicht, hat kein Gedeihen, wer es aber bekennt und verlässt, dem wird Versöhnung.“



1993 errichtetes Denkmal für die ermordeten Northeimer Juden, darunter der in Rotenburg aufgewachsene Jonas Blumenbaum und seine Frau Jeanette geb. Hanauer.



Detail aus dem 1993 errichteten Denkmal am Entenmarkt in Northeim.

25. Juli 1942

Von Aachen über Düsseldorf ins Ghetto Theresienstadt

Mit diesem Transport wurden 278 Menschen aus Aachen verschleppt, es war der weitaus umfangreichste Zwangstransport aus Aachen; die meisten hatten bis dahin in Altersheimen und „Judenhäusern“ gewohnt.

Der Zug setzte sich am 25. Juli 1942, 9.25 Uhr, in Bewegung, Zwischenstation war Düsseldorf, der Zug mit insgesamt 977 Deportierten wurde am nächsten Tag noch vor Mittag im Ghetto Theresienstadt erwartet. Auch drei Personen aus Bebra waren dabei: **Ida Abraham** geb. **Fackenheim** und deren Sohn **Leo Abraham** mit seiner Frau **Lieselotte** geb. **Rosenthal**.

Die Strecke führte über Düsseldorf, Dortmund, Paderborn, Kassel, Bebra, Erfurt und Dresden. So hatten die drei aus Bebra Stammenden eine letzte Gelegenheit, zumindest aus dem Zugfenster einen flüchtigen Blick auf ihre Heimatstadt zu werfen. Oder vermieden sie es, in Blickkontakt mit dem Ort zu treten, dessen jüdische Familien mit dazu beigetragen hatten, diesen zum wirtschaftlichen Zentrum des mittleren Fuldatals zu verhelfen?

Leos Großmutter Jettchen Abraham hatte 1898, nach dem Tod ihres Ehemannes, ihren Heimatort Solz verlassen und war mit ihren drei Söhnen Joseph (Jg. 1869), Salomon (Jg. 1871) und Siegfried (1875) nach Bebra gegangen. Leos Vater Siegfried heiratete dort die neun Jahre jüngere Ida Fackenheim, ein Mädchen aus der unmittelbaren Nachbarschaft. 1906 brachte sie Leo zur Welt, 1914 folgte dann Tochter Ilse.

Ida war die 1884 geborene Tochter von Isidor und Rosa Fackenheim, die in der Nürnberger Straße 19 ein Hotel betrieben. Dorthin verlegte Siegfried Abraham im November 1925 sein Geschäft (bis dahin Nürnberger Straße 24, 1. Stock), nachdem sein Schwiegervater Isidor Fackenheim ihm die Immobilie überschrieben hatte.

Nach gründlichem Um- und Ausbau des Hauses konnte Siegfried Abraham ab November 1925 sein Warenangebot in vier Schaufenstern präsentieren, wie aus Anzeigen im örtlichen Tageblatt hervorgeht und durch das Foto auf der folgenden Seite dokumentiert wird. In den schriftlichen Erinnerungen von Siegfrieds Schwester Ilse findet sich die Bestätigung dafür, dass Siegfried Abrahams Textil- und Bekleidungsgeschäft im Parterre des Hotels seinen Platz hatte, während sich ihre Mutter (Ida Abraham) um den Hotelbetrieb kümmerte.

Die Abrahams schickten ihren Sohn Leo 1920 auf das traditionsreiche Hersfelder Gymnasium, das er aber nach einem Jahr wieder verließ, um eine kaufmännische Lehre anzutreten. Sein beruflicher Weg führte ihn ins Rheinland. Er heiratete die aus Recklinghausen stammende Lieselotte Rosenthal. Die beiden lebten einige Jahre in Düsseldorf, dann in Aachen mit der Adresse Harscampstraße 52. Seit 1933 waren die beiden im Israelitischen Altenheim in Aachen-Kalverbenden tätig.

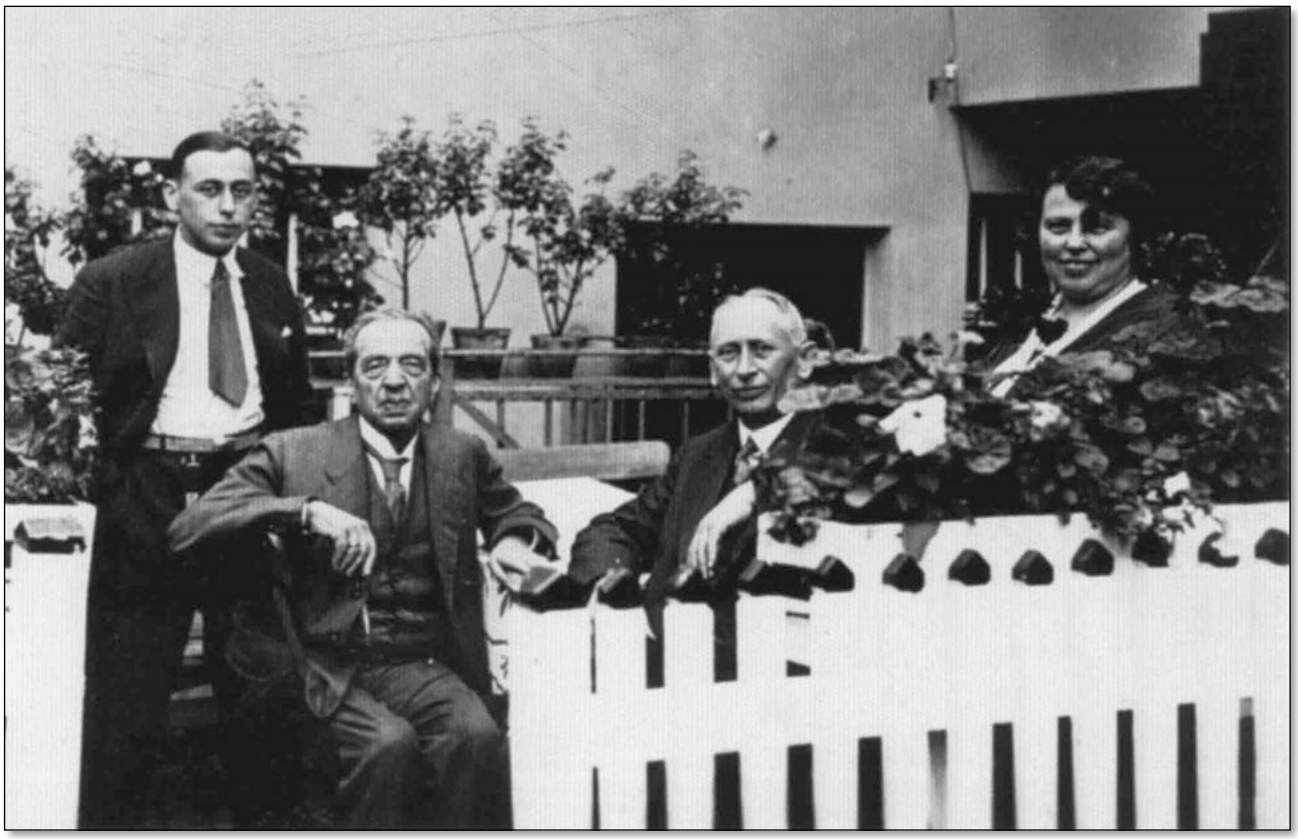
Ida und Siegfried Abraham waren nach den schrecklichen Drangsalierungen der Bebraer Juden im November 1938 nach Frankfurt geflüchtet, wo Siegfried aber schon nach wenigen Wochen, am 8. Januar 1939, verstarb.

Die jetzt völlig auf sich gestellte Witwe hoffte wohl auf Beistand durch ihren Sohn Leo, als sie zu diesem nach Aachen zog. Am 2. Juni 1939 wurde Ida in das völlig überfüllte ehemalige Israelitische Altersheim in Aachen-Kalverbenden eingewiesen. Am 11. September 1939 wurden auch Leo und seine Frau Lieselotte im Zuge der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung dort einquartiert.

Ida Abrahams letzte Reise führte am 12. Oktober 1944 in die Gasöfen von Auschwitz-Birkenau. Auch Leo und Lieselotte Abraham wurden aus dem Ghetto Theresienstadt nach Auschwitz geschafft, Leo am 28. September 1944, Lieselotte am 1. Oktober 1944.

Beide kamen jedoch lebend aus Auschwitz heraus. Auch nach zweieinhalb Jahren entbehrungsreichen Lebens in Theresienstadt erschienen sie den Nazioberen zum Einsatz in der unter dramatischem Arbeitskräftemangel leidenden Rüstungsindustrie geeignet. Details ihres Einsatzes in der Waffenproduktion in den letzten Kriegsmonaten sind nicht überliefert. Für viele der Rüstungszwangsarbeiter führte der letzte Weg ins Konzentrationslager Bergen-Belsen, wo die allermeisten den dort grassierenden Seuchen zum Opfer fielen, so auch Leo Abraham.

Erst sei einigen Jahren ist bekannt, dass Leos Frau Lieselotte zu den wenigen Überlebenden gehört. Unterfüttert mit Dokumenten berichtete die Webseite der Stadt Recklinghausen („Spurenimvest“) 2020 von einer am 28. April 1947 von Frankfurt aus erfolgten Einreise Lieselotte Abrahams nach Bolivien zu ihrem jüngeren Bruder Bruno; sie starb hochbetagt 1996 im US-Bundesstaat New York.



Von links: Leo Abraham, sein Schwiegeropa Isidor Fackenheim, Leos Vater Siegfried Abraham und seine Mutter Ida geb. Fackenheim (Foto von ca. 1930 auf dem Hof des Hotels Fackenheim, Nürnberger Straße 19 in Bebra)







***links**: Hotel Fackenheim, Nürnbergerstr. 19, nach Umbau in den 1920er Jahren (mit Ladengeschäft von Siegfried Abraham in der unteren Etage).*

***oben**: Geschäftsanzeigen von Siegfried Abraham aus dem Jahr 1925 im Bebraer Tageblatt.*

Rosa Oppenheim-Horn, geboren am 9. August 1875 in Bebra als Tochter von Leib Oppenheim und dessen zweite Frau Marjane (geb. Abt), war durch die Eheschließung mit Philipp Horn nach Jülich gekommen. In der Kölnstraße 30 führten die Horns ein Bekleidungsgeschäft.

In dem Stadtteil Kirchberg wurde bald nach den Novemberpogromen 1938 die leerstehende Fabrikantenvilla Buth dazu benutzt, Juden aus Jülich und Umgebung zu kasernieren, um sie von dort aus zu deportieren. Auf beengtem Raum - in jedem Zimmer wurde mindestens eine Familie untergebracht - lebten sie dort auf Abruf, mussten Miete zahlen, während ihre früheren Wohnungen beschlagnahmt waren und das Inventar versteigert wurde.

Der Jülicher Öffentlichkeit wurde die Zwangseinweisung (und damit verbundene Beraubung) als Schutzmaßnahme dargestellt, denn *„in der Kirchberger Gemeinschaftsunterkunft ließen sich die jüdischen Familien vor unberechenbaren radikalen Elementen besser schützen als in den verstreut liegenden eigenen Wohnungen.“* (Spelthahn 2006: 37) Die Vertreibung des Ehepaares Horn aus ihrer Wohnung und Einweisung in die zum Ghettohaus gewordene Villa Buth erfolgte am 24. März 1941.

Nachdem die ersten Deportationen aus dem Jülicher Land (März und Juni 1942) stattgefunden hatten, wurden Rosa und Philipp Horn schließlich mit den letzten in der Villa Buth internierten Menschen am Morgen des 25. Juli 1942 zunächst nach Düsseldorf und von dort ins Ghetto Theresienstadt verschleppt, als Teil einer Gruppe von 977 jüdischen Menschen. Darunter befanden sich, wie bereits dargestellt, auch der Bebraner Siegfried Abraham mit seiner Frau Lieselotte und seiner Mutter Ida, die seit 1933 in Aachen gelebt hatten.

Die im Sommer 1942 abgewickelten Deportationen verursachten in Theresienstadt eine solche Überfüllung, dass ein Teil der Neuankömmlinge am 21. September 1942 zum Vernichtungsort Treblinka weitergeleitet wurde, darunter auch Philipp und Rosa Horn geb. Oppenheim, die 67 Jahre zuvor das Licht der Welt in Bebra erblickt hatte. Ihre Heimatstadt war eine der Stationen, die Rosas Deportationszug auf dem Weg in die Vernichtung zu passieren hatte.



Das 2001 in Jülich eingeweihte Mahnmal besteht aus zwei geschwungenen Tafeln aus schwarzem glänzenden Granit (7 m breit, 2 m hoch), die gegeneinander versetzt sind und in der Mitte einen schmalen Durchgang haben, in dem sich zwei Menschen mit ausgebreiteten Armen begegnen. Es trägt die Inschrift „Zum Gedenken an unsere ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“. Unter den 256 Namen auf den Granittafeln sind auch die von Philipp und Rosa Horn (7. Reihe, ganz rechts mit Geburtsdatum und -ort).

29. Juli 1942:
Von Dortmund ins Ghetto Theresienstadt und nach Treblinka

Paula Brandes wurde am 21. Juli 1876 als fünftes Kind von Hirsch und Hannchen Brandes geboren, die in Rotenburg Am Rasen 1 (jetzt Neustadtstraße) ein Ladengeschäft hatten, in dem sie hochwertige Stoffe und Textilien führten.

Im Alter von 21 Jahren sagte Paula ihrer Heimatstadt Adieu und arbeitete als Verkäuferin zunächst in Hannover, dann in Friedrichroda, Hildesheim, Münster und Neuwied.

Zwischenzeitlich kehrte sie jeweils für eine kurze Zeitspanne zu ihrer Familie nach Rotenburg zurück. Paula Brandes blieb unverheiratet, im November 1937 ging sie zu ihrer Schwester Rosa, die seit ihrer Verheiratung (1906) mit Max Rosenthal in Meinerzhagen (bei Lüdenscheid) lebte, wo dieser in der Hauptstraße 10 bis zu dessen boykottbedingter Schließung 1935 ein Obst- und Gemüsegeschäft geführt hatte.

Paulas Schwester Rosa starb am 7. Oktober 1937, Paula und ihr Schwager Max Rosenthal versuchten im September 1939 sich dem Verfolgungsdruck in der Kleinstadt Meinerzhagen durch Umzug nach Köln zu entziehen, sahen sich aber zu baldiger Rückkehr gezwungen.

Paula und zwei weitere Frauen waren die letzten in Meinerzhagen lebenden jüdischen Menschen. Alle drei wurden nach kurzem Aufenthalt im „Altersghetto“ Theresienstadt ins Vernichtungslager Treblinka geschafft, wo sie noch am Tag ihrer Ankunft (23. September 1942) in einer der Gaskammern ihr Leben verloren.





oben: *Paula Brandes (rechts) und ihre Nichte Ilse Rosenthal 1939. Ilse gelang im gleichen Jahr die Ausreise nach Großbritannien.*
***darunter**: 2013 für Paula Brandes vor dem Haus Hauptstraße 15 In Meinerzhagen gesetzter Erinnerungsstein („Stolperstein“).*



In Israel lebende Nachfahren beim Besuch in Rotenburg im Juli 2013 (vor dem Jüdischen Museum in der Brauhausstraße).
In der Mitte Rosa Brandes-Rosenthals Enkeltochter Ruth. (Foto Achim Meyer)

Auch **Paula Pauline Goldschmidt** saß in dem Zug, der am 29. Juli 1942 über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt fuhr, als eine von 1126 jüdischen Personen, davon ca. 350 aus Dortmund. (Gottwald -Schulle 2005: 281).

Pauline war die 1880 geborene Tochter des Bebraer Pferdehändlers Salomon Goldschmidt. Paulines Mutter Settchen, eine geborene Oppenheim, war bereits 1913 verstoren. Am 30. August 1934 war Paula ihrem jüngeren Bruder Friedrich nach Dortmund gefolgt.

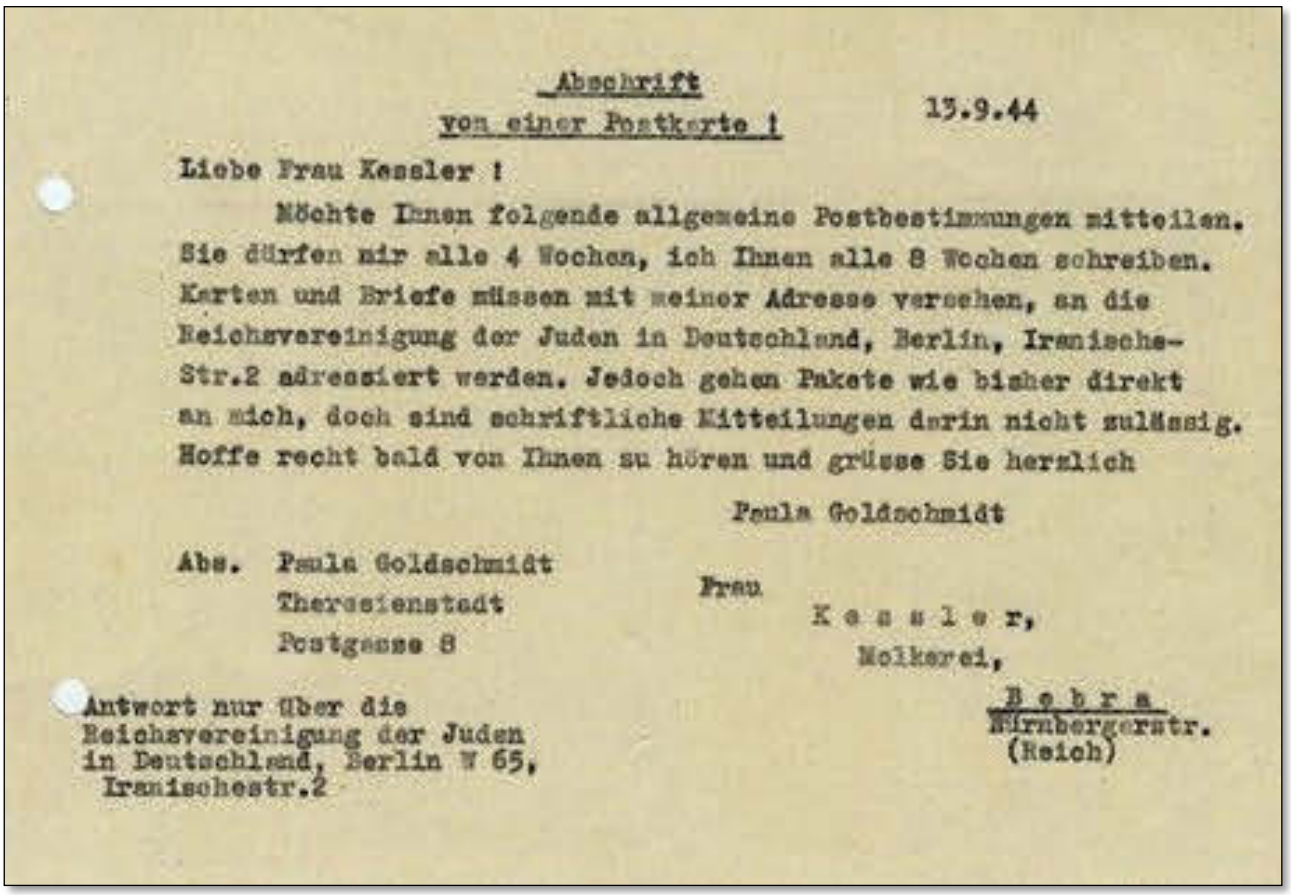
In Theresienstadt blieb sie bis zum 12. Oktober 1944, als sie die Weiterreise in die Gaskammern von Auschwitz antreten musste. Bis dahin hatte die Bebraer Familie Kessler regen Anteil an ihrem Schicksal genommen und der früheren Mitbürgerin Pakete ins Ghetto Theresienstadt geschickt.

Dies findet seinen Nachweis in der Postkarte, die Paula am 13. 9. 1944 über das Rote Kreuz an die „Liebe Frau Kessler“ schickte, um zu vermeiden, dass deren Lebensmittelpakete durch irrtümliche Adressierung bzw. unzulässige schriftliche Mitteilungen nicht in Theresienstadt ankommen würden. Angesichts der Dauer des indirekten Postweges, den Paulas Schreiben nehmen musste, kann wohl davon ausgegangen werden, dass sie keine weitere Gelegenheit bekam, ein Paket aus Bebra zu öffnen. Paulas Schreiben aus Theresienstadt gibt zu erkennen, dass es in ihrer Heimatstadt Menschen gab, die Anteil am Schicksal ihrer ehemaligen jüdischen Mitbürger nahmen und auch nicht das Risiko scheuten, sich durch diese Anteilnahme bei den NS-Machthabern verdächtig zu machen und deren Zorn auf sich zu ziehen.

Immerhin lief gegen den Ehemann der Paketsenderin, der schon 1929 der NSDAP beigetreten war und ab 1936 das Amt eines Kreiswirtschaftsberaters bekleidete, ein Parteiverfahren.

Dies bekundete im Oktober 1946 ein Bürger aus einem Nachbarort, der 1942 wegen Kooperation mit Richelsdorfer Juden einige Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen verbringen musste.

Eine seit 1934 in der Molkerei Kessler tätige Verkäuferin gab am 10. Oktober 1946 eine eidesstattliche Erklärung ab, in der sie bezeugte, dass deportierte Bebraner Juden durch die Familie ihres Arbeitgebers *„in den Lagern laufend mit Lebensmitteln unterstützt“* wurden. Ohne das Vorhandensein des Schreibens von Paula Goldschmidt (siehe unten) würde man solche Bekundungen mit großen Fragezeichen versehen müssen.



Abschrift
von einer Postkarte !

13.9.44

Liebe Frau Kessler !

Möchte Ihnen folgende allgemeine Postbestimmungen mitteilen. Sie dürfen mir alle 4 Wochen, ich Ihnen alle 8 Wochen schreiben. Karten und Briefe müssen mit meiner Adresse versehen, an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, Iranische-Str.2 adressiert werden. Jedoch gehen Pakete wie bisher direkt an mich, doch sind schriftliche Mitteilungen darin nicht zulässig. Hoffe recht bald von Ihnen zu hören und grüsse Sie herzlich

Paula Goldschmidt

Abs. Paula Goldschmidt
Theresienstadt
Postgasse 8

Frau
K e s s l e r,
Molkerei,
B e b r a
Nürnbergerstr.
(Reich)

Antwort nur über die
Reichsvereinigung der Juden
in Deutschland, Berlin W 65,
Iranischestr.2

18. August 1942: Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt

Julius Katzenstein war der älteste von vier Söhnen, deren Eltern, Meier und Veilchen Katzenstein, ca. 1870 aus dem kleinen Dorf Diemerode in die Kreisstadt Rotenburg gezogen waren, wo sie das stattliche Haus Breitenstraße 27 kauften.

Am 25. Mai 1872 erblickte Julius Katzenstein hier das Licht der Welt. 1888 erwarb er am Hersfelder Gymnasium das Zeugnis der Mittleren Reife. Im April 1901 meldete er sich in Rotenburg ab, um eine Stelle als kaufmännischer Angestellter in Aachen anzutreten.

Sein weiterer Weg führte ihn nach Frankfurt; seine für 1935 mit Klettenbergstraße 4 im vornehmen Stadtteil Nordend-West nachweisbare Wohnadresse gibt zu erkennen, dass der dort als „Textilvertreter“ Registrierte einen beruflich erfolgreichen Weg gegangen war. Julius blieb ledig.

Im Laufe des Jahres 1939 wurde er zu einem Wohnungswechsel gezwungen, als er in das zum „Judenhaus“ gemachte Quartier Fichtestraße 7 umziehen musste, unter dessen Dach zum Schluss über 50 jüdische Menschen leben mussten. In großer räumlicher Enge musste Julius Katzenstein dort die letzten drei Jahre seiner Zeit in Frankfurt verbringen.

Am 19. August 1942 ist der inzwischen Siebzigjährige dann einer der 1020 an diesem Tag aus Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt deportierten Menschen.

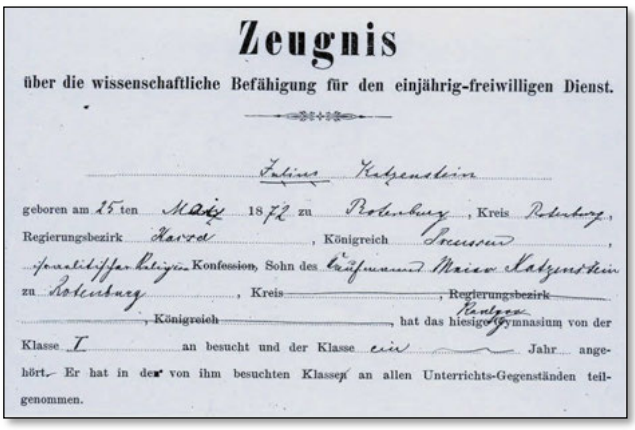
Laut Gottwaldt/Schulle (2005: 310) umfasste dieser erste Großtransport aus Frankfurt nach Theresienstadt u. a. die Insassen mehrerer jüdischer Altersheime und des Jüdischen Krankenhauses in der Gagernstraße.

Schon nach wenigen Wochen Aufenthalt im Theresienstädter Ghetto wurden wegen dessen totaler Überfüllung ca. 300 Personen in das Vernichtungslager Treblinka weitergeleitet, darunter am 29. September 1942 auch Julius Katzenstein; ebenso die Bebraner Jüdinnen Mathilde Lindau, Henriette Mayer (geb. Weinstein) und Johanna Oppenheim (geb. Abraham).

Zu Begin des Jahres 1943 wurden 9 und im Laufe des Jahres 1944 nochmals 48 jüdische Personen nach Auschwitz transportiert. Nur 17 der am 18. August 1942 von Frankfurt verschleppten Menschen überlebten. (Kingren 1999: 377)







Zeugnis

über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst.

Julius Katzenstein

geboren am 25ten Maiz 1872 zu Rotenburg, Kreis Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, Königreich Preussen, israelitischer Religion Konfession, Sohn des Kaufmann Meier Katzenstein zu Rotenburg, Kreis, Regierungsbezirk, Königreich, hat das hiesige Gymnasium von der Klasse I an besucht und der Klasse ein Jahr angehört. Er hat in der von ihm besuchten Klasse an allen Unterrichts-Gegenständen teilgenommen.

oben: *Rotenburg, Breitenstr. 27, ca. 1920.*

Mitte: *Rotenburg, Breitenstr. 27, ca. 2010.*

unten: *Zeugnis über den Erwerb der Mittleren Reife am Hersfelder Gymnasium. Die „Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst“ bedeutete die Verkürzung des Militärdienstes auf ein Jahr.*

Auch **Minna Neuhaus** und ihr Stiefsohn **Dr. Leopold Neuhaus** befanden sich unter den am 18. August 1942 aus Frankfurt deportierten Menschen. Minna, die 2. Frau von Isaak Neuhaus, hatte nach dessen Tod 1927 in dem Haus Altstadtstraße 6 (heutige Adresse) einen kleinen Lebensmittelladen eingerichtet. Bei den schweren antijüdischen Ausschreitungen im November 1938 war das Haus Altstadtstraße 6 eine der Zielscheiben der wüsten Attacken.

Der 1879 geborene Leopold war das älteste von drei Kindern aus Isaak Neuhaus' 1. Ehe. Nach Besuch der israelitischen Volksschule und der Höheren Bürgerschule in Rotenburg, schickten ihn die Eltern nach Kassel aufs Gymnasium. Im Anschluss an das Abitur war er ab 1899 Student der Geisteswissenschaften in Berlin. Parallel dazu besuchte er dort das orthodoxe Rabbinerseminar und promovierte zum Dr. phil. Das Thema seiner Dissertation: „Die Reichsverweserschaft und Politik des Grafen Heinrich von Anjou".

1908 fand er eine Anstellung als Rabbiner in Lauenburg in Pommern, ein Jahr später wurde er zum Rabbiner in Ostrowo in der Provinz Posen gewählt. Als diese Provinz 1919 zu polnischem Staatsgebiet wurde, ging er nach Leipzig, wo er Konrektor der Jüdischen Schule wurde.

1907 hatte er geheiratet, seine Frau Cilly Carlebach stammte aus einer deutschlandweit hochangesehenen Rabbiner- und Gelehrtenfamilie.

Von 1926 bis 1934 war Leopold Neuhaus Rabbiner in Mülheim an der Ruhr, danach war er als Lehrer am Philanthropin, Frankfurts Jüdischer Oberschule, tätig. Daneben wirkte er in Frankfurt auch als Rabbiner, tatsächlich war er der letzte im Dritten Reich in Frankfurt amtierende Rabbiner; dort war er auch der letzte Präsident der Marcus-Horowitz-Loge.

Als Minna Neuhaus nach den Novemberpogromen 1938 nach Frankfurt flüchtete, kam er wieder enger mit seiner Stiefmutter zusammen. Minna verbrachte ihre dreieinhalb Jahre in Frankfurt im Jüdischen Altersheim, Wöhlerstraße 8.

Zusammen mit seiner Ehefrau Cilly und Minna Neuhaus gehörte Leopold Neuhaus zu den 1.020 Menschen, die am 18. August 1942 aus Frankfurt in das Ghetto Theresienstadt verschleppt wurden. *„Dort ist er die wichtigste Bezugsperson für die aus Frankfurt Deportierten und dokumentiert akribisch ihr Schicksal",* heißt es im Katalog zu der Ausstellung von 2004 „UND KEINER HAT FÜR UNS KADDISCH GESAGT…"

Im Juli 1944 hatte Neuhaus eine Liste aller aus Frankfurt Deportierten erstellt. Von den am 18. August 1942 aus Frankfurt verschleppten Juden waren zu diesem Zeitpunkt lediglich noch 44 am Leben. Die anderen waren in den knapp zwei zurückliegenden Jahren an Hunger, Entkräftigung und Krankheit verstorben oder in die Vernichtungsstätten in Treblinka und Auschwitz geschafft worden. Neben Leopold und Cilly Neuhaus erlebten nur 13 der am 18.



Das Haus ganz rechts (Schulstraße 6) war das Wohn- und Geschäftshaus der Rotenburger Familie Neuhaus, hier wurde Dr. Leopold Neuhaus 1889 geboren.



Werbeanzeige im Rotenburger Tageblatt v. 30. Januar 1930.

August 1942 aus Frankfurt Weggeschafften die Befreiung. (Kingren 1999: 377)

Zusammen mit Leo Baeck war Neuhaus der letzte in Theresienstadt wirkende Rabbiner, der Schwerpunkt seiner Arbeit lag in der geistlichen Betreuung der in der „Magdeburger Kaserne“ Inhaftierten. Außerdem leitete er für das gesamte Ghetto die Altersfürsorge und war im Rahmen der jüdischen „Selbstverwaltung“ Mitglied des Ältestenrats. Als solcher musste er auch eine Rolle in dem 1944 in Theresienstadt gedrehten Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ übernehmen.

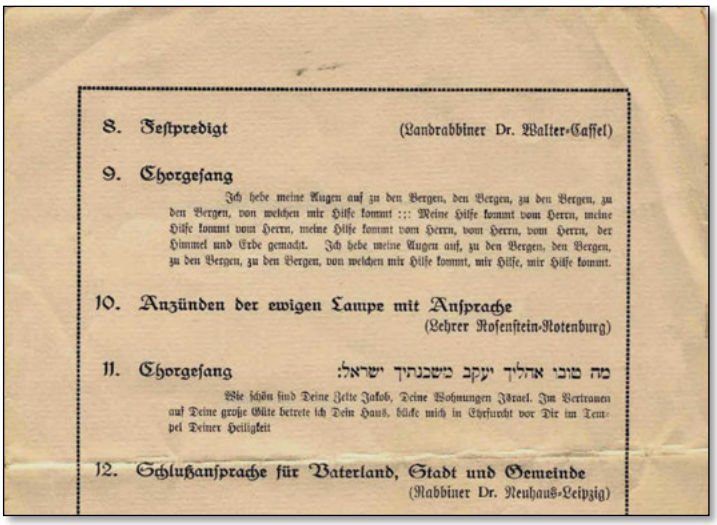
Am 3. April 1943 war Minna Neuhaus mit ihrer Kraft am Ende. Ein halbes Jahr hatte die 74-Jährige den Bedrängnissen der Ghettohaft standhalten können.

Im Sommer 1945 wurde Leopold Neuhaus Rabbiner der neuen Frankfurter Jüdischen Gemeinde, zugleich auch Oberrabbiner für ganz Hessen. Als solcher sorgte er für die Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe, was ihn auch im April 1946 in seine Heimatstadt Rotenburg führte. In dem daraufhin am 7. April 1946 an den Rotenburger Bürgermeister Friedrich Kötter gerichteten Brief heißt es u.a.:





Porträts von Minna und Leopold Neuhaus in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg a. d. F.



8. Festpredigt (Landrabbiner Dr. Walter-Cassel)

9. Chorgesang

Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, den Bergen, zu den Bergen, zu den Bergen, von welchen mir Hilfe kommt ::: Meine Hilfe kommt vom Herrn, meine Hilfe kommt vom Herrn, meine Hilfe kommt vom Herrn, vom Herrn, vom Herrn, der Himmel und Erde gemacht. Ich hebe meine Augen auf, zu den Bergen, den Bergen, zu den Bergen, zu den Bergen, von welchen mir Hilfe kommt, mir Hilfe, mir Hilfe kommt.

10. Anzünden der ewigen Lampe mit Ansprache (Lehrer Rosenstein-Rotenburg)

11. Chorgesang מה טובו אהליך יעקב משכנתיך ישראל:

Wie schön sind Deine Zelte Jakob, Deine Wohnungen Israel. Im Vertrauen auf Deine große Güte betrete ich Dein Haus, bücke mich in Ehrfurcht vor Dir im Tempel Deiner Heiligkeit

12. Schlußansprache für Vaterland, Stadt und Gemeinde (Rabbiner Dr. Neuhaus-Leipzig)

Programm zur Einweihungsfeier der restaurierten Rotenburger Synagoge am 10.09.1924 mit Schlussansprache von Rabbiner Dr. Leopold Neuhaus „für Vaterland, Stadt und Gemeinde“.

„Und nun zur Synagoge in der Brotgasse. Hier muss ich erklären, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass ich noch selten so etwas gesehen habe. Die Synagoge ist ein vollendeter Trümmerhaufen und seit dem Jahre 1938 ist auch nicht das Geringste hier geändert worden. …

Es muss verlangt werden, dass diese Synagoge, ein Bau von Kulturwert, wieder hergestellt wird, und zwar auf Kosten der Partei-Genossen der Stadt Rotenburg. Sie haben selber geäußert, dass diese Synagoge ‚ein Saustall‘ ist und Sie können sich vorstellen, wie mich der Anblick der Synagoge berührt hat, und es ist Ihre Sache, dieses jüdische Gotteshaus, das besonders schön war, wieder herzustellen. Es wäre ja möglich, da kaum Juden dort sind, dass dieser Bau später, wie es auch an anderen Orten ist, für künstlerische Aufführungen oder dergleichen ernsthafter Art, gebraucht werden könnte.“

Auch in früheren Zeiten war Neuhaus seinem Heimatort verbunden geblieben; so kam er im September 1924 nach Rotenburg, um bei der Neueröffnung der renovierten Synagoge eine Ansprache für „Vaterland, Stadt und Gemeinde“ zu halten.

Neuhaus war der einzige deutsche Rabbiner, der unmittelbar nach dem Krieg auf den Platz seiner früheren Tätigkeit zurückkehren konnte. Ab Oktober 1945 gab er das *Mitteilungsblatt der jüdischen Gemeinden und Betreuungsstellen* heraus. Für die 1. Ausgabe der illustrierten Zeitschrift *Jüdische Rundschau* schrieb Neuhaus den Leitartikel; in diesem schlug er vor, im Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus einen jährlichen Fastentag anzusetzen.



Magdeburger Kaserne, der Hauptwirkungsort von Dr. Leopold Neuhaus in seiner Zeit als Häftling im Ghetto Theresienstadt. Das Foto von 2005 zeigt die Magdeburger Kaserne 2005 in ihrer Nutzung als Teil der Gedenkstätte Ghetto Theresienstadt.

Die öffentliche Reaktion darauf war für Neuhaus maßlos enttäuschend, er konnte nicht verstehen, dass man von den Überlebenden des Holocaust ein Vergessen der schrecklichen Geschehnisse verlangte: *„Können wir je vergessen? Können wir jetzt schon vergessen, wo die Wunden noch so frisch sind, wo die Distanzierung von den Geschehnissen noch so kurz ist, wo die Reihen der geliebten Toten vor uns stehen und uns Mahnmale der Vergangenheit sind.“*

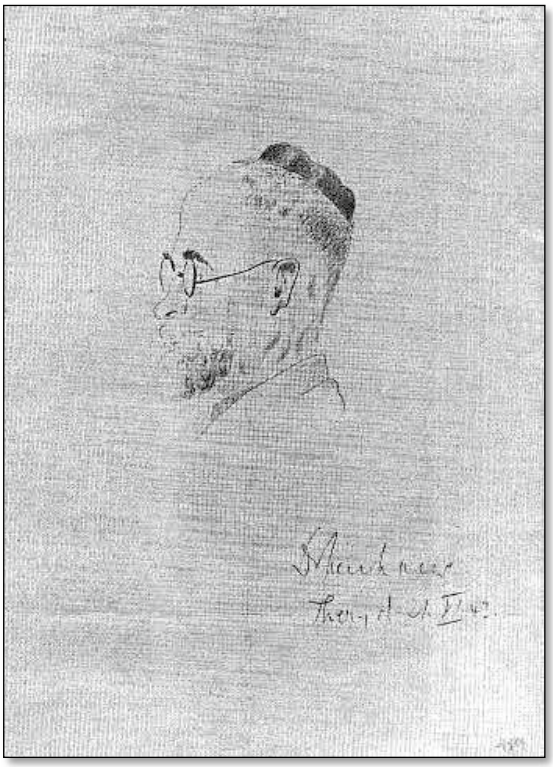
Aber auch über die hessische Landesgrenze hinaus war Leopold Neuhaus wichtig für den Wiederbeginn jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland. Als die nach Würzburg zurückgekehrten überlebenden Juden am 11. November 1945 auf dem dortigen Jüdischen Friedhof ein Mahnmal einweihten, war es Leopold Neuhaus, der die Weiherede hielt.

Im Juni 1946 emigrierten Leopold und Cilly Neuhaus in die USA. In Detroit in der Gemeinde *Gemiluth Chassodim,* die 1941 von Juden aus Süddeutschland gegründet worden war, fand er eine Anstellung, die allerdings kaum zum Lebensunterhalt ausreichte.

Schon im November 1945 hatte er an einen Freund geschrieben: „Auf keinen Fall bleiben wir hier in Frankfurt, um mit den Nazis die gleiche Luft zu atmen.“ (Kingren 1999: 455)

Den von ihm beantragten Ausgleich für die 1942 für seinen Heimeinkaufvertrag geleisteten Zahlungen erlebte Leopold Neuhaus nicht mehr. Als er 1954 in den USA starb, war das entsprechende Entschädigungsverfahren noch immer anhängig.

Zu seinem 70. Geburtstag erschien in der deutsch-amerikanischen Wochenzeitung *Aufbau* ein längerer Artikel, der seine Würdigung in der Formulierung zusammenfasste: *„A job well done.“*



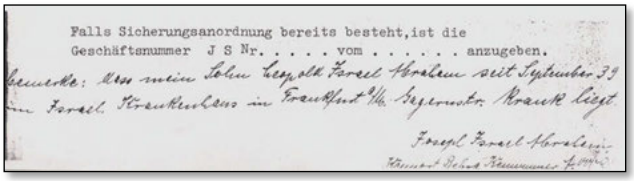
Bleistiftzeichnung von Dr. Leopold Neuhaus durch Max Placek, der Porträts von 70 bedeutenden Mithäftlingen anfertigte. (Placek 1994: 37)

Auch **Leopold Abraham**, 1907 in Bebra geboren und dort aufgewachsen, gehörte zu den 1.020 am 18. August aus Frankfurt verschleppten Menschen. Er war der Sohn von Joseph und Pauline Abraham. Seine Mutter war eine geborene Plaut aus Willingshausen, sie starb 46-jährig im September 1921.
Aus dem Fragebogen, den sein Vater im Februar 1940 ausfüllen musste, geht hervor, dass Leopold seit September 1939 Patient im Jüdischen Krankenhaus in der Gagernstraße in Frankfurt war.
Leopolds Vater gehörte zu der Gruppe nordhessischer Juden, die am 7. September 1942 von Kassel aus nach Theresienstadt verschleppt wurden. Die Ankunft seines Vaters in Theresienstadt am 8. September erlebte Leopold nicht mehr, denn schon am 3. September 1942, nach zwei Wochen Lagerhaft, war der als Schwerkranker aus dem Frankfurter Krankenhaus Abtransportierte bereits tot.
Leopolds Schwester Hanna gehörte zusammen mit ihrem Ehemann Moritz Moses und ihren beiden Kindern zu den am 1. Juni 1942 zur Vernichtung in den Bezirk Lublin verschleppten Menschen.
Die Abrahams waren im Laufe der 1890er Jahre aus dem 8 km entfernten Dorf Solz in Bebra zugezogen, um die besseren Chancen in dem ab Mitte des 19. Jahrhunderts v. a. durch den Eisenbahnbau sprunghaft gewachsenen Bebra zu nutzen. Dort erwarb die Familie das Haus Lindenplatz 8, in dem sie bis zu ihrer Vertreibung lebte. Der Handel mit Vieh und Fellen war die berufliche Basis über mehrere Generationen hinweg, für Leopold und seinen Schwager Moritz Moses war das wirtschaftliche Überleben nach 1933 aber nur noch durch Zugriff auf die Substanz möglich.



Fragebogen.

I. Vor- und Zuname : Leopold Israel Abraham
genaue Anschrift: Bebra, z.Zt. Frankfurt, Gagernstr. Strasse
Staatsangehörigkeit : deutscher
Geburtstag . 26.3.1907 . Geburtsort: Bebra
Sind Sie ledig oder verheiratet ? ledig
Jude oder ~~Nichtjude~~ im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 ?



Falls Sicherungsanordnung bereits besteht, ist die Geschäftsnummer J S Nr. . . . . vom . . . . . anzugeben.
Bemerke: dass mein Sohn Leopold Israel Abraham seit September 39 im Israel. Krankenhaus in Frankfurt/M. Gagernstr. krank liegt.
Joseph Israel Abraham
Bebra Hausnummer 8





***oben**: Ehem. Anwesen der Familie Abraham, Lindenplatz 8 (nach der Bebraer Stadtsanierung 1972)*

***unten**: v. links Joseph Abraham, Leopold Abraham, Moritz Moses und Hanna Moses geb. Abraham (Ausschnitt aus dem Hochzeitsfoto von 1931).*

***linke Spalte**: Erklärung v. 18.02.1940 zu Leopolds Aufenthalt im Krankenhaus, Gagernstraße in Frankfurt und (unten) zum dortigen Aufenthalt seit September 1939.*

Das Ende in Auschwitz

Viktor und **Hanna Falkenstein** aus Rotenburg hatten der katastrophalen Lebenssituation in Theresienstadt über zwei Jahre getrotzt, als sie am 28. 10.1944 in die Viehwaggons steigen mussten, die sie in die Gaskammern von Auschwitz brachten.
Am 12. November 1938 war Viktor Falkenstein ins Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert worden, das er als ehemaliger Weltkriegssoldat nach sechs Wochen wieder verlassen konnte.
Die Transporte aus dem Ghetto Theresienstadt in die Gaskammern von Auschwitz im Oktober 1944 geschahen ganz offensichtlich vor dem Hintergrund des für das Naziregime deutlich negativen Kriegsverlaufs, der zur letzten großen Vernichtungsaktion an den Juden führte. (Gottwaldt/Schulle 2005: 435f.)
Von den insgesamt 140.000 im Theresienstädter Ghetto Internierten wurden etwa 88.000 in Vernichtungslager gebracht. In Theresienstadt selbst verloren über 33.000 Menschen ihr Leben, sie konnten den mangelhaften hygienischen Zuständen, der miserablen medizinischen Versorgung, dem Hunger und der Entwürdigung nicht standhalten. Die Lebensbedingungen waren für die meist älteren und gebrechlichen Menschen derart schlecht, dass sie nur geringe Überlebenschancen hatten.

Eine Rotenburger Jüdin überlebt Ghetto Theresienstadt

Jettchen Döllefeld war die am 25. November 1864 geborene Tochter von Hirsch und Karoline Döllefeld. Die beiden waren kurz vor Jettchens Geburt von Lispenhausen nach Rotenburg übergesiedelt, um in der Querweingasse 5 einen Getreide- und Futtermittelhandel zu führen.
Jettchen Döllefeld hatte Rotenburg am 3. Dezember 1939 verlassen und im Frankfurter Jüdischen Altersheim Reuterweg 91 eine zwischenzeitliche Bleibe gefunden.
Auch sie saß in dem Deportationszug mit der Nummer Da 503, der am 18. August 1942 von Frankfurt abging und Theresienstadt am 19. August erreichte.
Schon wenige Wochen nach dessen Ankunft wurden 286 Personen in das Vernichtungslager Treblinka weitergeleitet, andere kamen 1943 in die Gaskammern von Auschwitz.
Nur 17 der im August von Frankfurt Verschleppten überlebten die Verfolgung, darunter auch Jettchen Döllefeld.

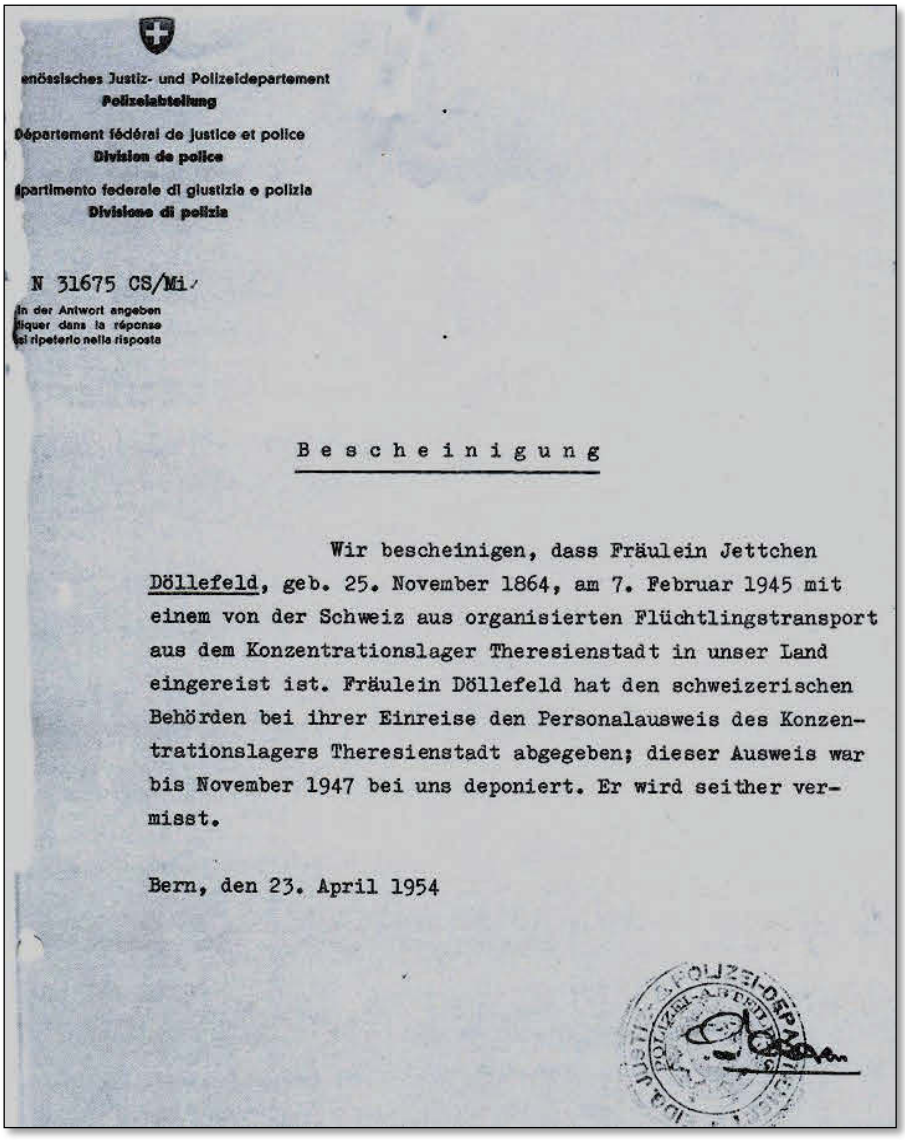


Jettchen Döllefeld, ca. 1930

Im Februar 1945 gehörte die mittlerweile 80-Jährige zu den 1.200 Häftlingen im Ghetto Theresienstadt, die aufgrund einer Vereinbarung der SS mit dem Internationalen Roten Kreuz in die Schweiz gelangten, eine abgründige Geschichte.
Sie ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass SS-Chef Heinrich Himmler in den letzten Kriegsmonaten seine Haut durch „humanitäre“ Aktionen zu retten suchte.
Im Ghetto Theresienstadt hatte es einige Tage gedauert, ehe sich genügend Häftlinge bereit fanden, in die 17 komfortablen Pullmannn-Fernreisewagen zu steigen.
Man befürchtete ein Täuschungsmanöver und dass nicht die Schweiz, sondern die Rampe von Auschwitz-Birkenau die Endstation sein werde.
Vom Grenzort Kreuzlingen als Zwischenstation, wo es einen großartigen Empfang gab, trafen die Befreiten am 7. Februar 1945 abends in St. Gallen ein. Sie wurden zunächst in verschiedenen Orten der Schweiz untergebracht, viele entschieden sich danach für eine Ausreise in die USA.
Jettchen Döllefelds Weg führte an den Genfer See und dort in das Jüdische Alters- und Pflegeheim *Les Berges du Léman* in Vevey, wo ihr noch 15 ruhige Lebensjahre beschieden waren. Sie starb hier 1960 im Alter von 95 Jahren und wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Vevey bestattet.



Jettchen Döllefeld (1864 - 1960) im Alters- und Pflegeheim in Vevey/Schweiz ca. 1955.



enössisches Justiz- und Polizeidepartement
Polizeiabteilung

Département fédéral de justice et police
Division de police

Dipartimento federale di giustizia e polizia
Divisione di polizia

N 31675 CS/Mi

In der Antwort angeben
Indiquer dans la réponse
Si ripeterlo nella risposta

B e s c h e i n i g u n g

Wir bescheinigen, dass Fräulein Jettchen Döllefeld, geb. 25. November 1864, am 7. Februar 1945 mit einem von der Schweiz aus organisierten Flüchtlingstransport aus dem Konzentrationslager Theresienstadt in unser Land eingereist ist. Fräulein Döllefeld hat den schweizerischen Behörden bei ihrer Einreise den Personalausweis des Konzentrationslagers Theresienstadt abgegeben; dieser Ausweis war bis November 1947 bei uns deponiert. Er wird seither vermisst.

Bern, den 23. April 1954

Bescheinigung v. 23.04.1954 betr. Ausweisverlust der am 07.02.1945 aus Theresienstadt in die Schweiz gekommenen Jettchen Döllefeld.
© Archiv Terezin

1. September 1942
Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt

Leopold Oppenheim geb. 1883) mit seiner Frau **Martha** geb. **Marx** (1896) und den beiden Söhnen **Heinz** (geb. 1925) und **Kurt** (geb. 1930) saßen in dem Zug, der 1.100 Menschen am 1. September 1942 den Frankfurter Hauptbahnhof mit dem Ziel Theresienstadt verließ. Es war die 8. Deportation aus dieser Stadt; als Sammellager wurde wieder das Altersheim an der Rechneigrabenstraße benutzt. Lediglich 32 haben überlebt. Noch im September 1942 wurden 268 Personen aus diesem Transport nach Treblinka weitergeleitet, wo sie unmittelbar nach ihrer Ankunft im Gasofen ermordet wurden. Das gleiche Schicksal erlitten im Jahr darauf 58 Personen in der Vernichtungsstätte Auschwitz, im Oktober 1944, zwei Jahre später, wurden dort weitere 156 Frankfurter ermordet (Gottwaldt/Schulle 2005: 317), darunter auch die vier Oppenheims, ursprünglich aus Bebra.

Noch am Tag nach den ersten schweren Ausschreitungen gegen die Bebraer Juden in der Nacht zum 8. November hatten die vier genannten Oppenheims ihre Heimatstadt verlassen und in Frankfurt Zuflucht gesucht. Das bedeutete zugleich auch Aufgabe des Manufakturwaren- und Textilgeschäfts in der Nürnberger Straße 26, das Leopolds Onkel Louis Oppenheim dort bis zu seinem Tod am 1. Mai 1931 geführt hatte. Dessen Sohn Martin, Leopolds Cousin, war schon wenige Wochen nach seinem Vater ebenfalls verstorben.

Leopold Oppenheim war der älteste Sohn von Joseph und Bertha Oppenheim, die beide im Sommer 1935 starben. Das von ihnen um 1900 gegründete Kaufhaus Nürnberger Straße 48 war bis ca. 1930 von Leopolds jüngerer Schwester Meta und deren Ehemann Adolf Fulda geführt worden. Beide waren am 11./12. November 1941 von Frankfurt aus ins Ghetto Minsk verschleppt worden, wo ihr Leben ausgelöscht wurde. Ihre letzte Frankfurter Adresse war Baumweg 38.



Der Laden Nürnberger Straße 26 von Leopold Oppenheim nach den Pogromen vom November 1938.









***oben**: Werbeannonce von Leopold Oppenheim für den Verkauf von Oberbekleidung und Wäsche in seinem Etagengeschäft in der Marienstraße. (ca. 1930)*

Mitte: *Nürnberger Straße 26, bis 1931 von Louis Oppenheim und seinem Sohn Martin geführtes Ladengeschäft, das nach deren Tod 1931 von Leopold Oppenheim bis 1938 weitergeführt wurde.*
Annonce im Tageblatt v. 29.01 1929, in der Leopold Oppenheim die Übernahme der Warenbestände der von seiner Schwester Meta und ihrem Ehemann Adolf Fulda geführten, in Insolvenz gegangenen Fa. Jos. Oppenheim mitteilte.

***unten**: Nachweis vom 6. Oktober 1944 für Leopold Oppenheims Transport von Theresienstadt nach Auschwitz.*

1. September 1942: Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt

Josef Linz, geb. 18.11.1869, war das älteste von neun Kindern von Schneidermeister Susmann Geisel Linz II und seiner Frau Sara geb. Speier in Rotenburg, Breitenstraße 19.

Nach Eheschließung mit Anna Löwenthal übernahm er 1898 das Bekleidungsgeschäft von deren Bruder in Pirna, das er bis zum Umzug nach Frankfurt (Melemstr. 12) führte.

In den Adressbüchern von Frankfurt/Main von 1932 bis 1941 wurde Josef Linz als Privatier geführt. Folglich konnte er von den Einnahmen leben, die er zuvor in seinem Erwerbsleben getätigt hatte, ohne weiter einer Arbeit nachgehen zu müssen.

Josef Linz wurde am 1. September 1942 von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt verschleppt, zusammen mit seiner Frau Anna und weiteren 1108 Menschen aus Frankfurt, Wiesbaden und weiteren Ortschaften aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden, meist über 65-Jährige.

Der von dem Ehepaar Josef und Anna Linz am 1. September 1942 abgeschlossene Heimeinkaufvertrag macht in seiner Höhe (42.000 RM) deutlich, dass die beiden in wirtschaftlich guten Verhältnissen gelebt hatten.

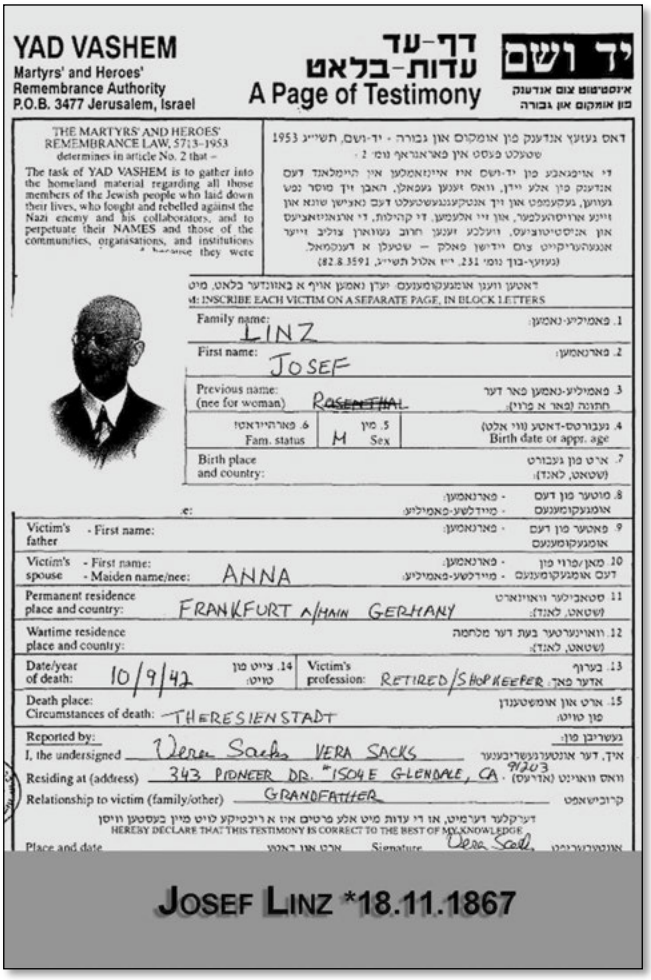
Josef Linz war nach einer Woche Lageraufenthalt tot, die angegebene Todesursache „Akuter Darmkatarrh“ ist ein Hinweis darauf, dass sein Tod die Folge der katastrophalen Unterbringungs- und Lebensverhältnisse im Ghetto Theresienstadt war, die durch Hunger und fehlende medizinische Versorgung gekennzeichnet waren. Anna Linz kam am 17. Mai 1944 ins KZ Auschwitz, wo sie in einer der Gaskammern ermordet wurde.



Eines der über 12.000 Gedenktäfelchen an der Außenmauer des Alten Jüdischen Friedhofs an der Battonstraße in Frankfurt.



Geschäftsannonce aus dem Jahr 1900 von Josef Linz in Pirna.



Erinnerungsblatt für Josef Linz in Yad Vashem von seiner Enkeltochter Vera Sachs - hier in der Bearbeitung in der Porträtwand des Jüdischen Museums Rotenburg

118

Heimeinkaufvertrag H

Zwischen der

Jüdischen Kultusvereinigung , Jüdischen Gemeinde in Frankfurt a.M. E.V.
~~Bezirksstelle~~ ~~der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland~~
und
~~Herrn / Frau / Fräulein~~ / den Eheleuten Josef Israel Linz, geb. 18.11.1869
Anna Sara Linz " 5. 2.1871.
geb.Löwenthal
~~gesetzlich vertreten durch~~ Melemstrasse 12.

wird folgender Heimeinkaufvertrag geschlossen.

1.

a) ~~Herr / Frau / Fräulein~~ / Die Eheleute Linz

~~erkennt~~ / erkennen folgendes an:
Die Jüdischen Alters- und Siechenheime haben eine große Zahl von Insassen, deren Unterhalt ganz oder teilweise aus jüdischen Wohlfahrtsmitteln bestritten wird. Es liegt im Zuge der Entwicklung, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Heiminsassen steigt. Um zu ermöglichen, daß auch künftig Minderbemittelte und Hilfsbedürftige in den Heimen verbleiben bzw. in sie aufgenommen werden können, ist es Pflicht aller derjenigen Heiminsassen, die noch über hinreichende Mittel verfügen, durch ihre Pflegegelder nicht nur die Kosten ihres eigenen Heimaufenthalts zu decken, sondern darüber hinaus zu dem Unterhalt ihrer bedürftigen Mitinsassen beizutragen.

b) ~~Herr / Frau / Fräulein~~ / Die Eheleute Linz

~~kauft~~ / kaufen sich vom 1.Sept.42. ab in ~~das Heim~~ Gemeinschafts-unterbringung mit einem Betrag von 45 000.-- RM (in Worten fünfundvierzigtausend --- RM) ein.

2.

a) Der Einkaufbetrag wird wie folgt bezahlt: sofort.
~~Nach Genehmigung durch die Devisenstelle.~~

b) Der Einkaufbetrag wird aus eigenen Mitteln gezahlt.
~~Der Einkaufbetrag wird von dritter Seite, nämlich von Herrn / Frau / Fräulein~~
~~gezahlt. Durch Mitunterzeichnung dieses Vertrags erkennt Herr / Frau / Fräulein~~
~~seine Bestimmungen, insbesondere auch Ziffer 7, als verbindlich an.~~

3.

a) ~~In das Heim werden Möbel, Betten und Hauswäsche, die im Eigentum von Herrn / Frau / Fräulein / der Eheleute~~ In das Heim können nur Gegenstände nach Massgabe behördlicher Weisung eingebracht werden.
~~stehen, gemäß dem beigefügten Verzeichnis eingebracht.~~

Am 24. August 1942 abgeschlossener Heimeinkaufvertrag von Josef und Anna Linz mit der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt; letztere war dazu gezwungen worden, das gezahlte Geld musste sofort weitergeleitet werden. (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden)

11. September 1942:
Von Bamberg ins Ghetto Theresienstadt

Meta Brandes, geboren am 23. Januar 1875, war das zweite von sieben Kindern, deren Eltern in Rotenburg (Neustadtstraße 1, früher Am Rasen) ein Stoffgeschäft führten, spezialisiert auf Samt und Seide.

Meta hatte Schneiderin gelernt. Das Rotenburger Einwohnerverzeichnis meldet ihre Rückkehr aus New York am 11. Juni 1897. Näheres dazu ist nicht überliefert.

Am 24. Mai 1902 ist ihr Wegzug nach Rengsdorf (Kreis Neuwied) verzeichnet, wo ihre ältere Schwester Jettchen seit 1898 mit Jakob Hecht verheiratet war.

Zusammen mit ihrer inzwischen auch nach Neuwied gekommenen Schwester Paula führte sie dort in der Kaiser-Wilhelm-Straße bis 1935 ein Stoff- und Kurzwarengeschäft.

Während ihre Schwester Paula nach Aufgabe des Geschäftes zu ihrer Schwester Rosa nach Meinerzhagen ging, veränderte sich Meta Brandes nach Bamberg. Dort war sie schon seit 1917 Teilhaberin an dem 1913 von ihrem jüngeren Bruder Sally Brandes gegründeten Spezialgeschäft für wollene und seidene Stoffe.

Nach acht Monaten eines entsagungsvollen und menschenunwürdigen Lebens im „Altersghetto“ Theresienstadt starb Meta Brandes dort am 13. Mai 1943 im Alter von 68 Jahren.



Meta Brandes ca. 1930.



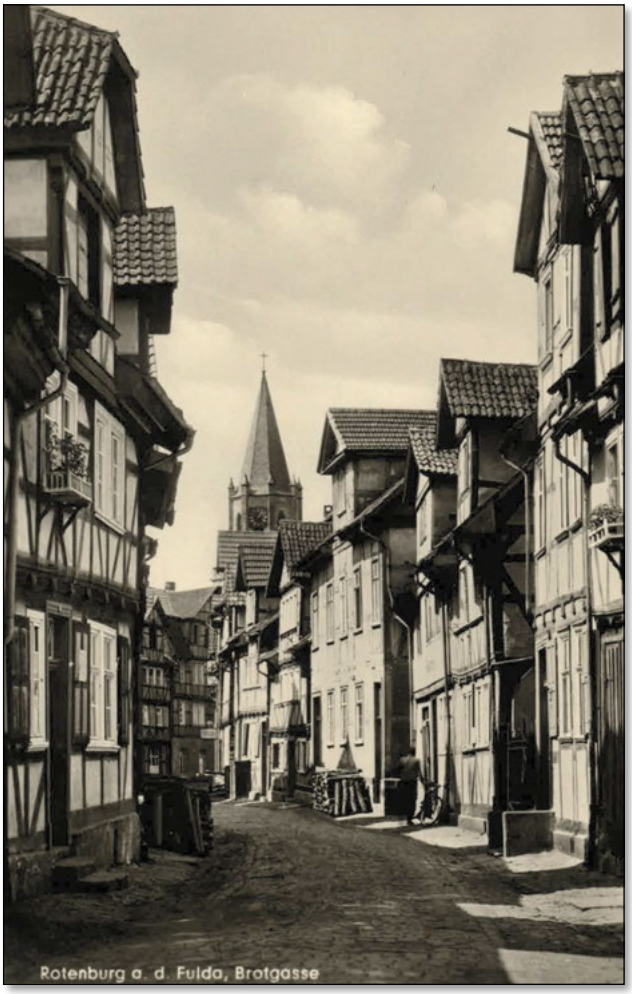
Ladenfront Geschwister Brandes in Rengsdorf.



Meta Brandes (rechts) bei einer Kaffeerunde in Bamberg 1936, ihr gegenüber Metas Bruder Sally.

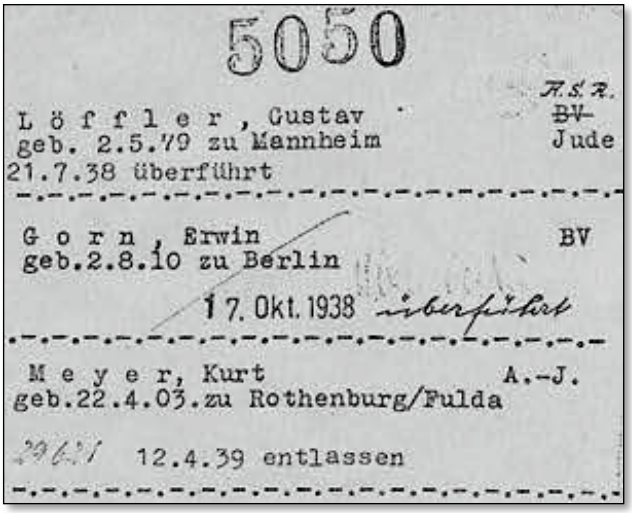
15. September 1942: Von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt

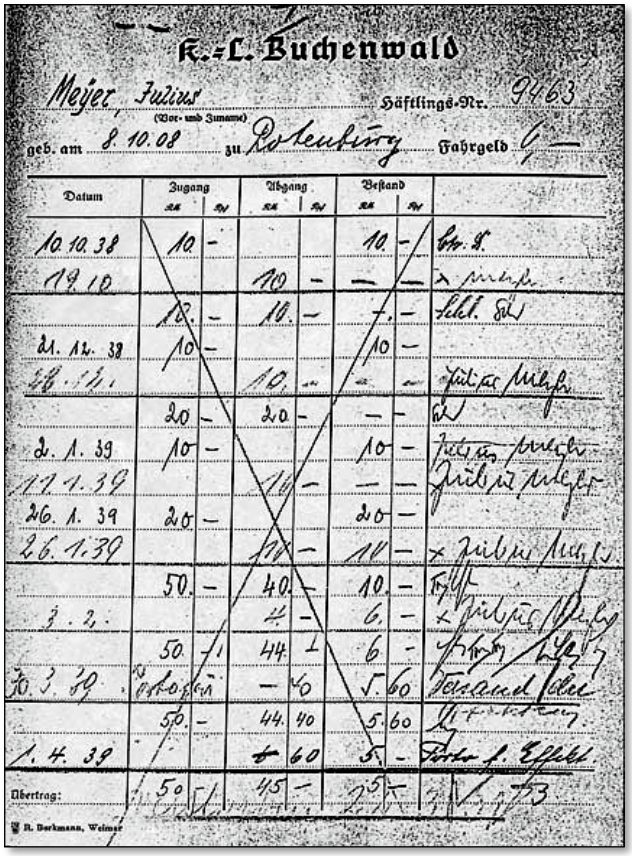
Zu der Gruppe von Deportierten am 15. September von Frankfurt aus gehörte auch der 1895 in der Rotenburger Brotgasse 32 geborene und aufgewachsene **Karl Meyer**. Er hatte die Offenbacher Jüdin **Luise Oppenheimer** geheiratet, die beiden hatten sich ca. 1930 in Frankfurt niedergelassen. Vor ihrer Deportation ins Ghetto Theresienstadt am 15. September 1942 wohnten sie im Röderbergweg 19.
Diese Adresse ist auch für Karls Schwester **Hertha Meyer** registriert. Sie war im Frühjahr 1939 zu ihrem älteren Bruder Karl nach Frankfurt geflüchtet. Hertha Meyers Deportationstermin lässt sich datumsmäßig nicht genau bestimmen, wohl aber ihr Lebensende am 23. Februar 1943 in Auschwitz. Wahrscheinlich saß sie in einem der drei Deportationszüge, die in den Monaten Mai und Juni 1942 von Frankfurt abgingen, deren Personenlisten aber nur lückenhaft überliefert sind.
Den befragten Rotenburger Zeitzeugen waren die Bewohner des Hauses Brotgasse 32 nicht unter dem Namen Meyer bekannt, sie erinnerten sich an diese vielmehr unter dem Namen Jackmeyer: offensichtlich eine Zusammensetzung aus den Namensbestandteilen Jak(ob)+Meyer.
Dieser Jakob Meyer stammte aus Viersen (dort geboren 1857) und war 1894 durch die Eheschließung mit Sara Fleischhacker nach Rotenburg gekommen.
Die Fleischhackers waren seit Generationen in Rotenburg ansässig, neben ihrem kleinen Laden in der Brotgasse 32 mit Lebensmitteln- und Haushaltswaren betrieben sie in der Sommerzeit ein Freibad in der nahen Fulda.
Jakob Meyer war 1937 in Rotenburg verstorben, seine Frau bereits 1925. Ihr **Sohn Julius** (Jg. 1908) war am 23. März 1939 im Konzentrationslager Buchenwald umgekommen. (s. nebenstehende Meldung aus dem KZ Buchenwald unter der Nr. 9463)
Dort war er bereits im Oktober 1938 eingeliefert worden, nicht erst im Gefolge der Novemberpogrome. Der spezielle Grund für seine Verhaftung ist nicht bekannt. Wahrscheinlich hatte er seine Entlassung vor Augen, als das Juden-Sonderlager in Buchenwald im März 1939 wegen einer Typhusepidemie unter Quarantäne gestellt wurde. Als Ursache seines Todes am 23. März 1939 wurde *„Akute Psychose im Erregungszustand“* angegeben.



Rotenburg, Brotgasse 32 (vorn links) war das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Meyer.


9463
Meyer, Julius
geb.8.10.08.zu Rothenburg
versborben am 22. 3. 1939
ASR.
Jude


5050
Löffler, Gustav
geb. 2.5.79 zu Mannheim
21.7.38 überführt
ASR.
~~BV~~
Jude
Gorn, Erwin
geb.2.8.10 zu Berlin
BV
17. Okt. 1938 überführt
Meyer, Kurt
geb.22.4.03.zu Rothenburg/Fulda
A.-J.
12.4.39 entlassen



K.-L. Buchenwald

Meyer, Julius (Vor- und Zuname) Häftlings-Nr. 9463

geb. am 8.10.08 zu Rotenburg Fahrgeld 6.—

Datum	Zugang RM	Rpf	Abgang RM	Rpf	Bestand RM	Rpf	
10.10.38	10	-			10	-	Einl. K.
19.10			10	-	—	—	[illegible]
	10	-	10	-	—	—	Schl. Gd
21.12.38	10	-			10	-	
28.12.			10	-	—	—	[illegible]
	20	-	20	-	—	—	Gd
2.1.39	10	-			10	-	[illegible]
11.1.39			10	-	—	—	[illegible]
26.1.39	20	-			20	-	
26.1.39			14	-	14	-	[illegible]
	50	-	40	-	10	-	[illegible]
3.2.			4	-	6	-	[illegible]
	50	-	44	-	6	-	[illegible]
30.3.39	[illegible]		—	40	5.60		[illegible]
	50	-	44	40	5.60		[illegible]
1.4.39			44	60	5	-	[illegible]
Übertrag:	1.50		45	-	15	-	[illegible]

R. Berkmann, Weimar

Geldkarte *aus dem Konzentrationslager Buchenwald von Julius Meyer , der dort vom 10. Oktober 1938 bis zu seinem Tod am 23. März 1939 inhaftiert war.*



Werbeanzeige *aus den 1920er Jahren im Rotenburger Tageblatt*

Jakob und Sara Meyers **Sohn Kurt** (Jg. 1903) war wie sein Bruder Julius KZ-Häftling in Buchenwald. Nach seiner Entlassung am 12. April 1939 gelang ihm im Juni 1939 die Flucht nach England, von wo er 1940 nach Australien abgeschoben wurde. Wegen einer psychischen Erkrankung (Verfolgungswahn) kam er dort in eine Heilanstalt. Er galt lange Zeit als „verschollen“, ehe bekannt wurde, dass er 1948 aus Australien nach Deutschland zurückgekehrt war und bis zu seinem Tod am 12. März 1975 in der Heilanstalt Osnabrück und im Landeskrankenhaus Hannover betreut wurde.

Jakob und Sara Meyers Tochter Elfriede (verh. Gans) gehörte, zusammen mit ihrer damals zweijährigen Tochter Judis Bela, zu den am 1. Juni 1942 von Kassel aus nach Sobibór Deportierten.

Am 8. April 1933 waren Kurt und sein bettlägeriger Vater - dieser starb 1937 - von SA-Leuten in ihrer Wohnung überfallen, zusammengeschlagen und zu einer Geldzahlung erpresst worden.



Stolpersteine *für die Geschwister Julius und Hertha Meyer, Elfriede Gans geb. Meyer und deren Tochter Judis Bela Gans vor dem Haus Brotgasse 32 in Rotenburg a.d.F.*

Zu den am 15. September 1942 von Frankfurt aus ins Ghetto Theresienstadt Deportierten zählten auch **Hermann** und **Fanny Linz** (Breitenstraße 19) mit ihrer ehemaligen Rotenburger Hausnachbarin **Jettchen Gans** (Breitenstr. 21)

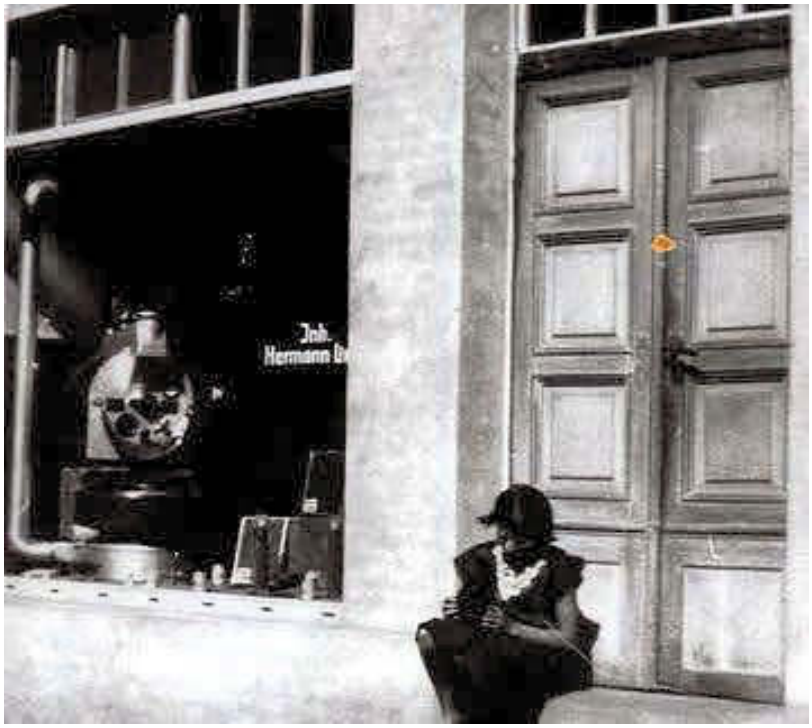
Hermann Linz, der Sohn von „Handelsmann“ Susmann Linz und Sophie geb. Speier, hatte 1914 die aus Frielendorf stammende Fanny Plaut geheiratet. Wie Hermann Linz‘ Vorfahren über mehrere Generationen in Rotenburg ansässig gewesen waren, so reichte auch der Stammbaum der Frielendorfer Plauts weit zurück.

Fannys Urahn Haune Plaut (1766-1833) soll der erste kurhessische jüdische Soldat gewesen sein, der Fürst habe ihn ob seiner hünenhaften Erscheinung spontan in seine Armee berufen.

Hermann Linz hatte 1930 die von seinem Vater übernommene Getreide- und Mehlhandlung durch eine Kaffeerösterei erweitert. *„Bei uns gab es den besten Kaffee“*, so seine Tochter Sophie noch 70 Jahre später.

Nachdem Hermann und Fanny Linz im November 1938 nach Frankfurt geflüchtet waren, hatten sie im Frankfurter Nordwesten (Körnerwiese 10) eine vorübergehende Bleibe gefunden. Wie Tochter Sophie berichtete, konnten sich die Eltern das Lagerleben in Theresienstadt dadurch etwas erträglicher gestalten, dass der Vater in der Lagerbäckerei arbeitete und die Mutter sich als Näherin nützlich machte. Im Oktober 1944 wurden aber beide nach Ausschwitz verschleppt und dort ins Gas geschickt.







***links**: Hermann Linz (1878-1944) und Frau Fanny geb. Plaut (1892 - 1944).*

- Verlobungsanzeige von 1913.

***rechts**: Ladenfenster mit Kaffeeröstmaschine, vor der Tür sitzend Sophie Linz.*

- Annonce zur Eröffnung der Kaffeerösterei Hermann Linz am 27.10.1930.



Schneidermeisterin **Jettchen Gans** hatte sich am 2. Dezember 1939 in Rotenburg abgemeldet, der Stadt, in der schon ihr Großvater Salomon und ihr Vater Isaak als Schneidermeister erfolgreich tätig gewesen waren. Jettchen Gans hatte nicht nur die Berufstradition ihrer Familie fortgeführt, sondern den Betrieb auch zu einer attraktiven Ausbildungsstätte für den Schneidernachwuchs gemacht.

Eine größere Zahl nichtjüdischer junger Frauen lernte bei ihr das Nähen. Jettchen wurde von ihren Berufskolleginnen und -kollegen sogar zur Obermeisterin der Rotenburger Schneiderinnung berufen. Jettchen Gans hatte laut amtlicher Auskunft der Stadtverwaltung (1959) bis zu sechs ständige Mitarbeiterinnen.

Bei den Novemberpogromen 1938 musste Jettchen Gans Schlimmes über sich ergehen lassen. Am 2. Dezember 1938 verließ sie zusammen mit ihrer Adoptivtochter Betty ihre Heimatstadt. Die Erwartung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen in der Großstadt Frankfurt erwiesen sich aber als unerfüllte Hoffnung.

Nach vier kummervollen Jahren in Frankfurt musste die inzwischen 71-Jährige am 15. September 1942 die Reise ins Ghetto Theresienstadt antreten. Von dort ging es für sie am 11. Januar 1944 weiter in die Vernichtung in Auschwitz.









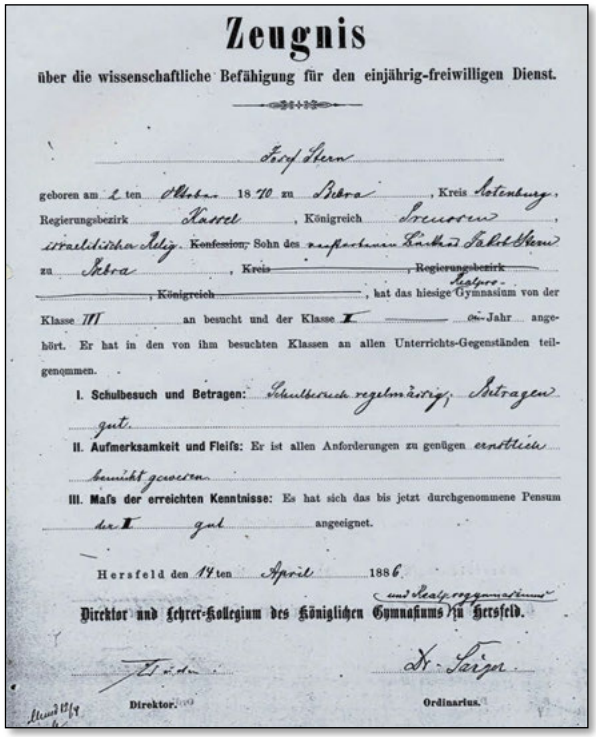


links oben: *Jettchen Gans (Mitte) mit ihrer Hausnachbarin Fanny Linz (rechts) und deren Schwester Emmy Plaut (links) im Jahr 1914.*

unten: *Jettchen Gans (Porträt aus dem Jüdischen Museum Rotenburg) und Foto Breitenstraße 19/21 im Jahr 1931.*

rechts oben: *Kreisblatt-Annoncen 1897 und 1915.*

Josef Stern (geb. 2. Oktober 1870) und seine **Schwester Ida** (geb. 11. September 1869) waren aus Bebra Stammende des Transports vom 15. September 1942 von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt.
Für **Ida**, verh. **Blaut**, ist bereits der 20. September 1942 als Todestag in Theresienstadt registriert, für ihren Bruder Josef nur wenige Tage später, der 26. September 1942.
Idas Ehemann Moses Blaut, der ebenfalls zu den Deportierten vom 15. September 1942 gehörte, hatte zusammen mit seinem Bruder Adolf die Lederhandlung A. & M. Blaut in Frankfurt betrieben. Auch Moses Blaut war nur ein kurzes Leben im Theresienstädter Ghetto beschieden, er starb dort am 10. Oktober 1942.



Zeugnis

über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst.

Josef Stern

geboren am 2ten Oktober 1870 zu Bebra, Kreis Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, Königreich Preussen, israelitischer Religion, Konfession, Sohn des verstorbenen Landwirt Jakob Stern zu Bebra, Kreis, Regierungsbezirk, Königreich, hat das hiesige Gymnasium von der Klasse III an besucht und der Klasse I ein Jahr angehört. Er hat in den von ihm besuchten Klassen an allen Unterrichts-Gegenständen teilgenommen.

I. Schulbesuch und Betragen: Schulbesuch regelmäßig, Betragen gut.

II. Aufmerksamkeit und Fleiß: Er ist allen Anforderungen zu genügen ernstlich bemüht gewesen.

III. Maß der erreichten Kenntnisse: Es hat sich das bis jetzt durchgenommene Pensum der I gut angeeignet.

Hersfeld den 14ten April 1886.

Direktor und Lehrer-Kollegium des Königlichen Gymnasiums und Realprogymnasiums zu Hersfeld.

Dr. Duden — Dr. Sarre

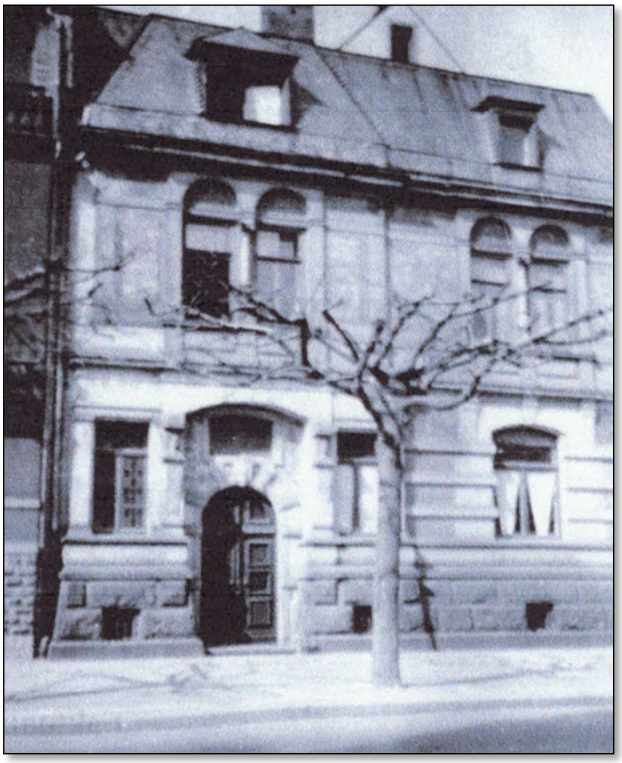
Direktor. Ordinarius.

Josef Sterns Zeugnis der mittleren Reife am Hersfelder Gymnasium mit der Unterschrift von (Konrad) Duden v. 14. April 1886.



Stolpersteine für Josef u. Ida Stern in Frankfurt/Main

Zu den 1369 am 15. September 1942 aus Frankfurt am Main Deportierten gehörten auch 43 Kinder aus dem Frankfurter Kinderhaus der Weiblichen Fürsorge, das 1919 in der Hans-Thoma-Straße 24 im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen eingerichtet worden war.
Darunter befand sich mit **Manfred Jakob Gans** ein Junge aus Rotenburg. Sein Vater Julius Gans war im August 1939 nach England geflüchtet, seine Mutter Elfriede geb. Meyer hatte den am 28. März 1938 in Marburg geborenen Manfred 1940 in die Obhut des Frankfurter Kinderheims gegeben.
Als die Bewohner des Frankfurter Kinderhauses am 16. September 1942 im Ghetto Theresienstadt eintrafen, stieg die Zahl der dort Eingepferchten auf den Höchststand von 53.004 Inhaftierten, die dort neben der Mangelversorgung an Lebensmitteln und Medikamenten mit qualvoller Enge zu kämpfen hatten.
Am 23. Oktober 1944 wurde der seinerzeit Sechsjährige Manfred Jakob Gans als Mordopfer nach Auschwitz überstellt. Seine Mutter Elfriede Gans war mit ihrem jüngsten Kind, Judis Bela, bereits zwei Jahre zuvor, im Juni 1942, im Vernichtungslager Sobibór getötet worden



Das Frankfurter Kinderhaus der Weiblichen Fürsorge in der Hans-Thoma-Straße im Jahr 1939.
Das Quartier von Manfred Jakob Gans soll in der oberen Etage gewesen sein.

Auch **Adolf Speier** und seine **Frau Berni geb. Oppenheim** mussten am 15. September 1942 in Frankfurt in den Zug steigen, dessen Reiseziel Theresienstadt war.

Adolf Speier war am 18. Dezember 1892 in dem Haus Altstadtstraße 16 (damals Schulstraße) auf die Welt gekommen, seine Mutter war schon im gleichen Haus aufgewachsen. 1923 schlossen Adolf und die aus Erdmannrode (jetzt Ortsteil von Schenklengsfeld) stammende Berni Oppenheim den Ehebund, aus dem die beiden Töchter Loni (geb. 1924) und Ilse (geb. 1932) hervorgingen. Beide gelangten im März 1940 zusammen mit 14 weiteren jüdischen Mädchen aus dem Frankfurter Jüdischen Waisenhaus am Röderbergweg nach Jerusalem.

1930 erwarben die Speiers das Haus Breitenstraße 16; hier konnten sie auf das gegenüber dem alten Laden in der Schulstraße deutlich erweiterte Warensortiment in zwei großen Schaufenstern aufmerksam machen: Manufaktur- und Kurzwaren, Babyausstattung, Berufskleidung.

Für Adolf Speier war Rotenburg mehr als der Ort, in dem er als Kaufmann seinem Broterwerb nachging: in der Freiwilligen Feuerwehr war er für die Absperrmannschaft verantwortlich, für das Rote Kreuz war sein Laden in der Breitenstraße die Anlaufstelle für den Sanitäts- und Rettungsdienst, wie es das Hinweisschild neben der Ladentür ausweist. (s. Foto nächste Seite)

Nach Hitlers Machtübernahme war Adolf Speiers Einsatz für Feuerwehr und Rotes Kreuz nicht mehr erwünscht. Nach der Zerstörung und Plünderung von Laden und Wohnung im November 1938 suchte die Familie Zuflucht bei Bernis Schwester Bertha Nussbaum in Hersfeld (Hanfsack 2); im April 1939 gingen die Speiers von dort nach Frankfurt (Schwanenstr. 12), in der Hoffnung auf Schutz im Alltag durch die großstädtische Anonymität.

Am Tag ihrer erzwungenen Reise ins Ghetto Theresienstadt hatten die Speiers einen sog. Heimeinkaufvertrag unterzeichnet. Ob Adolf und Berni Speier sich dabei wirklich der Illusion hingegeben hatten, sie würden mit der Unterschrift unter den aufgezwungenen Einkauf in das „Altersheim Theresienstadt“ ein halbwegs gesichertes Leben führen können?

In dem „Heimeinkaufvertrag“ vom 11.09.1942 wurde unter Punkt 4a den Speiers - wie allen anderen Unterzeichnern eines solchen Vertrags - nämlich zugesichert, ihnen *„auf Lebenszeit Heimunterkunft und Verpflegung zu gewähren, die Wäsche waschen zu lassen, sie erforderlichenfalls ärztlich und mit Arzneimitteln zu betreuen und für notwendigen Krankenhausaufenthalt zu sorgen.“*

Womit sich die Speiers mit ihrer Unterschrift ebenso einverstanden erklären mussten, stand in Punkt 4b des Vertrags: *„Das Recht der anderweitigen Unterbringung bleibt vorbehalten“.* Von diesem Recht machte der „Vertragspartner“ im Oktober 1944 in einer alle Befürchtungen übertreffenden Weise Gebrauch, indem er Adolf und Bertha Speier in die Gaskammern von Auschwitz bringen ließ.

Den Speiers war bei Unterzeichnung des Heimeinkaufvertrags bestimmt bewusst, dass die von ihnen zu zahlende Summe von 1.336,70 RM eine Gegenleistung, wie in dem Vertrag versprochen, nicht erbringen würde.

Die in dem Vertrag genannte Summe gibt zugleich Auskunft darüber, in welch geringem Umfang die Familie noch über Geldmittel verfügte, nachdem sie auf den Erlös für den Verkauf ihres Wohn- und Geschäftshauses in der Breitenstraße den Zugriff verloren hatte.



Stolpersteine zur Erinnerung und im Gedenken an Adolf und Berni Speier geb. Oppenheim vor dem Haus Breitenstraße 16 in Rotenburg, verlegt im Mai 1920.





Adolph Speier *18.12.1892



Berni Speier
geb. Oppenheim *23.05.1898

Nr. 33

(Aufgebotsverzeichnis Nr. 29/38.)

Rotenburg am dreiundzwanzigsten
September tausend neunhundert dreiundzwanzig.

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschienen heute zum Zwecke der Eheschließung:

1. der Kaufmann Adolf Speier
der Persönlichkeit nach bekannt,
geboren am acht ten Dezember
des Jahres tausend acht hundert neunzig neunzehn
zu Rotenburg an der Fulda
Geburtsregister Nr. 144 des Standesamts in Rotenburg an der Fulda
wohnhaft in Rotenburg an der Fulda;
2. die Berni Oppenheim, ohne b,
ohne Beruf

Rotenburg/Fulda, am 23. Dezember 1938.
Der Rotenburger Name d. Ehefrau ist gesetzlich der Vorname „Sara“ beigefügt.
Der Standesbeamte:
Kilian

Rotenburg/Fulda, den 8. Februar 1949
Der Vorname Sara des obigen Randvermerkes wird gelöscht.
Der Standesbeamte
In Vertretung:

Foto oben links zeigt den Ladeneingang zu dem Geschäft der Familie Speier, Breitenstraße 16 in Rotenburg, im Frühjahr 1938; in der Ladentür die Töchter Loni (Jg. 1924) und Ilse (Jg. 1932).

Auch zu diesem Zeitpunkt ist der Hinweis auf das Haus Speier als Rot-Kreuz-Anlaufstelle noch nicht entfernt.

In der rechten Spalte oben die Porträts von Adolf und Berni Speier in der Fotogalerie des Rotenburger Jüdischen Museums.

Nebenstehend die Löschung des Eintrags im Rotenburger Standesamt vom 8. Februar 1949, mit der die Eintragung der zusätzlichen Vornamen (Israel bzw. Sara) vom 23. Dezember 1938 gelöscht wurde.

Zeitzeugenbericht der Deportation Frankfurt-Theresienstadt am 15. September 1942

Die Deportation am 15. September 1942 nach Theresienstadt war der 9. Massentransport jüdischer Menschen aus Frankfurt am Main. Darüber können Details einem Bericht („Überleben in Theresienstadt“) von **Ferdinand Levi**, der als damals 63-Jähriger die Verschleppung überlebte, entnommen werden.

Seinen 1955 festgehaltenen Erinnerungen zufolge wurden die in Frankfurt für die Deportation vorgesehenen 1.378 Menschen zunächst in ein Sammellager im Rechneigraben gebracht:

„Zwei Tage und zwei Nächte verbrachten wir in dem früheren Jüdischen Altersheim, das später durch Kriegseinwirkung gänzlich zerstört worden ist. Der Aufenthalt dort war ein Vorgeschmack auf das KZ. … Durch Beamte der Gestapo wurde festgestellt, daß alle zum Transport bestimmten Personen zugegen waren.

Diese Personen und ihr Gepäck wurden dann scharf überprüft. Anwesend war auch je ein Gerichtsvollzieher, der im Auftrage des Regierungspräsidenten den Ausbürgerungsbescheid zustellte, durch den das Vermögen zu Gunsten des Deutschen Reiches als verfallen erklärt wurde.

Noch sehe ich die ernsten Gesichter, die umschatteten Augen, die Abschied nehmen von ihrer Heimat - einer Welt, die man ihnen abspricht, die man ihnen raubt, aus der man sie verschleppt, weil sie Juden sind“. (Levi 276)

Bei den so von Ferdinand Levi Beschriebenen handelte es sich überwiegend um Frontsoldaten aus dem Ersten Weltkrieg, viele von ihnen, so wie auch Adolf Speier, Schwerkriegsbeschädigte, die bislang von der Deportation verschont geblieben waren. Denen sieht Ferdinand Levi in ihrer Reaktion auf die gewaltsame Verschleppung diejenigen gegenüber, die nichts mehr mit ihrer deutschen Heimat verbinden konnten:

„So gab es auch manche, die gleichmütig in den Transport gingen, weil ihnen das Leben in der nazistisch durch und durch verseuchten Umwelt zum Ekel wurde.“ Ferdinand Levi dann weiter:

„Auf Lastwagen stehend oder auf unserem Bündel hockend wurden wir zu einem offenen Bahngeleise, nahe dem Osthafen, befördert. Auf dem ganzen Weg wurden wir von einer johlenden Menge beschimpft und verhöhnt: 'Schlagt sie doch tot, zu was die teuren Kohlen für den Transportzug!' Immer wieder diese Zurufe, offenbar einstudiert. Lange Jahre sind vergangen und ich höre sie immer noch, und die jämmerlichen Fratzen, die sie ausgerufen haben, glotzen mich noch heute an.

Lange, lange standen wir, bis endlich ein Zug eingetrudelt kam, der uns aufnahm: 1.300 an der Zahl, Alte und Junge und viele ganz Junge, die sich ängstlich — ihr Los schon ahnend — an ihre Mütter kuschelten, Kranke und auch zwei meiner schwerkriegsbeschädigten Kameraden vom ‚Bund jüdischer Frontsoldaten‘ lagen auf der Bahre. Das Herz krampft sich mir zusammen, wenn ich an diese Schar der Verfemten denke, die dem Tod näher als dem Leben standen. …

Endlich eingeladen, erschienen in jedem Wagen zwei Uniformierte. ‚Koffer und Bündel auf!‘ Und wieder wurde geraubt, gestoßen und getreten, und die gemeinsten Schimpfereien mussten wir über uns ergehen lassen. Noch weitere Kontrollen, die ganze Rampe entlang Anordnungen und Schreiereien, endlich hermetisches Schließen der Waggons. Abfahrt — in Richtung Theresienstadt … unter Zurücklassung der gesamten Habe, des materiellen und geistigen Gutes - Gemälde, Bücher, Sammlungen - ausgestoßen, evakuiert, deportiert! Zusammengepresst im dichten, verschlossenen Wagen, in einer verpesteten Luft mit übermüdeten, durchschwitzten, apathisch dahinbrütenden Gefährten, standen vor meinem geistigen Auge Bilder längst vergangener Zeiten auf.“

Schließlich erreichten wir unser Ziel: die Station Bauschowitz. Eine Anzahl Toter – einige hatten sich unterwegs das Leben genommen – waren zu beklagen. Die Waggontüren wurden aufgerissen.

Empfangen wurden wir von dem Lagerkommandanten Dr. Seidl und seinen SS-Leuten sowie zwei ungeheuren Doggen, die auf einen Wink hin ihre Tatzen auf die Schultern eines Häftlings legten und bei der geringsten Bewegung nach dessen Kehle schnappten.

Heute ist es kaum mehr nachzuvollziehen, was wir auszustehen hatten, nachdem wir die mühselige zweitägige Fahrt hinter uns hatten.“ (Levi 1997: 278)

Ferdinand Levi beschreibt dann in seinen Erinnerungen minutiös die Lebensbedingungen im Theresienstädter Ghetto, dessen Alltag von Hunger, Krankheit, Furcht, Verzweiflung und Tod geprägt war, es aber auch Selbstbehauptung, Lebenswillen und Solidarität gab:

„Ausreichende Waschgelegenheit und Waschgeschirr fehlten, viele von uns benutzten ihre Essschalen zum Waschen und zu noch anderen, ganz natürlichen Verrichtungen. Dazu herrschte ein unbeschreiblicher, trotz allergrößter Mühe nie zu beseitigender Schmutz und Dreck.
Man litt unter unvorstellbaren Mengen von Ungeziefer, besonders von Flöhen und viel mehr noch Wanzen, vor deren Gestank wir uns nicht nur ekelten, sondern geradezu fürchteten. In den Kasernen als auch in den Baracken und Blockhäusern: Ratten, die es in Mengen gab und über unsere Körper huschten. ...Eine weitere Höllenqual war der nie gestillte, Tag und Nacht zwickende Hunger. …
Die Menschen verhungerten und verkamen buchstäblich im Ungeziefer. So haben sie gelitten, und was haben sie nicht alles ausstehen müssen vor ihrer endgültigen Ermattung, vor ihrer Abmagerung zum Skelett! Die furchtbarste aller Seuchen, die Enteritis [Darmentzündung, H.N.], *bannte die älteren Leute an den Fußboden - unmöglich, sich noch einmal zu erheben.* (Levi 1997: 280)
Ferdinand Levi dann aber:
„Auf einigen Dachböden wurde auch Gottesdienst abgehalten. Man stand da im Halbdunkel, nur durch Dachluken erhellter Raum, im vielfach geflickten Anzug, oft gerade von einer dreckigen Arbeit kommend. Ein großer Teil der Lagerinsassen - ganz sicher eine weit größere Anzahl als früher, infolge der Ereignisse seit der ‚Machtergreifung' - war von einer tiefen Religiosität erfüllt. Vielleicht noch mehr in der Tradition eingedenk der Judenverfolgungen früherer Zeiten als im Glauben selbst. So suchten und fanden wir Trost und Halt.
Zur Tora aufgerufen, die Augen auf die auf uraltem Pergament handgeschriebenen heiligen Worte gerichtet, die ein gerade einfallender Sonnenstrahl magisch beleuchtete, war man nicht mehr der armselige, ausgemergelte Häftling, sondern ein stolzer, bewusster und lebensbejahender Jude, für den der im Laufe der Zeit etwas abgetragene Davidstern auf der Brust zum Ehrenzeichen wurde. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass es nicht nur mir, sondern auch anderen Teilnehmern am Gottesdienst zumute war, hier nicht ausgestoßen, nicht gequält, nicht verfolgt zu sein." (Levi 1997: 284)
Im Juli 1944 war bereits mehr als die Hälfte der am 15. September 1942 von Frankfurt aus Deportierten in Theresienstadt verstorben, 326 in Vernichtungslager weitertransportiert worden und nur 333 lebten noch.
Ferdinand Levi berichtet abschließend über den Abtransport von fast 20.000 Menschen aus dem Ghetto Theresienstadt in die Vernichtung in den Gasöfen von Auschwitz in den Monaten September und Oktober 1944:
„Noch sehe ich diese armen, abgemagerten, verhärmten, verängstigten Männer und Frauen, alte wie junge, sehr alte und sehr junge, durch ein schmales Tor der ‚Aussigkaserne' geschleust und gedrängt werden, um draußen in Viehwagen verladen zu werden. Und in übler, aber haarscharfer Erinnerung sind mir auch noch die SS-Leute, die mit dicken Holzknüppeln auf diesen Menschenhaufen einschlugen, weil ihnen das Einladen nicht schnell genug ging. Beim Abtransport der Greise, Menschen von 70 bis 80 Jahren, spielten sich Szenen ab, die selbst in der an Unmenschlichkeit überreichen Geschichte der Deportation einmalig sind. Nach qualvollen Tagen in den Sammelstellen wurden die Betroffenen - bis zu 60 Personen auf einen Lastwagen - zum Bahnhof verladen, unter Misshandlungen in den Zug gestopft, wobei die SS vielen das letzte Bündel entriss." (Levi 1997: 288)



Denkmal in Theresienstadt mit Asche der dort verstorbenen Häftlinge (Foto von 2008)

20. September 1942: Von Weimar ins Ghetto Theresienstadt

Am 20. September 1942 startete in Weimar ein Zug mit der Kennzeichnung Da 517 mit Juden aus Thüringen und dem westlichen Sachsen. Das Reiseziel war das Ghetto Theresienstadt. Mit in diesem Zug saßen **Louis Lindau** und seine Frau **Frieda** geb. Simon, die am Tag vor der Abfahrt aus Sondershausen nach Weimar gebracht worden waren.

Louis Lindau war am 23. November 1874 als ältester Sohn von Susmann und Hannchen Lindau in dem Haus Mühlenstraße 6 in Bebra auf die Welt gekommen, wo sein Vater eine Schuhmacherwerkstatt betrieb. Louis Lindau kam noch vor der Jahrhundertwende nach Sondershausen.

Als Todestag für Louis Lindau gilt der 13.06.1944, seine Frau Frieda war schon im Jahr davor, am 26. März 1943, in Theresienstadt umgekommen.

In der Lohstraße 22 in Sondershausen hatte Louis Lindau bis zur NS-Machtübernahme ein Ladengeschäft mit einem breiten Warensortiment geführt, mit Tuch-, Mode- und Manufakturwaren sowie Herren- und Damenkonfektion. Unter dem Druck der Verfolgung musste die Familie 1937 ihr Geschäft aufgeben und die Zwangsversteigerung ihres Besitzes erleben.

Die Novemberpogrome 1938 führten zu Louis' zeitlich begrenzter erster Deportation ins KZ Buchenwald, vier Jahre später ging die Reise dann, zusammen mit seiner Frau Frieda, in den Tod.

Sondershäuser Bürger würdigten im Oktober 2014 die beiden mit dem Verlegen von Stolpersteinen am Standplatz ihres ehemaligen Wohn- und Geschäftshauses Lohstraße 22, das bei einem Bombenangriff am 8. April 1944 zerstört worden war.



Mühlenstraße 6 in Bebra, das Anwesen der Familie Lindau, ca.1930.

27. September 1942 Von Darmstadt und Mainz ins Ghetto Theresienstadt

Leopold Katzenstein, geb. am 20. Januar 1874 in Rotenburg, war durch die Eheschließung mit Karola Hirsch nach Darmstadt gekommen, später lebten die beiden in Mainz. Am 27. September 1942 verließ einer der letzten Großtransporte den „Volksstaat Hessen" mit dem Ziel Theresienstadt. Zu den an diesem Tag Deportierten gehörte auch der 68-jährige Leopold Katzenstein.

Am 23. Juli 1943 fiel Leopold K. den Haftbedingungen des Ghettolagers zum Opfer. Das Leben seiner 14 Jahre jüngeren Ehefrau Karola endete im Mai 1944 in den Gaskammern von Auschwitz.

Ein Überlebender berichtete: *„Wir lagen nach unserer Ankunft auf dem blanken Boden, einer neben dem anderen. Jedem stand ein Platz von 70 cm Breite und 2 m Länge zu. … Es dauerte Monate bis man einen Strohsack oder eine Matte bekam. Ich selbst teilte einen Strohsack lange Zeit mit drei Personen, … Die Menschen verfielen zusehends. Die Todesfälle mehrten sich von Tag zu Tag und stiegen pro Tag bis zu 250 an."* (zit. n. Kingreen 1994: 387)



Zeugnis

über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst.

Leopold Katzenstein

geboren am 20sten Januar 1874 zu Rotenburg, Kreis Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, Königreich Preussen, israelitischer Religion, Konfession, Sohn des Kaufmann Meier Katzenstein zu Rotenburg, Kreis, Regierungsbezirk, Königreich, hat das hiesige Realprogymnasium von der ersten Klasse an besucht und die ersten Klasse derselben zwei Jahre angehört. Er hat in der von ihm besuchten Klasse an allen Unterrichts-Gegenständen teilgenommen.



Mainz, 31. Jan. 1939

Der Polizeipräsident

oben: *Leopold Katzensteins Zeugnis des Einjährigen des Hersfelder Gymnasiums (Ausschnitt).*

unten: Personalausweis (mit **J**) v. 31.01.1939

In dem Deportationszug ins Ghetto Theresienstadt, der am 27. September in Darmstadt abfuhr, saßen auch **Jenny Nußbaum-Mendelsohn** und ihr Ehemann Louis Mendelsohn. Jenny war die am 21. Juni 1886 geborene jüngere Tochter von Samuel und Sara Nussbaum in Rotenburg.
Durch die am 1. November 1908 mit dem dort lebenden Kaufmann Louis Mendelsohn geschlossene Ehe kam Jenny nach Gießen, am 1. Juli 1908 war im Rotenburger Kreisblatt die Verlobung der beiden angezeigt worden.
Ehe Jenny und Louis Mendelsohn im April 1942 Gießen verließen, um in Bad Nauheim im Altersheim Frankfurter Straße 63 eine Unterkunft zu finden, hatten sie ihren Geschäfts- und Wohnsitz in der Löberstraße 26 aufgeben müssen; ihre letzte Adresse in Gießen war Walltorstraße 48.
In Bad Nauheim erreichte sie fünf Monate nach ihrem Einzug der Befehl zum Kofferpacken für die Verschleppung nach Theresienstadt. Am 15. September 1942 wurden dann sämtliche Bewohner des Nauheimer Altenheims abgeholt und zunächst nach Friedberg gebracht.
Die Nacht bis zum Weitertransport zum Güterbahnhof in Darmstadt mussten die alten Menschen in der Turnhalle der Augustinerschule verbringen; eine Gedenktafel am Seiteneingang der Schule erinnert daran. Nach sechs Monaten im Theresienstädter Ghetto, am 21. März 1943, war Louis Mendelsohn tot, für Jenny Nussbaum-Mendelsohn fehlt das genaue Todesdatum.


Jenny Nussbaum
Louis Mendelsohn
Verlobte.
Rotenburg Gießen
im Juli 1908.

Verlobungs-Anzeige im Rotenburger Kreisblatt v. 1. Juli 1908.



Wohn- u. Geschäftshaus der Familie Mendelsohn in Gießen, Löberstr. 26 (Foto ca. 2010)

3. Oktober 1942: Von Berlin ins Ghetto Theresienstadt

Kathinka Goldschmidt-Stein wurde am 15. September 1884 als drittes von fünf Kindern des Pferdehändlers Salomon Goldschmidt in Bebra geboren. Ihre Mutter Settchen war eine geborene Oppenheim, deren Bruder Joseph um 1900 das Kaufhaus Oppenheim, Nürnberger Straße 48, gegründet hatte.
Für die Pferdehändler im Hessischen war das ostfriesische Emden einer der bevorzugten Handelsplätze, sodass es nicht verwunderlich ist, dass die Tochter eines Bebraer Pferdehändlers ihr Eheglück im Ostfriesischen fand.
Dort spielte Adolf Steins Familie nicht nur im Pferdehandel, sondern auch in der Pferdezucht eine bedeutende Rolle.
Mit der NS-Machtübernahme war der Emdener Pferdehändlerdynastie Stein (Vater Moses und Adolf mit seinen Brüdern Isaak und Jacob) bald die Existenzgrundlage genommen. 1939 suchten die Steins Zuflucht in Berlin. Adolf und Kathinka Stein fanden dort in der Barbarossastraße 8 eine Unterkunft. Am 3. Oktober 1942 mussten die beiden am Güterbahnhof Berlin-Moabit zusammen mit ihrem Sohn Hermann in den Deportationszug steigen, der knapp 1.000 Personen ins Ghetto Theresienstadt beförderte.
Auch Adolfs Bruder Isaak und dessen Sohn Max gehörten dazu. Das Leben von Kathinkas Ehemann Adolf Stein, inzwischen im 73. Lebensjahr, endete bereits am 14. Oktober 1942, zwei Wochen nach der Ankunft in Theresienstadt.
Kathinkas Leben wurde in Auschwitz ausgelöscht, wohin man sie am 16. Mai 1944 gebracht hatte. Im überfüllten Ghetto Theresienstadt musste Platz geschaffen werden, um dem Internationalen Roten Kreuz bei dessen anstehender „Besichtigung“ ein ordentlich geführtes „Altersheim“ zu präsentieren. Wie seine Mutter wurde auch Hermann Stein in den Gaskammern von Auschwitz getötet; überlieferter Termin für den Abtransport aus dem Ghetto Theresienstadt: 26. Juli 1943.
Den beiden Töchtern Therese (geb. 1904) und Käte (geb. 1907) samt Familien war in den 1930er Jahren die Ausreise in die USA gelungen.
Auch Kathinkas ältere Schwester Paula wurde Opfer des Holocaust, ebenso ihr Bruder Fritz.



N a m e	Vorname	geb. am
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

26. Oktober 1942:

Vom Transitlager Westerbork in den Niederlanden nach Auschwitz

Julie Falkenstein, die am 9. Dezember 1886 in Rotenburg geborene jüngste Tochter von Jesajas und Jettchen Falkenstein, hatte 1917 den in Eisenach lebenden holländischen Juden **Hermann Knorringa** geheiratet. Zusammen mit ihrer 1923 geborenen **Tochte Ruth Doris** waren die Knorringas im November 1937 nach Holland geflüchtet. Am 26. Oktober 1942 mussten sie in Westerbork in einen der Deportationszüge nach Auschwitz steigen. Für beide wird der 29. Oktober 1942 als Todestag genannt, demnach wurden sie unmittelbar nach der Ankunft in Auschwitz ins Gas geschickt. Ihrer Tochter Ruth Doris war dieses Schicksal wenige Monate später beschieden: Deportation am 16.02.1943, Tod in der Gaskammer in Auschwitz 19.02.1943.

Am 28. Januar 1940 hatte die seinerzeit 16-jährige Ruth Doris Knorringa einer Freundin in Amsterdam ins Poesiealbum geschrieben:

„Liebe Lore, hilf auch Du mit, das Land des neuen Geschlechtes, unser Land, befreien und denke dabei später wieder einmal zurück an unsere gemeinsame Arbeit und an Deine Ruth Knorringa.“



Statt besonderer Anzeige.

Julie Falkenstein
Hermann Knorringa

geben ihre Verlobung bekannt.

Rotenburg. Eisenach.

Anzeige im Rotenburger Tageblatt v. 20.12.1915

Es gelang aber nur Ruths vier Jahre älteren Schwester Friedlise, den Ansiedlungswunsch im *„Land des neuen Geschlechtes“* zu realisieren. Friedlise konnte sich ins damalige Palästina retten; sie fand in Shavei Zion, einer von geflüchteten schwäbischen Juden gegründeten Siedlung, eine neue Heimat. Im Mai 1939 heiratete sie Lothar Stern.

Die Künstlerin Marlis Glaser (Attenweiler bei Biberach) kam in engen Kontakt zu Friedlises Familie in Shavei Zion. Sie hat einen Chanukkaleuchter und andere religiös-rituelle Objekte, welche die Familie auf ihrem Weg nach Israel mitnehmen konnte, künstlerisch festgehalten und auch ein Porträtbild in Öl von Friedlise Stern, der 2009 verstorbenen Tochter von Julie Falkenstein-Knorringa, gemalt. (s. nächste Seite)).



Liebe Lore, hilf auch Du mit, das Land des neuen Geschlechtes, unser Land, befreien und denke dabei später wieder einmal zurück an unsere gemeinsame Arbeit und an Deine
Ruth Knorringa.
Amsterdam, 28-1-40.

Ruth Doris Knorringas Eintrag *ins Poesiealbum einer Amsterdamer Freundin vom 28. Januar 1940. Das Foto zeigt die damals 16-jährige Ruth Knorringa bei der Gartenarbeit in Amsterdam.*



Julies Tochter Friedlise (geb. 1919) in einem Gemälde von Marlis Glaser 2006.



Julie Falkenstein-Knorringa im Sommer 1919 mit ihrer Tochter Friedlise. Um den Hals trägt sie ein Medaillon, das ihren Vater Jesajas Falkenstein zeigt: s. Foto unten.

Julie Falkenstein-Knorringas älterer Bruder **Louis** hatte eine Schneiderlehre gemacht, war zunächst nach Frankfurt gegangen und hatte dann in Stuttgart eine evangelische Frau namens Sofie Steinhüber geheiratet. Dadurch blieb Louis Falkenstein lange Zeit von der Deportation verschont, ehe er dann am 11. Februar 1945 nach Theresienstadt verschleppt wurde, als einer der letzten 58 erfassten Juden aus Württemberg. Bis dahin hatte er seine Anstellung im Stuttgarter Textilhaus Breuninger behalten können.

Kurz vor der Befreiung Theresienstadts im April 1945 brach dort eine große Typhus-Epidemie aus, sodass die bis dahin Überlebenden noch das Ende der Quarantäne abwarten mussten, ehe sie im Juni 1945 in ihre Heimat gebracht wurden, so auch Louis Falkenstein. Er war es dann auch, der als überlebendes Mitglied der Rotenburger Großfamilie Falkenstein das Wiedergutmachungsverfahren in die Hand nahm und dabei auf einiges an Skepsis gegenüber der Berechtigung der Entschädigungsansprüche traf, sodass er sich am 10. Mai 1950 zu einer eidesstattlichen Versicherung veranlasst sah, in der er und seine Frau beteuerten:

„Wiederholt verbrachten die Unterzeichneten mit ihren Kindern auch die Ferien im Hause der Eheleute Viktor Falkenstein. Die Unterzeichneten sind daher über die vorhanden gewesene bewegliche Habe der Eheleute Viktor und Hannchen Falkenstein eingehend im Bilde.“





Stolperstein zur Erinnerung an Ruth Doris Knorringa (geb. 9.12.1886 in Rotenburg, ermordet in Auschwitz 29.10.1942), verlegt 2014 vor dem Haus Rennbahn 8 in Eisenach.

31. Oktober 1942: Vom Transitlager Mechelen in Belgien nach Auschwitz-Birkenau



Porträtfoto von Hugo Rothschild in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg an der Fulda

Hugo Rothschild war am 18. April 1888 in Rotenburg auf die Welt gekommen, als drittes von vier Kindern von Meier und Lina Rothschild geb. Spiegel, die zwei Jahre zuvor geheiratet hatten. Im Rotenburger Steinweg (Nr. 24) hatten die aus dem kleinen Dorf Diemerode (bei Sontra) zugezogenen Spiegels ein gut gehendes Ladengeschäft aufgebaut, das bis 1938 existierte.

Als 1914 der Krieg ausbrach, war Hugo R. von Anfang an dabei, schließlich hatte er in den Friedensjahren davor eine gründliche militärische Ausbildung erhalten. Die Auszeichnung beim Fronteinsatz mit dem Eisernen Kreuz schien die angestrebte Integration in die Mehrheitsgesellschaft voll zu gewährleisten.

Hugos einziger Sohn, der 1930 geborene Hanns, nennt als Erklärung dafür, dass sein Vater nicht schon bald dem Beispiel seiner emigrierten Brüder gefolgt sei: *„Die als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg erworbenen Verdienste betrachtete er als ausreichende Schutzgarantie. Außerdem hinderte ihn die Sorge um die betagten Eltern lange Zeit am Verlassen des Landes."*

Durch die Verheiratung mit der Melsunger Kaufmannstochter Berta Levy (Textilgeschäft Brückenstraße 12) war Hugo Rothschild 1929 nach Melsungen gekommen. Nachdem er im Anschluss an die Novemberpogrome 1938 Bekanntschaft mit den Konzentrationslagern in Breitenau und Buchenwald gemacht hatte, sah sich Hugo Rothschild gezwungen, zusammen mit seiner Frau Berta und dem inzwischen neunjährigen Sohn Hanns der Heimat den Rücken zu kehren.

Der Kriegsausbruch hinderte sie daran, die am 3. September 1939 angetretene Reise über Belgien und Großbritannien nach Südafrika umzusetzen, wohin es nahe Verwandte geschafft hatten, darunter sein Schwiegervater Julius Levy. Stattdessen saßen sie in dem Brüsseler Vorort St. Gilles fest.

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen im Mai 1940 war dann ihr Schicksal endgültig besiegelt.





Hugo Rothschild (1. Reihe, 3. v. l.) 1914 im Schützengraben als Gefreiter.
links: *Hugo Rothschild 1910 als Rekrut in Klebsau bei Straßburg.*

Von dem belgischen SS-Sammellager Mechelen in der ehemaligen General-Dossin-Kaserne aus wurden insgesamt 25.257 Juden und 351 Sinti und Roma in die Vernichtung deportiert, die meisten nach Auschwitz-Birkenau. Darunter auch Hugo Rothschild mit dem Termin 31.10.1942.

Hugo und Berthas Sohn Hanns entging der Deportation durch die Annahme einer falschen Identität. Die christliche Familie Bruyninckx, die im gleichen Haus in Brüssel wie die Rothschilds wohnte, hatte Hanns in Absprache mit seinen Eltern bei sich aufgenommen, für einige Jahre trug er sogar deren Namen und den Vornamen Jan. In den folgenden Jahren wechselten die belgischen Familien, die Hanns Rothschild bei sich beherbergten.

Bei einer früheren Gelegenheit war Hanns einer Verhaftung dadurch entgangen, dass einer der diensthabenden SS-Leute ihm mit der Begründung zur Flucht verhalf, er erinnere ihn so sehr an seinen eigenen Sohn. Diese Schilderung gab Hanns Rothschild in einer mir zugänglich gemachten knappen Familienbiografie.

Während Hugo Rothschilds Frau Bertha im Rahmen einer Razzia im Oktober 1942 aufgegriffen und unmittelbar darauf nach Auschwitz verschleppt worden war, kam Hugo Rothschild nach mehreren Einsätzen als Zwangsarbeiter im September 1942 in das Lager Mechelen und von dort am 31. Oktober 1942 nach Auschwitz.



Foto von 1934 (auf dem Hof von Steinweg 24 in Rotenburg aufgenommen).

hinten (v. l.): Berta Rothschild (Hugos Frau), Irma u. Henny Rothschild. (Hugos Schwägerinnen),
vorn (v. l.): *Hanns *1930, Heinz *1921, Thea *1923 u. Joseph *1932 Rothschild.*



rechte Spalte oben: *ganz links Steinweg 24, hier wurde Hugo Rothschild 1888 geboren. (Foto ca. 1900)*



rechte Spalte Mitte: *Brückenstraße 12 in Melsungen, hier war das Textilgeschäft Levy mit Hugo Rothschild als Teilhaber (Foto ca. 2000), davor die Stolpersteine.*



29. November 1942: Von Berlin nach Auschwitz-

In dem 23. Berliner Osttransport mit 998 jüdischen Opfern befanden sich auch acht aus der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz, darunter der am 15. März 1910 in Rotenburg geborene **Manfred Katzenstein**. Seine Eltern, Adolf und Ida Katzenstein geb. Stehberg, waren nach der Jahrhundertwende in Rotenburg zugezogen.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung hatte Manfred Katzensteins beruflicher Weg zunächst in die brandenburgische Kleinstadt Angermünde und von dort nach Oberhausen geführt. Ab September 1937 verbrachte er einige Zeit im niedersächsischen Adelebsen, dem Heimatort seiner Mutter.

Im Januar 1939 unternahm er vergebliche Versuche zu einer Ausreise nach China; daraufhin ging er auf den Gehringshof bei Fulda, der von der Hachschara-Bewegung geführt wurde, um sich durch eine landwirtschaftliche Ausbildung für eine Einreise ins damalige Palästina zu qualifizieren.

Diese Bemühungen waren jedoch vergeblich, wohl aber fand er in Sayn-Bendorf (bei Koblenz) eine Anstellung als Gärtner in der Jakoby'schen Heil- und Pflegeanstalt.

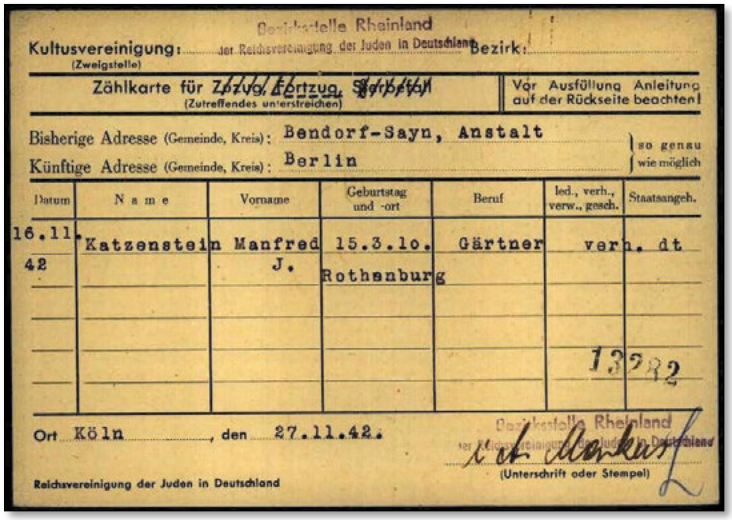
Diese Tätigkeit endete im November 1942, als alle bis dahin verbliebenen Patienten samt der Pflegekräfte und der sonstigen Mitarbeiter der psychiatrischen Klinik nach Berlin geschafft wurden, um von dort den Weg in die Vernichtung in den Gaskammern von Auschwitz anzutreten. Der Öffentlichkeit wurde die Räumung des Hauses als Verlegung der Patienten ins Jüdische Krankenhaus Berlin dargestellt.

Am 17. November 2002, genau 60 Jahre nach dem gewaltsamen Abtransport, wurde in Sayn-Bendorf am ehemaligen Standort der „Israelitischen Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemüthskranke" ein Mahnmal errichtet,

Der Text auf der linken Stele lautet:

„Zum ehrenden Gedenken der 573 jüdischen Frauen und Männer aus der ehemaligen Jacoby'schen Heil- und Pflegeanstalt Sayn und der Stadt Bendorf, die 1942 in die nationalsozialistischen Vernichtungslager deportiert und dort ermordet wurden".

Eine Tafel mit den Namen aller deportierten Personen hängt im Inneren des Verbindungsbaus der beiden Hauptgebäude, darunter auch der von Manfred Katzenstein.



Bezirksstelle Rheinland

Kultusvereinigung: (Zweigstelle) der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Bezirk:

Zählkarte für Zuzug, Fortzug, Verbleib (Zutreffendes unterstreichen)

Vor Ausfüllung Anleitung auf der Rückseite beachten!

Bisherige Adresse (Gemeinde, Kreis): Bendorf-Sayn, Anstalt

Künftige Adresse (Gemeinde, Kreis): Berlin

so genau wie möglich

Datum	Name	Vorname	Geburtstag und -ort	Beruf	led., verh., verw., gesch.	Staatsangeh.
16.11.42	Katzenstein	Manfred J.	15.3.1o. Rothenburg	Gärtner	verh.	dt
					13782	

Ort Köln, den 27.11.42.

Bezirksstelle Rheinland

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

(Unterschrift oder Stempel)

Auch bei der Zwangsräumung und Deportation der jüdischen Menschen der Anstalt Bendorf-Sayn hatte die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" die organisatorische Durchführung vorzunehmen, hier vertreten durch die Bezirksstelle Rheinland.



Mahnmale auf dem Klinikgelände der Heil– und Pflegeanstalt in Sayn-Bendorf; auf der rechten Stele wird Jesaja 57.18 zitiert: „Friede denen in der Ferne und denen in der Nähe. Ich will sie heilen."

29. Januar 1943:
Von Berlin ins Ghetto Theresienstadt und von dort am 16. Mai 1944 nach Auschwitz

Jenny Oppenheim-Mielzynski kam am 1. Januar 1873 in Bebra auf die Welt, als älteste Tochter von Salomon und Karoline Oppenheim. Ihr Vater ließ 1903 in der Nürnberger Straße 7-9 ein Warenhaus errichten, das nach seinem frühen Tod (1907) von Jennys jüngeren Brüdern Hugo und Moritz bis 1938 weitergeführt wurde.

Jennys Mutter war eine geborene Levi aus Niederaula, deren Bruder Salomon Levi zusammen mit seiner Frau Karoline bis zum 5. September 1942 in Niederaula lebte, als die beiden als letzte Juden im Altkreis Hersfeld nach Theresienstadt verschleppt wurden.

Jenny heiratete 1914 den verwitweten Kaufmann Philipp Mielzynski in Berlin-Charlottenburg. Jennys Stieftochter Herta Mendelson meldete im August 1970 aus den USA den Tod von Jenny Mielzynski in Auschwitz und die vorherige Deportation von Berlin nach Theresienstadt am 29. Januar 1943

Diese lief unter der Bezeichnung I/88 als 84. von insges. 90 sog. Alterstransporten ins Ghetto Theresienstadt, darunter die seinerzeit 67-jährige Jenny Oppenheim-Mielzynski. Sie war eine der 100 Personen, die am 29. Januar 1943 um 6.07 Uhr auf Gleis 1 am Anhalter Bahnhof in Berlin in einen fahrplanmäßigen Personenzug einzusteigen hatten, an den man zwei Sonderwaggons 3. Klasse angehängt hatte. In Kleidung und Gepäck waren diejenigen, die eine Reise ohne Rückkehr antraten, kaum von den übrigen Reisenden zu unterscheiden. Nach knapp anderthalb qualvollen Jahren im Ghetto Theresienstadt führte Jennys Weg am 16. Mai 1944 in die Gaskammern von Auschwitz.

YAD VASHEM
Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority

DAF-ED דף-עד

A Page of Testimony

P.O.B. 84 Jerusalem, Israel

THE MARTYRS' AND HEROES' REMEMBRANCE LAW, 5713 — 1953
determines in Article No. 2 that

The task of YAD VASHEM is to gather into the homeland material regarding all those members of the Jewish people who laid down their lives, who fought and rebelled against the Nazi enemy and his collaborators, and to perpetuate their memory and that of the communities, organizations, and institutions which were destroyed because they were Jewish.

1. Family name: Mielzynski
2. First name (maiden name): Jenny née Oppenheim
3. Name of father: Salomon
4. Name of mother: Caroline
5. Date of birth: 1. Jan. 1876
6. Place of birth: Bebra - Germany
Residence before the war: Berlin - Germany
Residence during the war: Berlin - till Jan.or February 1943
Place and date of death: deported to Theresienstadt, later to
Circumstances of death: Auschwitz
Name of husband: Philipp (died 1918)
Children deceased under the age of 18:

I, the undersigned Herta Mendelson
residing at 31-31 33 st. Astoria, N.Y., 11106
relationship to deceased stepdaughter
hereby declare that this testimony is correct to the best of my knowledge.
Signature Herta Mendelson
Place and date Astoria - U.S.A., aug.6, 1970,
Signature of Registration officer

Herta Mendelsons Meldung an die Gedenkstätte Yad Vashem betr. Tod ihrer Stiefmutter Jenny Oppenheim.

Transportliste 84. Alterstransport Theresienstadt vom 29.1.43

14

336

Lfd. Nr.	Name	Vorname	geb. am	Ort	Beruf	ledig	verh.	Alter	arbeitsfähig	Wohnung Ort Straße	Kennkarten-Nr.	Kennzeichen-Nr.	Bemerkungen
1	Meyerowitz	Simon Israel	7.8.70	Schmalleningken			ja	72	-	Berlin W.50, Regensburgerstr.13		014315	(grün 1)
2	Meyerowitz geb.Tietzker	Margarete Sara	2.9.73	Friedland			ja	69	-	dto.		014316	(" 2)
3	Herz geb.Strauss	Sara	25.3.75	Ottenhausen			ja	67	-	Köln-Klingersdorf Fort V		014317	(" 3)
4	Mendel geb.Weinberg	Elise Sara	29.2.72	Rheinbach			ja	70	-	dto.		014318	(" 4)
5	Michel	Sally	12.3.89	Hamm			ja	53	-			014319	(" 5)
6	Michel	Bertha Sara	22.8.07	Kirchberg			ja	35	ja			014320	(" 6)
7	Michel	Ruth Sara	23.7.37	Wissen		ja		5	-			014321	(" 7)
8	Mielzynski	Jenny Sara	1.1.73			ja		69	-	Charl.Mommsenstr.23		014322	(" 8)

Transportliste der 100 jüdischen Personen, die am 29. Januar 1943 von Berlin ins Ghetto Theresienstadt deportiert wurden, darunter als Nr. 8 Jenny Mielzynski , Berlin-Charlottenburg, Mommsenstr. 23. (Ausschnitt)

3. März 1943:
Von Berlin nach Auschwitz

Simon Katz, geb. am 21. Juli 1880, war das jüngste von sechs Kindern von Schuhmachermeister Mendel Katz, der um 1870 mit seiner Familie den Wohnsitz im nahen Baumbach aufgegeben hatte und über die Zwischenstation Braach nach Rotenburg gekommen war.

Zunächst in der Brotgasse ansässig, zog man bald in den Steinweg (Nr. 4), wo Simons älterer Bruder Jakob einen umsatzstarken Schuhladen aufbaute, u. a. mit dem regionalen Alleinvertrieb der damals führenden Marke Salamander.

Simon erlernte das Bäckerhandwerk und ließ sich 1906 mit seiner aus dem südhessischen Birstein stammenden Frau Nannchen (geb. Hess) in Eschwege nieder. In zentraler Lage, Bahnhofstraße 22, versorgte er die Eschweger über viele Jahre mit Backwaren.

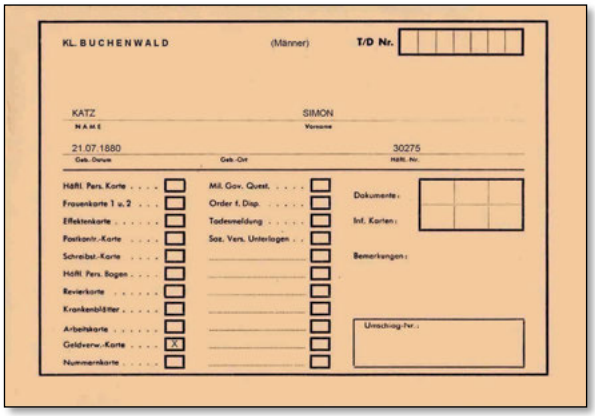
Spätestens mit den Ausschreitungen im November 1938 endete sein berufliches Wirken in Eschwege. In ihr Haus in der Bahnhofstraße 22 mussten die Katzens weitere jüdische Familien aufnehmen, nachdem dieses zum „Judenhaus“ erklärt worden war, d. h. zum Zwangsquartier für andere Eschweger Judenfamilien, die man aus ihren Wohnungen vertrieben hatte.

Während ihrem Sohn Max 1936 die Ausreise nach Paraguay gelang, fand ihre Tochter Else mit ihrem Ehemann, dem jüdischen Lehrer Dr. Karl Eisemann, im Berliner Stadtbezirk Moabit, Dortmunder Straße 13, eine Unterkunft.

In diesem Haus konnten sie dann Ende November 1939 Elses Eltern, Simon und Nannchen Katz, als Untermieter einquartieren und ihnen ein bescheidenes, kleines Quartier verschaffen. So blieben Simon und Nannchen Katz für den kurzen Rest ihres Lebens die kleinstädtischen Anfeindungen und Diskriminierungen erspart.

Während Tochter Else mit Ehemann Karl Eisemann und die im Dezember 1937 geborene Enkeltochter Noemi am 26. Oktober 1942 in das Ghetto Riga deportiert wurden, blieb für Simon und Nannchen Katz eine fünfmonatige Galgenfrist bis zu ihrer Verschleppung und Tötung in einer der Gaskammern in Auschwitz.







oben: *Bahnhofstr. 22 in Eschwege, ca. 2010.*

Mitte: *Zugangskarte von Simon Katz im KZ Buchenwald mit der Häftlingsnummer 30275.*

unten: *Stolperstein für Simon Katz, verlegt vor dem Haus Dortmunder Straße 13 in Berlin am 11.09.2017.*

6. April 1943:
Vom Transitlager Westerbork ins Vernichtungslager Sobibór

Erich Levi war der Sohn von Joseph Levi und Rosalie geb. Linz, die in Rotenburg in der Brückengasse 12 einen Manufakturwaren- und Textilladen führten. Das Geschäft ging offenbar gut, denn die Eltern konnten ihrem Sohn den Besuch des Hersfelder Gymnasiums ermöglichen, an dem er 1924 das Abitur ablegte; anschließend studierte er Jura.

Zum Zeitpunkt der NS-Machtübernahme war Erich Levi als Gerichtsreferendar am Kasseler Landgericht tätig. Jedoch schon im Februar 1933 verlor er die Stelle.

In einer Stellungnahme der Rotenburger Ortspolizeibehörde vom 27. November 1933 ist vom *„flüchtigen Referendar Erich Levi“* die Rede. Er wird beschuldigt, zusammen mit dem Kaufmann Hermann Linz II, bei der Herstellung kommunistischer Flugblätter beteiligt gewesen zu sein, woraufhin schon im März 1933 die dafür angeblich genutzte Adler-Schreibmaschine konfisziert wurde. In Kenntnis der Tatsache, dass Hermann Linz II sich bis zur NS-Machtübernahme im sozialdemokratisch dominierten Reichsbanner engagiert hatte, sind die gegen ihn und Erich Levi gerichteten Beschuldigungen kaum nachvollziehbar.

Aus einem ganz anderen Grund aber ist erklärlich, dass Erich Levi schon im Februar, also Wochen vor Erlass des Gesetzes zur *„Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“*, eine besondere Zielscheibe der neuen Machthaber geworden war.

Erich Levi hatte sich nämlich im Laufe des Jahres 1932 mit allen ihm verfügbaren Mitteln öffentlich gegen die antijüdische Hetzkampagne gestellt, welche die lokale NSDAP-Ortsgruppe mit dem völkischen NS-Propagandisten Rosenthal veranstaltete. Dabei ging es dem NS-Redner darum, den *„bösartigen Charakter des Talmud“* nachzuweisen.

In einem Offenen Brief, den das *Rotenburger Tageblatt* am Tag der Veranstaltung abdruckte, ließ Erich Levi die Öffentlichkeit wissen, dass die NSDAP es abgelehnt habe, bei ihrer vorgeblichen „Aufklärungsveranstaltung“ einen jüdischen Talmudexperten in der Diskussion zu Wort kommen zu lassen.

Als Konsequenz aus der mangelnden Diskussionsbereitschaft der Rotenburger NSDAP lud Erich Levi die Bevölkerung zu einem Vortrag des aus Rotenburg stammenden Rabbiners Dr. Leopold Neuhaus ein - mit dem Thema: „Die Wahrheit über den Talmud“.

Erich Levi konnte sich 1933 durch die Flucht nach Amsterdam zunächst dem Zugriff seiner Häscher entziehen. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Niederlande am 10. Mai 1940 war aber sein Schicksal besiegelt.

Am 6. April 1943 wurde Erich Levi vom Internierungslager Westerbork in das Vernichtungslager Sobibór verschleppt und dort sofort nach der Einlieferung am 9. April 1943 in der Gaskammer ermordet. Das gleiche Schicksal erlitt seine Ehefrau Herta, eine geborene Michaelis, die aus Magdeburg stammte und im September 1937 nach Amsterdam gekommen war. Die beiden hatten im Dezember 1941 geheiratet.

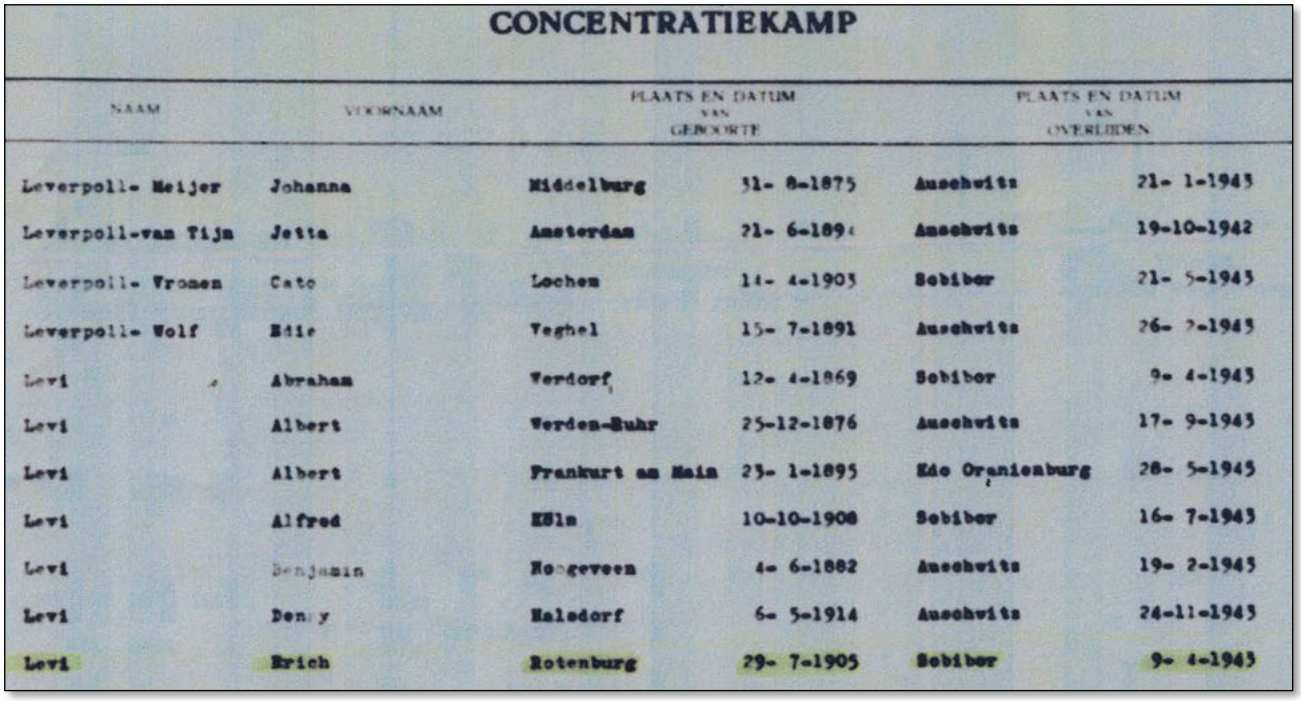
Erichs Eltern blieb ein Mordschicksal erspart, sie waren Jahre zuvor verstorben. Ihr Domizil in der Rotenburger Brückengasse, Geburtshaus von Erich Levi, wurde 1942 zwangsversteigert.



Porträtfoto von Erich Levi in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg an der Fulda



Stolperstein zum Gedenken an Erich Levi vor dem Haus Brückengasse 4 in Rotenburg an der Fulda



CONCENTRATIEKAMP

NAAM	VOORNAAM	PLAATS EN DATUM VAN GEBOORTE		PLAATS EN DATUM VAN OVERLIJDEN	
Leverpoll- Meijer	Johanna	Middelburg	31- 8-1875	Auschwitz	21- 1-1943
Leverpoll-van Tijn	Jetta	Amsterdam	21- 6-189[illegible]	Auschwitz	19-10-1942
Leverpoll- Vromen	Cato	Lochem	14- 4-1903	Sobibor	21- 5-1943
Leverpoll- Wolf	Edie	Veghel	15- 7-1891	Auschwitz	26- ?-1943
Levi	Abraham	Verdorf	12- 4-1869	Sobibor	9- 4-1943
Levi	Albert	Werden-Ruhr	25-12-1876	Auschwitz	17- 9-1943
Levi	Albert	Frankurt am Main	23- 1-1895	Kdo Oranienburg	28- 5-1945
Levi	Alfred	Köln	10-10-1908	Sobibor	16- 7-1943
Levi	Benjamin	Hengevoen	4- 6-1882	Auschwitz	19- 2-1943
Levi	Benny	Haledorf	6- 5-1914	Auschwitz	24-11-1943
Levi	Erich	Rotenburg	29- 7-1905	Sobibor	9- 4-1943

© Archiv Westerbork/ITS Arolsen

***Erich Levi** war eines der über 170.000 Opfer, die in den Gaskammern von Sobibór ihr Leben verloren. Sie alle wurden 1942/43, innerhalb von eineinhalb Jahren, unmittelbar nach ihrer Ankunft vergast.*

*Das Lager **Sobibór** war eine der größten Tötungsmaschinen in der Geschichte der Menschheit. Nach einem Häftlingsaufstand im Oktober 1943 wurde das Lager geschlossen.*
***Oben** ein Ausschnitt aus der alphabetischen Deportationsliste des Transitlagers Westerbork : Erich Levi 9-4-1943.*

Rosanne Kropman, eine niederländische Publizistin, hat über ihre Erfahrungen im Jahr 2014 bei den archäologischen Ausgrabungen der Gaskammern des ehemaligen Vernichtungslagers Sobibór ein Buch geschrieben mit dem Titel *Het Donkerste Donk („Das dunkelste Dunkel")*.

Das folgende Zitat aus diesem Buch trifft m. E. den Kern ihrer Erfahrungen und Eindrücke:

„Bis zu jenem Tag in Sobibor war ich immer der Meinung, dass es keinen Unterschied zwischen Mensch und Tier gibt - bis zu diesem Moment war der Homo sapiens für mich eine Spezies wie jede andere.

Aber nach dem Besuch in Sobibor bin ich überzeugt, dass es genau diese Orte sind, die den Menschen vom Tier unterscheiden. Nicht nur ein Psychopath, sondern eine Gruppe hat nicht nur über eine Methode nachgedacht, wie so viele Menschen wie möglich getötet werden können, sondern auch darüber, wie dieser Prozess so ruhig wie möglich ablaufen kann." Alles in diesem schrecklichen Lager spricht von kalter Berechnung. Kein Akt des Zorns, kein Kampf auf Leben und Tod, nicht um Essen oder um einen geeigneten Partner. Nur die Ausrottung einer Gruppe aufgrund einer idiotischen Ideologie. Nur der Mensch ist dazu in der Lage."

19. April 1943:
Von Berlin ins Ghetto Theresienstadt

Elise Wertheim-Joschkowitz war die am 15. April 1859 in Lispenhausen geborene Tochter des Ölmüllers Meyer Wertheim und dessen 2. Frau Minna geb. Heinemann. Elise war deren 6. Kind.
1882 hatte Elise Wertheim den 1855 in Köln geborenen (nichtjüdischen) Adolf Joschkowitz geheiratet, der schon früh verstarb. 1919 war Elise mit ihrem jüngsten Sohn Reinhold nach Bergisch-Gladbach gezogen, wo bereits ihre Tochter Annemarie lebte, verheiratet mit einem „arischen“ Mann. Reinhold betrieb hier eine Blechschlosserei mit zeitweilig acht Beschäftigten und parallel dazu in Köln-Mülheim bis 1938 eine Autowerkstatt.
Eine der Urenkelinnen von Elise Joschkowitz ist die Grünenpolitikerin Annemarie Lütkes, ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein.



Porträtfoto von Elise Wertheim-Joschkowitz in der Fotogalerie im Jüdischen Museum Rotenburg an der Fulda



Über Generationen hatten die Wertheims in Lispenhausen (seit 1972 Stadtteil von Rotenburg) Mühlen betrieben, wie die obige Landkarte von ca. 1900 ausweist:
Ob(e)r(e) Wertheims-M(ühle) - Unt(ere) Wertheims M(ühle)
Die Familie verließ den Ort im letzten Viertel des 19. Jahrh.

Die Obere Wertheims-Mühle (Foto rechts unten v. 1990) wurde später als Gaststätte Hubertushof geführt.

Die Fotos darüber zeigen die am Gieseweg in Lispenhausen gelegene ehemalige Untere Wertheims-Mühle (ca. 1880) und in einer Aufnahme von 2005 einen zur Straße hin gelegenen Schuppen, der auf den Grundmauern der ehemaligen Privatsynagoge der Familie Wertheim errichtet wurde.







Im August 1941 wurden Elise Joschkowitz und ihr Sohn Reinhold zusammen mit den übrigen noch am Ort verbliebenen Juden zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen; auf engem Raum hatten sie sich in einem ehemaligen Bürogebäude im Fabrikgelände des Stellawerks einzuquartieren, um sie an Kontakten mit der „arischen“ Bevölkerung zu hindern und die inzwischen beschlossene Verschleppung in den Osten leichter durchführen zu können.

Am 12. Dezember 1942 wurden Elise und ihr Sohn Reinhold in das Lager Köln-Müngersdorf eingewiesen, dann am 29. März 1943 von der Gestapo verhaftet und drei Tage später nach Berlin geschafft. Von der Sammelunterkunft Auguststraße 17 in Berlin-Wilmersdorf wurden die beiden am 19. April 1943 ins Ghetto Theresienstadt deportiert - zusammen mit weiteren 100 jüdischen Opfern.
Die inzwischen 86-Jährige verstarb dort am 9. Januar 1944, die Familie nimmt an, sie sei vorsätzlich mit Typhus infiziert worden.
Elises Sohn Reinhold war einer der 16 Überlebenden des Transports vom 19. April 1943. Aufgrund seiner in Theresienstadt zugezogenen schweren Tuberkulose-Erkrankung verstarb er jedoch bereits 1952.
Elises Söhne Werner und Reinhold waren beide Piloten von Jagdflugzeugen im Ersten Weltkrieg. Werner wurde am 22. August 1917 bei einem Kampfeinsatz in Frankreich abgeschossen. (s. Traueranzeige) Elises dritter Sohn Paul fiel 1918 als Frontsoldat.
Von „Reichsmarschall“ Hermann Göring, der ebenfalls Jagdflieger im Ersten Weltkrieg gewesen war, ist bekannt, dass er sich mehrfach für ehemalige jüdische Fliegerkameraden einsetzte. Im Bergisch-Gladbacher Stadtarchiv ist die Abschrift eines Briefes erhalten, den Elise an Göring geschrieben hatte, um ihren verbliebenen Sohn zu schützen.

Reinhold Joschkowitz machte nach dem Krieg den seinerzeit in Bergisch Gladbach amtierenden Bürgermeister für seine Deportation und die seiner Mutter verantwortlich.
Die Gestapo habe sich dem permanenten Druck des Bürgermeisters auf Entfernung der beiden aus der Stadt nicht widersetzen können, sodass Görings schützende Hand über ihn, den ehemaligen Jagdflieger, ihre Wirksamkeit verloren hatte. (Krischak 2007: 15)

Zum Gedenken an Elise und Reinhold Joschkowitz wurden im Februar 2008 vor ihrem ehemaligen-Wohnhaus in Bergisch Gladbach, Am Tent 2, sog. Stolpersteine verlegt.



Am 22. August fiel bei einem Luftkampf mein geliebter Sohn, unser lieber Bruder und Schwager

Werner Joschkowitz

Leutnant d. R. im Inf.-Regt. 66, kommandiert zu einem Kampfgeschwader, Inhaber des Flugzeugführer-Abzeichens, des Eisernen Kreuzes 1. Kl. und anderer Auszeichnungen.

z. Zt. Berg.-Gladbach bei Cöln, Rhein.

In tiefer Wehmut:

Frau Elise Joschkowitz.
Paul Joschkowitz, Leutn. d. L., im Felde.
Annemarie Vogt, geb. Joschkowitz.
Reinhold Joschkowitz, Leutnant d. R. und Flugzeugführer, im Felde.
Hedwig Joschkowitz, geb. Reimer.
Arthur Erich Vogt.



oben: *Todesanzeige für Joschkowitzsohn Werner 1917.*

unten: *Elise Wertheim-Joschkowitz mit ihrem jüngsten Sohn Reinhold 1905 in Magdeburg.*

25. Mai 1943:

Vom Transitlager Westerbork in den Niederlanden ins Vernichtungslager Sobibór

Alexander Döllefeld und seine Frau **Recha** geb. **Rothschild** hatten bereits für den Mai 1940 die Papiere für die Schiffspassage von Rotterdam nach New York. Wegen des deutschen Luftangriffs auf die niederländische Hafenstadt am 5. Mai 1940 scheiterte die Schiffspassage und die beiden blieben hier hängen.

Alexander Döllefeld war der am 29. November 1891 geborene älteste Sohn von Josef und Therese Döllefeld. Die Familie hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Querweingasse 5 in Rotenburg über viele Jahre einen umfänglichen Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln betrieben. Noch vor der NS-Machtübernahme hatte Alexander Döllefeld zusammen mit seinem Bruder Theodor das Geschäft übernommen, das aber bereits vor dem November 1938 zum Erliegen kam.



Joseph und Therese Döllefeld 1899 mit den 4 Kindern von links: Theodor, Alexander, Klara und Karl (vorn)

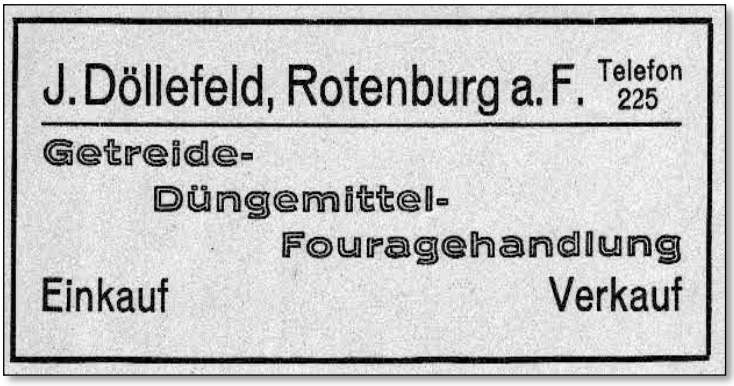


Recha Döllefeld war die am 28. Februar 1895 geborene Tochter von Isaak und Gitta Rothschild (Marktplatz 9 in Rotenburg), die zu Jahresbeginn 1925 Alexander Döllefelds Frau geworden war.

Alexander und Recha Döllefeld suchten Ende November 1938 in Kassel eine Bleibe, 1940 gelang ihnen die Ausreise in die Niederlande. In Heerlen, im südholländischen Grenzgebiet der Provinz Limburg, fanden sie Aufnahme .

Dort wohnten sie knapp zwei Jahre in dem Haus Geelenstraat 53, zusammen mit anderen jüdischen Familien. Der 1. Deportation der Juden aus dieser Stadt am 25. August 1942 entgingen sie dadurch, dass Alexander zu diesem Zeitpunkt aufgrund seiner schweren Verwundung im Ersten Weltkrieg im Krankenhaus lag und nicht transportfähig war. (Rooij-Trienekens 1998: 60)

Dies bedeutete aber keine endgültige Verschonung, sondern lediglich einen Aufschub bis zum 10. April 1943. Spätestens zu diesem Termin hatten sich auf Befehl des SS-Gruppenführers Rauter, Generalkommissar für das Sicherheitswesen in den besetzten Niederlanden, alle Juden aus den südlichen, östlichen und nördlichen Provinzen in dem Konzentrationslager Vught zu melden. Von dort wurden sie über die Zwischenstation Westerbork am 25. Mai 1943 in das Vernichtungslager Sobibór im Generalgouvernement verschleppt. Man hatte ihnen gesagt, dass sie in ein Arbeitslager gefahren würden.



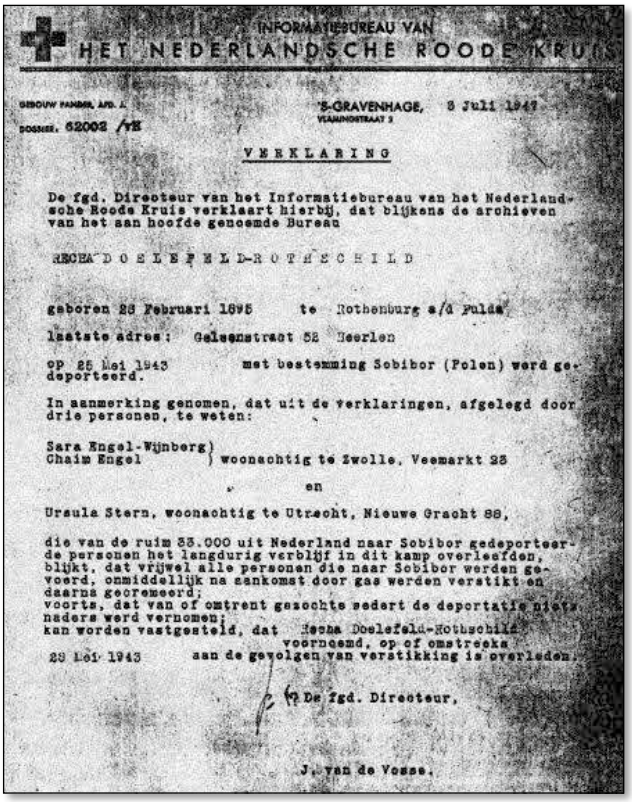


Alex Döllefeld *29.11.1891



Recha Rothschild
verh. Döllefeld *28.02.1895





INFORMATIEBUREAU VAN
HET NEDERLANDSCHE RODE KRUIS

GEBOUW PANDHR, AFD. J. 's-GRAVENHAGE, 3 Juli 1947
DOSSIER. 62002 /VII VLAMINGSTRAAT 2

VERKLARING

De fgd. Directeur van het Informatiebureau van het Nederlandsche Roode Kruis verklaart hierbij, dat blijkens de archieven van het aan hoofde genoemde Bureau

RECHA DOELEFELD-ROTHSCHILD

geboren 28 Februari 1895 te Rothenburg s/d Fulda

laatste adres: Geleenstraat 52 Heerlen

op 25 Mei 1943 met bestemming Sobibor (Polen) werd gedeporteerd.

In aanmerking genomen, dat uit de verklaringen, afgelegd door drie personen, te weten:

Sara Engel-Wijnberg
Chaim Engel) woonachtig te Zwolle, Veemarkt 25

en

Ursula Stern, woonachtig te Utrecht, Nieuwe Gracht 88,

die van de ruim 33.000 uit Nederland naar Sobibor gedeporteerde personen het langdurig verblijf in dit kamp overleefden, blijkt, dat vrijwel alle personen die naar Sobibor werden gevoerd, onmiddellijk na aankomst door gas werden verstikt en daarna gecremeerd;
voorts, dat van of omtrent gezochte sedert de deportatie niets naders werd vernomen;
kan worden vastgesteld, dat Recha Doelefeld-Rothschild voornoemd, op of omstreeks
25 Mei 1943 aan de gevolgen van verstikking is overleden.

De fgd. Directeur,

J. van de Vosse.



oben links: *Fotos von Alexander und Recha Döllefeld geb. Rothschild in der Porträtgalerie im Jüdischen Museum in Rotenburg a.d.F.*

darunter:
Stolpersteine zum Gedenken an Alexander und Recha Döllefeld vor dem Haus Geelenstraat 53 in Heerlen, verlegt 2013.

oben rechts:
Mitteilung vom 3. Juli 1947 vom Niederländischen Roten Kreuz, dass drei (namentlich genannte) Personen, die Sobibór überlebt haben, bescheinigen: Sofort nach Ankunft wurden nahezu alle der über 33.000 aus den Niederlanden nach Sobibór deportierten Personen ins Gas geschickt und ermordet; dazu gehörte auch die obengenannte Recha Doellefeld-Rothschild, die den Tod durch Erstickung erlitten hat.

links:
Gedenktafel für die 62 Opfer des Holocaust, die aus der südholländischen Stadt Heerlen in die Vernichtung deportiert wurden.
Alexander u. Recha Döllefeld sind als 5. bzw. 6. in der linken Hälfte aufgeführt. Die Tafel steht am Eingang zum Neuen Jüdischen Friedhof in der Akerstraat in Heerlen.

31. Juli 1943: Vom Transtlager Mechelen in Belgien nach Auschwitz-Birkenau

Berthold Linz, geb. am 4. Dez. 1867 in Rotenburg als Sohn von Feist und Bertha Linz, nahm 1897 die Gelegenheit zum Erwerb einer kleinen Textilfabrik in der sächsischen Kleinstadt Plauen wahr.
Schon bald übertrug er die Geschäftsführung vor Ort an seinen fünf Jahre jüngeren Bruder Siegfried, sein eigener Einsatz galt der Kundenbetreuung. Dann aber startete er eine intensive Ausdehnung seiner unternehmerischen Tätigkeit durch die Gründung von Textilfabriken in Belgien und im nördlichen Frankreich.
1898 heiratete er in Brüssel die aus Westfalen stammende Rebecka Paula Grünewald. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor, Tochter Senta (*1899) und drei Söhne: Marcel (*1901), Roger (*1909) und Raymond (*1911).
Die Familie wechselte später aus der Hauptstadt Brüssel in die nahegelegene Kleinstadt Keerbergen.
Vor der deutschen Besetzung des Landes im Ersten Weltkrieg war Berthold Linz mit seiner Familie in die niederländische Provinz Zeeland geflüchtet, dort durchlebte er in den Kriegsjahren eine entbehrungsreiche Zeit.
Als angesehener Bürger Belgiens hatte Berthold Linz nach der deutschen Besetzung des Landes im Mai 1940 darauf gehofft, in seiner Wahlheimat wenig befürchten zu müssen. Zumal er sich der Unterstützung durch Keerbergens Bürgermeister erfreuen konnte.
Dieser trug dann auch viel dazu bei, dass der Familie von Bertholds Tochter Senta die Flucht ins unbesetzte Frankreich gelang.
Die christliche Widerstandskämpferin Jeanne Godefroid ermöglichte Berthold ein zwischenzeitliches Untertauchen.







oben: *Berthold Linz' Porträt im Jüdischen Museum Rotenburg a.d.F.*
Mitte*: Berthold Linz Ehefrau Rebecka Grünewald (1874-1954).*

unten*: Die Kinder aus der Ehe von Berthold Linz mit Rebecka Grünewald*.

In ihrer 2016 veröffentlichten Autobiografie schildert Bertholds Enkeltochter Denise Fastré die dramatischen Umstände, unter denen ihr Großvater Berthold Linz in die Fänge seiner Verfolger geriet. Im Juli 1943 hielt er ein Schriftstück in Händen, verfasst vom Sohn des Bürgermeisters, der sich aber von den Wertvorstellungen seines Vaters abgewandt und einem der belgischen SS-Verbände angeschlossen hatte:
„Ich weiß, dass Sie Ihre Jüdische Identität verbergen, ich aber kenne Ihre Herkunft. Ich werde dieses Versteckspiel nur unter der Bedingung dulden, dass Sie monatlich einen Geldbetrag an mich überweisen.“
Darauf antwortete Berthold Linz mit einer entschiedenen Zurückweisung:
„Ich werde niemals irgendetwas veranlassen, was einem Träger dieser Uniform zu Gute kommen könnte.“ (Fastré 2016: 182)
Es dauerte nicht lange, bis die Häscher vor der Tür standen und Berthold Linz ins Lager Mechelen brachten, von wo er am 31. Juli 1943 die Reise in die Vernichtung nach Auschwitz-Birkenau antreten musste.

Über das Rote Kreuz gelangten nach 1945 persönliche Wertgegenstände des Ermordeten an die Familie, so eine Silberne Taschenuhr, ebenso ein Kidduschbecher und ein Buchrücken aus Messing. Sie fanden Wertschätzung als Exponate im Jüdischen Museum in Berthold Linz‘ Heimatstadt Rotenburg.







oben: *Berthold Linz in fortgeschrittenem Alter*

Mitte: *Berthold Linz mit seinem Hund Caro im Garten seines Hauses in Keerbergen kurz vor seiner Verhaftung im Juli 1943*

unten: *Der aufwändig gestaltete, mit Heine-Versen beschriftete Grabstein von Bertholds Eltern Feist u. Bertha Linz lenkt die besondere Aufmerksamkeit der Besucher des Jüdischen Friedhofs am Rotenburger Hausberg auf sich. Die in Belgien lebenden Nachfahren ließen im September 2006 am Grabmal von Bertha und* Feist Linz eine Gedenktafel für Berthold Linz anbringen. Eine besondere Begründung sahen sie auch darin, dass die aufwändige Gestaltung des Grabmals für Feist und Bertha Linz in starkem Maße auf die Initiative ihres Sohnes Berthold zurückzuführen sei.

25. Januar 1944:
Vom Transitlager Westerbork in den Niederlanden nach Auschwitz

Karl Katzenstein wurde am 29. April 1899 in Rotenburg geboren, wo er auch aufwuchs. Sein Vater Jakob Katzenstein (1860 -1936) hatte in Rotenburg in der ehemaligen Reithalle am Kies eine Holzwollefabrik betrieben, die 1908 niederbrannte.
Karls Schwester Paula war mit Julius Flörsheim verheiratet; dieser führte in Rotenburg (Lindenstr. 9) bis 1933 ein gutgehendes Textilgeschäft mit Warenversand, in dem auch Karl Katzenstein als Verkäufer arbeitete. Als die Flörsheims 1933 ihr Geschäft nach Leipzig verlegten, ging Karl mit nach dort. Um der dortigen Kundschaft Karls Jüdischsein zu verbergen, pflegte Julius Flörsheim seinen Schwager mit „Herr Karl“ anzureden; dies berichtete Julius Flörsheims Sohn Hans/Chanan bei einem seiner Besuche in Rotenburg nach dem Krieg.
Im Sommer 1938 folgte Karl Katzenstein seiner Cousine Bernhardine Polak, die mit ihrem holländischen Ehemann im September 1933 ihren Wohnsitz aus der südniedersächsischen Kleinstadt Adelebsen nach Amsterdam verlegt hatte.
Nach Kriegsausbruch im September 1939 sah sich Karl in der Fürsorgepflicht für seinen Neffen Hans (später Chanan), den Sohn seiner Schwester Paula, den seine Eltern zunächst ihrer Cousine Bernhardine in Amsterdam anvertraut hatten. Über Karl Katzensteins Leben in den Niederlanden bis zu seiner Deportation aus dem Transitlager Westerbork im Januar 1944 fehlen weitere Informationen.



Karl Katzensteins Porträt ist eine der knapp 300 entsprechenden Darstellungen im Jüdischen Museum in Rotenburg an der Fulda.

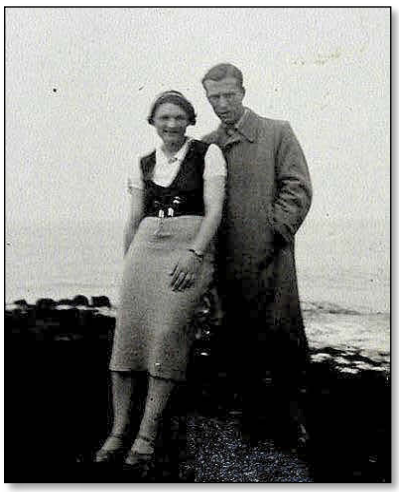


Karl Katzenstein (hinten links) 1935 in Leipzig mit seiner Schwester Paula (rechts), seinem Schwager Julius Flörsheim (hinten) und seiner Nichte Edith.



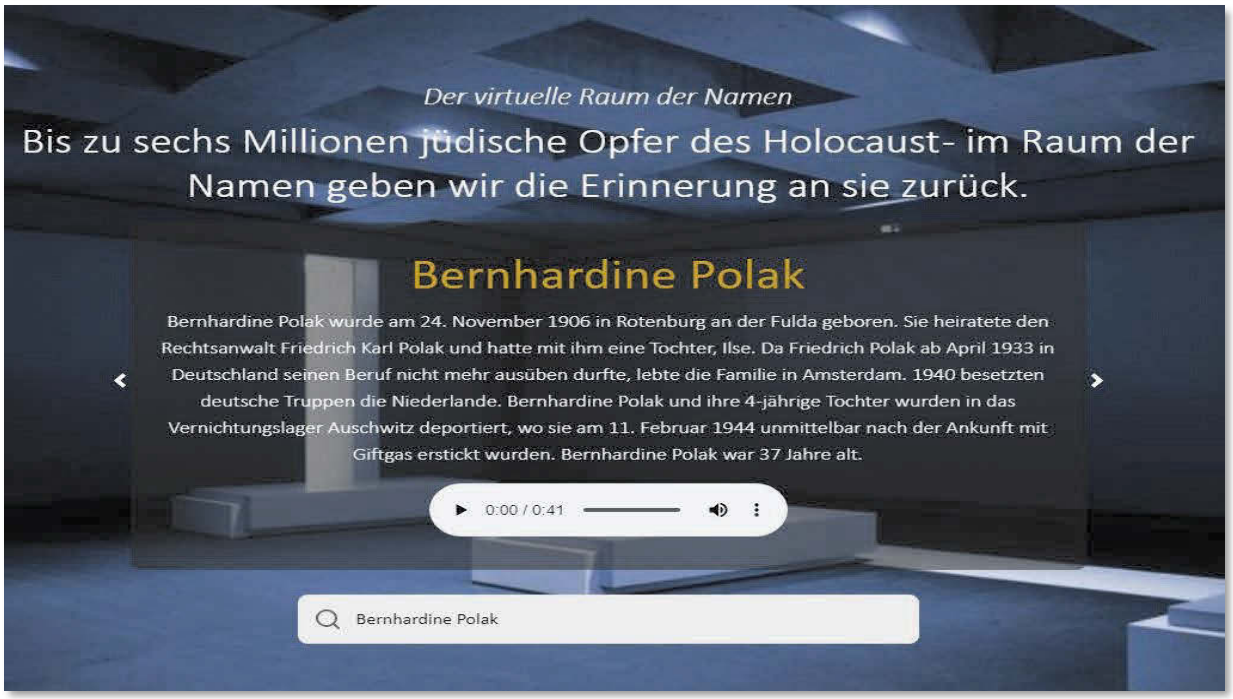
***Karl Katzensteins Koffer**, in dem er bei der Verschleppung nach Auschwitz seine Sachen verstaut hatte, gelangte mit Hunderten anderer Koffer und Taschen von Deportierten als Exponat in die Gedächtnisstätte in Auschwitz-Birkenau; der Katzensteinkoffer ist im Foto nicht zu sehen.*

8. Februar 1944:
Vom Transitlager Westerbork in den Niederlanden nach Auschwitz



Bernhardine (Berni) Polak geb. Katzenstein und ihr Ehemann Friedrich Karl (Fritz) Polak, Foto ca. 1935.

Bernhardine Katzenstein-Polak (genannt **Berni**) wurde am 24. November 1906 in Rotenburg an der Fulda geboren. Ihre Eltern, Adolf und Ida Katzenstein, wohnten hier seit ihrer Eheschließung im November 1905. Bernis Vater kam aus dem benachbarten Heinebach; die Mutter war eine geborene Stehberg aus dem niedersächsischen Adelebsen.
Durch ihre Eheschließung mit dem dortigen Rechtsanwalt Friedrich Karl Polak wurde Berni Bürgerin in Adelebsen, der Heimatstadt ihrer Mutter.
Das berufliche Aus für ihren Ehemann aufgrund der Rassengesetzgebung veranlasste die beiden im September 1933 in die Niederlande zu gehen, von wo die Polaks stammten und noch deren Staatsbürgerschaft besaßen. Am 19. Februar 1939 wurde in Amsterdam ihre Tochter Ilse geboren.
Die drei Polaks gehörten zu den 1.015 jüdischen Menschen, die am 8. Februar 1944 aus dem Internierungslager Westerbork im Nordosten der Niederlande nach Auschwitz verschleppt wurden. Während Berni und ihre vierjährige Tochter unmittelbar nach ihrer Ankunft am 11. Februar 1944 in den Gaskammern von Auschwitz getötet wurden, gehörte Friedrich Karl Polak zu der kleineren Gruppe von Deportierten, deren Leben erst nach brutaler „Verwertung“ ihrer Arbeitskraft gewaltsam erlosch, laut Gedenkbuch war dies der 30. Juni 1944.
Der 1923 in Rotenburg geborene und hier aufgewachsene Chanan (Hans) Flörsheim verdankt sein Überleben zu einem nicht geringen Teil der Tatsache, dass die Polaks ihn für ca. zwei Jahre in ihrer kleinen Wohnung in Amsterdam aufgenommen hatten:
Berni Polak war die Cousine von Hans Flörsheims Mutter. Näheres dazu in Flörsheims Autobiografie „Über die Pyrenäen in die Freiheit“ (2008, S. 31).



***Biogramme von Bernhardine Polak geb. Katzenstein**, ihres Ehemannes Friedrich Karl Polak und ihrer Tochter Ilse sind Teil der Dauerausstellung „Ort der Information“ am Stelenfeld des Holocaust-Denkmals in Berlin*
Die Texte, die optisch wie auch akustisch präsentiert werden, sind auch in einer englischen Version verfügbar.

H. 1945 UND DANACH

H. 1 ERSTE NACHKRIEGSZEIT

Die 1933 von der Mehrheit der Deutschen gewollte oder hingenommene Regierung unter Adolf Hitler hatte Deutschland in einen Schrecken, Not und Tod verbreitenden Weltkrieg gezogen, dessen Wahnsinn und Zerstörungen zum Schluss auf das Land selbst zurückfielen.

„In den ersten Wochen nach der Kapitulation brachten Radio und Zeitungen pausenlos Berichte über die Verbrechen in den Konzentrationslagern. … Der Wahrheit konnte sich – angesichts der Flut dokumentarischen Beweismaterials – niemand entziehen. Und doch gab es viele Deutsche, vermutlich eine Mehrheit, die immer noch nicht glauben wollten, was nun offen zutage lag. … ‚Wir haben nichts gewusst', war die Antwort darauf. … Wenn einer Schuld an den Verbrechen hatte, dann war es Hitler, dann waren es Himmler und die SS-Clique – man selbst hatte damit nichts zu tun gehabt und wollte damit auch nicht mehr behelligt werden. … Konfrontiert mit den Bildern des Grauens, behaupteten die meisten Deutschen, von den Untaten des Regimes, insbesondere vom Massenmord an den Juden, nichts gewußt zu haben." (Ullrich 1995: 52)

Der Philosoph Karl Jaspers bemerkte dazu 1946 in seiner berühmt gewordenen Abhandlung über „Die Schuldfrage":

„Als im Sommer 1945 die Plakate in den Städten und Dörfern hingen mit den Bildern und Berichten aus Belsen mit dem entscheidenden Satz: Das ist Eure Schuld!, da bemächtigte sich eine Unruhe der Gewissen, da fasste ein Entsetzen viele, die das in der Tat nicht gewusst hatten, und da bäumte sich etwas auf: wer klagt mich da an? Keine Unterschrift, keine Behörde, das Plakat kam wie aus dem leeren Raum. Es ist allgemein menschlich, daß der Beschuldigte, ob er nun mit Recht oder Unrecht beschuldigt wird, sich zu verteidigen sucht." (zit. n. Kämper 2007: 308)

Die Mannheimer Linguistin Heidrun Kämper zitiert Jaspers weiter mit dessen kritischen Frage, *„ob es politisch sinnvoll, zweckmäßig, gefahrlos, gerecht sei, ein ganzes Volk zum Pariavolk zu machen."* Sie macht darauf aufmerksam, dass Jaspers zwar kriminelle und moralische Schuld *„jedes einzelnen Staatsbürgers in Bezug auf Verbrechen, die im Namen des Staates begangen wurden"* ablehnt, zugleich aber die kollektive Verantwortung und daher *„Haftung aller Staatsbürger für die Folgen staatlicher Handlungen"* einfordert. Zu Letzterem war jedoch nicht nur in Rotenburg und Bebra kaum jemand bereit. Dabei sollte man sich bewusst machen, dass es besonderer Anstrengung bedurfte, das herkömmliche Vorstellungsvermögen übersteigende Ausmaß der unter nationalsozialistischer Herrschaft begangenen Untaten zu erfassen.

Die Bebraer Einwohner hatten am 4. Dezember 1944 nach einem amerikanischen Bombenangriff 64 Tote, meist Zivilisten, zu begraben, die die Bomben wahllos getötet hatten.

Der Bahnhof, der das Ziel des Angriffs war, wurde nur leicht beschädigt, aber alle drei Kirchen und 43 Wohnhäuser wurden zerstört.



Im März 1945 bei Bebra ***abgeworfenes Flugblatt****.*
(Stadtarchiv Bebra)

Ergebnis der Krim-Konferenz

ZWISCHEN PREMIERMINISTER CHURCHILL, PRÄSIDENT ROOSEVELT UND MARSCHALL STALIN

Antwort auf Deutschlands Schicksalsfrage:

Nazi-Deutschland ist zum Untergang verurteilt. Fortsetzung des aussichtslosen Widerstandes heisst, dass das deutsche Volk die Niederlage noch schwerer zu bezahlen haben wird.

ES IST NICHT DAS ZIEL DER ALLIIERTEN, DAS DEUTSCHE VOLK ZU VERNICHTEN. Aber erst nach der Ausrottung des Nationalsozialismus und des Militarismus wird das deutsche Volk auf ein anständiges Dasein und auf einen Platz in der Gemeinschaft der Völker hoffen können.

Besetzung und Kontrolle Deutschlands:

Die drei Grossmächte werden je eine Zone Deutschlands besetzen, die von einer Zentral-Kontrollkommission, bestehend aus den Oberbefehlshabern der drei Grossmächte, mit dem Sitz in Berlin, einheitlich verwaltet und kontrolliert werden. Frankreich wird aufgefordert, die Besetzung einer eigenen Zone zu übernehmen.

Um dafür zu sorgen, dass Deutschland nie wieder den Frieden der Welt stören kann, werden folgende Massnahmen getroffen:

Entwaffnung und Auflösung der Wehrmacht;

Auflösung des deutschen Generalstabs;

Ausmerzung oder Kontrolle aller wehrwirtschaftlich wichtigen Industrien; schnelle Aburteilung aller Kriegsverbrecher;

Wiedergutmachung aller von Deutschland verursachten Schäden durch Sachleistungen;

Austilgung der NSDAP, ihrer Gesetze, Organisationen und Einrichtungen;

Ausmerzung jedes nationalsozialistischen oder militaristischen Einflusses bei Behörden und im Kultur- und Wirtschaftsleben Deutschlands; jede Massnahme, die für die Sicherung des künftigen Friedens der Welt notwendig erscheint.

Wiedergutmachung:

Auf welche Weise und in welchem Ausmass Deutschland den Schaden wieder gutzumachen hat, den es den Alliierten zugefügt hat, wird von einer Wiedergutmachungskommission entschieden werden, die ihren Sitz in Moskau hat.

Über den beträchtlichen Gebietszuwachs, den Polen im Norden und Westen erhalten muss, wird die Friedenskonferenz entscheiden.

Welt-Einigkeit im Frieden wie im Kriege

Durch Fortsetzung und Ausbau der Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen unseren drei Völkern kann das höchste Streben der Menschheit verwirklicht werden — ein sicherer und dauerhafter Friede, der, in den Worten der Atlantik-Charter, „eine Gewähr dafür bietet, dass alle Menschen in allen Ländern frei von Furcht und Not werden leben können."

*Im Stadtgebiet von Bebra im März 1945 abgeworfenes **Flugblatt** der Alliierten (Stadtarchiv Bebra).*





***Beide Fotos**: Blick aus der Mühlenstraße in die Straße An der Bebra. **Oben**: **Vor dem Bombenangriff** auf Bebra am 4.Dezember 1944. **Unten**: **Nach dem Bombenangriff** am 4. Dez. 1944. Auf dem oberen Foto ist rechts ganz hinten das 1944 total zerstörte Haus An der Bebra 1 zu sehen, in dem die Fam. Döllefeld bis zur Deportation im September 1942 ihre Polsterwerkstatt und ihr Möbellager hatte.*

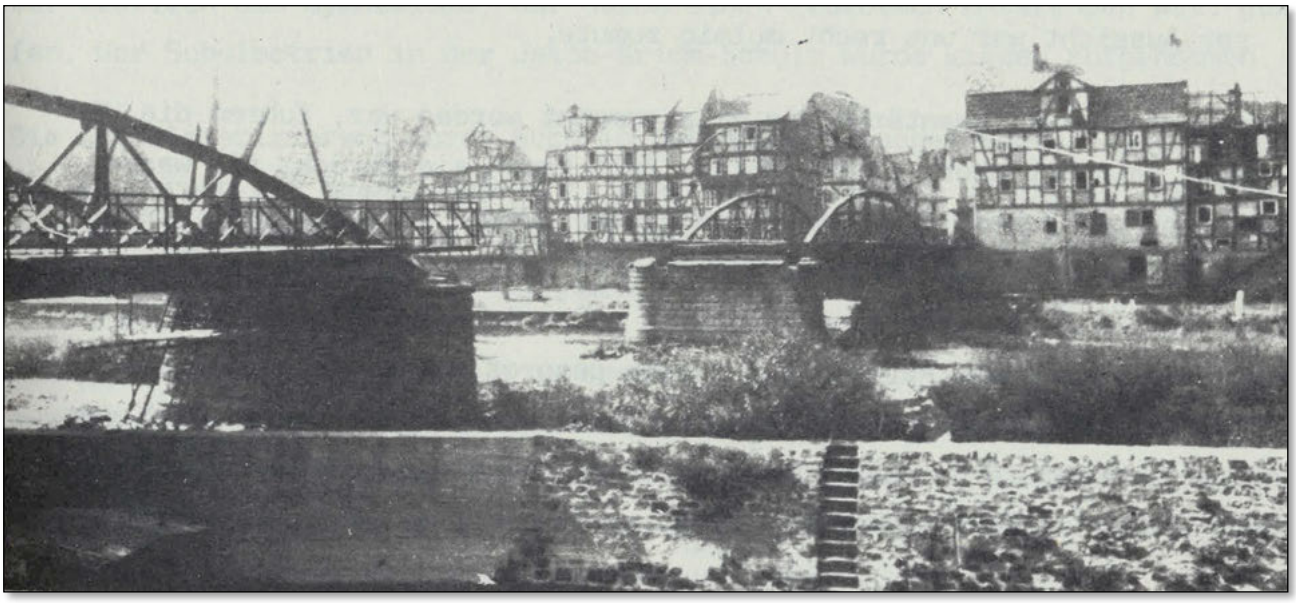
Rotenburg, die Kreisstadt, war glimpflicher davongekommen. Hier fehlte gegenüber Bebra eine militärstrategische Bedeutung als bewusst ausgesuchtes Angriffsziel. Auch die Beherbergung von mehreren Hundert alliierten Offizieren hinter den Mauern der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg hatte möglicherweise eine Schutzfunktion. Jedenfalls wurde dies von einigen Bebraer Familien so gesehen, die ihre JGS-Schulkinder in Rotenburg einquartierten.

Die Beschießung der Stadt Rotenburg am 31. März und 1. April 1945 mit leichter Artillerie kostete keine Menschenleben und richtete auch keine größeren Gebäudeschäden an. Wohl aber veranlasste die abziehende SS-Einheit in der Nacht zum 2. April 1945 die Sprengung der Fuldabrücke. Zusammen mit Oskar Gabriel, u. a. Kreispropagandaleiter und Rektor der Bebraer Volksschule, war NS-Kreisleiter Erich Braun am Ostersamstag (31. März 1945) Richtung Harz geflohen, nachdem sich die beiden in dem Ausflugslokal Friedrichshütte (bei Iba) einen Umtrunk gegönnt hatten. (Willing 2021: 215) Braun, der seit Oktober 1944 auch den lokalen Volkssturm befehligte, hatte am 31. März 1945, am Tag seines Verschwindens, noch mit aller Konsequenz zum äußersten Widerstand aufgerufen und bei Hissen der weißen Fahne mit Erschießen gedroht. In den Schaufenstern Bebras hatte er Zettel mit der Warnung aushängen lassen: *„Wer bei Annäherung feindlicher Panzer die weiße Fahne oder ein weißes Tuch zeigt, wird erschossen.“* (Ulm 2007: 390)

Braun war also Willens, den sogenannten „Flaggenerlass" von Heinrich Himmler vor Ort umzusetzen. *„Bis zuletzt erwartete das NS-Regime, die Menschen im Reich würden sich dem Feind auf deutschem Boden in einem ‚Volkskrieg‘ entgegenstellen. Das war ganz im Sinne Hitlers, der schon im Herbst 1944 befohlen hatte: Jeder Bunker, jeder Häuserblock in einer deutschen Stadt, jedes deutsche Dorf muß zu einer Festung werden, an der sich der Feind entweder verblutet oder die ihre Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt. Es gibt nur noch Halten der Stellung oder Vernichtung.“* (zit. n. Keller 2015: 17)

In Breitenbach hatte sich eine Einheit der Waffen-SS zu den dort positionierten Wehrmachtssoldaten gesellt, um sich dem Vormarsch der US-Truppen entgegenzustellen. Nachdem die daraus resultierenden Kampfhandlungen zu mehreren Todesopfern auf beiden Seiten und zur Zerstörung der Fuldabrücke und vieler Gebäude in Breitenbach geführt hatten, sahen sich die Bewohner der Stadt Bebra am 2. April 1945 einem heftigen Beschuss durch US-Artillerie aus Richtung Breitenbach ausgesetzt. Als dessen Folge waren sieben Todesopfer und eine Reihe zerstörter Gebäude zu beklagen, ehe im späteren Tagesverlauf das Kapitulationssignal aus der Stadt Bebra kam.

Auf die Flucht des NS-Kreisleiters Erich Braun in den letzten Kriegstagen wurde bereits hingewiesen. Er hätte an oberster Stelle zu denjenigen gehört, die von der Besatzungsmacht als Bedrohung ihrer Sicherheit oder als hinderlich für ihre Neuge-



*In der Nacht vom **1. zum 2. April 1945** von einer SS-Einheit gesprengte Fuldabrücke in Rotenburg. (Stadtarchiv Rotenburg)*

Auszüge aus den Tagebüchern von Bebras katholischem Lehrer Paul Bachmann

1. April 1945 (1. Ostertag)
Was wird der Tag bringen? Am Morgen eilten manche Katholiken zur Frühmesse, um Ostern zu feiern. Die Kirche ist verschlossen. Der Pastor ist nicht daheim. Er hat sich in Sicherheit nach Imshausen gebracht. Und seine Schäflein? Wo ist der Hirte? …
Um 17 Uhr erfolgte die Beschießung Breitenbachs und Bebras durch die feindlichen Panzer im Knüllwald. … Von Breitenbach aus bekämpfen Schützenlinien die Feindpanzer vom Tale aus auf die Höhe, wo der Wald stark ausgeholzt ist, östlich von der Hohen Buche. ...
Da durcheilt den Ort die Nachricht: Bebra wird geschont, der Ort wird kampflos übergeben. Der Kreisleiter hat den Kreis verlassen trotz seiner Aufforderung, daß bis zum letzten Mann gekämpft würde. An den Schaufenstern hatte er am Karsamstag Zettel anbringen lassen mit dem Inhalt:
„Wer bei Annäherung feindl. Panzer die weiße Flagge oder ein weißes Tuch zeigt, wird erschossen."
Die Kreisleitung. gez. Braun, Kreisleiter.

Wie aber festgestellt wurde, hatte der Kreisleiter Braun bereits am Ostersonnabend mit dem Kreisamtswalter Rektor Gabriel, Rektor unserer Hans-Schemm-Schule, in Volkssturmuniform Bebra in Richtung Friedrichshütte verlassen, nachdem er vorher bei der Tankstelle noch 50 l Sprit gezapft hatte. In der Friedrichshütte hätte er sich an seinen dort aufgespeicherten 18.000 Flaschen Kognac und Wein noch einmal mit seinen Spießgesellen gütlich getan und sei mit ihnen vollkommen betrunken in Richtung Wichmannshausen - Harz davongefahren.
Das waren unsere Führer und Helden in der ganzen Zeit der Herrschaft der NSDAP. Wehe, wenn einer in der Osterwoche sich gemuckst hätte, er wäre unweigerlich von dem Kreisleiter kaltblütig niedergeknallt worden, so wie er es mit 3 Russen an der Umladehalle, bei der Fabrik Tromag, getan hatte am Ostersonnabend, ehe er sich heldenhaft vom Feinde absetzte. Die drei Russen fanden am Wege Bebra-Lispenhausen ihr gemeinsames Grab. … Traurige Ostern! Unvergessen!

2. April 1945 (Ostermontag)
Um 8 Uhr erfolgte erneut die Beschießung Bebras. … Fast sämtliche Häuser hatten Volltreffer erhalten. … Leider hatte der feindliche Beschuss auch 7 Todesopfer gekostet. … Während der Beschießung des Wohnortes Bebra begaben sich um 15 Uhr der Bürgermeister Kraffke, Pfarrer Heidelbach und der Gemeindeangestellte Apel auf Anregung Apels mit einer „Weißen Fahne" nach dem besetzten Breitenbach zum dortigen Kommandanten. … Die Parlamentarier erreichten, daß das Feuer auf Bebra eingestellt wurde. … Bald trat vollkommene Ruhe ein. Der Krieg war beendet für Bebra. Was wird kommen? Ein banges, beklemmendes Gefühl. Nur ernste und erwartungsvolle Gesichter waren zu beobachten. … Die Kreisstadt Rotenburg hatte bereits um ½ 3 Uhr weiß geflaggt und kapituliert. … Der schwärzeste Tag Bebras war angebrochen.

23. Juni 1945: Tausende von Menschen wurden in den Konzentrationslagern von Belsen, Buchenwald, Auschwitz, Dachau, Oranienburg und vielen anderen in Deutschland und den besetzten Gebieten von SS-Leuten gemartert und elend ums Leben gebracht. Das waren Heldentaten der NSDAP, von denen die meisten deutschen Menschen keine Ahnung hatten und nun für die Schandtaten seiner führenden Männer hart büßen müssen.

*Am **16. Februar 1945** hatte Bachmann einen Tagebucheintrag mit den Worten abgeschlossen:*
Es geht bunt zu in der Welt - auf der einen Seite Not, Sorge, Tod -
auf der anderen Sorglosigkeit, Völlerei und Vergnügen - oder:
so das Volk - so die Parteigrößen.

*In einem Tagebucheintrag vom Dezember 1944 hatte Lehrer Bachmann von einer „**Befehlsstelle in der Kreisberufsschule**" gesprochen, wo „der Kreisleiter der NSDAP Erich Braun mit seinem Stabe" sich der dort gelagerten Genussmittel (Kognac, Zigarren u. Zigaretten) bedienten, um ein „Schlemmerleben" zu führen.*
In den bereits 2007 bearbeiteten und gedruckten Tagebüchern fehlen Teile der hier gezeigten Einträge Bachmanns.

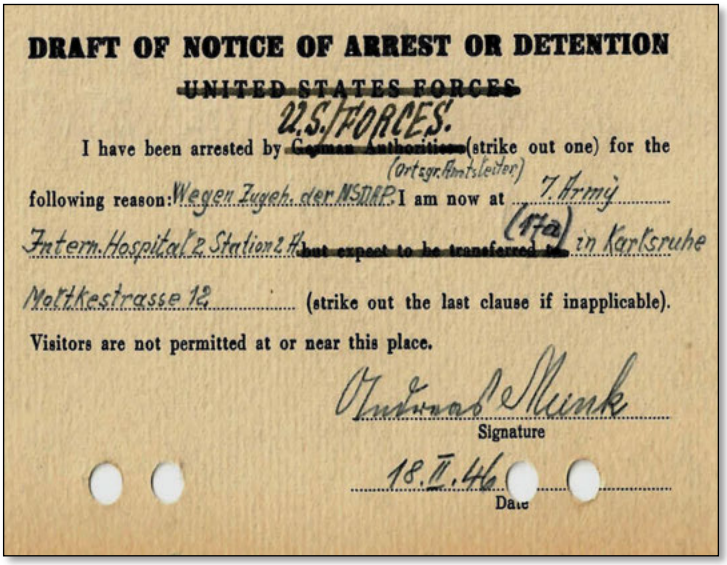
staltungspläne gesehen und im *„Arrest Categories Handbook“* notiert wurden, um in ein Internierungslager überführt zu werden. Der „automatische Arrest“ hatte unmittelbar mit der militärischen Besetzung Deutschlands eingesetzt und sollte die Bildung einer NS-Untergrundbewegung verhindern. (Vollnhals 1989: 98)

Diese Maßnahme bedeutete die Einweisung in ein Internierungslager für NS-Funktionäre, Kommunalpolitiker sowie Polizisten des gehobenen und höheren Dienstes.

Auf dem am Rand der Innenstadt angelegten Jüdischen Friedhof in Bebra waren die meisten Grabsteine umgeworfen worden, während die in Rotenburg abseits am Hausberg gelegene jüdische Begräbnisstätte weitgehend verschont geblieben war. In beiden Orten wurden NS-Aktivisten zur ersten Schadensbeseitigung persönlich herangezogen.

Nach der Kapitulation der deutschen Streitkräfte beherrschte der Mangel an wirtschaftlichen Gütern und Lebensmitteln das alltägliche Leben, kommunales Leben musste ganz neu organisiert werden. Malermeister Hans Schmidt, der als Beigeordneter ab März 1943 die Geschicke der Stadt Rotenburg geleitet hatte, konnte diese Tätigkeit bis Juli 1945 weiterführen, als Friedrich Kötter, bis dahin für einige Wochen Bürgermeister in Sontra, von der US-Militärregierung auf diesen Posten in der Kreisstadt eingesetzt wurde, den er bis Juli 1954 bekleidete.

Erstaunen muss die Bereitschaft der Amerikaner, den bei der Kapitulation amtierenden Rotenburger Rathauschef Hans Schmidt zunächst seine Amtsgeschäfte weiterführen zu lassen. Offensichtlich war dies in Unkenntnis seines NS-Engagements geschehen; auf einer Liste des Amtes für Vermögenskontrolle wird er mit dem Datum 15.09.1945 dann aber als in Darmstadt interniert geführt. Von Oktober 1939 bis Januar 1943 hatte der Finanzbeamte und Beigeordnete Karl Walper als Rotenburgs Rathauschef amtiert, der seit 1935 bereits Rotenburgs NS-Ortsgruppe leitete und im Januar 1943 zum Militärdienst einberufen wurde. In Bebra wurde nach Otto Kraffkes Amtsenthebung im April 1945 der Büroangestellte Johannes Apel als Bürgermeister eingesetzt, der 1933 als Sozialdemokrat und Gewerkschafter seinen Arbeitsplatz bei der Reichsbahn verloren, 1937 aber eine Beschäftigung in der Bebraer Stadtverwaltung gefunden hatte.



DRAFT OF NOTICE OF ARREST OR DETENTION

~~UNITED STATES FORCES~~ U.S. FORCES.

I have been arrested by ~~German Authorities~~ (strike out one) for the following reason: Wegen Zugeh. der NSDAP. (Ortsgr. Amtsleiter) I am now at 7. Armee Intern. Hospital 2 Station 2 ~~but expect to be transferred to~~ (17a) in Karlsruhe Moltkestrasse 12. (strike out the last clause if inapplicable).

Visitors are not permitted at or near this place.

Andreas Munk
Signature

18. II. 46
Date

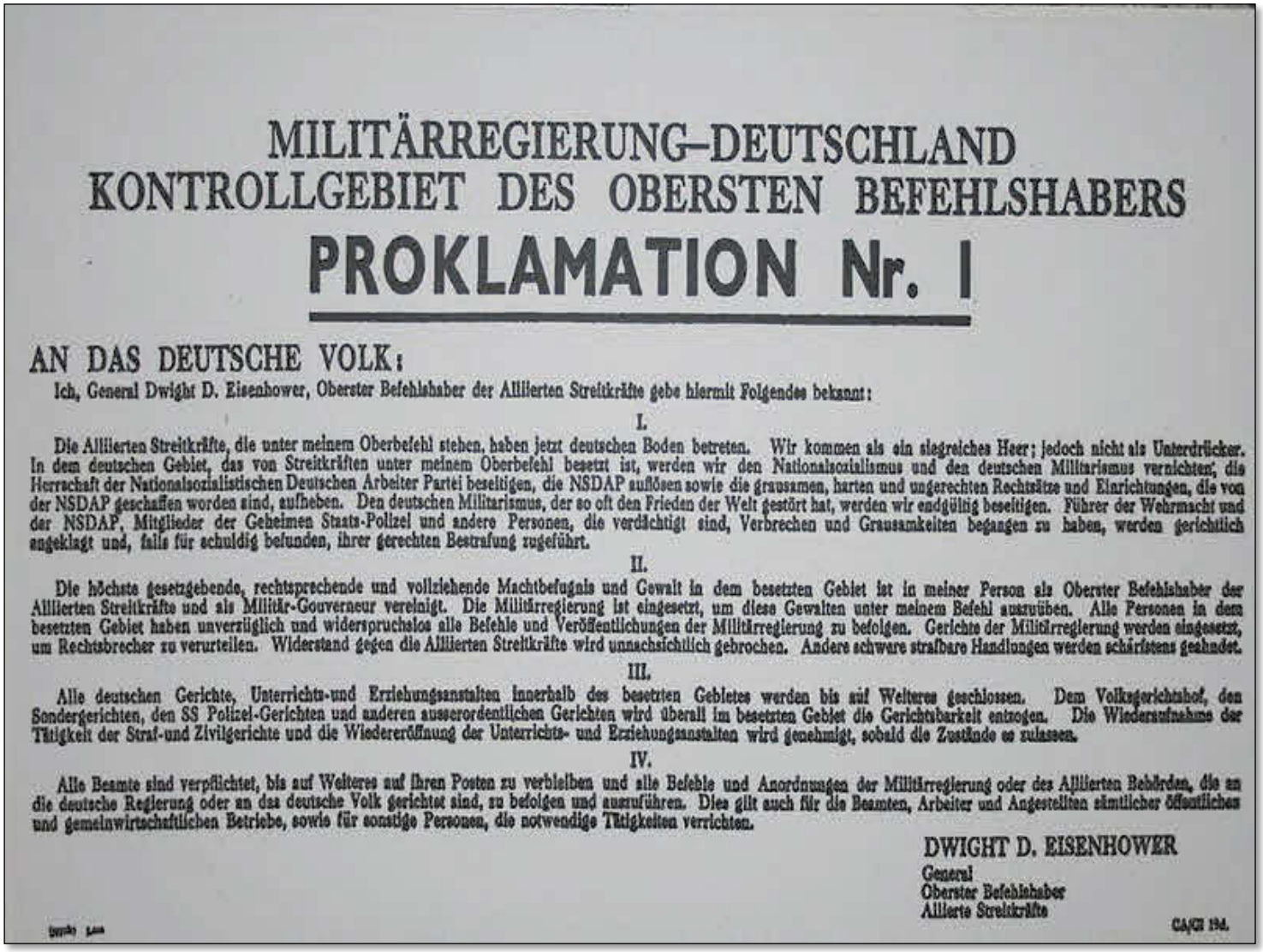
Arrestkarte *vom 18.02.1946 des Rotenburger NS-Ortsgruppen-Amtsleiters Andreas Munk.* (Stadtarchiv Rotenburg)

Angesichts der Massenbewegung, die der Nationalsozialismus darstellte, erachteten die Besatzungsmächte das bloße Verbot der NS-Organisationen als unzureichend. Während das Führungspersonal des NS-Staates in Nürnberg vor Gericht gestellt wurde, sollten auch die übrigen Deutschen auf ihre Beteiligung an der NS-Herrschaft durchleuchtet und zur Rechenschaft gezogen werden. Die das NS-System tragenden Personen sollten künftig vom politischen und gesellschaftlichen Einfluss ausgeschlossen werden.

Am 30. August 1945 ließ General Dwight D. Eisenhower als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte die Absichten der Siegermächte verkünden.



Johannes Apel*, Bürgermeister in Bebra von April bis September 1945.* (Stadtarchiv Bebra)



MILITÄRREGIERUNG–DEUTSCHLAND
KONTROLLGEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

PROKLAMATION Nr. 1

AN DAS DEUTSCHE VOLK:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte gebe hiermit Folgendes bekannt:

I.

Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer; jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten; die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staats-Polizei und andere Personen, die verdächtigt sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.

II.

Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militär-Gouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meinem Befehl auszuüben. Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchslos alle Befehle und Veröffentlichungen der Militärregierung zu befolgen. Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt, um Rechtsbrecher zu verurteilen. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird unnachsichtlich gebrochen. Andere schwere strafbare Handlungen werden schärfstens geahndet.

III.

Alle deutschen Gerichte, Unterrichts-und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf Weiteres geschlossen. Dem Volksgerichtshof, den Sondergerichten, den SS Polizei-Gerichten und anderen ausserordentlichen Gerichten wird überall im besetzten Gebiet die Gerichtsbarkeit entzogen. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Straf-und Zivilgerichte und die Wiedereröffnung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten wird genehmigt, sobald die Zustände es zulassen.

IV.

Alle Beamte sind verpflichtet, bis auf Weiteres auf ihren Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung oder des Alliierten Behörden, die an die deutsche Regierung oder an das deutsche Volk gerichtet sind, zu befolgen und auszuführen. Dies gilt auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten sämtlicher öffentlicher und gemeinwirtschaftlichen Betriebe, sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten verrichten.

DWIGHT D. EISENHOWER
General
Oberster Befehlshaber
Alliierte Streitkräfte

CA/CE 194.

Proklamation Nr. 1 *der US-Militärregierung mit der Ankündigung: „Wir kommen als ein siegreiches Heer, aber nicht als Unterdrücker." Diese Mitteilung musste ab 3. April 1945 in den Schaufenstern aller Geschäfte ausgehängt werden.*

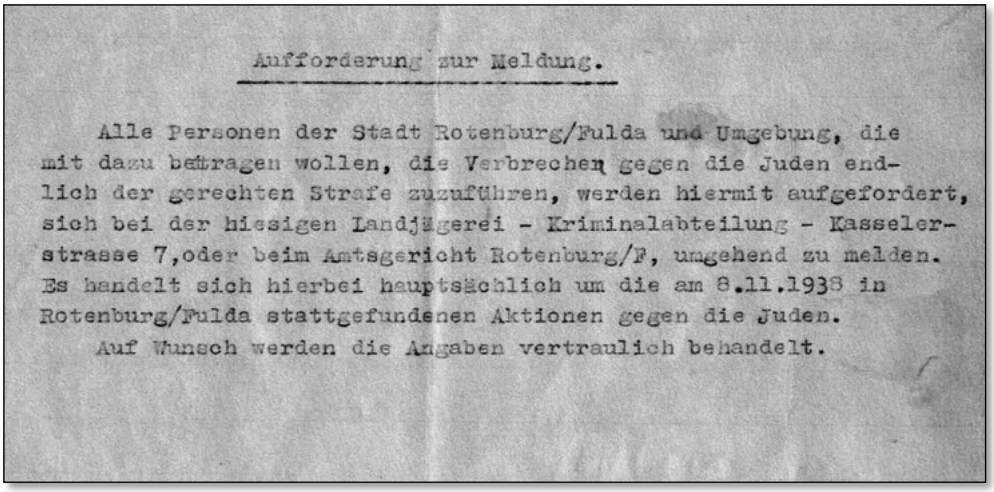
US-Militärregierung als höchste Gewalt

„An das deutsche Volk: Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte gebe hiermit Folgendes bekannt:

„Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. ... Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militärgouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meinem Befehl auszuüben. Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchslos alle Befehle und Veröffentlichungen der Militärregierung zu befolgen."

Wie man anhand dieses Zitats sehen kann, war es als Erstes an der Tagesordnung, den Deutschen deutlich zu machen, dass die Regierungsmacht von jetzt an in den Händen der Siegermächte lag.

Einige für „gefährlich" erachtete Deutsche, Parteimitglieder in höheren Funktionen, Gestapomitarbeiter, SS-Offiziere und Wirtschaftsführer sperrten die Besatzungsmächte, in unserem Falle die Amerikaner, in Internierungslagern ein. Für die in Hessen Ansässigen bedeutete dies in erster Linie in Darmstadt. Die meisten kamen schon nach kurzer Zeit zurück, einige mussten dort jedoch zwei bis drei Jahre verbleiben. *„Sechzehn Personen aus Bebra, unter anderem ein beliebter Lehrer, der als SA-Bannführer seinem Führer treu gedient hatte, werden in Gewahrsam genommen. … Auch in der Verwaltung wird mit dem eisernen Besen der Säuberung vom Nationalsozialismus gründlich gekehrt."* (Willing 2019: 238f.)

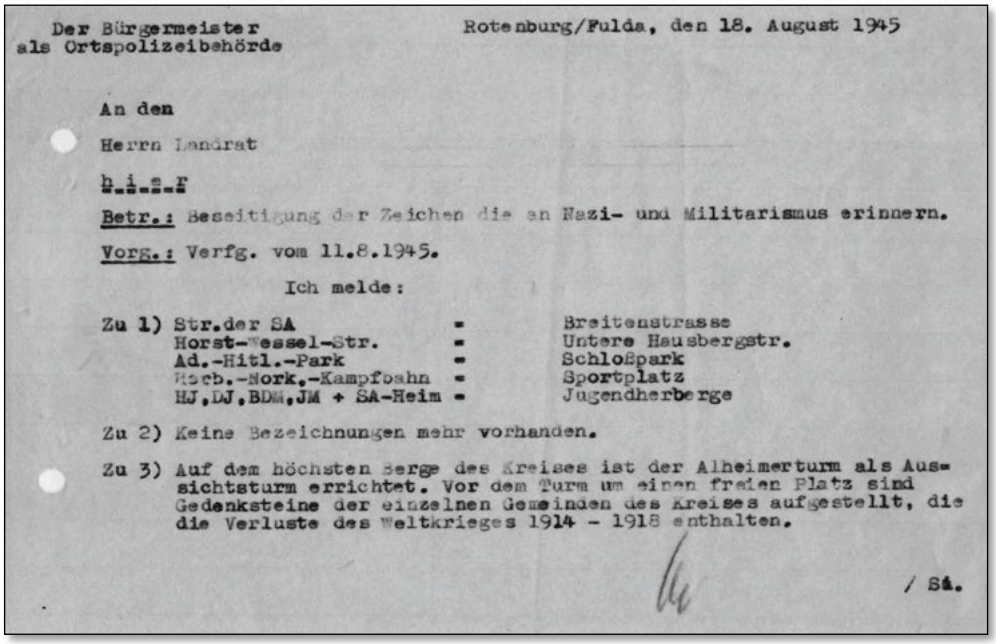


Aufforderung zur Meldung.

Alle Personen der Stadt Rotenburg/Fulda und Umgebung, die mit dazu beitragen wollen, die Verbrechen gegen die Juden endlich der gerechten Strafe zuzuführen, werden hiermit aufgefordert, sich bei der hiesigen Landjägerei - Kriminalabteilung - Kasselerstrasse 7, oder beim Amtsgericht Rotenburg/F, umgehend zu melden. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die am 8.11.1938 in Rotenburg/Fulda stattgefundenen Aktionen gegen die Juden.

Auf Wunsch werden die Angaben vertraulich behandelt.

*September 1945: Aufforderung an Zeugen in Rotenburg zur Meldung bei Polizei oder Gericht, um „die Verbrecher/Verbrechen gegen die Juden endlich der gerechten Strafe zuzuführen" - hauptsächlich wg. der **„am 8.11.1938 in Rotenburg/F. stattgefundenen Aktionen"**.*



Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde — Rotenburg/Fulda, den 18. August 1945

An den

Herrn Landrat

h.i.H.F

Betr.: Beseitigung der Zeichen die an Nazi- und Militarismus erinnern.

Vorg.: Verfg. vom 11.8.1945.

Ich melde:

Zu 1)

Str.der SA	=	Breitenstrasse
Horst-Wessel-Str.	=	Untere Hausbergstr.
Ad.-Hitl.-Park	=	Schloßpark
Reich.-Nork.-Kampfbahn	=	Sportplatz
HJ,DJ,BDM,JM + SA-Heim	=	Jugendherberge

Zu 2) Keine Bezeichnungen mehr vorhanden.

Zu 3) Auf dem höchsten Berge des Kreises ist der Alheimerturm als Aussichtsturm errichtet. Vor dem Turm um einen freien Platz sind Gedenksteine der einzelnen Gemeinden des Kreises aufgestellt, die die Verluste des Weltkrieges 1914 - 1918 enthalten.

/ Si.

Neben der Entnazifizierung von Personen ging es 1945 auch darum, **Straßen, Plätze** u. **Gebäude** zu „**entzazifizieren**", ihnen die Namen zurückzugeben, die sie bis 1933 getragen hatten. Anmerkung: „Herbert-Norkus-Kampfbahn" hieß der Sportplatz am Wittich seit 1935. *Der Namensgeber war ein Hitlerjunge, der 1932 bei Straßenkämpfen den Tod gefunden hatte und als „Blutzeuge der Bewegung" verklärt wurde.*



Aussichtsturm auf dem Alheimer (550 m) b. Rotenburg a. F. mit Kriegsgedächtnisstätte des Kr. Rotenburg

*Die **Kriegsgedächtnisstätte auf dem Alheimer** gehörte 1945 zu den „Zeichen, die an Nazi– und Militarismus erinnern", die zu beseitigen waren. Dies geschah aber nur mit der Kennzeichnung der Anlage als „Heilig Land".*

Geblieben sind die Gedenksteine der einzelnen Gemeinden des Kreises Rotenburg für die Toten des Ersten Weltkriegs, ergänzt durch die Toten und Vermissten von Weltkrieg II.

Rotenburg betreffend existiert eine am 17. Oktober 1946 aufgestellte „Liste der in politischer Haft gesessenen Personen“; sie enthält 18 Namen, darunter zwei weibliche. Die meisten waren unter einem Jahr in Haft.

Insgesamt waren rund 183.000 Deutsche in den drei westlichen Besatzungszonen interniert, allein in der US-Zone etwa 117.500. Da diese Maßnahmen von den Besatzungsmächten ausgingen, fiel es auf deutscher Seite leicht, sich damit nicht zu identifizieren

Mit der Wiedereröffnung aller Volksschulen im Landkreis Rotenburg wurde der 1. Oktober 1945 zu einem wichtigen Termin bei der Überwindung des Erbes von 12 Jahren NS-Herrschaft. Bemerkenswert war die Botschaft, die Oberleutnant Zeher als Vertreter der US-Militärregierung bei diesem Anlass u.a. überbrachte, nämlich den Wunsch nach *„Enthitlerung der Hirne“.* (*Hessische Nachrichten/Fulda-Bote* 3.10.1945)

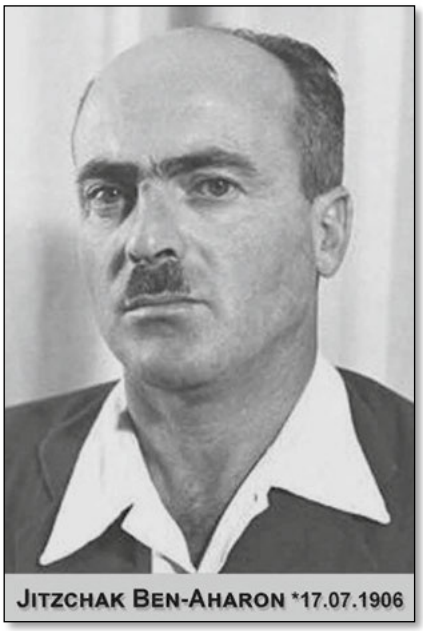
Fünf Wochen später, am 9. November 1945, erteilte die Militärregierung dann auch die Genehmigung zur Wiederaufnahme des Unterrichts an der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg, die 1924 als weiterführende Schule eingerichtet worden war und deren Gebäude in der Braacher Straße von Dezember 1939 bis März 1945 als Offiziersgefangenenlager für die Kriegsgegner des Deutschen Reiches gedient hatte.

Unter den in der JGS gefangenen Offizieren befanden sich auch einige mit jüdischem Glauben, sodass sich auf dem Gebiet der Stadt Rotenburg, die mit der Deportation von Viktor und Hanna Falkenstein am 5. September 1942 „judenrein“ geworden war, noch Menschen jüdischen Glaubens befanden. Sie waren zwar nicht völlig dem Zugriff der Gestapo entzogen, die für die Betreuung und Überwachung des Lagers in der Jakob-Grimm-Schule eingesetzten Wehrmachtsangehörigen boten den jüdischen Offizieren jedoch einen annähernd verlässlichen Schutz vor „Sonderbehandlung“ durch Gestapo und NS-Parteileute.

Vom 1. Dezember 1939 bis Juni 1940 waren es knapp 500 polnische Offiziere, darunter 56 Militärgeistliche, denen Rotenburgs „höhere“ Schülerinnen und Schüler in beengte Räumlichkeiten im Schlossbereich weichen mussten.

Dazu der kommissarische Schulleiter Rosenstock in seiner Eingabe vom 8. Dezember 1942 an die Abteilung für höheres Schulwesen im Oberpräsidium







*Porträts von gefangenen alliierten **jüdischen Offizieren** im Jüdischen Museum in Rotenburg a.d.F.*



*Eines der **Plakate** (Auszug), wie sie von der US-amerikanischen Besatzungsmacht in ihrer Zone aufgehängt wurden. Ein Kollektivschuld-Vorwurf war jedoch in der Folgezeit nicht Bestandteil der alliierten Politik gegenüber Deutschland.*

in Kassel: „*Hatte sich die Schule mit der Einrichtung eines Lazaretts für deutsche Soldaten abgefunden, und sah sie darin eine vaterländische Pflicht, so löste nun in allen Kreisen der Bevölkerung die Tatsache eine tiefe Empörung aus, daß ausgerechnet in den schönen Räumen der Schule polnische Offiziere und Geistliche Unterkunft fanden, während deutsche Jugend vertrieben wurde und in ungesunden Räumen hausen muß. Dabei schwang auch die Tatsache im Bewußtsein des Volkes mit, daß gerade diejenigen so herrlich untergebracht wurden, die in Polen die deutschen Brüder geradezu bestialisch behandelt hatten.*“

Die polnischen Kriegsgefangenen wurden im Juni 1940 durch ca. 500 belgische Offiziere abgelöst, bevor diese im August 1942 nach Fischbeck (bei Hamburg) verlegt wurden. Die Belgier kamen aus dem riesigen Gefangenenpotential, das aus dem am 10. Mai 1942 gestarteten Einfall deutscher Truppen in die heutigen Beneluxstaaten und in Frankreich resultierte.

Über die Behandlung von Kriegsgefangenen hatten die meisten Staaten in der Genfer Konvention feste Abmachungen getroffen. Diese sicherten den Offizieren eine Reihe von Vergünstigungen zu. An diesen Bestimmungen haben sich die in Rotenburg Verantwortlichen konsequent orientiert, sodass es nach dem Krieg zu keinen Verurteilungen wegen Kriegsverbrechen kam. So konnte mancher Gefangene seinem Hobby nachgehen, ernsthafte Studien betreiben oder sich in gemeinschaftlichen Aktivitäten engagieren: im Sport, in der Musik, im Theater und in vielen anderen Bereichen. Das deutsche Lagerkommando trug seinerseits dazu bei, das Lagerleben etwas kurzweiliger zu gestalten. Durch das Engagement von einigen wissenschaftlich und pädagogisch qualifizierten kriegsgefangenen Offizieren entwickelte sich ein hochstehendes geistiges und kulturelles Leben, wie dies schon für die belgischen Offiziere gegolten hatte. Im August 1942 wurde die JGS Gefangenenlager für englischsprachige Offiziere aus allen Teilen des Britischen Commonwealth und auch aus den USA.

Bis Anfang Juni 1944 war Major Dr. Hermann Bormann örtlicher Lagerkommandeur, nachdem er ab November 1933 die Jakob-Grimm-Schule geleitet hatte. Sein Dienstsitz war im Schloss, die Wohnung im Lehrerwohnhaus neben der JGS konnte er aber beibehalten. Bormann hatte sich durch sein wenig militärisches Auftreten und seine Lockerheit gewisse Sympathien bei den gefangenen Offizieren erworben. In den Tagebüchern und Berichten von Gefangenen wird kaum von „Major“ Bormann gesprochen, sondern liebevoll von „Daddy“ Bormann. Anfang Juni 1944 wurde er - zum Leidwesen der Gefangenen - durch Oberstleutnant Rudolph Brix abgelöst.

Auf seine Schulleiterstelle konnte Dr. Bormann nicht zurückkehren, u. a. seine Zugehörigkeit zur SS als förderndes Mitglied stand dem entgegen. Ebenso konnte eine Reihe weiterer JGS-Lehrkräfte wie auch Lehrerinnen und Lehrer an den Volksschulen wegen ihrer aktiven Rolle als Repräsentanten der NSDAP und deren Unterorganisationen erst im Verlauf der Jahre 1948 und 1949 ihre Unter-

***Nächste Seite**: Roll-up zur Dokumentation der Nutzung der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg als Lager für gefangene polnische, belgische und alliierte Offiziere von Dezember 1939 bis März 1945.*

Gedenken in Hessen



Plakat zur Ausstellung „Hochschule hinter Stacheldraht" (2014/15 im Kreismuseum Rotenburg)



Spezialkarte betr. gefangene Offiziere aus Australien und Neuseeland. Eine Reihe weiterer Landkarten markiert Rotenburg als Oflag Standort.



50 polnische Feldgeistliche im März 1940 vor der JGS Rotenburg, damals Oflag IX C



Acht belgische Hauptleute vor dem westlichen Eingang zur JGS, damals Oflag IX A/Z



Malerklasse in ihrem Atelier im Dachgeschoss der JGS (Aquarell des neuseeländischen Leutnants und Kriegsmalers John McIndoe)



Ausweis von Leutnant Jules Bloch, einem der fünf alliierten Kriegsgefangenen jüdischer Konfession



Beim Bau eines Fluchttunnels aus der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg 1943 (Gemälde von Leutnant David Fielding)

Offiziers-Kriegsgefangenenlager in Rotenburg an der Fulda

Mit Kriegsausbruch am 1. September 1939 wurden in Deutschland Lager für Kriegsgefangene eingerichtet. Von Dezember 1939 bis März 1945 diente die Jakob-Grimm-Schule (JGS) als Zwangsaufenthalt für gefangene Offiziere der deutschen Kriegsgegner. Die separaten Lager für Offiziere hießen OFLAG. Weil es zum Bereich des IX. Armeekorps gehörte, erhielt das Rotenburger Lager die Bezeichnung OFLAG IX C, ab Juni 1940 OFLAG IX A/Z.

Bis Mai 1940: Polnische Offiziere und Feldgeistliche
Zunächst kamen (ab 1.12.1939) ca. 500 polnische Offiziere und 56 Feldgeistliche in das Rotenburger Lager; sie waren nach dem deutschen Überfall auf Polen im Laufe des Septembers 1939 in Gefangenschaft geraten. Die Geistlichen wurden bereits am 18. April 1940 ins Konzentrationslager Buchenwald geschafft und von dort im Juli 1942 nach Dachau deportiert, wo viele grausam umkamen.

Juni 1940 bis August 1942: ca. 600 Belgier
Die polnischen Offiziere wurden am 26. April 1940 nach Braunschweig (Oflag XI B) und von dort einen Monat später ins Oflag II C in Woldenberg gebracht. So wurde Platz für ca. 600 belgische Offiziere geschaffen, in ihrer großen Mehrzahl gehörten sie dem wallonischen Bevölkerungsteil Belgiens an. Bis auf wenige vorzeitig Entlassene blieben sie die nächsten beiden Jahre in Rotenburg, bevor sie im August 1942 nach Fischbeck (bei Hamburg) verlegt wurden.

August 1942 bis März 1945: In der JGS wird Englisch gesprochen
Im August 1942 wurde die JGS zum Zwangsaufenthalt für Offiziere aus Großbritannien und dem britischen Weltreich, von März bis Juni 1943 ergänzt durch 155 US-Amerikaner im Offiziersrang. Am 29.03.1945 wurden die noch verbliebenen ca. 400 Kriegsgefangenen zu einem Evakuierungsmarsch gezwungen, der am 13.04.1945 vor den Toren von Eisleben durch die dort einrückende 3. US-Army sein Ende fand.

Genfer Konvention von 1929 beachtet
In den genannten Zahlen waren stets auch 60 bis 80 „Ordonnanzen" enthalten, Mannschaftsdienstgrade als Hilfskräfte der Offiziere, in der Deutschen Wehrmacht als „Burschen" tituliert. Aufgrund der Genfer Konvention von 1929 hatten kriegsgefangene Offiziere Anspruch auf solche Ordonnanzen, die sie von ihrem Wehrsold entlohnen mussten. Die in Rotenburg Verantwortlichen haben sich konsequent an den Bestimmungen der Genfer Konvention orientiert, sodass es nach dem Krieg zu keinen Verurteilungen wegen Kriegsverbrechen kam.

Aus Klassenräumen werden Schlafsäle
Für die Unterbringung der Kriegsgefangenen in der JGS waren nur geringe Vorkehrungen erforderlich. In den Klassenräumen waren lediglich Stapelbetten aufzustellen. Für die höheren Offiziere, die in die obere Etage kamen, wurden die Klassenräume in kleinere Einheiten umgewandelt.

Stacheldraht, Wachtürme und Lagerhaus für Rot-Kreuz-Pakete
Im Juni 1940 erhielt das Lagerareal eine Einzäunung mit doppeltem Stacheldraht und Wachtürmen, auf der Bergseite wurde eine Krankenstation errichtet. Vor dem Haupteingang wurde im Frühsommer 1943 ein großer Schuppen für die Lagerung der Rot-Kreuz-Paketsendungen gebaut, die für die Versorgung der Gefangenen allergrößte Bedeutung haben sollten.

Spektakuläre Ausbruchsversuche
Ab Sommer 1944 wurden die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt, nachdem es mehrfach zu waghalsigen Ausbruchsversuchen gekommen war, darunter ein spektakulärer Tunnelbau von der Turnhalle aus, ein anderer aus einer Toilette in der zweiten Etage. Im September 1944 gelang sieben Offizieren, getarnt als Ausflügler, die Flucht aus dem Lager, sie gerieten jedoch nach wenigen Tagen wieder in Gefangenschaft.



Die Jakob-Grimm-Schule (Westseite) Rotenburg nach einem ***Gemälde von B. Pletinckx****, Oberst in der belgischen Armee, der hier 1940/42 in Kriegsgefangenschaft war.*

richtstätigkeit wieder aufnehmen. Und dies erst nach mehrmonatigem Aufenthalt in Internierungslagern und Zahlung von Geldstrafen und Vermögensentzug, soweit sie in ihren Spruchkammerverfahren in die Gruppen II, III und IV eingestuft worden waren.

Die Tagessorgen bedrückten die Menschen viel zu sehr, als dass umfassend oder allgemein die Frage nach etwaiger Mitschuld und nach der Bewertung eigenen Verhaltens in den zurückliegenden zwölf Jahren aufgeworfen wurde. Man reduzierte das NS-System auf die zahlenmäßig geringe Gruppe von Kriegsverbrechern um Hitler sowie auf die als kriminell erklärten Organisationen der SS und der Gestapo.

Die Frage nach dem Umgang mit den Juden, nach deren Verfolgung und möglichem eigenen Anteil daran lag erst recht weit außerhalb der durch die Nachkriegssorgen bestimmten Gedanken. Ein gesellschaftliches Bewusstsein für das, was erst Jahrzehnte später den Namen ‚Holocaust' bekam, war damals noch nicht vorhanden.

Die Aktionen und Anordnungen der Besatzungsmacht wurden zunächst mit Skepsis aufgenommen, und es dominierte das Gefühl der Bedrückung durch die militärische Siegermacht. *„Was die Menschen in der alltäglichen Lebenswelt aufgriffen, war nicht die Erinnerung an den Nationalsozialismus insgesamt, sondern vor allem an die Bedrängnis der unmittelbar zurückliegenden Jahre. Aus der ‚Volksgemeinschaft' wurde die Opfer- und Leidensgemeinschaft, die sich aber nicht auf die Ausgegrenzten und Repressierten der Jahre bis 1945 bezog, sondern insbesondere die eigenen Bedrängnisse in den Vordergrund stellte."* (Großbölting 2017: 148f.)

Zu sehr sahen sich viele Deutsche selbst als Opfer, als dass ein „Täterbewusstsein" hätte entstehen können. Dass Adolf Hitler im Zuge der Festigung seiner Diktatur *„zum Inbegriff der nationalen Identifikation schlechthin geworden"* war, so der Historiker Hans Mommsen (1987: 77), bedeutete nach dem Ende seiner Herrschaft folgerichtig *„das umgekehrte Bedürfnis, den Diktator als Endursache des nationalen Unglücks zu betrachten".*

Die meisten wollten als Betrogene gesehen werden, die *„einer raffinierten Mischung aus propagandistischer Verführung, zynischer Ausnutzung nationaler Tugenden und terroristischer Unterdrückung zum Opfer fielen."* Zu fest und zu bequem war die Sichtweise von einer skrupellosen Machtelite und einem angeblich verführten Volk etabliert.

Angesichts der Millionen toten deutschen Soldaten, der Toten und Obdachlosen des Bombenkriegs der Alliierten sowie des Millionenheeres von Vertriebenen und Flüchtlingen nahmen sich die meisten als Teil einer Opfergemeinschaft wahr.

Dominiert wurde die Nachkriegszeit von einem *„kommunikativen Beschweigen"* der Schuldgefühle.



Mitbürger!

Antisemitismus

ist Dummheit und Barbarei!

Die große Mehrheit des deutschen Volkes, die denkenden und anständigen Menschen, haben das längst eingesehen. Sie sind bestrebt, die entsetzlichen Verbrechen der Nazis gegen die europäischen Juden durch Höflichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber den Hinterbliebenen der Ermordeten nach Kräften wiedergutzumachen.

Es gibt aber immer noch Barbaren unter uns, die sich vom Rassenwahnsinn Hitlers nicht befreien können. Ich erhalte immer wieder Berichte über Beleidigungen, Beschimpfungen und Anpöbelungen jüdischer Mitbürger durch Deutsche. Sogar Schändungen jüdischer Heiligtümer und Friedhöfe sind wieder vorgekommen.

Mitbürger!
Ich fordere Sie auf, um der Ehre des deutschen Namens und der Menschlichkeit willen mutig gegen solche Barbarei Front zu machen, wo immer Sie sie antreffen. Weisen Sie auch die gedankenlosen und hämischen antijüdischen Bemerkungen und Hetzreden energisch zurück, die man heute immer wieder hören kann. Verbreiten Sie überall die Ueberzeugung:

Antisemitismus ist dumm und unanständig.

Ich bin entschlossen, den unverbesserlichen Barbaren unter uns mit der Schärfe des Gesetzes entgegenzutreten. Das Befreiungsgesetz sagt in seiner Fassung vom 7. Oktober 1947: „Politisch verantwortlich im Sinne dieses Gesetzes ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Verbreitung nationalsozialistischer, militaristischer oder rassischer Ideen oder durch sonstiges Wirken für den Nationalsozialismus ... den Aufbau eines friedlichen demokratischen Staates erschwert ..."
Auf der gesetzlichen Grundlage dieser Bestimmung können die Spruchkammern jeden, der sich Beleidigungen, Anpöbelungen oder andere Rechtswidrigkeiten gegen jüdische Mitbürger zu Schulden kommen läßt,

zum Belasteten oder Hauptschuldigen erklären

und ihm die Sühnemaßnahmen des Befreiungsgesetzes auferlegen, im äußersten Falle auch Arbeitslager.

Mitbürger!
Ich fordere Sie auf, mir unter Nennung von Zeugen Anzeige zu erstatten, wenn Ihnen antisemitische Handlungen Einzelner bekannt werden. Eine solche Anzeige ist keine Denunziation, sondern Bürgerpflicht, genau so wie es Ihre Pflicht ist, einen Dieb, einen Schwindler oder einen Hochstapler bei der Polizei anzuzeigen. Ich habe die öffentlichen Kläger aller Spruchkammern angewiesen, bei begründeten Anzeigen sofort Klage zu erheben.

Mitbürger!
Es muß der Zusammenarbeit aller anständigen Deutschen ohne Unterschied von Stand, Partei oder Konfession gelingen, auch mit den letzten Resten des Hitlerschen Rassenwahnsinns fertig zu werden. Es geht um die Ehre des deutschen Namens in der Welt.

Der Minister für politische Befreiung
Binder

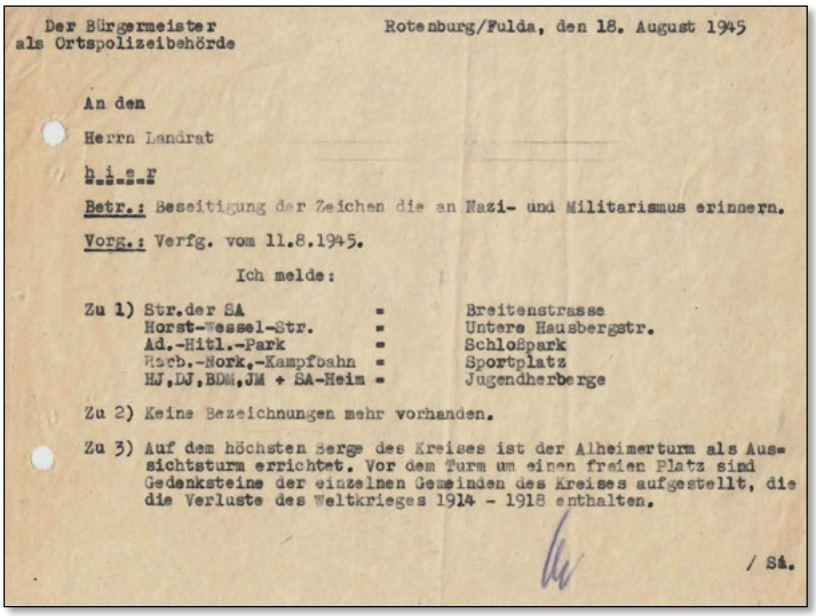
Wiesbaden, den 15. Januar 1948.

*Im **Januar 1948** sah sich der Hessische Minister für politische Befreiung veranlasst, offensiv gegen ein Wiederaufleben des Antisemitismus vorzugehen, das sogar im Zerstören und Schänden jüdischer Einrichtungen seinen Ausdruck fand.*

Am 27. April 1948 kam die Anordnung des Hessischen Ministers für politische Befreiung, dass in jeder Gemeinde des Landes Hessen drei der abgebildeten Plakate an den amtlichen Anschlagstellen ausgehängt werden.

Im letzten Absatz seines Aufrufs mahnte der Minister: „Es muß der Zusammenarbeit aller anständigen Deutschen ohne Unterschied von Stand, Partei oder Konfession gelingen, auch mit den letzten Resten des Hitlerschen Rassenwahnsinns fertig zu werden. Es geht um die Ehre des deutschen Namens in der Welt."
(HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3594)

Auch in Bebra wurden Gräber auf dem Jüdischen Friedhof in der Otto-Kraffke-Straße schon in den ersten Jahren nach Kriegsende mehrfach verunziert und beschädigt.



Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde

Rotenburg/Fulda, den 18. August 1945

An den
Herrn Landrat
h i e r

Betr.: Beseitigung der Zeichen die an Nazi- und Militarismus erinnern.

Vorg.: Verfg. vom 11.8.1945.

Ich melde:

Zu 1) Str.der SA = Breitenstrasse
Horst-Wessel-Str. = Untere Hausbergstr.
Ad.-Hitl.-Park = Schloßpark
Berb.-Nork,-Kampfbahn = Sportplatz
HJ,DJ,BDM,JM + SA-Heim = Jugendherberge

Zu 2) Keine Bezeichnungen mehr vorhanden.

Zu 3) Auf dem höchsten Berge des Kreises ist der Alheimerturm als Aussichtsturm errichtet. Vor dem Turm um einen freien Platz sind Gedenksteine der einzelnen Gemeinden des Kreises aufgestellt, die die Verluste des Weltkrieges 1914 - 1918 enthalten.

/ Sä.

*Im **August 1945** meldete der Rotenburger Bürgermeister - wie bereits dargestellt - die „Beseitigung der Zeichen, die an Nazi- und Militarismus erinnern". So kam in **Bebra** die Horst-Wessel-Straße wieder zu ihrem alten Namen (Friedrichstraße), die Hauptmann-Göring-Straße hieß wieder Lindenstraße, die Hindenburgstraße wieder Luisenstraße, der Adolf-Hitler-Platz war wieder Am Anger*

*Unten abgebildet ist die obere Hälfte einer **Bebra-Postkarte** aus dem Jahr 1939 mit den 1933 bis 1945 gültigen Bezeichnungen. .*



H. 2 Jüdische Nachkriegs-Gemeinde in Bebra

Bald kamen Tausende von notleidenden, ausgeplünderten Menschen in das Kreisgebiet, die aus den östlichen Teilen des zerschlagenen Reiches und den angrenzenden Staaten ausgewiesen worden waren oder die Flucht ergriffen hatten. Unter ihnen befanden sich auch zahlreiche osteuropäische Juden, die meisten waren Überlebende aus den Konzentrationslagern. Die zahlenmäßig größte Gruppe waren osteuropäische Zwangsarbeiter. Die meisten von ihnen sollten von hier aus als *Displaced Persons* (dt.: verschleppte, entwurzelte Menschen), als Heimatlose, in Auffanglager eingewiesen werden, welche die Besatzungsmächte eingerichtet hatten. Diejenigen unter ihnen jedoch, die aus der Sowjetunion stammten, waren dazu bestimmt, entsprechend den Vereinbarungen unter den Siegermächten, in die Sowjetunion gebracht zu werden. Dabei wurde Bebra aufgrund seiner Nähe zur sowjetischen Besatzungszone zu einem zentralen Verteilerort.

Die kanadische Historikerin Laura Megan Greaves (2013: 144) spricht von insgesamt 15.000 Menschen, für die in den Monaten April bis Juli 1945 Bebra zum Flucht- und Sammelplatz wurde, von dem aus sie unter der Regie der Amerikaner zu unterschiedlichen Zielen weitergeleitet wurden. In Bebra, so Greaves, führte dies zu ausgesprochenem Chaos („particular chaos"), für das sie insbesondere den hier zuständigen US-Sonderbeauftragten Major W. A. Nessel verantwortlich macht; er habe es nicht geschafft, mit den Russen ein funktionierendes Übereinkommen zu erzielen. Als Folge daraus hätten sich die Lebensbedingungen vor Ort schnell verschlechtert und Bebra zu einer Stadt *„vollgestopft mit verzweifelten Menschen"* gemacht.

Greaves hatte ihre Informationen aus US-amerikanischen Militärdokumenten gewonnen, die durch die Tagebücher des katholischen Bebraer Lehrers Paul Bachmann eine gewisse Bestätigung finden. So hält Bachmann in seinem Tagebucheintrag für den 2. Juli 1945 fest*: „Rückwanderer, deutsche entlassene Kriegsgefangene und amerikanische Soldaten beleben das Bild in den Straßen*

MITGLIEDERSTATISTIK DER HEUTIGEN JÜDISCHEN GEMEINDEN IN DEN JAHREN

Gemeinde	(1933)	1945/6	1948	1952	1955	1959
Aachen	1 352	40	70	95	110	158
Amberg	63	300	220	114	70	68
Augsburg	1 203	36	70	71	122	153
Baden-Baden	435	60	0	-	55	38
Bad Homburg	400	18	16	12	11	11
Bad Kreuznach	680	26	22	18	20	20
Bad Nauheim	300	50	300	100	69	66
Bamberg	972	3 000	67	83	76	75
Bebra	120	-	40	-	-	-

*Die Aufstellung ist dem Buch von Harry Maòr (1961: 133) über den „**Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden** in Deutschland seit 1961" entnommen. Für 1948 werden 40 Mitglieder der Bebraer Jüdischen Gemeinde genannt.*

Bebras". Und am 10. Juli 1945 notierte er: *„Bebra verpflegt täglich immer noch Hunderte von Flüchtlingen und Soldaten. Die Schule ist bis zum Abend überbesetzt, so dass die armen Menschen auch im Flur und auf den Treppenstufen ihr Nachtlager einrichten."*

Was Bachmann besonders störte, hatte er in seinem Tagebucheintrag vom 23. Juni 1945 festgehalten: *„Manche Mädchen und auch junge Frauen, deren Männer noch in Gefangenschaft sind, vergessen, dass sie Deutsche sind. Sie zeigen sich öffentlich im Verkehr mit den Besatzungstruppen oder den ausländischen Arbeitern. Um nur ein wenig Schokolade oder Kaffeebohnen zu bekommen, werfen sie sich weg."*

Wie bereits erwähnt, kam es im Verlauf des Jahres 1946 aus unterschiedlichen Gründen zu einer jüdischen Massenflucht aus dem östlichen Europa, die viele Juden nach Deutschland führte*. „Völlig entkräftet hatten sie die Torturen der Konzentrationslager überstanden oder, was seltener vorkam, im Untergrund versteckt überleben können."* (Königseder/Wetzel 1994: 18)

Manchen polnischen Juden war es gelungen, vor der NS-Verfolgung in die Sowjetunion zu fliehen. Nach ihrer Rückkehr in das befreite Polen 1945 mussten sie erkennen, wie virulent der Antisemitismus noch immer war und wie an manchen Orten die antijüdische Stimmung bedrohlich eskalierte. Vor allem antijüdische Gewaltakte wie der Pogrom in der polnischen Stadt Kielce im Juli 1946 und an anderen polnischen Orten veranlassten viele Jüdinnen und Juden aus Ostmitteleuropa dazu, fluchtartig in den Westen zu gehen. In Kielce hatte sich das Gerücht verbreitet, ein christlicher Junge sei durch Juden entführt und ermordet worden, um aus seinem Blut Matzen für Pessach zu backen. (Doerfer 2023: 103)

„Unbezweifelbar war, dass in Polen ein traditioneller Antisemitismus auch nach der ‚Endlösung' noch immer am Leben war." (Jacobmeyer 1983: 433)

In Hessen waren es zum Jahresende 1946 etwa 35.000 ostjüdische *Displaced Persons* (DPs), die auf unterschiedliche Lager verteilt wurden*, „auf verfluchtem Boden, wie es ihnen nach den Verfolgungsaktionen und Massenmorden erscheinen musste".* (Kropat 1983: 451)

Der Münsteraner Historiker Wolfgang Jacobmeyer (1983: 15) nennt diesen Personenkreis *„die bevölkerungs- und arbeitspolitische Hinterlassenschaft der nationalsozialistischen Herrschaft im Zweiten Weltkrieg, in ihrer weit überwiegenden Masse die Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppten, deren Heimatgebiete vornehmlich in Osteuropa lagen."*

Nach ihrer Selbstbezeichnung waren sie *„Sheerit Haplejta - der Rest, der entkommen ist".*

„Ohne Besitz, halb verhungert, oft auch krank, waren sie nach Deutschland gekommen. … Viele von ihnen standen völlig allein, da ihre Familienangehörigen unter dem Nazi-Regime umgebracht worden waren; die Überlebenden selbst waren zu erheblichem Teil in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen. Viele litten an Mangelerkrankungen und tuberkulösen Lungeninfektionen, viele bedurften auch nervenärztlicher Behandlung.

Das gilt ebenso für viele der übrigen DPs, die durch jahrelange Zwangsarbeit körperlich und seelisch ausgelaugt und belastet waren. Aus diesem Grund erhielten die DPs auch täglich 2000 bis 2300 Kalorien und damit eine bessere Verpflegung als der Normalverbraucher, der meist nur 1500 Kalorien be-kam." (Parisius/Müller-Henning 1992: 17)

„Der anfängliche Schock der Alliierten über die Zustände in den KZ und die daraus resultierende demokratisch-pädagogische Aufklärung der Deutschen wich bald einem Unverständnis vieler Armeeangehörigen für die Auffälligkeiten der Überlebenden und wurde durch eine wachsende Sympathie für die deutsche Bevölkerung ersetzt." (Urban 1997: 176)

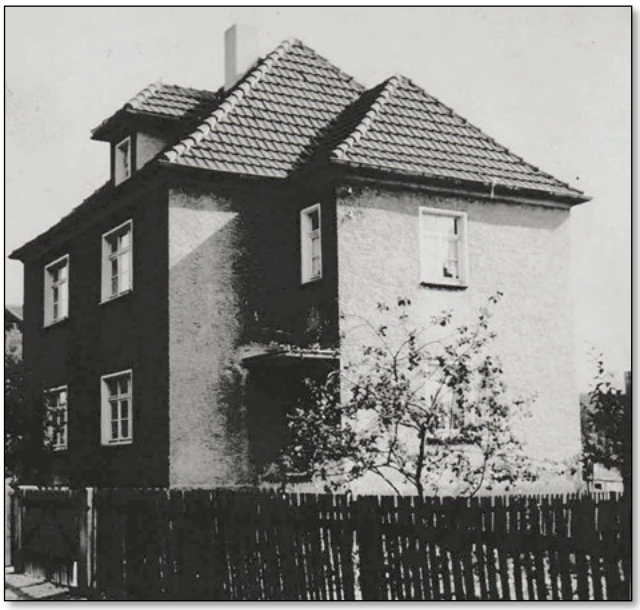
Susanne Urban (1997: 177) sieht die vielfach den jüdischen DP's im Nachkriegsdeutschland nachgesagte Betätigung im Schwarzhandel als Ausdruck allgemein gängiger antisemitischer Judenbilder und übernimmt die auf Detailstudien beruhende Bewertung, derzufolge die bis auf den heutigen Tag geläufigen Vorurteile über die Juden als die hauptsächlichen Betreiber des Schwarzmarktes keineswegs aufrecht erhalten werden können.

Mit bis zu 3.700 jüdischen Personen existierte in Eschwege ein DP-Lager, das von der UNRRA (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*) versorgt wurde. Warum davon getrennt eine kleine Anzahl von *Displaced Persons* nach Bebra kam, ist nicht bekannt. Hier wurde kein zentrales Lager eingerichtet, die Unterbringung erfolgte vielmehr in einzelnen Quartieren, die über die Stadt verteilt waren. Vorübergehend lebten jüdische DPs auch in Eschwege in Häusern, welche die US-Militärregierung beschlagnahmt hatte.

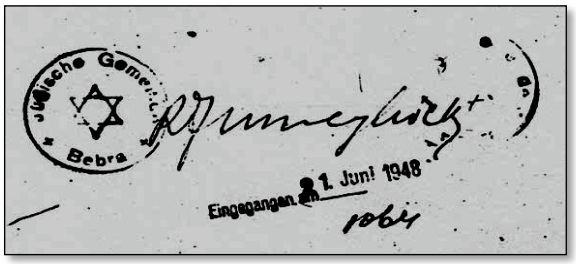
Arnold/Stein (2022: 70f.) sprechen von *„starken Spannungen zwischen den DPs und der Eschweger*

Bevölkerung", weisen aber zugleich darauf hin:
„Für die DPs war der Zwischenaufenthalt in Deutschland, dem Land der Täter, ein notwendiges Übel. Es ließ sich nicht vermeiden, wenn man nach Israel oder die USA ausreisen wollte. In der Regel vermied man den Kontakt zur deutschen Bevölkerung, sofern er nicht nötig war für Tauschgeschäfte oder Arztbesuche."
Der 1947 im DP-Lager Ziegenhain geborene Robbi Waks erinnert sich: *„Nein, in das Land der Mörder, wie meine Mutter Deutschland damals nannte, waren meine Eltern keineswegs geflüchtet, sondern in den Schutzbereich der US-Armee. Zudem sollte es für sie nur eine kurze ‚Zwischenstation' sein, denn ihr erträumtes Ziel war Palästina, das verheißene Land, Eretz Israel. Damit verband sich ihr ganzes Denken und Streben. … Wir meinten, Zäune um uns herum errichten zu müssen. Die Deutschen hielten ebenso Distanz, sie mieden uns. ...Ich wurde in dem Sinne erzogen, dass ich in Deutschland nichts zu suchen habe." (*Föhrding/Verfürth 2014: 8f)

In der Amerikanischen Besatzungszone, zu der auch Hessen gehörte, war Bebra der einzige Ort, in dem die DPs nicht in speziellen Lagern lebten, sondern in Privatquartieren untergebracht waren und damit überdurchschnittlichen Komfort genossen. (Jacobmeyer 1983: 450)
Anders war es in der französischen Besatzungszone, wo in mehreren Städten, so Bad Kreuznach, Neuwied, Niederlahnstein und Trier, nach einer Aufstellung von 1947 sogar noch kleinere jüdische DP-Gemeinden als in Bebra vorhanden waren, ohne dass es dort spezielle Lager gab. (Jacobmeyer 1983: 449)
Auf jeden Fall entging man so der in den Lagern unvermeidlichen Einschränkung der Privatsphäre und der Unterwerfung unter Lagerregeln. Dieses Motiv wird auch von der polnischen Historikerin Katarzyna Person (2023: 140) in ihrer jüngst erschienenen Studie über „Jüdische DPs aus Polen" genannt. Einen weiteren Grund für den Aufenthalt in Privatquartieren, insbesondere für diejenigen, die im Sommer 1946 nach Deutschland kamen, sieht Person (2023: 140) in dem mangelnden Platz in den überfüllten Lagern.
Ende des Jahres 1946 wurde erkennbar, dass hunderttausende DPs nicht in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Die UNRRA wurde daraufhin durch die Internationale Flüchtlingsorganisation *IRO (International Refugee Organisation)* ersetzt, deren Konzept die Neuansiedlung vorsah. Danach sollten die verbliebenen DPs entweder in die deutsche Nachkriegsgesellschaft integriert oder ihre Emigration in Drittstaaten unterstützt werden.
Obwohl die Zahl der in Bebra gestrandeten jüdischen DPs gering blieb, kam es zur Gründung einer Jüdischen Gemeinde. Für 1948 sind 40 Mitglieder nachgewiesen, davon 14 mit deutscher Herkunft. Der erste Nachweis für die Existenz einer neuen Jüdischen Gemeinde ist für den 10. Juli 1946 angezeigt, der letzte Nachweis trägt das Datum vom 17. März 1949. Es ist wohl davon auszugehen, dass die Juden, die es nach Bebra verschlagen hatte, sich zum größten Teil der sich dort entstandenen Jüdischen Gemeinde anschlossen.
Es ist nicht bekannt, ob die Lebensmittel und Waren, die durch internationale Hilfe in die DP-Lager gebracht wurden, den Mitgliedern der kleinen jüdi-



Bebra, Fichtestraße 2*, ca. 1950. Von 1946 bis 1949 wohnte hier der Vorsteher der Jüdischen Nachkriegsgemeinde, deren Mitglieder aus dem Kreis der Displaced Persons (DPs) kamen.*



Stempelabdruck *der Jüdischen Gemeinde Bebra von 1948 und Unterschrift ihres Vorsitzenden Siegfried Immerglück*.(www.after-the-shoa/bebra/nurinst-archiv)

schen Gemeinde Bebra in ähnlicher Weise zur Verfügung standen und ihnen die Möglichkeit boten, im Tauschhandel gute Geschäfte mit der deutschen Bevölkerung zu machen, für die bestimmte begehrte Güter auf normalem Weg unerreichbar waren. *„Viele der jüdischen DPs hatten dadurch Eingang in das deutsche Wirtschaftsleben gefunden und später solide Existenzen gegründet."* (Maòr 1961: 17f.)

Sicher nachgewiesen für die in Bebra in den Jahren 1946 bis 1949 lebenden Juden sind drei Wohnadressen. Zum einen ist dies das dreistöckige, geräumige Haus Apothekenstraße 10, das der 1942 deportierten Familie Levi gehört hatte. Der Aufenthaltsnachweis von sechs jüdischen Personen mit deutscher Nationalität ist in einer Mitteilung von Bebras Bürgermeister Iwanowski zu finden, die dieser am 26. Oktober 1945 dem Landrat übermittelte. Zum anderen ist das Haus Fichtestraße 2 als Wohnadresse von Juden in den Nachkriegsjahren dokumentiert. Der Eigentümer des Hauses, Johannes Heinzerling, befand sich als ehemals führender lokaler NS-Funktionär bis Ende Januar 1948 im Internierungslager Darmstadt. (Stadtarchiv Bebra)

In dem Haus Fichtestraße 2 wohnte u. a. Siegfried Immerglück, der Vorsteher der Jüdischen Nachkriegsgemeinde, zusammen mit seiner Ehefrau und dem minderjährigen Kind. Überliefert ist der Abdruck des Stempels der damaligen Jüdischen Gemeinde Bebra auf einem Dokument, das auch Immerglücks Unterschrift als Gemeindevorsteher mit der Adresse Fichtestraße 2 trägt. (s. vorige Seite)

Wie Bebras Jüdische Nachkriegsgemeinde ihre Gottesdienste organisierte, ist nicht bekannt. Gut vorstellbar ist die zumindest gelegentliche Mitbenutzung der im Januar 1946 wieder hergerichteten Synagoge in Eschwege. Die Bebraer Synagoge konnte nach ihrer Schändung und Verwüstung im November 1938 nicht mehr für gottesdienstliche Zwecke genutzt werden, eine Herrichtung für Bebras Nachkriegsgemeinde ist nicht erfolgt.

Eine dritte Wohnadresse konnte uns der 1936 geborene Otto Schreiber nennen, dessen Familie in jenen Jahren für einige Zeit unter dem gleichen Dach (Südstraße 13) in Bebra wohnte wie das jüdische Ehepaar Zierer mit seinem Kleinkind. Eine spätere Adresse der Familie Zierer war dann Marienstraße 3, das Haus des Zahnarztes Alfred Lippert, NS-Ortsgruppenleiter in Bebra von 1934 bis 1936. Die Beschlagnahmung von Immobilien ehemaliger lokaler NS-Größen sollte offensichtlich den schroffen Reaktionen der deutschen Bevölkerung entgegenwirken, die unmittelbar nach Kriegsende bei entsprechenden Maßnahmen zugunsten von DPs gemacht worden waren. (Jacobmeyer 1983: 209)



*Dieses Foto entstand bei einer **Demonstration der DPs** 1948 in Eschwege , die unter dem Motto stand „Open the gates of Palestine"* (Arnold, M./Stein, E. 2022: 81). *Eine Teilnahme auch von Mitgliedern der Bebraer jüdischen Gemeinde kann durchaus angenommen werden.*

Über den Lebensalltag der jüdischen DPs in Bebra in den Jahren 1946 bis 1949 kann man die Erkenntnisse heranziehen, die Angelika Königseder und Julia Wetzel 1994 in ihrer Studie mit dem Titel „Lebensmut im Wartesaal“ festgehalten haben. Demnach waren die konkreten Lebensbedingungen der in Deutschland gestrandeten DPs stark abhängig von der Haltung der einzelnen Repräsentanten der Besatzungsmacht vor Ort. Auf die Betreuung der überlebenden Juden, so Königseder/Wetzel (1994: 25) waren die US-Soldaten *„keineswegs vorbereitet, … nicht für den Umgang mit den Überlebenden des NS-Terrors, mit psychisch und physisch schwer geschädigten und auf dringende Hilfe angewiesenen Menschen, geschult.“*

An anderer Stelle (1994: 28) halten die beiden Autorinnen fest, die Soldaten seien trotz ihrer antideutschen Schulung eher geneigt gewesen, mit den Deutschen in Kontakt zu treten, als sich mit den Problemen der DPs auseinanderzusetzen: *„Die Soldaten begannen, sich in diesem Deutschland wohlzufühlen.“*

Königseder/Wetzel (1994: 28) zitieren dann aus dem Brief eines US-Soldaten, in dem zu lesen ist: *„Der durchschnittliche Soldat unserer Armee kann nicht verstehen, dass diese nett und sauber anzusehenden Leute mit ihren gepflegten Häusern und ihrem Sinn für Recht und Ordnung gefährlich oder gar eines Verbrechens schuldig sein könnten. Sie fallen den meisten Amerikanern in Deutschland als anständige, angenehme und ziemlich freundliche Leute auf, die ihre Eltern achten, Kinder mögen und ihre Haustiere über alles lieben.“*

Andererseits mussten die Besatzungsmächte die Erfahrung machen, dass die jüdischen DPs noch schwerer lenkbar waren als dies allgemein für DPs galt. *„Die Überlebenden der ‚Endlösung‘ befanden sich nahezu ständig unter starkem emotionalen Druck, litten unter schweren Schuldkomplexen wegen ihrer zufälligen Rettung und des ebenso willkür-*



***Nürnberger Straße 58**: hier führte Max Zierer 1946 bis 1948 ein Ladengeschäft in den Räumen, welche bis 1938 der jüdischen Familie Rothfels für ihren Handel mit Textilien gedient hatten.*



Nürnberger Straße 13: *im Kellerbereich des Hauses führte Siegfried Immerglück 1946 bis Februar 1949 ein Ladengeschäft, der Zugang war durch die Baulücke zum Haus Nürnberger Straße (Schwan-Apotheke). Danach war hier der legendäre Biber-Keller. (Foto ca. 1955, Privatarchiv Karin Sonntag)*

lichen Todes von Verwandten und Freunden. Lange Zeit hindurch unter unsäglichen Verhältnissen in Todeserwartung gelebt zu haben und Zeugen der Ermordung von Freunden und Verwandten, Zeugen des Massenmordes gewesen zu sein – dieses hatte tiefe Spuren eingegraben." (Jacobmeyer 1983: 424f.)

Zu den Mitgliedern von Bebras damaliger Jüdischer Gemeinde, Max Zierer und Siegfried Immerglück, deren Zeit in Bebra im Wesentlichen von den Lebensumständen unmittelbar vor der Währungsreform geprägt war, ist Otto Schreiber Einiges in lebhafter Erinnerung geblieben. Beide Juden, so Schreiber, machten Gebrauch von den ihnen gegebenen Möglichkeiten.

Angesichts der in jenen Tagen faktisch existierenden Zigarettenwährung eröffnete ihnen der Tauschhandel eine geschäftliche Sondersituation. Diese nutzten sie mit der Einrichtung von Geschäftslokalen:

Max Zierer in der Nürnberger Straße Nr. 58, wo die jüdische Familie Rothfels bis zu ihrer Vertreibung ein Ladengeschäft geführt hatte.

Siegfried Immerglücks geschäftliche Niederlassung war im Kellerbereich des Anwesens Nürnberger Straße 13, wo in späteren Jahren der „Hammerwirt" den legendären *Biberkeller* betrieb. (s. Foto oben)

Die Juden verfügten über Waren, die sie von der US-Armee und amerikanischen Hilfsorganisationen erhalten hatten, an die die deutsche Bevölkerung in der Regel sonst nicht herankommen konnte. *„Mit diesen Dingen, die allerdings weit weniger zahlreich vorhanden waren, als von deutscher Seite angenommen wurde, ließ sich kein riesiger Gewinn machen. Zigaretten, das Hauptzahlungsmittel im Nachkriegsdeutschland, Kaffee und Schokolade konnten aber doch gegen dringend benötigte Kleidungsstücke, persönliche Bedarfsartikel … eingetauscht werden."* (Königseder/Wetzel 1994: 137)

Königseder/Wetzel (1994: 136) machen auf einen grundsätzlichen Tatbestand aufmerksam:
„Es gab einen sogenannten ‚grauen Markt', in den alle in Deutschland lebenden Personen verwickelt waren, weil ohne ihn die Versorgung nicht funktionierte; dort wurden hauptsächlich rationierte Artikel für den eigenen Bedarf getauscht. Wenn alle mit dieser Art Handel beschäftigten Personen inhaftiert worden wären, hätte man aus ganz Deutschland ein einziges Gefängnis machen müssen."
Neben dem „grauen Markt" existierte auch ein wirklicher „schwarzer Markt", auf dem mit rationierten oder verbotenen Gütern in größerem Umfang gehandelt wurde. In diesen waren aber, wie auch bei der deutschen Bevölkerung und der Militärregierung, nur vereinzelte „schwarze Schafe" unter den jüdischen DPs verwickelt. Es sind keine Nachrichten überliefert, denen zufolge es im Raum Bebra/Rotenburg zu Verfahren wegen gewerbsmäßigem Schwarzhandel gekommen ist.

Im März 1949 verließen die jüdischen DPs ihren zwischenzeitlichen Aufenthaltsort Bebra, ihr weiterer Weg ist nicht dokumentiert, aller Wahrscheinlichkeit nach gelangten die meisten in den im Mai 1948 gegründeten Staat Israel, das lang ersehnte Ziel der jüdischen DPs. (Maòr 1961: 15)
Nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1951 trifft dies für 60 Prozent der jüdischen DPs zu. Bis zur Unabhängigkeit Israels hatte die britische Regierung der Einwanderung in ihr Mandatsgebiet Palästina enge Grenzen gesetzt, um Konflikte mit der arabischen Bevölkerung zu vermeiden. 1961 kam eine Anfrage an die Stadt nach einem 1946/47 in dem Haus Fichtestraße 2 in Bebra wohnenden Mann namens Mendel Lipschitz. (Stadtarchiv Bebra)
Zwischen Bebras jüdischer DP-Nachkriegsgemeinde und den jüdischen Familien, die über Generationen hier gelebt hatten, gab es keinerlei Verbindung. Und von den jüdischen Menschen aus Bebra, denen die rettende Ausreise gelungen war, dachte niemand an eine Rückkehr.
Die 1950 in einem DP-Lager geborene amerikanische Historikerin Atina Grossmann bilanziert über die DP-Ära, dass sie heute einen *„seltsam unsichtbaren Teil der deutschen Geschichte"* ausmache. Deutsche und Juden hätten ihre kurze, aber intensive gemeinsame Nachkriegsgeschichte letztlich *„beharrlich vergessen".*
Die WELT vom 31.05.2014 zitiert den jungen Historiker Holger Köhn mit dessen Resümee, dass *„die Displaced Persons sowie die Territorien, auf denen sie untergebracht waren, im ‚Gedächtnisloch' verschwunden"* sind.



*DPs auf dem Weg über München **nach Israel 1949**. (Königseder/ Wetzel 1994: 153)*

H. 3 Rückkehr kaum möglich

Dass es für eine Neuansiedlung in ihrer Heimatstadt keine realistische Chance gab, mussten die Geschwister Gans in Rotenburg erfahren. Ruth Gans (Jg. 1921) und ihr Bruder Ernst (Jg. 1926) hatten mehrere Arbeits- und Konzentrationslager überstanden (u.a. Riga, Stutthof, Buchenwald) und waren im Sommer 1945 nach Rotenburg zurückgekehrt, wo ihnen das Haus Kalkröste 4 als Wohnung zugewiesen wurde.

Im KZ Buchenwald war der damals 18-jährige Ernst Gans im November 1944 mit einem Körpergewicht von 42 kg („bekleidet“) registriert worden.

Der Alltag in Rotenburg war für die Überlebenden nicht zu meistern. Der Versuch, einige der 1940 zwangsweise verkauften Grundstücke der Familie wiederzuerlangen, um dort Gemüse anzubauen, stieß auf Widerstand der Stadt Rotenburg, die inzwischen Eigentümerin geworden war. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Erwerb von ehemals jüdischem Besitz verteidigt und als rechtmäßig erachtet wurde, ließen ein Bleiben unmöglich erscheinen. Im Juli 1946 wanderten die Geschwister Gans in die USA aus, ihre Heimatstadt war ihnen fremd geworden.

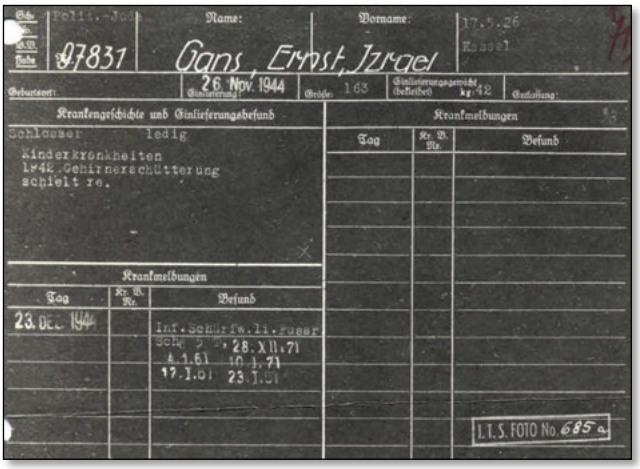
Die Stadt Rotenburg hatte sich der Rückgabe der Grundstücke an die Geschwister Gans mit erstaunlichen Argumenten widersetzt. So behauptete die Stadt, es sei noch gar nicht sicher, dass die entsprechenden Gesetze und Verordnungen der NS-Zeit überhaupt unrechtmäßig gewesen seien. Willi



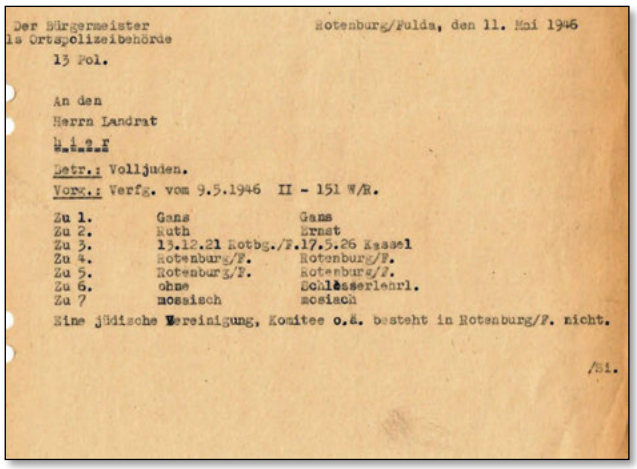
Ruth (geb. 1921) und Ernst Gans (geb. 1926)

Gans habe sich eben in einer wirtschaftlichen Notlage befunden, weil seine Geschäfte nicht richtig liefen; mit Judenverfolgung habe das nichts zu tun. Außerdem könne die Tochter gar nicht beweisen, dass ihr Vater wirklich tot und sie die Erbin sei. Mit diesem letzten Argument – nachdem die beiden anderen sich als unhaltbar erwiesen hatten – verzögerte die Stadt die Rückerstattung bis 1950.

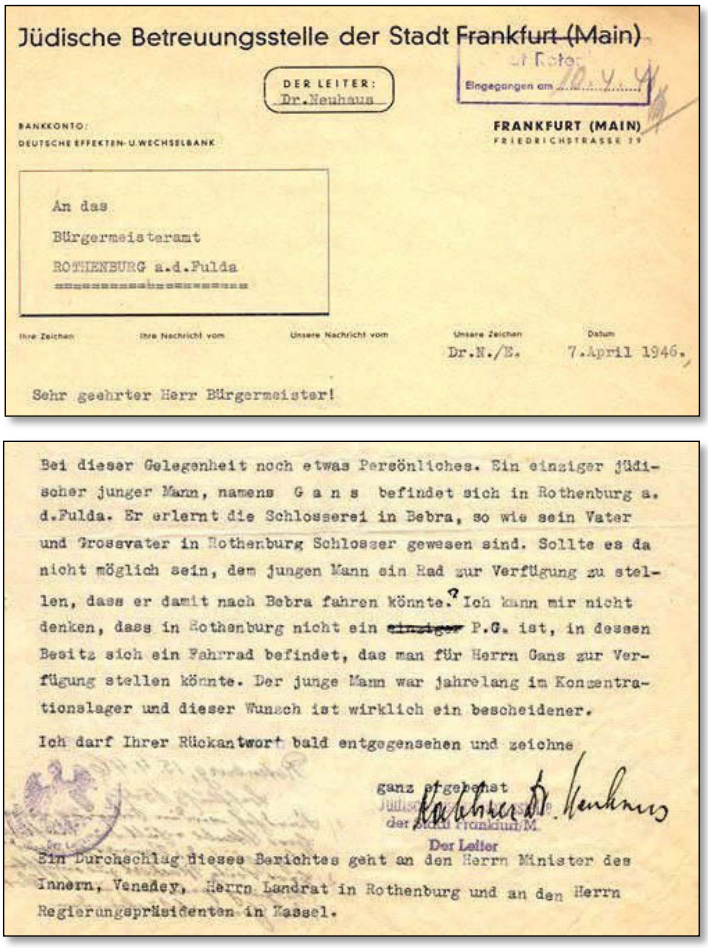
Am 7. April 1946 hatte Rabbiner Dr. Leopold Neuhaus an den Rotenburger Bürgermeister einen Brief betr. Ernst Gans geschrieben: *„Bei dieser Gelegenheit noch etwas Persönliches. Ein einziger jüdischer Mann namens Gans befindet sich in Rotenburg a. d. Fulda. Er erlernt die Schlosserei in Bebra, so wie sein*


Name: Vorname:
07831 Gans, Ernst, Izrael
26. Nov. 1944
Krankengeschichte und Einlieferungsbefund
Schlosser ledig
Kinderkrankheiten
1942 Gehirnerschütterung
schielt re.
Krankmeldungen
Tag Kr. B. Nr. Befund
Krankmeldungen
Tag Befund
23. Dez. 1944
Inf. Schurfw. 11. russ
I.T.S. FOTO No. 685 a

Meldekarte von Ernst Gans *aus dem KZ Buchenwald, datiert 23.12.1944.* (Archiv Buchenwald)


Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde
Rotenburg/Fulda, den 11. Mai 1946
13 Pol.
An den
Herrn Landrat
W.i.d.F.
Betr.: Volljuden.
Vorg.: Verfg. vom 9.5.1946 II - 151 W/R.
Zu 1. Gans Gans
Zu 2. Ruth Ernst
Zu 3. 13.12.21 Rotbg./F. 17.5.26 Kassel
Zu 4. Rotenburg/F. Rotenburg/F.
Zu 5. Rotenburg/F. Rotenburg/F.
Zu 6. ohne Schlosserlehrl.
Zu 7 mosaisch mosaisch
Eine jüdische Vereinigung, Komitee o.ä. besteht in Rotenburg/F. nicht.
/Si.

Meldung v. 11. Mai 1946 betr. „Volljuden“: ***Ruth Gans*** *(geb. 13.12.1921) und* ***Ernst Gans*** *(geb. 17.5.1926).*



Jüdische Betreuungsstelle der Stadt Frankfurt (Main)

DER LEITER:
Dr. Neuhaus

Eingegangen am 10.4.46

BANKKONTO:
DEUTSCHE EFFEKTEN- U. WECHSELBANK

FRANKFURT (MAIN)
FRIEDRICHSTRASSE 29

An das
Bürgermeisteramt
ROTHENBURG a.d.Fulda

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Unsere Zeichen	Datum
			Dr.N./E.	7.April 1946.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bei dieser Gelegenheit noch etwas Persönliches. Ein einziger jüdischer junger Mann, namens G a n s befindet sich in Rothenburg a. d.Fulda. Er erlernt die Schlosserei in Bebra, so wie sein Vater und Grosvater in Rothenburg Schlosser gewesen sind. Sollte es da nicht möglich sein, dem jungen Mann ein Rad zur Verfügung zu stellen, dass er damit nach Bebra fahren könnte.? Ich kann mir nicht denken, dass in Rothenburg nicht ein ~~einziger~~ P.G. ist, in dessen Besitz sich ein Fahrrad befindet, das man für Herrn Gans zur Verfügung stellen könnte. Der junge Mann war jahrelang im Konzentrationslager und dieser Wunsch ist wirklich ein bescheidener.

Ich darf Ihrer Rückantwort bald entgegensehen und zeichne

ganz ergebenst
Jüdische Gemeinde Frankfurt/M.
Der Leiter

Ein Durchschlag dieses Berichtes geht an den Herrn Minister des Innern, Venedey, Herrn Landrat in Rothenburg und an den Herrn Regierungspräsidenten in Kassel.

Brief vom 7. April 1946 *von Rabbiner Dr. Leopold Neuhaus an den Rotenburger Bürgermeister, u.a. betr. Ernst Gans..*

Vater und Großvater Schlosser in Rotenburg gewesen sind. Sollte es da nicht möglich sein, dem jungen Mann ein Rad zur Verfügung zu stellen, daß er damit nach Bebra fahren könnte? Ich kann mir nicht denken, dass in Rotenburg nicht ein P.G. ist, in dessen Besitz sich ein Fahrrad befindet, das man für Herrn Gans zur Verfügung stellen könnte? Der junge Mann war jahrelang im Konzentrationslager und dieser Wunsch ist wirklich ein bescheidener." In seinem Antwortschreiben geht der Rotenburger Bürgermeister mit keinem Wort auf dieses Anliegen ein. (HHStW 518, Nr. 8923)

Der Umgang vieler Deutscher mit ihrer Haltung in den zurückliegenden Jahren und deren plötzlicher Wandlung kommt beispielhaft in den von Paul Bachmann, dem katholischen Lehrer in Bebra, geführten Tagebüchern zum Ausdruck. Am 20. Juli 1944, als das Ende des Hitlerreichs schon erkennbar sein musste, finden sich bei Bachmann Durchhalteparolen. Und noch am 31. Oktober 1944 legt Bachmann das Bekenntnis ab: *„Dem guten Führer folgt jeder willig, und wenn ich von anderen weiß, dass er mehr als seine Pflicht geleistet, dann überzeugt mich ein einfacher Appell dieses Mannes.“* (Ulm 2007: 276)



Brotgasse 6 *:*
Das Foto seines Elternhauses machte Ernst Gans bei einem Besuch 1955 in Rotenburg, bei dem er jedoch keinerlei Kontakt mit Menschen vor Ort aufnahm - zu tief waren die Wunden, die Verfolgung, Vertreibung und fehlgeschlagene Wiederansiedlung geschlagen hatten. (Foto 1955)

Auf Spurensuche in Rotenburg – Ernest Gans besuchte seine Geburtsstadt

Es ist immer wieder ein besonderes Ereignis, wenn ehemalige jüdische Einwohner Rotenburgs ihre Heimatstadt besuchen. Jetzt begab sich der 93-jährige KZ-Überlebende Ernest Gans zusammen mit seinem 48-jährigen Sohn William (Foto) auf Spurensuche. An vielen Stellen fiel dem jetzt in Florida (USA) lebenden gelernten Schlosser, dessen handwerkliche Fähigkeiten ihm wahrscheinlich das Leben gerettet haben und der noch heute einigermaßen Deutsch spricht, ganz spontan ein, wer in den Dreißiger Jahren in welchem Haus gewohnt hat. Wie er seinen Aufenthalt und den Gang durch das Jüdische Museum empfunden hat, lesen Sie auf

» SEITE 3

zwa

FOTO: WILFRIED APEL



Schwerer Gang: 260 Fotos erinnern an der Treppenaufgangswand des Jüdischen Museums an ebenso viele ehemalige jüdische Einwohner Rotenburgs. Unter den Fotos befindet sich das von Kappel Gans, des Großvaters von Ernest Gans und Mitbegründers der Freiwilligen Feuerwehr, das von Paula Gans (zweites von links unten) und das von Willi Gans, den im Konzentrationslager Riga ermordeten Eltern von Ernest Gans. FOTO: WILFRIED APEL

Zurück in die Vergangenheit

KZ-Überlebender Ernest Gans besucht seine Geburtsstadt

VON WILFRIED APEL

Rotenburg – Wie mag man sich fühlen, wenn man in einem Museum an einer langen Reihe von Fotos von vertrauten Menschen vorbeigeht, plötzlich Fotos von den Eltern sieht, unumstößlich wissend, dass Mutter Paula und Vater Willi in einem Konzentrationslager umgebracht worden sind? Ernest Gans behält es für sich.

Der 93 Jahre alte, in Kassel geborene und in Rotenburg in der Brotgasse 6 groß gewordene, 1936 von der kleinen Stadt an der Fulda nach Köln am Rhein gezogene, von dort aus in die Konzentrationslager Riga, Stutthof und Buchenwald deportierte Mensch jüdischen Glaubens, der in den letzten Kriegstagen bewusstlos bis ins Sudetenland „verschlagen worden" ist – wo er Gott sei Dank gerettet worden ist, besucht seine Vaterstadt. Dr. Heinrich Nuhn, der rastlos die jüdische Geschichte Rotenburgs Erforschende, führt den gelernten Schlosser, der den Holocaust wahrscheinlich wegen seiner handwerklichen Fähigkeiten überlebt hat, und dessen 48-jährigen Sohn William durch die Rotenburger Mikwe.

Ernest kann sich nicht an das Gebäude, das in erster Linie von jüdischen Frauen genutzt worden ist, erinnern. Erst als sich sein Blick auf ganz bestimmte Ausstellungsstücke richtet und er nach Kindheitserlebnissen befragt wird, leuchten Bilder und Worte auf. In holprigem Deutsch erzählt er ganz spontan, wie er mit seinen Eltern Ausflüge auf den Katzenkopf und auf den Alheimer machte, wie er im Schrebergarten der Familie spielte, für dessen Bewässerung der Druck der Wasserleitung meistens nicht ausreichte.

Aus Angst vor Unheil

Wie Mitschüler in Gruppen am Haus der Familie in Richtung Strandbad vorbeizogen, wie er am liebsten mitgegangen wäre, wie ihn seine Tante Johanna aber, die nach dem Wegzug seiner Eltern nach Köln für ihn sorgte, aus Angst vor Unheil nicht mitgehen ließ.

Es ist ganz offensichtlich so, dass Ernest Gans in hohem Alter noch einmal seine Wurzeln und sein frühes Leben mit all seinen schrecklichen Ereignissen, das er für seinen Sohn und seine zwei Enkelkinder aufgeschrieben hat, bedenken und mit seinem Sohn begehen will. Insoweit hat es ihn gefreut, dass er im Rathaus überaus freundlich von Rotenburgs Erster Stadträtin Ursula Ender empfangen worden ist – unbefangener als bei seinem Besuch Anfang der Siebzigerjahre, als beide Seiten nicht so recht wussten, ob und wie sie aufeinander zugehen sollten. Auch dass er beim Spaziergang an der Fulda von Passanten angesprochen wurde, dass ihm die Hand gegeben wurde, hat ihn sehr beeindruckt.

Als Dr. Nuhn ihn fragt, ob es sich denn lohne, gerade mal für ein paar Tage von Florida über den großen Teich zu fliegen, sagt Ernest: „Es macht keinen Sinn, wenn man sein Geld nicht nutzt."

Und für junge Leute hat der alte Herr, der im November 1944 auf 42 Kilogramm abgemagert war, auch noch einen Rat: „Lernt alles, was Ihr könnt und woran Ihr interessiert seid. Was ich in der Schule und während meiner Ausbildung zum Schlosser gelernt habe, hat mir das Leben gerettet."

» ZUR PERSON



So sah er als junger Mann aus: Ernest Gans, der den Holocaust überlebte. FOTO: FAMILIE GANS/NH

ZUR PERSON

Ernest (Ernst) Gans wurde am 17. Mai 1926 als zweites Kind des Rotenburger Schlossermeisters Willi Gans und dessen Ehefrau Paula geborene Rothschild in Kassel geboren. Nachdem der Vater seine Schlosserei angesichts zunehmenden Drucks auf jüdische Betriebe verkauft und in Köln einen Neustart gewagt hatte, lebte Ernst, der zunächst weiter in Rotenburg gewohnt hatte, ab 1936 ebenfalls in Köln. Von dort aus wurde die Familie 1941 in das Konzentrationslager Riga deportiert.
Das Schicksal wollte es, dass Ernst und seine gut vier Jahre ältere Schwester Ruth den Holocaust überlebten und 1945 über Köln nach Rotenburg zurückkehrten. 1946 wanderten beide nach Amerika aus, wo Ernest bis 1998 in seinem erlernten Beruf arbeitete, unter anderem auch einige Jahre als beratender Ingenieur in Frankreich. Aus der 1970 mit seiner am 27. März 1926 geborenen Frau Shirley geborene Bigeleisen, die 2013 verstarb, geschlossenen Ehe ging Sohn William hervor. Inzwischen ist Ernest zweifacher Großvater. Der älteste in Rotenburg aufgewachsene ehemalige jüdische Einwohner lebt inzwischen in Florida. zwa

H. 4 Wieder- und Neugründung politischer Parteien

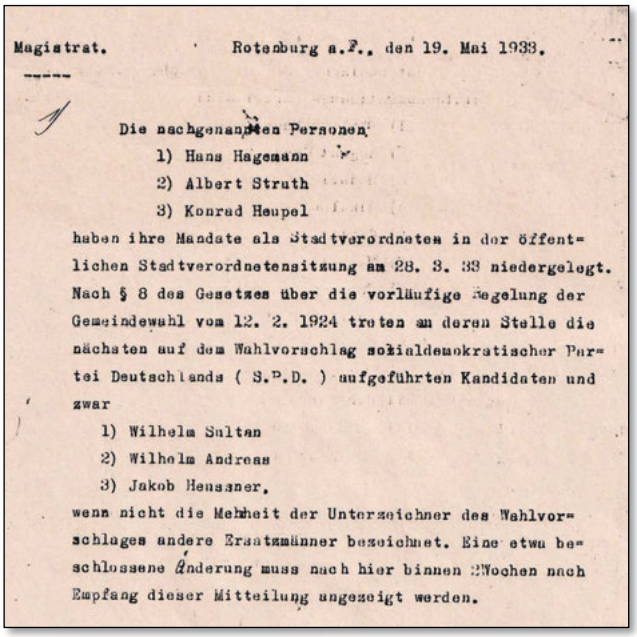
26 ehemalige SPD-Mitglieder versammelten sich am 1. Oktober 1945 zur Wiedergründung ihres 1933 zwangsweise aufgelösten Rotenburger SPD-Ortsvereins. In der Pressemeldung vom 2. Oktober 1945 hieß es u. a.:

„In den Jahren bis 1945 halten die in Rotenburg gebliebenen Gesinnungsfreunde Kontakt untereinander und tauschen in privaten Zusammenkünften im kleinsten Kreise ihre Ansichten aus.“ Und weiter:

„Der letzte Vorsitzende, Jakob Heußner, hatte alle Mitglieder bis 1933 und, was ein ganz erfreuliches Zeichen von der Durchdringung unserer Weltanschauung ist, alle Treugebliebenen zur Gründungsversammlung eingeladen. Ein ganz erfreuliches Zeichen ist, daß von dem Mitgliederbestand von 1933 höchstens 5% unserer Sache untreu geworden sind. Als 1. Vorsitzender wurde Jakob Heußner wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde der ehemalige Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend August Heßler. Viel ist noch zu tun, das kam bei allen zum Ausdruck. Aber wir müssen und werden die Schwierigkeiten, die sich himmelhoch auftürmen, meistern, um die Wunden zu heilen, die Größenwahn und Torheit unserer Heimat geschlagen haben.“

Parteigründungen und Erste Wahlen

Wie schwierig die Arbeit der Parteien nach Kriegsende angesichts der Kontrolle war, welche die Besatzungsmacht über das öffentliche Leben in der frühen Nachkriegszeit ausübte, gibt der Antrag zu erkennen, den August Heßler, damals 2. Vorsitzender des Rotenburger SPD-Ortsvereins, am 5. Januar 1946 einreichte. Zum Beispiel erwartete Captain Alarie, der US-Kommandeur für Rotenburg, eine Antragsstellung in englischer Sprache. (s. unten) Bei der Stadtverordnetenwahl am 20. Januar 1946 erhielt die Liste der Rotenburger SPD 1218 Stimmen, die CDU kam auf 909 Stimmen.
272 Stimmen entfielen auf die LDP (ab 1948 als FDP) und 202 Wähler stimmten für die KPD.
Das Bebraer Wahlergebnis für den 20. Januar 1946 sah die CDU mit 1414 Stimmen vor der SPD mit 1316 Stimmen. Andere Parteien hatten nicht kandidiert.



Magistrat. Rotenburg a.F., den 19. Mai 1933.

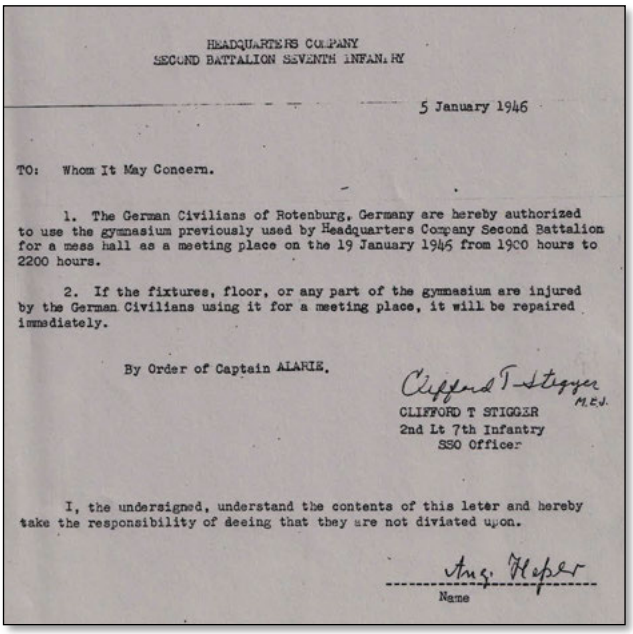
Die nachgenannten Personen
1) Hans Hagemann
2) Albert Struth
3) Konrad Heupel

haben ihre Mandate als Stadtverordneten in der öffentlichen Stadtverordnetensitzung am 28. 3. 33 niedergelegt. Nach § 8 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahl vom 12. 2. 1924 treten an deren Stelle die nächsten auf dem Wahlvorschlag sozialdemokratischer Partei Deutschlands (S.P.D.) aufgeführten Kandidaten und zwar

1) Wilhelm Sultan
2) Wilhelm Andreas
3) Jakob Heussner,

wenn nicht die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages andere Ersatzmänner bezeichnet. Eine etwa beschlossene Änderung muss nach hier binnen 2Wochen nach Empfang dieser Mitteilung angezeigt werden.

*Die drei im **März 1933** in das Rotenburger Stadtparlament gewählten Vertreter der SPD hatten ihr Mandat niedergelegt, nachdem ihnen der zustehende Sitz im Magistrat verweigert worden war. Die drei nachrückenden Vertreter der SPD verzichteten ebenfalls auf ihr Mandat.*



HEADQUARTERS COMPANY
SECOND BATTALION SEVENTH INFANTRY

5 January 1946

TO: Whom It May Concern.

1. The German Civilians of Rotenburg, Germany are hereby authorized to use the gymnasium previously used by Headquarters Company Second Battalion for a mess hall as a meeting place on the 19 January 1945 from 1900 hours to 2200 hours.

2. If the fixtures, floor, or any part of the gymnasium are injured by the German Civilians using it for a meeting place, it will be repaired immediately.

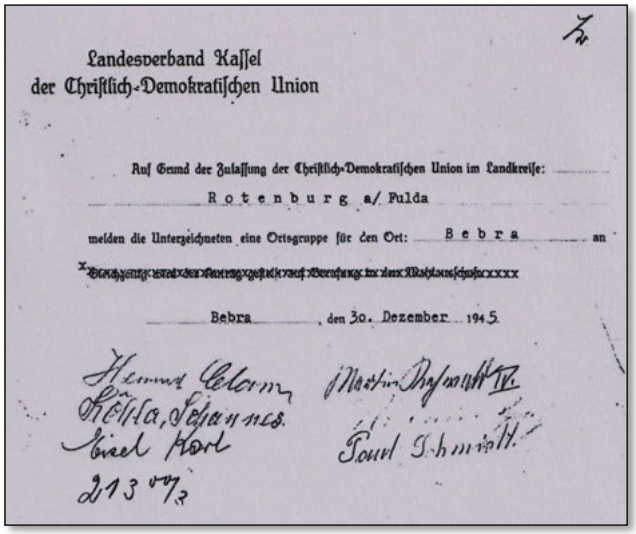
By Order of Captain ALARIE.

Clifford T Stigger M.E.J.
CLIFFORD T STIGGER
2nd Lt 7th Infantry
SSO Officer

I, the undersigned, understand the contents of this leter and hereby take the responsibility of seeing that they are not diviated upon.

Aug. Hefler
Name

*Genehmigung einer **Parteiversammlung der SPD** am 19. Januar 1946 im Gebäude der Jakob-Grimm-Schule durch den Stadtkommandanten der US-Militärregierung in Rotenburg, Captain Alarie.*



Landesverband Kassel
der Christlich-Demokratischen Union

Auf Grund der Zulassung der Christlich-Demokratischen Union im Landkreise:
Rotenburg a/ Fulda
melden die Unterzeichneten eine Ortsgruppe für den Ort: Bebra an

Bebra, den 30. Dezember 1945

*Meldung v. 30. 12.1945 an den **US-Stadtkommandanten** betr. Gründung eines CDU-Stadtverbandes Bebra. Neben der Ausfertigung auf Deutsch hatte die Antragstellung dreifach in englischer Sprache zu erfolgen.*



***Karl Gebhardt** (ganz links) 1929 und Belegschaft nach Fertigstellung des Alheimerturmes.*

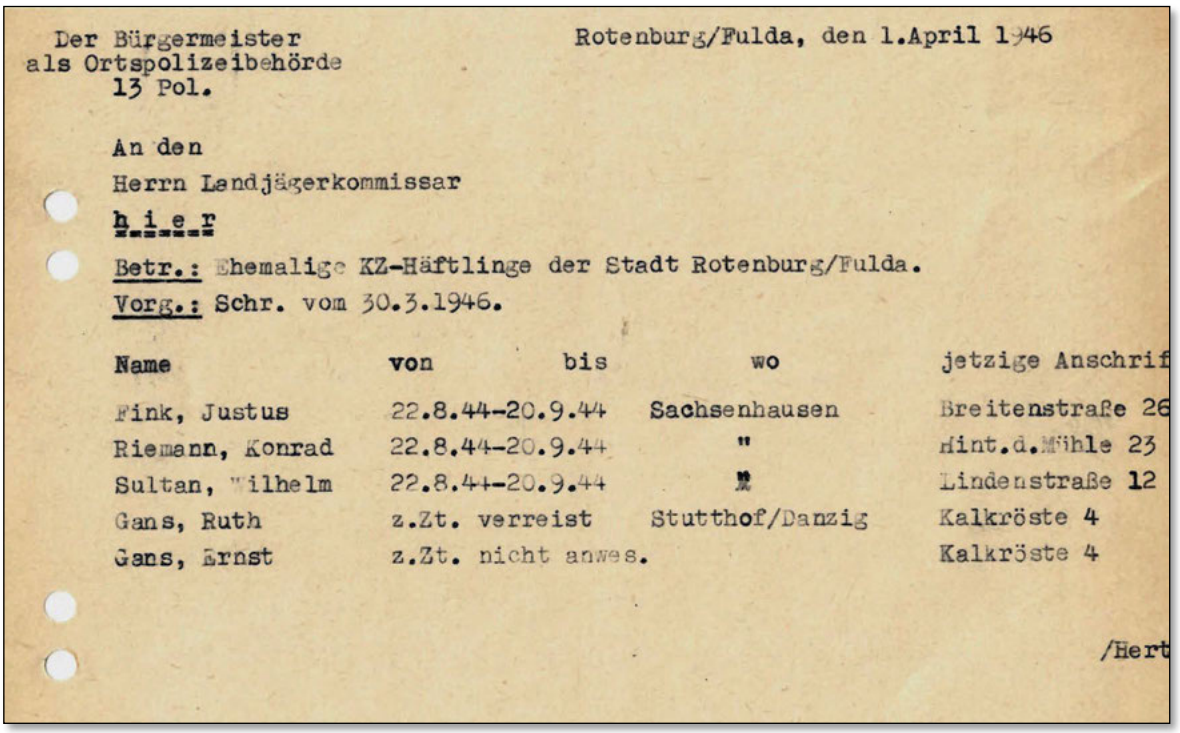


***Karl Gebhardt**, ca. 1940, gest. am 13. Dezember 1944 an den Folgen der Haft im Konzentrationslager Sachsenhausen.* (Fotos: Stadtarchiv Rotenburg)

Bei den Wählerzahlen ist zu berücksichtigen, dass in den ersten Nachkriegswahlen die Frauen und Männer, die im NS-Regime in leitender Funktion tätig gewesen oder vor 1937 der NSDAP beigetreten waren, kein Wahlrecht hatten. Das waren immerhin knapp zehn Prozent.
Der Bebraer SPD-Ortsverein hatte sich im November 1945 wiedergegründet; die Zulassungsurkunde für den CDU-Stadtverband Bebra, datiert auf den 30. Dezember 1945, ist oben abgebildet.
Die genauen Gründungstermine der lokalen Ortsvereine von LDP und KPD sind nicht bekannt.

Tod nach KZ-Aufenthalt: Karl Gebhardt

Zu den Gründungsmitgliedern des SPD-Ortsvereins Rotenburg gehörten auch Justus Fink und Wilhelm Sultan. Nicht mehr dabei war Karl Gebhardt, mit dem zusammen die beiden Genannten am 22. August 1944 im Rahmen der sog. „Gewitteraktion“, einer reichsweiten Verhaftungswelle im Gefolge des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt worden waren. Das Regime wollte so die möglichen Organisatoren eines Aufstandes bei Kriegsende ausschalten. Hauptsächlich waren es ehemalige Funktionäre und Mandatsträger der Parteien der Weimarer Republik, insgesamt ca. 5000 Menschen. Bis Mitte September kamen etwa 80 Prozent der Verhafteten wieder frei.
Gebhardt hatte in Rotenburg ein Baugeschäft geführt und 1929 auf dem Alheimer einen neuen Aussichtsturm erbaut, der zum Wahrzeichen Rotenburgs wurde. *„Die politische Einstellung meines Vaters war bekannt und so kam es, dass kaum mehr Aufträge eingingen und er das Geschäft aufgeben musste“,* berichtete seine 1922 geborene Tochter Anni. Als er in seiner Heimat eintraf, war er bereits vom Tod gezeichnet. Am 13.12.1944, kurze Zeit nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager, verstarb Karl Gebhardt, nach Aussage seiner Tochter an den Folgen der KZ-Haft.
Seine Witwe verbat sich einen letzten Gruß des Alheimervereins: *„Das will ich nicht, er kriegt keinen Kranz auf‘s Grab mit einer Hakenkreuzschleife.“*
So Tochter Anni., die sich auch noch an einen Wutausbruch ihres Vaters erinnert:
„Ehe der Hitler von mir einen Jungen für den Krieg bekommt, schieß‘ ich ihn besser selber tot.“



Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde
13 Pol.

Rotenburg/Fulda, den 1.April 1946

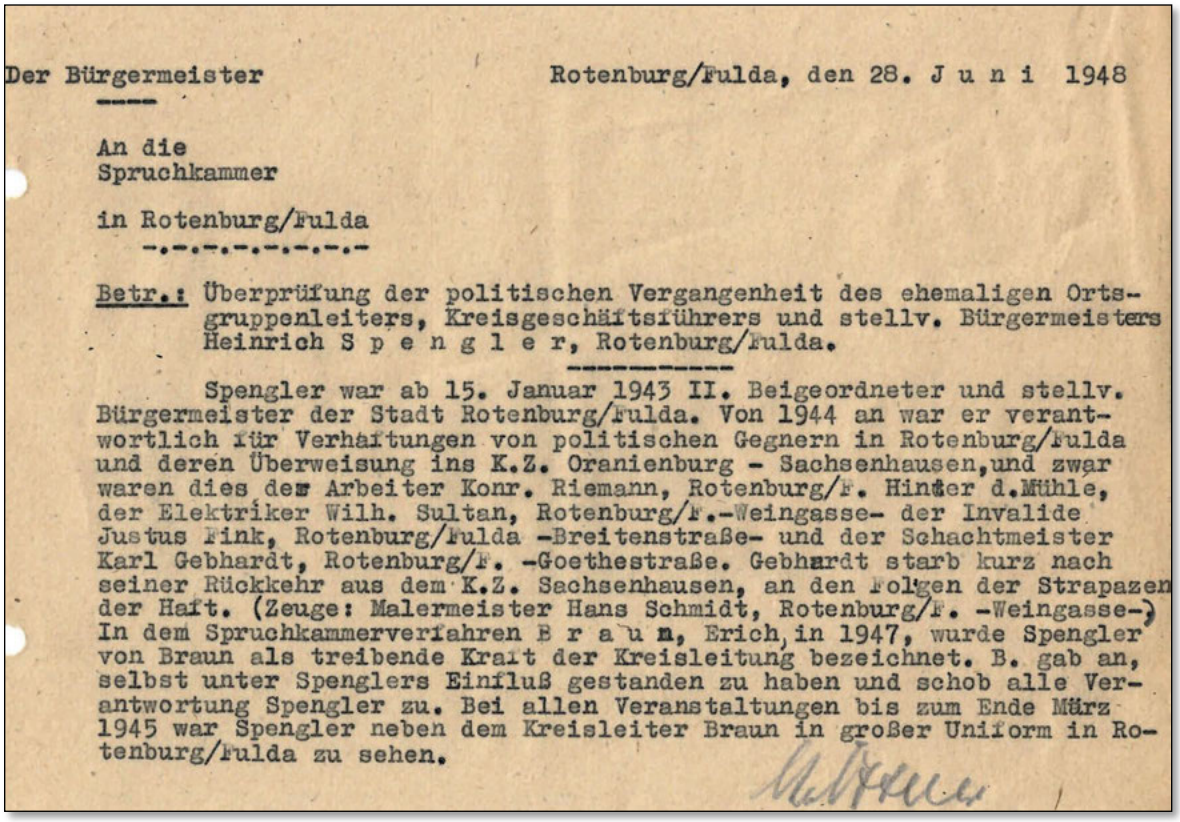
An den
Herrn Landjägerkommissar
h i e r

Betr.: Ehemalige KZ-Häftlinge der Stadt Rotenburg/Fulda.
Vorg.: Schr. vom 30.3.1946.

Name	von	bis	wo	jetzige Anschrif
Fink, Justus	22.8.44-20.9.44		Sachsenhausen	Breitenstraße 26
Riemann, Konrad	22.8.44-20.9.44		"	Hint.d.Mühle 23
Sultan, Wilhelm	22.8.44-20.9.44		"	Lindenstraße 12
Gans, Ruth	z.Zt. verreist		Stutthof/Danzig	Kalkröste 4
Gans, Ernst	z.Zt. nicht anwes.			Kalkröste 4

/Hert

Mitteilung des Rotenburger Bürgermeisters betr. ehem. ***KZ-Häftlinge aus Rotenburg****:*
Justus Fink, Konrad Riemann, Wilhelm Sultan (alle vom 22.8. bis 20.9.1944 im KZ Sachsenhausen;
Ruth und Ernst Gans in Stutthof bei Danzig.



Der Bürgermeister

Rotenburg/Fulda, den 28. J u n i 1948

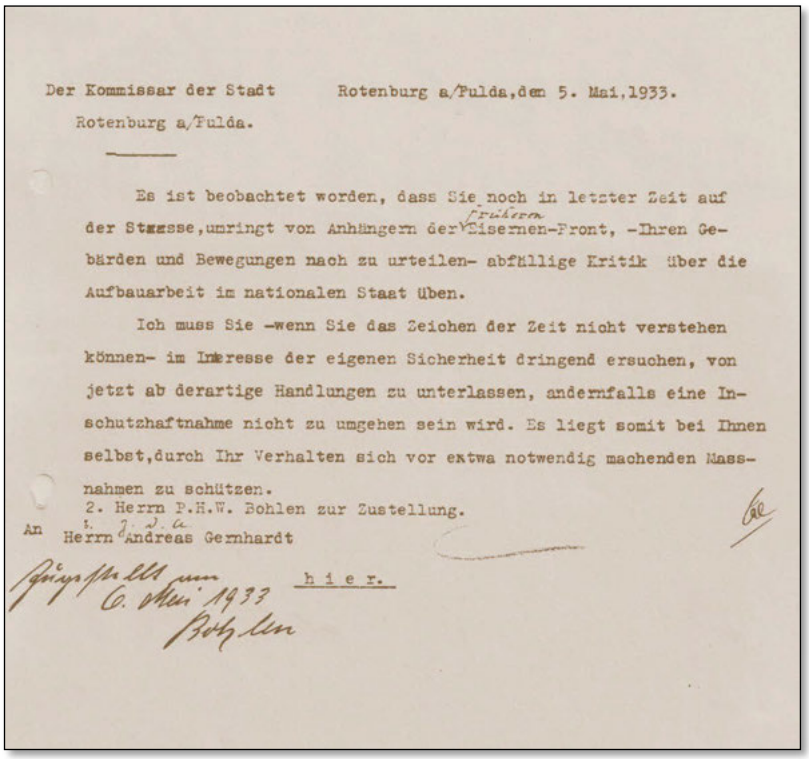
An die
Spruchkammer

in Rotenburg/Fulda

Betr.: Überprüfung der politischen Vergangenheit des ehemaligen Ortsgruppenleiters, Kreisgeschäftsführers und stellv. Bürgermeisters Heinrich S p e n g l e r, Rotenburg/Fulda.

Spengler war ab 15. Januar 1943 II. Beigeordneter und stellv. Bürgermeister der Stadt Rotenburg/Fulda. Von 1944 an war er verantwortlich für Verhaftungen von politischen Gegnern in Rotenburg/Fulda und deren Überweisung ins K.Z. Oranienburg - Sachsenhausen,und zwar waren dies der Arbeiter Konr. Riemann, Rotenburg/F. Hinter d.Mühle, der Elektriker Wilh. Sultan, Rotenburg/F.-Weingasse- der Invalide Justus Fink, Rotenburg/Fulda -Breitenstraße- und der Schachtmeister Karl Gebhardt, Rotenburg/F. -Goethestraße. Gebhardt starb kurz nach seiner Rückkehr aus dem K.Z. Sachsenhausen, an den Folgen der Strapazen der Haft. (Zeuge: Malermeister Hans Schmidt, Rotenburg/F. -Weingasse-) In dem Spruchkammerverfahren B r a u n, Erich, in 1947, wurde Spengler von Braun als treibende Kraft der Kreisleitung bezeichnet. B. gab an, selbst unter Spenglers Einfluß gestanden zu haben und schob alle Verantwortung Spengler zu. Bei allen Veranstaltungen bis zum Ende März 1945 war Spengler neben dem Kreisleiter Braun in großer Uniform in Rotenburg/Fulda zu sehen.

Mitteilung des Rotenburger Bürgermeisters Kötter v. ***28. Juni 1948 an die Spruchkammer*** *betr. Überweisung von vier Rotenburgern ins KZ Oranienburg-Sachsenhausen im August 1944 durch den NS-Kreisgeschäftsführer und stellvertretenden Bürgermeister Heinrich Spengler.*
Es waren dies: der Arbeiter Konrad Riemann (Hinter der Mühle 23), der Elektriker Wilhelm Sultan (Weingasse, früher Lindenstraße 12), der Invalide Justus Fink (Breitenstraße 26) und der Schachtmeister Karl Gebhardt (Goethestraße 6).



Der Kommissar der Stadt Rotenburg a/Fulda, den 5. Mai 1933.
Rotenburg a/Fulda.

Es ist beobachtet worden, dass Sie noch in letzter Zeit auf der Strasse, umringt von Anhängern der früheren Eisernen-Front, -Ihren Gebärden und Bewegungen nach zu urteilen- abfällige Kritik über die Aufbauarbeit im nationalen Staat üben.

Ich muss Sie -wenn Sie das Zeichen der Zeit nicht verstehen können- im Interesse der eigenen Sicherheit dringend ersuchen, von jetzt ab derartige Handlungen zu unterlassen, andernfalls eine Inschutzhaftnahme nicht zu umgehen sein wird. Es liegt somit bei Ihnen selbst, durch Ihr Verhalten sich vor extwa notwendig machenden Massnahmen zu schützen.

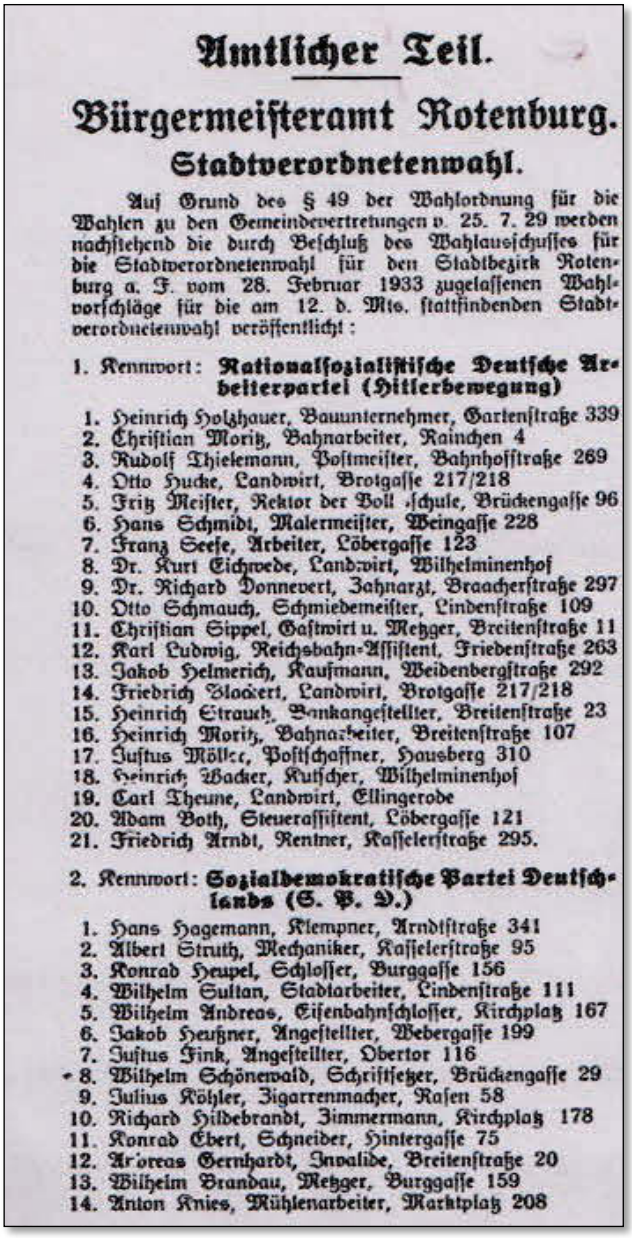
2. Herrn P.H.W. Bohlen zur Zustellung.

An Herrn Andreas Gernhardt

hier.

Bohlen

*Briefliche Warnung vom „Kommissar der Stadt Rotenburg“, Dr. Richard Donnevert, vom 5. Mai 1933 an den Rotenburger Sozialdemokraten **Andreas Gernhardt**, der bei der Stadtverordnetenwahl vom 12. März 1933 auf Platz 12 der SPD-Liste stand. (s. unten)*



Amtlicher Teil.

Bürgermeisteramt Rotenburg.

Stadtverordnetenwahl.

Auf Grund des § 49 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen v. 25. 7. 29 werden nachstehend die durch Beschluß des Wahlausschusses für die Stadtverordnetenwahl für den Stadtbezirk Rotenburg a. F. vom 28. Februar 1933 zugelassenen Wahlvorschläge für die am 12. d. Mts. stattfindenden Stadtverordnetenwahl veröffentlicht:

1. Kennwort: **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)**

1. Heinrich Holzhauer, Bauunternehmer, Gartenstraße 339
2. Christian Moritz, Bahnarbeiter, Rainchen 4
3. Rudolf Thielemann, Postmeister, Bahnhofstraße 269
4. Otto Hucke, Landwirt, Brotgasse 217/218
5. Fritz Meister, Rektor der Volksschule, Brückengasse 96
6. Hans Schmidt, Malermeister, Weingasse 228
7. Franz Seese, Arbeiter, Löbergasse 123
8. Dr. Kurt Eichwede, Landwirt, Wilhelminenhof
9. Dr. Richard Donnevert, Zahnarzt, Braacherstraße 297
10. Otto Schmauch, Schmiedemeister, Lindenstraße 109
11. Christian Sippel, Gastwirt u. Metzger, Breitenstraße 11
12. Karl Ludwig, Reichsbahn-Assistent, Friedenstraße 263
13. Jakob Helmerich, Kaufmann, Weidenbergstraße 292
14. Friedrich Blöckert, Landwirt, Brotgasse 217/218
15. Heinrich Strauch, Bankangestellter, Breitenstraße 23
16. Heinrich Moritz, Bahnarbeiter, Breitenstraße 107
17. Justus Möller, Postschaffner, Hausberg 310
18. Heinrich Wacker, Kutscher, Wilhelminenhof
19. Carl Theune, Landwirt, Ellingerode
20. Adam Both, Steuerassistent, Löbergasse 121
21. Friedrich Arndt, Rentner, Kasselerstraße 295.

2. Kennwort: **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.)**

1. Hans Hagemann, Klempner, Arndtstraße 341
2. Albert Struth, Mechaniker, Kasselerstraße 95
3. Konrad Heupel, Schlosser, Burggasse 156
4. Wilhelm Sultan, Stadtarbeiter, Lindenstraße 111
5. Wilhelm Andreas, Eisenbahnschlosser, Kirchplatz 167
6. Jakob Heußner, Angestellter, Webergasse 199
7. Justus Fink, Angestellter, Obertor 116
8. Wilhelm Schönewald, Schriftsetzer, Brückengasse 29
9. Julius Köhler, Zigarrenmacher, Rasen 58
10. Richard Hildebrandt, Zimmermann, Kirchplatz 178
11. Konrad Ebert, Schneider, Hintergasse 75
12. Andreas Gernhardt, Invalide, Breitenstraße 20
13. Wilhelm Brandau, Metzger, Burggasse 159
14. Anton Knies, Mühlenarbeiter, Marktplatz 208

***Kandidatenlisten** der NSDAP und der SPD für die Stadtverordnetenwahl am 12. März 1933.*

Bedrohung und Zusammenhalt der Sozialdemokraten im Dritten Reich

In der Pressemeldung der Rotenburger SPD vom 2. Oktober 1945 war davon die Rede, dass die Gesinnungsfreunde *„in privaten Zusammenkünften im kleinsten Kreise ihre Ansichten austauschten“.*

Was sie schon bald nach der NS-Machtübernahme bei weniger vorsichtigem Verhalten zu erwarten hatten, wird den Rotenburger Sozialdemokraten am 5. März 1933 auf schriftlichem Wege mitgeteilt: *„Es ist beobachtet worden, dass Sie noch in letzter Zeit auf der Strasse, umringt von früheren Anhängern der Eisernen Font, Ihren Gebärden und Bewegungen nach zu urteilen, abfällige Kritik über die Aufbauarbeit im nationalen Staat üben.“*

Damit verknüpft war die Warnung: *„Ich muss Sie - wenn Sie die Zeichen der Zeit nicht verstehen können - im Interesse der eigenen Sicherheit dringend ersuchen, von jetzt ab derartige Handlungen zu unterlassen, andernfalls eine Inschutzhaftnahme nicht zu umgehen sein wird. Es liegt somit bei Ihnen selbst, durch Ihr Verhalten sich vor etwa notwendig machenden Massnahmen zu schützen.“ (s. Original oben)*

H. 5 Wolfgang Nowack: Erschossen am 4. Mai 1945 wegen „Wehrkraftzersetzung“

In den letzten Januartagen 1946 öffneten Bebras Bahnhofsvorsteher Heinrich Lockemannn und sei-ne Frau einen Brief, der den menschenverachtenden und inhumanen Charakter der Hitlerdiktatur überdeutlich sichtbar werden lässt. Der Absender informierte die Familie in diesem Brief vom 18. Januar 1946 vom Tod durch Erschießen ihres Sohnes Wolfgang Nowack aufgrund eines Kriegsgerichtsurteils vom 4. Mai 1945, und dies *„wegen politischer Äußerungen“.* (Brief v. 18.01.1946 s. nächste Seite)

Wolfgang Nowack war einer von sechs Soldaten aus Nordhessen, die mit ihrem Leben dafür büßen mussten, dass sie ihre Abscheu über die deutsche Kriegsführung oder ihre Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer Weiterführung des Krieges bekundet hatten. Im Dezember 1938 war Wolfgang Nowack mit seiner Mutter und seinem Stiefvater, Reichsbahn-Amtmann Heinrich Lockemann, nach Bebra gekommen, wohin dieser seine Ernennung als Bahnhofsvorsteher erhalten hatte. Bis dahin hatte die Familie in Gießen gewohnt.

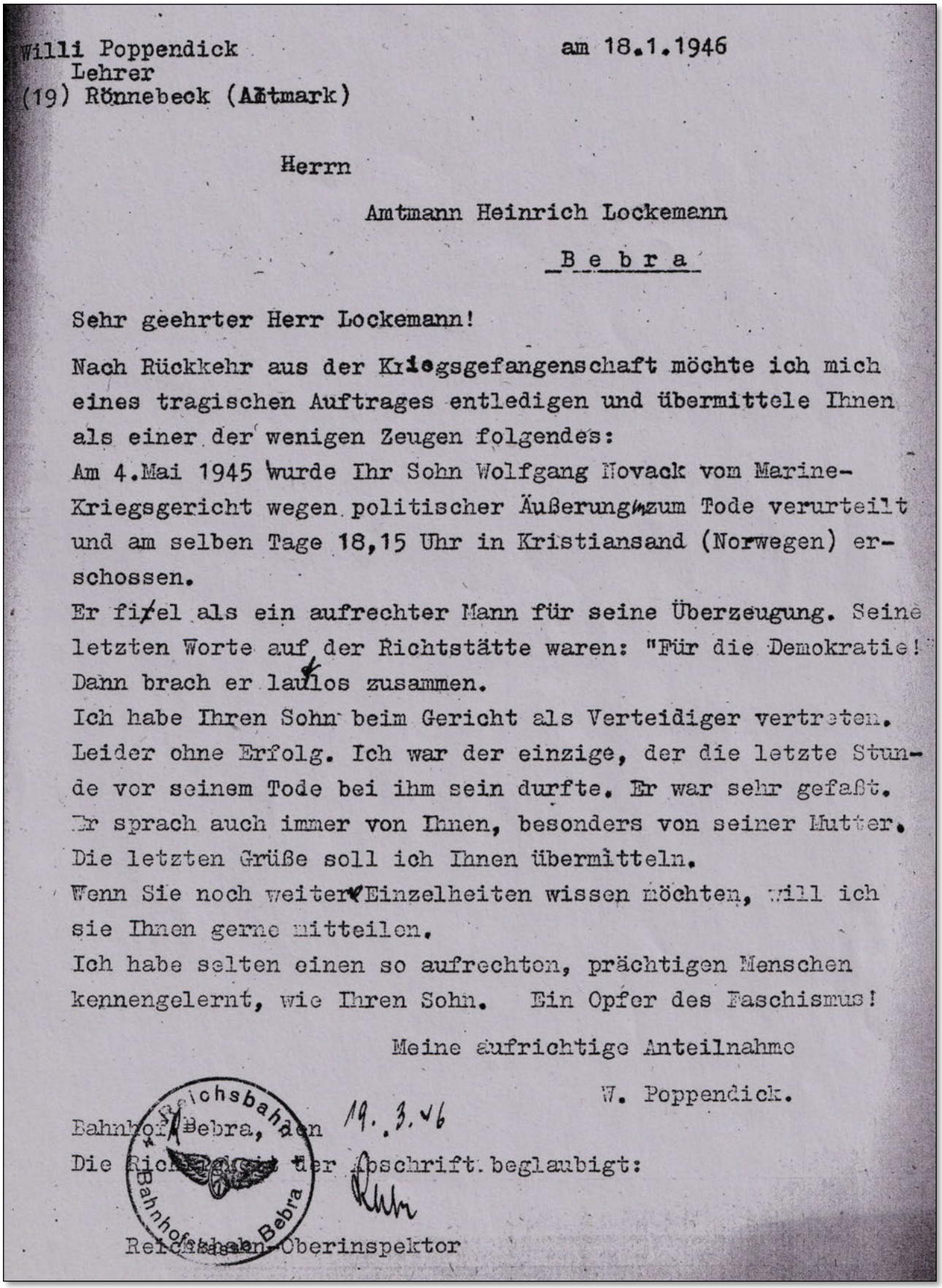
Nach knapp zwei Jahren Aufenthalt in Bebra wurde der damals 18-jährige Wolfgang Nowack 1940 zur Marine eingezogen. 1945 diente er dort als Hauptgefreiter, nachdem er wegen „zersetzender Meinungsäußerungen“ degradiert worden war.

Im April 1945 war er im norwegischen Kristiansand in ein Lazarett eingewiesen worden und hatte sich dort nach heftigem Alkoholgenuss, zusammen mit mehreren gleichgesinnten Marinekameraden, zu massiver Kritik an der Weiterführung der Kampfhandlungen ermuntert gefühlt und dabei auch den ihn behandelnden Arzt mit Ausdrücken wie „Nazischwein“ bedacht.
Woraufhin dieser in seinem Arztbericht die Voraussetzung zu einer Anklage wegen *„Wehrkraftzersetzung“* und *„Untergrabung der Manneszucht“* lieferte und auch bei der Verhandlung vor dem Militärgericht keinerlei Abstriche machte. So wurde Wolfgang Nowack zusammen mit drei seiner Kameraden noch am 4. Mai 1945, am Tag der Verhandlung, erschossen. Dies geschah ohne eine Überprüfung und Bestätigung des Urteils durch das Oberkommando der Marine. (Kammler 1997: 128f.)
Am 1. März 1946 ließ Willi Poppendick einen zweiten Brief nach Bebra folgen, der in Auszügen wiedergegeben werden soll (s. übernächste Seite).

Klaus-Dietmar Henke spricht in seiner Analyse des letzten Kriegsjahres (1995: 845) von dem im geschilderten Fall agierenden Kriegsgericht als „Vernichtungsinstrument in juristischer Drapierung“, dessen Urteile meist nichts anderes waren als Ermordungsbefehle.
Wolfgang Nowacks Eltern scheiterten mit ihren Bemühungen, die Richter vom Mai 1945 zur Rechenschaft zu ziehen. Der ehemalige Marine-Oberstabsrichter Dr. Carl Lüder, der sich als einziger vor Gericht zu verantworten hatte, wurde am 12. Juni 1951 vor dem Schwurgericht Hamburg *„mangels ausreichenden Beweises“* freigesprochen. (Rüter 1973: 647)

Im Revisionsverfahren vom April 1953, in dem der Freispruch bestätigt wurde, hieß es: *„Bei der Beurteilung, ob die gegen Nowack verhängte Todesstrafe übermäßig hart oder grausam war, darf das Urteil nicht von der heutigen Schau aus gesehen werden.“* (Rüter 1973: 6)

Jörg Kammler (1997: 129) macht darauf aufmerksam, dass am 4. Mai 1945, dem Tag, an dem das Todesurteil ausgesprochen und vollzogen wurde, im britischen Hauptquartier in Norddeutschland die Teilkapitulation der Wehrmacht gegenüber Großbritannien unterzeichnet wurde, dies auch für die in Norwegen agierende Marine galt:
„Das Kriegsgericht war jedoch in keiner Weise gewillt, die militärische Niederlage und das Ende der Diktatur in seine Überlegungen einzubeziehen. Im Offizierskorps der Marine hielt sich die Illusion, der Krieg würde im Bündnis mit den Westmächten gegen die Sowjetunion fortgesetzt.“



Willi Poppendick
Lehrer
(19) Rönnebeck (Altmark)

am 18.1.1946

Herrn

Amtmann Heinrich Lockemann

Bebra

Sehr geehrter Herr Lockemann!

Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft möchte ich mich eines tragischen Auftrages entledigen und übermittele Ihnen als einer der wenigen Zeugen folgendes:
Am 4.Mai 1945 wurde Ihr Sohn Wolfgang Novack vom Marine-Kriegsgericht wegen politischer Äußerung zum Tode verurteilt und am selben Tage 18,15 Uhr in Kristiansand (Norwegen) erschossen.
Er fiel als ein aufrechter Mann für seine Überzeugung. Seine letzten Worte auf der Richtstätte waren: "Für die Demokratie! Dann brach er lautlos zusammen.
Ich habe Ihren Sohn beim Gericht als Verteidiger vertreten. Leider ohne Erfolg. Ich war der einzige, der die letzte Stunde vor seinem Tode bei ihm sein durfte. Er war sehr gefaßt. Er sprach auch immer von Ihnen, besonders von seiner Mutter. Die letzten Grüße soll ich Ihnen übermitteln.
Wenn Sie noch weitere Einzelheiten wissen möchten, will ich sie Ihnen gerne mitteilen.
Ich habe selten einen so aufrechten, prächtigen Menschen kennengelernt, wie Ihren Sohn. Ein Opfer des Faschismus!

Meine aufrichtige Anteilnahme

W. Poppendick.

Bahnhof Bebra, den 19.3.46
Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt:

Reichsbahn-Oberinspektor

Reichsbahn Bahnhofsverwaltung Bebra

*Brief vom 18. Januar 1946 von Willi Poppendick an **Heinrich Lockemann, Amtmann und Bebraer Bahnhofsvorsteher**, Stiefvater des am 4. Mai 1945 in Norwegen hingerichteten Matrosen Wolfgang Nowack. Poppendick war der Verteidiger von Wolfgang Nowack vor dem Militärgericht.*

Sehr geehrter Herr Lockemann!
Ich habe Ihren Brief erhalten und kann mir vorstellen, wie die furchtbare Nachricht auf Sie und Ihre werten Angehörigen gewirkt hat. …
Da ich von dem Wahnsinn überzeugt war, den Krieg noch weiterzuführen und Ihr Sohn einen sehr guten Eindruck auf mich machte, habe ich mir die erdenkliche Mühe gegeben, und mit ihm alles so durchgesprochen, daß ich ehrlich hoffte, die Todesstrafe abzuwenden. … Die Anklage war so entstanden: Ende April lag Ihr Sohn im Marinelazarett in Kr. an einer leichten Hämorrhoidenerkrankung 14 Tage lang. Während dieser Zeit soll er geäußert haben, er sei kein Nazi; der Freiheitskampf des Wehrwolfs wäre Wahnsinn, denn unsere Frauen und Kinder müßten nur darunter leiden; in 14 Tagen sei das Regime der Nazi zu Ende. … Der Hauptankläger war der Marine-Geschwaderarzt Dr. Lange, der das Lazarett leitete. …
Es wurde auch tatsächlich um 12,00 Uhr das Todesurteil ausgesprochen. Die Beweise meiner Verteidigung wurden von dem Nazigericht nicht anerkannt. … Bisher mußten alle Todesurteile erst dem OKW zur Bestätigung vorgelegt werden, und das dauerte immer einige Zeit. Inzwischen mußte aber der Zusammenbruch erfolgen und ihr Sohn war wieder frei. Das Unglück wollte es aber anders. … Gerade an dem Tage war beim Gericht eine neue Verfügung gekommen, daß auf Beschluß des Gerichts ein Todesurteil sofort, also ohne Bestätigung vollstreckt werden kann. Und das wurde bei Ihrem Sohn beschlossen und bei noch drei weiteren Kameraden, die anschließend an seine Verhandlung auch unter ähnlicher Anklage zum Tode verurteilt wurden. … Sehr viel konnten wir nicht sprechen. Es war ja fassungslos. … Kurz vor der Salve rief er dann noch mit klarer Stimme: ‚Für die Demokratie!‘ … Ich habe gekämpft um das Leben Ihres Sohnes. … Er war gefaßt, mannhaft und ruhig und so ist er mir unvergeßlich. Und Sie, werte Frau Lockemann, werden den Schmerz um Ihren Sohn als Mutter zutiefst empfinden. … Heute können Sie stolz sein auf einen solchen Sohn. Seine letzten Gedanken waren bei der Mutter. Auch der Schwester und den Großeltern möchte ich noch einen Trost zusprechen. …
Mit aufrichtigen Grüßen bin ich Ihr *Willi Poppendick.*

*Brief vom 1. März 1946 von **Willi Poppendick an Heinrich Lockemann**, Bahnhofsvorsteher in Bebra seit Dezember 1938, Stiefvater des am 4. Mai 1945 in Norwegen hingerichteten Matrosen Wolfgang Nowack. (gekürzte Abschrift)*

Opfer des Faschismus

Lfd. Nr.	Einlieferungsort	Einlieferungstag	Aktenzeichen	Buchstabe
963	Bebra	27.4.46		

Meldebogen

auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946

Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben)! Dick umrahmtes nicht ausfüllen! Jede Frage ist zu beantworten!

Zuname Lockemann Vornamen Karoline Beruf Ehefrau

Wohnort Bebra Straße Am Bahnhof

Geburtsdatum 11. 3. 1897 Geburtsort Giessen Familienstand ledig/verheiratet/verwitwet/geschieden

Wohnorte seit 1933:

a) Giessen von 1897 bis 15/11. 1938

b) Bebra von 16. 12. 38 bis 28/21

c) _____ von _____ bis _____

1. Waren Sie jemals Angehöriger, Anwärter, Mitglied, förderndes Mitglied der:	Ja oder Nein	Höchster Mitgliedsbeitrag monatlich RM	von	bis	Mitglieds-Nr.	höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber Bezeichnung	von	bis	Klasse oder Teil B
a NSDAP.	Nein								
b Allg. SS	Nein								
c Waffen-SS	Nein								
d Gestapo	Nein								
e SD (Sicherheitsdienst der SS)*	Nein								
f Geheime Feldpolizei	Nein								
g SA.	Nein								
h NSKK. (NS-Kraftfahr-Korps)	Nein								
i NSFK. (NS-Flieger-Korps)	Nein								
k NSF. (NS-Frauenschaft)	Nein								
l NSDSTB. (NS-Studentenbund)	Nein								
m NSDoB. (NS-Dozentenbund)	Nein								
n HJ.	Nein								
o BdM.	Nein								

*Hier ist auch nebenamtliche Mitarbeit, z. B. Vertrauensmann, aufzuführen.

Vom Gesetz nicht betroffen

2. Gehörten Sie außer Ziffer 1 einer Naziorganisation gemäß Anhang zum Gesetz an?* Bezeichnung	von	bis	höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber Bezeichnung	von	bis
a N.S. Frauenwerk	1939	1945	Ohne Rang und ohne Amt und ohne Tätigkeit.		
b					
c					
d					
e					
f					
g					

*Es ist jedem freigestellt hier auch die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen nachzuweisen.

3. Waren Sie Träger von Parteiauszeichnungen (Parteiorden), Empfänger von Ehrensold oder sonstiger Parteibegünstigungen? Nein
Welcher? _____

4. Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z. B. durch Zuschüsse, durch Sonderzuteilungen der Wirtschaftsgruppe, Beförderungen, UK-Stellung u.ä.)? Nein
Welche? _____

5. Machten Sie jemals finanzielle Zuwendungen an die NSDAP. oder eine sonstige Naziorg.? Nein
an welche: _____ in welchen Jahren: _____ insgesamt RM: _____

Meldebogen *(Ausschnitt) von Wolfgang Nowacks Mutter Karoline Lockemann zur Überprüfung ihrer NS-Zugehörigkeit, auf der Grundlage des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus u. Militarismus vom 5. März 1946. Der am 9. April 1946 ausgeteilte Meldebogen war bis zum 15. Mai auszufüllen. Nur mit der Bescheinigung eines abgelieferten Meldebogens konnte man eine Lebensmittelkarte erhalten. (Stadtarchiv Bebra)*

H. 6 Spruchkammer für den Landkreis Rotenburg

Am 2. März 1946 sahen sich die Bewohner des Landkreises Rotenburg durch einen Aufruf dazu aufgefordert, zur *„Klärung der Judenaktionen“* im November 1938 *„die Verbrecher gegen die Juden bei der Landjägerei oder beim Amtsgericht zu melden“.* (Rotenburger Chronik, Bd. 2, S. 247)
Das war drei Tage bevor am 5. März 1946 das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft trat, mit dem die Entnazifizierung in deutsche Hände gelegt wurde, die fortan die Verantwortung für die Realisierung des Gesetzes trugen. Mit diesem Gesetz begann eine neue Phase der Entnazifizierung. Es führte die von den Deutschen geforderte Einzelfallprüfung nach Maßgabe der individuellen Verantwortung und der tatsächlichen Gesamthaltung ein und stellte insofern einen bedeutsamen Fortschritt dar.

Der Artikel 1 dieses Gesetzes lautete:
„Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur Sicherung dauernder Grundlagen eines deutschen demokratischen Staatslebens im Frieden mit der Welt werden alle, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflussnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.“

Der grundlegende Unterschied zu den bisherigen Entnazifizierungsbestimmungen der Militärregierung war in Artikel 2 formuliert:
„Die Beurteilung des Einzelnen erfolgt in gerechter Abwägung der individuellen Verantwortlichkeit und der tatsächlichen Gesamthaltung. … Äußere Merkmale wie die Zugehörigkeit zur NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder einer sonstigen NS-Organisation sind nach diesem Gesetz für sich allein nicht entscheidend für den Grad der Verantwortlichkeit. Sie können zwar wichtige Beweise für die Gesamthaltung sein, können aber durch Gegenbeweise ganz oder teilweise entkräftet werden.“
Alle in der Amerikanischen Zone wohnhaften Deutschen im Alter von über 18 Jahren wurden nach dem Befreiungsgesetz vom 5. März 1945 auf ihre politische Vergangenheit überprüft.



MILITARY GOVERNMENT
GAZETTE - GERMANY

Amtsblatt der Militär-Regierung Deutschland für die Landkreise Hersfeld-Rotenburg

Hersfeld — Freitag, den 26. April 1946 — Nr. 52

Gesetz vom 5. März 1946:

Durchführung zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

Amerikanisches Heeresgut muß abgeliefert werden

Fragebogen von Amtsträgern der NSDAP. oder angegliederten Organisationen

Wahlgeheimnis wahren!

Bekanntmachung für den Kreis Rotenburg-F.

Amtsblatt *der US-Militärregierung für die Landkreise Hersfeld und Rotenburg v. 24. April 1945.*

Nach Artikel 4 des Gesetzes wurden zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen fünf Gruppen gebildet:
1. Hauptschuldige
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)
3. Minderbelastete
4. Mitläufer
5. Entlastete.

„Gegenüber der bisherigen Entlassungspraxis der Militärregierung stellte das Gesetz mit der Verankerung rechtsstaatlicher Grundsätze (rechtliches Gehör, Unabhängigkeit der Richter, freie Beweiswürdigung) einen Fortschritt dar." (Vollnhals 1989: 64)
Die Spruchkammer-Mitglieder mussten als *„Gegner von Nationalsozialismus und Militarismus" bekannt* sein und durften keine NS-Parteimitglieder gewesen sein, mindestens 30 Jahre alt und mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut sein. (Schuster 1999: 261)
Anders als bei gerichtlichen Verfahren, bei denen die Staatsanwaltschaft dem Beschuldigten eine Straftat nachweisen muss, trugen bei der politischen Säuberung durch die Spruchkammer die Betroffenen selbst die Beweislast. Der öffentliche Kläger listete die formalen Beschuldigungen auf, wie Mitgliedschaften und Funktionen bei der NSDAP, SA oder SS, Ehrungen oder Bekleidung öffentlicher Ämter und Positionen. Nun oblag es dem Betroffenen, diese Vorwürfe zu entkräften, was diesem die Möglichkeit bot, sich durch ihm wohlgesonnene Zeugen weitgehend zu entlasten.

Die Verfahren vor der Spruchkammer wurden zu ca. 80 Prozent in schriftlicher Form abgewickelt, sodass die Masse der vom Befreiungsgesetz Betroffenen mit der Spruchkammer also überhaupt nicht in Berührung kam. Ca. 90% aller Betroffenen waren Männer. (Rauh-Kühne 1995: 55)

Die Spruchkammerverfahren ersetzten jedoch nicht die gerichtliche Verfolgung von Straftaten, wie es in Artikel 22 des Befreiungs-Gesetzes vom 5. März 1946 zum Ausdruck gebracht wurde. Doch darüber später mehr bei der Schilderung der beiden Verfahren gegen acht Angeklagte aus Bebra und fünf aus Rotenburg.

Zur Umsetzung des Gesetzes vom 5. März 1946 wurde für den Landkreis Rotenburg im Gebäude des Finanzamts in der Weidenberggasse in Rotenburg eine sog. Spruchkammer eingerichtet, die bis April 1949 tätig war. Alle über 18-Jährigen mussten dort ihre Meldebögen abliefern, auf denen 131 Fragen zu ihren Aktivitäten in den Jahren 1933 bis 1945 zu beantworten waren. Als Strafen vorgesehen waren bis zu zehn Jahren Arbeitslager, Vermögenseinziehung, Berufsverbote, Pensionsverlust, Sonderabgaben und zeitweilige Rechtsbeschränkungen (z. B. das Wahlrecht betreffend)



*Die Belegschaft des **Rotenburger Finanzamts** ca. 1950 vor dem Finanzamtsgebäude in der Weidenberggasse; hier tagte von 1946 bis 1949 die Spruchkammer für den Landkreis Rotenburg.* (Stadtarchiv Rotenburg)

Zunächst hatte Landrat Karl Waldmann den Vorsitz, Bebras Bürgermeister Eduard Iwanowski war öffentlicher Ankläger, Rotenburgs Bürgermeister Friedrich Kötter sein Stellvertreter. Im Februar 1947 trat eine Verfügung in Kraft, der zufolge Vorsitzender und Ankläger hauptamtlich tätig sein mussten, sodass die beiden Amtsrichter Dr. Hollenbach und Dr. Rosengart als Vorsitzende berufen wurden und der Fotograf Kaspar Lingelbach das Amt des Anklägers antrat. Als weiterer öffentlicher Kläger wird der Pressestenograf Merkel genannt.

Bei 40.526 eingereichten Meldebogen aus dem Kreis Rotenburg waren 26.297 Nichtbetroffene registriert worden. Von den 14.329 Betroffenen fielen 8.000 unter die im Dezember 1946 ausgesprochene „Weihnachtsamnestie“ (Hessische Nachrichten 3.12. 1946). Diese galt für die Masse der kleinen Mitläufer, soweit ihr Jahreseinkommen vor 1945 unter 4500 RM gewesen oder sie stark erwerbsbehindert waren. Schon Ende September 1946 war eine Jugendamnestie für alle nach 1919 Geborenen erlassen worden.

Seit Beginn im April 1946 waren bis Dezember 1946 insgesamt 286 Verfahren erledigt. Die Hessischen Nachrichten titelten in der Provinzausgabe v. 3. Dezember 1946: **Gründlichkeit und Gerechtigkeit**. (s. unten)
Nur eine einzige Eingruppierung erfolgte in die Gruppe I (Hauptschuldige), in die Gruppe II (Belastete/Aktivisten/Militaristen/Nutznießer) lagen elf Einstufungen vor, die Kategorie III (Minderbelastete) war 30 mal vertreten; als Mitläufer (Gruppe IV) sahen sich insgesamt 222 Personen eingestuft. 22 Personen gingen aus den Verfahren als Entlastete (Gruppe V) hervor.

Gründlichkeit und Gerechtigkeit

Die Arbeit der Rotenburger Spruchkammer

• Von 40 526 Meldebogen sind 14 329 für Betroffene und 26 197 für Nichtbetroffene ausgezählt worden. Bisher sind 1261 Verfahren eingeleitet, 345 Verfahren eröffnet und 286 Verfahren erledigt worden. Als belastet sind zusammen 42 Betroffene erachtet worden, wovon einer in die Klasse der Hauptbelasteten I, elf in die Klasse II und 30 als Minderbelastete in die Klasse III eingereiht worden sind. 222 Personen wurden zu Mitläufern erklärt, während 22 als Entlastete aus den Verfahren hervorgingen. Die Arbeit der Spruchkammer liegt nur gering unter dem errechneten Arbeitsdurchschnitt aller Spruchkammern Hessens und will die Gründlichkeit ihrer Arbeit durch die Sucht nach Verbesserung ihrer Durchschnittsleistung nicht absinken lassen. Nur durch Steigerung der vorbereitenden Arbeit der Geschäftsstelle und des öffentlichen Klägers kann eine Erhöhung der Leistung erzielt werden.

Die Ermittlungsarbeit leidet unter der geringen Mitarbeit der möglichen Zeugen. Die Kritik an ergangenen Sprüchen fällt oft auf jene zurück, die die Sprüche durch ihre Zeugenaussagen hätten ändern können. Mit Recht hat die Militärregierung auf die notwendige Vorsicht gegenüber der fast gewerbsmäßigen Hochflut von Entlastungserklärungen hingewiesen, die oft sogar von Leuten ausgestellt werden, von denen man sie eigentlich nicht hätte erwarten können.

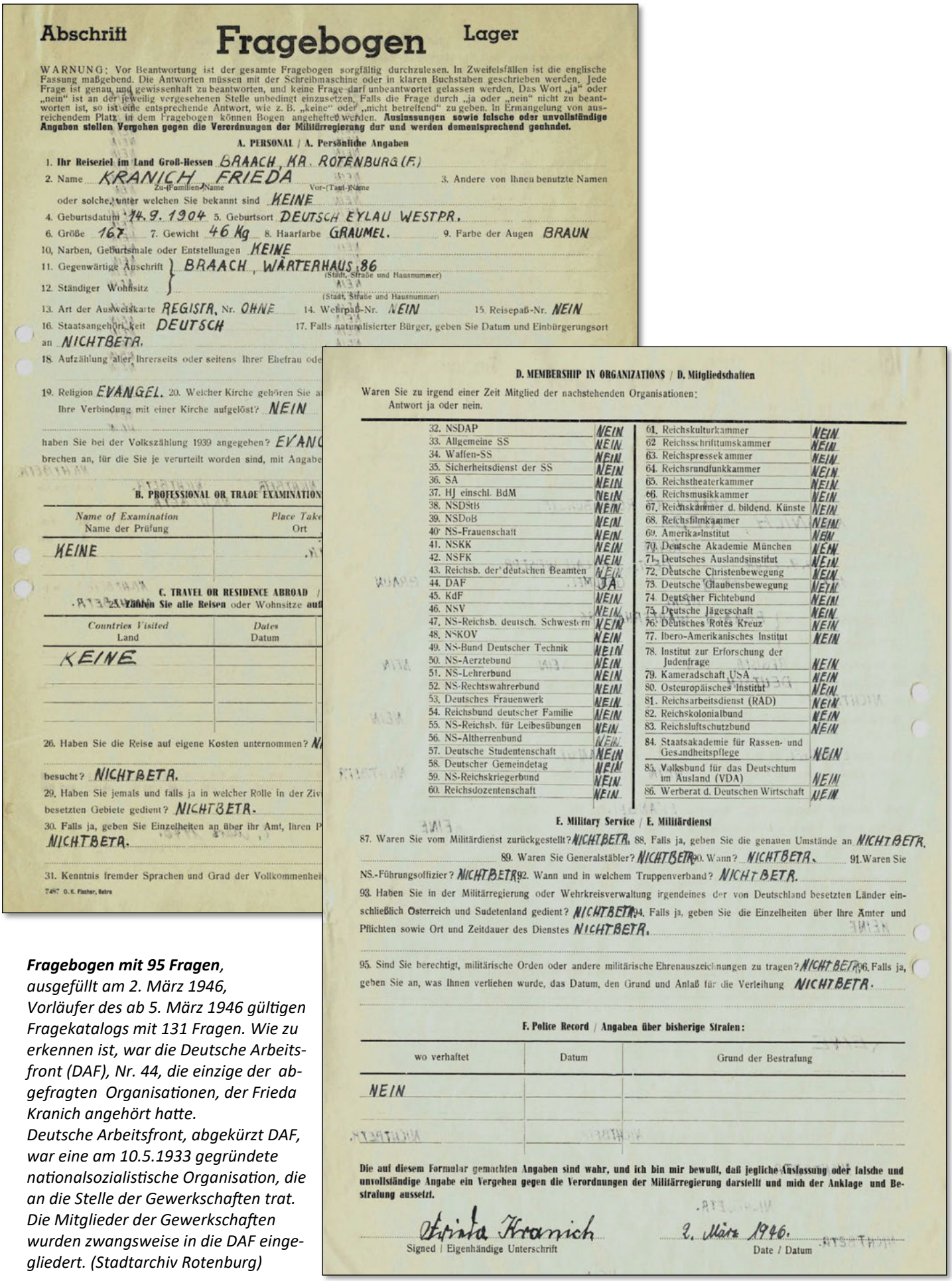
Strafbare Falschmeldungen auf dem Meldebogen sind nicht selten. Die in Zweifelsfällen eingeholten Auskünfte der Zentralkartei der Militärregierung bringen mit erstaunlicher Schnelligkeit das wahre Verhältnis an den Tag.

Das Verhalten der Betroffenen während der Verhandlungen vor den drei Kammern ist durchschnittlich das des immer noch anmaßenden Nazis, der den selbstverständlichen Anspruch darauf zu haben glaubt, nur als Mitläufer zu gelten. Die Versuche, der Abgabe von Sachwerten zugunsten der schuldlos um ihre Habe gebrachten Ostausgewiesenen und ehemaligen Gefangenen zu entgehen, sind häufig, wohlgemerkt erst nach Rechtskraft des Sühnebescheides. Sie werden aber mit allem Nachdruck unterbunden.

So selbstverständlich Gerechtigkeit und Wohlwollen gegenüber den kleinen Betrogenen des Nazivolksbetruges geübt werden, so fest bleibt die Grundeinstellung der Spruchkammer gegenüber den wirklich Schuldigen trotz Lug und Trug beim Verfahren. Vorsitzende und öffentliche Kläger der Spruchkammer Rotenburg a. F. begrüßen deshalb die offenen Feststellungen von General Lucius D. Clay und handeln entsprechend. Anfeindungen, Verleumdungen und Drohungen werden sie nicht beirren.

Lw. Aus Alsfeld kurz gemeldet. Die Firma R. u. F. Cramer erhielt wegen Verstoßes gegen die Preisstop vorschriften eine Ordnungsstrafe von 300 Reichsmark. — Wegen Ersparung von Heizung und Strom haben sämtliche Einzelhandelsgeschäfte künftig an zwei

Hessische Nachrichten/ Fulda-Bote v. 3. Dez. 1946
Seit 7.11.1945 erschienen die im Mai 1945 für Kurhessen lizensierten Hessischen Nachrichten mit einer Ausgabe für Kassel und separat mit einer Provinzausgabe, für Hersfeld, Melsungen und Rotenburg mit derm Untertitel FULDA-BOTE.



Abschrift

Fragebogen

Lager

WARNUNG: Vor Beantwortung ist der gesamte Fragebogen sorgfältig durchzulesen. In Zweifelsfällen ist die englische Fassung maßgebend. Die Antworten müssen mit der Schreibmaschine oder in klaren Buchstaben geschrieben werden. Jede Frage ist genau und gewissenhaft zu beantworten, und keine Frage darf unbeantwortet gelassen werden. Das Wort „ja" oder „nein" ist an der jeweilig vorgesehenen Stelle unbedingt einzusetzen. Falls die Frage durch „ja oder „nein" nicht zu beantworten ist, so ist eine entsprechende Antwort, wie z. B. „keine" oder „nicht betreffend" zu geben. In Ermangelung von ausreichendem Platz in dem Fragebogen können Bogen angeheftet werden. **Auslassungen sowie falsche oder unvollständige Angaben stellen Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung dar und werden dementsprechend geahndet.**

A. PERSONAL / A. Persönliche Angaben

1. **Ihr Reiseziel im Land Groß-Hessen** BRAACH, KR. ROTENBURG (F.)
2. Name KRANICH, FRIEDA (Zu-/Familien-Name, Vor-/Taut-Name) 3. Andere von Ihnen benutzte Namen oder solche, unter welchen Sie bekannt sind KEINE
4. Geburtsdatum 14.9.1904 5. Geburtsort DEUTSCH EYLAU WESTPR.
6. Größe 167 7. Gewicht 46 Kg 8. Haarfarbe GRAUMEL. 9. Farbe der Augen BRAUN
10. Narben, Geburtsmale oder Entstellungen KEINE
11. Gegenwärtige Anschrift } BRAACH, WÄRTERHAUS 86 (Stadt, Straße und Hausnummer)
12. Ständiger Wohnsitz } (Stadt, Straße und Hausnummer)
13. Art der Ausweiskarte REGISTR. Nr. OHNE 14. Wehrpaß-Nr. NEIN 15. Reisepaß-Nr. NEIN
16. Staatsangehörigkeit DEUTSCH 17. Falls naturalisierter Bürger, geben Sie Datum und Einbürgerungsort an NICHTBETR.
18. Aufzählung aller ihrerseits oder seitens Ihrer Ehefrau ode
19. Religion EVANGEL. 20. Welcher Kirche gehören Sie a
Ihre Verbindung mit einer Kirche aufgelöst? NEIN
haben Sie bei der Volkszählung 1939 angegeben? EVANG
brechen an, für die Sie je verurteilt worden sind, mit Angabe

B. PROFESSIONAL OR TRADE EXAMINATION

Name of Examination Name der Prüfung	*Place Take* Ort
KEINE	

C. TRAVEL OR RESIDENCE ABROAD /
25. Führen Sie alle Reisen oder Wohnsitze auf

Countries Visited Land	*Dates* Datum
KEINE	

26. Haben Sie die Reise auf eigene Kosten unternommen? N
besucht? NICHTBETR.
29. Haben Sie jemals und falls ja in welcher Rolle in der Ziv
besetzten Gebiete gedient? NICHTBETR.
30. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an über ihr Amt, Ihren P
NICHTBETR.
31. Kenntnis fremder Sprachen und Grad der Vollkommenhei

7467 O. K. Fischer, Bebra

D. MEMBERSHIP IN ORGANIZATIONS / D. Mitgliedschaften

Waren Sie zu irgend einer Zeit Mitglied der nachstehenden Organisationen: Antwort ja oder nein.

32. NSDAP	NEIN	61. Reichskulturkammer	NEIN
33. Allgemeine SS	NEIN	62. Reichsschrifttumskammer	NEIN
34. Waffen-SS	NEIN	63. Reichspressekammer	NEIN
35. Sicherheitsdienst der SS	NEIN	64. Reichsrundfunkkammer	NEIN
36. SA	NEIN	65. Reichstheaterkammer	NEIN
37. HJ einschl. BdM	NEIN	66. Reichsmusikkammer	NEIN
38. NSDStB	NEIN	67. Reichskammer d. bildend. Künste	NEIN
39. NSDoB	NEIN	68. Reichsfilmkammer	NEIN
40. NS-Frauenschaft	NEIN	69. Amerika-Institut	NEIN
41. NSKK	NEIN	70. Deutsche Akademie München	NEIN
42. NSFK	NEIN	71. Deutsches Auslandsinstitut	NEIN
43. Reichsb. der deutschen Beamten	NEIN	72. Deutsche Christenbewegung	NEIN
44. DAF	JA	73. Deutsche Glaubensbewegung	NEIN
45. KdF	NEIN	74. Deutscher Fichtebund	NEIN
46. NSV	NEIN	75. Deutsche Jägerschaft	NEIN
47. NS-Reichsb. deutsch. Schwestern	NEIN	76. Deutsches Rotes Kreuz	NEIN
48. NSKOV	NEIN	77. Ibero-Amerikanisches Institut	NEIN
49. NS-Bund Deutscher Technik	NEIN	78. Institut zur Erforschung der Judenfrage	NEIN
50. NS-Aerztebund	NEIN	79. Kameradschaft USA	NEIN
51. NS-Lehrerbund	NEIN	80. Osteuropäisches Institut	NEIN
52. NS-Rechtswahrerbund	NEIN	81. Reichsarbeitsdienst (RAD)	NEIN
53. Deutsches Frauenwerk	NEIN	82. Reichskolonialbund	NEIN
54. Reichsbund deutscher Familie	NEIN	83. Reichsluftschutzbund	NEIN
55. NS-Reichsb. für Leibesübungen	NEIN	84. Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege	NEIN
56. NS-Altherrenbund	NEIN	85. Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA)	NEIN
57. Deutsche Studentenschaft	NEIN	86. Werberat d. Deutschen Wirtschaft	NEIN
58. Deutscher Gemeindetag	NEIN		
59. NS-Reichskriegerbund	NEIN		
60. Reichsdozentenschaft	NEIN		

E. Military Service / E. Militärdienst

87. Waren Sie vom Militärdienst zurückgestellt? NICHTBETR. 88. Falls ja, geben Sie die genauen Umstände an NICHTBETR.
89. Waren Sie Generalstäbler? NICHTBETR. 90. Wann? NICHTBETR. 91. Waren Sie NS.-Führungsoffizier? NICHTBETR. 92. Wann und in welchem Truppenverband? NICHTBETR.
93. Haben Sie in der Militärregierung oder Wehrkreisverwaltung irgendeines der von Deutschland besetzten Länder einschließlich Österreich und Sudetenland gedient? NICHTBETR. 94. Falls ja, geben Sie die Einzelheiten über Ihre Ämter und Pflichten sowie Ort und Zeitdauer des Dienstes NICHTBETR.
95. Sind Sie berechtigt, militärische Orden oder andere militärische Ehrenauszeichnungen zu tragen? NICHTBETR. 96. Falls ja, geben Sie an, was Ihnen verliehen wurde, das Datum, den Grund und Anlaß für die Verleihung NICHTBETR.

F. Police Record / Angaben über bisherige Strafen:

wo verhaftet	Datum	Grund der Bestrafung
NEIN		

Die auf diesem Formular gemachten Angaben sind wahr, und ich bin mir bewußt, daß jegliche Auslassung oder falsche und unvollständige Angabe ein Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung darstellt und mich der Anklage und Bestrafung aussetzt.

Frieda Kranich — Signed / Eigenhändige Unterschrift

2. März 1946. — Date / Datum

***Fragebogen mit 95 Fragen**, ausgefüllt am 2. März 1946, Vorläufer des ab 5. März 1946 gültigen Fragekatalogs mit 131 Fragen. Wie zu erkennen ist, war die Deutsche Arbeitsfront (DAF), Nr. 44, die einzige der abgefragten Organisationen, der Frieda Kranich angehört hatte.*
Deutsche Arbeitsfront, abgekürzt DAF, war eine am 10.5.1933 gegründete nationalsozialistische Organisation, die an die Stelle der Gewerkschaften trat. Die Mitglieder der Gewerkschaften wurden zwangsweise in die DAF eingegliedert. (Stadtarchiv Rotenburg)

Dazu der Kommentar in den *Hessischen Nachrichten* vom 3. Dezember 1946: *„Die Arbeit der Spruchkammer liegt nur gering unter dem errechneten Arbeitsdurchschnitt aller Spruchkammern Hessens und will die Gründlichkeit ihrer Arbeit durch die Sucht nach Verbesserung ihrer Durchschnittsleistung nicht absinken lassen."*

Des Weiteren erlaubt sich der Korrespondent der *Hessischen Nachrichten* eine kritische Anmerkung zur mangelnden Unterstützung der Spruchkammer durch die Öffentlichkeit: *„Die Ermittlungsarbeit leidet unter der geringen Mitarbeit der möglichen Zeugen. Die Kritik an ergangenen Sprüchen fällt oft auf jene zurück, die die Sprüche durch ihre Zeugenaussagen hätten ändern können."*

Mögliche Gründe für die mangelnde Bereitschaft zur Unterstützung der Arbeit der Justiz bei der Verfolgung der NS-Straftäter stammen aus der Feder des Vorsitzenden der Kasseler Landgerichts-Berufungskammer in der Verhandlung am 5. Mai 1948 gegen den Rotenburger Horst Mainz: *„Offensichtlich haben auch viele Zeugen aus Furcht vor Nachteilen und im Bewusstsein eigener Schuld, aus dem Gefühl der nachbarlichen Verbundenheit und Zusammengehörigkeit mit der Wahrheit zurückgehalten."*

Ein US-amerikanischer Beobachter der Pogromprozesse in Hessen notierte, die deutschen Richter sähen sich oft einer Mauer von Zeugen mit Pokergesichtern gegenüber, die sich an nichts erinnern wollten. (Raim 2008: 148)

Welchen Verlauf eine Sitzung der Spruchkammer nehmen konnte, kommt in der Berichterstattung der Hessischen Nachrichten vom 1. März 1947 unter der Schlagzeile *„**Unter die Nazis geraten** …"* zum Ausdruck. Hier wird der Vorsitzende der Spruchkammer im benachbarten Landkreis Hersfeld zitiert: *„Er meinte damit den Aufmarsch der Zeugen, die ausschließlich aus ehemaligen Mitgliedern der gewesenen NSDAP gestellt wurden; selbst der Hauptbelastungszeuge war Pg. und Betriebsobmann. Und der öffentliche Ankläger stellte im Verlauf der gleichen Verhandlung fest, daß auf den Zuhörerbänken dicht bei dicht - so daß der weitere Zutritt verboten war - ein NS-Publikum sitze."*

In der weiteren Schilderung dieser Spruchkammersitzung bezieht der Autor klar Stellung zu den Einlassungen des Angeklagten, der in die Gruppe 3 der Minderbelasteten eingestuft wurde. Dessen Verteidigungsstrategie sieht er in scharfem Gegensatz zu dessen *„nazistischen und expansionslüsternen Äußerungen in seinen Feldpostbriefen an die Angestellten der Bank" sowie eine zackige Ansprache, die er als Bataillonsführer des Hersfelder Volkssturms noch kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner hielt."*

Die *Hessischen Nachrichten* zeichneten sich in ihrer Berichterstattung über die Spruchkammerverfahren und die Prozesse vor dem Landgericht durch ihr Bemühen aus, die Entlastungsstrategien der Angeklagten und ihrer Verteidiger kritisch darzustellen und zu kommentieren. Das konnte sogar soweit gehen, dass man einzelne Abläufe mit Hohn und Spott überzog, wenn etwa in einem Kommentar zu dem zitierten Spruchkammertermin zu lesen war: *„Möglich, daß er sich in Lametta und Braunhemd ‚nur' aus Geltungsbedürfnis eingewickelt hat. Er war dann eben eine Reklamefigur und gab damit eine sehr nachdrückliche Empfehlung für eine sehr üble Sache."*

Die Zeitung erlaubte sich damit eine weltanschaulich-politische Position, mit der sie deutlich im Unterschied stand zu der im privaten Bereich sich zunehmend entwickelnden schönfärberischen Sichtweise auf die Herrschafts- und Lebensverhältnisse in den Jahren des Dritten Reiches. Schließlich entsprach die zitierte Kommentierung des HN-Redakteurs dem in der Ausgabe vom 27. September 1946 veröffentlichten Selbstverständnis der *Hessischen Nachrichten* als Presseorgan *„gegen Faschismus und Militarismus in jeder Form".* (Welsch 2002: 151)



Sonnabend, 1. März 1947 PROVINZ-AUSGABE DER HESSISCHEN NACHRICHTEN

FULDA-BOTE

Der Mörder seiner Frau

Unter die Nazis geraten . . . . .

() „Wir sind unter die Nazis geraten", sagte der Vorsitzende der Hersfelder Spruchkammer bei der öffentlichen Sitzung am vergangenen

fühlt er sich aber immer noch für gewisse Vorgänge bei der früheren Arbeitgeberin verantwortlich. Diese Vorgänge gehören zu den inneren Angele-

er nur das SA-Sportabzeichen erwerben. Er hatte auch zugelassen, daß sein Sohn Adolf-Hitler-Schüler wurde, war öfters mit größeren Geldspenden für

Diese kritische Positionierung der *Hessischen Nachrichten* lässt sich auch gut bei der Berichterstattung über die Verhandlung gegen den Rotenburger Gustav Dörr erkennen, die zu dessen Einstufung in Gruppe 1 als Hauptschuldiger führte. Der Reporter bedauert es als Regiefehler, dass *„diese Verhandlung, die von der gesamten Bevölkerung mit starkem Interesse erwartet wurde, in dem kleinen Sitzungssaal der Spruchkammer stattfand, dessen Zuhörerraum schon lange vor Beginn überfüllt war."*
Unter dem öffentlichen Druck brachen einige der Zeugen ein und nahmen ihre Belastungen zurück. So konnte sich in der vom ehemaligen NS-Kreisleiter Erich Braun angestrengten Berufungsverhandlung im Juli 1949 die Zeugin Frieda Körner nicht mehr an die Begegnung mit Braun Im November 1938 erinnern, die sie in der 1. Verhandlung geschildert hatte und wie folgt zitiert wurde: *„Der Frau Frieda Körner, geb. Gies in Rotenburg/F., Arndtstr. 2, hat der Betroffene in einer der Schreckensnächte im Hausflur des Gasthauses Rebentisch in Bebra in prahlerischer Weise Gold, Juwelen und Schmucksachen mit der Bemerkung gezeigt, daß er diese Sachen von Juden hätte, wobei er die Äußerung tat, daß alle Juden vernichtet werden müssen."*
Zusammenfassend hatte es in der Begründung für Brauns Zuordnung in die Gruppe der Hauptschuldigen geheißen: *„Der Betroffene bewies durch Wort und Tat, Haltung und Handlung während der ver-*



Hauptschuldiger in Rotenburg

rk. „Der Fall, den wir heute verhandeln, dürfte wohl einer der schwersten sein, die die Spruchkammer Rotenburg aburteilt", mit diesen Worten charakterisierte der öffentliche Kläger, Lingelbach, das Verfahren gegen den Betroffenen Gustav Dörr aus Rotenburg. Dörr gehörte der NSDAP seit 1929, der SA seit 1933 an. Besonders belastend für ihn war die Tatsache, daß er seine Eigenschaft als alter Kämpfer zur persönlichen Bereicherung benutzte, und seine Beteiligung an der Judenverfolgung im Jahre 1938. Wie aus den Aussagen der vernommenen 17 Zeugen hervorging, war Dörr einer der aktivsten Teilnehmer dieses Programms; er drang in Judenhäuser ein, beschädigte die Wohnungseinrichtungen und bedrohte die Besitzer. Aber nicht nur in Rotenburg wütete Dörr, sondern er fuhr in der fraglichen Nacht auch noch in die Nachbarorte Baumbach und Heinebach, wo es ohne sein Zutun nie zu Ausschreitungen gekommen wäre. Die jüdischen Kultgebräuche versuchte er dadurch verächtlich zu machen, daß er in einem weißen Hemd als Rabbiner kostümiert sich auf einem Wagen durch die Straßen fahren ließ. Seine guten Beziehungen zur Gau- und Kreisleitung waren die Ursache dafür, daß er bei der Vergebung von behördlichen Fuhraufträgen besonders berücksichtigt wurde, und sich in der Nazi-Zeit ein Vermögen von 60 000 RM erwarb.

Der öffentliche Kläger beantragte Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen, 100prozentige Vermögensabgabe und zehn Jahre Arbeitslager. Der Verteidiger machte für seinen Mandanten den Schutz des § 51 Absatz 2 geltend, da jener nach dem Gutachten mehrerer Aerzte für seine damaligen Handlungen, die noch dazu im Rauschzustand begangen wurden, nicht voll verantwortlich gemacht werden könne. Er stellte Antrag auf Gruppe III. Der Betroffene selbst, der sich während der Verhandlung sehr ungebührlich benommen hatte, und oft aufbrausend gewesen war, drückte in seinem Schlußwort noch einmal aus, was schon sein Verteidiger angedeutet hatte, daß nicht er der eigentliche geistige Urheber der Verfolgungen in Rotenburg gewesen sei und infolge seiner leichten Beeinflußbarkeit und seines betrunkenen Zustandes mit „hineingeschlickert" sei. Er sähe seine Schuld ein und wolle wieder gutmachen.

Die Kammer, die unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Rosengarth (Sontra) verhandelt hatte, kam zu folgendem Spruch: Gruppe I, drei Jahre Arbeitslager, auf die ein halbes Jahr Haft im Lager Darmstadt angerechnet werden, und 100 Prozent Vermögenseinzug. Der Schutz des § 51 wurde zuerkannt. Dies ist das erste Urteil der Spruchkammer Rotenburg, das auf Einstufung in die Gruppe I der Hauptschuldigen lautete. — Man darf es wohl als kleinen Regiefehler bezeichnen, daß diese Verhandlung, die von der gesamten Bevölkerung mit starkem Interesse erwartet wurde, in dem kleinen Sitzungssaal der Spruchkammer stattfand, dessen Zuhörerraum schon lange vor Beginn überfüllt war.

Jugend hil

rk. Erster Eindruck: Eine kühle, klare und sachliche Atmosphäre, der man ein gewisses Niveau zuerkennen muß. Vorn am Tisch mit Blickrichtung in den Saal hinein sitzen zehn junge Menschen, der vorbereitende Jugendausschuß der Stadt Rotenburg, der zu dieser Versammlung im Hotel Gesemann eingeladen hatte. Ein jugendlicher Referent betritt das Pult und spricht von den Zielen dieses Jugendausschusses: Eine ständige Vertretung der Rotenburger Jugend zu schaffen, die die Interessen im öffentlichen Leben der Stadt wahrnimmt; Mithilfe der Jugend bei der 700-Jahrfeier; bei der Entscheidung aller Probleme, die sie angehen, Aufhebung des Tanzverbots. Ein Dutzend Redner sprachen in der klug und überlegen geleiteten Diskussion. Sehr wachsam war man, als mehr oder minder verschleiert Propaganda für bereits bestehende politische Organisationen versucht wurde: man will in der Jugendarbeit überparteilich und unabhängig bleiben. Kreisjugendpfleger Hauert übermittelte die Grüße des Landrats, in denen zum Ausdruck kam, daß die Behörden die Arbeit dieses Jugendausschusses durchaus ernst nehmen und zu würdigen wissen. Die Versammlung schloß mit der Wahl eines endgültigen Jugendausschusses, dessen Aufgabe es sein wird, die Forderungen der Rotenburger Jugend zu formulieren und die bei der Diskussion aufgetretenen Unklarheiten zu bereinigen. Die Ausführung eines sehr guten Vorschlags

Sonnabend, 30. August 1947

FULDA-BOTE

*Bericht der Hessischen Nachrichten/**Fulda-Bote v. 30. Aug. 1947** über die Spruchkammerverhandlung gegen Gustav Dörr (Rotenburg).*



Kreisleiter kommt in Gruppe I

Ht. Die Spruchkammer Rotenburg verhandelte gegen den ehemaligen Kreisleiter Erich Braun und fällte folgenden Spruch: Einreihung in Gruppe I (Hauptschuldiger), fünf Jahre Arbeitslager unter Anrechnung von einem Jahr bereits verbüßter Untersuchungshaft und vollständigem Vermögensentzug unter Belassung des Notwendigsten.

Hessische Nachrichten/Fulda-Bote v. ***7. Nov. 1947***

gangenen 12 Jahre des Nazi-Regimes, daß er nicht ein idealer Anhänger der NS-Idee, sondern ein wütender Verfechter und übelster Vertreter dieser Ideologie war. Seine Einstellung äußerte sich in Gewalttaten schlimmster Art und fügte dem deutschen Volk Schaden zu, der wohl in dieser Generation nicht mehr wiedergutzumachen ist."

In der Berufungsverhandlung im November 1948 wurde Braun von der Einstufung als Hauptschuldiger (Gruppe 1) in die Gruppe 2 der Aktivisten und dann im Juni 1949 nur noch als Minderbelasteter (Gruppe 3) eingestuft und aus dem Arbeitslager Darmstadt entlassen. (Ergänzendes auf der übernächsten Seite)

Wie schon erwähnt: Durch die Praxis der Fragebogen war die Beweislast umgekehrt. Vor der Spruchkammer musste jeder die gegen ihn gerichtete generelle Schuldvermutung entkräften.

Dazu waren individuelle Entlastungszeugnisse nützlich, die man sich bevorzugt von Regimegegnern und Opfern, aber auch von Pfarrern, Arbeitgebern oder Nachbarn besorgte. Bald wurden diese sog. „Persilscheine" inflationär ausgestellt. Mit ihnen versuchten viele ihre ehemals „braune Weste" nun „weißer als weiß" zu waschen. Die Spruchkammerakten sind voll von solchen Zeugnissen.

Der Historiker Lutz Niethammer kam für Bayern zu dem Ergebnis, dass jeder zweite Erwachsene einen Persilschein, d. h. ein entlastendes Leumundszeugnis, ausgestellt habe. Niethammer prägte daraufhin den Begriff von der Spruchkammer als „Mitläuferfabrik".

Dazu der Historiker Klaus-Dietmar Henke: *„An dem berühmten ‚Persilschein'-Unwesen waren denn auch praktisch alle örtlichen Gruppen von Gewicht, von den Gewerkschaften bis zur Geistlichkeit, in frappierender Eintracht beteiligt; auch diese routinierte Geste von Verständnis und Mitgefühl war ein Indiz dafür, wie weit sich die deutsche Gesellschaft mit dem Nationalsozialismus eingelassen hatte."* (zit. n. Schuster 1999: 310)

Philipp Kratz, der 2019 eine gründliche Studie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in Wiesbaden vorgelegt hat, bewertet die pauschale Charakterisierung der Spruchkammern als *„Mitläuferfabriken"* als ein Urteil, *„das die regionale Forschung für Hessen nicht bestätigen konnte".* (Kratz 2019: 104)

Als wesentlichen Grund nennt er die unterschiedliche Besetzung der Spruchkammern: In Bayern leiteten bürgerlich-konservative Justizbeamte die Spruchkammern, die Vorsitzenden der hessischen Spruchkammern dagegen *„besaßen in der Regel eine juristische Ausbildung und wurden in Hessen auf Vorschlag der Parteien ernannt."* (Kratz 2019: 103)

Für die Rotenburger Spruchkammer trifft dies für beide Vorsitzenden zu, beide waren Amtsgerichtsräte.

(direkte **Fortsetzung sieben Seiten weiter**)



Montag, 11. Juli 1949

Belastungszeugin weiß nichts mehr

Verhandlung gegen Rotenburger Kreisleiter geht Montag weiter

Rotenburg, 10. Juli. (t) In der Nachmittagsverhandlung des Wiederaufnahmeverfahrens gegen den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter des Kreises Rotenburg Erich Braun (Bebra) erklärte am Freitag die Belastungszeugin Frieda Körner, daß sie die in ihren bisherigen schriftlichen und mündlichen Vernehmungen gemachten Aussagen nicht mehr bestätigen könne. Durch eine schwere Operation, der sie sich in der Zwischenzeit habe unterziehen müssen, sei ihr Erinnerungsvermögen vollständig getrübt.

Sontra bzw. Cornberg verwandt habe. Auch die Einstellung des heutigen SPD-Beigeordneten Johannes Apel, der 1933 oder 1934 von der Reichsbahn entlassen worden sei, in der Bebraer Stadtverwaltung hätte gegen den Willen Brauns nicht vorgenommen werden können.

„Ein tadelloser Betriebsleiter"

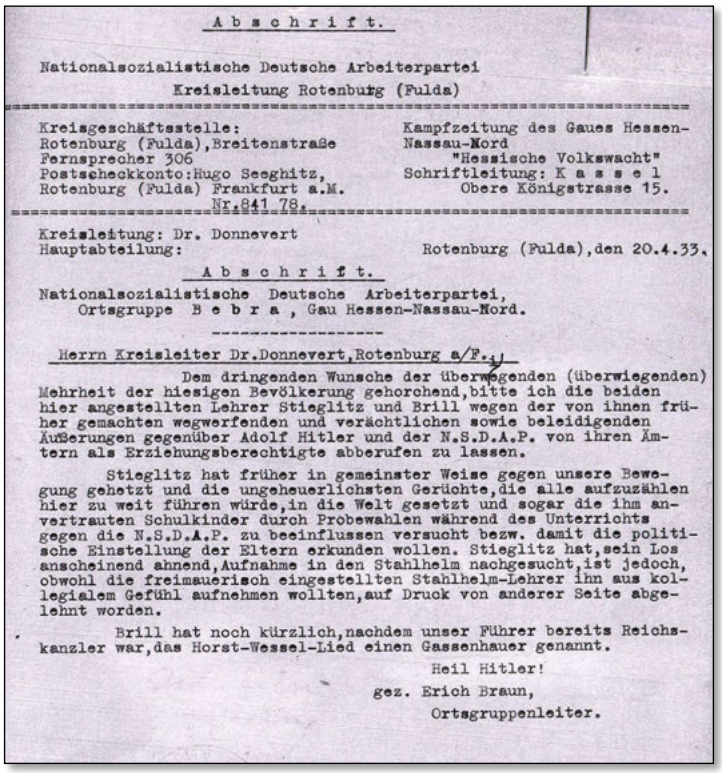
Ueber das Verhalten Brauns als Betriebsleiter der Bebrit-Werke in Bebra sagte der jetzige Betriebsratsvorsitzende Martin Erbskorn, ein altes SPD-Mit-

Bericht der Hessischen Nachrichten/Fulda-Bote über die Revisionsverhandlung im Spruchkammerverfahren gegen den ehemaligen Kreisleiter ***Erich Braun****. (Auszug)*

Anmerkungen zu Erich Brauns Herabstufung vom Hauptschuldigen zum Minderbelasteten

Erich Braun wurde am 13. Januar 1947 in Hamburg verhaftet, nachdem er am 1. April 1945 sich durch Flucht aus Bebra seiner Verantwortung entzogen hatte. Nach einigen Tagen Gefängnisaufenthalt in Hersfeld war er bis zum 6. November 1947 in Darmstadt interniert und vom 18. November 1947 bis 26. Mai 1949 in verschiedenen Arbeitslagern, zuletzt in Darmstadt.

Die Rotenburger Spruchkammer hatte Braun am 6. November 1947 als Hauptschuldigen (Gruppe 1) zu fünf Jahren Arbeitslager und vollständigem Vermögensentzug verurteilt. Am 10. Dezember 1947 klagte der Hessische Befreiungsminister bei der Berufungskammer in Kassel gegen das aus seiner Sicht „zu milde Urteil“, weil die Zeitdauer des Arbeitslagers zu kurz bemessen sei, er forderte Einweisung in ein Arbeitslager für die Dauer von mindestens acht Jahren. Dem entgegengesetzt ließ Braun durch seinen Anwalt eine Woche später einen Antrag auf Milderung des Urteils einreichen.



A b s c h r i f t.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Kreisleitung Rotenburg (Fulda)

Kreisgeschäftsstelle: Rotenburg (Fulda), Breitenstraße, Fernsprecher 306, Postscheckkonto: Hugo Seeghitz, Rotenburg (Fulda) Frankfurt a.M. Nr. 841 78.
Kampfzeitung des Gaues Hessen-Nassau-Nord "Hessische Volkswacht" Schriftleitung: K a s s e l Obere Königstrasse 15.

Kreisleitung: Dr. Donnevert
Hauptabteilung:
Rotenburg (Fulda), den 20.4.33.

A b s c h r i f t.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
Ortsgruppe B e b r a , Gau Hessen-Nassau-Nord.

Herrn Kreisleiter Dr.Donnevert, Rotenburg a/F.!

Dem dringenden Wunsche der überwegenden (überwiegenden) Mehrheit der hiesigen Bevölkerung gehorchend, bitte ich die beiden hier angestellten Lehrer Stieglitz und Brill wegen der von ihnen früher gemachten wegwerfenden und verächtlichen sowie beleidigenden Äußerungen gegenüber Adolf Hitler und der N.S.D.A.P. von ihren Ämtern als Erziehungsberechtigte abberufen zu lassen.

Stieglitz hat früher in gemeinster Weise gegen unsere Bewegung gehetzt und die ungeheuerlichsten Gerüchte, die alle aufzuzählen hier zu weit führen würde, in die Welt gesetzt und sogar die ihm anvertrauten Schulkinder durch Probewahlen während des Unterrichts gegen die N.S.D.A.P. zu beeinflussen versucht bezw. damit die politische Einstellung der Eltern erkunden wollen. Stieglitz hat, sein Los anscheinend ahnend, Aufnahme in den Stahlhelm nachgesucht, ist jedoch, obwohl die freimaurerisch eingestellten Stahlhelm-Lehrer ihn aus kollegialem Gefühl aufnehmen wollten, auf Druck von anderer Seite abgelehnt worden.

Brill hat noch kürzlich, nachdem unser Führer bereits Reichskanzler war, das Horst-Wessel-Lied einen Gassenhauer genannt.

Heil Hitler!
gez. Erich Braun,
Ortsgruppenleiter.

Gesuch vom 20.04.1933 *des damaligen Bebraer NS-Ortsgruppenleiters Erich Braun an die NS-Kreisleitung um Entlassung der beiden Lehrer Stieglitz und Brill.*

A. Nolzen (2004: 831f.) kam bei der Analyse der Rolle, welche die NS-Kreisleiter im Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches einnahmen, in Bezug auf ihr Agieren unmittelbar bei Kriegsende zu folgender Erkenntnis:

„In dem Augenblick, als sie nach Jahren heldischen Bramarbasierens zum ersten Mal in ihrer Karriere mit der eigenen Person für ihre Sache hätten „einstehen“ sollen, da versagten die sogenannten Hoheitsträger. … Eine grundlegende Alternative zur Flucht hätte in dem Entschluss bestanden, zur kampflosen Übergabe des Heimatortes beizutragen. Unter den Kreisleitern befand sich aber praktisch niemand zu dieser Art „Verrat“ bereit. … Den „Verrat“ – und damit vor allem das Risiko, in letzter Minute noch einem SS-Kommando oder einem Standgericht zum Opfer zu fallen – scheuten die „Kreiskönige“ der NS-Zeit ebenso sehr wie den Kampf oder gar das der Bevölkerung abverlangte und oft erzwungene persönliche Opfer. …

Sie griffen nicht zur Waffe, reihten sich nicht in die Wehrmacht ein, wie es ihnen befohlen war, und sie kümmerten sich nicht um das Schicksal ihrer Städte und das Geschick der Bevölkerung ihrer Landkreise. Stattdessen suchten die einstigen Kreiskönige ihr Heil in der Flucht und überließen in der kritischen Stunde des feindlichen Einmarsches ihre „Gefolgschaft“ sich selbst.

Am 26. Mai 1949 endete Brauns Lagerhaft, die Kasseler Berufungskammer entließ ihn mit der Einstufung in die Gruppe 3 der Minderbelasteten.

Was mögen dabei Brauns ihm ehemals untergeordneten Parteigenossen empfunden haben, die ihre Einstufung in den Jahren 1946 bis 1948 als Aktivisten (Gruppe 2) nicht so deutlich abschütteln konnten wie ihr ehemaliger Anführer?

Der ehemalige NS-Kreisleiter Braun hatte offenbar die inzwischen dominierende Einstellung der Bevölkerung im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit klar erkannt, indem er in seinem Schlusswort die Berufungskammer nicht um Gnade bat, *„sondern um eine Beurteilung, die der Meinung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung unseres Kreises Rotenburg gerecht wird“.* (Ulm 2007: 464)

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, war es für die Spruchkammern schwierig, zu verlässlichen Aussagen über die Beschuldigten zu kommen. Was ganz offensichtlich der Rotenburger Spruchkammer nicht zur Verfügung stand, war ein Dokument vom 20. April 1933 (im Bebraer Stadtarchiv aufbewahrt und oben abgebildet), demzufolge Braun in einer Eingabe an den damaligen Kreisleiter Dr.



Kreisleiter Erich Braun *(mit Manuskript in der linken Hand) bei einer Ansprache im Oktober 1935 in Bebra.*

Donnevert darum bat, *„die beiden hier angestellten Lehrer Stieglitz und Brill wegen der von ihnen früher gemachten wegwerfenden und verächtlichen sowie beleidigenden Äußerungen gegenüber Adolf Hitler und der NSDAP von ihren Ämtern als Erziehungsberechtigte abberufen zu lassen. …*
Stieglitz hat früher in gemeinster Weise gegen unsere Bewegung gehetzt und die ungeheuerlichsten Gerüchte … in die Welt gesetzt. … Brill hat noch kürzlich, nachdem unser Führer bereits Reichskanzler war, das Horst-Wessel-Lied einen Gassenhauer genannt." (s. Dokument auf der vorigen Seite)
Was Brauns Rolle im Umgang mit den amerikanischen Bomberpiloten angeht, ist erstaunlich, wie geringes Gewicht die Berufungskammer den Aussagen einiger der Zeugen beimaß. In der Begründung für Brauns Einstufung im November 1947 in die Gruppe der Hauptschuldigen heißt es: *„Im November 1944 sprangen in der Nähe von Bebra aus einem angeschossenen 4-motorigen Bomber einige Flieger ab und landeten in Bebra. Der gerade auf Urlaub befindliche Zeuge Konrad, der damals Stabsfeldwebel war, nahm zusammen mit einem Obergefreiten der deutschen Luftwaffe vier amerikanische Flieger gefangen. Als er mit ihnen zum Stadteingang gelangte, kam ihnen ein Auto entgegen, dem der Betroffene* [Erich Braun, H.N.] *und ein SS-Oberscharführer entstiegen. Braun forderte Konrad auf, ihm die Gefangenen zu übergeben, er sei der Kreisleiter. Konrad weigerte sich und erklärte, er liefere die Gefangenen dem Standortältesten ab. Darauf erwiderte Braun, die Partei allein nähme Terrorflieger gefangen, sie würden erschossen. Konrad verbat sich jede Einmischung und übergab die Gefangenen mehreren hinzugekommenen Polizisten, die sie im Auftrag des Standortältesten übernahmen. Bei der Durchsuchung der Gefangenen auf offener Straße schrie der Betroffene: „Sie werden alle umgelegt!" Alsdann wurden die Gefangenen zum Gefängnis abgeführt. Auf dem Gefängnishof gab Braun dem Zeugen Gleim den Befehl, die gefangenen Flieger zu erschiessen. Er gebrauchte dabei das Wort „Umlegen!". Gleim führte jedoch den Befehl nicht aus. Die Gefangenen blieben am Leben und wurden später einem Gefangenenlager zugeführt. Dieser Vorfall ist auf Grund der Beweisaufnahme insbes. der eidlichen Aussage der Zeugen Konrad, Gleim und Kraffke bewiesen. Die Erschiessung ausländischer Kriegsgefangener ist völkerrechtswidrig und verstösst gegen die Genfer Konvention."*
Am 29.10.1947, nach Vorladung vor die Spruchkammer, hatte der Zeitzeuge Reinhold Schwichtenberg, Stadtoberinspektor i. R., erklärt:
„Nach der Gefangennahme der am 30.11.44 abgestürzten amerikanischen Flieger durch den jetzigen Reichsbahnsekretär Willi Konrad traf ich mit Letztgenanntem zusammen. Konrad schilderte mir den Vorgang und brachte seine Empörung darüber zum Ausdruck, dass ihm zugemutet worden wäre, die amerikanischen Flieger umzulegen. Er hätte mit aller Entschiedenheit sich dieser Zumutung wider-



***Absturzstelle** eines US-amerikanischen Bombers am Stadtrand von Bebra Ende November 1944. (Stadtarchiv Bebra)*

setzt und gedroht, dass er eher andere Leute umlege, als auch nur einen amerikanischen Flieger erschießen würde. Seinem energischen Auftreten sei es gelungen, dass dieser wahnsinnige Befehl nicht zur Ausführung gekommen sei. … Bemerken möchte ich noch, dass die Aufforderung zur Erschießung der amerikanischen Flieger ihm von dem Kreisleiter Braun erteilt worden wäre."

Wie bereits berichtet, hatte der damalige Feldwebel Konrad die neun amerikanischen Flieger zum Gefängnishof (am Rathaus) gebracht und an den diensttuenden Hauptwachtmeister der Schutzpolizei Ernst Klein übergeben. Am 4. März 1947 gab Klein zu Protokoll:

„Ich hatte Gefängnisdienst und für die Unterbringung der 9 Fliegersoldaten zu sorgen. Kurz darauf erschien der Kreisleiter Braun. … Braun sagte zu mir: ‚Was machen wir mit dem Volk oder der Bande. Führen Sie sie auf den Schulhof zur Müllgrube und legen Sie sie dort um.' Worauf ich erwiderte: ‚Das kommt nicht in Frage. Die Flieger stehen unter dem Schutz der Polizei.' Braun überlegte kurz und sagte: ‚Nehmen Sie einen nach dem andern und legen Sie die im unteren Gang des Gefängnisses um.' Dieses Ansinnen war mir zu dumm und ich erstattete dem damaligen Bürgermeister Kraffke Meldung. Dieser kam dann herunter in den Hof und sagte: ‚Wehe dem, der sich an den Fliegern vergreift, den melde ich sofort dem Oberkommando der Wehrmacht.' Daraufhin hatte Kraffke noch eine Auseinandersetzung mit Braun. … Ich brachte die Flieger in die im ersten Stock gelegene Zelle."

Kleins Aussage, er habe Bürgermeister Kraffke Meldung von Brauns Aufforderung zur Erschießung der Piloten gemacht, stand in Widerspruch zu Kraffkes früherer Erklärung, er sei auf Brauns Ausruf ‚Umlegen' hin auf den Plan getreten. Dieser Widerspruch spielte eine entscheidende Rolle bei der schließlichen Herabstufung Brauns aus der Gruppe der Hauptschuldigen (Gr. 1) in die Gruppe der Minderbelasteten (Gr. 3).

Was die in dem Spruchkammerverfahren gegen Braun vorgetragenen Vorwürfe wegen angestrebter Erschießung von abgestürzten Bomberpiloten angeht: *„Grundlage der Vorwürfe war eine Geheim-Mitteilung Martin Bormanns vom 30. Mai 1944, in der die Parteifunktionäre instruiert worden waren, bei Absturz feindlicher Flieger den ‚Volkszorn' nicht zu unterbinden, wofür Straffreiheit zugesichert wurde; mancher Parteiunterführer verstand dies als Weisung, Lynchjustiz entweder aktiv zu fordern oder eine formelle Tötungsorder an nachgeordnete Parteikader herauszugeben."* (Roth 488f.)

Zur Anklage der Erschiessung von drei Zwangsarbeitern:

Braun war Ende März 1945 vom Lagerführer gemeldet worden, dass einige der russischen Zwangsarbeiter das Lebensmittellager der Firma Tromag aufgebrochen und Lebensmittel entwendet hatten.

Auf Vorladung erschien der Zeuge Ludwig Ehlert am 23. Mai 1947 vor der Spruchkammer:

„Über die einzelnen Vorfälle in Bebra - z. B. Judenaktion - kann ich keine Aussagen machen, weil ich selbst nicht Mitglied der Partei war und diese braunen Männer gemieden habe. Nur durch Zufall wurde ich Zeuge der Erschießung der 3 Russen vor der Fabrik Tromag am Karfreitag 1945. Ich kam mit dem Fahrrad in Richtung Lispenhausen, die Brücke vor Lispenhausen war abgesperrt und daher konnte ich die Erschießung mitansehen. Der mir vorgelesene Vorgang stimmt mit meinen Beobachtungen überein. Das Kommando zur Erschießung gab der


Gebärdete sich als Militarist bis zum letzten Tag, veranlasste das Volk zum Wiederstand mit den Worten:" Ein Hundsfott ist, der jetzt die weiße Fahne hißt". Sich selbst brachte er rechtzeitig 48 Stunden später in Sicherheit.
Artikelschreiber für die NSDAP in der Frontzeitung von 39 - 45.

Sozialdemokratische Partei + Kreis Rotenburg - Fulda

1. Kreisvorsitzender

***Stellungnahme der SPD** vom 27. Februar 1947 durch ihren 2. Kreisvorsitzenden Hagemann—unter Weglassung von Aussagen die Privatsphäre von Erich Braun betreffend. (Privatarchiv Wilfried Pfister)*

Kreisleiter Braun, der in der Uniform des Volkssturmes erschienen war. Braun gab auch die Pistole seinem Fahrer Kämper, damit er auf einen der noch zuckenden Russen den Gnadenschuss abgab, was Kämpfer auch tat."

Brauns Rolle als NS-Kreisleiter 1934-1945

Erich Braun hatte zu der Gruppe von Repräsentanten des Dritten Reiches gehört, die selbst Propagandachef Goebbels als Konkurrenz für sich empfand und die er daher gelegentlich als „kleine Herrgötter" kritisierte, sie also als Wettbewerber im Kampf um absolute Gefolgstreue verstand. (Roth 1997: 112)

Diese lokalen NS-Machthaber sahen sich zu ihrem teils eigenmächtigen Handeln durch Hitlers Äußerung auf dem Reichsparteitag 1935 legitimiert, als dieser die versammelten 200.000 politischen Leiter hatte wissen lassen: *„Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat! Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schaffen uns unseren Staat."* (zit. n. Broszat 1969: 160)

Diese eigentlich auf die Parteispitze bezogene Maxime war mancherorts von den Parteiführern an der politischen Basis als Rechtfertigung zu Übergriffen auf Staats- und Kommunalverwaltung in Anspruch genommen worden. (Roth 1997: 198)

Zum anderen fungierten die Kreisleiter als politische Überwachungsorgane der NSDAP. *„In ihrem Parteikreis waren sie für die ‚Menschenführung' zuständig, d.h. für ideologische Indoktrination und propagandistische Mobilisierung. Erwünscht waren ergebenes Mitmachen bei fanatischer Zustimmung."* (Proske 2024: 7)

„Retrospektiv handelt es sich bei allen Kreisleitern um politische Extremisten, die maßgeblich mitgeholfen haben, die 1918 durchgesetzte Demokratie wieder zu zerstören. ... Spielräume eines Kreisleiters gab es zweifellos, aber sie stießen an ihre Grenzen, wo grundsätzliche Dogmen der NS-Ideologie betroffen waren. Niemand konnte sich waschen, ohne dabei nass zu werden. Jeder Kreisleiter war Vertreter des Unrechtsregimes." (Proske 2024: 10f.)

Erich Braun hatte in Ergänzung zu seinem Parteiamt als Kreisleiter auch die Position eines stellvertretenden Landrats. So war er auch mit Exekutivbefugnissen ausgestattet, sodass er Anregungen geben und Projekte initiieren konnte, die er mit Hilfe des Postens als Vizelandrat umzusetzen vermochte, wofür eine Reihe von Beispielen überliefert ist. Wenngleich es keine von ihm initiierte Maßnahme war, so kann doch angenommen werden, dass seine Unterschrift unter Deportationsanweisungen des Jahres 1942 von ihm als bedeutsamer Beitrag im Rahmen der Zielsetzungen des Regimes gesehen und empfunden wurde.

Seine Aufgaben als Kreisleiter übte Erich Braun gegen mäßige finanzielle Entschädigung ehrenamtlich aus. Lohn seiner Bemühungen schien ihm die Machtposition sowie der gesellschaftliche Rang. Durch seine machtbewusste Herrschaftsausübung war er ein Garant für die Durchsetzung der Parteiinteressen im Landkreis Rotenburg und auch darüber hinaus. *„Die Macht eines Kreisleiters"*, so Barbara Fait (1990: 222) *„gründete auf Angst und er-*

*Der **Ausschnitt** aus dem seit Mai 1935 in der Jakobikirche in Rotenburg neben der Kanzel aufgehängten Wandbehang zeigt das NS-Parteihaus (bis 1937) in der Breitenstraße 7 unter Bewachung eines SA-Mannes.*
*Auf dem **größeren Ausschnitt** auf der rechten Seite ist das NS-Parteihaus mit seiner SA-Bewachung in der untersten Reihe (ganz links) zu finden.*





streckte sich - innerhalb seines Kreises - auf beinahe jedes Gebiet."

Dem Kreisleiter stand eine eigene Dienststelle („Kreisleitung") mit über zehn Ämtern bzw. Funktionsbereichen und eine entsprechende Zahl von Amtsleitern zur Verfügung. Ebenso unterstanden ihm die Ortsgruppenleiter, denen er Anweisungen erteilen konnte.

Nachdem die Rotenburger NSDAP-Kreisleitung ihren Sitz zunächst in der Breitenstraße (Nr. 7)) hatte, kam sie bald in das (inzwischen abgerissene) stattliche Haus in der Bürgerstraße Nr. 12, dessen brauner Fassadenanstrich so einen doppelten Sinn bekam. Nach Kriegsausbruch beherbergte das „Braune Haus" auch die Redaktion des Monatsheftes „Die Heimat grüßt die Front" mit Kreisleiter Erich Braun als dessen Herausgeber und Kreisamtsleiter Gabriel als Schriftleiter. (1. Nummer im Januar 1941)

Mag Erich Braun als Kreisleiter im Einzelfall vielleicht seine schützende Hand über einen Nazigegner oder einen „Halbjuden" gehalten haben, wie es ihm nachgesagt wird, so stand er doch zuallererst auf dem Boden des NS-Staates und sein gemäßigteres Auftreten im besonderen Fall war die Ausnahme von der Regel, aus welchen Gründen auch immer.

Die Kreisleiter wurden von der US-Besatzungsmacht generell als „große Fische" betrachtet und, sofern sie nicht verschollen oder untergetaucht waren, in automatischen Arrest genommen.

Das Manko der folgenden Entnazifizierungsprozedur bestand darin, dass die grundsätzlich als besonders belastet angesehenen Kreisleiter meist erst 1948 vor die Spruchkammer gebracht wurden, zu einem Zeitpunkt, als die Entnazifizierung bereits allen Kredit verloren und die Aussagebereitschaft von Zeugen der Anklage auf ein Minimum gesunken war. Mag Brauns abschließende Zuordnung in die Gruppe der Minderbelasteten als grotesk erscheinen, so steht sie andererseits vor dem Hintergrund seiner zweieinhalb Bußjahre hinter dem Stacheldraht des Darmstädter Internierungslagers.



Die Heimat grüßt die Front

Heimatbriefe für die Frontkameraden aus dem Kreis Rotenburg an der Fulda

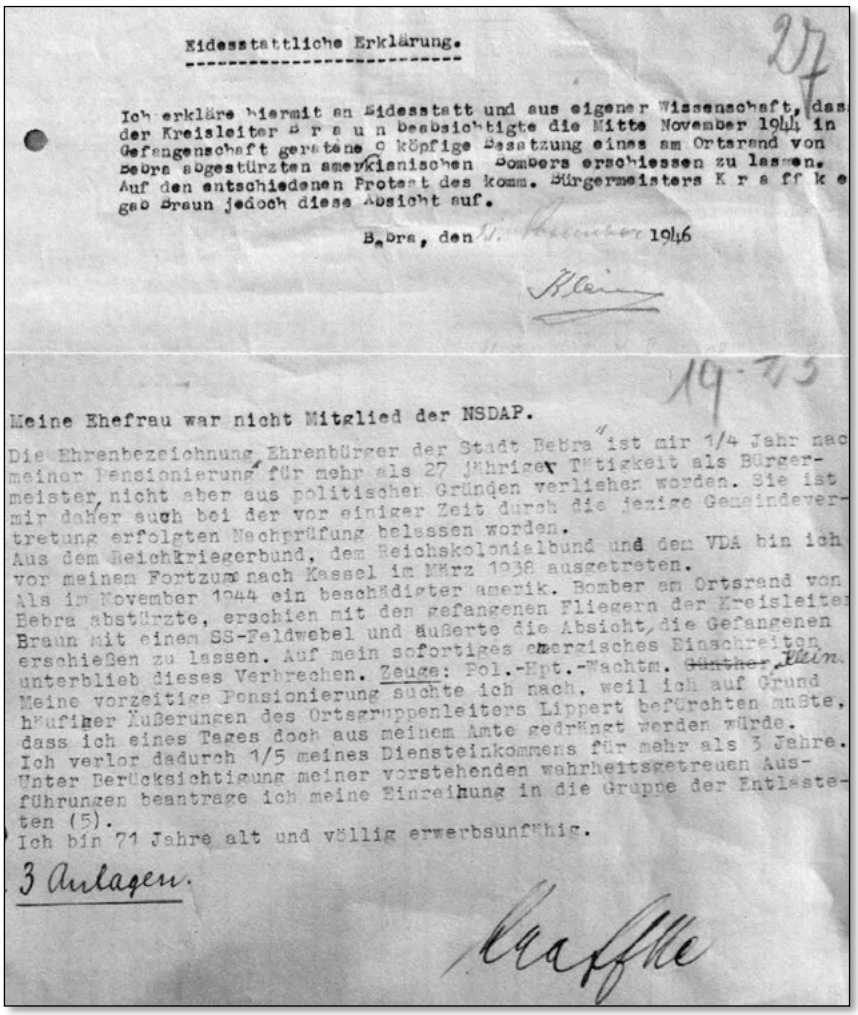
Herausgegeben von der Kreisleitung Rotenburg der NSDAP., in Verbindung mit den Partei- und staatlichen Dienststellen des Kreises

Nr. 1 Rotenburg a. F. 1941

Ein Jahr „Die Heimat grüßt die Front"

Kreisleitung der NSDAP Rotenburg (Fulda) / Betreuungsstelle für unsere Feldgrauen

*Die 1. Monatsausgabe für 1941 der „**Heimatbriefe** für die Frontkameraden aus dem Kreis Rotenburg" erschien mit dem Haus Kasseler Straße 12 (jetzt Bürgerstraße) als Titelblatt, NS-Kreisleiter Erich Braun war der Herausgeber, NS-Kreispropagandaleiter Oskar Gabriel der verantwortliche Schriftleiter.*
1936 hatte die Stadt Rotenburg das Haus gekauft und an die NSDAP-Kreisleitung vermietet. Es hatte dem Gerbermeister Rössing gehört. „Braunes Haus" wurde es nun allgemein genannt, nicht nur wegen seines braunen Anstrichs.
Es diente dem seit 1938 als Kreisgeschäftsführer tätigen Heinrich Spengler auch als Wohnung. Nach Kriegsende 1945 war es für einige Zeit Ausweichquartier für das von den Amerikanern besetzte Landratsamt.
1977 wurde das Gebäude abgebrochen.



Eidesstattliche Erklärung.

Ich erkläre hiermit an Eidesstatt und aus eigener Wissenschaft, dass der Kreisleiter B r a u n beabsichtigte die Mitte November 1944 in Gefangenschaft geratene 6 köpfige Besatzung eines am Ortsrand von Bebra abgestürzten amerikanischen Bombers erschiessen zu lassen. Auf den entschiedenen Protest des komm. Bürgermeisters K r a f f k e gab Braun jedoch diese Absicht auf.

Bebra, den [illegible] 1946

Klein

Meine Ehefrau war nicht Mitglied der NSDAP.

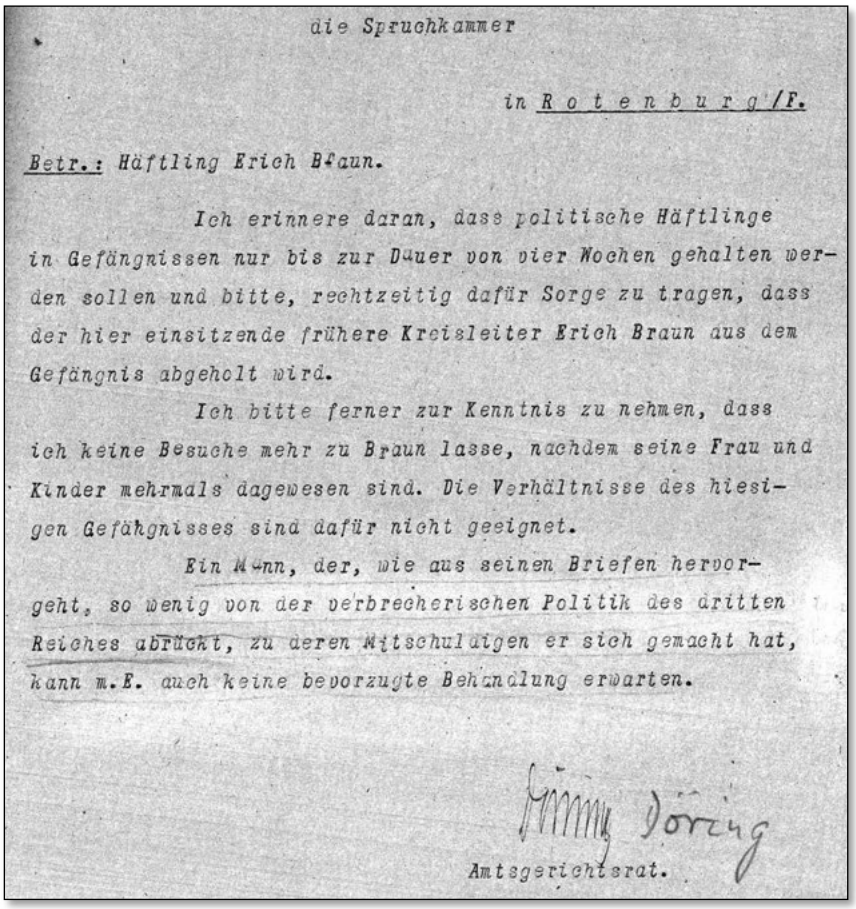
Die Ehrenbezeichnung Ehrenbürger der Stadt Bebra ist mir 1/4 Jahr nach meiner Pensionierung für mehr als 27 jährige Tätigkeit als Bürgermeister, nicht aber aus politischen Gründen verliehen worden. Sie ist mir daher auch bei der vor einiger Zeit durch die jetzige Gemeindevertretung erfolgten Nachprüfung belassen worden.
Aus dem Reichkriegerbund, dem Reichskolonialbund und dem VDA bin ich vor meinem Fortzug nach Kassel im März 1938 ausgetreten.
Als im November 1944 ein beschädigter amerik. Bomber am Ortsrand von Bebra abstürzte, erschien mit den gefangenen Fliegern der Kreisleiter Braun mit einem SS-Feldwebel und äußerte die Absicht, die Gefangenen erschießen zu lassen. Auf mein sofortiges energisches Einschreiten unterblieb dieses Verbrechen. Zeuge: Pol.-Hpt.-Wachtm. ~~Günther~~ Klein.
Meine vorzeitige Pensionierung suchte ich nach, weil ich auf Grund häufiger Äußerungen des Ortsgruppenleiters Lippert befürchten mußte, dass ich eines Tages doch aus meinem Amte gedrängt werden würde. Ich verlor dadurch 1/5 meines Diensteinkommens für mehr als 3 Jahre.
Unter Berücksichtigung meiner vorstehenden wahrheitsgetreuen Ausführungen beantrage ich meine Einreihung in die Gruppe der Entlasteten (5).
Ich bin 71 Jahre alt und völlig erwerbsunfähig.

3 Anlagen.

Kraffke

Eidesstattliche Erklärung *von Polizeiwachtmeister Ernst Klein vom 2. Dezember 1946 zum Umgang mit der Besatzung eines Mitte November in Bebra abgestürzten US-amerikanischen Bombers.*

Erklärung von Bebras ehemaligem ***Bürgermeister Otto Kraffke*** *zum Umgang mit der Besatzung eines Mitte November 1944 im Stadtbereich Bebras abgestürzten Bombers.*



die Spruchkammer

in Rotenburg/F.

Betr.: Häftling Erich Braun.

Ich erinnere daran, dass politische Häftlinge in Gefängnissen nur bis zur Dauer von vier Wochen gehalten werden sollen und bitte, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass der hier einsitzende frühere Kreisleiter Erich Braun aus dem Gefängnis abgeholt wird.

Ich bitte ferner zur Kenntnis zu nehmen, dass ich keine Besuche mehr zu Braun lasse, nachdem seine Frau und Kinder mehrmals dagewesen sind. Die Verhältnisse des hiesigen Gefängnisses sind dafür nicht geeignet.

Ein Mann, der, wie aus seinen Briefen hervorgeht, so wenig von der verbrecherischen Politik des dritten Reiches abrückt, zu deren Mitschuldigen er sich gemacht hat, kann m.E. auch keine bevorzugte Behandlung erwarten.

Dörig

Amtsgerichtsrat.

Schreiben von ***Amtsgerichtsrat Döring*** *(Amtsgericht Hersfeld) an die Spruchkammer in Rotenburg vom 3. Februar 1947 wg. Häftling Erich Braun; im letzten Absatz heißt es:*
„Ein Mann, der, wie aus seinen Briefen hervorgeht, so wenig von der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches abrückt, zu deren Mitschuldigen er sich gemacht hat, kann m. E. auch keine bevorzugte Behandlung erwarten.“

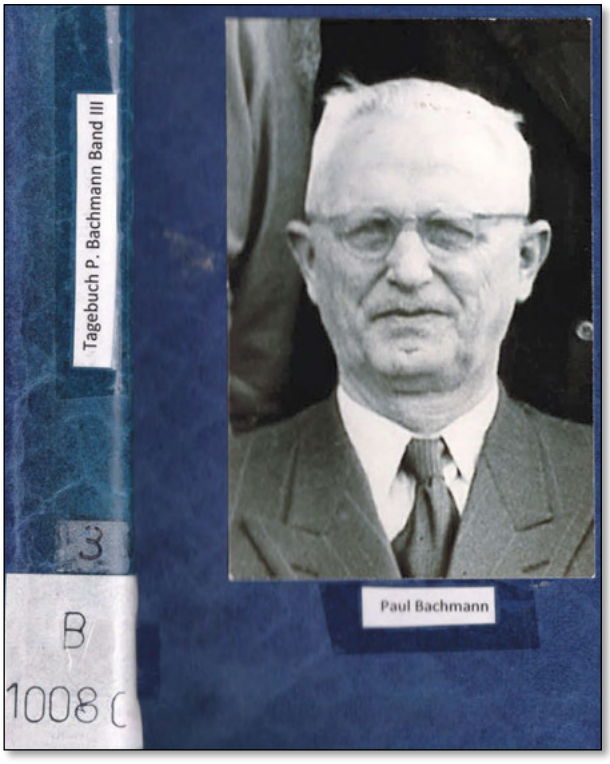
Kreisleiter Braun in den Tagebüchern von Lehrer Paul Bachmann

NS-Kreisleiter Erich Braun ist die einzige Person, die in den 4-bändigen Tagebüchern von Bebras damaligem katholischen Lehrer Paul Bachmann vor Kriegsende eine negative Bewertung erfuhr.

Der Schwerpunkt von Bachmanns Tagebuchführung, die mit dem Kriegsausbruch am 1. September begann und im Februar 1949 endete, liegt einerseits auf der Dokumentierung der Organisation des Schulbetriebs. Andererseits formulierte Bachmann Ausführliches zum Frontverlauf und gab eine umfängliche Würdigung von Bebras Kriegsgefallenen und der Opfer des Bombenangriffs auf Bebra am 4. Dezember 1944.

Zum ersten Mal detailliert kritisch äußerte Bachmann seinen Unmut über das Agieren der lokal verantwortlichen NS-Repräsentanten in einem (nicht genau datierten) Tagebucheintrag, den er im Anschluss an die wörtliche Wiedergabe von Schülerberichten über den Bombenangriff auf Bebra machte:

[**Anmerkung**: Die folgenden Passagen - ebenso wie der Eintrag vom 1. April 1945 betr. Brauns Rolle bei der Erschießung von drei Russen - fehlen in den bereits 2007 bearbeiteten und als Druckwerk herausgegebenen Tagebüchern Paul Bachmanns!]



***Paul C. Bachmann** (1887 -1962), Titelseite von Bd. 3. seiner Tagebücher 1939 -1949.* (Stadtarchiv Bebra)

„Auch von unliebsamen Begebenheiten ist zu berichten. Ein abschreckendes Beispiel gab der Kreisleiter der NSDAP Erich Braun mit seinem Stabe an der Befehlsstelle in der Kreisberufsschule. Während etwa 3000 Männer und Frauen in tagelangen und mühevollen Arbeiten Hilfe leisteten, führten die genannten Herren ein Schlemmerleben.

Von Kassel kamen von der Gauleitung viele Flaschen mit Kognac (3 Sterne) und ungezählte Packungen mit Zigaretten und Zigarren in die Befehlsstelle, um von dort aus diese begehrten Artikel an die helfende und notleidende Bevölkerung restlos zu verteilen. Aber nur ein geringer Teil kam unter die Bevölkerung.

Der größte Teil blieb in der Befehlsstelle oder wanderte in die Taschen von Kreisleiter und seinen Stabsmitgliedern. Kreisleiter Braun und seine Stabshelfer waren in diesen Tagen fast stets betrunken. Trank man ja den Kognac aus Kaffeetassen.

Der Kreisleiter Braun bekam es sogar fertig, in diesem betrunkenen Zustand zum zerstörten Hause seines Onkels Schlothauer zu wandern, der mit seiner Familie unter den brennenden Trümmern noch ungeborgen lag, während helfende Kräfte sich eifrigst bemühten, die Verschütteten noch zu retten. Dieser Mann, der ein Vorbild von Pflichttreue und sittlicher Reinheit sein sollte, wird wohl eines Tages seiner gerechten Strafe nicht entgehen.

Auch sollten Kerzen unentgeltlich an die Bevölkerung abgegeben werden, trotzdem rasselte die Sammelbüchse vielen entgegen zu einer Spende, angeblich für das Winterhilfswerk, aber die hohen Herren von der Kreisleitung nahmen sich ganze Packungen ohne Spende mit nach Hause.

Kann mit solchen Machenschaften der Sieg noch errungen werden, wenn es überall so zugehen würde in den Notgebieten wie in Bebra in den Tagen der Not und Sorge?“

Abermals sah Bachmann am 16. Februar 1945 einen Anlass zur Kritik am Kreisleiter. Und zwar formulierte er diese als Kommentar zu Brauns Anweisung, es sei *„strengstens untersagt, bei Fliegeralarm mit Kraftfahrzeugen aller Art nach außerhalb der bedrohten Ortschaften zu flüchten.“*

Dagegen stellt Bachmann seine Beobachtung, diese Vorschrift gelte offensichtlich nicht *„für die Amtsträger bis zum Kreisleiter aufwärts, die nach wie vor bei Fliegeralarm mit ihren Autos oder Lastwagen hinaus ins Freie fahren.“*

Zur Rolle der Kirche bei der Entnazifizierung

Entlastende Erklärungen fielen bei den Spruchkammerverfahren besonders ins Gewicht, wenn sie von mutmaßlich vertrauenswürdigen Personen verfasst worden waren. Als solche galten den Siegermächten in erster Linie die Kirchenleute. Dass Letztere sich bei ihren Voten sehr großzügig und von Mitleid getrieben verhielten, dabei des Öfteren auch bis zur Selbstverleugnung den Bittstellern entgegenkamen, gibt der Eintrag von Bebras Pfarrer Heidelbach zu erkennen, den dieser im Juli 1947 in der Bebraer Kirchenchronik machte:
„Viele Familienväter, die jahrelang ihren Beruf als Eisenbahner usw. in Treue versehen haben, sind fristlos aus ihren Stellungen vertrieben worden und müssen sich nach einer neuen Existenz umsehen. In ihrer Not kommen sie zum Pfarrer und bitten mich um die Bescheinigung, daß sie keine Aktivisten der Partei gewesen sind. Unter ihnen sind nicht wenige, die mich im Dritten Reich geschnitten, ja verachtet haben. Soweit es nur irgend möglich und zu verantworten ist, komme ich ihrem Wunsche entgegen."
Dass dies auf Kritik bei der Militärregierung stieß, bringen die *Hessischen Nachrichten* vom 3.12.1946 zur Sprache, wenn sie die Mahnung der Amerikaner zur *„Vorsicht gegenüber der fast gewerbsmäßigen Hochflut von Entlastungserklärungen"* zitieren.
Tatsächlich machte sich die evangelische Kirche *„wie kein zweiter gesellschaftlicher Großverband … zum Organisator und Anführer des allgemeinen Aufbegehrens gegen die politische Säuberung."* So resümierte Clemens Vollnhals in seiner Analyse aus dem Jahr 1989. Dass dies *„nicht nur in uneigennütziger Absicht erfolgte, konnte den Zeitgenossen kaum verborgen bleiben, hatten evangelische Pfarrer doch schon vor 1933 häufig zu den Propagandisten, wenn nicht Mitgliedern der NSDAP gehört."*

Philipp Kratz (2019: 105) kommt in seiner Abhandlung über Wiesbaden zu der Erkenntnis: *„An die Spitze der breiten gesellschaftlichen Protestbewegung gegen die Entnazifizierung setzten sich die Kirchen."*
Da genaue Zahlenangaben über die Spruchpraxis der Rotenburger Kammer fehlen, seien hier (s. unten) die gesamthessischen **Abschlussergebnisse zum 30. April 1954** aufgeführt. (Kropat 2004: 237)

Zur Kritik an den Spruchkammern

Um die Erwartungen der Besatzungsbehörden zu erfüllen und die Abläufe zu beschleunigen, behandelten die Spruchkammern zuerst die vielen kleinen Fälle, die schnell zu entscheiden waren, während die Fälle von stark belasteten Nazigrößen zunächst hintangestellt wurden.

Da in der ersten Zeit sehr viel strenger vorgegangen wurde, die „größeren Fälle" oftmals aber erst später verhandelt wurden, kamen einige der schwerer

Meldepflichtig in Hessen waren 1946 insges. 3.305.140 Personen

Vom Entnazifizierungsgesetz davon betroffen: **951.692 Personen**

Davon: Hauptschuldige (Gr. 1)	455 =	0,26 v. H.
Aktivisten (Gr. 2)	5.682 =	3,30 v. H.
Minderbelastete (Gr. 3)	28.290 =	16,20 v. H.
Mitläufer (Gr. 4)	134.575 =	77,20 v. H.
Entlastete (Gr. 5)	5.294 =	3,00 v. H.
Amnestierte u. ä.	777.372 =	81,50 v. H.

***Bilanz** der hessischen Spruchkammern zum 30.04.1954. (zit. n. Kropat 2004: 237)*

Belasteten mit relativ milden Strafen davon. So entstand der Eindruck, dass man die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt.

Die Entscheidungen wirkten nicht besonders gut fundiert und noch weniger hart und streng. Der durch Entnazifizierungs- oder Spruchkammerverfahren in einigen Fällen auferlegte befristete Ausschluss von öffentlichen Ämtern scheint prinzipiell nur bis 1948 gedauert zu haben.

Im November war die Rotenburger Spruchkammer in die Schlagzeilen geraten, als sie mit Prof. Eugen Fischer einen der Wegbereiter der nationalsozialistischen Rassentheorien und Befürworter der NS-Rassegesetze zum „Mitläufer" erklärte und zu einer Sühne von (lediglich) 300 Mark verurteilte. Fischer war 1944 aus dem ausgebombten Freiburg zu seiner Tochter nach Nentershausen gezogen. Der Verwaltungsdirektor der Berliner Universität hatte die Rotenburger Spruchkammer wissen lassen: *„Soweit Herr Fischer hier bekannt ist, kann nicht gesagt werden, daß er in besonderer Weise für den Nationalsozialismus eingetreten wäre."* (HHStAW, Abt. 520; Ro, Nr. 1298/47)

Man muss bei dieser Auskunft in Erinnerung rufen, dass Fischer als Präsident des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin (bis 1942) eine stadtbekannte Persönlichkeit war und die Auskunft aus Berlin als indirekter „Persilschein" bewertet werden kann. In einer Veröffentlichung von Richard Beyler von 2004 („Reine Wissenschaft" und personelle „Säuberungen") wird das Verfahren gegen Fischer als Beispiel dafür genommen, dass *„die Entnazifizierungskomitees das Fehlen von Schuldbeweisen manchmal als Beweis fehlender Schuld"* werteten. Tatsächlich, so Beyler, belegen neuere Studien, dass Fischer „sowohl der NS-Politik von Nutzen war als auch selbst von dieser profitierte." (Beyler 2004: 33)
Ein heftiger Protest kam von der US-amerikanischen Fachzeitschrift *Science*: *„If anyone , he is the man who should be put on the list of war criminals."*
Was wohl am meisten zur Diskreditierung der Arbeit der Spruchkammern beitrug, war der abrupte Kurswechsel der amerikanischen Entnazifizierungspolitik. *„Hatte die Militärregierung anfänglich mit Blick auf die amerikanische Öffentlichkeit möglichst schnell viele harte Urteile verlangt und die Milde der Spruchkammern, die sich zunächst der Rehabilitierung der zu Unrecht mit Berufsverboten Belegten gewidmet hatten, scharf kritisiert, so war der amerikanischen Regierung, als sich der Ost-West-Konflikt verschärfte, bald fast jedes Mittel recht, um die Entnazifizierung zu liquidieren."* (Rauh-Kühne 1995: 56)
Und auf der Seite der westdeutschen Bevölkerung war der Elan, die Reste des Nationalsozialismus zu beseitigen, spätestens ab Frühjahr 1948 verschwunden. (Benz 2006: 143)

Ein Leserbriefschreiber hatte eine entsprechende Wahrnehmung schon am 1. März 1947 in den *Hessischen Nachrichten* zum Ausdruck gebracht:
„Was soll das Theater! Mit immer größer werdenden Scharen von Entlastungszeugen erscheinen die ehemaligen Pg's vor den Spruchkammern. Sie sind ja alle so unschuldig. Da werden ehemalige SA-Führer zu Mitläufern und Pg's, die sich im Braunen Laden die Taschen gefüllt haben, zahlen 1.500 Mk und sind ‚entsühnt'. Aber an den Spruchkammern liegt das nicht. Sie sind machtlos, wenn keine Kläger auftreten. … Vielleicht stellt man zur Abwechslung mal ein paar Antifaschisten vor die Spruchkammer. Da fänden sich bestimmt mehr Belastungszeugen!"

„Wenn nicht einmal mehr Menschen, die in der sogenannten ‚Kampfzeit', also vor 1933 in die NSDAP eingetreten waren und sich für die Partei und ihre Organisationen eingesetzt hatten, noch als belastet galten, dann war am Ende niemand jemals Nationalsozialist gewesen." So die Teilbilanz der Historikerin Vanessa Conze (2023: 259) in ihrer Analyse der Entnazifizierungsverfahren im benachbarten Landkreis Ziegenhain.

Der scharfen Kritik an den Spruchkammerverfahren hat sich in den letzten Jahren eine Betrachtungsweise gegenübergestellt, welche die von den Betroffenen präsentierten Selbstbilder in ein milderes Licht setzt. Dadurch, dass jeder Deutsche durch die Fragebögen zumindest kurz dazu gezwungen war, sich mit seiner eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, hätte dies in vielen Fällen zur längerfristigen Distanzierung vom Nationalsozialismus beigetragen.
„Schließlich waren partielle Resistenz und Konflikte mit dem Regime weit verbreitet und prägten ebenso wie Anpassung und Begeisterung in anderen Lebensbereichen den Alltag vieler Menschen."
So Rauh-Kühne (1989: 42), die von Parteigenossen und sogar Funktionären spricht, *„die wahrheitsgemäß auf Konflikte ihrer Lebensmaximen und Verhaltensweisen mit bestimmten Parteiideologemen hin-*

weisen konnten, manche hatten deswegen mit gewissen Parteiinstanzen Konflikte ausgetragen und mitunter sogar Nachstellungen oder Verfolgung erlitten".
Wenngleich es sich dabei vielfach um episodenhafte Vorgänge handelte und geringfügige Differenzen mit einzelnen Repräsentanten des NS-Staates nun als klare Distanzierung ausgegeben wurden, habe das Ausfüllen des Fragebogens die Einzelnen zu einer Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Deutung genötigt, weil schließlich von den Antworten ihre Zukunft abhing. Deshalb, so Hanne Leßau (2020: 11), müsse *„das verbreitete Bild von einer vor allem um Vergessen bemühten deutschen Nachkriegsgesellschaft"* hinterfragt werden. Bei der Demokratisierung Westdeutschlands sei diesem Phänomen eine bislang unterschätzte Bedeutung zugekommen.

In diese Richtung argumentiert auch Hans-Ulrich Thamer in seiner neuesten Publikation über die NSDAP (2020: 121), in der er zunächst festhält, dass der *„Versuch, durch dieses heftig kritisierte Verfahren aus Millionen mitverantwortlicher oder angepasster Mitläufer der Diktatur Demokraten zu machen, sich zunächst als Illusion erwies",* man aber die für eine Weile stattgefundene *„Ausschaltung der Belasteten aus dem öffentlichen Leben nicht unterschätzen"* dürfe. *„Der vorübergehende Bruch in ihrer materiellen und sozialen Existenz hat ihre Anpassungsbereitschaft an die neuen politischen Verhältnisse indirekt gefördert und damit zur Stabilisierung der neuen Ordnung beigetragen, so wenig damit individuelle Schuld gesühnt wurde."*

Leßaus in der Tendenz positiver Bewertung wäre die Erkenntnis gegenüberzustellen, zu der Volker Dotterweich (1978: 154) kommt, der bemängelt, dass *„das Entnazifizierungsverfahren den bewussten oder halbbewussten Reaktionen der Betroffenen zu wenig Rechnung trug".* Das Verfahren, so Dotterweich, *„setzte in naiver Weise die einsichtige Vernunftperson voraus, die beim Ausfüllen der Fragebogen einen Prozess gegen sich selbst führen sollte."* Entgegen dieser Erwartung, so Dotterweich, waren die Betroffenen jedoch darauf bedacht, *„dass sie das Gericht, ihre Umwelt und schließlich sich selber glauben machten, wie wenig sie mit der Sache zu tun gehabt hätten."*
So sei das Gegenteil von dem erreicht worden, was die Entnazifizierung bezwecken wollte, *„nämlich Gewissenserforschung, Selbstbesinnung und Schärfung des Bewusstseins für die politische Mitverantwortlichkeit am nationalsozialistischen Unrecht."*

Ein konsequent negativer Blick auf die Entnazifizierung findet sich exemplarisch in Ian Kershaws Urteil: *„Der ganze Entnazifizierungsprozess wurde bald zur Farce. Über sechs Millionen Fälle wurden nominell gehört, zwei Drittel davon umgehend entlastet. Von denen, die vor die Kammern kamen, wurden mindestens neun Zehntel als geringfügig eingestuft; die überwiegende Zahl galt als ‚Mitläufer' oder völlig ‚entlastet', wodurch die Spruchkammerarbeit nicht umsonst den Ruf als ‚Mitläuferfabrik' erwarb."* (Kershaw 2016: 654)

Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich Kershaws Bewertung im Wesentlichen auf Erkenntnisse stützt, die er bei der Analyse der bayrischen Verhältnisse erworben hat.

Soviel bleibt unbestritten: Die Entnazifizierung, die ursprünglich auf moralischen Erwägungen gründete, orientierte sich in ihrer Umsetzung an praktischen Gegebenheiten. Als John McCloy, der Hohe Kommissar für Deutschland, 1950 einen zusammenfassenden Bericht über die amerikanische Entnazifizierungspolitik vorlegte, vermied er ein Resümee, indem er eine endgültige Bewertung als Aufgabe der Historiker einstufte.

Dies muss vor dem Hintergrund einer Umfrage von 1953 gesehen werden, dass nur 17 Prozent der Westdeutschen mit der Aufarbeitung der Vergangenheit einverstanden waren, eine große Mehrheit dagegen die Entnazifizierung für überflüssig hielt. Waren nach amerikanischen Meinungsumfragen im November 1945 noch 50 Prozent der westdeutschen Bevölkerung mit der Entnazifizierung zufrieden, so sank der Anteil bis Dezember 1946 bereits auf 34 Prozent. (Vollnhals 1989: 94)

Dazu bemerkt Dietfrid Krause-Vilmar (2005: 7*)*:
„So verständlich es ist, dass die meisten Menschen nach dem Ende des Krieges und der Diktatur nicht mehr an das Hitlerregime und die damit verbundenen Grausamkeiten erinnert werden, sondern in die Zukunft blicken und das zerstörte Deutschland wieder aufbauen wollten, so erstaunlich, ja befremdend erscheint die plötzlich und vollständig eintretende Abtrennung von der eigenen Vergangenheit, den letzten Jahren, einem Filmriss vergleichbar."

Matthias von Hellfeld (1985: 5) verspürt in den ersten Jahren nach dem Krieg in der Bevölkerung sogar eine heimliche Solidarität mit den Angeklagten. *„Denn die Suche nach den Schuldigen hätte eine intensive Diskussion über die Schuld eines jeden Einzelnen zur Folge gehabt. Und wieviele Menschen wären wohl als wirklich Unschuldige übriggeblieben? Hatten nicht die meisten von ihnen Hitler begeistert zugejubelt?“*

Im Diskurs der frühen Nachkriegsjahre hatte sich durchgängig die Schutzbehauptung einer sich bald nach Etablierung des NS-Staates entwickelten Distanz zum NS-Staat durchgesetzt, verbunden mit der Überzeugung von guten Ideen des Nationalsozialismus, deren Umsetzung jedoch pervertiert worden sei.
„Distanz vom gestürzten Regime war freilich nicht gleichbedeutend mit Einsicht in die Verwerflichkeit der ‚nationalsozialistischen Idee‘, die viele noch immer für eine gute Sache hielten.“ Darauf macht Cornelia Rauh-Kühne (1995: 69) aufmerksam - unter Verweis auf Umfrageergebnisse vom Sommer 1947, nach denen 52% der Befragten noch immer der Meinung waren, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee, die lediglich schlecht ausgeführt worden sei.
Die Ansicht, der Nationalsozialismus sei eine gute, aber schlecht ausgeführte Idee gewesen, erhielt im August 1947 die stärkste Zustimmung von Personen mit achtjähriger Schulausbildung (60 Prozent), unter 30-Jährigen (68 Prozent) und Parteianhängern der LDP bzw. FDP (68 Prozent). Diese Meinung wurde auch von 64 Prozent der befragten Protestanten geteilt, womit sie nur knapp unter den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern (67 Prozent) lagen.
(Vollnhals 1989: 119)

Eine eindeutige und pauschale Ablehnung des Entnazifizierungsverfahrens stammt aus der Feder von Johannes Steinweg, der bis Jahresmitte 1937 als Dekan des Kirchenkreises Rotenburg wirkte.
In seinen 1959 publizierten Lebenserinnerungen spricht er von einer Spruchkammer-Gesetzgebung, durch die *„man eine Unzahl von Menschen in ein seelisches KZ hinein“* zwang. *„Jedenfalls“*, so Steinweg, *„waren die ganzen Spruchkammerverfahren ein übles Kapitel, nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern im Grunde auch für die Amerikaner, die unsere deutschen Behörden zwangen, derartig törichte Verfahren durchzuführen.“* (Steinweg 1959: 196f.)
Auf dieser Grundeinstellung beruht wohl auch das Leumundszeugnis, das Steinweg dem ehemaligen Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand ausstellte.

Dem Votum des Kasseler Dekans sei die Position des öffentlichen Klägers gegenübergestellt, die dieser am 21.09.1949 formulierte und mit der er die Einstufung Gernands in die Gruppe 3, also der Minderbelasteten, ablehnte:
„Eine solche Einreihung ist jedoch in keiner Weise in Einklang zu bringen mit der sehr erheblichen aktiven Tätigkeit des Betroffenen, die er allein während seiner Leitung als Chef des Reichspropaganda-Amtes und als Gau-Propagandaleiter des Gaues Kurhessen ausgeübt hat.“
Es heißt dann weiter:
„Der Betroffene ist für den Gau Hessen-Nassau-Nord (Kurhessen) neben dem Gauleiter die prominenteste und aktivste Persönlichkeit des Nationalsozialismus gewesen. Er ist durch seine Stellung und Tätigkeit innerhalb der NS-Gewaltherrschaft sowohl als Hauptschuldiger als auch Aktivist anzusprechen und dementsprechend verantwortlich.“

Steinwegs Kritik an den Spruchkammerverfahren war repräsentativ für die Haltung der Kirche in dieser Frage, insofern sie die politische Säuberung an sich als grundsätzliches Unrecht betrachtete.
Bereits am 26. April 1946, als noch kein einziges Spruchkammerurteil vorlag, sprach Bischof Wurm als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland dem Gesetz jegliche politische und moralische Berechtigung ab.

„Spätestens die Spruchkammerpraxis“, so Vollnhals (1989: 283), *„ließ an der großzügigen Rehabilitierung keinen Zweifel mehr, wie die Statistiken zum Leidwesen der Militärregierung eindeutig belegen.“*
Clemens Vollnhals (1989: 140), der das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Entnazifizierung systematisch und umfassend untersucht hat, sieht andererseits die Problematik des kirchlichen Verhaltens weniger im Eintreten für die Masse der NS-Mitläufer, *„sondern dass der Fürsprache für ehemalige Nationalsozialisten kein vergleichbares Engagement für die Opfer des NS-Regimes, für das Millionenheer der rassisch und politisch Verfolgten und ihrer Angehörigen gegenüberstand.“*

DER DEKAN
des Kirchenkreises Kassel-Stadt

Kassel, den 12. April 1948.
Telefon 3147 Goethestr.85.

Tagebuch-Nr. .....

Eidesstattliche Erklärung.

Herr Heinrich Gernand, der ehemalige Leiter des Propagan
amtes Kurhessen, früher in Kassel wohnhaft, ist mir seit dem
Jahre 1938 wohlbekannt. Ich bin oftmals bei ihm gewesen, um
kirchliche Anliegen mit ihm zu besprechen und habe stets freu
liches Verständnis gefunden. Ich konnte mich sehr offen und s
kritisch über die N.S.D.A.P. und über ihr ganzes Gebahren wie
über ihr Verhalten zur Kirche aussprechen ohne befürchten zu
müssen, durch Herrn Gernand bei der Gestapo denunziert zu wer
Er hat mir oft in meiner Kritik und meinen ablehnenden Bemerk
gegenüber der N.S.D.A.P. Recht gegeben.

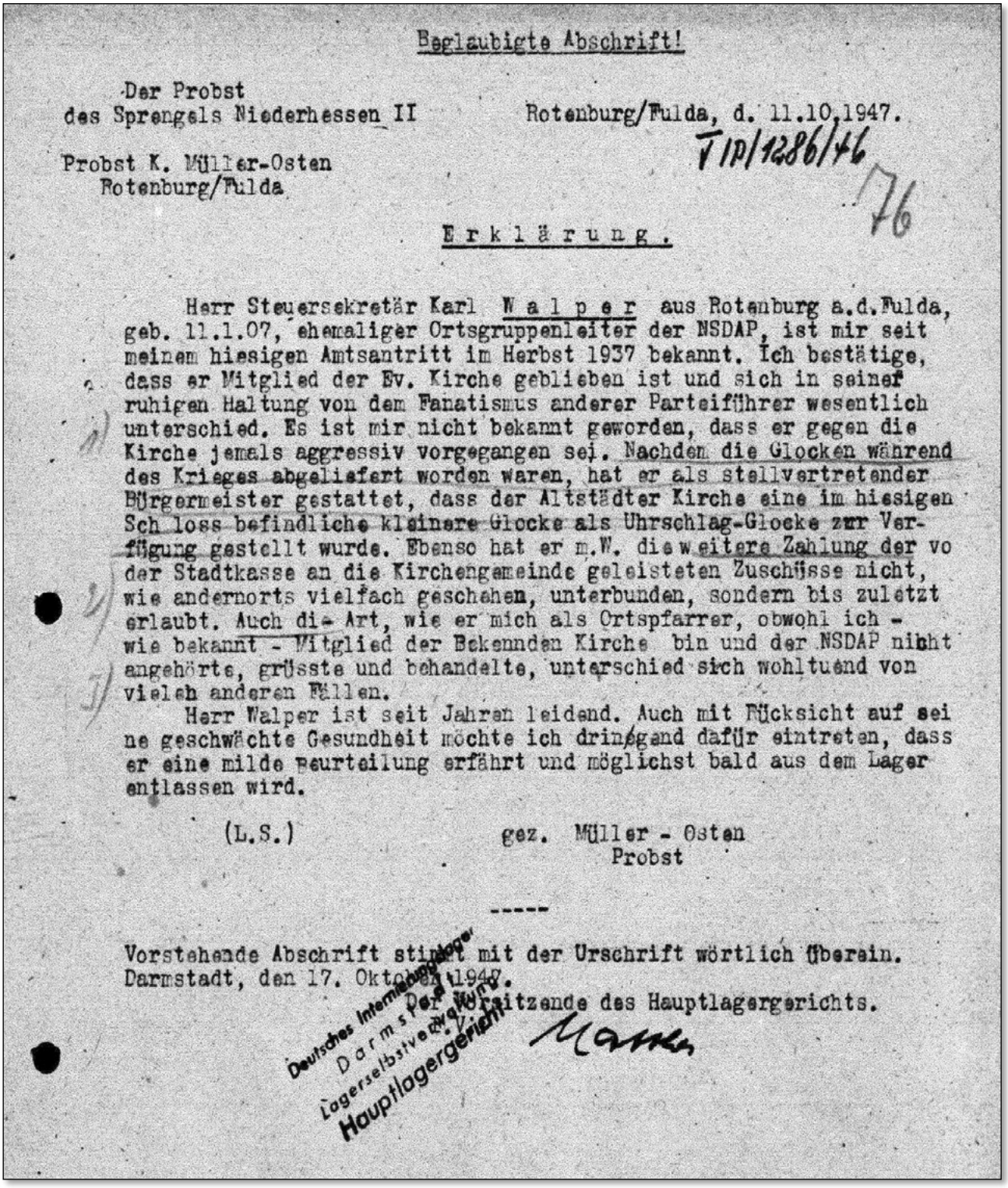
Er war auch in mancherlei Dingen hilfreich. So sorgte er
dafür, dass wir für die Kirchlichen Wochen ungestört Plakate
den Litfass-Säulen anschlagen konnten. Wir haben oftmals von
wärtigen Teilnehmern der Kirchlichen Woche die verwunderte Fr
gehört:"Ist so etwas in Kassel noch möglich?" Er hat sich auc
für verhaftete Pfarrer und ihre Freilassung eingesetzt und un
manchen wertvollen Fingerzeig gegeben. Ich habe in vielen Unt
redungen eigentlich immer den Eindruck gehabt, dass Herr Gern
innerlich weit von dem entfernt war, was man heute Nazigesinn
nennt.

Ich selber war nicht Mitglied der N.S.D.A.P. und bin vo
Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus
nicht betroffen.

Der Dekan des Kirchenkreises Kassel-Stadt

D. Steinweg

*Am 12. April 1948 gab **Dr. Johannes Steinweg**, **Dekan des Kirchenkreises Kassel**, bis 1937 Dekan im Kirchenkreis Rotenburg, dem NS-Gaupropagandaleiter Heinrich Gernand eine eidesstattliche Erklärung.*
Der zufolge hatte Steinweg „in vielen Unterredungen eigentlich immer den Eindruck gehabt, dass Herr Gernand weit von dem entfernt war, was man heute Nazigesinnung nennt.“



Beglaubigte Abschrift!

Der Probst
des Sprengels Niederhessen II

Rotenburg/Fulda, d. 11.10.1947.

Probst K. Müller-Osten
Rotenburg/Fulda

T IP/1286/46

76

Erklärung.

Herr Steuersekretär Karl Walper aus Rotenburg a.d.Fulda, geb. 11.1.07, ehemaliger Ortsgruppenleiter der NSDAP, ist mir seit meinem hiesigen Amtsantritt im Herbst 1937 bekannt. Ich bestätige, dass er Mitglied der Ev. Kirche geblieben ist und sich in seiner ruhigen Haltung von dem Fanatismus anderer Parteiführer wesentlich unterschied. Es ist mir nicht bekannt geworden, dass er gegen die Kirche jemals aggressiv vorgegangen sei. Nachdem die Glocken während des Krieges abgeliefert worden waren, hat er als stellvertretender Bürgermeister gestattet, dass der Altstädter Kirche eine im hiesigen Schloss befindliche kleinere Glocke als Uhrschlag-Glocke zur Verfügung gestellt wurde. Ebenso hat er m.W. die weitere Zahlung der von der Stadtkasse an die Kirchengemeinde geleisteten Zuschüsse nicht, wie andernorts vielfach geschehen, unterbunden, sondern bis zuletzt erlaubt. Auch die Art, wie er mich als Ortspfarrer, obwohl ich - wie bekannt - Mitglied der Bekennden Kirche bin und der NSDAP nicht angehörte, grüsste und behandelte, unterschied sich wohltuend von vielen anderen Fällen.

Herr Walper ist seit Jahren leidend. Auch mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit möchte ich dringend dafür eintreten, dass er eine milde Beurteilung erfährt und möglichst bald aus dem Lager entlassen wird.

(L.S.)

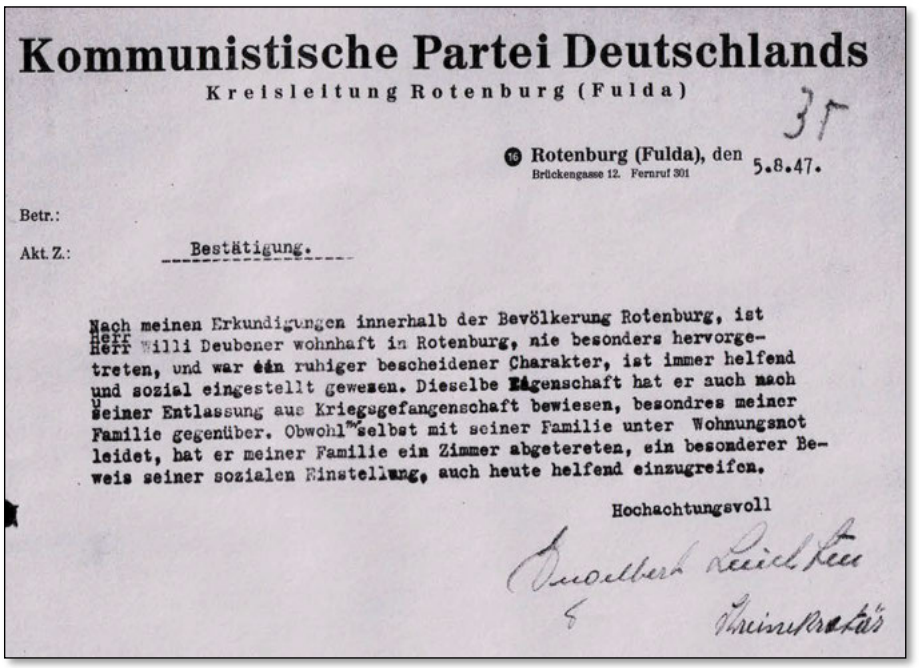
gez. Müller - Osten
Probst

Vorstehende Abschrift stimmt mit der Urschrift wörtlich überein.
Darmstadt, den 17. Oktober 1947.

Der Vorsitzende des Hauptlagergerichts.

Deutsches Internierungslager Darmstadt Lagerselbstverwaltung Hauptlagergericht

*Erklärung vom 11. Oktober 1947, die der **Probst des Sprengels Niederhessen II, Kurt Müller-Osten** (bis 1946 Dekan des Kirchenkreises Rotenburg), der Spruchkammer im Internierungslager Darmstadt in der Verhandlung gegen den ehemaligen Rotenburger NS-Ortsgruppenleiter Karl Walper vorlegte. Die Art, wie er ihn als Ortspfarrer grüßte und behandelte, so Müller-Osten, „unterschied sich wohltuend von vielen anderen Fällen."*



Kommunistische Partei Deutschlands
Kreisleitung Rotenburg (Fulda)

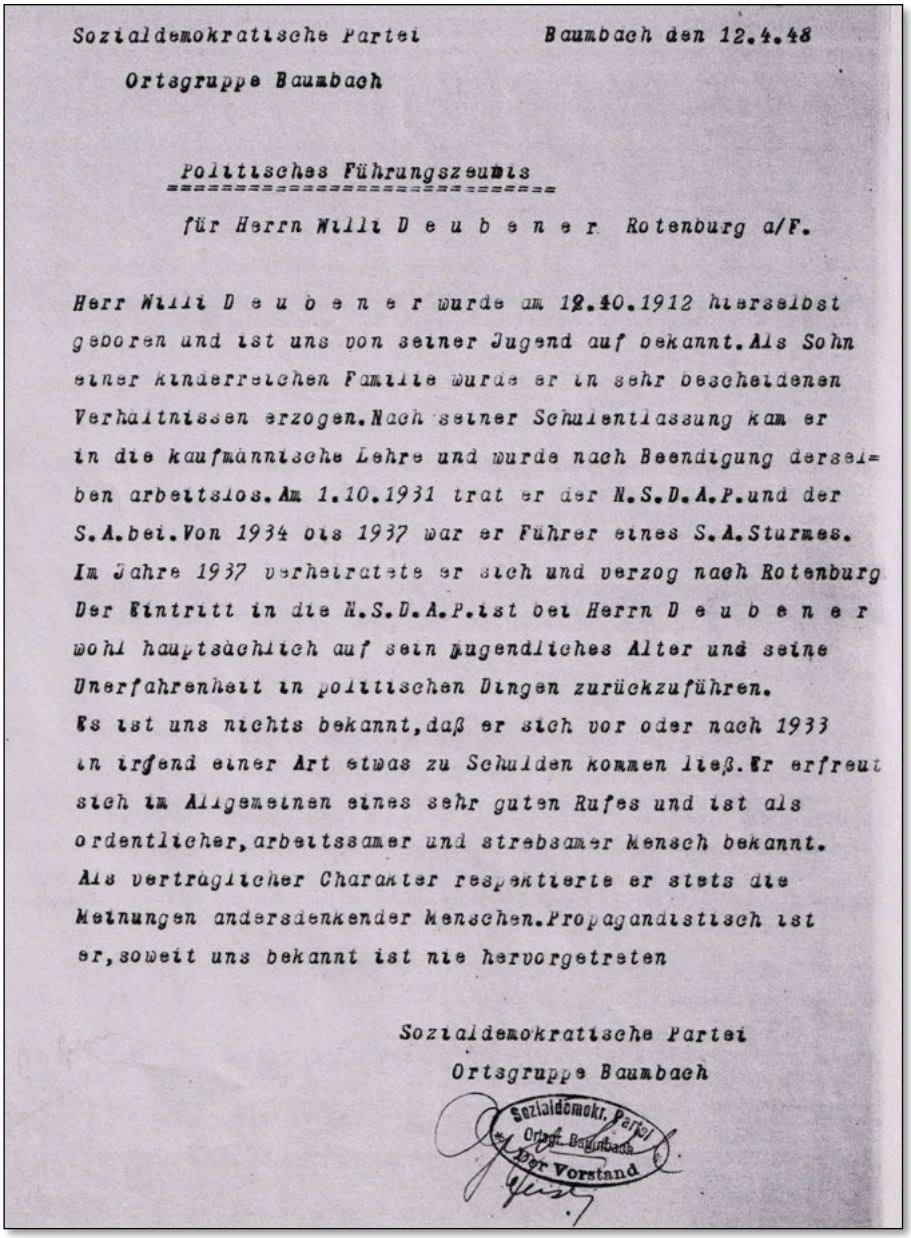
Rotenburg (Fulda), den 5.8.47.
Brückengasse 12. Fernruf 301

Betr.:
Akt. Z.: Bestätigung.

Nach meinen Erkundigungen innerhalb der Bevölkerung Rotenburg, ist Herr Willi Deubener wohnhaft in Rotenburg, nie besonders hervorgetreten, und war ein ruhiger bescheidener Charakter, ist immer helfend und sozial eingestellt gewesen. Dieselbe Eigenschaft hat er auch nach seiner Entlassung aus Kriegsgefangenschaft bewiesen, besondres meiner Familie gegenüber. Obwohl selbst mit seiner Familie unter Wohnungsnot leidet, hat er meiner Familie ein Zimmer abgetereten, ein besonderer Beweis seiner sozialen Einstellung, auch heute helfend einzugreifen.

Hochachtungsvoll

*Auch die politischen Gruppierungen, die im Hitlerreich unter schwerer Verfolgung gelitten hatten, wollten nach dem Krieg bei der Erteilung von Entlastungszeugnissen nicht zurückstehen. So konnte sich Willi Deubener, der ehemals mehrere Jahre als SA-Sturmführer aktiv gewesen war, der Fürsprache der **Kreisleitung der Kommunistischen Partei** ebenso erfreuen wie der Unterstützung durch ein wohlwollendes „Politisches Führungszeugnis", das ihm die Ortsgruppe Baumbach der Sozialdemokratischen Partei ausstellte (s. unten).*



Sozialdemokratische Partei Baumbach den 12.4.48
Ortsgruppe Baumbach

Politisches Führungszeugnis

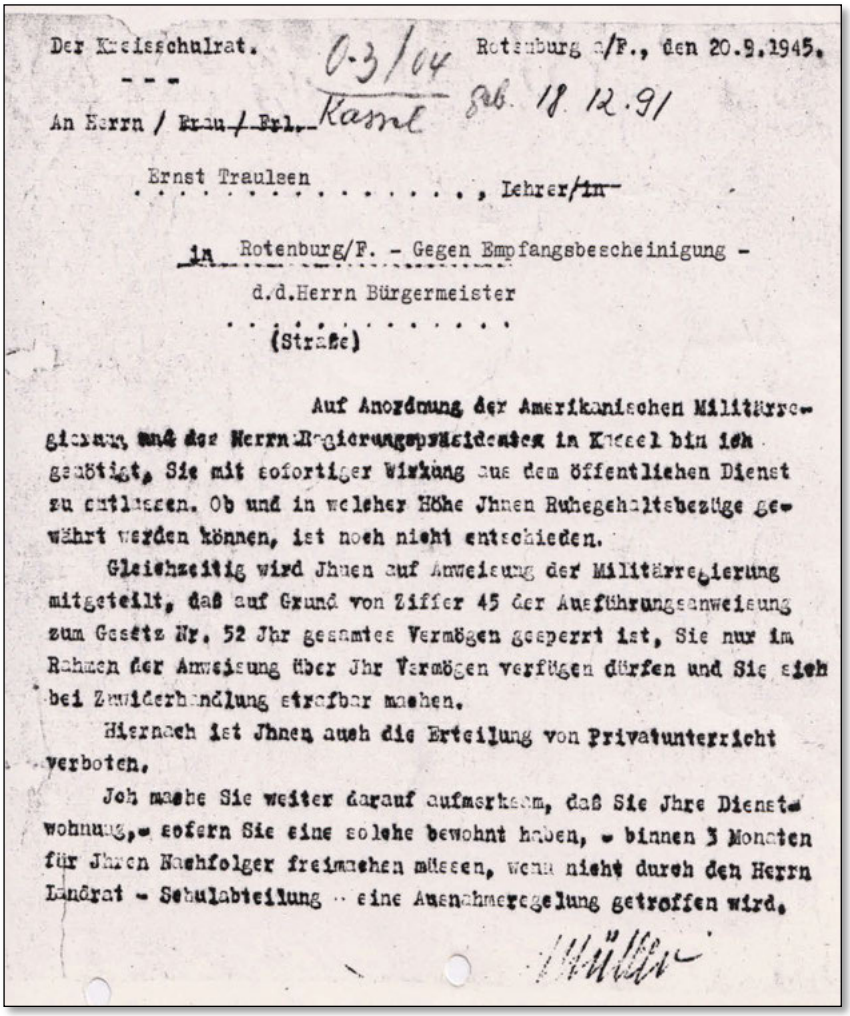
für Herrn Willi D e u b e n e r Rotenburg a/F.

Herr Willi D e u b e n e r wurde am 12.10.1912 hierselbst geboren und ist uns von seiner Jugend auf bekannt. Als Sohn einer kinderreichen Familie wurde er in sehr bescheidenen Verhältnissen erzogen. Nach seiner Schulentlassung kam er in die kaufmännische Lehre und wurde nach Beendigung derselben arbeitslos. Am 1.10.1931 trat er der N.S.D.A.P. und der S.A. bei. Von 1934 bis 1937 war er Führer eines S.A. Sturmes. Im Jahre 1937 verheiratete er sich und verzog nach Rotenburg Der Eintritt in die N.S.D.A.P. ist bei Herrn D e u b e n e r wohl hauptsächlich auf sein jugendliches Alter und seine Unerfahrenheit in politischen Dingen zurückzuführen.
Es ist uns nichts bekannt, daß er sich vor oder nach 1933 in irgend einer Art etwas zu Schulden kommen ließ. Er erfreut sich im Allgemeinen eines sehr guten Rufes und ist als ordentlicher, arbeitssamer und strebsamer Mensch bekannt. Als verträglicher Charakter respektierte er stets die Meinungen andersdenkender Menschen. Propagandistisch ist er, soweit uns bekannt ist nie hervorgetreten

Sozialdemokratische Partei
Ortsgruppe Baumbach

Sozialdemokr. Partei Ortsgr. Baumbach
Der Vorstand

Politisches Führungszeugnis der SPD Baumbach für Willi Deubener:
War es in dem Leumundszeugnis der KPD seine soziale Einstellung, die Willi Deubener gegenüber Mitbürgern gezeigt habe, so hielten ihm die Baumbacher Sozialdemokraten seine „Unerfahrenheit in politischen Dingen" zugute.
In seiner Spruchkammerakte wird Willi Deubener als einer der drei SA-Leute genannt, die im November 1938 aus Rotenburg nach Baumbach gekommen waren, um dort in mehreren Häusern Verwüstungen anzurichten.
Die gleiche Beschuldigung wurde gegen ihn in Bezug auf Rotenburg erhoben, wo er seit 1937 wohnte.
Laut Bericht des Gendarmeriemeisters Menges hatte Willi Deubener als SA-Sturmführer im Juni 1933 eine Hitlerjugendgruppe beim Umwerfen freistehender Aborte unterstützt.



Der Kreisschulrat. 0-3/04 Rotenburg a/F., den 20.9.1945.

An Herrn / ~~Frau / Frl.~~ Kassel geb. 18.12.91

Ernst Traulsen, Lehrer/~~in~~

in Rotenburg/F. - Gegen Empfangsbescheinigung -

d.d.Herrn Bürgermeister

(Straße)

Auf Anordnung der Amerikanischen Militärregierung und des Herrn Regierungspräsidenten in Kassel bin ich genötigt, Sie mit sofortiger Wirkung aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Ob und in welcher Höhe Ihnen Ruhegehaltsbezüge gewährt werden können, ist noch nicht entschieden.

Gleichzeitig wird Ihnen auf Anweisung der Militärregierung mitgeteilt, daß auf Grund von Ziffer 45 der Ausführungsanweisung zum Gesetz Nr. 52 Ihr gesamtes Vermögen gesperrt ist, Sie nur im Rahmen der Anweisung über Ihr Vermögen verfügen dürfen und Sie sich bei Zuwiderhandlung strafbar machen.

Hiernach ist Ihnen auch die Erteilung von Privatunterricht verboten.

Ich mache Sie weiter darauf aufmerksam, daß Sie Ihre Dienstwohnung, sofern Sie eine solche bewohnt haben, - binnen 3 Monaten für Ihren Nachfolger freimachen müssen, wenn nicht durch den Herrn Landrat - Schulabteilung - eine Ausnahmeregelung getroffen wird.

Müller

Am 20. September 1945 erhielt der Rotenburger **Lehrer Ernst Traulsen** (geb. 18.12.1891) von Schulrat Müller die folgende Mitteilung (s Dokument links):

„Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung und des Herrn Regierungspräsidenten in Kassel bin ich genötigt, Sie mit sofortiger Wirkung aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Ob und in welcher Höhe Ihnen Ruhegehaltsbezüge gewährt werden können, ist noch nicht entschieden.

Gleichzeitig wird Ihnen auf Anweisung der Militärregierung mitgeteilt, daß auf Grund von Ziffer 45 der Ausführungsanweisung zum Gesetz Nr. 52 Ihr gesamtes Vermögen gesperrt ist, Sie nur im Rahmen der Anweisung über Ihr Vermögen verfügen dürfen und Sie sich bei Zuwiderhandlung strafbar machen. Hiernach ist Ihnen auch die Erteilung von Privatunterricht verboten.

Ich mache Sie weiter darauf aufmerksam, daß Sie Ihre Dienstwohnung, sofern Sie eine solche bewohnt haben, binnen 3 Monaten für Ihren Nachfolger freimachen müssen, wenn nicht durch den Herrn Landrat – Schulabteilung – eine Ausnahmeregelung getroffen wird.“ gez. Müller

Lehrer Ernst Traulsen war im Juli 1933 der SA beigetreten, 1939 brachte er es zu deren Scharführer, 1943 sogar zum Truppführer. NSDAP-Mitglied wurde er am 1. Mai 1937. Die Rotenburger Spruchkammer stufte ihn am 16. August 1946 in die Gruppe 3 (Minderbelastete) ein, was für ihn ein Berufsverbot als Lehrer bedeutete. Als Entlastung angerechnet wurde ihm von der Kammer sein Wirken ab 1928 als Mitglied der SPD *„für das Gemeinwohl als Stadtverordneter und selbst Beigeordneter der Stadt Rotenburg.“*

Die Ortsgruppe Rotenburg der SPD bescheinigte Traulsen im November 1945, dass er sich trotz *„der Stimmung, die hier in Rotenburg in den Jahren vor 1933 herrschte, … als einziger Angehöriger der Geistesschaffenden trotzdem zu uns bekannt hat. … Unvergessen sind uns seine mutigen Diskussionsreden, die er in nationalsozialistischen Versammlungen gehalten hat. … Wenn sich Herr Traulsen trotzdem im Jahre 1933 zur SA bekannte, so ist das wahrscheinlich seinen familiären Verhältnissen zuzuschreiben.“*

Im Revisionsverfahren der Spruchkammer wurde Traulsen am 27. August 1947 in die Gruppe 4 (Mitläufer) eingestuft.

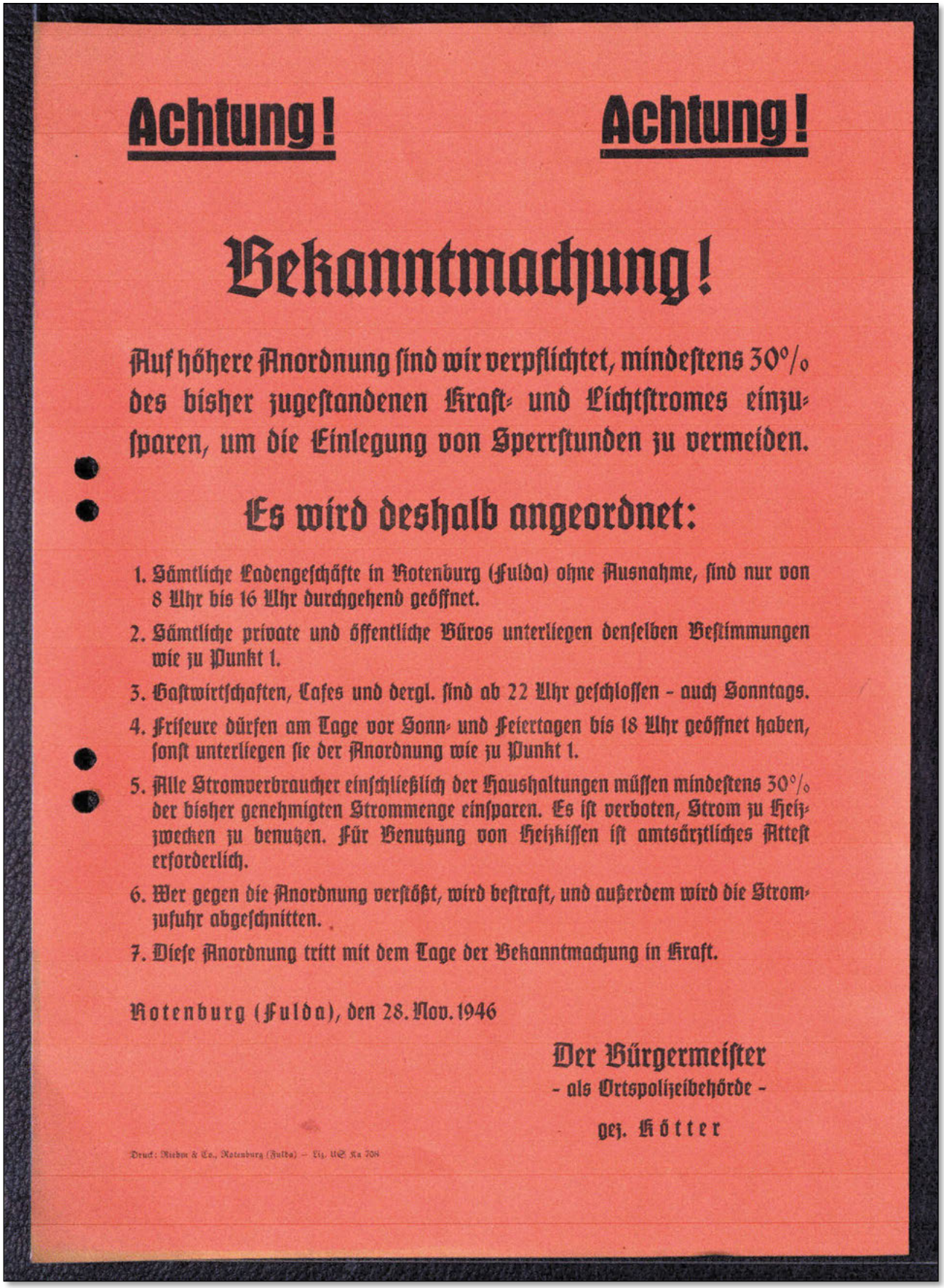
In den *Hessischen Nachrichten/Fulda-Bote* war zu seiner Einstufung in die Gruppe 3 der Minderbelasteten u. a. zu lesen:

*„**Lehrer Traulsen** ist überall als charakterlich einwandfreier, hilfsbereiter Mann bekannt, der auch als Stadtverordneter der SPD vor 1933 seine ganze Kraft in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt hat. ... Es ist ein typischer Fall dafür, daß ein gutmütiger Mensch dem politischen Druck nachgegeben hat und dadurch in eine politische Schuld verstrickt wurde. Aber nur durch den Umstand, daß so viele Deutsche an dieser politischen Rückgraterweichung gelitten haben, konnten die Nazis ihre brutale Macht aufbauen.“*

Die Spruchkammer erkannte sowohl die charakterlich fehlerlose Haltung wie auch gleichzeitig die politische Schuld des Betroffenen an.

Es wird ihm untersagt, ein selbständiges Unternehmen zu führen, oder als Lehrer, Redakteur usw. tätig zu sein. … Für die Dauer eines Jahres sind von seinem Einkommen monatlich 10 Prozent als Buße an den Wiedergutmachungsfond abzuliefern, dazu eine Garnitur Bettwäsche, ein Hemd, eine Unterhose und ein Paar Strümpfe.“

*Die im August 1946 von **Lehrer Traulsen** als Bestrafung u. a. abzuliefernden Bekleidungsstücke (je ein Hemd, eine Unterhose und ein Paar Strümpfe) geben eine Vorstellung von den damaligen Umständen des täglichen Lebens. (s. dazu auch das Dokument auf der nächsten Seite aus dem Stadtarchiv Rotenburg)*



Achtung! **Achtung!**

Bekanntmachung!

Auf höhere Anordnung sind wir verpflichtet, mindestens 30% des bisher zugestandenen Kraft- und Lichtstromes einzusparen, um die Einlegung von Sperrstunden zu vermeiden.

Es wird deshalb angeordnet:

1. Sämtliche Ladengeschäfte in Rotenburg (Fulda) ohne Ausnahme, sind nur von 8 Uhr bis 16 Uhr durchgehend geöffnet.
2. Sämtliche private und öffentliche Büros unterliegen denselben Bestimmungen wie zu Punkt 1.
3. Gastwirtschaften, Cafes und dergl. sind ab 22 Uhr geschlossen - auch Sonntags.
4. Friseure dürfen am Tage vor Sonn- und Feiertagen bis 18 Uhr geöffnet haben, sonst unterliegen sie der Anordnung wie zu Punkt 1.
5. Alle Stromverbraucher einschließlich der Haushaltungen müssen mindestens 30% der bisher genehmigten Strommenge einsparen. Es ist verboten, Strom zu Heizzwecken zu benutzen. Für Benutzung von Heizkissen ist amtsärztliches Attest erforderlich.
6. Wer gegen die Anordnung verstößt, wird bestraft, und außerdem wird die Stromzufuhr abgeschnitten.
7. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Rotenburg (Fulda), den 28. Nov. 1946

Der Bürgermeister
- als Ortspolizeibehörde -
gez. Kötter

Druck: Riehm & Co., Rotenburg (Fulda) – Lz. US Ka 708

*Die **Bekanntmachung vom 28. November 1946**, zu der sich Rotenburgs Bürgermeister Kötter in seiner Funktion als Ortspolizeibehörde genötigt sah, vermittelt eine anschauliche Vorstellung von den Lebensumständen in den ersten Nachkriegsjahren. Vielleicht hilft ein solches Dokument bei der Erklärung für das damals mangelnde Interesse an der Auseinandersetzung mit den Geschehnissen der vorangegangenen Jahre: s. dazu das Betreffende zu Lehrer Traulsen auf der vorigen Seite. (Stadtarchiv Rotenburg)*

H. 7 Landgerichtsprozesse 1946 bis 1948

Bereits im September 1945 war es in Hessen zur Strafverfolgung vor „ordentlichen“ Gerichten gekommen, nachdem die US-Militärregierung einigen hessischen Gerichten die Erlaubnis zur Wiedereröffnung erteilt hatte, wodurch Hessen zum Vorreiter bei der Ahndung der Novemberpogrome wurde. Aufschlussreich und hilfreich für das Verständnis der Lebensrealität in den zurückliegenden Jahren ist das vom Amtsgericht Limburg am 12. September 1945 verkündete Urteil gegen sechs Personen: *„Es mag auch sein, daß sie, wie die meisten Deutschen, unter dem Einfluß einer jahrelangen Propaganda an moralischer Urteilsfähigkeit abgebüßt hatten, so daß ihr Blick für die Verwerflichkeit des Vorgangs getrübt war.“* (Raim 2008: 146)

Bebra und Rotenburg gehörten zu den wenigen nordhessischen Orten, in denen es über die Spruchkammerverfahren hinaus auch vor „ordentlichen“ Gerichten zur justiziellen Verfolgung von Vergehen während der NS-Zeit kam. Vor dem Kasseler Landgericht fanden in dem Zeitraum August 1946 bis März 1948 insgesamt fünf Landgerichts-Verfahren statt, außer Bebra mit acht und Rotenburg mit fünf Beschuldigten betraf dies Ober- und Niederkaufungen mit elf, Helsa mit sieben und Wolfsanger mit zwei Beschuldigten. Im Februar 1950 kam es vor dem Kasseler Landgericht dann noch zur Klageerhebung gegen den ehemaligen Bürgermeister Theobald Fenner und fünf weitere Personen aus Spangenberg wegen einer Gewaltaktion gegen die dortigen Juden im September 1935. Aber nur betreffend Bebra und Rotenburg ging es bei den Verhandlungen vor dem Kasseler Landgericht um Vergehen im November 1938.

Diese Verfahren wurden auf der Grundlage deutschen Strafrechts durchgeführt, das durch den Alliierten Kontrollrat von NS-Einflüssen gereinigt worden war. (Maier 2009: 23)

Wie aus einem Schreiben des Rotenburger Amtsgerichts an den Oberstaatsanwalt in Kassel vom 28. Mai 1946 hervorgeht, sollten nach der Verurteilung des bisher vernommenen Teils der Täter *„in einem bald zu verhandelnden Verfahren … weiter zu ermittelnde Täter später zur Verhandlung gebracht werden.“*

Obwohl in der Mitteilung vom 28. Mai 1945 schon eine Reihe von Namen für weitere Anklagen genannt wurden, ist es nicht zu weiteren Strafprozessen gekommen. In gewisser Weise ist der Grund für ausbleibende weitere Verfahren in dem genannten Schreiben bereits genannt: *„Die Ermittlungen leiden darunter, darunter dass die Zeugen, die belastend aussagen könnten, aus einer gewissen Befürchtung von Nachteilen sich nicht melden. Entsprechende Aufforderungen durch die Gendarmerie haben nur wenig Erfolg gehabt.“* Ebenso wie dies für die Gesamtzahl der Fälle auf Landesebene gilt, wurden auch die meisten der Bebraer und Rotenburger Angeklagten freigesprochen.

Trotz nachsichtiger Urteile, bei denen sich das Gericht meist nur für den untersten Rand des Strafmaßes entschieden hatte, gingen die Straftäter in die nächste Instanz, aus der sie dann mit absoluten Bagatellstrafen herauskamen.

Trotz dieser eingeschränkten Bedeutung gibt der Aktenbestand zu diesen Strafverfahren eine Vorstellung von der Dimension der Übergriffe und Ausschreitungen in jenen Tagen und Nächten im November 1938.

Wie in anderen vergleichbaren Prozessen wurde von den hiesigen Akteuren zwar nicht das Geschehen an sich bestritten, allerdings die eigene Beteiligung daran.

Regina Maier (2009: 143) kommt zu dem Ergebnis, dass in keinem einzigen der von ihr untersuchten Fälle ein Angeklagter seine Tat in vollem Umfang einräumte. Immerhin jedoch gab Horst Mainz, der als Rotenburger Hauptverantwortlicher gesehen wurde, seine Leitungsfunktion bei der Rotenburger SA auf und zog sich aus den Aktivitäten zurück, für die er nach Einberufung zur Wehrmacht auch nicht mehr zur Verfügung gestanden hätte.

Während sich die Wiedergutmachungsprozesse über Jahre hinzogen, erfolgte die juristische Verfolgung der Novemberpogrome in Bebra und Rotenburg bereits wenige Monate nach Kriegsende. Und zwar auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 vom 20. Dezember 1945. Dieses Gesetz, im Deutschen zumeist abgekürzt als KRG 10, sollte eine stärkere Beteiligung deutscher Justizbehörden an der juristischen Aufarbeitung von NS-Unrecht ermöglichen.

Bei der strafrechtlichen Ahndung von NS-Verbrechen durch die deutsche Justiz ist nicht versucht worden, ein Sonderrecht zu schaffen. Die Verfolgung von NS-Straftätern durch neugeschaffene und damit rückwirkende Sondernormen hätte als Sonderjustiz bzw. polemisch als Siegerjustiz aufgefasst werden können, was es zu vermeiden galt.
Der Unterschied von Anschuldigungen zwischen Spruchkammer- und Gerichtsverfahren bestand darin, dass bei letzteren die strafrechtliche und nicht die politische Schuld der Delinquenten bemessen werden sollte, also an die Erinnerungen der Zeugen ganz andere Maßstäbe anzulegen waren.
Zwar standen die deutschen Gerichte allgemein und insbesondere die Verfahren gegen NS-Verbrechen bis zum März 1946 unter der Oberaufsicht der Militärregierung; und auch danach hatte diese noch Möglichkeiten zum Einspruch. Jedoch war die Militärregierung aufgrund ihrer begrenzten personellen Kapazitäten zu einer umfassenden Kontrolle nicht in der Lage und in der Phase des beginnenden Kalten Krieges und der gewünschten Stellung der Westdeutschen im Kampf gegen den Kommunismus auch nicht willens. *„Die Umorientierung der amerikanischen Politik in einer gewandelten weltpolitischen Situation brachte das Entnazifizierungsprogramm endgültig zu Fall."* (Dotterweich 1979: 148)
Regina Maier (2009: 334) hat 78 Strafverfahren wegen NS-Straftaten untersucht, mit denen die Landgerichte Marburg und Kassel in der Zeit von 1945 bis 1955 befasst wurden. Maier sieht in ihrer Studie bestätigt, dass es der deutschen Justiz in diesen ersten Prozessen nicht gelungen ist, *„der Bevölkerung ein Gefühl persönlicher Verantwortung zu vermitteln, da diese sich nicht als Teil des NS-Systems erkannte."*
Und dies vor dem Hintergrund, dass die nationalsozialistische Durchdringung der deutschen Gesellschaft nicht bloß rein äußerlich geblieben war und nicht ausschließlich auf Manipulation und Terror beruht hatte. Zumindest zeitweise konnte sich das Regime auf ein hohes Maß sozialer Akzeptanz stützen, die erst seit der Kriegswende 1942 zu schwinden begann. *„Und nicht wenige derjenigen, die sich nach dem Sturz des Regimes 1945 als Gegner des NS verstanden oder ausgaben, hatten zu dieser Haltung erst (wieder) gefunden, als der Stern des Dritten Reiches bereits zu sinken begonnen hatte."* (Rauh-Kühne 1995: 41; so auch Kershaw 1987)

Landgerichtsprozess gegen acht Bebraner

Unter dem Aktenzeichen 3 KLs 16/46 wurden von der Staatsanwaltschaft Kassel gegen

Schuhmachermeister Georg Eisel, Jg. 1889 (Bismarckstr. 9), und Andere in Bebra Ermittlungen angestellt „wegen Judenverfolgung und Verbrechens gegen § 125 StGB".

Diese Ermittlungen führten am 28. August 1946 zur Anklage von acht Personen; außer dem Genannten, Schuhmachermeister Georg Eisel, waren dies

- **Schuhmachermeister Wilhelm Erbe**, Jg. 1904 (Nürnbergerstr. 55),
- **Schlosser Otto Rehs**, Jg. 1902 (Blücherstr. 12),
- **Reichsbahnschaffner Johannes Luckhardt**, Jg. 1885 (Südstr. 17),
- **Gastwirt Walter Rebentisch**, Jg. 1908 (Bahnhofstr. 10),
- **Lokführer Georg Deubner**, Jg. 1909 (Nordstr. 9),
- **Kaufmann Friedrich Schuhmann**, Jg. 1908 (Nürnbergerstr. 48) und
- **Reichsbahninspektor Andreas Krapf**, Jg. 1899 (Fuldastr. 9).

Die Verhandlungen fanden vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Kassel statt: mit Landgerichtsrat Dr. Niemann als Vorsitzendem und den Beauftragten Richtern Matschinski und Ketelheun als Beisitzer. Die Staatsanwaltschaft wurde durch Staatsanwalt Kessler vertreten.
Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass die deutsche Nachkriegsjustiz bei der Bearbeitung der Pogromverbrechen den Eindruck von „Schauprozessen" vermeiden wollte.

Letztlich handelte es ich in Bebra – ebenso wie in Rotenburg – nur um einen Teil der an den Ausschreitungen Beteiligten, die sich vor Gericht zu verantworten hatten.
Betreffend Bebra wie auch über ein Jahr später Rotenburg wurden mehrere Personen vor Gericht gestellt, die im Verdacht standen, *„an einem bestimmten Ort gemeinsam mit anderen an Gewalttätigkeiten beteiligt"* gewesen zu sein, wie dies als kennzeichnend für das Vergehen eines Landfriedensbruchs verstanden wurde und wird.



Strafe für Judenmißhandlungen

(.) In Rotenburg verhandelte das Landgericht Kassel gegen acht Personen aus Bebra, die unter der Anklage des Landfriedensbruches und des schweren Hausfriedensbruches standen. Es wurde ihnen vorgeworfen, an „spontan" durchgeführten Judenaktionen im November 1938 teilgenommen zu haben. Diese auf Befehl der NSDAP veranstalteten „Aktionen", die wegen der vielen zertrümmerten Schaufensterscheiben mit „Reichskristallwoche" bezeichnet wurden, haben auch in Bebra die bekannten Ausschreitungen gezeigt. Wohnungen und Geschäftsräume von Juden waren schwer heimgesucht, Hausrat und sonstige Einrichtungsgegenstände vernichtet oder verschleppt worden. Ein Teil der Möbel — damals gab es ja noch genug — hatte man auf einem öffentlichen Platz sogar verbrannt. Auch war es zu Mißhandlungen und Verhaftungen jüdischer Einwohner gekommen.

Wie der Richter bekannt gab, handele es sich bei dem Verfahren nicht darum, Menschen wegen ihrer politischen Einstellung zu verurteilen; vielmehr sollten Gesetzesübertreter nach genauer Prüfung gerecht bestraft werden.

Einige Angeklagte konnten die erhobenen Vorwürfe zum Teil entkräften. Den Angeklagten Schuhmachermeister Erbe und Gastwirt Rebentisch konnte eine Teilnahme nicht nachgewiesen werden; sie wurden freigesprochen. Die Angeklagten Kaufmann Schuhmann und Lokomotivführer Deubner wurden gleichfalls freigesprochen. Schuhmachermeister Eisel und Reichsbahninspektor Kraft erhielten je drei Monate Gefängnis wegen Amtsanmaßung. Schlosser Rehs erhielt 14 Monate Gefängnis wegen der ihm nachgewiesenen Beteiligung und der ehemalige Reichsbahnzugführer Leuckhardt, der sich nicht nur aktiv beteiligt hatte, sondern gewalttätig geworden war, ein Jahr Gefängnis.

Hessische Nachrichten/ ***FULDA-BOTE v. 21.12.1946*** *: Strafe für Judenmißhandlungen*

Kropat (1997: 69) weist auf das Dilemma hin, mit dem sich die Gerichte konfrontiert sahen, indem sie über Straftaten Urteile fällen sollten, die von Vertretern der Staatsmacht bzw. der Staatspartei befohlen oder zumindest begünstigt worden waren. *„Da das herkömmliche Recht keine Strafbestimmung gegen einen von der Staatsführung befohlenen Terror kannte, der Gesetzgeber mit Rücksicht auf den Grundsatz nulla poena sine lege aber auch keine neue Strafbestimmung nachträglich schaffen wollte, griffen die Gerichte in der amerikanischen Besatzungszone auf den Straftatbestand des Landfriedensbruchs nach § 125 StGB zurück."*

Friedrich Hoffmann (2001:188), bis 1995 als Generalstaatsanwalt tätig, macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich den Gerichten stellten, wenn sie Urteile wegen Landfriedensbruch zu fällen hatten. *„Dies war dann problematisch, wenn ausschließlich ein Trupp von SA-Leuten in ein Haus eingedrungen war. Landfriedensbruch liegt nach § 125 StGB (alte Fassung) nur dann vor, wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet."*
Mangels verlässlicher Zeugenaussagen war es jedoch schwierig, die vom Gesetz geforderte Konstellation im Verfahren gegen die Bebraer ebenso wie gegen die Rotenburger Angeklagten nachzuweisen, sodass zahlreiche Freisprüche bzw. sehr milde Urteile erfolgten. Die Zerstörung von Wohnungen und Geschäften konnte nämlich nur dann verfolgt werden, wenn die Tat rechtlich auch als Landfriedensbruch anzusehen war. Und wie bereits ausgeführt, Landfriedensbruch liegt nur dann vor, *„wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet".* Den Angeklagten konnte aber durchgehend nicht nachgewiesen werden, dass ihr befohlenes Eindringen in Häuser und Wohnungen jeweils von einer größeren Gruppe begleitet wurde.
Selbst bei eindeutig nachweisbaren antisemitisch motivierten Straftaten blieb die bei den Nürnberger Prozessen angewandte Rechtskonstruktion „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" außen vor, weil man das im deutschen Strafrecht traditionell geltende Rückwirkungsgebot nicht missachten wollte. Das Verfahren gegen Lehrer Keim, wie noch gezeigt werden soll, illustriert im Besonderen das Dilemma, in dem die Strafverfolgung steckte, den Tatbestand des Landfriedensbruchs zweifelsfrei nachzuweisen.

Dass es nicht zu wesentlich mehr Verfahren kommen konnte, lag auch daran, dass manche Beschuldigte des Pogroms verstorben oder im Krieg zu Tode gekommenen waren, sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden oder untergetaucht waren, wie Letzteres für den NS-Kreisleiter Erich Braun galt, der zwölf Jahre lang großen Einfluss auf die Geschicke der Menschen im Landkreis Rotenburg gehabt hatte.
Dies hier zu erwähnen, scheint mir deshalb bedeutsam, weil die insgesamt geringe Zahl der Prozesse, einschließlich der zahlreichen Freisprüche, mit dazu beigetragen hat, die Annahme im Nachkriegsdeutschland zu bestärken, dass auch nur ein sehr geringer Teil der deutschen Gesellschaft tatsächlich für die Pogrome im November 1938 verantwortlich gewesen sei.
Das Hauptproblem bei den Strafprozessen gegen die Aktivisten im November 1938 war aber, dass viele Betroffene der Novemberpogrome als Zeugen nicht mehr zur Verfügung standen, weil sie nach Deportation in die Ghettos und Vernichtungslager ermordet worden waren.

Am 17. Dezember 1946 kam es zur Verkündigung des Urteils gegen die acht Bebraer Angeklagten. Von den an den Straftaten in unterschiedlichem Maße Beteiligten wurden freigesprochen

- **Wilhelm Erbe**,
- **Walter Rebentisch**,
- **Georg Deubner** und
- **Friedrich Schuhmann**.
- **Otto Rehs** wurde wegen schweren Landfriedensbruchs und Amtsanmaßung zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt (bei Anerkennung der Untersuchungshaft),
- **Johannes Luckhardt** wurde wegen Landfriedensbruchs mit einem Jahr Gefängnis bestraft (bei Anerkennung von vier Monaten Untersuchungshaft),
- **Georg Eisel** und **Andreas Krapf** wurden wegen Amtsanmaßung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die für Georg Eisel durch die Untersuchungshaft als verbüßt galt.

Die von Rehs, Luckhardt, Eisel und Krapf beantragte Revision wurde am 12. Juni 1947 vom Kasseler Oberlandesgericht als unbegründet zurückgewiesen, jedoch wurden die jeweils viermonatigen Reststrafen von Rehs und Luckhardt auf Bewährung ausgesetzt, ebenso die dreimonatige Haftstrafe für Krapf. (HStAM, 274 Kassel, Acc. 1983/86, Nr. 73

Unter der Überschrift „Gründe“ hält das Gericht fest: *„In der Nacht vom 7./8. und in der Nacht vom 9./10. November 1938 haben in Bebra Judenverfolgungen stattgefunden. Während in der ersten Nacht unkontrollierbare Mengen durch die Straßen zogen und lärmend vor den ihnen bekannten Judenwohnungen sich zusammenfanden, war es in der zweiten Nacht in erster Linie ein systematisches Durchsuchen der Wohnung jüdischer Bürger, wozu seitens der damaligen örtlichen Parteileitung die SA -Männer herangezogen worden waren. Bei der Parteiversammlung, die am Abend des 7. November im Hessischen Hof stattfand, hatte der stellvertretende Kreisleiter die Judenaktion angekündigt und zur Vergeltung aufgefordert. Um dieser sogenannten Vergeltungsaktion die gewünschte Richtung und das erstrebte Ausmaß zu geben, hatte die Parteileitung auswärtige Einsatztrupps herangezogen, die die Bebraer Bürger aufpeitschen sollten. So hatte der vernommene Schuhmachermeister Heerdt, der seinerzeit nach Feierabend als Hilfspolizist Dienst machte, am Abend des 7. November bei seinem Rundgang ein von außerhalb Bebras stammendes Auto mit SS-Leuten festgestellt. Er, der an seiner Armbinde als diensttuender Hilfspolizist kenntlich war, wurde von den Insassen aufgefordert, „zu verschwinden“.*
Am 9. November, nachdem die Vergeltungsaktionen von Parteiseite abgeblasen waren, wurden die SA-Männer in Trupps zu 3 Mann eingeteilt und in die ihnen namentlich benannten Judenwohnungen vom Standartenführer geschickt, um dort nach Geschäftsbüchern und angeblichen Geheimakten zu suchen. An diesem Abend wurden auch jüdische Bürger aus ihren Wohnungen geholt und einem sogenannten parteiamtlichen Verhör unterzogen. Während dieses zweiten Teiles wurden auch die in der ersten Phase dieser Verfolgungsaktion bei den Juden beschädigten bzw. zerstörten Möbel und sonstigen Sachen aus den Wohnungen geholt und auf dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, jetzige Ochsenwiese, verbrannt. [Jetzt geltende Bezeichnung: Am Anger]

Im Folgenden wird dann in dem Urteil des Landgerichts vom 17. Dezember 1946 zunächst chronologisch Bezug auf die Beteiligung der Angeklagten

Rebentisch, Erbe, Deubner, Schuhmann, Rehs und Luckhardt an dem Pogromgeschehen eingegangen. Erbes Rolle wird dabei als die eines abendlichen Spaziergängers gekennzeichnet, der neugierig wurde, *„als er nach 11 Uhr abends bei der Wohnung Katzenstein einen Schrei hörte“.* Weiter kommt das Gericht zu dem Ermittlungsergebnis*: „Gleichzeitig mit dem Angeklagten waren noch andere Neugierige in die Wohnung Katzenstein gegangen, um durch die offenstehenden Türen in die Zimmer zu gucken. Vom Treppenhaus aus hatte dann der Angeklagte die Familie Katzenstein (Amalienstraße) in deren Schlafzimmer, das auf ihn einen ordentlichen Eindruck machte, für einen Augenblick beobachtet. Der Angeklagte entfernte sich dann und war durch die Straßen, die zu dieser Zeit wieder ruhig waren, nach Hause gegangen.“*

Der Freispruch für den Angeklagten Walter Rebentisch basierte auf einem Ermittlungsergebnis, demzufolge Rebentisch am 7. November 1938 gegen Mitternacht von Viehkäufen in der Gegend von Vacha nach Bebra zurückkam, und zwar zusammen mit dem als Zeugen vernommenen Versicherungsinspektor Hassenpflug in dessen Auto. *„In der Gegend des Frankfurter Hofes konnten sie infolge eines Menschenauflaufes nicht weiterfahren. Der Angeklagte verließ daraufhin den Wagen für ungefähr 10 Minuten und entfernte sich in Fahrtrichtung, um nachzusehen, was sich ereignete. Als er zu dem Zeugen Hassenpflug zurückkam, äußerte er, er wolle damit nichts zu tun haben. Beide sind dann in die Wohnung des Angeklagten gefahren, wo sie die Versicherungsverhältnisse besprachen. Nachdem der Zeuge gegen 2 Uhr wieder nach Vacha abgefahren war, ging der Angeklagte, ohne seine Wohnung nochmals zu verlassen, zu Bett.“*

Das Gericht fand *„keine Anhaltspunkte dafür, dass der Angeklagte zu der öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge gehörte. Er befand sich, wie der Zeuge Gast bekundete, ungefähr 6 Meter abseits von den übrigen Leuten. Wenn auch die Grenze einer solchen Zusammenrottung flüssig ist, so kam bei dem Angeklagten hinzu, dass er höchstens 10 Minuten in der Nähe gewesen ist. Nicht jeder zufällige Passant ist Teilnehmer der Menschenmenge im Sinne des § 125 StGB. Dem Angeklagten ist auch das zum Begriff des Zusammenrottens gehörende rechtswidrige Bewusstsein nicht nachzuweisen. Er war daher freizusprechen.“*

Geradezu paradox mutet es an, Georg Deubner auf der Anklagebank zu finden. Ihm war es gelungen, komplett in die Rolle eines Judenretters zu schlüpfen*: „Bei der Menschenmenge, die in der Nacht vom 7. zum 8. November in die Wohnung des Juden Abraham eindrang, befand sich auch der Angeklagte Deubner. Während die übrigen die Einrichtung und sonstigen Gegenstände zerstörten bzw. die Juden misshandelten, versuchte der Angeklagte größeres Leid von den Juden abzuwenden. Die Eingedrungenen versuchten auf den am Boden liegenden Siegfried Abraham ein Regal zu stürzen, das an der Wand befestigt war. Hierbei hatte sich der Angeklagte vor den Juden gestellt und schützend seine Arme ausgebreitet.“*

Auch Fritz Schuhmann fand Gehör bei dem Gericht mit seiner Selbstcharakterisierung als Judenbeschützer. *„Er war am 9. November mit seiner Ehefrau zu der Parteiversammlung gegangen, auf der der Kreisleiter dazu aufforderte, Vergeltung zu üben und das jüdische Eigentum zu verbrennen. Auf dieser Versammlung war der Angeklagte dem Kreisleiter entgegengetreten, um die Verbrennung der Textilien zu verhindern. … Auf dem Nachhauseweg, der ihn durch die Südstraße* [jetzt Friedrichstraße, H.N.] *führte, hörte er, als er in die Marienstraße einbiegen wollte, aus dem Hause Baruch Emanuel eine erregte Auseinandersetzung. Als er in dieses Haus eintrat, sah er, wie ein anderer Bewohner des Hauses mit Namen Schmidt einen Dritten, der in Zivil war, daran hinderte, in die jüdische Wohnung einzudringen: Schmidt hatte die Wohnung des Juden Emanuel in polizeilichem Auftrag verschlossen. Der Angeklagte und der mit ihm gekommene Sandrock halfen dem Schmidt, den Zivilisten an seinem Vorhaben zu hindern. Auf seine Aufforderung hin hat sich dann auch der Zivilist entfernt, kurz nachdem der Angeklagte mit dem Sandrock fortgegangen war.“*

Die Begründung des Gerichts für die Gefängnisstrafe von einem Jahr für den Angeklagten Luckhardt konzentriert sich auf dessen Zugehörigkeit am 7. November 1938, zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter, zu der *„Menschenmenge, die vor die jüdischen Häuser zog“.* Das Gerichtsurteil bescheinigt den drei Luckhardts: *„Sie versuchten, Sachen der Familie Oppenheim [Nürnberger Straße 17] zu retten; indem sie die auf die Straße geworfenen Gegenstände wieder durch ein Fenster nach innen warfen*.“

Entscheidend für die Verhängung der einjährigen Gefängnisstrafe ist für das Gericht wohl die folgende Enthüllung gewesen: *„Während dieser Nacht sind die Luckhardts wiederholt in ihre Wohnung zurückgekehrt und haben im ganzen dreimal die bei ihnen wohnenden Eheleute Bube geweckt und diese aufgefordert, mit an der Judenaktion teilzunehmen. Bei dem letzten Mal, es begann schon hell zu werden, schilderte insbesondere der Angeklagte den Eheleuten Bube unter freudiger Erregung seine Wahrnehmungen in der letzten Nacht."*
Mit dieser Formulierung hob das Gericht offensichtlich auf Verhaltensweisen des Angeklagten und seiner Familie ab, die sich nicht auf einen Beobachterstatus bei den Zerstörungs- und Gewaltakten beschränkten.

Der Schlosser Otto Rehs [in den Gerichtsakten irrtümlich Ress geschrieben, H.N.] war mit seiner Gefängnisstrafe von 14 Monaten der am härtesten Bestrafte. Die Verurteilung gründete auf seine Beteiligung an den Ausschreitungen in der ersten Nacht (7./8. November 1938) wie auf sein Agieren in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938.
Am späten Abend des 7. November 1938, so seine Aussage, war er im *Hessischen Hof* der Aufforderung durch Kreisleiter Braun begegnet*, „an den Juden Vergeltung zu üben"*.
In der Urteilsbegründung heißt es dann weiter: *„Dieser Aufforderung entsprechend hatte sich der Angeklagte unter die Menschenmenge begeben, die am ersten Abend der Verfolgung in die Wohnung des Juden Katzenstein* [Amalienstraße 9, H.N.] *eindrang und von der die Verwüstung der Gegenstände und die Misshandlungen der Juden ausgingen. Ebenfalls gehörte der Angeklagte der Menge an, die im Hause Abraham war und dort die Juden, insbesondere den Siegfried Abraham, misshandelten.* [Siegfried Abraham und seine Frau Ida wohnten 1938 in der Nürnberger Straße 58, H.N.]

Im Urteil des Landgerichts heißt es dann weiter: *Hierbei wurde Siegfried Abraham gezwungen, die hebräischen Schriftzeichen auf einer Fahne, die diesem verkehrtherum vorgehalten wurde, zu übersetzen, obwohl der Jude infolge des schlechten Lichtes, und er als Brillenträger auch seine Brille nicht aufhatte, die Zeichen nicht erkennen konnte. In der Wohnung Schreiber, die sich über der Wohnung Abraham befand, suchte der Angeklagte weiter nach den übrigen jüdischen Familienmitgliedern. Hierbei hat er den Ehemann der Zeugin Schreiber ziemlich heftig zurückgestoßen und ist in diese Wohnung gegen den Willen und trotz der Versicherung der Wohnungsinhaber, im Innern seien keine Juden, eingedrungen. Bei dem Hause des Juden Levi [Nürnberger Str. 54, H.N.] hat der Angeklagte außerdem noch Fensterscheiben zertrümmert."*

Soweit die nachgewiesenen Vergehen von Rehs beim ersten „Termin". Beim zweiten Termin beschränkte sich der kriminelle Einsatz von Otto Rehs auf „auftragsgemäße" Aktensuche in Kleingruppen, gebildet aus SA-Männern. Er gehörte zu den 3er-Trupps, die bei Levi und bei Rothfels „nachforschen" sollten.
„Bei beiden Häusern haben die 3 SA-Männer die Türen unverschlossen vorgefunden." Diese gerichtliche Feststellung ist zugleich eine Bestätigung dafür, dass viele in Rotenburg und Bebra ansässige jüdische Familien nach den schon am 7. November einsetzenden massiven Ausschreitungen bereits im Verlauf des 8. November 1938 aus ihren Heimatstädten geflüchtet sind.
Ebenso wie Rehs waren auch die Angeklagten Eisel und Krapf mit jeweils zwei weiteren SA-Männern zu „Haussuchungen" eingeteilt worden. Die in der Hauptverhandlung von ihnen und einer Reihe von Zeugen gelieferten Schilderungen vom konkreten Verlauf ihres Eindringens in die Wohnungen jüdischer Familien zeichneten ein Bild ihres Agierens, das (angeblich) frei war von Gewaltanwendung, immerhin jedoch eine mehrstündige Freiheitsberaubung eines jüdischen Bebraer Bürgers bedeutet hatte.

„Auffallend", so heißt es in der zusammenfassenden Begründung der Urteile des Kasseler Landgerichts vom 17.12.1946, *„ist die Tatsache, dass die Zeugen zum großen Teil im Vorverfahren wesentlich bestimmtere Angaben gemacht haben, als sie es in der Hauptverhandlung getan haben. Dieses gilt vor allem für den Zeugen K., auf Grund dessen früherer Aussage dieses Verfahren einen solchen Umfang angenommen hat. Zum großen Teil mag diese Verschiebung in den Aussagen der Zeugen daran gelegen haben, dass sie nunmehr vor dem Gericht unter Eid aussagten und demzufolge ihre Erinnerung der acht Jahre zurückliegenden Ereignisse eine nicht so bestimmte war, wie es ihnen bei ihrer ersten Vernehmung schien."*

Landgerichtsverfahren gegen fünf Rotenburger

Die Klageerhebung gegen die Hauptbeteiligten an den Novemberpogromen in Rotenburg erfolgte am 2. Oktober 1947, also über 13 Monate nach Einleitung des Verfahrens gegen die Bebraer Beschuldigten.
Auch gegen die Rotenburger Angeklagten lautete die Hauptanklage auf Landfriedensbruch, dessen fünf Personen beschuldigt wurden:

- Landwirt und Fuhrunternehmer **Gustav Dörr**, Jg. 1906 (Richard-Wagner-Str. 4),
- kaufmännischer Angestellter **Horst Mainz**, Jg. 1910 (Steinweg 16),
- Lehrer **Karl Keim**, Jg. 1886 (Untertor 13),
- Schuhmachermeister **Oskar Heckeroth**, Jg. 1895 (Steinweg 3), und
- Kohlenhändler **Willi Gesemann**, Jg. 1892 (Zwickel 13).

Die Verhandlung gegen die fünf Rotenburger fand am 25. und 26. Mai 1948 vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Kassel statt:
mit Landgerichtsdirektor Scharnitzky als Vorsitzendem sowie Landgerichtsrat Simon und dem beauftragten Richter Uhse als Beisitzer.
Die Staatsanwaltschaft war durch Staatsanwalt Katschinski vertreten.

Am 26. Mai 1948 wurde für Recht erkannt:

- Die Angeklagten **Dörr**, **Keim** und **Gesemann** wurden freigesprochen,
- der Angeklagte **Mainz** wurde wegen schweren Landfriedensbruchs zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt,
- der Angeklagte **Heckeroth** erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Im Revisionsverfahren wurde Heckeroth am 3. März 1949 freigesprochen.

Das Urteil gegen Rädelsführer Horst Mainz wegen schweren Landfriedensbruchs wurde am 5. August 1949 von zwei Jahren Gefängnis auf sechs Monate reduziert, die vom 18. Juni bis 5. Dezember 1946 verbüßte Spruchkammerhaft wurde auf die Strafe angerechnet. Die so auf 17 Tage zusammengeschmolzene Haftstrafe wurde mit Urteil vom 10. September 1949 auf Bewährung ausgesetzt und dann am 31. Dezember 1949 aufgrund des Straffreiheitsgesetzes erlassen. (HStAM, 274 Kassel, Acc. 1983/86.)

Mit diesem Gesetz v. 31.12.1949 wurden alle im Dritten Reich begangenen „politischen“ Taten amnestiert, die mit geringen Strafen bedroht waren, nämlich Gefängnis bis zu sechs Monaten; ebenso galt die Amnestie für noch nicht verbüßte Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr.

Mit der Gründung der BRD waren die Rufe nach einer Amnestie immer lauter geworden, das Straffreiheitsgesetz vom 31.12.1949 trug diesen ersten Wünschen nach einem „Schlussstrich“ Rechnung.

Das Urteil des Landgerichts vom 26. Mai 1948 hatte Horst Mainz als SA-Obertruppführer ins Zentrum des strafrechtlichen Interesses gerückt. Die Position des SA-Sturmführers für die Stadt Rotenburg war offenbar im November 1938 nicht besetzt, sodass Mainz in jenen Tagen dessen Aufgaben wahrnahm. Warum der zuständige SA-Sturmbannführer Schellhase das Kommando nicht selbst übernahm, bleibt Spekulationen überlassen. Ob Schellhase zu diesem Termin erkrankt war oder sich außerhalb der Stadt aufhielt, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die Schwierigkeit im Umgang mit dem Urteil des Kasseler Landgerichts vom 26. Mai 1948 liegt vor allem in der inkorrekten Datumsangabe, wenn es heißt: *„So drang man auch in Rotenburg in der Nacht vom 8. zum 9. November in mehrere Häuser und Wohnungen von jüdischen Einwohnern ein.“*
Bei dieser Datumsangabe stützte sich das Gericht offenbar auf die Schilderungen der Angeklagten, die ein Jahrzehnt nach den Geschehnissen vom November 1938 entweder nicht mehr zur vollständig korrekten Datumsangabe in der Lage waren. Oder, was wohl wahrscheinlicher ist, ein Interesse daran hatten, die Vorreiterrolle, die ihre Stadt seinerzeit spielte, herabzustufen. Bei einem Blick in das Rotenburger Tageblatt, in dem bereits in der Ausgabe vom 8. November 1938 über die Abläufe in Rotenburg und Bebra berichtet wurde, hätte das Gericht die falsche Datumsangabe vermeiden können. Dazu sei angemerkt, dass in der Literatur über die Novemberpogrome sich auch für andere Orte Probleme bei der genauen Datumsnennung gezeigt haben.

Im Landgerichtsurteil betr. Rotenburg vom 26. Mai 1948 heißt es im Fall Horst Mainz: *„Der Angeklagte M(ainz) hat sich durch sein Verhalten eines schweren Landfriedensbruches schuldig gemacht."*
Anschließend wird eine grundsätzliche Erläuterung darüber gegeben, inwiefern der genannte Rechtsverstoß (Landfriedensbruch) zutreffend sei: *„Eine Menschenmenge bzw. unbestimmte Gruppen von Personen haben sich öffentlich zusammengerottet und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten begangen."*
Das Gericht kam zu dem Ermittlungsergebnis, aus Mainz' Verhalten sei *„ohne weiteres der Schluss zu ziehen, dass er seiner SA den Befehl erteilt hat, die Wohnungen der Juden zu zertrümmern, zum mindesten aber in dem Befehl zum Ausdruck gebracht hat, daß jeder freie Hand habe."* Damit, so das Gericht, *„ist der Angeklagte Rädelsführer … und muß gemäß § 125 StGB bestraft werden."*
Weiter heißt es in dem Urteil vom 26. Mai 1948: *„Für die Festsetzung der Gefängnisstrafe ist strafmildernd zu berücksichtigen, daß der Angeklagte im wesentlichen geständig ist und das Unrechte seiner Handlung einsieht. Weiter mußte berücksichtigt werden, daß ihm bereits von der Spruchkammer 3 Jahre Arbeitslager auferlegt worden sind, wobei diese Straftat ein Teil dazu beigetragen hat. Mit Rücksicht auf die Schwere der Tat mußte die Strafe aber auch empfindlich sein. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände ist eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren eine notwendige, aber auch ausreichende Sühne."*
Es soll hier darauf hingewiesen werden, dass Horst Mainz der einzige Angeklagte bei den Landgerichtsprozessen gegen die Bebraer und Rotenburger Pogromtäter war, dem von seinen Richtern bescheinigt wurde, dass er *„das Unrechte seiner Handlung einsieht".* Dies hatte Mainz bereits vor Jahresende 1938 durch Niederlegung seines SA-Führungsamtes zum Ausdruck gebracht, *„weil er erkannt hatte, dass das Verhalten der SA in jener Nacht moralisch nicht zu rechtfertigen"* war. Drei volle Jahre, vom 18. Juni 1946 bis zum 18. Juni 1949, musste Mainz im Arbeitslager Darmstadt verbringen. (HStAM, 274 Kassel, Acc. 1983/86)
Allen Angeklagten hielt das Kasseler Landgericht zugute, dass sie einer *„allgemeinen Verhetzung und Aufputschung gegen die Juden, die damals systematisch von oben betrieben wurde, ausgesetzt waren."*
Ähnliches wird auch von Urteilsbegründungen in anderen Orten berichtet. Die Tatsache, dass vor Gericht „Judenhass" zu den niedrigen Beweggründen" bei Mordvorwürfen zählte, führte nicht selten dazu, sich als „Philosemit" zu geben.

Straffreiheit für Haupttäter Gustav Dörr

Hinsichtlich des Ausmaßes der angewandten physischen Gewalt wurde Gustav Dörr als Haupttäter gekennzeichnet.
Das Gericht sah ihn aufgrund von Zeugenaussagen als überführt, in vier Häusern (Speier, Gans, Döllefeld und Sommer) in Rotenburg gewesen zu sein und dort *„Möbel und Geschirr zertrümmert und durch das Fenster auf die Straße geworfen"* zu haben.
Das Gericht sah es ebenso als erwiesen an, dass er *„mit einem Totenhemd bekleidet, das wahrscheinlich aus der Synagoge stammte, und mit einem Zylinder auf dem Kopf in einer Kutsche durch die Straßen von Rotenburg"* gefahren sei. *„Der Angeklagte Dörr gibt im wesentlichen seine Beteiligung an den Ausschreitungen zu. Er wendet jedoch ein, er sei betrunken gewesen, so daß er sich auf die näheren Einzelheiten nicht mehr besinnen könnte."*
Andererseits kommt das Gericht zu dem Ergebnis: *„Der Angeklagte ist zwar nicht als geistiger Urheber und Rädelsführer zu bezeichnen. Er hat sich aber erheblich an den Gewalttätigkeiten beteiligt und sich somit als Gewalttäter eines schweren Landfriedensbruches gemäß § 125 Abs. 2 StGB schuldig gemacht."*

Während bei SA-Führer Mainz die Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs mit seiner Rädelsführerschaft begründet wurde, war es bei Dörr der Umfang und die Schwere seiner Gewaltanwendung. Das Gericht musste dann jedoch feststellen:
„Eine Bestrafung des Angeklagten konnte jedoch nicht erfolgen, da dem Angeklagten der § 51 Abs. 1 StGB zugebilligt werden muß."
Zu dieser Entscheidung sah sich das Gericht gezwungen, weil beide Sachverständige in ihren Gutachten erklärt hatten, daß es sich bei dem Angeklagten Dörr um einen Psychopathen handele, der leicht beeinflussbar und völlig unselbständig sei und leicht als williges Werkzeug für alle strafbaren Handlungen zu missbrauchen sei. Bereits der Genuss einer verhältnismäßig geringen Menge Alkohol genüge, um eine freie Willensbestimmung völlig auszuschließen Deshalb, so das Gericht, sei ihm der § 51 StGB ohne weiteres zuzubilligen.

Besonderes Gewicht legt das Gericht auf den Alkoholeinfluss, unter dem Dörr seine Aktivitäten ausführte: *„Der Angeklagte Dörr stand zur Zeit der Begehung seiner Taten erheblich unter dem Einfluß des Alkohols. Er war bereits angetrunken, als er von Mainz aus dem Kurhaus abgeholt wurde. Er hat im Laufe der Nacht und am darauffolgenden Tage weiter getrunken. Wie die meisten Zeugen bekunden, machte er den Eindruck eines sehr angetrunkenen Menschen. Die Zeugen S., G. und R. haben ihn sogar aus einer Schnapsflasche auf der Straße trinken sehen. Das Gericht hat sich dem Gutachten der Sachverständigen angeschlossen und dem Angeklagten den § 51 Abs. 1 zugebilligt. Er ist daher freizusprechen."* Weiter heißt es:

„Die Unterbringung des Angeklagten in einer Heil- oder Pflegeanstalt ist nicht anzuordnen, da es die öffentliche Sicherheit nicht erfordert. Der Angeklagte ist an und für sich ein gutmütiger Mensch. Er ist zwar 3 mal wegen Beleidigung, Körperverletzung und Beamtennötigung in den Jahren 1938-1940 vorbestraft. Jedoch muß es sich hierbei um ganz geringfügige Taten gehandelt haben, wie aus den sehr niedrigen Geldstrafen zu schließen ist. Die ihm jetzt zur Last gelegte Tat ist einzigartig und auch nur durch die damaligen Zeitverhältnisse bedingt. Es ist anzunehmen, daß der Angeklagte in der Obhut seiner Familie nicht wieder straffällig werden wird. Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ist mithin nicht gegeben, so daß eine Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt nicht notwendig ist."

Maier (2009: 120) moniert in ihrer Untersuchung, dass allgemein in den ärztlichen Gutachten wenig Skepsis gegenüber den Einlassungen der Beschuldigten und ihrer Fürsprecher zum Ausdruck kommt. Weiter formuliert Maier ihr Erstaunen über die Begründung in den ärztlichen Diagnosen dafür, dass die Beschuldigten nicht in eine Anstalt eingewiesen werden sollen: einerseits würde man ihnen jede Schuldfähigkeit absprechen, andererseits jedoch unterstellen, *dass äußere „Umstände, unter denen die ‚abnormen' Persönlichkeiten der Angeklagten zutage getreten waren, nicht erneut eintreten würden*." Maier sieht bei den medizinischen Gutachtern eine Einschätzung des Nationalsozialismus *„als einmaliges und außergewöhnliches Ereignis, durch welches Personen mit einer bestimmten psychischen Auffälligkeit zu Straftaten verleitet wurden, die sie unter anderen Umständen niemals begangen hätten."*

Grundsätzlich lässt sich beobachten: Die Begründungen der Gerichte zeigten zunehmend Gemeinsamkeiten mit der überwiegend nachsichtigen Praxis der Spruchkammern.

Zu dem Freispruch von Lehrer Karl Keim

Im Landgerichtsurteil vom 26. Mai 1948 heißt es: *„Der Angeklagte K(eim), der von Beruf Lehrer ist, wurde an dem berüchtigten 9. November 1938 etwa gegen ½ 7 Uhr durch Klopfen an das Fenster geweckt. Es wurde ihm gesagt, daß es gegen die Juden gehe. Er solle sich anziehen und zum SA-Heim kommen. Der Angeklagte zog sich daraufhin eine alte Jacke an, nahm sich eine Axt und ging los. Auf seinem Weg in der Stadt kam der Angeklagte K (eim) in das Haus von Döllefeld. Als er die Treppe hoch ging, wurde gerade ein Schrank die Treppe heruntergeworfen. Der Angeklagte ist dann weiter von dem Zeugen Sch. bei dem Hause des Juden Falkenstein gesehen worden. Ob K(eim) das Haus betreten hat, kann der Zeuge nicht bekunden. Gegen ½ 8 Uhr begab sich der Angeklagte nach Hause. Er zog sich um und hielt dann in der Schule den Unterricht ab. In der großen Pause gegen 10.00 Uhr ging der Angeklagte nochmals in das der Schule gegenüberliegende Haus der Jüdin Neuhaus. Danach war der Angeklagte wieder in der Schule tätig. Der Angeklagte gibt diesen Sachverhalt zu. Er bestreitet jedoch entschieden, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben. Eine solche Absicht habe er nie gehabt. In die Stadt sei er nur gegangen, weil es ihm befohlen worden sei. Er habe auch nur jemanden von den SA-Führern treffen wollen, um mitzuteilen, daß er an der Aktion nicht mitmachen könne. Das Haus bei Döllefeld habe er sofort verlassen, als er gesehen habe, was gespielt werde. Bei Falkenstein sei er nur im Hausflur gewesen."*

Zusammenfassend kam das Landgericht zu dem Ergebnis: *„Dem Angeklagten K(eim) ist eine Beteiligung an dem Landfriedensbruch nicht nachzuweisen."* Man gab jedoch deutlich zu erkennen, dass dieses Urteil nicht als Freispruch wegen erwiesener Unschuld zu verstehen ist, wenn es in dem Urteil weiter heißt:

„Es spricht vieles gegen ihn. So hat er sich eine alte Jacke angezogen und ist mit einer Axt bewaffnet zum SA-Heim gegangen. Keiner der Zeugen kann jedoch bekunden, daß der Angeklagte irgendwie tätig geworden ist, oder daß er sich einer der zusammengerotteten Gruppen angeschlossen hat

Die Zeugin B., die zunächst bekundet hat, daß der Angeklagte auch in dem Hause Gans gewesen sei, hat ihre Aussage nach nochmaliger eingehender Belehrung zurückgenommen.
Das Gericht ist im Wesentlichen auf die eigenen Angaben des Angeklagten angewiesen. Danach hat er sich nirgends länger aufgehalten und sich auch keiner der zusammengerotteten Gruppen angeschlossen. Gegen ihn spricht ferner die Tatsache, daß er bereits früher einmal bei seiner richterlichen Vernehmung eingestanden hat, bei Döllefeld und Neuhaus Sachen auf die Straße geworfen zu haben. Dieses Geständnis hat der Angeklagte widerrufen. Er erklärt, daß er damals aus Angst mehr angegeben als er getan habe. Zu Gunsten des Angeklagten sprechen die Aussagen der Zeugen R., F. und B. Die Zeugin R., die seinerzeit zusammen mit dem Angeklagten an derselben Schule tätig war, kann sich noch daran erinnern, wie der Angeklagte in der Pause zu Neuhaus gegangen ist. Sie bekundet glaubhaft, daß der Angeklagte ihr gegenüber noch geäußert habe, er wolle Bescheid sagen, daß er nicht mitmache. Weiter bekundet diese Zeugin und ebenso die Zeugin F. und B., daß der Angeklagte noch am selben Tage sein Mißfallen über die Ausschreitungen ausgesprochen habe. Nach alledem ist das Gericht der Ansicht, daß dieser Tatbestand nicht ausreicht, dem Angeklagten eine Beteiligung an dem Landfriedensbruch nachzuweisen. Er ist daher freizusprechen."

Dass man ein früheres Geständnis widerrufen kann, entspricht rechtsstaatlichen Gepflogenheiten. Dass man sich mit einer Axt bewaffnet in fremde Wohnungen begeben kann, ohne sich dabei schuldig zu machen, ist dagegen eine schwer nachvollziehbare juristische Bewertung.
Zur Erinnerung: Die vom Landgericht vorgebrachte Anklage beruhte auf dem Vergehen des Landfriedensbruchs. Dieses Vergehen basiert jedoch nicht auf der Anwendung von Gewalt als solcher, sondern der Beteiligung an Gewaltmaßnahmen unter Beteiligung einer größeren Gruppe, oder anders ausgedrückt: Landfriedensbruch im Sinne des Strafgesetzbuches setzt das gemeinschaftliche Handeln einer Menschenmenge voraus. Da dem Gericht für Letzteres kein eindeutiger Zeugenbeweis möglich wurde, entschied es sich für Freispruch. Zu ergänzen wäre: Wegen mangels an Beweisen, nicht aber wegen erwiesener Unschuld des Angeklagten.

Vier Monate Gefängnis für Oskar Heckeroth:

„Der Angeklagte H(eckeroth) ist etwa gegen 6 Uhr von M(ainz) geweckt worden. Er hat sich zunächst in das SA-Heim begeben. Hier traf er u.a. den Ortsgruppenleiter Walper an. Dieser gab ihm und auch den noch anderen anwesenden SA-Männern den Befehl, die Juden in Schutzhaft zu nehmen und aufs Rathaus zu bringen. Er begab sich darauf zusammen mit dem Zeugen M. zu Döllefeld. Hier waren bereits andere Täter am Werk gewesen und hatten die Wohnung zum Teil zerstört. Der Angeklagte und M. führten nun noch den Juden Döllefeld und seine Schwester ins Rathaus ab. Darauf weckte er in einer anderen Wohnung zwei weitere Juden, deren Namen er nicht mehr nennen kann, und schickte sie ebenfalls zum Rathaus. Diese beiden gingen, wie er angibt, ohne seine Begleitung freiwillig zum Rathaus. Im Anschluß daran will der Angeklagte nach Hause gegangen sein. Der Angeklagte gibt diesen Sachverhalt zu und führt zu seiner Verteidigung an, er habe geglaubt, er müsse den Befehl, die Juden in Schutzhaft zu nehmen, ausführen."

Weiter heißt es in dem Urteil:
„Er hat sich durch sein Verhalten eines einfachen Landfriedensbruches schuldig gemacht. Als der Angeklagte zu Döllefeld ging, hat er bereits unterwegs festgestellt, daß in den Judenhäusern Zerstörungen angerichtet worden sind. In jedem Falle mußte er diese Feststellung treffen, als er zu Döllefeld kam. Er war sich also klar darüber, daß die ganze Aktion etwas Ungesetzliches sei. Trotzdem hat er jetzt noch die Verhaftung des Döllefeld und seiner Schwester vorgenommen. Er hat auch dann noch in dem anderen Falle, nachdem er wußte, was gespielt wurde, zwei Juden geweckt und zum Rathaus geschickt. Damit hat er gezeigt, daß er im Sinne des gesamten Landfriedensbruches sich betätigen wollte. Eine Gewalttätigkeit ist ihm nicht nachzuweisen. Der Jude Döllefeld und seine Schwester sind von ihm ohne Gewaltanwendung abgeführt worden. Es liegt daher auch nur einfacher Landfriedensbruch vor. Er ist gemäß § 125 Abs. 1 StGB zu bestrafen."

Freispruch für Willi Gesemann

„Die Hauptverhandlung hat keinerlei Anhaltspunkte für seine Beteiligung ergeben. Der Zeuge K. bekundet, daß er G(esemann) wohl einmal in dem Hause Speier gesehen habe. Er kann jedoch nicht mehr

angeben, ob das an dem Tage, als diese Aktion stattfand, gewesen ist oder an einem der folgenden Tage. Der Angeklagte bestreitet, am 9. November eines der Judenhäuser betreten zu haben. Er betont aber, daß er an einem der folgenden Tage von der Stadt beauftragt worden sei, die Sachen abzufahren. Bei dieser Gelegenheit habe er auch die Judenhäuser betreten. Es bleibt deshalb die Möglichkeit offen, daß der Zeuge K. den Angeklagten wahrscheinlich an einem der späteren Tage in dem Hause Speier gesehen habe. Außerdem bekundet der Zeuge F., der bei dem Angeklagten als Arbeiter tätig war, glaubhaft und bestimmt, daß der Angeklagte an dem bewußten Tage ständig mit ihm zusammen in der Sandgrube gearbeitet habe. Er weiß sich genau zu erinnern, daß der Angeklagte sich damals nicht entfernt hat. Der Angeklagte ist deshalb freizusprechen."

Keine Zustimmung bei der Bevölkerung

Das Bild aus der Lektüre der Zeitungsberichte über die Gerichtsverfahren und aus den dazu veröffentlichten Leserbriefen fasst Regina Maier (2009: 297) in der Formulierung zusammen: *„In der breiten Bevölkerung findet sich keine Zustimmung."*

Den maßgeblichen Grund für diese Haltung erkennt sie darin, dass sich *„die Bevölkerung als Opfer des Krieges sowie der Ahndungsbemühen der Nachkriegszeit sah und glaubte, somit bereits genug für ihre Taten beziehungsweise ihr ‚Mitlaufen' in der NS-Zeit gebüßt zu haben."*

Diese Einstellung, so Maier (2009: 327), beruhe wesentlich auf der *„Vermischung von Kriegsgeschehen und NS-Verbrechen, wodurch die NS-Verbrechen nicht als kriminelle und dadurch auf Grund des StGB zu ahnende Taten begriffen wurden."*

Man sah sich selbst nicht als Täter oder Mitläufer, sondern nahm sich eher als Opfer des NS-Regimes und seiner Folgen wahr: Krieg, Leiden der deutschen Bevölkerung unter den alliierten Bomben, Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion und Vertreibung aus den Ostgebieten.

Einen Zusammenhang zwischen dem von der deutschen Staatsführung ausgelösten Zweiten Weltkrieg und der aktuellen Lebenssituation wollten viele nicht erkennen. Die Solidarität mit den Tätern war bald stärker ausgeprägt als die mit den Opfern. (Wolfrum 2007: 118)

Unmittelbar nach Kriegsende schien die deutsche Bevölkerung unter dem Eindruck des Zusammenbruchs und der begangenen Gräuel mehrheitlich bereit, an der Aufarbeitung der Vergehen im Dritten Reich mitzuarbeiten. Ab 1948 versandete die Entnazifizierung jedoch mehr und mehr. Die Wortschöpfungen „Gnadenjustiz" und „Gnadenfieber" kamen zur Kennzeichnung der Entnazifizierungspraxis in Umlauf.

Mit Gründung der Bundesrepublik 1949 und den bald auf den Weg gebrachten Amnestiegesetzen fanden dann viele NS-Belastete als Entnazifizierte wieder in Amt und Würden. Dank des 1951 verabschiedete Gesetzes zum Artikel 131 des Grundgesetzes konnten selbst ehemalige Mitarbeiter der Gestapo wieder in den öffentlichen Dienst zurückkehren, was zu einer starken personellen Kontinuität führte.

Je mehr man sich vom Kriegsende entfernte, umso mehr verstärkte sich die Tendenz, den Mantel des Schweigens über die Geschichte zu hüllen. Die junge Bundesrepublik auf dem Weg ins Wirtschaftswunder wollte nicht mehr an die dunklen Seiten der deutschen Geschichte erinnert werden.

Der Wandel in der Einstellung der deutschen Gesellschaft zur Entnazifizierung zeigte sich besonders auffällig darin, dass auch ehemals Verfolgte wie Kirchenpräsident Martin Niemöller sich gegen die Entnazifizierungspraxis aussprachen, indem sie den ehemaligen NSDAP-Aktivisten das Recht auf den politischen Irrtum zugestanden.

Mit der steigenden Konfrontation zwischen den Westmächten und der Sowjetunion im beginnenden Kalten Krieg war eine strenge Entnazifizierung politisch nicht mehr opportun.

„Der Hauptgrund für das plötzliche Umschwenken der amerikanischen Politik lag in der Absicht, Deutschland wirtschaftlich wieder auf eigene Beine zu stellen und in einem deutschen Weststaat einen Partner und eine Stütze für die 1947 von Truman verkündete Politik der Eindämmung des Kommunismus zu finden. Auch der Abschluss der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone spielte bei dem Entschluss mit." (Schick 1990: 323)

Nun galt es also auf beiden Seiten, die Deutschen für sich zu gewinnen. Tatsächlich war nur ein kleiner Teil der deutschen Bevölkerung von der Entnazifizierung betroffen. Von den 3,6 Millionen Westdeutschen, die sich vor der Spruchkammer zu verantworten hatten, kamen lediglich 4,8 Prozent in die Gruppen 1, 2 und 3 (Hauptschuldige, Belastete und Minderbelastete. (Vollnhals 1991: 333)

Pogrom-Aktivisten: statistischer Vergleich

Dieter Obst hat in seiner von Hans Mommsen betreuten Bochumer Dissertation von 1991 für 51 Ortschaften auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik Untersuchungen zu den SA-Leuten angestellt, die am späten Abend des 9. November 1938 nach Abschluss der Gedenkfeiern für die „Gefallenen“ des 9. November 1923 an den anschließenden judenfeindlichen Ausschreitungen in besonderer Weise beteiligt waren und sich von ihrem Versammlungslokal aus auf den Weg des Terrors begeben hatten.

Zu den untersuchten Orten zählte auch Bebra:

Tabelle L: Anzahl und Organisationseintritt von SA-Mitgliedern, die aus dem jeweiligen aktenkundig gewordenen Sturmlokal mobilisiert wurden

	I	II	III
Ort des Sturmlokals	angeklagte SA-Mitglieder je Sturmlokal	angeklagte SA-Funktionäre (ab Führer eines Sturms)	angeklagte einfache SA-Mitglieder
Aschaffenburg	9	1	8
Ostheim (Franken)	5	-	5
Nürnberg	11	2	9
Pforzheim	8	1	7
Brotdorf (Saarland)	5	-	5
Bebra (Hessen)	6	1	5
Marburg	6	1	5
Dormagen (Rheinprovinz)	16	1	15
Meppen (Emsland)	11	1	10

	IV	V	VI
Ort des Sturmlokals	angeklagte einfache SA-Mitglieder (Beitritt vor 30.01.1933)	angeklagte einfache SA-Mitglieder (Beitritt seit 30.01.33)	mobilisierte SA-Mitglieder je Sturmlokal
Aschaffenburg	2 (1932)[1]	6	25
Ostheim	-	5	20
Nürnberg	-	9	25
Pforzheim	-	7	40-50
Brotdorf	-	5	15-20
Bebra	-	5	?[2]
Marburg	-	5	40
Dormagen	2 (1932)[1]	13	25-30
Meppen	1 (1932)[1]	9	20

1) Beitrittsjahr 2) Anzahl unbekannt

Für diese Untersuchung wertete Obst die Angaben aus, die gegen die Tatbeteiligten bei den nach 1945 geführten Gerichtsverfahren ermittelt wurden. In diese Daten flossen auch die Erkenntnisse aus dem Landgerichtsverfahren von 1947 gegen sechs Bebraner SA-Leute ein (StAM, Kassel 3 KLs 16/46).

Obst erweiterte seine Datenbasis durch Befragungen von weiteren SA-Leuten, die an den Ausschreitungen beteiligt waren. In einer Untergruppe fasste Obst neun Orte zusammen, darunter auch Bebra. Obst hält als wesentliches Ergebnis fest, dass jeder Zweite der NS-Aktivisten, die im November 1938 Angst und Schrecken verbreiteten, zu dem Altersjahrzehnt der 30-40-Jährigen gehörte. Das bedeute, dass im November 1938 die dominierende Rolle nicht bei den „Alten Kämpfern" lag, den Hitler-Aktivisten, die schon vor dessen Machtantritt am 30. Januar 1933 „dabei" waren.

Aufgrund der Aussagen von Augenzeugen, so Obst, *„steht fest, dass in den neun untersuchten Orten die tatsächliche Menge der aus den Lokalen mobilisierten SA-Mitglieder entschieden höher gewesen ist als die Anzahl der später angeklagten Personen."* Sie habe das Doppelte bis Achtfache betragen.

Dabei gebe es keinen triftigen Grund zu der Annahme, dass sich unter den nicht angeklagten und deshalb unbekannt gebliebenen SA-Angehörigen jeweils eine stattliche Anzahl Alter Kämpfer verbergen könnte, da die Alten Kämpfer eines Sturmes wie ‚bunte Hunde' allgemein bekannt waren und ihre Anwesenheit besonders aufgefallen wäre:

„Für die untersuchten Sturmlokale aus 9 verschiedenen Ortschaften ergibt sich also eine überwältigende Mehrheit von aus den Lokalen mobilisierten SA-Angehörigen, die erst nach der Machtergreifung der nationalsozialistischen Bewegung beigetreten sind." (Obst 1991: 126).

Dieter Obst folgert weiter:

„Die Altersstruktur der aus den Lokalen mobilisierten SA-Männer zeigt, dass es sich nicht um jugendliche Rowdies oder ungebundene Jungmannen, sondern um ‚gestandene' Männer im ‚besten Alter' gehandelt hat, die nach dem Zweiten Weltkrieg fast alle verheiratet sind und in der Regel mindestens zwei Kinder haben."

Dieter Obst sieht durch seine Untersuchung die weit verbreitete Vorstellung widerlegt, bei den Aktivisten der Novemberpogrome habe es sich in erster Linie um „die *‚Alten Kämpfer' der ersten und zweiten Stunde"* gehandelt, *„die in Kampfzeiterinnerungen schwelgend beim Bier oder Wein in nächtlicher Stunde noch zusammenhockten, dann die Zerstörungsanweisungen erhielten und schließlich bei Nacht und Nebel die Ausschreitungen begingen".* Dies, so Obst, *„trifft für die Masse der aus den Lokalen mobilisierten Nationalsozialisten nicht zu."*



*Der „**Hessische Hof**" in Bebra in den 1930er Jahren. Hier fanden die großen Versammlungen und Kundgebungen der NSDAP statt.*

Das Beispiel des Rotenburger Rädelsführers Horst Mainz, der noch im November 1938 sein Amt als stellvertretender SA-Sturmführer niederlegte, zeigt andererseits, dass unter diesem Aktionismus bei manchen Tätern ein Unrechtsbewusstsein schlummerte, das sich Bahn verschaffte, als vor aller Augen sichtbar geworden war, in welchem Ausmaß man sich außerhalb zivilisierten Verhaltens bewegt hatte. Obsts Resümee:

„Die aus den Lokalen mobilisierten SA-Mitglieder, die nach dem 30. Januar 1933 beigetreten waren, sind daher weder einer bestimmten Berufskategorie oder eindeutig einer sozialen Schicht zuzuordnen, noch handelte es sich hinsichtlich ihres beruflichen Status im Jahre 1938 um typische Außenseiter der Gesellschaft, die im herkömmlichen Sinne als ‚Pöbel' bezeichnet wurden oder die dem kriminellen Milieu angehörten." (S.132)

In der Tat gelten die von Obst für die untersuchten Gemeinden ermittelten Charakteristika in vollem Umfang für die acht Bebraner, die sich 1946 vor dem Landgericht zu verantworten hatten. Sie alle waren erst nach dem 30. Januar 1933 der SA beigetreten. Der Jüngste war im November 1938 29 Jahre alt, der Älteste 53, fünf waren in ihren Dreißigern. Sie alle waren Familienväter. In keinem Fall handelte es sich um Außenseiter der Gesellschaft: vier waren als Selbstständige tätig, drei verdienten ihr Geld bei der Reichsbahn und einer war angestellter Handwerker.

H. 8 Sechs Jahre als „U-Boot“ in Rotenburg

Am 14. Dezember 1942 war ein Junge ins Rotenburger Rathaus gebracht worden, der Rotenburger Fuhrunternehmer und Landwirt Gustav Dörr hatte ihn aus dem Zwangsarbeitslager Pfaffenwald bei Bad Hersfeld-Asbach geholt; das Arbeitsamt hatte ihn den Dörrs zugewiesen. Dieser Junge wusste nicht, wie alt er war, er kannte weder seine Eltern noch seinen Geburtsort.
In Rotenburg hieß er fortan Martin; als seinen Geburtstag hat man den 14. Dezember 1932 angenommen, das war der Tag zehn Jahre vor der „Übersiedlung“ vom Pfaffenwald nach Rotenburg. Hier blieb er bis zum Februar 1949. Auch im Hitlerreich galt ein Jugendschutzgesetz, eine begrenzte Arbeitserlaubnis gab es erst ab zehn.
Der Junge besuchte in Rotenburg keine Schule, er machte keine Lehre, über sechs Jahre hin kümmerte sich niemand um ihn – außer der Familie, in der er als jugendlicher Gehilfe lebte und arbeitete. Dieser Sachverhalt kann vielleicht eine Vorstellung von den konkreten Lebensumständen in den ersten Nachkriegsjahren vermitteln und zum besseren Verständnis jener Zeit verhelfen.

Als Martin 1949 in das IRO DP-Kinderdorf in Bad Aibling gebracht wurde, fand man dort heraus, dass er als Demitro Kalinski (Rufname Mitka) in einem Dorf nahe Kiew geboren wurde, genaues Datum unbekannt.
Warum ihn Gustav Dörr - zusammen mit einem polnischen Zwangsarbeiter - aus dem Lager Pfaffenwald geholt hatte, erklärt sich für Mitka daraus, dass Dörr eine billige Arbeitskraft suchte, die mit einem Pferdefuhrwerk die wenigen Kilometer zum Bahnhof Bebra fahren konnte, um dort die verschiedensten Waren abzuholen.
Er blieb auch nach Kriegsende auf dem Bauernhof bei den Dörrs, denn er sah für sich keine Alternative. Den Darstellungen der Familie Dörr zufolge, ließ seit Jahresbeginn 1947 seine Anpassungsbereitschaft und Folgsamkeit deutlich nach.
Aber auch jetzt gab es keine Amtsperson, die sich konsequent um den Jungen kümmerte. Erst zu Jahresbeginn 1949 wurde man von außerhalb auf ihn aufmerksam. US-amerikanische Flüchtlingshelfer stießen auf seine Spur und brachten ihn zur Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen nach Bad Aibling in ein Waisenhaus. Durch die Vermittlung und Hilfe amerikanischer Organisationen kam er 1951 nach Amerika. Als Bürger der USA verriet er über viele Jahre nichts über seine Vergangenheit, auch nicht, dass er jüdisch sei. Als man ihn nach seiner Familie fragte, erzählte er etwas über einen in Deutschland lebenden Onkel – womit er Gustav Dörr meinte. Erst im fortgeschrittenen Alter und als Bürger der USA erfuhr er, dass er als Sohn eines polnischen Obersten auf die Welt gekommen war.
2001 geriet er in die Schlagzeilen, als er eine zeremonielle Aufnahme in einer orthodoxen jüdischen Gemeinde in den USA (Long Island) fand.
Über 80 Jahre nach dem Start in ein neues Leben in Rotenburg ist er, Mitka Kalinski, auf dem Umschlag eines dicken Buches zu erblicken, es trägt den Titel: ***Ich war doch noch ein Junge***. *Ein Holocaustüberlebender versöhnt sich mit seiner Vergangenheit.*
Dieses Buch wurde am 12. Dezember 2023 im Rotenburger Rathaus vorgestellt. Bereits im Jahr davor war die englische Erstfassung erschienen - sie trug den Titel „MITKA‘S SECRET. A TRUE STORY of CHILD SLAVERY & SURVIVING the HOLOCAUST.



***Mitka Kalinski**, in Rotenburg Martin gerufen, ca. 1949 (im mutmaßlichen Alter von 17 Jahren).*



*Von **Mitka Kalinski geschilderter Weg** von seiner ukrainischen Heimat über mehrere Zwischenstationen im Sommer 1942 ins Zwangsarbeitslager Pfaffenwald (bei Bad Hersfeld-Asbach). Und von dort im Dezember 1942 nach Rotenburg und schließlich im Februar 1949 zur letzten Station in Deutschland (IRO-Kinderdorf in Bad Aibling). 1951 gelangte Mitka Kalinski in die USA.*



Badegasse 14 in Rotenburg
Anwesen der Familie Dörr, bei der Mitka Kalinski vom Dezember 1942 bis zum Februar 1949 lebte u. arbeitete.
Die Dörrs waren Kleinbauern und Fuhrunternehmer.

rechts unten: *Biografie Mitka Kalinski: **Ich war doch noch ein Junge** (Autor: St. Brallier)*

links unten:
*Über Mitka Kalinskis Aufnahme in einer orthodoxen Jüdischen Gemeinde berichteten mehrere amerikanischen Magazine und Zeitungen. So kam er auch in Kontakt mit prominenten Personen, so im Präsidentschaftswahlkampf 2008 auch mit der damaligen Kandidatin **Hilary Clinton**.*





H. 9 Über zwei Jahrzehnte in Bebra untergetaucht

Der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1957/58 hatte das Ausmaß nationalsozialistischer Gewaltverbrechen thematisiert und zur Einrichtung einer zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen mit dem Sitz in Ludwigsburg geführt. In diesem Prozess war deutlich geworden, in welchem Ausmaß einzelne NS-Funktionsträger als Kommandogeber die Verantwortung für Massentötungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion trugen.

Diese Erkenntnisse wurden dann durch den Frankfurter Auschwitzprozess (1964/65) verstärkt, als zur Gewissheit wurde, dass die Massenmorde in den Vernichtungslagern und auch durch die SS-Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten nur unsystematisch verfolgt und unzureichend geahndet worden waren. Als man 1967 Hinweise auf den in Bebra untergetauchten ehemaligen SS-Obersturmbannführer Paul Zapp erhielt, kam es zu dessen Verhaftung und drei Jahre später zur Verurteilung zu lebenslanger Haft - wegen Mordes in mindestens 13.444 Fällen.

Zapps Familie war im Oktober 1943 in Kassel ausgebombt und in Niederaula einquartiert worden. Unter dem Namen Friedrich Brehm hatte Paul Zapp nach dem Krieg in Bebra Marianne Braun geheiratet, die Schwester des ehemaligen Rotenburger NS-Kreisleiters Erich Braun, und mit ihr in der Hersfelder Straße 7 gewohnt. Das Haus hatte der jüdischen Familie Emanuel gehört und war nach deren Flucht in den Besitz der Familie Braun gelangt. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung 1967 war Zapp bei der Bahnhofsverwaltung in Bad Hersfeld beschäftigt.

Zapp war als junger Mann in Kassel mit dem Indologen und Religionswissenschaftler Jakob Wilhelm Hauer in Kontakt gekommen, der ihn 1933 als seine rechte Hand nach Tübingen holte und dort in den Universitätsbetrieb integrierte. In den folgenden Jahren war Zapp maßgeblich am Aufbau der völkisch-rassistischen *Deutschen Glaubensbewegung* beteiligt, die mit dem Bekenntnis als „gottgläubig“ stark in der SS verankert war.

Aus Zapps Feder stammen Schriften wie *Germanisch-deutsche Weihnacht* (1934) und *Religiöser Zerfall und deutscher Glaube* (1936), in denen er einen „artgerechten“ Glauben propagiert.



***Paul Zapp** (Jg. 1904) im Februar 1970 auf der Anklagebank des Landgerichts München I (Alamy Stockfoto).*

*In der Publikation von 2024 („Hitler's People“) wird Zapp von dem renommierten Historiker **Richard Evans** als Prototyp des gnadenlosen Massenmörders charakterisiert, der jede persönliche Verantwortung für seine Gräueltaten von sich wies.*

WEGEN KRIEGSVERBRECHEN GESUCHT

SS-Obersturmbannführer Zapp in Bebra verhaftet

1945 als Friedrich Brehm untergetaucht

Bebra (dpa/upi/BF). Der wegen Massenerschießungen von Juden in Südrußland gesuchte ehemalige SS-Obersturmbannführer Paul Zapp, der seit 1945 unter dem Namen Friedrich Brehm zurückgezogen in Bebra lebte, ist am Montagabend von einem Staatsanwalt der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg und Kriminalbeamten in Bebra verhaftet worden.

Der 63jährige Zapp ist nach Angaben der Zentralstelle der letzte Führer eines der nationalsozialistischen Einsatzkommandos im Osten, der sich bisher der Gerichtsbarkeit in der Bundesrepublik hatte entziehen können.

Dem Verhafteten wird zur Last gelegt, 1941 als Kommandoführer des Einsatzkommandos 11a in der Einsatzgruppe D in Südrußland Massenerschießungen von Juden befohlen zu haben. Dabei haben nach Angaben der Justizbehörden mindestens 6400 Menschen in Kischines, Nikolajew, Jalta und Cherson den Tod gefunden.

Gegen fünf Männer, die an den angeblich von Zapp geleiteten Erschießungen beteiligt gewesen sein sollen, wurde bereits im März 1966 Anklage bei einem Münchener Schwurgericht erhoben. Die gerichtliche Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Gegen Zapp soll jetzt Nachtragsanklage erhoben werden.



Spur verfolgt

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer konnte auf Grund von Hinweisen festgenommen werden, die der Zentralstelle in Ludwigsburg zugegangen waren. Wie der Leiter dieser Behörde, Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl, am Dienstag auf Anfrage bestätigte, hatte ein Staatsanwalt seiner Dienststelle, der gegen Zapp unabhängig von dem in München anhängigen Verfahren Ermittlungen führte, die Spur verfolgt und war drei Tage lang im Zonengrenzgebiet von Ort zu Ort gereist, bis er Zapp ausfindig machen konnte.

Zapp wurde am Dienstag in Kassel zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen vernommen.



In Hersfeld geboren

Zapp, der am 18. April 1904 in Hersfeld geboren worden ist und 1928 in Herne (Westfalen) geheiratet hat, ließ sich 1945 unter dem Namen Friedrich Brehm in Bebra nieder. Dort gab er als sein Geburtsjahr 1894 an.

1947 war Zapp, wie in Bebra zu erfahren war, zunächst unter dem Namen Friedrich Brehm als Gehilfe beim Bahnbetriebsamt in Bad Hersfeld beschäftigt und avancierte dort zum Wohnungs-Sachbearbeiter. Seinen Kollegen hatte er nach Auskunft des stellvertretenden Leiters des Betriebsamts erzählt, seine Familie sei beim Bombenangriff auf Dresden ums Leben gekommen. In den 50er Jahren wurde er bei der Bundesbahn-Wohnungsbaugesellschaft Kassel eingestellt. Nach Angaben des Geschäftsführers dieser Gesellschaft trat Zapp alias Brehm 1961 in den Ruhestand, nachdem er zuletzt als Sachbearbeiter für Personalien und Mieterstreitigkeiten Dienst getan hatte. Nach seiner Pensionierung arbeitete er als Buchhalter bei einem Industriebetrieb in Bebra.

Fotomontage HNA/Rotenburg-Bebraer Allgemeine v. 7.9.1967

- ***Haus Hersfelder Str. 7** (ca. 1930), von Kriegsende bis 1967 u. 1986 bis 1988 Wohnsitz von Paul u. Marianne Zapp geb. Braun.*
- ***Grabstein für Paul Zapp** und seine beiden Ehefrauen auf dem Friedhof in Niederaula. Die ILHAZ-Runen werden als kennzeichnend für völkische und extrem rechte Gesinnung verstanden.*



Die Karte zeigt die Mordspur der ca. 500 Mann starken ***Einsatzgruppe D*** *unter SS-General Otto Ohlendorf. Die südlichen Orte Kishinev, Nikolaiev und Kherson waren der Haupteinsatzbereich des Sonderkommandos 11a, befehligt bis Juli 1942 von Sturmbannführer Paul Zapp, der 1970 wg. 13.444-fachen Mordes verurteilt wurde.*

Nachdem er zum SS-Sturmbannführer ernannt worden war und den Ruf eines „Judenexperten“ erworben hatte, wurde Zapp im Oktober 1940 als Dozent an der Schulungsanstalt der SS in Bernau eingesetzt. Aus Zapps Zusammenstellung seiner Unterrichtsmaterialien lässt sich seine Zielsetzung erkennen, nicht nur die Juden selbst, sondern auch den „jüdischen Geist“ zu zerschlagen.

Der Vordenker Zapp musste nicht lange warten, ehe er zum Mitvollstrecker der „Endlösung“ wurde. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 übernahm Zapp die Befehlsgewalt über das knapp 100 Mann starke Sonderkommando 11a, das Teil der Einsatzgruppe D unter dem SS-General Otto Ohlendorf war.

Im Rücken der Wehrmachtsverbände und mit deren Unterstützung setzten sie ihr Mordprogramm vieltausendfach um - meist in Zusammenarbeit mit Polizeieinheiten und einheimischen Kollaborateuren. Rund zwei Millionen Menschen, ganz überwiegend Juden, sind der ungehemmten Brutalität der Einsatzgruppen sowie ihrer Unterstützungseinheiten zum Opfer gefallen. Sie wurden Mensch für Mensch erschossen, überwiegend von hinten durch Genickschüsse.

„Dies durchgehalten zu haben, und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht“, belobigte der „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler seine am 4. Oktober 1943 in Posen versammelten SS-Spitzenfunktionäre.

Himmler einleitend: *„Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammenliegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.“ (zit. n. Thamer 1986: 703)*

Am 14. September 1941 begründete Zapps Sonderkommando 11a, zusammen mit dem Kommando 12 unter Gustav Noske, im südukrainischen Nikolaiev mit einem bis dahin beispiellosen Massaker die neue Methode, ganze jüdische Gemeinden auf einen Schlag auszulöschen, zusammen mit den Männern auch alle Frauen und Kinder.

Carsten Schreiber (2008: 61) hat dies detailliert beschrieben: Durch einen zuvor gegründeten Ältestenrat wurden die Juden der Stadt registriert; sie ließen sich dann in dem Glauben, sie würden umgesiedelt, bereitwillig mit LKWs zum Exekutionsort fahren. Aus Massenmord war so Völkermord geworden. Die Sorge Paul Zapps, so Carsten Schreiber, galt ganz der Psyche seiner Männer.

Für Zapp zahlte sich sein Einsatz aus: Mit Wirkung vom 14. Juli 1942 wurde er zum Kommandeur der SS-Sicherheitspolizei (Sipo) und des SS-Sicherheitsdienstes (SD) für die südliche Ukraine ernannt, bald darauf erfolgte die Beförderung zum SS-Obersturmbannführer. 1944 stieg er zum Kommandeur der Sipo und des SD in Dresden auf.

Paul Zapp wird in der historischen Fachliteratur als eine Mischung aus Schreibtisch- und Direkttäter charakterisiert, als jemand der ebenso Vordenker war wie Vollstrecker.

Es konnten keine genauen Erkenntnisse gewonnen werden, ob und ggf. in welchem Umfang Zapps Identität in seinem nach 1945 gewählten Bebraer Umfeld einer breiteren Personengruppe bekannt war. Über 22 Jahre hatte er sich der Strafverfolgung entziehen können, was keinem seiner ca. 5.000 Mittäter aus den Einsatzgruppen über einen so langen Zeitraum gelungen war; 14 von ihnen wurden im April 1948 zum Tode verurteilt. Zapp kam 1986, nach Verbüßung von 15 Jahren seiner lebenslänglichen Haftstrafe, auf freien Fuß.

H. 10. Phase des Schweigens & Wende ab 1970er Jahre

Die 1950er und 1960er Jahre werden von den meisten Kommentatoren als Phase des Schweigens gegenüber den Geschehnissen der Hitlerdiktatur beschrieben. In dieser Zeit standen der Wiederaufbau und die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten. Für die politischen Akteure waren die jeweiligen Rollen in den Jahren vor 1945 nur noch von sekundärer Bedeutung – und dies im Wesentlichen parteiübergreifend. Bundeskanzler Adenauer stützte diese Mentalität durch seine Warnung vor „Nazischnüffelei".

So kommt Martin Broszat (1981: 543) zu der Feststellung: *„In der frühen Phase der ‚Ära Adenauer' , die bei der Wiederherstellung politischer Souveränität und wirtschaftlicher Prosperität so erfolgreich war, wurden die eigenständigen politischen und moralischen Kräfte zur Selbstreinigung von der NS-Vergangenheit … eher zurückgedrängt und entmutigt."*

Der Sozialphilosoph Hermann Lübbe hat dafür den Begriff „Beschweigen" geprägt, was aber nötig gewesen sei für die innere Integration und Stabilisierung der jungen Bundesrepublik.

Im Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg lässt sich diese politische Grundhaltung an dem Beispiel des im September 1957 hier in den Bundestag gewählten CDU-Abgeordneten Dr. Carl Reinhardt festmachen, dessen frühe NSDAP-Mitgliedschaft (ab 1929) mit der Mitgliedsnummer 173.166 ihn als „Alten Kämpfer" ausweist, aber von keiner Seite öffentlich deutlich angesprochen wurde – auch nicht von seinen politischen Gegnern. Womit auch schon deshalb nicht zu rechnen war, denn im April 1957 war das SPD-Mitglied Otto-Ulrich Bährens zum Rotenburger Landrat gewählt worden war. Bährens war zwar „erst" 1932 in die NSDAP eingetreten; mit seiner Berufung 1944 zum Landrat im schlesischen Landkreis Oschersleben gehörte er jedoch zu der das Dritte Reich tragenden Personengruppe.

Kristina Meyer spricht in ihrer Analyse des Umgangs der SPD mit der NS-Vergangenheit von einer *„schwierigen Balance zwischen Aufarbeitungsbemühungen einerseits und Zugeständnissen an die Entlastungsbedürfnisse der Mehrheit der Gesellschaft andererseits … mit dem Ziel, politisch erfolgreich zu sein."*

Die Rotenburger SPD sah die Mitwirkung in den Spruchkammerverfahren als Grund dafür, dass sie in der Kommunalwahl vom 4. Mai 1952 trotz Zunahme der Wahlberechtigen einen Stimmenverlust von über zwölf Prozent zu verzeichnen hatte. In der (nicht veröffentlichten) Chronik des SPD-Ortsvereins Rotenburg heißt es dann auch: *„Die Wahl ist als sogenannte Spruchkammerwahl in die Geschichte eingegangen."*

Dr. Adolf Arndt hatte den Bundestags-Wahlkreis 1949 und 1953 für die SPD gewonnen. Im Hitlerreich war er als „jüdisch versippt" eingestuft worden und hatte das Dritte Reich nur knapp überlebt. Auch er hielt sich an die von dem SPD-Parteiführer und NS-Verfolgten Kurt Schuhmacher praktizierte Strategie und Rhetorik einer betonten Fürsprache für die Anliegen der vom Nationalsozialismus „irregeleiteten" Deutschen. Immer dort, so Kristina Meyer (2017: 2), wo *„die Reintegration der Mitläufer des Nationalsozialismus - und mithin die Gewinnung ihrer Wählerstimmen - zur Debatte stand, waren es oftmals nur Nuancen, welche die Positionen der Sozial- und Christdemokraten im Bundestag voneinander trennten."*

Kristina Meyer (2017: 4) macht darauf aufmerksam, dass die SPD vor dem Problem stand, *„einerseits nach Modernisierung, Wahlerfolgen und Regierungsverantwortung zu streben, sich andererseits aber in den Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit so zu positionieren, dass die Entwicklung zur Volkspartei nicht in Gefahr geriet."*

So ist es auch nicht überraschend, dass Adolf Arndt seine besondere Rolle im Bundestag als Mahner bei der juristischen Ahndung von NS-Verbrechen (v. a. Aufhebung der Verjährungsfristen) und der schleppenden Wiedergutmachung nicht zu einem besonderen Thema in seinem Wahlkreis machte.

1959 war die Gedenkstätte für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs auf dem Plateau des Alheimerberges oberhalb Rotenburgs um die Zahlen der aus dem Kreisgebiet stammenden Toten des Zweiten Weltkriegs erweitert worden. Aus heutiger Sicht ergibt sich das Problem, dass ein Text zur Würdigung der Toten des Ersten Weltkriegs unverändert beibehalten und so für einen Eroberungskrieg fortgeschrieben wurde: *„Steige hinauf und schaue, wofür wir starben und litten!"*



***Erinnerungsstätte** auf dem Alheimer für die Opfer der Weltkriege (Fotomontage, Fotos Andreas Skorka)*

Das im Juni 1950 auf der Katzenkopfhöhe oberhalb Rotenburgs errichtete schlichte Ehrenmal hat die Form eines weißen Metallkreuzes, das umgeben ist von zehn Tafeln auf Steinrohlingen mit Verweisen auf die Herkunftsregionen der Toten. Das Metallkreuz trägt die schlichte Inschrift:
UNSEREN TOTEN – DIE HEIMATVERTRIEBENEN.

Die Benennung einer Freizeitanlage in Bebra als „Neumanns Ruh" und einer Straße als Hans-Neumann-Straße 1969 wäre einige Jahre später wohl schwer denkbar gewesen, handelt es sich doch bei dem Namensgeber um einen der ehemals aktivsten Bebraer Nationalsozialisten, dessen Verdienste als Heimatdichter und Stadtchronist seinerzeit aber schwerer wogen. Was in den 1950er und 1960er Jahren gesellschaftlich akzeptiert war, nämlich die NS-Belastung, führte spätestens in den 1970er Jahren zu erheblichem Anstoß.

Zu einem politischen Comeback ehemaliger Nazi-Größen ist es in größerem Stil jedoch weder in Rotenburg noch in Bebra gekommen. So gilt auch für die beiden Städte die Bilanz, welche Cornelia Rauh-Kühne (1995: 69) zieht: *„Die gesellschaftliche Reintegration nicht nur der Masse der Mitläufer, sondern auch der NS-Elite war der wohl unumgängliche Preis, der für die politische Stabilität der Bundesrepublik zu zahlen war. … Eine ‚Renazifizierung' der bundesdeutschen Gesellschaft, die viele Zeitgenossen fürchteten, blieb aus. Mochte die demokratische Gesinnungstreue mancher ‚Ehemaligen' auch fragwürdig sein, so erwiesen sie sich doch nach 1945 als ebenso angepasst und ‚leistungsfreudig' wie zuvor. Eine Verleugnung ihrer politischen Überzeugungen war damit wohl nur für wenige verbunden. Die ‚deutsche Katastrophe' hatte das NS-Regime … bis weit in die Reihen seiner ehemaligen Aktivisten diskreditiert."*

Bezogen auf die in den 1950er Jahre im benachbarten Landkreis Ziegenhain zu registrierenden Amtsübernahmen früherer Nationalsozialisten bilanziert Vanessa Conze (2023: 329): *„Die Integration früherer Nationalsozialisten in die westdeutsche Gesellschaft geschah größtenteils unkommentiert."* Um dann kritisch anzumerken: *„Erst sehr viel später sollte seit den 2000er-Jahren in der Bundesrepublik das Bewusstsein für die enormen Kontinuitäten und Belastungen wachsen, die über diese Rehabilitierung und Integration früherer nationalsozialistischer Funktionsträger in die Bundesrepublik hineingetragen wurden."*

Das Schicksal der Vertriebenen aus den Ostgebieten und der deutschen Kriegsopfer dominierte das öffentliche Gedenken in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Der Mentalitätswandel ist dann in Bebra ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende wahrzunehmen, als im Verlauf der frühen 1970er Jahre sechs Straßen in Neubaugebieten nach hingerichteten Widerstandskämpfern benannt wurden, und zwar



Wildeck · Rotenburg

Freitag, 25. Juni 2010

Einweihung: Zwei neue Straßenschilder zum Gedenken an jüdische Mitbürger haben enthüllt, von links, Heinrich Nuhn, Craig Pirrong, Caroline Gruß, Christine Castel-Katzenstein, Theo Warten, Hans Warten, Manfed Fehr und Brigitte Castel-Katzenstein. Foto: Pries

Wegweiser der Erinnerung

Rotenburg: Zwei Straßen tragen ab sofort die Namen bedeutender jüdischer Mitbürger

Von Philipp David Pries

ROTENBURG. Würdige Zeremonie für zwei bedeutende Rotenburger Juden: Zu Ehren Moritz Katzensteins und Moritz Rothschilds wurden jetzt zwei Straßenschilder enthüllt.

„Zu Stolpersteinen blicken wir hinab, verbeugen uns vor den Schicksalen. Auch die Straßenschilder sollen die Erinnerung wachhalten."

DR. HEINRICH NUHN

Die Moritz-Katzenstein-Straße führt von der Göbels Hotel Arena hinauf zum Herz-Kreislauf-Zentrum (HKZ), wo sie auf die Heinz-Meise-Straße stößt. Der Moritz-Rothschild-Weg führt ebenfalls von der Göbels Hotel Arena über zahlreiche Treppenstufen hinauf zum HKZ.

Bei der Zeremonie waren neben einigen Dutzend Besuchern auch zahlreiche Nachfahren der beiden Gewürdigten anwesend, wie etwa Craig Pirrong. Er ist Professor für Finanzen in den USA und war für die Würdigung über den Atlantik gekommen. Er bedankte sich sehr herzlich für dieses Erinnerungs-Projekt.

Musikalisch begleitet wurde die Feierstunde von einem Saxofonisten. Saxofone und Klarinetten sind typische Instrumente für jüdische Musik, auch Klezmer-Musik genannt.

Neben den Straßenschildern erinnern seit einem Monat die sogenannten Stolpersteine besonders an die Schicksale jüdischer Mitbürger Rotenburgs. Mit-Initiator Dr. Heinrich Nuhn hatte sich schon seit längerer Zeit für die beiden Straßenschilder eingesetzt, der Magistrat der Stadt hatte sich am Ende einstimmig dafür entschieden.

ZWEI JÜDISCHE PERSÖNLICHKEITEN

Moritz Katzenstein und Moritz Rothschild

Moritz Katzenstein wurde 1872 in Rotenburg geboren und war ein bekannter Mann. Er hatte als erster deutscher Chirurg 1901 einen abgerissenen Meniskus wieder angenäht, statt ihn – wie damals üblich – zu entfernen. Katzenstein starb 1932, viele seiner Angehörigen kamen im Konzentrationslager um. Moritz Rothschild war ein „Wohltäter seiner Heimatstadt", wie es auf den Plaketten zu lesen ist. Er wurde 1873 in Rotenburg geboren. In den USA wurde er ein erfolgreicher Geschäftsmann und unterstützte soziale Rotenburger Einrichtungen. (rpp)

Anbringung von Straßenschildern *mit den Namen von ehemaligen Rotenburger Juden (HNA/Rotenburg-Bebra v. 25.06.2010).*

nach Carl Goerdeler, Dietrich Bonhoeffer, (Adam) Von Trott zu Solz, Wilhelm Leuschner, Ernst von Harnack und Von Stauffenberg. Die Benennung neuer Straßen dokumentiert eine allmählich aufbrechende Gedenkkultur, indem es jetzt möglich wurde, Gegner und Opfer des Nationalsozialismus öffentlich zu Vorbildern zu erklären.

Vorangegangen waren in Bebra ab 1963 zehn Straßenbenennungen nach Städten und Regionen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches. Auch in Rotenburg wurden vier Straßen nach Orten in ehemaligen Ostgebieten benannt, Straßenbenennungen nach Opfern des NS-Terrorsystems erfolgten in Rotenburg nicht.





Wohl aber gibt es seit 2010 zwei öffentliche Wege im Bereich des Jüdischen Friedhofs, die nach „verdienten Söhnen" aus ehemaligen jüdischen Familien der Stadt Rotenburg benannt sind:

die Moritz-Katzenstein-Straße und den Moritz-Rothschild-Weg.

Die Bereitschaft, sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen, hatte entscheidende Anstöße durch den 1963 bis 1965 in Frankfurt/Main stattfindenden Auschwitzprozess erhalten. *„Noch immer jedoch"*, so Krause-Vilmar (2006: 11), *„blieb das Thema im Wesentlichen auf die Fachleute, auf Juristen, Historiker, Politologen, Soziologen, Pädagogen und Psychologen beschränkt."*



ידיעות חדשות

NEUSTE NACHRICHTEN · JEDIOTH CHADASHOTH

Publisher: JEDIOTH CHADASHOTH Ltd., Tel-Aviv, Harakevesh Str 66 Phone 5338 POB 1585 Editorial, Advertisement, Abonnements und Anzeigen: Tel-Aviv, Achad Haam St. 38 Jerusalem: Sannour Building Eingang Lune Str., 1. Stock Zimmer 110, Phone 5550 POB. 694, Haifa: Herzl St. 27, Phone 4900, POB. 1017. Printing: Blumenthals Printing Press Ltd.

Einzelverkaufspreis 30 Mils DIENSTAG, 1. MAERZ 1949 Nr. 3486

Der Bürgermeister und die Bürger

DER STADT

BEBRA

wünschen

zum *25-JÄHRIGEN STAATSJUBILÄUM*,

ihren früheren Mitbürgern in Israel

und dem LANDE ISRAEL

alles Gute für die Zukunft,

Frieden, Fortschritt und Aufbau.

Annonce der Stadt Bebra im April 1973 *in den Neusten Nachrichten (Jerusalem) - veranlasst durch Bebras Bürgermeister August Wilhelm Mende anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Staates Israel. (Fotomontage)*



Bürgermeister ***August-Wilhelm Mende*** *ca. 1980 (Foto Stadtarchiv Rotenburg).*

Eine besondere Rolle spielte dabei das Hessische Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden mit seinem Leiter Wolf-Arno Kropat durch fundierte Publikationen zur NS-Zeit und die Gründung der „Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen“ im Januar 1963 mit dem Ziel, die NS-Vergangenheit auch auf Landesebene aufzuarbeiten und wissenschaftlich zu dokumentieren.

Der 1969 zum Bürgermeister der Stadt Bebra gewählte Sozialdemokrat August-Wilhelm Mende hatte den 25. Jahrestag der Gründung des Staates Israel zum Anlass genommen, im April 1973 in den deutschsprachigen *Neusten Nachrichten „ihren früheren Mitbürgern in Israel und dem Land Israel“* eine Glückwunschbotschaft zu senden.

Brieflich meldeten sich daraufhin aus Israel die aus Bebra stammenden Hermann Lindau, Traudel Süßkind geb. Levi und Rudi Oppenheim sowie Ernst Schuster aus den USA. Von ihnen war zu erfahren, dass auch Hedwig Apfel, Witwe von Emil Apfel, und Ida Bleichfeld, Tochter des jüdischen Schächters Gutmann Rülf, in Israel lebten. Traudel Süßkind kam 1973 zu einem privaten Besuch nach Bebra.

Hermann Lindau (jetzt Shlomo Lin) war bis dahin schon dreimal in Bebra gewesen, das erste Mal 1963, hatte aber stets nur Kontakt mit „besten Freunden“ aufgenommen und das Kriegerdenkmal an der Kirche aufgesucht, auf dem sein Vater Sally als Gefallener im Ersten Weltkrieg namentlich gewürdigt wird. Jetzt, mit Datum vom 24. Mai 1973, schickte er über die Adresse des Bebraer Magistrats eine Einladung *„in unser schönes Land“* an *„einige in Bebra geborene Jugendliche“*. *„Für den Aufenthalt hier sind sie meine Gäste“,* schrieb Shlomo Lin aus der nahe Jerusalem gelegenen landwirtschaftlichen Siedlung Harei Yehuda: *„Vom Flugzeug oder Schiff werde ich meine Beberschen Gäste abholen.“*

Im Zuge dieser Verbindungsaufnahme wurde auch bekannt, dass 1973 auf dem Zionsberg bei Jerusalem eine Gedenktafel für die Ermordeten aus Bebra eingeweiht worden war. Diese hatten in Bebra geborene Juden gestiftet: *„Zum ewigen Andenken der Heiligen der Gemeinde Bebra, Deutschland, die umgekommen sind in den Jahren der Vernichtung. Sie mögen in Frieden ruhen.“*





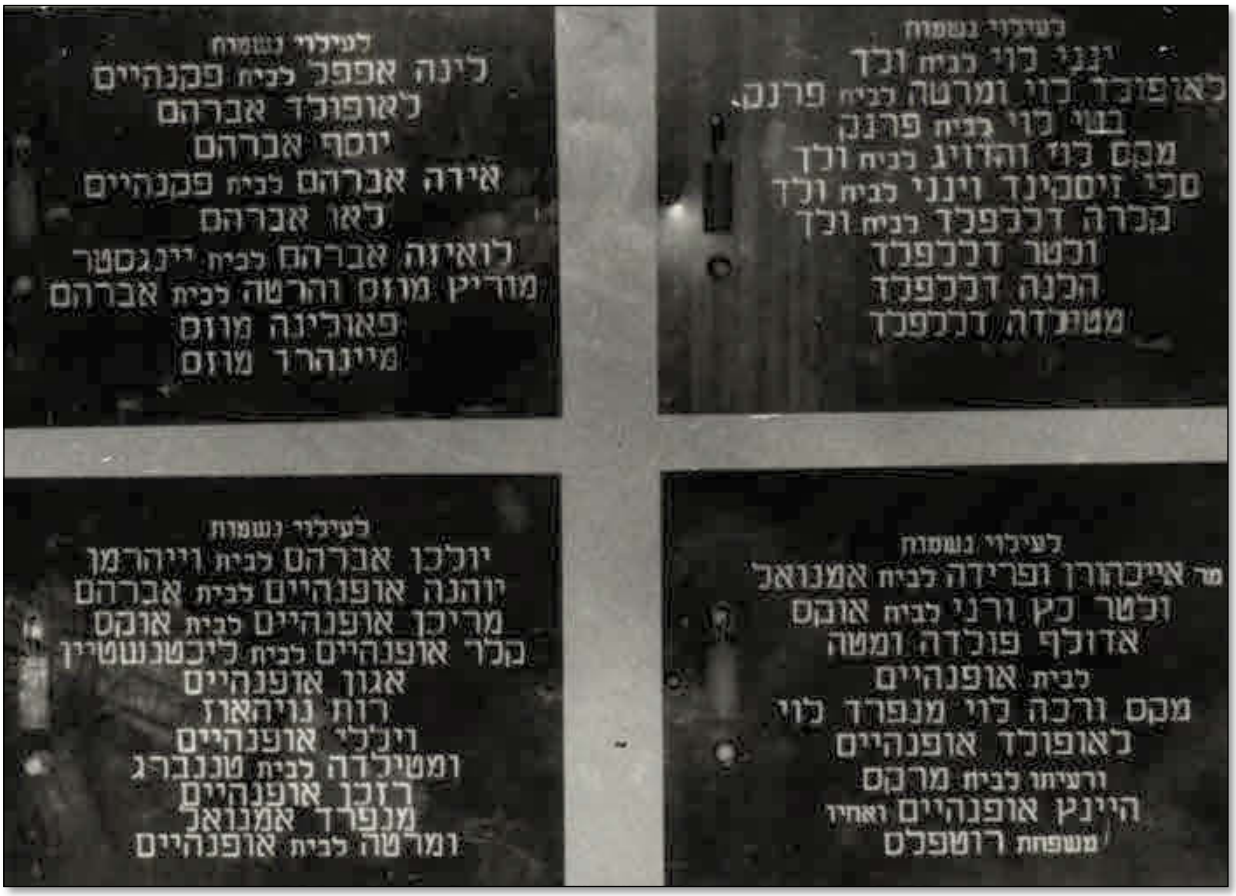


Oben: *Ausschnitt aus einem der Gedenkräume für die im Holocaust vernichteten jüdischen Gemeinden in der* ***Gedenkstätte auf dem Zionsberg in Jerusalem****.*
Das Foto oben in der linken Spalte zeigt die Gedenktafel für die Bebraer Opfer in der mittleren Reihe rechts, in größerem Format ist diese Tafel oben in der rechten Spalte abgebildet. Der Text (in Übersetzung) lautet:
ZUM EWIGEN GEDENKEN DER HEILIGEN DER GEMEINDE BEBRA, DEUTSCHLAND, MÖGE GOTT DAS BLUT DER MENSCHEN RÄCHEN, DIE IM HOLOCAUST UMGEKOMMEN SIND.

Diese Gedenktafel und die auf der folgenden Seite abgebildeten Tafeln waren im Mai 1968 von ehemals Bebraer Juden, die jetzt in Israel und in anderen Ländern lebten, gestiftet worden. (Die Transkription der Namen ins Deutsche auf der nächsten Seite verdanke ich Gidon Süsskind, Tel Aviv)

Das Foto oben in der linken Spalte zeigt in der oberen Reihe (Mitte) die Gedenktafel für Hersfelder Opfer des Holocaust.

***links**: **Shlomo Lin** (1913 in Bebra als Hermann Lindau geboren) steht 1990 vor dem Ehrenmal für die Bebraer Gefallenen des Ersten Weltkriegs - darunter auch sein Vater Sally Lindau (6. von unten) und fünf weitere jüdische Gefallene aus Bebra.*
Shlomo/Hermann Lin war schon1963 in Bebra zu Besuch gewesen, hatte aber nur alte Jugendfreunde besucht.
Er hatte Bebra schon vor 1933 den Rücken gekehrt und war ins damalige Palästina gegangen. Sein Urahn Susmann hatte 1808 den festen Familiennamen Lindau angenommen. Das Bebraer Anwesen der Familie war in der Mühlenstraße.



Gedenktafeln für Bebraer Juden in der Gedenkstätte auf dem Zionsberg in Jerusalem

Die Namen auf der Tafel oben links:

Ihre Seelen mögen auferstehen
Lina Apfel geb. Fackenheim
Leopold Abraham
Josef Abraham
Ida Abraham geb. Fackenheim
Leo Abraham
Louise Abraham geb. Jüngster
Moritz Moses und Herta geb. Abraham
Pauline Moses
Moses Meinhard Moses

Die Namen auf der Tafel unten links:

Ihre Seelen mögen auferstehen
Julchen Abraham geb. Weihermann
Johanna Oppenheim geb. Abraham
Mariechen Oppenheim geb. Ochs
Klara Oppenheim geb. Lichtenstein
Egon Oppenheim
Ruth Neuhaus
Willi Oppenheim und
Mathilde geb. Tannenberg
Röschen Oppenheim
Manfred Emanuel und
Martha geb. Oppenheim

Die Namen auf der Tafel oben rechts:

Ihre Seelen mögen auferstehen
Jenny Levi geb. Wallach
Leopold Levi und Martha geb. Frank
Betty Levi geb. Frank
Max Levi und Hedwig geb. Wallach
Walter Döllefeld
Helene Döllefeld
Mathilde Döllefeld

Die Namen auf der Tafel unten rechts:

Ihre Seelen mögen auferstehen
Mr. Eichholz und Frieda geb. Emanuel
Walter Katz und Reni geb. Ochs
Adolf Fulda und Meta geb. Oppenheim
Max und Recha Levi, Alfred Levi
Leopold Oppenheim und Martha geb. Marx
Heinz Oppenheim und Bruder Kurt
Familie Rothfels

(**Familie Rothfels**, das bedeutet die Kinder von Meier und Amalie Rothfels:
die Töchter Bertha und Roni, die Söhne Isidor und Theodor sowie Sohn Julius mit dessen Frau Elsa und den Kindern Werner und Rosel.)

EINE GUTE TAT:

Jüdischen Friedhof gepflegt

Rotenburger Primaner leisteten schon 232 Arbeitsstunden mit Hacke und Spaten

Rotenburg (bf). Am Mittwoch war Wandertag in der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg. Die Klassen zogen mit ihren Lehrern hinaus in Rotenburgs Umgebung, um die schönsten Fleckchen unserer engeren Heimat zu erobern.

Die Oberprima Mb überraschte allerdings durch ihre ungewöhnliche Wanderausrüstung. Wir trafen sie mit Harke, Hacke und geschultertem Spaten auf dem Wege zum israelitischen Friedhof unserer Stadt. Dort wollten sie ihren Wandertag mit der Pflege der Gräber verbringen.

In stundenlanger eifriger Arbeit säuberten die 15 Schülerinnen und Schüler die Grabflächen von Unkraut, schnitten das zwischen den Gräbern wuchernde Gras und räumten die Wege von herabgefallenen Zweigen und Ästen.

Wir fragten die Primaner, wie sie auf die Idee gekommen seien, aus welchem Grunde sie ihren Wandertag auf diese Weise verbringen. Sie erzählten, daß sie Anfang der Obersekunda bei einem Spaziergang auch den israelitischen Friedhof besucht hätten und dort sahen, daß Gräber und Wege einer dringenden Pflege bedürften.

Mit ihrem Klassenlehrer, Studienrat Weimann, besprachen sie die Möglichkeiten einer Hilfe. Und nachdem der Direktor der Schule, Oberstdudiendirektor Fuchs-Wissemann, die Genehmigung erteilt hatte, daß die Klasse an ihren Wandertagen auf dem israelitischen Friedhof arbeiten dürfte, setzte sich Studienrat Weimann mit dem Stadtforstamt in Verbindung, zu dessen Verwaltungsbereich dieser Friedhof gehört.

Forstmeister Werner Bertram ging auf den Vorschlag der Jugendlichen sehr erfreut ein und verteilte die Aufgaben.

Die Klasse hat inzwischen — in dreimaligem Einsatz — 15½ Stunden auf dem Friedhof gearbeitet. (Daraus ergeben sich 232 Arbeitsstunden, die der Forstverwaltung zugute kommen.) Zunächst mußten die gefaßten Grabflächen des neueren Teils von einer Grasnarbe befreit und freigelegt werden. Die verlorengegangene Muttererde wurde außerhalb des Friedhofs abgetragen und auf den Grabstätten verteilt. Bei dieser Arbeit wurden die jetzigen Primaner von einer Tertia unter Leitung ihres Klassenlehrers, Oberstudienrat Lienhöft, tatkräftig unterstützt. Später wurden die Wege des alten Friedhofteils von Gras und Unkraut gesäubert und wieder begehbar gemacht. Schließlich wurde als Abschluß für dieses Jahr am vergangenen Mittwoch der Friedhof für den Winter vorbereitet.

Die Arbeit der Schülerinnen und Schüler unterstützt die Anstrengungen der Forstverwaltung, den israelitischen Friedhof der Stadt in einem würdigen Zustand zu erhalten. Die Jugendlichen glauben, mit dieser Arbeit auch einen Beitrag dafür zu leisten, daß das Gedenken an die einst zahlreiche jüdische Gemeinde der Stadt Rotenburg nach den schrecklichen Jahren des Dritten Reiches ehrend wachgehalten wird, zumal diese Aufgabe vor der Tür liegt.

Die Forstverwaltung will den Schülerinnen und Schülern aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine finanzielle Anerkennung zukommen lassen. Wie wir von dem Klassenlehrer erfuhren, wollen die Schüler das erarbeitete Geld dazu verwenden, in der Zeit zwischen ihrem schriftlichen und mündlichen Abitur die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau zu besuchen.



Eine Gruppe von Schülern macht einen Pfad im alten Teil des jüdischen Friedhofs wieder begehbar. (Aufnahme: bf)



Zwei Schülerinnen säubern ein Grab des israelischen Friedhofs, das — dem jüdischen Ritus entsprechend — völlig schmucklos ist. (Aufn: bf)

Bericht in der HNA, April 1968

Drei Tage verbrachten die 15 Schülerinnen und Schüler der Abiturklasse von Albrecht Weimann im Frühjahr 1968 auf dem Jüdischen Friedhof, um ihn in einen würdigen Zustand zu versetzen. Dazu gehörte das Säubern der Grabflächen von Unkraut und das Freilegen und Begehbarmachen der Wege und Pfade.

Unterstützend wirkte auch die Mittelstufenklasse von Robert Lienhöft mit.

Insgesamt kamen so 232 Arbeitsstunden mit Hacke und Spaten zusammen.

„Die Jugendlichen glauben mit dieser Arbeit auch einen Beitrag dafür zu leisten, daß das Gedenken an die einst zahlreiche jüdische Gemeinde der Stadt Rotenburg nach den schrecklichen Jahren des Dritten Reiches ehrend wachgehalten wird, zumal diese Aufgabe vor der Tür liegt."

Der **Bericht muss erstaunen**, denn bis auf den heutigen Tag gilt der Vertrag, den Bund und die Länder im Juni 1957 abschlossen, wonach sie jeweils die Hälfte der anfallenden Kosten für die Instandhaltung jüdischer Friedhöfe aufbringen. Pauschal nach der Gesamtfläche werden seitdem den Städten und Gemeinden jährlich erhebliche finanzielle Mittel über die Regierungspräsidien zugewiesen.

Offenbar wurden die Gelder vor Ort nur begrenzt für die Pflege des jüdischen Friedhofs eingesetzt, sodass der freiwillige Pflegeeinsatz notwendig erschien. Nach dem regierungsamtlichen Erlass sind Schäden an den Grabsteinen auszubessern, umgefallene Grabsteine wieder aufzurichten, die Zugangs- und Hauptwege zu unterhalten, das Gras regelmäßig zu schneiden. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Inschriften lesbar bleiben und Rankpflanzen nicht von den Gräbern Besitz ergreifen. Wie konnte es sein, dass all dies so wenig Beachtung fand?

H. 11 Rückbesinnung wird mehrheitsfähig

Die Bereitschaft, sich mit der Geschichte von Verfolgung und Ermordung ehemaliger Mitbürger und Nachbarn auseinanderzusetzen, wuchs auf breiterer Ebene erst in den 1980er Jahren nach einem Generationenwechsel und der langsamen demokratischen Öffnung der Gesellschaft. Erst jetzt wurde der kritische Umgang mit der NS-Vergangenheit mehrheitsfähig, was sich an dem Beifall festmachen lässt, den Bundepräsident Richard von Weizsäcker 1985 für seine Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes erhielt, als er den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ bezeichnete.

An anderer Stelle hatte er jedoch die große Mehrheit der Deutschen weitgehend für schuldfrei erklärt, indem er ihnen bescheinigte:

„Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.“

Einige Kommentatoren sehen in Wendungen wie dieser den Erfolg von Weizsäckers Rede begründet, indem sich die große Mehrheit als Opfer eines Irrtums verstehen und so den 9. Mai 1945 *als „Tag der Befreiung“* feiern konnte.

„Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht“, so Weizsäcker 1985. *„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“*

Weizsäcker hatte in dieser Rede auch klargestellt: *„Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten.“*

Hans Mommsen (1987: 82) spricht davon, dass *„eine Neubestimmung des Verhältnisses zur nationalsozialistischen Periode überfällig war“* und dass *„die bis in die siebziger Jahre sorgsam gehegte Vorstellung, dass die verbrecherische Politik des NS-Regimes im wesentlichen von einer kleinen Clique fanatischer Nationalsozialisten getragen war, sich angesichts der tiefgreifenden Verstrickung weiter Kreise des höheren Offizierskorps, der Diplomaten und der Industrie in die Ausraubung Osteuropas, die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen und damit auch in den Holocaust nicht mehr länger aufrechterhalten ließ.“*

Einen wichtigen Beitrag zum Wandel des Geschichtsbildes hatte die Fernsehserie „Holocaust“ aus dem Jahr 1979 geleistet. Mit der Geschichte der jüdischen Berliner Arztfamilie Weiß ging es nicht mehr um abstrakte Faschismustheorien, sondern hier kamen einzelne Menschen und ihre Geschichte vor. *„Diese biographische Orientierung, die Wende auf die Subjekte der Geschichte, hat ungeahnte Wirkungen auf die Bearbeitung der Nazizeit zur Folge gehabt – auch in Hessen“.* (Krause-Vilmar 2006: 234)

Die Individualisierung des historischen Geschehens als Familiengeschichte ermöglichte eine Identifikation mit den Filmfiguren und ihrem Schicksal. Dabei rückten nicht nur die aus „rassischen“ Gründen verfolgten jüdischen Opfer in den Vordergrund der Wahrnehmung, sondern auch die Frage nach Verantwortung und Täterschaft, die in der Serie direkt angesprochen wurde. So war in der deutschen Version der Schluss geändert worden: Statt mit der Auswanderung des jüngsten Sohns der Familie Weiß nach Palästina - wie im amerikanischen Original - endete die letzte Folge mit einem Schuldeingeständnis des Onkels der vom NS-Regime profitierenden Familie Dorf: *„Wir haben uns alle mitschuldig gemacht. Ich hab’ zu so vielem geschwiegen. … Ich hab’ mit angesehen, was passierte, und nichts getan. Wir müssen erkennen, dass wir uns alle schuldig gemacht haben.“*

Bereits Walter Scheel, Weizsäckers Vorvorgänger im Amt des Bundespräsidenten, hatte bei seiner Rede zum 30. Jahrestag des Kriegsendes am 9. Mai 1975 den Begriff der „Befreiung“ eingeführt: *„Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei. Und wir atmeten auf, als dann das Ende kam. Aber wir vergessen nicht, dass diese Befreiung von außen kam, dass wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschütteln, dass erst die halbe Welt zerstört werden musste, bevor Adolf Hitler von der Bühne der Geschichte gestoßen wurde.“* (Frei 2023: 215f.

Aber anders als zehn Jahre später führte seine Deutung der Niederlage als „Befreiung“ nicht zu einer nennenswerten öffentlichen Diskussion.

Der kritische Umgang mit der NS-Vergangenheit wurde erst in den 1980er Jahren mehrheitsfähig. Und so entwickelten sich auch vor Ort in Bebra und Rotenburg vorsichtige Ansätze zu einer grundsätzlichen Veränderung der politischen Erinnerungskultur.

„Es war letztlich aber genau diese ‚Erinnerungsverweigerung' der ersten Nachkriegsjahrzehnte, die eine anhaltende Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und die heute entstandene Erinnerungskultur in den 1980er Jahren erst richtig anstieß." (Hecht 2010: 42)

Im September 1979 hatte sich innerhalb der *Evangelischen Jugend Bebra* eine „Projektgruppe Nationalsozialismus" zusammengefunden. (s. nächste Seite) In einem Arbeitspapier formulierte man als Motivation zur Gründung der Projektgruppe *„das Auftreten von Neonazis, das Verdrängen der N.S.-Geschichte, Fernsehfilme wie Holocaust und unser eigener Mangel an Wissen über diese Zeit"*. Weiter heißt es in dem Text*: „Ein nicht unerheblicher Motivationsgrund war unsere christliche Überzeugung, deren zentrale Aussage (Nächstenliebe) oft in Konflikt mit herrschenden Machtverhältnissen steht."*

Leider ist nur das Vorwort zu diesem Projektbericht erhalten geblieben, in dem es zusammenfassend heißt*: „Wir haben viel in der Projektgruppe gelernt, … erschütternde Erlebnisse aus dieser Zeit und dass sich solch eine Geschichte nur kurzzeitig verdrängen lässt, ansonsten werden wir von den Schatten der Vergangenheit eingeholt."*

Im Dezember 1984 setzte die Stadt Bebra in der Nähe des Standortes der Synagoge eine Tafel im Format 60 x 40 cm mit dem *Wortlaut „Zum Gedenken an die ehemalige Synagoge der jüdischen Kulturgemeinde Bebra"*. Fünf Jahrzehnte später wurde diese Tafel unmittelbar vor den Eingang zum Rathaus gesetzt – über eine stilvolle und wertige Bronzetafel, die 82 aus Bebra stammende Holocaustopfer namentlich und mit ihren Todesorten nennt.

1988, im 50. Jahr nach den Novemberpogromen von 1938, wurde die Klasse 10a der Bebraer Brüder-Grimm-Schule, unterstützt von ihrem Geschichtslehrer Karl Weber, für einen Beitrag für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten ausgezeichnet: „Vor 50 Jahren: Reichskristallnacht – Spurensuche zum Judenpogrom in Bebra". Bei ihrer intensiven Informations- und Materialsuche waren die Schülerinnen und Schüler zwar auf manche Zurückweisung gestoßen, konnten zugleich aber auch in größerem Umfang Fotomaterial zum Thema zusammentragen, das sich als sehr hilfreich für spätere Darstellungen erwies. Zum aktuellen Umgang der befragten Zeitzeugen mit den Geschehnissen im November 1938 formulierte die Schülergruppe die enttäuschende Erkenntnis: *„Manche der von uns befragten Zeitzeugen benutzten … das Vergessen als Vergangenheitsbewältigung."* Immerhin fanden längere Textauszüge der Schülerarbeit Eingang in die 1991 veröffentlichte Bebraer Stadtchronik.



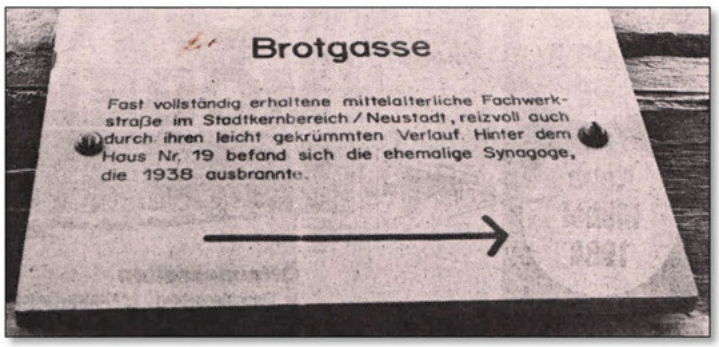


***Bronzegedenktafel** für die 82 Bebraer Holocaustopfer; sie hängt ab 2025 in einer durch 11 Stahlsäulen gebildeten Reihe, die sich auf Emil Ludwig Fackenheims Erinnerungsgebot bezieht.*



Bericht der Bebraer „Projektgruppe Nationalsozialismus“ (Titelblatt).
Einem Artikel in der HNA vom 8. November 1988 ist zu entnehmen, dass die Evangelische Jugend Bebra außerdem zwei Videodokumentationen erarbeitete, sie trugen die Titel „Juden in Bebra“ und „Kristallnacht“. Ergänzt wurden die Videos durch eine Ausstellung, die am 9. November 1988 (20.15 Uhr) im Gemeindehaus am Grünen Weg gezeigt wurde, wohin „interessierte junge Leute“ eingeladen waren. Bereits ab 9 Uhr wurden am 9. November 1988 die Videos im Foyer des Rathauses gezeigt. Zu den Veranstaltern zählten - außer der Evangelischen Jugend - das Bebraer Jugendzentrum, das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und der Stadtjugendring Bebra. Leider sind die Videos nicht erhalten geblieben; auf einem Fragment des Projektgruppenberichts heißt es: „Bestürzend ist das mangelnde Wissen über diese Zeit, gerade bei Jugendlichen, aber auch der Verdrängungsmechanismus vieler Erwachsener.“

1984 wurde auch die Rotenburger Öffentlichkeit mit der Frage konfrontiert, in welcher konkreten Form mit einer Infotafel an die vernichtete Jüdische Gemeinde erinnert werden solle. Auf Veranlassung des Rotenburger Heimat- und Verkehrsvereins war 1976 am Eingang zur Brotgasse, in der sich hinter Haus Nr. 19 (ehemals Jüdische Schule) die Synagoge befunden hatte, das hier abgebildete Hinweisschild angebracht worden.



*Der Text auf der 1976 aufgehängten **Hinweistafel** am Straßeneingang zur Brotgasse lautete:*
„Fast vollständig erhaltene mittelalterliche Fachwerkstraße im Stadtkernbereich/Neustadt, reizvoll auch durch ihren leicht gekrümmten Verlauf. Hinter dem Haus Nr. 19 befand sich die ehemalige Synagoge, die 1938 ausbrannte.“

Eine auswärtige Besuchergruppe und eine Rotenburger kirchliche Jugendgruppe hatten Anstoß an dem Wortlaut des Schildes genommen, das keinerlei Hinweis auf die Schändung und Zerstörung der Synagoge im November 1938 enthielt, auf dem andererseits jedoch irreführend und sinnentstellend zu lesen war, dass die Synagoge „1938 ausbrannte“.

Laut HNA/Rotenburg-Bebraer Allgemeine v. 25.01. 1984 hatte der Magistrat bereits zwei Jahre davor eine Eingabe zur Änderung der Aufschrift einstimmig abgelehnt. Und auch 1978 hatte der damals SPD-geführte Magistrat die Anregung eines Rotenburger Bürgers abschlägig beschieden, zur 40. Wiederkehr der „Reichskristallnacht“ die lokalen Geschehnisse öffentlich zu thematisieren. Jetzt, im Januar 1984, begründete Bürgermeister Gleim die neuerliche Magistratsentscheidung unter anderem damit, *„daß gerade eine Fremdenverkehrsstadt nicht ewig an unselige Taten in einer unseligen Vergangenheit erinnern müsse.“*
Daraufhin verfasste der SPD-Unterbezirk Rotenburg eine Resolution, in der es u. a. hieß: *„Die Verfol-*



So viele Zuschauer hatte es bei den Parlamentssitzungen lange nicht mehr gegeben: Die Diskussion um das Hinweisschild auf Brotgasse und Synagoge war bei den Rotenburgern offensichtlich auf starkes Interesse gestoßen. Im Vorraum waren zusätzliche Stühle aufgestellt worden. (Foto: uli)

*HNA/Rotenburg-Bebraer Allgemeine v. **1. Februar 1984***

gung der jüdischen Mitbürger in der Nazizeit gehört ebenso zur Geschichte Rotenburgs wie der demokratische Wiederaufbau nach 1945 und die Überzeugung der 1945 angetretenen Demokraten, daß die unselige Vergangenheit aufgearbeitet werden muß und sich derartige Ereignisse nicht wiederholen dürfen." (HNA, 23.01.1984)
Im späteren Jahresverlauf ließ der Heimat- und Verkehrsverein eine neue Tafel anbringen, die auch jetzt noch ihren seinerzeit gewählten Platz hat.

Die in Rotenburg 1984 geführte Kontroverse hatte auch außerhalb der Stadt Aufsehen erregt und kritische Berichterstattungen in Rundfunk und Fernsehen ausgelöst. Bemerkenswert war auch ein zorniger Leserbrief des damaligen Bundessprechers der Jüdischen Studentenschaft, Stefan Rohrbacher, später Judaistikprofessor in Düsseldorf und Verfasser des Nachworts zum „Fiktiven Tagebuch der Judeneiche" der JGS-Arbeitsgruppe Spurensuche.

Im Mai 1985 war es dann der 40. Jahrestag nach Kriegsende, der die beiden christlichen Konfessionen Rotenburgs zu einem ökumenischen Gottesdienst in die Jakobikirche führte. Initiiert war die Veranstaltung von Dekan Siegfried Dembowski (Jg. 1927) und Pfarrer Reiner Weiß (Jg. 1936), der bereits Jahre zuvor eine lokale Friedensinitiative auf den Weg gebracht hatte.

In der Maiausgabe 1985 des Rotenburger kirchlichen Monatsboten schrieb Dekan Dembowski:
„Ich weiß, daß sehr viele meiner und der älteren Generation denken: ‚Laßt doch die Vergangenheit ruhen und wühlt nicht darin herum!' Es wird unter uns sehr wenig oder gar nicht davon gesprochen und jeder vergräbt die Ereignisse von damals in sich. … So rufen wir denn dazu in die Jakobikirche am 8. 5.! Wir werden uns an das erinnern, was war und ist, werden nachdenken und beten. Wir werden spüren, daß nur von gewollter Einsicht und Umkehr und von empfangener Vergebung her ein neuer Weg möglich ist. Alles Erinnern hilft nichts, wenn wir keine Konsequenzen daraus ziehen."

Im Anschluss an den Gottesdienst fand ein „offenes" Gespräch im Sitzungssaal des Rathauses statt, bei dem man auf die Teilnahme jüngerer Menschen setzte:
„Wir Älteren sind auf Eure Fragen angewiesen", so Dekan Dembowski.



*Auf dem am westlichen **Straßeneingang der Brotgasse** an dem linken Eckhaus angebrachten Schild heißt es: „Fast vollständig erhaltene mittelalterliche Fachwerkstraße, reizvoll auch durch ihren leicht gekrümmten Verlauf."*
Auf dem unteren Teil des Hinweisschildes wird durch die Verwendung des Begriffs „Pogromnacht" das damalige Geschehen beim Namen genannt; wohl bedingt durch den begrenzten Raum fehlen weitere Details, lediglich der Abriss findet Erwähnung. Grundsätzlich ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die hier abgebildete Tafel in eine Reihe gehört, die der inzwischen aufgelöste Heimat- und Verkehrsverein an mehreren Baudenkmälern in der Stadt Rotenburg anbringen ließ.

*Eine **Gedenktafel** (unten) an dem Standplatz der ehemaligen Synagoge (hinter dem Haus Brotgasse 19) wurde erst 2001 möglich, nachdem der Eigentümer des Grundstücks dazu seine Genehmigung erteilt hatte; er bestand aber auf der Verwendung zurückhaltender Formulierungen. So konnte das im Wesentlichen von der SA ausgeführte Zerstörungswerk nur in allgemeiner Form benannt werden.*



1988 erarbeitete eine Jugendgruppe der Martin-Luther-Kirchengemeinde Rotenburg eine Ausstellung, die sie für eine Woche in der Aula der Jakob-Grimm-Schule zeigte und dann auch für einen Tag im Rathaus der Stadt aufbauen konnte. Anlässlich des Gedenkens an die ein halbes Jahrhundert zurückliegenden unseligen Geschehnisse war damit jungen Menschen auch in Rotenburg ein erster Schritt des Dokumentierens jüdischen Lebens und der Verfolgung der jüdischen Minderheit gelungen. Auch in Rotenburg stießen die jugendlichen Spurensucher nicht uneingeschränkt auf Verständnis und Unterstützung. Andererseits brachen ebenso wie in Bebra auch in der Kreisstadt Verkrustungen auf, von da an fühlten sich hier ansässige Menschen dazu veranlasst, Anekdoten vom Miteinander zu erzählen, alte Fotos herauszusuchen, Erinnerungsstücke aufzuspüren und persönliche Korrespondenz mit Überlebenden herbeizuholen.

Im November 1988 verständigte sich der Rotenburger Magistrat mit den lokalen Kirchengemeinden zu einer ersten gemeinsamen Gedenkveranstaltung. In den folgenden Jahren kam es zu Wiederholungen in den drei Rotenburger evangelischen Kirchen, im Wesentlichen initiiert und gestaltet von Ehrenamtlichen. Das Gleiche geschah in Bebra.

Bis weit in die 1980er Jahre war die Geschichte des Nationalsozialismus überwiegend „von oben“ gesehen worden, aus der Perspektive der personellen und institutionellen Machtträger und Zentren der nationalen Politik. Jetzt aber kam mehr und mehr das historische Geschehen an der Basis, auf der untersten Ebene in den Vordergrund der Betrachtung. Geschichte kann so eher als politischer Prozess, der von Menschen gestaltet wurde und wird, verstanden werden, und nicht als ein schwer erklärlicher Schicksalsschlag, der gleichsam mit Naturgewalt über das Leben der Einzelnen hinwegrollt.

1993 erschien in Rotenburg ein Buch mit dem Titel „Gegenwind“, in dem ein Rotenburger „Rechtsaußen“ seine Heimatstadt quasi als Insel der Glückseligen während der Nazizeit darstellte. Die Novemberpogrome 1938 waren für ihn im Prinzip lediglich „Dumme-Jungen-Streiche“.

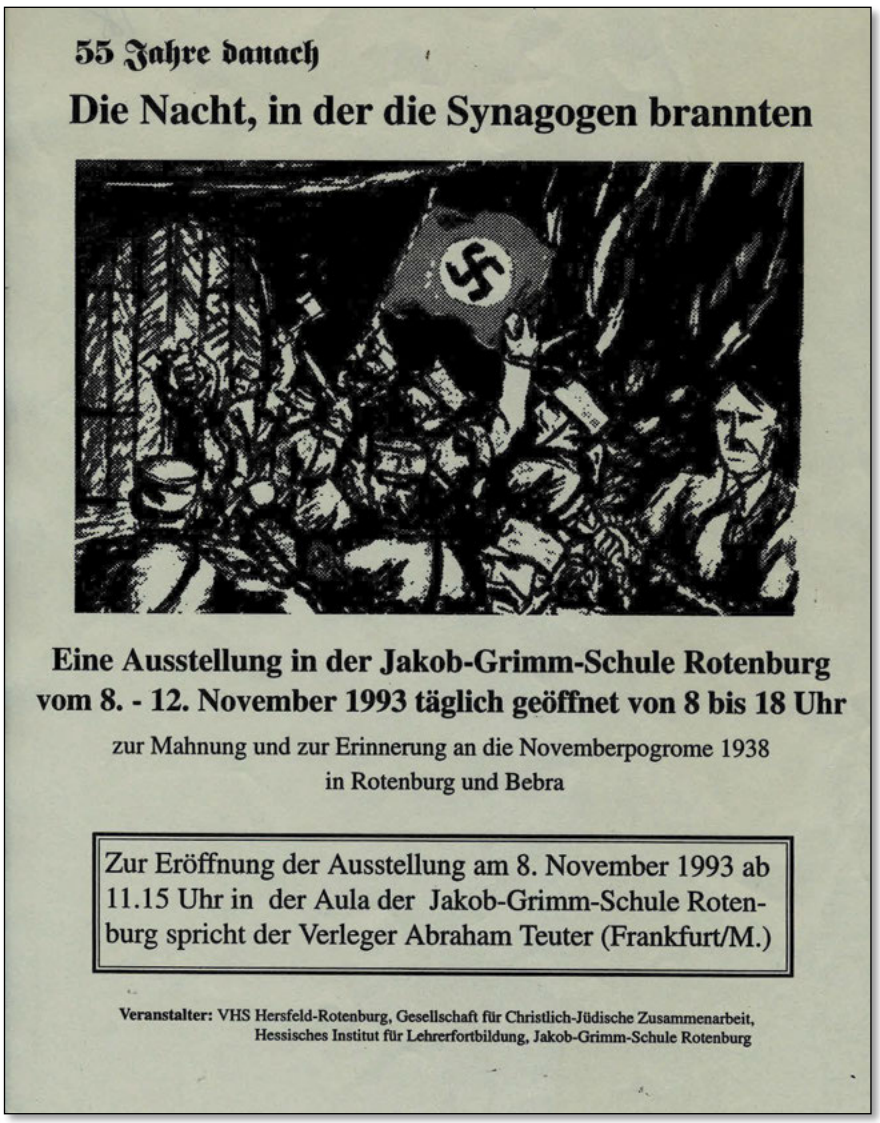
Ich selbst sah mich im Gefolge der öffentlichen Diskussion über diese Geschichtsklitterung veranlasst, Zeitzeugen zu befragen und in Archiven zu recherchieren. Mir ging es darum, die Darstellung des Gegenwind-Autors nicht aus dem Bauch heraus, sondern mit Zahlen und Fakten zu widerlegen. Ich fühlte mich in besonderer Weise dazu aufgerufen, weil das Thema Antisemitismus in meiner Dissertation über 100 Jahre Wahlen und Parteien im benachbarten Landkreis Hersfeld ein ganz anderes Bild abgegeben hatte als das, was in dem genannten Werk über Stadt und Kreis Rotenburg vermittelt wurde. Und ich wusste aus meiner Arbeit über Hersfeld, dass bis 1930 bei dortigen NS-Veranstaltungen die Bebraer SA den Saalschutz stellte.

An die Öffentlichkeit ging ich im November 1993 zusammen mit einigen schon 1988 Beteiligten mit einer neugestalteten und erheblich erweiterten Ausstellung, diesmal mit dem Titel *„55 Jahre danach – Die Nacht, in der die Synagogen brannten“.*

Diese Ausstellung wurde in Rotenburg und Bebra in drei Schulen über einen jeweils längeren Zeitraum hin gezeigt und auch mit einem Begleitheft ausgestattet, das in Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Riemenschneider entstanden war. Letzterer hatte die Jugendgruppe der Martin-Luther-Kirche bereits fünf Jahre zuvor bei ihrem Ausstellungsprojekt beraten und unterstützt.



Flyer zur Ausstellung „55 Jahre danach“ *vom 8. bis 12. Nov. 1993 in der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg, danach in der Verwaltungsfachhochschule Rotenburg und in der Brüder-Grimm-Schule Bebra.*



Plakat zur Ausstellung *in der Jakob-Grimm-Schule vom 8. bis zum 12. November 1993.*

Anlässlich der im November 1993 gezeigten Ausstellung waren auch Nachfahren jüdischer Familien nach Rotenburg und Bebra gekommen; von da an wurden beide Städte das immer wiederkehrende Ziel von jüdischen Besucherinnen und Besuchern, die den Spuren ihrer hier beheimateten Familien nachgingen. Zugleich ließen sie ihre Gastgeber durch ihre Schilderungen an den Lebenswegen und Schicksalen ihrer Familien teilhaben. So ergänzten und bereicherten sie den in Archiven und Ämtern oft nur spärlich vorhandenen und nicht immer leicht zugänglichen Material- und Kenntnisstand über die bis vor wenigen Jahrzehnten hier noch lebende jüdische Minderheit.

Nach und nach entstand auf dieser Basis eine Reihe von Dokumentationen über Leben und Schicksal einzelner Mitglieder oder ganzer Familien aus Rotenburg und Bebra sowie benachbarter Orte. Die Rückkehr von Überlebenden und ihren Familien an die Orte ihrer Jugend bzw. in die Heimat früherer Generationen führte so zum gemeinsamen Aufbau einer auch wahrnehmbaren und sichtbaren Gedenkkultur.

Einige unter den „Rückkehrern“ gaben zu erkennen, dass sie eigentlich nie wieder einen Fuß auf deutschen Boden hatten setzen wollen bzw. beim Besuch der Gräber ihrer Vorfahren den Kontakt mit Menschen vor Ort weitgehend gemieden hatten. Die hier angestellten Bemühungen zur Aufarbeitung hätten aber zu einem Sinneswandel geführt. Moshe Naveh, im Mai 1924 in Rotenburg als Manfred Oppenheim geboren und 1935 mit den Eltern aus Hitlers Machtbereich geflüchtet, drückte das so aus:

„Der Eiserne Vorhang, den ich zwischen mir und meiner deutschen Heimat errichtet hatte, hat durch Euer Wirken große Löcher bekommen.“

Das galt schwerpunktmäßig der Zeit, in der binnen Kurzem die jüdischen Menschen vor aller Augen ausgegrenzt, entrechtet, vertrieben und deportiert worden waren. Die Aufmerksamkeit und Beschäftigung war aber auch auf das Mit- und Nebeneinander vor 1933 gerichtet.

Die vertiefte Erforschung der Lebenswege und Schicksale jüdischer Menschen vor Ort schloss bald auch deren Nachfahren als aktiv Beteiligte mit ein, sodass es zu intensiven persönlichen Kontakten kam und sich das Erinnern und Dokumentieren zu einer gemeinsamen Aufgabe entwickelte.

Seit Ende der 1980er Jahre wurde an der Jakob-Grimm-Schule weiter an der Thematik der lokalen jüngeren Geschichte gearbeitet. Besonders ertragreich war dabei die Kooperation mit Miriam Schaub, in deren Kunstunterricht Modelle der ehemaligen Rotenburger Synagoge und des rituellen Tauchbades entstanden.

Die außerordentliche Resonanz, welche die Aufarbeitung der verdrängten lokalen und regionalen Geschichte und Kultur bei den Kolleginnen und Kollegen und in der Schülerschaft fand, eröffnete dann die Möglichkeit, über viele Schuljahre hin in der JGS einen Oberstufenkurs „Spurensuche“ anzubieten. Erstes vorzeigbares Einzelergebnis war ein Hörspiel mit dem Titel „Fritz, ist der Hammer schwer genug?“, einem leicht abgewandelten Zitat der Mutter eines der Hauptaktivisten bei den Novemberpogromen 1938.

In diese zeitliche Phase fielen die Vorbereitungen für Rotenburgs 750-jähriges Stadtjubiläum 1998. Beim städtischen Kulturamtsleiter regte ich an, die bislang im Wesentlichen auf den schulischen Raum beschränkten Erinnerungsbemühungen zu einem Programmpunkt im Jubiläumsjahr zu machen.

Zwei Hauptziele galt es in den nächsten Monaten zu verfolgen:

- 1. mitten in der Stadt, in deren guter Stube, nämlich im Sitzungssaal des Rathauses, eine Ausstellung zu 600 Jahren Jüdischen Lebens in Stadt und Region Rotenburg zu präsentieren, und
- 2. an markanter Stelle einen Gedenkstein zu setzen.

Schließlich kam es dann im November 1998 im Rahmen der 750-Jahr-Feier der Stadt Rotenburg zu einer *Jüdischen Woche* mit den unterschiedlichsten Einzelveranstaltungen und einer Vielzahl von interessierten Besuchern aus allen Altersgruppen und Bevölkerungsschichten.



***Flyer** zu einer Serie von Veranstaltungen („**Jüdische Woche**“) zur 750-Jahr-Feier der Stadt Rotenburg vom 8. bis 16. November 1998.*
Zum Programm gehörte u.a. ein christlich-jüdischer Gedenkgottesdienst, ein Konzert mit Chor- und Instrumentalwerken jüdischer Komponisten, eine Autorenlesung Mirjam Pressler, ein Chagallvortrag von Christoph Goldmann und ein Vortrag von Ignatz Bubis über „Jüdisches Leben in Deutschland heute“.

Als wir dann von Ignatz Bubis, dem damaligen Sprecher des Zentralrats der Juden in Deutschland, die Zusage bekamen, die feierliche Einweihung eines Gedenksteins durch seinen Besuch zu würdigen, fand sich dann auch ein privater Sponsor zur Finanzierung des Gedenksteins.



Bubis weihte Gedenkstein ein

Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, enthüllte gestern vor dem jüdischen Friedhof am Herz-Kreislaufzentrum in Rotenburg einen Gedenkstein. Er soll an die Vernichtung vieler Juden durch die Nationalsozialisten erinnern und junge Menschen zum Nachdenken über diese Verbrechen anregen. Abends war Bubis Gast der Hersfelder Zeitung. (Foto: Berger)

LOKALES SEITE 9





***oben**: **Hersfelder Zeitung** v. 13.11.1998.*
***Mitte**: **Ignatz Bubis** (Ansprache zur Gedenksteineinweihung in Rotenburg am 12. Nov. 1998.)*
***unten**: **Ignatz Bubis** mit Rotenburgs Bürgermeister Fehr und Stadtverordnetenvorsteher Ermel.*

Zeitlich überlappend machten wir eine nicht nur für die lokale und regionale Geschichte relevante Entdeckung: Aktenbestände des Marburger Staatsarchivs zeigten die Stadt Rotenburg im Paulskirchenjahr 1848 als Zentrum wochenlanger massiver Ausschreitungen gegen die jüdische Minderheit.

Mit diesem Material erstellte die *Arbeitsgruppe Spurensuche* der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg unter dem Titel „Hier geht es wieder drüber und drunter – Mit Äxten die ganze Nacht“ einen Beitrag für den 1998 ausgeschriebenen Schülerwettbewerb der deutschen Zeitungsverleger mit dem Titel „Aufbruch zur Freiheit – Was ereignete sich 1848 in meiner Heimatregion?“. Dieser Beitrag wurde mehrfach ausgezeichnet. Als digitale Version kam diese Arbeit im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten unter Tausenden von Einsendungen auf den 2. Platz, was zur Folge hatte, dass die Zentralstelle Medien im Hessischen Landesinstitut für Pädagogik Mittel für eine professionelle Pressung in 500er Auflage zur Verfügung stellte, die dann hessenweit in die Bestände der staatlichen Bildstellen ging.

In der Folgezeit entstanden die DVDs *„Antisemitismus mit dem Stimmzettel“* (gewürdigt 2000 mit dem *Frankfurter Filmband)*, *„Das Schicksal der Juden unter dem Hakenkreuz im Raum Hersfeld-Rotenburg“* (2001 Erster Hauptpreis im Victor-Klemperer-Wettbewerb), *„Spuren jüdischen Lebens in Rotenburg. Ein Rundgang“* (2003 Deutscher Jugendvideopreis in der Kategorie Multimedia).

Eine große Unterstützung der Arbeit der AG Spurensuche bedeutete das Angebot der Zentrale für Unterrichtsmaterialien im Internet (ZUM), kostenlosen Serverplatz zur Verfügung zu stellen, sodass die Html-Versionen der CD-ROMs und DVDs in vollem Umfang ins Netz gestellt werden konnten. Für das Unterrichtsfach Geschichte und auf dem nach Bundesländern gegliederten ZUM-Zugang wurde dieses Rotenburger Web-Angebot auf der jeweils ersten Seite platziert.

2003 erarbeitete die AG Spurensuche unter dem Titel „Das Tagebuch der Judeneiche“ Erinnerungen an die Geschichte des Dorfes Rhina (bei Hünfeld), das im 19. Jahrhundert eine jüdische Bevölkerungsmehrheit hatte. Im Nachwort zu der Buchfassung schrieb der Leiter des Instituts für jüdische Studien an der Universität Düsseldorf, Prof. Stefan Rohrbacher: *„So sind die Mitglieder dieser Projektgruppe zu ernsthaften Historikern geworden, die unseren Wissensstand erheblich bereichert haben – auch über regionalgeschichtliche Belange hinaus.“*

Parallel zu der multimedialen Darstellung der Arbeitsergebnisse galt es, Räumlichkeiten für analoge Präsentationen zu finden. Der Gedanke, Teile des Dachbodens der Jakob-Grimm-Schule dafür zu nutzen, stieß auf Unterstützung der Schulleitung der Jakob-Grimm-Schule und des zuständigen Schuldezernats. In anderthalbjähriger handwerklicher Maloche konnte die Arbeitsgruppe die räumlichen Möglichkeiten für eine auf Dauer angelegte Ausstellung zur jüdischen Geschichte und Tradition der Region schaffen, die im Mai 2001 als „Judaica-Geschichtswerkstatt“ der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Die Namenswahl sollte das Selbstverständnis der Arbeitsgruppe Spurensuche ausdrücken, bei ihrer Erforschung und Auseinandersetzung mit der lokalen und regionalen Geschichte an die Methoden und Ziele der Geschichtswerkstattbewegung anzuknüpfen: *Geschichte von unten, Alternative Geschichtsbetrachtung, Oral History, Grabe, wo du stehst!* Andererseits bewahrte uns die Kennzeichnung als „Werkstatt“ vor überzogenen Erwartungen bezüglich der technischen und ästhetischen Perfektion des mit minimaler finanzieller Ausstattung realisierten Projektes.



GESCHICHTSWERKSTATT

„Idealer Ort der Begegnung“

ROTENBURG ■ Als „idealen Ort der Begegnung mit Inhalten“ bezeichnete der stellvertretende Schulleiter der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule, Roland Jost, die Geschichtswerkstatt von Dr. Heiner Nuhn und der Arbeitsgruppe Spurensuche (HNA berichtete). Die neu gestalteten Räume auf dem Dachboden wurden am Mittwoch in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste eingeweiht.

„Es hätte keinen besseren Ort geben können, der einer Vielzahl junger Menschen das Angebot der Begegnung und den Zugang von lokaler und regionaler Geschichte ermöglicht“, sagte der stellvertretende Schulleiter. Darüber hinaus sei dies ein Beitrag zur Öffnung der Schule in der Region. „Nun kann die Beziehungsgeschichte zwischen Juden und nichtjüdischer Umwelt in unserer engen Heimat mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt werden und als Beitrag zur Aufklärung über Wert und Leistung jüdischer Kultur dienen“, erklärte Jost.

Seinen Dank richtete er an den Landkreis und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit für deren finanzielle Unterstützung, an die AG Spurensuche und Dr. Heiner Nuhn für deren unerschöpfliches Engagement sowie an Ehefrau Inge Nuhn für ihre „mutmachende, korrigierende, unentbehrliche Hilfe“.

Mit der Dokumentation in den neu gestalteten Räumen sei es gelungen, Geschichte mit allen Sinnen erfahrbar werden zu lassen, sagte die Erste Kreisbeigeordnete, Christa Bittner. Die Geschichtswerkstatt rege zum Nachdenken über eine dunkle Epoche an, die „doch auch zu unserer Geschichte gehört“. Der ausgestellte Wandteppich, den die NS-Frauenschaft der Stadt Rotenburg 1934 gestickt habe, sei im Kreisheimatmuseum eher versteckt worden. Hier werde er eingebettet in geschichtliche Zusammenhänge. „Das gibt ihm eine neue Qualität“, sagte sie.

„Dieser Teppich braucht mehr Erläuterungen, als man auf einem DIN A 4-Blatt zusammenfassen kann“, sagte auch Rotenburgs Bürgermeister Manfred Fehr. Das Exponat verdeutliche besonders stark die Auswirkungen der NS-Ideologien und sei wichtiger Bestandteil dieser Begegnungsstätte zur Aufbereitung der eigenen, lokalen Geschichte.

Dank richtete Dr. Heiner Nuhn an die Arbeitsgruppe Spurensuche und auch an die „gesamte Schulgemeinde“, mit deren Rückhalt und Unterstützung diese umfangreiche Arbeit überhaupt erst möglich geworden sei. Für den musikalischen Rahmen der Einweihungsfeier sorgte ein Musikkurs unter Leitung von Christina Kalb-Heck. (zwk)

Die Geschichtswerkstatt in der Jakob-Grimm-Schule ist morgen, Samstag, von 11.30 bis 13 Uhr für alle Interessierten geöffnet.

Auf großes Interesse stieß die neue Geschichtswerkstatt der Jakob-Grimm-Schule schon bei ihrer offiziellen Einweihung. (Foto: Wenk)

Bericht der HNA/Rotenburg-Bebra v. 5. Juni 2001 über die Einweihung der ***Judaica-Geschichtswerkstatt*** *im Dachgeschoss der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg.*



Rollup der Hessischen Gedenkstätten-Initiative *zur Judaica-Geschichtswerkstatt in der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg - die Hessenkarte zeigt alle Orte mit Gedenkstätten-Initiativen.*

JAKOB-GRIMM-SCHULE

Geschichte unterm Dach

Das Leben und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Rotenburgs wird in einer neuen Geschichtswerkstatt auf dem Dachboden der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule dokumentiert.

ROTENBURG ■ Vor den Inhalten stand die Dreckarbeit. Und das ist wörtlich zu nehmen. Schülerinnen und Schüler der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule

VON SILKE SCHÄFER-MARG

haben in den vergangenen Wochen mit Unterstützung von Lehrkräften und Fachleuten Teile des düsteren, verschmutzten Schul-Dachbodens in helle, freundliche Ausstellungsräume verwandelt.

Die Arbeitsgruppe Spurensuche unter Leitung von Dr. Heinrich Nuhn hat nun ein Forum, um Ausschnitte des bisher Erforschten und Gesammelten darzustellen. Gleichzeitig ist der Name der Räumlichkeiten, „Geschichtswerkstatt", Programm: Die Ausstellung über jüdische Tradition in Rotenburg und deren Zerstörung ist nicht endgültig fertig. Die Jugendlichen forschen weiter und wollen ihre Ergebnisse ebenfalls dort veröffentlichen.

Brisantes gefunden

Manches, was in der Ausstellung gezeigt wird, ist geschichtlich Interessierten bereits bekannt: Sei es das Modell der Rotenburger Synagoge, das während eines Grundkurses Architektur gebaut wurde, sei es ein Modell des jüdischen Ritualbades. Doch auch Brisantes findet sich unterm Schuldach: So ist der im Winter 1934/35 von Mitgliedern der NS-Frauenschaft und der Evangelischen Frauengemeinschaft gestickte Wandteppich ausgestellt. Er hing bis zum Einmarsch der Amerikaner 1948 neben der Kanzel der Rotenburger Jakobikirche (siehe auch unten stehenden Bericht und Kasten links).

Anhand von Fotos, Anzeigen, Ausschnitten aus Dokumenten kann sich der Betrachter über die Geschichte jüdischen Lebens in Rotenburg, über Handel und Handwerk sowie die Vaterlandsliebe der ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt informieren. Und natürlich über deren Verfolgung vor und während der Nazi-Diktatur.

Bundesweit recherchiert

Recherchen dazu führten Dr. Nuhn in den vergangenen zehn Jahren in zahlreiche Archive in der ganzen Bundesrepublik. Kernstück der Geschichtswerkstatt ist ein Holzverschlag, der die Judenverfolgung auch sinnlich erfahrbar machen soll: Durch eine knarrende Tür betritt der Besucher einen kleinen, spärlich beleuchteten Raum, in dem er Bilder und Dokumente über die endgültige Vertreibung der Juden und deren Vernichtung findet. Gleichzeitig können hier Ausschnitte aus den CD-Rom-Produktionen der Arbeitsgruppe Spurensuche gezeigt werden.

Der Holzverschlag hat eine besondere Geschichte: Hier lagerte der frühere Hausmeister Heinrich Sultan heimlich Bücher ein, die er eigentlich verbrennen sollte. Die offizielle Einweihung der Geschichtswerkstatt sollte denn auch in Erinnerung an die damaligen Vorkommnisse am 10. Mai stattfinden, muss jedoch aus organisatorischen Gründen auf Mittwoch, 9. Mai, vorgezogen werden. Am 10. Mai 1933 wurden in vielen deutschen Städten Bücher missliebiger Autoren öffentlich verbrannt.

Eigentlich sollte aus dem Verschlag ein Raum der Meditation werden, erzählt Dr. Nuhn. Die inzwischen verstorbene Kunstlehrerin Miriam Schaub wollte ihn gestalten. Da sie nicht mehr mitarbeiten konnte, entschied sich die Gruppe für eine andere Nutzung des Verschlages.

Die Arbeitsgruppe Spurensuche gibt es bereits seit mehreren Jahren. Schülerinnen und Schüler der Oberstufe können ihre Mitarbeit als regulären Grundkurs werten lassen - ganz im Sinne der Schulprofilbildung, wie Dr. Nuhn erklärt. Geschichtsforschung ist ein Strang von vielen, die das Profil der Jakob-Grimm-Schule ausmachen.

An der Geschichtswerkstatt arbeiteten denn auch Schüler und Lehrkräfte aus anderen Fachbereichen mit: Im Werkunterricht schufen Kinder Ausstellungsplattformen, handwerklich geschickte Lehrer bauten Türrahmen und Tafeln - ein Gemeinschaftsprojekt eben.



Blick in die neue Geschichtswerkstatt: Dr. Heinrich Nuhn erklärt Schülerinnen der Arbeistgruppe Spurensuche an einem Modell der Stadt Rotenburg die Lage der jüdischen Wohnhäuser.

Die neue Geschichtswerkstatt unter dem Dach der Jakob-Grimm-Schule an der Braacher Straße ist am Samstag, 12. Mai, von 11.30 bis 13 Uhr für alle Interessierten geöffnet. Gruppen können sie nach Absprache mit Dr. Heinrich Nuhn besichtigen. Geplant ist ein fester monatlicher Öffnungstermin.

Kunstlehrer entwarf Kirchenteppich

Der monumentale Kirchenteppich, der nun in der Geschichtswerkstatt der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule ausgestellt ist, wurde auf Anregung und nach einem Entwurf des Kunstlehrers Wolf-Dietrich Stein von Mitgliedern der NS-Frauenschaft, der Evangelischen Frauengemeinschaft und Schülerinnen der JGS gestickt.

Wie Kerstin Merkel in ihrem Beitrag für „Rund um den Alheimer" 1999 weiter schrieb, wurde der Teppich am „Tag der nationalen Arbeit" im Mai 1935 an der Rathaustreppe öffentlich präsentiert. In den folgenden Jahren hing der Teppich rechts neben der Kanzel der Jakobi-Kirche. 1945 wurde er im Archivraum der Kirche vor den Amerikanern verborgen. 1966 übergab ihn die Kirche an das Kreisheimatmuseum, wo er im Magazin gelagert wurde.

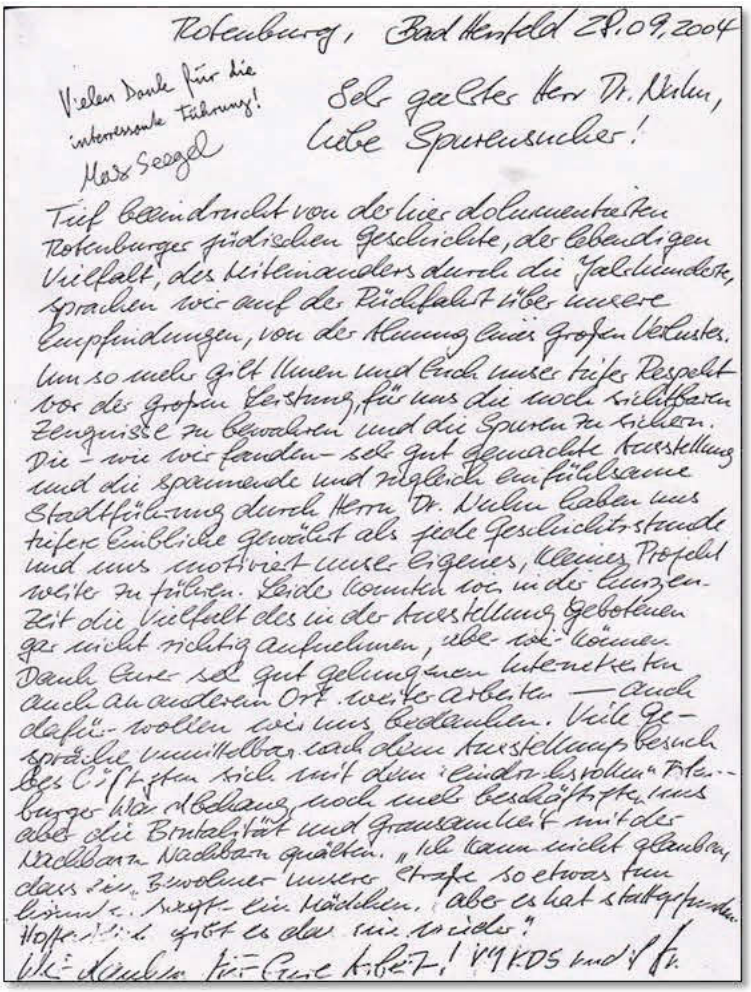
Der Teppich sei ein bezeichnendes Dokument für das zwiespältige Verhältnis der evangelischen Kirche und des Staates in nationalsozialistischer Zeit, heißt es bei Merkel weiter. Die anfängliche Begeisterung der evangelischen Christen sei zur Stabilisierung des politischen Systems gezielt ausgenutzt und gelenkt worden. Gerade in der Anfangszeit, in die auch die Entstehung des Teppichs fällt, seien ganze Parteieinheiten in die Kirche gezogen, um das neue Bündnis sichtbar zu machen, so auch in Rotenburg. Es habe sogar angeordnete Kirchgänge in Uniform gegeben.

Trotz der vorsichtigen Skepsis einiger Mitglieder habe es geraume Zeit gedauert, bis die breite Masse der Protestanten die Taktik Hitlers durchschaute. „Viele, die das „Neue Deutschland" optimistisch willkommen hießen, sahen sich bald gar als Verfolgte", schreibt Merkel.

Der Teppich sei eine besondere Form des Selbstporträts der damaligen Bürgerinnen und ihrer Stadt. 74 Frauen der NS-Frauenschaft, 24 Hitlerjungen, 23 Mädchen und 23 SA-Männer defilieren darauf an 87 zum Großteil identifizierbaren Häusern vorbei zur Jakobi-Kirche.

(sis)

*HNA/Rotenburg-Bebra v. 7. Mai 2001 über die **Geschichtswerkstatt** in der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg.*



Rotenburg, Bad Hersfeld 28.09.2004

Vielen Dank für die interessante Führung!
Hans Seegel

Sehr geehrter Herr Dr. Dahm,
liebe Spurensucher!

Tief beeindruckt von der hier dokumentierten Rotenburger jüdischen Geschichte, der lebendigen Vielfalt, der wir miteinander durch die Jahrhunderte, sprachen wir auf der Rückfahrt über unsere Empfindungen, von der Ahnung eines großen Verlustes. Um so mehr gilt Ihnen und Euch unser tiefer Respekt vor der großen Leistung, für uns die noch vielfältigen Zeugnisse zu bewahren und die Spuren zu sichern. Die – wie wir fanden – sehr gut gemachte Ausstellung und die spannende und zugleich einfühlsame Stadtführung durch Herrn Dr. Dahm haben uns tiefere Einblicke gewährt als jede Geschichtsstunde und uns motiviert unser eigenes, kleines Projekt weiter zu führen. Leider konnten wir in der kurzen Zeit die Vielfalt des in der Ausstellung Gebotenen gar nicht richtig aufnehmen, aber wir können Dank Ihrer so gut gelungenen Interaktion auch an anderem Ort weiter arbeiten — auch dafür wollen wir uns bedanken. Viele Gespräche unmittelbar nach dem Ausstellungsbesuch des Cafés zeigten sich mit dem „Einander-kennen-lernen" Rotenburger Bürgerschaft noch nicht beschäftigt, aber die Brutalität und Grausamkeit mit der Nachbarn Nachbarn quälten. „Ich kann nicht glauben, dass ein Bewohner unserer Straße so etwas tun könnte." sagte ein Mädchen. „Aber es hat stattgefunden. Hoffentlich gibt es das nie wieder!"

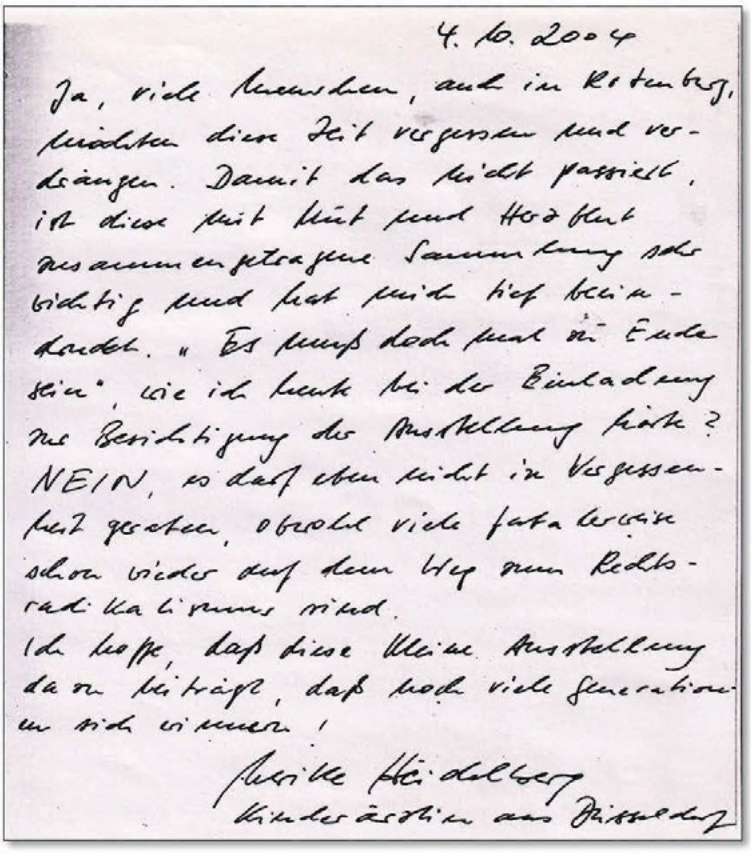
Wir danken für Eure Arbeit! Viele Grüße und Gott

Eintrag vom 28. September 2004 im Besucherbuch der Geschichtswerkstatt der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg, geschrieben von einer Schulklasse des Jahrgangs 9 der Konrad-Duden-Schule Bad Hersfeld.

Die auf der Rückfahrt ausgetauschten Empfindungen sprechen von der in der Dauerausstellung erfahrenen *„Ahnung eines großen Verlustes".* Was die jungen Besucherinnen und Besucher besonders beschäftigte, war *„die Brutalität und Grausamkeit, mit der Nachbarn Nachbarn quälten".*

Der Eintrag zitiert auch die Reaktion einer Schülerin, die bekannte: *„Ich kann nicht glauben, dass ein Bewohner unserer Straße so etwas tun könnte."*

Ein nachträglich von der Besuchergruppe eingefügter Kommentar lautet*: „Aber es hat stattgefunden. Hoffentlich gibt es das nie wieder."*



4. 10. 2004

Ja, viele Menschen, auch in Rotenburg, möchten diese Zeit vergessen und verdrängen. Damit das nicht passiert, ist diese mit Mut und Herzblut zusammengetragene Sammlung sehr wichtig und hat mich tief beeindruckt. „Es muß doch mal ein Ende sein", wie ich heute bei der Einladung zur Besichtigung der Ausstellung hörte? NEIN, es darf eben nicht in Vergessenheit geraten, obwohl viele fatalerweise schon wieder auf dem Weg zum Rechtsradikalismus sind.
Ich hoffe, daß diese kleine Ausstellung dazu beiträgt, daß noch viele Generationen sich erinnern!

Ursula Heidelberg
Kinderärztin aus Düsseldorf

Eintrag vom 4. Oktober 2004 im Besucherbuch der Geschichtswerkstatt der Jakob-Grimm-Schule von einer Kinderärztin aus Düsseldorf:

„Ja, viele Menschen, auch in Rotenburg, möchten diese Zeit verdrängen. Damit das nicht passiert, ist diese mit Mut und Herzblut zusammengetragene Sammlung sehr wichtig und hat mich tief beeindruckt.
‚Es muß doch mal ein Ende sein', wie ich heute bei der Einladung zur Besichtigung der Ausstellung hörte.
NEIN, es darf eben nicht in Vergessenheit geraten, obwohl viele fatalerweise schon wieder auf dem Weg zum Rechtsradikalismus sind.
Ich hoffe, daß diese kleine Ausstellung dazu beiträgt, daß noch viele Generationen sich erinnern."

H. 12 Erinnern und Gedenken vor Ort: Die beiden letzten Jahrzehnte

Im Jahr 2000 beschlossen die verantwortlichen Gremien der Stadt Rotenburg, die Idee für die museale Nutzung des ehemaligen jüdischen Ritualbades (MIKWE) in dem kleinen Haus Brauhausstraße 2 aufzunehmen. Unter Beteiligung von 42 Nachkommen jüdischer Familien aus der Region konnte dann am 11. September 2006 das „Jüdische Museum in der ehemaligen Rotenburger Mikwe“ feierlich eingeweiht werden.

Die 2003 begonnenen Ausgrabungen hatten geradezu sensationelle Resultate gebracht. Zum Vorschein kam nicht nur das 1835 eingerichtete rituelle Tauchbecken mit Neugestaltung von 1925, sondern direkt daneben ein vier Meter tiefer Tauchschacht aus dem 15. Jahrhundert.

Tatsächlich gab es bereits 1414 einen Schutzbrief für den Juden Meyer und seine Frau Sara aus Frankfurt samt Kindern und Gesinde, der diesen die Niederlassung in Rotenburg a. d. Fulda gestattete.

Die Dauerausstellung in der oberen Etage gibt eine Vorstellung von der jüdischen Geschichte als integraler Bestandteil der Ortsgeschichte. Schwerpunktmäßig gilt dies für die außergewöhnlich breite Überlieferung originaler Exponate aus dem religiösen und privaten Leben der Rotenburger Juden. Aber auch originale Objekte aus Bebras jüdischer Tradition und aus anderen benachbarten Orten mit ehemals jüdischer Bevölkerung haben in diesem Museum eine Dauerpräsenz gefunden.

In Rotenburg und Bebra kann inzwischen auf eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Schicksal der jüdischen Minderheit zurückgeblickt werden. Die Erinnerung an die Ausgegrenzten gehört auf der Basis von gesichertem Wissen zur reflektierten Geschichte der beiden Städte.

Eine vielfältige Erinnerungs- und Gedenkkultur hält die traditionsreiche lokale Geschichte jüdischen Lebens und Wirkens vor 1933 ebenso wach wie die von Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung geprägte jüdische Existenz in den Jahren nach 1933. Die bronzene Gedenktafel am Rathausplatz in Bebra für die ermordeten jüdischen Menschen ebenso wie der Gedenkstein für die jüdischen Opfer aus der Stadt Rotenburg am Jüdischen Friedhof und die dort an beiden Zugängen platzierten Gedenkvitrinen sind Bemühungen in dieser Richtung. Auch die zahlreichen kleinen Gedenkquader („Stolpersteine“) vor den ehemaligen Wohnstätten jüdischer Holocaustopfer aus Rotenburg und Bebra verfolgen dieses Ziel.



Einweihung des Jüdischen Museums *in der ehemaligen Mikwe in Rotenburg am 11. September 2014, unter Beteiligung von 42 Nachfahren jüdischer Familien aus der Region.*
Die vor dem Gebäude aufgestellte Moseskulptur von Martin Schaub musste wegen Einsturzgefahr inzwischen abgebrochen werden.
Die Neugestaltung sieht an dieser Stelle einen Kaskadenbrunnen vor.

Auf der ***nächsten Seite*** *Bericht von Manfred Schaake über die Einweihungsfeier in der HNA vom 12.09.2006.*



Feierlich eingeweiht: Das Ritualbad der ehemaligen Rotenburger Synagogengemeinde ist jetzt Gedenk- und Begegnungsstätte. Das sanierte Gebäude sei bescheiden zurückhaltend im Kreis der Bauten des Quartiers und dem Umfeld geblieben, sagte Professor Dr. Klose, Vorsitzender der Hessischen Akademie für den ländlichen Raum. Foto: Schaake

Mikwe soll Herzen öffnen

Ehemaliges jüdisches Ritualbad als Gedenk- und Begegnungsstätte eröffnet

VON MANFRED SCHAAKE

ROTENBURG. Ein eindrucksvoller Tag der Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung: Das Ritualbad der ehemaligen Rotenburger Synagogengemeinde ist am Sonntag – dem 17. Tag des offenen Denkmals – als Gedenk- und Begegnunungsstätte eingeweiht worden.

Dem fast zweistündigen Festakt im Schloss folgte an der Mikwe eine fast einstündige Feier, an deren Ende Lea Weiland aus Fulda den Haussegen anbrachte. Mehrere hundert Menschen waren gekommen, darunter jüdische Mitbürger aus aller Welt.

Offenes Denkmal

„Ich hoffe mit Ihnen, dass es Ihnen künftig gelingt, mit diesem hoffentlich häufig offenen Denkmal auch die Herzen der Besucher zu öffnen und ihnen diesen Teil der deutschen Geschichte bewusst zu machen." Das erklärte Professor Dr. Gerd Weiß, der Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege.

Die Erinnerung an die jüdische Geschichte sei zugleich eine Erinnerung an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Das mache die Auseinandersetzung mühevoll und anstrengend, sagte Weiß: „Zugleich ist diese Auseinandersetzung notwendig, denn die Versöhnung mit dem jüdischen Volk braucht Erinnerung."



Den Haussegen (Bildmitte) am Eingang der Mikwe brachten Lea Weiland und Michael Hahn an. Foto: Schaake

Neben den Synagogen seien es vor allem die rituellen Tauchbäder, die Mikwen, und die jüdischen Friedhöfe, die von der jüdischen Kultur und ihren religiösen Orten künden. Die Mikwe in Rotenburg sei ein besonders aufschlussreiches und beeindruckendes Beispiel, sagte der Präsident. Und: „Wir haben dafür zu danken, dass dieser geschichtsträchtige Ort der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden kann." Weiß lobte die Stadt Rotenburg und Bürgermeister Manfred Fehr. Die Stadt habe das Gebäude gekauft, einstimmig die Investitionen beschlossen.

„Es ist leider keine Selbstverständlichkeit, dass eine Stadt sich auch dieses Teils der deutschen Geschichte erinnert und sich der Verantwortung und Verpflichtung vorbildlich bewusst wird."

Vorbildliches Engagement

Auch dem Förderkreis ehemaliges Jüdisches Ritualbad mit Dr. Heinrich Nuhn an der Spitze sagte Weiß herzlichen Dank. Wenn sich vorbildliches kommunalpolitisches Engagement noch mit dem bürgerschaftlichen verbinde, seien die besten Voraussetzungen gegeben, um aus diesem Erinnerungsort eine lebendige Gedenk- und Begegnungsstätte zu schaffen.

„Denkmalpflege als Teil der Erinnerungskultur ist kein Selbstzweck."
PROF. GERD WEIß

Bürgermeister Fehr dankte allen, die am Zustandekommen der Gedenkstätte beteiligt waren – die Zuschüsse bewilligten, die spendeten. Und er dankte den Bauhandwerkern und dem Architekt Thomas Rabe.

➡ KOMMENTAR
➡ 5. LOKALSEITE

Jüdisches Museum

in der ehemaligen Rotenburger Mikwe

- Erinnerungs- und Begegnungsstätte -

Brauhausstraße 2, Rotenburg an der Fulda

www.hassia-judaica.de
www.mikwe.de



Führungen

von Mai bis Oktober

am **1. Sonntag** im Monat um **15 Uhr** und
ganzjährig jederzeit per **Anmeldung**
(Tel. 06623-5555 oder 06623-2482)

Eintritt frei
Spenden willkommen

JÜDISCHES MUSEUM

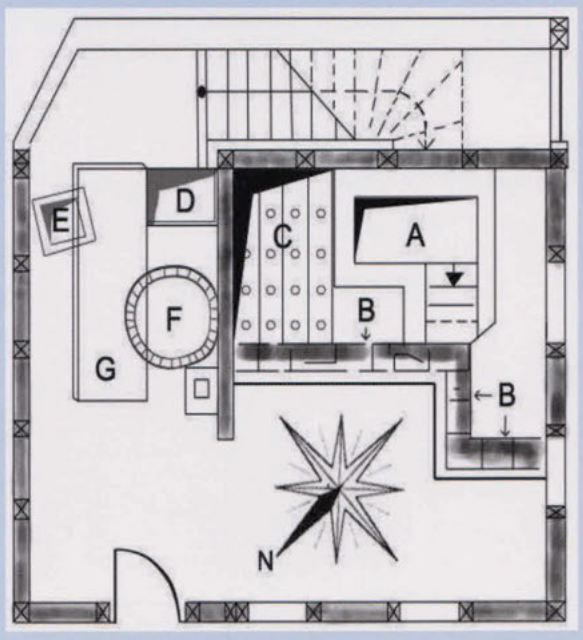
IN DER EHEMALIGEN MIKWE

Brauhausstraße 2, Rotenburg an der Fulda
www.hassia-judaica.de - www.mikwe.de

Die im Jahr 2003 begonnenen Ausgrabungen brachten geradezu sensationelle Resultate. Zum Vorschein kam nicht nur das 1835 eingerichtete rituelle Tauchbad mit Neugestaltung von 1925 (**A**), sondern direkt daneben ein vier Meter tiefer spätmittelalterlicher Tauchschacht aus dem 15. Jahrhundert (**C**).

Tatsächlich gab es bereits 1414 einen Schutzbrief, der dem Juden Meyer und seiner Frau Sara aus Frankfurt die Niederlassung in Rotenburg a. d. Fulda gestattete. Während das 4 m tiefe Tauchbad aus dem 15. Jahrhundert durch Grundwasser gespeist wurde, war es in dem neueren Tauchbecken (**A**) zugeleitetes Wasser.

Außerdem konnte ein Schacht zum sog. *Kaschern* freigelegt werden, welcher der rituellen Reinigung der Schächtmesser und von neuem Geschirr diente. (**D**)



Flyer *(Teilausdruck) des 2006 eingeweihten* ***Jüdischen Museums Rotenburg*** *im Gebäude des Ritualbades (Mikwe) der ehemaligen Jüdischen Synagogengemeinde Rotenburg an der Fulda, Brauhausstraße 2.*

Juwel lockt Tausende

Ehemaliges jüdisches Ritualbad in Rotenburg inzwischen bundesweit bekannt

VON MANFRED SCHAAKE

ROTENBURG. Die Erinnerungs- und Begegnungsstätte Ehemaliges jüdisches Ritualbad im dem kleinen Fachwerkhaus an der Brauhausstraße 2 in Rotenburg ist heute bundesweit bekannt. Seit der Eröffnung am Tag des offenen Denkmals 2006 kamen mehr als 3000 Besucher aus allen Teilen der Bundesrepublik.

Allein am Sonntag während des Tages des offenen Denkmals kamen etwa 100 Menschen in die Mikwe. Das Motto „Vergangenheit aufgedeckt – Archäologie und Bauforschung" war für den rührigen Förderkreis Anlass, die neuesten Erkenntnisse zu den unterschiedlichen rituellen Tauchbädern vorzustellen, die sich in dem Rotenburger Gebäude seit der Zeit des 30-Jährigen Krieges befunden haben.



Großes Interesse: Drei Führungen bot der Rotenburger Förderkreis ehemaliges Jüdisches Ritualbad zum Tag des offenen Denkmals an. Unser Foto entstand zum Auftakt. Links Dr. Heinrich Nuhn, ein profunder Kenner der jüdischen Geschichte in der Region. Fotos: Schaake

Geöffnet seit 2006

Die Stadt Rotenburg hatte das alte Gebäude gekauft und mit Unterstützung von Land und Bund renoviert. Bei den Ausgrabungen gab es immer wieder Überraschungen. Seit 2006 ist die Mikwe von Mai bis Oktober jeden Sonntag geöffnet.

„Es vergeht aber keine Woche ohne Sonderführungen", freut sich Dr. Heinrich Nuhn vom Förderkreis des Ritualbads. Mehrfach sei die Mikwe als ein Juwel bezeichnet worden. Heute ist die Erinnerungs- und Begegnungsstätte immer häufiger Ziel von historisch, kulturell und religionsgeschichtlich interessierten Besuchern.



Blick in die Vergangenheit: Die Becken des ehemaligen jüdischen Ritualbades inRotenburg.

Kulturdenkmal als Magnet

„Wichtige Teile unserer Geschichte drohten in Vergessenheit zu geraten", sagt Dr. Nuhn, „jetzt ist die Mikwe ein Magnet".

Der Autor des Buches „Die Rotenburger Mikwe – Kulturdenkmal und Zeugnis der der Vielfalt jüdischen Lebens" spricht vom positiven Effekt des Internets: „Wer das Stichwort „jüdische Spuren" eingibt, landet in Rotenburg. Viele Besucher wussten vorher gar nicht, dass es in Hessen ein Rotenburg gibt."

Berichte dokumentiert

Bei den Besuchern kommen Dr. Nuhn zufolge die individuelle Gestaltung des Museums und die Dokumentation aller Mikwe-Berichte unserer Zeitung sehr gut an. Auch das sei eine positive Rotenburg-Werbung. Pfarrer Lars Niquet vom Förderkreis: „Wer das Internetlexikon Wikipedia aufschlägt, findet unter dem Stichwort Mikwe das Rotenburger Tauchbad in einer Reihe mit den Weblinks zu den weithin bekannten Einrichtungen in Speyer, Friedberg und Köln."

Kontakt: Lars Niquet, Telefon 06623/2797, Dr. Heinrich Nuhn, 06623/2482, Stadt Rotenburg, 06623/5555.

➡ LOKALSEITE 6
➡ KOMMENTAR

Mikwe ist bombensicher

Ab sofort geschütztes Kulturgut im Landkreis

Rotenburg. Sollte es zu einem Krieg kommen, müssen feindliche Bomberpiloten ab sofort um das jüdische Ritualbad einen großen Bogen fliegen. Seit Montag steht die Mikwe unter dem Schutz der Hager Konvention von 1954 und des ergänzenden Zweiten Protokolls von 1999.

Die Mikwe in der Rotenburger Brauhausstraße ist nach der Bad Hersfelder Stiftsruine das zweite Kulturgut im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, das mit dem internationalen Schutzzeichen für besonders bewahrenswerte Kulturgüter nach der Haager Konvention gekennzeichnet ist. Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt und Rotenburgs Bürgermeister Manfred Fehr enthüllten das blau-weiß rautierte Schutzzeichen an dem Haus in der Innenstadt. Die Mikwe wurde damit als ein bedeutendes und schützenswertes Baudenkmal bewertet und reiht sich nunmehr ein neben international bedeutungsvolle Baudenkmäler wie etwa die Porta Nigra in Trier, das Würzburger Schloss oder die Wartburg in Eisenach.



Das Schild am Mikwe-Eingang bezeugt das „geschützte Kulturgut". Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt, Bürgermeister Manfred Fehr, Historiker Dr. Heinrich Nuhn und Kreisdenkmalpflegerin Heike Madus (v.li.) haben die blau-weiße Raute kürzlich enthüllt. Fotos: kk

Niemand wusste, wo es stand

Wie der Historiker Dr. Heinrich Nuhn vom „Förderkreis ehemaliges Ritualbad" herausgefunden hatte, war selbst Einheimischen nicht mehr bekannt, wo sich das jüdische Frauenbad der ehemals großen jüdischen Gemeinde Rotenburgs befunden hatte. Das Gebäude, ein Fachwerkwohnhaus aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, zeigte keinerlei Spuren. Lediglich Bauakten aus den 1930er-Jahren wiesen auf Umbaumaßnahmen zu Wohnzwecken hin. Die religionsgeschichtliche Bedeutung als Mikwe war von denkmalpflegerischer Seite erkannt und das bescheidene Fachwerkwohnhaus als Kulturdenkmal ausgewiesen. Eine aus den 1920er Jahren betonierte Decke im Erdgeschoss hatte alle Spuren jüdischen Lebens unter sich begraben.



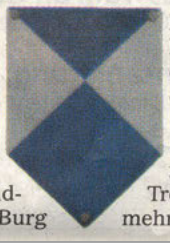
Die Hager Konvention in Aktion: Das jüdische Ritualbad, die Mikwe, ist ab sofort im Falle eines Krieges vor Plünderung, Zerstörung und widerrechtlicher Inbesitznahme geschützt.

Nach dem Tod der letzten Bewohnerin stand das Gebäude leer und die Stadt Rotenburg bemühte sich um dessen Erwerb zum Umbau zu einem Judaica-Museum. In stetiger Betreuung durch die Denkmalbehörden und mit Landes-Fördermitteln wurde durch intensive archäologische Grabungen in den Jahren 2003 bis 2004 das ehemalige jüdische Ritualbad entdeckt und freigelegt. Im Obergeschoss fanden die Restauratoren Original Raumfassungen aus dem 18. Jahrhundert, die ebenfalls auf die ehemalige Nutzung des Gebäudes hinweisen.

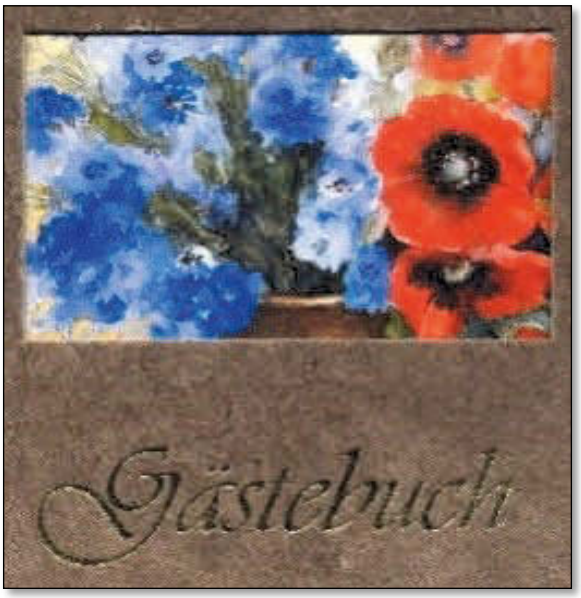
„Möglicherweise wurde dieser Raum als Betsaal genutzt, erklärte Kreisdenkmalpflegerin Heike Madus, die darauf hinwies, dass „dieses für die Religionsgeschichte wichtiges Baudenkmal nur mit engagierten Bürgern und Stadtvätern für unsere Nachwelt erhalten und gesichert werden konnte". Inzwischen wird die ehemalige Mikwe als Erinnerungs- und Begegnungsstätte vom „Förderkreis ehemaliges jüdisches Ritualbad" betreut. (gsk)

Weitere Kulturdenkmale

Waldhessen. Das Rotenburger Ritualbad ist das erste per Signet geschützte Gebäude unter Obhut der Denkmalpflege des Landkreises. Die schon seit Jahren unter der Hager Konvention stehende Bad Hersfelder Stiftsruine steht nach Angaben von Landratsamtssprecher Michael Adam in der Verantwortung des Landes Hessen. „Die Mikwe ist für uns und unsere nächsten Generationen wichtiges kulturelles Erbe und Zeugnis und muss erhalten bleiben. Daher war es uns auch wichtig, die Mikwe als zweites Kulturdenkmal im Landkreis mit dem internationalen Schutzzeichen auszustatten", sagt Landrat Dr. Schmidt. Als weitere noch zu kennzeichnende Kulturgüter stünden auf der Liste des Landkreises etwa noch die Burg Herzberg, die Nentershäuser Tannenburg, das Kloster Cornberg, die Ortsmitte mit Kirche von Neukirchen oder in Solz die ehemalige Burg derer von Trott zu Solz und viele mehr. (gsk)



Im Oktober 2009 wurde die Rotenburger Mikwe, das ehemalige jüdische rituelle Badehaus, in die Liste der besonders schützens- und bewahrenswerten Baudenkmäler aufgenommen; als zweites Kulturdenkmal nach der Hersfelder Stiftsruine trägt das Rotenburger Gebäude seitdem das Signet der Haager Konvention. (Kreisanzeiger v. 9. März 2009)



Die nachfolgenden Zitate stehen stellvertretend für eine Vielzahl ähnlich lautender Einträge im Besucherbuch des 2006 eröffneten Rotenburger Jüdischen Museums im Gebäude des ehemaligen jüdischen Ritualbads, der MIKWE:

Der Besuch war für mich eine schöne Möglichkeit, mir Wissen über die jüdische Gemeinde von Rotenburg zu verschaffen und zu erfahren, was mit den Rotenburger Juden geschehen ist. *Eva Gover, Tel Aviv.*

Als „alter Rotenburger" hätte ich nicht gedacht, dass so eine historisch wichtige Einrichtung hier geschaffen werden könnte. Gratulation.
P. K. und die Teilnehmer des Abitur-Jahrgangs 1957.

We will remember this day for the rest of our lives.
E. H., USA (Katzenstein Family).

Ein Haus, das zum Nachdenken anregt, zur Vergangenheit zurückführt, manches in der Gegenwart verständlicher macht, zum Verweilen und Sich-Vertiefen einlädt, auch zum Wiederkommen.
E. H., Frankfurt.

Tief beeindruckt von den vielfältigen Bemühungen, die Spuren jüdischen Lebens in dieser Stadt zu sichern und für die Nachwelt zu bewahren.
Bischof M. H., KS.

Sehr beeindruckend und so einmalig! Dieses Haus ist ein so wichtiger Spiegel für unsere so schuldbeladene Geschichte. *R. P., Rügen.*

Wir sind eingestiegen und hinabgestiegen in den Brunnen der Vergangenheit und haben viel erfahren über die Sozialgeschichte des Judentums.
E. M./ H. P.

What an incredible museum, telling the rich story of Jewish life in Rotenburg. Thanks for preserving those precious memories! *H. W., USA.*

Wir sind Ihnen für diese wirklich erstklassige Führung sehr dankbar. Es war das schönste Erlebnis an diesem Denkmalsonntag in Hessen. *U.&W. G., Universtät Graz.*

Muchas gracias por este maravilloso museo.
Txision Irujo, Bilbao, Espana.

Très, très intéressant. Le musée montre une documentation extraordinaire et fait revivre l´histoire ainsi que les histoires personelles des juifs de Rotenburg. Merci pour le souci de vérité.
E. u. R. H.-F., Canada.

Eine ganz ausgezeichnete Ausstellung. Es hat sich für mich absolut gelohnt, von Berlin wieder mal ins schöne Rotenburg zu kommen. *N. S., Berlin.*

A great museum and memorial to honor the memories of the Jews of Rotenburg. *S. W., Oakland, USA.*

So grateful that this museum has preserved such precious family stories. *A. S., Nashville, USA.*

Rotenburg's leaders should be proud of their museum and their efforts to honor the memory of the Jewish citizens of Rotenburg and surrounding area.
P. U., Atlanta, USA.

Herzlichen Dank für diese interessante und mit viel Herzblut vorgetragene Führung. *Kolpingfamilie Kassel.*

Die intensive Aufbereitung dieses Themas aus der Ortsgeschichte finde ich beeindruckend und vorbildlich. *M. W.*

Anerkennung für dieses großartige Werk „gegen das Vergessen". *E. u. B. K., Volkmarsen.*

A true memorial to the memory of those who lived here and used the Mikvah. Congratulations on a wonderful achievement. *E. u. M. H., London.*

Thank you to the City of Rotenburg for building this impressive memorial. We hope it will remain for future generations, as a reminder of the once rich Jewish life in Rotenburg. *E. St., Ramat Gan, Israel.*

The museum is of human scale – it links the intimate and the personal with the historical in a way that makes the history personal. *C. u. G. P., Texas, USA.*

Rotenburg ist immer eine Reise wert und lohnt das Wiederkommen - vor allem auch wegen dieses Museums. *C. Sch. & S. L., Mainz.*

Die Ausstellung ist vorzüglich persönlich gestaltet und anschaulich. Ein Museum, das Schicksale und Geschichte lebendig macht. *H. Vincke, Jugendbuchautor.*

Wirklich ein beeindruckendes Museum. *Frauenkreis H.*

Die Vielzahl von Einträgen von jüdischen Besuchern mit hessischen Wurzeln macht deutlich, dass sich ein internationales Netzwerk gebildet hat, in dessen Zentrum das Rotenburger Jüdische Museum steht. So trägt dieses Haus zu Recht die Bezeichnung Erinnerungs- und Begegnungsstätte.

Rotenburg-Bebraer
Allgemeine
HNA

Stolpersteine gegen das Vergessen verlegt



Zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome fanden gestern in Bebra und in Rotenburg Gedenkveranstaltungen statt. Vor dem Haus Neustadtstraße 1 in Rotenburg verlegten Angehörige der von den Nazis verfolgten Jüdinnen Gretel Goldschmidt und ihrer Tochter Margit Stolpersteine. Die beiden Frauen waren 1944 ins KZ Stutthof gebracht worden, dort verlor sich ihre Spur. Auf dem Bild zu sehen sind Lisa und Mike Mendelow, Angehörige von Margit Goldschmidt. (mah)

Foto: Hörcher SEITE 3, MORGEN MEHR

Plakat erinnert an Pogrome



Schüler zweier Kunst-AGs von Lothar Kolb an der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule haben ein Transparent für die Gedenkstunde anlässlich des 75. Jahrestages der Novemberpogrome gestaltet. Am Donnerstag, 7. November, sollen in Rotenburg auch wieder sogenannte Stolpersteine zur Erinnerung an während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgte Juden verlegt werden. Das Transparent zeigt auch einen großen Stadtplan, auf dem die Schüler die Orte aller Stolpersteine noch markieren werden. Nach der Verlegung, die um 16 Uhr in der Neustadtstraße stattfinden wird, werden die Schüler das Transparent zur Gedenkfeier in die Stiftskirche tragen. (zmy)

Foto: Meyer



Beim Aufbau der Dauerausstellung „Hochschule hinter Stacheldraht“: Unser Bild zeigt Schülerinnen und Schüler des Geschichtskurses von Dr. Dietrich Karpa (Zweiter von rechts), die sich derzeit auch handwerklich engagieren, mit Schulleiterin Sabine Amlung, links, und Dr. Heinrich Nuhn, rechts, in der Jakob-Grimm-Schule. Im Handwagen wurden von Gefangenen Fluchtversuche unternommen.

FOTO: SILKE SCHÄFER-MARG

Richtiger Platz für Geschichte

„Hochschule hinter Stacheldraht“ wird Dauerausstellung in JGS

VON SILKE SCHÄFER-MARG

Rotenburg – Einige Jahre war sie eingelagert, jetzt bekommt die von dem Rotenburger Historiker Dr. Heinrich Nuhn konzipierte Ausstellung „Hochschule hinter Stacheldraht“ ihr endgültiges Domizil: Sie wird derzeit noch erweitert als Dauerausstellung und als Teil des jüdischen Museums in einem Untergeschossraum der Rotenburger Jakob-Grimm-Schule (JGS) aufgebaut.

Ermöglicht wurde die Dauerausstellung nicht zuletzt mit einer Spende der Bürgerstiftung, die 2500 Euro zusteuerte, ebenso wie der Förderkreis Jüdisches Museum, der mit der gleichen Summe mit im Boot ist. Weitere Spenden werden benötigt.

Wenn alles glatt läuft, so erklärte Nuhn, soll die Ausstellung im Dezember diesen Jahres offiziell eröffnet werden. Dann nämlich, wenn sich die Inhaftierung der ersten polnischen Offiziere in der 1939 zum Offiziersgefangenenlager umfunktionierten Schule zum 80. Mal jährt. Bis März 1945 waren hier Offiziere nicht nur aus Polen, sondern auch aus Belgien, Großbritannien und dem Commonwealth sowie den USA inhaftiert.

Unter den britischen Offizieren waren auch fünf jüdischen Glaubens, für die die Gefangenschaft zynischerweise das Überleben sicherte. Vier von ihnen waren aus Rumänien und Weißrussland zunächst nach Palästina geflüchtet. Von dort aus hatten sie sich in British Brigades dem Krieg gegen Nazi-Deutschland angeschlossen. Im Offizierslager waren sie vor dem Zugriff der Gestapo sicher, berichtete Nuhn.

An den Aufbauarbeiten beteiligt sind Schülerinnen und Schüler des Geschichtskurses von Dr. Dietrich Karpa, die es spannend finden, was sich vor Jahrzehnten in ihrer Schule abgespielt hat. Schulleiterin Sabine Amlung, die sich nach den Worten Nuhns sehr dafür eingesetzt hat, in den ehemaligen Lehrerwohnungen das Archiv einzurichten und damit Platz für die Dauerausstellung zu schaffen, ist sicher, dass die künftige Ausstellung auch im Unterricht gut genutzt werden kann.

Die Ausstellung war im Dezember 2014 im Kreisheimatmuseum eröffnet worden und konnte bis Februar 2015 besucht werden. Der Titel „Hochschule hinter Stacheldraht“ rührt daher, dass den Offizieren laut Genfer Konvention das Recht auf Bildung, Kunst und Unterhaltungstätigkeiten zustand sowie das Praktizieren von religiösem Leben und auf Korrespondenz. So nutzten die Gefangenen die Zeit nicht nur für Schauspiel und Malerei, sondern auch für richtige Studien: Unter den Reserveoffizieren gab es eine Reihe von Wissenschaftlern, die regelrechte Lehrveranstaltungen anboten und berechtigt waren, Prüfungen abzunehmen. Für das Lehrmaterial und die Weiterleitung der Prüfungsleistungen an britische Hochschulen sorgte das Internationale Rote Kreuz, berichtete Dr. Nuhn schon 2014.

Vom selbstgebastelten Radio bis zur Fluchthilfe

Zu den Exponaten gehören nicht nur Lebensläufe von Gefangenen sowie spannende Berichte über Fluchtversuche, sondern auch Exponate wie ein selbstgebasteltes Radio samt Gymnastiklederball, in dem die Radioteile versteckt waren oder ein Handwagen, mit dem die Flucht versucht wurde.

Konto „Hochschule hinter Stacheldraht“, Iban: DE 87 532500000050063640
SWIFT-BIC: HELADEF1HER
www.hinterstacheldraht.jimdo.com





Blick in den Ausstellungsraum *der 2019 installierten Dauerausstellung zur Nutzung der Jakob-Grimm-Schule als Gefangenenlager für Offiziere der deutschen Kriegsgegner.*
Zunächst waren dies von Dezember 1939 bis April 1940 polnische Offiziere, darunter 56 Geistliche. (s. rechte Raumseite)
Danach war die JGS das Quartier für ca. 600 belgische kriegsgefangene Offiziere.
Im August 1942 wurde die JGS Zwangsaufenthalt für Offiziere aus dem britischen Weltreich, von März bis Juni 1943 ergänzt durch 155 US-Amerikaner im Offiziersrang.
Ab Sommer 1943 wurden die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt, nachdem es mehrfach zu waghalsigen Ausbruchsversuchen gekommen war, darunter ein spektakulärer Tunnelbau von der Turnhalle aus.

Poster *(Ausschnitt), gestaltet von Franz Mansky für die 2014 gezeigte Ausstellung im Kreis-Heimatmuseum.*



Offiziersgefangenenlager Oflag IX A/Z in der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg a. d. Fulda 1939 bis 1945

Einführung > | Alliierte > | Belgier > | Polen > | Flucht > | Presse > | Feedbacks >

Jüdische alliierte Offiziere







Jüdische alliierte Offiziere in Rotenburg

Seit der Deportation von Viktor und Hanna Falkenstein am 5. September 1942 war Rotenburg offiziell „judenfrei". Was aber selbst dem hartnäckigsten Judenjäger vor Ort verborgen blieb:
In Gestalt des britischen Hauptmanns **Keith A. Smith (alias Quas-Cohen)**, des US-amerikanischen Hauptmanns **Jules Bloch**, des russisch-palästinensischen Offiziers **Simon Hacohen** und des rumänisch-palästinensischen Offiziers **Jitzchak Ben-Aharon** sowie eines weiteren palästinensischen Offiziers namens **Gershoni** lebten unter dem Dach der Jakob-Grimm-Schule Menschen jüdischen Glaubens, geschützt durch den sie umgebenden Stacheldraht.
Keith Smith hatte seinen eigentlichen Familiennamen (Quas-Cohen) abgelegt, um im Falle einer Gefangennahme nicht als Jude erkannt zu werden und so weniger gefährdet zu sein. Dieser Gefährdung waren besonders die in Gefangenschaft geratenen jüdischen Soldaten ausgesetzt, die deutscher Abstammung waren.

Über das **Pull-Down-Menu** werden die in Rotenburg gefangenen **jüdischen Offiziere näher vorgestellt.**

N. B.:
Das Kapitel "Jüdische alliierte Offiziere" ist eine Ergänzung zu der von November 2014 bis Februar 2015 in Rotenburg gezeigten Ausstellung "Hochschule hinter Stacheldraht" !

Die 2014 erfolgte Einweihung der Gedenktafel aus Bronzeguss für die Holocaustopfer aus Bebra war Anlass zu Bildung einer Arbeitsgruppe „Jüdisches Leben“, deren Mitglieder aus den Institutionen Kirche, Schule, Verwaltung, Handwerk, der Bürgerinitiative Zukunft für Bebra und dem Autor dieses Buches kamen. Diese Arbeitsgruppe organisiert seitdem jährlich Gedenkveranstaltungen, z. B. zur Erinnerung an die Novemberpogrome 1938, und trägt die Verantwortung für die Verlegung von Stolpersteinen. Als wichtige Akteure sind dabei immer Schülerinnen und Schüler der Brüder-Grimm-Gesamtschule Bebra eingebunden, unterstützt von Fachlehrern und der Schulsozialarbeit, um diese Erinnerungsarbeit weiterzugeben.

Zur ersten Stolpersteinverlegung 2019 kamen 20 Mitglieder der Familie Süsskind aus Tel Aviv, Kinder, Enkel- und Urenkelkinder von Traudel Levi nach Bebra, ebenso drei Familienangehörige von Salomon und Louise Abraham. An den Verlegestellen für ihre ermordeten Vorfahren richteten sie bewegende Worte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Erinnerungsaktes, was die Bedeutung der Gedenkarbeit gerade für die Hinterbliebenen unterstreicht.





***20 Nachfahren von Traudel Süsskind** geb. Levi waren bei der Verlegung von Stolpersteinen am 10. Juli 2019 aus Israel angereist.*
Das Foto zeigt Yael Suesskind-Keller bei ihrer Ansprache neben dem ehem. Wohn- und Geschäftshaus ihrer Familie, Apothekenstr. 10 in Bebra.

Rosen gegen das Vergessen

Bebra erinnerte mit Gedenkfeier an Opfer der NS-Diktatur

VON CLEMENS HERWIG UND SEBASTIAN SCHAFFNER



Erklärten den Achtklässlern an den Stolpersteinen, was mit den dort früher lebenden Bewohnern passiert ist: Lone Schäfer (Bildmitte, von links), Shanice Kör, Evamarie Aydin und Lilith Kindler aus der 9a der Brüder-Grimm-Gesamtschule, hier am Lindenplatz 8 vor dem Haus, in dem die fünfköpfige Familie Moses gelebt hat. FOTO: SEBASTIAN SCHAFFNER

Bebra – Es war bereits dunkel, als die Schülerinnen und Schüler der Brüder-Grimm-Gesamtschule mit ihren Kerzen auf den Rathausplatz strömten, um sie an der Gedenktafel abzustellen. Bebra hat sich am Donnerstag erinnert: an die jüdischen Opfer der Novemberpogrome. An die Mitbürger, die in der Nacht des 7. Novembers und den Folgejahren entmündigt, gequält oder sogar ermordet worden sind.

Die Gedenkveranstaltung sei „notwendiger denn je", sagte Stadtverordnetenvorsteher Herbert Börner vor rund 80 Teilnehmern. Er bezog sich dabei auf das Attentat vor einer Synagoge in Halle im Oktober und den Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni. In beiden Fällen seien die Täter verblendete Menschen gewesen, die ihrem Wahn gefolgt seien. „Lasst euch nicht verführen", gab Börner vor allem den jungen Menschen mit auf den Weg, die beim Festakt eindringliche Zeitzeugenberichte vortrugen: Wie die Polizeiberichte die Schrecken der Nacht und der folgenden Tage herunterspielten. Wie Betroffene beschreiben, was wirklich passierte. Erste Stadträtin Ilse Koch sprach von der Pflicht, sich an die unvorstellbaren Ereignisse zu erinnern, „weil es mit normalem Verstand nicht zu begreifen ist".

Bereits am Vormittag hatten Schüler der Klasse 9a der Brüder-Grimm-Gesamtschule rund 100 Achtklässlern gruppenweise an allen sieben Stolperstein-Verlegestellen in der Bebraer Innenstadt an die Geschichten hinter den Namen auf den Messingplatten erinnert. In Kurzvorträgen und mit historischen Fotos erklärten sie, was mit den einst dort lebenden jüdischen Bewohnern Opfern der NS-Zeit passiert ist. An den Stolpersteinen hatten sie Kerzen aufgestellt.

Schulsozialpädagogin Christina Kindler, die wie ihre Lehrerkollegen die Schüler im Unterricht auf diesen Rundgang vorbereitet hatte, lobte das Interesse der Teenager. „In unserer Schule treffen viele Religionen und Länder zusammen", sagte sie, „aber eines verbindet sie alle: Die Betroffenheit über das, was damals in Deutschland passiert ist". Rechtsextremismus und Antisemitismus seien Themen, „die leider auch einen aktuellen Bezug haben", sagte Kindler.

HINTERGRUND

Traurige Vorreiterrolle

Bebra nahm bei den Pogromen 1938 eine traurige Vorreiterrolle ein: In der Nacht des 7. Novembers wurden die Synagoge zerstört, jüdische Wohnungen und Geschäfte demoliert,und Bewohner misshandelt. Wenig später folgten Ausschreitungen in Hersfeld und Rotenburg – bevor der Wahn ab 9. November zur „Reichspogromnacht" aufflammte. cig/ses

*Die Bemühungen um das **Gedenken an die Opfer der Hitlerdiktatur** sind in Bebra seit einigen Jahren gekennzeichnet durch eine enge Kooperation zwischen Bürgermeister, Magistrat und Mitarbeitern der Stadtverwaltung; hier ist dies vor allem das kontinuierliche Wirken von Uli Rathmann. Ferner sind Lehrkräfte an der Brüder-Grimm-Gesamtschule eingebunden, in besonderer Weise sind hier Ann-Christin Allendorf und Schulsozialpädagogin Christina Kindler zu nennen. Schließlich gehört zu diesem Kreis auch Gerhard Schneider-Rose und die vom ihm geführte Bürgerinitiative Bebra.*

In der 2020 eröffneten Dauerausstellung im Historischen Empfangsgebäude auf dem Bebraer Bahnhof veranschaulicht eine Videoinstallation am Beispiel der Familie von Hugo Oppenheim exemplarisch das Schicksal Bebraer Jüdinnen und Juden in den Jahren der Verfolgung und ihre Vertreibung aus ihrer Heimatstadt.

Die Gesamtheit der ermordeten 82 jüdischen Menschen aus Bebra wird seit 2013 durch eine wertige bronzene Gedenktafel auf dem Rathausplatz gewürdigt.

Nach dessen Neugestaltung 2024/25 ist diese Tafel zentraler Bestandteil einer gegenüber ihrer Ersteinrichtung im Jahr 2013 erweiterten Gedenkstätte geworden, die durch elf Stahlstelen markiert ist.

Mit der Aufstellung von 11 Stelen soll ein Postulat des jüdischen Religionsphilosophen, Professor Emil Ludwig Fackenheim, Urenkel des Lispenhäuser Juden Wolf Levi, nach einem zusätzlichen Gebot konkret und anschaulich umgesetzt werden. Dieses zusätzliche Gebot fordert, niemals den Holocaust in Vergessenheit geraten zu lassen, weil ansonsten Hitler ein posthumer Sieg ermöglicht werde.

Dieser Gedanke wurde auch in Rotenburg bei der Gestaltung eines Brunnens der Erinnerung vor dem Gebäude des Jüdischen Museums in der ehemaligen Mikwe aufgegriffen.

Hier sind es die 11 Wasserspeier eines Kaskadenbrunnens, die Fackenheims Konzept eines zusätzlichen Gebots symbolisch umsetzen. Übrigens, Emil Ludwig Fackenheim (1916-2003) trägt in der wissenschaftlichen Welt den Spitznamen ELF.

Am ehemaligem Standort in der Amalienstraße erinnert ab Jahresmitte 2025 ein Bronzeguss im Maßstab 1:3 an Bebras ehemalige Synagoge. (s. Abbildung übernächste Seite)



*Diese **20 Gedenksteine** („Stolpersteine") wurden am 6. Oktober 2021 vor der jeweils letzten Wohnadresse der genannten Personen in Bebra verlegt. Sie nennen das jeweilige Geburtsjahr, ebenso das Jahr der Deportation bzw. Flucht und meist auch Ort und Zeit des gewaltsamen Todes.*

3 ROTENBURG/BEBRA Freitag, 23. Oktober 2020

Neuer Ort zum Gedenken

Vitrine am jüdischen Friedhof erinnert an die Geschichte

VON LEA-SOPHIE MOLLUS

Rotenburg – Ein weiteres Element der Arbeit von Heinrich Nuhn in Erinnerung an jüdisches Leben ist fertig: Am jüdischen Friedhof in Rotenburg gibt es nun eine Vitrine mit ausführlichen Erläuterungen. Da der Friedhof selbst nur zu besonderen Anlässen für Besucher zugänglich ist, sollen die Tafeln eine Möglichkeit zum Gedenken und Erinnern bieten. Unterstützt wurde das Projekt vom Leader-Förderprogramm.

Die Informationen sind thematisch gegliedert: Links befinden sich zwei Tafeln, die das Verbreitungsgebiet der jüdischen Bevölkerung im Kreis und den sprachlichen Einfluss des Hebräischen auf die deutsche Sprache zeigen. Die rechte Seite soll als eine Art Schwarzes Brett fungieren, auf dem die Informationen regelmäßig aktualisiert werden. Die Mitte bildet das Kernstück der Vitrine. Dort wird die Geschichte des Friedhofs erklärt. Die einzelnen Tafeln in der Vitrine sind mit Magneten befestigt, sodass sie ausgetauscht und erneuert werden können. Die Vitrine soll schließlich mehrere Jahrzehnte halten.

Rotenburgs jüdischer Friedhof ist der nachweislich älteste Begräbnisplatz in der Region. Bereits seit 1682 wurden dort Mitglieder jüdischer Gemeinden bestattet. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gab es insgesamt 52 Orte mit jüdischer Bevölkerung. Auch heute ist der Friedhof lebendig – einige Nachfahren kommen noch immer vorbei.

„Zwar ist die Vitrine in Rotenburg platziert, sie ist aber für die gesamte Region von Bedeutung", sagt Heinrich Nuhn. Er selbst versteht sich als „ehrenamtlicher Friedhofswärter" und ist sehr stolz darauf, was dort geschaffen wurde. Nuhn setzt sich aktiv für die Erhaltung der jüdischen Geschichte ein und arbeitet gerade an einem Buch über den jüdischen Friedhof mit dem Titel „Rotenburgs ‚guter Ort' – Der jüdische Friedhof am Hausberg", das kommenden Monat erscheinen soll.

Finanziell unterstützt worden ist die Anschaffung der 4000 Euro teuren Vitrine mit Geld aus dem Leader-Förderprogramm, das kleine regionale Projekte mit 2000 bis 20 000 Euro unter die Arme greift. 80 Prozent der Kosten, also 3200 Euro, wird mit Mitteln aus dem Programm gedeckt. Der Restbetrag stammt aus Spendengeldern des Förderkreises Jüdisches Museum Rotenburg.

Die offizielle Eröffnungsfeier der Vitrine findet am Sonntag, 1. November, ab 14.30 Uhr am oberen Eingang des jüdischen Friedhofs an der Heinz-Meise-Straße statt. Im Anschluss bietet Nuhn eine Führung an. Rotenburgs Bürgermeister Christian Grunwald, Dekanin Gisela Strohriegl sowie Landrat Dr. Michael Koch haben sich für die Eröffnungsfeier angekündigt.



Präsentieren stolz ihr Werk: die Stadtverordnete Barbara Brinkmann (von links), Sigrid Wetterau vom Regionalforum Hersfeld-Rotenburg, Inge Nuhn und Heinrich Nuhn an der neuen Vitrine am jüdischen Friedhof in Rotenburg. FOTO: LEA-SOPHIE MOLLUS

Am oberen Eingang zum Jüdischen Friedhof ließ der Förderkreis Jüdisches Museum Rotenburg im Oktober 2020 eine Vitrine aufstellen. Sie gibt Auskunft über die älteste jüdische Begräbnisstätte in der Region und über jüdische Begräbniskultur. Maßgeblich unterstützt wurde das Projekt durch das Regionalforum im LEADER-Förderprogramm.



Dr. Heinrich Nuhn (links) vom Förderkreis Jüdisches Museum und Sigrid Wetterau vom Regionalforum Hersfeld-Rotenburg enthüllten vor Gästen die Schautafel am Zusammenschluss des Moritz-Rothschild-Weges und der Moritz-Katzenstein-Straße am Hausberg, in der das jüdische Leben in Rotenburg und der näheren Region dokumentiert und festgehalten ist. Am Aufstellen der Vitrine war neben den Helfern des Förderkreises auch der Bauhof der Stadt Rotenburg beteiligt.

FOTOS: HERBERT VÖCKEL

Einladung zum Nachdenken

Schaukasten mit Exponaten über jüdisches Leben in Rotenburg enthüllt

VON HERBERT VÖCKEL

Rotenburg – Jüdisches Leben in Rotenburg ist auf Gedenktafeln am Hausberg festgehalten. Sie befinden sich am oberen und unteren Eingang zum Jüdischen Friedhof. Die gut sichtbare Vitrine an der Heinz-Meise-Straße kurz vor dem Herz- und Kreislaufzentrum ist schon vor zwei Jahren ihrer Bestimmung übergeben worden. Wegen der Corona-Pandemie gab es keine Einweihungsfeier. Der untere Teil der Erinnerungskultur wurde jetzt freigegeben.

Dr. Heinrich Nuhn vom Förderkreis Jüdisches Museum und Sigrid Wetterau vom Regionalforum Hersfeld-Rotenburg enthüllten vor Gästen die Vitrine, in der das jüdische Leben in Rotenburg und der näheren Region dokumentiert und festgehalten ist. Der Schaukasten, gefördert über das Regionalforum Hersfeld-Rotenburg durch das Land Hessen und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, befindet sich am Zusammenschluss des von oben kommenden Moritz-Rothschild-Wegs und der an der Göbel Hotels Arena vorbeiführenden Moritz-Katzenstein-Straße. „Mit diesen Namen erfahren wir etwas über Menschen aus Rotenburg, die uns stolz machen", sagte Dr. Heinrich Nuhn. Sie hätten Bedeutendes geleistet und dem Namen ihrer Heimatstadt einen guten Klang verliehen. Der 1873 im malerischen Haus an der Neustadtstraße 20 geborene Moritz Moses Rothschild habe ein Herz für Kinder gehabt und immer wieder den Sankt-Georg-Kindergarten mit größeren Geldbeträgen unterstützt, hieß es. Mit erheblichen Zuwendungen an Lebensmitteln habe er zudem in der schweren Zeit 1929 den Armen der Stadt geholfen und der Kleinkinderschule die Beschaffung eines Röntgenapparats ermöglicht. Moritz Katzenstein wurde in dem von den Trotts erbauten stattlichen Haus im Zickel geboren. Der hochbegabte Junge habe seine gymnasiale Ausbildung in Wiesbaden erhalten und anschließend Medizin in Freiburg und München studiert mit der Folge: Moritz Katzenstein war einer der tonangebenden Chirurgen in Deutschland. Ferdinand Sauerbruch habe nach seinem Tod die Trauerrede gehalten und Albert Einstein einen Nachruf verfasst. Die Straßenschilder seien so auch Erinnerungstafeln bedeutender Rotenburger.



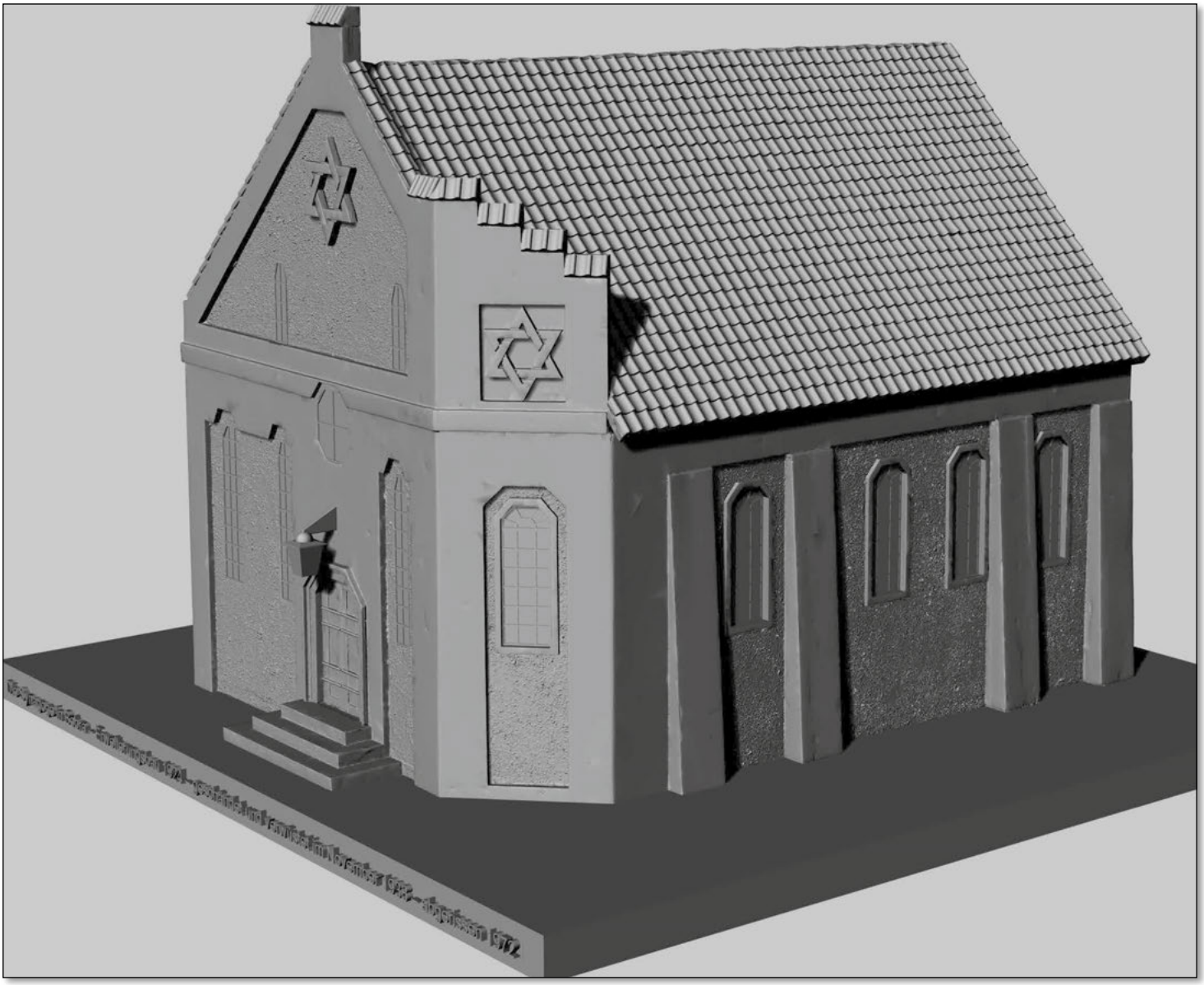


Inge Nuhn verteilte süßes Gepäck in Form von Hamantaschen an die Besucher der Einweihungsfeier der Gedenktafel am unteren Eingang zum Jüdischen Friedhof am Hausberg in Rotenburg. Musikalisch umrahmte Ernst Kreis (rechts) die Feier.

Pfarrer Lars Niquet erinnerte an den 1998 begonnenen Prozess, den jüdischen Friedhof mit Erläuterungen in Form des großen Gedenksteins und 20 Jahre später mit dem kleinen Gedenkstein in Buchform auszustatten. Seit zwei Jahren informiere nun die erste Schautafel über die Geschichte des Friedhofs, die nun mit der zweiten vervollständigt wurde. Sie würden Erinnerung wach halten, informieren und zum Nachdenken und Reden einladen. Niquet würdigte ebenso wie Rotenburgs Bürgermeister Christian Grunwald den Einsatz von Dr. Heinrich Nuhn und seiner Ehefrau Inge zum Wachhalten der Erinnerungskultur über das jüdische Leben und den Friedhof in Rotenburg.

Musikalisch umrahmte Ernst Kreis die Einweihungsfeier. Inge Nuhn verteilte zum Abschluss süßes Gepäck in Form von Hamantaschen an die Besucher. Anschließend gab es noch Führungen über den jüdischen Friedhof.

*Bericht der HNA/Rotenburg-Bebraer Allgemeine v. 8. Nov. 2022 über die **Einweihung einer Vitrine** am Haupteingang zum Jüdischen Friedhof am Hausberg in Rotenburg, dessen Existenz bis ins Jahr 1682 zurückreicht. Bereits 2020 war am oberen Eingang eine gleichgroße Vitrine aufgestellt worden - beide stehen außerhalb des Friedhofs auf städtischem Gelände. Am oberen Eingang erinnern außerdem markante Gedenksteine an die Jahrhunderte währende Existenz jüdischen Lebens und dessen Auslöschung.*



Bronzeguss im Maßstab 1:3 der Bebraer Synagoge, der seine Aufstellung in der Amalienstraße an der Stelle gefunden hat, an der die Synagoge bis zu ihrem Abriss im Jahr 1972 ihren Standplatz hatte.
Der Text auf der Kante der Trägerplatte lautet:
Die Synagoge in Bebra – Erweiterungsbau 1924 – geschändet und verwüstet im November 1938 – abgerissen 1972

Auf dem Sandsteinsockel, der den Bronzeguss trägt, steht (in Hebräisch und Deutsch) der Talmudspruch, der über dem Thoraschrein der Bebraer Synagoge bis zu ihrem Abriss 1972 seinen Platz hatte:

דע לפני מי אתה עומד ***Wisse, vor wem du stehst***

Auf der Grundlage eines Modells, das Schülerinnen der Brüder-Grimm-Gesamtschule unter Anleitung des Modellbauers Martin Entian erstellt haben, ist ein Bronzeguss der Synagoge angefertigt worden, der am Standort von Bebras ehemaliger Synagoge Aufstellung finden wird. Außerdem wird hier eine Kupfer-Felsenbirne gepflanzt. Der Baum ist der Stadt Bebra im Rahmen der Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen des Staates Israel von dessen Botschafter und der hiesigen Bundestagsabgeordneten der Grünen geschenkt worden; er soll als Symbol für die tiefe Verwurzelung beider Länder verstanden werden. (s. Bericht HNA, 13.09.2023, nächste Seite.)
Damit entsteht in der Amalienstraße, am ehemaligen Standort der Bebraer Synagoge, ein weiterer Ort des Erinnerns und Gedenkens.

Erinnerung greifbar machen

Schülerinnen bauen Modell der Synagoge Bebras

VON EDEN SOPHIE RIMBACH

Bebra – Gemeinsam tragen Martin Entian und Uli Rathmann das Modell hinein. Steine, Putz und Dachziegel sehen lebensecht aus. Im Werkraum angekommen, setzt Entian die hölzernen Fensterrahmen in Sandsteinoptik ein, versieht die präzise gefertigten Fenster mit Metallgittern.

Ein Modell der ehemaligen Synagoge Bebras haben Schülerinnen der Brüder-Grimm-Gesamtschule in Bebra nun gemeinsam mit einem Mitglied des Funk- und Modellbauclubs Bebra fertiggestellt. Während der Schulzeit hatten sie damit begonnen, das Projekt auch an den ersten beiden Tagen der Sommerferien weitergeführt.

„Das hat auf Anhieb funktioniert", sagt Entian über die Zusammenarbeit mit den Schülerinnen der Klasse G9.



Gehörte einst zum Stadtbild Bebras: Uli Rathmann und Martin Entian zeigen, wie die Synagoge nahe des Rathauses aussah. Entian baute sie nun als Modell mit Sibelta Morad, Mirra Buller und Wiktoria Kalinowska nach. FOTO: EDEN SOPHIE RIMBACH

(oben) Bericht der HNA/ Rotenburg-Bebraer Allgemeine v. 3. Aug. 2022 (Auszug) über die Präsentation eines ***Modells der ehem. Bebraer Synagoge****.*



Ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur: Gerhard Rabe vom Rotenburger Geschichtsverein, die Bundestagsabgeordnete Awet Tesfaiesus, Gerhard Schneider-Rose von der Bürgerinitiative Zukunft für Bebra, der Rotenburger Zeithistoriker Heinrich Nuhn und Bürgermeister Stefan Knoche bei der Bebraer Baumpflanzaktion. FOTO: FABIAN DIEKMANN

Ein Baum als Zeichen

Stadt Bebra erinnert an Standort der ehemaligen Synagoge

VON FABIAN DIEKMANN

Bebra – Ein Blick in die Vergangenheit, ein Zeichen gegen Hass und ein Symbol für den Klimaschutz – all das soll ein jüngst am Bebraer Amalienplatz gepflanzter Baum darstellen.

Die Baumpflanzaktion findet auf Initiative der Grünen-Bundestagsfraktion und der israelischen Botschaft zum 75-jährigen Bestehen des Staates Israel in 75 Wahlkreisen der Abgeordneten statt.

„Das Pflanzen dieses Baumes soll zeigen, dass wir die historische Verbundenheit zwischen Deutschland und Israel leben wollen", sagte die Bundestagsabgeordnete Awet Tesfaiesus bei der Veranstaltung. „Oft wird vergessen, was war, weil es an vielen Orten keine jüdischen Gemeinden oder Synagogen mehr gibt. Da Hass und Rechtsextremismus wieder mehr Zuspruch gewinnen, sind solche Aktionen umso wichtiger."

Bürgermeister Stefan Knoche fügte hinzu, dass Aktionen wie diese das Erinnern nötig machten. Der Baum sei wie die in den vergangenen Jahren errichteten Gedenktafeln und Stolpersteine sowie das jährliche Gedenken an die Reichspogromnacht ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur. Auch die Verbindung zum Klimaschutz sei laut Knoche bedeutsam. Die gepflanzte Kupfer-Felsenbirne sei äußerst resistent und wachse auch in Israel.

Die Stelle auf dem Amalienplatz ist nicht zufällig ausgewählt worden. Dort stand bis in die 1960er-Jahre die Bebraer Synagoge, weshalb sie der Rotenburger Zeithistoriker Heinrich Nuhn als ideale Stelle für die Baumpflanzaktion vorschlug.

Gerhard Rabe vom Rotenburger Geschichtsverein blickte anhand einiger Bilder auf die über 200-jährige Geschichte der jüdischen Glaubensstätte zurück. Mitte des 18. Jahrhunderts sei die erste Synagoge in Bebra gebaut worden. 1924 wurde das Gebäude am Amalienplatz nach Umbauten und Erweiterungen eingeweiht.

Zu dieser Zeit hätten sich Juden in Bebra sicher gefühlt. Für die 18 jüdischen Teilnehmer am Ersten Weltkrieg sei eine Tafel aufgestellt und der jüdischen Gemeinde von Lokalpolitikern Schutz versprochen worden. Das hätte laut Rabe jedoch nicht lange gehalten.

Nur wenige Jahre später war Bebra nach Kassel eine der ersten vom Novemberpogrom 1938 betroffenen Städte in Deutschland gewesen. In der Nacht vom 7. auf den 8. November wurden bei der Synagoge unter anderem Zäune zerstört und Fenster eingeworfen.

„Ab 1942 war Bebra judenfrei und nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte die Stadt die Synagoge als Abstell- und Lagerraum", erzählte Rabe. Der Abriss in den 1960er-Jahren sei aktiv vorangetrieben worden.

Dass die Stadt Bebra beinahe alle Spuren der Synagoge beseitigt hat, bezeichnete Gerhard Schneider-Rose von der Bürgerinitiative Zukunft für Bebra als „beschämend". Die Zukunft einer Stadt könne nicht funktionieren, wenn es dunkle Stellen in der Vergangenheit gebe. Deswegen hoffe Schneider-Rose darauf, dass der Bereich der früheren Synagoge durch Aktionen wie diese wieder mehr Aufmerksamkeit findet. Vorerst soll der Baum in einem Kübel vom Bauhof gepflegt werden, bis er mit der Fertigstellung des Umbaus der Bebraer Innenstadt und des Amalienplatzes dort seinen entgültigen Standort finden soll.

Bericht der HNA*/ Rotenburg-Bebraer Allgemeine v.* ***13. Sept. 2022****.*

Dienstag, 29. April 2025

„Nein" zum Vergessen

Gedenkstätte für jüdische Opfer des NS-Regimes eingeweiht

Bebra – Aus dem goldenen Saxophon von Elisabeth Flämig erklingt ein melancholisches Stück eines jüdischen Komponisten aus Italien. Es macht deutlich: Die Zusammenkunft mit rund 60 Teilnehmern auf dem Bebraer Rathausmarkt – unter ihnen auch die Klasse 9G der Brüder-Grimm-Gesamtschule – hat einen wichtigen, aber eben nicht freudigen Anlass. Am Montagnachmittag wird die neue Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus auf dem zentralen Platz in Bebra eingeweiht.

82 Namen stehen auf einer Tafel zwischen elf Stahlstelen – Bebraner, die den Wahn des „großens schwarzen Lochs in der modernen Geschichte" nicht überlebt haben, wie es Gidon Süsskind nennt. Der Israeli ist mit seiner Frau Nava aus Tel Aviv zu Besuch. Sechs seiner Vorfahren finden sich auf der Tafel.

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Stefanie Koch verweist auf den Kontrast auf dem Vorplatz des Rathauses: Er sei ein Ort der Feste, aber eben auch des Erinnerns. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – Bebra kam bei den Novemberpogromen 1938 eine unrühmliche Vorreiterrolle zu – sei „untrennbar mit der Stadt verbunden". Die neue Gedenkstätte sei ein Auftrag, den Holocaust nie zu vergessen. Auch Bürgermeister Stefan Knoche betont, dass Bebra bewusst „Nein" zum Vergessen sage. Das sei derzeit dringlicher denn je und keine „Last der Vergangenheit".

Historiker Dr. Heinrich Nuhn fällt die Aufgabe zu, die Anzahl der Stelen zu erklären, die als „zehn Gebote plus eins" die Gedanken des jüdischen Philosophen und Rabbiners Emil L. Fackenheim aufgreifen, dessen familiäre Wurzeln im 18. Jahrhundert in Lispenhausen und Bebra liegen. Frei übersetzt lautet das „elfte Gebot": Der Holocaust darf niemals in Vergessenheit geraten, weil Nazi-Deutschland sonst letztendlich siegen würde. Die Gedenkstätte sei dennoch nicht als Ort der Anklage, sondern der Toleranz zu verstehen, betont Nuhn und lobt, dass die Tafel nun unübersehbar sei.

Dann tritt Gidon Süsskind ans Mikrofon. „Ich weiß nicht, ob jemand meine Gefühle nachvollziehen kann, wenn ich auf diese Tafel schaue." Er bezweifelt es. Gemeinsam mit seiner Frau hat er kurz zuvor Auschwitz besucht, „eine emotionale und schwierige Erfahrung". Jetzt steht er in Bebra, in der Stadt, wo er für die Verlegung von Stolpersteinen gekämpft und mittlerweile gute Freunde gefunden hat. Die trotz der Baustelle auf dem Rathausmarkt die Einweihung vorgezogen hat, damit er und seine Frau bei der „wichtigen Zeremonie" dabei sein können – Süsskind bedankt sich mit zuletzt brechender Stimme für das gesetzte Zeichen. Die Gedenkstätte sei eine Ehrung der Toten, aber auch eine Mahnung. Der Judenhass wachse wieder, auch in Deutschland. „Nie wieder", erinnert Gidon Süsskind. Er wiederholt es mehrfach.

Ob gewollt oder nicht: Die Musik aus Flämigs Saxophon hat beim zweiten Stück eine hoffnungsvolle Note. Passend dazu sagt Roman Melamed, Vorbeter der jüdischen Gemeinde Fulda, mit Blick auf den Holocaust: „Es geht weiter, was einst zerstört werden sollte." Während auf dem Rathausplatz für einen Moment innegehalten wird und jüdische Gebete erklingen – vorgetragen von Melamed und Nava Süsskind – geht andernorts in der Eisenbahnerstadt das Leben weiter. Ein Lieferwagen beschleunigt auf der Nürnberger Straße. Aus dem offenen Fenster dröhnt Pop-Musik aus dem Radio.

CLEMENS HERWIG



Für die Erinnerung und gegen Ausgrenzung jeglicher Art soll die neue Gedenkstätte auf dem Rathausmarkt in Bebra stehen. Das betonten sämtliche Redner. FOTOS: CLEMENS HERWIG



Findet sechs seiner Vorfahren auf der Tafel: Gidon Süsskind aus Tel Aviv ist dankbar für das in Bebra gesetzte Zeichen.

Schlussbemerkungen

Das Schicksal der jüdischen Minderheit – so haben wir es auch in der Satzung des *Förderkreises Jüdisches Museum Rotenburg* verankert – soll uns zu einem humanen und von Verständnis geprägten Umgang mit heutigen Minderheiten, anders Lebenden und anders Denkenden anstiften.

Oder, wie Avital Ben Chorin es im Nachwort zu meinem Buch über die Rotenburger Mikwe zum Ausdruck gebracht hat*:*
„Hier kann, wie ich es erlebt habe, Wiederbegegnung geschehen, nunmehr einer neuen Generation." Und: *„Die Aufgabe einer Mikwe ist die Reinigung von der Unreinheit. So glaube ich, dass auch diesem alten Tauchbad eine besondere Aufgabe zufällt: Die Reinigung von den Schlacken der Vergangenheit."*

Die Dokumentation der Geschichte einer Minderheit und die entschiedene politische Bekämpfung der menschenverachtenden Ideologien von heute sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.
Wir reden davon, dass es eine gemeinsam zu tragende Verantwortung für die Vergangenheit gibt. Das Tragen dieser Verantwortung setzt jedoch Wissen um diese Vergangenheit und die Erinnerung daran voraus.

Primo Levi, der Auschwitz überlebte, ist für seine Erkenntnis bekannt geworden: *„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen."*
Diese Aussage weist über die reine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hinaus und kann uns lehren: Wir müssen die Ursachen, Hintergründe, Handlungsmotive und Mechanismen öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens kennenlernen und uns damit auseinandersetzen, damit sich Geschehnisse wie in der Zeit des Nationalsozialismus nicht wiederholen können.
Wenn sich solche damaligen „Aktionen" nicht wiederholen sollen und wenn verhindert werden soll, dass wir durch Nichtstun oder Schweigen mitverantwortlich für Unrecht werden, müssen wir uns die damaligen Ereignisse bewusst machen, ihre Hintergründe und Zusammenhänge beleuchten, damit wir Folgerungen für uns selbst ziehen können.

„Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt." So heißt es bei Hegel. Ob er recht behält, wird sich zeigen. Hoffen wir, dass er sich irrte.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber Geschichtskenntnisse können dabei helfen, die richtigen Fragen zu stellen.
Die Erinnerung an die regionale und lokale Verantwortung für die Verbrechen an den Opfern von Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung und sogar Ermordung lebendig zu halten, erscheint gerade heute von kaum zu überschätzender Bedeutung.

Ich gehe von der Annahme aus:
Wer vergangenes Leid und Unrecht vergegenwärtigt, ist auch offen für heutiges Leid und Unrecht.

I. Anhang: Berichte von Betroffenen

1. **Henny Rothschild:**
   „Anblicke, die einem nie wieder in Vergessenheit kommen werden." **598**
   Bericht (Brief) über die Novemberpogrome 1938 in Rotenburg a. d. Fulda, verfasst im Oktober 1939 in Vlissingen (bei Rotterdam)

2. **Siegfried Oppenheim:** **612**
   Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald

3. **Walter Frank (Fackenheim):** **623**
   Nach Buchenwald. Ein Weg in die Hölle und zurück

„Anblicke, die einem nie wieder in Vergessenheit kommen werden“

Bericht von Henny Rothschild über die Novemberpogrome 1938 in Rotenburg an der Fulda

verfasst im Oktober 1939 in Vlissingen (bei Rotterdam)

Im Nachlass von Meinhold und Henny Rothschild aus Rotenburg a. d. F. fand sich ein mehrseitiger Brief, den Henny Rothschild geb. Löwenstein am 18. Oktober 1939 geschrieben hatte. Er ging an die Familie von Meinholds Bruder Albert, die im Juli 1938 in die USA emigrieren konnte und seitdem in Los Angeles lebte. Nach der Lektüre sollten diese den Brief an Meinholds 1892 geborene Schwester Jenny (verh. mit Leo Kahn) im damaligen Palästina (Ramot Hashavim) weiterleiten.

Henny Rothschild verfasste den Brief im Hotel Zeeland in Vlissingen (bei Rotterdam), wo sie und ihr Ehemann Meinhold zusammen mit dem damals achtjährigen Sohn Joseph seit dem 3. September 1939 auf ihr Einreisevisum in die USA warteten. Im Januar 1940 gelangten die drei Flüchtlinge von Rotterdam aus nach New York. Henny Rothschild starb dort am 8. Juni 1989 an den Folgen eines Herzinfarktes.

Vorab soll ein kurzer Blick auf die verwandtschaftlichen Verhältnisse der Verfasserin des Briefes geworfen werden. Henriette (genannt Henny) Löwenstein, die am 2. September 1906 geborene Tochter von Abraham und Marianne Löwenstein, Brückengasse 6 in Rotenburg an der Fulda, heiratete 1930 Meinhold Rothschild, 1897 geborener Sohn von Isaak und Gitta Rothschild. Am Marktplatz 9 in Rotenburg führten die Rothschilds eine Großhandlung mit Farben und chemischen Produkten; nach dem Tod von Isaak Rothschild 1934 von dessen Sohn Meinhold übernommen.

Hennys Eltern waren ca. 1900 aus Diemerode in die damalige Kreisstadt Rotenburg gezogen, wo sie in der Brückengasse 6 ein Textilgeschäft eröffneten. Hennys Mutter Marianne, ihr Sohn David mit seiner Frau Lotte und der 1931 geborenen Tochter Margot waren am 3. September 1939 zusammen mit den Rothschilds in die Niederlande geflüchtet und betraten gemeinsam mit ihnen im Januar 1940 US-amerikanischen Boden.

Joseph Rothschild, der am 5. April 1931 geborene Sohn von Henny und Meinhold Rothschild, gehört zu der Gruppe aus der Nazidiktatur geflüchteter deutscher Juden, die in ihrer neuen Heimat - in diesem Fall in den USA - trotz des anfänglich sprachlichen Handicaps einen überaus erfolgreichen beruflichen Weg beschritten. Er lehrte ab 1955 an der renommierten *Columbia University* in New York als Professor für Politikwissenschaften und osteuropäische Geschichte. Seine zahlreichen Veröffentlichungen gelten als Standardwerke in diesen Fachbereichen. In den 1980er Jahren gehörte er zum außenpolitischen Beraterkreis von Präsident Jimmy Carter.

Die Familie Rothschild (Meinhold, Henny und der 1931 geborene Sohn Josef) war am Nachmittag des 8. November 1938 nach Göttingen zur Familie von Meinhold Rothschilds Schwester Lina (verh. mit Leopold Weil) geflüchtet—zusammen mit Henny Rothschilds Mutter Marianne Löwenstein, ihrem Bruder David Löwenstein, dessen Frau Lotte und Tochter Margot (geb. 1931). Ihrem Beispiel folgten die meisten jüdischen Familien Rotenburgs.

Nach Aufforderung durch Bürgermeister Kilian kehrten die aus Rotenburg geflüchteten Juden in der letzten Novemberwoche 1938 für einige Tage in ihre Heimatstadt zurück, wo sie mit ihren inzwischen total zerstörten Wohnungen und Geschäftsräumen konfrontiert wurden und tiefe Demütigungen zu ertragen hatten.

Der Nachlass von Meinhold und Henny Rothschild befindet sich im Archiv des Leo-Baeck-Instituts in New York unter der Signatur Documents and correspondence: Rothschild family 1851-1980, Joseph Rothschild Collection, AR 6497, Box 1, Folder 4, Leo Baeck Institute Archives.

Dem Archiv- und Forschungsleiter des Leo-Baeck-Instituts, Frank Mecklenburg, ist ein Scan mit hoher Auflösung des Briefes von Henny Rothschild zu verdanken.




Meinhold Rothschild
Henny Rothschild
geb. Loewenstein
Vermählte
Rotenbung a. F., den 28. Mai 1930.

Meinhold Rothschild und seine Frau Henny (geb. Löwenstein) mit ihrem Sohn Joseph ca. 1960 in New York City.

Der detailgenaue Bericht von Henny Rothschild über die Geschehnisse im November 1938 in Rotenburg a. d. Fulda macht ein unfassbares Zerstörungswerk sichtbar, das in diesem Ausmaß bislang nicht bekannt war.
In dem Brief wird spürbar, dass es der Verfasserin beim Schreiben in erster Linie darum geht, den Adressaten ganz genau und anschaulich die Zerstörung ihres Eigentums und die Flut von Drangsalierungen zu vermitteln, denen sie und ihre Leidensgenossen im November 1938 ausgesetzt waren. Die einzelnen Aussagen sprudeln aus ihr heraus, als habe sich das Erlebte und Erlittene in seiner Ungeheuerlichkeit erst in allerjüngster Vergangenheit ereignet. Aufgewühlt und wie atemlos bringt sie ihre Erinnerungen und Empfindungen zu Papier. Einzelne Geschehnisse und Gedanken reiht sie häufig ohne Pause aneinander, nur durch Kommas oder Et-Zeichen (&) gegliedert und von einander abgegrenzt. Man kann spüren, wie die schlimmen Erfahrungen des November 1938 elf Monate später sie noch immer unmittelbar verfolgen und bedrohen.
Der in dem hier vorliegenden Dokument zu registrierende Schreibstil erschwert und verzögert hin und wieder das inhaltliche Verständnis, ist als solcher aber von großer Bedeutung für die richtige Wahrnehmung der Befindlichkeit der Autorin. Deshalb wurden Satzbau und Interpunktion in der Originalfassung des Briefes weitgehend unverändert gelassen.

Vlissingen (Holland) Hotel Zeeland, 18. Okt. 1939

„Meine lieben, lieben Geschwister, Ihr lieben Kinder, heute früh erhalten wir das erste Lebenszeichen von Euch, eine Karte vom 5. Sept. von l. Lina nach hier nachgesandt, ich kann noch nicht sagen, was uns beide bewegte, als [wir] Eure von Sorge um uns erfüllten Zeilen lasen. Habt alle innigen Dank für jedes Wort der Fürsorge und Anteilnahme, für das man in so schweren Lebenslagen doppelt dankbar und doppelt empfänglich ist.
Es liegt so unendlich viel seit Eurer Abreise hinter uns, das wir nie geglaubt hätten erleben zu müssen und ertragen zu können und doch hat uns der l. G'tt immer und immer wieder Kraft gegeben und uns in der größten Bedrängnis seine Hilfe spüren lassen. Ich setze voraus, dass Ihr all unsere Post ab hier in der Zwischenzeit erhalten habt und so will ich beginnen Euch zu erzählen, was sich alles seit Eurem Wegsein ereignete.

Ihr wisst, wie unendlich schwer es immer jeden Einzelnen in der kleinen Gemeinde traf, wenn eine Familie auswanderte, Euer Weggehen war, wie Ihr selbst wisst, für uns ein großer Verlust. (Wir sind lange Zeit nicht rauf in Eure Wohnung gegangen.) Wir waren glücklich, als auf Anfrage bei meiner Kusine in New York sofort Bürgschaften für alle Löwensteins und uns Drei gestellt wurden, damit glaubten wir doch auch recht bald & in absehbarer Zeit nach Amerika zu können. In der Woche Eures Weggehens waren M. [Meinhold] und ich, wie Ihr Euch noch entsinnen könnt, in Frankfurt, um uns Anschaffungen zu machen und dort hörten wir zufällig, dass man sich beim Stuttgarter Konsulat registrieren lassen muss, da der Andrang dort sehr groß sei & die Auswanderung von der Höhe der Registriernummer abhängig sei.
Wir beschafften uns solche sofort & hatten dadurch das Glück die verhältnismäßig niedere

Vlissingen (Zeeland) Hotel Zeeland, 18/Okt 1939

Meine lieben, lieben Geschwister, Ihr lieben Kinder, heute früh erhalten wir das erste Lebenszeichen von Euch, eine Karte vom 5. Sept. von L. Lina nachher nachgesandt, ich kann Euch nicht sagen, was uns Beide bewegte, als wir von Euch in unserm stillen Zelten lasen. Habt alle innigen Dank für jedes Wort der Fürsorge und Anteilnahme, für das man in so schweren Lebenslagen doppelt dankbar und doppelt empfänglich ist. Es liegt so unendlich viel seit unserer Abreise hinter uns, das wir nie gegeben hätten erleben zu müssen und ertragen zu können und doch hat uns der l. G'tt immer und immer wieder Kraft gegeben und uns in der größten Bedrängnis seine Hilfe spüren lassen. Ich setze voraus dass Ihr all unsere Post ab hier in der Zwischenzeit erhalten habt und so will ich beginnen Euch zu erzählen, was sich alles seit unserm Wegsein ereignete.

Ihr wisst, wie unendlich schwer es immer jeden Einzelnen in der kleinen Gemeinde traf, wenn eine Familie auswanderte, nun Weggehen war, wie Ihr selbst wisst, für uns ein großer Verlust (wir sind lange Zeit nicht raus in eine Wohnung gegangen) wir waren glücklich, als auf Anfrage bei meiner Kusine in New York sofort Bürgschaften für alle Löwensteins und uns bei gestellt wurden, damit glaubten wir doch auch recht bald, in absehbarer Zeit nach Amerika zu können. In der Woche unsres Weggehen waren M. + ich, wie Ihr Euch noch erinnern könnt in Frankfurt, um uns Ausweispapiere zu machen und dort hörten wir zufällig, dass man sich beim Stuttgarter Konsulat registrieren lassen muss da der Andrang dort sehr gross sei + die Ausweisung von der Höhe der Registriernummer abhängig sei. Wir beschafften uns solche sofort + hatten dadurch das Glück die verhältnismäßig niedere Nummer 8072 zu bekommen. Wir alle waren des Glaubens dass wenige Wochen unsere Aufforderung zum Konsulat zur Folgen würde. Ihr wisst nun sicher durch Fridel + Adi was sich

Seite 1 des Briefes von Henny Rothschild aus Vlissingen (Holland), Hotel Zeeland, mit Datum 19. Okt.1939 (Leo-Baeck-Institut New York)



Haus Markt 9 in Rotenburg a.d.F., bis 1939 im Besitz der Familie Rothschild. (Foto 2010)

Nummer 8072 zu bekommen. Wir alle waren des Glaubens, dass wenige Wochen unsere Aufforderung zum Konsulat später erfolgen würde. Ihr wisst nun sicher durch Fridel & Adi, was sich diesbezüglich an den Konsulaten & hauptsächlich in Stuttgart getan hat, wo die größten Schiebungen vorgekommen sind, auf Kosten derer, die die bestechlichen Konsulatsbeamten weniger gut spicken konnten. Also der Termin wurde uns kurze Zeit später gesagt, unsere Nummer sei frühestens im Juli 1939 an der Reihe.

Unsere Enttäuschung könnt Ihr Euch denken; wir hatten aber schließlich ein Dach über dem Kopf & auch zu leben, sodass wir uns in das Unabänderliche fügen mussten. Wir machten weiter unsere Anschaffungen. Alles wurde gezeichnet, gewaschen & in die Heißmangel getan & dann fix & fertig in Koffer gepackt. Die Rouschhoschonehtage [Rosch Haschanah/Jüdisches Neujahrsfest] & die übrigen Feiertage verbrachten wir in gewohnter Weise, wir hatten Sukkans [Laubhütten] aus [unleserliches Wort]. Alle Herren waren da & wir alle bei bester Stimmung.

So kam auch der denkwürdige 7. November, an dem wir abends um 11 Uhr in unser Bett wie gewöhnlich gingen, anderen Tages erwarteten wir Recha, die ihre Ferien bei uns verbringen wollte. Genau um 12 Uhr nachts schon fing es bei uns an; die Fenster wurden eingeschlagen bis oben im Speisezimmer vermittels Feuerwehrleitern, unten Parterre die angeschraubten Schaltern mit Äxten zerhauen, Pflastersteine flogen in unsere Betten, aus denen wir nur noch mit Mühe & Not im allerletzten Augenblick herauskamen, solch eine Nacht möchte ich nie wieder erleben, Josefchen schrie, wir waren fast unfähig uns zu rühren, flüchteten mit dem Kind rauf in Rechas Schlafzimmer, die ¼ Stunde, wo dieses Zerstörungswerk vorgenommen wurde, dünkte uns eine Ewigkeit.

Als die Bande abzog, hatten wir keine ganze Scheibe und kein ganzes Fensterkreuz mehr an der Vorderfront des Hauses, und immer hörten wir das Klirren & Einschlagen in der Stadt.

Was soll ich Euch sagen, es blieb nicht ein Haus verschont, wo nicht eingeschlagen wurde, ebenso in Bebra & in Baumbach, das geschah auf Kommando <u>eines</u> [Unterstreichung im Original] Kreisleiters, aber anderen Tages auch im übrigen Hessen, das sich im November besonders unsterblich gemacht hat.

Dienstag Morgens, nach dieser Schreckensnacht, kam Alex schon um 7 Uhr & kurze Zeit später das Honnetchen vom Rasen heulend, ich werde das nie vergessen & erzählte uns, dass nachts alle Sefers [Thorarollen] bei Küllmers auf dem Steinweg



Seit 8. November 2018: Gedenktafel am oberen Eingang des jüdischen Friedhofs in Rotenburg zur Würdigung der Genisa-Bestattungsaktion durch drei jüdische Männer.

verbrannt wurden & Frau Werthans Wohnung demoliert sei & auch in der Synagoge hätten sie alles durcheinander geworfen. Das Verbrennen der Sefers traf uns alle wie ein Schlag, das war uns das Ärgste.
Etwa eine Stunde später kam der Bohlen (aber in welchem Ton), alle Scherben vor unserem Haus müssten weggeschafft werden & Meinhold hätte zu sorgen, dass in ¼ Stunde auf dem Steinweg das Zeug (die Asche) weggeschafft sei. Was wir alle empfanden, ich kann es Euch nicht sagen. Viktor, [schwer zu entziffernder Name, vermutlich der von Hennys Bruder David] und Alex schafften die Asche aufs Gutort *[Guter Ort, besonders in Hessen benutzter Ausdruck für jüdischer Friedhof],* begruben sie [das Judentum verlangt eine förmliche Bestattung nicht mehr benutzbarer religiöser Schriften], während von allen Schülern (sie hatten an dem Tag schulfrei) die Synagoge vollends demoliert wurde, es war vor Menschen nicht in die Brotgasse zu kommen.
[*Aufgrund anderer Quellen ist die Aussage, die Kinder hätten schulfrei gehabt, nicht zutreffend. Der entsprechende Eintrag in der Rotenburger Stadtchronik lautet: „Nach Beendigung der Schulzeit glaubten sogar die Schulkinder, die Aktion fortführen zu müssen."]*

Wir hatten unsere Arbeit, die Scherben vor dem Haus & in den Zimmern wegzuschaffen, überall waren Luftlöcher & die ganze Stadt auf den Beinen, um die zerstörten Judenhäuser anzusehen, ich hätte sie alle morden mögen.
Wir waren alle mehr wie verstört & uns grauste vor der Nacht, gegen 3 Uhr kam Lotte und erzählte uns Gustav Dörr sei bei Tante Lina gewesen & habe [sie] erpressen wollen – jetzt sei er bei Viktor. Zu Tante Lina kam er gerade, als sie essen wollten und verlangte ihren Schmuck & Geld, sie wiesen ihn natürlich ab & da warf er den Tisch mitsamt Geschirr & Essen um.
Was soll ich lang alle Schrecken erwähnen, die wir hatten, wir entschlossen uns wegzufahren, um das Schlamassel nicht noch mal zu erleben, um 5 Uhr mit dem Eilzug fuhren wir bis Bebra, dort trafen Löwensteins, Alex, Recha, Rosa & Familie und Kinder & so furchtbar viel Glaubensgenossen aus der Gegend.
Ihr könnt Euch davon keinen Begriff machen. Alle verstört & wie gehetztes Wild. Wir fuhren zu 9. zu Lina, wo da noch Alles in bester Ordnung war, sie war erschrocken über das, was wir leider erzählen mussten & mit einer selbstverständlichen Hilfsbereitschaft für uns alle da.
[Die neun Personen, die zu Meinhold Rothschilds Schwester Lina (Weil) nach Göttingen fuhren: Meinhold, Henny und Josef Rothschild, Marianne, David, Lotte und Margot Löwenstein sowie Alexander und Recha Döllefeld.]
Wir schliefen zum Teil auf der Erde. Der Mittwochabend brachte dann die Nachricht vom Tode des Herrn vom Rath & wir wussten, dass dies der Anfang zu weiteren Schrecken bedeuten würde. In der Nacht wurden auch in Göttingen fast überall die Wohnungen demoliert, nur bei Lina nicht, als wenn der l. G'tt sie und uns vor der Aufregung habe verschonen wollen. Bei 3 Familien in derselben Straße waren sie & bei Lina nicht, das war wirklich ein Wunder.
Leop. [Leopold] hatte Jahrzeit, abends (Mittwoch abends) waren noch alle Männer zum Minjan in der Synagoge, anderen morgens machten sie sich wieder auf den Weg, als sie in der Nähe der Syna-



Henny Rothschild geb. Löwenstein und ihr Bruder David Löwenstein ca. 1950 in den USA..

goge waren, brannte sie, Leop. wurde fast 1 Minute später von einem S.S. auf der Straße verhaftet, Alex, der wieder heimkam um uns zu erzählen, dass die Syna. brennt, gleich darauf in der Wohnung von der Gestapo. Durch uns viele Frauen in der Wohnung fragten sie auch nach unseren Männern, Meinh. & David & da die nicht da waren, blieben sie bei uns in der Wohnung bis gegen 12 Uhr mittags, und wollten uns verhaften, wenn die Männer nicht erscheinen würden. Trotz Gestapo-Bewachung wussten wir kurze Zeit später, dass eine jüdische Dame die Beiden versteckt hielt & nachdem wir sahen, dass sie nicht aus der Wohnung wichen, gelang es uns trotz Bewachung die Männer verständigen zu lassen, dass sie sich stellen sollen, was auch gegen 1 Uhr mittags geschah.

Die größte Gnade dieser Schreckenstage wurde ihnen nun dadurch zuteil, dass sie in ein Gerichtsgefängnis in der Nähe Göttingen (Reinhausen) geschafft wurden & dort von wirklich anständigen S.A. Männern menschlich & ordentlich behandelt wurden. Allerdings wurden wir erst am Samstag gewahr, wo sie überhaupt hin transportiert worden waren & Sonntags konnten wir schon hin & sie besuchen.

Wenn nicht die ständige Angst & Sorge gewesen wäre, dass sie in das Schreckenslager Buchenwald weitertransportiert werden könnten, hätten wir uns viele Sorgen ersparen können. Es war zwar „Kittchen“, aber immerhin angenehmer als Tausende armer jüdischer Menschen es während dieser Wochen haben erleben müssen.

Wir waren inzwischen ohne jede Verbindung mit Rotenburg, bis ich von Fam. Brandes, die nach Krefeld geflüchtet waren, eines Tages einen Brief mit einem Zeitungsausschnitt aus dem Rotenburger Tageblatt bekam. Der Brief, wohl von Frau Strube geschrieben den Brandesens, enthielt ungefähr folgendes: Ihr braucht nicht wieder herzukommen, Ihr findet nichts mehr vor. Der Zeitungsausschnitt: Rotenburg ist judenfrei. *[In Spaltenbreite war im Rotenburger Tageblatt v. 11. November 1938 zu lesen: „Rotenburg judenfrei“.]*

Wir alle dachten uns nichts Gutes, hätten aber nie gedacht, unsere Häuser mal in einem derartigen Zustand wieder anzutreffen. Ich schrieb, nachdem Brandesens diese Nachricht erhalten hatten, das erste Mal an Brandaus, die wussten auch nicht, wo wir uns aufhielten. *[Die Familie Brandau wohnte in dem Haus Burggasse 2, in unmittelbarer Nachbarschaft der Rothschilds. Wie bedeutsam die Brandaus für die Familie Rothschild waren, erschließt sich aus einem am 1. Dezember 1977 geschriebenen Brief von Meinhold Rothschild an seinen Cousin Julius, in dem er beteuert, er sei nur deshalb nach Rotenburg gereist, um den Jüdischen Friedhof und die Familie Brandau zu besuchen: Wir hatten „absolut kein Bedürfnis … irgend Jemanden dort zu sehen oder zu sprechen ausser der Familie Brandau“.]*

Prompt statt Antwort kam Sonntag morgens Frau Brandau nach Göttingen & erzählte uns, dass unsere Sachen, unser gesamter Hausstand & Inventar auf dem Sportplatz verbrannt worden sei & noch eine Menge Einzelheiten, was sich alles während des Schauspiels dieser Novembertage abgespielt hat. Das will ich aber später in Einzelheiten erzählen, die wir leider sehr bald erfahren mussten. Frau Br[andau] fuhr mittags nach Rtbg. zurück, ließ sich von mir das Fahrgeld trotz Drängen nicht ersetzen. Montag früh kam vom Bürgermeister in R. die Aufforderung, dass binnen 8 Tagen sämtliche demolierten Fenster & Türen in Ordnung gebracht sein müssten (diese Aufforderung ging an alle Juden), anderen Tages kam ein Brief vom Finanzamt, wonach der größte Teil des gesamten Vermögens beschlagnahmt wurde, tags darauf noch mal einer mit einer Beschlagnahme von Seiten des Finanzamts & all diese Hiobsbotschaften an mich, denn Meinhold war doch in Haft.

Im Laufe der Woche rief Brandes an, wir würden uns am Dienstag der nächsten Woche, soweit die Leute erreichbar seien, in Rtbg. treffen, um wegen der Instandsetzung der Häuser etc. Schritte zu unternehmen. Lotte & ich fuhren schon Montags, weil mir ja der schreckliche Weg zum Finanzamt noch vorher blühte. Paula Witzenhausen *[gemeint ist Henny Rothschilds Schwägerin Paula Kugelmann, die in Witzenhausen wohnte.]* fuhr mit uns & da boten sich uns in Rotenburg. Anblicke, die



Anna Elisabeth Brandau (Foto 1943)

einem nie wieder in Vergessenheit kommen werden.

Bei Tante Lina sahen wir zuerst statt Haustür 2 Latten im Kreuz als Türverschluss, bis zum Dach hinauf kein Fenster, kein Fensterrahmen, in keinem Zimmer nur noch ein Nagel, am Haus ein großes Schild: Dieses Haus ist polizeilich gesperrt: Die Ortspolizei! *[gemeint ist Haus Steinweg 24; Henny Rothschilds Aussage wird durch den Eintrag in der vom damaligen Stadtinspektor Finke geführten Stadtchronik bestätigt: „Im Laufe des 11. November sind dann die Eingänge sämtlicher Judenhäuser sowie eine Anzahl Fensteröffnungen durch die sehr leicht ein Einsteigen in die Häuser möglich war, mit Brettern verschlagen worden."]*

Wir drei Frauen (Lotte, Paula & ich) gingen zurück, bei Plauts Lindenstr. das selbe Bild, unsere Scheuer unversehrt, weiter zu Brandesens, von allen Seiten das Haus demoliert genau wie bei den anderen, beim Weg über die Brücke bei Gansens, Frau Neuhaus, alte Frau Speyer, überall dasselbe, Levys bei Löwensteins, also was soll ich alle Häuser einzeln aufzählen, es war überall dasselbe; unser erster Weg war zur Polizei, W. nahm uns mit in den Sitzungssaal [des Rathauses] & ich bat ihn, mit ins Haus zu gehen, er tat es aber nicht, nur verlangte er die Gemeindeakten & Bücher, die ja von Meinhold bei uns aufbewahrt waren. Wenn sie da sind, sagte ich, können Sie sie gern haben.

Ich musste unterschreiben, dass ich bis zur nächsten Woche das Haus in Ordnung bringen lasse und zwar von Schreiner S. (neben Reinhardts) für sage & schreibe 480 Mark (übrigens war der es, der meinen schönen Haushalt hat demolieren helfen). Dann gingen wir zurück in unser Haus.

Was soll ich Euch sagen: Statt Haustür ein Lattenverschlag, dasselbe Schild: polizeilich gesperrt. Wir drückten die Bretter ab & kamen so in den Hausflur, nicht mal der Briefkasten war verschont.



Breitenstraße 19 in Rotenburg im April 1939. Noch immer ist das nach den Novemberpogromen 1938 verbretterte Schaufenster der Kaffeerösterei Linz zu sehen.

Das Wohnzimmer total leer, nichts drin, nur das Bild der Eltern zwischen den Fenstern mit der Katze und – wie ein Wunder der Wandschrank im Wohnzimmer unberührt mit sämtlichen Machsorim *[Gebetbücher für die Feiertage]* & Tfilles *[Gebetsriemen]* und dem Jomkippurmützchen von Dir l. Irma von Jim und dem Postkartenbild von Hermann & Josef



Hermann Rothschild 23.09.1887 - 25.06.1916, gef. bei Verdun, Frankreich



Josef Rothschild 16.09.1893 - 27.07.1916, gef. bei Verdun, Frankreich



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heldentode unserer guten, unvergeßlichen Söhne

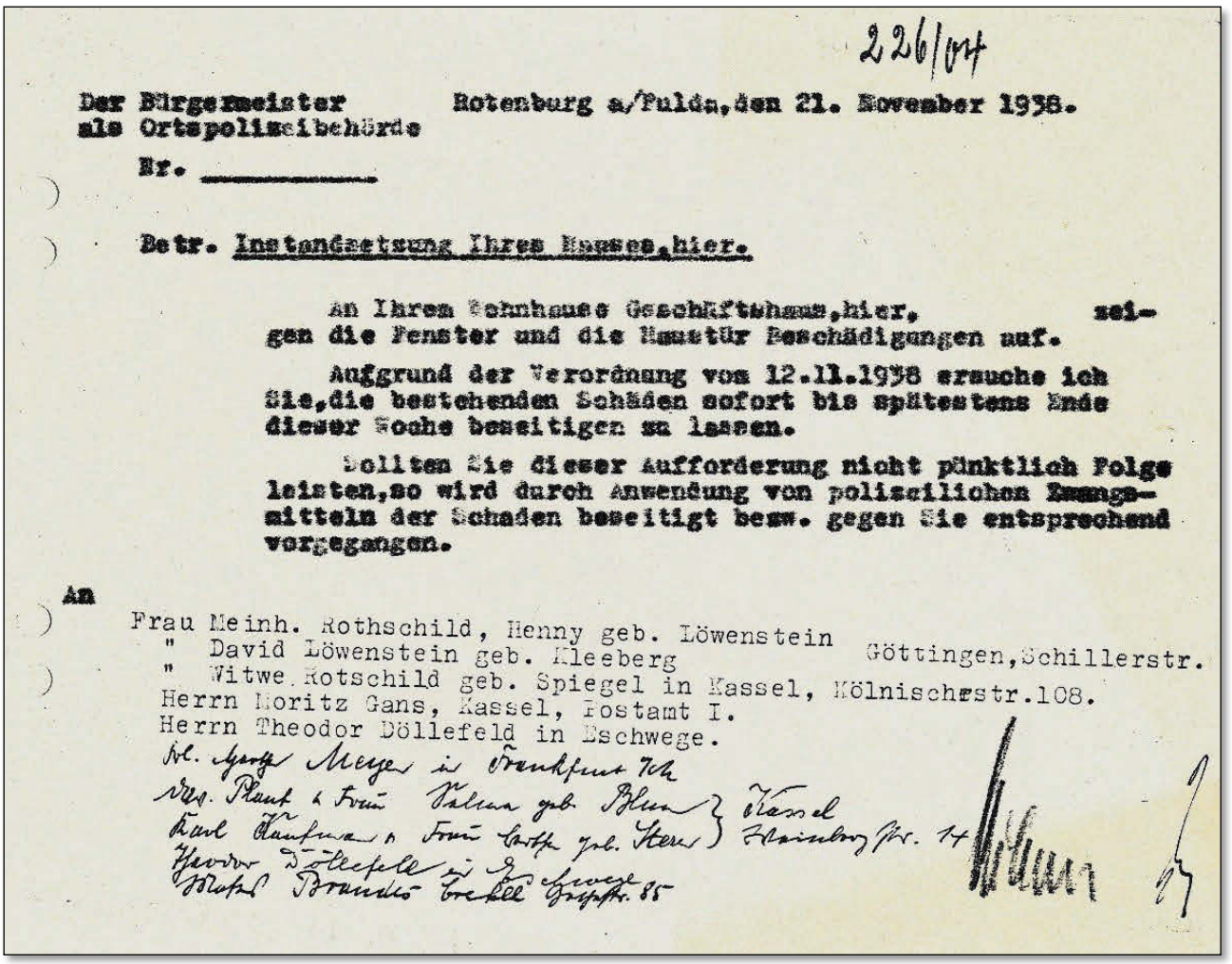
Hermann und Josef Rothschild

danken wir hierdurch herzlich.

Familie J. Rothschild.

Rotenburg, den 7. August 1916.

„Danksagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heldentode unserer guten, unvergeßlichen Söhne". Traueranzeige im Rotenburger Kreisblatt v. 7. August 1916.



226/44

Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde

Rotenburg a/Fulda, den 21. November 1938.

Nr. _____

Betr. Instandsetzung Ihres Hauses, hier.

An Ihrem Wohnhause Geschäftshaus, hier, zeigen die Fenster und die Haustür Beschädigungen auf.

Aufgrund der Verordnung vom 12.11.1938 ersuche ich Sie, die bestehenden Schäden sofort bis spätestens Ende dieser Woche beseitigen zu lassen.

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht pünktlich Folge leisten, so wird durch Anwendung von polizeilichen Zwangsmitteln der Schaden beseitigt bezw. gegen Sie entsprechend vorgegangen.

An

Frau Meinh. Rothschild, Henny geb. Löwenstein
" David Löwenstein geb. Kleeberg Göttingen, Schillerstr.
" Witwe Rotschild geb. Spiegel in Kassel, Kölnischerstr.108.
Herrn Moritz Gans, Kassel, Postamt I.
Herrn Theodor Döllefeld in Eschwege.
Hl. Georg Meyer in Frankfurt a/M
Wws. Plaut & Frau Kilian geb. Blum } Kassel
Karl Kaufmann & Frau Lotte geb. Stern } Rheinberg Nr. 14
Herrn Döllefeld in Eschwege
Max Brandes Krefeld Gartenstr. 85

Aufforderung des Rotenburger Bürgermeisters Kilian vom 21. November 1938 zur „Instandsetzung“ ihrer Häuser an die nach Göttingen (M. Rothschild, D. Löwenstein), Kassel (Ww. L. Rothschild, M. Gans, D. Plaut, K. Kaufmann), Eschwege (Th. Döllefeld), H. Meyer (Frankfurt) u. Krefeld (M. Brandes) geflüchteten Rotenburger jüdischen Familien.

selig und das war das einzige unberührte Plätzchen in unserem ganzen großen Haus.

Ich betrachte es noch heute als gutes Omen, dass uns alles dies erhalten geblieben ist, mög es auch so sein. Im Schlafzimmer der Eltern nichts mehr, kein Bett, kein Vorhang, nur Scherben von Geleegläsern & Inhalt vermengt mit Erbsen, Holzsplittern, Steinen & dazwischen die große Sterbeurkunde von Hermann selig mit der Faksimile-Unterschrift Kaiser Wilhelms II!

Das Mädchenstübchen, wo Dina geschlafen hatte, leer, keine Gemeindeakte, kein Gemeindebuch. Jeder der heute eine Geburts- oder Sterbeurkunde benötigt, muss sich an das Gesamtarchiv der Juden nach Berlin wenden! In der Küche nichts mehr als der Herd, nichts im Wandschrank, nirgends die geringste Kleinigkeit, die Kellertür offen, alles rausgeholt, meine Ölsardinendosen, Gläser mit Eingewecktem etc., alles weg.

Auf dem Flur in der ersten Etage nur die 3 Wände der beiden Schränke, im Tannenschrank war meine gesamte Bettwäsche etc. gewesen, der Eichenkleiderschrank leer, keine Tür mehr darin, nichts in der [nicht zu entzifferndes Wort, vielleicht „Kammer“], nicht mal mehr der Ofen, die Lichtleitung abgerissen, das Wasser abgestellt, nichts mehr in unserem Schlafzimmer, nicht ein Atom im guten Zimmer, nichts in meinem Speisezimmer, nicht eine Spur mehr von all den vielen & schönen Dingen, die Recha in den 3 anschließenden Zimmern hatte. Wo das Waschbecken war nur noch ein Loch in der Wand, nirgends ein Ofen, die Lichtleitung auch da abgerissen, der Herd in Rechas Küche zertrümmert, als seien Schweine ausgezogen, so sah es überall aus & auch an der hinteren Hausseite nicht ein Fenster mehr & nicht ein Fensterkreuz & Rahmen. Auf dem Flur in der 2. Etage lag wieder Gelee & Scherben und Eingemachtes, also schrecklich.

Auf dem Boden mein & Rechas Jontefdeckesgeschirr *[Geschirr für die jüdischen Feiertage]* in Scherben, die Kiste kaputt gerissen, nur noch wenige Töpfe & die alle in allen Ecken.
Der schlimmste Anblick bot sich uns aber auf dem Hof: Die Waschküche halb abgerissen, auf dem Lager kein Dach mehr und die Wände halb abgerissen, alles was noch Wert hatte wie: das Fahrrad, Farbmühle, Holz etc. auch da gestohlen und der Hof selbst bedeckt mit verbeulten Eimern, Dachziegeln, Balken, Lehm etc., es sah aus, als habe es gebrannt. Wo mal eine Geschäftstür am Häuschen war, hing nur noch das Schloss, für Jedermann freier Zutritt. Im Geschäft alle Papiere auf den Fußböden, kein Schrank, der nicht eingehauen war & die Geschäftsbücher auf das Parteibüro der Arbeitsfront geschafft. Ihr könnt Euch denken, wie sich da das Herz einem im Leibe herumdrehte, das Tor ohne Schloss & offen.
Und so war in jedem Judenhaus & bei jeder jüdischen Familie gehaust worden, keiner war verschont, nicht mal das arme Paula Plaut & das arme Honetchen [*Honet Kaufmann, geb. 1879, er starb am 13. Dezember 1938 im Sonderlager des KZ Buchenwald] a*uf dem Rasen.
Bei uns im Haus hatten das Werk vollbracht von morgens um 6 Uhr bis spät in die Nacht hinein die Herren Otto Schmauch, Rekelkamm, Ede Kurz, Kreisleiter (oder so was) Walper am Landratsamt und der Schreiner Stein, also Herren Beamten & solche, die sich gute Bürger nennen. *[Der Finanzbeamte Karl Walper war seit 1936 NS-Ortsgruppenleiter und von Oktober 1939 bis Januar 1943 als 1. Beigeordneter Kommissarischer Bürgermeister.]*
Die ganze S.A. hatte sich an der Aktion beteiligt wie Gustav Dörr, Horst Mainz, das gesamte Kassenpersonal vom Finanzamt, die Herren Lehrer der Volksschule wie Köberich, Landgrebe, Traulsen, Keim & wie die alle heißen.
Ich muss Euch noch sagen, dass Waschküche & Lager auf Geheiss von Bäcker Eckhardt von ihm dafür gedungenen Leuten abgerissen wurde & zwar von Albrecht (der im Hinterhaus wohnt) und einem Breitbart (die bekamen es bezahlt), denn Herr Eckhardt wollte Licht für seine Fenster haben, die ihm erst 3 Jahre vorher von Papa selig zu bauen erlaubt worden waren. Newiger reflektierte damals noch auf das Haus und der beorderte Landjäger Sieland, der denen das Abreißen untersagte, weil dies eine Einzelaktion sei.
Ich ging nach dem Schrecklichen, was ich nun im eigenen Haus gesehen, aufs Finanzamt, wie mir ums Herz war, könnt Ihr Euch vorstellen, ich konnte niemand auf der Straße ansehen. Der Regierungsrat empfing mich, nachdem ich fast ½ Stunde auf dem Flur gewartet hatte & ich muss sagen, er war menschlich, er bot mir einen Stuhl an. Ich war so fertig, ich kann es Euch nicht sagen, die Tränen würgten als in der Kehle, ich war aber zu stolz es zu zeigen.
Ich musste nun hören, dass unser ganzes Bargeld beschlagnahmt war, ich konnte nicht über einen Pfennig verfügen, zum Lebensunterhalt wurden mir monatlich 100 Mark freigegeben, es kam so eines zum anderen. Wir trafen damals keinen einzigen Juden an, Lotte, Paula & ich gingen dann in die Brückenstr., da war der Anblick genau wie bei uns, nichts mehr da, nur die ganzen Trümmer hatten sie da liegen gelassen, während sie bei uns im Sack *[Im Sack war der frühere Straßenname für den hinteren Teil des Marktplatzes]* der Arbeitsdienst mit Schippen hatte wegschaffen müssen.
Bei uns war alles aus den Fenstern auf die Straße geworfen, bis zur Wacht *[Name für die ehemalige Polizeiwache schräg gegenüber dem Haus Rothschild]* soll ein Berg gelegen haben von Sachen, die unser Hab & Gut gewesen waren.
Die paar Stunden waren schnell herum, es fing an zu dämmern & da wir anderen Tages zusammen-



„Die Männer kamen in die Wacht", so Henny Rothschild in ihrem Brief. Damit war die ehemalige Polizeiwache gemeint, jetzige Adresse St. Georgstr. 2

kommen wollten, um 8 Uhr morgens, fuhren wir nicht nach Ggn. *[Göttingen]* zurück, sondern Lotte & ich nach Kassel, um da auch schon Bekannte zu treffen. Gegen ½9 Uhr abends gelang es uns Moses, Gretel & Lutz Brandes in der Gießbergstr. bei irgendwelchen Juden, wo sie wohnten, ausfindig zu machen. Da erfuhren wir nun das erste Mal, was sich alles an dem Tag abgespielt hatte, wo wir schon in Ggn., G. s. D! *[Gott sei Dank: Unterstreichung im Original]* waren. Wie anfangs geschildert, fuhren wir schon Dienstag Nachmittag von Rtbg. nach Ggn.

Weg waren am selben Tag: Frieda & Isi Gans, Tante Lina, Klara, alte & junge Speiers.

Mittwochs fuhren weg: Brandesens nach Krefeld & Frau Neuhaus nach Fkft. & Moritz Gans. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag schlief Frau Plaut bei Döllefelds, ihr Mann war in Schlüchtern an der Polsterarbeit & in eben dieser Nacht wurden alle Männer & Frauen verhaftet.

Die Männer kamen in die Wacht & die Frauen in den Rathauskeller. Betty & Jettchen Gans im Nachthemd mit Mantel bekleidet & ohne Strümpfe, Hannchen Falkenstein mit offenen Haaren & ebenso notdürftig bekleidet, desgleichen Frau Karl Kaufmann, es müssen schreckliche Bilder gewesen sein, die uns mit G'ttes Hilfe zu erleben erspart waren.

In der Wacht hörten sie, wie bei uns Möbel zerhauen wurden & Porzellan & alles andere auf die Straße geworfen wurde und im Rathauskeller hörten die Frauen diesen Lärm aus Viktors, Frau Katzens & Karl Kaufmanns Wohnung.

Bis 11 Uhr blieben alle verhaftet, dann wurden von den Wachtmeistern alle zur Bahn abgeführt, Spalier von den gaffenden & hohnlachenden Spießern war bis zur Bahn gebildet, nebbich *[hier synonym für „entsetzlich"]* & die armen zum Teil so notdürftig bekleideten Menschen.

Die Männer wurden nach Buchenwald geschafft und die Frauen mussten in einen anderen Zug, wo immer er sie hinbrachte. Es führt zu weit Euch zu beschreiben, wie da Einzelne in der Weltgeschichte herumfuhren, wie gehetztes Wild, ich will es mir auch ersparen Euch solche Szenen zu schildern, denn Ihr könnt Euch nicht vorstellen, wie selbst die Erinnerung alles Erlebten wieder aufregt. [unleserlicher Name] landeten in Frkfurt, ebenso Jettchen & Betty Gans, Speiers in Hersfeld, Karl Kaufmanns in Köln.

In Kassel waren außer Tante & Klara, Ta. *[Tante]* Jettchen, [unleserlicher Name], Dina Falkenstein,



„Am Dienstag früh … erfuhren wir, dass ein Bruchteil unsere Wäsche im Schloss r (Arbeitsdienstlager) liege."

Paula Plaut, Frau Werthan, Toni & die Eltern Kaufmann, Frau Plaut, die alte Kaufmann vom Rasen, Hannchen & Gretchen in Stuttgart; alle Menschen verstreut, wo sie ein Dach finden konnten.

Johanna Gans mit Mutter & der alten Tante in Ggn., die waren bei Nacht in Eichenberg & konnten sich nur mit einem Auto nach Ggn. bringen lassen & die beiden Alten konnten sich nicht in Ggn. eingewöhnen & die Tante wollte als den Mann haben, der sie im Auto gebracht hatte, er sollte sie wieder zum Schlossermeister Gans fahren.

Was während dieser Aktion gestohlen wurde, könnt Ihr Euch vorstellen, da haben sich viele & manche die Taschen vollgestopft, da waren viele der angeblich anständigen Bürger! nicht zu fromm sich an jüdischem Hab & Gut zu bereichern. Als sie fertig & betrunken von dem waren, was sie an Wein etc. in den Kellern vorgefunden hatten, fuhr Gustav Dörr per Pferdewagen durch die Stadt mit einem Sargeneskittel *[weißes Totenhemd, von orthodoxen Juden auch zu Jom Kippur in der Synagoge getragen]* bekleidet, einem Zylinder auf & einem großen Chumesch *[die fünf Bücher Mose bzw. die Thora]* in der Hand, das Gaudium könnt Ihr Euch vorstellen.

Es ist überall in diesen Tagen viel geschehen, aber was sich in Rotenburg alles ereignete, war der Gipfel aller Geschehnisse, ich kann Euch nur sagen, dass überall hin, wo man kam, man als Rotenburger Jude mit besonderem Rachmones *[Begriff aus dem Jiddischen für Mitleid, Mitgefühl, Barmherzigkeit]* aufgenommen wurde.

Am Dienstag früh trafen wir uns in Rtbg., bis jeder mal unter Heulen in seinem Haus war, die Gesichter könnt Ihr Euch denken, da erfuhren wir, dass ein Bruchteil unserer Wäsche im Schloss (Arbeitsdienstlager) liege, für Abtransport aus unseren Häusern &

Aufbewahrung im Schloss müssten zuvor 600 Mark bezahlt werden!!
Dann durften wir in die Säle & uns zusammensuchen. Ihr macht Euch keinen Begriff, was da Alles untereinander lag wie Kraut & Rüben, Bettwäsche & Kleidung, Federbetten, Mazze, G'tt weiß was Alles von allen Gemeindefamilien. Von dem, was da lag & noch nicht gestohlen war, hatte die Frauenschaft das Beste aussortiert & Frau Boller war mit dieser unserer guten Wäsche & Kleidung ins Sudetenland geschickt worden, um sie den armen Sudetendeutschen zu verteilen!!!
Was sich an Mühe & Kummer für uns in diesen Tagen, Dienstag, Mittwoch & Donnerstag ergab, könnt Ihr Euch vorstellen, nur wenige Stunden am Tag durften wir uns zusammensuchen, die Dunkelheit brach immer schnell in diesen Novembertagen herein & abends hieß es immer sich irgendwo eine Unterkunft suchen. Einen Abend schlief ich in Hersfeld bei einer Familie Blumenfeld, am nächsten Abend in Kassel & in der letzten Nacht bei Brandesens auf dem Fußboden mit wiedergefundenen Decken zugedeckt.
Meine guten Matratzen waren verbrannt, meine Federbetten auf dem Marktplatz zerschnitten worden. Ich habe sage & schreibe nicht 1 Überschlaglaken behalten & nicht einen Bettbezug & was hatte ich Wäsche aller Art in Massen. Mein Speisezimmerteppich lag mit Ruß und Bettfedern bis zur Unkenntlichkeit versaut, zusammengeknüllt im Schloss, von den vielen schönen Brücken nicht eine Spur mehr. Und dasselbe mit fast der ganzen Kleidung von Meinhold & Josef & die ganze viele Unterwäsche von uns Allen & Allen.
Als ich Freitag Mittag nach Göttingen zurück kam, abgewirtschaftet wie ein Hund, es war am 1. Dez. *[richtig muss es heißen: 2. Dezember, der 1. Dezember war ein Donnerstag],* waren Meinhold, Alex & David aus der Haft entlassen, Leop. schon 8 Tage zuvor. Die 3 Ersteren, weil sie nachweisen konnten, dass sie Frontkämpfer gewesen waren.
Wir waren glücklich, dass sie wieder daheim waren. Im Januar kam ein Schreiben der Stadt Rtbg., dass wir unser Haus nur an sie für 10,5 mille zwecks Errichtung einer Kleinkinderschule zu verkaufen haben, Genehmigung an irgend einen anderen würde nicht erteilt.
Wenige Wochen später verzichtete die Stadt auf Anfrage von uns [Unterstreichung im Original], nicht, dass sie uns dies mitgeteilt hätten. Dann wurden wir aufgefordert, neue Schornsteine bauen zu lassen, dann wieder kurze Zeit später die Türen im Inneren des Hauses zu ersetzen, das Schikanieren nahm kein Ende. Wir waren glücklich, als wir im März das Haus an Fritz Keim für 11,0 los wurden. Nun ließ die Genehmigung auf sich warten! (Der) alte Reiche *[Kohlenhändler Karl Reiche]* & Gustav Dörr wollten es mit Gewalt haben & Keim sollte die Genehmigung nicht bekommen, die Kreisbauernschaft musste sich für Keim einsetzen, bis er es nach vielen Aufregungen & Zankereien endlich bekam.
Es rentiert sich glänzend für ihn, Parterre wohnen für 25.- Mark Eisenträgers, in der 1. Etage ist das Kulturamt!!! Eine Einrichtung, die man früher in unserem Städtchen nicht kannte & die erst nach November notwendig geworden zu sein scheint. Im 2. Stock wohnt eine Tochter von Lutz Aubel & das Geschäftshäuschen hat er erst ausbauen lassen, wer da wohnt, weiss ich nicht. Im Augenblick der Hausübernahme ließ Keim durch Rechtsanwalt Both an Bäcker Eckhardt schreiben, dass er mindestens die Hälfte zum Aufbau der Waschküche & Lagers zu bezahlen habe, wie dies ausgegangen ist, wissen wir nicht mehr. –
Meinhold bekam etwas von dem vom Finanzamt beschlagnahmten Geld frei & nun fingen wir an, uns nach & nach wieder einen Hausstand zu erwerben, bei Waschlappen, Kochtopf, Teller & Löffel, wie Schuhe, Anzug, Mantel & Hut angefangen. Das dauerte die ganzen Monate & wir hätten noch heute zu kaufen gehabt. Wir haben uns etwas Kleinmöbel, 2 Couches & 1 Klappbett gekauft (ob wir es jemals wiedersehen?).
Im Juli wurde Klara *[Klara Mayer geb. Rothschild, eine Cousine von Hennys Ehemann Meinhold Rothschild, s. u.]* verhaftet, wir wurden von Juler *[Meinholds Cousin Julius Rothschild, s. u.]* sofort hinbeordert. Meinhold & ich kümmerten uns einen ganzen Tag, der mit viel Aufregungen verbunden war, um Tante.





Clara Gitta Mayer geb. Rothschild war Meinhold Rothschilds Cousine. 2011 wurde für sie vor dem Haus Steinweg 24 in Rotenburg ein sog. Stolperstein verlegt.

Hugo & Bertel kamen nachts um 2 Uhr nach Göttingen wieder (Klara kam G.s.D. nach 8 Tagen wieder frei, nachdem sich alles aufgeklärt hatte, es hing mit Zuwendungen an das Söhnchen zusammen) und 2 Tage später trat Alfreds Schlamassel ein. Er sitzt jetzt seit dem 13. Juli G.s.D. noch in Heiligenstadt wegen Devisenschiebung. Der Fall ist ganz entsetzlich, das arme, arme Selma, es leidet schrecklich. Meinhold & ich waren sofort bei ihr & Beide wöchentlich mehrere Male.

Was uns dieser Fall an Sorgen & Aufregungen gekostet hat, könnt Ihr verstehen, der l. G'tt möge da eine Wendung zum Guten schicken. Alfred hat es G.s.D. soweit gut, er wird von einem ehemaligen Kriegskamerad, der Aufseher im Gefängnis ist, sehr sehr anständig behandelt, wenn er dort bleibt, so ist das bei allem Schlamassel noch ein großes Glück, denn auch der Richter wie die ganze Bevölkerung sind hochanständig.

Es gäb noch so viele Details zu erzählen, ich will aber nicht in Kleinigkeiten verfallen, wir hatten uns das Permit zwecks Zwischenaufenthaltsgenehmigung nach England verschafft, bald darauf kam von Stuttgart die Aufforderung unsere Papiere in Ordnung zu bringen, wir konnten demnach mit einer baldigen Vorladung zwecks Visumerteilung nach USA rechnen & wollten diese Zeit auch in Deutschland zu gern erwarten, um den Umstand der Zwischenwanderung zu ersparen. Es wäre auch möglich & wahr geworden, wenn nicht, ja wenn nicht dieser erbärmliche Krieg ausgebrochen wäre. Wir wollten nicht daran glauben, bis sich Freitags am 1. Sept. die Lage so verschärft hatte, dass wir alle wussten, dass das Entsetzliche eintreten würde.

Am Sonntag meinem Geburtstag entschlossen [wir] uns es noch zu versuchen über die Grenze zu kommen. Wir packten in der Eile 2 Handkoffer mit dem Allernotwendigsten & um 3 Uhr sollte der Zug abfahren, er fuhr aber mit 2 Stunden Verspätung, auch Löwensteins fuhren mit uns, sie hatten auch ihre Pässe & das Permit für England, in Frankfurt besorgten uns Fahrkarten durch Belgien nach London & unsere Schiffskarten für New York.

In Köln wurde, es war Sonntag der 3. Sept., die Kriegserklärung Englands & Frankreichs bekannt & uns geraten nicht durch Belgien, da da ein Durchgangsvisum nötig sei & uns das 1 Tag Zeit kosten könne, sondern durch Holland über Vlissingen nach London zu fahren. Wir kamen mit G'ttes Hilfe bei Kaldenkirchen-Venlo über die Grenze, und es war tatsächlich der letzte Zug, der von Holland noch hereingelassen worden war mit Emigranten.

In Vlissingen wurde vom engl. Konsul erklärt, dass sämtliche Visa von vor dem 4. September für England ungültig gemacht seien. Es war uns Allen auch so recht, wir waren wenigstens in Holland und glücklich erst mal aus D. heraus zu sein. Nun liegen wir hier aber schon 6 Wochen, betreut vom jüdischen Comittée in Amsterdam, zusammen mit ca. 80 Menschen, unsere Habseligkeiten in 2 Koffern, und unsere ganzen Sachen wieder zurückgelassen. Lina bemüht sich, uns etwas Handgepäck mit dem Notwendigsten nachsenden zu dürfen. Meinhold meint einen Lift werden wir niemals beziehen können, da Frachten speziell & Zoll etc. so enorm gestiegen sind, dass es unmöglich wird, die Sachen mal zu bekommen.

Komme es nun, wie es will, wir haben uns an so Vieles, Vieles gewöhnen müssen, hätte man uns mal gesagt, dass wir vom Comittée betreut werden würden! Nun denkt Euch die größte Ironie, in der ersten Woche unseres Hierseins schickt uns Lina unsere Aufforderung vom Konsulat Stuttgart für den 6. Oktober nach, wo wir unser Visum hätten bekommen können; und dafür sitzen wir ¼ Jahr & warten & erleben so viel Schreckliches. Wir haben uns mit dem hier zuständigen Konsulat für USA in Rotterdam in Verbindung gesetzt, aber noch nichts gehört. Wer weiss, wann wir mal rüber kommen werden.

Lina, Recha und all die Lieben schreiben uns oft, wir freuen uns unendlich mit jedem Gruss & so mit



„Lina, Recha und all die Lieben schreiben uns oft …".
Lina Rothschild starb im November 1942 im Ghetto Theresienstadt, Recha Rothschild (verh. Döllefeld) starb im Mai 1943 in einer der Gaskammern von Sobibór. Für beide wurden im Mai 2011 in Rotenburg sog. Stolpersteine verlegt.

den ersten Zeilen von Marga, hoffentlich kommt von Euch auch recht bald Nachricht an uns. Ich bin zwar recht ausführlich geworden, hätte aber noch viele, viele Einzelheiten zu berichten gewusst, wenn meine Hand nicht weh tun würde.
Ich weiss, dass Euch Alles dies interessiert, wenn es auch leider nichts Angenehmes ist, schickt bitte diese Briefe an Jenny & Leo, sie wollen dies Alles auch wissen & ich kann es nicht noch einmal schreiben.
Sagen will Euch aber noch, dass wir & besonders l. Meinhold, uns mit unserem Schicksal abgefunden haben, es lässt sich an allem nichts ändern, wir erleiden dies Alles ohne unsere Schuld & der l. G'tt wird geben, dass wir auch wieder unsere Beschäftigung & unser Auskommen finden. Unser l. Josef, der uns unberufen viel Freude macht, erholt und entwickelt sich hier glänzend, spielt viel in der gesunden Seeluft, zusammen mit noch drei Emigrantenkindern. Ich hoffe Ihr habt sein Foto ab Göttingen noch erhalten & Euch damit gefreut. Also bitte nach Ramot Hashavim diese Briefe senden & uns recht recht bald wieder schreiben. Bleibt Alle zusammen gesund. Ihr lieben Geschwister, ob wir uns mal wieder zusammen finden? Man darf nicht denken! Alles erdenklich Gute Euch Allen & Allen in inniger Liebe und Zuneigung bin immer Eure Henny





„Schickt bitte diese Briefe an Jenny & Leo, sie wollen dies Alles auch wissen & ich kann es nicht noch einmal schreiben." Diese Bitte richtete sich an die oben Abgebildeten, ***Albert Rothschild*** *(1885-1961) und seine Frau* ***Irma geb. Dreifuss*** *(1900-1983), die seit Juli 1938 in Los Angeles lebenden Erst-Adressaten von Henny Rothschilds Schreiben.*
Von dort ging der Brief, wie von Henny Rothschild gewünscht, an ihre Schwägerin ***Jenny Kahn geb. Rothschild****, die seit 1931 mit ihrem Ehemann Leo Kahn in Ramot Hashavim im damaligen Palästina lebte.*



Foto von Jenny Kahn geb. Rothschild in der Porträtgalerie im Jüdischen Museum Rotenburg a.d.F.

Am 8. Juni 1989 ist unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter

HENNY ROTHSCHILD

geb. Loewenstein

(früher Rotenburg a.d. Fulda)

im 83. Lebensjahr verschieden.

In tiefer Trauer:

Joseph und Ruth Rothschild, ***Sohn***

Nina und Gerson, ***Enkelkinder***

445 Riverside Drive,
New York, N.Y. 10027

Todesanzeige im AUFBAU, der deutschsprachigen jüdischen Wochenzeitung.

Rotenburger Kreisblatt

Statt Karten.

Jenny Rothschild
Leo Kahn
Verlobte

Rotenburg a. F. — Dortmund

August 1919.

Verlobungsanzeige von Jenny Rothschild und Leo Kahn im Rotenburger Kreisblatt v. 28. Aug. 1919.

Meinhold Rothschilds Ergänzung zum Brief seiner Frau Henny

„Hennys Bericht ist nur für unsere Geschwister in Los Angeles & Ramoth Hascharim bestimmt u. ich untersage Jedem von Euch mit allem Nachdruck die Weitergabe oder Weitererzählung. Der Bericht ist uns später an unsere zukünftige USA Adresse von Jenny & Leo [Kahn] einzusenden."

Letzteres ist offenbar geschehen, und so befand sich Hennys Brief im Nachlass der Familie, als dieser dem Leo-Baeck-Institut Anfang der 1980er Jahre übergeben wurde.

Meinhold Rothschilds 1939 formulierte strikte Anweisung zur Geheimhaltung ist wohl der wichtigste Grund dafür, dass der Bericht seiner Frau über Jahrzehnte hin verborgen blieb.

Erst als sie mit ihrer Familie außerhalb des Machtbereichs der deutschen Regierung war, hatte Henny Rothschild zu Papier gebracht, was die Juden auf deutschem Boden in den zurückliegenden Monaten hatten erdulden und erleiden müssen. Aber zum Zeitpunkt der Abfassung des Briefes im Oktober 1939 befanden sich noch immer die meisten der Opfer in Deutschland und somit in der unmittelbaren Gewalt ihrer Verfolger und deren Zugriff ausgesetzt.

Konrad Heiden 1939:

„Hartnäckig schweigen auch die meisten derer, die inzwischen entrinnen konnten. Viele fürchten für ihre Angehörigen, die noch in Deutschland leben."

Dies notierte Konrad Heiden in seinem Pariser Exil, wo er im Januar 1939 das Manuskript für sein Buch „Eine Nacht im September 1938. Ein zeitgenössischer Bericht" abschloss.

Das Zitat findet sich auf Seite 44 des im September 2013 erstmals auf Deutsch erschienenen Buches, herausgegeben im Wallstein Verlag von Markus Roth, Sascha Feuchert und Christiane Weber „In keinem der Fälle wurde die Herkunft der Quellen preisgegeben." (Heiden in seinem 1939 verfassten Nachwort, S. 102)

Besonderes Mitgefühl für Rotenburger Juden

Nicht nur die noch in Deutschland lebenden jüdischen Verwandten der Rothschilds und Löwensteins wären durch ein Bekanntwerden des Briefinhalts in zusätzliche Bedrängnis geraten.

Auch die tapfere Nachbarin Anna Elisabeth Brandau hätte bei den NS-Machthabern kein Verständnis dafür gefunden, dass sie im November 1938 ihren jüdischen Nachbarn nachreiste, um sie darüber zu informieren, was nach der Flucht aus ihrer Heimatstadt inzwischen an Schrecklichem passiert war.

Dass das Ausmaß der Zerstörung jüdischen Eigentums in Rotenburg an der Fulda besonders groß war, hatte Henny Rothschild überdeutlich zum Ausdruck gebracht, als sie schrieb:

„Es ist überall in diesen Tagen viel geschehen, aber was sich in Rotenburg alles ereignete, war der Gipfel aller Geschehnisse, ich kann Euch nur sagen, dass überall hin, wo man kam, man als Rotenburger Jude mit besonderem *Rachmones* [jiddisch für „Mitgefühl] **aufgenommen wurde."**

Einige Fragen

Wäre es den vor Ort wütenden Marodeuren schwerer gefallen, wenn sie ihr Tun vor den Augen ihrer jüdischen Mitbürger und Nachbarn hätten ausführen müssen?

Hätte der Vandalismus, der in nahezu allen Orten in Deutschland mit jüdischer Bevölkerung im November 1938 wütete, in Rotenburg an der Fulda weniger schlimme Formen angenommen, wenn die Opfer den Tätern auch nach dem 8. November 1938 in Person gegenüber gestanden hätten?

Wären den Tätern dann vielleicht doch einige Skrupel gekommen?

Siegfried Oppenheim

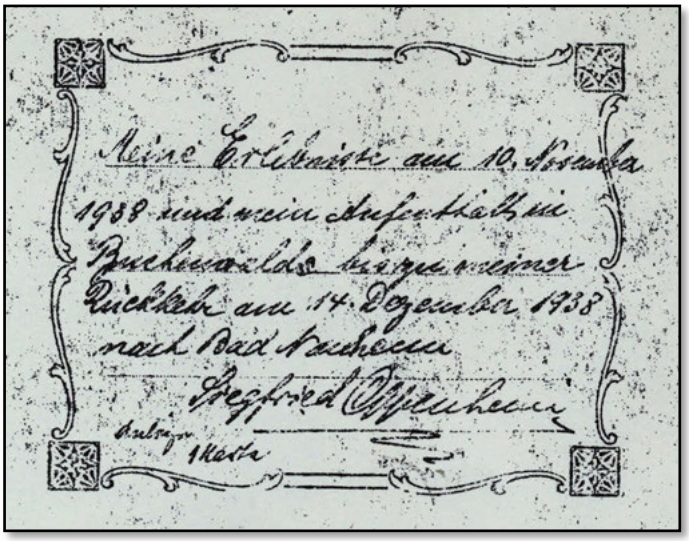
„Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald, bis zu meiner Rückkehr am 14.12.1938 nach Bad Nauheim“

Wir haben keine Berichte der von Bebra und Rotenburg nach Buchenwald Deportierten. Wohl aber ist aus der Feder von Siegfried Oppenheim eine ausführliche Darstellung des Wegs dorthin überliefert, einschließlich dessen, was die Opfer im KZ Buchenwald zu erleiden hatten. „Mit mir zusammen … waren meine Brüder Levi in Bebra, Julius aus Biebrich und Jakob aus Wiesbaden“, schreibt Siegfried Oppenheim.

Sein Bruder Levi war der 1877 geborene letzte Vorsteher von Bebras Synagogengemeinde. Vieles von dem, was Siegfried Oppenheim zu berichten weiß, gilt auch für Bebras Levi Oppenheim und die übrigen von hier ins KZ Buchenwald Verschleppten, deshalb soll der Text hier (mit leichten Kürzungen) übernommen werden.

Der Text ist aus dem Nachlass von Renate Chotjewitz-Häfner überliefert, er wurde mir von ihren Söhnen zur Verfügung gestellt; ein teilweiser Erstabdruck erfolgte 1980 in: „Die mit Tränen säen, Israelisches Reisejournal“ von Peter O. Chotjewitz und Renate Chotjewitz-Häfner.

Der am 15. März 1879 in Nentershausen geborene Siegfried Oppenheim starb 1952 in Haifa. Nach dort war er im März 1939 mit seiner Frau Charlotte geb. Levi geflüchtet. Von 1919 bis 1938 war er Lehrer der jüdischen Schulen in Wehrda und Rhina, heute Gemeinde Haunetal. Ab Frühjahr 1938 unterrichtete er in Bad Nauheim an der Jüdischen Bezirksschule. Sein Bruder Levi O. hatte sich mit seiner Familie um 1900 in Bebra niedergelassen, zunächst in der Nürnberger Straße 18, dann in der Nürnberger Straße 17. Wie schon Großvater Moses war Levi Oppenheim Buchbinder, erweiterte aber seinen Betrieb in Bebra durch den Handel mit Büchern und Schreibwaren sowie Tabakwaren.



Titelblatt der von Siegfried Oppenheim verfassten Schrift „Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald bis zu meiner Rückkehr am 14. Dezember 1938 nach Bad Nauheim“.

„Wie gewöhnlich war ich am Donnerstag, den 10. November, morgens in die jüdische Bezirksschule gegangen, wo ich Unterricht erteilte. Die zweite Stunde hatte ich frei und saß im Lehrerzimmer, um dem Landesverband für jüdische Wohlfahrtspflege in Frankfurt eine Anzahl Anfragen betreffs jüdischer Wohlfahrtsempfänger im Kreise Hünfeld zu beantworten. Auf Wunsch des Wohlfahrtsamtes hatte ich die Betreuung derselben beibehalten. Vor mir lagen die Akten von Hilfe und Aufbau - als plötzlich mein Bruder Jakob aus Wiesbaden ins Zimmer trat. Er kam sehr aufgeregt von Frankfurt und berichtete: „In Frankfurt brennen die Synagogen. Viele Juden sind aus ihren Wohnungen oder von der Straße weg verhaftet worden. Man hält Haussuchungen nach Waffen.“

Im Flur entstand eben große Aufregung; eine Abteilung SS marschierte auf die Bezirksschule zu. Der Führer derselben kam herein und verlangte den Schulleiter Bethmann zu sprechen. B. lag im Krankenhaus Gagernstraße-Frankfiirt. Sein Vertreter, Lehrer Selig aus Friedberg i. H. führte ihn ins Lehrerzimmer. Die Synagogenschüssel sollte er herausgeben. Selig verwies ihn an den Synagogenvorsteher Spiegel. Kurz darauf erschienen einige Polizisten unter Führung des Herrn Ruppel. Alle männlichen Personen über 15 Jahre mussten im Büro antreten.

Die Polizei hatte bereits eine fertige Liste - nur ich stand nicht darauf, da ich erst im September nach Bad Nauheim gezogen war. Ich sagte daher: Da ich nicht auf der Liste stehe, brauchen Sie mich doch

LEVI OPPENHEIM · BEBRA
Tabakwaren .. Papier- und Schreibwaren
Fernsprecher Nr. 62 Postscheckkonto: Fankfurt am Main Nr. 82701

Die
neue Landfibel
ist erschienen.
Zu haben bei Levi Oppenheim.



Siegfried Oppenheim (hinten Mitte) mit den jüdischen Schulkindern von Rhina im Mai 1937.

auch nicht zu verhaften. „Nachdem Sie nun einmal hier sind, kann ich Sie nicht entlassen. Wären Sie nicht hier, würden Sie nicht verhaftet.“ Ich muss hier bemerken, dass Herr Ruppel höflich war und auch später in gleicher Weise mit den Juden verhandelte; ebenso der Leiter des Polizeiwesens Regierungsrat Lutler. Unterdessen war mein Bruder in die Burggasse 21 gefahren, wo ich wohnte. Abends vorher war unser Sohn Semmi mit Frau und Kind aus Berlin zu uns gekommen. Durch heimliches Zunicken veranlasste ihn mein Bruder, mit ihm in die Stadt zu fahren. Er erzählte ihm nun, was geschehen war. Sie saßen zusammen im Café König. Gegen Mittag fuhr mein Bruder mit seinem Auto weg, und Semmi ging in unsere Wohnung. Dort berichtete er nun das Vorgefallene, und fuhr abends mit Familie nach Berlin zurück. Dort wohnte er ca. 10 Tage bei christlichen Bekannten; der Mann war bei der SA und SA-Leute verkehrten in der Familie. Semmi blieb unbehelligt.

Wir kamen, etwa 20 Personen, ins Gefängnis. Lehrer Bauer, der *Schiw'a* saß, kam später weinend zu uns. Alle anderen trugen ihr Schicksal mit Würde. Auf dem Weg zum Gefängnis blieben wir unbehelligt. Nur der Kassierer des Städtischen Bades (irgendein Lump ohne Ansehen) rief: Schlagt die Kerle tot. Der Gefangenenwärter brachte uns - gegen Bezahlung natürlich - Kaffee, Brötchen etc. Auch Lebensmittel, Wäsche, Kleider von den Angehörigen übermittelte er den Inhaftierten. Messer, Hosenträger und Uhren mussten abgeliefert werden. Ich behielt sowohl meine Uhr als auch meine Hosenträger und mein Geld. Bald nach unserer Einlieferung ins Gefängnis wurden die Kinder der Bezirksschule, die meistens im Internat der Schule waren (ca. 150 Kinder) auf den Hof des Polizeigebäudes geführt. Während ihres Dortseins wurden das Lehrerzimmer, das Büro, die Schulzimmer ausgebrannt. Vor meiner Verhaftung hatte ich rasch 900 Mark in mein Schränkchen gelegt. Ich wollte sie am Mittag, nach Schulschluss, zur Bank bringen. Sie sind mitverbrannt oder gestohlen worden.

Bevor wir in die Gefängniszellen geführt wurden, wurde eine Liste angelegt: Namen, Beruf, Alter etc. wurden eingetragen. Nach einigen Stunden wurden alle Männer über 60 Jahre entlassen, Herr Bethmann sen., Herr lsaac Strauss und noch einige wenige. Freitag früh gegen ½ 4 mussten wir in einem großen Saal antreten. Nach Erledigung verschiedener Formalitäten wurden wir vor dem Polizeigebäude in ein Ausflugauto verladen. Ein Transport Juden aus Friedberg stand bereits in einem ähnlichen Auto vor der Türe. Die Bevölkerung von Bad Nauheim füllte die Straßen aus und die Bürgersteige. Sie verhielt sich mäuschenstill wie bei einer Beerdigung. Ich schätze, dass weit über 1000 Menschen anwesend waren.

In Friedberg dagegen erhob sich, wie uns unsere „Kollegen“ von dort erzählten, beim Verladen ein furchtbares Johlen und Schreien: Hängt die Kerle auf, stellt sie an die Wand. In Friedberg war der Pöbel auch in die Judenhäuser eingedrungen und hatte Möbelstücke, aufgeschlitzte Betten, Kleider,



Der Schriftzug „Jedem das Seine“ wurde 1938 so ins schmiedeeiserne Gitter der Lagerpforte des Konzentrationslagers Buchenwald eingefügt, dass er vom Appellplatz aus gut zu erkennen war.

Wäsche durchs Fenster auf die Straße geworfen. Selbstredend wurde auch viel gestohlen. Als ich aus Buchenwald zurück war und Kollegen Lehrer Selig aus Friedberg besuchte, sah es bei ihm entsetzlich aus, alles zerschlagen, die Kleider und die Wäsche weggestohlen. Unsere Autos fuhren über Lauterbach, Hünfeld (an der brennenden Synagoge vorbei), Eisenach, Erfurt nach Weimar.

Gegen ½8 früh am Freitag kamen wir in Buchenwald an. Neue und im Bau begriffene Straßen führen von Weimar hinauf auf die Höhen des Thüringer Waldes zum Konzentrationslager Buchenwald. Aussteigen und Antreten geschah im Laufschritt. Neben mir stand Herr Stern, ein 60jähriger Mann, der zuckerleidend war. Stern, geboren in Langenschwarz, war ehemals *Schochet* in Schlitz in Oberhessen und zuletzt bei seiner Tochter in Bad Nauheim, wo sie in der Küche der Bezirksschule beschäftigt war.
Plötzlich trat ein SS-Mann, dem man den Lumpen am Gesicht ansah, auf Stern zu und schrie ihn an: *Du Judensau, was glotzt Du mich an*. Dabei schlug er Stern mehrmals unter das Kinn, dass er aus Mund und Nase blutete. Nach einer Stunde etwa erfolgte unser Eintritt ins Lager im Laufschritt durchs „große Tor“, über dem der Spruch stand „Jedem das Seine“.

Nach einer kurzen Beschreibung des Hauptlagers folgt die Darstellung des Sonderlagers, mit dessen Errichtung man erst wenige Tage zuvor begonnen hatte. Siegfried Oppenheim fährt fort:

„Unser Lager hatte keinen geteerten Boden. Es war hügelig, schmutzig und nach starkem Regen fast unpassierbar. Fünf Baracken, IA, IIA bis VA standen da, bei unserem Eintreffen wurde noch an IIIA gebaut und in Eile IVa und BA zusammengezimmert. Die Aktion gegen die Juden sollte scheinbar noch nicht vor sich gehen. Das gegen Vom Rath verübte Attentat hatte die Aktion scheinbar früher ausgelöst als beabsichtigt war. Dass der Plan längst geplant war, ersah man aus den fertigen Listen in Bad Nauheim, an den zwei fertigen Baracken u. w. a. Auch von unseren „Vorgesetzten“, den „Kapos“ hörte ich, dass längst bekannt war, dass eines Tages viele Tausend Juden zur „Kur“ kommen würden.

Unsere Baracken lagen an einem Abhang untereinander zwischen herrlichem Buchenwald. Es waren Holzbaracken, die Bretter einfach aufeinandergesetzt, sodass die Luft freien Eingang hatte. Drei Reihen auf jeder Seite des Eingangs waren belegt. … Rechts im Eingang bei A8 wurde bei Regen das Essen ausgeteilt, an einer Stelle gab es ab und zu etwas zu kaufen, auch einen Ort, wo die jüdischen Ärzte Sprechstunde halten durften. Ich hatte meine „Privatwohnung“ in Baracke IA rechts vom Eingang, aber in der zweiten Etage. Obwohl keine Böden da waren, lagen doch Kameraden parti, also auf der blanken Erde; im Ganzen waren 4 Stockwerke (oder 5?) übereinander, jedes so hoch, dass man zwar liegen, aber nicht aufrecht sitzen konnte. In Baracke IA waren wir ca. 2000 Menschen, wie Heringe im Fass zusammengedrückt. Da es

weder Decken noch Stroh oder dergleichen gab, dienten die Handtasche, umherliegende Leisten oder Klötzchen als Kopfkissen. ln einer der ersten Nächte brach Baracke IIIA zusammen, viele „Obdachlose“ suchten und fanden noch in IA Unterkunft.

lm Laufe des Freitags und am Schabbat kamen noch sehr viele Transporte. Der „Eintritt“ ins Lager wurde immer „romantischer“. Der Einmarsch musste im Laufschritt erfolgen. SS-Männer stellten den Laufenden ein Bein in den Weg. Einige stürzten darüber und Hunderte, die im Laufschritt ankamen, stolperten und fielen hin. Und die rohen SS-Hunde schlugen mit Gummiknüppeln auf die Unglücklichen. Beim Einrücken eines Transportes von Breslau stürzte Rabbiner Dr. Hoffmann und brach ein Bein. Er lag ausnahmsweise sogar im Revier des alten Lagers.

Viele kamen schon schwerverwundet in Buchenwald an. Entweder hatten sie ihre „Kriegswunden“ daheim schon gehabt (d. h. erhalten) oder sie in Weimar bekommen. Man erzählte uns: In Weimar am Bahnhof angekommene Transporte mussten schnell aussteigen. Dabei halfen schon SS-Leute mit dem Gummiknüppel nach. In der Bahnunterführung mussten sie reihenweise dicht gedrängt längere Zeit hintereinander antreten. Die SS-Leute schwirrten um sie herum, stießen Drohungen aus, um die Menschen zu ängstigen und schlugen mit Gewehrkolben, Gummiknüppeln oder Ochsenziemern drauf. Wenn die Juden im Sturmschritt aus der Unterführung zu den bereit stehenden Lastautos laufen mussten, war die rohe Bande der SS wieder schlagend zur Stelle. Ein ca. 80-jährıger Herr aus Hannover (Emanuel) war bis zur Unkenntlichkeit verwundet, und Herr Rabbiner Dr. Peritz, Marburg/Lahn, verdankte dem Empfang in Weimar seinen „offenen Kopf“.

Gleich am ersten Tag wurden wir, wie alle Ankömmlinge, kahlgeschoren und rasiert - für unser Geld natürlich. Die Friseure waren auch Inhaftierte. „Mein“ Friseur war aus Leipzig, er war schon 2½ Jahre „Lagerist“. Man hatte ihn geholt und ins Lager gebracht, warum, wusste er nicht. Er war nicht ein einziges Mal vernommen worden. So hat er mir erzählt. Eines Tages wurde durch den Lautsprecher bekannt gegeben: Der Rabbiner oder Oberrabbiner Dr. Wilde aus Magdeburg bekommt seinen Bart und sein Haar nicht abgeschoren. Welchem Umstand er diese „Gnade“ verdankte, wurde nicht bekannt. Vermutlich war er ein Bekannter eines Henkers oder gar des Oberhenkers. Dadurch, dass man haar- und bartlos war, kam es oft vor, dass man seine nächsten Bekannten nicht erkannte, wie es mir mit Herrn Rabbiner Kunstadt aus Fulda erging. Er sprach mich an, fragte mich nach meinem Befinden etc. Als ich erwiderte, wer er sei, da ich ihn doch nicht kenne, kamen ihm die Tränen.

Wir bekamen weder Freitag noch Schabbat etwas zu essen noch zu trinken. Endlich Sonntagmittag war auf dem Appellplatz „Essen-Empfang": Kartoffeln und Gulasch. Da mich der Gulasch ekelte, nahm ich zweimal Kartoffeln „ohne“. Als ich das dritte Mal Kartoffeln erhaschte, war schon etwas Gulaschsauce dabei. Ich goss sie ab. Das war mein Glück. Der Gulasch war entweder aus fettem Walfischfleisch oder das verwendete Fleisch war verdorben oder aber man hatte dem fertigen Gulasch Rizinusöl beigegeben, wie viele vermuteten. Es entstand unter den Genießern des Gulasch eine Durchfallepidemie, wie man sie sich schrecklicher nicht ausmalen kann. Alles rennt zur Latrine - aber noch war sie im Bau begriffen. Es waren 30-40 „Sitz“-Gelegenheiten und viele Hunderte Reflektanten auf Sitze.
Im Lager, d. h. in den Baracken, auf dem Weg zur Latrine, in deren Nähe, war es vor Gestank nicht auszuhalten. Die ganze Welt schien besch … n. Das dauerte die ganze Nacht, aber - das Austreten war ab 10 Uhr abends verboten. Die Menschen krümmten sich vor Schmerzen, sie weinten, sie schrien; sie eilten trotz Verbot vor die Türe der Baracke. Die S5-Männer erklärten: Ihr wollt einen Aufruhr gegen uns anzetteln. Das soll Euch übel bekommen. Mit dem Gummiknüppel, dem KZ-Allheilmittel, schlugen sie die wie wahnsinnig Tobenden nieder.

Mancher Häftling blieb auf dem Schlachtfeld. Wir anderen lagen zähneklappernd auf unseren „Betten“. Denn wer die Bestien (SS) unter den Unglücklichen wüten sah und die Sonntag-Nacht miterlebt hatte, von der ich noch erzähle, dem musste der Angstschweiß ausbrechen, wenn er sich sonst auch noch so standhaft benahm. Zerrissene Hosen, Hemden, Taschentücher, arg besudelt, lagen in der Baracke und auf dem Weg zur Latrine. Da das Austreten nach 10 Uhr abends anfangs nicht erlaubt wurde (es war mit Lebensgefahr verbunden, weil der Posten auf die „Ausreißer“ schießen durfte), traf unsere Baracke folgende Einrichtung: Es wurden zwei Eimer aufgestellt, in die man für 10 Pfen-



Siegfried Oppenheim (ganz links) mit seiner Ehefrau Charlotte (2. von rechts) zu Besuch bei der befreundeten Familie Braunschweiger in Burghaun im Jahr 1935.

nige einmal „schiffen“ durfte. Für ältere Leute, die 2 -3 mal nachts kamen, wurde der Preis auch auf 5 Pfennige ermäßigt. Die „Unternehmer“ entleerten die Eimer.

Später konnte man in Gruppen von 10 Mann unter eines „Führers“ Befehl austreten. Der meldete dann dem Posten: „Zehn Mann zur Latrine angetreten.“ Mit Ascher-Jozar-Papier* entwickelte sich ein lebhafter Handel an der Kantine. Ein bis zwei Blätter aus einer gebundenen illustrierten Zeitung kosteten 10 Pfennig. Und Wasser war nicht da! Dass es keine Wasserleitung in unseren Notbaracken gab, ist selbstverständlich. Aber auch sonst gab es kein Wasser, etwa 5-10 Tage lang, weder zum Trinken noch zum Waschen. Ich glaube, Mittwoch (oder Donnerstag) hatte der Himmel mit uns Erbarmen, es regnete.- Mit den Essnäpfen, die anfangs Gemeingut waren und dann auch als Waschschüssel dienten, fingen wir an den Dachtraufen die Regentropfen auf. Es waren köstliche Tropfen, wenn sie auch nach Teer schmeckten, da die Baracken mit Teerpappe gedeckt waren. Fleißige Menschen sammelten sogar Wasser zum Verkauf. Da Getränke immer gesucht waren, wurde es gut bezahlt. Der Bruder meines Mechutten,* Karl Katzenstein aus Fulda, Heinrichstraße, zahlte einmal für eine Flasche „Selters“ (Soda) Wasser zwei Mark!

lm allgemeinen verlief ein Lagertag wie folgt: Gegen 6 Uhr aufstehen. Nach einer halben Stunde etwa auf dem Appellplatz antreten, barackenweise in Reih und Glied. Vorgesetzte waren die Kapos. Das waren Sträflinge, die sich gut geführt hatten. Über sie waren die SS-Leute gesetzt. „Ausrichten“, „Vordermann-Nehmen“, „Stillgestanden“', das waren die Kommandos, die man ununterbrochen hören konnte. Manchmal wurde auch nach Landsmannschaften oder städteweise angetreten. Wir zählten zur Gruppe Darmstadt. Dabei gabs meistens wildes Durcheinander, was den SS-Unmenschen Gelegenheit zum Nachhelfen durch Rippenstöße, Tritte oder Schläge gab. Zu ihrer Unterhaltung ließen uns diese auch Freiübungen machen, Armstrecken, Kniebeugen etc. bis zum Zusammenbrechen. Nach den ersten Tagen gabs früh bei diesem Antreten manchmal „Kaffee“. Wir standen immer 10 Mann hintereinander. Der vorderste

* Toilettenpapier. *Die Bezeichnung leitet sich von dem im Judentum geübten Brauch ab, nach Benutzung der Toilette einen Dank- bzw. Segensspruch zu sprechen, den Ascher Jozzar.*

* *Jiddische Bezeichnung für den Vater des Schwiegersohnes bzw. der Schwiegertochter.*

Mann bekam ein Schüsselchen Brühe (aber sie war nass!), trank und reichte sie seinem Hintermann weiter, bis der letzte getrunken hatte - wenn noch etwas in der Schüssel war. So standen wir, bis es fast dunkel war, auf dem Platz in Regen und Kälte, bis zum Einrücken in die Baracken. Als nach 8 Tagen ca. 800 - 900 Mann (18- bis 45-Jährige) ins alte Lager kamen und eingekleidet wurden, lungerten wir den ganzen Tag in unserem Lager umher.

Das Mittagessen wurde im alten Lager in der modernen Küche zubereitet. Sträflinge aus dem alten Lager brachten die Töpfe ans kleine Tor, wo sie von unseren Leuten abgenommen wurden. Vor dem Barackentor verteilte einer der Obmänner der Baracke das Eintopfgericht, pro Mann etwa 1 Liter Essen (Erbsbrei mit Speck, Fischsuppe, Fisch, Kartoffel, Brühe etc.) Kartoffeln mit Fleisch etc.
Die Schüsseln reichten meist nicht aus, ebenso Löffel und Gabeln – also, wenn einer fertig war, musste er das „Werkzeug“ weitergeben. Später konnte man Blechteller, Löffel und Gabeln kaufen für den vielfachen Preis des Wertes. Wer entlassen wurde, musste sein Geschirr dalassen. Abends gabs ein größeres oder kleineres Stück Brot, das auch für den nächsten Tag reichen musste, ein Stückchen Blutwurst, Sülze oder Käse. Manchmal war das Mittagessen nicht aufgezehrt worden; wer Glück hatte, konnte dann abends noch ¼ oder ½ Liter Essen empfangen. Aber es gab nichts zu trinken oder nur ein wenig Wasser, das in der Waschküche abgeholt, in zwei Fässer der Baracke geschüttet und unter die 2000 Barackenbewohner verteilt wurde. Es musste zum Trinken und Waschen reichen.
In der dritten Woche hatte ich einen Bekannten in der Waschküche, der mir manchmal einen köstlichen Trunk verabreichte. Bei der Kost, die man nicht als schlecht bezeichnen konnte, habe ich trotzdem 15 Kilo abgenommen, weil ich vieles einfach nicht essen konnte.
Ab und zu gabs auch bei uns in der Kantine Wurst, Zigarren (echt Buchenlaub!), Zigaretten, Selterswasser, Schokolade, Bonbons und anderes. Lagerhalter waren Wiener Juden, die aus der Kantine des Hauptlagers die Waren bezogen, dort Aufschlag bezahlten und natürlich auch eine Gebühr erhoben. Die Preise waren daher gesalzen. Aber ich hatte Geld bei mir, bekam 8 Mark geschickt und 25 Mark von meinem Bruder geborgt, der nicht lange bei uns zu bleiben brauchte. Ich kaufte mir sogar ein Paar Schuhe - die Sohlen waren Holz - weil in dem Ton- und Lehm-Boden bei Regen die leichten Schuhe, die ich anhatte, nicht mehr wasserdicht waren. Sie kosteten 13 Mark und waren 3 bis 4 Mark wert. In der Kantine des Hauptlagers war die Auswahl größer und die Preise viel kleiner. Als von uns 800 - 900 Mann eingekleidet im alten Lager waren, besorgten sie an Bekannte ab und zu Schokolade, Zigaretten und dergleichen. Die Übergabe fand unter größter Vorsicht am Drahtzaun statt.

An die erste Nacht in Buchenwald denken sicher alle „Aktionsjuden“ der Baracke IA (und jedenfalls auch viele andere) heute noch mit Schrecken zurück. Bei Anbruch der Nacht, sobald das Abendessen vorbei war, musste jeder ruhig auf seinem Plätzchen liegen. Die Aufsicht sorgte für größte Ruhe. Ich war schon eingeschlummert, als ich durch Geschrei aufwachte. Die Patrouille war da, ich sah sie beim Scheine der elektrischen Lampe, die im Vorraum brannte, durch die Ritzen zwischen den Betten.
Es waren mehrere riesenhafte „Mordskerle“ mit Gummiknüppel und ein großer Hund. Niemand regte sich, alles war vor Angst mäuschenstill. Da fiel in der dritten Reihe, auf der Seite, wo ich „wohnte", ein Holzstückchen, wie viele vom Barackenbau noch umherlagen, herab. Einer der Kerle sprang nach der Richtung, wo das Holz herabgefallen war, holte einen Kameraden (dessen Namen ich leider nicht erfahren konnte) herunter und hieb unter Schreien auf sein Opfer ein. Viele Worte konnte ich in der Aufregung nicht verstehen.
Nur die Worte des Unglücklichen „Ich lebe noch“ waren zu hören. Wieder sausten die Gummiknüppel, der Hund schlug an. Keiner regte sich. Nachdem diese Prozedur einige Minuten gedauert hatte, packte der Hund mit seinen Zähnen den nur noch schwach Jammernden und zerrte ihn hinaus. Bald war draußen alles ruhig. Wir haben von dem unglücklichen Opfer nichts wieder gehört.
Am Morgen nach der Gulaschnacht lag zwischen Baracke IA und IIA ein Toter mit vielen Stichwunden. In einem aufgenommenen Protokoll war zu lesen, dass der Tote Selbstmord begangen habe durch Stiche, die er sich selbst beigebracht hätte. Ein Messer oder eine andere Stichwaffe war bei der Leiche aber nicht gefunden worden.
Am Dienstag der zweiten Woche waren wir wieder angetreten. Es wurde abgezählt, die Namen verlesen, Vordermann und Richtung genommen bis gegen ½11 Uhr. Da erscholl der Befehl: Hinsetzen!

Und jeder musste, wo er stand, sich zur Erde niedersetzen. Da saßen ca. 10 -12.000 Menschen im November auf der nassen, kalten Erde, nachdem der Teer, der den Exerzierplatz bedeckte, halbtrocken war.
Man bedenke, dass ein hoher Prozentsatz der Sitzenden 60 bis 70 Jahre alt (und noch darüber) war. Durch das Sitzen auf dem Teer wurde dieser warm, und man versaute sich die Kleider furchtbar. Ich hatte mich auf meine alte Handtasche gesetzt. Austreten war verboten.
Was war die Folge? Es roch allmählich - aber nicht mehr nach Teer. Lehrer Schu… aus Gr.Gr. reinigte seine Hosen abends mit von mir gespendeten Formularen und Akten von „Hilfe und Aufbau“. An diese Art von Hilfe und Aufbau hat man bestimmt bei Begründung der Kasse nicht gedacht.
Am nächsten Schabbat sahen wir unsere eingekleideten Kameraden ausrücken in „geschlossenen Colonnen“. Es ging zum berüchtigten Steinbruch. Als sie abends zurückkamen, war jeder mit einem schweren Stein beladen, die man zum Wegebau benötigte, und viele hatten verbundene Köpfe. Die SS hat sie nicht nur gehörig bei der Arbeit gestriezt, sondern auch mit Steinen beworfen. Meier Katzenstein aus Rhina - damals in Barchfeld wohnhaft - hatte den Kopf noch verbunden, als ich am 13. 12. entlassen wurde. Mit Steinen, Brettern, kleinen Baumstämmen beladen, konnte man die Häftlinge des Hauptlagers meist jeden Abend einrücken sehen.
Ein Wort über die Kapos: Ich sagte schon, dass es Sträflinge waren. Welcher Art ihr Verbrechen war, konnte man an der Farbe eines dreieckigen Stöckchen Stoffes sehen, das auf der linken Brustseite des Rockes aufgenäht war. Politische Verbrecher, Kommunisten oder solche, die in Verdacht standen, es zu sein, hatten ein rotes Dreieck; grüne Farbe kennzeichnete Berufsverbrecher, schwarze Arbeitsscheue und lila Bibelforscher.
Die Juden hatten dazu noch ein gelbes Dreieck, sodass sie einen *Magen David* auf der Brust trugen. In unserem Lager, wo alle ihre eigene - keine Sträflings-Kleider - trugen, gabs auch keine gelben Abzeichen. Die meisten Kapos behandelten uns menschlich, nahte aber ein SS-Mann, markierten sie die strengen Vorgesetzten. Unser Kapo war ein braver Mensch. So steckte er einem 15-jährigen Jungen, der mit uns in der Bezirksschule verhaftet worden war, immer Schokolade, Bonbons etc. zu. Er gab ihm heimlich Milch, Brötchen und Butterbrot. Aber beim „Antreten“ war er streng, weil er selbst Angst hatte. Beim Antreten musste jeder da sein, außer wenn er ins „Krankenzimmer“ abgemeldet war (davon später).
Der von mir erwähnte Stern, der bei unserer Ankunft in Buchenwald geschlagen wurde, war, wie erwähnt, zuckerkrank und bekam nichts zu trinken. Er konnte nicht mehr laufen. Wir mussten ihn beim Antreten mit hinausschleppen und vor uns auf die Erde legen. Unsere Bitte, dem Stern etwas Wasser zu verschaffen, lehnte er aus Angst vor der zu erwartenden Strafe ab. Stern starb gleich in den ersten Tagen unseres Aufenthaltes in Buchenwald.
Neben den Kapos waren Wiener Juden, die schon lange vor uns zum Teil aus Dachau nach Buchenwald gekommen waren, Vorgesetzte, Ordner etc. Sie leiteten den Verkauf in der Kantine, achteten auf Ordnung und Sauberkeit in und vor den Baracken etc.
Ein Wiener mit Namen Katz hatte das Amt, uns Geld abzuknöpfen. Ich erzähle eine miterlebte Stunde: Ich hatte 8 Mark bei der Postbaracke abzuholen. Sie wurden mir nach langem Stehen und Warten (Zeit hatte ich ja genug) ausbezahlt. In dieser Wartezeit spielten sich mehrere Fälle folgender Art ab:
Katz, der neben einem SS-Mann saß, führte die Verhandlung, während der SS-Mann weder durch eine Gebärde noch durch ein Wort merken ließ, dass er an der Verhandlung teilnahm.

Katz: *Wie heißt Du?*
Antwort: *N. N.*
Katz: *Woher bist Du?*
Antwort: *Aus N. N.*
Katz:
Es sind für Dich 75 Mark angekommen. Du fährst nach Oberschlesien, Station N., das sind … km und kostet (K. hatte das Kursbuch in der Hand) … Mark. Für die Reise genügen als Zehrgeld … Mark. Du kannst also für Deine armen Kameraden, die kein Geld haben und daher nicht entlassen werden können, 30 Mark spenden. Du bist doch einverstanden?

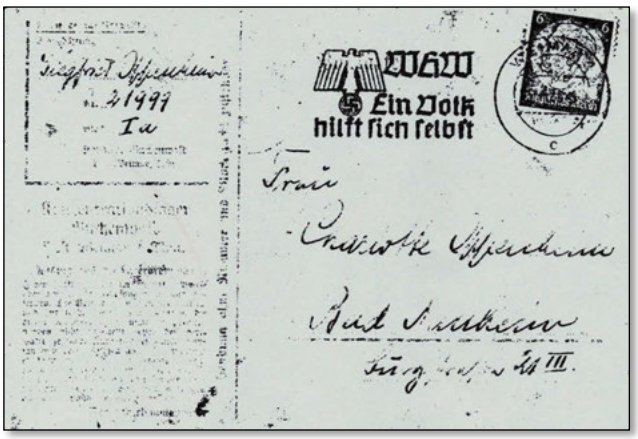
Was sollte der arme Kerl machen? Er war einverstanden, unterschrieb eine Vollquittung über den ganzen Betrag, nahm seinen Anteil und trollte sich weg. Auf diese Weise haben manche Hundert Mark und mehr gespendet.

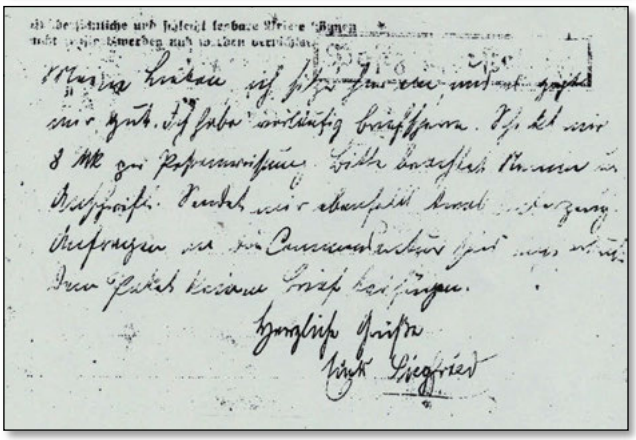
Zum ersten Mal durften wir am Ende der zweiten Woche heimschreiben. Der Wortlaut war an einer

großen Wandtafel genau vorgeschrieben. Die kleinste Textänderung war verboten; Karten der Zuwiderhandelnden wurden nicht befördert. Diese, meine erste Karte und einzige von Buchenwald ist hier im Original aufbewahrt. (s. rechte Spalte)

Briefe durften wir nicht empfangen, dagegen waren Geldsendungen erlaubt. Auch Pakete mit Wäsche und Kleidern waren zugelassen. Waren dem Paket Schokolade, Zigarren, Zigaretten, Zwieback und dergl. beigelegt, wurden sie weggenommen. Die Pakete wurden in unserem Beisein geöffnet, und da habe ich das Berichtete mit angesehen. Meine Frau war dem Rat anderer, mehr Geld zu senden und den Lebensmitteln beizulegen, nicht gefolgt. Und sie hat klug getan.
Selbst Unterzeuge, Strümpfe etc., die jemand in größerer Menge bekam, wurde er los „für arme Kollegen, die nichts anzuziehen hatten“. Tatsächlich bekamen einige auch Unterhosen, Hemden und Strümpfe von diesem Überfluss.
Wie aus der Vorderseite der Karte zu ersehen ist, war ich die Nummer 21999. Diese Nummer wurde uns auch auf den Unterarm eingestempelt. Beim Antreten zum „Stempeln“ stand ich nicht genau auf Vordermann, wie der SS-Mann, der dabei war, feststellte. Ich bekam einen Rippenstoß.
Das war das einzige Mal, wo ich eine solche „Berührung“ mit der SS hatte. Das kam daher, weil ich immer „im Haufen“ verschwand, nicht mit der Nase überall vorn war, und mich in der Baracke immer gleich auf „mein Zimmer“ begab.

Ein schweres Dasein hatten die Schwerverbrecher, die in unserem Lager als Colonne 4711 tätig waren. Sie mussten die allmählich sehr groß gewordenen Latrinen ausschöpfen und fortschaffen. An einer langen Stange war eine Konservenbüchse befestigt. Damit holten sie das 4711 aus der Grube und füllten es in Eimer, die sie in den Wald trugen und entleerten.
Zu dieser Colonne gehörten auch eine Anzahl Wiener Juden. Diese Menschen mussten schwer arbeiten und bekamen scheinbar wenig zu essen. Wenn sie einem begegneten, fragten sie stets: Hast Du kein Stückchen *Lechem*? [= Brot, H. N.}
Man steckte ihnen manchmal heimlich etwas zu, aber das war streng verboten. Die Wiener sagten einmal zu mir: „Dachau war ein Sanatorium gegen Buchenwald.“





(Postkarte an)
Frau Charlotte Oppenheim

Bad Nauheim
Burgstraße 21 III

Absender:
Siegfried Oppenheim
Nr. 21999 in I a

Meine Lieben, ich sitze hier ein und es geht mir gut. Ich habe vorläufig Briefsperre. Schickt mir 8 Mk per Postanweisung. Bitte beachtet Name u. Anschrift. Sendet mir ebenfalls etwas Unterzeug. Anfragen an die Comandantur sind nicht erlaubt. Dem Paket keinen Brief beifügen.
Herzliche Grüße

Nun ein Wort über die Waschküche. Sie hatte nur noch den alten Namen, diente aber als Krankenraum für unsere Kranken. Die fanden im Allgemeinen keine Aufnahme in den Krankenräumen des Lagers, weil sie eben Juden waren. Man stelle sich das Primitivste vor, was nur als Krankenraum möglich ist. In ihren Kleidern mit Schuh und Stiefeln lagen diese Armen auf Holzpritschen, die ein wenig schräg waren. Kissen und Decken gabs nicht, es sei

denn, dass jemand eine eigene Decke besaß. Der Eintritt in die Waschküche war verboten. Nur wer in diesem Raum zu tun hatte, durfte eintreten.
Es gab nämlich so eine Art Untersuchungs- und Verbinderaum dort, wo der Lagerarzt (auch ein Internierter) zu sprechen war. Krankenbesuche waren kein Grund, Einlass zu erlangen. Am leichtesten gings mit Protektion, die ich durch einen Bekannten dort hatte.
Da es in der Waschküche nicht an Wasser fehlte, habe ich dort ab und zu einen Schluck Wasser getrunken. Krankenbesuche machte ich mehrmals bei Herrn Wolf Plaut IV aus Wehrda, Kreis Hünfeld. Als ich zuletzt bei ihm war, bat er mich wiederholt: Gib mir Wasser! Aber die strenge Aufsicht erlaubte es nicht. Plaut zeigte schon vor seiner Einlieferung in die Waschküche Spuren von Irrsinn, fraglos eine Folge der furchtbaren Aufregungen. (N. B. Sein Bruder, Lehrer Isaac Plaut, Treysa, starb ca. 70-jährig, im KZ Oranienburg.)
Am Tage nach meinem letzten Besuch sah ich am anderen Morgen seine Leiche vorübertragen. Seine Frau ließ die Leiche per Auto abholen und in Wehrda beisetzen. Der verschlossene Sarg durfte nicht geöffnet werden.

Jeden Morgen konnten wir sehen, wie Tote aus der Waschküche oder aus dem Lager ins große Tor - in die Leichenkammer geschafft wurden. Sie lagen unbedeckt auf einer Tragbahre. Fast sämtliche Leichen wurden im Krematorium Weimar verbrannt. Eines Morgens meldete der Lautsprecher:
Wer den Juden Bernhard Strauß aus Lengfeld im Odenwald gekannt hat, soll sofort ans große Tor kommen.
Zwei Schwiegersöhne des Verstorbenen, Salli Nußbaum aus Rhina und Bacharach aus Frielendorf, Kr. Ziegenhain, erkannten die Leiche an. Strauß war an einer Lungenentzündung gestorben, die er sich jedenfalls an jenem verhängnisvollen „Sitztag“ zugezogen hatte. Einmal lagen früh zwei Leichen draußen im Freien. Der eine hatte den Freitod durch Berührung des elektrisch geladenen Drahtzaunes, der andere durch Ertränken in der Latrine gesucht und gefunden.
Viele Internierte hatten den Verstand verloren oder waren so nervös geworden, dass sie nicht mehr Herr ihrer selbst waren. Von mir Bekannte starben in Buchenwald (außer Plaut und Strauss) Lehrer Plaut aus Frankenberg in Hessen, Lehrer Singer aus Nordhausen, dessen Vater und viele andere.

Nun etwas von den in Buchenwald üblichen Strafen. Verhältnismäßig war das Torstehen eine leichte Strafe. Der Delinquent stand mit dem Gesicht nach dem großen Tor und durfte sich nicht regen, nicht seitwärts blicken. Wehe ihm, wenn er von den zahlreichen herumlaufenden SS bei einem solchen Vergehen - und oft auch, wenn er sich nicht bewegt hatte - ertappt wurde. Der Gummiknüppel wies ihn zurecht.
Eine furchtbare Strafe war das Baumbinden. Der zu Bestrafende wurde mit den Beinen nach oben, den Kopf nach unten, an einem Baum mit Stricken festgemacht.
Das Schlimmste war das Durchpeitschen, das mit anzusehen wir eines Abends antreten mussten. Drei Verbrecher waren da - aus dem Hauptlager - der Faulheit, des Ungehorsams und der Widersetzlichkeit angeklagt. Sie mussten die Hosen herunterlassen und das Hemd hochnehmen, sodass sie da, wo der Rücken seinen anständigen Namen verloren hat, nackt waren. So wurden sie nacheinander auf einen Block gespannt.
Sie mussten sich mit dem Gesicht nach unten darauflegen. Oberkörper mit Armen und die Beine waren festgeschnallt. Zwei Henkersknechte, Hünen von Gestalt, mit Ochsenziemern, verabreichten dem Ersten 25, dem Zweiten 35 und dem Dritten - einem Juden - 50 Hiebe. Damit die Schläge nicht an Wucht verlören, wechselten die Henkersknechte miteinander ab. Die so gemarterten, die herzzerreißend schrien, mussten sich ans große Tor stellen, mit dem Gesicht der Wand zugekehrt, das Hemd hoch, bis der Lagerarzt sich den Martererfolg beguckt hatte.
An diesem Abend wurden zwei von den Gegeißelten ins Revier geschickt. Während der Prozedur musste ich wiederholt zur Seite sehen, mir wurde grün und blau vor den Augen. 25 Hiebe in der geschilderten Weise erhielt auch ein Aktionsjude, den man beim Einrücken durchs große Tor geschlagen hatte, der sich widersetzt und gerufen hatte: Ich habe den Krieg mitgemacht, das EK1 erworben und bin zum Offizier befördert worden. Ich lasse mich nicht so behandeln.
Mit mir zusammen, aber nicht in Baracke IA, waren meine Brüder Levi, in Bebra, zuletzt Frankfurt wohnhaft, Julius aus Biebrich und Jakob aus Wiesbaden sowie mein Schwager Josef Grünewald, Frankfurt. Jakob wurde schon nach 8 Tagen, Julius nach 2 Wochen entlassen, weil ihre Ausreise-Papiere fertig waren. Levi und mein Schwager wur-

den in der dritten Woche entlassen, und mit ihnen zusammen eine große Zahl aus unserem Lager. Es war nämlich durch den Lautsprecher bekannt geworden, dass alle, die einen Nachweis für ihre Teilnahme an Kampfhandlungen des letzten Krieges bei sich haben (Pass oder Bescheinigung für Erhalt der Kriegsmedaille für Teilnahme an Kampfhandlungen) sofort ans große Tor kommen sollen. Ihre Namen wurden registriert, und nach einigen Tagen erfolgte ihre Entlassung.

Jeden Morgen und Mittag wurden die Namen der an diesem oder folgendem Tag zu Entlassenden durch Lautsprecher bekannt gegeben. Auch in den Baracken waren Lautsprecher, die mit dem Hauptlautsprecher verbunden waren. Erscholl der Ruf *Achtung, Achtung!,* wards im Lager und in den Baracken mäuschenstill. Die meisten gingen ständig mit ihrem „Gepäck“ umher, denn wessen Name verlesen wurde, musste sofort ans kleine Tor eilen.

Seit Ende November hatte ich schwer unter Asthma zu leiden. Ich bekam von einem jüdischen Arzt einen Asthmaapparat, in dem noch nicht ein kleiner Rest von Medikamenten war. Medikamente wurden uns, auch nicht gegen Bezahlung, nicht geliefert. Am 20. *Kislew* (am Jahrzeittag um meine sel. Mutter) konnte ich nicht aufstehen, um *Kaddisch* zu sagen. Wir machten nämlich heimlich *Minjan* in einer Ecke der Baracke IA, damit wir nicht gesehen und weggejagt wurden - von unseren jüdischen Vorgesetzten.

Am Dienstag, den 13. Dezember, sollte ich vom Lagerarzt untersucht werden. Lehrer Seelig aus Friedberg und ein braver junger Freund namens Kaufmann, der bei Metzger Sundheimer in Frankfurt beschäftigt war, führten mich in die große Halle, wo ich auf den Lagerarzt warten sollte. Da begann plötzlich der Namenaufruf durch den Lautsprecher. Nach wenigen Minuten hörten wir meinen Namen: Siegfried Oppenheim, geb. 15. März 1879 in Nentershausen, Kreis Rotenburg. Die beiden Freunde schleppten mich und meine Handtasche mit Wäsche ans kleine Tor. Die Freude, entlassen zu werden, machte mich stark.

Wir mussten vor dem großen Tor antreten und wurden verlesen. Ich ahnte nicht, dass noch ein schwerer Tag zu überwinden sei. Zunächst mussten wir Schuhe und Kleider säubern. Das war eine Tantalus-Arbeit, da sie in fünf Wochen nicht sauber gemacht worden waren. Einer half dem anderen. Die Bürsten und das Waschzeug stellten in liebenswürdiger Weise die Lagerverwaltung, gegen Erstattung von 3 Mark pro Person. Wer nicht genug Geld hatte, musste von den anderen freigehalten werden.

Dann standen wir zwei Stunden „angetreten“ bei furchtbarer Kälte und eisigem Wind. Zu essen hatten wir nichts. Endlich gings zum Arzt, der uns nackt ausziehen ließ und uns gründlich untersuchte, ob noch eine Wunde von empfangenen Schlägen oder Tritten zu sehen sei. Einige wurden entlassen, die noch Male am Körper trugen, weil sie gleich sagten: „Da bin ich durch eigenes Verschulden gefallen“, - oder: „Da habe ich mich gestoßen.“ Einige, deren Körper noch zu deutlich Spuren von Buchenwald trugen, wurden in die Baracken zurückgeschickt.

Durch Unterschrift mussten wir bescheinigen, dass wir unser Eigentum restlos erhalten, alle Postsendungen empfangen hätten. Wir bestätigten ferner, dass uns in Buchenwald kein Leid geschehen sei, dass wir gut behandelt worden seien. Ferner mussten wir durch Unterschrift uns verpflichten, nichts über Buchenwald zu erzählen.

Dann marschierten wir durchs große Tor in die Freiheit. 4½ Stunden standen wir im Freien von eisigem Sturm umtobt hoch oben auf der Höhe des Thüringer Waldes. Wir zitterten vor Frost. Vor uns war die SS-Kolonie: herrliche Häuser mit gepflegten Gärten. Daneben große Autohalle, Kinobaracke etc.

Gegen 4 Uhr, es dämmerte bereits, hielt ein dicker SS-Vorgesetzter, dem man ansah, dass er dem Alkohol reichlich zusprach, uns die Abschiedsrede: Wehe dem, der auch nur ein Wort über Buchenwald erzählt. Er kommt dann wieder zu uns zurück, und eine zweite Entlassung gibt’s dann nicht mehr. Unsere Arme reichen weit über den Ozean bis in alle anderen Erdteile, sodass wir jeden fassen werden, der auch nur ein Wort darüber spricht, was er hier gesehen oder erlebt hat.

Nun bekamen wir unsere Entlassungsscheine. Endlich kamen gegen ½ 5 Uhr die von uns bezahlten Lastautos, die uns zum Bahnhof Weimar brachten.

Am Bahnhof Weimar nahm sich unserer die *Bahnhofshilfe Sachsen-Thüringen* an. Zuerst ließ man mir Asthmapulver aus der Apotheke bringen. In einem besonderen Raum (nicht im Wartesaal) bewirteten sie uns mit Kaffee, Brötchen, Zigarren, Zigaretten, Tee etc. In unseren Kleidern konnten wir uns auch wirklich nicht unter Menschen sehen lassen. Es war längst Nacht, als wir den ersten Bissen an diesem Tage zu essen bekamen. Der be-

schleunigte Personenzug brachte mich und mehrere andere Leidensgenossen nach Gießen, wo wir uns bei der Gestapo melden und den Entlassungsschein abgeben mussten.
In Buchenwald hatte man uns gesagt, das Büro der Gestapo sei die ganze Nacht offen. Das war nicht richtig. So saßen wir stundenlang im Wartesaal 3. und 4. Klasse, aßen und tranken und wurden von den Anwesenden - meist Arbeitern - bedauernd betrachtet. Sie versuchten wiederholt, mit uns ins Gespräch zu kommen:
Kommst Du vom KZ? Seid Ihr Juden, die man im November verhaftet hatte?
Da wir keinerlei Unterhaltungen anknüpfen wollten - aus berechtigter Furcht - verließen wir den Bahnhof um ½ 6 morgens und spazierten umher bis 8 Uhr, bis wir zur Gestapo gehen konnten.
Bei der Gestapo wurde wegen Buchenwald viel gefragt, von mir aber nur geantwortet:
Ich habe in Buchenwald keinerlei persönliche Klage gehabt, bin nicht belästigt worden und habe keinen Grund zur Klage.
Mit dem Rat, recht bald unsere Auswanderung in die Wege zu leiten, wurden wir entlassen.

Mittwoch, 14.12.1938, gegen 11 Uhr mittags, traf ich in Bad Nauheim ein. Auf Seitenwegen schlich ich mich zu meiner Wohnung, Burgstraße 21 III. In der Garderobe, die ich auf meinem Leib trug, wollte ich keinem Bekannten begegnen. Und gewaschen hatte ich mich seit fünf Wochen nicht.
Damit schließe ich meine Mitteilungen. Ich betone ausdrücklich, dass ich wahrheitsgetreu geschildert habe und nichts übertrieben habe.
Und so schließe ich denn meine Aufzeichnungen mit dem Wunsche für alle Nazis und Nazifreunde:

ימח שמם וזכרם
I'mach Sch'mam W'sichram

[= ihr Name und Andenken sei ausgelöscht, H. N.]

Ihr Name sei vergessen, in ewige Nacht getaucht, sei wie ein letztes Röcheln in leere Luft verhaucht.
gez. Lehrer i. R. Siegfried Oppenheim

Anmerkung H.N.: *Der hebräische Text stammt aus S. Oppenheims originalem Manuskript.*



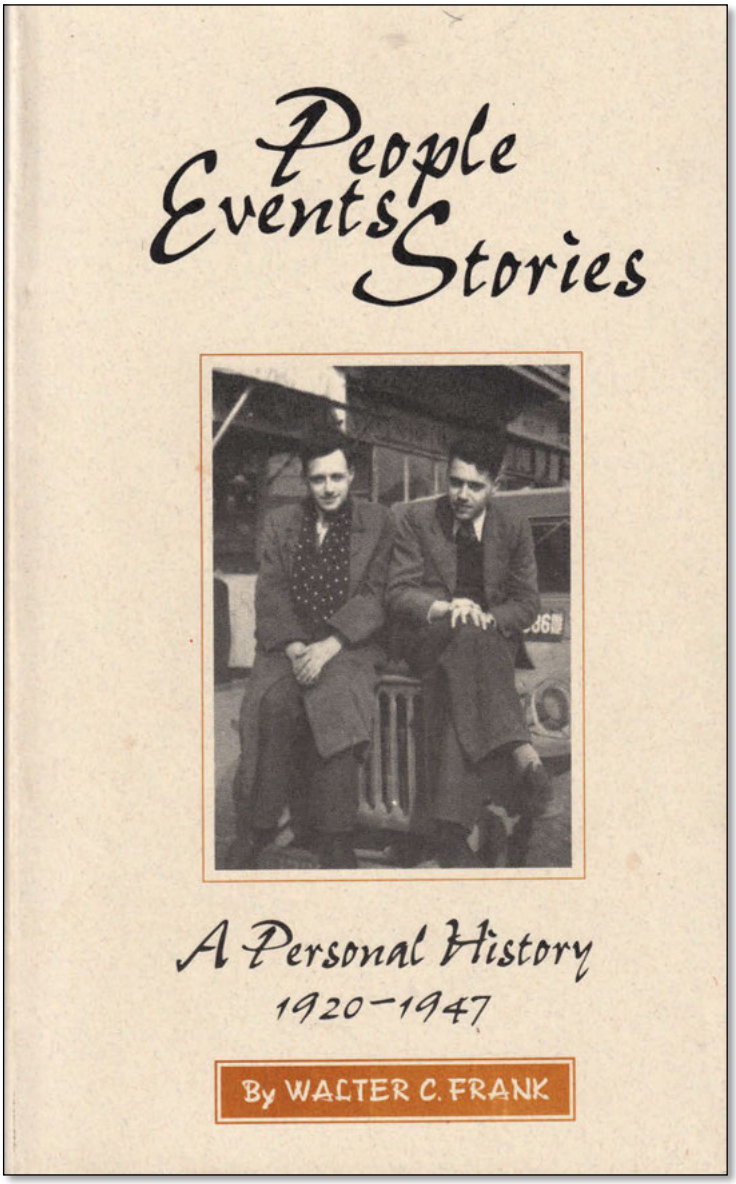
Siegfried Oppenheims Elternhaus in Nentershausen im Jahr 2016. Hier wurde Siegfried Oppenheim am 15. März 1879 geboren, als Sohn des Buchbinders Moses Oppenheim und seiner Frau Johanna geb. Spier. Siegfrieds älterer Bruder Levi, der sich in Bebra als Buchbinder niedergelassen hatte, war ebenso wie Siegfried im November 1938 ins KZ Buchenwald verschleppt worden.

Nach Buchenwald

- ein Weg in die Hölle und zurück -

Erinnerungen von Walter Frank

(Übersetzung H. Nuhn)



Im Folgenden die Schilderung des Leidensweges (in Auszügen) von Walter C. Frank, geb. 26. Mai 1920 in Wiesbaden: auf dem Titelfoto (mit Schal), neben ihm sein Bruder Eric, geb. 26. August 1922.
Die Texte sind in Franks 1995 in San Francisco erschienenem Buch „People, Events, Stories. A Personal History 1920-1947“ zu finden, in dem Walter Fackenheim (später Walter C. Frank) u. a. seine Erlebnisse im Konzentrationslager Buchenwald schildert, wohin er am 11. November 1938 zusammen mit seinem Vater, Dr. med. Willy Fackenheim, von Wiesbaden aus verschleppt worden war und erst fünf Monate später entlassen wurde.
Die seit Generationen in Rotenburg-Lispenhausen und Bebra ansässige jüdische Familie Fackenheim hatte bereits vor 1938 ihre osthessische Heimat verlassen. Willy Fackenheim, der älteste Sohn von Isidor Fackenheim, der in der Nürnberger Straße in Bebra eine koschere Gaststätte betrieb, hatte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach seinem Studium der Medizin als praktischer Arzt in Wiesbaden niedergelassen, bis ihm 1936 die Zulassung „aus rassischen Gründen“ entzogen wurde.

„Die Zielaufschrift auf dem Zug lautete ‚Weimar‘, sodass wir wussten, wir fahren in das berüchtigte Konzentrationslager Buchenwald nahe der Stadt, die Goethe berühmt gemacht hatte, bevor die alte deutsche Kultur durch die ‚Kultur‘ des Tausendjährigen Reiches ersetzt wurde.

Der Zug fuhr um 9 Uhr am Abend los– mit seiner Ladung von bestürzten und verängstigten Leuten. Ungefähr vier Stunden später kamen wir in Weimar an. Eine Schar von SS-Leuten aus dem Lager, bewaffnet mit Pistolen, Peitschen, Stahlruten und ähnlicher Ausrüstung erwartete uns.

Sie brüllten uns an, wir sollten uns aus dem Zug machen – *Beeilt Euch! – Bewegt Euch! – Schnell! – Stellt Euch in eine Reihe! – Gesicht gegen die Wand! – Keine Bewegung! – Stillgestanden!*

Jemand bewegte sich, woraufhin ein Gewehrkolben gegen seinen Kopf knallte. Geschrei und Gekreisch bis wir alle in Reihe vor einer Mauer standen, mit dem Gesicht nach dort, ohne die geringste Bewegung zu machen. Für die Jüngeren unter uns, die schnell reagieren konnten, viele sportlich trainiert und daran gewöhnt, militärähnliche Befehle auszuführen, war es leicht, die Befehle zügig zu befolgen, aber die älteren Männer, die sich nur langsam bewegten und durch die Aufregung benommen waren oder unter Schock standen, waren schlecht dran. Viele wurden geschlagen, einige schwer. Es war ganz wie in einem Irrenhaus.

Ein neuer Aufruf – wieder wurden wir gezählt, unsere Namen wurden mit den Einträgen auf den Originallisten abgeglichen und wir wurden auf Lastwagen gehetzt, nachdem uns ein Bewacher die Verordnung über aufrührerisches Verhalten vorgelesen hatte. Er sagte uns, dass wir jetzt im Konzentrationslager seien (zu diesem Zeitpunkt nur theore-

tisch, weil wir ja noch am Bahnhof waren) und dass der Versuch zum Widerstand, zur Flucht oder das Nichtbefolgen von Befehlen und jegliche Verletzung der Lagerordnung mit dem Tode bestraft würden. Jedes fünfte Wort war ‚erschossen', so vergewisserte er sich, dass wir ihn verstanden.

Auf dem Weg zu den Lastwagen mussten wir durch ein Spalier von Bewachern, die uns anbrüllten und auf uns einschlugen, damit wir schneller liefen. Wiederum war es so, dass die jüngeren Leute schnell vorankamen und den Schlägen ausweichen konnten, während es für die älteren schwierig war, zu den Lastwagen zu rennen und sie schnell zu besteigen.

Schließlich fuhren wir vom Bahnhof weg und hinauf auf den Berg, auf dem sich das Lager befand. Die Lastwagen hielten in einiger Entfernung vom Haupttor. Es war weit nach Mitternacht. Das ganze Gebiet war hell erleuchtet durch die Scheinwerfer von den vielen Wachtürmen. Wir wurden wieder angebrüllt:

„Herunter von den Wagen, lauft, Ihr ...", und wir mussten in einem Spießrutenlauf durch das Spalier der auf uns einpeitschenden Wachmannschaft durch das Haupttor auf einen großen Platz rennen, der schon mit Tausenden von Neuankömmlingen gefüllt war.

Ich sah eine große Uhr über dem Haupteingang, die kurz nach zwei Uhr am frühen Morgen des 12. November 1938 anzeigte, beide Daten sind fest in meine Erinnerung eingebrannt.

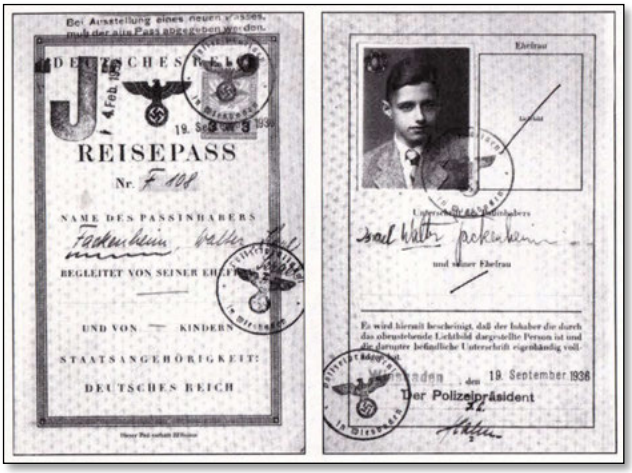
Wir mussten uns wieder in Reih und Glied aufstellen und wurden wieder gezählt, danach begann die Registrierung. Nur die Suchscheinwerfer, die über dem Heer der Gefangenen kreisten, durchbrachen die Finsternis. Es gab abermals viel Geschrei und Gebrüll, einige Männer brachen zusammen, einige bluteten, einige mussten sich übergeben.

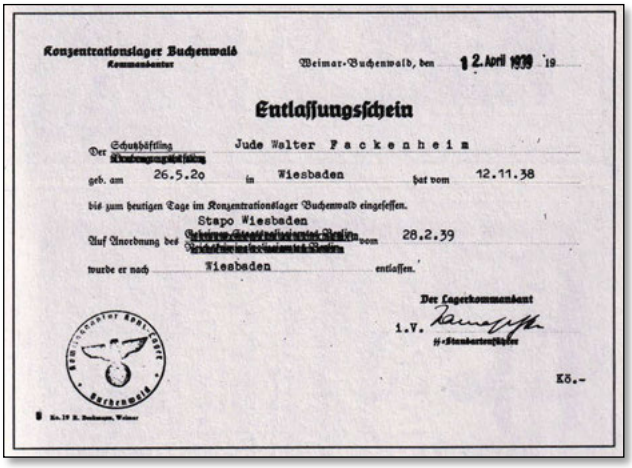
SS-Männer sprangen herum, knüppelten auf einen Gefangenen ein, schlugen einen anderen – es war wie in der Hölle. Auf dem Boden lagen überall Bewusstlose oder Tote herum, man konnte sie kaum unterscheiden. ...

Es war eine trockene Nacht. Der Boden war ziemlich fest. Später erlebten wir, dass der Regen den Erdboden in lehmigen Schlamm verwandelte.

Wenn es regnete – und in dieser Jahreszeit regnete es oft – versanken wir knöcheltief im Schlamm, der uns die Schuhe von den Füßen zog. Das Chaos um zwei Uhr an jenem Morgen war unbeschreiblich. Wachposten jagten uns von einer Stelle zur ande-







oben: *Walter Fackenheim-Frank ca. 1990 in den USA.*
Mitte*: Reisepass Walter Fackenheim-Frank.*
unten*: Entlassungsschein KZ Buchenwald 12.4.1939.*

ren, Gefangene versuchten, Freunde oder Verwandte zu finden, von denen sie getrennt worden waren, Männer suchten eine Orientierung zu finden oder den Befehlen nachzukommen, mit denen man sie angeschnauzt hatte. Einige hatten Taschen bei sich, andere waren auf offener Straße verhaftet worden, nur mit dem ausgestattet, was sie auf dem Körper trugen.

Viele benötigten ihre Medizin, über die sie jetzt aber nicht verfügten. Einige versuchten durch Befragen der Bewacher das eine oder andere herauszufinden, mussten aber erleben, dass es nur die eine Antwort auf alle Fragen oder Bitten gab: „Halt die Fresse, dreckiger Jude!“ Zur Bekräftigung gab es einen Schlag mit der Peitsche oder dem Gewehrkolben.

Dieser Zustand dauerte etwa sieben Stunden. Es gab keine Toiletten. Seiner Notdurft musste man dort, wo man sich gerade befand, nachkommen, ohne die sanitären Errungenschaften der zivilisierten Welt. Wir waren nicht mehr in der zivilisierten Welt, wir waren in Buchenwald, in der Hölle.

Der Tag brach spät an - ein bewölkter Himmel hellte langsam auf, als wir zu riesigen Holzbaracken laufen mussten, Notunterkünften mit Holzpritschen an den Seiten und in der Mitte, mit zwei schmalen Gängen und bereits voll belegt mit früher Angekommenen. Wir versuchten, dort einen kleinen Fleck zum Hinlegen zu finden.

Auf den Pritschen gab es keine Kopffreiheit zum Aufrechtsitzen. Zu dem Zeitpunkt, als ich die Baracke Nr. 5A erreichte, eine von den fünf Unterkünften, die man für die Unterbringung der Neuangekommenen errichtet hatte, war diese voll gepackt mit etwa zweitausend Personen, alle dicht an dicht, und für mich war kein Platz vorhanden, um mich dazwischen zu quetschen. Ich schaffte es aber dann, nach oben auf eine der Pritschen zu klettern, auf der die Leute schon dicht gedrängt wie in einer Sardinendose lagen.

Es gab dort einen Spalt breit Platz zwischen den Füßen der dort Liegenden und dem Pritschenende, etwa in Fußbreite, wo ich mich, auf der Seite liegend, hinlegen konnte. Zu meinem Glück (!) starb einige Tage später ein dort Liegender und ich konnte seinen leer gewordenen Platz übernehmen.

So kam ich von der Pritschenkante weg, von wo ich leicht im Schlaf hätte herunterfallen können, was einen Sturz von etwa drei Metern bedeutet hätte. In dem Gedränge der fast zehntausend jüdischen Männer, die im Verlauf der „Novemberaktion“ nach Buchenwald geschafft wurden, war ich von meinem Vater getrennt worden. Während der beiden Wochen, die er in dem Lager war, sah ich ihn nur ein einziges Mal. Er sah schrecklich aus. Ich hörte von einem seiner Kollegen, dass man ihn schwer geschlagen hatte, was dann zu einem Nervenzusammenbruch führte. ...

Es fing an zu regnen und der Boden verwandelte sich in klebrigen Matsch, knöcheltief und noch tiefer. Am Sonntag, den 13. November, gab es die erste warme Mahlzeit, die erste Mahlzeit überhaupt. Es war ein schmackhafter Fleicheintopf, den wir mit Heißhunger verschlangen. Später erfuhren wir, dass es Walfleisch war.

Es dauerte nicht lange, bis fast alle Gefangenen unter Durchfall litten, der besonders schlimm war, weil jegliche sanitäre Einrichtungen und sanitäre Versorgung fehlten. Der gesamte Lagerbereich, in dem wir eingepfercht waren, verwandelte sich in eine Kloake. Es gab kein Toilettenpapier, es gab kein Wasser zum Waschen, es gab überhaupt kein Wasser. Und jetzt waren dort fast zehntausend Männer mit Durchfall.

Aufgrund des fehlenden Trinkwassers starben Leute an Flüssigkeitsmangel. Es gab absolut kein Wasser! Wir konnten unsere verschmutzte Kleidung nicht wechseln. In dieser Kleidung steckten wir drei Monate lang, wir konnten sie weder am Tag noch in der Nacht wechseln.“

Am 12. April 1939, fünf Monate nach seiner Einlieferung, wurde Walter (Fackenheim) Frank aus dem Konzentrationslager Buchenwald entlassen, zusammen mit 143 anderen jüdischen Gefangenen:

„Am Nachmittag gegen 3 Uhr wurden wir in Busse verladen und unter Auflagen in die Freiheit befördert. Unter Auflagen ist so zu verstehen, dass ein einziger Fehltritt, ein falsches Wort, eine Meinungsänderung bei dem einen oder anderen Regierungsbeamten vielleicht genügt hätte, um wieder in Gefangenschaft zu geraten.

Die Busse brachten uns zum Hintereingang des Weimarer Bahnhofs, außer Sichtweite der allgemeinen Öffentlichkeit. Wir sahen zum Fürchten aus mit unseren kahl geschorenen Köpfen und bleichen Gesichtern, in unserer zerknitterten Kleidung und den dreckigen, zerrissenen Schuhen.

Als wir in einem kleinen Vorraum herumschlurften, erschien ein Bahnpolizist. Fünf Monate Lagerbehandlung ließen uns reflexartig stramm stehen und

unsere Hüte und Mützen ziehen. Schließlich stand ein Uniformierter mit einer Pistole an seinem Gürtel vor uns.
Er lächelte und sagte:
„Meine Herren, Sie sind nicht mehr ‚da oben'. Setzen Sie Ihre Hüte wieder auf und entspannen Sie sich. Ich gehöre zur Bahnpolizei und Sie sind jetzt in unserer Obhut. Wir haben die jüdische Gemeinde in Weimar benachrichtigt und die wird in wenigen Minuten mit Kaffee und Kuchen hier sein. In der Zwischenzeit werden wir sicherstellen, dass Sie gute Zugverbindungen nach ihren Heimatstädten bekommen. Und noch eines, Ihnen wurde ‚da oben' gesagt, Sie dürften keine Speisesäle betreten oder Schnellzüge benutzen. Wir von der Bahnpolizei sind jetzt für Sie verantwortlich und wenn wir der Auffassung sind, Sie sollten einen Schnellzug oder irgendeine andere Einrichtung der Bahn in Anspruch nehmen, dann entscheiden wir das und das geht die da oben überhaupt nichts an. Lassen Sie mich bitte wissen, ob wir irgendetwas für Sie tun können."
Für einen Moment waren wir völlig sprachlos. Über einen langen Zeitraum hatte niemand mit uns auf humane Weise geredet. Einige Männer fingen an zu weinen. (Während ich dies 40 Jahre danach niederschreibe, stehen mir die Tränen in den Augen.) Wir erwarteten, dass ein Blitzschlag diesen Mann niederstrecken würde, dass er so absolut ungeheuerliche, geradezu verräterische Worte äußerte. Wenn sich der Boden geöffnet und ihn verschluckt hätte, wir wären nicht überrascht gewesen. Er wurde jedoch nicht niedergestreckt, er wurde nicht vom Boden verschluckt und was noch wichtiger war, es kam niemand von der Gestapo, um ihn abzuführen."

Während Walter Fackenheim-Frank volle fünf Monate in Buchenwald inhaftiert war, wurde sein Vater Dr. Willy Fackenheim schon nach kurzer Zeit freigelassen. Dazu sein Sohn (in seinem Buch „People, Events, Stories"):

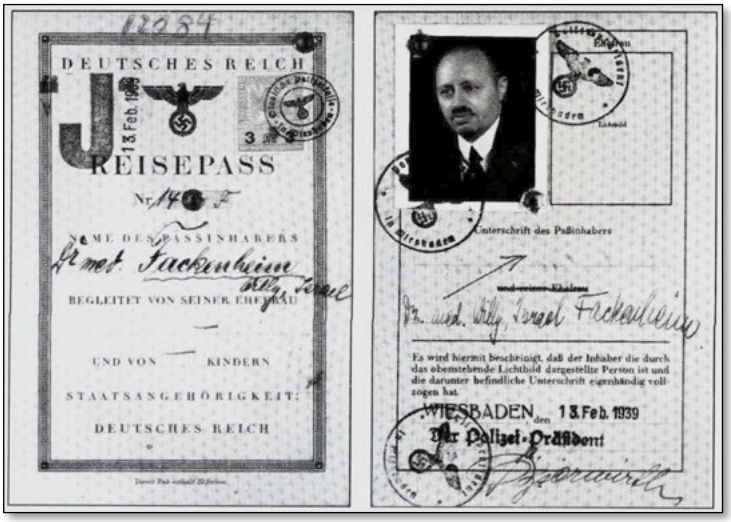
„Vater wurde zwei Wochen nach seiner Verhaftung wieder freigelassen. Einem Gerücht zufolge geschah dies, weil ihm als Weltkriegssoldat in der deutschen Armee das Eiserne Kreuz verliehen worden war. Ein anderes Gerücht besagte, dass er aus gesundheitlichen Gründen freikam. Wir haben die Wahrheit nie erfahren. Auf jeden Fall war Auswanderung der hauptsächliche Grund für die Freilassung aus dem Lager, weil die Nazis Deutschland ‚judenrein', gesäubert von Juden, machen wollten."



Hauptbahnhof in Weimar ca. 1938, von wo aus in den Tagen nach den Novemberpogromen die Masse der ca. 10.000 verhafteten jüdischen Männer mit Lastwagen in das KZ Buchenwald transportiert wurden.
In einem Vorraum des Hintereingangs hat laut Walter Fackenheim-Frank-am 12. April 1942 der für alle an diesem Tag freigelassenen jüdischen Häftlinge völlig überraschende Auftritt eines Bahnpolizisten stattgefunden. (s. Bericht in der linken Spalte)



JEDEM DAS SEINE: Der Spruch am Eingangstor zum Konzentrationslager Buchenwald ist nach innen lesbar angebracht und so vom Appellplatz aus gut zu lesen.
Der Ausspruch, der in der römischen Rechtstradition auf Gerechtigkeit abzielte, steht nun für die brutale Aussonderung von sog. Gemeinschaftsfremden aus der NS-"Volksgemeinschaft".



Reisepass von Dr. med Willy Fackenheim, geb. am 24. Mai 1882 in Bebra, gestorben am 13. März 1943 in Shanghai.

Dr. med. Willy Fackenheim betreffend, existiert eine knappe Schilderung in der 1989 von Monika Richarz herausgegebenen Publikation „Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780-1945“.

Dort beschreibt der Wiesbadener Fabrikant Hans Berger (geb. 1898), der zusammen mit Vater und Sohn Fackenheim am 11. November 1938 von Wiesbaden aus ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt wurde, das Leiden der Inhaftierten in der Nacht nach der Verabreichung der „Walfischsuppe“. Zum Schluss schildert er, wie sich der gepeinigte Dr. Willy Fackenheim gegenüber Mithäftlingen verhielt.

„Auch diese Nacht ging zu Ende. Am Morgen traten wir hinaus, und jetzt erst ergab sich, in welche Hölle wir geraten waren. Um die Latrine standen Hunderte und versuchten, ihre Wäsche und Kleider zu reinigen. Kein Wasser, kein Tropfen Wasser, um sich von dem eigenen Kot zu befreien.

Kein Tier lebt, ohne sich zu reinigen, und uns fehlte hierzu das Allernotwendigste. Kopf an Kopf standen die Tausende von Juden bis zu den Knöcheln im Morast, verschmutzt, übernächtigt, ein Bild des Jammers - Ärzte, Anwälte, Gelehrte, Menschen höchsten Bildungsgrades, schlimmer behandelt als das schlechteste Vieh. Dabei waren Kranke darunter, um die wir fürchteten.

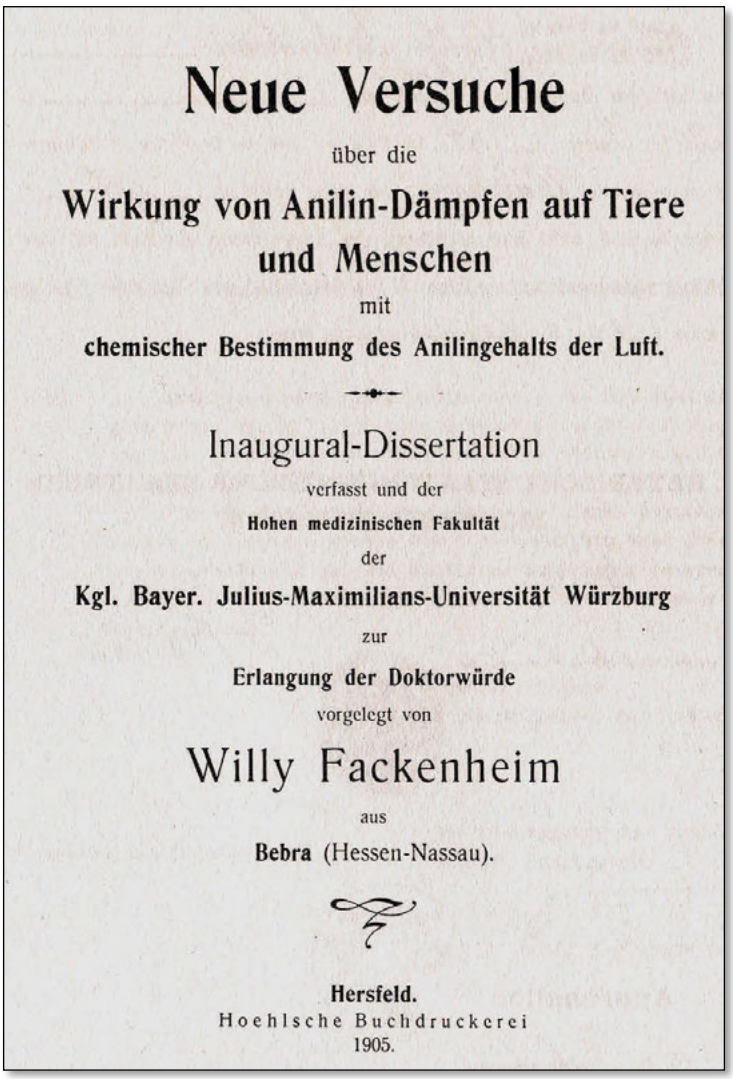
Ärztliche Hilfe gab es nicht, Medikamente gab es nicht, es gab doch nicht einmal Wasser, um den brennenden Durst zu löschen, den diese Hölle ausgelöst hatte. An diesem Morgen traf ich auf eine Gruppe von Freunden und Landsleuten:

Jacob Oppenheimer, Fritz Marx, Berthold Guthmann, Max Liebmann, Paul Rothbart, und da mitten im Morast, mitten im Gedränge lag einer am Boden, Dr. Fackenheim.

Wir Wiesbadener stellten uns um ihn, um zu verhüten, dass einer ihn träte, und die einzige Hilfe, die ich ihm bringen konnte, war eine Flasche Mundwasser, die ich in der Tasche hatte, eine Erholung, damit die ausgedörrten Lippen zu benetzen, den Duft nach Pfefferminz einzuatmen. Sofort streckten sich mir rundum Hände entgegen, die auch einige Tropfen des köstlichen Nass ergattern wollten. Ich teilte aus, bis nur noch wenige Tropfen in der Flasche waren, die ich vorsorglicherweise für noch dringendere Fälle aufsparen wollte.

Dann kam der Befehl zum Antreten, Wir nahmen den durch Durchfall geschwächten Arzt Dr. Fackenheim unter die Arme, Jacob Oppenheimer rechts, ich links, und so traten wir an. Langsam erholte sich der gute Doktor und konnte wenigstens wieder allein stehen, und wir standen lange. Stunden um Stunden ertönte nur das Kommando „Richtung Vordermann".

Zu Tausenden standen wir da, in aufgeschlossener Reihe, hier und da fiel einer zusammen, entkräftet vom Durchfall, vom Hunger, vom Durst und von schlafloser Nacht. „Ein Arzt“, tönte es von Mund zu Mund, und der gute Dr. Fackenheim, der sich selbst kaum auf den Beinen halten konnte, lief mit den letzten Tropfen meiner Mundwasserflasche als einziger Erquickung, als einzigem Medikament, hierhin und dorthin, bis ihm auch dieses barsch verboten wurde.



Neue Versuche

über die

Wirkung von Anilin-Dämpfen auf Tiere und Menschen

mit

chemischer Bestimmung des Anilingehalts der Luft.

Inaugural-Dissertation

verfasst und der

Hohen medizinischen Fakultät

der

Kgl. Bayer. Julius-Maximilians-Universität Würzburg

zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von

Willy Fackenheim

aus

Bebra (Hessen-Nassau).

Hersfeld.
Hoehlsche Buchdruckerei
1905.

Titelblatt der 1905 im Hoehl-Verlag in Bad Hersfeld gedruckten medizinischen Doktorarbeit von Willy Fackenheim, geb. 24. Mai 1882 in Bebra und dort aufgewachsen. Ab 1905 niedergelassener Arzt in Wiesbaden, Sanitätsoffizier im Ersten Weltkrieg, 1936 Schließung seiner Arztpraxis aufgrund der NS-Rassegesetze. Im April 1939 Flucht nach Shanghai, dort gestorben 13. März 1943.

K. Benutzte Literatur

Adam, Uwe Dietrich 1972: Judenpolitik im Dritten Reich.
Ders.: Wie spontan war der Pogrom? 1988, in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hg. v. W. Pehle, S. 74-93.

Ahlheim, Hannah 2011: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1925.

Allen, Sheridan W. 1965: „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt.

Aly, Götz 2005: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus.

Arani, Miriam 2008: Fotografische Selbst- und Fremdbilder von Deutschen und Polen im Reichsgau Wartheland 1939-45.

Archiv der Stadt Stuttgart (Hg.) 2008: „Reichskristallnacht“ - der Pogrom im November 1938 in Stuttgart. Ein Quellen- und Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht.

Arnold, Martin 2016: Der Kirchenkreis Eschwege und der Nationalsozialismus: Einverständnis und Konfliktlinien zwi schen Kirche, NSDAP und Staat.
Arnold, Martin/ Stein, Edward 2022: Der gerettete Rest. Das „Displayed Persons“-Camp in Eschwege 1946-1949, in: Eschweger Geschichtsblätter 33, S. 65-90.

Arntz, Hans-Dieter 2008: „Reichskristallnacht“. Der Novemberpogrom auf dem Lande - Gerichtsakten und Zeugen aussagen am Beispiel der Eifel und Voreifel.

Bach, Felix 2009: Pfarrer Karl Lotz. Glaube-(Ohn)Macht-Widerstand? … zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland.

Bajohr, Frank 1997: „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945.
Ders.: Über die Entwicklung eines schlechten Gewissens. Die deutsche Bevölkerung u. die Deportationen 1941-45, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne, Praxis, Reaktionen 1938-1945, hg. v. Birthe Kundrus u. Beate Meyer, S. 180-195.
Ders. 2007: Die Deportation der Juden: Initiativen und Reaktionen aus Hamburg, in: Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945, hg. v. Beate Meyer, 2. Aufl., S. 33-41.

Bankier, David 1995: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die Endlösung und die Deutschen. Eine Berichtigung.

Barkai, Avraham 1987: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden um Dritten Reich.
Ders. 1988: „Schicksalsjahr 1983“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hg. v. W. Pehle, S. 94-117.

Barth, Christian T. 2003: Goebbels und die Juden.

Baumann, Ulrich/ Guesnet, Francois 2019: Kristallnacht-Pogrom-State Terror: A Terminological Reflection, in: New Perspectives on Kristallnacht. After 80 Years. The Nazi Pogrom in Global Comparison, S. 1-24.

Behrens, Benedikt 2009: Julie Hochfeld geb. Linz, Stolpersteine in Hamburg-St. Georg. Biographische Spurensuche, hg. v. B. Behrens, S. 92f.
Ders. 2009: Isidor Rothfels, in : Stolpersteine in Hamburg-St. Georg. Biograph. Spurensuche, hg. v. B. Behrens, S. 167.

Benz, Wolfgang 1988: Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom, in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hg. v. Walter Pehle, S. 13-51.
Ders. 1993: Die Juden im Dritten Reich, in: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hrsg. v. K. D. Bracher, M. Funke u. H.-A. Jacobsen, 2. Aufl., S. 273-290.
Ders. 1996: Der Novemberpogrom 1938, in: Die Juden in Deutschland 1933-1945, 4. Aufl., S. 499-544.
Ders. 2006: Die 101 wichtigsten Fragen. Das Dritte Reich.
Ders. 2013: Der Novemberpogrom 1938 in der deutschen Erinnerungskultur, in: Der Novemberpogrom 1938 in der deutschen Erinnerungskultur, hg. v. W. Benz, H. 11, S. 885-887.
Ders. 2018: Gewalt im November 1938. Die Reichskristallnacht. Initial zum Holocaust.

Bergmann, Ingo 2018: 1938. Das Novemberpogrom in Ulm – seine Vorgeschichte und Folgen.

Beyler, Richard 2004: „Reine Wissenschaft“ und personelle „Säuberungen“. Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945.

Bizer, Ernst 1965: Ein Kampf um die Kirche. Der „Fall Schempp“ nach den Akten erzählt.

Blaschke, Olaf 2014: Die Kirchen und der Nationalsozialismus.

Blazek, Matthias 2009: Unter dem Hakenkreuz. Die deutschen Feuerwehren 1933-1945.

Böhringer, Siegfried 2002: Der Weg der Kirche im Dritten Reich, in: Verblassende Erinnerung, hg. v. K. Horn u. U. Jeggle, S. 91-121.

Brakel, Alexander 2012: Der Holocaust. Judenverfolgung und Völkermord, 2. Aufl.

Broszat, Martin 1969: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung.
Ders. 1981: Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrg. 29, Heft 4, S. 500-544.

Brakelmann, Günter 2001: Evangelische Kirche und Judenverfolgung.

Brumlik, Micha/ Kunik, Petra (Hg.) 1988: Reichspogromnacht. Vergangenheitsbewältigung aus jüdischer Sicht.

Brunner, Reinhold 2003: Von der Judengasse zur Karlstraße. Jüdisches Leben in Eisenach

Bühl, Achim 2021: Die Shoa. Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden.

Büttner, Ursula 2002: Die anderen Christen. Ihr Einsatz für verfolgte Juden und „Nichtarier“ im nationalsozialistischen Deutschland, in: Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945, hg. v. Beate Kosmale u. Claudia Schoppmann, S. 127-150.
Dies. 2003: Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung – ein Bericht über Forschungserträge und ungelöste Fragen, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, hrsg. v. U. Büttner, S. 320-341.

Burleigh, Michael 2000: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung.

Bühmann, Henning 2020: Die Stunde der Volksmission. Rechristianisierungsbestrebungen im deutschen Protestantismus in der Zwischenkriegszeit.

Büttner, Ursula 1992: Die deutsche Bevölkerung und die Judenverfolgung 1933-1945, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, hg. von U. Büttner, S. 67-88.
Dies. 2002: Die anderen Christen. Ihr Einsatz für verfolgte Juden und „Nichtarier“ im nationalsozialistischen Deutschland, in: Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945, hg. v. B. Kosmala u. C. Schoppmann, S. 127-150.

Chládková, Ludmila 2005. Ghetto Theresienstadt

Chotjewitz, Peter/ Chotjewitz-Häfner, Renate 1980: Die mit Tränen säen. Israelisches Reise-Journal.

Conway, John S. 1969: Der Deutsche Kirchenkampf. Tendenzen und Probleme seiner Erforschung an Hand neuerer Literatur, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 17, Heft 4, S. 423-449.

Conze, Vanessa 2023: Krieg und Nachkriegszeit auf dem Land. Die Schwalm 1939 bis 1955.

Corbach, Dieter 1994: 6.00 Uhr ab Messe Köln-Deutz. Deportationen 1938-1945.

Czermak, Gerhard 1997: Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung.

De Vries, Simon Philip 1981: Jüdische Riten und Symbole.

Diner, Dan 1991: Die Katastrophe vor der Katastrophe: Auswanderung ohne Einwanderung, in: Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, hg. v. D. Blasius u. D. Diner, S. 138-160.

Döhn, Lothar 1987: Presse und Nationalsozialismus in Kassel, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde 1933 – 1945, Band 2: Studien, S. 58-95.

Döll, Klaus 2008: Evangelische Kirche im Dritten Reich. Studie zum Streit zwischen Kreuz und Hakenkreuz im Kirchen kreis Eschwege, 2. Aufl.

Doerfer, Achim 2023: „Irgendjemand musste die Täter bestrafen. Die Rache der Juden, das Versagen der deutschen Justiz nach 1945 und das Märchen deutsch-jüdischer Versöhnung.

Döscher, Hans-Jürgen 1988: „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938.

Dorhs, Michael 2007: Dem Glauben ein Gedächtnis geben. Lebensbilder aus der Kirchengeschichte Kurhessen-Waldecks
Ders. 2008: Die Reichspogromnacht in Nordhessen. Eine Quelle aus Rotenburg, in: netzblatt, Nr. 49, S. 10-13.
Ders. 2009: „Als Kirche nicht unsere Pflicht getan“ oder „Die Prüfung ohne wesentlichen Verlust an innerer Kraft und Glaubwürdigkeit überstanden“. Die Bekennende Kirche Kurhessen-Waldeck 1936-1945. Ein Werkstattbericht, in:

Vom Zwang zur Selbstverständlichkeit: 75 Jahre Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck 1934-2009, S. 123-140.
Ders. (Hg.) 2013: Kirche im Widerspruch, Bd. II, Teilband 2: Texte aus der Bekennenden Kirche Kurhessen-Waldeck 1937-1940.

Dotterweich, Volker 1979: Die „Entnazifizierung“, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland – Zwischen Kapi tulation und Grundgesetz, hg. v. J. Becker/Th. Stammen/P. Waldmann, S. 123-161.

Eichhorn, Rudi 1969: Biberaho-Bebra, ein Gang durch die Geschichte, in: Bebra. Chronik einer Stadt, S. 9-76.
Ders. 1991: Bebra, in: Bebra. Chronik einer Stadt, Teil II, Bebra im Wandel des 20. Jahrhunderts, hg. v. Magistrat der Stadt Bebra, S. 8-63.

Eisenstädt, Robert 2002: Bericht über die Verschleppung im Mai 1942, kommentiert v. M. Kingren, in: Das achte Licht. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden in Nordhessen, hg. v. H. Burmeister u. M. Dorhs, S. 243-247.

Engelmann, Hans 1984: Kirche am Abgrund. Adolf Stoecker und seine antijüdische Bewegung.

Engwert, Andreas/ Kill, Susanne (Hg.) 2009: Sonderzüge in den Tod. Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn in den Tod.

Epstein, Yehudith 2004: Die Suche nach dem Rettungsstrick. Briefe aus der Hölle.

Eschwege, Helmut 1981: Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945.

Evans, Richard J. 2024: Hitler‘s People. The Faces of the Third Reich.

Fabricius, Volker 1988: „Ich untersage hiermit mit sofortiger Wirkung die Abhaltung jeglicher Gottesdienste in Dotzheim.“ Nationalsozialistischer Staat und evangelische Kirche im Kampf um die Kirche.

Fait, Barbara 1990: Die Kreisleiter der NSDAP – nach1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform: zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hg. v. M. Broszat, K.D. Henke u. H. Woller, 3. Aufl., S. 213-300.

Faust, Anselm 1988: Die „Kristallnacht“ im Rheinland: Dokumente zum Judenpogrom im November 1938.

Fischer, Stefanie 2014: Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt. Jüdische Viehhändler in Mittelfranken 1919-1939.

Fleermann, Bastian/ Genger, Angela (Hg.) 2008: Novemberpogrom in Düsseldorf.

Flörken, Norbert, Hg., 2013: Troisdorf unter dem Hakenkreuz. Eine rheinische Kleinstadt und die Nationalsozialisten.

Flörsheim, Chanan Hans 2008: Über die Pyrenäen in die Freiheit. Von Rotenburg an der Fulda über Leipzig nach Amsterdam und durch Frankreich und Spanien nach Israel 1923-1944, hg. v. Heinrich Nuhn und Erhard Roy Wiehn, bearbeitet v. Brigitte Meyer-Christ u. H. Nuhn.

Föhrding, Hans-Peter/ Verfürth, Heinz 2017: Als die Juden nach Deutschland flohen. Ein vergessenes Kapitel der Nachkriegsgeschichte.

Frackowiak, Johannes 2024: Verordnete Germanisierung. Die Deutsche Volksliste in Westpolen 1939-1945.

Frank, Walter C. 1995: People, Events, Stories. A Personal History 1920-1947.Frei

Frei, Norbert (Hg.) 2010: Von der Kristallnacht zum Novemberpogrom—der Wandel des Gedenkens an den 9. November 1938.
Ders. 2007: Der Führerstaat, 8. Aufl.
Ders. 2023: Im Namen der Deutschen. Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit.

Freimark, Peter/ Kopitzsch, Wolfgang 1988: Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur „Kristallnacht“, 5. Aufl.

Freimüller, Tobias 2020: Aufarbeitung, Erinnerung, Gedenken: Die NS-Vergangenheit u. die deutsche Gesellschaft, in: Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften u. Anfechtungen eines Projekts, hg. v. T. Scharnetzky , S. 33-53.

Friedel, Matthias 2010: Goebbels‘ Propagandisten in Hessen. Das Reichspropagandaamt Hessen-Nassau und seine Mitarbeiter. In: Heidenreich, Bernd/Neitzel, Sönke (Hrsg.): Medien im Nationalsozialismus, S. 53-82.

Friedländer, Saul: Überlegungen zur Historisierung des Holocaust, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Histo risierung und Historikerstreit, hg. v. Dan Diner, S. 34-50.
Ders. 1998: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1945, 2. Aufl.
Ders. 2006: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939-1945.

Friedlander, Henry 1997: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung.

Friedman-Golbert, Ilse 1970: Life's Suns and Storms, übersetzt v. Heinrich Nuhn.

Friedrich, Klaus-Peter 2023: Die nationalsozialistische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im dörflich-ländlichen Raum Hessens Mitte der 1930er-Jahre. Über neuere Forschungen aus rund andertalb Jahrzehnten, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Band 128, S. 151-204.
Ders.: 2024: Neue Forschungen über die Novemberpogrome in den hessischen Gebieten. Zu wichtigen Neuerscheinungen aus rund zwei Jahrzehnten, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 74, S. 101-125.

Fröhlich, Elke (Hg.) 1998: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Bd. 5, August 1938-Juni 1939 (bearb. v. Fröhlich, Elke)
Dies. (Hg.) 1998: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Bd. 6, August 1938-Juni 1939 (bearbeitet von Jana Richter).

Fuchs, Manfred 2006: Was längst vergessen schien. Meine ersten 17 Jahre. (Selbstverlag)

Fuhrer, Armin 213: Keine Beziehungstat. Die Debatte um Herschel Grynszpans Attentat auf Ernst vom Rath, in: Der Novemberpogrom 1938 in der deutschen Erinnerungskultur, hg. v. W. Benz, Heft 11, S. 927-944.

Fulbrook, Mary 2019: Social Relations and Bystander Responses to Violence: Kristallnacht November 1938, in: New Perspectives on Kristallnacht: After 80 Years, The Nazi Pogrom in Global Comparison S. 69-90.

Gabeli, Helmut 2008: "Reichskristallnacht" 1938: Nichts als Scherben? Die Dimension des Novemberpogroms 1939, in: Rundschau. Gemeinsame Nachrichten der Gedenkstätte Synagoge Baisingen etc., Nr. 1, S. 1-10.

Gailus, Manfred: Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich.
Ders. u. Nolzen, Armin 2011: Zerstrittene Volksgemeinschaft. Glaube, Konfession u. Religion im Nationalsozialismus.

Galinski, D./ Lachauer, U. 1982: Alltag im Nationalsozialismus 1933 bis 1939.

Gassenheimer, Ida 2019: Mein Untergrundleben in Berlin 1938-1945. Bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von York-Egbert König, in: Eschweger Geschichtsblätter, S. 142-161.

Gbiorzyk, Peter 2017: Unerschütterliche Treue zu Volk und Vaterland, in: Deutsches Evangelisches Pfarrerblatt, Nr. 11, 2017.

Gellately, Robert 1997: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Zur Entstehungsgeschichte einer selbst-überwachenden Gesellschaft, in: Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland, hg. v. Schmiechen-Ackermann, S. 109-144.

Genschel, Helmut 1966: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich.

Gerhard, Uta/ Karlauf, Th.: Nie mehr zurück in dieses Land. Augenzeugen berichten über die Novemberpogrome 1938.

Gerlach, Wolfgang 1987: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden. Mit einem Vorwort von Eberhard Bethge.

Gerlach-Praetorius, Angelika 1967: Die Kirche vor der Eidesfrage. Die Diskussion um den Pfarrereid im „Dritten Reich".

Gilbert, Martin 1995: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas.
Ders. 2006: Kristallnacht. Prelude to Destruction.

Göbel, Peter/ Thormann, Helmut E. 1988: Verlegt - vernichtet - vergessen …? Lebenswege von Menschen aus Hephata im Dritten Reich. Eine Dokumentation, 3. Aufl.

Goeschel, Christian 2009: Selbstmord im Dritten Reich.

Goschler, Constantin 1992: Die Auseinandersetzung um die Rückerstattung „arisierten" jüdischen Eigentums nach 1945, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, S. 239-356.
Ders. 2008: Zwei QWellen der Restitution. Die Rückgabe jüdischen Eigentums nach 1945 und 1990, in: Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, hg. v. I. Bertz u. M. Dorrmann, S. 30-44.
Ders. 2009: Die Auseinandersetzung um die Rückerstattung, in: J. Brunner, N. Frei u. C. Goschler (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel.

Gottwaldt, Alfred/ Schulle, Diana 2005: Die „Judendeportationen" aus dem Deutschen Reich 1941-1945.

Graml, Hermann 1988: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich.

Greaves, Laura Megan 2013: ‚Concerned not only with relief': UNRRA's work rehabilitating the Displaced Persons in the American zone of occupation in Germany, 1945-1947.

Greschat, Martin 2003: Die Haltung der deutschen evangelischen Kirchen zur Verfolgung der Juden im Dritten Reich, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, hrsg. v. Ursula Büttner, S. 320-341.
Ders. 1989: Protestantischer Antisemitismus in Wilhelminischer Zeit. Das Beispiel des Hofpredigers Adolf Stöcker, in: G. Brakelmann/ M. Rosowski (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Feindschaft zur Rassenideologie, S. 27-51.

Greve, Barbara 2010: Eine kleine Stadt in Hessen. Neukirchen, die Juden und der Nationalsozialismus.

Griesang, Marcel 2010: Vom Boykott zur Enteignung. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ausschaltung der Juden im Gebiet des heutigen Rhein-Hunsrück-Kreises.

Gross, Raphael 2013: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe.

Großbölting, Thomas 2017: Volksgemeinschaft in der Kleinstadt. Kornwestheim und der Nationalsozialismus.

Grosse, Heinrich 2010: „Niemand kann zwei Herren dienen." Zur Geschichte der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit.

Grossmann, Atina 2012: Wege in die Fremde. Deutsch-jüdische Begegnungsgeschichte zwischen Feldafing, New York und Teheran.

Grossmann, Johannes 2011: Ruth Neuhaus, in: Koser, Maria/ Brunotte, Sabine: Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg-Hoheluft-Ost, Bd. 2, S. 326-329.

Gruner, Wolf 1997: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943.
Ders. 2000a: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung zentraler und lokaler Politik 1933-1941, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 48, S. 75-126.
Ders. 2000b: Die Grundstücke der „Reichsfeinde". Zur Arisierung von Immobilien durch Städte und Gemeinden 1938-1945, in: „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, hg. v. I. Wojak und P. Hayes, S. 125-156.
Ders. 2002: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat.
Ders. 2016: Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren.
Ders. 2019: „Worse Than Vandals". The Mass Destruction of Jewish Homes and Jewish Responses during the 1938 Pogrom, in: New Perspectives on Kristallnacht: After 80 Years, The Nazi Pogrom in Global Comparison, hg. v. St. J. Ross, S. 25-49.
Ders. 2019: Totale Verwüstung. Die vergessene Massenzerstörung jüdischer Häuser und Wohnungen im November pogrom 1938, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10, S. 793-811.

Grüttner, Michael 2014: Das Dritte Reich 1933-39 (Gebhardt, Handbuch der dt. Geschichte, Bd. 19).
Ders. 1992: Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933-1939, 2015.

Hackett, David A. (Hg.) 1996: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar.

Häde, Sabine 2011: Geschichte der jüdischen Gemeinde: in: Chronik. 1225 Jahre Heinebach, hg. v. Kulturring Heinebach e. V., Arbeitsgruppe Chronik, S. 168-191.

Händler-Lachmann, Barbara/ Werther, Thomas 1992: Vergessene Geschäfte, verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus.

Händler-Lachmann, B./ Händler, H./ Schütt, U. 1995: Purim, Purim, ihr liebe Leut, wißt ihr was Purim bedeut? Jüdisches Leben im Landkreis Marburg im 20. Jahrhundert.

Hammerschlag, Selma 2008: Theresienstadt wurde mein Schicksal, in: Winkelmann, Michael: „Auf einmal sind sie weggemacht". Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte, Heft 15, S. 351-358.

Harnack, Gustav-Adolf von (Hg.) 1989: Ernst von Harnack, Jahre des Widerstands 1932-1945.

Hassl, Uwe 2016: Die Bürgermeister der Stadt Bebra, in: Chronik der Stadt Bebra, S. 15-20.

Hebauf, Renate: Gaußstraße 14. Ein „Ghettohaus" in Frankfurt am Main 2010.

Hecht, Cornelia 2010: Zum Umgang mit der Erinnerung an jüdisches Leben im deutschen Südwesten 1945 bis heute, in: Der Umgang mit der Erinnerung. Jüdisches leben im deutschen Südwesten, S. 33-46.

Hecker, Horst 2011: Jüdisches Leben in Frankenberg.

Hederich, Michael 1977: Um die Freiheit der Kirche. Geschichte der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck.
Ders. 1997: Christuszeugen im Hessenland. Bilder aus der Geschichte der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Ders. 2000: Im Würgegriff der Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen in der Zeit des Dritten Reiches.

Hedwig, Andreas/ Neebe, Reinhard/ Wenz-Haubfleisch, Annegret 2011: Die Verfolgung der Juden während der NS-Zeit. Stand und Perspektiven der Dokumentation, der Vermittlung und der Erinnerung.

Hehl, Ulrich von 1993: Die Kirchen in der NS-Diktatur. Zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand, in: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hg. v. K. D. Bracher, M. Funke u. H.-A. Jacobsen, 2. Aufl., S. 153-181.

Heiber, Helmut 1957: Der Fall Grünspan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; H.2, S. 134-172.
Ders. 2006: Der ganz normale Wahnsinn unterm Hakenkreuz. Triviales und Absonderliches aus den Akten des Dritten Reiches.

Heiden, Konrad 2013: Eine Nacht im November 1938. Ein zeitgenössischer Bericht.

Heiler, Friedrich 1932: Die Kirche und das dritte Reich, In: Klotz, Leopold: Die Kirche und das dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen, Bd. 1, S. 28-43.

Heiler Thomas 2023: Der „Fall" Dr. Franz Danzebrink. Teil 1: Vom Nutzen und Nachteil einer Aufarbeitung der NS-Historie für die kommunale Erinnerungskultur, in: Fuldaer Geschichtsblätter, Jg. 98, 2022, S. 95-132.
Ders. 2014: Synagogenbrand in Fulda und seine juristische Aufarbeitung nach 1945, in Fuldaer Geschichtsblätter, Jg. 90, 2014, S. 109-150.

Heim, Susanne 2009 (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 2.
Dies. 2010: Politik oder Philanthropie? Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1939-1941, in: S. Heim/ B. Meyer/ F.R. Nicosia (Hg.): „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben". Deutsche Juden 1938-1941, S. 149-169.

Hein, Martin (Hg.) 1996: Kirche im Widerspruch. Die Rundbriefe des Bruderbundes Kurhessischer Pfarrer und der Bekennenden Kirche Kurhessen-Waldeck 1933-1935.

Hellfeld, Matthias von 1985: Neue Gefahr von Rechts? – Neonazis und Rechtsextremisten in der BRD.

Henke, Klaus-Dietmar 1995: Die amerikanische Besetzung Deutschlands 1945/46

Hennig, Eike 1984: „Der Hunger naht" - „Mittelstand wehr Dich" - Wir Bauern misten aus". Über angepaßtes und abweichendes Wahlverhalten in hessischen Agrarregionen, in: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, hg. v. Eike Hennig, S. 379-432.

Herbert, Ulrich 1987: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung" im Nationalsozialismus, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, S. 198-236.
Ders. 2016: Das Dritte Reich. Geschichte einer Diktatur.
Ders. 2021: Wer waren die Nationalsozialisten?

Herbst, Ludolf 1995: Das nationalsozialistische Deutschland 1933 -1945.

Herbst, Wolfgang 2005: Evangelische Kirchenmusik und Nationalsozialismus. Hoffnung-Anpassung-Verdrängung.

Hering, Rainer/ Kaiser, Jochen 2012: Kurhessen u. Waldeck im 20. Jahrhundert, Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 2.

Hermann, Angela 2008: Hitler und sein Stoßtrupp in der Reichskristallnacht, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56, Heft 4, S.603-619.
Dies. 2011: Der Weg in den Krieg 1938/39. Quellenkritische Studien zu den Tagebüchern von Joseph Goebbels.

Herzig, Arno 1997: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Hertz, Helge-Fabien 2022: Evangelische Kirchen im Nationalsozialismus. Kollektivbiografische Untersuchung der schleswig-holsteinischen Pastorenschaft.

Hesse, Klaus 2008: „Vorläufig keine Bilder bringen." Zur bildlichen Überlieferung des Novemberpogroms, in: „Es brennt!" Antijüdischer Terror im November 1938, hg. v. A. Nachama, U. Neumärker u. H. Simon, S. 136-145.

Hilberg, Raul 1990: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bände.
Ders. 1997: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945.

Hinz-Wessels, Annette 2013: Antisemitismus und Krankenmord. Zum Umgang mit jüdischen Anstaltspatienten im Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 61, Heft 1, S. 65-92.

Hirschfeld, Gerhard 1984: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945.

Hoffmann, Christhard 1997: Verfolgung und Alltagsleben der Landjuden im nationalsozialistischen Deutschland, in: Richarz/Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande, S. 373-398.

Hoffmann, Gabriele 1972: NS-Propaganda in den Niederlanden. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940-1945.

Honikel, Karl 2002: Vor 60 Jahren: Deportation der Schenklengsfelder Familie Sally Löwenberg nach Riga, in: Mein Heimatland, Zeitschrift für Geschichte, Volks- und Heimatkunde, Bd. 41, Januar 2002, S. 1-4.

Horn, Klaus/ Jeggle, Utz (Hg.) 2002: Verblassende Erinnerung. Nagold und seine Landschaft. Im Schatten des Hakenkreuzes. Ein Lesebuch.

Hoschek, Jutta 2013: Ausgelöschtes Leben. Juden in Erfurt 1933-1945. Biographische Dokumentation.

Hülsmeyer, Ernst 1940: Kurhessen.

Hüppauf, Bernd 2006: Ein Grab wird geöffnet. Über den Dokumentationswert und den Erinnerungswert von Bildern, in: Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart, hg. v. J. Matthäus u. K.M. Mallmann, S. 311-325.

Hürten, Heinz 1994: Katholische Kirche und Widerstand, in: P. Steinbach/J. Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 182-192.

Hüttenberger, Peter 1969: Die Gauleiter.

Jacobmeyer, Wolfgang 1983: Jüdische Überlende als „Displaced Persons". Untersuchungen zur Besatzungspolitik in den deutschen Westzonen und zur Zuwanderung osteuropäischer Juden 1945-1947, in. Geschichte und Gesellschaft, Heft 9, S. 421-452.
Ders. 1985: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951.

Jeggle, Utz 1987: Heimatkunde und Nationalsozialismus, in: Antisemitismus und jüdische Geschichte, hg. v. R. Erb u. M. Schmidt, S. 495-514.

Jochmann, Werner 1991: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945.

Jordan, Rudolf 1971: Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau.

Kämper, Heidrun 2015: „Die Schuldfrage" von Karl Jaspers (1946). Ein zentraler Text des deutschen Nachkriegsdiskurses, in: Linguistische Hermeneutik, hg. v. F. Hermanns u. W. Holly.

Kaiser, Jochen-Christoph 1988: Evangelische Judenmission im Dritten Reich, in: Der Holocaust und die Protestanten. Analysen einer Verstrickung, hg. v. J.-Chr. Kaiser u. M. Greschat, S. 216-269.

Kammler, Jörg 1997: Ich habe die Metzelei satt und laufe über. Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939-1945). Eine Dokumentation, 3. erweiterte Auflage.

Kamrath, Ronny 2019: „Kristallnacht".

Kaul, Friedrich K. 1973: Nazimordaktion T4.

Kehm, Peter 2019: Bahnhof Bebra. Die Geschichte eines Eisenbahn-Knotens in der Mitte Deutschlands.

Keller, Sven 2015: Das Risiko der „Weißen Fahne". Gewalt gegen Verweigerer des „Volkskriegs" im Frühjahr 1945, in: Einsicht. Bulletin des Fritz-Bauer-Instituts 2015, S. 16-19.

Kellerhoff, Felix 2018: Kristallnacht. Das Novemberpogrom 1938 und die Verfolgung der Berliner Juden 1924 bis 1945.

Kershaw, Ian 1979: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung, in: Bayern in der NS-Zeit, hg. v. Martin Broszat und Elke Fröhlich, S. 281-348.
Ders. 1987: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung.
Ders. 1988: Indifferenz des Gewissens. Die deutsche Bevölkerung und die „Reichskristallnacht", in Blätter für deutsche und internationale Politik, 1988, Heft 11, S. 1319ff.
Ders. 2011: Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45.
Ders. 2016: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949.

Kilian, Karl-Heinz 2013: Juden und Christen – Gute Nachbarn in Bebra? Ein geschichtlicher Rückblick 1580-1938. In: Rund um den Alheimer. Geschichte und Geschichten, Band 34, S. 36-53.

Kingreen, Monica 1994: Jüdisches Landleben in Windecken, Ostheim und Heldenbergen.
Dies. 1998: Deportation. Die gewaltsame Verschleppung - der Hanauer Hauptbahnhof als Sammelplatz. In: M.I. Pfeifer/ M. Kingren 1998: Hanauer Juden 1933-1945. Entrechtung, Verfolgung, Deportation, S. S. 97-140.
Dies. 1999: Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden in den Jahren 1941-1945, in dies. (Hg.): „Nach der Kristallnacht". Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945, S. 357-402.
Dies. 2002: Die gewaltsame Verschleppung der Juden aus den Dörfern und Städten des Regierungsbezirks Kassel in den Jahren 1941 und 1942, in: Das achte Licht. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden in Nordhessen, hg. v. H. Burmeister und M. Dorhs, S. 223-242.
Dies. 2002: Bericht von Kurt Eisenstädt über die gewaltsame Verschleppung im Mai 1942, in: wie vor, S. 243-247.
Dies. 2003: Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt und deren Funktion als „Sammelanstalt" im September 1940, in: Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung, hg. v. U. George u.a., S. 251-289
Dies. 2023: Die Deportation der Juden aus Hessen 1940 bis 1945. Aus dem Nachlass herausgegeben und bearbeitet von Volker Eichler.

Klee, Ernst 1985: „Euthanasie" im NS-Staat. Die Vernichtung „unwerten Lebens".
Ders. 1989: „Die SA Jesu Christi". Die Kirche im Banne Hitlers.

Klein, Thomas 1984: Marburg-Stadt und Marburg-Land in der amtlichen Berichterstattung 1933-1936, in: Der Nationalsozialismus an der Macht, hg. v. Klaus Malettke, S. 110-142.
Ders. 1985: Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte, 2 Bände.
Ders. 1986: Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936, 2 Bände.
Ders. 1988: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945.

Klett, Marlene 2009: Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925-1965.

Klüppel, Manfred 1985: Euthanasie und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina u. Merxhausen.

Knigge, Volkhard 2002: Erinnern oder auseinander setzen? Kritische Anmerkung zur Gedenkstättenpädagogik, in: Holocaust und Nationalsozialismus, hg. v. E. Fuchs, F. Pingel u. V. Radgau, S. 33-41.
Ders. 2010: Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Juni 2010, S. 10-16.

Knigge-Tesche, Renate/ Ulrich, Axel (Hg.) 1996: Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945

Kochan, Lionel 1957: Pogrom. 10 November 1938.

Königseder, Angelika/ Wetzel, Juliane 1994: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland.

Körner, Peter 2019: „Jetzt ist es mit dir aus…" 10. November 1938 in Aschaffenburg: Opfer und Täter. Ahndung und Erinnerung.

Korb, Alexander 2007: Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Novemberpogrome im Spiegel amtlicher Berichte.

Kottke, Horst 1987: Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft im Jahr 1938, in: W. Frenz, J. Kammler/ D. Krause-Vilmar (Hg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde 1933 – 1945, Band 2: Studien, S. 223-254.

Kraft, Friedrich (Hg.) 1988: Kristallnacht in Bayern. Judenpogrom am 9. November 1938. Eine Dokumentation.

Kräutler, Anja 2006: „Dieselbe Stadt - und doch eine ganz andere. Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer nationalsozialistischen Unrechts.

Krause-Vilmar, Dietfrid 2001: Korrespondenten der Chicago Herald Tribune berichten im Frühjahr 1933 über die Judenverfolgung in Kassel, in: in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Band 106, S. 293-298.
Ders. 2006: Kristallisationspunkte der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hessen, in: Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, hg. v. H. Berding u. K. Eiler, S. 221-241.
Ders. 2012/13: Die judenfeindlichen Pogrome in Kassel im November 1938, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, S. 204-214.

Kriedte, Peter 2020: Nach Reinhausen und nicht nach Buchenwald. Der Novemberpogrom in Göttingen, in: Göttinger Jahrbuch 68, S. 127-174.

Krischak, Michael 2007: Der Umgang mit Juden im Nationalsozialismus. Lokale Fallstudie des ungewöhnlichen Schicksals von Reinhold Joschkowitz aus Bergisch Gladbach.

Kropat, Wolf-Arno 1979: Hessen in der Stunde Null 1945/47.
Ders. 1983: Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933-1939, in: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hg.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, S. 411-445.
Ders. 1983: Jüdische Gemeinden, Wiedergutmachung, Rechtsradikalismus u. Antisemitismus nach 1945, in: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hg.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, S. 447-508.
Ders. 1988: Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation.
Ders. 1997: „Reichskristallnacht". Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 19388 – Urheber, Täter, Hintergründe. Mit ausgewählten Dokumenten.
Ders. 2002: Entnazifizierung und Reform des öffentlichen Dienstes in Hessen (1945-1950), in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 52 (2002), S. 145-180.
Ders. 2004: Entnazifizierung – Mitbestimmung – Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947-1950.

Krusenstjern, Benigna von 2009: „daß es Sinn hat zu sterben – gelebt zu haben". Adam von Trott zu Solz 1909-1944.

Kuffke, Kay 2002: Der Umgang mit dem Holocaust in Deutschland nach 1945, in: Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung, S. 239-244.

Kuhn, Hermann (Hg.) 2016: Stutthof. Ein Konzentrationslager vor den Toren Danzigs.

Kwiet, Konrad 1996: Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: W. Benz (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945, 4. Aufl., S. 545-659.

Lauber, Heinz 1981: Judenpogrom: „Reichskristallnacht" November 1938 in Großdeutschland.

Lavsky, Hagit 2010: The Impact of 1938 on German-Jewish Emigration and Adaptation in Palestine, Britain and the USA, in: S. Heim/ B. Meyer/ F.R. Nicosia (Hg): „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben". Deutsche Juden 1938-1941, S. 207-225.

Lehmann, Albrecht 1999: Von Menschen und Bäumen. Die Deutschen und ihr Wald.

Leßau, Hanne 2020: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit.

Leppin, Volker 2009: Kirche der Mitte. Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck 1934-2009, in: Vom Zwang zur Selbstverständlichkeit. 75 Jahre Evangelische Kirche von Kurhessen Waldeck, hg. v. J. Römer, S. 11-30.

Levi, Ferdinand 1997: Überleben in Theresienstadt, in: Frankfurter jüdische Erinnerungen: ein Lesebuch zur Sozialgeschichte, 1864-1951, hg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, S. 275-290.

Lilienthal, Marion/ Stadtler, Karl-Heinz (Hg.) 2018: Novemberpogrome 1938. Ausschreitungen und Übergriffe in Waldeck-Frankenberg.

Lillteicher, Jürgen 2007: Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik.
Ders. 2008: Raub und Restitution, in: Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, hg. v. I. Bertz u. M. Dorrmann, S. 223-229.

Longerich, Peter 1987: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop.
Ders. 1988: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA.
Ders. 1989: Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945.
Ders. 1998: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung.
Ders. 2006: „Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945.
Ders. 2021: Antisemitismus: Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute.

Loewenberg, Peter 1987: The Kristallnacht as a Public Degradation Ritual, in: Leo Baeck Institute Year Book 32, H. 1, S. 309-323.

Maier, Regina 2009: NS-Kriminalität vor Gericht. Strafverfahren vor den Landgerichten Marburg und Kassel 1945-1955.

Maòr, Harry 1961: Über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945.

Martin, B. /Schulin, E. (Hg.) 1981: Die Juden als Minderheit in der Geschichte.

Maurer, Trude 1988: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“ in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hg. v. W. Pehle, S. 52-73.
Dies. 2003: Jüdischer Alltag 1918-1945, in: Kaplan, Marion: Geschichte des jüdischen Alltags. Vom 17.Jahrhundert bis 1945, S. 345-470.

Meier, Kurt 1987: Evangelische Kirche in Gesellschaft, Staat und Politik 1918-1945.
Ders. 1992: Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich.
Ders. 1994: Sowjetrußland im Urteil der evangelischen Kirche (1917-1945, in: Das Rußlandbild im Dritten Reich, hg. v. Volkmann, H.-E., 285-322.

Meinl, Susanne/ Zwilling, Jutta 2004: Legalisierter Raub. Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen.

Menk, Gerhard 2010: Waldeck im Dritten Reich. Voraussetzungen und Wirken des Nationalsozialismus im hessischen Norden.

Merkel, Kerstin 1999: Nationalsozialistische Kirchenkunst – Der Rotenburger Wandteppich, in: Das Münster. Zeitschrift für christliche Kunst und Kunstwissenschaft, H. 2, S. 134-142.

Metzger, Hartmut 1978: Kristallnacht. Dokumente von gestern zum Gedenken von heute.

Meyer, Beate 2011: Gefährliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945).

Meyer, Kristina 2015: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990.
Dies. 2016: Die SPD-Fraktion und die NS-Vergangenheit 1949 bis 1990 (www.fes.de).

Mix, Andreas 2017: Zwangsarbeit von Juden im Reichsgau Wartheland und im Generalgouvernement.

Möller, Lilli 2000: Justus Möller. Die Geschichte eines Briefträgers in Rotenburg an der Fulda.

Mommsen, Hans 1987: Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewusstsein, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, hg. v. Dan Diner. S. 74-88.
Ders./Obst, Dieter 1988: Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1943, in Herrschaftsalltag im Dritten Reich, hg. v. H. Mommsen u. S. Willems, 374-485.
Ders. 1991: Die Funktion des Antisemitismus im „Dritten Reich“. Das Beispiel des Novemberpogroms, in: Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, hg. v. D. Blasius u. D. Diner, S. 161-171.
Ders. 2006: Der Wendepunkt zur „Endlösung“. Die Eskalation der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: Deut sche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte u. Gegenwart, hg. v. J. Matthäus u. K.M. Mallmann, S. 57-71.
Ders. 2008: „Rasch und ohne besondere Reibungen zum Abschluss gebracht.“ Der Novemberpogrom 1938, in: „Es brennt!“ Antijüdischer Terror im November 1938, hg. v. A. Nachama, U. Neumärker u. H. Simon, S. 11-15.
Ders. 2014: Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa.

Mühlenfeld, Daniel 2010: Between State and Party: Position and Function of the *Gau* Propaganda Leader in National Socialist Leadership, in: German History, Heft 2, S. 167-192.

Mühlhausen, Walter 2013: Als die Synagogen brannten. Die Pogrome vom November 1938 in Hessen.

Mueller, Andreas 2007: Tatort Warthegau. Leben und Sterben im „Pflanzgarten“ der SS

Nachama, Andreas 2008: „Gedenkt dieses Tages.“ (2. Mose 13,3) Das Gedenken an den Novemberpogrom 1938, in: „Es brennt!“ Antijüdischer Terror im November 1938, hg. v. A. Nachama, U. Neumärker u. H. Simon, S. 154-160.

Nellessen, Bernd 2003: Die schweigende Kirche. Katholiken und Judenverfolgung, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, hrsg. v. Ursula Büttner, S. 305-319.

Nicolaisen, Carsten 1994: Bekennende Kirche, in: Lexikon des deutschen Widerstandes, hrsg. v. Wolfgang Benz u. Walther H. Pehle, S. 178-181.

Nicosia, Francis R. 2010: Haavara, Hachschara und Aliyah-beth. Jüdisch-zionistische Auswanderung in den Jahren 1938-1941, in: S. Heim/ B. Meyer/ F.R. Nicosia (Hg.): „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938-1941, S. 134-148.

Niess, Wolfgang 2021: Der 9. November. Die Deutschen und ihr Schicksalstag.

Niethammer 1982: Die „Mitläuferfabrik“. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns.

Noam, Ernst/ Kropat, Wolf-Arno 1970: Justiz und Judenverfolgung.

Nolzen, Armin 2004: Funktionäre in einer faschistischen Partei. Die Kreisleiter der NSDAP, 1932/33 bis 1944/45, in: Vom Funktionieren der Funktionäre, hg. v. T. Kössler u. H. Stadtland, S. 37-75.
Ders. 2003: The Nazi Party and its Violence against the Jews, 1933-1945: Violence as a historiographical Concept, S. 245-285.

Norden, Günther van 1986: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933-1945, in: Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime, hg. v. H. Mommsen u. K.-J. Müller, S. 108-134.
Ders.1989: Die evangelische Kirche und die Juden im Dritten Reich, in: G. Brakelmann/M. Rosowski (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Feindschaft zur Rassenideologie, S. 97-111.

Nowak, Kurt 1981: Evangelische Kirche und Weimarer Republik.
Ders. 1994: Die Barmer Theologische Erklärung und ihr historischer Ort in der Widerstandsgeschichte, in: P. Steinbach/ J. Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 170-181.

Nuhn, Heinrich 1990: Wahlen und Parteien im ehemaligen Landkreis Hersfeld. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie.
Ders. 1990: Der Kreis Rotenburg in der amtlichen Berichterstattung 1933 bis 1936. In: Rund um den Alheimer. Geschichte und Geschichten. Hg.: Geschichtsverein Rotenburg a. d. F., S. 37-56.
Ders./ Riemenschneider, Karl-Heinz 1993: *55 Jahre danach: Die Nacht, in der die Synagogen brannten*. Begleitschrift zur gleichnamigen Ausstellung in Rotenburg und Bebra 1993/94.
Ders. 2011: Spurensuche und Erinnerungsarbeit vor Ort - das Beispiel Rotenburg a. d. F., in: Hedwig, A./ Neebe, R./ Wenz-Haubfleisch, A. (Hg.), Die Verfolgung der Juden während der NS-Zeit, S. 135-145.
Ders. 2011: „Dem Führer entgegenarbeiten“, in: Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, hg. v. Thamer, H. U./ Erpel, S., S. 216f.
Ders./ Dreher, Pascal/ Nuhn, Inge 2011: In Memoriam. 43 Rotenburger Opfer des Holocaust.
Ders. 2012: Anblicke, die einem nie wieder in Vergessenheit kommen werden. Bericht Henny Rothschilds über die Geschehnisse im November 1938 in Rotenburg a. d. F., in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, S. 215-236.
Ders. 2015: „Like Hunted Animals“. The November 1938 Pogroms in Rotenburg an der Fulda: Henny Rothschild‘s Letter from 18 October 1939, in: Leo Baeck Institute Year Book 2015, S. 293-317.
Ders. 2023 : Rotenburg a. d. Fulda. Jüdisches Museum in der ehem. Mikwe, in: Jüdisches Leben in Erinnerung und Gegenwart. Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenk- u. Forschungsstätten im deutschsprachigen Raum, hg. v. Karin Bürger u. Ortwin Pelc, S. 206-208.

Obst, Dieter 1991: „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938.

Pätzold, Kurt 1988: Der Pogrom und sein Platz in der Geschichte der Vertreibung der jüdischen Deutschen, in: Ders./ Runge, Irene: Kristallnacht: Zum Pogrom 1938, S. 39-110.

Parisius, Bernhard/ Müller-Henning, Markus 1992: Vom Neubürger zum Mitbürger. Die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen 1945-1955, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Hessischen Staatsarchive.

Paul, Gerhard 1994: Die widerspenstige „Volksgemeinschaft“. Dissens und Verweigerung im Dritten Reich. In: P. Steinbach/J. Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 395-410.
Ders. 2006: Der Judenboykott vom 1. April 1933. Vom Originalbild zur Retusche - Etappen der lokalen Erinnerungspolitik, in: Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart, S. 293-310.
Ders. 2021: Der Krieg, die Bilder und ein Fön. Eine deutsche Familien- und Mentalitätsgeschichte.

Peck, Abraham 1988: Befreit und erneut in Lagern: jüdische DPs, in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hg. v. Walter Pehle, S. 201-212.

Perels, Joachim 2000: Wendepunkt in der Politik des Judenhasses. Die Reichspogromnacht und die Komplizenschaft der Gesellschaft, in: Licht und Schatten. Der 9. November in der deutschen Geschichte und Rechtsgeschichte, Juristische Zeitgeschichte, Abt. 2, Heft 9, S. 59-70.

Person, Katarzyna 2023: Jüdische DPs aus Polen in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands, 1945-1948.

Petter, Wolfgang 1993: SA und SS als Instrumente nationalsozialistischer Herrschaft, in: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hg. v. K. D. Bracher, M. Funke u. H.-A. Jacobsen, 2. Aufl., S. 76-94.

Peukert, Detlev 1987: Alltag und Barbarei. Zur Normalität des Dritten Reiches, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, hg. v. Dan Diner, S. 51-61.

Pohl, Dieter 2003: Die Deportation von Juden aus dem Deutschen Reich 1941-1943, in: Wege in die Vernichtung. Die Deportation der Juden aus Mainfranken 1941-1943, S. 57-72.

Polák, Josef 1968: Das Lager, in: Theresienstadt, hg. v. Rat der jüdischen Gemeinden in Böhmen und Mähren, S. 24-51.

Prinz, Wolfgang 1987: Die Judenverfolgung in Kassel, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2, hg. v. J. Kammler u. D. Krause-Vilmar, S. 144-198.

Prolingheuer, Hans 1984: Kleine politische Kirchengeschichte. 50 Jahre politischer Kirchenkampf.
Ders. 1987: Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche unter Hakenkreuz, nach dem Bekenntnis des „Darmstädter Wortes“ von 1947.
Ders. 1990: Judennot und Christenschuld, in: Opfer und Täter. Zum nationalsozialistischen und antijüdischen Alltag in Ostwestfalen-Lippe, hg. v. Hubert Frankemölle, S. 127-146.

Proske, Wolfgang 2024: Kleine Herrgötter! Die Kreisleiter der Nazis in Bayern, 6. verb. Auflage.

Rabe, Gerhard 2019: Bebra in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Chronik der Stadt Bebra, S. 107-113.
Ders. 2019: Die jüdische Gemeinde in Bebra, in: Chronik der Stadt Bebra, S. 161-181.
Ders. 2023: Der Breitenbacher Fußballverein „Germania“ im Spiegel der Zeitgeschichte, Teil 2, in: Rund um den Alheimer. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde des ehemaligen Kreises Rotenburg, hg. v. Geschichtsverein Altkreis Rotenburg, Bd. 44, S. 62-74.

Raim, Edith 2007: Der Wiederaufbau der Justiz in Westdeutschland und die Verfolgung von NS-Verbrechen 1945-1949, in: Die lange Stunde Null, hg. v. H. Braun, U. Gerhardt u. E. Holtmann, S. 141-174.
Dies. 2008: „Daß alle die verdiente Strafe erhalten.“ Die justizielle Ahndung von „Reichskristallnacht“-Verbrechen durch die westdeutsche Justiz seit 1945, in: „Es brennt!“ Antijüdischer Terror im November 1938, hg. v. A. Nachama, U. Neumärker u. H. Simon, S. 146-153.
Dies. 2013: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949.
Dies.: 2020: „Es kommen kalte Zeiten.“ Murnau 1990-1950.

Rauh-Kühne; Cornelia 1995: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv f. Sozialgeschichte, S. 35-70.
Dies. 1997: Anpassung und Widerstand? Kritische Bemerkungen zur Erforschung des Katholischen Milieus, in: Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, S. 145-165.

Reichel, Peter 2002: in: Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung, S. 215-237.

Reiher, Kathrin 2009: Abschied vom Stern.

Reitlinger, Gerald 1956: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945.

G. Brakelmann/ M. Rosowski (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Feindschaft zur Rassenideologie, S. 27-51.

Repken, Konrad 1989: Judenpogrom und katholischer Kirchenkampf, in: Antisemitismus. Von religiöser Feindschaft zur Rassenideologie, hg. v. G. Brakelmann u. M. Rosowski, S. 112-146.

Reyer, Herbert 2008: Judenverfolgung und Novemberpogrom in Ostfriesland, in: Eine Stadt erinnert sich. Siebzig Jahre nach der Kristallnacht, hg. v. Reinhard Claudi, S. 35-52.

Reuth, Ralf Georg (Hg.) 1999: Tagebücher Joseph Goebbels, Bd. 3 (1935-1939).

Richarz, Monika 1992: Die Entdeckung der Landjuden. Stand und Probleme ihrer Erforschung am Beispiel Südwestdeutschlands, in: Landjuden im süddeutschen und Bodenseeraum, S. 11-21.

Richter, Gunnar 2001: Die Geheime Staatspolizeistelle Kassel 1933-1945, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Band 106, S. 229-270.

Ristau, Daniel 2018: Der 9. November 1938. Die Novemberpogrome in Sachsen im Spannungsfeld zwischen Geschichtsforschung , Gedenkkultur und persönlicher Erinnerung, in: Medaon - Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, Nr. 12, S. 1-20.

Röhl, John C. G.1997: Kaiser Wilhelm II. und der deutsche Antisemitismus, in: Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, hg. v. W. Benz u.. W. Bergmann, 1997, S. 252-303.

Röhm, Eberhard/ Thierfelder, Jörg 1990: Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Bilder und Texte einer Ausstellung, 4. Aufl.
Dies.: Juden-Christen-Deutsche. Bd. 1: 1933-1935, 1990; Bd. 2/I: 1935-1938; Bd. 2/II: 1935-1938, 1992;
Bd. 3/II: 1938-1941, 1995.

Römer, Jürgen (Hg.) 2009: Vom Zwang zur Selbstverständlichkeit. 75 Jahre Evangelische Kirche v. Kurhessen-Waldeck.

Rooij-Trienekens, Fiet van 1998: Juden in Heerlen in de Tweede Wereldoorlog.

Roos, Daniel 2014: Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923-1945.

Rosenberg, Hans 2006: Das Getto von Minsk, in: Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945, hg. v. Beate Meyer, 2. Aufl., S. 134-137.

Rosowski, Martin 1994: Widersetzlichkeit von Kirchen und Christen, in: Lexikon des deutschen Widerstandes, hg. v. Wolfgang Benz u. Walther H. Pehle, S. 68- 82.

Roth, Markus 2013: „Ein Massenmord wird gewünscht.“ Konrad Heiden und die Novemberpogrome 1938, in: Der Novemberpogrom 1938 in der deutschen Erinnerungskultur, hg. v. W. Benz, Heft 11, S. 920-926.
Ders. 2015: „Ihr wißt, wollt es aber nicht wissen.“ Verfolgung, Terror und Widerstand im Dritten Reich.
Ders. 2021: Die 101 wichtigsten Fragen: Holocaust.

Rückerl, Albert (Hg.) 1977: NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse.

Rudolf, Fritz 2000: Ronshausen. Dorfgeschichte im Zusammenhang der Landesgeschichte.

Runge, Irene 1988: „Kristallnacht“. Fragen zur Rekonstruktion von Erinnerungen, in: Kristallnacht: zum Pogrom 1938, hg. v. K. Pätzod u. I. Runge: S. 7-38.

Rürup, Reinhard 1986: Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, hg. v. Arnold Paucker, S. 97-114.
Ders. 1991: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von der Emanzipation zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, in: Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, hg. v. D. Blasius u. D. Diner, S. 161-171.

Rüter, C. F. 1973: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. X.

Schattner, Thomas 2017: 75 Jahre Reichspogromnächte. Vom Boykott über die Deportationen zum Holocaust, 2. Aufl.

Scheffler, Wolfgang 1964: Judenverfolgung im Dritten Reich.
Ders 1978: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberpogroms 1938, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44.

Schellhase, Karl 1970: Territorialgeschichte des Kreises Rotenburg an der Fulda.

Schelvis, Jules 2003: Vernichtungslager Sobibór

Scheuing, Hans-Werner 1997: „… als Menschen gegen Sachwerte gewogen wurden“: die Geschichte der Erziehungs– und Pflegeanstalt für Geistesschwache Mosbach/Schwarzacher Hof und ihrer Bewohner 1933-1945.

Schick, Christa 1990: Die Internierungslager, in: Von Stalingrad zur Währungsreform: zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hg. v. M. Broszat, K.D. Henke u. H. Woller, 3. Aufl., S. 301-326.

Schick, Elmar 2002: Stationen der Machtübernahme. Die NSDAP im Fuldaer Land.

Schilde, Kurt 2016: Frühe Novemberpogrome 1938 und das erste Opfer Robert Weinstein.

Schmid, Hans-Dieter 2008: Zum Stand der Forschung zum Novemberpogrom 1938, in: Der Novemberpogrom 1938 in Hannover. Begleitband zur Ausstellung vom 5. Nov. 2008 bis 18. Jan. 2009, hg. v. W.-D. Mechler u. C. Ph. Nies, S.7-19.

Schmid, Harald 2001: Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik.
Ders. 2009: „Beispiellose Tage der deutschen Geschichte“. Der nationalsozialistische Überfall auf die deutschen Juden im November 1938, in: Archiv für Sozialgeschichte 49, S. 615-632.
Ders. 2013: „Als die Synagogen brannten.“ Narrative des Gedenkens der Novemberpogrome, in: Der November-pogrom 1938 in der deutschen Erinnerungskultur, hg. v. W. Benz, Heft 11, S.888-905.

Schmidt, Franz 1990: Juden in Edenkoben. Spuren ihrer Geschichte 1600-1942.

Schmidt, Rolf 2013: Der Gau Kurhessen und seine Gau- und Kreisleiter im 3. Reich.

Schmitt, Franz-Josef 2013: Novemberpogrom in Wittlich. Ablauf-Hintergründe-offene Fragen-juristische Aufarbeitung.

Schneider, Gertrud 2008: Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941-1944.

Schneider, Ulrich 1980: Marburg 1933-1945. Arbeiterbewegung und Bekennende Kirche gegen den Faschismus.
Ders. 1983: „… dann walte er seines Amtes in Gottes Namen!“ Die hessischen Kirchen im ersten Jahr der faschisti-schen Herrschaft“, in: Hessen vor 50 Jahren - 1933, Naziterror und antifaschistischer Widerstand zwischen Kassel und Bergstraße 1932/33. hg. v. U. Schneider, S. 113-128.
Ders. 1986: Bekennende Kirche zwischen „freudigem Ja“ und antifaschistischem Widerstand.

Ders. 1997: Pfarrer und Politik. Auf der Suche nach Spuren des Marburger DC-Pfarrers Karl Veerhoff, in: Jahrbuch der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, Jg. 48, S. 95-109.

Schönekäs, Klaus 1983: „Christenkreuz über Hakenkreuz und Sowjetstern". Die NSDAP im Raum Fulda, in: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, hg. v. Eike Hennig, S. 127- 179.

Scholder, Klaus 1977: Die Kirchen und das Dritte Reich. Vorgeschichte und Zeit der Illusion 1918-1934.
Ders. 1988: Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Ges. Aufsätze, hg. v. K. O. v. Aretin u. G. Besier.

Schultheiß, Herbert 1985: Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten.

Schuster, Armin 1999: Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1945. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit.

Seibert, Peter 2023: Demontage der Erinnerung. Der Umgang mit dem jüdischen Kulturerbe nach 1945.

Seidler, Franz W. 1989: Deutscher Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45.

Slenczka, Hans 1977: Die evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck in den Jahren von 1933 bis 1945.

Soden, Hans von 1984: Theologie und Kirche im Wirken Hans von Sodens, hg. von E. Dinkler u. E. Dinkler-von Schubert

Speitkamp, Winfried 2015: Eschwege. Eine Stadt und der Nationalsozialismus.

Spelthahn, Heinz 2006: Entrechtet-entwurzelt-ermordet: Buch der Erinnerung an die Juden des Jülicher Landes.

Spier-Cohen, Gisela 2006: Weggerissen. Erinnerungen an Theresienstadt.

Starke, Käthe 1975: Der Führer schenkt den Juden eine Stadt.

Stasiewski, Bernhard 1959: Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau 1939-1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 8.

Stein, Wolf-Dietrich 1937: Vom Werkschaffen der Laien als Aufgabe der Erziehung zur Kunst.

Steinbach, Peter 1993: Der Widerstand gegen die Diktatur. Hauptgruppen und Grundzüge der Systemopposition, in: Deutschland 1933-1945, hg. v. K. D. Bracher, M. Funke u. H.-A. Jacobsen, 2. Aufl., S. 452-487.
Ders. 1981: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945.

Steinweg, Johannes 1959: Innere Mission und Gemeindedienst in meinem Leben.

Steinweis, Alan E. 2009: Kristallnacht 1938 (englisch)
Ders.2010: Die „Kristallnacht" in der Geschichtsschreibung, in: Münchner Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur, Heft 2, S. 8-23.
Ders. 2011: Kristallnacht 1938. Ein deutscher Pogrom.

Sternberg-Siebert, Elisabeth 2001: Jüdische Leben im Hünfelder Land. Juden in Burghaun.

Strohm, Christoph 2017: Die Kirchen im Dritten Reich, 2. Aufl.

Strübind, Kim 1998: Etappen der „Vergegnung". Christentum und Antisemitismus, in Zeitschrift für Theologie und Gemeinde, S. 161-191.

Stunz, Holger R. 2004: Eisenbahnstadt Bebra. Eine Geschichte in Bildern.

Suchy, Barbara 1983: Zwischen Geborgenheit und Gefährdung. Jüdisches Leben in den hessischen Kleinstädten und Dörfern, in: Die Geschichte Hessens, hg. v. Uwe Schultz.
Dies. 1989: Düsseldorf, Donnerstag, den 10. November 1938. Texte, Berichte, Dokumente.

Syring, Enrico 1997: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Führertum und Gefolgschaft.

Thalmann, Rita/ Feinermann, Emmanuel 1988: Die Kristallnacht.

Thamer, Hans-Ulrich 1986: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945.
Ders. 1988: Protestantismus und „Judenfrage" in der Geschichte des Dritten Reiches, in: Der Holocaust und die Protestanten. Analysen einer Verstrickung, hg. v. J.-Chr. Kaiser u. M. Greschat, S. 216-269.
Ders. 1993: Das Dritte Reich. Interpretationen, Kontroversen und Probleme des aktuellen Forschungsstandes, in: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hrsg. v. K. D. Bracher, M. Funke u. H.-A. Jacobsen, 2. Aufl., S. 507-531.
Ders. 2002: Gleichschaltung und nationaler Aufbruch in der Region, in: Der weite Blick des Historikers, hg. v. W. Ehbrecht/ A. Lampen/ F.-J. Post/ M. Siekmann, S. 777-788.
Ders. 2018: Adolf Hitler. Biographie eines Diktators.
Ders. 2020: Die NSDAP. Von der Gründung bis zum Ende des Dritten Reiches.

Trepp, Leo 1996: Geschichte der deutschen Juden.

Trus, Armin 20019: Die „Reinigung des Volkskörpers“. Eugenik und „Euthanasie“ im Nationalsozialismus.

Ullrich, Volker 1995: Weggesehen, weggehört, in: DIE ZEIT (21.04.1995), S. 52.

Ulm, Jost C. (Bearbeiter) 2007: Die Tagebücher des Paul Bachmann. Chronik von Bebra und der Zeit von 1939 bis 1949.

Ulrich, Axel 1996: Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden, in: Schacht, Konrad (Hg.): Hessen 1945. Demokratischer Neubeginn zwischen Utopie und Pragmatismus, S. 29-70.

Urban, Susanne 1997: Die Freiheit kam erst später. Jüdische Überlebende als Displaced Persons, in: Täter-Opfer-Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, hg. v. H. Lichtenstein u. R. Romberg, 2. erw. Aufl.

Vanja, Christina 2008: „… Sie können indessen wegen ihrer Religion keine eigene Einrichtung darin fordern“ - Jüdische Patientinnen im Landeshospital Merxhausen im 19. Jahrhundert, in: An der Wende zur Moderne. Die hessischen Hohen Hospitäler im 18. und 19. Jahrhundert, S. 245-270.

Vaupel, Dieter 2020: „Etwas Schaden ist wohl bei den meisten Juden eingetreten.“ Jüdisches Leben in Felsberg. Integration, Verfolgung, Erinnerung.
Ders. 2021: „Und wenn einer umfällt und nicht gleich wieder aufsteht, so kann uns das gleich sein.“ Theobald Fenner und das Pogrom vom September 1935 in Spangenberg.

Vestermanis, Margers 1996: Juden in Riga. Auf den Spuren des Lebens und Wirkens einer ermordeten Minderheit.

Vollnhals, Clemens 1989: Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit.
Ders. 1991: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949.

Wagner, Melanie 2024: „Der Stürmer“ und seine Leser. Ein analoges Antisemitisches Netzwerk. Zur Geschichte und Propagandawirkung eines nationalsozialistischen Massenmediums.

Walk, Joseph 1996: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 2. Aufl.

Waßmann, Dieter 2001: Evangelische Pfarrer in Kurhessen und Waldeck von 1933 bis 1945.

Weigand-Karg, S./ Hoffmann/S. Sandweg, J. 1997: vergessen und verdrängt? Schwabach 1918-1945.

Welsch, Eva-Juliane 2002: Die hessischen Lizenzträger und ihre Zeitungen.

Wetzel, Juliane 1990: „Mir szeinen doh“. München und Umgebung als Zuflucht von Überlebenden des Holocaust 1945-1948, in: Von Stalingrad zur Währungsreform: zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hg. v. M. Broszat, K.D. Henke u. H. Woller, 3. Aufl., S. 327- 364.

Wichert, Wojciech 2018: „Exerzierplatz des Nationalsozialismus – der Reichsgau Wartheland in den Jahren 1939-1945, in: Studia nad Autorytaryzmem i Totalitarryzmem 40, Nr. 2, S. 79-101.

Wildt, Michael 1997: Gewalt gegen Juden in Deutschland, in: Werkstatt Geschichte, Heft 18, S. 59-80.
Ders. 2004: „Wir wollen in unserer Stadt keine Juden sehen.“ Antisemitismus und Volksgemeinschaft in der deutschen Provinz, in: Mittelweg 36, S. 84-102.
Ders. 2007: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939.
Ders. 2008: Geschichte des Nationalsozialismus.

Willing, Erwin 2019: Spurensuche. Nachdenkliches und Heiteres aus der Geschichte des Altkreises Rotenburg/Fulda und seiner Nachbarorte.

Winkelmann, Michael 1992: „Auf einmal sind sie weggemacht.“ Lebensbilder Arolser Juden im 20. Jahrhundert.

Wippermann, Wolfgang 1998: Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus.

Wischhöfer, Bettina 2009: Soll Kurhessen zerschlagen werden? Die evangelische Landeskirche in Hessen-Kassel zwischen Großhessischer Kirche, Reichsreform, Reichskirche u. Deutscher Evangelischer Kirche 1918 bis 1934, in: Vom Zwang zur Selbstverständlichkeit. 75 Jahre Evangel. Kirche von Kurhessen Waldeck, hg. v. J. Römer, S. 31-52.

Wolf, Gerhard 2012: Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen.

Wolfrum, Edgar 2007: Täterbilder. Die Konstruktion der NS-Täter durch die deutsche Nachkriegsjustiz, in: Die lange Stunde Null, hg. v. H. Braun, U. Gerhardt u. E. Holtmann, S. 117-140.

Wollenberg, Jörg (Hg.) 1989: „Niemand war dabei und keiner hat‘s gewußt“. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung.

L. Archivalien und Quellen

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)

HStAM, Bestand 165

Nr. 3826: Nachweisung der Parteiführer etc. 1930-1932
Nr. 3846: Bände 1-4, Die politischen Parteien, Vereine, Verbände, Statistik 1924-1932
Nr. 3858: Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 3-5
Nr. 3942: Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1-2
Nr. 3961: Einziehung staatsfeindlichen Vermögens im Kreise Rotenburg/Fulda 1933-1936
Nr. 3965: Ereignismeldungen u. monatl. Lageberichte der Staatspolizeistelle Kassel
Nr. 4025: Totenhöfe der Gemeinden im Kr. Rotenburg
Nr. 6943: Strafsache gegen Sippel etc. 1931-31
Nr. 6962: Erwerbslosenunruhen in Rotenburg, 1931-32

HStAM, Bestand 180 LA Hersfeld

Nr. 1435: Schutz des deutschen Blutes und der dt. Ehre
Nr. 9698: Pogrom 1938-1939

HStAM, Bestand 180 LA Rotenburg

Nr. 3062: Synagogengemeinde Rotenburg 1934 -1937
Nr. 3064: Überwachung Synagogengemeinden 1934-39
Nr. 3067: Synagogengemeinde Rotenburg 1883 -1937
Nr. 3094: Israelitische Gemeinde Bebra 1935-1937.
Nr. 3516: Angaben für CIC betr. NSDAP 1945/46
Nr. 3723: Versorgung mit Nahrungsmitteln 1945
Nr. 3778: Wöchentliche Wirtschaftsberichte an die Militärregierung 1945-1946
Nr. 3816: Fünffamilienhaus am Schlosstor 1945-1950
Nr. 3888: Reichsbürgergesetz u.a. 1925-54
Nr. 4302: Haftentlassene (politische) 1946
Nr. 4348: Lehrerberufungen u. -entlassungen 1935-43
Nr. 4351: Vermögensaufsicht über ehem. jüd. Besitz
Nr. 4379: Preisüberwachung bei Grundstückverkäufen Interessengemeinschaft Rü 1939-1942
Nr. 4382: Organisation des dt. Handels 1934-1940
Nr. 4416: Anweisungen der Landesmilitärregierung 1950
Nr. 4592: Politische Befreiung 1946-1956
Nr. 4597: Erfassung der Verfolgten 1948-1959

HStAM, Bestand 274 Kassel

Nr. 1045/1-4: Gg. Eisel u. 7 weitere Angekl. (3 KLs 16/46)
Nr. 1049/1-3: G. Dörr u. 4 weitere Angekl. (3 KLs 24/47)

HStAM, Bestand 330, Stadt Rotenburg

Nr. 5036: NS-Mitgliedschaften Stadt Rotenburg
Nr. 5039: Ratsherren Rotenburg 193 4-1943
Nr. 5107: Mitglieder KPD und NSDAP 1932
Nr. 5163: Wählerliste Altstadt 1946
Nr. 5166: Wählerliste der Wahberechtigten 1934
Nr. 5167: Wählerliste Altstadt 1938
Nr. 5168: Wählerliste Neustadt 1938
Nr. 5169: Wählerliste Neustadt 1946
Nr. 5193: Stadtverordnetenwahlen am 12.3.1933
Nr. 5289: Berichte über Versammlungen 1930-1933
Nr. 5290: Berichte über Versammlungen 1930-1933
Nr. 5419: Arbeitergesangverein 1922-1933
Nr. 5436: Mitgliederliste Schwimmverein 1929-1937
Nr. 5524: Jungdeutscher Orden
Nr. 6096: Grund- und Vermögenssteuer 1935
Nr. 6117: Jüd. Gemeinde Synagogensteuer 1939/40
Nr. 6578: Magistratsbeschlussbuch 15.1.1932-29.12.1933
Nr. 6630: Parteienkampf in Rotenburg 1929-1933

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Abt. 483: NSDAP Gau Hessen-Nassau und Gau Kurhessen

Nr. 2984
Nr. 10026

Abt. 503 (Synagogen etc.)

Nr. 7375, Band 6: Synagogen im Kreis Melsungen u. Kreis Rotenburg)

Abt. 518 (Entschädigungsakten LK Rotenburg)

Dankmar Abraham, Nr. 31517
Julius Abraham, 21959
Kurt Brandes, Nr. 38535
Moses Brandes, Nr. 38536
Alexander Döllefeld, Nr. 11018
Alfred Döllefeld, Nr.789/03 u. 4179
Erich Döllefeld, Nr. 789/02 u. 5800
Henriette Jettchen Döllefeld, Nr. 10512
Josef Döllefeld, Nr. 11017
Klara Döllefeld, Nr. 789/04
Rosa Döllefeld geb Ehrlich Nr. 11019
Theodor Döllefeld, Nr. 11016, Bd. 1 u. 2
Walter Döllefeld, Nr. 5799
Hanna Hannchen Falkenstein, Nr. 38539
Jesaias Fritz Falkenstein, Nr. 38538
Viktor Falkenstein, Nr. 38537
Ernst Gans, Nr. 38540
Betty Gans geb. Speyer, Nr. 11696
Frieda Gans geb. Plaut, Nr. 38543
Hedwig Gans geb. Rosenthal, Nr. 38541
Isidor Gans, Nr. 38542
Isaak Katzenstein, Nr. 32342
Abraham Albert Levi, Nr. 22082
Max Levi, Nr. 45840 u. 2144/07
Samuel Levi, Nr. 1035/04
Fanny Linz geb. Plaut, Nr. 22475
Hermann Linz, Nr. 22470 u. Nr. 22472
Willi Linz, Nr. 38544, Bd. 1 u. 2
David Löwenstein, Nr. 38547
Dina Marx geb. Döllefeld, Nr. 11024, Bd. 1-5
Kurt Meyer, Nr. 38528, Bd. 1 u. 2

Moritz Moses, Nr. 2043/22
David Neuhaus, Baumbach, Nr. 37019
Felix Neuhaus, Baumbach, Nr. 37024
Isfried Neuhaus, Baumbach, Nr. 37018
Leopold Neuhaus, Baumbach, Nr. 37082
Leopold Neuhaus Dr., Nr. 8923
Neuhaus, Ludwig, Baumbach, Nr. 7020
Alfred Oppenheim, Nr. 1997/11
Friedrich Oppenheim, Nr. 2000/04
Gerd Oppenheim, Nr. 1996/18
Hugo Oppenheim, Nr. 1997/02
Johanna Oppenheim I, Nr. 1998/16
Johanna Oppenheim II, Nr. 1998/08
Leo Oppenheim, Nr. 1998/15
Levi Oppenheim, Nr. 1998/18
Willi Oppenheim, Nr. 1381/01
Hugo Plaut, Nr. 38530
Josef Rosenbaum u. Ella, geb. Sommer, Nr. 37071
Max Rothfels, Nr. 2034/11
Albert Rothschild, Nr. 38534, Bd. 1-4
Ernst Schuster, Nr. 2091/12
Isaak Sommer, Nr. 2096
Jakob Sommer, Nr. 2053/08 u. 676/05
David Stern, Nr. 9192
Benjamin Stiefel, Baumbach, Nr. 37083
Abraham Tannenberg, Baumbach, Nr. 37499

Abt. 520/22, Entnazifizierungsakten: LK Rotenburg

Alvensleben, Margarethe von: B II 27/517
Becker, Fritz: 1075/46
Becker, Jakob: 666/47
Becker, Karl: 516/47
Bickel, Albin: 2944
Bickel, Fritz: 118/46
Blackert, Friedrich: 515/47
Bormann, Hermann Dr.: 10/46 -
Both, Wilhelm: 586/46
Braun, Erich: 15321-15325
Brehm, Heinrich: 441/46
Brockmeier, Albert: B II 44/838
Bube, Johannes, B II 45/86
Damm, Robert, 18146
Deist, Georg: B II 57/1111
Dillmann, Herbert: B II 112/2193
Dörr, Anna-Elise: 2515/47
Dörr, Gustav: 16735
Eichwede, Traute: 2967/47
Ellenberger, Fritz: 1278
Fernau, Georg: B II 83/1624
Fischer, Fritz: 1103/46
Gesemann, Alex: 631/47
Gesemann, Willy: 4/46
Gissel, Georg: 441/48
Gleim, Hans: 930/46 & 2497
Gleim, Heinrich: 583/46
Grenzebach, Adolf: B II 112/2210
Hartung, Irmgard: B II 28/549
Heckeroth, Oskar: 65/46
Heinzerling, Johannes: 7091
Heyde, Johannes: 18396
Hobert, Hermann: B II 59/1143 & 1354/47
Hartung, Irmgard: B II 28/549
Kanngießer, Konrad: 23846
Keim, Karl: 1390/47
Keim, Klaus: B II 112/2209
Kessler, Heinrich: 848/46
Klein, Lina: 5628
Körner, Willi: 335/46
Kraffke, Otto: 15811
Krüger, Kurt: 1388
von Kruse, Horst: 568/47
von Kruse, Marlies: 177/46
Lauterbach, Ernst: B II 57/1096
Luckhardt, Johannes: 16544
Mainz, Friedrich: 3168
Mainz, Horst: 3105 u. 18318
Meyer, Franz: 260
Möller, Justus: B II 61/1187
Möller, Lilli (Meldebogen)
Moritz, Hans: 4837
Müller-Osten, Hans Dr.: B II 58/1120
Paulussen, Johann: B II/66
Preusker, Viktor-Emanuel: 3484
Rasner, Gottlieb Dr.: 875746
Rausch, Erika: 1133/47
Rehs, Martin: 360/47
Rehs, Otto: 18496
Reiche, Karl: 1242
Rex, Wilhelm: B II 129/2528
Riess, Reinhard: 969
Rosenstock, Willi: 283/86
Sauerwein, Konrad: 3263
Saal, Bernhard: 18986
Schellschmidt, Otto: 32/46
Schmauch, Otto: 5/46
Schmer, Valentin: B II 58/1128
Schmidt, Adam: 17401
Schnell, Karl Adolf: B II 58/1123
Schuhmann, Friedrich: 22235
Schulz, Johanna: 1290
Schulze, Willi: 2812
Schurian, Hermann Dr.: 4857
Schwichtenbrg, Reinhold: 956/46
Schwichtenberg, Werner: 20549
Seidenfaden, Karl (unnummeriert)
Sippel, Christian: 164/47
Sprenger, Otto: 886/47
Stierlen, Rolf: 3231
Sultan, Heinrich: 871/46
Thamer, Georg: B II 58/1125
Tieste, Willy: 18105
Traulsen, Ernst: 17/46
Volp, August: 1916/47
Völlkopf, Eckhardt: 1975/47
Willich, Heinrich: 667/46
Walper, Friedrich: 3/46
Wöske, Martin: B II 63/1230

HHSTAW, Abt. 520, Spruchkammer Fulda-Zentral
Ehser, Karl, Kreisleiter u. Bürgermeister in Fulda, A 1513

HHSTAW, Abt. 520, Spruchkammer Kassel-Zentral
Bickel, Albin: 2944
Gabriel, Oskar: 501
Lippert, Alexis Alfred: 20437 u. 5184
Saal, Bernhard: 3643
Schulz, Johanna: 1290
Schulz, Paul: 795
Tieste, Willy: 2844
Walper, Karl Adam: 779
Weinrich, Karl: Gauleiter, 4960):

Stadtarchiv Bebra
Nr. II, 1: Geschichte, 1. Maifeiertag
Nr. III, 1: Deutscher Gruß
Nr. IV, 5: Polizeistrafsachen
Nr. VIII, 1: Arbeitsdienst
Nr. III, 2: Republikschutzgesetz
Nr. VIII, 5: Deserteure
Nr. VIII, 6: Heldengedenktag, Hindenburgspende
Nr. VIII, 8: Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte
Nr. IX, 3: Geschoss (Steuer)
Nr. IX, 4: Leibzoll der Juden
Nr. X, 2: Nachlässe, Testamente
Nr. X, 2: Zwangsversteigerung
Nr. X, 3: Ariernachweis
Nr. XI, 3: Bevölkerungslisten, Adressbücher
Nr. XII, 2: Bekenntnisfront
Nr. XII, 2: Deutsche Christen, Dt. Glaubensbewegung
Nr. XII, 2: Mischehen
Nr. XIII, 3: Rabbiner, Vorsänger, Schächter
Nr. XIII, 3: Synagogen
Nr. XIII, 5: Jüdischer Friedhof
Nr. XIII, 5: Jüdische Frauenbäder
Nr. XIV, 7: Schulen, Schülerstatistik
Nr. XIV, 14: Zeitungen
Nr. XV, 2a: Bürgermeister
Nr. XV, 2b: Ratsprotokolle
Nr. XVI, 2: NS-Volkswohlfahrt
Nr. XVII: Gesundheitspflege
Nr. XVII, 10: Sanitätskolonne
Nr. XVII, 13: Totenzeugnisse
Nr. XVIII, 1: Polizeiaufsicht, Schutzhaft
Nr. XVIII, 2: Tumulte, Umsturzversuche
Nr. XVIII, 4: Passwesen, Personalausweise
Nr. XVIII, 6: Konzentrationslager
Nr. XIX, 4: Vereinswesen, Logen
Nr. XIX, 5: Verfolgung in der NS-Zeit, Judenstatistik
Nr. XIX, 6: Entnazifizierung, Spruchkammer
Nr. XX: Sittenwesen, Vereine, Parteien
Nr. XXI, 1b: Erbhofgesetz
Nr. XXIII, 1: Wucher
Nr. XXIII, 5c: Hausierhandel
Nr. XXXIII, 5f: Zünfte
Nr. XXIII, 5h: Deutsche Arbeitsfront, Gewerkschaften
Nr. XXVI, 6: Ortstafeln
Nr. XXVII, 3: Brandkataster
Tagebücher von Lehrer Paul Bachmann

Stadtarchiv Rotenburg
6578 Magistrats-Beschlussbuch Jan. 1932 bis Dez. 1933
6579 Protokollbuch Gemeinderäte März 1934 - Juli 1937
6580 Beschlussbuch Bürgerm., Febr. 1934 -Nov. 1949
6618 An- und Abmelderegister von Personen 1923-1934
6661 Schüleralbum 1877-1913
6727 Stadtinspektor Finke: Aufzeichnungen 1938-1942
Ordner Juden I, II u.-III
Zahlreiche unmarkierte Ordner

Archiv der Kirchengemeinde Bebra
Chronik 1932/33

Archiv der Kirchengemeinde Bebra-Breitenbach
Beitrag zur Chronik der Pfarrei Breitenbach (von Pfr. Wilhelm Scheffer)

Archiv der Kirchengemeinde Rotenburg:
Chronik 1945 Rotenburg-Altstadt
Chronik 1945 Rotenburg-Neustadt

Archiv der Landeskirche von Kurhessen und Waldeck, Kassel
Bestand D 2.2 Rotenburg– Dekanat Rotenburg, Rundschreiben des Kreispfarrers; Pfarrkonferenzen
Nr. 171, 1936-1940
Nr. 179, 1941-1946
Nr. 301, 1936-1967
Nr. 302, 1949-1954
Nr. 332, 1931-1935

Bestand DA Rotenburg Personalakten:
Nr. 1028 Wilhelm Fenner
Nr. 1076 Wilhelm Schäfer
J1 Sammlung Kirchenkampf
Nachlass Friedrich Hammann
Nachlass Propst Kurt Müller-Osten Nr. 1, Nr. 9a, Nr. 9b
Nachlass Karl Lotz
Nachlass Reinhard Scheffer
Nachlass Heinz-Martin Siebert
Nachlass Wilhelm Vockenberg

Stadtarchiv Fulda
Bestand: II Ba 10
10 Jahre NSDAP in Fulda, Festschrift 1934
15 Jahre NSDAP in Fulda, Festschrift 1939
Fuldaer Beobachter 9.-28.11.1929)
Meldebogen Heinrich Gernand

Stadtarchiv Kassel

Bestand MA 165

Nr. 3826: Nachweisung der Parteiführer 1930-31
Nr. 3846: NSDAP-Ortsgruppen im Landeskriminalpolizeibezirk Kassel (Bd. 3)
Nr. 3858: Nationalsozialistische Bewegung
Nr. 3942: NSDAP-Gliederung im Landeskriminalpolizeibezirk Kassel (Bd.1-2)
Nr. 6943: Strafsache gegen Sippel etc. 1931
Nr. 6962: Erwerbslosenunruhen in Rotenburg 1931-32

Bestand S 3:

Nr. 346:Liste der Juden mit Auswanderungsgenehmigung
Nr. 358: Deportation nach Riga 1941: Personen H-K
Nr. 359: Deportation nach Riga 1941: Personen L- R
Nr. 360: Deportation nach Riga 1941: Personen S- Z
Nr. 364: Deportation nach Theresienstadt 7. Sept. 1942
- Hausstandsbücher israelit. Kultusgemeinde 1909-1969

Stadtarchiv München

DE-1992-BUR-458-3 (Sitzordnung im Festsaal des Alten Rathauses am 9.11.1938)

Stadtarchiv Nürnberg

Bestandsgruppe E: 39: Redaktionsarchiv des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“

Stadtarchiv Villingen-Schwenningen:

Best. 1.42.22 ,Nr. 1213. (Gerwalt Polzin)

Staatsarchiv Bremen

Akten 4,54 - E11856/1 (Joh. Altgenug geb. Emanuel)

LandesArchiv NRW - Bezirksregierung Düsseldorf - Wiedergutmachung

Apt, Tessy: Ger_Rep_0266_13926_0002
Brandes, Moses: Ger_Rep_0198_02779_0017
Brandes, Ludwig: Ger_Rep_0198_02779_006
Eichholz, Isidor: 0336_AZ_1_333_13259_a_-0001_r
Emanuel, Manfr.: 0336_AZ_1_502_13487_a_0001
Emanuel, Manfr.: 0336_AZ_1_502_13487_b_0001
Emanuel, Manfr.: 0336_AZ_1_502_13487_b_0002
Goldschmidt, Marg.: Ger_Rep_0198_02779_0005
Goldschmidt, Marg.: Ger_Rep_0198_02779_0011
Goldschmidt, Hans: Ger_Rep_0198_02779_0047
Gans, Willi: Ger_Rep_0266_06715_0002_07
Gans, Willi: Ger_Rep_0266_06715_0002_11
Katz, Alfred: Ger_Rep_0266_16832_004
Katz, Renate: Ger_Rep_0266_12357_0006
Levi, Julius: Ger_Rep_0266_17606_0004
Markus, Blanka: Ger_0266_14224_0011
Mayer, Ruth: Ger_Rep_0266_06715_0002_02
Mayer, Ruth: Ger_Rep_0266_06715_0002_09
Rothfels, Roni: Ger-Rep-0266_16706_0004
Rothfels, Theodor: Ger_Rep_0266_11748_0002

Jüdisches Museum Frankfurt Judengasse

Datenbank Holocaustopfer betr. Bebra und Rotenburg

Archiv Jüdisches Museum Frankfurt Rothschildpalais

Nachlass Paul Arnsberg

Universitätsbibliothek Frankfurt/M

Archives of the Holocaust. An International Collection of Selected Documents, Bd. 20, hg. v. Henry Friedlander u. Sybil Milton, New York 1993.

Goebbels-Tagebücher (IMT, Bd. 42, S. 510f.)

Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Historische Bestände

Nachlass Stählin, bestand 52: Nr. 108 bis Nr. 114 (Briefverkehr Grebe/Stählin)

Leo Baeck Institute in New York)

Berti Oppenheim-Wertheimer Collection
Joseph Rothschild Collection, 1851-1980

Internationaler Suchdienst (ITS) Arolsen

Geldverwaltungskarte KZ Buchenwald:
1.1.5.3/5920338
Wiedergutmachungsantrag J. Gans: 6.3.3.2/ 103638090
Korrespondenzakte Julius Gans: 6.3.3.2/ 103638091
Inhaftierungsbescheinigung J. Gans: 6.3.3.2/ 103638093
Effektenkarte KL Buchenwald J. Gans: 1.1.5.3. /5920337
Effektenkarte Buchenwald K. Meyer: 1.1.5.3/ 6619037
Zugänge 1938-1940 KZ Buchenwald: 1.1.5.1/ 5290652
Zugänge 1938-1940 KZ Buchenwald: 1.1.5.1/ 5290647
Auszug aus Liste Rotenburg: 2.1.1.1
Todesmeldung KZ Buchenwald H. Kaufmann:
1.1.5.3/ 6251586
Listen von verstorbenen Häftlingen Buchenwald:
1.1.5.1/5350589
Arbeitskarte KZ Buchenwald Nr.25716 Karl Kaufmann
Geldkarte K. Kaufmann: Buchenwald 1.1.5.3/ 6251723

Archiv Landeswohlfahrtsverband Hessen

Bestand 13, Ärztliches Aufnahmebuch 1757-1926:
Nr. 2259: Katzenstein, Alfred

Bestand 16:
K 2, Nr. 5235 (Alfred Döllefeld)
K 16, Nr. 0722 (Johanna Katzenstein)
Nr. 4722 (Ludwig Apfel)

Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Freiburg

Spruchkammer Südbaden: DNZ-Akten D 180/2
Nr. 83407 (Gerwalt Polzin)

Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle

Nr. 720 , Nr. 8003 u. Nr. 8004 (Ludwig Heilbrunn)

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

Bestand NS 19 - Persönlicher Stab Reichsführer-SS (Fronteinsatz des SS-Sturmbannführers Gernand, Okt. 1942)

The Central Database of Shoa Victims' Names (über www.yadvashem.org)

Zeitungen

Rotenburger Tageblatt 1931 bis 12.05.1941

Bebraer Tageblatt 1932 bis 12.05.1941

Bebraer Nachrichten 02. 01.1933 bis 29.06.1935

NS-Tageblatt für Ost-Kurhessen u. Nachbargebiete (ab 13. Mai 1941 bis April 1944)

Hessische Volkswacht, ab Aug. 1933 Kurhessische Landeszeitung (einzelne Ausgaben)

Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck, 1925-1933

Jüdisches Gemeindeblatt für Kassel, Hessen und Waldeck, Juli 1937 bis November 1938

Casseler Volksblatt 1932 - 27. Febr. 1933

M. Personenregister

Abraham, Aron 364, 409

Abraham, Bella verh. Heussinger 306

Abraham, Dankmar 32, 118, 131, 146, 176, 177, 300, 328, 375, 405

Abraham, Erna geb. Moses 176

Abraham, Hertha Hanna verh. Moses 135, 341, 449

Abraham, Ida geb. Fackenheim 90, 146, 440, 441, 442, 546, 563, 589

Abraham, Jettchen geb. Oppenheim 413

Abraham, Johanna Hanna verh. Oppenheim 225, 328, 344 , 409, 413, 445

Abraham, Ilse verh. Friedmann 160, 175, 224, 228, 440

Abraham, Joseph 135, 300, 313, 413, 440, 449, 563

Abraham, Julie geb. Weihermann 128, 347, 563

Abraham, Julius 128, 129, 304

Abraham, Leib Levi 413

Abraham, Leo 129, 146, 440, 441, 563, 589

Abraham, Leopold 134, 449, 563

Abraham, Lieselotte geb. Rosenthal 440, 442

Abraham, Louise geb. Jüngster 117, 118, 131, 132, 146, 358, 363, 367, 392, 393, 401, 405, 417, 563

Abraham, Ludwig 118, 131, 146, 405

Abraham, Meier 128, 300, 302, 304, 313, 328, 339, 373

Abraham, Moses 135, 328

Abraham, Pauline geb. Plaut 413, 449

Abraham, Salomon 117, 118, 128, 131, 132, 300, 302, 313, 328, 358, 363, 367, 394, 401, 405, 406, 413, 417, 440

Abraham, Siegfried 90, 119, 131, 146, 176, 304, 328, 347, 405, 413, 440- 442, 545, 546, 589

Abraham, Susanne Sophie geb. Blum 364, 409

Adam, Uwe D. 56, 79, 191, 257, 297

Adenauer, Konrad 558

Ahlheim, Hannah 229

Alarie, Captain 510

Alexander, Leopold 183, 329, 411

Alexander, Selma geb. Neuhaus 411

Allen, William 26

Allendorf, Ann-Christin 588

Amelung, Amtsgerichtsrat 282

Amlung, Sabine 584

Amster, S., Dr. med. 177

Andreas, Wilhelm 510

Apel, Johannes 491, 492

Apel, Karl 100, 104

Apfel, Albert 220

Apfel, Bernhard 433

Apfel, Emil 136, 315, 321, 322, 327, 328, 381, 561

Apfel, Frieda verh. Redelmeyer 163, 321, 433

Apfel, Hedwig 321, 561

Apfel, Lina geb. Fackenheim 433, 563

Apt, Hermann 419

Apfel, Ludwig 378, 380, 381

Apt, Tessy Therese geb. Sommer 419

Arndt, Adolf, Dr. jur. 558

Arnold, Clemens 170

Arnold, Martin 234, 240, 242, 501, 503

Bacharach, Bella verh. Katzenstein 124

Bacharach, Moses 123, 124, 259, 347

Bachmann, Paul 202, 208, 491, 500, 501, 508, 531

Baeck, Leo 447

Bährens, Otto-Ulrich 558

Baier, Wilhelm 93, 107

Bajohr, Frank 169, 327, 418

Bankier, David 100

Barkai, Avraham 175, 288, 307, 331

Bartholomäus, Adam 254, 255

Bauer, Alice 436

Bauer, Ella 436

Bauer, Isidor 179

Bauer, Sally 436

Becker, Fritz 367

Becker, Konrad 247

Baumann, Hans 69, 71

Beisheim, Hedi verh. Christen 219

Ben-Aharon, Jitzchak 495

Ben-Chorin, Avital/Erika geb. Fackenheim 586

Benz, Wolfgang 36, 66, 100, 144, 533

Beutel, Bruno 238

Beyler, Richard 533

Bickel, Fritz 181
Bienert, Walter 230, 273
Bierhoff, Toni geb. Kaufmann 414
Blackert, Fritz 272, 324
Blaut, Ida geb. Stern 461
Blaut, Moses 461
Blazek , Matthias 288
Bleichfeld, Ida geb. Rülf 561
Bloch, Jules N. 495
Blumenbaum, Bertha 415
Blumenbaum, Emanuel 329, 415
Blumenbaum, Israel 415
Blumenbaum, Jenny geb. Hanauer 439
Blumenbaum Jona Julius 310, 415
Blumenbaum, Jonas 439
Blumenbaum, Minka verh. Katzenstein 415
Bode, Heinrich 164
Bödeker, Wilhelm 7, 91, 92, 130, 142
Bohlen, Dietrich 78, 84, 168, 169,
Bolz, Gertrud 259
Bonhoeffer, Dietrich 240
Bormann, Hermann Dr. phil. 206**,** 496
Bormann, Martin 240
Brallier, Steven W. 555
Brandau, Lisbeth (Anna Elisabeth) 93, 96, 603, 611
Brandau, Martha verh. Schnurr 93, 97, 289
Brandau, Wilhelm 93, 164
Brandes, Bertha geb. Herzstein 424
Brandes, Hannchen 443
Brandes, Hirsch 443
Brandes, Jettchen verh. Hecht 456
Brandes, Joan verh. Lesser 110
Brandes, Johanna 347
Brandes, Julian 110
Brandes, Kurt 427
Brandes, Ludwig 95, 96, 109, 302, 347, 349, 607
Brandes, Margarethe verh. Goldschmidt 95, 96, 109, 110, 427, 428, 606
Brandes, Max Moses 95, 109, 185, 189, 299, 302, 309, 329, 339, 347, 347, 427, 605, 606
Brandes, Meta 456
Brandes, Paula 443, 456
Brandes, Rosa verh. Rosenthal 443
Brandes, Sally 424, 456
Braun, Erich 19, 22, 23, 41, 45, 84, 85, 92, 149, 150, 172, 195, 213-217, 233, 244, 276, 282, 283, 308, 338, 490, 491, 523-531, 546, 556
Bonhoeffer, Dietrich 560
Braun, Ernst 149, 217
Braun, Marianne 556
Brinkmann, Bärbel 590
Brehm, Friedrich (Zapp, Paul) 556, 557
Brill, Georg 526
Brix, Rudolph 496
Brockmeier, Albert 121, 122
Broszat, Martin 159, 528, 558
Brückheimer, Simon 90
Brunner, Reinhold 432
Bube, Johannes 128, 129
Bubis, Ignatz 573
Buch, Walter 66
Buchsbaum, Manfred 205
Cahn, Max 391
Carvelho, Aracy de 434
Cavalier geb. Gast, Margarete 96, 97
Chamberlain, Houston St. 198
Chotjewitz, Peter 612
Chotjewitz Häfner, Renate 229, 612
Clauss, Ludwig F. 203
Clinton, Hilary 555
Connen Dr., Oberschulrat 208
Conway, John S. 239
Conze, Vanessa 533, 559
Daluege, Kurt 79
Danzebrink, Franz 48, 49
Daum, Käthe 134
Dehnhardt, Justus 193
Delius, Fritz 240
Dembowski, Siegfried 569
Demnig, Gunter 427
Dessauer, Frieda 347
Dessauer, Paula 347
Dessauer, Siegfried 347
Deubener, August 183
Deubener, Willi 538
Deubner, Georg 542

Deutschkron, Inge 229

Dietz, Otto 165, 323

Döhn, Lothar 24

Döllefeld, Alexander 60, 402, 480, 481, 601, 602, 608

Döllefeld, Alfred (Fredy) 135, 136, 343, 350, 351

Döllefeld, Clara geb. Wallach 135, 136, 302, 328, 358, 361, 391

Döllefeld, Cläre verh. Stiebel 402

Döllefeld, Curt 361

Döllefeld, Deubchen 435

Döllefeld, Dina verh. Marx 385, 412, 425

Döllefeld, Erich 302, 303, 346

Döllefeld, Fredi 341, 343

Döllefeld, Hedwig verh. Löser 358, 361

Döllefeld, Helene 563

Döllefeld, Hermann 136, 302, 313, 328, 339

Döllefeld, Isaak 435

Döllefeld, Jettchen 450, 451, 550

Döllefeld, Johanna verh. Wehl 435

Döllefeld, Joseph 64, 68, 70, 78, 82, 84, 167, 168, 302, 329, 339, 402, 412, 480, 548, 549, 550

Döllefeld, Karl 402

Döllefeld, Mathilde 358, 563

Döllefeld, Meier 313

Döllefeld, Recha geb. Rothschild 412, 480, 481, 601, 602, 605

Döllefel, Rosa geb. Ehrlich 385, 412, 425

Döllefeld, Theodor 93, 299, 309, 385, 402

Döllefeld, Therese 402, 480

Döllefeld, Walter 343, 358, 563

Doerfer, Achim 501

Döring, Amtsgerichtsrat 530

Dörr, Gustav 60, 84-87, 100, 104, 108, 109, 523, 547-549, 554, 602, 606-608

Döscher, Hans-Jürgen 31, 65

Dohrs, Michael 235-238

Dombois, Walter von 158, 219

Donnevert, Richard , Dr. med. 150, 169, 170, 180, 526

Dorner, Adolf 201

Dotterweich, Volker 534, 542

Dreytza, Fritz 328

Ebert, Adam 313

Ebert, Heinrich 315

Eckhardt, Franz 606, 608

Ehlert, Ludwig 527

Ehser, Karl 19, 23, 31, 47, 48

Eichholz, Frieda geb. Emanuel 563

Eichholz, Isidor 300, 563

Eichler, Max 296

Eichmann, Adolf 340, 387

Eisel, Georg 134, 542, 544, 546

Eisel, Heinrich 160

Eisemann, Karl, Dr. phil. 475

Eisenhower, Dwight D. 492, 493

Eisenstädt, Robert 395, 396

Ellenberger, Fritz 73, 74, 100

Emanuel, Baruch 62, 118, 328, 545, 589

Emanuel, Johanna verh. Altgenug 223

Emanuel, Manfred 62, 73, 100, 117 , 307, 325, 339, 396, 556, 563, 589

Emanuel, Martha geb. Oppenheim 118, 396, 563, 589

Emanuel, Rolf 396, 589

Engels, Justinus 94, 95

Engels, Martin, Dr. phil. 94, 95

Entian, Martin 592, 593

Epstein, Yehudith geb. Speier, Ilse 230, 338

Erbe, Wilhelm 122, 124, 135, 542, 544, 545

Ermel, Günther 573

Erpel, Simone 267

Etzrodt, Karl , Dr. 205, 228

Evans, Richard J. 556

Eydt, Alfred 203

Fackenheim, Emil Ludwig 589

Fackenheim, Ida verh. Abraham 90

Fackenheim, Isidor 76, 184, 432, 441

Fackenheim, Rosa 432, 440

Fackenheim, Walter Frank 82

Fackenheim, Willy, Dr. med. 90

Fackenheim, Willy, Rechtsanwalt 322

Fäcke, Christiane 328

Fait, Barbara 528

Falke, Martin, Dr. med. 130, 158

Falkenstein, Dina verh. Israel 358

Falkenstein, Fritz 72, 73, 82, 83, 340-342, 358

Falkenstein, Hanna geb. Höflich 78, 358, 401, 450, 495, 607

Falkenstein, Jesajas 469, 470

Falkenstein, Jettchen 469
Falkenstein, Julie verh. Knorringa 468, 469, 470
Falkenstein, Louis 470
Falkenstein, Margarethe Gretchen 82, 358
Falkenstein, Viktor 82, 180, 329, 339, 340, 342, 358, 401, 450, 495, 601, 602, 607
Falkenthal, Paul 316, 317, 369, 370
Fastré, Denise 482, 483
Fehr, Manfred 175, 560, 573, 578, 581
Feinermann, Emmanuel 17, 18
Fenner, Eckhard 238, 239
Fink, Justus 511, 512
Finke, Karl 59, 78, 82, 98, 604
Fischer, Eugen, Dr. med. 533
Fischer, Stefanie 219, 252
Fischer-Feldmann, Friedrich, Dr. med. 411
Flörsheim, Bernhard 436
Flörsheim, Bruno 429
Flörsheim, Edith 429, 484
Flörsheim, Else 222
Flörsheim, Hans/Chanan 221, 222, 429, 484
Flörsheim, Joseph 179, 221, 436
Flörsheim, Julius 179, 222, 329, 429, 484
Flörsheim, Karoline 436
Flörsheim, Paula geb. Katzenstein 222, 429
Flörsheim, Rosa verh. Bauer 436
Flörsheim, Willy 220, 221, 436
Frank, Anne 361
Frank, Sophie 372
Frank, Sophie 107, 108, 121, 122, 318, 372
Frank, Walter (Fackenheim) 27, 82, 597
Frank, Werner 91, 107, 121
Frankfurter, David 37
Franz, Karl Arnold 186
Frei, Norbert 192, 565
Frenkel, Karl Meier 183
Frick, Wilhelm 295
Fricke, Willi 238
Friedel, Matthias 51, 52
Friedländer, Saul 18, 66, 309
Friedlander, Henry 378
Fritsch, Theodor 203
Fröhlich, Elke 49
Fuchs, Manfred 114, 115
Führer, Georg 312, 314
Fulda, Adolf 328, 452, 453, 563, 589
Fulda, Meta geb. Oppenheim 328, 452, 563, 589
Funk, Walther 365
Gabriel, Oskar 203, 204, 207-209, 490, 491, 529
Gans, Betty geb. Speier 339, 460, 607
Gans, Cappel 431
Gans, Ernst/ Ernest 209, 425, 507-509, 512
Gans, Frieda Elfriede geb. Meyer 101, 115, 358, 458
Gans, Frieda geb. Plaut 347
Gans, Fritz 115
Gans, Hedwig 431, 437, 607
Gans, Isaak 460
Gans, Isidor 220, 329, 347, 607
Gans, Jettchen 103, 111, 329, 339, 430, 459, 460, 548, 550, 607
Gans, Johanna 431, 607
Gans, Judis Bela 458, 461
Gans, Julius 82, 115, 175, 347
Gans, Kappel 509
Gans, Manfred Jakob 461
Gans, Moritz 94, 108, 293, 299, 329, 339, 347, 604
Gans, Paula geb. Plaut 347, 425
Gans, Paula geb. Rothschild 366, 425, 425, 509
Gans, Rosa 431
Gans, Ruth 366, 425, 507, 512
Gans, Salomon 460
Gans, Willi 329, 425, 437, 507, 509
Gans, William, Dr. med. 509
Gast, Margarete verh. Cavalier 96, 97
Gebhardt, Anni 511
Gebhardt, Karl 511, 512
Gelfand, Margot 432
Gellately, Robert 271
Genschel, Helmut 315
Gerlach, Wolfgang 240
Gerlach-Praetorius, Angelika 239, 240
Gerland, Karl 30
Gernand, Heinrich 17-25, 44-47, 50-52, 54, 55, 58, 535, 536
Gernand, Martin 24
Gernand, Wilhelm 68

Gernhardt, Andreas 513
Gesemann, Willi 84, 547, 550
Gewehr, Georg 302
Glaser, Marlis 469, 470
Gleim, Hans-Otto 568
Göbel, Georg 243
Goebbels, Josef 17, 18, 21, 45, 47, 49, 50-54, 65, 81, 97, 173, 198, 528
Goerdeler, Carl 560
Göring, Hermann 28, 99, 114, 309, 331, 333, 479
Göring, Karl, Dr. med. 116, 124, 243
Göring, Frau 110, 130
Goeschel, Christian 177, 356, 405
Goldschmidt, Fritz 260, 368, 444, 467
Goldschmidt, Hans 427
Goldschmidt, Hermann 260
Goldschmidt, Hilda geb. Werner 255
Goldschmidt, Kathinka verh. Stein 467
Goldschmidt, Louis 254, 255, 259, 300, 328, 373
Goldschmidt, Margarethe (Gretel) geb. Brandes 95, 109, 110, 210, 427, 428, 583
Goldschmidt, Margit 210, 427, 428, 583
Goldschmidt, Pauline Paula 223, 260, 368, 444, 467
Goldschmidt, Salomon 223, 368, 467
Goldschmidt, Settchen geb. Oppenheim 444, 467
Gollwitzer, Helmut 237
Gottwald/ Schulle 419-422, 438, 444, 445, 450
Graml, Hermann 54
Greaves, Laura Megan 500
Grebe, Friedrich 20, 38, 52, 58, 284
Greiser, Arthur 291
Grobler, Guy 405
Gross, Raphael 25, 331
Großbölting, Thomas 498
Grosse, Heinrich 241
Grossmann, Johannes 420
Grüber, Heinrich 237
Grünewald, Josef 620
Grünewald, Rebecka verh. Linz 482
Gruner, Wolf 26, 86, 101, 179, 295
Grüttner, Michael 97, 98, 144, 194
Grunz, Emmy 272
Grynszpan, Berta 31
Grynszpan, Hermann 17, 18
Grynszpan, Herschel 17, 18, 28, 31, 32, 34, 37, 67
Günther, Hans F. K. 203, 204
Günther, Peter, Wachtmeister 135, 367, 405, 406
Gustloff, Wilhelm 23
Hacohen, Simon 495
Häde, Sabine 86
Häger, Jakob 87, 88
Haffner, Sebastian 28
Hagemann, Hans 170, 510, 527
Hagen, Missionspfarrer 284, 285
Hahn, Michael 578
Hammann, Friedrich 95, 112, 113, 234, 235, 238, 263, 271, 287
Hammerschlag, Selma geb. Katz 404, 416, 418
Harnack, Annemarie verh. Schwichtenberg 375, 376
Harnack, Ernst von 375, 376, 560
Harnack, Gustav-Adolf von 376
Happich, Friedrich 235
Hecht, Cornelia 566
Hauer, Jakob Wilhelm, Dr. phil. 556
Hecht, Jakob 455
Hecht, Jettchen geb. Brandes 456
Heckeroth, Oskar 547, 550
Hederich, Michael 235, 238
Heerdt, Johannes 73, 59, 119, 134
Hegel, Friedrich 586
Heidelbach, Hermann 92, 127, 233, 491, 532
Heiber, Helmut 37, 67
Heiden, Konrad 611
Heilbrunn, David 329
Hein, Martin 285
Heine, Heinrich 25
Heinzerling, Johannes 503
Hellfeld, Matthias von 535
Henke, Klaus-Dietmar 514, 524
Henlein, Konrad 150
Hennig, Eike, Dr. phil. 216
Herbert, Ulrich 340, 341
Herbst, Ludolf 26
Hermann, Angela, Dr. phil. 17, 18, 19, 21, 49
Herwig, Clemens 588, 594

Hessen, Philipp Prinz von 49
Heß, Albert 415
Heß, Cecilie verh. Lorge 415
Heß, Eduard 310, 415
Heß, Grete geb. Gotthelft 415
Heß, Herz 329
Heß, Rudolf 137
Heßler, August 164, 193, 510
Hessler, Friedrich 111
Heupel, Konrad 170, 510
Heußner, August 193
Heußner, Jakob 510
Heussinger, Allan 306
Heussinger, Amy 306
Heussinger, Bella geb. Abraham 306
Heydrich, Reinhard 66, 67
Hiemer, Ernst 199
Hilmes, Karl 238, 239
Himmelmann, Oberwachtmeister 357, 406
Himmler, Heinrich 44, 51, 54, 309, 450, 557
Hindenburg, Paul von 148
Hinz-Wessels, Annette 378
Hitler, Adolf 18, 21, 23, 35, 44, 45, 52, 54, 65, 66, 72, 148, 154, 158, 159, 171, 172, 194, 213, 214, 228, 233, 234 , 238, 241, 244, 245, 248, 249, 252, 289, 309, 347, 498, 511, 526, 565
Hobert, Hermann 107
Hochfeld, Alfred 421, 434
Hochfeld, Hans-Joachim 434
Hochfeld, Julie geb. Linz 421
Höflich, Nathan 72, 82
Hönig, Ludwig 287
Hoffmann, Christhard 163
Hoffmann, Friedrich 541
Hoffmann, Hermann 22, 47
Hofmann, Wilhelm 169
Hofmeister, Georg 111
Hollenbach, Dr. Amtsgerichtsrat 71, 85, 520
Holzhauer, Heinrich 108
Honikel, Karl 386
Horchler, Konrad 272
Horn, Hans 87, 100, 117, 119, 127
Horn, Philipp 442
Hoschek, Jutta 432
Hülsmeyer, Ernst 42
Immerglück, Siegfried 502, 503, 505
Iser, Gustav 105
Israel, Dina geb. Falkenstein 358
Israel, Fritz 358
Iwanowski, Eduard 195, 503, 520,
Jacek, Joachim 153
Jacobmeyer, Wolfgang 501-503, 505
Jakob, Georg 107
Jaspers, Karl 487
Jeckeln, Friedrich 423
Jeggle, Utz 197
Joschkowitz, Adolf 478
Joschkowitz, Annemarie verh. Vogt 478
Joschkowitz, Elise geb. Wertheim 478
Joschkowitz, Paul 479
Joschkowitz, Reinhold 478, 479
Joschkowitz, Werner 479
Joseph, Max 350
Jüngster, Leo 392
Jüngster, Lina 392
Käberich, Hermann 238, 239
Kämper, Heidrun 487
Kahn, Jenny geb. Rothschild 598, 610, 611
Kahn, Leo 598, 610, 611
Kaiser, Christoph 313
Kaiser, Friedrich Pfr. 237
Kaiser, Martin 321
Kaiser, Otto 321
Kaiser, Martin 163
Kaiser, Otto 163
Kalinski, Demitro (Mitka/Martin) 554-557
Kalisch, Herbert 382
Kammler, Jörg 514
Kamprath, Alfred 21-23, 32, 46, 143
Kappes, Clara 62, 74
Kappes, Gerda 62, 63, 73, 74, 96, 100, 117
Kappes, Paula 76
Kappes, Werner 76, 375
Katz, Alfred 208, 419, 589
Katz, Else verh. Eisemann 475

Katz, Irma 396
Katz, Jakob 475
Katz, Julius 50
Katz, Karl Kurt 133
Katz, Max Moses 133, 259, 300, 396
Katz, Nannchen geb. Hess 475
Katz, Reni geb. Ochs 589
Katz, Richard 396
Katz, Reni geb. Ochs 145, 419, 563
Katz, Salomon 116, 256-258, 313, 396
Katz, Selma 116, 133, 396
Katz, Simon 475
Katz, Walter 130, 257, 300, 328, 419, 563, 589
Katzenstein, Adolf 473, 485
Katzenstein, Alfred 378-380, 382
Katzenstein, Bella geb. Bacharach 124, 347
Katzenstein, Bernhardine Berni verh. Polak 484, 485
Katzenstein, David 415
Katzenstein, Ester 205, 206
Katzenstein, Ida geb. Stehberg 473, 485
Katzenstein, Isaak 106, 109-111, 120, 123, 125, 259, 300, 302, 307, 328, 347, 545, 546
Katzenstein, Jakob 329, 484
Katzenstein, Johanna 378, 379, 380, 382
Katzenstein, Josef 329, 380, 382
Katzenstein, Julius 445
Katzenstein, Karl 484, 616
Katzenstein, Karola geb. Hirsch 466
Katzenstein, Leopold 466
Katzenstein, Manfred 123, 473
Katzenstein, Meier 445
Katzenstein, Meier (Rhina) 618
Katzenstein, Meta 158
Katzenstein, Minna geb. Levi 380
Katzenstein, Moritz 378, 560, 591
Katzenstein, Paula verh. Flörsheim 329, 385, 425, 484
Katzenstein, Ruth verh. Lichtenstein/ Gützlaff 177, 223, 358, 359
Katzenstein, Siegfried 177, 185, 223, 298, 329, 358
Katzenstein, Veilchen 445
Katzenstein, Wyla geb. Grimmer 223, 298, 358
Kaufhold, Georg 194
Kaufmann, Elka geb. Freudenberg 411, 607
Kaufmann, Honet I 114, 261, 299, 329, 411, 414
Kaufmann, Honet II 60, 82, 308, 601, 606, 607
Kaufmann, Karl 72, 82, 165, 261, 329, 339, 607
Kaufmann, Max 310, 414
Kaufmann, Sarah 414
Kaufmann, Siegfried 101, 175
Kaufmann, Toni verh. Bierhoff 414
Kaul, Friedrich K. 382
Keim, Fritz 608
Keim, Karl 94, 104, 108, 547, 549, 606
Keller, Sven 490
Kershaw, Ian 40, 45, 54, 58, 100, 159, 266, 534, 542
Kessler, Hans 142
Kessler, Heinrich 368, 444
Kessler, Staatsanwalt 542
Kilian, Gustav 275, 276, 288-294, 598, 605
Kindler, Christina 588
Kingren, Monica 380, 385, 387, 395, 422, 445, 447, 448, 466
Klebe, Sally 123
Klee, Ernst 378, 381, 383
Klein, Ernst 527
Klein, Gärtnerin 94, 95
Klein, Thomas 170, 219, 252, 253
Klett, Marlene 295
Klemperer, Victor 388
Kloppmann, Heinrich 282
Klüger, Ruth 416
Klüppel, Manfred 383
Knierim, Justus 312, 341, 375
Knigge, Volkhard 30
Knoche, Stefan 306, 587, 594
Knorringa, Friedlise verh. Stern 469, 470
Knorringa, Hermann 469
Knorringa, Julie geb. Falkenstein 469, 470
Knorringa, Ruth Doris 469
Köberich, August 606
Köhler, Georg 115, 164
Köhler, Paula 202
Köhn, Holger 506
Königseder, Angelika 504, 506
Körner, Frieda geb. Gies 523

Körner, Theodor 232, 233

Kolb, Lothar 583

Kötter, Friedrich 492, 512, 520, 540

Koch, Stefanie 594

Konrad, Willi 526, 527

Korn, Emil 220

Kottke, Horst 307

Kraffke, Otto 172, 180, 213, 215, 288, 292, 388, 392, 491, 492, 526, 527, 530

Kranich, Frieda 521

Krapf, Andreas 136, 255, 542, 546

Kratz, Philipp 524, 532

Krause Vilmar, Dietfrid 21, 42, 534, 560, 565

Kreis, Ernst 591

Krischak, Michael 479

Kron, Theodor, Dr. med. 177

Kropat, Wolf-Arno 17-21, 24, 45, 49, 50, 57, 66, 67, 73, 144, 307, 501, 532, 543,560, 561

Kropman, Rosanne 477

Kruse, Hermann von 46, 122, 215, 219, 230, 283, 284, 293

Krusenstjern, Benigna von 52, 97

Kugelmann, Paula 603

Kunstadt, Baruch 615

Kurth, Fritz 124

Kurz, Eduard 606

Kwiet, Konrad 386

Landgrebe, Georg 606

Lange, Karl 273

Leder, Bettina 391

Lehmann, Albrecht 344

Lehmann, Christian 414

Lehmhagen, Ernst 135

Leßau, Hanne 534

Leuschner, Wilhelm 560

Levi, Alfred 133

Levi, Betty geb. Frank 107, 108, 121, 122 , 318, 358, 372, 391-394, 563

Levi, Erich 165, 476, 477

Levi, Ferdinand 464, 465

Levi, Hedwig geb. Wallach 122, 359, 385, 425, 563, 589

Levi, Herta geb. Michaelis 476

Levi, Israel 347

Levi, Jeanette Jenny geb. Wallach 318-320, 372, 563

Levi, Joseph 329, 476

Levi, Judith 27

Levi, Karoline 474

Levi, Laura 347

Levi, Leopold 81, 91, 120, 121 , 300, 302, 319, 328, 563, 589

Levi, Ludwig Lutz 81, 82, 122, 589

Levi, Martha geb. Frank 91, 120, 121, 319, 563, 589

Levi, Max Moses 107, 119-122, 133 ,300, 302, 304, 328, 358-360, 377, 385, 394, 405, , 425, 563, 589

Levi, Primo 586

Levi, Recha geb. Kuhl 358, 563

Levi, Rosalie 476

Levi, Salomon 474

Levi, Samuel 96, 121, 300, 304, 318, 372, 385, 391, 503

Levi, Sara 133

Levi, Traudel verh. Süsskind 121, 391, 583, 587

Levi, Werner (Lane, Berny) 422

Levi, Wolf 118, 120, 300, 302, 318, 319, 320, 325, 328, 339, 372, 589

Levy, Berta verh. Rothschild 471

Levy, Julius 471

Ley, Robert 163

Lichtenstein, Walter 223

Lienhöft, Robert 564

Lillteicher, Jürgen 314

Lindau, Alma geb. Watermann 413, 431

Lindau, Hermann (Lin, Shlomo) 328, 561, 562

Lindau, Johanna 413, 466

Lindau, Louis 466

Lindau, Frieda geb. Simon 466

Lindau, Mathilde 413, 445

Lindau, Moritz 413, 431

Lindau, Sally 220, 562

Lindau, Susmann 413, 466, 562

Lingelbach, Kaspar 87, 520

Linz, Anna geb. Löwenthal 454, 455

Linz, Bernhard 220

Linz, Bertha 482, 483

Linz, Berthold 302, 482, 483

Linz, Betty 402

Linz, David 167, 168, 218

Linz, Elise 423
Linz, Erwin 94, 346
Linz, Fanny geb. Plaut 94, 95, 226, 459, 460
Linz, Feist 482, 483
Linz, Henriette 423
Linz, Hermann I 94, 103, 226, 299, 329, 339, 430, 459
Linz, Hermann II 165, 166, 196, 302, 329, 476
Linz, Ilse verh. Wischnia 209
Linz, Josef 454, 455
Linz, Julie verh. Hochfeld 421, 434
Linz, Karoline Klara verh. Ullmann 223
Linz, Malchen 402
Linz, Marcel 482
Linz, Meier 302, 329, 423
Linz, Moritz 430
Linz, Paula geb. Grünewald 482
Linz, Raymond 482
Linz, Rebecka geb. Grünewald 482
Linz, Roger 482
Linz, Rosel geb. Löwenstein 165
Linz, Rudi 160, 173, 209
Linz, Sara geb. Speier 454
Linz, Senta 482
Linz, Sophie 80, 196, 459
Linz, Sally 430
Linz, Siegfried 482
Linz, Susmann Geisel 430, 454, 459
Linz, Willy 165, 167, 168, 329
Lippert, Alfred 149, 215, 217, 503
Lipschitz, Mendel 506
Lockemann, Heinrich 514-516
Lockemann, Karoline 517
Loewenberg, Peter 25
Löser, Hedwig geb. Döllefeld 358, 361
Löser, Ludwig 361
Löwenberg, Klara 386
Löwenberg, Martin 386, 426
Löwenberg, Sally 386
Löwenstein, Abraham 93, 598, 602
Löwenstein, David 107, 272, 299, 329, 339, 347-349, 598, 601-603, 608
Löwenstein, Gustav 396
Löwenstein, Lotte geb. Kleeberg 347, 598, 602
Löwenstein, Margot verh. Rothschild 210, 347, 598,
Löwenstein, Marianne 347, 598, 602
Löwenstein, Richard 396
Löwenstein, Selma 396
Lohr, Joel N. 555
Longerich, Peter 51, 52, 63, 65, 66, 77, 84, 99
Lotz, Karl 236, 238
Luckhardt, Johannes 123, 124, 128, 542, 544, 545
Luckhardt, Käthe 110, 114, 121, 124, 128, 545
Ludwig, Willi 108
Ludwig I, Landgraf 161
Lübbe, Hermann 558
Lüder, Carl, Dr. jur. 514
Lütkes, Annemarie 478
Madus, Heike 581
Maier, Regina 541, 542, 549, 551
Mainz, Horst 84, 522, 541, 547-550, 553, 606
Mank, Peter 130
Mansky, Franz 277, 585
Maòr, Harry 500, 503, 506
Marx, Dina geb. Döllefeld 385
Matschinski, Richter 542
Maurere, Trude 337
Mayer, Henriette geb. Weinstein 414, 445
Mayer, Klara geb. Rothschild 608
Mayer, Walter 414
McCloy, John 534
Mecklenburg, Frank 598
Melames, Roman 594
Mende, August-Wilhelm 561
Mendelow, Lisa 428, 583
Mendelow, Mike 428, 583
Mendelsohn, Emma geb. Nussbaum 438
Mendelsohn, Jenny geb. Nussbaum 467
Mendelsohn, Liselotte 438
Mendelsohn, Louis 438, 467
Mendelson, Herta 474
Menk, Gerhard 24, 30, 43
Merkel, Kerstin 263
Merkel, Pressestenograf 520
Methner, Arno 47

Meyer, Cäcilie geb. Heinemann 384
Meyer, Frieda Elfriede verh. Gans 101, 115, 358, 458, 461
Meyer, Hans, Dr. med. 384
Meyer, Hertha 457, 458
Meyer, Isak 115
Meyer, Jakob 169, 329, 457, 458
Meyer, Jakob, Dr. med. 384
Meyer, Julius 115, 457, 458
Meyer, Karl 457
Meyer, Kristina 558
Meyer, Kurt 169, 299, 339, 458
Meyer, Lucie verh. Warschauer 384
Meyer, Luise geb. Oppenheimer 457
Meyer, Sara 458
Michel, Hermann 255
Möller, August 199, 272, 324
Möller, Georg 199, 272
Möller, Lilli 28
Mommsen, Hans 99, 498, 552, 565
Moog, Richard 129
Moritz, Fritz 111, 164
Moritz, Julius 97, 298
Moses, Abraham 134, 226
Moses, Alice 2263
Moses, Emmy geb. Plaut 226
Moses, Ernst 226
Moses, Fanny verh. Linz 226
Moses, Hermann 226
Moses, Hertha Hanna geb. Abraham 356, 357, 358, 413, 449, 563
Moses, Moritz 130, 134, 135, 300, 328, 341, 358, 367, 413, 449, 563
Moses, Moses 135, 413, 449, 563
Moses, Nathan 134
Moses, Pauline 135, 358, 449, 563
Moses, Ruth 226
Mühlhausen, Walter 18
Mühlenfeld, Daniel 50
Mueller, Andreas 291
Müller, Helmut 238, 239, 284, 285
Müller, Ludwig 234, 284
Müller-Osten, Kurt 112, 113, 232-234, 236-239, 242, 285, 287, 537
Münch, Walter 92, 238
Munk, Andreas 492
Muth, Johannes 324
Naveh, Moshe (Oppenheim, Manfred) 571
Nessel, W. A. 500
Neuhaus, Bertha 89, 347
Neuhaus, Brigitte 41
Neuhaus, Brunhilde 89
Neuhaus, Cilly geb. Carlebach 446
Neuhaus, Felix 41, 50
Neuhaus, Frieda 89, 225, 347, 353, 396
Neuhaus, Hannelore 89
Neuhaus, Hugo 205
Neuhaus, Isaak 89, 205, 328, 347, 396, 420, 446, 589
Neuhaus, Jeanette 89
Neuhaus, Julius 87, 89
Neuhaus, Leo Ludwig 89
Neuhaus, Leopold, Dr. phil. 89, 396, 446-448, 507, 508
Neuhaus, Markus Max 89, 347
Neuhaus, Minna 298, 329, 339, 446, 447, 549, 604, 607
Neuhaus, Paula 89, 396
Neuhaus, Ruth 420, 563, 589
Neuhaus, Selma verh. Lindau 41
Neuhaus, Sofie 89
Neumann, Hans 68, 69, 154, 202, 208, 559
Niemann, Dr. jur., Landgerichtsrat 542
Niemeyer, Karl, Dr. med. 105
Niemöller, Martin 237, 238, 551
Niethammer, Lutz 524
Niquet, Lars 580, 591
Noll, Ludwig 255
Nolzen, Armin 525
Norden, Günther van 234, 239
Noske, Gustav 557
Nowack, Wolfgang 514-517
Nuhn, Heinrich 277, 306, 427, 560, 570, 578-585, 590, 591
Nuhn, Inge 590, 591
Nussbaum, Bertha geb. Oppenheim 379
Nussbaum, Emma verh. Wolff 438
Nussbaum, Jenny verh. Mendelsohn 438, 467

Nussbaum, Salli

Nussbaum, Samuel 467

Nussbaum, Sara 467

Obst, Dieter 25, 100, 98, 552, 553

Oettinger, Bertha 348

Oetzel, Kurt 87

Ohlendorf, Otto 557

Opfer, Heinrich 130, 142

Oppenheim, Alfred 311

Oppenheim, Arnold 220

Oppenheim, Bertha geb. Speier 337, 338, 351

Oppenheim, Berti verh. Wertheimer 316, 344, 345, 366, 367, 369

Oppenheim, Charlotte geb. Levi 612, 619

Oppenheim, Egon 123, 358, 563

Oppenheim, Else 309

Oppenheim, Gerd 208, 302

Oppenheim, Günther 137, 138

Oppenheim, Heinz 417, 452, 563

Oppenheim, Herz 378, 382

Oppenheim, Hugo 136, 137, 163, 193, 194, 272, 300, 302, 303, 315, 328, 336, 353, 356, 474, 589

Oppenheim, Irma verh. Katz 143

Oppenheim, Jakob 612, 620

Oppenheim, Jeanette Jenny geb. Grunsfeld 344, 357, 358, 363, 407, 408

Oppenheim, Jenny verh. Mielzynski 474

Oppenheim, Johanna geb. Abraham 225, 328, 344, 358, 363, 364, 407, 409, 413, 445, 563

Oppenheim, Johanna Ww. 311, 312, 314, 327

Oppenheim, Josef 304, 328, 422, 452, 467

Oppenheim, Julius 620

Oppenheim, Karoline geb. Goldschmidt 378, 382, 474

Oppenheim, Karoline geb. Levi 474

Oppenheim, Klara geb. Lichtenstein 137, 146, 563

Oppenheim, Kurt 417, 452, 4563

Oppenheim, Leib 442

Oppenheim, Leo 81, 224, 300, 335, 347, 375, 409,

Oppenheim, Leopold 98, 128, 300, 302, 417, 452, 453, 563

Oppenheim, Levi 27, 125, 126, 142, 143, 144, 146, 225, 228, 300, 304, 309, 328, 339, 347, 353, 356, 373, 374, 377, 545, 612, 620, 622

Oppenheim, Louis 98, 118, 142, 304, 305, 313, 328, 344, 407, 452, 453

Oppenheim, Ludwig 305, 313

Oppenheim, Manfred (Naveh, Moshe) 571

Oppenheim, Marie geb. Ochs 224, 225, 357, 358, 409, 563

Oppenheim, Marjane geb. Abt 442

Oppenheim, Martha geb. Marx 417, 452, 563

Oppenheim, Martin 305, 335, 407, 452, 589

Oppenheim, Mathilde geb. Tannenberg 316, 337, 344, 345, 358, 366, 369, 401, 407, 563

Oppenheim, Meta verh. Fulda 422, 452, 453

Oppenheim, Moritz 141, 146, 208, 220, 300-303, 315, 328, 378, 379, 382, 474

Oppenheim, Moses 612, 622

Oppenheim, Regina 143, 145, 309, 347

Oppenheim, Röschen 589

Oppenheim, Rosa verh. Horn 442, 563

Oppenheim, Rudi 228, 229, 561

Oppenheim, Salomon 137, 141, 146, 474

Oppenheim, Samuel 316

Oppenheim, Selmar 311, 312, 315, 327, 328

Oppenheim, Siegfried 27, 82, 597, 611-622

Oppenheim, Simon 344, 409

Oppenheim, Tony 302

Oppenheim, Willy 300, 313-316, 337, 344, 345, 358, 363, 365, 366, 369, 373, 401, 406, 563

Orth, Wilhelm 164

Pabst, Walter 242

Pätzold, Kurt 97, 99

Peritz, Curt, Dr. phil. 615

Person, Katarzyna 502

Pfannstiel, Markus 29

Pfister, Wilfried 527

Pflaumer, Dr. Gerichtsreferendar 282, 283

Piterson, Karoline geb. Rosenthal 437

Placek, Max 448

Plaut, Clara geb. Tannenberg 345

Plaut, David 72, 82, 94, 95, 165, 226, 261, 329, 339, 340, 459, 604, 605, 607

Plaut, Emmy 460

Plaut, Fanny verh. Linz 459

Plaut, Frieda verh. Gans 347

Plaut, Haune 459

Plaut, Heinemann 261, 329

Plaut, Hugo 165, 261, 262, 339

Plaut, Isaac
Plaut, Malchen 262
Plaut, Minna 262
Plaut, Paula 100, 104, 272, 358, 606
Plaut, Sally 345, 366
Plaut, Sara 165
Plaut, Wolf 620
Pohl, Dieter 424
Polak, Bernhardine Berni geb. Katzenstein 485
Polak, Friedrich Karl 485
Polak, Ilse 485
Polzin, Gerwalt 375, 376
Poppendick, Willi 514, 515, 516
Postel, Olga 287
Prinz, Wolfgang 21, 42
Proske, Wolfgang 528
Rabe, Gerhard 194, 593
Rabe, Thomas 578
Raim, Edith 522, 541
Rappe, Fritz 239
Rappold, Hermann 285
Rath, Ernst vom 17, 18, 20, 34, 45, 50, 62, 65-67, 71, 99, 106, 117
Rathmann, Uli 306, 588, 593
Rauh-Kühne, Cornelia 519, 533, 535, 542, 559
Rausch, Konrad 235, 282
Rebentisch, Walter 124, 130, 542, 544, 545
Redelmeyer, Margot 433
Redelmeyer, Ruth 433
Rehs, Christian 212
Rehs, Karl 143
Rehs, Kurt 120, 274
Rehs, Otto 71, 120, 123, 130, 542, 544-546
Rehwald, Martin III 229
Reich-Ranicki, Marcel 431
Reiche, Karl 608
Reiher, Kathrin 177, 359
Reinhardt, Carl, Dr. 558
Reitmann, Eli 121, 122
Rekelkamm, Fritz 107, 606
Rex, Wilhelm 42, 56, 57, 124, 132, 135, 137, 319, 391, 405
Rieberg, Hermann 437
Rieberg, Irma geb. Sommer 437
Riemann, Konrad 512
Riemenschneider, Kal-Heinz 570
Röder, Friedhelm, Dr. med. 133
Röhm, Ernst 243, 244
Röhn, Wilhelm 164
Rössing, Georg 529
Röwer-Döhl, Ruth 439
Rohrbacher, Stefan 569, 573
Rooif-Trienekens, Fiet van 480
Roos, Daniel 271, 280
Rosenbaum, Ella 89
Rosenberg, Heinz 421
Rosenbusch, Betty 301
Rosenbusch, Fritz 301
Rosenbusch, Männy 125, 301, 323
Rosengart, Dr. jur., Amtsgerichtsrat 520
Rosenstock, Willi 271, 495
Rosenthal, Ilse 443
Rosenthal, Max 443
Rosenthal, Rosa geb. Brandes 443
Roth, Markus 527, 528
Rothermel, Georg 51
Rothfels, Amalie 419, 432, 563
Rothfels, Bertha 419, 421, 563
Rothfels, Elsa geb. Fackenheim 421, 432, 563
Rothfels, Gerda 347
Rothfels, Ida verh. Gelfand 432
Rothfels, Isidor 300, 421, 563
Rothfels, Julius 421, 432, 563
Rothfels, Leopold 220, 419
Rothfels, Max 225, 328, 347, 353
Rothfels, Meier 106, 432, 504, 563
Rothfels, Roni 419, 421, 563
Rothfels, Rosel 304, 325, 339, 419, 421, 432, 563
Rothfels, Salli 220, 419
Rothfels, Theodor 300, 328, 421
Rothfels, Werner 421, 432, 563
Rothschild, Albert 165, 166, 218, 223, 299
Rothschild, Bertha geb. Levy 471, 472, 609
Rothschild, Gitta 480, 598
Rothschild, Hanns, Dr. med. 471, 472

Rothschild, Heinz 175, 210, 223, 472

Rothschild, Henny geb. Löwenstein 27, 28, 39, 46, 60, 62, 93, 101, 105, 347-349, 472, 597-611

Rothschild, Hermann 220, 604, 605

Rothschild, Hugo 471, 471, 609

Rothschild, Irma geb. Dreyfuss 175, 223, 472

Rothschild, Isaak 111, 167, 168, 329, 480, 598

Rothschild, Jenny verh. Kahn 230, 598, 610, 611

Rothschild, Joseph 57, 60 210, 220, 347, 472, 598 599, 608, 610

Rothschild, Julius 93, 603

Rothschild, Karen 175, 218

Rothschild, Klara Gita verh. Mayer 607, 608, 609

Rothschild, Lina geb. Spiegel 60, 471, 602-609

Rothschild, Lina verh. Weil 602

Rothschild, Meier 111, 272, 299, 329, 471

Rothschild, Meinhold 60, 93, 185, 230, 299, 329, 339, 347, 598, 599, 602, 603, 608-611

Rothschild, Moses Moritz 560, 591

Rothschild, Recha geb. Döllefeld 412, 480, 481, 601 602, 605, 606, 609

Rothschild, Thea 223, 472

Rülf, Gutmann 259, 347, 561

Rülf, Ida verh. Bleichfeld 561

Rürup, Reinhard 297

Rüter, C. F. 514

Ruhe, Margarete geb. Führer 314

Saal , Bernhard 255

Salomon, Pfeffer von 252

Sandrock, Anneliese 80

Sandrock, Nini 80

Schaake, Manfred 577, 578, 580

Schäfer, Wilhelm 238, 239

Schäfer-Marg, Silke 584

Schaffner, Sebastian 588

Schallermeier, Luitpold 54

Scharnitzky, Landgerichtsdirektor 547

Schaub, Fritz 210

Schaub, Martin 577

Scheel, Walter 565

Scheffer, Margarete 237

Scheffer, Wilhelm 237, 238, 239

Schellhase, Georg 77, 85

Schellhase, Karl 161

Schemm, Hans 208

Schick, Elmar 48, 551

Schlageter, Leo 44

Schlitzberger, Hans 24

Schlothauer, Otto 531

Schlott, Gerda 68

Schmauch, Otto 606

Schmerbach, Gerhard 236

Schmid, Harald 26, 28, 101

Schmidt, Hans 492

Schmidt, Heinrich 118, 135

Schmidt, Jakob 198

Schmidt, Karl-Ernst 581

Schmidt, Rolf 283

Schneider, Adolf 154, 205-207

Schneider, Gertrude 423

Schneider, Ulrich 64, 240

Schneider-Rose, Gerhard 588, 593

Schnell, Karl Adolf 97, 101, 111

Schnurr, Martha geb. Brandau 93, 97, 289

Schön, Eberhart 152

Scholder, Klaus 159, 234, 242

Schreiber, Carsten 557

Schreiber, Käthe 119, 503, 546

Schreiber, Otto 503, 505

Schürten, Landjäger-Anwärter 130

Schultheiß, Herbert 90, 91

Schuhmacher, Kurt 558

Schuhmann, Friedrich (Fritz) 132, 422, 542-545

Schuster, Armin 519, 524

Schuster, Ernst 223, 561

Schweitzer, Daniel 255

Schweitzer, Konrad 255

Schwichtenberg, Annemarie geb. von Harnack 375

Schwichtenberg, Reinhold 526

Schwichtenberg, Werner 57, 59, 123, 135, 209, 215, 225, 292, 312, 317, 341, 353, 356, 370, 373-377

Seelig, Alfred 621
Seibold, Wilhelm 255
Seidenfaden, Karl 135
Seldte, Franz 158
Sieland, Karl 606
Silbergleit, Heinrich 162
Simon, Landgerichtsrat 547
Singer, Eduard 620
Singer, Kurt 620
Sippel, Georg III 154, 164
Sippel, Wilhelm 164
Skorka, Andreas 495, 559
Slenczka, Hans 234, 238
Sobernheim, Josef 396
Sobernheim, Rosa 396
Soden, Hans von 235, 237-239
Solbrig, Max 24, 25, 43, 44, 57, 58
Sommer, Abraham 87
Sommer, Irma verh. Rieberg 419
Sommer, Rosalie geb. Joseph 105, 329, 419, 437
Sommer, Tessy Therese verh. Apt 419
Sommer, Wally Bertha 437
Sommer, Wolf 419, 437
Sonntag, Karin 246, 247, 505
Speier, Adolf 106, 230, 299, 329, 337-339, 351, 352, 379, 462-464, 548, 551, 607
Speier, Berni geb. Oppenheim 351, 352, 379, 462, 463, 607
Speier, Bertha verh. Oppenheim 351
Speier, Hanna 337, 338, 379, 607
Speier, Ilse verh. Epstein 106, 230, 338, 351, 352, 462, 607
Speier, Isidor 220
Speier, Jettchen 106, 604
Speier, Loni 351, 352, 462, 607
Speitkamp, Wilfried 163
Spelthahn, Heinz 442
Spengler, Heinrich 22, 41, 70, 78, 84, 92, 149, 212, 292, 512, 529
Spier, Willy 379
Sprenger, Jakob 38
Sprenger, Otto 316, 367, 369
Stasiewski, Bernhard 291
Stauffenberg, Claus von 560
Steffek, Landjäger 21, 33, 123, 129, 142
Stein, Adolf 467, 468
Stein, Friedrich 606
Stein, Hermann 467, 468
Stein, Isaak 467
Stein, Jakob 467
Stein, Käte 467
Stein, Kathinka geb. Goldschmidt 467, 468
Stein, Moses 467
Stein, Therese 467
Stein, Wolf-Dietrich 263, 266
Steinweg, Johannes 186, 235, 240, 283, 535
Steinweis, Allen 17, 92, 93
Steisel, Heinrich 193
Stern, Friedlise geb. Knorringa 469
Stern, Ida verh. Blaut 461
Stern, Josef 461
Stern, Lothar 469
Stern, Siegmund 132
Sternberg-Siebert, Elisabeth 386, 426
Stiebel, Cläre geb. Döllefeld 402
Stiebel, Herbert 402
Stiebel, Meinold 402
Stieglitz, Heinrich 526
Stoecker, Adolf 240
Strauss, Isaac 613
Strauß, Bernhard 620
Strauß, Lilli 386
Streicher, Julius 199, 271
Strohm, Christoph 236, 240
Strohriegl, Gisela 590
Strube, Gustel 360
Strüber, Konrad 167

Struth, Albert 170, 510
Stückrath, Arthur 87
Süsskind, Gidon 562, 587, 594
Süsskind, Jenny geb. Wallach 122, 358, 393, 394
Süsskind, Nava 594
Süsskind, Sally 136, 358, 393, 394
Süsskind, Siegfried Karl, Dr. med. 108, 391-394
Süsskind, Traudel geb. Levi 121, 391, 393, 561, 580
Süsskind-Keller, Yael 587
Sultan, Heinrich 105
Sultan, Wilhelm 510, 511, 512
Tannenberg, Abraham 89
Tannenberg, Malchen 89
Temme, August 111
Tesfaiesus, Awet 593
Thalmann, Rita 31, 32
Thamer, Hans-Ulrich 28, 267, 534, 557
Thümer, Walter 201
Traulsen, Ernst 539, 606
Trepp, Leo 297
Trott zu Solz, Adam von 52, 97
Trott zu Solz, Eleonore von 97
Trus, Armin 383
Uhse, Rchter 547
Ullmann, Erika 223
Ullmann, Karoline Klara geb. Linz 223
Ullmann, Leopold 218
Ullmann, Lina 223
Ullmann, Marianne 223
Ullrich, Volker 487
Ulm, Jost 490, 508, 525
Urban, Alex 164
Urban, Susanne 501
Vaupel, Dieter 29
Veerhoff, Karl 235, 237, 284
Vellmer, Erich 239
Vermeil, Edmond 204
Vestermanis, Margis 423, 429
Villis, Bernhard 118
Villis, Dora 118
Vockenberg, Werner 235, 280, 282-284
Vöckel, Herbert 591
Völke, Ernst 238, 239
Volkenand, Berthold 235, 282
Volkstädt, Walter 209, 341, 373, 374
Vollnhals, Clemens 492, 519, 532, 534, 535, 551
Vries de, Simon Ph. 180
Wagner, Georg 111
Waks, Robbi 502
Waldeck, Josias zu 19, 43
Waldmann, Karl 520
Walk, Joseph 299, 309, 337, 356
Wallach, Jeanette geb. Weisskopf 360
Wallach, Julius 86
Wallach, Moses 360
Walper, Karl 77, 113, 492, 537, 550, 606
Warschauer, Lucie geb. Meyer 384
Warschauer, Otto, Dr. med. 384
Warschauer, Thomas 384
Weber, Karl 566
Weckworsch, Landjäger-Anwärter 130
Wehl, Erika 435
Wehl, Helma 435
Wehl, Hermann 435
Wehrenberg, Rechtsanwalt, Dr. 129, 304
Weidner, Heinz 384
Weil, Lina geb. Rothschild 602
Weiland, Lea 578
Weimann, Albrecht 564
Weinrich, Karl 19, 43-47, 52, 150, 215, 318, 371
Weinstein, Fradchen 414
Weinstein, Salomon 414
Weiß, Gerd 578
Weiß, Reiner 569
Weizsäcker, Richard von 30, 565
Welsch, Eva Juliane 522

Wenderoth, Amtsgerichtsrat 75

Wepler, Hermann 235

Werner, Ludwig 162

Werthan, Jeanette 60, 385, 425, 602, 607

Werthan, Theo 385, 425

Wertheim, Elise verh. Joschkowitz 478, 479

Wertheim, Meyer 478

Wertheim, Minna geb. Heinemann 478

Wertheimer, Berti geb. Oppenheim 316, 344-346
366-369

Wetterau, Sigrid 590, 591

Wettich, Käthe 366, 367

Wettich, Liesel 367

Wetzel, Julia 504, 506

Wichert, Wojciech 291

Wiegand, Heinrich 108

Wilde, Georg, Dr. phil. 615

Wildt, Michael 25, 26, 85, 87, 99, 101

Wilhelm, Johannes 87

Willich, Georg 109

Willing, Erwin 490, 493

Winkelmann, Michael 52

Winterfeld, Selma geb. Linz 423

Wishnia, Ilse geb. Linz 209

Wittich, Barbara 135

Wittich, Christoph 410

Wittich, Hans-Jörg 216

Witzel, Adam 142, 322, 324, 327

Wolff, Emma geb. Nussbaum 438

Wolff, Martin 438

Wolfrum, Edgar 551

Wurm, Theophil 535

Zapp, Paul (Friedrich Brehm) 556, 557

Zeher, US-Oberleutnant 495

Ziegler, Hugo 273

Ziegler, Thilo 235, 282

Zierer, Max 503, 504, 505

Zilch, Paul 124

Mein herzliches Dankeschön

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis jahrelanger Forschungen. Neben dem Aufspüren von Dokumenten in Archiven, Bibliotheken und in Privatbesitz habe ich großen Wert auf mündliche und schriftliche Berichte von lokalen Zeitzeugen, vor allem auch von Überlebenden und von Angehörigen jüdischer Familien aus unserer Region gelegt. Meine Kontakte folgten dem Schicksal der Geflüchteten in viele Teile der Welt.

Ohne das begleitende Interesse vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger an meinem Anliegen, den weitgehend anonym gewordenen jüdischen Menschen aus Bebra und Rotenburg ihre Namen und damit ihre Persönlichkeit zumindest in dem mir möglichen bescheidenen Rahmen zurückzugeben, hätte dieses Buch nicht geschrieben werden können.

Mich hat immer wieder erstaunt, wie sehr sich ältere Menschen aus Bebra und Rotenburg an frühere jüdische Nachbarn, Kaufleute, Handwerker, Mitschülerinnen und Mitschüler erinnern konnten. Diese Gespräche mit Ortsansässigen, von denen viele das Dritte Reich als Kinder oder Jugendliche erlebten, verschafften mir einen gewissen Einblick in diese Zeit hier vor Ort. Auf diese Weise bin ich so ein Zeuge der Zeitzeugen geworden.

Als Zugereistem wurden mir die ersten Kontaktaufnahmen in den 1990er Jahren durch das gleichgelagerte Interesse des mit dem lokalen Umfeld vertrauten und durch gemeinsame Anstrengungen zum Freund gewordenen Kollegen Karl-Heinz Riemenschneider ermöglicht. Ohne seine „Einstiegshilfe“ hätte ich mich wohl als zunächst Ortsfremder gar nicht an das Thema herangewagt; deshalb an dieser Stelle mein ganz besonderes Dankeschön an ihn.

Daran anschließend geht mein Dank an das gesamte Kollegium der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg, das mich über viele Jahre dabei unterstützt hat, der Erinnerungsarbeit weit über seine curriculare Präsenz hinaus Beachtung zu schenken.

Von entscheidender und persönlich berührender Bedeutung für das Entstehen dieses Buches waren die Gespräche und der schriftliche Austausch mit weltweit verstreut lebenden Angehörigen ehemals Bebraner und Rotenburger jüdischer Familien. Und dies geschah über viele Jahre hin, bis auf den heutigen Tag. Bereitwillig stellten sie persönliche Erinnerungen, Fotos und Dokumente in ungeahnter Fülle zur Verfügung.

Stets konnte ich auf die Unterstützung und kompetente Mitwirkung des Fachinformatikers Markus Pfannstiel bei der Satzgestaltung dieses Buches und der Aufbereitung für den Druck zurückgreifen. Ohne ihn wäre ich nicht in der Lage gewesen, das von Microsoft angebotene Layout-Programm *Publisher* erfolgreich anzuwenden. Ebenso habe ich ihm für die Abhilfe bei den unterschiedlichsten Schwierigkeiten bei der Computernutzung zu danken.

Der Rotenburger Druckwerkstatt danke ich für die sorgfältige Druckausführung und die kompetente Beratung bei der Druckvorbereitung.

Den Bürgermeistern von Bebra und Rotenburg, Stefan Knoche und Marcus Weber, danke ich für ihre ideelle Herausgeberschaft und das in ihrem Geleitwort zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis zur Verantwortung ihrer Städte für das Lebendighalten auch der dunklen Kapitel unserer Geschichte.
Dank auch für ihren Aufruf zur Wachsamkeit gegenüber aktuell drohenden Gefahren für eine offene und gerechte Gesellschaft und dass sie dafür in meiner hier vorgelegten Publikation einen wichtigen Beitrag sehen.

Auch möchte ich es nicht versäumen, das von Landrat Torsten Warnecke so stetig und auffällig bekundete Interesse am Sichtbarwerden der jüngsten Geschichte unserer Region zu würdigen und mich für die verlässlich erfahrene ideelle und materielle Unterstützung auf das herzlichste zu bedanken. Ebenso danke ich Torsten Warnecke für das in seinem Geleitwort zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis zur Standhaftigkeit gegenüber den Gefahren eines Rückfalls in überwunden geglaubte politische und gesellschaftliche Zielvorstellungen.

Professor Dr. Hans-Ulrich Thamer, in Rotenburg aufgewachsen und als Autor von bedeutenden Standardwerken zur neueren deutschen Geschichte bekannt geworden, eröffnet diesem Buch durch sein würdigendes Vorwort die Aufmerksamkeit der

Zeitgeschichtsforschung. Dafür danke ich ihm vielmals.

Achim Meyer, Gerhard Rabe und Hans-Helmut Schweitzer sage ich meinen großen Dank für die Durchsicht der Texte, ebenso für ihre hilfreichen Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. Für verbliebene Fehler und Irrtümer bin ich aber ganz allein verantwortlich.

Klaus Hoch kann meine Dankesworte leider nicht mehr erreichen, er verstarb vor Erscheinen des Werkes, als dessen Co-Lektor er sich verstand.

Meine Frau Inge hat im Laufe der vielen Jahre mein Engagement in allen Facetten stets mitgetragen und mir immer ihre unterstützende Begleitung zukommen lassen. Ihr spreche ich meinen ganz besonderen, tiefen Dank aus für ihren bewundernswerten und höchst effektiven Arbeitseinsatz, für ihre hilfreichen Denkanstöße und nicht zuletzt für ihre Geduld, die sie oft bei der Zusammenarbeit mit mir aufbringen musste, der ich für die Dinge des Alltags oft kaum ansprechbar war.

Ein großer Dank geht zudem an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Archive. Stellvertretend möchte ich Peter Kehm mit seinen Kollegen Diether Bostelmann und Reinhold Swierkowski nennen. Sie haben mir verständnisvoll und bereitwillig zu den im Stadtarchiv Bebra gelagerten und übersichtlich geordneten Materialien Zugang verschafft; aus dem gemeinsamen Bemühen entwickelte sich schließlich ein freundschaftliches Miteinander.

Unerwähnt soll aber auch nicht die besondere Hilfestellung bleiben, die ich durch Dr. Sebastian Krafczik und sein Team vom Kreisarchiv erfuhr.
Auch Ralf Wassermann, dem Büroleiter im Rotenburger Rathaus, bin ich für sein besonderes Engagement zu Dank verpflichtet.

In gleicher Weise geht mein Dank an die Mitarbeiterinnen des Rotenburger Medienzentrums, die mir die Fernleihe neuester Fachliteratur stets kompetent und in unermüdlichem Eifer ermöglicht haben.

Reichliche finanzielle Zuwendungen haben die Drucklegung dieses umfänglichen Buches unterstützt und es ermöglicht, mit einem günstigen Verkaufspreis eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dies ist mir angesichts aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen besonders wichtig.
Für ihre finanzielle Unterstützung des Drucks dieses Buches habe ich den im Folgenden aufgeführten Institutionen meinen Dank auszusprechen:

- Magistrat der Stadt Bebra
- Magistrat der Stadt Rotenburg an der Fulda
- Landkreis Hersfeld-Rotenburg und dessen Kulturstiftung
- VR-Bankverein Bad Hersfeld-Rotenburg
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Bad Hersfeld-Rotenburg
- Geschichtsverein Altkreis Rotenburg

In besonderer Weise haben die nachfolgend genannten Privatpersonen als Sponsoren das Erscheinen dieses Buches unterstützt, in alphabetischer Reihenfolge:
Brigitte Beisheim, Betsy Block-Linz, Paulette Buchheim, Hanne und Wolfgang Ellenberger, Ralf Ermel, Dr. William Gans, Anita Gleim, Karl Honikel, Myron Joshua, Wilhelm Jung und Barbara Walter-Jung, Bert Katz, Carlos Katz, Raimond Mahr, Wilfried Pfister, Dr. Friedhelm Röder, Hans-Helmuth Schweitzer, Jon Shayne, Ellen und Zvi Stepak, Libby und Moshe Werthan.

Wie bereits auf Seite 4 zum Ausdruck gebracht, gilt dieses Buch dem Andenken der Frauen, Männer und Kinder, denen Bebra und Rotenburg einst Heimat war — Menschen, die ausgegrenzt, entrechtet, beraubt, vertrieben und von denen viele ermordet wurden. Und dies nur, weil sie Juden waren, und denen in ihrer Not nur ganz wenige beistanden.

Die Namen von 82 ermordeten jüdischen Menschen aus Bebra stehen auf der 2016 geschaffenen Tafel, die jetzt einen markanten Platz auf einem Stelenfeld von 11 sinntragenden Stahlsäulen vor dem Rathaus in Bebras Stadtmitte gefunden hat.
Die Gedenktafel in Rotenburgs Jüdischem Museum nennt sogar 144 Holocaustopfer, für die die Stadt an der Fulda einst Heimat war.

Ich hege die stille Hoffnung, dass mein Buch eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ebenso schärfen kann wie den Blick auf die Gegenwart und das zeitlich vor uns Liegende.

Heinrich Nuhn, Rotenburg a. d. Fulda, im Juni 2025

Kurt Meyer
Nachwort zur 2. Auflage

Wer glaubt, über Verfolgung, Ausgrenzung und Ermordung jüdischer Menschen in Hitlerdeutschland Bescheid zu wissen, wird durch dieses Buch „eines Besseren“ belehrt. Es war alles noch schlimmer, chaotischer, willkürlicher und zugleich organisiert, gewollt, gesteuert, sodass es lange Zeit brauchte – 1945 bis heute – bis den Verantwortlichen, den Tätern, Mitläufern, ja, dem ganzen deutschen Volk die Rolle in einem Zivilisationsbruch nachzuweisen war, der im Völkermord endete. *„Es kostet viel Selbstdisziplin, um bei der Lektüre der entsprechenden Anordnungen und Verbote (gegen die Juden) die eigene Erregung in Grenzen zu halten*", schreibt Heinrich Nuhn auf Seite 362 seines 668 Seiten umfassenden - man darf sagen - Lebenswerkes.

Das Buch „Tage des Wahnsinns“ geht dem Leser unter die Haut, auch wenn er sich jahrzehntelang bereits mit dem Thema der Judenverfolgung auseinandergesetzt hat.

Der Titel gibt den Anspruch Heinrich Nuhns und seine Leistung nur ungefähr wieder, denn der Zusatz „Was davor und danach geschah“ bezieht sich nicht nur auf die Tage des November-Pogroms („Reichskristallnacht“) 1938.

Nuhn gelingt es, ausgehend von den Verhältnissen und Ereignissen der Kleinstädte Bebra und Rotenburg an der Fulda, aufzuzeigen, wie sich im gesamten Zeitraum von 1933 bis 1945 die Ausgrenzung und schließlich Ermordung der Juden in Deutschland vollzogen hat. Der Autor geht jedoch mit seinen Recherchen über das Jahr 1945 hinaus. Er schildert den langsamen Wiederaufbau der jüdischen Nachkriegsgemeinde in Bebra, die schwierige und gescheiterte Rückkehr der Juden nach Rotenburg und Bebra. Er macht deutlich, dass die in Spruchkammerverfahren nach dem Krieg und die Landgerichtsprozesse von 1946 - 1949 den Opfern vor Ort nicht gerecht geworden sind.
„An die Spitze der breiten gesellschaftlichen Protestbewegungen gegen die Entnazifizierung setzten sich die Kirchen.“ Als sich der Ost-West-Konflikt (1948) verschärfte, war fast jedes Mittel recht, um die Entnazifizierung zu liquidieren“, zitiert Nuhn die Historikerin Rauh-Kühne aus ihrem Buch „Die Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft“. Und er gibt den Historiker Wolfgang Benz wieder mit der Feststellung, spätestens seit 1948 sei auf der Seite der westdeutschen Bevölkerung der Elan verschwunden, die Reste des Nationalsozialismus zu beseitigen.

Beide Zitate machen deutlich, was u.a. Nuhns Buch zu einem Meilenstein der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung macht und es aus der Fülle der Bücher über die Ereignisse vor Ort, die Ortsgeschichten, heraushebt, die es in ganz Deutschland gibt. Nuhn ist akribisch, detailversessen und hat offensichtlich auch die weitesten Zusammenhänge, die unscheinbarsten Quellen vor Ort und in den entsprechenden Archiven in Marburg, Wiesbaden und anderswo aufgespürt.

Zugleich ordnet er seine Befunde durchweg in die allgemeine Literatur über den Hitler-Staat ein, was nicht nur das umfangreiche Literaturverzeichnis beweist. Nuhns Buch liest sich nicht nur für den interessierten Historiker, sondern auch für den Laien, trotz persönlicher Erschütterung, wie ein Geschichtsbuch über das „Dritte Reich“, das die Lektüre vieler anderer Allgemeindarstellungen ersetzen kann. Er korrigiert oder bestätigt renommierte Autoren wie Ian Kershaw, Peter Longerich, Hans Momsen oder z. B. Richard Evans, noch bevor dessen 2024 erschienenes Buch „Hitler’s People“ 2025 ins Deutsche übersetzt erscheint. In gleicher Weise setzt er sich mit Autoren auseinander, die sich mit den Ereignissen vor Ort befasst haben. Er führt noch so entfernt liegende Quellen an, geht anhand von Briefen, Tagebüchern und ungedruckten Erinnerungen den Spuren nach, um an die Taten der Täter ebenso zu erinnern wie an jüdisches Leben.

Unter der Überschrift „Phase des Schweigens und Wende ab 1970er Jahre“ schildert Nuhn den Übergang von der Zeit des Verdrängens bis hin zur Aufarbeitung der jüdischen Geschichte in Rotenburg und Bebra bis zur Gegenwart. Er stellt - wohl aus Bescheidenheit - nicht deutlich genug heraus, dass er eigentlich für alle vor Ort stattfindenden Erinnerungen an das jüdische Leben der Hauptinitiator war, auch wenn die Beschäftigung mit den Juden in Rotenburg mit einer evangelischen Schülergruppe ihren Anfang nahm. Die Restauration der Mikwe, des jüdischen Ritualbades in Rotenburg, die Errichtung und jahrelange Betreuung des Jüdischen Mu-

seums, die Verlegung von Stolpersteinen, die Einrichtung eines Geschichtsmuseums in der Jakob-Grimm-Schule, die zu einer Publikation führende Erinnerung an den Jüdischen Friedhof in Rotenburg, die Aufstellung einer Vitrine, seien hier nur stellvertretend für das außergewöhnliche Engagement von Heiner Nuhn genannt. Es ist aber genau seine sich daraus ergebende Kenntnis der jüdischen Geschichte über Jahrhunderte bis in die Gegenwart, die dieses Buch besonders macht. Mit zahlreichen Quellen und Bildmaterial versehen, auf die auf der betreffenden Seite Bezug genommen wird, liest es sich viel anschaulicher und leichter als ein durchgehender Text eines historischen Sachbuches, wenn man von den niederdrückenden Inhalten absieht.

„Juwel lockt Tausende“ überschreibt die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine Zeitung einen Artikel anlässlich des „Tages des offenen Denkmals“ 2008. Er erinnert daran, dass das Museum seit der Eröffnung im Jahre 2006 über 3000 Besucher zu verzeichnen hat und zu einem Ort der Begegnung geworden ist. Nuhn gibt diesen Artikel in seinem Buch wie auch andere wieder, die inzwischen zu Quellen der Erinnerungskultur in Deutschland geworden sind. *„Herzlichen Dank für diese interessante und mit viel Herzblut vorgetragene Führung“,* schreibt die Kolpingfamilie Kassel im Gästebuch. Wohl aus Bescheidenheit verschweigt Nuhn, dass er zusammen mit seiner Frau Inge, die das Mikwe-Museum mit ihm aufgebaut hat, zu Hause und privat im Laufe der Jahrzehnte hunderte von jüdischen Menschen empfangen, bewirtet und auch beherbergt hat. Ihnen wurde Rotenburg, die Heimatstadt ihrer Vorfahren, zu einer erneuten Begegnung, die sie oftmals unausgesprochen denken ließ: *„Wir mögen verzeihen, vergessen können wir nie.“*

Heinrich Nuhns Empathiefähigkeit, die ehemalige jüdische Mitbürger aus aller Welt wieder nach Rotenburg kommen lässt, verführt ihn nicht dazu, das, was gewesen ist, nicht mit aller wissenschaftlichen Sachlichkeit, Gründlichkeit, und dann wiederum auch Ausgewogenheit darzustellen, wenn es erforderlich ist.

Das Buch beginnt mit einem „Paukenschlag“. Der „Heimatforscher“ Nuhn stellt sich gegen Teile der historischen Zunft und auch der Publizistik, wenn er durch aufwändige und akribische Studien nachweisen kann, dass es vor dem Abend des 9. November weder von Goebbels noch von anderen hessischen NS-Führungsspitzen Anweisungen für das gegeben hat, was sich am Abend des 7. November und in der Nacht zum 8. November in Bebra und Rotenburg abgespielt hat. Nuhn kann nachweisen, dass die Pogrome des 7. und 8. November ohne das Zutun Goebbels abliefen.

Verantwortlich war Heinrich Gernand als Gau-Propagandaleiter, in jenen Novembertagen die Nummer 1 in der Parteizentrale der Kurhessischen NSDAP. Gernand verfügte über alte Verbindungen zum NS-Kreisleiter in Rotenburg und Bebra. Er konnte sich auf die dortigen Aktivisten verlassen. Sie warteten nur darauf, ihren Einsatzwillen und ihre Gefolgschaftstreue unter Beweis zu stellen.

Ernst Eduard vom Rath, Botschaftssekretär an der deutschen Botschaft in Paris, der am 7. November 1938 von dem Juden Herschel Grynszpan angeschossen worden war, starb am Mittag des 9. November. Erst an diesem Abend kam es zu den Befehlen, die von Goebbels ausgingen und dazu führten, dass überall in Deutschland die Synagogen brannten, jüdische Nachbarn in ihren Häusern und Wohnungen überfallen, herausgezerrt, gedemütigt und gequält wurden. Ihr Hab und Gut wurde zerstört und geplündert. Mehr als 100 jüdische Bürger fanden den Tod und mehr als 30.000 Männer wurden in Konzentrationslager verschleppt.

Bedenkenswert ist die auf der Rückseite des Buchcovers zitierte Einschätzung des Kasseler Historikers und Erziehungswissenschaftlers Dietfrid Krause-Vilmar: *„Hätte es dieses Vorpreschen im Gau-Kurhessen nicht gegeben - wer weiß, ob der Pogrom, wie er dann reichsweit organisiert wurde, durchgeführt worden wäre.“* Sicher ist, dass Goebbels nach den Vorgängen in Rotenburg und Bebra reagieren musste, um die Fäden in der Hand zu behalten und die Deutungshoheit nicht zu verlieren, nachdem der „Volkszorn“, den er sich laut Tagebuch gewünscht hatte, in Nordhessen seinen Lauf genommen hatte.

Heinrich Nuhn ehrt die drangsalierten jüdischen Mitbürger von damals, wenn er auf 44 Seiten die Tatorte Rotenburg und Bebra skizziert und im Einzelnen die Häuser und die Namen der Familien nennt, die von den Pogromen an den vier Novembertagen betroffen waren. Insgesamt wurden allein in Rotenburg 22 Gebäude und die Synagoge in Mitleidenschaft gezogen.

Er nennt die Namen der Opfer und die der Täter, soweit man ihrer habhaft werden konnte. Er stellt

Aussagen von Opfern und Tätern gegenüber, soweit diese sich nach 1945 in Spruchkammerverfahren und vor Gericht verantworten mussten. Wachtmeister Temme am 5. März 1947 vor dem Amtsgericht in Rotenburg: *„Ich hatte in meiner Hand ein kleines Beil. …. Ich möchte betonen, dass ich in dem Haus des Juden Rothschild nichts angefasst oder beschädigt habe. … Als wir hinkamen, war schon alles zertrümmert und zerschlagen."*

In Bebra waren 16 Häuser und die Synagoge betroffen. Kurt Rehs in der Landgerichtssitzung am 17.12.1946: *„Den Befehl am ersten Abend uns an der Judenaktion zu beteiligen, habe ich so aufgefasst, dass die Fenster zertrümmert werden sollten. Ich habe dementsprechend bei Levi Fenster eingeworfen. Der Kreisleiter hatte ja ungefähr folgendermaßen gesagt: Vergeltung üben, Fenster einschmeißen."*

Nuhn findet heraus, dass viele Täter vom 9. und 10. November sprechen, offenbar weil sie sich nicht erinnern können oder aber um den Ausbruch des Wahnsinns bereits am 7. und 8. November zu verschleiern.

Wie konnte es dazu kommen? Nuhn schildert den Weg der Nationalsozialisten zur Macht, wie er sich beispielhaft für ganz Deutschland in Rotenburg und Bebra vollzogen hat. Wie mit dem Antisemitismus als Kern der NS-Ideologie, begleitet z. B. von der örtlichen Presse, die beiden Kleinstädte zu einer „sich selbst überwachenden Gesellschaft" wurden. Man fasst es mit dem heutigen Bewusstsein nicht, aber auf allen Ebenen, in den Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen, wurde die Gleichschaltung geradezu freiwillig praktiziert und von dem größten Teil der Beteiligten begrüßt. Obwohl der Vorsitzende des Bebraer Fußballvereins Georg Kaufhold noch am 22. Januar, also vor der Regierungsübernahme durch Hitler, gewählt worden war, wurde für den 17. Juni 1933 eine außerordentliche Jahreshauptversammlung veranlasst und mit dem Punkt 1 der Tagesordnung der Zweck der Einberufung deutlich gemacht: *„Durchführung* (man glaubt es nicht! - d. V.) *der Gleichschaltung in unserem Verein und diesbezügliche Änderungen der Satzungen."*

Nicht zu fassen ist die Drangsalierung der jüdischen Bevölkerung und die damit verbundene Gängelung der Deutschen, die sich einer solchen Behandlung widersetzten - längst vor der berühmt gewordenen sogenannten „Kristallnacht". Am 21. August 1935 drohte Rotenburgs Bürgermeister Gustav Killian auf einer auf dem Marktplatz anberaumten „Großkundgebung" die Entlassung städtischer Arbeiter und Angestellten, die selbst oder deren Ehefrauen in jüdischen Geschäften kauften. Ein Jahr zuvor sprach er von Volksgenossen, die nicht gesehen werden wollen, wenn sie in jüdischen Geschäften kaufen. Er mahnte die örtlichen Polizisten, auf die Einhaltung der Verkaufszeiten bei jüdischen Geschäften *„ihr ganz besonderes Augenmerk zu richten".* Und auch dem Nachtwächter *„war Mitteilung zu geben". „Bemerkenswert",* so Nuhn, sei der Eifer, mit dem dieser Bürgermeister die Aufstellung von Judenschildern betrieb und sie aus städtischen Mitteln bezahlen ließ.

Im Laufe des Jahres (1935) – so Nuhn weiter – müsste eigentlich jedem Menschen klar geworden sein, welche Stellung den Juden im 3. Reich zugedacht war. An verschiedenen Stellen, durchweg auf Privatgrundstücken an öffentlichen Wegen, wurden als Juden erkennbare Spottfiguren aufgestellt und aus Steuergeldern bezahlt. Nuhn findet durch einen Brief (6. Mai 1936) des Hersfelder Landrats an die Staatspolizeistelle in Kassel heraus, dass diese Holzfiguren mit antisemitischen Aufschriften in einer Werkstatt in Bebra angefertigt wurden. Das Bebraer Tageblatt vom 11.8.1938 berichtet von jungen Frauen der BDM-Organisation „Glaube und Schönheit", die in einer Arbeitsgemeinschaft Holzschnitzen von einem Bebraer Drechslermeister angeleitet werden.

Wer sich mit dem Bewusstsein von heute darüber echauffiert, muss den Zeitgeist von damals kennen, und es ist ein großes Verdienst, dass Nuhn Quellen auftut, die längst vergessen wären, aber heute helfen das „Damals" zu verstehen. Ein Richelsdorfer Erbhofbauer, so kann der Autor anhand eines Landratsberichts vom 25.2.1936 nachweisen, „der sich schon seit Jahren, obwohl er einmal Parteigenosse war, judenfreundlich erwies und gegen die Aufstellung der Schilder gehetzt hatte", wurde für eine Woche in "Schutzhaft" genommen, weil man ihn verdächtigte, die Schilder entfernt zu haben.

Man muss einmal einen Moment innehalten und sich klarmachen, was diese Haltung, seine „Hetze" für das Leben dieses Mannes und seiner Familie in diesem Staat bedeutet hat. Welche Folgen es z. B. für den Pfarrer Werner Vockenberg aus der Gemeinde Schwarzenhasel (seit 1972 Stadtteil von Ro-

tenburg) hatte, das NS-Blatt „Der Stürmer“ von einer Anschlagtafel gerissen zu haben. Er wurde vom NS-Kreisleiter verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen.
Ab 1938 mussten sich Juden durch ein „J“ im Pass als Juden ausweisen, ab 1941 waren sie verpflichtet, in der Öffentlichkeit einen „Judenstern“ zu tragen. Die Vernichtung nahm ihren Lauf. Der Autor zeigt auf, wie konkret sich der Leser das vorzustellen hat, der in Geschichtsbüchern vielleicht ja oft nur von abstrakten Maßnahmen, von allgemeinen Gesetzen und von Phasen der Judenverfolgung gelesen hat. Nuhn gibt den einzelnen Menschen auch für diese Phase der Verfolgung ihren Namen und ihre Würde wieder. Hierzu gehören auch die Schicksale und die Namen der behinderten jüdischen Menschen in Bebra und Rotenburg. Auch hier die Einordnung: Bis zu seiner Einstellung im September 1941 kostete die Aktion T4 70.000 Menschen das Leben. Sie wurde danach auf subtilere Weise fortgeführt.

Nicht nur ihre Namen, auch die Maßnahmen gegen Juden und Behinderte werden konkret. Das Rotenburger Tageblatt pries den Film der „Ewige Jude“ als Dokumentarfilm und warb für den Besuch wegen seines „aufklärerischen“ Charakters: *„Willst du diesen Krieg gewinnen, musst du den Juden besiegen.“* Die ganze Perversion des Hasses, die perfide und schleichende Infiltration der Nazigesinnung in die Gesellschaft wird durch einen solchen Hinweis der Zeitung deutlich: Sie empfahl für Empfindsame den Besuch der Kinder- und Jugendvorstellung am Sonntag *„ohne die Bilder des jüdischen Tierschächtens“.*

Juden nicht irgendwo, sondern in Rotenburg und Bebra, waren zur Kleiderabgabe gezwungen. Schon 1940/41 durften sie sogenanntes Edelgemüse nicht mehr beziehen, *„nur Steckrüben, Weißkohl und rote Rüben waren erlaubt“.*

Mit dem Ausreiseverbot ab 1943 waren jüdische Menschen in Deutschland endgültig ihrer Vernichtung ausgeliefert. Nuhn zeigt anhand erschütternder Dokumente auf, dass an ihrer Enteignung, ihrem Verlust von Hab und Gut, an ihrer erzwungenen Einweisung in Judenhäuser, so eines gab es in Bebra 1942, alle maßgeblichen Institutionen des Staates auf Orts- und Kreisebene beteiligt waren. Die Maßnahmen waren klar und eindeutig und wurden andererseits euphemistisch verschleiert. Adolf Speier und seine Frau Berni aus Rotenburg mussten am Tag ihrer erzwungenen Reise nach Theresienstadt, die für sie nur eine Vorstufe zu den Gaskammern in Auschwitz war, 1942 einen „Heimeinkaufvertrag“ abschließen, der ihnen zusicherte „auf Lebenszeit Heimunterkunft und Verpflegung zu gewähren, die Wäsche waschen zu lassen, sie erforderlichenfalls ärztlich und mit Arzneimitteln zu betreuen und für notwendigen Krankenhausaufenthalt zu sorgen“. Perfider geht es nicht.

Nuhn lässt in der Sorgfalt seiner Recherchen an keiner Stelle nach. Er erinnert nicht nur ausführlich an jeden einzelnen jüdischen Menschen, jede jüdische Familie, die von Rotenburg und Bebra aus in die Vernichtungslager deportiert wurde. Er geht auch dem Schicksal derjenigen nach, die zunächst aus Rotenburg flohen oder in Rotenburg geboren wurden, aber von anderen Orten in Deutschland *„nach dem Osten verschickt“* wurden, und verfolgt ihren Weg, wenn es sein muss, durch ganz Europa.

Es ist eines der großen Verdienste Heinrich Nuhns, die schleichende Entrechtung der Juden, ihre Ghettoisierung und schließlich vor allem auch den Völkermord ab 1941 erklärbar zu machen. Die Behandlung der Juden – so kann er anhand vieler Quellen nachweisen – beruhte unter der Regie der geheimen Staatspolizei auf einer „reibungslosen Zusammenarbeit“ mit Gauleitung, Kriminalpolizei, Kreis- und Stadtverwaltungen, Ordnungspolizei, Finanzämtern und der Deutschen Reichsbahn. Frappierend und dennoch wahr, zitiert Nuhn die Schlussfolgerung von Konrad Kwiet aus dessen Buch „Nach dem Pogrom. Stufen der Ausgrenzung“: *„Keiner der in Deutschland eingeschlossenen Juden wusste, was sich nach dem Abtransport in den Osten abspielen würde. … Fast überall wurden die Hinweise auf den organisierten Massenmord als ‚Kriegspropaganda‘ und ‚Hirngespinste‘ beiseite geschoben, in jüdischen wie nichtjüdischen Kreisen, in Deutschland wie im Ausland.“*

Die Verschleierung war total und zugleich von einem unfassbaren Bürokratie- und Ordnungssinn begleitet. Am 25. März 1942 ließ der Rotenburger Landrat den Bebraer Bürgermeister Kraffke wissen, dass *„die Evakuierungsaktion gegen die Juden in nächster Zeit fortgesetzt“* werde. Im Schreiben der Geheimen Staatspolizei aus Kassel heißt es dazu, dass bei der Abmeldung der Juden in den Melderegistern der Meldeämter nicht der Zielort oder ein Vermerk „Evakuiert nach dem Osten“, sondern lediglich „Unbekannt verzogen“ bzw. „ausgewan-

dert“ anzuführen sei. *„Beim Verlassen der Wohnung sind die Schlüssel in Briefhüllen dem zuständigen Finanzamt zuzustellen.“*
All dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, aber Heinrich Nuhn hält fest, ordnet ein, registriert, dokumentiert und stellt mit Bezug auf die maßgebliche Literatur immer wieder seine Beobachtungen in einen allgemeinen Zusammenhang. Er zitiert den am Schluss des Krieges in ein „Judenhaus“ verbannten Romanisten Victor Klemperer, der am 28. November 1942 in seinem Tagebuch festhält: *„Man weiß nichts Genaueres, nicht wen es trifft, nicht wann, nicht wohin. Täglich Nachrichten aus verschiedensten Städten, Abgang großer Transporte, Sistierungen, dann wieder Abgang, mit Sechzigjährigen, ohne Sechzigjährige, alles scheint Willkür.“*

Nuhn hätte hier auch Raul Hilberg anführen können, dessen Standardwerk, „Die Vernichtung der europäischen Juden“ er in seiner Literaturliste anführt. Hilbergs grundlegende Forschungen wurden in Deutschland lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen, um nicht zu sagen unterdrückt. Der Holocaust war für Hilberg und später für die von ihm beeinflussten ForscherInnen ein dezentraler, arbeitsteiliger, prozesshafter und komplexer Vorgang. Genau dies hat Heinrich Nuhn in seinem fundamentalen Buch anhand der Städte Rotenburg und Bebra nachgewiesen.
In seinem mit Herzblut geschriebenen Werk bleibt der Autor dennoch immer sachlich und wird angesichts ungeheurer, ja perfider Zusammenhänge, auf die er hinweist, um den Mord an den Juden zu erklären, nicht einseitig in seiner Darstellung. Er nimmt auch wahr, dass es Menschen gegeben hat, die sich dem Terror der Nazis nicht unterworfen haben, die 1938 weiterhin bei Juden eingekauft und ihnen geholfen haben. So weist er darauf hin, dass die Drogerie Becker in Bebra eines der wenigen Geschäfte ohne die von der NSDAP geforderten Schilder mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“ oder „Juden unerwünscht“ gewesen ist. Hierzu gehört auch Nuhns Hinweis auf den Bebraer Bürgermeister Werner Schwichtenberg, der, obwohl Parteimitglied, sich anders als andere Bürgermeister verhalten habe. Schwichtenberg habe sich *„kurz gesagt, sehr fein und nobel gegen die Juden benommen“* zitiert Nuhn aus einem Brief von Levi Oppenheim vom 26. August 1949 aus New York.
Es gehört zu dem wohldurchdachten Aufbau des Buches und ist dem feinen Gespür des Autors geschuldet, dass er zum Schluss nicht das letzte Wort haben möchte. Er gibt in einem „Anhang Berichte von Betroffenen“ Stimmen überlebender Juden nach ihrer Verschleppung nach Buchenwald wieder, da die nach Auschwitz, Riga und Sobibor Deportierten nicht mehr Zeugnis ablegen konnten.
Nuhn findet alles. Walter Fackenheim (später Walter C. Frank) schreibt in seinem 1995 in New York erschienenen Buch „People Events Stories, A Personal History 1920 - 1947“: *„Es gab* (sieben Stunden nach der Ankunft in Buchenwald, d. V.) *keine Toiletten. Seiner Notdurft musste man dort, wo man sich gerade befand, nachkommen, ohne die sanitären Errungenschaften der zivilisierten Welt. Wir waren nicht mehr in der zivilisierten Welt. Wir waren in Buchenwald, in der Hölle. … Der gesamte Lagerbereich, in dem wir eingepfercht waren, verwandelte sich in eine Kloake. Es gab kein Toilettenpapier, es gab kein Wasser zum Waschen, es gab überhaupt kein Wasser. Jetzt waren dort fast 10.000 Männer mit Durchfall.“* Der Leser fragt sich betroffen, wie ein solches Erlebnis das eigene Leben wohl für immer verändert hätte.

Am 1. Mai 1935, am Tag der nationalen Arbeit, traf sich die NS-Frauenschaft Rotenburgs an der Rathaustreppe am Marktplatz in Rotenburg, da der von ihnen hergestellte monumentale Teppich öffentlich vorgestellt wurde. Der Teppich hing von 1935 bis März 1945 in der Rotenburger Jakobikirche. Seit 2010 wird er als überzeugender und anschaulicher Nachweis für das große Ausmaß der Identifizierung der deutschen Bevölkerung mit der NS-Führung im Deutschen Historischen Museum in Berlin ausgestellt. Auf dem Teppich ist in der Mitte eines Kreuzes die Jakobikirche zu sehen. In seinen Balken marschieren eine Gruppe unterschiedlich gekleideter Frauen, uniformierte Hitlerjungen, Männer in SA-Uniform und uniformierte BDM - Mädchen auf die Kirche zu. Am Turm der Kirche hängen drei Fahnen, die Kirchenfahne, die Hakenkreuzfahne, die schwarz-weiß-rote Fahne des 1918 untergegangenen Kaiserreiches. Erst Monate später, am 15. September 1935, wurde das „Reichsbeflaggungsgesetz“ erlassen, das unter Strafandrohung die Hakenkreuzfahne an besonderen Feiertagen vorschrieb.
Nuhn wertet die Hakenkreuzfahne auf dem Rotenburger Teppich als Beispiel für „vorauseilenden Gehorsam“ in der damaligen deutschen Gesellschaft und zitiert Ian Kershaws Satz „Dem Führer entge-

genarbeiten“, der auf die verbreitete Mentalität hinweist, die Hitler entgegenschlug. Dass Nuhn ein Foto des Rotenburger Teppichs großformatig auf das Cover seiner Veröffentlichung gesetzt hat, lässt sich auch als eine Antwort auf die Frage verstehen, der er in diesem Buch nachgeht: Wie konnte es geschehen?
Nuhn hat diesen langsamen und schleichenden Prozess in die Unmenschlichkeit im Hitler-Staat dokumentarisch abgesichert beschrieben. Ihm gelingt etwas, wofür der Historiker Karl Schlögel mit dem Preis des deutschen Buchhandels gewürdigt worden ist. Schlögel zeichnet, immer wieder ausgehend von einzelnen Gegenständen, nahezu unscheinbaren Beobachtungen ein Bild der Sowjetgesellschaft. Nuhn gelingt, heruntergebrochen auf die Orts- und Alltagsgeschichte zweier deutscher Kleinstädte, etwas Ähnliches. Der Rotenburger Teppich ist nur ein Beispiel dafür.

Zwei Anmerkungen, warum Bücher wie „Tage des Wahnsinns“ 80 Jahre nach Kriegsende erscheinen und weiterhin erscheinen müssen: In seinem Buch „Abgehört“, in dem Söhnke Neitzel die Gespräche gefangener deutscher Generäle in „Trent Park“ nahe London wiedergibt, hat er dieses Gespräch nicht veröffentlicht, aber mir zukommen lassen. Mein Vater, Kurt Meyer („Panzermeyer“), Generalmajor der Waffen-SS, erwähnt im heimlich abgehörten Gespräch mit einem der mitinhaftierten Generäle, dass er selbst auch „jüdisches Hausgut“ besessen habe.
Dies und vieles andere war in meiner Familie so wenig wie in anderen deutschen Familien Gegenstand der „Familienerzählung“ und ist u.a. auch ein Thema von Nuhns Buch. Es leistet das, was Zachary Gallant und Katharina F. Gallant in ihrem 2024 erschienenen Buch „Entnazifiziert euch“ einfordern: *„Was Deutschland wirklich braucht, ist eine Aufarbeitung der Aufarbeitungskultur“.*
Die Gallants erklären, wie oberflächlich die Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt wurde und wie wenig sie mit den jüdischen Opfern der Nazi-Zeit zu tun hatte. Es wird deutlich, dass die Profite der Nazis noch heute die deutsche Gesellschaft prägen, von der Wirtschaft über kulturelle Veranstaltungen bis hin zur interreligiösen Bildung und tagespolitischen Fragen.
Als ehemaliger Lehrer für Deutsch und Geschichte, der 1972 als Referendar an die Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg an der Fulda, gekommen war, machte ich bei der Lektüre des Buches von Heinrich Nuhn eine beklemmende Erfahrung. Mir begegneten in „Tage des Wahnsinns“ die Familiennamen meiner Schülerinnen und Schüler und Namen, die mir auch aus anderen gesellschaftlichen Umfeldern in der Kleinstadt bekannt waren.

Mir wurde bei der Lektüre bewusst, wie sehr die familiären und örtlichen Verknüpfungen mit der Zeit des 3. Reiches über Jahrzehnte noch immer unausgesprochen eine Rolle spielten, sich Haltungen und Meinungen über Jahrzehnte nach 1945 erhalten haben. Als ich einmal, längst vor der „Wehrmachtsausstellung“, einen Text des Historikers Wette über den Russlandfeldzug im Geschichtskurs las, kam als Reaktion die Meinung einer Schülerin, die ihren Vater zitierte: *„Das stimmt doch alles gar nicht.“*

Heinrich Nuhn nennt in seinem Buch die Namen der damals für die Verfolgung der Juden Verantwortlichen und er bricht damit mit einem lange eingehaltenen Tabu. Es ist sein Verdienst, auch in dieser Hinsicht einen notwendigen Beitrag geleistet zu haben. Die „Wahnsinnstage“ in Rotenburg und Bebra sind 1938 nicht vom Himmel gefallen, waren nicht von Hitler allein zu verantworten, sondern von vielen Menschen. Sein Buch verdient es nicht nur, in Rezensionen besprochen, sondern von vielen Lesern zur Kenntnis genommen zu werden. Es hat auf Grund der vom Verfasser herausgearbeiteten „Vorgänge“ in zwei deutschen Kleinstädten während der Hitlerzeit repräsentative und überregionale Bedeutung für Fragen, die sich bis heute stellen und wahrscheinlich nie in Gänze beantworten lassen. Wie war es möglich, welche Schlussfolgerungen ziehen wir, die Nachgeborenen, und was hat diese Zeit damals noch immer mit uns zu tun?

Man legt ein Buch wie „Tage des Wahnsinns“ angesichts des gegenwärtigen Weltenwahns mit Erschütterung beiseite. Der Leser wird es nicht los, weil er vermuten darf, dass die Gegenwart in einem inneren Zusammenhang steht mit einer Zeit, die wir, so zeigt Nuhns Buch, nicht vorschnell „Vergangenheit“ nennen dürfen.
„Wer vergangenes Leid und Unrecht vergegenwärtigt, ist auch offen für heutiges Leid und Unrecht“, so Nuhns allerletzter Satz in seinen „Schlussbemerkungen“ und er zitiert zuvor Primo Levi, der Auschwitz überlebt hat: *„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“*

Zwei Tage vor Goebbels´ Befehl

Heinrich Nuhn liefert neue Erkenntnisse zu Novemberpogromen 1938 in der Region

Bebra/Rotenburg – Die Novemberpogrome von 1938 ereigneten sich in Kassel, Bebra und Rotenburg schon in der Nacht vom 7. zum 8. November, während die Nazis im übrigen Deutschen Reich erst am 9. November Synagogen, Wohnungen und Geschäfte der jüdischen Bevölkerung zerstörten, die Menschen demütigten und quälten.

So schildert Henny Rothschild, die mit Familie am Rotenburger Markt 9 wohnte, die Schreckensnacht vom 7. auf den 8. November 1938 in einem Bericht an ihre Familie: „Genau um 12 Uhr nachts schon fing es bei uns an. Die Fenster wurden eingeschlagen bis oben im Speisezimmer vermittels Feuerwehrleitern, unten Parterre die angeschraubten Schalter mit Äxten zerhauen, Pflastersteine flogen in unsere Betten, aus denen wir nur noch mit Mühe und Not im allerletzten Augenblick herauskamen, eine solche Nacht möchte ich nie wieder erleben. … Was soll ich Euch sagen, es blieb nicht ein Haus verschont, wo nicht eingeschlagen wurde, ebenso in Bebra und in Baumbach. Das geschah auf Kommando eines Kreisleiters (Erich Braun), aber anderen Tages auch im übrigen Hessen, das sich im November besonders unsterblich gemacht hat." Und weiter: Nachts waren auf dem Steinweg alle Thorarollen verbrannt worden. Das „traf uns alle wie ein Schlag, das war uns das Ärgste", so erinnert sich Henny ein knappes Jahr später, als sie mit Mann und Sohn in der Nähe Rotterdams auf das Einreisevisum in die USA wartet.

Neben den Zerstörungen und Plünderungen wurden viele jüdische Menschen gedemütigt und misshandelt: So musste der Bebraer Levi im Wirtshaus auf dem Tisch tanzen und singen, seine Frau Martha wurde vergewaltigt. Aus Verzweiflung schnitt sie sich die Pulsadern auf. Sie überlebte, wurde aber knapp vier Jahre später ebenso wie ihr Mann Leopold in den Gaskammern von Auschwitz ermordet.

In seinem 3,5 Kilogramm schweren, aber vor allem auch inhaltlich gewichtigen Werk „Tage des Wahnsinns", hat der Geschichtsforscher Dr. Heinrich Nuhn das Geschehen der Novemberpogrome in Bebra und Rotenburg umfassend aufgearbeitet. Mit zahlreichen Fotos, Zeitungsausschnitten, Abbildungen von Briefen, Dokumenten und Protokollen der Gerichte illustriert, beschreibt er den Schrecken dieser Tage, aber auch, was zuvor und danach geschah. Entstanden sei ein „bewegendes Bild jüdischen Lebens und der Alltagskultur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts", so schreibt Professor Hans-Ulrich Thamer in seinem Vorwort zu Nuhns Werk.

Dabei sei Nuhn durch aufwendige Recherche der Nachweis gelungen, „dass der Auslöser der nächtlichen antijüdischen Gewalt die NS-Gauführung beziehungsweise der Gaupropagandaleiter in Kassel war, der über alte Verbindungen zu dem NS-Kreisleiter in Rotenburg und Bebra verfügte und diese (…) auf die Nachrichten aus Paris eigenständig aktivierte", so erklärt der aus Rotenburg stammende Historiker Thamer (Münster) weiter. In Paris in der deutschen Botschaft hatte der jüdische Jugendliche Herschel Grynszpan ein Attentat auf Legationssekretär Ernst vom Rath verübt, Anm. d. Red.

Die Annahme, es habe einen Befehl von „ganz oben" für die Gewalt gegen die Juden gegeben, widerlegt Nuhn in seiner großen Studie zu den Abläufen in Nordhessen, dem damaligen Gau Kurhessen mit Kassel als Zentrale. Es habe sich vielmehr um eine eigenständige Initiative lokaler Nationalsozialisten gehandelt, die sich erst mit den abendlichen Befehlen des 9. November, die von Goebbels ausgingen (…), als Vorbild bestätigt und bestärkt fühlen konnten.

Einer der zahlreichen Beweise für diese These ist eine Erklärung von Alfred Kamprath (Bebra). Der damals 26-jährige Heilpraktiker gab an, am 7. November 1938 abends im Gasthaus Röse gewesen zu sein. Er sah „im Nebenraum Erich Braun, Heinrich Gernand, Propagandaleiter, und andere Herren aus Kassel, die mir nicht bekannt waren". Kurze Zeit später habe sich der ganze Raum mit Männern in braunen Uniformen gefüllt. Kamprath schloss „aus dem Benehmen der Herren, dass irgendeine Aktion im Gange sei."

Dass die Taten auch in der normalen Bevölkerung häufig auf Zuspruch stießen, zeigt der Bericht von Büroleiter Finke in der Rotenburger Stadtchronik. Eine erregte Menschenmenge sei am 7. November 1938 durch die Stadt gezogen mit den Rufen: „Juda verrecke! Nieder mit den Juden!" Am nächsten Tag „glaubten sogar die Schulkinder, die Aktion fortführen zu müssen. Das Ziel der Kinder war vor allem die Synagoge", so berichtet Finke weiter.

Es gab wenige Menschen, die den gedemütigten Nachbarn halfen. So reiste Lisbeth Brandau (Rotenburg) der nach Göttingen geflohenen Familie Rothschild nach, um sie zu informieren. Margarete Gast-Cavalier (Bebra), damals 26 Jahre alt, wagte an ihrer Arbeitsstelle zu sagen: „So ein Reich will 1000 Jahre bestehen, was so ein Unrecht zulässt." Sie wurde verpfiffen und fristlos entlassen.

GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN



Straße der SA hieß die Breitenstraße in Rotenburg von 1935 bis 1945. Zu „Hitlers Geburtstag" am 20. April 1939 war sie mit Hakenkreuzen geschmückt. FOTOS: STADTARCHIV



Martha Levi schnitt sich die Pulsadern auf, nachdem sie in der ersten Pogromnacht in Bebra vergewaltigt worden war.



Am Tag nach den ersten Pogromen: Schulkinder besichtigen das zerstörte Haus Oppenheim an der Nürnberger Straße 26 in Bebra.



Im Hakenkreuzschmuck: Das Bild zeigt die Nürnberger Straße in Bebra und stammt aus dem Jahr 1934/35. Die Nazi-Flaggen wehten. FOTOSAMMLUNG KARIN SONNTAG

ZU DEN PERSONEN

Drei spielten eine besondere Rolle

Heinrich Gernand stammte aus Bebra, sein Vater war Lokomotivführer. Er war 1929 in den NS-Studentenbund eingetreten, wurde 1932 Kreisleiter in Fulda, später Gaupropagandaleiter Kurhessen in Kassel. Laut Nuhns Recherchen war Gernand in jenen Novembertagen die Nr. 1 in der Parteizentrale der NSDAP in Kassel. Er sei so in der Lage gewesen, über seinen engeren Bereich hinaus in Aktion zu treten. Derweil hielt sich die ihm vorgesetzte NS-Leitung in München auf, wo am 9. November der 15. Jahrestag des NSDAP-Putschversuchs 1923 groß gefeiert werden sollte.

Erich Braun war der Rotenburger Kreisleiter, wohnte in Bebra, und hat sich ebenso wie der Fuldaer Kreisleiter Karl Ehser in Vernehmungen nach Kriegsende auf Anrufe aus Kassel bezogen: Man sei am 7. November 1938 zu „antijüdischen Maßnahmen" aufgefordert worden. So sollten „die Judenhäuser sofort auf zersetzendes Schriftmaterial, nazifeindliches Propagandamaterial und Schwarzsender durchsucht" und die Geschäftsbücher sichergestellt werden. „Von irgendwelchen Plünderungen, Misshandlungen, Anstecken von Synagogen war nicht die Rede", gab Braun in Vernehmungen zu Protokoll.

Gustav Dörr (Rotenburg), Fuhrunternehmer und SA-Scharführer, war einer der Haupttäter. So berichteten Augenzeugen, wie er mit schwerem Hammer die Wohnungen jüdischer Familien demolierte, Möbel und Hausrat aus den Fenstern warf. Am nächsten Tag wurde an der Fulda alles verbrannt. Dörr tat sich hervor, als er bekleidet mit einem jüdischen Totenhemd – einem Kultgegenstand aus der Synagoge – und Zylinder auf dem Kopf auf einer Pferdekutsche durch die Stadt fuhr und so tat, als ob er aus der Thora lese. Das war selbst dem örtlichen SA-Führer zu viel, doch Dörr meinte „dass bei dem heutigen Festtag das auch erlaubt sein müsste." (Zitat aus dem Landgerichtsverfahren). Dörr gilt auch als Urheber des Pogroms in Heinebach.

DER AUTOR



Heinrich Nuhn, 1938 in Niederaula geboren, legte sein Abitur an der Klosterschule in Bad Hersfeld ab und kam 1966 als Lehrer für Englisch und Deutsch an die Jakob-Grimm-Schule Rotenburg. Seit seiner eigenen Schulzeit beschäftigt sich Nuhn mit der NS-Zeit. Er ist zudem Initiator und Kurator des Jüdischen Museums in der ehemaligen Mikwe in Rotenburg.

Novemberpogrome starteten in Bebra und Rotenburg früher

Heinrich Nuhn hat nicht nur zu den Novemberpogromen alle verfügbaren Quellen ausgewertet, sondern auch die Zeit von 1933 bis 1938 in den Blick genommen. Er befasst sich ebenso mit den Jahren nach den Pogromen, mit dem Mord an jüdischen Behinderten und den Deportationen, die überwiegend von Kassel aus in die Vernichtungslager führten. 82 Bebraner und 144 Rotenburger Juden wurden dort ermordet. Der Autor hat für Schulen, aber auch für Touristen und andere Stadtrundgänge konzipiert. Auf 43 umfangreich bebilderten Seiten mit Karten führt er zu den einstigen Tatorten in Bebra und Rotenburg.

Nuhn dankt seinen vielen Unterstützern und Sponsoren aus aller Welt, darunter seiner Frau Inge Nuhn, den Archivaren und Bürgermeistern sowie Landrat Torsten Warnecke.

Heinrich Nuhn, „Tage des Wahnsinns" – Bebra und Rotenburg an der Fulda als Vorreiter bei den Novemberpogromen 1938 und was davor und danach geschah", Verlag AG Spurensuche, 670 Seiten, 25 Euro. ISBN 3-933734-19-8/LG-HN – Der Umschlag zeigt ein Foto des Wandbehangs, der von 1935 bis 1945 in der Jakobikirche Rotenburg hing.



Buchvorstellung am Dienstag im Bebraer Rathaus

Bebra – Eine Buchvorstellung findet am Dienstag, 26. August ab 18 Uhr im Rathaus in Bebra statt. Neben dem Autor Dr. Heinrich Nuhn sprechen Pfarrer Bernd Kappes zum Thema „Meine Bebraer Familie in den Jahren der NS-Herrschaft" und die Bürgermeister Knoche und Weber.

Wusstest du das, Oma?

Novemberpogrome in der Region – Buchvorstellung „Tage des Wahnsinns"

Bebra – Ein Schwergewicht ist am Dienstagabend in Bebra vorgestellt worden: 3,5 Kilogramm Geschichte von Bebra und Rotenburg. Die November-Pogrome 1938 und die Vorreiterrolle der hiesigen Region hat Dr. Heinrich Nuhn in seinem Buch „Tage des Wahnsinns" umfassend recherchiert, ebenso was davor und danach geschah. Vor rund 120 Interessierten, die der Bebraer Rathaussaal kaum fassen konnte, erklärte Bebras Bürgermeister Stefan Knoche, der Autor habe etwas für die Nachwelt geschaffen und den ehemaligen jüdischen Einwohnern der Region wieder ein Gesicht gegeben.

Besonders eindrucksvoll geriet die Buchvorstellung durch die Anwesenheit des Enkels von Gerda Kappes. Von ihr ist ein Brief erhalten und in dem Buch abgedruckt, den sie an ihre verreiste Schwiegermutter Clara kurz nach der ersten Pogromnacht vom 7. auf den 8. November schrieb. Darin schildert die damals 32-jährige Gerda der Schwiegermutter, ihre Wohnung sei unversehrt, aber alles andere im Haus ihres jüdischen Vermieters an der Hersfelder Straße 7, dem Kaufmann Manfred Emanuel, sei ein Trümmerhaufen.

Gerdas Urenkelin Yolanda las diesen Brief abschnittsweise vor, während der Enkel Bernd Kappes (53) seine Gedanken dazu in Briefform an die Oma vortrug. Er ist Pfarrer und Studienleiter, lebt in Kassel und erinnert sich gut an sie, ihre Vanillekipferl etwa und ihr letztes Wort, als er bei ihrem letzten Atemzug an ihrem Bett stand.



Am Mahnmal für die vertriebenen und ermordeten jüdischen Einwohner Bebras: Unser Bild zeigt von links die Bürgermeister Stefan Knoche, Marcus Weber, Dr. Heinrich Nuhn, Bernd und Yolanda Kappes sowie Landrat Torsten Warnecke. FOTOS: GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN



Yolanda Kappes las den Brief ihrer Uroma Clara von 1938 vor.

Im Brief der Oma versteht er manches, aber oft muss er auch fragen: Wusstest du…? „Zwei Stellen sind es, die mir besonders wehtun." Etwa der angebliche Reichtum der jüdischen Familien. „So dachte die Mehrheitsgesellschaft damals. Das schmerzt mich, denn es gab ja auch reiche Christen, auch in deiner Familie." Die von Gerda geäußerte Hoffnung, ihr Mann werde am Verkauf der Häuser der vertriebenen jüdischen Bevölkerung verdienen können, erfülle ihn als Enkel mit Scham. Er fühle sich nicht überlegen und wisse, sie war „nur Zuschauerin". Aber schöner wäre es doch, sie wäre ein Mitglied des Widerstands gewesen. Besonders erschütternd empfand der Enkel, dass der Oma das Schicksal der jüdischen Nachbarn wohl klar war, denn sie schrieb: „Nun sind die Juden endgültig fort, (…) sie haben wohl alle nur das nackte Leben vorläufig gerettet, es weiß kein Mensch wo sie alle hin sind, man vermutet, dass sie alle bis zur endgültigen Lösung im Konzentrationslager stecken." Bernd Kappes appellierte, wir könnten heute nur versuchen, das nächste Mal kritischer zu sein. Mit der Sprache („die Juden") fange es an.

Eingangs hatte der Rotenburger Bürgermeister Marcus Weber das Buch als Lebenswerk Heinrich Nuhns bezeichnet und gemeint, die Vergangenheit könne man nicht ändern, aber heute und in der Zukunft die Demokratie verteidigen. Landrat Torsten Warnecke betonte, Nuhn habe die Legende aus der Welt geräumt, alles sei zentral organisiert worden. Er sprach von vorauseilendem Gehorsam in einer Gesellschaft, in der der Hass regiert habe. Warnecke dankte ebenso wie seine Vorredner Nuhn für die viele Arbeit in den Tiefen der Archive, dankte auch dessen Frau Inge Nuhn.

Warum heute ein solches Buch?

Der Autor selbst beantwortete die Frage: Warum ein solches Buch 2025? Es zeige, wohin Intoleranz, Hass oder auch nur Schweigen führen könnten. Rotenburg und Bebra gehörten damals beide zum Kreis Rotenburg, der NSDAP-Kreisleiter Braun in Rotenburg stammte aus Bebra. In beiden Städten gebe es zu der fraglichen Zeit unterschiedliche Lücken in den Archiven, sodass sich die Informationen hier ergänzten. Besonders wies der ehemalige Lehrer auf die im Buch enthaltenen Stadtrundgänge hin, die für den Schulunterricht geeignet seien.

Bei Recherchen im Stadtarchiv München hatte Nuhn anhand der Teilnehmerliste für die Feier zum 15. Jahrestag des Hitlerputsches am 9. November zeigen können, dass die erste Riege des Gaus Kurhessen in München versammelt war, was den Gaupropagandaleiter Gernand in Kassel in die Lage versetzte, in seiner Heimat Bebra und in Rotenburg Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung schon am 7. November loszutreten. Der Befehl Goebbels' hingegen kam erst zwei Tage später am Abend – unsere Zeitung berichtete ausführlich am vergangenen Samstag.

Heinrich Nuhn, „Tage des Wahnsinns" – Bebra und Rotenburg an der Fulda als Vorreiter bei den Novemberpogromen 1938 und was davor und danach geschah", Verlag AG Spurensuche, 670 Seiten, 25 Euro. ISBN 3-933734-19-8/LG-HN

GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN

Einladung

zum Regionalen Ausbildungsmarkt am Samstag, 30. August 2025 10.00–13.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Jakob-Grimm-Schule
Bernhard-Faust-Straße 30
Rotenburg an der Fulda

Es stellen sich ca. 45 Unternehmen, Betriebe, und Institutionen aus der Bildungsregion Mittleres Fuldatal vor.

Für Ihr leibliches Wohl sorgen die Abschlussklassen der JGS.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:
Telefon: 0 66 23/92 12 33
E-Mail: rotenburg@hna.de

90 weiße Rosen für ehemalige Bebraner

Reichspogromnacht: Gedenken am Freitagabend an die verfolgten und ermordeten jüdischen Mitbürger

Bebra – Eindrucksvoll gedachten die Bebraer am Freitagabend der ehemaligen jüdischen Einwohner. Am 7. November 1938 waren bei Pogromen in Bebra, aber auch in Rotenburg, nicht nur Fensterscheiben eingeworfen, sondern jüdische Wohnungen und Geschäfte zerstört und geplündert und die Bewohner vielfach gedemütigt worden. Zu ihren Ehren und im Gedenken verlasen Schüler der Brüder-Grimm-Gesamtschule an der Gedenkstätte am Rathausmarkt die Namen der Vertriebenen und Ermordeten und legten Rosen nieder.

Pauline Moses, Egon Oppenheim oder Else Fassbender sind drei der Genannten. Pauline starb mit neun Jahren in Sobibor, Egon und zwölf weitere Oppenheims aus Bebra überlebten den Terror der Nazis nicht, Elses (48) Spur verlor sich in Minsk. Sie gilt als verschollen. Über 200 jüdische Einwohner zählte Bebra 1933, im Jahr der Machtergreifung der Nazis. 82 Menschen wurden in den Tod getrieben, deportiert und ermordet.



Legten gemeinsam mit ihren Mitschülern sowie Lehrerin Ann-Christin Allendorf weiße Rosen nieder: (von links) Zuzanna Urban, Amelie Krause und Nica Barwich. FOTO: GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN

Es waren Menschen, die hier in Bebra einst lebten, arbeiteten, Freunde und Nachbarn waren, die plötzlich ausgegrenzt, verfolgt und vernichtet wurden", sagte Bürgermeister Stefan Knoche. Die Erinnerung an sie mahne zugleich, dass, was damals geschah, nie wieder geschehen dürfe. Erinnern heiße, im Heute Haltung zu zeigen, nicht leise zu bleiben, wenn Menschen wegen ihres Glaubens, ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Sexualität ausgegrenzt würden.

Dr. Heinrich Nuhn ist profunder Kenner der jüdischen Geschichte in unserer Region. Er zitierte aus dem von Polizeihauptwachtmeister Wilhelm Rex angefertigten Bericht über die Ausschreitungen in Bebra am 7./8. November, zwei Tage früher als anderenorts. Eine aufs Höchste erregte Menge sei durch die Straßen gezogen, habe Fenster und Türen von jüdischen Häusern und Wohnungen zertrümmert und das Innere der Synagoge zerstört, schrieb Rex.

Auch Gerda Kappes beschreibt das Ausmaß der Gewalt. Fanatiker der Partei hätten die Juden aus den Betten geholt und alles kurz und klein geschlagen, so berichtet sie in einem Brief, der auch in Nuhns neuem Buch „Tage des Wahnsinns" abgedruckt ist. Diese entfesselte Gewalt, der Absturz in die Barbarei sei noch vor den Deportationen in den Tod das prägende Erlebnis der Überlebenden, meinte Nuhn.

„Handelt, mischt euch ein, wenn Menschen bedroht und entwürdigt werden", appellierte Christina Kindler. Es sei wichtig, sich zu erinnern, dass hinter den Zahlen Menschen standen – mit Träumen, Hoffnungen und einem Recht auf ein Leben in Frieden und Würde, sagte die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Soziales und Kultur.

Mit einem Gebet schloss Pfarrer Christoph Brunhorn, nachdem er gemahnt hatte, stets den Menschen zu sehen, nicht wegzusehen, wenn Unrecht geschehe. Er bezog sich auf den Film „Schindlers Liste", in dem einer nicht mitgemacht, anders gedacht und gehandelt habe und so viele Menschenleben retten konnte.

Uli Rathmann hatte die Gedenkfeier organisiert und die Anwesenden begrüßt sowie ihnen für ihren Einsatz gedankt, insbesondere den Schülern und ihrer Lehrerin Ann-Christin Allendorf. Für den musikalischen Rahmen sorgte die Combo von Horst Tann unter anderem mit „Freude schöner Götterfunken".

GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN

Ein Brunnen gegen das Vergessen

Feierliche Einweihung findet am Sonntag in Rotenburg statt

Rotenburg – Ein besonderes Zeichen des Gedenkens wird in Rotenburg am kommenden Sonntag, 14. September, gesetzt: Vor dem Jüdischen Museum in der Brauhausstraße wird ab 15 Uhr der neue „Brunnen der Erinnerung" feierlich eingeweiht. Der Brunnen, aus Edelstahl gefertigt und mit elf eigens angefertigten Wasserspeiern ausgestattet, soll künftig als Symbol des Respekts für die Opfer der Schoah und zugleich als Mahnmal für ein friedliches Miteinander dienen.

Die Gestaltung nimmt Bezug auf den jüdischen Philosophen und Rabbiner Emil Ludwig Fackenheim. Er hatte in der Ergänzung der 613 Gebote der Thora um ein „614. Gebot" gefordert, dass die Erinnerung an die Opfer des Holocausts niemals verloren gehen dürfe. Fackenheim, ein Urenkel des Rotenburger Juden Wolf Levi, sah es als Pflicht an, der Opfer zu gedenken, um Hitler nicht einen posthumen Sieg zu verschaffen. Die Zahl elf Wasserspeier am neuen Brunnen greift dieses Gedankengut auf: Sie ist die Quersumme aus 614.

Viele Nachfahren jüdischer Familien aus der Region haben ihre Teilnahme an der Feier zugesagt, manche reisen dafür aus Israel, den USA oder England an. So werden unter anderem Gidon und Nava Süsskind-Levi aus Tel Aviv, Evelyn und Dave Hill aus England sowie Dori Kremer aus Kalifornien erwartet. Die Ehrengäste Ittai und Avital Malbin-Katz, ebenfalls aus Tel Aviv, sind Ehrenmitglieder des Förderkreises Jüdisches Museum und übernehmen die Enthüllung des Brunnens.

Das feierliche Programm zur Einweihung wird vom Posaunenchor Bebra musikalisch begleitet. Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Marcus Weber und den Sprecher des Förderkreises Jüdisches Museum, Dr. Heinrich Nuhn, folgen weitere Ansprachen, darunter von Landrat Torsten Warnecke und dem Bundestagsabgeordneten a.D. Michael Roth. Besonders bewegend dürfte der Moment sein, wenn Gidon Süsskind-Levi als Nachfahre einer jüdischen Familie aus Bebra das Wort ergreift und seine Frau Nava ein Gebet in Hebräisch und Englisch spricht.

Auch für das kulturelle Rahmenprogramm ist gesorgt: Gemeinsam mit dem Ukraine Hilfe- und Kulturverein Bad Hersfeld-Rotenburg lädt der Förderkreis Jüdisches Museum nach der Einweihung ins Festzelt ein. Dort erwartet die Besucherinnen und Besucher ein vielseitiges Programm mit ukrainischer Musik, Tanz- und Gesangsdarbietungen, etwa durch die Banduristin Maria Parchomenko oder den Frauenchor „Kalyna". Kulinarische Spezialitäten runden den Nachmittag ab.

Der neue Brunnen steht an jener Stelle, an der bis vor Kurzem die imposante Moses-Skulptur von Martin Schaub stand, die wegen ihres maroden Zustands abgebaut werden musste. Mit dem „Brunnen der Erinnerung" wird der Platz nun erneut zu einem Ort, der Vergangenheit und Gegenwart verbindet – ein Ort, der zum Innehalten, Erinnern und zugleich zum gemeinsamen Austausch einlädt.

Info: Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen, an der Einweihung und den anschließenden Feierlichkeiten teilzunehmen. Führungen im Jüdischen Museum sind ab 16.15 Uhr möglich. **CAROLIN EBERTH**



Beim Aufbau des neuen Brunnens mit dabei: (von links) Elektromeister Markus Deist, Maurermeister Konstantin Heidel von der Rotenburger Baufirma Janousch und der Kurator des Jüdischen Museums, Dr. Heinrich Nuhn. FOTO: PRIVAT/NH





*Nach zwanzig Jahren war die 2006 von Martin Schaub aus einem Eichenstamm gestaltete **Mose-Skulptur** vor der ehem. Mikwe, jetzt Jüdisches Museum, marode geworden.*
*Im September 2025 wurde hier ein aus Edelstahl gefertigter **„Brunnen der Erinnerung"** gesetzt.*
*Dessen **11 Speier** greifen die Idee des Religionsphilosophen Emil Ludwig **Fackenheim** auf, zur stetigen Erinnerung an den Holocaust die **613 Gebote** des Judentums um ein zusätzliches Gebot zu ergänzen:*
*die **Quersumme** von **614** ergibt **11**, die Zahl der Speier.*
Fackenheims Vorfahren stammen aus ROF-Lispenhausen.
*Der Brunnenaufsatz (**Sachor= Gedenke**) ist ein verbliebener Bestandteil der Moseskulptur.*



Viele Gäste bei der Einweihung des Brunnens der Erinnerung: Die Nachfahren von Juden aus unserer Region bekamen die Reden teils in englischer Übersetzung.

FOTOS: GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN

Sie dachten, sie wären Deutsche

Feierliche Einweihung des Brunnens der Erinnerung vor der Mikwe in Rotenburg

Rotenburg – Die Familie Katz hatte bis 1935 ein Geschäft im Steinweg in Rotenburg. Ihren Nachkommen, Avital und Ittai Malbin aus Israel, kam am Sonntag die Aufgabe zu, den symbolträchtigen neuen Brunnen vor der ehemaligen Mikwe zu enthüllen – nur wenige Meter entfernt von dem Katz`schen Schuhgeschäft. Der Brunnen hat elf Wasserspeier, die von den beiden Gästen aus Israel unter dem Beifall zahlreicher Besucher der Feierstunde in Gang gesetzt wurden.

Außer den beiden hatten auch Dori und Menachem Kremer die weite Anreise aus Los Angles nicht gescheut, um dabei zu sein. Gidon und Nava Suesskind waren aus Israel angereist. Stuart Hanau kam aus dem Bundesstaat New York an die Fulda. Er ist der Sohn von Renate, genannt Reni, der Tochter des Rhinaer Lehrers Berthold Katz. Reni überlebte, weil sie Mitte der 1930er Jahre Walter Hanau aus dem Saarland geheiratet hatte, das noch nicht zum Hitlerreich gehörte.

Ein vielstimmiges Ständchen zu ihrem Geburtstag am Sonntag bekam Evelyn Hill, die sich sichtlich freute. Mit ihrem Mann Dave und Cousin Robert van Dyke sowie dessen Frau Teresa war sie nach Rotenburg gekommen. Der Rotenburger Karl Katzenstein, Sohn von Salomon Katzenstein aus Heinebach, war der Großvater von Evelyn und Robert. Karl gelang 1939 die Ausreise nach London.

Michael Roth, Staatsminister a.D., würdigte den unermüdlichen Einsatz Heinrich Nuhns, der die Ermordung von sechs Millionen Juden, die Schoah hier bei uns, in unserer Heimat konkret, nahbar und lokal gemacht habe. Roth konnte selbst nicht anwesend sein, weshalb Brigitte Meyer-Christ seine Rede vortrug. „Die Anwesenheit ganz besonderer Gäste, Nachfahren hiesiger Juden, die hier lebten, liebten, arbeiteten, ehrt uns." Das vielfältige jüdische Leben habe die Region geprägt und bereichert. Roth beklagte, heute sei die Erinnerung für viele zu einer leeren Formel geworden. In Deutschland lebende Juden seien hier nicht sicher. „Es beschämt mich zutiefst, dies im Angesicht von Überlebenden des Holocaust eingestehen zu müssen – als ehemaliger Politiker, (…) aber auch als Bürger dieser Region." Der Terror der Hamas habe schmerzhaft gezeigt, wie verletzlich Israel und jüdisches Leben seien. „Ob wir aus der Geschichte gelernt haben, zeigt sich vor allem in unserem alltäglichen Einsatz gegen Antisemitismus und Israelhass, gegen Pauschalierungen und Vorurteile, gegen Sippenhaft und Ressentiments."

Mit dem auf Englisch vorgetragenen Gebet Gedenke! erinnerte Nava Suesskind an die Nazizeit. Die jüdischen Einwohner hätten gedacht, sie wären Deutsche, aber sie wurden in ihrer Heimat ermordet. Die Vergangenheit können wir nicht ändern, aber wir können die Zukunft gestalten, erklärte Nava, und dankte für Museen, Gedenkorte, Stolpersteine, dankte besonders den Bürgermeistern, Heinrich und Inge Nuhn sowie Christina Kindler und Uli Rathmann aus Bebra. Sie endete mit den Worten: Gott segne euch alle!

Bürgermeister Marcus Weber äußerte die Hoffnung, die Gäste fühlten sich heute und in Zukunft wieder wohl im Land ihrer Väter und Mütter. Die Geschichte zeige, was passiere, wenn die Demokratie ende. Landrat Torsten Warnecke beschrieb den Brunnen als Symbol für die Zusammengehörigkeit aller Menschen dieser Welt und wünschte Schalom – Frieden. Mit „Schalom aleichem – Friede sei mit euch!" begrüßte auch Pfarrer Lars Niquet die Anwesenden. Er widmete sich der Bedeutung des Wassers in der Bibel. Regionalmanagerin Sigrid Wetterau wies auf weitere Orte der Erinnerung an die jüdische Kultur im Landkreis hin, für die es Fördergeld aus dem Leader-Programm der EU und vom Land Hessen gegeben habe.

Die hölzerne Mose-Skulptur von Martin Schaub an dieser Stelle war nach 18 Jahren morsch geworden. Erhalten blieb aber eine Tafel mit der Inschrift „Jiskor" – gedenke, dass auch in unserem Städtchen Menschen gewaltsam vertrieben wurden.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom Posaunenchor Bebra, Barbara Jordan am Keyboard, Gabi Kirchner (Gesang) und im Festzelt von ukrainischen Tänzern und Musikern, Banduristin Maria Parchomenko und dem Chor Kalyna. Frauen des Ukraine Hilfe- und Kulturvereins hatten auch ein Büfett mit Leckereien aus ihrer Heimat zusammengestellt, das regen Anklang fand.

GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN

» ARTIKEL UNTEN



Am Mikrofon Nava Suesskind, dahinter Barbara Jordan am Keyboard, vorn Dr. Heinrich Nuhn und seine Frau Inge Nuhn.

Warum elf Wasserspeier?

In der Thora, in der der jüdische Glaube verankert ist, sind an 613 Stellen Anweisungen für die Lebensführung zu finden. Aber kann man nach dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden noch von Gott reden? Der Philosoph und liberale Rabbiner Emil Ludwig Fackenheim brachte in diese Diskussion ein 614. Gebot: „Den Juden ist es verboten, Hitler posthume Siege zu verschaffen. Es ist ihnen geboten, als Juden zu überleben, damit das jüdische Volk nicht untergeht." Die Quersumme von 614 ist elf. Daher, so Dr. Heinrich Nuhn, „lassen wir das Wasser in unserem Brunnen der Erinnerung aus elf Wasserspeiern sprudeln."

Gidon Suesskind: „Es gab ein Zeichen des Himmels!"

Gidon Suesskind sprach auf Deutsch zu den Anwesenden und berichtete von seinem ersten Besuch als Jugendlicher 1969 in Bebra, der Heimatstadt seiner Mutter Traudel Süßkind, geb. Levi. Gidon ist ihr jüngerer Sohn.

Traudels Familie führte in der Apothekenstraße 10 einen Textilhandel. Sie selbst reiste 1935 nach Palästina aus.

Gidon besuchte damals das Haus seiner Familie in der Apothekenstraße 10 und in Bad Hersfeld das Grab seines Großvaters Samuel Levy, der 1938 gestorben war.

Er dankte besonders Heinrich Nuhn, Christina Kindler und Uli Rathmann für ihren Einsatz zum Gedenken an die ermordete jüdische Gemeinde von Bebra. „Es ist unsere Pflicht, ihrer zu gedenken, erstens um die Opfer zu ehren und zweitens um sicherzustellen, dass solche Gräueltaten nie wieder geschehen. Nie wieder!", sagte Gidon.

Er sprach auch von dem brutalen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der viele Israelis und Juden an die Ereignisse in Deutschland im Zweiten Weltkrieg erinnert habe. Israel könne sich verteidigen, aber leider erwachten Antisemitismus und Judenhass wieder in Europa und auch in Deutschland.

Erst im April seien er und seine Frau zur Einweihung des neuen Denkmals in Bebra gewesen. Sie hätten gezögert, schon so bald wiederzukommen. Doch es gab ein Zeichen des Himmels: Am Sonntag, 14. September, sei der Geburtstag seiner Mutter Traudel gewesen. Der Brunnen der Erinnerung bestehe aus elf Wasserspeiern, es sei der 111. Geburtstag seiner 1914 geborenen Mutter. „Also mussten wir einfach kommen!"

Warum besucht er überhaupt das Land, in dem drei seiner Großeltern ermordet worden sind? Gideon erzählt, sein Vater Karl sei in Heuchelheim zur Schule gegangen, der spätere Bürgermeister Otto Bepler sei sein Schulkamerad gewesen, zu dem er nach dem Krieg gleich wieder Kontakt aufgenommen hätte.

„Ich dachte, wenn das mein Vater tut, dann sollte ich es auch so machen." Die neue Generation sei nicht schuldig, aber sie trage Verantwortung, sagt Gidon Suesskind.

GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN



Gidon Suesskind sprach auf Deutsch zu den zahlreichen Gästen. Drei seiner Großeltern wurden von den Nazis ermordet.

FOTO: GUDRUN SCHANKWEILER-ZIERMANN



Konzentrierte Atmosphäre in der Aula: Die Zwölftklässler verfolgen Vortrag und Diskussion mit großem Interesse. FOTO: JGS

Schüler begegnen Geschichte

Nuhn spricht zum Auschwitz-Gedenktag an der JGS Rotenburg

Rotenburg – Wie stellt man 80 Jahre nach Kriegsende das Unfassbare der Judenvernichtung im Dritten Reich so dar, dass auch nachfolgende Generationen begreifen, dass es keinen Schlussstrich unter historischen Ereignissen geben kann, deren treibende Kräfte nicht ein für allemal der Vergangenheit angehören?



Heinrich Nuhn
Buchautor

Um genau dies zu tun kehrte der ehemalige Lehrer der Jakob-Grimm-Schule, Dr. Heinrich Nuhn, wieder einmal an seine ehemalige Wirkungsstätte in der Braacher Straße in Rotenburg zurück. Auf deren Dachboden hatte er bereits im Jahr 2001 zusammen mit Schülern die „Geschichtswerkstatt" gegründet.

Sein letztes Jahr erschienenes Buch Tage des Wahnsinns: Bebra und Rotenburg als Vorreiter bei den Novemberpogromen 1938 – und was davor und danach geschah endet bezeichnenderweise mit dem Zitat des Auschwitzüberlebenden Primo Levi: „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen." Begleitet wurde Nuhn von Pfarrer Bernd Kappes, einem gebürtigen Rotenburger und Studienleiter der evangelischen Akademie in Hofgeismar, sowie seiner Tochter Yolanda.

Zusammen stellten Vater und Tochter im Anschluss an Dr. Heinrich Nuhns Vortrag einen in dessen Buch abgedruckten Brief vor, den Gerda Kappes, die Großmutter von Bernd Kappes, nach den Bebraer Pogromen in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1938, also bereits kurz vor den von den Nationalsozialisten organisierten deutschlandweiten Novemberpogromen, an ihre Schwiegermutter schrieb.

Bernd Kappes' Tochter trägt Passagen aus dem Brief der Großmutter Gerda Kappes vor, mit denen sich der Enkel Bernd Kappes in Form eines fiktiven Briefes an seine Großmutter jeweils auseinandersetzt. Im Anschluss kommen Dr. Heinrich Nuhn und Bernd Kappes in der Aula der Jakob-Grimm-Schule ins Gespräch mit ihren jungen Zuhörern, Schülern der 12. Jahrgangsstufe. Es werden interessante Fragen gestellt, zum Beispiel zu den von Dr. Nuhn recherchierten lokalen Ereignissen und seinen Quellen.

Der Zusatz zum Untertitel seines Buches, „Was davor und danach geschah", zeigt an, dass es ihm gelingt, wie Kurt Meyer in einer Rezension schreibt, „ausgehend von den Verhältnissen und Ereignissen der Kleinstädte Bebra und Rotenburg an der Fulda, aufzuzeigen, wie sich im gesamten Zeitraum von 1933 bis 1945 die Ausgrenzung und schließlich Ermordung der Juden in Deutschland vollzogen hat. Der Autor geht jedoch mit seinen Recherchen über das Jahr 1945 hinaus. Er schildert den langsamen Wiederaufbau der jüdischen Nachkriegsgemeinde in Bebra, die schwierige und gescheiterte Rückkehr der Juden nach Rotenburg und Bebra. Er macht deutlich, dass die Spruchkammerverfahren nach dem Krieg und die Landgerichtsprozesse von 1946 bis 1949 den Opfern vor Ort nicht gerecht geworden sind."

Zum Anlass des diesjährigen Auschwitzgedenktages, den auch die Jakob-Grimm-Schule jährlich mit verschiedenen Veranstaltungen begeht, wurde der Schule Dr. Nuhns Buch von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hersfeld-Rotenburg in mehreren Exemplaren zur Verfügung gestellt in der Hoffnung, dass dieses auch im Geschichtsunterricht Verwendung finden und einen Beitrag dazu leisten wird, die darin zum Teil erschütternd ans Licht tretenden finsteren und abgründigen Seiten menschlichen Handelns und Nicht-Handelns zu überwinden. red/ebe







Die Bebraer Synagoge beim Abriss 1972 – nach Schändung und Zerstörung im November 1938.

links: Die Bebraer Synagoge 1924.

Am 7. November 1938 schoss der 17-jährige Jude Herschel Grynszpan in Paris aus Empörung und Verzweiflung über die Abschiebung und Misshandlung seiner Familie auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath.

Daraufhin wurden in der Nacht vom 7. zum 8. November 1938 die jüdischen Familien in Bebra und Rotenburg unter dem Kommando der SA brutal überfallen, nachdem es im Laufe des 7. November in Kassel schon zu Exzessen gegen die dortigen Juden gekommen war.

„In jedem Fall handelte es sich um eine regionale ‚Initiative', die nicht von Berlin aus in Gang gesetzt, sondern ‚vor Ort' entstanden war. Hätte es dieses Vorpreschen im Gau Kurhessen nicht gegeben – wer weiß, ob der Pogrom so, wie er dann reichsweit organisiert wurde, durchgeführt worden wäre."
(Dietfrid Krause-Vilmar, Univ. Kassel)

Der Ablauf der Pogrome in Bebra und Rotenburg und die Folgen für die hiesigen Juden werden umfassend dargestellt, ebenso die Rolle der Täter und die juristische Aufarbeitung nach 1945.

„Besonders war die Menge nicht mehr zu halten vor der Zerstörung der Synagoge. Nichts blieb übrig. Die Einrichtungen flogen auf die Straße; Bundeslade und Ewiges Licht wurden vernichtet und im Steinweg wurden die Gebetsrollen dem Feuer übergeben."
(Rotenburger Tageblatt vom 8. November 1938)

Geschildert und analysiert wird auch, was seit 1933 und nach den Pogromen 1938 geschah, ebenso der Umgang mit dem Thema nach 1945.

Vorwort: Hans-Ulrich Thamer, Univ. Münster
Nachwort zur 2. Auflage: Kurt Meyer

Verlag Spurensuche
Rotenburg an der Fulda
ISBN 978-3-933734-20-4 | 25 €
2. verb. u. erw. Auflage 2026